



IAN
KERSHAW

HÖLLEN
STURZ

Europa
1914 bis 1949

DVA

Ian Kershaw

HÖLLENSTURZ

Europa 1914 bis 1949

Aus dem Englischen von
Klaus Binder, Bernd Leineweber
und Britta Schröder

Deutsche Verlags-Anstalt

Zum Buch

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stürzt sich Europa in eine selbstverschuldete Katastrophe, die historisch ohne Beispiel ist. Über drei Jahrzehnte hinweg, von 1914 bis 1949, prägten Kriege, Völkermorde, Vertreibungen und politische Unruhen die Geschichte des Kontinents. Ian Kershaw gelingt ein Glanzstück der modernen Geschichtsschreibung in seiner Schilderung dieser gleichermaßen faszinierenden wie beklemmenden Ära, in der Europa sich beinahe selbst zerstört hätte. Meisterlich denkt er die wichtigsten Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der europäischen Länder zusammen und führt uns

die Auswirkungen des tiefgreifenden Wandels auf das Leben von Millionen von Menschen vor Augen.

»Meisterhaft ... Die Geschichte des zweiten Dreißigjährigen Kriegs in Europa ist nie besser erzählt worden.« *Christopher Clark*

Zum Autor

Ian Kershaw, geboren 1943, war bis zu seiner Emeritierung Professor für Modern History an der University of Sheffield und zählt zu den bedeutendsten Historikern der Gegenwart. Seine zweibändige Biographie Adolf Hitlers gilt als Meisterwerk der modernen Geschichtsschreibung. Bei DVA erschien zuletzt 2011 *Das Ende*, eine bahnbrechende Analyse des Untergangs des »Dritten Reiches«.

INHALT

VORWORT

EINFÜHRUNG

Europas Epoche der Selbstzerstörung

EINS

Am Abgrund

ZWEI

Die große Katastrophe

DREI

Turbulenter Friede

VIER

Tanz auf dem Vulkan

FÜNF

Düstere Wolken am Horizont

SECHS

Gefahrenzone

SIEBEN

Der Hölle entgegen

ACHT

Hölle auf Erden

NEUN

Lautlose Übergänge in dunklen Jahrzehnten

ZEHN

Aufstieg aus der Asche

DANK

KARTEN

Europa 1914

Europa 1949

Europa: Territoriale Veränderungen infolge des
Ersten Weltkriegs

Europa unter der Herrschaft der NS-Diktatur

Europa: Territoriale Veränderungen infolge des
Zweiten Weltkriegs

AUSGEWÄHLTE BIBLIOGRAPHIE

SACH- UND PERSONENREGISTER

BILDTEIL

Impressum

VORWORT

Dies ist der erste von zwei Bänden über die Geschichte Europas von 1914 bis in unsere Tage – und das wohl mit Abstand schwierigste Buch, an das ich mich je gewagt habe. Jedes meiner bisherigen Bücher war in gewisser Weise ein Versuch, mir selbst Klarheit über ein bestimmtes Problem der Vergangenheit zu verschaffen. In diesem Fall birgt das Thema – die jüngste Vergangenheit –

jedoch eine Vielzahl äußerst komplexer Probleme. Aber ungeachtet aller Schwierigkeiten war die Verlockung unwiderstehlich, zu versuchen diejenigen Kräfte besser zu verstehen, die in der jüngeren Vergangenheit unsere heutige Welt geformt haben.

Natürlich gibt es nicht einen einzigen Weg, eine Geschichte Europas im 20. Jahrhundert anzugehen. Einige ausgezeichnete Darstellungen mit unterschiedlichen Interpretationen und unterschiedlichem Aufbau liegen bereits vor: darunter, jeweils mit einem eigenen Blick auf das

Jahrhundert, die Arbeiten von Eric Hobsbawm, Mark Mazower, Richard Vinen, Harold James, Bernard Wasserstein und Heinrich August Winkler. Der vorliegende Band und der noch folgende sind, anders kann es gar nicht sein, ein persönlicher Zugang zu diesem so bedeutungsschweren Jahrhundert. Und wie jeder Versuch, ein breites Panorama über einen längeren Zeitraum hinweg zu erfassen, muss sich auch dieser auf Pionierarbeiten anderer Forscher stützen.

Natürlich bin ich mir dessen bewusst, dass für so gut wie jeden Satz, den ich geschrieben habe,

Fachuntersuchungen in Fülle, oft von hoher Qualität, zur Verfügung stehen. Nur für einige Teilgebiete, vor allem zu Deutschland zwischen 1918 und 1945, kann ich in Anspruch nehmen, selbst Grundlagenforschung betrieben zu haben. Ansonsten war ich auf vielen unterschiedlichen Gebieten von den exzellenten Arbeiten anderer Forscher abhängig. Selbst wenn meine Sprachkenntnisse weiter reichten, wäre dies unvermeidlich gewesen. Kein einzelner Forscher wäre in der Lage, in ganz Europa Archivarbeit zu betreiben; ein Versuch, der zudem sinnlos wäre, schließlich wurde diese

Arbeit von Experten für einzelne Länder oder bestimmte historische Themen bereits ausnahmslos getan. Ein Überblick, wie ich ihn mit diesem Buch biete, wird stets auf den ungezählten Leistungen anderer beruhen.

Im Format der Reihe *Penguin History of Europe* sind Anmerkungen generell nicht vorgesehen, so bleiben die vielen Werke historischer Forschung, auf die ich angewiesen war, an Ort und Stelle ungenannt: Monographien, Editionen, zeitgenössischer Dokumente, statistische Untersuchungen, Spezialstudien zu einzelnen Ländern.

Die Bibliographie lässt gleichwohl das Wichtigste dessen erkennen, was ich anderen Forschern zu verdanken habe. Sie werden mir, so hoffe ich, nachsehen, dass ich ihre Arbeiten nicht durch Fußnoten nachweisen konnte, und zugleich meine tiefe Anerkennung ihrer großen Leistungen annehmen. Eigenständig sind an diesem Buch darum allein Aufbau und Interpretation – die Art und Weise, wie die Geschichte geschrieben ist, und die zugrunde liegende Argumentation.

Die Einleitung »Europas Epoche der Selbstzerstörung« skizziert den interpretativen Rahmen dieses Bandes

und deutet zugleich an, wie der zweite (noch zu schreibende) Band angelegt sein wird. Zum Aufbau des Ganzen nur so viel: Ich habe die folgenden Kapitel chronologisch angeordnet und in thematische Unterabschnitte gegliedert. Das spiegelt die Absicht dieses Buches: Ich wollte genau verfolgen, wie sich das Drama entwickelte und was die Ereignisse bestimmte, indem ich mich auf recht kurze Zeitabschnitte konzentriere und innerhalb dieser Zeitabschnitte zwangsläufig die prägenden Kräfte getrennt behandle. Darum gibt es keine Kapitel, die sich eigens mit Wirtschaft, Gesellschaft,

Kultur, Ideologie oder Politik befassen; diese Themen finden, wenn auch nicht immer mit derselben Gewichtung, ihren Ort innerhalb der einzelnen Kapitel.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Gegenstand dieses Bandes, war bestimmt von Krieg. Daraus entspringen ganz eigene - Fragen. Wie lassen sich die gewaltigen und bedeutungsschweren Themenkomplexe des Ersten und Zweiten Weltkriegs überhaupt im Rahmen eines so weitgespannten Bandes wie diesem behandeln? Zu beiden Konflikten gibt es ganze Bibliotheken. Doch wollen Leser

verständlicherweise nicht einfach nur auf andere Werke verwiesen werden (obwohl sie natürlich jedes Thema dieses Bandes in solchen Werken weiterverfolgen können). Darum hielt ich es für sinnvoll, die Kapitel, die den beiden Weltkriegen gewidmet sind, durch äußerst knappe Zusammenfassungen des jeweiligen Frontgeschehens einzuleiten. Das dient vor allem der Orientierung. In kürzest möglicher Form sollen das Ausmaß der Katastrophen und deren unermesslichen Folgen sichtbar werden. Wie entscheidend diese Ereignisse waren, ist trotz der verknappten Darstellung

offensichtlich. In anderen Fällen überlegte ich ebenfalls, ob ich davon ausgehen dürfe, dass alle Leser beispielsweise mit dem Aufstieg des Faschismus in Italien oder mit dem Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs vertraut sind, und kam zu dem Schluss, dass auch hier kurze Zusammenfassungen von Nutzen sein könnten.

Durchweg war ich darauf bedacht, persönliche zeitgenössische Erfahrungen in die Darstellung einfließen zu lassen, um wenigstens anzudeuten, wie es war, in dieser Epoche zu leben, die uns zeitlich so nah ist und zugleich so

grundverschieden vom heutigen Europa. Natürlich bleiben solche Erfahrungen persönlich und sind nicht statistisch repräsentativ. Aber sie geben Hinweise – spiegeln verbreitete Haltungen und Mentalitäten. In jedem Fall gewinnt man durch die Einbeziehung persönlicher Erfahrungen lebendige Momentaufnahmen, die im Gegensatz zu Abstraktionen und unpersönlichen Analysen spüren lassen, wie Menschen auf die mächtigen Kräfte reagierten, die ihre Leben durchschüttelten.

Selbstverständlich kann eine Geschichte Europas nicht die Summe

nationaler Geschichten sein. Vielmehr geht es um die treibenden Kräfte, die den Kontinent als Ganzen oder zumindest die meisten seiner konstitutiven Teile geformt haben. Eine allgemeine Darstellung muss selbstverständlich eher die Perspektive eines Vogels als die eines Wurms bieten. Sie muss verallgemeinern, kann sich nicht auf Einzelheiten konzentrieren, allerdings werden einzelne Entwicklungen auch nur durch ein Weitwinkelobjektiv sichtbar. Ich habe mich bemüht, kein Gebiet Europas zu vernachlässigen und häufig die besonders tragische

Geschichte der Osthälfte des Kontinents hervorzuheben. Einige Länder aber spielten unvermeidlich eine größere (oder unheilvollere) Rolle als andere, verlangen insofern auch mehr Aufmerksamkeit. In diesem wie auch im folgenden Band wird Russland (die spätere Sowjetunion) als Teil Europas behandelt; ein für die Geschichte Europas derart entscheidender Spieler kann unmöglich unberücksichtigt bleiben, selbst wenn geographisch gesehen weite Teile des russischen, dann sowjetischen Imperiums außerhalb Europas liegen. Aus ähnlichen Gründen wird auch die Türkei dort

einbezogen, wo sie maßgeblich in europäische Angelegenheiten verwickelt war, was aber nach Auflösung des Osmanischen Reiches und Gründung des türkischen Nationalstaats 1923 schlagartig nachließ.

Dieser Band beginnt mit einem kurzen Überblick über das Europa am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die nächsten Kapitel verfolgen sodann dessen Verlauf und die unmittelbare Nachkriegszeit, die kurzlebige Erholung Mitte der 1920er Jahre, die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise (im angelsächsischen Sprachraum Große

Depression genannt), die
heraufziehende Gefahr eines weiteren
Weltkriegs, die tatsächliche
Entfachung dieses zweiten
Weltenbrands innerhalb einer
Generation, zuletzt den verheerenden
Zusammenbruch der Zivilisation, den
dieser Zweite Weltkrieg verursachte.
An diesem Punkt unterbreche ich die
chronologische Folge durch ein
strukturgeschichtliches Kapitel
(Kapitel neun), das sich langfristigen
Entwicklungen und strukturellen
Fragen widmet, die über die knappen
zeitlichen Grenzen der
vorangehenden Kapitel hinausgreifen
– der demographische und

sozioökonomische Wandel, die Stellung der christlichen Kirchen, die Haltung der Intellektuellen und das Wachstum der Unterhaltungsindustrie. Das Schlusskapitel nimmt den chronologischen Faden wieder auf.

Eigentlich wollte ich ursprünglich diesen ersten Band mit dem tatsächlichen Ende der Kämpfe des Zweiten Weltkriegs beschließen. Doch obgleich die offenen Feindseligkeiten in Europa im Mai 1945 endeten (der Krieg gegen Japan dauerte noch bis in den August), war der schicksalhafte Verlauf der Jahre 1945 bis 1949 so offensichtlich von

diesem Krieg und den Reaktionen darauf bestimmt, dass ich es für gerechtfertigt hielt, über den Moment hinauszublicken, an dem offiziell der Frieden auf den Kontinent zurückkehrte. 1945 waren die Umrisse eines neuen, eines Nachkriegseuropas noch kaum sichtbar; erst allmählich zeichneten sie sich ab. Darum erschien es mir angemessen, ein Schlusskapitel anzufügen, das sich mit der unmittelbaren Nachkriegszeit beschäftigt, die nicht nur eine Periode fortgesetzter Gewalt war, sondern auch dem geteilten Europa, das bis 1949 entstand, seine Gestalt

gab. Darum endet der erste Band mit diesem Jahr und nicht mit 1945.

Fußballkommentatoren greifen, wenn mit der Halbzeitpause ein erstaunlicher Wechsel des Spielglücks eingetreten ist, gerne zu einem ihrer Lieblingsklischees: »Es ist ein Spiel mit zwei Hälften.« Es ist sehr verlockend, sich auch Europas 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert mit zwei Halbzeiten vorzustellen, vielleicht sogar als eines mit einer »Verlängerung«, die 1990 begann. Dieser Band beschäftigt sich nur mit der ersten Hälfte eines außerordentlichen und dramatischen Jahrhunderts, mit der Epoche, in der

Europa zwei Weltkriege führte, die Grundfesten der Zivilisation bedrohte und wild entschlossen schien, sich selbst zu zerstören.

Ian Kershaw

Manchester, im November 2014

EINFÜHRUNG EUROPAS EPOCHE DER SELBSTZERSTÖRUNG

Die Kriege von Völkern werden
schrecklicher sein als die der
Könige.

Winston Churchill (1901)

Europas 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert des Krieges. Zwei Weltkriege und daran anschließend über 40 Jahre »Kalter Krieg« – der seinerseits die unmittelbare Folge des Zweiten Weltkriegs war – prägten die Epoche. Eine außerordentlich dramatische, tragische, zugleich aber auch unendlich faszinierende Zeit. Ihre Geschichte ist die eines gewaltigen Umbruchs und eines erstaunlichen Wandels. Europa stieg im 20. Jahrhundert einmal in die Hölle hinab und kam wieder daraus hervor. Der Kontinent, der sich seit dem Ende der Napoleonischen Kriege 1815 für fast einhundert Jahren

gerühmt hatte, der Gipfel der Zivilisation zu sein, stürzte zwischen 1914 und 1945 in einen Abgrund der Barbarei. Auf diese verheerend selbstzerstörerische Zeit aber folgte eine Periode bis dahin unvorstellbarer Stabilität und Prosperität – allerdings um den hohen Preis einer unüberbrückbaren politischen Teilung. Anschließend durchlebte ein wiedervereinigtes Europa, das sich großem inneren Druck durch die zunehmende Globalisierung und ernststen außenpolitischen Herausforderungen ausgesetzt sah, zunehmende Spannungen – und zwar schon bevor

die Weltfinanzkrise von 2008 den Kontinent in eine neue, bis heute ungelöste Krise stürzte.

Die Zeit nach 1950 wird ein zweiter Band beleuchten; der hier vorliegende betrachtet, wie sich Europa in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, während der Zeit der beiden Weltkriege, um ein Haar selbst vernichtet hätte. Er verfolgt, wie die gefährlichen Kräfte, die aus dem Ersten Weltkrieg erwuchsen, in jenen kaum vorstellbaren Abgrund von Unmenschlichkeit und Zerstörung führten, der sich während des Zweiten Weltkriegs auftat. Diese Katastrophe macht zusammen mit

einem Völkermord von bis dahin beispiellosem Ausmaß, von dem der militärische Konflikt nicht zu trennen ist, den Zweiten Weltkrieg zum Epizentrum und zum bestimmenden Ereignis von Europas wechselvoller Geschichte im 20. Jahrhundert.

Die folgenden Kapitel loten die Ursachen dieser unermesslichen Katastrophe aus. Sie verorten sie in vier in jenen Jahrzehnten auf beispiellose Weise ineinandergreifenden Hauptelementen einer alles erfassenden Krise. Das sind

1) die explosionsartige Ausbreitung

eines ethnisch-rassistischen Nationalismus;

- 2) erbitterte und unversöhnliche territoriale Revisionsforderungen;
- 3) ein akuter Klassenkonflikt, der mit der bolschewistischen Revolution in Russland einen konkreten Schwerpunkt erhielt; und
- 4) eine langanhaltende Krise des Kapitalismus (die viele Beobachter für letal hielten).

Der Triumph des Bolschewismus war nach 1917 ein entscheidendes neues Element. Das gleiche gilt für die nahezu konstante Krise des Kapitalismus, die sich lediglich Mitte

der 1920er Jahre kurzzeitig entschärfte. Die anderen Elemente waren schon vor 1914 präsent gewesen, wenn auch weit weniger akut. Keines dieser Elemente war ein Hauptauslöser des Ersten Weltkriegs; die neue Virulenz eines jeden von ihnen war ein wesentliches Resultat dieses Krieges. Ihr letales Zusammenwirken führte nun in eine Periode ungeheurer Gewalt, und diese zu einem zweiten Weltkrieg, der weitaus zerstörerischer war als der erste. Von der Verkettung dieser vier Faktoren am stärksten betroffen waren Mittel-, Ost- und Südosteuropa, größtenteils die

ärmsten Regionen des Kontinents. Westeuropa erging es besser (mit einer bedeutsamen Ausnahme, nämlich Spanien).

Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich überlebten den Ersten Weltkrieg nicht; ihr Auseinanderbrechen und die ungeheuer gewaltsamen Wirren des russischen Bürgerkriegs, der unmittelbar auf die Oktoberrevolution folgte, setzten neue Kräfte eines extremen Nationalismus frei, der nationale Zugehörigkeit in der Regel ethnisch definierte. Nationalistische und ethnische Konflikte waren vor allem

in der ärmeren Osthälfte des Kontinents verbreitet – gerade dort, wo ethnisch gemischte Gemeinschaften seit langem gelebt hatten. Aus Missgunst und sozialem Elend machte der nationalistische Hass oft vor allem die Juden zu Sündenböcken. Es lebten mehr Juden in Mittel- und Osteuropa als in Westeuropa, sie waren dort zumeist weniger gut integriert, gehörten niedrigeren sozialen Klassen an als ihre Glaubensgenossen in den westeuropäischen Ländern. Diese mittel- und osteuropäischen Regionen waren, weit mehr als Deutschland, die traditionellen Kerngebiete eines

gewalttätigen Antisemitismus. Da Westeuropa insgesamt ethnisch homogener war und sich die Nationalstaaten dort über lange historische Zeiträume entwickelt hatten, blieben Spannungen dort zwar nicht vollständig aus, fielen jedoch weniger heftig aus als im Osten.

Zudem befanden sich die Siegermächte und die meisten neutralen Länder des Ersten Weltkriegs in Westeuropa. Verletztes nationales Ansehen und die Konkurrenz um materielle Ressourcen – der Nährboden für aggressiven ethnischen

Nationalismus – spielten weiter östlich eine sehr viel größere Rolle. In der Mitte des Kontinents gelegen, mit Grenzen von Frankreich und der Schweiz im Westen bis nach Polen und Litauen im Osten, war Deutschland das bedeutendste der Verliererländer und der Schlüssel zu Europas künftigem Frieden. Doch herrschte unter den Deutschen tiefe Verbitterung über die Behandlung durch die alliierten Siegermächte und sie unterdrückten ihre revisionistischen Ambitionen nur zeitweilig. Weiter im Süden und nach Osten hin entstanden aus den Trümmern des Österreichisch-Un-

garischen, des Russischen und des Osmanischen Reiches neue Nationalstaaten, oftmals unter den denkbar schlechtesten Bedingungen - zusammengeschustert. Kaum verwunderlich, dass der nationalistische und ethnische Hass, der die Politik vergiftete, diese Regionen zu den Hauptschlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs machen sollte.

Die territoriale Aufteilung Europas, die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte, schürte die nationalistischen Konflikte und ethnischen Spannungen massiv. Mochten ihre Absichten auch gut

gewesen sein, so sahen sich die Verfasser der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919/20 doch unlösbaren Problemen gegenüber, als sie versuchten, die territorialen Ansprüche der aus den Trümmern der alten Großreiche entstandenen, neuen Länder zu befriedigen. Ethnische Minderheiten bildeten einen beträchtlichen Bevölkerungsteil der meisten neuen Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – eine potenzielle Grundlage für schwere politische Unruhen. Fast alle neugezogenen Grenzen blieben umstritten, ungeklärt auch die

Ansprüche der ethnischen Minderheiten, die gewöhnlich der Diskriminierung durch die jeweilige Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt waren. Die in den Verträgen festgelegten Grenzverschiebungen sorgten zudem in den Ländern, die sich ungerecht behandelt fühlten, für gefährlich brodelnden Unmut. Das galt auch für Italien, obwohl es dort keine ethnischen Konflikte gab (einmal abgesehen von der überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols, das Italien nach Kriegsende annektiert hatte). Doch die italienischen Nationalisten und Faschisten konnten die Gefühle

vieler Landsleute ausnutzen, die es ungerecht fanden, dass ihrem Land, das im Ersten Weltkrieg doch aufseiten der Siegermächte gestanden hatte, Gebiete verweigert wurden, die es sich hatte einverleiben wollen und die stattdessen Jugoslawien zugeschlagen wurden. In Deutschland (wo es nach den Gebietsverlusten am Ende des Ersten Weltkriegs ebenfalls keine ethnischen Gegensätze gab) saß der Zorn über die territorialen Verstümmelungen tief; er befeuerte zunächst die Forderungen, den Versailler Vertrag zu revidieren, und mündete später, weitaus gefährlicher

für Europas dauerhaften Frieden, in die Unterstützung des Nationalsozialismus. Die gleichen Ressentiments steigerten den Unmut auch jener Deutschen, die als Minderheiten außerhalb der Reichsgrenzen lebten, in Polen, der Tschechoslowakei und anderswo.

Der schrille Nationalismus, der nach dem Ersten Weltkrieg aufkam, gewann an Dynamik nicht nur durch ethnische Rivalitäten, sondern auch durch Klassenkonflikte. Denn das Gefühl nationaler Einheit ließ sich aufs Äußerste steigern, wenn der Fokus auf vermeintliche »Klassenfeinde« inner- und außerhalb

des Nationalstaats gelenkt wurde. Der enorme wirtschaftliche Aufruhr der Nachkriegszeit und danach die fatalen Folgen der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren führten europaweit zu einer großen Verschärfung der Klassengegensätze. Klassenkämpfe hatten, oft gewaltsam ausgetragen, natürlich das gesamte Industriezeitalter durchzogen, verglichen mit den Vorkriegsjahren aber gewannen diese Konflikte deutlich an Brisanz. Immerhin gab es nach der Russischen Revolution und mit Gründung der Sowjetunion ein alternatives Gesellschaftsmodell, eines, das den Kapitalismus zu Fall

gebracht und eine »Diktatur des Proletariats« errichtet hatte. Beseitigung der Kapitalistenklasse, Enteignung der Produktionsmittel durch den Staat sowie massive Umverteilung des Grundbesitzes: das war ein Programm, das für weite Teile der verarmten Massen nach 1917 Attraktivität besaß. Aber die Präsenz des Sowjetkommunismus spaltete die Linke auch, schwächte sie auf fatale Weise, und stärkte dagegen die extrem nationalistischen Kräfte der Rechten ungemein. Wiedererstarkende Teile der Rechten konnten die Energien und die Gewaltbereitschaft all jener, die sich

vom Bolschewismus bedroht
fühlten – die alten begüterten Eliten,
der Mittelstand, die Land besitzende
Bauernschaft –, in neue
hochaggressive politische
Bewegungen lenken.

Nicht anders als die revolutionäre
Linke nutzte auch die Konter-
revolution die Verbitterung und die
Ängste, die aus dem Klassenkonflikt
resultierten. Am attraktivsten
wirkten konterrevolutionäre
Bewegungen dort, wo es ihnen
gelingt, extremen Nationalismus mit
aggressivem Antibolschewismus zu
verbinden. Wiederum waren die
Länder Mittel- und Osteuropas davon

am stärksten betroffen, denn dort empfand man die »bolschewistische Gefahr« als hoch. Zur international größten Gefahr wurde diese Entwicklung jedoch dort, wo die Verquickung von extremem Nationalismus mit einem geradezu paranoiden Hass auf den Bolschewismus rechte Massenbewegungen aufkommen ließ, Bewegungen, denen es in Italien, später auch in Deutschland gelang, die Macht im Staat zu ergreifen. Wenn nun die hasserfüllten nationalistischen und antibolschewistischen Energien, die der extremen Rechten zur Macht

verholfen hatten, in eine nach außen gerichtete Aggression gelenkt werden konnten, geriet Europas Frieden in große Gefahr.

Das vierte Element, mit den drei anderen Elementen verwoben und diese verstärkend, war die in der Zwischenkriegszeit anhaltende Krise des Kapitalismus. Die nachhaltige Störung der Weltwirtschaft, die der Erste Weltkrieg verursacht hatte, die gravierende Schwäche der wichtigsten europäischen Volkswirtschaften, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, schließlich die mangelnde Bereitschaft der Vereinigten Staaten,

sich mit ihrer überlegenen Wirtschaftsmacht voll an Europas Wiederaufbau zu beteiligen – all das mündete in ein Desaster. Zusätzlich verschärft wurden Europas Probleme von den weltweiten Nachwirkungen des Krieges. Auf Kosten Europas baute Japan seine Märkte im Fernen Osten weiter aus, nicht zuletzt im von innenpolitischen Wirren geschüttelten China. Das Britische Empire stand vor wachsenden politischen und ökonomischen Problemen, am offensichtlichsten in Indien, wo das Wachstum einer einheimischen Textilindustrie und der damit einhergehende Verlust von

Exportmärkten Großbritanniens wirtschaftliche Nöte noch verschärften. Die russische Wirtschaft indessen schied, infolge von Revolution und Bürgerkrieg, praktisch ganz aus der Weltwirtschaft aus. Die Krise des Kapitalismus war global, den größten Schaden allerdings richtete sie in Europa an.

Die Inflationskrise der frühen 1920er und die Deflationskrise der 1930er Jahre rahmen einen viel zu kurzen Aufschwung ein; er war, wie sich erwies, auf Sand gebaut. Dagegen erzeugten die beiden Phasen gewaltiger wirtschaftlicher und

sozialer Verwerfungen, die rasch aufeinander folgten, ein Klima, in dem nicht nur reale Verarmung, sondern auch die Furcht davor den politisch extremen Gruppen massiven Zulauf verschafften.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen allein jedoch reichten nicht aus, um große politische Umwälzungen herbeizuführen. Eine

Legitimationskrise des Staates musste hinzukommen, geschürt durch eine bereits bestehende ideologische Spaltung und tiefe kulturelle Gräben, die die geschwächten Machteliten neuem Druck der mobilisierten Massen aussetzten. Exakt diese

Bedingungen waren jedoch in vielen Teilen Europas gegeben, insbesondere dort, wo ein extremer integraler Nationalismus, der vom verbreiteten Gefühl, nationales Prestige verloren zu haben, und von enttäuschten Großmachtaspirationen gespeist wurde, eine starke Bewegung hervorbringen konnte. Diese wiederum zehrte von der ideologisch überhöhten Stärke teuflischer Feinde, denen man sich gegenüber wähnte, und eine solche Bewegung konnte in einem Staat mit schwacher Autorität durchaus nach der Macht greifen.

Diese vier Hauptelemente also

mussten ineinandergreifen, um die umfassende politische, sozioökonomische und ideologisch-kulturelle Krise auszulösen, die Europa bis an den Rand der Selbstzerstörung trieb. Zu diesem Zusammenspiel der Krisenfaktoren kam es, in unterschiedlichem Maße, in den meisten Ländern Europas, auch in Westeuropa. Besonders in einem Land aber waren alle vier Komponenten in ihrer extremsten Ausprägung wirksam und verstärkten einander zu explosiver Wirkung – in Deutschland. Als es Adolf Hitler – der es meisterlich verstand, die allgemeine Krise

auszunutzen, und der sie mit dem Einsatz von Gewalt überwinden wollte – gelang, seine diktatorische Herrschaft über den deutschen Staat zu zementieren, war es nicht mehr weit zu einer allgemeinen Katastrophe in Europa. Das militärische und wirtschaftliche Potenzial Deutschlands war (trotz seiner zeitweiligen Schwächung nach dem Ersten Weltkrieg) groß, seine revisionistischen Forderungen und expansionistischen Ambitionen hatten unmittelbare Folgen für die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit vieler anderer Länder, und so stieg die

Wahrscheinlichkeit zusehends, dass Europas Krise in einem neuen katastrophalen Krieg enden würde. Dass sich die Krise in Mittel- und Osteuropa, den instabilsten Teilen des Kontinents, zuspitzte, kann dabei ebenso wenig verwundern wie der Umstand, dass die Länder im Osten nach Ausbruch des Krieges zum Schauplatz der größten Zerstörungen und grotesker Unmenschlichkeit wurden.

Die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs erreichten ungekannte Dimensionen. Dieser schwere Zivilisationsbruch hatte moralische Folgen, und sie sollten für den Rest

des Jahrhunderts und darüber hinaus spürbar bleiben. Und dennoch: Ausgerechnet dieser zweite Krieg ebnete – im völligen Gegensatz zum Chaos, das der erste verursacht hatte – Europa den Weg zu seiner Wiedergeburt in der zweiten Jahrhunderthälfte. Hatte der Erste Weltkrieg verschärfte ethnische Spannungen, Grenzkonflikte, Klassenkonflikte sowie eine tiefe, anhaltende Krise des Kapitalismus hinterlassen, so schwemmte der Zweite Weltkrieg diese Verkettung von Krisenfaktoren im Strudel der Zerstörung fort. Die Sowjetherrschaft über Osteuropa unterdrückte die

inneren ethnischen Gegensätze und Unruhen gewaltsam. Die direkt nach Kriegsende in großem Stil durchgeführten ethnischen Säuberungen veränderten die Landkarte Mittel- und Osteuropas. Deutschlands Träume von der Herrschaft über ganz Europa zerstoßen in seiner totalen Niederlage, Verwüstung und Teilung. In Westeuropa regte sich neue Bereitschaft, nationalistische Feindseligkeiten zugunsten von Kooperation und Integration zu entschärfen. Grenzen wurden nun durch die Präsenz der neuen Supermächte festgelegt. Der ältere

Antibolschewismus, von dem die extreme Rechte hatte zehren können, wurde in westeuropäische Staatsideologien umgewandelt und förderte so eine stabile konservative Politik. Und nicht zuletzt brachte der (diesmal unter Federführung der Vereinigten Staaten) reformierte Kapitalismus der Westhälfte Europas unglaublichen Wohlstand und mit diesem die Grundlage politischer Stabilität. All diese fundamentalen Veränderungen tilgten, nach 1945 ineinandergreifend, die Matrix der Krisenelemente, die den Kontinent in der Zeit der beiden Weltkriege beinahe zerstört hatten.

Der Zweite Weltkrieg, und das ist entscheidend, zerbrach das System konkurrierender europäischer Großmächte ein für alle Mal; er beendete deren Ringen um die Herrschaft über den Kontinent – ein System, das über die Ära Bismarck hinweg bis 1815 zurückreichte, bis zum Ende der napoleonischen Zeit. Im wiedergeborenen, wiewohl ideologisch und politisch zerrissenen Europa gab es nurmehr zwei Großmächte: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, die einander über den Eisernen Vorhang hinweg belauerten und darüber wachten, dass beim

Wiederaufbau Europas Staaten und Gesellschaften nach ihrem eigenen Bilde entstanden. Und noch ein weiterer entscheidender Faktor wurde wirksam: Sobald beide Supermächte über Atombomben verfügten, das war ab 1949 der Fall, und vier Jahre später dazu über Wasserstoffbomben von noch entsetzlicherer Zerstörungskraft, beschwor das Schreckgespenst eines Atomkriegs ein Ausmaß an Zerstörung herauf, das die Verheerungen beider Weltkriege weit in den Schatten gestellt hätte. Daran musste das Denken sich ausrichten, das trug zur Schaffung

dessen bei, was 1945 noch höchst unwahrscheinlich erschien: eine Ära des Friedens in Europa.

Wie sich diese Elemente ineinander verwoben und Europa verändert haben, den Osten wie den Westen, wird im nächsten Band zu erörtern sein. Was in diesem Band folgt, ist ein Versuch zu verstehen, wie Europa während der ersten Hälfte dieses gewaltsamen, turbulenten Jahrhunderts in einem Abgrund versank und wie es danach innerhalb von nur vier Jahren, nachdem der Tiefpunkt von 1945 erreicht war, das Fundament für einen erstaunlichen Aufschwung zu

legen begann – für ein neues Europa,
das aus der Asche des alten
hervorwachsen und den Weg
antreten sollte, der herausführte aus
der Hölle auf Erden.

EINS

AM ABGRUND

Wir nehmen den Pazifismus sehr ernst! Nur möchten wir unsere Artillerievorlage durchbringen.

General Stumm in: Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*

(1930 –42)

Bereits damals gab es Vorahnungen,

dass der Absturz in einen Krieg eine Ära beenden könnte. Am bekanntesten ist diese ungute Vorahnung in der Formulierung des britischen Außenministers Sir Edward Grey am 3. August 1914: »Die Lampen gehen in ganz Europa aus; wir werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen.« Unheil schwante auch dem deutschen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg: »Ich sehe ein Fatum, größer als Menschenmacht, über der Lage Europas und über unserem Volke liegen«, rief er aus, als Ende Juli 1914 der Krieg bedrohlich näher rückte. Drei Jahre

zuvor hatte der Sozialist August Bebel in einer Rede im Deutschen Reichstag, empörten Widerspruch und hitzige Gegenrede provozierend, deutlich gemacht, dass die Gefahr eines bevorstehenden Krieges in Europa wachse. Und ein solcher Krieg, erklärte er, werde den Kontinent in eine Katastrophe stürzen: »Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge.«

Der Krieg führte nicht, wie von Bebel angedeutet, zum Zusammenbruch des Kapitalismus, nicht zum Triumph des Sozialismus. Recht allerdings behielt er mit seiner Voraussage, dieser Krieg werde eine

neue Ära einleiten. Der amerikanische Diplomat George Kennan beschrieb den Krieg später als »die Urkatastrophe«. Auch er hatte Recht. Der Krieg war eine Katastrophe. Und er war der Auftakt zu einer Epoche – dem »Dreißigjährigen Krieg« des 20. Jahrhunderts –, in der der europäische Kontinent nahe daran war, sich selbst zu zerstören.

Ein goldenes Zeitalter?

Das Bild einer glanzvollen Ära der

Stabilität, Prosperität und des Friedens, tragisch hinweggefegt durch die Schrecken, die folgten, blieb nach dem Ersten Weltkrieg im Gedächtnis insbesondere der privilegierten Klassen. Als *The Gilded Age*, als »vergoldetes Zeitalter« haben die Amerikaner die Vorkriegsjahre im Rückblick beschrieben. Doch dieser Ausdruck gibt auch wieder, wie die Europäer über diese Ära zu denken begannen. So erinnerte sich die Pariser Bourgeoisie der *Belle Époque*, einer Zeit nämlich, in der die ganze Welt Frankreich um seine Kultur beneidete und Paris als das Zentrum der Zivilisation erschien.

Und wenn die besitzenden Klassen in Berlin an die wilhelminische Ära dachten, dann war dies eine Zeit des Wohlstands und der Sicherheit, der nationalen Größe und eines Status, wie er dem erst unlängst geeinten Deutschland gebührte. Auch Wien schien am Gipfel seines kulturellen Glanzes, seiner geistigen Brillanz, seiner historischen imperialen Herrlichkeit angekommen zu sein. München, Prag, Budapest, St. Petersburg, Moskau, viele, überall auf dem Kontinent verstreuten Städte hatten Teil an der kulturellen Blüte. Neue, anspruchsvolle, provokative Formen des künstlerischen

Ausdrucks erfassten in einer Explosion kühner Kreativität so gut wie alle Sparten der bildenden Kunst, der Literatur, der Musik und des Theaters.

In London galt Ökonomie mehr als Kultur. In der Hauptstadt eines weltumspannenden Empire sehnte sich nach dem Ersten Weltkrieg die Nachkriegsgeneration zurück in ein verflossenes »Goldenes Zeitalter«, in jene Zeit des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, des florierenden Handels, der stabilen Währungen. Aus der Nachkriegszeit stammt auch der berühmte Rückblick des großen britischen Ökonomen

John Maynard Keynes: »Der Bewohner Londons konnte, seinen Morgentee im Bette trinkend, durch den Fernsprecher die verschiedenen Erzeugnisse der ganzen Erde in jeder beliebigen Menge bestellen und mit gutem Grund erwarten, dass man sie alsbald an seiner Tür ablieferte.« Da haben wir freilich die hochprivilegierte Perspektive eines wohlhabenden Mannes aus der oberen Mittelklasse, der in einer Stadt lebte, die damals Zentrum des Welthandels war. Kaum einer der Menschen, die in den osteuropäischen Shtetl lebten, in den verarmten Landstrichen Süditaliens, Spaniens,

Griechenlands oder Serbiens, unter den städtischen Massen, die sich in den Elendsvierteln von Berlin, Wien, Paris, St. Petersburg und auch London drängten, keiner hätte sich derart idyllische Lebensverhältnisse auch nur vorstellen können. Und doch war das Bild eines »Goldenen Zeitalters« keine bloße Nachkriegserfindung.

Trotz Europas innerer Spaltung, trotz aller nationalistischen Rivalitäten partizipierten alle Länder am ungehinderten Waren- und Kapitalverkehr, der zur international vernetzten, kapitalistischen Weltwirtschaft gehörte. Die

Stabilität, die das Wirtschaftswachstum ermöglichte, beruhte auf der Anerkennung des Goldstandards als einer Art Weltwährung, verankert in der Dominanz der Londoner City. Insofern besaß die Bank of England den Schlüssel zur Stabilität der Weltwirtschaft. Großbritanniens Einkünfte aus »unsichtbaren Leistungen« – Transport, Versicherung, Zinsen – und seine Exporte übertrafen die Importe bei weitem. Das Goldangebot, insbesondere aus Südafrika, war 1897/98 stark gestiegen. Die Bank of England aber baute weder

übermäßige Goldreserven auf, was anderen Ländern geschadet hätte, noch verringerte sie diese. Die Volkswirtschaften der USA und Deutschlands waren dynamischer, das Wirtschaftswachstum höher als das in Großbritannien. Dass die Amerikaner die Weltwirtschaft irgendwann dominieren würden, erschien wahrscheinlich. Noch aber hatte Großbritannien den größten Anteil am Welthandel (auch wenn dieser schrumpfte), war zudem der mit Abstand größte Exporteur von Anlagekapital. Die Konkurrenz der Großmächte um die ökonomische Ausbeutung der Welt freilich

belastete die Stabilität der internationalen kapitalistischen Wirtschaft zunehmend; bis 1914 aber blieb das System intakt, von dem Europa und vor allem dessen industrialisierte Regionen in den Jahrzehnten zuvor so sehr profitiert hatten. Kaum jemand zweifelte, dass es bei Stabilität, Prosperität und Wachstum bleiben werde.

Die große Weltausstellung im Jahr 1900 in Paris war darauf angelegt, eine blühende Zivilisation zu präsentieren und Europa als deren Zentrum. Sie sang ein einziges Loblied auf den Fortschritt. Zur Schau stand ein Zeitalter der neuen

Technologien. Riesige Maschinen beeindruckten die Besucher durch Kraft und Geschwindigkeit. Buchstäblich geblendet wurden sie durch den Glanz des von 5000 Glühbirnen erleuchteten Palais de l'Électricité. 24 europäische Nationen, dazu noch afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Länder sowie die Vereinigten Staaten, sie alle präsentierten ihre aufwendigen Pavillons, die im Lauf der nächsten sechs Monate von nicht weniger als 50 Millionen Menschen, oft mit ehrfürchtigem Staunen, besichtigt wurden. Osteuropa und insbesondere Russland mit allein

neun Pavillons erfreuten sich einer starken Präsenz. Groß herausgestellt wurde die »zivilisierende Mission« Europas. Auf dem Höhepunkt des Imperialismus vermittelten die aufwendigen exotischen Darstellungen weit entfernter kolonialer Besitzungen einen überwältigenden Eindruck europäischer Weltherrschaft. Und alles in allem, so schien es, versprachen Handel, Wohlstand und Frieden die unbegrenzte Fortdauer dieser Herrschaft. Vor den Besuchern lag eine glänzende Zukunft.

Ihr Optimismus schien gerechtfertigt. Verglichen mit dem,

was vorangegangen war – ganz zu schweigen von dem, was kommen würde –, war das 19. Jahrhundert friedlich gewesen. Einen allgemeinen, kontinentalen Krieg hatte Europa seit dem Ende der Ära Napoleons, seit 1815, nicht mehr erlebt. Weder der Krieg auf der fernen Krim (1853 –1856) noch die kurzen Kriege, die 1871 in der Vollendung der italienischen Einheit und der deutschen Einigung gipfelten, hatten den allgemeinen Frieden auf dem Kontinent gefährdet. Ein Jahrzehnt nach der großen Pariser Ausstellung veröffentlichte Norman Angell, ein britischer Autor,

den internationalen Bestseller *The Great Illusion* (1913, das Buch erschien im gleichen Jahr auch auf Deutsch: *Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein?*) und verstieg sich darin sogar zur Behauptung, der moderne, aus Handel und einer global verflochtenen Ökonomie entspringende Reichtum mache einen Krieg sinnlos. Viele Menschen, nicht nur in Britannien, teilten seine Ansicht. Es war nur schwer vorstellbar, dass Wohlstand, Frieden und Stabilität nicht auf unbegrenzte Zeit fort dauern, sondern so bald und so rasch hinweggefegt werden könnten.

Doch hatte Europa auch noch ein anderes, weit weniger attraktives Gesicht. Auf dem ganzen Kontinent veränderte sich das soziale Gefüge schnell, wenngleich sehr uneinheitlich. Rasant und intensiv industrialisierte Regionen existierten neben weiten Landstrichen, in denen noch immer hauptsächlich und oft beinahe urzeitlich Landwirtschaft betrieben wurde. 1913 bestritten noch etwa vier Fünftel der arbeitenden Bevölkerung Serbiens, Bulgariens und Rumäniens ihren Lebensunterhalt durch Ackerbau und Viehzucht. Europaweit lag dieser Anteil bei über zwei Fünfteln, nur in

Großbritannien war er auf etwas mehr als ein Zehntel gesunken. Und nur in Großbritannien, in Belgien und, erstaunlicher, in der Schweiz waren 1913 über zwei Fünftel der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie beschäftigt; noch nicht einmal in Deutschland war man so weit. Die meisten Europäer lebten noch immer in Dörfern oder Kleinstädten. Auch wenn sich die Lebensverhältnisse weiter verbesserten, für die Mehrheit der Europäer blieben sie dürftig, ganz gleich, ob es sie mit der Masse der Arbeitssuchenden in die unhygienischen Verhältnisse rasch

wachsender Städte wie Berlin, Wien oder St. Petersburg getrieben hatte oder ob sie sich weiterhin in einer prekären Existenz auf dem Land durchschlugen. Viele trafen ihre Wahl mit den Füßen, zogen davon, von Armut und Chancenlosigkeit aus ihrer Heimat vertrieben. Weit davon entfernt, in den Genuss von Wohlstand und Zivilisation zu gelangen, wollten Millionen Europäer so schnell wie möglich weg vom alten Kontinent. 1907 erreichte die Emigration in die Vereinigten Staaten ihren Höchststand: Über eine Million Europäer überquerten den Atlantik. Die große Welle nach der

Jahrhundertwende – dreimal so hoch wie im Jahrzehnt zuvor – war die jener Menschen, die aus Österreich-Ungarn, Russland und vor allem aus dem verarmten Süditalien flohen.

Die Schnelligkeit des sozialen Wandels erzeugte einen neuen politischen Druck, der die bestehende Ordnung zu gefährden begann. In Europa lag, noch in den Jahren kurz vor dem Ersten Weltkrieg, die politische Macht in den Händen einiger Weniger. In den meisten Ländern waren es die landbesitzenden Eliten und alten aristokratischen Familien, die nach wie vor die regierende Klasse und die

militärische Führung stellten, auch wenn manche von ihnen bereits durch Heirat mit den neuen Dynastien verbandelt waren, die ihren enormen Reichtum aus Industrie und Finanzkapital zogen. Nicht zuletzt war Europa immer noch ein Kontinent der Erbmonarchien. Republiken waren nur die Schweiz (deren jahrhundertealte Eidgenossenschaft sich 1848 eine moderne bundesstaatliche Verfassung gegeben hatte), Frankreich (seit 1870) und Portugal (seit 1910). In Österreich-Ungarn stand Kaiser Franz Joseph, der den Thron bereits 1848 bestiegen hatte, an der Spitze des

riesigen multinationalen
Habsburgerreichs mit über
50 Millionen Untertanen – für die
Menschen war er ein Symbol der
Beständigkeit monarchischer
Herrschaft.

Gleichwohl gab es praktisch
überall einen konstitutionellen
Rahmen der Regierungsgewalt, ein
Spektrum politischer Parteien
(allerdings einem extrem restriktiven
Wahlrecht unterworfen) sowie eine
Rechtsordnung. Selbst die russische
Autokratie sah sich zu
Zugeständnissen genötigt: Nach dem
gescheiterten Revolutionsversuch
von 1905 sah sich Zar Nikolaus II.

gezwungen, dem Parlament, der Duma, bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen (wobei sich die Macht der Duma in der Praxis als extrem schwach erwies). Trotz dieser Konstitutionen hatten große Teile der Bevölkerung noch immer keine politische Vertretung, selbst in Großbritannien nicht, das als Ursprungsland der parlamentarischen Demokratie gilt. Manche Länder verfügten über ein seit langer Zeit eingeführtes allgemeines Männerwahlrecht. In Deutschland beispielsweise gewährte die Reichsverfassung von 1871 allen Männern über 25 Jahren eine Stimme

bei den Reichstagswahlen. (Für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus allerdings blieb ein hoch restriktives Wahlrecht in Kraft, das den Grundbesitzern eine dauerhafte Vorherrschaft garantierte, und Preußen umfasste immerhin zwei Drittel des gesamten Reichsgebiets.) In Italien wiederum erfolgte der Wechsel zu einem für Männer (fast) allgemeinen Wahlrecht viel später, erst 1912. Nirgendwo in Europa der Jahrhundertwende aber besaßen Frauen ein Stimmrecht bei Parlamentswahlen. In zahlreichen Ländern protestierten Frauenrechtlerinnen gegen diese

Diskriminierung, vor dem Ersten Weltkrieg allerdings blieben ihre Bewegungen wenig erfolgreich – außer in Finnland (wo sich, trotz dessen Zugehörigkeit zum Russischen Reich, nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1905 ein gewisser demokratischer Wandel durchsetzen ließ) und in Norwegen.

Die wesentlichste soziale Veränderung, eine, in der die Eliten aller Länder eine fundamentale Bedrohung ihrer Macht erkannten, war der Aufstieg von Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterklasse. 1889 war die »Zweite Internationale« als

Dachverband der sozialistischen Parteien Europas gegründet worden, um die programmatischen Forderungen der nationalen Parteien zu koordinieren. Die meisten dieser Parteien blieben, in der einen oder anderen Form, der revolutionären Doktrin von Karl Marx und Friedrich Engels verbunden. Deren Kritik der unausweichlich ausbeuterischen Natur des Kapitalismus, ihr Leitbild einer neuen, auf Gleichheit und gerechter Verteilung des Reichtums basierenden Gesellschaftsform gewannen für große Teile der armen und ausgebeuteten industriellen Arbeiterklasse stetig an Attraktivität.

Versuche der herrschenden Eliten, die Arbeiterparteien und die wachsenden Gewerkschaften zu verbieten oder zu unterdrücken, waren gescheitert. Besser denn je organisiert, verteidigten die Arbeiter ihre Interessen, was sich im raschen Wachstum der Gewerkschaften spiegelte. 1914 zählten sie in Großbritannien über vier Millionen Mitglieder, in Deutschland über 2,5 und in Frankreich rund eine Million.

In den meisten europäischen Ländern hatten die diversen sozialistischen Parteien und Bewegungen eine Stimme gefunden und gewannen zu Beginn des

Jahrhunderts zunehmend Unterstützung. Die französischen Sozialisten überwandten ihre internen Differenzen und vereinigten sich 1905 – ausdrücklich nicht zu einer Reformpartei, sondern zu einer Partei des Klassenkampfes und der Revolution. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs konnte die Section française de l'Internationale Ouvrière 17 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und gewann 103 Sitze in der Abgeordnetenversammlung des französischen Parlaments. In Deutschland waren Bismarcks Versuche, die Sozialdemokratie zu

unterdrücken, spektakulär
fehlgeschlagen. Seit 1890 war die
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD) mit ihrem
marxistischen Programm zur
europaweit stärksten sozialistischen
Bewegung angewachsen; sie zählte
vor dem Krieg über eine Million
Mitglieder. In der Reichstagswahl
von 1912 konnten die
Sozialdemokraten die meisten
Wählerstimmen und fast ein Drittel
der Abgeordnetensitze erringen, zum
Schrecken von Deutschlands
herrschenden Klassen.

In den wirtschaftlich
fortgeschritteneren Teilen Europas

zügelte der organisierte Sozialismus, trotz aller Rhetorik, offene Militanz und lenkte die politischen Energien in Richtung parlamentarischer, nicht revolutionärer Aktionen. In Frankreich gewann Jean Jaurès eine große Anhängerschaft, indem er, ungeachtet der Rhetorik seiner sozialistischen Partei, nicht die Revolution, sondern einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus verfocht. Auch in Deutschland lief die Praxis der SPD, selbst wenn sie an der marxistischen Lehre festhielt, darauf hinaus, gesellschaftliche Macht an den Wahlurnen zu gewinnen. Die

britische Labour Party (die sich 1906 diesen Namen gab) war aus den Gewerkschaften hervorgegangen, entsprechend ging es ihr weniger um revolutionären Utopismus als um gewerkschaftlich-pragmatischen Einsatz für die Arbeiterinteressen. Die marxistische revolutionäre Botschaft wurde weitgehend ignoriert zugunsten der reformistischen: Der Kapitalismus müsse nicht gestürzt, er könne vielmehr im Interesse der arbeitenden Klasse reformiert werden. Auch die Staatsmacht, glaubte man, lasse sich auf friedlichem Wege so umwandeln, dass sie die Interessen der

Arbeiterklasse repräsentiere. In vielen Teilen West-, Nord- und Mitteleuropas waren die Arbeiter arm, doch nicht mehr so vollständig verarmt und militant wie in früheren Zeiten. Sie hatten inzwischen mehr zu verlieren als ihre Ketten und schlossen ihre Reihen weitgehend hinter ihren reformistischen Führern.

In den weniger entwickelten Teilen des Kontinents allerdings herrschte eine andere Situation. Dort war die Konfrontation mit der Staatsmacht heftiger, denn es gab dort wenig bis gar keine Verteilung der Macht durch vermittelnde Organisationen oder soziale

Strukturen, die Teilhabe am Staatsleben ermöglicht hätten. Die Machtausübung, im Wesentlichen despotisch, von oben nach unten, basierte auf Zwang, es gab eine fest etablierte herrschende Kaste, ein korruptes Beamtentum und, wenn überhaupt, nur schwache repräsentative Institutionen. Vorstellungen vom scheinbar unbegrenzten Fortschritt einer Zivilisation, gestützt auf eine wohlmeinende Staatsgewalt und den Respekt vor dem Gesetz, Vorstellungen, die später dazu beitrugen, dass der Mittelstand in Mittel-, Nord- und Westeuropa

den Verlust eines »Goldenen Zeitalters« beklagte, konnten, von der südlichen und östlichen Peripherie des Kontinents her betrachtet, nur bizarr wirken. Dort kam es, wie zum Beispiel in Katalonien und im Baskenland, in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts immer häufiger zu Streiks, Unruhen und lokalen Aufständen gegen die Staatsgewalt und die »Herrschaft der Bourgeoisie«. Der Anarchismus, häufig verbunden mit sporadisch ausbrechender Gewalt gegen den Staat und seine Institutionen, fand bei landlosen andalusischen Arbeitern viel Unterstützung. Auch

in Süditalien, wo korrupte Staatsbeamte unter dem Einfluss der Grundeigentümer standen, waren gewaltsame ländliche Unruhen weit verbreitet. Briganten zogen in Banden durch ländliche Gegenden und vermengten ihre Straftaten mit populären Protestaktionen, indem sie Bauern und landlose Arbeiter gegen die Macht des Staates und der Großgrundbesitzer verteidigten. Europas Mächtige sahen sich durch eine revolutionäre Arbeiterklasse bedroht, und ihre Angst wurde während der großen Streikwellen und Unruhen des Jahres 1905 nicht geringer. In Russland, das von einer

Revolutionsbewegung erfasst wurde, die den Zaren fast gestürzt hätte, reagierte der Staat mit harter Hand. Repression wurde zu offen konterrevolutionärer Gewalt, als in diesem Jahr Soldaten in St. Petersburg 200 Arbeiter massakrierten und Hunderte mehr verletzten. Die Revolution war gescheitert. Zugeständnisse, eher kosmetischer Art denn wirklich auf Veränderung angelegt, gab es im Hinblick auf die parlamentarische Vertretung, die Macht aber lag weiterhin beim Zaren und den von ihm ernannten Ministern. Den Machtlosen, vor allem aber jenen, die

sozialistische Bewegungen der verschiedenen Doktrinen anführten, schien nun eines offensichtlich: Die zaristische Autokratie ließ sich nicht reformieren, sie musste gestürzt werden. Daraus resultierte die zunehmende, offene Radikalität des russischen Sozialismus.

Populistische Gegenbewegungen entstanden nicht nur als Antwort auf die gefühlte Bedrohung durch linke Bewegungen, sondern auch, um Regierungen, die wenig oder kaum Rückhalt bei den Massen hatten, zu einer breiteren Unterstützerbasis zu verhelfen. Solche Bewegungen wurden häufig, mal direkt, mal

indirekt, von Industriellen oder Grundbesitzern gesponsert, denen sehr daran lag, potenziell klassenorientierte

Oppositionsbewegungen in kontrollierbarere Kanäle umzulenken. So versuchten sie, um den politischen Status quo zu erhalten, die Massen zu »nationalisieren«, will sagen, mit aggressiv nationalistischen, imperialistischen und rassistischen Empfindungen zu impfen – mit einigem Erfolg. Außerhalb der Minderheit, die von den Lehren des internationalen Sozialismus angezogen wurde, waren aggressiver Nationalismus, brutaler

Antisemitismus und andere Spielarten des Rassismus weit verbreitet. Und weil, bei verbessertem Schulwesen, immer mehr Menschen Lesen und Schreiben lernten, boten auch billige, volksnah aufgemachte Zeitungen eine Möglichkeit, diese Beeinflussung noch auszuweiten. Die Massenpolitik öffnete sich neuen Formen der Mobilisierung, auf der Rechten wie auf der Linken. Alte Gewissheiten begannen zu schwinden. Das politische Establishment der alten konservativen und liberalen Eliten empfand dies als neuerliche Verunsicherung.

Dass Massenmobilisierung zur ernsthaften Bedrohung für die bestehende politische und soziale Ordnung werden könnte, regte den französischen Psychologen Gustave Le Bon dazu an, seine Analyse des Massenverhaltens zu publizieren: *La psychologie des foules* (1895, 1911 als *Psychologie der Massen* auf Deutsch erschienen). Seine These, die Vernunft schwinde, wenn das Individuum den irrationalen, emotionalen Impulsen der Masse ausgesetzt wird, war zu Beginn des neuen Jahrhunderts einflussreich. Das Buch erschien in 45 Auflagen und 17 Übersetzungen und avancierte

später zur Pflichtlektüre angehender
faschistischer Diktatoren. Überall in
Europa ließen sich die emotionalen
Impulse, die Le Bon als
charakteristisch für die Massen
ansah, am einfachsten durch
nationalistische Parolen aufstacheln.
Und Europas herrschende Eliten
hielten den Nationalismus für längst
nicht so gefährlich wie den
Sozialismus. Tatsächlich waren die im
nationalistischen Fanatismus
angelegten Gefahren vor dem Krieg
noch eindämmbar, bereiteten aber
jenen Kräften den Boden, die die
bestehende Ordnung später
untergraben, schließlich zerstören

würden.

Politische Polarisierung, außenpolitische Spannungen, die Verwicklung in externe Konflikte bildeten verschiedene Ebenen schrill nationalistischer Rhetorik. Im politisch und sozial zerrissenen Spanien etwa gab es Versuche, mit Vorstellungen einer »nationalen Wiedergeburt« zu einer neuen Einheit zu finden, was allerdings scheiterte: in einem Krieg, den 1898 zunächst noch viele begrüßt hatten, der aber mit einer verheerenden Niederlage und dem Verlust von Kolonien an die USA endete. Angesichts der tiefen inneren

Spaltungen des Landes, regional wie ideologisch, waren solche Versuche ohnehin zum Scheitern verurteilt. Der kreuzzüglerische Eifer aber, eine im Kampf gegen innere Feinde wiedergeborene Nation zu schmieden, sollte schließlich in einen katastrophalen Konflikt führen.

In den meisten Ländern wurden Feindbilder, sowohl von Feinden im Inneren als auch von außen, zu einer Rhetorik ausgebaut, deren Aggressivität ein neues Maß erreichte. Die Massenmedien schürten Animositäten – meist hochgradig fremdenfeindlich, häufig unverhohlen rassistisch –, die von

Regierungen gern befeuert wurden. In Großbritannien gab der Südafrikanische Krieg (der Zweite Burenkrieg) 1899 –1902 der nationalistischen Kriegslust neuen Auftrieb, dem »jingoism« oder »Hurrapatriotismus«. Deutschlands konservative Regierung wiederum fachte die nationalistische Glut in der sogenannten »Hottentottenwahl« von 1907 an, um die sozialdemokratischen Gegner wegen ihres angeblichen Mangels an Patriotismus zu verunglimpfen. (Hintergrund war der Krieg gegen die Hereros in Deutsch-Südwestafrika.) Dass die Sozialdemokraten ihren

Stimmenanteil gleichwohl
vergrößerten (wegen
Wahlabsprachen zwischen den
Konservativen aber trotzdem eine
erhebliche Anzahl an Mandaten
einbüßten), lässt erkennen, dass der
Hurrapatriotismus, ähnlich wie in
Großbritannien, in den
Mittelschichten viel verbreiteter war
als unter Arbeitern.

Nationalistische Organisationen
wie der Alldeutsche Verband, der
Deutsche Flottenverein und der
Deutsche Wehrverein – die
hauptsächlich im Bürgertum und
Kleinbürgertum Anklang fanden –
trollierten für eine energischere,

radikal expansionistische Außenpolitik. Vor 1914 waren sie nicht viel mehr als bedeutende Agitationsverbände, standen der offiziellen Politik und erst recht der Regierung noch fern. Bis dahin hatten aggressiv nationalistische Ideen jedoch praktisch die gesamte politische Szene jenseits der sozialistischen Linken durchdrungen. In Italien sorgten das lange nachwirkende Gefühl nationaler Demütigung – 1896, in der Schlacht von Adua (Adwa), war eine italienische Kolonialarmee von einem äthiopischen Heer vernichtend geschlagen worden und hatte über

5000 Soldaten verloren – sowie der Eindruck, Italien sei ohne Sitz am exklusiven Tisch der imperialistischen Großmächte Europas eine »proletarische Nation«, dafür, dass nationalistische Emotionen zu schier religiöser Inbrunst hochkochten; man tönte von Kampf und Opfer, forderte einen starken, antisozialistischen Staat, den Aufbau der Streitkräfte, eine aggressivere Außenpolitik. Bei allem Lärm, den sie machten, waren auch die italienischen Nationalisten noch weit davon entfernt, die Mehrheitsmeinung in der zutiefst gespaltenen Gesellschaft zu

repräsentieren; für die Regierung blieben sie vorläufig vor allem ein Ärgernis. Allerdings trug der nationalistische Druck dazu bei, dass sich die liberale Regierung 1911 zum Einmarsch in Libyen entschloss, um eine neue Kolonie zu erobern – der erste Krieg, in dem Fliegerbomben eine Rolle spielten: Die Italiener warfen sie von einem Luftschiff aus auf die sich zurückziehenden osmanischen Truppen. Noch aber war, in Italien nicht anders als in Deutschland, der radikale Nationalismus eine Angelegenheit von Minderheiten, und ohne den Ersten Weltkrieg wäre er das

möglicherweise auch geblieben. Die Saat der späteren unheilvollen Entwicklungen aber war ausgebracht.

Der Nationalismus definierte »die Nation« immer weniger über ein Territorium, sondern zunehmend ethnisch – es ging um die Frage, wer zur »Nation«, zum »Volk« gehören durfte und wer nicht. Edmond Archdéacon etwa, ein französischer Nationalist und »erklärter Gegner des Internationalismus«, verkündete in einer Wahlrede von 1902: »Als Antisemit verlange ich, dass die 150 000 Juden und ihre Lakaien, die 25 000 Freimaurer, aufhören,

38 Millionen Franzosen zu unterdrücken und zu ruinieren.« Er repräsentiere »die wahre, die französische Republik«. Als politische Bewegung zerfiel der Nationalismus, wie in Frankreich so auch in anderen Teilen Europas, in diverse Fraktionen und war daher nicht in der Lage, nach der Macht im Staat zu greifen. Gleichwohl schafften es diese Bewegungen, die außenpolitischen Erklärungen der Regierungen schriller werden zu lassen. Selbst wenn der Nationalismus in Frankreich noch eine politische Randerscheinung war, seine Kernidee – eine Nation, die

definiert wurde durch den Ausschluss derer, die nicht geeignet schienen dazuzugehören, ganz konkret der Juden – blieb unverdünnt Bestandteil einer gespaltenen französischen Kultur. Ähnliche Argumente waren in weiten Teilen Europas zu hören.

Antisemitismus war ein neuer Begriff für ein altes, auf dem Kontinent weitverbreitetes Phänomen: den Hass auf Juden. Die traditionelle christliche, seit Jahrhunderten bestehende Feindseligkeit gegenüber »den Mördern Christi« hielt sich hartnäckig und wurde vom

christlichen Klerus gepflegt – vom protestantischen ebenso wie vom katholischen und vom orthodoxen. Ein anderes, tief verwurzeltes Element dieses Hasses rührte aus uralten ökonomischen und sozialen Ressentiments, die neue Nahrung erhalten hatten, weil es die in jüngerer Zeit gewährten Freiheiten den Juden erlaubt hatten, in größerem Umfang am Geschäfts- und Kulturleben teilzunehmen. Bald schon provozierte das Reaktionen: Bei jedem wirtschaftlichen Abschwung wurden die Juden zum Sündenbock gemacht. Vom ausgehenden 19. Jahrhundert an wurden die alten, oft

bösartigen Formen des Judenhasses von etwas noch Ärgerem überlagert. Nun nämlich vermengten sie sich mit neuen, potenziell mörderischen Rassenlehren, die eine pseudowissenschaftliche, biologische Rechtfertigung für Hass und Verfolgung boten. Die ältere Diskriminierung, die zweifellos schon schlimm genug gewesen war, hatte es Juden gestattet (sie manchmal auch gezwungen), zum Christentum zu konvertieren. Das schloss der wissenschaftlich verbrämte, biologische Antisemitismus aus. Ihm zufolge waren Juden rassistisch, »ihrem Blut

nach« anders. Ein Jude, so hieß es, könne ebenso wenig zum Franzosen oder Deutschen werden, wie beispielsweise eine Katze zu einem Hund gemacht werden könne. Es war eine Doktrin, die nicht nur auf Diskriminierung hinauslief, sondern auf totalen Ausschluss. Und sie führte potenziell auf den Weg physischer Vernichtung.

Die antisemitische Rhetorik war abstoßend. Deutsche Antisemiten verwendeten die Sprache der Bakteriologie, um Juden zu beschreiben. Der populäre und bewunderte Bürgermeister von Wien, Karl Lueger, wiederum nannte die

Juden »Raubtiere in
Menschengestalt«; einer seiner
Mitstreiter, der Mechaniker und
christlichsoziale Politiker Ernst
Schneider, erklärte, die »Judenfrage«
könne gelöst werden, indem man alle
Juden auf ein großes Schiff pferche
und es auf hoher See versenke. Dieser
unsäglichen Rhetorik zum Trotz
schien der Antisemitismus als
politische Bewegung während des
»Goldenen Zeitalters« vor dem Ersten
Weltkrieg rückläufig zu sein,
zumindest in Westeuropa. Ein
insofern trügerischer Schein, als der
Antisemitismus vielfach Eingang
fand in den etablierten

Konservatismus. Die Verbreitung negativer Vorstellungen über Juden ebte nicht ab, vor dem Krieg jedoch war ihr politischer Einfluss begrenzt. Ungeachtet des Antisemitismus an den politischen Rändern konnten sich die meisten Juden im wilhelminischen Deutschland heimisch fühlen. Für Juden bedrohlicher erschien die Atmosphäre in Frankreich, das erst jüngst die schmachvolle Dreyfus-Affäre erlebt hatte. (Die auf falschen Indizien beruhende Verurteilung eines jüdischen Armeeeoffiziers wegen Landesverrats hatte eine frenetische Welle des Antisemitismus entfesselt.)

Doch auch hier verbesserte sich das Klima in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts. Weit schlimmer war die Lage der Juden in Osteuropa. Gewalttätige, häufig von der zaristischen Polizei und Verwaltung angestiftete Pogrome, bei denen Tausende Juden getötet und verletzt wurden, hatten zwischen 1903 und 1906 ein finsternes Licht auf Teile Westrusslands geworfen. Auch in Polen, der Ukraine, in Ungarn, Rumänien und den baltischen Regionen war eingefleischter Judenhass endemisch. Insofern war es durchaus kein Zufall, dass diese Gebiete später unter veränderten

Bedingungen zum europäischen Hauptschauplatz der Morde wurden.

Die düstere Seite von Europas »Goldenem Zeitalter« der Zivilisation und des Fortschritts zeigte sich auch, zunächst noch unausgegoren, in einer neuen Denkweise: in der »Eugenik« sowie in ihrem engen Verwandten, dem »Sozialdarwinismus«. Deren Ursprünge finden sich in den in London entstandenen Arbeiten Sir Francis Galtons, der sich auf die Evolutionstheorien seines Cousins Charles Darwin berief und behauptete, Begabung sei erblich, weshalb die menschliche Rasse mittels erbbiologischer

Manipulationen verbessert werden könne. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Eugenik in weiteren europäischen Ländern – in Skandinavien etwa, in der Schweiz und in Deutschland – Aufmerksamkeit erregt, ebenso in den Vereinigten Staaten. Sie galt als »fortschrittliche« Wissenschaft. Zu ihren Anhängern in Großbritannien beispielsweise zählten führende Denker, die dem liberalen Establishment oder der sich formierenden politischen Linken nahestanden, so John Maynard Keynes, Lord Beveridge, H. G. Wells, Sidney Webb und George Bernard

Shaw. 1908, über 30 Jahre vor der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Aktion, malte sich der allseits gefeierte englische Schriftsteller D. H. Lawrence in einem privaten Brief den Bau einer »Todeskammer so groß wie der Kristallpalast« aus, in die, zum leisen Spiel einer Blaskapelle, »all die Kranken, die Lahmen, die Krüppel« freundlich geleitet würden.

Eugenik schien die Möglichkeit zu bieten, all jene Eigenschaften aus der Gesellschaft herauszuzüchten, die zu Kriminalität, Alkoholismus, Prostitution und anderen Formen »devianten« Verhaltens führten. Sie verschmolz mit der klassisch-

imperialistischen Ideologie des »Sozialdarwinismus«, der auf der Annahme beruhte, dass bestimmte Rassen anderen von Natur aus überlegen seien. Das erste Ziel von Eugenik oder Rassenhygiene, schrieb Galton 1908, sei, die Geburtenrate der »Untauglichen« (»the unfit«) zu senken. Mit der Zeit, so seine Annahme, würde die Eliminierung der »Ungesunden« eine leistungsfähigere, gesündere, also »bessere« Gesellschaft hervorbringen. Hinter solchen Vorstellungen von nationaler Effizienz standen Ängste vor einem Rassenverfall durch

Sozialmaßnahmen, welche die Fortpflanzung »minderwertiger« Bevölkerungsschichten begünstigten.

Die Umschau, eine deutsche illustrierte Wochenschrift »für die Fortschritte in Wissenschaft und Technik«, lobte 1911 eine Preisfrage aus: »Was kosten die schlechten Rassenelemente den Staat und die Gesellschaft?« Sieger des Wettbewerbs wurde ein Beamter der Allgemeinen Armenanstalt in Hamburg, der in seiner Antwort so gut wie alle Kosten öffentlicher Wohlfahrt mit einbezog. Dass man »Minderwertige« sterilisieren sollte, war eine Idee, die unter Medizinern

allmählich an Boden gewann. So verknüpfte der deutsche Arzt Alfred Ploetz Eugenik mit damaligen Rassentheorien und gründete auf dieser Basis die Gesellschaft für Rassenhygiene, die 1914 in vier Ortsgruppen in deutschen Städten eine kleine Mitgliedschaft von 350 Personen verzeichnete, 1916 umbenannt wurde und den Zusatz »Deutsche« Gesellschaft erhielt. Im gleichen Jahr, 1914, forderte die Gesellschaft »Leitsätze« für die Entscheidung darüber, wann ein »Schwangerschaftsabbruch oder eine Sterilisation medizinisch wünschenswert« sei. (Sie

veröffentlichte solche Leitsätze 1922.) Wenige Wochen vor dem Krieg arbeitete die Reichsregierung am Entwurf eines Gesetzes, mit dem Sterilisation und Abtreibung aus sozialen oder rassenhygienischen Gründen verboten werden sollten; Ausnahmen waren nur für den Fall »einer unmittelbaren Bedrohung für Leib und Leben« vorgesehen. Bevor das Gesetz allerdings in Kraft treten konnte, stand Deutschland im Krieg. Wie der Antisemitismus hätte auch die Eugenik – von ihrer rassenhygienischen Variante ganz zu schweigen – ohne den Krieg vielleicht niemals die Bedeutung

erlangt, zu der sie in einem später drastisch veränderten Klima kam. Gleichwohl gilt auch hier: Die geistigen Grundlagen jener späteren Entwicklungen wurden im »Goldenem Zeitalter« europäischer Kultur und Zivilisation gelegt.

Trotz aller vordergründigen Friedlichkeit, schon vor dem Ersten Weltkrieg trug Europa Keime des kommenden Gewaltausbruchs in sich. Feindschaften und Hass – ob nationalistisch, religiös, ethnisch oder klassenpolitisch motiviert – entstellten so gut wie jede Gesellschaft. Besonders gewaltträchtige Regionen des

Kontinents waren der Balkan und das Zarenreich. In Russland nahmen nach der gescheiterten Revolution von 1905 protofaschistische Banden, oft mit Unterstützung der Polizei, brutal Rache an ihren Feinden, es kam zu wilden Gewaltausbrüchen, und wieder hatten Juden am schlimmsten darunter zu leiden. Allein im Oktober 1905 wurden 690 Pogrome mit über 3000 ermordeten Juden gemeldet. Das schrecklichste von allen hinterließ in Odessa 800 ermordete, 5000 verletzte und über 100 000 obdachlose Juden. Konterrevolutionäre Vergeltungsaktionen führten zur

Exekution von 15 000 Gegnern des zaristischen Regimes. Noch schlimmer war die Situation im Osmanischen Reich, das weite Teile des Nahen Ostens umspannte – seit dem 15. Jahrhundert herrschten die Türken über diese Regionen – und das sich nun im endgültigen Niedergang befand. Manche Schätzungen gehen davon aus, dass im Osmanischen Reich zwischen 1894 und 1896, einer Zeit brutaler Repression durch Sultan Abdülhamid II., weit über 80 000 Armenier getötet wurden. Auslöser dieser Massaker war die Angst der Türken vor einem anschwellenden

armenischen Nationalismus, die durch wirtschaftliche Unzufriedenheit, durch Religions- und Klassengegensätze noch befeuert wurde; selbst die Polizei tolerierte die Gräuel. Die Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich setzten sich sporadisch fort, allein im Jahr 1909 wurden weitere 15 000 bis 20 000 Armenier umgebracht.

Ein Großteil von Europas Gewalttätigkeit wurde jedoch exportiert. Mochte es daheim relativ friedlich zugehen, der Wohlstand wachsen, in Übersee setzten die imperialistischen Mächte Gewalt in einem beträchtlichen Ausmaß ein,

um ihre Dominanz über fremde Territorien und über die in den Kolonien unterworfenen Völker durchzusetzen und zu erhalten. Vier Fünftel der Welt wurden direkt oder indirekt von Großbritannien, Frankreich und Russland beherrscht. Und wo immer die imperialistische Herrschaft herausgefordert wurde, löste das grausame Vergeltungsaktionen aus. Als im Jahr 1900 deutsche Soldaten ausgeschiedt wurden, um den Boxeraufstand in China niederzuwerfen, verabschiedete sie Kaiser Wilhelm II. mit den Worten, sie sollten sich aufführen wie »vor tausend Jahren

die Hunnen«. Eine internationale Truppe, zusammengezogen aus verschiedenen europäischen Ländern, jedes aus eigennützigen Interessen an der wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas beteiligt, wirkte an der Seite von Soldaten aus den Vereinigten Staaten und Japan mit an Gräueltaten, an Plünderungen und Vergewaltigungen. Manchen Schätzungen zufolge fielen den an zahlreichen Orten verübten Massakern 100 000 Chinesen zum Opfer.

In einigen Kolonien tobte ungehemmt eine ungeheure Grausamkeit. Im Kongo etwa –

damals praktisch eine Privatkolonie des belgischen Königs Leopold II. – fielen zwischen 1885 und 1908 schätzungsweise zehn Millionen Männer, Frauen und Kinder den zügellosen Grausamkeiten ihrer Kolonialherren zum Opfer, die sie ausbeuteten, um die weltweite Nachfrage nach Kautschuk zu bedienen. Von 1899 bis 1902 wiederum, drei Jahre lang, führten die Briten erbittert Krieg, um die Buren zu unterwerfen und die ungeteilte Herrschaft über Südafrika zu erlangen. Sie setzten eine skrupellose Taktik der verbrannten Erde ein, um die gegnerischen

Besitzungen zu zerstören und errichteten die sogenannten »concentration camps«, in denen vor allem Frauen und Kinder der Buren interniert wurden. Ein Viertel der etwa 28 000 Gefangenen (ein erheblicher Anteil von ihnen war keine 16 Jahre alt) starb in den grauenhaft überfüllten, unhygienischen und krankheitsverseuchten Lagern. In Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) kamen nach manchen Schätzungen zwischen 1904 und 1907 vier Fünftel der Herero und Nama ums Leben (insgesamt rund 65 000 Menschen). Deutsche

Kolonialtruppen hatten sie, in einem Akt systematischer Vergeltung für ihren Aufstand gegen die Kolonialherren, in die Wüste getrieben, wo die meisten verdursteten und verhungerten. Noch viel mehr schufteten sich in Zwangsarbeitslagern zu Tode. (Für diese Lager führten die Deutschen, der englischen Nomenklatur folgend, den Begriff »Konzentrationslager« ein.)

Mit den internationalen Spannungen zwischen den Großmächten wuchs auch der Druck zur Wiederaufrüstung und damit die Erkenntnis, dass die Zerstörungskraft

neuer Waffensysteme eine Kriegführung zur Folge haben würde, die sich von allem bislang Bekannten unterschied. Kein Geringerer als der russische Zar Nikolaus II. lud 1899 Regierungsvertreter aus 26 Ländern zu einer Konferenz in Den Haag ein: mit dem Ziel, den Frieden zu sichern und die Aufrüstung zu bremsen – ein »glückliches Omen soll es sein für das neue Jahrhundert«. Die Ergebnisse – allgemeine Konventionen zur Schlichtung internationaler Streitfälle, zum Kriegsvölkerrecht und über das Verbot bestimmter Waffentypen für einen Zeitraum von fünf Jahren – erwiesen sich nur zu

bald als kraftlos. Immerhin aber lassen sie ein Bewusstsein dafür erkennen, dass die Fortdauer der friedlichen Zeiten in Europa keineswegs als selbstverständlich betrachtet werden konnte; sie zeigten auch, dass das Zerstörungspotenzial der Waffen, die die moderne Rüstungsindustrie produzierte, Unbehagen verursachte. Es gab ein wachsendes Gespür dafür, wie dringend es war, einen Krieg zu verhindern und mit ihm auch die immensen politischen und ökonomischen Verwerfungen, die er verursachen würde. Die Notwendigkeit, den Frieden Europas

zu wahren, den Wohlstand und anhaltendes Wirtschaftswachstum zu sichern, bekam neue Aktualität. Doch während Europas führende Politiker auf den Frieden hofften, bereiteten sie ihre Nationen auf den Kriegsfall vor – und wenn es Krieg geben musste, dann wollte man gerüstet sein für einen raschen Sieg.

In den Krieg hineingeschlittert?

Auf das Jahr 1914 zurückblickend, schrieb der britische Staatsmann

David Lloyd George den berühmten Satz: »Die Nationen Europas schlitterten über den Rand, hinein in den brodelnden Hexenkessel des Krieges ohne eine Spur von Verständnis oder Bestürzung.« Ein Satz, der schmerzt, weil er die unaufhaltsame Wucht einfängt, mit der in der letzten Juliwoche 1914 alles auf einen Krieg zusteuerte, und den Eindruck, dass niemand mehr die Ereignisse kontrollierte. Falsch allerdings ist er, insofern er eine allgemeine Sorg- und Furchtlosigkeit unterstellt. Auch sollte er nicht zu der Annahme verleiten, der Krieg sei, als er eintrat, ein Unfall gewesen,

eine tragische Folge von Fehlern, ein von niemandem gewünschter Ausgang, ein unvorhergesehenes und unberechenbares Ereignis. Im Gegenteil, auch wenn die meisten Entscheidungsträger aufrichtig hofften, dass sich ein Weltenbrand würde vermeiden lassen, und trotz aller Verwirrung, aller Bedenken, trotz aller Unkenrufe und kalten Füße im letzten Moment: Der Wille zum Krieg war, als es darauf ankam, stärker als der Wunsch nach Frieden. Mit weit geöffneten Augen sahen Europas führende Politiker der Aussicht auf einen Krieg entgegen.

Zudem weckt Lloyd Georges Satz

den Eindruck, als habe es keinen offenkundigen Trieb gegeben, Krieg zu führen, nur eine allgemeine, keine spezifische Verantwortung für das Desaster. Tatsächlich scheinen sich die europäischen Politiker und Diplomaten kollektiv wie Lemminge verhalten zu haben, die auf den Rand einer Klippe zusteuern. Gewiss, es gab – und da kommen die Persönlichkeiten der wichtigsten Entscheidungsträger ins Spiel – Missverständnisse, es herrschte ein allgemeines Misstrauen, beides trug dazu bei, die europäischen Großmächte in den Abgrund zu stoßen. Wahr ist auch, dass es keinen

klar ersichtlichen Kriegsdrang seitens eines einzelnen Landes gab, was eine Generation später der Fall war. Mit Sicherheit trugen sämtliche Großmächte eine gewisse Verantwortung dafür, wie sich die Dinge entwickelten. Als die Krise ihren Siedepunkt erreichte, fachte Frankreich Russlands zunehmend bellizistische Haltung noch zusätzlich an. Aus Großbritannien kamen widersprüchliche Signale, und anstatt die Lage aktiv zu entschärfen, verfolgten die Briten immer gefährlichere Schritte, die schließlich in den Krieg mündeten. Das aber heißt nicht, dass die Verantwortung

für die schicksalhaften Schritte hin zu einem ganz Europa ergreifenden Flächenbrand gleichmäßig verteilt gewesen wäre.

Die Hauptverantwortung fällt auf jene Mächte, deren unvereinbare Interessen und Ambitionen am stärksten zum Risiko eines allgemeinen europäischen Krieges beitrugen und zu deren diplomatischem Spiel mit dem Feuer während der Krise letztlich die Bereitschaft gehörte, ihre militärische Stärke wirklich auszuspielen. Am entscheidenden Punkt im Juli 1914 zeigten sich Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland als die in dieser

Krise maßgeblichen Kräfte, wobei Deutschland die ausschlaggebende Rolle spielte.

Das Kaiserreich verband seine Ambitionen, zur dominierenden Macht auf dem europäischen Kontinent zu werden, mit einer wachsenden, nachgerade paranoiden Angst vor dem Aufstieg, gar einer möglichen Vormachtstellung Russlands. Um dies zu verhindern, war Deutschland, ganz im Sinn seines Dominanzstrebens, bereit, einen gesamteuropäischen Flächenbrand zu riskieren. Am 6. Juli 1914 sicherte das Deutsche Reich Österreich-Ungarn seine bedingungslose

Unterstützung zu. Es gab diesen »Blankoscheck«, wie die Unterstützungserklärung allgemein bezeichnet wird, in der Annahme, dass Österreichs Aktion gegen Serbien begrenzt sein und rasch erfolgen würde: als Vergeltung für den Mord am österreichischen - Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau Sophie, den serbische Nationalisten am 28. Juni während eines Staatsbesuchs in Sarajevo verübt hatten. Aber das war eben *nur* eine Annahme. So, wie die Garantie gewährt war, war kein Veto mehr möglich gegen Österreichs Strafaktionen, obwohl die Gefahr

eines größeren Konflikts und der Verwicklung der europäischen Großmächte offensichtlich war. Damit, dass Deutschland Österreich ermutigte, den Serben ein Ultimatum zu stellen – übergeben am 23. Juli und bewusst so verfasst, dass es unannehmbar war –, hat es die Weichen dafür gestellt, dass aus einer zunächst regional begrenzten Angelegenheit eine allgemeine europäische Krise werden konnte. Mit dem Ultimatum forderte Österreich Maßnahmen gegen serbische Beamte und Militärs, die mit dem Attentatsplan in Verbindung stünden, forderte die Verhaftung

zweier namentlich genannter
Amtsträger und die Unterdrückung
jeder antiösterreichischen
Propaganda. Am wenigsten mit der
serbischen Souveränität vereinbar
waren die Forderungen, dass
Vertreter Österreich-Ungarns an der
Untersuchung des Komplotts sowie
an der Unterdrückung der
subversiven Bewegung in Serbien zu
beteiligen seien.

Österreich-Ungarn sah seinen
Einfluss auf dem Balkan durch
Serbien gefährdet, sah sein
Vielvölkerreich zunehmend vom
Zerfall bedroht und war darum
bereit, Europa in einen Krieg zu

verwickeln – um eigene Interessen zu wahren. Diese Bereitschaft aber bestand nur so lange, wie es sich auf die deutsche Rückendeckung verlassen konnte. Die vorsätzlich unannehmbaren Klauseln des österreichischen Ultimatums an Serbien (von dessen Territorium aus die Terrororganisation »Schwarze Hand« die Waffen der Attentäter von Sarajevo beschafft hatte) wurden in vollem Bewusstsein dessen präsentiert, dass Russland sich wahrscheinlich auf Serbiens Seite stellen würde, was das Risiko eines allgemeinen europäischen Kriegs nochmals steigerte. Russland

wiederum, darauf bedacht, eine Vorherrschaft Österreich-Ungarns auf dem Balkan zu verhindern (denn das hätte Russlands eigene Ambitionen blockiert), reagierte auf absehbare Weise. Es versprach den Serben uneingeschränkten Beistand – wohl wissend, dass damit ein Krieg wahrscheinlicher wurde – nicht nur gegen Österreich-Ungarn, auch gegen Deutschland. Und ein Krieg mit Deutschland, das wussten die Russen ebenfalls, würde zwangsläufig die Franzosen mit hineinziehen (immerhin war bekannt, dass die deutschen Kriegspläne einen Schlag sowohl gegen Frankreich als auch

gegen Russland vorsahen) und höchst wahrscheinlich die Briten.

Das hochriskante Vorgehen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Russlands, die Bereitschaft, einen im Grunde lokalen Konflikt eben nicht zu schlichten, diesen vielmehr, um ihre je eigenen machtpolitischen Ziele zu erreichen, zu eskalieren, auch wenn dies in einen großen europäischen Krieg führen würde – das löste schließlich die Katastrophe von 1914 aus. Unter diesen drei Mächten trägt, wie bereits gesagt, Deutschland besondere Verantwortung. Denn ohne den »Blankoscheck« mit Deutschlands

Beistandsgarantie hätte es Österreich-Ungarn nicht gewagt, Serbien ein so hartes Ultimatum zu stellen. Und hätte es sich nicht derart aggressiv und kompromisslos gezeigt, dann hätte sich Russland, angesichts aller Konsequenzen, die das nach sich ziehen musste, nicht hinter Serbien gestellt. Der »Blankoscheck« war der Grund dafür, dass ein allgemeiner europäischer Krieg wahrscheinlicher, nicht weniger wahrscheinlich wurde.

1914 hielt das zunehmend prekäre Kräftegleichgewicht zwischen den Großmächten Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn, die in

rivalisierenden Bündnissystemen verankert waren, noch, gerade noch. Allerdings hatte Deutschland mit seinem in den 1890er Jahren aufkeimenden Weltmachtstreben eine unheilvolle, langfristige Entwicklung in Gang gesetzt, die zu wachsenden Spannungen führte. Denn damit forderte es Großbritanniens Weltmachtstellung direkt heraus, die Rivalität zwischen beiden Ländern verschärfte sich. Auf dem europäischen Kontinent wiederum bedeutete ein starkes Deutschland (das seit 1879 mit Österreich-Ungarn und seit 1882 mit Italien verbündet war) eine Bedrohung vor allem für

Frankreich und Russland. Diese beiden recht ungleichen Partner – Republik der eine, autokratische Monarchie der andere – hatten nun ein gemeinsames Interesse, und das führte zur Annäherung zwischen ihnen und mündete in einer 1894 unterzeichneten Allianz, welche die von Deutschland ausgehende Herausforderung neutralisieren sollte. 1905, kaum mehr als ein Jahrzehnt später, war Deutschlands Position gestärkt worden: durch Russlands herbe Kriegsniederlage gegen Japan, die aufstrebende Macht im Fernen Osten. Eine für viele damals überraschende Niederlage, die

das Zarenreich in seinen Grundfesten erschütterte. Die Autokratie überstand nur knapp die inneren Unruhen, die auf die Schlappe folgten. Umso bemerkenswerter, dass die folgenden Jahre unter einer wirtschaftlich und politisch klug agierenden Führung für Russland zu einer Zeit des Aufschwungs wurden. Mit Hilfe üppiger französischer Darlehen wuchs die russische Wirtschaft beträchtlich. Auch der Wiederaufbau der Streitkräfte machte rasche Fortschritte. Langgehegte Hoffnungen, die Kontrolle über den Bosphorus erlangen zu können – auf Kosten des zerfallenden Osmanischen

Reiches –, rührten sich erneut; Aussichten, die mit den enorm verbesserten Beziehungen Russlands zu Großbritannien stiegen.

Traditionell waren beide Gegenspieler und Rivalen gewesen. Noch bis zum Krimkrieg 1854 hatte Großbritannien viel daran gesetzt, zu verhindern, dass die türkischen Meerengen – Bosporus und Dardanellen, beides Schlüsselpositionen, wenn es um die Kontrolle des Mittelmeerraums und des Zugangs zum Nahen Osten ging – an die Russen fielen; zugleich suchten die Briten jede Bedrohung ihrer unverzichtbaren Kolonie Indien

abzuwehren, die sich aus einer russischen Expansion in Zentralasien ergeben könnte. Nun aber, durch die Niederlage gegen Japan geschwächt, war Russland zunehmend bereit, sich mit Großbritannien zu arrangieren. Ein 1907 unterzeichneter Vertrag legte die jeweiligen Einflusssphären in den potenziellen Konfliktgebieten Persien, Afghanistan und Tibet fest. Das betraf Deutschland zwar nicht direkt, ganz sicher aber indirekt. Denn das Abkommen zwischen Russland und Großbritannien, das auf der älteren französisch-russischen Allianz und auf der 1904 zwischen Frankreich und Großbritannien

vereinbarten *Entente cordiale* (die direkt gegen deutsches Machtstreben gerichtet war) aufbaute, verschob die machtpolitischen Gewichte in Europa. Mit der neu geschaffenen (und im Licht der einstigen Feindseligkeiten bemerkenswerten) *Triple Entente* zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland sahen sich Deutschland und sein wichtigster Verbündeter Österreich-Ungarn konfrontiert – Italien, keine Großmacht, auch wenn seine politischen Führer das vorgaben, war ein eher unberechenbarer Partner. Durchaus verständlich, wenn sich in

Deutschland zunehmend das Gefühl breit machte, es werde von seinen Feinden eingekreist.

Die einander gegenüberstehenden Allianzen, vom britischen Außenministerium als Mittel der Abschreckung gegen einen Angriff betrachtet (so wie später die Nuklearwaffen), bedeuteten, dass ein Krieg, sollte er ausbrechen, ein allgemeiner und kein lokaler Konflikt sein würde. Den Krieg ausgelöst jedoch haben diese Bündnisse nicht. Im Jahrzehnt zuvor war es zu einer Reihe schwerer Krisen gekommen, keine von ihnen hatte zum Krieg geführt. Jedes Mal waren die

Spannungen zwischen den Großmächten ziemlich schnell entschärft worden. Und zwar mehrfach: 1905, als sich Deutschland gegen die französischen Machtansprüche in Marokko gewandt hatte; 1908, als Österreich Bosnien-Herzegowina (das damals seit bereits 30 Jahren von Österreich besetzt war, aber formal noch zum Osmanischen Reich gehörte) präemptiv annektiert hatte; 1911, nachdem die Deutschen mit der Entsendung eines Kanonenboots in den Hafen der marokkanischen Stadt Agadir die Franzosen provoziert hatten. Selbst 1912, als im chronisch

instabilen Südosteuropa der Erste Balkankrieg ausbrach, weil Serbien, Bulgarien und Griechenland, im Balkanbund vereint, die Schwäche des Osmanischen Reiches für sich zu nutzen suchten; und im Jahr darauf noch einmal, als der Zweite Balkankrieg entbrannte, diesmal unter den Mitgliedern des Balkanbundes, weil Bulgarien im Streit um die Beute aus dem Ersten Balkankrieg Serbien angriff – also sogar 1912/13 stellten die Großmächte sicher, dass sich an den regionalen Konflikten kein allgemeiner Flächenbrand entzündete.

Die Spannung zwischen den Großmächten war freilich spürbar. Die Balkankriege hatten die brandgefährliche Region noch weiter destabilisiert: Es war mehr als wahrscheinlich, dass die Konflikte schon bald erneut aufflammen würden. Während zudem der osmanische Einfluss auf dem Balkan schon seit längerem schwand, war Österreich-Ungarn, die andere Großmacht in der Region, während der beiden Balkankriege als passiv und schwach wahrgenommen worden, selbst dort, wo ihre eigenen Interessen bedroht schienen. Österreich-Ungarn musste also mit

weiteren Unruhen auf dem Balkan rechnen. Der russischen Führung, die noch immer hoffte, eines Tages zum einen die türkischen Meerengen kontrollieren, zum anderen ihre westlichen Grenzen durch den Besitz Galiziens sichern zu können (den Teil Polens, der sich in österreichischer Hand befand), entging Österreichs Schwäche nicht.

Ein europäischer Krieg war keineswegs unvermeidbar, allerdings wollte auch keine der beteiligten Mächte durch mangelnde Vorbereitung Risiken eingehen. Gegenseitiges Misstrauen führte zu einer enormen Beschleunigung des

Rüstungswettlaufs. Die
Verteidigungsausgaben der
Großmächte wurden drastisch
erhöht, zwischen 1911 und 1913 in
Deutschland um 30, in Russland um
50 Prozent. Deutschland und
Großbritannien steckten riesige
Summen in neue Schlachtflotten, in
einem Wettbewerb, ihre Marine zur
furchterregendsten zu machen. Auch
die Landstreitkräfte wurden
beträchtlich vergrößert. Als die
Deutschen 1913 ihr Heer verstärkten,
taten die Franzosen es ihnen sofort
nach. Die Russen, die ihre Niederlage
gegen die Japaner 1905 schmerzte,
hatten bis 1913 bereits viel für den

Wiederaufbau ihres Heeres getan und
planten, wie die Deutschen besorgt
registrierten, eine weitere
beträchtliche Vergrößerung.
Österreich-Ungarn hinkte hinterher,
für mehr als einen lokalen Konflikt
war es nicht wirklich gerüstet. Seine
Aushebungsquote für Rekruten war
1889 festgelegt worden, und das
Gesetz von 1913 zu ihrer Erhöhung
kam, wie sich herausstellen sollte, zu
spät. Der wachsende Abstand zu den
anderen Armeen ließ sich nicht mehr
verringern.

Doch wurde selbst in Österreich-
Ungarn ein bemerkenswert hoher
Anteil der Männer im wehrfähigen

Alter militärisch ausgebildet, so wie überall auf dem Kontinent. Bis 1914 waren Millionen von Männern, ob im aktiven Dienst oder als Reservisten, kampfbereit oder wurden einsatzbereit gemacht. Bei vollständiger Mobilmachung zählte Russlands Armee 3,5 Millionen Männer, die Deutschlands 2,1 Millionen, die Frankreichs 1,8 Millionen und die Österreich-Ungarns 1,3 Millionen. Großbritannien war die einzige Großmacht ohne eine Massenarmee aus Wehrpflichtigen und Reservisten. Die British Army war eine Freiwilligenarmee von 100 000 Mann,

ausgebildet hauptsächlich für die Kriegführung in den Kolonien – im Vergleich mit den Armeen der anderen Großmächte war sie kümmerlich. Doch Großbritannien verfügte über die Royal Navy; sie war es, die ihr Land in die Lage versetzte, die Seewege weltweit zu beherrschen; sie war die militärische Grundlage der imperialen Dominanz Britanniens. Zudem hatte Großbritannien die Möglichkeit, eine riesige Zahl von Rekruten aus seinem Weltreich heranzuziehen.

Viele nahmen an, die gegenseitige Kontrolle, die während des vergangenen Jahrhunderts den

Frieden in Europa weitgehend gesichert hatte, werde fortbestehen. Andere hingegen hielten einen baldigen Krieg für unvermeidlich. Das lag nicht nur an der erhöhten Militarisierung und den gewachsenen Spannungen in Europa. Beides reflektierte die Befürchtungen der Eliten der Großmächte, die ihre jeweiligen Länder einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sahen und glaubten, die Zeit arbeite gegen sie. Das wiederum bedeutete, dass früher oder später ein schwerer Flächenbrand wahrscheinlich war. Jedenfalls hätte keiner, auch eine Spielernatur nicht, höhere Summen

darauf gesetzt, dass Europas fragiler Frieden auf unabsehbare Zeit halten werde.

Das galt bereits vor dem Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914. Nach Österreichs Annexion Bosnien-Herzegowinas im Jahr 1908 hatte der serbische Nationalismus starken Auftrieb erfahren. 1911 hatten radikalisierte Nationalisten, darunter auch einige Armeeoffiziere, den Geheimbund »Schwarze Hand« (auch »Vereinigung oder Tod« genannt) gegründet, dessen treibende Kraft Dragutin Dimitrijević (genannt Apis) 1913 zum Chef des serbischen

Militärgeheimdiensts ernannt wurde. Innerhalb dieser undurchsichtigen, von Apis kontrollierten Netzwerke wurde das Mordkomplott gegen den Erzherzog ausgeheckt und vorbereitet. Um den Anschlag durchzuführen, wurden einige junge bosnische Serben rekrutiert, unter ihnen auch der spätere Todesschütze Gavrilo Princip. Der Thronfolger Franz Ferdinand, das Ziel des Komplotts, war alles andere als ein Feind der slawischen Minderheiten im Habsburgerreich, ihm lag gerade daran, die Rechte der »Südslawen« zu erweitern und das Reich auf diese Weise zu stabilisieren. Dadurch aber

sahen radikale serbische Nationalisten die gesamtserbischen Ambitionen bedroht. Das Attentat wurde durch einen bizarren Zwischenfall während des Staatsbesuchs von Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gattin in Sarajevo begünstigt: Der Fahrer ihrer offenen Limousine war falsch abgebogen, in eine enge Straße. Als er bei seinem Wendemanöver den Motor abwürgte, bot er Princip die unerwartete, einmalige Gelegenheit nachzuholen, was kurz zuvor gescheitert war, bei einem ersten Attentatsversuch eines anderen Mitglieds der siebenköpfigen Gruppe

fanatischer serbischer Nationalisten. Doch gab es keinen offensichtlichen Grund, warum ausgerechnet die Ermordung Franz Ferdinands und seiner Frau einen allgemeinen europäischen Krieg entfachen sollte. Es hatte in den zwei Jahrzehnten zuvor andere Attentate gegeben – sogar solche auf Könige –, und die hatten keinen größeren Konflikt ausgelöst. 1894 war der französische Präsident Sadi Carnot ermordet worden; am 29. Juli 1900 wurde der italienische König Umberto I. erschossen; am 11. Juni 1903 wurden der serbische König Alexandar Obrenović und seine Frau

umgebracht; am 18. März 1913 starb König Georg I. von Griechenland ebenfalls bei einem Anschlag. Und im Grunde erschien es auch 1914 fast bis Ende Juli unwahrscheinlich, dass der Mord an Franz Ferdinand einen allgemeinen Krieg auslösen würde.

Das Barometer der diplomatischen Spannungen begann denn auch erst mehr als drei Wochen nach den Morden von Sarajevo rasch zu steigen. Nicht früher als in der letzten Juliwoche zeigten sich Londons Finanzmärkte nervös angesichts eines nun drohenden Krieges. Und selbst da ließ sich hoffen, dass sich das Schlimmste

werde vermeiden lassen. Noch am 30. Juli bemerkte der französische Sozialistenführer Jean Jaurès: »Es wird Höhen und Tiefen geben. Aber es ist unmöglich, dass sich die Dinge nicht zum Guten wenden.« Einen Tag später, am 31. Juli, wurde er erschossen; sein Mörder, ein verwirrter Ultranationalist, erklärte, Jaurès sei ein Verräter, der getötet werden müsse. Sein »Verrat« hatte darin bestanden, sich um internationalen Frieden zu bemühen.

Eine naheliegende Antwort auf die Ermordung Franz Ferdinands wäre ein kurzer Vergeltungsschlag gewesen, mit dem sich Österreich-

Ungarn »Genugtuung« verschafft hätte – durch »Bestrafung« Serbiens, das für das Attentat verantwortlich gemacht wurde und dessen Armee durch die Verluste in den beiden Balkankriegen ohnehin deutlich geschwächt war. Alle anderen Mächte hätten das höchstwahrscheinlich akzeptiert: als angemessene Vergeltung für den Mord am habsburgischen Thronfolger. Der Schlag wäre als natürliche und gerechtfertigte Reaktion gesehen worden, da konnte man sich eigentlich sicher sein. In Wien, und nicht nur dort, war Vergeltung Ehrensache, eine Frage

des Prestiges; insofern war der Vergeltungsschlag notwendig, um den Status der Habsburgermonarchie als Großmacht zu bekräftigen. Etwa drei Wochen nach dem Attentat ging man vor allem in der deutschen Führungsspitze davon aus, dass sich ein lokaler Krieg entwickeln würde.

Aber die Vorbereitung selbst einer begrenzten Aktion hätte zu lange gedauert. Österreich war ein multinationales Reich, es brauchte geraume Zeit, bis die schwerfällige Maschinerie von Regierung, Diplomatie und Militär in Gang gesetzt war. Während der Chef des Generalstabs, Graf Franz Conrad von

Hötzendorf, ein Falke, unterstützt vom österreichischen Außenminister Graf Leopold Berchtold, auf einen sofortigen Krieg gegen Serbien drängte, mahnte Graf István Tisza, der Regierungschef der ungarischen Reichshälfte, die »furchtbare Kalamität eines europäischen Krieges« beschwörend, zur Vorsicht. Gerade dass sich die Regierenden Österreich-Ungarns nicht einig waren, war der eigentliche Grund, aus dem man sich um eine Garantie deutscher Rückendeckung bemühte. Die Österreicher hielten die deutsche Armee für unbesiegbar; insofern war die deutsche Unterstützung selbst

dann eine solide Garantie, wenn sich die Aktion gegen Serbien zum europäischen Krieg auswachsen würde. Aus Berlin nahmen die Österreicher den Eindruck mit, dass, falls der Krieg denn unvermeidbar sei, der Zeitpunkt nicht günstiger sein könnte als jetzt.

Nun kannte das Habsburgerreich aber nur zwei Geschwindigkeiten: langsame Fahrt und Stopp. Viele der Männer, die man hätte zu den Waffen rufen müssen, wurden vorerst, im Juli und August, viel dringlicher bei der Ernte gebraucht. Eine unmittelbare Vergeltung war also unmöglich. Bereits zwei Tage nach

dem Attentat hieß es, noch mindestens 16 Tage würden benötigt, um die Streitkräfte für einen Schlag gegen Serbien zu mobilisieren. So kam die verschleppte österreichische Reaktion einer langsam brennenden Lunte gleich, die schließlich alle Großmächte zum Eingreifen brachte. Und während sich die Krise zuspitzte, war alles, was nun geschah, geprägt durch Haltungen und Ziele, durch Ambitionen und Befürchtungen, die sich schon seit geraumer Zeit herausgebildet hatten.

Deutschland, erst seit 1871 ein geeintes Reich, aber die stärkste Industriemacht auf dem Kontinent,

war darauf erpicht, seinen »Platz an der Sonne« zu ergattern. Es wollte unbedingt zur Weltmacht werden und nach Status und Einfluss mit dem British Empire konkurrieren können. Gleichzeitig war Deutschland zutiefst besorgt, dass ihm die Zeit nicht in die Hände spiele und die vereinte militärische Macht seiner Feinde seine Ambitionen zu blockieren drohe. Bereits 1912 hatte Feldmarschall Helmuth von Moltke, der Generalstabschef, in Anwesenheit des Kaisers deutlich gemacht, dass er einen Krieg für unvermeidbar halte, darum gelte: »Je eher, desto besser«. Er empfahl, die Presse eine

antirussische Stimmung anheizen zu lassen, damit der Krieg, wenn er komme, breite Zustimmung finde. Moltke blieb der führende Verfechter eines Präventivkriegs – Deutschland müsse losschlagen, bevor es selbst angegriffen werden könne, ob von Russland oder von Frankreich oder von beiden gemeinsam. Davon rückte er auch in den Wochen unmittelbar vor dem Krieg nicht ab: Der Krieg werde ohnehin ausbrechen, er müsse darum geführt werden, solange Deutschland in der Lage sei, ihn zu gewinnen. Russland werde, so erklärte er nach einem Bericht im Mai 1914, sein Rüstungsprogramm binnen

zwei oder drei Jahren abgeschlossen haben. Und damit wäre die militärische Übermacht der Feinde Deutschlands »so groß, dass er nicht wisse, wie wir ihrer Herr werden könnten«. Kurz, um den Gegner schlagen zu können, bleibe Deutschland nichts anderes übrig, »als einen Präventivkrieg zu führen, ... solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen können«.

Der trübselige, pessimistische Moltke hatte zwar den entscheidenden Posten in der deutschen Militärhierarchie inne, über die Linie der Regierung jedoch entschied er nicht. Reichskanzler war

Theobald von Bethmann Hollweg und dieser hatte ernsthafte und wachsende Befürchtungen über die Konsequenzen eines Krieges: Wie ein »Sprung ins Dunkle« erschien ihm der Krieg; »schwerste Pflicht« sei es, ihn zu führen. Im Gegensatz zu einigen deutschen Falken prognostizierte er sogar, der Krieg werde die Sozialdemokratie keineswegs zerstören, auch die von ihr ausgehende Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung keineswegs ausschalten, die Sozialdemokratie vielmehr stärken und »manche Throne stürzen«. Gegen Ende Juli, als die Krise in ihre letzte

Phase eintrat, als seine eigenen politischen Initiativen erkennbar gescheitert waren und er gegenüber der militärischen Führung sichtlich an Boden verlor, versuchte Bethmann Hollweg, »mit aller Kraft die Bremse zu ziehen«. Doch er verschloss sich dem Argument des Generalstabs nicht, die militärische Lage könne, je mehr Zeit verstreiche, für Deutschland nur ungünstiger werden, während Russland unterdessen unermesslich stärker werde, weshalb es besser sei, den Krieg »eher jetzt als später« zu führen, solange nämlich ein rascher Sieg zu erringen sei, und nicht

abzuwarten und zuzusehen, wie sich die Bedingungen verschlechterten. Russland war mit Frankreich, Deutschlands großem Feind im Westen, verbündet, und die Angst vor einer Umklammerung war mittlerweile beherrschend.

Die zivile, nicht die militärische Führung Deutschlands behielt die Kontrolle über politische Entscheidungen – bis zu der russischen Mobilmachung am 30. Juli, dem Zeitpunkt, an dem ein Krieg unausweichlich wurde. Allerdings besaß das Militär in keinem anderen europäischen Land ein so hohes Maß an Autonomie gegenüber der zivilen

Regierung wie in Deutschland. Und als die Krise Ende Juli ihren Höhepunkt erreichte, setzten sich Moltke und der Generalstab durch. Jetzt traten militärische Imperative an die Stelle politischer Initiativen. Der Kaiser, der Moltkes Analyse phasenweise beizupflichten schien, war, bei all seinem Kriegsgepolter, ein Zauderer; er bekam, als die Krise sich entfaltete, kalte Füße, in letzter Minute noch wollte er vom Krieg zurückweichen. Aber der Kaiser war faktisch nicht in der Lage, Kräfte zu kontrollieren, die weit mächtiger waren als er selbst. Die deutsche militärische Planung war rigide auf

die seit langem bestehende Strategie festgelegt, zuerst die Franzosen rasch zu besiegen und sich dann gegen die Russen zu wenden. Als der Kaiser am 30. Juli – in der Hoffnung, dass damit die britische Neutralität gesichert wäre – verlangte, Moltke solle den Angriff gegen Frankreich abblasen und das gesamte Heer Richtung Russland umlenken, antwortete sein Generalstabschef unmissverständlich, dies sei nicht zu machen: Ein solcher Schritt könne die gut ausgebildete Armee nur in einen »wüsten Haufen« verwandeln. Ein Aufmarsch des Heeres sei, so Moltke, das Ergebnis jahrelanger Planung, mit einem

Federstrich lasse sich da gar nichts improvisieren. Während der Krise konnte auch der Kaiser – weit davon entfernt, die Politik zu bestimmen – nurmehr auf die Entscheidungen seiner Regierung und letztlich auf die Imperative seines Militärs reagieren.

Ende Juli schließlich, als sich die Ereignisse endgültig zuspitzten, wurde Moltkes Standpunkt akzeptiert; bis dahin war das Handeln der deutschen Regierung durch den Anfang Juli begangenen, schwerwiegenden politischen Fehler bestimmt, Österreich in der serbischen Angelegenheit freie Hand zu lassen. Erst mit dieser Zusicherung

war das reale Risiko eines europäischen Flächenbrands entstanden. Wegen dieses kapitalen Fehlers blieb Deutschland den ganzen Juli über nicht viel anderes zu tun, als auf Ereignisse zu reagieren, die von anderen bestimmt wurden – Ereignisse, die sich schnell jedweder Kontrolle entzogen.

Russlands langfristige Interessen waren auf die Kontrolle des Balkans und der türkischen Meerengen gerichtet, die sowohl für den russischen Handel als auch für seine Sicherheit im Süden als unverzichtbar galten, denn wer die Meerengen kontrollierte, der beherrschte auch

den Zugang zum Schwarzen Meer. Darum durfte keine andere Macht die Region dominieren. Und je offensichtlicher die Schwäche des Osmanischen Reiches wurde, desto eindeutiger war es Österreich-Ungarn, das Russlands Interessen auf dem Balkan hauptsächlich bedrohte. Die Falken in der russischen Marineführung erwogen gar einen Präventivkrieg, um Konstantinopel (wie die Russen Istanbul noch immer nannten) und die Meerengen zu erobern, bevor die Türken über die fünf neuen Schlachtschiffe verfügten, die sie bestellt hatten – bei britischen Werften. Solche Überlegungen

allerdings beeinflussten die russischen Aktionen während der Julikrise nur geringfügig oder gar nicht. So wie Russlands militärische Vorbereitungen geplant waren, würden sie vor 1917 nicht abgeschlossen sein. An ein unmittelbar bevorstehendes Kräftemessen mit Deutschland also war 1914 nicht gedacht – jedenfalls nicht, bis am 24. Juli die Konditionen des österreichischen Ultimatums an Serbien bekannt wurden. Von diesem Zeitpunkt an bedeutete Russlands Unterstützung für Serbien, dass es praktisch unmöglich war, den Sturz in einen allgemeinen europäischen

Krieg noch zu verhindern. Schon aus Prestigegründen kam ein Einlenken nun für keine Seite mehr infrage.

Österreich-Ungarn, das schwächste Glied in der Trias der Großmächte, deren Handeln im Juli 1914 den Weg in einen Krieg ebnete, agierte weitgehend aus Angst um die eigene Zukunft. Die Instabilität auf dem Balkan (die verstärkt wurde durch die Erosion des osmanischen Einflusses); die Sorge, die Vorherrschaft dort an die Russen zu verlieren (die, wie man wusste, die österreichische Annexion Bosnien-Herzegowinas von 1908 nicht vergessen hatten); das immer

forscherer Auftreten der Serben vor dem Hintergrund der russischen Garantien – all das weckte auf den Fluren der Macht in Wien ernste Sorgen. Serbien niederzuwerfen war daher im Juli 1914 eine lockende Option – immer vorausgesetzt, die deutsche Rückendeckung war gewährleistet und ein begrenzter Krieg lasse sich schnell und erfolgreich führen. Doch eine rasche Vergeltungsmaßnahme für die Ermordung Franz Ferdinands wurde eben nicht ausgeführt. Stattdessen beschwor das Ultimatum vom 23. Juli die Verstrickung Russlands – und damit auch Deutschlands und

Frankreichs – in den schwelenden Konflikt herauf.

Deutschland hatte seine bedingungslose Unterstützung für ein österreichisches Vorgehen gegen Serbien, das es als völlig berechtigt ansah, bereits am 6. Juli erklärt. Serbien würde entweder nachgeben oder militärisch bestraft werden. Im Ergebnis würde die Stellung von Deutschlands wichtigstem Verbündeten auf dem Balkan gestärkt werden. Dass Russland intervenieren könnte, wurde in Berlin nicht ernsthaft in Betracht gezogen: Ein Zar, der die Mörder eines Mitglieds eines Kaiserhauses unterstützt –

undenkbar. Zudem war Russland, so glaubte man, auf einen Krieg militärisch noch nicht vorbereitet. Und was die übrigen Mächte anging, so würden diese zuschauen und das *fait accompli* akzeptieren. Wie wackelig das deutsche politische Kalkül war, sollte sich bald zeigen. Dass es sich als gefährliche Fehlkalkulation erweisen könnte, dass es ein großes Risiko darstellte, war jedoch zu dem Zeitpunkt, als der »Blankoscheck« ausgestellt wurde, bekannt. Kein Geringerer als Reichskanzler Bethmann Hollweg räumte ein: »Eine Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen«,

und der werde »eine Umwälzung alles Bestehenden« zur Folge haben.

Weitere Verzögerungen in Wien bedeuteten, dass die deutschen Hoffnungen auf einen lokalen Konflikt mit einem schnellen Ausgang von Anfang an vergeblich waren. Erst am 19. Juli stand der Text eines harten Ultimatums an die Serben endgültig fest, weitere vier Tage verstrichen, bis es den Serben präsentiert wurde. Seit den Morden von Sarajevo waren da bereits dreieinhalb Wochen vergangen. Weitere 48 Stunden wurden den Serben für ihre Antwort gewährt. Diese befürchteten von einem Angriff

Österreichs das Schlimmste und waren zunächst überraschenderweise bereit gewesen, sich den harten Bedingungen zu beugen. Doch diese Bereitschaft bestand genau so lange, bis die Russen, die dank einer undichten Stelle seit Tagen Kenntnis von den unerbittlichen Klauseln des Ultimatums hatten, die serbische Entschlossenheit stärkten. Die russische Führung ihrerseits fühlte sich durch die festen Unterstützungszusagen ihres französischen Bündnispartners, die während des Staatsbesuchs in St. Petersburg vom 20. bis zum 23. Juli von Präsident Poincaré und

Premierminister Viviani abgegeben wurden, darin bestärkt, einen harten Kurs gegen Österreich einzuschlagen und Serbien beizustehen, was immer daraus folgen mochte.

Der französische Präsident, der den preußischen Einmarsch in seine Heimat Lothringen als Junge erlebt hatte, hatte mit Deutschland auch ganz persönlich noch ein Hühnchen zu rupfen. Schon 1912 hatte er den Plan einer russischen Intervention auf dem Balkan befürwortet, wohl wissend, dass dies zu einem Konflikt mit Deutschland führen könnte. Damals wie 1914 lag es in Frankreichs Interesse, wenn die Position

Deutschlands in Europa durch eine militärische Konfrontation mit Russland geschwächt würde. 1912 hatte sich die russische Führung bewusst aus dem Balkankonflikt herausgehalten. Diesmal waren die Entscheidungsträger in St. Petersburg der Ansicht, Zurückhaltung wäre ein Fehler. Zudem lag die Unterstützung Serbiens durchaus im Interesse der eigenen strategischen Ziele. Käme es zu einem Krieg, wäre Deutschland gezwungen, an zwei Fronten zu kämpfen, darum, so die Falken in der russischen Führung, sei dies ein Krieg, den Russland gewinnen werde.

Die Entscheidung zur Unterstützung Serbiens bewirkte, dass sich die Handlungsspielräume rasch verringerten. Von der Zustellung des österreichischen Ultimatums an überschlugen sich die Ereignisse. Die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Krieges wurde größer, nicht kleiner. Doch selbst da noch hätte er vermieden werden können. Der Wille freilich, einen Krieg zu verhindern, fehlte.

»Das bedeutet den Krieg in Europa!« – das war am nächsten Tag die prompte Antwort des russischen Außenministers Sergej Sasonow auf Österreichs Ultimatum. Wenig später

beschuldigte er die Österreicher, den Krieg bewusst zu provozieren; dem österreichischen Botschafter erklärte er: »Sie setzen Europa in Brand!« Allerdings, wie Sasonow nur zu genau wusste, erhöhten auch die Russen, so wie sie sich verhielten, die Brandgefahr auf dem Kontinent deutlich. Schon am 24. Juli, noch bevor das österreichische Ultimatum abgelaufen war, hatte Russland sämtliche in Berlin angelegten Staatsgelder (in Höhe von 100 Millionen Rubel) abgezogen. Noch folgenschwerer war Russlands Entscheidung, insgeheim mit der Teilmobilmachung des Heeres (von

über einer Million Männern) sowie der Ostsee- und der Schwarzmeerflotte der Marine zu beginnen. Am 25. Juli wurde die sogenannte Kriegsvorbereitungsperiode eingeleitet. Schnell machten Truppenbewegungen die Deutschen auf die geheime russische Mobilmachung aufmerksam, die erst am 28. Juli offiziell verkündet wurde. Das war der Tag, an dem Österreich Serbien schließlich den Krieg erklärte.

Die Dynamik in Richtung eines allgemeinen Krieges erwies sich nun als unaufhaltsam. In letzter Minute

kam es nochmals, um den Sturz in einen ausgewachsenen europäischen Krieg abzuwenden, zu fieberhaften und vergeblichen diplomatischen Manövern, einige aufrichtig, andere weniger; doch es war sowieso zu spät. Längst hatten sich die deutschen Hoffnungen verflüchtigt, Österreichs Aktionen gegen Serbien ließen sich unter Kontrolle halten und lokal begrenzen. Gleichwohl, auch fünf Tage nach der russischen Entscheidung, insgeheim mit der Mobilmachung zu beginnen, hatte Deutschland noch keine gravierenden militärischen Maßnahmen ergriffen. Noch am 29. Juli zögerte man in

Berlin, den »Zustand drohender Kriegsgefahr« auszurufen (die letzte Stufe vor der allgemeinen Mobilmachung). An diesem Abend aber beschloss die russische Führung die Generalmobilmachung. Am Tag darauf, am 30. Juli, gab der Zar, der den Beschluss zunächst bestätigte, dann in einem Anfall von Nervosität wieder annullierte, leicht verzögert seine Zustimmung.

Damit bekamen in Berlin militärische Imperative schließlich Vorrang vor allen diplomatischen Erwägungen. Am 31. Juli wurde der »Zustand drohender Kriegsgefahr« ausgerufen. Die Berliner Führung

wollte unbedingt sichergehen, dass auch die Sozialdemokraten, in deren Reihen es ausgesprochene Pazifisten gab, dem Krieg zustimmten. Darum musste der Eindruck erweckt werden, Deutschland sei in einen Verteidigungskrieg gezwungen worden. Den »Beweis« und die notwendige Rechtfertigung lieferte die russische Generalmobilmachung. Nun, so konstatierte Reichskanzler Bethmann Hollweg zufrieden, stünden die Russen als die Schuldigen da; fatalistisch allerdings fügte er hinzu, es »sei die Direktion verloren und der Stein ins Rollen geraten«. Am 31. Juli um Mitternacht stellte

Deutschland ein Ultimatum mit Zwölf-Stunden-Frist an Russland: Falls es seinen Mobilmachungsbefehl nicht aufhebe, werde auch Deutschland die Generalmobilmachung anordnen. Als am 1. August das Ultimatum ablief, ohne dass St. Petersburg reagiert hatte, erklärte Deutschland Russland den Krieg. Noch am gleichen Tag befahl, zur Unterstützung Russlands, auch Frankreich die Mobilmachung. Zwei Tage später, am 3. August, antwortete Deutschland mit seiner Kriegserklärung an Frankreich.

Zu diesem Zeitpunkt war Großbritannien mehr mit der

Aussicht eines Bürgerkriegs in Irland beschäftigt als mit der sich zuspitzenden Krise auf dem Kontinent; darum hatte es, als der Druck stieg, nicht zu den Kriegstreibern gehört. Zudem hatte es unter allen Großmächten in einem europäischen Krieg am wenigsten zu gewinnen. Die führenden Politiker des Landes waren sich vollauf bewusst, dass ein Krieg »solch ungeheure Geldsummen verschlingen und eine derartige Störung des Handels verursachen« müsse, dass »ein vollständiger Zusammenbruch des europäischen Kreditwesens und der Industrie« zu erwarten stehe, wie

Außenminister Sir Edward Grey am 23. Juli formuliert hatte. Und er hatte den prophetischen Satz hinzugefügt: »Unabhängig davon, welche Parteien als Sieger aus diesem Krieg hervorgingen, würden viele Dinge völlig hinweggefegt werden.« Wie Grey fürchteten die meisten Mitglieder des britischen Kabinetts die Folgen eines Krieges und hofften, dass sich der Frieden bewahren lasse. Zögerlich versuchte der Außenminister im Lauf der folgenden Woche Möglichkeiten auszuloten, die Krise zu schlichten. Die mit Russland und Frankreich geschlossenen Entente-Verträge verpflichteten

Großbritannien nicht zur Intervention, und Grey setzte seine Bemühungen fort, Großbritanniens Interessen nach allen Seiten abzusichern. Eine entschiedene Neutralitätserklärung der Briten, auf welche die Deutschen hofften (ohne wirklich damit zu rechnen), hätte selbst zu einem so späten Zeitpunkt den allgemeinen Krieg womöglich noch verhindern können. Doch Greys fatale Unentschlossenheit ließ den diplomatischen Handlungsspielraum schwinden. Und letztlich konnte Großbritannien nicht zulassen, dass Deutschland zur beherrschenden Macht auf dem Kontinent würde.

Dies war der Hauptgrund für Großbritanniens Kriegsbereitschaft. Zudem gab es sowohl in der britischen Regierung als auch in der Opposition diejenigen, die es für eine Frage von Ehre und Prestige hielten, Frankreich und Russland zur Seite zu stehen. Großbritannien könne es sich nicht leisten, einem großen Krieg fernzubleiben, ohne sein Ansehen als Großmacht einzubüßen, so argumentierte Sir Eyre Crowe, ein einflussreicher Mann im Außenministerium, der seit 1907 vor Deutschlands Hegemoniestreben gewarnt hatte.

Als deutsche Truppen schließlich

ins neutrale Belgien eindringen und ein Ultimatum, mit dem die Briten Deutschland aufforderten, die belgische Neutralität zu respektieren, bis zum Ablauf des 4. August folgenlos blieb, hatte Großbritannien seinerseits einen Anlass zur Kriegserklärung. Es liegt schon eine gewisse Ironie darin, dass Österreich-Ungarn, der Staat, der mit seinen Aktionen die Krise heraufbeschworen hatte, als letzte der Großmächte in den Konflikt eintrat: Erst am 6. August erklärte die Doppelmonarchie Russland den Krieg. Fünf Tage später erfolgte Frankreichs, einen Tag darauf Großbritanniens

Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Serbien, von dem die Initialzündung zum Konflikt ausgegangen war, blieb noch weitere 14 Monate von Krieg im eigenen Land verschont; es war inzwischen zum Nebenschauplatz geworden. Das Hauptgeschehen nahm seinen Lauf.

Hinter diesen schicksalhaften Schritten in den Krieg stand Angst. Jede der Mächte fürchtete um ihre Zukunft, wobei diese Ängste zum Teil innenpolitischen Spannungen entsprangen, dem Verlangen nach Demokratie und Sozialismus, oder, besonders im Falle Österreichs, bestimmt waren von

schrill nationalistischen Forderungen, die befürchten ließen, dass der Vielvölkerstaat zerbrechen könnte (was dann ja auch geschah). Vor allem aber beobachteten die Großmächte einander mit großem Argwohn. Deutschland fürchtete eine Einkreisung durch seine Feinde Frankreich und Russland, fürchtete insbesondere Russland und die Folgen, die es haben würde, sollten die Armeen des zaristischen Regimes irgendwann den eigenen überlegen sein. Denn das konnte künftig unter anderem zur Dominanz der Russen über den Balkan führen, der als unverzichtbar für den Ausbau des

eigenen Einflusses galt. Umgekehrt fürchtete Russland eine deutsche Vormachtstellung auf dem Balkan, im Nahen Osten und am Bosphorus, der kritischen Lebensader der russischen Wirtschaft. In Frankreich, wo man 1870, also gut 40 Jahre zuvor, die Invasion preußischer Truppen erlitten hatte, herrschte eine nahezu paranoide Angst vor Deutschland. Großbritannien schließlich befürchtete den Verlust seiner wirtschaftlichen Dominanz und eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent. Dass die Deutschen die belgische und französische Küste, gleich auf der anderen Seite des

Ärmelkanals, kontrollieren könnten, war ein unerträglicher Gedanke. Kurz: Angst hatte das Wettrüsten angetrieben, nun trieb sie zum Handeln, bevor es zu spät war. Jede der Mächte wollte die Gelegenheit ergreifen, bevor der Feind es tat. Allen Großmächten gemeinsam war die Furcht vor einem Gesichtsverlust, wenn sie vor dem Abgrund zurückschreckten.

Alle Seiten waren überzeugt, der anstehende Waffengang werde nur kurz sein; das verstärkte die Bereitschaft, diesen Krieg zu riskieren. Vielleicht war es auch weniger eine Überzeugung denn eine

als Erwartung verbräunte Hoffnung,
ein Ausweichen vor dem Nachdenken
darüber, was andernfalls geschehen
würde. Nur wenige
Entscheidungsträger in jedem der
beteiligten Länder – in keinem mehr
als eine Handvoll Personen –
äußerten Besorgnis über die
schweren Folgen eines Krieges. Was
immer sie insgeheim befürchteten, sie
handelten, als werde der Krieg rasch
vorüber sein. Nicht, dass die Führer
der europäischen Länder oder ihre
militärischen Berater keine
Vorstellung gehabt hätten von der
enormen Zerstörungskraft moderner
Artillerie, von den hohen

Opferzahlen, die in einem neuartigen Krieg zu erwarten waren, wenn man Infanteristen gegen Maschinengewehrfeuer stürmen ließ. Schon Jahrzehnte zuvor hatte der Amerikanische Bürgerkrieg einen Vorgeschmack gegeben auf den Blutzoll, mit dem zu rechnen war. Allerdings hatte in Europa kaum jemand davon Notiz genommen. Auch die Bilanz von 184 000 Toten im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 führte nicht zum Nachdenken. Wenn überhaupt, nahm man sie wahr als Hinweis darauf, dass die schiere Zerstörungskraft der modernen Kriegführung rasch zur

Entscheidung führen werde. Die entscheidende Schlacht bei Sedan hatte, selbst wenn jener Krieg zehn Monate gedauert hatte, schließlich bereits nach sechs Wochen stattgefunden. Zuletzt hatten Beobachter ausführlich von den hohen Verlusten im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 berichtet. Doch auch dieser Krieg hatte nur kurz gedauert, kaum länger als ein Jahr.

Aufgrund dieser relativ jungen Erfahrungen nahm man an, dass man auch diesmal von einem kurzen Kriegszug ausgehen könne. Niemand also ließ sich schrecken von der

Aussicht auf einen langwierigen
Konflikt und eine mörderische
Pattsituation. Europas militärische
Denker waren von der gesteigerten
Feuerkraft moderner Waffentechnik
vielmehr so beeindruckt, dass sie sich
eine rasche mobile Offensive
ausmalten, die, selbst wenn sie von
schweren Verlusten begleitet wäre,
einen schnellen Sieg bringen werde.
Insbesondere die deutschen
Militärstrategen verfolgten diese
Linie. Denn angesichts der nach
Zahlen überlegenen Allianz der
Gegner und einer möglichen
Drosselung deutscher
Kriegsanstrengungen durch eine

britische Seeblockade war ihnen klar, dass ein langer Zermürbungskrieg um jeden Preis zu vermeiden war. So kam der deutsche Generalstab bei seiner militärischen Planung zu dem Schluss, dass es, je schneller und verheerender die Offensive ausfalle, umso eher möglich sei, den Feind zu überrennen, bevor er entsprechende Verteidigungskräfte mobilisieren könne – folglich sei auch der Krieg umso schneller vorüber.

Moltke operierte mit einer Variante des Plans, den General Alfred Graf von Schlieffen, sein Vorgänger auf dem Posten des Generalstabschefs, 1905 entwickelt

hatte. Der Schlieffenplan ging von einem Zweifrontenkrieg aus, sah jedoch als ersten Schritt den schnellen Vorstoß nach Westen vor, der mit einer Offensive von enormer Wucht die Franzosen schnellstmöglich außer Gefecht setzen sollte. Im zweiten Schritt dann wären die Russen im Osten niederzuringen, bevor sie ihrerseits angreifen konnten. Schlieffen hatte einen Durchbruch zum Sieg binnen etwa eines Monats für durchaus möglich gehalten. Die Franzosen aber hatten diese Gefahr im Blick und sich durch Aufbau einer Feldarmee vergleichbarer Größe darauf

vorbereitet, einen deutschen Angriff ihrerseits mit Großoffensiven zu kontern. Auch die Russen dachten, das österreichische Galizien im Visier, an eine rasche entscheidende Offensive, die sie bis zu den Karpaten führen sollte (diesem Hauptziel wurde, zum Verdruss der Franzosen, ein Angriff auf Ostpreußen untergeordnet). Und auch die Österreicher sahen im Angriff die beste Form der Verteidigung. Zugleich jedoch war ihnen klar, dass sie es zwar mit den Serben aufnehmen konnten, ein Vormarsch ihrer Armee gegen die Russen aber nur dann infrage kam, wenn zur

gleichen Zeit die Deutschen einen vernichtenden Angriff auf diesen Feind starteten. Kurz, alle Kriegsparteien auf dem Festland gaben der Offensive den Vorrang, alle sahen darin den Weg zu einem entscheidenden – und schnellen – Sieg. Einen Plan B hatte keiner der Beteiligten. Was geschehen würde, falls kein rascher Sieg zu erlangen war, darüber wollte man lieber nicht nachdenken. Es konnte nur einen langen Zermübungskrieg bedeuten und letztlich einen Sieg für diejenige Allianz, die über die größeren wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten verfügte.

Die Überzeugung, dass der Krieg notwendig sei und zudem gerechtfertigt, dazu die tröstliche Annahme, dass er auch bald wieder vorüber sein würde – ein kurzes, aufregendes und heroisches Abenteuer mit einem schnellen Sieg und geringen Verlusten –, war nicht nur in Europas herrschenden Eliten verbreitet, sondern drang auch in weite Kreise der Bevölkerung ein. Das hilft zu erklären, warum in allen Ländern, die sich am Krieg beteiligen sollten, derart viele Menschen enthusiastisch, geradezu euphorisch reagierten, als sich die Spannungen – die in der breiten Bevölkerung vor

der letzten Juliwoche gar nicht wahrgenommen wurden – aufbauten und sich schließlich in einem großen Krieg Bahn brachen. Gewiss teilten nicht alle diese Überzeugung, und auch die Kriegsbegeisterung war deutlich begrenzter, als es erste Eindrücke nahelegen mögen. Tatsächlich war das Spektrum der Emotionen breit gefächert, es reichte, nach Ländern, Regionen, Klassen und politischen Zugehörigkeiten unterschieden, von hysterischer Kriegsbegeisterung bis zu glühendem Antikriegs-Pazifismus, von freudig-draufgängerischer Erregung bis hin zu tiefer Angst. Nicht zu bestreiten

allerdings ist der zumindest in Teilen der Bevölkerung in den großen europäischen Hauptstädten weitverbreitete Jubel über den bevorstehenden Krieg.

»Ungeheure Volksmassen«, so berichtete der britische Botschafter aus Wien, seien, nachdem die Beziehungen zu Serbien abgebrochen wurden, im »Freudentaumel ... vaterländische Lieder singend bis in die frühen Morgenstunden durch die Straßen« gezogen. Der pazifistische Schriftsteller Stefan Zweig erinnerte sich später, wie sehr ihn die – in patriotischen Enthusiasmus umgeschlagene – Atmosphäre in der

Stadt gefangen genommen hatte:
»Aufzüge formten sich in den
Straßen, plötzlich loderten überall
Fahnen, Bänder und Musik, die
jungen Rekruten marschierten im
Triumph dahin, und ihre Gesichter
waren hell, weil man ihnen
zujubelte.« Er, so Zweig, habe
gespürt, wie sein »Haß und Abscheu
gegen den Krieg« zeitweilig
überwältigt worden seien durch
etwas »Großartiges, Hinreißendes
und sogar Verführerisches«. Sobald
sich die Ansicht durchgesetzt hatte,
dass es in diesem Krieg um den Kampf
zum Schutz vor der zaristischen
Tyrannei gehe, war die

»Kriegsstimmung« auch bei den österreichischen Sozialisten stärker als die Proteste, mit denen sie sich anfangs gegen alle Schritte gewandt hatten, die den Frieden bedrohten.

Am 1. August, sobald die deutsche Kriegserklärung an Russland bekannt geworden war, versammelten sich rund 50 000 Bürger – vorrangig aus der Mittelschicht und Studenten – vor dem Berliner Stadtschloss, um den Kaiser sagen zu hören: »Kommt es zum Kampf, so hören alle Parteien auf! ... Ich kenne keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr; wir sind heute alle deutsche Brüder und

nur noch deutsche Brüder.« In Kneipen, Cafés und Biergärten erhoben sich die Leute, stehend sangen sie vaterländische Lieder. Junge Männer marschierten durch die Straßen und forderten den Krieg. Auch in anderen deutschen Städten kam es zu Jubelzügen für den Krieg. In St. Petersburg wiederum grüßte Zar Nikolaus vom Balkon des Winterpalasts herab eine riesige begeisterte Menge; wie auf Befehl knieten die Menschen vor ihm nieder, schwenkten Banner und sangen die Nationalhymne. In Paris brandete eine Welle patriotischen Eifers auf, als Präsident Poincaré eine *Union*

sacrée, den »geheiligten Bund« aller Franzosen verkündete, in dem alle inneren Gegensätze überwunden seien. Dem schlossen sich auch die Sozialisten an. Angesichts der äußeren Bedrohung wurde sogar der Zorn der Arbeiterklasse über die Ermordung von Jean Jaurès umgelenkt in patriotische Pflichterfüllung und Trotz gegen die deutsche Aggression.

Der Boden für solch außergewöhnliche Gefühlsausbrüche war seit Jahren bereitet worden: durch nationalistische Indoktrination in Schulen und an Universitäten, während des Militärdiensts, durch

patriotische Organisationen und Interessenverbände sowie durch die Massenmedien. Vor allem in den Ober- und Mittelschichten, auch unter Intellektuellen und Studenten war nationalistischer Fanatismus weit verbreitet. Viele begrüßten den Krieg als Weg zur nationalen Regeneration, als Befreiung von dem, was als moralische Dekadenz der damaligen Gesellschaft wahrgenommen wurde. Bereits 1909 hatten italienische Futuristen dies in ihrem Manifest griffig und radikal zum Ausdruck gebracht: »Wir wollen den Krieg verherrlichen – diese einzige Hygiene der Welt –, den Militarismus, den

Patriotismus, die Vernichtungstat.« Der Krieg wurde als heroisch und männlich, als Abenteuer betrachtet – als Gegenmittel zum nationalen Verfall. Es herrschte ein Gefühl nationaler Einheit, das zeitweilig alle gesellschaftlichen Gräben überwand. Deutsche Intellektuelle sahen in der neuen Einigkeit den »Geist von 1914« Gestalt annehmen, fast wie ein Gefühl religiöser Erweckung lag er in der Luft. Sie bestärkte sie in ihrem Empfinden, dass die deutsche Kultur nicht einfach nur anders, sondern der französischen Zivilisation mit ihren Wurzeln in Revolution und Republikanismus überlegen sei – von

der »materialistischen Demokratie« Großbritanniens ganz zu schweigen. Die Werte der überlegenen deutschen Kultur müssten verteidigt und dem übrigen Europa notfalls aufgezwungen werden.

Weder dieses hochgemute, intellektuell verbrämte Gefühl der Überlegenheit noch der breitere Kriegsenthusiasmus spiegelte präzise oder umfassend wider, was die Menschen dachten. Der Jubel nämlich über den kommenden Krieg beschränkte sich weitgehend auf große Städte und erfasste selbst dort beileibe nicht alle. Der pazifistische Philosoph Bertrand Russell will, wie

er später schrieb, in London »zu meinem Entsetzen« beobachtet haben, »dass Durchschnittsmänner und – frauen angesichts der Aussicht auf einen Krieg erfreut waren«. Zeitgenössische Indikatoren allerdings legen nahe, dass in London und anderen Regionen Großbritanniens eine eher ängstlich-nervöse Stimmung herrschte als hurrapatriotischer Enthusiasmus, der sich offenbar vor allem auf Teile der Mittelschicht, darunter insbesondere junge Leute, beschränkte.

Der patriotische Eifer von Studentengruppen im Zentrum Berlins fand unter den Arbeitern in

den Industriebezirken der Stadt kein Echo. Dort überwog Antikriegsstimmung – in jedem Fall die Angst vor einem möglichen Krieg, verbunden mit dem Wunsch, den Frieden zu erhalten. Auch auf dem Land fand die Kriegsbegeisterung wenig Verbreitung. »Schwerer Kummer«, so wurde vermeldet, »ist bei vielen unserer Bauernfamilien eingezogen«; angesichts der Aussicht, dass Väter, Söhne, Brüder oder Enkel ihr Leben verlieren könnten, verspüre die Landbevölkerung wenig Anlass zum Jubeln. Viele russische Bauern wiederum hatten keine Vorstellung

davon, wofür sie in den Kampf geschickt werden sollten. In französischen Dörfern traf man auf Erschütterung, Pessimismus und eine fatalistische Pflichtergebenheit, Anzeichen eines wilden Jubels über Poincarés Verkündung der *Union sacrée* jedenfalls gab es keine.

Auch innerhalb der industriellen Arbeiterklasse, insbesondere unter Arbeitern, die den stark internationalistischen, zum Pazifismus tendierenden sozialistischen Parteien und Gewerkschaften nahestanden, war von chauvinistischem Ultranationalismus und

vorbehaltloser Kriegsbegeisterung relativ wenig zu spüren. Doch selbst hier gab es so gut wie keine Opposition gegen den Krieg. In allen Ländern war der Widerstand gegen die Einberufung gering. Und wo es an Enthusiasmus mangelte, genügte das Pflichtgefühl, oder es trat fatalistische Ergebenheit an dessen Stelle. In Frankreich etwa widersetzten sich nur 1,5 Prozent der Mobilisierten der Einberufung; die Regierung hatte mit 13 Prozent gerechnet. Deutsche Gewerkschafter verpflichteten sich, für die Dauer des Krieges auf Streiks zu verzichten. In den jeweiligen Parlamenten

bewilligten deutsche, französische und britische Sozialisten die Kriegsausgaben; nur die russischen Sozialisten enthielten sich der Stimme. (Die fünf Duma-Abgeordneten der Bolschewiki allerdings stimmten dagegen; sie wurden später verhaftet.)

Was die Anhänger des internationalistischen Sozialismus dazu bewog, einen nationalistischen Krieg zu unterstützen, war der Glaube, es handle sich um einen Verteidigungskrieg, der nicht zu vermeiden war; um einen Krieg, den man wohl oder übel kämpfen müsse – und zwar für die Freiheit, nicht für

imperialistische Ziele. Spätere Generationen sollten zurückschauen und diesen Krieg als die sinnlose Verschwendung von Menschenleben in einem ungeheuren Ausmaß ansehen; den Zeitgenossen im August 1914 dagegen erschien er überhaupt nicht sinnlos. Arbeiter waren bereit, an der Seite ihrer Landsleute und Verbündeten für ihr Land zu kämpfen – und zu sterben, in einem Krieg, den sie als gerechten Krieg, als Selbstverteidigung gegen die Aggression ausländischer Feinde ansahen. Alle hatten sie »gedient«, und in dieser Zeit waren ihnen Patriotismus und Disziplin

eingesimpft worden. Sie erwiesen sich nun in erster Linie als Patrioten, nur in zweiter Linie als Sozialisten.

Die sozialistische Linke in Deutschland war einig in der Bereitschaft, Deutschland gegen die verabscheute zaristische Autokratie zu verteidigen. Noch während der letzten Julitage hatten die Sozialdemokraten in deutschen Städten große Antikriegskundgebungen veranstaltet, die insgesamt schätzungsweise eine halbe Million Friedensdemonstranten auf die Straße brachten. Doch sie betonten zugleich und sehr bewusst, in der Stunde der Not seien auch die Arbeiter bereit,

das Vaterland zu verteidigen. Diese Not, das war der »Krieg gegen den Zarismus«. So schlug, als Deutschland die russische Mobilmachung mit der Kriegserklärung beantwortete, die Stimmung in patriotische Verteidigungsbereitschaft um. Aus dem gleichen Grund befürworteten die deutschsprachigen Sozialisten in Österreich den Krieg. Auf der anderen Seite stellten sich die russischen Sozialisten, die Antikriegshaltung der Bolschewiki übergehend, geschlossen hinter die Verteidigung von »Mütterchen Russland« gegen die Deutschen, die, wie der Anarchist Kropotkin schrieb,

»alle Regeln der Humanität zertrampeln«. Streiks wurden eingestellt, Pazifisten und Internationalisten ins Exilgezwungen. Nicht anders dachten französische Sozialisten über die Notwendigkeit, *la patrie* gegen einen Einmarsch der verhassten Deutschen zu verteidigen. Auch die britische Labour Party glaubte, der Krieg müsse geführt werden, bis Deutschland bezwungen sei.

In jedem Land peitschten Zeitungen fremdenfeindliche Hysterie auf. Manche Menschen, zu ihrer Ehre sei es gesagt, widerstanden dem. Generell jedoch, angeregt durch

die Medien, blühten wilde Phantasien, überall sah man Spione und Angehörige der Fünften Kolonne. Wer einen fremden Akzent hören ließ, einen fremdländisch klingenden Namen trug, geriet in Verdacht und musste sich hüten. In Frankreich etwa konnten sich jene, deren deutscher Akzent ihre Herkunft aus dem Elsass verriet, unerwarteten Attacken ausgesetzt sehen. In München mussten zwei Frauen, die sich in der Öffentlichkeit französisch unterhielten, von der Polizei in Sicherheit gebracht werden. Patriotische Mobs in St. Petersburg demolierten die deutsche Botschaft

und plünderten deutsche Geschäfte. Dieser Irrsinn ging so weit, dass der Zar die russische Hauptstadt umbenannte in Petrograd: St. Petersburg klang zu deutsch.

In den ersten Augusttagen drängte eine Viertelmillion deutscher Männer freiwillig zu den Waffen – eine beeindruckende Zahl, wenn man bedenkt, dass fast die gesamte männliche Bevölkerung wehrpflichtig war, ausgenommen waren nur Männer unter 17 oder über 50 Jahren. In Großbritannien, der einzigen Großmacht ohne allgemeine Wehrpflicht, meldeten sich im August 1914 300 000 Männer

freiwillig zum Dienst, im September weitere 450 000. In den Industriestädten gingen viele Arbeitskollegen und Nachbarn gemeinsam zum Militär und wurden zu »Pals battalions« (»Kumpel-Bataillonen«) zusammengefasst. Der soziale Druck, sich zu verpflichten, war groß. Aber auch die Kriegsbegeisterung war, wie in anderen Ländern, in Großbritannien letztlich weitverbreitet und der Widerstand gering. An seinem Beginn war der »Große Krieg« ein populärer Krieg.

In allen kriegführenden Ländern wurden Soldaten, die zur Front

aufbrachen, an den Bahnhöfen von jubelnden Mengen verabschiedet. Der tränenreiche Abschied der Mütter, Ehefrauen und Kinder wurde begleitet von patriotischen Liedern und begeisterten Äußerungen über einen raschen Sieg und ein baldiges Wiedersehen. Wie immer sie sich nach außen ihren Familien und Freunden gegenüber auch zeigten, viele, womöglich die meisten dieser Reservisten, die nun loszogen, um zu kämpfen, verließen Wohnungen, Häuser und Bauernhöfe, die Büros und Arbeitsstätten nur mit einigem Widerstreben und einiger Besorgnis. Sie trösteten sich selbst und ihre

Angehörigen mit dem Wunschtraum »Zu Weihnachten ist alles vorüber«. Wenige waren in ihren Vorahnungen so hellseherisch wie der österreichische Politiker und Jurist Josef Redlich, der am 3. August 1914 im Wiener Nordbahnhof Tausende von Reservisten in die Züge zur Front steigen sah: »Die weinenden Mütter, Ehefrauen und Bräute: welcher Jammer wird erst kommen.«

Die Mobilmachung folgte den Zugfahrplänen. Die Deutschen ließen 11 000, die Franzosen 7000 Züge rollen, um ihre Truppen an die Front zu bringen. Auch Pferde mussten zur Front befördert werden – in enormer

Zahl: Zusammen fast 2,5 Millionen Pferde boten Österreicher, Deutsche und Russen auf, Briten und Franzosen noch einige Hunderttausend weitere. In ihrer Abhängigkeit von der Pferdekraft unterschieden sich die Armeen von 1914 kaum von denen der napoleonischen Zeit.

Die Uniformen aber hatten inzwischen Glanz und Farbenpracht verloren, die meisten waren khakifarben oder feldgrau. Nur die Franzosen zogen noch in den leuchtend blauen Waffenröcken in den Krieg, in den roten Hosen und rotblauen Képis, die einer früheren Zeit angehörten. Kein Soldat hatte im

August 1914 einen schützenden Stahlhelm bei seinem Marschgepäck – erst 1915 erhielten französische und britische Soldaten Helme, im Jahr darauf auch die deutschen Truppen. Auch eine Gasmaskе, die bald zum notwendigen, wenn auch unzureichenden Schutz gegen eine neue und tödliche Waffe werden sollte, hatte keiner dabei.

So, wie sie 1914 in den Krieg zogen, waren es Armeen des 19. Jahrhunderts, und sie standen kurz davor, einen Krieg des 20. Jahrhunderts zu führen.

ZWEI

DIE GROSSE KATASTROPHE

Eine schweigende Menge Volk ...
Das Regiment marschiert mit
seinen Musikkorps vorbei;
nicht zu vergessen, alle diese
Männer sind auf dem Weg ins
Gemetzel.

Aus dem Tagebuch des Beamten und

Schriftstellers Michel Corday, Paris (14. Juli 1915)

Nichts mehr konnte nach dem August 1914 so sein wie zuvor. Das neue Jahrhundert war bereits 14 Jahre alt, doch der Ausbruch dessen, was (im angelsächsischen Sprachraum) bald der »Große Krieg« genannt wurde, stellte den eigentlichen Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa dar. Die Jahre zwischen dem kalendarischen Beginn des Jahrhunderts und dem Abrutschen in einen katastrophalen Krieg gehörten einer früheren Epoche an. Was nach dem August 1914 kam, war der Beginn eines neuen,

schrecklicheren Zeitalters.

Eine Tragödie nimmt ihren Lauf

Zwei Jahre vor dem Krieg hatte Wilhelm Lamszus, ein Hamburger Lehrer und Autor von Antikriegsschriften, in seinem Roman *Das Menschenschlachthaus* ein düsteres Bild vom Schrecken und der Brutalität der gut geölten Tötungsmaschinen gezeichnet, die in einem kommenden Krieg in beispiellosem Ausmaß Tod und

Vernichtung bringen würden. Eine auf tragische Weise zutreffende Voraussage. Acht Jahre später nannte Ernst Jünger, ein leidenschaftlich engagierter deutscher Offizier, der fast den ganzen Krieg über enthusiastisch und mit großem Mut als Truppenführer an der Front gedient hatte, seinen Bestseller, eines der außergewöhnlichsten literarischen Werke über den Ersten Weltkrieg, *In Stahlgewittern*. Einen passenderen Titel hätte er für das, was die Soldaten der kriegführenden Länder Europas während der nächsten vier Jahre erlebten, nicht finden können.

Beide literarischen Werke, das eine vor, das andere nach dem katastrophalen Konflikt entstanden, fangen das Wesen dieses Krieges in unterschiedlichen Aspekten ein. Mehr als jeder frühere war dies ein Krieg des industrialisierten Massenschlachtens. Menschenleiber standen gegen Tötungsmaschinen. Auf die Soldaten war schwere Artillerie gerichtet, Maschinengewehre, Schnellfeuergewehre, Minenwerfer, Sprenggeschosse und – granaten, Flammenwerfer und Giftgas kamen zum Einsatz. Die modernen Waffen, in immer größerer Zahl aufgeboten,

brachten anonymes Sterben und Zerstörung in nie dagewesenem Ausmaß. Bei der Planung massiver Offensiven wurde der immense Verlust von Menschenleben in Kauf genommen. Artillerie und Schrapnell waren die häufigsten Erfüllungsgehilfen des Todes auf dem Schlachtfeld, doch viele Tausende starben auch an Wunden und an Krankheiten, die sie sich unter den grauenhaften Einsatzbedingungen zugezogen hatten.

Krieg als Triebkraft des technischen Wandels führte zu neuen Waffen und Methoden der Massentötung, die das Gesicht der

Zukunft prägten. Giftgas kam, nachdem es die Deutschen im Frühjahr 1915 während ihres Angriffs auf alliierte Stellungen bei Ypern eingesetzt hatten, vielerorts zum Einsatz. Während der britischen Offensive von 1916, in der Sommeschlacht, fuhren die ersten Panzer auf; 1918 bereits wurden sie in großen Gefechtsformationen eingesetzt. Ab 1915 wurden U-Boote zu einer bedeutenden Waffe im deutschen Kampf gegen Transportschiffe und Konvois der Alliierten, sie veränderten das Wesen des Seekriegs. Nicht zuletzt setzte die rapide Entwicklung der

Luftfahrtstechnik nicht allein die Streitkräfte an der Front, auch Zivilisten in kleinen und großen Städten der erschreckenden Aussicht von Luftangriffen aus. Einen Vorgeschmack gaben die bereits am 6. August 1914 von einem deutschen Zeppelin auf das belgische Lüttich abgeworfenen Bomben. Durch Bombenangriffe und auf vielerlei andere Weise war die Zivilbevölkerung fortan und in bislang unbekanntem Maß ins Kriegsgeschehen einbezogen, sowohl als Arbeitskräfte in der Waffenproduktion wie als Ziel feindlicher Angriffe. Die

Kriegspropaganda nutzte die Massenmedien, um Hass auf ganze Völker zu schüren. Die kriegführenden Staaten mobilisierten ihre Bevölkerung auf ganz neue Weise. Der Krieg wurde zum totalen Krieg; mit »la guerre totale«, einem Begriff, den die französische Presse 1917 prägte, sollte zum Ausdruck kommen, dass Front und Heimat in den Kriegsanstrengungen miteinander verbunden waren.

Zudem war dieser Krieg, auch wenn Europa sein Epizentrum bildete, der erste wirklich weltweite, jeden Kontinent betreffende Konflikt. Dies lag zum Teil an den

Weltreichen – insbesondere an Großbritannien und an Frankreich, die ihre Imperien für den Krieg mobilisierten. Zur Unterstützung Großbritanniens traten dessen Dominions Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika im August 1914 in den Krieg ein. Afrikaner und Inder wurden angeworben, um in einem europäischen Konflikt zu kämpfen; sie taten es mit hohen Todesraten. Eine Million Inder kämpften aufseiten der Alliierten, viele von ihnen in Afrika und im Nahen Osten. Frankreich berief über 600 000 Männer aus seinen Kolonien ein, überwiegend aus West- und

Nordafrika. Über zwei Millionen Afrikaner dienten als Soldaten und Arbeiter. Rund zehn Prozent von ihnen überlebten den Krieg nicht. Die Todesrate unter Arbeitern – in Ostafrika massenhaft als Träger für schweren Nachschub eingesetzt – war ungefähr doppelt so hoch und lag damit über der britischer Soldaten während des Krieges.

Wie die meisten war auch dieser Krieg leichter zu beginnen als zu beenden. Anstatt Weihnachten, wie sie es ihren Lieben (und sich selbst) angekündigt hatten, zu Hause zu sein, lagen Ende Dezember über eine Viertelmillion französische Soldaten

tot auf den Schlachtfeldern. Die Gesamtzahl der Verluste (der Toten, Verwundeten und Gefangenen) hatte bereits Ende November 450 000 überstiegen. Die britischen Verluste lagen bis dahin bei 90 000 Männern, das waren mehr, als zu Kriegsbeginn rekrutiert worden waren. Österreich-Ungarn hatte schon in den ersten Kriegswochen, im August und September, in den Gefechten gegen die Russen auf galizischen Schlachtfeldern über 300 000 Verluste zu verzeichnen; innerhalb der ersten fünf Kriegsmonate verlor das Land an der Ostfront insgesamt eine halbe Million Männer. Deutschlands

Verluste betrugen bis zum Ende des Jahres 800 000 Männer, 116 000 von ihnen waren gefallen (über viermal so viele wie im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71). Die höchsten Verluste in der ersten Kriegsphase aber erlitt die russische Armee: in den ersten neun Monaten knapp zwei Millionen Männer, 764 000 von ihnen gerieten in Gefangenschaft. Gemessen an der Größe der Armeen waren die Verluste der kriegführenden Streitkräfte 1914 höher als zu jedem anderen Zeitpunkt des Krieges.

Die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in das Morden begann sofort, mit dem deutschen

Überfall auf Belgien. Über 6000 Zivilisten – Frauen und Kinder eingeschlossen – wurden in den ersten Kriegswochen getötet, brutal misshandelt oder deportiert, als deutsche Soldaten Belgien durchquerten. Die deutsche Militärausbildung hatte den Soldaten eine paranoide Angst vor Partisanenkämpfen eingeflößt. Die Soldaten, oft von Hass verzehrt, machten die Zivilisten kollektiv verantwortlich für mutmaßliche (und größtenteils imaginäre) Aktionen von Heckenschützen oder für Vorfälle, bei denen ein Beschuss durch eigene Truppen als feindlicher Angriff von

hinten missdeutet wurde. Kollektive »Bestrafung« wurde verhängt, selbst wenn die Soldaten wussten, dass ihre Opfer unschuldig waren.

Als die Franzosen in der entscheidenden Schlacht an der Marne, ausgetragen zwischen dem 6. und 9. September, den deutschen Vormarsch gut 50 Kilometer vor Paris stoppten, war die gesamte Strategie für einen raschen Sieg gescheitert. Der Schlieffenplan, das rasche Niederwerfen Frankreichs, um anschließend Russland anzugreifen, war nicht aufgegangen. Im Westen war damit die Zeit schneller Offensiven vorbei. Verteidigung

lautete von nun an das Gebot der Stunde. Auf beiden Seiten gruben sich die Truppen ein, der Bau von Schützengräben begann – zunächst sehr einfacher, später äußerst aufwendiger Verteidigungsanlagen. Binnen kurzem verliefen diese in einer fast durchgehenden Linie vom Ärmelkanal bis zur Schweizer Grenze. Zahllose Soldaten mussten sich auf das unsägliche Dasein in den Schützengräben einstellen. Es waren von Ungeziefer verseuchte Schlamm Sümpfe, in mehrfach gestaffelten Zickzack-Reihen gebaut, davor große Rollen Stacheldraht. Verbindungsgräben führten zu

rückwärtigen Versorgungslagern und Feldlazaretten. Ende September 1914 war der Pattzustand an der Westfront erreicht, er sollte für vier lange Jahre anhalten.

Die gleich zu Beginn immensen Verluste bewogen keine der kriegführenden Mächte zu einem Versuch, den Krieg zu beenden. Alle verfügten sie über riesige Reserven an wehrfähigen Männern, auf die sie zurückgreifen konnten. Da die strategischen Überlegungen auf beiden Seiten im Wesentlichen darauf hinausliefen, den Feind bis zur Kampfunfähigkeit zu zermürben, und da der Weg, diese Abnutzung

herbeizuführen, vor allem darin bestand, immer noch mehr Männer auf die Schlachtfelder zu schicken, um immer größere Offensiven gegen gut verschanzte Verteidigungslinien zu starten, musste das ungeheure Blutvergießen für unbestimmte Zeit fort dauern.

Im Osten, wo der Krieg – entlang einer viel längeren Front in dünner besiedelten Gebieten – niemals so bewegungslos war wie an der Westfront, hatte sich die Lage in einer für die Mittelmächte günstigeren Weise entwickelt. Unter dem Oberbefehl von General Paul von Hindenburg, der aus dem Ruhestand

geholt worden war und von Generalmajor Erich Ludendorff, dem fähigen, wenn auch manchmal ungestümen Stabschef der 8. Armee unterstützt wurde, brachten die Deutschen der 2. russischen Armee Ende August bei Tannenberg in Ostpreußen eine schwere Niederlage bei. Die Deutschen kämpften hier auf heimischem Boden, wehrten einen russischen Einmarsch ab. Zwei Wochen hatte die russische Besatzung gedauert, und was deutsche Soldaten im betroffenen Teil Ostpreußens an Zerstörungen zu sehen bekamen, bestätigte vorhandene antirussische Vorurteile, steigerte die Grausamkeit

der Kampfhandlungen. Die russischen Verluste waren hoch: fast 100 000 Männer insgesamt, 50 000 tot oder verwundet, die übrigen in Gefangenschaft. Nur kurze Zeit später, zwischen dem 8. und 15. September, verloren die Russen in der Schlacht an den Masurischen Seen weitere 100 000 Mann, 30 000 davon gerieten in Gefangenschaft. Erfolgreicher waren die russischen Armeen weiter südlich gegen die Österreicher, mit ihrem Angriff auf Galizien. Die österreichischen Truppen dort sahen sich bis zum 3. September von weit größeren russischen Kräften überrannt und

nach hohen Verlusten zu einem demoralisierenden Rückzug gezwungen.

Wie bei den Deutschen in Belgien entsprang die Brutalität, mit der russische Truppen Galizien besetzten, der – größtenteils irrigen – Überzeugung, Zivilisten seien an Angriffen auf Soldaten beteiligt. Insbesondere Juden – Galizien hatte eine jüdische Bevölkerung von fast einer Million Menschen – wurden herausgegriffen. Viele Gewalttaten wurden von Kosaken angeführt. Da sie ahnten, was ihnen bevorstand, flohen Juden in großer Zahl vor den anrückenden Russen. Die von den

Invasoren verübten Pogrome
begannen bereits Mitte August.
Hunderte von Juden wurden
umgebracht, als die Gewalt der
Besatzer eskalierte; Raubüberfälle
und Vergewaltigungen waren an der
Tagesordnung, ganze jüdische Dörfer
wurden niedergebrannt. Über
1000 Juden wurden von der
russischen Armee als Geiseln
genommen und nur gegen
Lösegeldzahlungen freigelassen.
Jüdisches Eigentum wurde
konfisziert. Bis zu 50 000 Juden – und
ebenso viele Nichtjuden – wurden im
Sommer 1915 nach Russland
deportiert, viele von ihnen landeten

in Sibirien oder in Turkestan.

Gleich in den ersten Kriegswochen mussten die Österreicher eine weitere beschämende Niederlage hinnehmen, und dies nicht durch eine andere »Großmacht«, sondern ausgerechnet durch das Land, das im Zentrum der Krise gestanden hatte, die zum europäischen Flächenbrand wurde: Serbien. Das Vorhaben, das Königreich für die Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand zu »bestrafen«, war aufseiten der anderen kriegführenden Mächte fast in Vergessenheit geraten, als die Österreicher am 12. August 1914 ihre

verspätete Infanterie-Offensive starteten. Niemand rechnete damit, dass die »Strafexpedition« lange dauern würde. Und zunächst sah es auch so aus, als würden die Österreicher bald in Belgrad einmarschieren. Doch mit einer Gegenoffensive gelang es den zwar schlecht bewaffneten, aber hochmotivierten Serben, die Österreicher nach drei Tagen erbitterter Gefechte zurückzudrängen. Beide Seiten erlitten schwere Verluste. Bis zu 10 000 Österreicher wurden getötet, dreimal so viele verwundet. Die Zahl der serbischen Verluste lag bei 3000

bis 5000 Toten und 15 000 Verwundeten. Übertriebene Angst vor Heckenschützen und vor einer feindseligen, zum Partisanenkrieg gegen die Invasoren bereiten Zivilbevölkerung veranlasste die Österreicher dazu, mit beträchtlicher Brutalität vorzugehen. Die Zahl der zivilen Opfer wird auf etwa 3500 geschätzt – die meisten von ihnen wurden kurzerhand exekutiert.

Der Krieg weitete sich aus. Am 29. Oktober attackierten türkische Kriegsschiffe unproviziert russische Marinestützpunkte am Schwarzen Meer. Als die Russen reagierten und

der Türkei Anfang November den Krieg erklärten, marschierten türkische Truppen durch den Kaukasus nach Russland ein, wurden aber bis Jahresende wieder zurückgeworfen. Die Niederlage kostete die Türken mindestens 75 000 Soldaten, von denen ebenso viele an Krankheit und Kälte starben wie durch russische Waffen. Im Jahr darauf aber feierten die Türken einen großen Triumph, nämlich die Abwehr eines Versuchs der Alliierten, in die Türkei einzufallen. Winston Churchill, der Erste Lord der Admiralität (de facto der britische Marineminister) hatte eine

Seelandung bei Gallipoli in den Dardanellen angeregt; schlecht geplant und ungeschickt durchgeführt, scheiterte sie im April 1915. Fast eine halbe Million alliierte Soldaten – darunter indische, australische, neuseeländische, französische und senegalesische Truppen – nahmen an der Schlacht von Gallipoli teil. Die türkische Heimatverteidigung, die den Heldenruhm ihres Befehlshabers Mustafa Kemal Pascha (später besser bekannt als Atatürk) begründete, wehrte sich erbittert, und die schwer befestigte Küste war nicht zu nehmen – ein absolutes Desaster für

die Alliierten. Im Dezember mussten sie ihre Operation abbrechen und die Evakuierung einleiten; bis dahin aber hatten sie fast eine Viertelmillion Männer verloren, rund 50 000 davon waren gestorben (viele von ihnen an Krankheiten). Ähnlich hoch waren die Verluste der Türken.

Die Krise, die das Osmanische Reich 1915 erschütterte, löste in Ostanatolien die schlimmsten Gräueltaten während des Ersten Weltkriegs aus, in einer Region, in der entsetzliche Massaker schon ein dunkles Kapitel der Vorkriegsgeschichte gewesen waren. Die Konflikte in Ostanatolien

entsprangen konkurrierenden
Gebietsansprüchen, ethnischen
Konflikten und religiösen
Gegensätzen zwischen muslimischen
Türken und Kurden und christlichen
Armeniern. Die radikal
nationalistische Führung, die seit
einem Putsch 1913 die türkische
Innenpolitik steuerte, hatte bereits
vor dem Krieg auf eine größere
ethnische und religiöse Homogenität
innerhalb der Türkei hingearbeitet.
Dem stand die große Minderheit der
Armenier offensichtlich im Wege.
Der Krieg zwischen dem
Osmanischen und dem Russischen
Reich hatte die Spannungen in den

Grenzgebieten Anatoliens und des Kaukasus drastisch verschärft. Insbesondere die Spannungen zwischen Türken und Armeniern gerieten nun nah an den Siedepunkt.

Die Armenier, die auf beiden Seiten der russisch-türkischen Grenze lebten und auf ihre Befreiung aus türkischer Herrschaft hofften, sympathisierten in ihrer Mehrheit mit Russland. Mit dem Krieg sahen sie ihre Zeit gekommen, wurden darin auch von den Russen bestärkt. Durch ihre Spione in Petrograd erfuhren die Türken von Plänen, einen armenischen Aufstand zu provozieren. So witterten sie Gefahr,

nicht zuletzt weil die Armenier in einer strategisch ungemein wichtigen Region lebten. Der türkischen Führung galten sie als Kollaborateure, als Verbündete des russischen Feinds, als Bedrohung der türkischen Kriegspläne. Die Armenier wiederum, bedrängt von brutalen lokalen Angriffen, sahen in der Kollaboration mit Russland die beste Verteidigung gegen noch schlimmere Massaker.

Als jedoch Mitte April 1915 in der Stadt Van eine armenische Rebellion ausbrach, begleitet von Gräueltaten auf allen Seiten, von Armeniern, Türken und Kurden, kam keine

russische Hilfe. Die Armenier blieben auf sich gestellt. Konfrontiert mit dem Vorstoß der westlichen Alliierten in die Dardanellen, paranoid angesichts der russischen Bedrohung aus dem Kaukasus, sahen die Türken in der armenischen Minderheit ein Trojanisches Pferd der Russen und wollten nur noch grausame Vergeltung. Der Krieg bot die willkommene Gelegenheit, das ideologische Ziel ethnischer Homogenisierung zu verfolgen. Schon bald nach dem Aufstand setzten die Deportationen ein, die in Umfang und Brutalität rasch eskalierten. Binnen Wochen, hatte die

türkische Führung angeordnet, sollte die gesamte armenische Bevölkerung Ostanatoliens – rund eineinhalb Millionen Menschen – mitten in die syrische Wüste verschleppt werden. Viele starben durch Krankheit oder Misshandlung während der Deportation oder nach der Ankunft in den Lagern, weitaus mehr Menschen fielen grausamen Massakern zum Opfer, die zu dem furchtbaren, mörderischen Programm gehörten, das von der türkischen Führung gedeckt wurde. Schätzungen über die Zahl der armenischen Opfer reichen von 600 000 bis hin zu über einer Million Menschen.

Trotz wachsender zahlenmäßiger Überlegenheit der alliierten Truppen über die deutsche Armee an der Westfront war ein Ende der Pattsituation gleichwohl nirgends in Sicht. Der deutsche Generalstabschef Erich von Falkenhayn (der im September 1914 Moltke abgelöst hatte) setzte seine Hoffnungen daher auf den Osten. In einer erzwungenen Einigung mit den Russen sah er den Schlüssel für einen Sieg im Westen.

An der Ostfront jedoch machte Deutschland die immer offensichtlichere militärische Schwäche seines wichtigstem Verbündeten Österreich-Ungarn zu

schaffen. In einer katastrophalen Offensive mitten im Winter 1914/15 in den Bergen der Karpaten verloren die Österreicher rund 800 000 Mann, darunter auch ihre letzten gut ausgebildeten Reserven. Viele Soldaten erfroren oder erlagen ihren Krankheiten, Zehntausende gerieten in Gefangenschaft. Die Zahl der Fahnenflüchtigen stieg. Mehr denn je waren die Mittelmächte abhängig von der deutschen Kampfkraft, im Osten wie im Westen.

Für Österreich verschlechterte sich die Situation noch weiter, als Italien am 23. Mai 1915 an der Seite der britisch-französisch-russischen

Entente in den Krieg eintrat und damit eine Südfront eröffnete. Immerhin hielten die österreich-ungarischen Truppen, so geschwächt sie waren, den Italienern stand. In der Zwischenzeit fügten die Deutschen den Russen schwere Niederlagen bei, im Februar bei den Masurischen Seen in Ostpreußen (mit russischen Verlusten von 92 000 Männern), im Frühjahr und Sommer darauf in Polen. Galizien wurde den Russen im Juni abgerungen, der überwiegende Rest Kongresspolens (bis dahin unter russischer Herrschaft) fiel im Juli und August. Am 4. August 1915

eroberten die Deutschen Warschau. Als die große Sommeroffensive schließlich nachließ, hatten die Deutschen außerdem Kurland (die Küstenregion im Westen Lettlands) sowie Litauen erobert. Zwischen Mai und September erlitten die zaristischen Streitkräfte bestürzende Verluste von über zwei Millionen Männern, von denen mehr als 900 000 in Gefangenschaft gingen.

Im Herbst stärkten die Mittelmächte ihre Position auch auf dem Balkan. Serbien, der eigentliche Ausgangspunkt des Konflikts, wurde Anfang Oktober von deutschen und österreichisch-ungarischen

Divisionen schließlich doch besetzt. Auch Bulgarien, das sich einen Monat zuvor den Mittelmächten angeschlossen hatte, entsandte Streitkräfte für den serbischen Feldzug. Anfang November befand sich Serbien unter der Kontrolle der Mittelmächte. Damit war ein Landweg für Waffenlieferungen ins Osmanische Reich gewonnen. Mit einem erheblich geschwächten Russland, der Kontrolle über den Balkan und zwar entkräfteten Österreichern, die aber immerhin die Italiener im Süden in Schach hielten, befand sich Deutschland, wenn es den Sieg im Westen erzwingen

wollte, nun in einer wesentlich besseren Position als im Jahr zuvor. Die Zeit allerdings arbeitete nicht für die Deutschen. Sollte ein Vorstoß im Westen den Sieg bringen, dann durfte der nicht lange warten.

Falkenhayn entwickelte den Plan, den Widerstand der Franzosen durch einen massierten Angriff auf Verdun zu brechen, auf das Zentrum eines großen Netzes von Festungsanlagen an der Maas, etwa 200 Kilometer östlich von Paris. Wenn es gelänge, den Franzosen bei Verdun eine vernichtende Niederlage beizubringen, dann, so dachte Falkenhayn, wäre dies ein

wesentlicher Schritt in Richtung eines Gesamtsiegs im Westen. Von Februar bis Juli 1916 ließ er Verdun unter schwere Belagerung stellen, weitere heftige Kämpfe setzten sich bis Dezember fort. Für die Franzosen wurde die Verteidigung Verduns zum Symbol des Kampfes um Frankreich. Die Verluste waren enorm: über 700 000 Männer – 377 000 Franzosen (162 000 Tote) und 337 000 Deutsche (143 000 Tote). Doch ein Durchbruch gelang den Deutschen nicht. Die Franzosen hatten ihr Land gerettet, die immensen Verluste der Deutschen waren vergebens. Bis Mitte Juli hatte sich der Schauplatz des größten

Blutbads bereits an die Somme verlagert.

Dort formierten sich britische und Truppen aus den Dominions zur Hauptsäule des »big push«, des »großen Vorstoßes«. Wurde für die Franzosen später Verdun zum Sinnbild für die Kriegsschrecken, so erlangte im Gedächtnis der Briten die Somme einen vergleichbar symbolischen Status. Einen Unterschied freilich gab es: An Verdun ließ sich erinnern als an ein gewaltiges, aber notwendiges patriotisches Opfer für die Rettung Frankreichs. Die Soldaten des britischen Empire indes kämpften an

der Somme nicht, um einen Angriff auf ihr Heimatland abzuwehren. Vielen wird wahrscheinlich gar nicht klar gewesen sein, wofür sie eigentlich kämpften. Der Plan für die Offensive war weitgehend das Werk von General (später Feldmarschall) Sir Douglas Haig, dem britischen Oberbefehlshaber seit Dezember 1915. Das Ziel der Offensive war gegenüber ihrer ursprünglichen Konzeption verändert worden. Zunächst war eine hauptsächlich von den Franzosen geführte Offensive geplant, darauf angelegt, einen entscheidenden Durchbruch herbeizuführen; daraus war dann ein

vornehmlich von den Briten
geführter Angriff zur Entlastung der
Franzosen bei Verdun geworden.
Man hoffte, die Deutschen mit dieser
Offensive zermürben und erheblich
schwächen zu können. Der
entscheidende Vorstoß für den Sieg
allerdings musste warten. Was immer
die Soldaten an der Somme an
patriotischen Schlachtrufen, an die
Moral befeuernden Ansprachen zu
hören bekamen, bevor die Offiziere
sie aus den Schützengräben heraus
und nach vorne jagten – für die
meisten von ihnen zählten die
strategische Ziele
höchstwahrscheinlich weniger als das

schlichte Überleben. Aber Zehntausende dieser Soldaten überlebten nicht einmal den ersten Tag dieser Offensive. Für die Briten wurde die Somme-Schlacht zum Symbol der Sinnlosigkeit derart immenser Menschenopfer.

Über eine Woche lang lagen die deutschen Stellungen unter schwerem Trommelfeuer, doch die britischen und die Soldaten aus den Dominions verloren, als sie dann losstürmten, am 1. Juli 1916, am ersten Tag der Schlacht, 57 470 Mann, unter ihnen 19 240 Gefallene und 35 493 Verwundete. Es war der

schwärzeste Tag in der britischen Militärgeschichte. Die Schlacht hätte den großen Durchbruch bringen sollen, und eben das erwies sich rasch als teuer bezahlter Irrglaube. Als die Kämpfe an der Somme gegen Ende November in Regen, Graupel, Schnee und Schlamm ausliefen, hatten die Soldaten des britischen Empire entlang eines 35 Kilometer langen Frontabschnitts einen Streifen von etwa zehn Kilometern hinzugewonnen, die Franzosen ein ungefähr doppelt so großes Gelände. Dafür waren über eine Million Männer getötet oder verwundet worden. Die Verluste aufseiten der

Briten und der Dominionsoldaten beliefen sich auf 419 654 Männer (127 751 von ihnen waren gefallen), die französischen Verluste auf insgesamt 204 353, die der Deutschen auf rund 465 000. Gemessen am horrenden Ausmaß dieser Verluste – für ein Nichts an Geländegewinn –, war die Schlacht an der Somme die entsetzlichste Schlacht an der Westfront während des Ersten Weltkriegs.

Eine dritte große Offensive dieses Jahres, diesmal an der Ostfront, wurde nach einem russischen General benannt: Alexei Alexejewitsch Brussilow. Am 4. Juni 1916 eröffnet,

war sie ein gewagter Schlag gegen österreichische Stellungen entlang eines großen Abschnitts der südlichen Front, zwischen den Prypjatsümpfen (die sich vom Süden Weißrusslands bis in den Norden der Ukraine erstrecken) und Rumänien. Brussilows so rascher wie gewaltiger Erfolg verdankte sich zu einem Teil seinen sorgfältigen Vorbereitungen, mehr jedoch der Unfähigkeit der österreichischen Führung und der mangelnden Kampfmoral ihrer Soldaten. Nach zwei Tagen bereits stand die österreich-ungarische Front kurz vor dem Zusammenbruch. Eilends wurden Truppen von der in

Norditalien eröffneten Offensive abgezogen und an die Ostfront verlegt. Auch deutsche Reserven wurden herangeführt, um ein totales Debakel abzuwenden. Doch bis Ende September waren die Mittelmächte auf breiter Front rund 90 Kilometer zurückgedrängt worden. Österreich-Ungarn hatte 750 000 Mann verloren, 380 000 davon waren in Gefangenschaft geraten. Auch die deutschen Verluste waren immens, rund 250 000 Mann. Doch die triumphale Brussilow-Offensive hatte auch einen für die Russen enorm hohen Preis gefordert, mit Verlusten von annähernd einer halben Million

Männer während der ersten zehn Tage. Insgesamt verloren die Russen rund eine Million Männer. Der Jubel in Russland über den großen Sieg verbarg die sich weitenden Risse hinter der Fassade. Schneller noch als Österreich-Ungarn näherte sich Russland, wie die Ereignisse bald zeigen sollten, dem Ende.

Eine unmittelbare Auswirkung der Brussilow-Offensive war, dass Rumänien am 27. August aufseiten der Entente in den Krieg eintrat. Die Rumänen hielten die Niederlage der Mittelmächte für immer wahrscheinlicher und hofften darum auf große territoriale Gewinne auf

Kosten Ungarns – Hoffnungen, die sich rasch zerschlugen, als die Mittelmächte eine Armee unter deutscher Führung entsandten, die den Rumänen die bereits erreichten Geländegewinne wieder abnahm. Bis Anfang 1917 hatten die Mittelmächte Bukarest und einen großen Teil Rumäniens besetzt, einschließlich der strategisch wichtigen Ölfelder von Ploiești.

Doch konnten die Erfolge im Osten aus Sicht der deutschen Führung das Ausbleiben des entscheidenden Durchbruchs im Westen nicht kompensieren. Im August hatte Falkenhayn den Preis

für Verdun zahlen müssen. Er verlor den Posten des Generalstabschefs, den der »Held von Tannenberg« übernahm, der zum Feldmarschall beförderte Hindenburg, ein populärer Heerführer in einem zunehmend unpopulären Krieg. Seine rechte Hand, General Ludendorff, nun zum Ersten Generalquartiermeister ernannt, wurde bald zur eigentlich treibenden Kraft im neuen Oberkommando der Armee.

Damit begann, was schnell einer Militärdiktatur gleichkam, da Hindenburg und Ludendorff immer direkter in Angelegenheiten der Regierung eingriffen. Ein Zeichen

dafür war das Bestreben, den Krieg durch uneingeschränkte U-Boot-Angriffe auf die alliierte Schifffahrt zu beenden, eine Strategie, die gegen den Widerstand der Zivilregierung durchgesetzt wurde. Das Problem der sich zuziehenden alliierten Seeblockade war ungelöst, die deutsche Überwasserflotte hatte wenig dagegen ausrichten können. Bei all dem Geld, das vor dem Krieg in den Bau riesiger Schlachtflotten geflossen war, sowohl bei den Briten wie bei den Deutschen, war deren einziger großer Einsatz auf See, die Schlacht im Skagerrak am 31. Mai 1916, ergebnislos verlaufen. Die

Deutschen versenkten mehr Schiffe – 14 gegenüber den elf Schiffen, die sie verloren – und hatten weniger Opfer zu verzeichnen (3058 gegen 6768 Seeleute auf der britischen Seite). Doch diese Verluste lähmten die kleinere deutsche Flotte für Monate, machten ihren effektiven Einsatz bis zum Kriegsende unmöglich, wohingegen die britische Flotte in der Lage war, die Blockade aufrechtzuerhalten. Daher richtete sich das Augenmerk zunehmend auf die Möglichkeit eines umfassenderen Einsatzes von U-Booten; damit sollte nicht nur die Blockade beendet werden, sondern darüber hinaus eine

entscheidende Wende des Kriegsgeschicks herbeigeführt werden. Die deutsche Marineführung rechnete damit, dass ihre U-Boote pro Monat 600 000 Bruttoregistertonnen versenken könnten – eine Quote, die Großbritannien innerhalb von fünf Monaten zusammenbrechen ließe, noch bevor die Vereinigten Staaten den Kriegsausgang irgendwie beeinflussen könnten. Blicke der U-Boot-Krieg allerdings erfolglos und träte Amerika in den Konflikt ein, würden sich Deutschlands Aussichten erheblich verschlechtern.

Dieses Risiko ging die deutsche Führung ein. Am 1. Februar 1917

eröffnete Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Von da an wurden alliierte und neutrale Schiffe in britischen Gewässern ohne Vorwarnung attackiert – ein katastrophaler Fehler. US-Präsident Woodrow Wilson wollte die amerikanische Führung in der Nachkriegswelt ausbauen, darum hatte er bis zu diesem Zeitpunkt auf einen »Frieden ohne Sieg« gesetzt und darauf geachtet, dass sich sein Land in diesem destruktiven europäischen Konflikt weder auf die eine noch auf die andere Seite schlug. Die Entscheidung der Deutschen, ihre U-Boot-Flotte loszulassen, setzte

dieser Strategie ein abruptes Ende. Nach nur zwei Tagen brach Wilson die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Natürlich kam es zur Versenkung amerikanischer Schiffe, und das trug dazu bei, dass die Vereinigten Staaten Deutschland am 6. April 1917 den Krieg erklärten. (Allerdings war die American Expeditionary Force erst im Frühjahr 1918 in der Lage, in die Kämpfe an der Westfront einzugreifen.) Nur im April und im Juni 1917 gelang es den deutschen U-Booten, die monatlich notwendige Tonnage zu versenken, wobei deren Schätzung ohnehin von optimistischen Vorstellungen über

die Verwundbarkeit Großbritanniens ausgegangen war. Der U-Boot-Krieg erwies sich als Fehlschlag. Schlimmer noch: Deutschland hatte in den Amerikanern einen neuen, mächtigen Feind.

Am Patt an der Westfront änderte sich im Lauf des Jahres 1917 nichts. Die Deutschen, nach Mannzahlen und Material stark strapaziert, begnügten sich vorübergehend damit, zu verteidigen, was sie hatten. Im Frühjahr zogen sie sich auf eine neue, leichter zu haltende Linie zurück, die sie »Siegfried-Stellung« nannten und die bei den Alliierten »Hindenburg Line« hieß. Durch die verkürzte

Front konnten rund 20 deutsche Divisionen zurückgezogen werden; die Deutschen verfügten damit über Reserven, um neuen alliierten Offensiven zu begegnen, die, wie sie wussten, zu erwarten standen.

Deren erste, bei Arras am 9. April bei strömendem Regen, Graupel und Schnee gestartet, führte zu den gewohnt verlustreichen, zermürenden Gefechten ohne wesentliche Geländegewinne. Die Verluste beliefen sich auf 150 000 alliierte und 100 000 deutsche Soldaten. Eigentlich sollte die Schlacht bei Arras die deutschen Stellungen vor einem französischen

Großangriff auf den Chemin des Dames schwächen, einen Höhenzug entlang des Aisne-Tals, östlich von Soissons und westlich von Reims. Geführt wurde diese Offensive vom neuen, durchsetzungsstarken Stabschef General Georges Robert Nivelle, der im Dezember 1916 berufen worden war, um General Joseph Joffre abzulösen. Der deutsche Geheimdienst aber hatte die Angriffspläne in Erfahrung gebracht, die Verteidigung war entsprechend verstärkt worden. Nivelles Offensive wurde zum Desaster. Fünf Tage nach ihrem Beginn, am 21. April, wurde sie eingestellt – nach dem Verlust

von 130 000 Soldaten (darunter 29 000 Tote); wieder wurde kein Durchbruch erzielt. Am 29. April wurde Nivelle entlassen und durch General Philippe Pétain ersetzt, den Helden von Verdun.

Unbeirrt von dieser Katastrophe, die seine schlechte Meinung von der französischen Kampfmoral bestätigte, auch nicht entmutigt von seinem eigenen verlustreichen Scheitern an der Somme im Sommer zuvor, glaubte Feldmarschall Sir Douglas Haig im Sommer 1917 noch immer, er könne einen entscheidenden Durchbruch erzielen, diesmal mit einer großen Offensive bei Ypern.

Das Ziel war ein Vorstoß durch Flandern, um die U-Boot-Stützpunkte an der belgischen Küste auszuschalten, ein Ziel, das nicht einmal annähernd erreicht wurde. Stattdessen blieben Haigs Männer im flämischen Schlamm stecken. Die Schrecken der Dritten Ypernschlacht, die bei den Briten nur »Passchendaele« genannt wird (nach dem Dorf Passendale auf einem kleinen Kamm ein paar Kilometer östlich von Ypern), erlangten eine ebenso traurige Berühmtheit wie jene an der Somme.

Die Offensive begann am 31. Juli und wurde im Sommer und Herbst

während sintflutartiger Regenfälle durchgeführt, die den tiefliegenden, durch das vorbereitende, massive Artilleriesperrfeuer ohnehin aufgewühlten Boden immer wieder in hüfttiefen, klebrig-lehmigen Morast verwandelten. Als die Offensive schließlich abgeblasen wurde, kurz nachdem am 6. November endlich die kläglichen Ruinen von Passendale eingenommen waren (das Dorf mit dem schmerzlichen Namen sollte binnen fünf Monaten wieder evakuiert und von den Deutschen zurückerobert werden), hatten die Truppen des britischen Empire 275 000 Männer verloren (70 000 von

ihnen waren gefallen), die Deutschen 217 000. Um diesen Preis hatten die Alliierten (vorübergehend) ein paar Kilometer Gelände gewonnen.

Die letzte im Westen durchgeführte Offensive des Jahres, gestartet im November bei Cambrai, südöstlich von Arras, auch als Versuch, den Fehlschlag von Ypern zu kompensieren, folgte einem bekannten Muster. Anfängliche Gebietsgewinne der Alliierten – sieben Kilometer entlang eines Frontabschnitts von 15 Kilometern – konnten nicht gehalten werden. Die Verluste der Briten beliefen sich auf 45 000, die der Deutschen auf

41 000 Mann. Reserven, die es den Alliierten ermöglicht hätten, die anfängliche Verwirrung bei den Deutschen auszunutzen, fehlten, sie waren in den Schlammfeldern des Ypernbogens verbraucht worden. Doch erlaubte die Schlacht von Cambrai einen Blick in die Zukunft. Nach einer guten Luftaufklärung (auch dies eine Neuentwicklung) griffen britische Panzer – über 300 – erstmals *en masse* an, in geschlossener Formation, gefolgt von Infanterie und Artillerie. Im Morast vor Passendale waren sie so gut wie unbrauchbar gewesen. Hier, auf trockenerem, festerem Grund gelang die Premiere

einer neuen Angriffsmethode. Noch waren die Panzer schwerfällig, ihnen war mit schwerer Artillerie zu begegnen, doch ihre Zeit sollte kommen.

Mochte die Front im Westen festgefahren sein, eine Veränderung zeichnete sich ab: Der Konflikt wurde immer unerträglicher. Spürbar machte sich Kriegsmüdigkeit breit. Trotz des Murrens der Soldaten blieb im britischen Expeditionskorps allerdings die Disziplin erhalten. Besorgniserregend dagegen waren die Zahl der Fahnenfluchten und die schlechte Moral ihrer Soldaten für die französische Regierung, und dies

schon bevor etwa 40 000 französische Soldaten Nivelles Befehle verweigerten – eine Meuterei, die erst unterdrückt werden konnte, als sich (nach Nivelles Entlassung) Pétain der meisten Soldatenbeschwerden annahm.

Die Zeichen wachsender Unruhe nahmen zu. Dennoch sah sich keine Regierung imstande, auch weniger vorteilhafte Friedensbedingungen anzuvisieren: Denn wie hätten sie die horrenden Verluste rechtfertigen sollen? Solange der Krieg festgefahren war, erschien solch ein Frieden für keine Seite erreichbar. Vor allem Österreich-Ungarn war

darauf erpicht, einen Ausweg zu finden. Der neue Kaiser Karl I. (Nachfolger des im November 1916 verstorbenen Franz Joseph) hatte gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Dezember halbherzige Friedensvorschläge gemacht. Das deutsche Oberkommando aber dachte gar nicht daran, Belgien oder andere besetzte Gebiete aufzugeben. Ein Frieden durch Zugeständnisse kam nicht infrage. Noch immer war Sieg das Ziel, zu welchem Preis auch immer. Die deutsche Armee war weiterhin kampfbereit. Möglich wurde das durch eine

Umstrukturierung der Rüstungsproduktion, die den Munitionsausstoß deutlich steigerte. Und gerade als sich in einem kriegsmüden Deutschland tiefe politische Risse auftaten, als Friedensforderungen lauter wurden, keimte neue Hoffnung – nicht im Westen, sondern im Osten.

Seit Monaten war in Russland die Unruhe gewachsen, wegen der enormen Verluste an der Front, wegen der immer unerträglicheren Entbehrungen daheim, und sie brach sich Bahn im März 1917 (nach dem alten russischen Kalender im Februar). In einer revolutionären

Erhebung wurde der Zar gestürzt. Die Provisorische Regierung, die ihr Amt unter diesen Krisenbedingungen antrat, glaubte, sie müsse, ungeachtet der Kriegsmüdigkeit der Soldaten, weiterkämpfen lassen; sie hoffte, einen »Frieden ohne Niederlage« zu erreichen. Der Kriegsminister (und spätere Regierungschef) Alexander Kerenski wurde sogar zum Namenspatron einer verhängnisvollen Offensive, die im Juli die langgestreckte Front in Galizien und der Bukowina durchbrechen sollte. Der Vorstoß allerdings fand inmitten fortgesetzten politischen Aufruhrs statt, in einem

Klima wachsenden Widerstands gegen den Krieg an der Heimatfront und sinkender Truppenmoral, da der revolutionäre Elan aus Petrograd zu den Soldaten an der Frontdurchsickerte. Die russischen Streitkräfte, infolge der gescheiterten Kerenski-Offensive geschwächt, waren im September 1917 (August im alten Kalender) nicht in der Lage, den deutschen Angriff auf Riga zu parieren. So endete das letzte russisch-deutsche Gefecht des Krieges mit der deutschen Besetzung Rigas. Im November (Oktober im alten Kalender) wurde auch die Provisorische Regierung gestürzt,

und diese zweite Revolution brachte die Bolschewiki an die Macht. Damit sollte sich die politische Konstellation in Europa bald dramatisch verändern. Unmittelbarer verhieß dieser Umsturz eine Wende des Kriegsgeschehens: Am 20. Dezember 1917, fünf Tage nach Abschluss eines Waffenstillstands mit den Deutschen, ließ sich die neue bolschewistische Führung auf den schmerzlichen Prozess ein, einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuhandeln.

Dies wiederum bildete den Hintergrund für das am 8. Januar 1918 von Präsident Woodrow Wilson verkündete »14-Punkte-Programm« –

ein idealistischer Abriss dessen, was seiner Ansicht nach ein Ende des Krieges herbeiführen und zugleich als Fundament für einen dauerhaften Frieden in Europa dienen könnte. Im unmittelbar bevorstehenden Ende der russischen Kriegsbeteiligung sah Wilson eine Gelegenheit, auf eine umfassende Einstellung der Kriegshandlungen zu drängen und Grundlagen für allgemeine Friedensverhandlungen zu schaffen. Zu seinen Vorschlägen gehörten die Beseitigung wirtschaftlicher Schranken für einen freien Handel, Abrüstung, der (wie er vage formulierte) »Ausgleich« kolonialer

Ansprüche, die Räumung besetzter Gebiete (einschließlich Russlands, dem eine »herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbst gewählten Staatseinrichtungen« und »Hilfe jeder Art, deren es bedürftig« sei, angeboten wurde), die Korrektur der Grenzen Italiens »nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit«, die Chance »autonomer Entwicklung« für die Völker Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches, die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, schließlich die Gründung eines allgemeinen Bundes der

Nationen, um den Staaten »politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität« zu garantieren. Bei aller scheinbaren Präzision blieb vieles in Wilsons Erklärung unvermeidlich offen und ungenau und wurde damit zum Gegenstand unterschiedlicher Auslegungen oder Dispute. Die Begriffe »Selbstbestimmung« und »Demokratie« tauchten in Wilsons 14 Punkten überhaupt nicht auf, galten gleichwohl bald als Eckpfeiler der von Wilson vorgelegten freiheitlichen Vision – und wurden auf diese Weise auch zur Ermutigung nationalistischer Bestrebungen in Europa. Was die unmittelbare

Zukunft betraf, so gaben Wilsons 14 Punkte keinerlei Anstoß, den Krieg im Westen zu beenden. Und im Osten spielten sie für die laufenden Verhandlungen zwischen den Bolschewiki und den Mittelmächten gar keine Rolle.

Diese Verhandlungen wurden am 3. März 1918 in Brest-Litowsk (im heutigen Weißrussland) abgeschlossen, im Hauptquartier der deutschen Armee im Osten; die Bedingungen, die der ohnmächtigen Sowjetregierung diktiert wurden, gehören zu den empfindlichsten und erniedrigendsten in der neueren Geschichte – allerdings auch zu den

kurzlebigsten, denn der Vertrag von Brest-Litowsk wurde im November mit dem allgemeinen Waffenstillstand, der den Ersten Weltkrieg beendete, annulliert. Zunächst aber wurden Russland gemäß den Vertragsbedingungen von Brest-Litowsk das Baltikum, die Ukraine, der Kaukasus und was einst Russisch-Polen gewesen war entzogen – mithin ein Drittel seiner Bevölkerung und ein noch größerer Anteil seiner Industrie, der Agrarproduktion und der natürlichen Ressourcen an Öl, Eisen und Kohle. Der Kaukasus fiel an die Türken, während ein großer Teil Osteuropas,

einschließlich des Baltikums, künftig zum deutschen Einflussbereich gehören sollte. (Allerdings war die Ukraine nicht in der Lage, in dem Umfang Getreide zu liefern, wie es in Deutschland und Österreich-Ungarn so dringend benötigt wurde.)

Auch die im Mai folgende, kaum weniger brutale Zergliederung Rumäniens, niedergelegt im Vertrag von Bukarest, der von Rumänien auf der einen, von Österreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und dem Osmanischen Reich auf der anderen Seite unterzeichnet wurde, verschaffte den Mittelmächten große Gebietsgewinne. Selbst wenn das

abgetrennte Territorium in diesem Fall an Deutschlands Verbündete Österreich-Ungarn und Bulgarien ging (mit geringerem Zugewinn für die Osmanen), der wahre Gewinner war auch diesmal eindeutig Deutschland, dessen Einflussgebiet sich nun über einen Großteil von Mittel-, Ost- und Südosteuropa erstreckte; allerdings sollte dieser Zustand nur von kurzer Dauer sein. Mehr noch, in all diesen multi-ethnischen Regionen, deren Gebiete wie Figuren auf einem Schachbrett behandelt wurden, steckten immense Probleme für die Zukunft.

Mit der unerwartet raschen

Entspannung der militärischen Lage im Osten eröffneten sich den Deutschen verbesserte Aussichten an der Westfront. Die Folgen sollten sich 1918 zeigen. Direkt greifbar war die Möglichkeit einer Intervention, um die unentschiedene, aber lästige Situation an der italienischen Front zu klären. Seit sie 1915 aufseiten der Entente in den Krieg eingetreten waren, hatten die Italiener mehr oder weniger durchgängig mit der österreichisch-ungarischen Armee gekämpft, entlang des Isonzo, der von den Alpen kommend bei Triest in die Adria fließt. Im Oktober 1917 entsandten die Deutschen

Verstärkung zur Unterstützung der Österreicher. Die zwölfte und entscheidende Isonzoschlacht (von den Italienern die Schlacht von Caporetto genannt) begann am 24. Oktober. Die Italiener wurden in die Flucht geschlagen und innerhalb eines Monats über 80 Kilometer gnadenlos zurückgetrieben. Die italienische Armee, deren Infanterie überwiegend aus Wehrpflichtigen bestand – von denen mehr als die Hälfte Bauern oder Landarbeiter aus Süditalien waren –, war einfach nicht willens zu kämpfen, zudem schlecht geführt, dürftig ausgerüstet und unzureichend gepflegt. Bis zum 10.

November 1917 beliefen sich die italienischen Verluste auf nicht weniger als 305 000 Mann, wobei die Zahl der Toten (10 000) und Verwundeten (30 000) vergleichsweise niedrig war. Die große Mehrheit (265 000) war desertiert oder hatte sich ergeben und war in Gefangenschaft gegangen. Kaum verwunderlich, dass Caporetto als ein Tag der Schande in die italienische Geschichte einging.

Bis jetzt waren die Alliierten an der Westfront sowohl nach Männern wie nach Waffen immer zahlenmäßig überlegen gewesen. Und die deutschen Verluste an der Westfront

hatten weit höher als die an der Ostfront gelegen. Doch hatte Russlands Ausscheiden aus dem Kriegsgeschehen nicht weniger als 44 deutsche Divisionen freigestellt, die nun an die Westfront verlegt werden konnten. Ludendorff, der Deutschland faktisch lenkte, sah die Chance, 1918 im Westen durch eine massive Frühjahrsoffensive (Codename: Operation Michael), die sich mehr oder weniger auf die Somme-Front konzentrierte, den endgültigen Sieg zu erringen. Die Offensive sollte ausgeführt werden, bevor die Amerikaner gefechtsbereit waren. Am 21. März leiteten

6600 Geschütze mit dem größten Artilleriefeuer dieses Krieges die Offensive ein. Die zermürbten und unterlegenen Truppen der Alliierten wurden um etwa 65 Kilometer, fast bis nach Amiens, zurückgedrängt. Doch ihre Front hielt. Die deutsche Infanterie konnte, insbesondere im nördlichen Frontabschnitt, nur langsam vorstoßen, und das nur unter hohen Opfern. Am ersten Tag der Offensive verloren die Deutschen fast 40 000 Männer, ein Viertel von ihnen kam ums Leben. Nur unwesentlich geringer waren die britischen Verluste. Fasst man die Verluste der Deutschen und der

Alliierten zusammen, so war dies das schlimmste Blutvergießen an einem einzigen Kriegstag, schlimmer noch als das am ersten Tag der Sommeschlacht 1916. Als die Offensive am 5. April gestoppt wurde, lagen die – inzwischen nicht mehr auffüllbaren – Verluste der Deutschen bei 239 000 Soldaten; Briten und Franzosen hatten zusammen 338 000 Männer verloren – davon war fast ein Viertel gefangen genommen worden. Die innerhalb von zwei Wochen erlittenen Gesamtverluste entsprachen denen der Verdun-Schlacht, die fünf Monate gedauert hatte.

Für Deutschland war es der Anfang vom Ende. Auch eine im April in Flandern gestartete Folgeoffensive, darauf angelegt, die belgischen Häfen zu erobern, erschöpfte sich nach anfänglichen deutschen Erfolgen. Trotz ihrer Verluste (von weiteren 150 000 Mann) konnten die Alliierten noch immer Ersatz mobilisieren. Die Deutschen aber mussten für finale Attacken im Frühjahr und Sommer ihre letzten Reserven zusammenkratzen – noch einmal tobte die Schlacht auf altem Kampfgebiet, vom Chemin des Dames bis zur Marne (wo die erste große

Schlacht dieses Krieges stattgefunden hatte). Im Juni 1918 waren amerikanische Truppen in die alliierten Reihen eingetreten – jeden Monat trafen nun 200 000 Amerikaner ein. Ein großer französischer Gegenangriff an der Marne, mit Hunderten von aus der Luft unterstützten Renault-Panzern, führte rasch zur Gefangennahme von 30 000 Deutschen. Die deutsche Kampfmoral geriet ins Wanken, brach binnen kurzem ganz zusammen. Die Zugewinne aus der Märzoffensive gingen mit den Vorstößen der Alliierten Ende August und im September wieder

verloren. Bis Anfang Oktober hatten die Alliierten die schwer befestigte Siegfried-Stellung überwunden, und die Deutschen befanden sich endgültig auf dem Rückzug. Deutschland war militärisch so gut wie erledigt – der Bevölkerung daheim allerdings war keineswegs bewusst, dass die Niederlage unmittelbar bevorstand, denn die Propaganda hatte ihr das Schlimmste verschwiegen und weiterhin für einen »Siegfrieden« getrommelt.

Hindenburg und Ludendorff erkannten das Menetekel. Sie waren entschlossen, einen Verhandlungsfrieden herbeizuführen,

bevor die deutsche Armee kollabieren und die vollständige militärische Niederlage offensichtlich werden würde. Das Ansehen des Militärs im Staat, auch ihr eigenes, stand auf dem Spiel. Um sich selbst von der Schuld am drohenden Debakel zu befreien, begannen sie zu lavieren und schoben die Verantwortung für die Verhandlungen nun jenen politischen Kräften zu – in erster Linie der sozialistischen Linken –, die schon seit langem eine parlamentarische Demokratie forderten. Als Ludendorff seine Stabsoffiziere am 1. Oktober wissen ließ, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, erklärte

er zugleich: »Ich habe aber Seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. ... Die sollen nun die Suppe essen, die sie uns eingebracht haben!« Das war der Beginn dessen, was nach dem Krieg mit anhaltend unheilvoller Wirkung zur Legende werden sollte: Die deutsche Armee sei »im Felde unbesiegt« geblieben und habe von sozialistischen Kräften, die Unruhe in der Heimat geschürt hätten, einen

»Dolchstoß von hinten« erhalten.

Unterdessen gaben Deutschlands Verbündete auf, gezwungen durch Massendesertionen, eine zunehmend revolutionäre Stimmung, das militärische Fiasko und die immer greifbarere Aussicht auf Frieden. Bulgarien sah sich vor einer demoralisierenden Niederlage. Unaufhaltsam marschierten alliierte Truppen von Südwesten her voran. Es war zudem geschwächt durch um sich greifende Fahnenflucht und durch immer lauter werdende revolutionäre Forderungen von Soldaten- und Arbeiterräten, die sich in mehreren Provinzstädten und –

städtchen konstituiert hatten, so dass die bulgarische Regierung am 30. September einen Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnete. Das zusammenbrechende Osmanische Reich erhielt die Sterbesakramente im Monat darauf. Militärische Niederlagen, ein schmachvoller Rückzug aus dem Kaukasus, scharenweise desertierende Soldaten sowie wirtschaftliche Not und zunehmende Gesetzlosigkeit im Inneren führten dazu, dass am 31. Oktober auch die Türkei einen Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnete.

Das Ende des großen

Flächenbrands rückte nun rasch näher, das wurde in den ersten Novembertagen klar, als die Armeen der Mittelmächte vollständig in Auflösung und ihre Regierungen im Umbruch begriffen waren. Am 9. November stürzte der Kaiser, und die neue deutsche Regierung signalisierte ihre Bereitschaft, Wilsons 14 Punkte als Grundlage für Friedensverhandlungen zu akzeptieren. Damit endlich konnte der Krieg beendet werden. Am 11. November setzte Matthias Erzberger, ein Politiker der Zentrumsparlei und Leiter der deutschen Delegation, im Hauptquartier von Marschall Foch,

dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, im Wald von Compiègne seine Unterschrift unter das Waffenstillstandsabkommen, das den Kampfhandlungen ein Ende setzte. Zur elften Stunde am elften Tag des elften Monats verstummten die Waffen.

Den Krieg überstehen

»Ihr könnt Euch keine Vorstellung von diesem Schrecken machen und niemand, der's nicht mitgemacht hat«, schrieb ein deutscher

Infanterist am 2. Juli 1916 in seiner Schilderung der Schlacht von Verdun. Zahllose andere, die in den blutigen Gemetzeln auf den verschiedenen Schauplätzen des Ersten Weltkriegs kämpften, werden das kaum anders empfunden haben.

Unmöglich lassen sich die Erfahrungen der Millionen Soldaten verallgemeinern, die diese vier Höllenjahre teilweise oder von Anfang bis Ende durchstehen mussten. Briefe an die und von der Front vermitteln einen gewissen Eindruck, wobei die Feldpost zur Westfront weitaus zahlreicher ist als die zur Ostfront. Häufig allerdings

verbargen die Briefschreiber Gefühle und Einstellungen oder schwächten sie ab, da die Feldpost der Zensur unterlag. Oft achteten die Soldaten besorgt auch darauf, die Lieben zu Hause nicht zu erschrecken oder aufzuregen. Die Erfahrungen fielen natürlich sehr unterschiedlich aus; in jedem Fall aber prägten sie die Einstellungen zum Krieg ganz erheblich. Diese waren zudem beeinflusst durch Temperament, Erziehung, Rang, soziale Herkunft, finanzielle Verhältnisse, die Behandlung durch Vorgesetzte, politische Zugehörigkeit, ideologische Vorprägung und eine

Myriade anderer Faktoren. Die zeitgenössischen Eindrücke lassen sich ergänzen durch eine große Zahl von Nachkriegsrückblicken und Erinnerungen derer, die gedient hatten. Ein solches Zeugnis allerdings ist, wie alle Augenzeugenberichte, die (manchmal lange) nach den Ereignissen, die sie beschreiben, entstanden sind, ebenso den Launen der Erinnerung unterworfen wie dem womöglich unbewussten Einfluss späterer Entwicklungen. In der Nachkriegszeit entstandene literarische Werke – so bewegend sie oft sind, so tief die Einblicke, die sie gewähren, so realistisch diese sein

mögen – vermitteln nachträglich konstruierte Bilder aus den Spuren, die die Kriegserfahrung bei den gewöhnlichen Männern und Frauen, die sie erdulden mussten, hinterlassen hatte. Daher kann jeder Versuch, zusammenzufassen, was es hieß, den Ersten Weltkrieg zu überstehen, bestenfalls impressionistisch geraten.

Nur schwer lässt sich beispielsweise feststellen, wie sich das Leben in unmittelbarer Nähe, in ständiger, allzu omnipräsenter Gegenwart des Todes auf die Soldaten – damals oder später – psychologisch auswirkte. Es gibt

viele Indizien dafür, dass die Empfindungsfähigkeit sehr schnell abstumpfte. Der Tod unbekannter Soldaten weckte nur wenige Emotionen. »Diese Gleichgültigkeit ist vielleicht der beste Zustand für einen Mann, der sich im Zentrum der Kämpfe befindet«, notierte ein französischer Infanterist in den vordersten Gräben bei Verdun, als ihn der Anblick noch eines weiteren Gefallenen ungerührt ließ. »Diese lange Periode von überwältigend starken Gefühlen hatte schließlich damit geendet, dass das Gefühl selbst gestorben ist.« Ein britischer Gefreiter schrieb rückblickend: »Ich

sah manche entsetzlichen Dinge, aber wir waren so diszipliniert, dass wir das alles für selbstverständlich nahmen, als wäre es normal.«

Der Tod selbst naher Kameraden wurde, so scheint es, rasch als nüchterner Tatbestand hingenommen. »Bereits mehrere hundert Mann haben allein meinen Zug durchlaufen, und für mindestens die Hälfte von ihnen waren die Schlachtfelder Endstation – als Gefallene oder Verwundete«, notierte ein russischer Offizier bäuerlicher Herkunft im April 1915 in sein Tagebuch. »Ein Jahr an der Front hat es mir ausgetrieben, darüber

nachzudenken.« Von der Somme-Schlacht erinnerte ein britischer Gefreiter den »ununterbrochenen Strom von Verwundeten und Toten und Sterbenden. Du musstest jede Empfindung vergessen. Es ging darum, mit dem Job weiterzumachen.« Ein anderer Gefreiter sprach später von den Verlusten in seiner Einheit am ersten Tag der Somme-Schlacht: »Wir hatten, nachdem wir zurückkamen, keinen Zählappell, weil von 800 nur ungefähr 25 übrig waren. Da war nichts zu zählen.« Ein Unteroffizier war erschreckend offen: »Als ich, nach dem Verlust vieler Männer, von

der Frontlinie kam, empfand ich, so leid es mir tut, das zu sagen, keine Traurigkeit. Das Einzige, worüber ich nachdachte, war, dass nun weniger Mäuler zu füttern waren und dass ich die Zwei-Wochen-Rationen all dieser Männer holen sollte, bevor die Rationen heruntergefahren würden.«

»Im Laufe der Zeit«, so ein Sanitätsfeldwebel, »wurde ich ziemlich gefühllos. Wir mussten uns an einige sehr schreckliche Dinge gewöhnen.« Es ist unmöglich feststellbar, wie repräsentativ solche Betrachtungen für die britische Armee sind, geschweige denn für andere Streitkräfte. Doch Berichte

wie diese sprechen zweifellos für viele.

Es gab jedoch auch menschlichere Reaktionen. Der russische Kommandant Brussilow, ein strenger, von Siegeswillen getriebener Zuchtmeister, der sich seiner »schweren und bitteren Pflicht« bewusst war, war nicht gefeit gegen das menschliche Elend auf einem Schlachtfeld in Galizien, das, wie er seiner Frau im ersten Monat der Kämpfe schrieb »mit Leichen übersät war. ... Mir ist furchtbar schwer ums Herz.« Ein im November 1914 in der *Bergarbeiter-Zeitung* veröffentlichter Brief hielt das Grauen fest, das den

Verfasser packte, als er einen schwer verstümmelten Infanteristen fand: »Immer steht der Infanterist vor mir ohne Kopf und anstelle des Kopfes ein blutiger Fleischklumpen. Das Bild will mir nicht aus dem Gedächtnis heraus. – Der Anblick war so schrecklich, so grauenhaft, dass ich die zwei letzten Nächte nicht schlafen konnte.«

Wenig Mitleid wurde für den toten Feind gezeigt. »Der Feind ist nur ein hinderndes Objekt, das vernichtet werden muss«, lautete eines der Statements, die das Institut für angewandte Psychologie in Berlin gesammelt hat. »Wir verkommen zu

Tieren, ich fühle es bei anderen; ich fühle es bei mir«, bekannte ein französischer Soldat 1915 in einem Brief nach Hause. Nicht alle Soldaten verrohten durch ihre Kriegserfahrung, aber viele. Es war ein brutales, doch emotionsloses Töten, es erfolgte meist durch Artillerie, durch Maschinengewehre, Granaten oder andere todbringende Waffen, aus mehr oder weniger großer Entfernung auf gesichtslose Feinde abgefeuert. Drei Viertel der französischen Verluste zwischen 1914 und 1917 gingen allein auf Artilleriebeschuss zurück. Soldaten äußerten sich damals und später

darüber, wie leicht es gewesen sei, einen anonymen, gesichtslosen Feind aus der Distanz zu erschießen. Nahkämpfe – der Sprung in einen feindlichen Schützengraben und das Niederstechen eines Mannes mit dem Bajonett zum Beispiel – kamen viel seltener vor. Nur 0,1 Prozent der deutschen Verluste an der Westfront im Frühjahr 1917 gingen auf Kämpfe Mann gegen Mann zurück, 76 Prozent dagegen auf Artilleriefeuer. Einigen Soldaten verlangte der Nahkampf die Überwindung von Hemmungen oder Skrupeln ab. Auch solche Kämpfe fanden statt, und es gab Soldaten, die

sie genossen. Ein junger britischer Major, der von sich sagte, er habe nicht viel an die Zukunft gedacht, nahm es als selbstverständlich hin, »dass wir die Boches an vorderster Front massakrierten«. Ein anderer britischer Soldat beschrieb im Juni 1915 in seinem Tagebuch, wie er einen jungen Deutschen aus nächster Nähe erschoss, der mit erhobenen Händen um Gnade bettelte: »Es war ein himmlischer Anblick, ihn vornüberstürzen zu sehen.«

Manche, wiewohl gewiss eine Minderheit, betrachteten den Krieg als einen Reinigungsprozess, in dem vernichtet wurde, was ihrem

Empfinden nach in ihrer eigenen Gesellschaft verrottet war. Ein Soldat aus den deutschen Reihen, der »überwältigt (war) von stürmischer Begeisterung«, als ihn die Nachricht der Kriegserklärung erreichte, schrieb Anfang 1915 an einen Bekannten, die Opfer an der Front könnten sich lohnen, wenn sie eine Heimat hinterließen, die »reiner und von der Fremdländerei gereinigter« sei. Die Welt sollte bald mehr von diesem Soldaten hören. Sein Name war Adolf Hitler.

Die Belegung des Feindes mit nationalen Stereotypen half, Hass aufzubauen. Bereits vor dem Krieg

hatte die Stereotypisierung ihre Wirkung entfaltet. Nach Kriegsbeginn wurden die Klischees durch die Propaganda in der Heimat und an der Front beträchtlich verstärkt. Auf allen Seiten suchte die offizielle Propaganda den Feind zu dämonisieren und den Kampftruppen sowie der Bevölkerung in der Heimat Hass einzuflößen. Den Feind tatsächlicher oder erfundener Gräueltaten zu beschuldigen war eines der Mittel. Die Stereotype funktionierten meistens. Linksgerichtete deutsche Soldaten, die in der Heimat dem Militarismus, Hypernationalismus und der Herrschaft des Kaisers höchst

kritisch gegenüberstanden, akzeptierten gleichwohl Karikaturen slawischer »Minderwertigkeit« und hielten es für eine notwendige Aufgabe, den Osten mit deutscher Kultur zu zivilisieren. Deutsche Soldaten, die zum ersten Mal nach Russland kamen, sahen ihre überzeichneten, verzerrten Vorstellungen bestätigt. »Asien, Steppe, Sümpfe ... ein gottverlassenes Ödland aus Schlamm«, wie sich ein Offizier erinnerte, »ohne einen Schimmer mitteleuropäischer Kultur«. Ein deutscher Unteroffizier, der Verse liebte, schrieb im Februar 1918:

Rings meine Augen noch den
Jammer sehn,
Der durch die Schmach des
Russenheer's beschworen
Am eignen Land, am Werke
der Natur!
Da schufen neu, was ewig
schien verloren,
Die Deutschen Bataillone der
Kultur!

Propagandabilder von asiatischen,
rückständigen, unkultivierten und
barbarischen Russen beförderten
Geisteshaltungen, die den Boden
bereiteten für maßlose
Grausamkeiten in einem zweiten

großen Krieg – auch wenn die
mörderisch rassistische
Gleichsetzung von Bolschewiki und
Juden noch ausstand. Dennoch, ein
voller Erfolg war die Hasspropaganda
im Ersten Weltkrieg nicht, jedenfalls
nicht an der Westfront. 1914/15 kam
es an einigen Frontabschnitten zur
Verbrüderung zwischen deutschen,
britischen und französischen
Soldaten, unter anderem aus Anlass
des inoffiziellen
»Weihnachtsfriedens« im
»Niemandland« 1914 – bis Offiziere
scharf dagegen vorgingen.
Gelegentlich wurde feindlichen
Soldaten die Bergung ihrer Toten und

Verwundeten ermöglicht. Es gab kurze, inoffizielle Phasen stillschweigender Waffenruhe, die, unangekündigt und informell, auf gegenseitigem Einvernehmen beruhten; auch kam es vor, dass patrouillierende Soldaten absichtlich danebenschoßen. Und es gibt Hinweise auf gegenseitigen Respekt zwischen einfachen Soldaten, die den Kampfgeist und die Fähigkeiten ihrer Gegner anerkannten, auf einen Sinn für die gemeinsame Menschlichkeit, die durch ein Schlachten zerstört wurde, das sich jedem Verständnis entzog.

Überbewerten sollte man das

jedoch besser nicht. Waren ideologische Ziele, die – ob offenkundig oder unterschwellig – dem Gemetzel einen Sinn verschafften, unter Offizieren und Kommandeuren insbesondere der höheren Ränge weiter verbreitet als unter einfachen Soldaten, so unterlagen auch diese den nationalen und kulturellen Kräften, die sie in der Schule und beim Militär geprägt hatten. Mehr noch, das Töten entwickelte rasch eine eigene Dynamik. Die Soldaten gewöhnten sich daran. Manchmal betrachteten sie es schlicht als »Töten oder getötet werden«. Sie akzeptierten

weitgehend, was sie zu tun hatten, sahen keine Alternative und dachten vor allem daran, durchzukommen und zu überleben. »Das Leben ist ein gutes Mahl, und wir kauen schweigend daran, mit gesunden Zähnen«, notierte ein italienischer Soldat 1917, nachdem er eine hitzige Schlacht überlebt hatte, in der jeder zweite Mann getötet oder verletzt worden war. Hochfliegende Ideale spielten kaum eine Rolle. »Wir sind hier, weil wir hier sind, weil wir hier sind, weil wir hier sind«, sangen zynische britische Soldaten in den Schützengräben.

Wie der Tod war Angst ein

ständiger Begleiter an der Front, so sehr die Soldaten auch versuchten, sie zu verbergen. Ebenso allgegenwärtig war der Fatalismus, der sich zwangsläufig damit verband. Selbstverständlich hielten sich die Soldaten nicht immer in den vordersten Gräben auf. Vielmehr waren jene, die zu einem gegebenen Zeitpunkt dort eingesetzt waren, eine Minderheit. Aber die Zeit, die hinter der Front verbracht wurde – damit, sich zu erholen und zu entspannen, Kräfte zu sammeln (Fußballspielen und Bordellbesuche scheinen zu den beliebteren Freizeitbeschäftigungen britischer Soldaten gehört zu haben),

unaufhörlich aber auch mit Drill und Ausbildung –, diese Zeit ging immer einher mit dem Gedanken, dass der nächste »große Vorstoß« nicht lange auf sich warten lassen würde. Kursierten entsprechende Gerüchte oder Nachrichten, wuchsen Sorgen und Ängste. War es dann wirklich so weit, reagierten manche Männer so verängstigt, dass sie unter Inkontinenz litten. Andere verbreiteten Zuversicht – in vielen Fällen zweifellos, um die eigene Nervosität zu kaschieren. Einige wenige, oftmals mutige Männer, die das Grauen bereits erlebt hatten, waren so voller Angst, manchmal mit

einem Nervenzusammenbruch, dass sie sich weigerten, aus ihren Schützengräben zu klettern und zu stürmen. Sie zahlten, vor ein Erschießungskommando gestellt, den entsetzlichen Preis für angebliche Feigheit oder Fahnenflucht.

Die meisten wussten, dass ihnen keine Wahl blieb, sie mussten da durch und nahmen es fatalistisch. Oft halfen Rum, Schnaps oder Wodka, reichlich ausgeschenkt kurz vor der Offensive. »Wenn ich rauskletterte, dachte ich nicht wirklich über irgendwas nach. Ich musste raus. Das war alles«, so ein Gefreiter aus einem britischen Regiment. Viele Berichte

zeigen Soldaten, die den Tod weniger fürchteten, als schwer verstümmelt zu werden. Der 1920 erschienenen deutschen Studie *Psychologie der Furcht im Kriege* zufolge genügte die Vorstellung, zum Krüppel geschossen zu werden, um »den Tod erwünscht erscheinen zu lassen«. Viele hofften auf das, was die Briten eine »blighty wound«, die Deutschen den »Heimatschuss« nannten – nicht verkrüppelnd oder lebensbedrohlich, aber ausreichend, um dienstuntauglich nach Hause geschickt zu werden. Manche fügten sich solche Wunden selbst zu – hatten aber zu den Schmerzen harte

Strafen zu gewärtigen, wenn sie erwischt wurden.

In Anbetracht dessen, was sie ertragen mussten, blieb die Moral der Soldaten an der Westfront erstaunlich gut. Die Meuterei französischer Soldaten auf dem Chemin des Dames 1917 war eine Ausnahme, auch wenn die Zensoren bei der Durchsicht der Soldatenbriefe Anzeichen von Wankelmut registrierten, als sich die Schlacht um Verdun endlos hinzog und im Winter 1916/17 Desertionen zunahmen. Die rasche Reaktion, mit der die französische Regierung die meuternden Soldaten besänftigte, zeigt, wie ernst sie die kurzfristige

Revolte nahm. Erneut auf die Probe gestellt wurde die Truppenmoral während der großen deutschen Offensive im Frühjahr und Sommer 1918. Doch die Franzosen kämpften für ihr eigenes Land, das bündelte die Kräfte. Als französische Panzer die Deutschen im August über die Marne zurückdrängten und das Ende in Sicht war, hob sich die Stimmung noch einmal. Auch die Soldaten aus Großbritannien und den Dominions hielten mit weitgehend intakter Kampfmoral bis zum Ende durch. Sie wurde beim deutschen Durchbruch im Frühling 1918 stark strapaziert, hob sich dann aber wieder, als die

Offensive stockte und Verstärkung eintraf – nicht zuletzt die Soldaten aus den Vereinigten Staaten.

Selbstverständlich mangelte es auch in der britischen Armee nicht an Klagen und Beschwerden über die miserablen Bedingungen, schlechtes Essen und magere Rationen, über Drill, körperliche Strapazen und selbstherrliche Offiziere. In allen Streitkräften war die Disziplin hart, in manchen sogar grausam (insbesondere in der russischen und in der italienischen Armee). Um schwankendem Kampfgeist entgegenzuwirken, wurde im Laufe der zweiten Kriegshälfte in allen

Armeen die Zwangsausübung verschärft. Doch Zwang allein kann die Bereitschaft weiterzukämpfen nicht erklären, und er konnte tatsächlich die tiefe Unzufriedenheit, die gegen Ende des Krieges in den meisten Armeen verbreitet war, nicht unterdrücken. Wo die Moral gut blieb, waren positivere Kräfte am Werk. Die meisten französischen und britischen Soldaten bewahrten sich ihren Glauben an einen letztendlichen Sieg und an die Gerechtigkeit ihrer Sache. Vaterlandsliebe, die Verteidigung des eigenen Landes, boten den französischen Soldaten weiterhin einen guten Grund

weiterzukämpfen. Für die britischen Soldaten spielte das ebenfalls eine Rolle, wenngleich weniger ausgeprägt, denn weder waren feindliche Truppen in Großbritannien gelandet noch kämpften sie auf britischem Boden. Zensoren, die Briefe der britischen Soldaten prüften, bemerkten keinen Schwund der Bereitschaft, bis zum Ende zu kämpfen, auch wenig Neigung, einen Kompromissfrieden in Erwägung zu ziehen.

Die deutsche Kampfmoral bröckelte erst 1918. Unter deutschen Soldaten wurden die Missstände – verschärft durch die größere

Ungleichheit zwischen Offizieren und Mannschaften als bei Briten und Franzosen – nach 1916 zunehmend politisch diskutiert. Groll über das Soldgefälle zwischen Offizieren und Mannschaften; das Gefühl, dass die Offiziere in der »Etappe« noch immer »ein gutes Leben« genossen, während die Frontsoldaten zu Tausenden starben; Ärger über die schlechte Verpflegung und, ab 1916, gekürzte Rationen, dazu die Nachrichten von zu Hause über steigende Preise und sich verschlechternde Lebensbedingungen resultierten in der unter Soldaten wachsenden Überzeugung, dass die von ihnen

gebrachten Opfer nichts anderem dienten als dem Vorteil von Kapitalisten und Profiteuren. Immer häufiger ging in den letzten Kriegsmonaten die Rede, dass eine Revolution notwendig sei, um die Ungerechtigkeiten zurechtzurücken. Viele deutsche Soldaten teilten zu dieser Zeit die Ansicht der Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz, die – untröstlich über den Verlust ihres Sohnes Peter gleich im Jahr 1914 – meinte, der Krieg, der Millionen ins Schlachthaus geschickt hatte, sei nichts anderes als ein »furchtbarer Betrug«. Frieden, Sozialismus und Revolution, solche Forderungen

verbanden sich und wurden in jenen letzten Wochen von Frontsoldaten immer häufiger geäußert, als sie mit den Füßen abstimmten – in einer Welle von Fahnenfluchten.

An der Ostfront geriet die Kampfmoral schon von einem viel früheren Stadium an ins Wanken, das deutsche Heer allerdings ausgenommen. Soldaten in der russischen, der österreichisch-ungarischen und der italienischen Armee hatten häufig von vornherein wenig Glauben an die »Sache«, für die sie angeblich kämpften. Viele russische Rekruten, über drei Viertel von ihnen waren bäuerlicher

Herkunft und die meisten von diesen Analphabeten, »hatten nicht die geringste Vorstellung, was der Krieg mit ihnen zu tun hatte«; auch von der Existenz eines Landes namens Deutschland wüssten sie nichts, klagte General Alexei Brussilow. Unter diesen Männern begann die Demoralisierung schon früh. Bereits nach den ersten Niederlagen von 1914 meldeten die russischen Zensoren, die Soldaten »glaubten nicht mehr an den Sieg«. Mangelnde Verpflegung, ein Mangel an Kleidung und Waffen – Berichten zufolge fehlten vielen Frontsoldaten schon 1915 Gewehre –, dazu noch

militärische Rückschläge, all das untergrub die Moral. Hinzu kam die brutale Behandlung durch Offiziere, die als Vertreter der Gutsbesitzerklasse weithin verhasst waren, verachtet wegen ihrer Bestechlichkeit und ihrer Vorliebe für leibliche Genüsse hinter der Front. Immer mehr Soldaten stellten die Frage nach dem Schuldigen an ihrer Misere, und ihre Antwort lautete: Verrat. »Vielleicht müssen wir uns bald eingestehen, dass unser Feldzug verloren und, vor allem, dass er verraten worden ist« – solche Ansichten meldeten russische Zensoren bereits 1915. Defätismus

und die Suche nach Sündenböcken und Verrätern gewannen 1916 an Dynamik, mit schädlichen Folgen für die Front. Die »Erklärung« eines Unteroffiziers, Spione und Verräter seien verantwortlich für den jüngsten Rückzug, kommentierte ein Soldat mit: »Ein Fisch fängt vom Kopf an zu stinken. Welcher Zar würde sich mit Dieben und Betrügern umgeben? Es ist sonnenklar, dass wir den Krieg verlieren werden.« Der Weg zur Revolution bahnte sich an.

Immer häufiger begingen Soldaten der russischen Armee ab 1916 Fahnenflucht oder ergaben sich freiwillig. Die Moral zerfiel, im

Herbst kam es zu über 20 Meutereien. Unter den Frontsoldaten fanden sie viel Rückhalt und wenig Missbilligung. Sobald der kurzlebige Erfolg der Brussilow-Offensive wieder schwand, mischten sich Kriegsmüdigkeit und eine tiefe Niedergeschlagenheit mit einem wachsenden Interesse an den sich verschlechternden

Lebensbedingungen in der Heimat, dem die Briefe der Familien Nahrung gaben. Im November 1916 notierte der Kommissionsleiter der Petrograder Militärzensur, dass Gerüchte, die die Soldaten durch Briefe von Angehörigen erreichten,

eine moralische Krise in der Truppe und viele Sorgen über das Schicksal der daheimgebliebenen Verwandten verursachten. Schon 1916 wurde berichtet, dass Soldaten Frieden forderten – sogar bedingungslosen Frieden. Bis zur Februarrevolution von 1917 war aus der Dünung eine Flutwelle geworden.

Auch in anderen Streitkräften an der Ostfront kam es schon früh in großem Umfang zu Desertionen. In der italienischen Armee etwa verdreifachten sie sich zwischen 1915 und 1917 fast, trotz der von Anfang an harten Strafen. Aus der osmanischen Armee desertierten bis

November 1917 über
300 000 Männer. Die Bereitschaft,
sich zu ergeben – deutlich
verbreiteter als an der Westfront –,
war ein weiteres Anzeichen dafür,
wie fragil die Truppenmoral war, die
sich letztlich auf Engagement und
Selbstdisziplin stützen musste.

In der österreichisch-ungarischen
Armee trug überdies mangelnder
nationaler Zusammenhalt erheblich
zu den Schwierigkeiten bei, den
Kampfgeist aufrechtzuerhalten.
Deutschsprachige österreichische
Offiziere behandelten Soldaten
anderer ethnischer Herkunft –
Kroaten, Rumänen, bosnische Serben,

Tschechen, Italiener und andere – oft voller Geringschätzung. Diese Soldaten wiederum verabscheuten selbstherrliche Offiziere nicht nur, sondern sahen ihre Vorgesetzten durch das Prisma der Volkszugehörigkeit – und hatten für die habsburgische Sache häufig nur Desinteresse, wenn nicht Feindseligkeit übrig. Tschechen und andere ethnische Minderheiten waren empört über ihre Behandlung durch die als herrschsüchtig und arrogant wahrgenommenen österreichischen Offiziere. Die Österreicher ihrerseits hielten die Tschechen, Ruthenen (aus Ostungarn, im Süden der Karpaten)

und – mit einiger Berechtigung – die bosnischen Serben für unzuverlässig. Aus solchen Einstellungen resultierte kaum eine gute Moral. Wachsende und gravierende Fahnenfluchten der Tschechen deuteten darauf hin, dass nicht zuletzt ethnisch-nationalistische Tendenzen zur Schwächung der habsburgischen Kriegsanstrengungen beitrugen.

An der Ostfront wurden Zivilisten in viel größerem Maße als an der Westfront (sieht man von den ersten Offensiven ab) von den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen. Welche Kriegserfahrungen die Zivilbevölkerung in einem Abschnitt

der Ostfront machte, erfahren wir aus den bemerkenswerten Memoiren eines polnischen Dorfbürgermeisters. Jan Słomka wurde 1842 geboren, und 1929, mit 87 Jahren, endete sein langes Leben. 40 Jahre lang war er Vorsteher einer ärmlichen Dorfgemeinschaft in Dzików nahe der Stadt Tarnobrzeg im südöstlichen Polen gewesen, unweit der Weichsel und der Karpaten, in jenem Teil Polens, der vor dem Krieg zu Österreich gehörte. Liest man die in seinem Bericht anschaulich geschilderten Auswirkungen des Krieges auf seine Gemeinde, denkt man an die Verwüstungen,

Plünderungen und Zerstörungen, wie sie von den vorrückenden und sich zurückziehenden Armeen im Dreißigjährigen Krieg des 17. Jahrhunderts angerichtet wurden. Mit den ganz eigenen Gräueln der festgefahrenen Grabenkämpfe, die charakteristisch waren für die Westfront, wo die gewaltigen Abnutzungsgefechte das Leben der Zivilbevölkerung nicht direkt betrafen, hatte das nichts gemein.

Seit Kriegsbeginn, im Lauf eines Jahres, hatte Słomkas Dorfgemeinschaft erlebt, wie österreichische Truppen fünfmal und russische Truppen viermal

durchmarschierten. Drei große Schlachten wurden in der näheren Umgebung geschlagen. Die Russen besetzten das Gebiet zweimal, einmal für drei Wochen, das zweite Mal acht Monate lang. Diese Truppenbewegungen und Gefechte richteten gewaltige Verwüstungen an. Fast 3000 Bauernhöfe und Häuser wurden in den umliegenden Gebieten zerstört, manche Siedlungen komplett ausradiert, vorwiegend durch Artilleriebeschuss. Etwa 35 000 Morgen Waldland brannten nieder, wurden abgeholzt oder durch Artilleriefeuer zerstört. Was in den ruinierten Häusern und Höfen

zurückgeblieben war, wurde geplündert. Ein Großteil der Bevölkerung – alle, die beim Anrücken der Russen nicht geflohen waren – war total verarmt. Viele Menschen mussten zwischen den Ruinen in provisorischen Behausungen leben, ihre Felder blieben unbebaut, unbrauchbar gemacht durch Infanteriegräben und Stacheldrahtverhaue. Pferde und Rinder hatten die Russen fortgetrieben. Die meisten der erwachsenen Männer wurden in den Ural deportiert. Es gab weder Essen noch Kleidung oder Wohnraum – auch keine Arbeitskräfte, da die

Männer verschleppt worden waren. Höchst unpopuläre Lebensmittelrationierungen mussten eingeführt werden, und mit dem immer größeren Mangel stiegen die Preise ins Astronomische.

Dabei hatte alles hoffnungsvoll begonnen. Rekruten in Dzików hatten sich, als am 1. August 1914 die Mobilmachung angeordnet wurde, in aller Eile zum Dienst gemeldet. Die Zivilbevölkerung hatte die singend und hochmotiviert auf dem Weg in die Schlacht vorbeiziehenden Truppen herzlich empfangen. Allgemein herrschte das Gefühl, dass die Mittelmächte siegen würden, dass

der Krieg auf russischem Territorium entschieden und dass er einen neuen polnischen Staat hervorbringen würde.

Eine bedeutende Spaltung innerhalb der lokalen Bevölkerung jedoch trat gleich bei Kriegsausbruch hervor. Animositäten und Ressentiments der katholischen Bevölkerung gegen Juden (die die Mehrheit der Einwohner von Tarnobrzeg bildeten, allerdings nicht die von Dzików und den umliegenden Dörfern) äußerten sich in Anschuldigungen, Juden würden sich vor dem Militärdienst drücken, auch davor, den Truppen

Unterkünfte, Pferde und Fuhrwerke bereitzustellen, die Dorfbewohner damit also zusätzlich belasten. So wurden die Juden zuletzt zusammengetrieben und mit Gewalt zum Arbeitseinsatz gezwungen.

Dann rückten die Österreicher vor, die Russen wichen über die Weichsel nach Osten zurück, und die Menschen glaubten nun erst recht an einen unmittelbar bevorstehenden Sieg der Österreicher und damit Polens. Innerhalb weniger Monate, so dachte man, werde der Krieg vorüber sein. Mit diesem Optimismus war bald Schluss. Am 9. September versetzte Gefechtslärm, ganz aus der

Nähe, die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Hatten die Dorfbewohner bis dahin geglaubt, die österreichische Armee sei auf dem Weg zum Triumph, so wurde nun binnen weniger Tage deutlich, dass sie sich ganz im Gegenteil im überstürzten Rückzug befand. Versprengte, erschöpfte, hungrige und verwundete Soldaten, die in nichts mehr an die prächtigen Regimente erinnerten, die nur Wochen zuvor aufgebrochen waren, strömten in den Bezirk zurück, zunächst um Essen bettelnd, dann plündernd, um sich zu nehmen, was sie brauchten. Viele der

ortsansässigen Juden flohen vor den anrückenden Russen, und das aus gutem Grund, denn die Behandlung der Juden durch den Feind war »hart und gnadenlos«. Die Juden aus Dzików wurden zusammengetrieben und öffentlich ausgepeitscht. In einem Nachbardorf wurden fünf Juden gehängt, weil sie angeblich Waffen versteckt hatten. Zwei unter Spionageverdacht stehende Juden aus Tarnobrzeg wurden am Straßenrand aufgehängt. Als die Russen Anfang Oktober ihrerseits zum Rückzug gezwungen waren, hieß die Bevölkerung die nachrückenden Truppen als Befreier willkommen,

von denen sie annahm, es handle sich um Österreicher. Tatsächlich aber waren diese »Befreier« ungarische Regimenter, und die schätzungsweise 15 000 Soldaten, die in der Gegend Quartier bezogen, waren nicht weniger raubgierig und feindselig als die abgezogenen Russen. Anfang November waren die Russen wieder da, und diesmal dauerte ihre Okkupation – mit weiteren massiven Plünderungen und Zerstörungen – bis Juni 1915.

Als sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den letzten Kriegsjahren drastisch verschlechterten, die Not der lokalen

Bevölkerung immer drückender wurde, die Desertionen deutlich erkennen ließen, wie schwach das österreichische Militär war, schwanden die Hoffnungen auf ein unabhängiges Polen. Dann, am 9. Februar 1918, wurde in einem zwischen der Ukraine, Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossenen, separaten Vertrag die östliche Hälfte des österreichischen Galiziens an die neu geschaffene Ukrainische Volksrepublik abgetreten. An den Verhandlungen zu dem Vertrag, in dem im Tausch gegen Lebensmittel die ukrainische Unabhängigkeit anerkannt und den

Ukrainern militärische Unterstützung gegen die Bolschewiki angeboten wurde, war nicht ein Repräsentant der Polen beteiligt worden. Unter den Polen machte sich das Gefühl breit, von Deutschland und Österreich betrogen worden zu sein. Einer der im Vormonat veröffentlichten 14 Punkte Präsident Wilsons hatte die Schaffung eines unabhängigen Polen als eines der alliierten Ziele festgehalten, war also eine deutliche Aufforderung an die Polen, ihre bereits wankende Loyalität gegenüber den Mittelmächten aufzugeben. Noch aber wusste niemand, wie und ob dieser Staat

überhaupt jemals Realität werden würde.

Am letzten Oktobertag 1918 versammelte sich ein Pulk österreichischer Deserteure, die sich bis dahin, von der örtlichen Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt, in den Wäldern versteckt hatten, auf dem Stadtplatz von Tarnobrzeg; ihre österreichischen Rosetten hatten sie von den Kappen gerissen. In den ersten Novembertagen fing man an, überall österreichische Hoheitszeichen zu entfernen und durch den polnischen Adler zu ersetzen. Soldaten eilten zum Bahnhof, um so rasch wie möglich

nach Hause zu fahren. Auf einer Massenkundgebung jubelten Bürger: »Polen ist wiederhergestellt!« Lokale Amtsträger, auch Słomka selbst, die das Gesicht der übergriffigen und unpopulären Vorordnungen der Kriegszeit gewesen waren, wurden sofort aus ihren Ämtern entfernt. Vor allem Polizisten traf der Volkszorn, sie wurden vielfach verfolgt und verprügelt. Und die Juden, beschuldigt, sie hätten die Not der Bevölkerung ausgenutzt, Geld zu Wucherzinsen verliehen und sich vor dem Dienst an der Front gedrückt, standen ebenfalls im Mittelpunkt von Feindseligkeiten, die sich bisweilen

in Gewaltausbrüchen entluden, indem jüdische Läden geplündert und deren Besitzer zusammengeschlagen wurden. Auch Klassenhass war offenkundig. Zwei Drittel des Bodens in der Umgebung gehörten zehn Großgrundbesitzern, das übrige Drittel rund 14 000 Kleinbauern. Es war daher kaum verwunderlich, dass in den chaotischen Verhältnissen gegen Kriegsende – und oft inspiriert von der bolschewistischen Revolution – Scharen von Bauern, manchmal unterstützt von Knechten und Bediensteten der Güter, mit Knüppeln, Mistgabeln und Gewehren bewaffnet Herrenhäuser und große

Güter überfielen, Getreidespeicher, Lebensmittel, Vieh, Heu, Fuhrwerke und anderen Besitz plünderten und mitunter auch Gutsverwalter misshandelten und ermordeten.

In diesem Teil Polens endete der Krieg, der mit so hohen Erwartungen begonnen hatte, in bitteren Feindschaften, Klassenkonflikten, verstärkten Animositäten gegen Juden, mit dem Zusammenbruch der Autorität, in weit verbreiteter Gewalt und Chaos. Der neu entstehende Staat Polen war alles andere als eine geeinte Nation. Zur Zeit des Waffenstillstands besaß das Land keine Regierung. Als Józef

Piłsudski am 16. November 1918 ausländische Regierungen über die Wiedergeburt des unabhängigen Staates Polen informierte, begannen erst die Kämpfe um die Festlegung seiner Grenzen und die Bemühungen um den Aufbau einer einheitlichen Infrastruktur. Welche Hoffnungen auch immer Jan Słomkas Gemeinde in Dzików und die Gemeinden zahlloser anderer polnischer Dörfer während des Krieges für die Wiedergeburt eines polnischen Staates gehabt haben mögen, so wie er zustande kam, hatte dies wenig mit ihren Wünschen zu tun und fast alles mit dem Zusammenbruch der drei Mächte

Russland, Österreich und Deutschland (in dem 1871 Preußen aufgegangen war), die seit 1795 über das zwischen ihnen aufgeteilte Polen geherrscht hatten.

Trotz der an beiden Fronten so unterschiedlichen Kriegführung: In ganz Europa, im Westen wie im Osten, musste die Bevölkerung in der Heimat mit neuen Härten fertig werden, materiell und psychologisch. Die Hauptlast trugen die Frauen. Häufig waren sie allein, mussten sich in ländlichen Gebieten um den Hof kümmern, gleichzeitig kleine Kinder betreuen, zudem lebten sie in permanenter Angst um ihre

Ehemänner, die fort waren, im Krieg. In Industrieregionen mussten sie einspringen und in Rüstungsfabriken oder bei den Verkehrsbetrieben Arbeiten verrichten, die zuvor Männersache gewesen waren. Bei der Haushaltsführung mussten sie mit der wachsenden Lebensmittelknappheit und mit rapide steigenden Preisen zurechtkommen. Dabei lebten sie in der konstanten Furcht vor dem Klopfen an ihrer Wohnungstür und der Nachricht, dass der Mann, der Bruder, der Vater im Kampf getötet worden war. Kein Wunder, wenn an der »Heimatfront« Ärger und Verbitterung wuchsen. Das

Schlangestehen für Lebensmittel brachte die Frauen in Kontakt miteinander, Neuigkeiten und Gerüchte machten die Runde, Kummer und Klagen wurden geäußert. Briefe von der Front gaben Hinweise darauf, wie gut oder schlecht der Krieg sich entwickelte, wie die Soldaten damit umgingen. Die Briefe an die Männer an der Front gaben diesen einen Eindruck von den Zuständen zu Hause. Auch während ihrer sporadischen Heimaturlaube konnten die Soldaten einen Eindruck gewinnen vom Leben an der Heimatfront; Erinnerungen, die sie zurück in die Schützengräben

begleiteten.

Den Menschen in der Heimat war es unmöglich, das ganze Ausmaß des Grauens an der Front zu erfassen, dabei hatten sich in Großbritannien Millionen von Menschen eine Ahnung davon verschaffen können – durch den Dokumentar- und Propagandafilm *The Battle of the Somme* (*Die Schlacht an der Somme*), der zwar teilweise (in den Angriffsszenen) nachgestellt war, die entsetzliche Erfahrung aber nicht verhüllte. Dies war das erste Mal in der Geschichte, dass ein Publikum zu Hause Krieg und Kriegsgeschehen hautnah zu sehen bekam. Der Film

war so erschütternd, dass manche Zuschauer vor Entsetzen in Ohnmacht fielen. Die Behörden mussten erkennen, dass die Bevölkerung eine solche Konfrontation mit der düsteren Wirklichkeit des Krieges nicht verkraftete. Die meisten Angehörigen zu Hause wollten oder mussten verdrängen, was ihre Lieben an der Front zu erleiden hatten. Daher überrascht es nicht, dass viele Soldaten mit dem Gefühl in den Frontdienst zurückkehrten, dass die Menschen daheim überhaupt nicht verstanden, was sie durchmachten. So etwa kühlte sich der herzliche Empfang, den ein britischer Leutnant

auf Heimaturlaub 1917 bei seinen Angehörigen erfuhr, rasch ab, als diese den britischen Sieg von Passendale rühmten. Er nämlich beschrieb daraufhin das Grauen dieser Schlacht, deutete an, dass die Verluste umsonst gewesen seien – und wurde prompt vor die Tür gesetzt.

Ein derartiger Mangel an Sensibilität, ein solches Unverständnis waren jedoch nicht unbedingt typisch. Die Interaktion zwischen Heimat und Front war enger und bedeutsamer, als dieser Fall nahelegt. Die schiere Menge an Post, der essenziellen Verbindung in

die Heimat, dokumentiert das starke Bedürfnis nach Heimaturlaub (bei jenen, die das Glück hatten, überhaupt daran denken zu können, anders beispielsweise als kanadische, australische, neuseeländische oder indische Soldaten, anders auch als die vielen Männer, die aus entlegenen Gegenden des Russischen Reiches stammten). Es scheint außerdem, dass – als der Konflikt sich hinzog – die Meinungen über den Krieg in der Heimat und an der Front immer mehr miteinander verschmolzen, insbesondere bei den kriegführenden Mächten, die sich dem Gedanken einer immer wahrscheinlicheren

Niederlage stellen mussten.

Das breite Spektrum unterschiedlicher Erfahrungen in der Heimat und an der Front steht jeder einfachen Zusammenfassung oder Generalisierung entgegen. Klar und historisch bedeutsam scheint allerdings, dass die Länder, deren politische Systeme zum Zeitpunkt des Kriegseintritts ziemlich viel Unterstützung genossen, in denen es eine etablierte repräsentative Regierung gab und die auf weithin anerkannten, etablierten Werten beruhten – mit anderen Worten: die über »Legitimität« verfügten –, einen entscheidenden Vorteil hatten, wenn

es darum ging, die Moral sowohl in der Heimat wie an der Front aufrechtzuerhalten. Das alleine freilich reichte nicht aus. Auch bei diesen Ländern musste die Überlegenheit beim Nachschub an Waffen, Lebensmitteln und Mannschaften dazukommen. Großbritannien und Frankreich waren die Mächte, die über diese Vorteile verfügten, insbesondere weil sie sich auf die Unterstützung nicht nur ihrer überseeischen Territorien, sondern außerdem durch die Vereinigten Staaten verlassen konnten und weil sie in den letzten Kriegsmonaten überdies direkte

Unterstützung durch eine große Zahl amerikanischer Soldaten erhielten. Damit ließ sich die Erwartung eines schlussendlichen Sieges aufrechterhalten. Und wo die Siegeshoffnung zunächst hochgehalten werden konnte und dann immer realistischer wurde, konnte das Staatswesen selbst angesichts schrecklicher Verluste an der Front seine Legitimität bewahren.

Wo jedoch die Niederlage allmählich immer gewisser wurde, wo die Hoffnung schwand, wo die immensen (und noch immer wachsenden) Verluste als vergeblich angesehen wurden, da schwand die

Legitimität des Staatswesens, das für die Katastrophe verantwortlich gemacht wurde, bis zum Punkt des Zusammenbruchs. Am direktesten lässt sich das am Ausmaß der Desertionen aus den Armeen der Mittelmächte gegen Ende des Krieges ablesen. Wo die Legitimation am schwächsten war, belastete der Krieg die Länder so stark, dass die Regimes, die ihn vorantrieben, zunehmend gefährdet waren durch Massenunruhen sowohl unter der Zivilbevölkerung wie unter den Frontsoldaten.

Der Staat unter Druck

Der Krieg setzte alle beteiligten Staaten, selbst jene, die sich schließlich als siegreich erwiesen, unter noch nie dagewesenen Druck. Ob sie neu waren oder enorm erweitert, für alle Aufgaben wurde in einem Konflikt dieses Ausmaßes der Staat verantwortlich. Er musste Soldaten in immer größerer Zahl für die Front mobilisieren, ihnen Unmengen Waffen und Nachschub bereitstellen. Nach zwei Jahren Krieg war ein hoher Anteil der männlichen, wehrfähigen Bevölkerung jedes

Landes zum Militärdienst eingezogen. (Großbritannien, das mit einer Freiwilligenarmee in den Krieg eingetreten war, führte 1916 die Wehrpflicht ein.) Um die kämpfende Truppe auszurüsten, musste die Massenfertigung von Waffen in Gang gesetzt werden; zudem waren Erforschung und Entwicklung neuer Technologien und innovativer Waffentypen zu finanzieren. Die Zahl der Krankenhäuser, von improvisierten Pflegeeinrichtungen und Erholungsheimen musste enorm gesteigert werden, damit die große Zahl Verwundeter und Verstümmelter, die von der Front

zurückkamen, versorgt werden konnte. Die öffentliche Fürsorge, wie unzulänglich sie auch sein mochte, für Witwen und Familien, die ihrer Ernährer beraubt waren, musste bereitgestellt werden. Nicht zuletzt war durch staatliche Propaganda und Zensur die öffentliche Meinung zu orchestrieren, für die Kampfmoral zu sorgen und die Verbreitung von Informationen durch direkte oder indirekte Einflussnahme auf die Presse zu kontrollieren.

All das machte eine gelenkte Wirtschaft erforderlich, verlangte beträchtlich erhöhte Staatsausgaben. Die Rüstungsausgaben allein

erreichten gegen Ende des Krieges ein beispielloses Niveau: 59 Prozent des deutschen, 54 Prozent des französischen und 50 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts (wobei weniger entwickelte Volkswirtschaften wie die Russlands, Österreich-Ungarns oder des Osmanischen Reiches weniger abschöpfen konnten). Den Bürgern wurden neue oder erhöhte Steuern aufgebürdet. Großbritannien war relativ erfolgreich darin, Kriegskosten durch Steuern zu finanzieren, Deutschland und insbesondere Frankreich sträubten sich stärker dagegen, ihre Bürger zu

besteuern – in der Vorstellung, der Feind würde nach dem Sieg Reparationen für den Konflikt zu zahlen haben. Der größte Teil der Kriegskosten wurde durch Kreditaufnahme gedeckt. Die Alliierten liehen sich die Mittel vor allem bei den Vereinigten Staaten. Österreich besorgte sich Darlehen in gewissem Umfang in Deutschland. Doch als sich der Krieg hinzog, wurde es für Deutschland unmöglich, irgendwo im Ausland Kredite aufzunehmen; die deutschen Kriegsanstrengungen mussten also zunehmend über inländische Kriegsanleihen finanziert werden.

Kampagnen zur Zeichnung von Kriegsanleihen fanden in allen kriegführenden Staaten statt. Überall stieg die Staatsverschuldung gewaltig an. Wenn weder Kreditaufnahme noch Steuern genügten, druckten die Staaten Geld, verschoben das Problem also auf später.

So, wie die staatliche Lenkung der Wirtschaft und die Eingriffe ins zivile Leben intensiver wurden, wuchs auch der Staatsapparat. Bürokratien wurden ausgebaut, Überwachung, Zwang und Repression nahmen zu. »Feindliche Ausländer« wurden interniert, in manchen

Regionen, insbesondere in Osteuropa, ganze Bevölkerungen vertrieben. Bis sich die Russen 1915 aus Westpolen und Litauen zurückzogen, dabei »verbrannte Erde« hinterließen, hatten sie mindestens 300 000 Litauer, 250 000 Letten, 350 000 Juden (die besonders schwer misshandelt wurden) und 743 000 Polen ins russische Hinterland deportiert. Anfang 1917 lebten in russischen Städten zusätzlich zu den immer größere Not leidenden Massen rund sechs Millionen Vertriebene – Flüchtlinge aus dem Kaukasus und aus den Grenzgebieten im Westen ebenso wie

Zwangsdeportierte.

Überall musste der Staat für Unterstützung sorgen, speziell für die Industriearbeiterschaft, zu der nun auch in großer Zahl Frauen in der Rüstungsproduktion gehörten. Die Militanz der Arbeiterschaft wuchs, je spürbarer sich die materiellen Verhältnisse verschlechterten. Vor allem autoritärere Systeme griffen dann eher zur Peitsche denn zu Zuckerbrot. In Großbritannien, Frankreich und (bis kurz vor Kriegsende) Deutschland wurden die Arbeiter im Grunde jedoch bestochen – mit (im Vergleich zu anderen Einkommensgruppen)

höheren Löhnen,
Zukunftsversprechen und
Zugeständnissen an Gewerkschaften
von Organisationsmöglichkeiten. In
Deutschland wurden die drastischen
Maßnahmen zur Mobilisierung von
Arbeitskräften – nach dem im
Dezember 1916 eingeführten
Hilfsdienstgesetz bestand für alle
Männer zwischen 17 und 60
Arbeitspflicht in der
Rüstungsindustrie – an die Gründung
von Betriebskomitees mit einer
paritätischen Vertretung für
Arbeitgeber und Arbeitnehmer in
Fabriken mit mehr als
50 Mitarbeitern gekoppelt. Trotz

aller Bereitschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Kriegsanstrengungen zu unterstützen, hinderte sie das nicht, zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen zu streiken. In Großbritannien, wo sich die Verhältnisse nicht so drastisch verschlechterten wie in den anderen kriegführenden Ländern, wo auch das Engagement für den Krieg relativ hoch blieb, wurde mehr gestreikt als in jedem anderen kämpfenden Land, ausgenommen Russland. So legten 1918 dreimal mehr britische Arbeiter die Arbeit nieder als 1914. In anderen Ländern waren Streiks in den ersten

zwei Kriegsjahren relativ selten, nahmen 1917/18 aber deutlich zu (immer häufiger wegen politischer Gründe und Ziele).

So wie sich das scheinbar endlose Leiden und die Mühsal des Krieges verschärften, verstärkte sich zugleich die Suche nach Sündenböcken, die man für die Misere verantwortlich machen konnte. Ohnehin vorhandene Feindseligkeiten wurden von der staatlichen Propaganda angefacht. In der Bevölkerung richtete sich der Unmut weitgehend gegen Kapitalisten und Finanziers. Doch ließ sich dieser naheliegende Klassenhass auf Kriegsprofiteure ohne

weiteres umlenken in Rassenhass. Immer häufiger wurden Juden als Ausbeuter der arbeitenden Massen karikiert, als die Personifizierung des Finanzkapitals. Allerdings hatte der Hass gegen Juden in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung lange Traditionen, war in seiner Anpassungsfähigkeit an jedes Vorurteil auch derart schillerndvielschichtig, dass er nicht auf die Verknüpfung mit Kapitalismuskritik beschränkt war. Tiefsitzende Antipathie vermischte wirtschaftliche Missgunst häufig mit jenem uralten Vorurteil, das vor allem in Mittel- und Osteuropa noch

immer stark verbreitet war und häufig von christlichen Geistlichen gefördert wurde: Juden seien die »Mörder Christi«. Und diesem Amalgam der Feindseligkeiten wurde 1917 eine weitere tödliche Zutat beigemischt: Juden, hieß es nun, seien die Urheber von Bolschewismus und Revolution. Als sich der Krieg dem Ende näherte, überstieg das facettenreiche Zerrbild »des Juden« jede Parodie. Juden galten als Feinde der Christenheit, kapitalistische Ausbeuter, Drückeberger vor dem Militärdienst, Anstifter innerer Unruhen und treibende Kraft hinter dem Bolschewismus. So ist kaum

verwunderlich, dass die sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion* – jene vor dem Krieg von der zaristischen Polizei angefertigte Fälschung, mit der eine jüdische Verschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft bewiesen werden sollte – nach 1917, als die Konterrevolution gegen die Russische Revolution einsetzte, deutlich gesteigerte Auflagen verzeichneten.

In jedem kriegführenden Land kam es infolge des Krieges zu gesellschaftlichen Veränderungen, und diese wiederum beeinflussten, wie sich der Krieg auf die Innenpolitik und die Belastbarkeit

des jeweiligen Staatssystems auswirkte. Zunächst freilich versuchten die Staaten, ihr politisches System weiterarbeiten zu lassen wie vor dem Krieg – oder zumindest annähernd so; »business as usual«, so die Devise in Großbritannien, »alles im gewohnten Gang«. Geprägt hatte sie Winston Churchill, der in einer Rede im November 1914 die Notwendigkeit herausstrich, an der Normalität festzuhalten, ungeachtet der Feindseligkeiten im Ausland, die, wie man annahm, ohnehin nur von kurzer Dauer sein würden. Solchen Hoffnungen war in allen

kriegführenden Staaten nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Die Politik lief also weitgehend weiter wie gewohnt, bis die Staaten von den Kriegsbelastungen auch intern in mehr oder weniger großem Ausmaß in Mitleidenschaft gezogen wurden.

In Großbritannien und Frankreich blieben die parteipolitischen Differenzen unvermindert und waren oft scharf, doch das Gefühl der Einheit, das sich aus dem Engagement für die Kriegsanstrengung ergab, setzten sie nicht außer Kraft. Es wurde nur durch Minderheiten herausgefordert, die sich mitunter lautstark meldeten, doch ohne

Einfluss auf die Mitte der Gesellschaft blieben. Wo es in diesen Ländern zu Veränderungen kam, wurden nach Perioden widrigen Kriegsglücks »starke Männer« an die Spitze der Regierung gestellt, um mit unablässigem Eifer weiter um den Sieg zu kämpfen. Nach den gewaltigen Verlusten an der Somme und infolge einer schweren Revolte in Irland, welche die britische Herrschaft über die Insel gefährdete, wurde im Dezember 1916 der tatkräftige David Lloyd George als Premierminister an die Spitze eines kleinen, aber machtvollen Kriegskabinetts gerufen. Unter seiner

Führung gelang es, die Kriegswirtschaft neu zu ordnen, ihr neuen Schwung zu geben und so die Kriegsanstrengungen insgesamt anzukurbeln. In der politischen Krise, die in Frankreich auf die Turbulenzen von 1917 folgte, auf die schweren Meutereien an der Front, auf Streiks, Anti-Kriegs-Demonstrationen und die im Land laut gewordenen Forderungen nach einem Kompromissfrieden, wurde Georges Clemenceau, der altgediente Chef des linksbürgerlichen Parti radical, im November als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung zurückgerufen. Er, eine Symbolfigur

des republikanischen Nationalismus, sollte die Zuversicht wiederherstellen, Tatkraft und Engagement verkörpern, den »unbeugsamen und patriotischen Kampf um einen Siegfrieden«.

In Großbritannien und in Frankreich blieben innenpolitischer Streit über die Kriegführung sowie unterschiedlich stark ausgeprägte soziale und politische Unzufriedenheit, vor allem auf der sozialistischen Linken, weit davon entfernt, sich zu einer revolutionären Herausforderung des Staates zu steigern. Auch an der Heimatfront hielt sich der britische

Durchhaltewillen recht gut dank der Zuversicht, dass dem Land keine Invasion drohe, dank der Aussicht auf den Sieg und relativ geringer materieller Entbehrungen. Mittelbar traf der Krieg natürlich jeden; in seiner direkten Wirkung jedoch blieb er weitgehend beschränkt auf die kämpfende Truppe. In Frankreich gingen die Meinungen weiter auseinander. Proteste und Friedensdemonstrationen, in denen Anfang 1918 Sympathie für Bolschewismus und Revolution laut wurde, gipfelten im Mai in einem großen Streik der Munitionsarbeiter. Revolutionäre Ansichten hätten sich

womöglich noch weiter verbreitet, hätte der Krieg nicht auf französischem Boden stattgefunden. Unter den gegebenen Umständen aber, gegen die Dringlichkeit, weiterzukämpfen und der deutschen Großoffensive standzuhalten, hatte der Pazifismus keine Chance. Sobald die deutsche Offensive jedoch steckenblieb und der Sieg in Sicht geriet, hielt die französische Kampfmoral bis zum Ende. Sowohl in Großbritannien wie in Frankreich unterstützte die überwältigende Mehrheit der sozialistischen Linken die Kriegsanstrengungen weiterhin. In keinem der beiden Länder geriet

die Legitimität des Staates ernsthaft in Gefahr. Das allerdings hätte auch anders sein können, hätte sich eine Niederlage abgezeichnet und wären die Verluste plötzlich als vergebens angesehen worden.

Am anderen Ende des Spektrums stand Russland. Nur dort kam es noch während des Krieges zu einer Revolution. Nur dort lief die Revolution auf eine grundlegende Umwälzung aller sozioökonomischen Verhältnisse und politischen Strukturen hinaus. Und nur in Russland wurde die herrschende Klasse vollkommen vernichtet.

Die Revolution von 1905 war

daran gescheitert, dass es keinen Zusammenhalt gab, der die Unzufriedenheit der streikenden Arbeiter, der aufständischen Bauern sowie der Soldaten und Seeleute, von denen nur eine relativ kleine Zahl meuterte, verbunden hätte. Auch eine einigende revolutionäre Führung gab es damals noch nicht. Zudem hatte der Zar der revolutionären Bewegung den Wind aus den Segeln genommen durch Zugeständnisse in Richtung eines Verfassungsstaats, die sich aber bald als kaum mehr als kosmetisch erwiesen. Repression sorgte für den Rest. Die Ochrana, die Geheimpolizei des Zaren, war eine

sehr effektive Truppe, der es gelang, die Revolutionsführer zu inhaftieren oder ins ferne Exil zu verbannen, die revolutionären Organisationen zu unterwandern, aufrührerische Tageszeitungen zu schließen, Streiks niederzuschlagen und rebellische Bauernführer zu exekutieren. Damit hatte das Regime seinen Sturz fürs Erste abgewehrt. Im Laufe der folgenden Jahre wurde das Fernmeldewesen verbessert, die Wirtschaft wuchs (in den letzten Vorkriegsjahren sogar schneller als in den Vereinigten Staaten), die Industrialisierung machte bedeutende Fortschritte, die Staatseinnahmen

stiegen. Das große Problem allerdings blieb: die erstarrten Strukturen der zaristischen Autokratie. Womöglich hätten ohne den Krieg Reformen eingeleitet und die zaristische Herrschaft in eine parlamentarisch kontrollierte, konstitutionelle Monarchie umgewandelt werden können. Sehr wahrscheinlich ist das aber nicht, einerseits weil sich die herrschende Klasse hartnäckig gegen jede Veränderung des Systems sperrte, andererseits weil die Feindschaft gegen die Autokratie bei Arbeitern und Bauern so tief verwurzelt war und so weit verbreitet, dass sie sich

trotz aller Repressionen organisiert hatte. Dass es erneut zu einer Revolution kommen würde, war darum wahrscheinlich. Ende 1916 sah alles danach aus, als werde sie nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Während des harten Winters 1916/17, in dem viele russische Bauern Lebensmittel horteten und zu hohen Preisen verkauften, litten die großen Industriezentren unter einem akuten Mangel an Lebensmitteln und Brennstoff; das Transportwesen drohte zusammenzuberehen; der Staat stand finanziell vor dem Ruin, die Inflation galoppierte. Die Löhne (von denen qualifizierter

Munitionsarbeiter (abgesehen) konnten mit den rapide steigenden Preisen nicht mithalten. Viele Menschen waren dem Hungertod nahe. Demgegenüber verdiente eine privilegierte Minderheit gut am Krieg – eine Quelle heftigen Unmuts. Im Januar 1917 fanden in Petrograd (ehemals Sankt Petersburg) und in anderen Städten große Proteststreiks statt, in denen sich Wut über miserable Lebensverhältnisse, Ablehnung des Krieges und Opposition gegen das Zarenregime miteinander verbanden. Als am 8. März (dem 23. Februar im alten russischen Kalender) Frauen auf die

Straße gingen, um gegen den Brotmangel zu protestieren, löste das Massenstreiks und Demonstrationen der Rüstungsarbeiter aus. Soldaten und Seeleute unterstützten den Arbeiteraufstand in Petrograd. Die Behörden dort ließen auf die Demonstranten schießen, doch selbst das konnte den Streik von über 200 000 Arbeitern nicht beenden. Machtlos stand die Regierung dem sich ausbreitenden »Streik« in den Streitkräften gegenüber. Befehle, gegen die Meuternden vorzugehen, wurden verweigert. Schon bald waren die zaristischen Behörden nicht mehr Herr der Lage, die

Staatsordnung wankte, die Arbeiter wählten ihre eigene Form einer repräsentativen Regierung, die Sowjets (Räte). Die alte Ordnung brach rasch zusammen. Auch Soldaten und Matrosen wählten Sowjets, die sie vertreten sollten, und forderten die Absetzung des Zaren. Als führende Offiziere und Politiker übereinkamen, dass der Zar abtreten müsse, ging dieser: Am 15. März dankte er ab. Etwas mehr als ein Jahr später, im Juli 1918, wurden er und seine Familie von den Bolschewiki erschossen; erst achtzig Jahre später, nach dem Ende der Sowjetunion, wurden ihre Leichname identifiziert.

Der Krieg hatte Bedingungen geschaffen, unter denen der glühende Zorn auf den Zaren und das von ihm repräsentierte Herrschaftssystem, dem man die Schuld an der Misere zuschrieb, die Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Bauern vorläufig verschwinden ließ; 1917 verbanden sich die revolutionären Kräfte in der industriellen Arbeiterklasse mit jenen in der Bauernschaft. Doch selbst deren vereinte Kräfte hätten so wie 1905 auch diesmal vielleicht nicht ausgereicht, das System zu stürzen. Der Krieg aber, und darin lag der ausschlaggebende Unterschied, hatte

die Interessen von Arbeitern und Bauern mit denen einer wachsenden Zahl höchst unzufriedener Frontsoldaten vereint. Sobald die Unzufriedenheit auf die Front übergriff, sobald die Soldaten nicht mehr willens waren weiterzukämpfen und ihr revolutionärer Eifer sich mit dem an der Heimatfront vermengte, war die Zeit des Regimes abgelaufen. Die breite Welle des Unmuts über die enormen Verluste und die unerträglichen Entbehrungen türmte sich zu einer Woge des Widerstands gegen den Krieg, sie schwemmte das System fort, das man für den Krieg verantwortlich machte. Das Regime

hatte auf Unterdrückung und Zwang gebaut, es gab in diesem System kaum vermittelnde Strukturen, die die Masse der Bevölkerung auf freiwilliger Basis integrierten, und so stand es, als der Druck stieg, praktisch ohne Freunde da, und 1917 schließlich brachen die Dämme.

Selbst nach der Absetzung des Zaren, nachdem sich im März 1917 die Provisorische Regierung der »revolutionären Demokratie« konstituiert hatte, blieb die Situation höchst instabil. Die ungewisse Lage in den folgenden Monaten, in denen die neue Regierung den hoffnungslos verlorenen Krieg weiterführen ließ,

schuf das Klima, in dem es zu einer zweiten, weit radikaleren Revolution kommen konnte.

Als es so weit war, im Oktober 1917 (nach dem alten russischen Kalender), war ein organisatorischer Rahmen vorhanden, mit dem sich die Revolutionsbewegung kanalisieren und lenken ließ. Auch das erwies sich wieder im Kontrast zur Revolution von 1905 als ein entscheidender Erfolgsfaktor. Noch hatte die bolschewistische Partei über kleine Teile der Arbeiterklasse hinaus keine Massenbasis. Aber sie verfügte über einen verschworenen, fanatischen Führungskader mit einem fertigen

Programm, das die Zerstörung des alten Systems nicht als Selbstzweck, sondern nur als Präludium für den Aufbau einer vollkommen neuen Gesellschaft ansah. Die 1899 gegründete russische sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte sich 1912 in einen größeren revolutionären Flügel, die Bolschewiki (oder Mehrheitsfraktion), und in den kleineren reformistischen Flügel der Menschewiki (die Minderheitsfraktion) gespalten. Wladimir Iljitsch Uljanow, der in den späten 1890er Jahren nach Sibirien verbannt worden war und dann bis

1917 unter seinem besser bekannten Decknamen Lenin vornehmlich außerhalb Russlands gelebt hatte, sah die Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse und verlangte von ihren Kadern, den Sturz des Zarismus im Blick, strikte Disziplin und absolute Loyalität. Lenins unmittelbares Ziel war es, durch den gnadenlosen Einsatz von Terror gegen »Klassenfeinde« eine »provisorische revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauern« zu errichten. Im April 1917 war der charismatische Führer der Bolschewiki aus seinem Schweizer

Exil ins revolutionäre Chaos von Petrograd gebracht worden. Ermöglicht hatte das die deutsche Führung, in der Hoffnung, die ohnehin schon schwankende Entschlossenheit der Russen zur Fortsetzung des Krieges endgültig unterminieren zu können; man wollte dazu beitragen, dass in Russland Unruhe und Agitation für den Frieden wuchsen. Im Licht der späteren Ereignisse war dies eines der großen »Eigentore« der Geschichte. Weil die Provisorische Regierung die Bolschewiki verfolgte, war Lenin im Juli gezwungen, nach Finnland auszuweichen (das seit 1809

halbautonomer Teil des Russischen Reiches war und nach dem Sturz des Zaren seine Unabhängigkeit immer lautstärker einforderte). Als die Macht der Provisorischen Regierung schwand, kehrte Lenin nach Petrograd zurück, um die zweite Revolution anzuführen.

Was den eng verbundenen Führungskader der Bolschewiki zusammenschweißte, war eine utopische Erlösungsideologie, die Vision einer künftigen klassenlosen Gesellschaft, frei von sozialen Konflikten. Doch war es weniger diese ätherische Utopie, mit der die Bolschewiki
breitere

Bevölkerungskreise ansprechen konnten, sondern ganz pragmatische, handfeste Versprechungen: Frieden, Brot, Umverteilung von Grund und Boden, Übernahme und Kontrolle der Fabriken durch die Arbeiter, eine Gesetzgebung durch das Volk für das Volk. Politisch forderten die Bolschewiki »Alle Macht den Sowjets« (den Räten, die sich in der Zwischenzeit in allen großen Städten konstituiert hatten). Weiterhin akute Versorgungsengpässe, explodierende Inflationsraten, das gewaltige Blutvergießen der letzten katastrophal gescheiterten Offensive steigerten die Unbeliebtheit der

Provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski und spielten den Bolschewiki in die Hände. Der Petrograder Sowjet, geleitet von Leo Trotzki (eigentlich Lew Dawidowitsch Bronstein), einem begabten Organisator und Demagogen, der die Notwendigkeit einer permanenten Revolution predigte, war die Ausgangsbasis für die Oktoberrevolution, die schließlich zur vollständigen Übernahme aller Sowjets durch die Bolschewiki führte. Es brauchte gnadenlosen Terror gegen alle »Klassenfeinde« und zwei Jahre eines unvorstellbar grausam geführten

Bürgerkriegs, bis die mächtigen
reaktionären und
konterrevolutionären Kräfte
bezwungen waren. Damit befand sich
Russland auf dem Weg zu einer
vollständigen politischen, sozialen,
wirtschaftlichen und ideologischen
Transformation. Eines war von
Anfang an klar: Die bolschewistische
Revolution war ein Ereignis von
welthistorischer Bedeutung. Was sie
hervorbrachte, war eine absolut neue
Art von Staat und Gesellschaft. In
ganz Europa lösten Berichte über das
Geschehen in Russland Schockwellen
aus, die noch Jahrzehnte nachbeben
sollten.

Mehr als ein Jahr nach der bolschewistischen Revolution kam es anderswo in Europa im Zuge der drohenden Niederlage zur Legitimitätskrise. In Deutschland hatte der Krieg nicht das Ende der Parteipolitik gebracht. Im Gegenteil, die Polarisierung der deutschen Politik – entstanden schon lange vor dem Krieg, durch den Burgfrieden von 1914 nur zwischenzeitlich verdeckt – trat vollends hervor, als die Drangsal, die enormen Verluste an Menschenleben für einen nur dürftigen Ertrag, zuletzt die Ahnung einer unmittelbar bevorstehenden Niederlage wuchsen. Schon bald

kamen die ideologischen und sozialen Spaltungen, die zu Beginn des Krieges nur zeitweilig übertüncht worden waren, wieder zum Vorschein, ab 1916 in einer stark radikalisierten Form. Als die Lebensmittelvorräte zur Neige gingen, die Preise deutlich stiegen und die Lebensstandards sanken, verschärften sich die politischen Kontroversen zwischen Friedensbefürwortern und denen annexionistischer Kriegsziele.

Der Hauptantrieb für einen radikalen politischen Wandel in Deutschland kam von der Linken. Im April 1917 hatten sich die Sozialdemokraten im Streit über ihre

Haltung zum Krieg in zwei Fraktionen gespalten. Eine radikale Minderheit, die den Krieg als imperialistischen Konflikt sah, der nur durch eine sozialistische Revolution zu überwinden sei, gründete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (die USPD, deren harter Kern später zur Kommunistischen Partei Deutschlands wurde). Auch die Mehrheit der SPD, die sich nun Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) nannte, verurteilte den Krieg als imperialistisch, war strikt gegen deutsche Annexionen, die Revolution

aber lehnte sie ab, wollte stattdessen Reformen – die Einführung einer repräsentativen Demokratie und einer dem Parlament und nicht dem Kaiser verpflichteten Regierung. (Im deutschen Kaiserreich waren politische Parteien aller Lager im Reichstag vertreten, dieser aber hatte nur begrenzte Entscheidungsgewalt. Die eigentliche Macht lag in den Händen des Kaisers und der von ihm ernannten Minister und Militärführer.)

Am 19. Juli 1917 stimmten einige Liberale (der Fortschrittlichen Volkspartei) und die Abgeordneten der katholischen Zentrumspartei

mehrheitlich mit der MSPD für die Friedensresolution. Sie wurde angenommen, doch hatte der darin geforderte Verständigungsfrieden politisch keine Chance, seine Gegner im Lager von Konservativen und Nationalliberalen waren zu mächtig: Wie die militärische Führung wollten auch sie nicht nur die kompromisslose Fortsetzung des Krieges, sondern außerdem weitere territoriale Annexionen. Interessenverbände, die wie der Alldeutsche Verband von der Großindustrie finanziell unterstützt wurden, und vor allem die fanatisch nationalistische und imperialistische

Deutsche Vaterlandspartei (die, 1917 gegründet, rasch den Rückhalt von 1,25 Millionen Mitgliedern erreichte) popularisierten den Kampf bis zum Sieg mit erweiterten territorialen Zugewinnen, gleichzeitig lehnten sie die Forderung nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie entschieden ab. Bis zum Ende des Krieges blieb diese politische Gemengelage bestehen, wobei sich die Fronten verschärften, als die Entbehrungen zunahmen und die Niederlage drohend näher rückte. Die radikale Polarisierung der deutschen Politik, die auf die Niederlage 1918 folgte, hatte sich in den

innenpolitischen Entwicklungen der letzten beiden Kriegsjahre bereits angekündigt.

Doch erst in den letzten Kriegsmonaten, nach dem Scheitern der Sommeroffensive von 1918, kam es so weit, dass die Truppenmoral an der Front zusammenbrach, was die in der Heimat immer lauterem Rufe nach einem Waffenstillstand noch verstärkte. Im Januar 1918 waren die großen Streiks deutscher Industriearbeiter bei den Frontsoldaten noch auf wenig Sympathie gestoßen. Sie waren dazu gebracht worden, einen Erfolg der Frühjahrsoffensive zu erwarten, und

waren, als die Großoffensive im März begann, entsprechend euphorisch über »diese elementare Äußerung deutscher Kraft« (Ernst Jünger). Als dann aber die Erkenntnis dämmerte, dass auch dieser Vorstoß gescheitert war, schlug der aufsteigende Ärger um in direkte Aktion. Fast vier Jahre lang hatten die Soldaten mit Mut und Überzeugung gekämpft, den Kampf, den sie jetzt als aussichtslos ansahen, wollten sie einfach nur noch überleben. Kriegsmüdigkeit verwandelte sich ins wachsende Bedürfnis, das Kämpfen schlichtweg zu beenden. In den letzten vier Monaten des Krieges ergaben sich an

der Westfront 385 000 deutsche Soldaten widerstandslos – weit mehr als in den vorangegangenen vier Kriegsjahren zusammen. Insgesamt eine Dreiviertelmillion Soldaten, so die Schätzungen, desertierten von August 1918 an, auch das verband sich mit der in der Heimat steigenden Unruhe. Noch zu Jahresbeginn hatten sich Massenstreiks der Arbeiter hauptsächlich gegen die Lebensbedingungen gerichtet, inzwischen waren die Forderungen und Parolen unverkennbar politisch: Frieden, Demokratie und ein Ende des kaiserlichen Regimes.

Je länger der Krieg dauerte, desto

nachdrücklicher wurde das deutsche Staatswesen selbst infrage gestellt. Das politische System, in dem die Minister nicht dem Parlament, sondern dem Kaiser verantwortlich waren, hatten die Sozialisten schon vor dem Krieg abgelehnt, waren damals aber an den starken Kräften gescheitert, die sich jedem Demokratisierungsschritt widersetzen. Das schwindende Kriegsglück ließ die Forderung der Linken immer lauter werden, nicht nur das unablässige Blutvergießen zu beenden, sondern auch jene zu entmachten, die man dafür verantwortlich machte, und eine

demokratisch-parlamentarische Regierung einzuführen. Mehr und mehr Deutsche betrachteten das herrschende System, das auf Militarismus, Klassenprivilegien und unkontrollierter Machtausübung beruhte, das verkörpert wurde durch die umstrittene Person des Kaisers – ein System, das Deutschland in einen katastrophalen Krieg geführt hatte –, nicht mehr als reformierbar: Es musste ersetzt, demokratische Verhältnisse mussten aufgebaut werden. Die Stimme derer, die Schmerz, Leid und Entbehrungen des Krieges ertragen hatten, sollte auch politisch gehört werden. Im Herbst

1918 hatten das Kaiserreich und sein Staatswesen Akzeptanz und Legitimität so gut wie verloren.

Das 14-Punkte-Programm, das Präsident Wilson im Januar 1918 vorgestellt hatte und das unter anderem die Rückgabe der Territorien vorsah, die Deutschland annektiert oder besetzt hatte, war Deutschlands führenden Politikern und Militärs bis dahin Anathema gewesen. Jetzt, am 5. Oktober, unter den sich rasch verändernden Gegebenheiten, wandte sich der neu berufene Reichskanzler Prinz Max von Baden, der selbst seit langem für eine Politik der Reformen und für

einen Frieden ohne Annexionen plädiert hatte, an Wilson; er hoffte auf ein Waffenstillstandsabkommen mit annehmbaren Bedingungen für Deutschland. Wilson jedoch machte keine Konzessionen, er bestand auf Einführung einer parlamentarischen Demokratie (womit Deutschlands herrschende Eliten ihre Macht verloren hätten), auf Rückgabe der territorialen Eroberungen und auf substanzieller Abrüstung (eingeschlossen die Übergabe der Flotte). In der deutschen Führung kam es zu einer hitzigen Debatte über die Konditionen, die sie für hart hielt. Nachdrücklich trat Ludendorff dafür

ein, den Krieg fortzusetzen; einer solchen Demütigung könne man nicht nachgeben. Doch er war nicht mehr in der Position, Befehle erteilen zu können. Und die Ereignisse überschlugen sich in einer Weise, die weder er noch irgendwer sonst unter Kontrolle halten konnte. Am 26. Oktober trat er zurück, die Schuld freilich sah er bei allen anderen, nur nicht bei sich selbst.

In der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1918 widersetzten sich meuternde Seeleute in Kiel den absurden Befehlen der Marineführung, die Flotte zu einer letzten großen Entscheidungsschlacht

gegen die britische Kriegsmarine auslaufen zu lassen. Das lief auf ein sinnloses Opfer hinaus, für nichts als die Ehre der deutschen Marine. Die Seeleute wollten davon nichts wissen. Die Meuterei griff rasch um sich und wurde zum Zündfunken einer allgemeinen Revolution. Rasch gebildete Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Macht an der Basis. Dem Kaiser, der Symbolfigur der alten Ordnung schlechthin, gaben die Generäle zu verstehen, dass er abtreten müsse. Widerstrebend ging er, verließ in der Nacht vom 9. auf den 10. November das militärische Hauptquartier im belgischen Spa und

fuhr ins Exil in Holland. (Er blieb dort bis zu seinem Tod im Jahr 1941.) Seine Abdankung wurde vorab bekanntgegeben, der offizielle Thronverzicht erfolgte erst zum 28. November. In aller Hast, noch bevor er überhaupt aus Spa abgereist war, wurde vom Balkon des Berliner Reichstags herunter die Republik ausgerufen. Ebenfalls ohne konstitutionelle Legitimität ernannte Reichskanzler Max von Baden seinen Nachfolger, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Friedrich Ebert; auf verfassungsrechtliche Feinheiten kam es in diesem revolutionären Moment nicht mehr

an. Der Aufruhr sollte noch Monate andauern, Deutschland aber war auf dem Weg zu einer wirklichen parlamentarischen Demokratie.

Doch es gab weiterhin mächtige Kräfte im Staat, Verteidiger der alten Ordnung, die unheilverheißend waren, denn sie waren überzeugt, sie müssten nur den richtigen Augenblick abwarten, taktische Zugeständnisse machen, bis man unter gewandelten Bedingungen alle Konzessionen an Demokratie und parlamentarische Regierung hinwegfegen könnte. Kurz vor dem Waffenstillstand war in der deutschen Führungselite die Ansicht

zu hören, »dass die linksstehenden Parteien das Odium dieses Friedensschlusses auf sich nehmen müssen. Der Sturm der Empörung wird sich dann gegen diese kehren.« Später, so hoffte man, werde man sich wieder in den Sattel schwingen und nach dem alten Rezept weiterregieren. In diesen Kreisen galt die Demokratie als »das größte Unglück«, das Deutschland widerfahren könne.

In Italien war die wachsende Krise des Staatswesens kaum weniger schwerwiegend als in Deutschland. Obwohl sie aufseiten der Entente standen, hatten die Italiener nicht das

Gefühl, als gewannen sie den Krieg. Dieser war 1915 einem zutiefst gespaltenen Land von einer schmalen politischen Elite aufgebürdet worden, die sich nach einem raschen Sieg ansehnliche Gebietsgewinne längs der Adria erhoffte. Selbst die Generäle waren über den Interventionsbeschluss weitgehend im Dunkeln gelassen, das Parlament erst gar nicht konsultiert worden. Die Mehrzahl der Italiener sah die bestehende eingeschränkte Volksvertretung, die politisch kaum etwas zu sagen hatte, ohnehin nicht als ihre Sache an. Und für Regierungen, die häufig wechselten

und sich doch als die immer Gleichen zu entpuppen schienen – und die, eine wie die andere, die Interessen der Eliten vertraten –, konnte man sich nicht begeistern. Niederlagen, materielle Not und schwere Verluste polarisierten die Gesellschaft, untergruben den Rückhalt nicht nur der einander ablösenden schwachen Regierungen, sondern auch den des Staates.

Das italienische Parlament, Symbol politischer Schwäche und Spaltung, trat selten zusammen; die jeweilige Regierung herrschte per Dekret. Darüber hinaus waren alle Regierungen – obschon sie die

Verantwortung trugen für das, was schiefging – unfähig, General Luigi Cadorna im Zaum zu halten, den harten, herrschsüchtigen und brutalen Oberbefehlshaber der italienischen Armee; erst nach der Schmach von Caporetto 1917 führte an seiner Entlassung kein Weg mehr vorbei. Bis dahin hatten militärische Imperative den Ausschlag gegeben. Die Fabrikdisziplin unterstand der militärischen Kontrolle; Zensur und die Einschränkung der Redefreiheit waren ausgebaut worden. Als es in den Fabriken zu Protesten gegen Versorgungsengpässe und dann zu Streiks kam, wurde die Repression

nochmals gesteigert. So verschärften sich die sozialen und politischen Differenzen, die soziale Ungleichheit und die horrende Zahl von Kriegsoptionen rückten in den Mittelpunkt. Als sich ab 1916 Verluste, Niederlagen, materielle Engpässe mehrten und das wiederum das Gefühl nationaler Demütigung vertiefte, wuchs die Unruhe und machte sich in Streiks, Demonstrationen und Protesten gegen den Lebensmittelmangel Luft. Noch herrschte keine wirklich revolutionäre Stimmung, viel aber fehlte nicht dazu.

Widerstand gegen den Krieg und

die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurden vorwiegend in der Linken laut; die sozialistische Bewegung allerdings war gespalten: in jene, die den Krieg rundweg ablehnten und die Revolution wollten, und in die Mehrheit derer, die die Kriegsanstrengungen weiterhin patriotisch unterstützten, wenngleich ohne große Begeisterung. Noch heftiger aber, und das verhiess nichts Gutes, sah sich die italienische Regierung von der Rechten angegriffen. Die Nationalisten erweiterten ihre Anhängerschaft, verstärkten ihre Agitation für territoriale Expansion in

Südosteuropa und in Afrika und suchten, wie der Innenminister erklärte, die Kontrolle über die Polizei zu erlangen und ihre Widersacher zu terrorisieren. Die Rechte wollte die ihrer Meinung nach sterile parlamentarische Herrschaft samt dazugehöriger Bürokratie über Bord werfen. Sie wollte ebenfalls einen radikalen gesellschaftlichen Wandel, sah aber die Lösung in einem Staat und einem Wirtschaftssystem, die auch nach Kriegsende weiterhin quasi militärisch zu führen seien. Diese rechten Kräfte hatten sich bereits an die Spitze lokaler paramilitärischer Verbände gesetzt,

die sich selbst Fasci nannten. Italiens Nachkriegskrise warf ihre Schatten voraus.

Auch die Habsburger, seit Jahrhunderten Österreichs Regenten, zahlten nun den Preis für einen zunehmend unpopulären Krieg. Von Anfang an hatte der Konflikt, der sich an einer – fast schon in Vergessenheit geratenen – Auseinandersetzung mit Serbien entzündet hatte, keine rückhaltlose Unterstützung erfahren. Als Verteidigungskrieg ließ er sich kaum darstellen. Und die offensichtliche Abhängigkeit von Deutschland, daran änderten auch einzelne Siege nichts, war alles

andere als angenehm. Je länger der verheerende Krieg sich hinzog, desto stärker wurden die zentrifugalen Kräfte, die das Habsburgerreich zu zerreißen und zu zerstören drohten. Die Spannungen erwiesen sich als vielsagend schon lange vor der letzten katastrophalen Phase des Konflikts. Jahrzehntelang war der betagte Kaiser Franz Joseph im geschwächten multinationalen Reich (dessen ungarische Hälfte in ihren institutionellen Strukturen bereits eine mehr oder weniger separate Einheit bildete) das nahezu einzige Symbol der Einheit gewesen. Als er im November 1916 starb, befanden

sich die Kriegsanstrengungen und der habsburgische Thron selbst inmitten einer wachsenden Legitimationskrise. Kaiser Karl, Franz Josephs Großneffe und Nachfolger, hatte keine Chance, das Blatt zu wenden; seine Versuche, die Abhängigkeit von Deutschland zu mindern, sein Bemühen, zu einem Friedensabkommen mit den Alliierten zu gelangen, blieben vergeblich.

Nach der Schlacht von Caporetto, der zwölften Isonzoschlacht, träumten die Österreicher von erneuertem Ruhm, doch der Traum währte nur kurz. Es herrschte ein harter Winter, und die Züge, die fast ausschließlich für die Versorgung der

Armee führen, konnten nicht gleichzeitig Brennstoff und Lebensmittel für die Bevölkerung der Monarchie transportieren. Während der ersten Monate des Jahres 1918 kam es in verschiedenen Regionen des Reiches zu immer neuen großen Proteststreiks. Arbeitsunruhen, Groll über die erbärmlichen Lebensverhältnisse, nationalistisch-separatistische Impulse und Antikriegsstimmung mischten sich zu einem unheilvollen Gebräu. »Völlige Unfähigkeit der Regierenden, — absolute Demoralisation und Desorganisation; — allgemeine

Unsicherheit«, urteilte der Wiener Arzt und Schriftsteller Arthur Schnitzler. Im Oktober 1918, als sich Lebensmittelunruhen, Streiks, Proteste, nationalistische Feindschaften und Gesetzlosigkeit breitmachten, war die Situation – so Hans Loewenfeld-Russ, der Leiter des österreichischen Amts für Volksernährung – »vollkommen verzweifelt«. Das Habsburgerreich fiel auseinander.

In weiten Teilen des Reiches wurden Klassenunterschiede fast durchgängig der Politik des ethnischen Nationalismus untergeordnet oder von dieser

überlagert. Außerhalb der österreichischen Kerngebiete, wo die Arbeiterproteste über sich drastisch verschlechternde Lebensverhältnisse in eine oft von Russland inspirierte Revolution umzuschlagen drohten, verbanden sich solche Proteste, vor allem unter Tschechen, Polen und Südslawen, mit Forderungen nach Auflösung des Reiches und nach einem eigenen Staat. Trotz Kaiser Karls erklärter Bereitschaft, liberale Reformen durchzuführen, und trotz seines Versprechens eines föderaler strukturierten Reiches wurde in Ungarn während der letzten Kriegsjahre die Loslösung von Wien

immer lauter gefordert, unterstützt durch Sozialisten und viele Liberale. Anders als in Ungarn, wo Zivilregierung und parlamentarische Debatte zumindest nominell erhalten blieben, waren der Reichsrat, die gesetzgebende Gewalt in der österreichischen Reichshälfte, suspendiert und die Provinzparlamente ausgesetzt. Zensur und Überwachung wurden massiv verstärkt.

In den nichtdeutschen und nichttschechischen Ländern des Reiches wurde das Militärrecht eingeführt. Dissidenten wurden verhaftet und eingesperrt. Doch die

Repression erwies sich als unzureichend, um die in den letzten Kriegsjahren aufkommenden, nationalistisch-separatistischen Bewegungen zu unterdrücken, die sich unter den Tschechen besonders lautstark meldeten.

Als die Reste der österreichisch-ungarischen Armee, deren Soldaten kaum mehr im Sinn hatten, als ihre Haut zu retten, im Oktober 1918 bei Vittorio Veneto von den Italienern in die Flucht geschlagen wurden, hatte das Habsburgerreich den entscheidenden Schlag abbekommen; die Armee fiel auseinander. Ende Oktober gestattete Kaiser Karl den

Soldaten, sich ihren jeweiligen nationalen Streitkräften anschließen – im Grunde nichts anderes als die Anerkennung der Realität, denn schon seit längerem desertierten Tschechen, Polen, Ungarn, Kroaten und andere und kehrten heim. Schon Ende Oktober, mit außergewöhnlichem Tempo, erklärten die Tschechoslowakei, Ungarn und das künftige Jugoslawien ihre Unabhängigkeit. Österreichs Waffenstillstand mit Italien am 3. November markierte das Ende seiner Kriegsbeteiligung. Widerstrebend erklärte Kaiser Karl am 11. November den Verzicht auf

seine Befugnisse (den Thronanspruch allerdings gab er nicht auf); die verbleibenden drei Jahre seines Lebens verbrachte er im Schweizer Exil und zuletzt auf Madeira. Fünf Jahrhunderte Habsburgerherrschaft waren zu Ende.

Zu den Revolutionen in Deutschland und in Österreich-Ungarn, zur Abschaffung ihrer Monarchien, ihrer Ablösung durch Republiken (im Fall Österreich-Ungarns in einer Reihe von »Nachfolgestaaten«) kam es erst, als die Niederlage der Mittelmächte offensichtlich war. Die Abspaltung der Gebiete des Osmanischen Reiches

südlich der (heutigen) Türkei – die meisten der ehemals osmanischen Territorien auf dem Balkan hatten ihre Unabhängigkeit in den 1870er Jahren erlangt, die Balkankriege von 1912 und 1913 hatten zum endgültigen Verlust osmanischer Gebiete in Europa geführt – folgte auf die Niederlage, nachdem die türkische Führung der Kriegsjahre an Bord eines deutschen U-Bootes nach Odessa und von dort weiter nach Berlin geflohen war. Doch auch im Osmanischen Reich hatte die wachsende Abscheu gegen den Krieg eine unüberwindliche Legitimationskrise hervorgerufen.

Eine Welle von Desertionen zeigte die zunehmend prekäre Moral in der türkischen Armee. Das Osmanische Reich, wankend und schwerfällig, hatte sich mit seinen Kriegsanstrengungen übernommen. Sein Bemühen um territoriale Zugewinne im Kaukasus blieb vergeblich. Und die 1916 einsetzende Arabische Revolte (von Briten und Franzosen, die ihre imperialistischen Interessen im Nahen Osten voranbringen wollten, sehr geschürt) bewirkte, dass die osmanische Verwaltung im südlichen Teil des Reiches kaum mehr funktionierte.

Aber auch die Probleme im

türkischen Kerngebiet wuchsen auf alarmierende Weise. Die Verluste an der Front waren gewaltig; Schätzungen sprechen von 2,5 Millionen getöteten Türken, dreimal so viele Opfer wie bei den Briten. Das Ausmaß dieser Verluste, dazu die kollabierende Währung, in die Höhe schnellende Preise, akuter Mangel an Lebensmitteln und anderen Dingen, all das unterhöhlte die ohnehin erschütterten Fundamente des Osmanischen Reiches. Dem Leid und der Gewalt in der Türkei setzte auch der Waffenstillstand kein Ende; das Land stürzte sich bald in einen

Unabhängigkeitskrieg, der bis 1923 andauern sollte und aus dessen Ruinen schließlich eine unabhängige, souveräne Türkei hervorging. Die Übernahme der osmanischen Besitzungen im Nahen Osten durch die westlichen imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich wurde von heftigen antikolonialen Unruhen, Protestwellen und endemischer Gewalt begleitet; auch das war mit Kriegsende nicht ausgestanden. Die Folgen für die unabsehbare Zukunft waren enorm.

Der Krieg hinterließ einen in Stücke

geschlagenen Kontinent, der kaum etwas gemein hatte mit dem Europa vor Beginn des Konflikts. Selbst die Siegermächte – Großbritannien, Frankreich und (das nominell siegreiche, sich als »Großmacht« gerierende) Italien – waren völlig erschöpft. Die Aufgabe, den Scherbenhaufen wieder aufzukehren, schien am ehesten der einen, aufstrebenden Großmacht zuzufallen, die vom Krieg nicht physisch gezeichnet war, aus ihm vielmehr wirtschaftlich massiv gestärkt hervorging, während die europäischen Mächte entkräftet waren: den Vereinigten Staaten. Dass

Amerika es Europa letztlich weitgehend selbst überließ, sich an die Beseitigung des Scherbenhaufens zu machen, spielte für die sich entfaltende Krise der Nachkriegsära keine unwesentliche Rolle. Doch an der Wurzel des katastrophalen Vermächtnisses lag etwas anderes, entscheidendes: Aus den Ruinen des deutschen Kaiserreichs, der Habsburgermonarchie und des zaristischen Russland war eine unheilige Konstellation geschaffen worden, die ihre bösen Konsequenzen in den kommenden Jahren entfalten sollte.

Ethnischer

Nationalismus,

Territorialkonflikte und
Klassenhass (der nun, ob
hoffnungsvoll oder voller Angst, auf
eine neue Kraft fokussiert war, auf
den Bolschewismus in Russland), aus
diesen drei Elementen ergab sich eine
hochexplosive Mischung. Der
ethnische Nationalismus war eines
der Hauptvermächtnisse des Krieges.
Und er sollte in eben jenen Teilen
Mittel- und Osteuropas die tödlichste
Wirkung entfalten, in denen diverse
ethnische Gemeinschaften seit
Jahrhunderten nebeneinander gelebt
hatten, in denen sich jetzt aber neue,
vornehmlich durch den Krieg
erzeugte Spannungen, Konflikte und

Feindschaften Bahn brachen, die in bittere Auseinandersetzungen um umstrittene Grenzen und geteilte Länder führten. Und die giftigen Feindseligkeiten nahmen aufgrund einer neuen Zutat immens zu: durch den Triumph der Bolschewiki in Russland. Vor allem in Mittel- und Osteuropa überlagerte der Klassenkonflikt ethnische Animositäten und territoriale Interessengegensätze und erzeugte so ein Pulverfass gewaltsamer Feindseligkeit. Darum wurden die ersten Nachkriegsjahre alles andere als eine Zeit des Friedens; in diesen Teilen des Kontinents herrschte

weiterhin und unvermindert unermessliche Gewalt. Tiefe Feindschaften entsprangen daraus, und sie brachen auf, als Europa 20 Jahre später schließlich in einem weiteren, noch verheerenderen Konflikt versank.

Der Krieg hatte immense Verluste gefordert, unvorstellbar viele Menschenleben. Auf der Seite des Militärs belief sich die Zahl der Toten auf fast neun Millionen Menschen, die Zahl ziviler Opfer (verursacht hauptsächlich durch Massendeportationen, Hunger und Krankheit) lag bei fast sechs Millionen. Insgesamt waren, alle

Kriegsparteien zusammengekommen, sieben Millionen Kombattanten in Gefangenschaft geraten und verbrachten manchmal Jahre unter oftmals primitiven Lebensbedingungen in Kriegsgefangenenlagern. (Die meisten Gefangenen allerdings wurden relativ bald nach dem Waffenstillstand repatriiert.) Der Sieg war schließlich errungen worden, weil sich größere Militärmacht mit größerer Wirtschaftsmacht verbunden hatte. Aber wofür das alles? Die Ansichten darüber gingen natürlich weit auseinander, waren sie doch und nicht zuletzt geprägt von den

jeweiligen Erfahrungen der Menschen und dem Schicksal ihres Landes. Viele Menschen hatten, auf allen Seiten, für Ideale gekämpft – oftmals fehlgeleitete, immerhin aber für Ideale. Dazu gehörten die Verteidigung der Heimat, nationale Ehre und Prestige, Freiheit und Zivilisation, patriotische Pflicht und, gegen Kriegsende immer vordringlicher, nationale Befreiung sowie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. 1918, als die vier Jahre des Gemetzels ihrem Ende entgegengingen, setzte der österreichische Schriftsteller Robert Musil eine zynische Notiz in sein

Tagebuch: »Man kann den Krieg auf die Formel bringen: Man stirbt für seine Ideale, weil es sich nicht lohnt für sie zu leben.« Zu diesem Zeitpunkt hegte unter den Millionen Kämpfenden vermutlich nur noch eine Minderheit die (wie immer gearteten) Ideale, mit denen sie in den Krieg gezogen waren. Viele in den Heerscharen wehrpflichtiger Soldaten in Europas Massenarmeen wussten mit einem abstrakten Idealismus vielleicht tatsächlich von Beginn an nichts anzufangen. Vielfach kämpften sie, weil sie keine Alternative hatten. Und für viele unter ihnen hatte das Schlachten

keinen Sinn.

Die ergreifenden Worte eines
Franzosen, 1916 niedergeschrieben,
kurz bevor er an der Westfront fiel,
stehen stellvertretend für die
Empfindungen von Millionen
einfacher Soldaten in allen
kämpfenden Armeen:

Ich frage, will verstehen,
den Zweck von diesem
Blutbad.

Als Antwort höre ich: »Fürs
Vaterland!«

Den Grund dafür kann ich
nicht sehen.

Das Gemetzel war ungeheuer gewesen, die Zerstörung gewaltig. Was dieser Krieg einem dramatisch veränderten Europa hinterließ, reichte tief. Die lange Abrechnung sollte bald beginnen.

DREI

TURBULENTER FRIEDE

Das ist kein Frieden. Es ist ein
Waffenstillstand auf zwanzig
Jahre.

Marschall Ferdinand Foch über den Vertrag
von Versailles (1919)

Es war Friede – gewissermaßen. Oft
genug jedoch sah es danach nicht aus.

Dem Krieg folgten heftige Turbulenzen, wie eine Flutwelle einem Erdbeben. Fünf Jahre dauerte es, bis die seismischen Erschütterungen nachließen. Die Soldaten kehrten heim in eine politisch, sozial, ökonomisch und ideologisch grundlegend veränderte Umwelt. Der Krieg hatte politische Systeme zerstört, Volkswirtschaften ruiniert, Gesellschaften gespalten, Blicke freigegeben auf radikal utopische Visionen einer besseren Welt. Er wurde als der »Krieg, der den Krieg beendet«, bezeichnet. Warum ebnete er stattdessen den Weg zu einem anderen, noch

verheerenderen Weltenbrand?
Warum verflüchtigten sich die
Hoffnungen von Millionen Menschen
auf Frieden, auf eine bessere, auf
mehr Freiheit und Gleichheit gebaute
Gesellschaft so schnell? Wie legte
Europa stattdessen die Fundamente
für einen gefährlichen ideologischen
Dreiklang vollkommen
unvereinbarer, um Vorherrschaft
ringender politischer Systeme:
Kommunismus, Faschismus und
liberale Demokratie? Warum
eigentlich triumphierte in diesen
ersten Krisenjahren und trotz der
direkten Nachkriegstraumata der
Kommunismus nur in Russland, der

Faschismus nur in Italien, während im übrigen Europa zumeist die Demokratie überlebte – nicht zuletzt in dem Land im ausschlaggebenden Zentrum des Kontinents, in Deutschland?

Länder, »für Helden gemacht«?

Während des britischen Wahlkampfs von 1918 sprach Premierminister David Lloyd George, von vielen gefeiert als »der Mann, der den Krieg gewann«, über die Aufgabe, »ein

Land zu schaffen, gemacht, dass Helden darin wohnen können«. England war vor dem Krieg Europas reichstes Land gewesen, war zudem auch nach vier Jahren Kampf physisch nahezu unversehrt geblieben, aber selbst dort sollten diese Worte vielen Soldaten, die aus den Schützengräben heimgekehrt waren, bald wie blanker Hohn erscheinen.

Zunächst war die Demobilisierung der Soldaten in Großbritannien tatsächlich ziemlich reibungslos verlaufen. Beim Waffenstillstand 1918 zählte die Armee 3,5 Millionen Männer, bis 1920 verringerte sich

deren Zahl auf 370 000. Ein sofort nach dem Krieg einsetzender wirtschaftlicher Aufschwung ermöglichte, dass bis zum Sommer 1919 vier Fünftel der Soldaten verabschiedet worden waren und die meisten von ihnen auch Arbeit gefunden hatten (manchmal auf Kosten von Frauen, die man während des Krieges eingestellt hatte). Doch endete der Aufschwung so schnell, wie er begonnen hatte. Im Herbst 1920 war Schluss damit. Deflationsstrategien, zu denen man (nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten) griff, um den Sterling zu schützen, hatten einschneidende

Auswirkungen auf den Lebensstandard. Die Löhne, die anfangs noch mit den steigenden Preisen mithalten konnten, sanken deutlich. Die Klassenkonflikte blieben stark. 1919 verursachten Arbeitskämpfe 35 Millionen Ausfalltage, 1921 waren es 86 Millionen. Innerhalb von drei Monaten, von Dezember 1920 bis März 1921, verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit. Schon im Sommer waren zwei Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Die meisten Arbeitslosen lebten in verwahrlosten, baufälligen Behausungen. 1918 hatte Lloyd George »Häuser für Helden«

versprochen. Aber im Jahr 1923 waren 822 000 neue Häuser erforderlich, nur um die größte Wohnungsnot – die größer war als 1919 – zu beheben, von den Millionen trostloser Wohnungen in Slums, die es zu ersetzen galt, ganz zu schweigen.

1921 lebten zahllose Kriegsheimkehrer in bitterer Armut, darunter auch viele schwer Kriegsversehrte; sie bettelten auf der Straße oder versuchten, sich mit dem Verkauf von Zündhölzern und Andenken durchzuschlagen, aßen in Armenküchen und waren mitunter gezwungen, in Hauseingängen oder

auf Parkbänken zu übernachten. »Wir waren keine Helden mehr, wir waren einfach arbeitslos«, so der bittere Kommentar eines ehemaligen Offiziers. »Ständig kamen Ex-Frontsoldaten an die Tür, verkauften Schnürsenkel und baten um ausrangierte Hemden und Socken«, erinnerte sich Robert Graves, Dichter, Schriftsteller und ehemaliger Frontoffizier. »Patrioten, besonders der weiblichen Art, waren 1919 ebenso sehr diskreditiert, wie sie 1914 geehrt worden waren«, schreibt Vera Brittain in ihrer autobiographischen Studie der Jahre 1900 bis 1925; sie hatte ein

komfortables Leben in der oberen Mittelschicht aufgeben und sich freiwillig zur Pflege Verwundeter an die Front gemeldet. Eine Welt »ohne jede Aussichten« habe sie gesehen, »unfruchtbar und sinnlos«.

Die Situation in Großbritannien, so düster sie war, war noch weit entfernt von den schlimmsten Verhältnissen in Europa, jedenfalls die Länder betrachtet, die direkt in den Kampf involviert gewesen waren. Bei allen entsetzlichen Verlusten: Die Zahl der britischen Opfer gehörte nicht zu den höchsten. Das Militär des Vereinigten Königreichs verzeichnete 750 000 Tote (und

weitere 180 000 Tote aus dem gesamten Empire), Italien fast eine halbe Million, Frankreich 1,3 Millionen, Österreich-Ungarn beinahe 1,5 Millionen, Russland rund 1,8 Millionen, Deutschland etwas mehr als zwei Millionen. Relativ am stärksten betroffen waren einige der kleineren Länder. Jeder Dritte der in die Schlacht geschickten Serben und Rumänen wurde getötet, erlag einer Verletzung oder Krankheit.

Der Anteil der Toten an der Gesamtzahl der kämpfenden Truppen lag in den größten der kriegführenden Länder zwischen elf bis zwölf Prozent (Russland, Italien,

Vereinigtes Königreich) und 15 bis 16 Prozent (Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn). In allen Ländern übertraf die Zahl der Verwundeten, Versehrten und Arbeitsunfähigen die der Toten bei weitem. Die Summe der Todesopfer insgesamt war doppelt so hoch wie die aus allen zwischen 1790 und 1914 geführten größeren Kriegen zusammengenommen. Dazu kam die Grippeepidemie von 1918/19, die weltweit doppelt so viele Tote forderte wie die europäischen Schlachtfelder während des Krieges. Zu diesem entsetzlichen Tribut muss man noch die Opfer von Gewalttaten und Grenzkonflikten hinzurechnen,

die dieser Krieg anschließend hervorbrachte.

Immens waren auch die volkswirtschaftlichen Kosten des Krieges – sie betrugen über das Sechsfache der gesamten Staatsverschuldung aller Länder vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1914. In den Ländern, die am unmittelbarsten von den Kämpfen betroffen gewesen waren, war die Produktion nach dem Krieg gegenüber 1913 drastisch verringert. Das Vereinigte Königreich stand dagegen deutlich besser da. Dennoch war seine Schuldenlast 1918 fast zwölfmal höher als 1914, und seine

Nettoverschuldung in den Vereinigten Staaten – mit fast 4,5 Milliarden Dollar im Jahr 1922 die höchste unter den Alliierten – bedeutete nun eine dauerhafte Abhängigkeit von Krediten der USA. Dem Rest Europas ging es nicht viel anders. Auch neutrale Länder hatte der Krieg wirtschaftlich gebeutelt. Den meisten von ihnen war es wie Schweden gelungen, den Anforderungen der Kriegszeit durch Ausbau der Wirtschaft gerecht zu werden. Im neutralen Spanien führte der Krieg jedoch zu einer Verschärfung der ökonomischen Probleme und vertiefte die bereits

bestehenden gesellschaftlichen, ideologischen und politischen Gegensätze.

Die physischen Verheerungen des Krieges in Westeuropa beschränkten sich weitgehend auf die Kampfzonen und Schlachtfelder in Belgien und in Nordostfrankreich. Sie hatten schwer gelitten. Hunderttausende von Häusern waren zerstört, die Industrie stark beschädigt, riesige Anbauflächen lagen verwüstet brach, ein großer Teil der Nutztiere war getötet worden. Die derart schlimm betroffenen Gebiete allerdings waren kaum mehr als 30 bis 60 Kilometer breit. Jenseits der Kampfzonen ist in

Frankreich und im übrigen Westeuropa erstaunlich wenig zerstört worden. Ganz anders im Osten, dort war der Krieg beweglicher gewesen. Serbien, Polen und die Regionen, aus denen nach dem Krieg die Länder Weißrussland und Ukraine hervorgingen, hatten, zerfurcht und verwüstet durch vorrückende und sich wieder zurückziehende Armeen, gewaltige Zerstörungen erlitten.

Soldaten, die als Sieger zu einem Heldenempfang in London heimkehrten, fanden zumindest ein Land vor, das sie wiedererkannten. Soldaten dagegen, die – in vielen Fällen versprengt und ungeordnet –

nach Wien, Budapest, München oder Berlin zurückströmten, gerieten in einen revolutionären Umbruch und in wirtschaftliches Chaos. Seltsamerweise schaffte es das besiegte Deutschland besser als das siegreiche Großbritannien (übrigens auch besser als die neutralen Niederlande), den Nachkriegs-Arbeitsmarkt zu steuern und die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten – teils, indem die Frauen aus den Beschäftigungen, die sie während des Krieges angenommen hatten, wieder herausgedrängt und durch Männer ersetzt wurden. Zudem half die Inflation. Eine zu diesem Zeitpunkt

deflationäre Wirtschaftspolitik hätte die deutsche Wirtschaft nur noch weiter ruiniert, es den vielen demobilisierten Soldaten jedenfalls unmöglich gemacht, überhaupt Arbeitsplätze zu finden. Die galoppierende Inflation, die die Regierung nicht zu drosseln versuchte, war allerdings ein hoher Preis, der bald teuer bezahlt werden musste.

Während des Krieges, als die Staatsverschuldung fast um das Dreißigfache, die Geldsumme des im Umlauf befindlichen Papiergelds um mehr als das Zwanzigfache zunahm, war die Inflationsrate in Deutschland

gestiegen. 1918 lagen die Preise etwa fünfmal höher als vor dem Krieg, die Währung hatte etwa die Hälfte ihres früheren Wertes verloren. Damit stand Deutschland nicht allein. In Österreich-Ungarn waren Inflation und Abwertung während des Krieges sogar noch höher gewesen. Die meisten Länder durchliefen, mehr oder weniger ausgeprägt, während des Krieges einen Inflationsprozess. In Frankreich, den Niederlanden, Italien und den skandinavischen Ländern lagen die Preise 1919 dreimal höher als 1913, im Vereinigten Königreich waren sie fast zweieinhalbmals so hoch. In Ost- und

Mitteleuropa jedoch geriet die Preisinflation in den Nachkriegsjahren außer Kontrolle. Die Währungen von Polen, Österreich und Russland wurden durch Hyperinflation ruiniert. Jan Słomka, lange Jahre Ortsvorsteher des Dorfes Dzików in Südostpolen (dem wir im zweiten Kapitel bereits begegnet sind), erinnerte sich ein paar Jahre später an die Folgen der Inflation, die zu toben begann, nachdem die österreichische Krone 1920 durch die Geldnoten der Polnischen Mark ersetzt worden war:

Wenn irgendjemand

irgendetwas verkaufte und mit dem Geld nicht sofort etwas anderes kaufte, machte er schwere Verluste. Es gab viele, die ihr Haus oder Feld verkauften oder einen Teil ihrer Rinder, nur um ihr Geld entweder zu Hause oder auf einer Bank aufzubewahren. Sie verloren alles, was sie hatten, und wurden zu Bettlern. Andererseits machten jene, die sich Geld liehen und damit Sachen erstanden, ein Vermögen. Es gab Geld in Unmengen. Man musste es in Aktentaschen oder Körben

tragen, Geldbörsen und dergleichen waren nutzlos. Für häusliche Dinge bezahlte man Tausende, dann Millionen, schließlich Milliarden.

Erst die Einführung einer vollkommen neuen Währung, des Złoty, im Jahr 1924 brachte Polen eine Stabilisierung.

In Deutschland war der Sturz in die Hyperinflation Teil einer schweren politischen Krise, die das Land 1923 erfasste, nachdem die Franzosen, als Vergeltung für den Verzug der deutschen

Reparationszahlungen, das Ruhrgebiet, Deutschlands industrielles Kernland, besetzt hatten. Ihren Ursprung freilich hatte die Hyperinflation in der Kriegsfinanzierung, die auf einer riskanten Spekulation beruhte: Die Deutschen setzten darauf, dass sie den Krieg gewinnen würden und sich die Kriegskosten von den besiegten Ländern wiederholen könnten. Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Niederlage boten Deutschland dann wenig Anreiz, eine Inflation zu verhindern. Seine Kriegsanstrengungen hatte es vornehmlich mit inländischen

Kriegsanleihen finanziert. Inflation war das Mittel, diese Inlandsschulden zu tilgen. Maßnahmen, mit denen man in der ersten Nachkriegszeit die steigenden Preise zu kontrollieren suchte, wurden 1921, sobald die Gesamtsumme der zu zahlenden Reparationen bekannt war (die nur in Goldmark, nicht in einer an Wert verlierenden Währung zahlbar waren), aufgegeben zugunsten der strategischen Bereitschaft, eine hohe Inflation in Kauf zu nehmen.

Denn die Inflation machte es nicht nur möglich, die Inlandsschulden zurückzuzahlen und schwere Arbeiterunruhen zu verhindern, wie

sie die deflationären Maßnahmen beispielsweise in Großbritannien ausgelöst hatten, sie verhalf der deutschen Industrie auch zu einer raschen Nachkriegserholung und verschaffte dem deutschen Exportgeschäft starke Zuwächse. Industrielle konnten die für ihre Investitionen notwendigen Kredite aufnehmen und sie in einer entwerteten Währung zurückzahlen. Und weil die deutsche Währung an Wert verlor, ließen sich Waren zu äußerst wettbewerbsfähigen Preisen exportieren. Darum ist nicht verwunderlich, dass Deutschland zwischen 1920 und 1922 ein enormes

Wachstum der Industrieproduktion und schrumpfende Arbeitslosenzahlen verzeichnete, in einer Zeit, in der die Deflationspolitik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs dort das Gegenteil zur Folge hatte – rückläufige Produktionszahlen und steigende Arbeitslosigkeit.

Die Löhne qualifizierter Industriearbeiter konnten in Deutschland oft mit der Inflation Schritt halten, anfangs zumindest. Den Gewerkschaften war es gelungen, auf den Zugeständnissen der Arbeitgeber während des Krieges aufbauend, Verbesserungen bei

Löhnen und Arbeitszeiten zu erreichen. Für ungelernte Arbeiter jedoch oder für Menschen, die feste Einkommen oder eine Rente bezogen, wurde die Inflation zunehmend zum Verhängnis. 1923, während der Ruhrkrise, geriet sie völlig außer Kontrolle und entwickelte sich zur Katastrophe. 1914 hatte der US-Dollar, am Ende des Krieges die harte Leitwährung in Deutschland, auf 4,20 Mark gestanden, zu Kriegsende war der Kurs auf 14 Mark gestiegen, stand Ende 1920 bei 65 Mark, im Januar 1922 bei 17 972 Mark, schoss im November 1923 schließlich auf schwindelerregende 44,2 Milliarden

Mark. Was solche kaum mehr nachvollziehbaren Zahlen für normale Menschen bedeuteten, die von ihren bescheidenen Ersparnissen lebten, zeigt anschaulich das Schicksal eines älteren gebildeten Berliners, dem seine Ersparnisse von 100 000 Mark zu anderen Zeiten einen recht angenehmen Ruhestand verschafft hätten, die jedoch nach dem Wertverlust der Mark gerade noch ausreichten, um ein S-Bahn-Ticket zu kaufen. Der Mann unternahm eine Rundfahrt um seine Stadt, kehrte in seine Wohnung zurück, schloss sich ein und starb dort den Hungertod.

Nirgends im Nachkriegseuropa

gab es das »Land, gemacht für Helden«. In Städten und Dörfern überall auf dem Kontinent mischten sich trauernde Witwen, verwaiste Kinder, verkrüppelte Soldaten mit Hungernden, Arbeitslosen und Bettelarmen. Rund acht Millionen Invaliden, die auf staatliche Hilfe angewiesen waren, hatte der Krieg hinterlassen. Allein in Deutschland gab es über eine halbe Million Kriegerwitwen und mehr als eine Million Waisen. Unter den 650 000 Schwerversehrten waren 2400 im Krieg erblindete Männer, 65 000, die einen Arm oder ein Bein verloren hatten, über 1300 waren

doppelt amputiert. Die Medizin hatte während des Krieges Fortschritte gemacht, doch viele der schrecklichen Wunden konnte die Chirurgie nicht vollständig heilen. Und nicht nur die Körper, auch viele Seelen waren versehrt: Geschätzte 313 000 Menschen in Deutschland, 400 000 in Großbritannien waren durch Kriegserfahrungen traumatisiert. Viele erholten sich nie. Sie hatten unter der unzulänglichen psychiatrischen Versorgung zu leiden und unter dem fehlenden Verständnis für ihre Krankheit. Zu ihrer wirtschaftlichen Not mussten Kriegsinvaliden überdies soziale

Diskriminierung ertragen.

Arbeitgeber wollten keine körperlich behinderten Mitarbeiter; ehemalige Soldaten, die im Krieg psychische Schäden erlitten hatten, galten oft als »Hysteriker« oder wurden verdächtigt, eine Krankheit zu simulieren, um eine Rente zu erhalten.

Die berühmte britische Sozialistin und Pazifistin Ethel Snowden (deren Ehemann Philip 1924 zum ersten Schatzkanzler der Labour Party werden sollte), stellte das soziale Elend in Wien kurz nach dem Krieg anschaulich dar:

Uniformierte Offiziere
verkauften Rosen in den Cafés.
Zarte Frauen in verblichenem
Putz standen mit ihren
Kindern bettelnd an
Straßenecken. In den
Hauptstraßen wuchs das Gras.
In den Läden: keine Kunden ...
Bei den
Arbeitsvermittlungsstellen
standen viele tausend Männer
und Frauen in langen
Warteschlangen um ihre
Arbeitslosenhilfe an ... In
Kliniken und Krankenhäusern
kämpften tapfere Ärzte um
schwächliche, mit blutenden

Wunden übersäte Kinder –
praktisch ohne Medikamente,
ohne Seife, ohne
Desinfektionsmittel.

In Osteuropa war die Situation noch schrecklicher. Hunderttausende, die vor dem Russischen Bürgerkrieg geflohen waren, hatten, wohin immer es sie verschlug, düstere Aussichten zu gewärtigen; nur selten erlebten sie einen freundlichen Empfang von den Menschen dort, die selbst große Not litten. Polen befand sich in furchtbarem Zustand, war in weiten Teilen durch die Schlachten auf Jahre verwüstet. Unmittelbar nach dem

Krieg war die Hälfte der Warschauer Bevölkerung auf die minimale Arbeitslosenunterstützung angewiesen, viele Menschen waren krank, in Ostpolen standen sie kurz vor dem Hungertod. Das Land, berichtete Sir William Goode, Leiter der britischen Hilfsmission für Mittel- und Ost-Europa 1919,

hatte vier oder fünf Besatzungen verschiedener Armeen hinter sich, von denen es jede nach Vorräten durchwühlt hatte. Die meisten Dörfer hatten die Russen bei ihrem Rückzug [1915]

niedergebrannt; Äcker waren vier Jahre lang nicht bewirtschaftet worden. ... Die Bevölkerung hier lebte von Wurzeln, Gras, Eicheln und Heidekraut.

Nicht, dass es in großen Teilen Europas nach dem Krieg weitverbreitet zu politischen Unruhen kam, ist verwunderlich, sondern dass nicht revolutionäre Umstürze weiter um sich griffen.

Fast überall mussten die Menschen nicht nur mit schwerer materieller Not fertigwerden, sondern auch mit persönlichen

Verlusten. In einem Volkskrieg mit so immensen Opferzahlen musste das Ausmaß des Leides überdies auf irgendeine Weise national gewürdigt werden. Französische Familien verlangten, dass ihre Angehörigen auf den Kirchhöfen ihrer Heimatdörfer begraben wurden. Die Regierung gab schließlich dem öffentlichen Druck nach, der Staat zahlte Exhumierung und Umbettung von 300 000 identifizierbaren Toten. Eine Prozedur von ungeheurem logistischem und bürokratischem Aufwand, nur zu bewerkstelligen, weil die toten französischen Soldaten überwiegend im eigenen Land

gefallen waren; für andere Nationen war das unmöglich. Der Toten musste dort gedacht werden, wo sie getötet worden waren, wobei Sieger und Besiegte getrennt voneinander beerdigt wurden. Vor allem Franzosen ertrugen die Vorstellung nicht, dass ihre Angehörigen neben Deutschen lagen. Wo also deutsche Tote neben französischen und britischen lagen, wurden jene exhumiert und auf gesonderten Friedhöfen erneut beigesetzt. So entstanden die riesigen Soldatenfriedhöfe auf oder nahe den ehemaligen Schlachtfeldern, von jedem Land auf eigene, einheitliche

Weise angelegt. Die Friedhöfe symbolisierten unsterbliches Heldentum und Aufopferung für die Nation. Sie berührten außerdem die Volksfrömmigkeit, weckten das Gefühl, dass die Opfer nicht vergebens waren und die Gefallenen wieder auferstehen würden in die Gegenwart Gottes. Unter den weißen, in engen Reihen auf gepflegten Rasenflächen stehenden, identischen Grabsteinen britischer Friedhöfe lag hie und da auch ein Toter, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, begleitet von der einfachen Inschrift: »Known unto God«. Indem man die

sterblichen Überreste eines unbekannten Soldaten heimbrachte und in einer nationalen Gedenkstätte bestattete, schuf man bald einen Kristallisationspunkt kollektiver nationaler Trauer. Feierlich und mit großem Pomp bestatteten die Franzosen 1920 einen »Unbekannten Soldaten« unter dem Arc de Triomphe in Paris, die Briten taten dasselbe in der Westminster Abbey in London. Wenig später folgten Italien, Belgien und Portugal diesen Vorbildern.

Was für das nationale Gedenken an die Gefallenen der Westfront möglich war, fand im Osten keine

Entsprechung. Kein einziges Denkmal wurde in Russland errichtet. Dort ging der Krieg direkt über in die Revolutionskämpfe und in einen entsetzlichen Bürgerkrieg mit noch größeren Verlusten. Mit dem Sieg der Bolschewiki trat der Erste Weltkrieg – den diese nur als Konflikt raubgieriger imperialistischer Mächte betrachteten – hinter dem Heldenmythos des Bürgerkriegs zurück. Ideologische Erfordernisse hatten Vorrang, im kollektiven Gedächtnis war für den Ersten Weltkrieg kein Platz.

Anders als in westlichen

Siegernationen konnte sich dort auch im Gedenken an die Gefallenen kein Gefühl nationaler Geschlossenheit einstellen, wo der Krieg verloren wurde, wo er umstritten gewesen war und nicht nur in ein militärisches Desaster mit immensen Verlusten an Menschenleben geführt hatte, sondern auch zu ungeheuren politischen Umbrüchen und ideologischen Auseinandersetzungen. Erst 1931 wurde in Berlin ein nationales Ehrenmal für die Gefallenen eingeweiht (freilich waren dem zahlreiche örtliche Kriegerdenkmale vorangegangen). Der Streit um die Bedeutung des

Konflikts und um die Niederlage wurde in Deutschland viel zu erbittert geführt, als dass ein Gedenken an den Krieg irgend hätte Einheit stiften können. Am einen Ende des Spektrums öffentlicher Emotionen lagen Trauer, das Entsetzen über die vielen Kriegsoffer, die pazifistische Ablehnung des Krieges – auf bewegende Weise bildhaft gemacht in einer Doppelskulptur, die Käthe Kollwitz während des Krieges entworfen hat und die über ein Jahrzehnt später ausgeführt wurde: Aufgestellt auf einem belgischen Friedhof, zeigt sie ein Elternpaar, das

den Tod seines Sohnes betrauert. Am anderen Ende des Spektrums dominierten das Gefühl nationaler Demütigung, der Groll über die Niederlage und die sie begleitende Revolution; die positiv besetzte Erinnerung an den Kriegsheroismus verband sich hier mit Hoffnungen auf eine nationale Auferstehung und Wiedergeburt. Solche Gefühle verdichtete der »Mythos von Langemarck«. In der Nähe dieses flämischen Dorfes mit dem deutsch klingenden Namen hatten gleich nach Kriegsbeginn, im Herbst 1914, zwischen 20 000 und 25 000 eilig rekrutierte und schlecht ausgebildete

junge deutsche Kriegsfreiwillige in einem aussichtslosen Gefecht mit den Briten ihr Leben verloren. Durch die deutsche Propaganda hatte dieser im Grunde sinnlose Verlust einen bleibenden legendären Status erlangt, war zum Ausweis von Opferwillen und Heldenmut der Jugend geworden, der notwendigen Grundlage nationaler Erneuerung. Der Mythos der Gefallenen blieb zentrales Thema in den ideologischen Auseinandersetzungen Deutschlands, die in den 1930er Jahren zu einem verhängnisvollen Ende kamen.

Die Schrecken des Krieges machten aus vielen Menschen

Pazifisten. So etwa aus dem sozialistischen Schriftsteller Ernst Toller, in dessen 1933 erschienener Autobiographie es heißt: »Der Krieg ließ mich zum Kriegsgegner werden, ich hatte erkannt, dass der Krieg das Verhängnis Europas, die Pest der Menschheit, die Schande unseres Jahrhunderts ist.« Über ihre Abscheu gegen Kriegstod und Leid, ihre Verzweiflung über den Verlust ihres Verlobten, ihres Bruders und zweier enger Freunde wurde die englische Schriftstellerin Vera Brittain zur Pazifistin, Sozialistin und leidenschaftlichen Kämpferin für die Rechte der Frauen. In Frankreich

gründete Madeleine Vernet, vor dem Krieg Leiterin eines Waisenhauses, die »Liga der Frauen gegen den Krieg«, die unterstützt wurde von Feministinnen, von Sozialisten und Kommunisten. Dort fanden, wie in vielen Teilen Europas, die Ideale des Friedens und des Endes der gesellschaftlichen Ungleichheit, wie sie der kapitalistischen Konkurrenz entspringt, offene Ohren. Der idealistisch-unbedingte Pazifismus allerdings überzeugte nur eine Minderheit. Die meisten der heimgekehrten Soldaten waren keine Pazifisten. Sie hatten gekämpft und sie würden es, falls patriotische

Pflicht und Notwendigkeit dies verlangten, schweren Herzens wieder tun. Die überwältigende Mehrheit von ihnen aber wollte Frieden, Sicherheit, wollte Rückkehr zur Normalität und eine bessere Zukunft, ohne Krieg. Die große Mehrzahl wünschte sich, zu ihren Höfen, ihren Arbeitsplätzen, in ihre Dörfer und Städte, vor allem zu ihren Familien zurückzukehren. Dies war die weithin verbreitetste Reaktion – jedenfalls in Westeuropa –, als die Menschen auf unterschiedliche Weise versuchten, ihre Leben wieder aufzubauen, die in vielen Fällen durch diesen entsetzlichen Konflikt

aus dem Lot geraten waren. »Nie wieder Krieg« – diese Hoffnung und Überzeugung teilten viele, sie entsprang den Schrecken des Geschehenen.

Kämpfer der Konterrevolution

Nicht alle indes empfanden so. Es gab ein vollkommen anderes, konkurrierendes Vermächtnis der großen europäischen Katastrophe – eines, das den Krieg verherrlichte, das Gewalt und Hass begrüßte. Viele

wollten nicht wahrhaben, dass der Krieg im November 1918 zu Ende war. Der durch Niederlage, Revolution und Sieg des Sozialismus erlebte Kulturschock, dazu paranoide Ängste vor dem »Roten Terror«, wie sie Flüchtlinge, die dem Russischen Bürgerkrieg entkommen waren, in Horrorgeschichten verbreiteten, nährten eine brutale Mentalität, der Ermordung und Verstümmelung all jener, die man dafür verantwortlich machte, zur Pflicht, zur Notwendigkeit und zum Vergnügen wurden – zu einem normalen Lebensstil.

Ein unbekanntes, beängstigendes

Niveau heftiger politischer Gewalt prägte weite Teile Nachkriegseuropas, auch der Nordwesten des Kontinents war nicht davon ausgenommen, wie das hohe Gewaltniveau in Irland zwischen 1919 und 1923, während des irischen Kampfes um Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft, belegt – konfessionell motivierte Morde gehörten ebenso dazu wie die willkürlichen Grausamkeiten britischer Paramilitärs (der *Black and Tans*) und schließlich, 1922/23, ein kurzer, aber blutiger Bürgerkrieg. Der »Osteraufstand« gegen die britische Herrschaft war 1916 rasch

unterdrückt worden, was allerdings verbunden war mit kontraproduktiver Brutalität gegenüber Gefangenen sowie der Exekution von Anführern des Aufstands und daher bleibende Verbitterung hinterließ. Das mündete in den Guerillakrieg, in dem die Irish Republican Army (IRA) von 1919 an mit viel terroristischer Gewalt für die irische Unabhängigkeit kämpfte. Die Briten reagierten mit dem Einsatz der Black and Tans, rund 9000 Exsoldaten, benannt nach ihren improvisierten Uniformen – im dunklen Grün der Polizei (also nicht wirklich schwarz) und in den

Khakifarben der Armee –, ergänzt durch 2200 ehemalige Offiziere, welche die Auxiliary Division der Royal Irish Constabulary bildeten, auch sie eine Truppe, die den Hass irischer Nationalisten auf sich zog. Die Gräueltaten der Black and Tans und der Auxiliary Division – Vergewaltigung, Folter, Mord, Niederbrennen von Häusern mutmaßlicher Aufständischer – trugen viel dazu bei, die anglo-irischen Beziehungen für Jahrzehnte zu vergiften. Von ihren Aktionen war selbst ein Oswald Mosley angewidert, der mehr als zehn Jahre später die British Union of Fascists

anführen sollte. Die Gewalttaten waren tatsächlich abscheulich – ein bleibender Schandfleck der britischen Geschichte.

Doch innerhalb Nordwesteuropas bildete Irland eine Ausnahme – und eine Ausnahme auch innerhalb des Vereinigten Königreichs. Die britische Regierung hatte Irland immer als eine Art Kolonie betrachtet, die anders zu behandeln sei als andere Teile der Britischen Inseln. Extreme Formen repressiver Gewalt waren ansonsten auf die kolonialen Besitzungen Großbritanniens beschränkt. (So wie im indischen Amritsar die

Erschießung mehrerer Hundert unbewaffneter Demonstranten durch britische Soldaten unter General Reginald Dyer im April 1919, als der Kampf für die Unabhängigkeit Indiens, durch Mahatma Gandhi inspiriert, an Unterstützung gewann.) In der Heimat, auf der britischen Hauptinsel, waren die Nachkriegswirren nirgends so groß, dass sie in eine Revolution umzuschlagen drohten, wenngleich in Großbritannien und Frankreich 1919 und 1920 Truppen des Heimatschutzes eingesetzt wurden, um Streiks niederzuschlagen. Der Staat konnte soziale und politische

Unruhen eindämmen, niemals gerieten diese an einen Punkt, an dem sich eine revolutionäre Dynamik entwickelte. Ein Jahrzehnt später kam es in Frankreich unter anderen Umständen zur paramilitärischen Mobilisierung, vergleichbare Unruhen hat Großbritannien nie erlebt.

Ganz anders dagegen lagen die Dinge in Südeuropa. Zunehmende politische Gewalt war einer der Gründe für den Aufstieg des italienischen Faschismus bis 1922 und für die Errichtung einer Militärdiktatur in Spanien im Jahr darauf. In Südosteuropa setzte sich in

den ersten Nachkriegsjahren die extreme Gewalt fort, die dort dem Ersten Weltkrieg bereits lange vorausgegangen und die 1915 in den Deportationen und Massakern an Hunderttausenden Armeniern kulminierte war. Zu schlimmsten Gewalttaten kam es im September 1922, als die Türken, nach drei Jahren griechischer Besatzung, die multiethnische Hafenstadt Smyrna an der türkischen Westküste (heute Izmir) zurückeroberten, die von Griechen und Armeniern bewohnten Stadtteile in Brand setzten und Zehntausende Bewohner niedermetzten. Erst 1923 ließen die

Griechen von ihren katastrophalen Versuchen ab, das eigene Territorium um die Westtürkei zu erweitern, und die in dieser Region endemische Gewalt flaute ab. In demselben Jahr ratifizierte der Vertrag von Lausanne einen Bevölkerungsaustausch (tatsächlich waren es Vertreibungen, die bereits seit 1922 im Gange waren, die größten vor dem Zweiten Weltkrieg), zugleich wurden die Grenzen der im Oktober von Mustafa Kemal Atatürk ausgerufenen Türkischen Republik international anerkannt. Der Vertrag von Lausanne lief auf den ersten Fall einer international vereinbarten

umfangreichen ethnischen Säuberung hinaus. Es war die größte in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, in deren Verlauf insgesamt über eine Million Griechen aus der Türkei (die meisten von ihnen waren bereits im Jahr zuvor aus Anatolien geflohen) und 360 000 Türken aus Griechenland vertrieben wurden.

Das Epizentrum der neuen konterrevolutionären Gewalt, die extremer war als alles, was hier seit dem Dreißigjährigen Krieg erlebt worden war, lag jedoch in Mittel- und Osteuropa. Ganze Gesellschaften waren brutalisiert, nicht nur die heimkehrenden Soldaten, die das

Morden jahrelang miterlebt,
mitgemacht hatten und an
Blutvergießen und Leid gewöhnt
waren. Verbrannte Erde zu
hinterlassen sowie die Deportation
von Zivilisten waren an der Ostfront
Elemente der Kriegführung gewesen.
Dort endete das Kämpfen dann auch
nicht im November 1918, ohne
Unterbrechung gingen diese Kämpfe
vielmehr über in heftige
Grenzkonflikte um Polen sowie in
den Russischen Bürgerkrieg – die
Schrecken dieser Kämpfe sandten
Schockwellen durch ganz Ost- und
Mitteleuropa.

Zu verhindern, dass sich der

Bolschewismus auch in ihren Heimatländern verbreitete, war ein wesentliches Motiv vieler Konterrevolutionäre, von denen einige bereitwillig an antibolschewistischen Feldzügen im Baltikum und anderswo teilnahmen. Doch die Gewalt dort war nicht einfach eine Reaktion auf das, was in Russland vor sich ging. Die linksgerichteten Revolutionen, die durch die Länder der besiegten Mittelmächte fegten, stießen überall auf Widerstand. Inmitten des politischen Chaos gewannen bewaffnete paramilitärische Organisationen an Stärke.

Ausnahmslos hatten deren Anführer den Ersten Weltkrieg und das Gemetzel an der Front miterlebt, häufig im Osten. Was die meisten Europäer entsetzt hatte, war diesen Männern eine berauschende Erfahrung gewesen. Sie heroisierten das Kämpfen und rühmten das Morden. Als sie aus dem Krieg nach Hause kamen, gerieten sie in eine Welt, die sie nicht verstanden; in eine Welt, die – wie es einer dieser Männer ausdrückte – »auf den Kopf gestellt« war. Sie fühlten sich betrogen oder sahen schlichtweg keine Zukunft für sich. Eine Rückkehr jedenfalls ins häufig von

Armut geplagte, zivile Alltagsleben war für sie unvorstellbar. Viele, die so empfanden, nahmen ihren Weg in die rassistische Gewalt paramilitärischer Gruppen, wie sie vor allem zwischen Deutschlands Osten und dem Westen Russlands aufflammte, vom Baltikum bis auf den Balkan. Den deutschen Freikorps, von der Regierung finanzierten Freibeutern, die oft von Adligen geführt wurden, sollen sich, so wird geschätzt, zwischen 200 000 und 400 000 Männer angeschlossen haben. Sie agierten dort, wo Grenzkonflikte, radikaler ethnischer Nationalismus, die Bedrohung durch den

Bolschewismus und ein tiefsitzender Hass gegen Juden eine wirkmächtige Mixtur gewaltsamer Emotionen erzeugten.

Etwa ein Viertel der 225 000 deutschen Offiziere, die 1918 heimkehrten – vornehmlich Angehörige niedriger Ränge, die der Mittelschicht entstammten –, trat der einen oder anderen paramilitärischen Freikorps-Einheit bei. Dasselbe tat eine große Zahl arbeitsloser ehemaliger Soldaten und Landarbeiter, die darauf hofften, im Osten ein Stück Land zu erwerben, und sich in der Zwischenzeit mit dem begnügten, was sie plündern

konnten. Nach Zahlen übertroffen allerdings wurden die Veteranen von jungen Aktivisten, die, zu jung, um im Krieg selbst gekämpft zu haben, dennoch die Mentalität derer teilten, die sich im Frieden nicht zurechtfinden — die Kriegsjugendgeneration, aufgewachsen mit militaristischen Werten und der Hoffnung auf nationale Glorie.

Die paramilitärischen Rekruten suchten Kameradschaftsgeist, suchten die Gemeinschaft der Schützengräben, Männerbünde, wollten die pure Erregung des bewaffneten Kampfes hochhalten

oder neu beleben. Sie erinnerten oder imaginierten ein Gefühl der Verbundenheit, des patriotischen Eifers, der Verpflichtung auf eine Sache, für die zu kämpfen und zu sterben sich lohnt. Eine solche Einstellung vergrößerte die Verbitterung nur, die sie gegenüber jenen empfanden, die in ihrer Wahrnehmung zwar ungeheure Menschenopfer eingefordert, dann aber nicht Sieg und Ruhm, sondern Niederlage und Schmach gebracht hatten. Das peitschte ihre Rachsucht enorm auf gegen alle, die sie verantwortlich machten für den Verlust von Teilen ihres Heimatlands,

und gegen jene, die ihrer Ansicht nach eine Welt erschufen, die allem widersprach, wofür sie standen – eine Welt nämlich, die sie geprägt sahen von Durcheinander, fehlender Autorität, Ungerechtigkeit, Chaos (als dessen Urheber sie »die Roten« betrachteten) und »effeminierter« Demokratie. Extreme Gewalt war ihre Antwort.

Dieser neuerliche Gewaltausbruch besaß keine klare, keine kohärente Ideologie. Habgier, Neid, der Drang nach materieller Bereicherung, das Verlangen, sich Land unter den Nagel zu reißen, all das spielte eine Rolle. Die Gewalt entsprang eher einem

ungebremsten Aktivismus als einer vorgefassten Vorstellung von einer künftigen Gesellschaft oder Staatsform. Gleichwohl war sie ideologisch fundiert. Die Gewalt war zielgerichtet, nicht wahllos, gerichtet gegen die revolutionären Kräfte – den »Feind im Innern« –, der die Werte zu zerstören drohte, die diese Männer rein erhalten wollten.

Die inneren Feinde, das waren allen voran Kommunisten, Sozialisten und, nicht zuletzt, Juden, wobei diese drei Gruppen für viele Kämpfer der Konterrevolution eine Einheit bildeten. Wenn sie mitbekamen, dass Juden in den revolutionären

Bewegungen eine prominente Rolle spielten – in Russland unter anderen Leo Trotzki, in Ungarn Béla Kun, Victor Adler und Otto Bauer in Österreich, Kurt Eisner und Rosa Luxemburg in Deutschland, dazu mehrere Wortführer der kurzlebigen Münchner Räterepublik vom April 1919 –, dann bestätigte sie dies in ihren Phantasien einer »jüdischen Weltverschwörung«, der geplanten Unterwanderung von europäischer Kultur, Moral und politischer Ordnung; Phantasien, die von den *Protokollen der Weisen von Zion* angestoßen wurden, jenem in der Vorkriegszeit von der zaristischen

Polizei fingierten Pamphlet. Juden hatten die Russische Revolution als Vorboten ihrer Befreiung begrüßt. Große Hoffnungen setzten sie in eine sozialistische Zukunft ohne Diskriminierung und Verfolgung, schlossen sich darum auch in unverhältnismäßig großer Zahl der revolutionären Bewegung an und spielten eine bedeutende Rolle in der sowjetischen Verwaltung und Polizei. 1919 waren nicht weniger als drei Viertel beispielweise der Kiewer Tschekisten, der politischen Polizei, Juden. In Osteuropa führte das zur Gleichsetzung von Juden mit dem Bolschewismus, dabei waren die

meisten von ihnen tatsächlich keine Revolutionäre. Die Juden sollten einen furchtbaren Preis bezahlen.

Viele Soldaten hatten die giftige antisemitische Propaganda aufgesogen, die von den Mittelmächten und den Russen in den Schützengräben verbreitet worden war, als die Lage immer elender wurde und eine Niederlage immer wahrscheinlicher. Die chaotischen Verhältnisse, die in Mittel- und Osteuropa auf den Krieg folgten, gingen einher mit einer Welle antijüdischer Gewalt. »Die Juden sind überall verhasst«, schrieb ein russischer Soziologe 1921, »sie

werden von allen Menschen, ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit oder Bildung, ihrer politischen Überzeugung, ihrer Gesinnung, ihrer Rasse oder ihres Alters gehasst.« Der Hass gegen Juden sei »eines der auffallendsten Merkmale des heutigen russischen Lebens, möglicherweise das auffallendste überhaupt«.

Der Bürgerkrieg führte zu einer Welle antisemitischer Gewalt, am schlimmsten in der Ukraine. Dort wurden in rund 1300 Pogromen zwischen 50 000 und 60 000 Juden getötet. Auch die weiterhin heftigen Kämpfe zwischen Ukrainern und

Polen in Ostgalizien führten zu antijüdischen Gewalttaten in über 100 Gemeinden, etwa in Lwów (Lemberg), wo beim Einmarsch der Polen im Juli 1919 im Zuge eines großen Pogroms 70 Juden umgebracht wurden.

Ähnliches trug sich in Ungarn zu, wo nach dem Zusammenbruch des kurzlebigen kommunistischen Regimes von Béla Kun im August 1919 ebenfalls antijüdische Gewalt tobte. Wie intensiv der Hass auf die Juden war, wie sie mit dem Bolschewismus gleichgesetzt wurden, kann man sich vorstellen, wenn man die Bemerkungen einer ansonsten

kultivierten und charmanten ungarischen Aristokratin liest, die Ethel Snowden im Sommer 1919 festgehalten hat:

Wenn es nach mir ginge, ich würde jeden Bolschewiken töten; und sie würden keinen leichten Tod sterben. Ich würde sie auf niedriger Flamme rösten. Denk nur daran, was diese dreckigen Juden einigen unserer besten Männer angetan haben. Und all meine Kleider und Juwelen sind weg! ... Irgendeine grässliche kleine Jüdin streift

just in diesem Moment [meine
wunderschönen weißen
Stiefel] über ihre hässlichen
Füße, da bin ich mir sicher.

Angesichts einer solchen Mentalität
sind die Gräueltaten, die in Ungarn
während der Nachkriegswirren an
Juden begangen wurden, kaum
überraschend. Über 3000 Juden
wurden, einem Bericht von 1922
zufolge, in den Landesteilen westlich
der Donau umgebracht.

Selbst in der neuen tschechischen
Republik, ansonsten unter den
Nachfolgestaaten des
Habsburgerreichs ein Leuchtfeuer

sich entfaltender demokratischer Freiheit, kam es zu Pogromen; Studentenunruhen zwangen den jüdischen Rektor der Prager Universität 1922 zum Rücktritt. In Deutschland wiederum und in Österreich gab es keine Pogrome. Doch die brachiale antisemitische Rhetorik tat das ihre, um die Atmosphäre zu vergiften. Und so kam es zu einer Reihe von Morden an Juden in politisch führenden Positionen, unter den Opfern waren Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident (1919), und Walther Rathenau, der Reichsaußenminister (1922).

Die Gewalt der Konterrevolutionäre kannte kaum Grenzen, ausnahmslos übertraf sie die revolutionäre Gewalt, die zu bekämpfen sie vorgab, um ein Vielfaches. Der »Rote Terror« in Österreich kostete Schätzungen zufolge fünf Menschen das Leben, bis zu 200 Menschen in Deutschland, zwischen 400 und 500 Menschen in Ungarn. Die konterrevolutionäre Gewalt dagegen forderte in Österreich mindestens 850 Opfer. Bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik Ende April 1919 ließen 606 Menschen das Leben, darunter 335 Zivilisten. Und in Ungarn tötete

der »Weiße Terror«, der nach dem Zusammenbruch von Béla Kuns Räteregime in Budapest tobte, rund 1500 Menschen, mindestens dreimal so viele, wie zuvor durch Gewalt der Roten gestorben waren.

»Pardon wird nicht gegeben. Wir erschießen sogar die Verwundeten«, schrieb ein Student und Freiwilliger 1920 an seine Eltern, nachdem er an der Niederschlagung des Ruhraufstands teilgenommen hatte. »Wir schlachteten jeden ab, der uns in die Hände fiel ... In unseren Herzen blieb kein menschliches Gefühl zurück«, erinnerte sich ein anderer junger Deutscher, der 1919

an paramilitärischen Kämpfen im Baltikum beteiligt war. Rudolf Höß, der Mann, der später als Kommandant von Auschwitz ein beispielloses Programm systematischer Massentötung leitete, behielt die Kämpfe im Baltikum als grauenvoller im Gedächtnis als irgendetwas, das er während des Ersten Weltkriegs erlebt hatte: »Wo es zum Zusammenstoß kam, wurde es eine Metzelei bis zur restlosen Vernichtung.« Das Baltikum und Oberschlesien, wo es zwischen 1919 und 1921 zu erbitterten Kämpfen zwischen Polen und Deutschen kam, waren Schauplätze eines riesigen Blutvergießens durch

Paramilitärs, mit möglicherweise bis zu 100 000 Toten.

Nach 1923 schwoll die Welle paramilitärischer Gewalt plötzlich ab. Diejenigen jedoch, die an der Spitze der Gewaltaktionen gestanden hatten, veränderten sich nicht, weder in ihrem Charakter noch in ihrer Einstellung, auch wenn sie sich zunächst dem Wandel der Zeiten anpassen mussten. Vielen sollten sich neue Möglichkeiten erschließen in den faschistischen Bewegungen, die während der 1930er Jahre in ganz Europa Zulauf fanden. Und in den Regionen mit der größten Nachkriegsgewalt sollte sich noch

weit Schlimmeres ereignen – in nicht geringem Maß als Reaktion auf die erfolgreiche Etablierung des Sowjetkommunismus in Russland.

Der Bolschewismus triumphiert

Es war unausweichlich, die bolschewistische Revolution von 1917 konnte von denen nicht kampflos akzeptiert werden, die nun fürchteten, um ihr Land oder anderes Eigentum gebracht zu werden. Das Ergebnis war ein Bürgerkrieg von

unvorstellbarer Grausamkeit, ein Blutvergießen, das drei Jahre tobte und über sieben Millionen Männer, Frauen und Kinder das Leben kostete, rund viermal mehr Menschen, als Russland im Ersten Weltkrieg verloren hatte; die meisten von ihnen waren Zivilisten. Unzählige Menschen starben an Hunger und damit verbundenen Krankheiten, zusätzlich zu den Opfern von Kämpfen, Terror und Repression.

Der Bürgerkrieg entwickelte sich als eine Folge von Kriegen, die lose miteinander verbunden waren durch das gemeinsame Ziel der »Weißen«, der konterrevolutionären Kräfte, das

neue Sowjetregime im Keim zu ersticken. Der Krieg hatte eine internationale Dimension. Die »Weißen«, geführt vor allem von ehemaligen hochrangigen zaristischen Offizieren und Kosaken, wurden von den Alliierten durch Soldaten, Waffen und logistische Hilfe unterstützt. Ungefähr 30 000 tschechische, amerikanische, britische, italienische und französische Soldaten verstärkten die Weiße Armee, die 1919 von Sibirien aus nach Westen vorstieß. Die Alliierten lieferten den Weißen Munition in einer Menge, die der gesamten sowjetischen Produktion

dieses Jahres entsprach. Danach aber ließ die Unterstützung aus dem Ausland nach, sie hatte geringere Bedeutung, als es sowjetische Darstellungen des Bürgerkriegs später behaupteten. Eine Zeit lang, vor allem im Jahr 1919, war der Ausgang des Bürgerkriegs alles andere als gewiss. Bis Ende 1920 aber hatten die Bolschewiki ihre Macht über nahezu das gesamte, riesige Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches erfolgreich verteidigt. In seinen letzten Phasen ging der Bürgerkrieg über in den Krieg, den die immer erfolgreichere Rote Armee 1920 gegen die polnische Armee

unter Marschall Józef Piłsudski führte. Nachdem die Polen endgültig aus Kiew (das während des Bürgerkriegs ein Dutzend Mal aus den Händen einer Partei in die der anderen geriet) vertrieben worden waren, die Rote Armee wiederum im August von Piłsudskis Streitkräften vor den Toren Warschaus zurückgeschlagen wurde, kam es im Herbst 1920 zum Waffenstillstand und einer Vereinbarung, die Polens Grenze zum Sowjetstaat nach Osten verschob. Der im März 1921 geschlossene Vertrag von Riga schrieb den neuen Grenzverlauf fest – zumindest bis zum nächsten großen

Krieg.

Die antisowjetischen Feldzüge, die ihren Höhepunkt 1919 erreichten, fanden größtenteils in Randgebieten des ehemaligen Russischen Reiches statt. Dass die Roten schließlich den Sieg errangen, hatte mehrere Gründe: Sie beherrschten Russlands großes Kerngebiet, waren besser organisiert, kämpften absolut skrupellos, hinzu kamen die Differenzen zwischen ihren Gegnern. Das riesige Gebiet verschaffte den Roten Zugriff auf enorme Reserven an Kämpfern (die auf dem Land mit gehörigem Terror rekrutiert wurden) und auf Lebensmittel, die einer zunehmend

aufsässigen, dann brutal eingeschüchterten Bauernschaft rücksichtslos abgepresst wurden. Dies ermöglichte den raschen Aufbau der Roten Armee, die von gerade 430 000 Mann im Oktober 1918 bis Ende 1920 auf 5,3 Millionen anwuchs. Diese riesige Massenarmee war schlecht ausgerüstet, dürftig ernährt, oft undiszipliniert; geführt wurde sie von 75 000 ehemaligen Offizieren der zaristischen Armee, die rücksichtslos für Disziplin sorgten. Doch die Rotarmisten kämpften eben auch um die Verteidigung der Revolution und waren den zudem zahlenmäßig

schwächeren und weniger geschlossenen Streitkräften der Weißen insofern weit überlegen. Die Popularität des Sowjetstaats (die vor allem auf dem Versprechen einer Landreform für die überwiegend bäuerliche Bevölkerung beruht hatte) mochte rapide sinken, die Bolschewiki hatten ihre Vormacht gesichert: durch Unterdrückung oppositioneller Parteien und schonungslosen Terror gegen jeden, der Widerstand leistete, und so gab es kaum eine andere Möglichkeit, als sich zu fügen.

Dem gesellschaftlichen Programm der Bolschewiki hatten die Weißen

ohne dies kaum etwas
entgegenzusetzen. Ihre Führung,
konservative russische Nationalisten,
deren einziges Ziel darin zu bestehen
schien, die Uhr in die
vorrevolutionäre Zeit
zurückzudrehen, vermochte es nicht,
in größerem Umfang Unterstützung
nicht-russischer Nationalisten an der
Peripherie zu gewinnen. Die Ukraine
beispielsweise hatte eine Bevölkerung
von etwa 32 Millionen Menschen,
größtenteils Bauern und glühende
ukrainische Nationalisten, die für die
großrussische Sache nicht zu
mobilisieren waren. Den Weißen
fehlte nicht nur ein überzeugendes

Programm, auch organisatorisch waren sie schwächer als die Sowjets. Sie konnten nur kleinere Armeen aufstellen, die überdies an schlechter Kommunikation krankten und keine koordinierte militärische Strategie verfolgten. Gleichwohl, der Ausgang des Bürgerkriegs stand keineswegs von vornherein fest. Immerhin dauerte es drei Jahre, bis sich die Rote Armee nach erbittertsten und blutigsten Kämpfen ihres klaren Sieges sicher sein konnte. Aber es hätte allen Wahrscheinlichkeiten widersprochen, hätte sich der Bolschewismus am Ende nicht doch durchgesetzt.

Der Bürgerkrieg war zu Ende, aber die Sowjetwirtschaft ruiniert. Im Vergleich mit 1913 war die industrielle Produktion um über 66 Prozent zurückgegangen, die Agrarproduktion um 40 Prozent. Auch politische Probleme gab es zuhauf. Anfang 1921 rebellierten im Zuge einer extremen Lebensmittelknappheit – die auf die Kappe der Bauern ging, die ihre Erzeugnisse horteten – die Industriearbeiter in Russlands Großstädten, den Machtbasen der Bolschewiki, gegen die Gewaltmethoden des Regimes. In Moskau und Petrograd musste im

Februar (nach dem neuen russischen Kalender) wegen der massenhaften Streiks das Kriegsrecht verhängt werden. Die Bedrohung des Regimes wuchs, im März 1921 erreichte sie einen kritischen Punkt mit einer Meuterei von Matrosen – 1917 noch begeisterte Anhänger der Bolschewiki – im Marinestützpunkt von Kronstadt, vor den Toren Petrograds. Das Regime reagierte mit äußerster Härte. Trotzki warnte die rebellierenden Seeleute: Sie würden, sollten sie sich nicht binnen 24 Stunden ergeben, niedergeschossen »wie Rebhühner«. Die Rebellen leisteten weiter

Widerstand, und der
Volkskommissar für das Kriegswesen
stand zu seinem Wort.
50 000 Rotarmisten stürmten in einem
Großangriff die Festung Kronstadt.
Nach 18-stündigen Gefechten brach
die Revolte zusammen. Über
10 000 Männer waren tot,
aufständische Seeleute und
Rotarmisten. Tausende Rebellen mehr
wurden exekutiert oder in
Konzentrationslager gebracht.

Der Aufstand einst glühender
Anhänger hatte die
bolschewistischen Führer bis ins
Mark getroffen. Das war eine
Warnung, aber das Regime hatte die

größere Herausforderung erst noch zu bestehen. Es musste die breite Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen: die Bauern, deren Ablehnung der bolschewistischen Agrarpolitik sich verschärft hatte. Um die Unterstützung der Bauern zu gewinnen, hatten die Bolschewiki unmittelbar nach der Revolution ein Gesetz zur Sozialisierung des Grund und Bodens verabschiedet, eine Bodenreform, mit der das Land auf die Bauern verteilt wurde. Doch das Regime ließ ihre Erzeugnisse während des Bürgerkriegs gewaltsam beschlagnahmen, es hatte erste Versuche unternommen, die

Landwirtschaft zu kollektivieren, und das hatte die Bauern rebellisch gemacht. In den Kollektiven arbeiteten sie unproduktiv; die Bauern säten bewusst weniger; allerdings ließen die erzwungenen Getreideabgaben manchmal kaum Saatgut für die Aussaat übrig. Die Folge war die Hungersnot von 1921/22. In zahlreichen Regionen brachen Bauernaufstände aus, mitunter begleitet von grauenvollen Gewalttaten gegen örtliche Bolschewiki. Lenin hielt die Bedrohung, die von den Bauernaufständen ausging, für gefährlicher für das Regime als den

Widerstand der Weißen im Bürgerkrieg, und so wurden im Sommer 1921 die Bauernunruhen brutal niedergeschlagen. Tausende von Bauern wurden erschossen, Zehntausende in Lager gebracht. Doch es reichte nicht aus, den Knüppel zu schwingen. Durch Zwang allein, das hatte der Bürgerkrieg gezeigt, wuchs kein Getreide.

Die Bolschewiki hatten die bäuerliche Mehrheit der Bevölkerung, von deren Mithilfe sie abhängig waren, politisch völlig gegen sich aufgebracht, dabei waren sie dringend auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

angewiesen – Grund genug für eine Kehrtwende des Regimes. Lenin entwickelte den Plan, durch eine »Neue Ökonomische Politik« die zunehmend rebellische Bauernschaft auf die Seite der Partei ziehen; eingeführt wurde das Programm auf dem Zehnten Parteitag der KPdSU im März 1921. Die Kontrolle der Partei über die Landwirtschaft wurde gelockert, auch die Marktwirtschaft in bestimmten Wirtschaftsbereichen wieder eingeführt. Die wesentlichen Industriesektoren, Transport, Energieerzeugung und Kommunikationswesen blieben jedoch in Staatsbesitz. Langsam

füllten sich die Läden wieder, auch die Konjunktur belebte sich bald – wenngleich in den Städten großer Zorn herrschte über Profiteure, welche die neuen Bedingungen von Angebot und Nachfrage schamlos ausnutzten.

Bis zu Lenins Tod im Januar 1924 hatte sich die Wirtschaft wiederbelebt und das Regime den schweren Sturm gut überstanden. Trotz der Turbulenzen, die sie erlebt hatte, waren nun alle Teile des Sowjetstaats in der Hand der bolschewistischen Partei. Deren Organisation, von Josef Stalin, dem Generalsekretär des Zentralkomitees

der KPdSU, autokratisch geführt, brachte ein System der Vetternwirtschaft und Korruption hervor. Die Gefolgschaft einer zunehmenden Zahl von Postenjägern und Apparatschiks wurde schlicht eingekauft. In den ersten vier Jahren nach der Revolution hatte sich die Zahl der Bürokraten vervierfacht: auf 2,4 Millionen. Und ein gewaltiger Zustrom an neuen Parteimitgliedern – mit fast 1,5 Millionen Neuzugängen bis 1920, zwei Drittel davon aus dem bäuerlichen Milieu, die auf ein besseres Leben hofften – half den Bolschewiki, ihre Macht zu konsolidieren und ihren Einfluss in

den ländlichen Gegenden auszubauen.

Frühere Idealvorstellungen einer Beteiligung der Bevölkerung an der Regelung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Angelegenheiten durch ihre gewählten Vertreter in den Sowjets, die grundsätzliche Leitung der Produktion durch die Arbeiter selbst, waren notgedrungen neu formuliert worden. Der Kommunismus musste warten, bis utopische Zeiten heraufdämmerten. Bis dahin sollte und konnte die Macht im sozialistischen Staat nur von der Avantgarde des Proletariats ausgeübt

werden, von der Partei. Jede Opposition konnte als »bourgeois« und »reaktionär« abgestempelt werden und war auszuschalten. »Bürgerliches« Recht durfte der gnadenlosen Ausrottung der Klassenfeinde nicht im Weg stehen.

Terror galt den Bolschewiki bei ihrem revolutionären Projekt als unverzichtbare Waffe im Klassenkampf. »Lasst Ströme von bourgeoisem Blut fließen, mehr Blut, so viel wie möglich«, drängte die bolschewistische Presse 1918. Und Lenin schrieb im Juni 1918: »Man muss die Energie und den Massencharakter des Terrors gegen

die Konterrevolutionäre anspornen.«
Zu dieser Strategie gehörte es auch,
den Hass der Klein- und
Mittelbauern, deren Landbesitz zum
Leben nicht ausreichte, gegen
Großbauern, die sogenannten
Kulaken, zu lenken, die als Ausbeuter
hingestellt wurden, oft aber nur
geringfügig bessergestellte Bauern
waren. Indem Lenin sie als
»Blutsauger« beschrieb, die sich »auf
Kosten der durch den Krieg ruinierten
Bauern gemästet« hätten, die »umso
reicher [wurden], je mehr der
Arbeiter in den Städten und Fabriken
gehungert hat ... sich mit dem Blut
der Werktätigen vollgesaugt ... «

hätten, erklärte er die Kulaken zu »tollwütigen Feinden der Sowjetregierung«, gegen die »schonungslos Krieg« geführt werden müsse: »Tod den Kulaken!«

1922, als sich das Regime stark genug fühlte, Religion und religiöse Praxis anzugreifen und den Einfluss der orthodoxen Kirche zu zerstören, forderte Lenin »schonungslos Krieg« auch gegen den Klerus. »Je mehr Vertreter des reaktionären Priesterstands und der reaktionären Bourgeoisie an die Wand gestellt werden, desto besser für uns«, dekretierte er in einem Brief. Bereits die frühe Sowjetunion war ein

Regime, in dem für das herkömmliche Recht kein Platz war und das vielmehr der Tscheka, der geheimen Sicherheitspolizei, uneingeschränkte Macht erteilte. Die Tscheka müsse, so ihr Gründer und Chef Felix Dserschinski, »die Revolution verteidigen und den Feind bezwingen, selbst wenn ihr Schwert gelegentlich auf Unschuldige niedergeht« — eine zynische Untertreibung. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Exekutionen wurden üblich. Wie viele Menschen dem Terror der Tscheka zum Opfer fielen, ist nicht bekannt; Schätzungen gehen von

mehreren Hunderttausend aus, jene eingerechnet, die ins Gefängnis geworfen wurden oder in Lager kamen. Die in den Gefängnissen angewandten Foltermethoden waren absolut grauenhaft.

Die wesentlichen Merkmale der bolschewistischen Herrschaft hatten sich also bereits zu Lenins Lebzeiten herauskristallisiert. Was folgte, war Fortsetzung und logische Konsequenz, keine Verirrung. Solange Lenin lebte, ließen sich die heftigen politischen, ideologischen und persönlichen Konflikte innerhalb der bolschewistischen Führung noch gerade so in Schach halten. Als er

jedoch Anfang 1924 nach langer Krankheit starb, setzte ein langer und erbitterter Machtkampf ein. Sieger war, was allerdings erst allmählich offenkundig wurde, Josef Stalin. Unter seiner Führung sollte eine neue und noch entsetzlichere Phase in der frühen Geschichte der Sowjetunion anbrechen.

Anders, als Europas paranoide Rechten fürchteten, erwies sich der Bolschewismus bald als nicht exportierbar. Lenin und seine Führungsriege hatten zunächst mit einer Ausbreitung der Revolution in ganz Europa gerechnet, mussten während des Bürgerkriegs jedoch

einsehen, dass es dazu nicht kommen würde. Lenin selbst erkannte das spätestens im Herbst 1920, als die Rote Armee vor Warschau von den Polen geschlagen wurde. Die Verhältnisse in Russland waren vollkommen andere als im übrigen Europa. Schon die Weite des Landes – des größten auf der Erde und in seiner Ausdehnung (rund 8000 - Kilometer in Ost-West-, 3000 Kilometer in Nord-Süd-Richtung) weit größer als der Rest Europas zusammengekommen – stellte ganz eigene Anforderungen an die politische Führung. Die zaristische Herrschaft hatte,

einzigartig im Vorkriegseuropa, bis 1906 keinerlei verfassungsmäßige Beschränkung gekannt; die von da an geltende Verfassung war nicht mehr als ein Feigenblatt. Russland war kein Rechtsstaat, besaß keinen repräsentativen Rahmen für eine pluralistische Politik, die zu einer schrittweisen Reform staatlicher Institutionen hätte führen können.

Die Zivilgesellschaft in Russland war, verglichen mit anderen Teilen Europas, schwach. Nur eine kleine besitzende Mittelschicht hatte sich herausgebildet, und mit der Unterdrückung politisch Andersdenkender war eine

Intelligenzija entstanden, die zwar verschwindend klein, aber radikal war. Trotz der rasanten Modernisierung, die in den großen Industriestädten ein verarmtes Proletariat hervorgebracht hatte, war Russland wirtschaftlich zutiefst rückständig geblieben, ein Land, in dem die Bauern – über 80 Prozent der Bevölkerung – hauptsächlich in Gemeinschaften lebten, oft in Schuldknechtschaft, kurz, unter der neofeudalen Herrschaft derer, die das Land besaßen; den Staat und seine Beamten betrachteten die Bauern traditionell mit großer Feindseligkeit. Gewalt, Brutalität und

geringe Achtung vor Menschenleben waren in dieser Gesellschaft tief verankert. Die russischen Bauern waren, wie Lenin richtig festgestellt hatte, eine revolutionäre Klasse, die weder an Besitz noch an die bestehende Ordnung gebunden war. Nirgendwo sonst in Europa traf dies zu, selbst wenn man die in vielen Teilen des Kontinents verbreitete Antipathie der Bauern gegenüber Gutsbesitzern berücksichtigt und die rebellischen Tendenzen unter den Landarbeitern in einigen Regionen Spaniens und Italiens. Russland bot – auch schon bevor die Katastrophen des Ersten Weltkriegs die

Verhältnisse radikalisierten und den Zarismus hinwegfegten – sozial, wirtschaftlich, ideologisch und politisch günstige Grundvoraussetzungen für eine tiefgreifende revolutionäre Umwälzung, die sich andernorts nicht wiederholen ließ.

Nach dem Bürgerkrieg wurde Sowjetrussland zu einem Fremdkörper in Europa, nachgerade unter Quarantäne gestellt, gegen die politischen Hauptströmungen des Kontinents isoliert, und war, derart auf sich selbst gestellt, der ungeheuren inneren Gewalt unterworfen, die während der

folgenden Jahre den Aufbau des Staates und die Modernisierung seiner Ökonomie begleiten sollte. Als etwa eine Million Emigranten, darunter viele ehemalige Anhänger des zaristischen Regimes, in den europäischen Hauptstädten Horrorgeschichten über Sowjetrussland verbreiteten und die auf dem Kontinent ohnehin schon grassierende antibolschewistische Hysterie noch schürten, wurde der Bolschewismus rasch zum gefürchteten und geschmähten Buhmann, zum negativen Fokus für die Politik von Konservativen und radikalen Rechten.

Schon als die Regierungschefs der Siegermächte 1919 in Paris zur Versailler Friedenskonferenz zusammenkamen, um die Landkarte Europas neu zu zeichnen, figurierte Russland nur mehr als Negativgebilde. Sie unterstützten den Versuch, den Bolschewismus militärisch zu vernichten, und waren keineswegs bereit, die Herrschaft der Sowjets diplomatisch anzuerkennen, hatten also auch keine andere Wahl, als die heikle Frage nach Gültigkeit und Verlauf der Grenzen in Osteuropa offenzulassen.

Das große Zerstückeln

Die neue Landkarte Europas nahm Gestalt an und sah völlig anders aus als die von 1914. Vier Reiche – das russische, das osmanische, das österreichisch-ungarische und das deutsche – waren verschwunden (wobei die neue Republik in Deutschland den Namen »Reich« beibehielt, als symbolische Reminiszenz an das historische »Heilige Römische Reich Deutscher Nation«, das bis in die Zeit Karl des Großen zurückreichte). Der Zusammenbruch jener vier Reiche

hatte eine verhängnisvolle Veränderung in den politischen Strukturen Mittel-, Ost- und Südeuropas zur Folge. Zehn neue Nationalstaaten (ab 1923 gehörte auch die Türkei dazu) gingen aus den alten Reichen hervor.

Die Aufgabe, Europas Neuordnung zu gestalten, fiel im Wesentlichen den vier Regierungschefs der Siegermächte zu: dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson, dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, dem britischen Premierminister David Lloyd George und dem italienischen

Ministerpräsidenten Vittorio Orlando. Die Aufgabe, vor der sie standen, als sie im Januar 1919 in Paris eintrafen, um mit der Arbeit zu beginnen, war wenig beneidenswert. Angetrieben von Wilsons Idealismus, hinter dem bewusst das Ziel der weltweiten wirtschaftlichen Vorherrschaft der USA und einer nach amerikanischem Vorbild gestalteten Nachkriegswelt stand, hatten alle vier hochfliegende Ambitionen. Eine bestand darin, durch den Aufbau eines Völkerbunds ein Rahmenwerk zur Wahrung der kollektiven Sicherheit und des internationalen Friedens zu schaffen,

das Europa davon abhalten würde, erneut einen Krieg anzufangen.

Es war ein nobles Ziel. Nach seiner Gründung im Januar 1920 versuchte der Völkerbund, der seinen Hauptsitz in Genf hatte und Ende des Jahres 48 Mitgliedsstaaten vereinte, eine internationale Kooperation zum Schutz ethnischer Minderheiten zu bewirken und alles denkbar Mögliche zu unternehmen, um die humanitäre Krise in Mittel- und Osteuropa zu entschärfen. Am wichtigsten aber war, dafür zu sorgen, dass die Nachkriegsordnung aufrechterhalten wurde – ein Wunschtraum, wie sich bald zeigte. Ohne militärische Mittel

blieben die Vorstellungen von einem wirksamen multinationalen Ordnungsrahmen kollektiver Sicherheit illusorisch. Und obschon es beabsichtigt war, eine wirklich globale Organisation zu schaffen, in der Praxis blieb der Völkerbund eine weitgehend europäische, von den Interessen insbesondere Großbritanniens und Frankreichs beherrschte Angelegenheit. Wilsons politische Widersacher in den Vereinigten Staaten sorgten dafür, dass Amerika, das eigentlich die Schlüsselrolle im Völkerbund hätte übernehmen sollen, diesem erst gar nicht beitrug.

Das zentrale Ideal Wilsons, das den Beratungen in Paris zugrunde lag, hieß »Selbstbestimmung«. Der Begriff war offen für verschiedene Lesarten, und Wilson war es durchaus recht, wenn die Definition vage blieb, nicht zuletzt, weil diese Forderung für den Machterhalt in den Kolonien Folgen haben würde, die für die großen imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich kaum akzeptabel sein konnten. Selbstbestimmung lief, nach Wilsons Vorstellung, im Wesentlichen auf eine aus der Souveränität des Volkes abgeleitete Regierung hinaus – auf das Recht eines Volkes auf einen

eigenen Staat, der sich idealerweise mit der Zeit entwickeln und nicht aus einer gewaltsamen Revolution hervorgehen würde.

In den desaströsen Verhältnissen im Nachkriegseuropa musste sich die Forderung nach Selbstbestimmung – ein revolutionäres Konzept – auf die unmittelbare Zukunft richten, sie war kein langfristiges Bestreben. Tatsächlich waren die Bolschewiki die Ersten gewesen, die dieses Konzept angewendet hatten, doch ihr Interesse an Selbstbestimmung war nur strategisch, nur Mittel zum Zweck. Sie gewährten nationalistischen Bewegungen ihre

Unterstützung, um die bestehenden multinationalen Reiche in Europa zu unterminieren und zu zerstören und damit den Imperialismus generell zu schwächen oder zu stürzen. Stalin jedoch hielt fest: »Es gibt Fälle, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Widerspruch mit einem anderen, höheren Prinzip gerät, dem Recht der zu Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht. In solchen Fällen ... kann und darf das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis für die Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur werden.«

Das war

unmissverständlich: In der entstehenden Sowjetunion sollte die zu zentralisierende Macht des bolschewistischen Staates Vorrang haben vor »nationaler Selbstbestimmung«.

Die Vision von Selbstbestimmung, wie sie den Überlegungen der Friedenskonferenz von 1919 zugrunde lag (zu der die Sowjets nicht eingeladen waren), lief der bolschewistischen Auslegung diametral entgegen. Sie sollte den Rahmen bilden für eine Weltordnung, die auf freiheitlicher Demokratie basierte – auf einer mit öffentlicher Zustimmung gebildeten

Regierung in einem Staat, der auf die Souveränität des Volkes gegründet war. Daraus allerdings ergab sich ein grundsätzliches Problem: Gerade in den instabilsten Teilen des Kontinents wurde der Anspruch auf Volkssouveränität mit einem ethnisch verstandenen Nationalismus begründet; zugleich beherbergten die meisten Gebiete der gestürzten Reiche mehr als eine Nationalität, die Anspruch auf Land, Ressourcen und politische Repräsentation erhob. In den Ländern Westeuropas (wie in den Vereinigten Staaten) hatte der Staat im Lauf der Zeit die Nation geprägt; das Leben mit den staatlichen

Institutionen hatte allmählich ein Nationalbewusstsein geformt. In den größten Teilen Mittel-, Ost- und Südeuropas dagegen war der Prozess umgekehrt verlaufen: Aus gemeinsamer Ethnie, Sprache und Kultur hatten sich ein Nationalbewusstsein und die Forderung nach einem eigenen Staat entwickelt, der – oftmals ausschließlich – die Interessen des eigenen Volkes vertreten sollte. Wenn es aber auf einem Territorium konkurrierende Ansprüche auf einen souveränen Nationalstaat gab: Wie ließen sich dann diese Ansprüche mit der Forderung nach

Selbstbestimmung in Einklang bringen?

Den »Großen Vier« war von Anfang an klar, dass wegen der ethnisch komplexen Zusammensetzung der Regionen Mittel- und Osteuropas nationale Selbstbestimmung nicht zu verwirklichen war. Auch wenn die Friedensstifter ihr Bestes taten, sie konnten nur darauf hoffen, dass sich im Laufe der Zeit funktionierende Nationalstaaten entwickeln würden, in denen ethnische Differenzen überlagert werden würden durch nationale Einheit in einem multiethnischen Staat. Wie immer sie

Europas Grenzen justierten, stets würden sie einige und keineswegs kleine nationale Minderheiten mitumschließen, deren Rechte sich (so dachte man sich das) durch die Möglichkeit zur Anrufung des Völkerbunds schützen ließen. Keiner der neuen Staaten, vom kleinen deutschsprachigen Reststaat Österreich abgesehen, war ethnisch homogen. Beispielsweise sollten 3,5 Millionen Ungarn außerhalb Ungarns leben, viele in einem Gebiet, das nun zu Rumänien gehörte; drei Millionen Deutsche fanden sich in der Tschechoslowakei wieder. Als die neuen Grenzverläufe schließlich

vereinbart waren, hatten sie tatsächlich weniger mit der Selbstbestimmung von Nationalitäten zu tun als damit, einige Gebietsansprüche auf Kosten anderer zu erfüllen und zugleich möglichst wenig Spannung und Feindschaft entstehen zu lassen.

Heftig umstrittene Gebiete gab es fast überall. Forderungen, die sich auf Volkszugehörigkeit beriefen, waren fast ausnahmslos fadenscheinig – ein (manchmal durchsichtiger) Deckmantel für territoriale Ambitionen, die ökonomisch, militärisch oder strategisch motiviert waren.

Forderungen und
Gegenforderungen – zwischen
Griechenland, Bulgarien und Serbien
(alle wollten einen Teil Mazedoniens),
zwischen Griechenland und Italien
(beide beanspruchten Teile
Albaniens), zwischen Rumänien und
Ungarn (beide meldeten Ansprüche
auf Transsilvanien an), zwischen
Polen und Deutschland (die um
Schlesien stritten) –, alle diese
Forderungen wurden mit dem
Lippenbekenntnis zur
Selbstbestimmung gestellt, waren im
Grunde aber nichts weiter als
Versuche herkömmlicher
Expansionspolitik. Von manchen

Gebietsforderungen ließ sich noch nicht einmal behaupten, sie hätten mit Selbstbestimmung zu tun. Das etwa galt für Italiens Ansprüche auf das vorwiegend deutschsprachige Südtirol, auf die fast vollständig slawisch bevölkerte Küste Dalmatiens, auf Teile Kleinasiens, die vornehmlich von Griechen und Türken besiedelt waren, und – was für die Faschisten bald zur *Cause célèbre* werden sollte – auf die kleine Hafenstadt Fiume (heute Rijeka in Kroatien), deren Einwohnerschaft nur zum Teil italienisch war.

Der Versuch, in diesen komplexen Streitfragen zu einer Entscheidung zu

gelingen, verursachte den Großen Vier in Paris Albträume. Unvermeidlich hatten alle neuen Staatsgrenzen etwas Künstliches, Willkürliches. In einigen Fällen – so bei der Tschechoslowakei, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1929 in Jugoslawien umbenannt) und Polen – ging es darum, die bestehende Realität anzuerkennen: Es waren Staaten, die am Ende des Ersten Weltkriegs aus den gestürzten Reichen hervorgegangen waren. In anderen Fällen sollte die Unterstützung der Entente während des Krieges honoriert werden beziehungsweise

bezwungene Gegner bestraft. Rumänien etwa gehörte zu den Hauptbegünstigten, denn sein Territorium wurde verdoppelt, vor allem auf Kosten Ungarns. Ungarn gehörte denn auch, zusammen mit Österreich und Deutschland, zu den großen Verlierern der territorialen Umverteilung in Mitteleuropa.

Der Jubel der Gewinner in dieser Gebietsregelung wurde von der Bestürzung, dem Ärger und dem schwelendem Unmut unter den Verlierern übertroffen. In Italien etwa spielte die Wut wegen Fiume den fanatischen Nationalisten in die Hände. Der protofaschistische

Dichter Gabriele D'Annunzio, der den Ausdruck »verstümmelter Sieg« prägte, um anzudeuten, dass Italien um verdiente Kriegsgewinne betrogen werde, nahm sich der Angelegenheit persönlich an und führte im September 1919 eine zusammengewürfelte paramilitärische Truppe in eine bizarre, 15 Monate währende Besetzung der kleinen Adriastadt. In dem von Italien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im November 1920 unterzeichneten Grenzvertrag von Rapallo wurde Fiume einschließlich seines Hinterlands zum unabhängigen

Freistaat erklärt. Doch die Faschisten, die in Italien an Kraft gewannen, schrieben sich Fiume weiterhin auf ihre Fahne: 1924 wurde die Stadt von Benito Mussolini annektiert.

Als so schwierig sich die Lösung vieler territorialer Fragen auch erwies, die der Krieg hinterlassen hatte und mit denen sich die in Paris versammelten Großen Vier befassen mussten: Ihre eigentliche und vorrangige Aufmerksamkeit galt Deutschland. In ihm sahen sie einhellig den Hauptverantwortlichen für den großen Weltenbrand. Eindeutig schuldig gemacht hatte sich Deutschland in ihrer Sicht mit

dem Einfall in Frankreich (zum zweiten Mal in etwas über 40 Jahren) und mit der Verletzung der belgischen Neutralität und den damit verbundenen Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung. Insofern waren die Fragen der Bestrafung und der Wiedergutmachung der exorbitanten Kriegskosten die dringlichsten Anliegen der alliierten Regierungschefs. Noch entscheidender aber war sicherzustellen, dass Deutschland nie wieder in die Lage gelangen würde, Europa in einen Krieg zu stürzen. Nicht hinreichend gebändigt, könnten Deutschlands Militarismus

und seine industrielle Stärke den Frieden erneut gefährden. Andererseits war Deutschlands wirtschaftliche Bedeutung für ein zukünftiges Europa nicht zu leugnen. Und würde man Deutschland gar zerschlagen (eine Idee, die insbesondere in Frankreich Anklang gefunden hätte), öffnete man möglicherweise dem Bolschewismus den Weg in die Mitte Europas.

Ein Problem der Alliierten war, dass viele Deutsche nicht anerkannten, dass ihr Land militärisch geschlagen worden war, war es doch auch nach vier Jahren Krieg unzerstört geblieben. Zudem

hatten, als der Waffenstillstand ausgerufen worden war, keine alliierten Truppen auf deutschem Boden gestanden. Gleichzeitig aber hielten deutsche Streitkräfte noch große Teile Belgiens und Luxemburg besetzt. Mit Fahnen und Blumen wurden deutsche Soldaten in der Heimat empfangen, und das Preußische Kriegsministerium verkündete kurz nach dem Waffenstillstand: »Unsere feldgrauen Helden kehren unbesiegt in die Heimat zurück.« Das war nicht wahr. Doch diese Ansicht wurde von der Obersten Heeresleitung wiederholt, und auch, im Dezember 1918, von

niemandem Geringeren als dem neuen sozialdemokratischen Regierungschef Friedrich Ebert. Schon bald brachte die konterrevolutionäre Rechte die Legende vom Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Truppen in Umlauf; den Dolch geführt hätten streikende Arbeiter, aufgehetzt von revolutionären Sozialisten. Die Dolchstoßlegende fiel auf fruchtbaren Boden und blühte.

Als die Alliierten Anfang Mai 1919 die Konditionen des Friedensvertrags verkündeten, war der Schock in Deutschland weit heftiger, als er ausgefallen wäre,

wäre die militärische Niederlage offenkundig gewesen. Die Konditionen waren hart – doch keineswegs so harsch wie jene, die die Deutschen den Russen im März 1918 in Brest-Litowsk diktiert hatten; zu milde wiederum für den Geschmack der französischen Öffentlichkeit, die nach weit drakonischeren Strafmaßnahmen dürstete. Deutschland sollte rund 13 Prozent seines Vorkriegsterritoriums in Europa verlieren (darunter reiche Agrar- und Industrieregionen vorwiegend im Osten), rund zehn Prozent seiner vor dem Krieg 65 Millionen zählenden

Einwohner würden nicht mehr auf deutschem Territorium leben. Wirtschaftlich betrachtet, waren die Verluste schmerzhaft, aber nicht irreparabel. Der eigentliche Schaden war politischer und psychologischer Natur – ein schwerer Schlag für den Nationalstolz und das nationale Ansehen.

Verstärkt wurde das Gefühl der Demütigung durch die von den Alliierten festgelegten Bestimmungen zur Demilitarisierung. Das einst mächtige deutsche Heer, dem es noch 1918 gelungen war, etwa 4,5 Millionen Soldaten ins Feld zu führen, sollte auf lediglich

100 000 Mann reduziert werden. Die allgemeine Wehrpflicht wurde Deutschland verboten. Die Kriegsmarine (deren Schiffe und U-Boote nach dem Waffenstillstand entweder den Alliierten zugefallen oder zerstört worden waren) wurde auf 15 000 Mann reduziert; U-Boote waren Deutschland künftig untersagt, ebenso der Besitz von Luftstreitkräften.

Der Zorn der Deutschen über die territorialen Verluste war immens, und zwar über politische und ideologische Grenzen hinweg. Der Versailler Vertrag wurde als ein »Diktat« der Sieger angeprangert.

»Daß der Frieden revidiert werden muss, erscheint mir gar nicht zweifelhaft«, schrieb der Diplomat Bernhard von Bülow 1920, »wir müssen die Ungeheuerlichkeit des Vertrags und die Undurchführbarkeit so vieler seiner Bestimmungen benutzen, um den ganzen Versailler Frieden zu Fall zu bringen.«

Sollte Deutschland je wieder Macht erlangen, so steckten in der Tat einige fatale Risiken in diesem Vertrag. Danzig (das heutige Gdańsk), zum Beispiel, eine fast vollständig deutsche, nun aber in Polen liegende Hafen- und Industriestadt, wurde zu einer

»Freien Stadt«, zum »Freistaat unter dem Schutz des Völkerbunds« erklärt, dessen Wasserstraßen und Hafenanlagen die Polen nutzen konnten. Einen weiteren faulen Kompromiss produzierte die Entscheidung über das Saarland, die Grenzregion zu Frankreich, die wegen ihrer Kohle- und Eisenerzvorkommen von wirtschaftlicher Bedeutung war – die Franzosen wollten das Saarland unbedingt haben, auch wenn es mehrheitlich von Deutschen bewohnt war. Frankreich wurde also das Recht an den Bergwerken zugesprochen, das Saarland selbst aber für einen

Zeitraum von 15 Jahren der Verwaltung des Völkerbunds unterstellt. Nach dieser Zeit sollten die Einwohner in einer Volksabstimmung entscheiden dürfen, ob sie zu Frankreich oder zu Deutschland gehören oder den Status quo beibehalten wollten. Eine weitere wacklige Regelung betraf das Rheinland. Die Franzosen, verzweifelt bemüht um dauerhafte Sicherheit, verlangten eine permanente alliierte Besetzung des fast ausschließlich von Deutschen bewohnten Gebiets; außerdem sollte der Rhein als Deutschlands Westgrenze festgeschrieben werden.

Sie mussten sich mit einer Besetzung des Rheinlands für die Dauer von 15 Jahren zufriedengeben. Die Deutschen waren machtlos, irgendetwas dagegen zu unternehmen – noch. Was blieb, war tiefer Groll.

Auch andere schmerzhaft Gebietsverluste Deutschlands spielten den Nationalisten in die Hände. Fürs Erste allerdings waren sie gezwungen abzuwarten, bis ihre Zeit kommen würde. Bis dahin hielten sie die Hoffnung auf eine spätere Revision der Versailler Vertragsbedingungen wach. Im Westen waren die Veränderungen

relativ unbedeutend: Das kleine, mehrheitlich deutschsprachige Grenzgebiet von Eupen-Malmedy fiel an Belgien; der nördliche, überwiegend dänischsprachige Teil Schleswigs ging an Dänemark. Schmerzlich dagegen waren die Gebietsverluste im Osten. Mit dem sogenannten Polnischen Korridor fielen Westpreußen und Posen an Polen, Ostpreußen war damit vom Rest Deutschlands abgeschnitten. Der Ärger der Deutschen über die Gebietsverluste wuchs, als 1922, nach einer im Ergebnis nicht eindeutigen Volksabstimmung – durchgeführt in einem Klima hitziger nationalistischer

Agitation beider Seiten und heftiger Kämpfe zwischen Polen und deutschen Freikorps –, die an Kohle und Erzen reiche Industrieregion Oberschlesiens Polen zugesprochen wurde.

Die grimmigste Wut und tiefste Verstimmung aber richteten sich gegen Artikel 231 des Versailler Vertrags, den »Kriegsschuld-Artikel«, wie er später allgemein genannt wurde, der Deutschland und seinen Verbündeten die Schuld am Krieg gab, und gegen die Folgen dieses Artikels. Der Artikel war die rechtliche Grundlage, um Deutschland zur Zahlung von

Reparationen für Kriegsschäden zu verpflichten – so wie es eine lautstarke Öffentlichkeit sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien vehement eingefordert hatte. Die Höhe der Reparationen zu bestimmen wurde einer Kommission der Alliierten übertragen, die sie 1921 schließlich auf 132 Milliarden Goldmark festsetzte. So riesig diese Summe war, sie hätte im Laufe der Zeit bezahlt werden können, ohne die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. Tatsächlich aber wurde der größte Teil dieser Summe niemals beglichen. Die Reparationen waren in Wirklichkeit

kein in erster Linie ökonomisches Problem; der eigentliche Schaden war politischer Natur. Denn für mehr als ein Jahrzehnt blieben sie ein Krebsgeschwür in der deutschen Politik – das manchmal schwand, manchmal wiederkehrte und die politische Gesundheit der Nation angriff, weil jedes Mal, wenn die Frage wieder auftauchte, die nationalistische Agitation erneut aufflammte. Als die Reparationen 1932 faktisch abgeschrieben waren, steckte Deutschland erneut in einer Krise, und eine nationalistische Bedrohung zeichnete sich ab, die gefährlicher war als alle zuvor.

Im Bestreben, Europas Grenzen neu zu ordnen, hatten die Großen Vier tatsächlich gewaltige Probleme zu lösen, standen zudem unter dem Druck der Öffentlichkeit in ihren Heimatländern.

Unselige Kompromisse waren unvermeidlich, und was sie schließlich vorlegten, war weniger ein Rahmenwerk für einen dauerhaften Frieden als ein Rezept für potenzielle künftige Desaster. Das Europa, das aus diesen Kompromissen entstand, glich einem fragilen Kartenhaus. Fürs Erste sollte die neue Ordnung indes Bestand haben, wenn auch nur aus einem negativen Grund: Keine Macht war

stark genug, diese Ordnung zu zerstören. Deutschland freilich blieb ein schwelendes Problem. Sollte es militärisch jemals wieder erstarken, konnte das Kartenhaus leicht einstürzen. Die Friedensstifter von Paris hatten Deutschlands Fähigkeit, erneut Probleme zu verursachen, eingedämmt, aber nicht ausgeschaltet. Militarismus, aggressiver Nationalismus und Machtstreben, die sie als ursächlich für den Krieg erkannt hatten, wurden nicht ausgelöscht, sondern weiterschwelend zurückgelassen. Weder die Gebietsverluste noch die Verluste an wirtschaftlichen

Ressourcen noch die Reparationszahlungen reichten aus, um Deutschland dauerhaft zu lähmen. Man hatte Größe und Leistungsfähigkeit von Heer und Marine drastisch verringert, die militärische Führung aber war intakt geblieben. Die führenden deutschen Militärs, die Eliten aus Wirtschaft und Politik sowie beträchtliche Teile der Bevölkerung lehnten nicht nur die Bestimmungen des Vertrags ab, sondern auch die Repräsentanten der neuen Demokratie in Deutschland, die diese unterzeichnet hatten. Kurz: Sie waren entschieden gegen die neue Ordnung Europas, und sollten die

Bedingungen sich ändern, würden sie alles daransetzen, diese Ordnung zu Deutschlands Gunsten zu revidieren. Vorläufig war Deutschland hilflos, verwundet, aber noch verwundet ein Riese.

Fragile Demokratie

Das Prinzip, das den Beratungen in Paris zugrunde gelegen hatte, war durchaus lobenswert. Man wollte ein neues Europa, einen Kontinent der Demokratien, wollte Regierungen, die nicht die Interessen von Fürsten

und Grundbesitzern vertraten, sondern den Willen des Volkes – zum Ausdruck gebracht im Pluralismus politischer Parteien, in freien Wahlen und Parlamenten.

Abgesehen von der Sowjetunion wurde in den ersten Nachkriegsjahren die parlamentarische Demokratie überall zur Regierungsform. Selbst im Kaukasus, einer Region, in der zwischen den Ethnien heftige Gewalt wütete, hofften Georgier, Armenier und Aserbaidschaner darauf, den Status souveräner Republiken zu erlangen – bis sie im Bürgerkrieg von der Roten Armee besiegt,

anschließend der Sowjetunion einverleibt wurden. Aus den Ruinen der erloschenen Reiche der Habsburger und des Zaren gingen neun neue Demokratien hervor: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Österreich und Ungarn. Auch der Irische Freistaat entstand 1922 als demokratische Republik, als der größere Südteil der Insel faktisch die Unabhängigkeit von Großbritannien erlangte (bis 1949 freilich blieb er formell Dominion der britischen Krone). 1923, nach einem Unabhängigkeitskrieg, der Vertreibung der alliierten

Besatzungsarmeen und der Abschaffung des osmanischen Sultanats, wurde auch die Türkei zur Republik mit parlamentarischer Verfassung.

Die europäischen Länder nahmen eine demokratische Grundordnung an, teilweise weil die »großen vier« Führer der Siegermächte, allen voran Präsident Wilson, auf demokratischen Regierungen als Basis des neuen Europa bestanden. Wichtiger aber noch, der Krieg selbst hatte nachdrücklich als Demokratisierungsprozess gewirkt, da er in den kollabierenden Monarchien Bewegungen stimulierte,

die auf Einführung einer demokratischen Ordnung drängten – Wortführer in diesem Prozess waren Sozialisten, Nationalisten und Frauenbewegungen. In riesiger Zahl waren die Menschen mobilisiert worden, um im Krieg zu kämpfen. Nach dem Ende des Krieges verlangten sie Wandel, Fortschritt, Volksvertretung und Zukunftsperspektiven. Das Ergebnis war eine beträchtliche Vergrößerung der politischen Teilhabe in den Gesellschaften, ein Trend, der nicht zu stoppen war und der zum Durchbruch der Massenpolitik führte. Fast überall wurde das

Wahlrecht erweitert; es galt nun für alle Männer gleichermaßen, in manchen Ländern auch für Frauen. (Nicht so in Großbritannien, wo das Frauenwahlrecht bis 1928 an Grundbesitz gebunden blieb, und ebensowenig in Frankreich, wo die Frauen bis 1944 überhaupt nicht wählen durften, nachdem der Senat das 1936 von der Abgeordnetenversammlung einstimmig verabschiedete Gesetz durch Nichtbefassung blockiert hatte). So war es den politischen Parteien von nun an möglich, eine weit größere Anzahl an Wählern zu mobilisieren. Die britische Wählerschaft

beispielsweise vergrößerte sich zwischen 1884 und 1918 von acht auf 22 Millionen Stimmberechtigte, die deutsche zwischen 1912 und 1919 von 14,5 auf knapp 36 Millionen. Gleichwohl verschaffte die vergrößerte Basis auch solchen politischen Bewegungen ein Potenzial, die die Demokratie ablehnten und sie umstürzen wollten. Von 1918 an gehörten die Kanalisierung, Orchestrierung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung ganz wesentlich zum politischen Leben. Auch die Presse gelangte zu größerer Macht. Der Spielraum zur Manipulation der

Massen, und damit zugleich zur Förderung von Intoleranz und Autoritarismus, hatte sich deutlich erweitert.

Eine radikalisierte Politik prägte die ersten turbulenten Friedensjahre. In vielen Ländern entstand eine Fülle von Parteien, die ihre Unterstützung jeweils bestimmten Bevölkerungs- oder speziellen Interessengruppen verdankten. Eine Stabilität wie jene, auf die das politische System Großbritanniens gebaut war, gab es in anderen Ländern kaum. In Großbritannien waren es seit langem die Liberalen (die in dieser Funktion als große Partei bald von der Labour

Party abgelöst werden sollten) und die Konservativen, die um politische Macht im Parlament konkurrierten. Das britische Mehrheitswahlrecht, nach dem es (dem Prinzip des »first past the post« folgend) in jedem Wahlkreis nur einen Gewinner geben kann, hemmte das Aufkommen kleiner Parteien, begünstigte die Parteidisziplin im Parlament und machte Koalitionsregierungen eher zur Ausnahme denn zur Regel (auch wenn es zwischen 1915 und 1922 tatsächlich Koalitionsregierungen gab). Dagegen führte das im kontinentalen Europa im Allgemeinen bevorzugte

Verhältniswahlrecht im Verbund mit der Vergrößerung der Wählerschaft zu tendenziell unüberbrückbaren Fraktionierungen im Parlament und zu schwachen Regierungen. Zum Parteienspektrum gehörten in den meisten Ländern, in unterschiedlicher Stärke, kommunistische und sozialistische, agrarische und nationalistische, katholische und protestantische, liberale und konservative Parteien. Parteipolitische Zersplitterung und instabile Regierungen waren in der Regel die Folge.

Unter den Arbeitern in den Industriegebieten machte der

Sozialismus große Fortschritte, doch fast überall kam es zur Spaltung, als sich der militantere Teil der Arbeiterschaft, angeregt durch die Ereignisse in Russland, dem Kommunismus zuwandte. In großen Teilen Mittel-, Ost- und Südosteuropas, wo es der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung vor allem um die »Bodenfrage« ging (und das meinte vor allem die Umverteilung des Landbesitzes großer Güter), fanden populistische agrarische Parteien eine breite, wenn auch fluktuierende, instabile Wählerschaft. Häufig verbanden sie sich mit

nationalistischen Parteien, die innerhalb der entstehenden Nationalstaaten jeweils größere ethnische Gruppen repräsentierten. Destabilisierend wirkten diese Parteien immer wieder dort, wo es große ethnische Minderheiten oder umstrittene Grenzen gab. Insbesondere in den neuen Staaten, die unter meist ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen versuchten, ihre nationale Identität zu entwickeln und ein sicheres politisches Fundament zu schaffen, stand die Demokratie großen Problemen gegenüber. In den meisten Fällen überstand sie die

Herausforderungen dieser ersten Nachkriegsjahre, als Regierungssystem war sie gleichwohl umstritten – von mächtigen Eliten ebenso abgelehnt wie von gerade politisch mobilisierten, noch schwankenden Teilen der Bevölkerung.

Nur in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten West- und Nordeuropas, die siegreich aus dem Krieg hervorgegangen (Großbritannien, Frankreich) oder neutral geblieben waren (die skandinavischen Länder, die Niederlande, Belgien, die Schweiz), war die pluralistische Demokratie

eine bewährte, allgemein anerkannte Regierungsform. In diesen Ländern führten die beträchtlichen Schwierigkeiten, mit den sozialen und ökonomischen Schockwellen der Nachkriegszeit fertigzuwerden, zu Polarisierung, zu Unruhe in der Wirtschaft und weckten (oft inspiriert von der Revolution in Russland) den Kampfgeist der Arbeiterklasse. Doch die antidemokratischen Kräfte blieben relativ schwach und ließen sich in Schach halten. Es gab, von Irland abgesehen, wenige nationale Minderheiten, die einen destabilisierenden Druck ausübten.

Und selbst in Irland, bei allem Aufruhr, der erst 1922, mit Gründung des Irischen Freistaats, abklang, trug ein breiter Konsens die Idee der parlamentarischen Demokratie, der schließlich zu einem stabilen Zweiparteiensystem führte. Vielleicht mit der partiellen Ausnahme von Frankreich, wo linke und rechte Minderheiten die liberale Demokratie der Dritten Republik ablehnten, fanden die bestehenden demokratischen Regierungsformen nahezu einhellig Rückhalt. Eine Legitimitätskrise gab es nicht.

Die Hauptprobleme lagen woanders. Die parlamentarischen

Systeme in Griechenland und Bulgarien zum Beispiel reichten weit zurück ins 19. Jahrhundert, doch waren sie lange Zeit kaum mehr gewesen als eine Fassade für Parteiengezänk und Klientelismus. Fest verwurzelte traditionelle Machteliten und Oligarchien nutzten populäre Strömungen aus und manipulierten sie. Regelmäßig kam es zu Gewalt und Repression. Griechenland etwa war destabilisiert durch den verheerenden Krieg mit den Türken in Kleinasien, seine Nachkriegsregierungen sahen sich bedrängt von bitteren Auseinandersetzungen zwischen den

rivalisierenden Gruppen der - Royalisten und den Anhängern des umstrittenen Eleftherios Venizelos, der als Anführer der liberalen Partei über lange Zeit die Schlüsselfigur der griechischen Politik war. Die beherrschende Kraft jedoch war die - Armeeführung, ihr Einfluss auf die Staatsmacht wurde immer bestimmender. 1922, nach der Niederlage gegen die Türken, zwang ein Putsch antiroyalistischer Armeeoffiziere König Konstantin I. zur Abdankung. Sein Sohn Georg II. löste ihn ab, wurde aber schon zwei Jahre später selbst verdrängt – diesmal im Gefolge des gescheiterten

Putschversuchs einer Gruppe königstreuer Offiziere, zu denen auch der künftige Diktator Ioannis Metaxas gehörte. Im März 1924 wurde die Monarchie abgeschafft und Griechenland zur Republik. Danach klang die erbitterte innenpolitische Entzweiung ab, verschwinden aber sollte sie nicht.

Im vom Krieg erschöpften und wirtschaftlich ruinierten Bulgarien bildete der Bauernbund als Vertreter der Kleinbauern (die von einer erheblichen Umverteilung des Landes profitierten) die größte Partei, mit einigem Abstand gefolgt von der 1919 gegründeten kommunistischen

Partei und den Sozialisten. Die Regierung unter Alexander Stambolijski jedoch, Ministerpräsident und Chef des Bauernbunds, agierte repressiv und korrupt, machte sich damit mächtige Feinde, insbesondere und am gefährlichsten unter den Armeeoffizieren. Sie waren 1923 bereit, das demokratische Experiment zu beenden. Stambolijski wurde abgesetzt, und die Armee übernahm die Macht.

Im neuen, 1913 gegründeten Staat Albanien war die Demokratie nur eine Fassade, dahinter herrschten Parteienstreit und Gewalt,

angetrieben einerseits von Klassenkampf, von traditioneller Clanpolitik andererseits. Nachdem es im Krieg aufgeteilt und von seinen Nachbarn Griechenland, Italien, Serbien und Montenegro besetzt worden war, erlebte das wiedervereinigte Land eine kurze, aber bewegte Phase großer Instabilität. Politische Parteien konstituierten sich, die uneins waren in Fragen der Landreform und der Verfassungsgebung. Dominant waren jedoch die Interessen der Grundeigentümer und Clanchefs. Es bildeten sich Fraktionen, geprägt von zwei Leitfiguren: von Fan Noli, einem

Harvard-Absolventen und Bischof der albanischen orthodoxen Kirche, und von Ahmet Zogu, dem Spross einer der mächtigsten muslimischen Familien. Mit Folter, Mord, Schmiergeldern und Korruption verfolgten beide Männer und ihre Gefolgsleute ihre Interessen. Insofern war das politische System Albaniens dem Neofeudalismus näher als einer parlamentarischen Demokratie. Im Zuge einer bewaffneten Revolte im Juni 1924 konnte Noli seinen Rivalen Zogu, der danach aus dem Land floh, aus dem Amt drängen. Sechs Monate später kehrte Zogu zurück, setzte, unterstützt von einer Truppe, die er –

auch durch Verpflichtung zahlreicher ausländischer Söldner – aufgebaut hatte, die Regierung Noli ab und zwang nun diesen samt Anhängern zur Flucht. Im Januar 1925 wählten die verbliebenen Parlamentsmitglieder Zogu für eine Amtszeit von sieben Jahren zum Präsidenten mit erweiterten Befugnissen.

In Rumänien hatte seit 1881 im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie ein pluralistisches System bestanden, durch die Gebiets-erweiterung auf die doppelte Größe aber hatte sich der Staat nach dem Krieg verwandelt. Das Parlament

blieb schwach, stark dagegen Macht und Einfluss der herrschenden Klasse, von Aristokratie, Militär, orthodoxer Kirchenhierarchie und Bourgeoisie. Die Landreform (eine Antwort auf die Bedrohung durch den Bolschewismus), die Eingliederung ethnischer Minderheiten, soziale Mobilität und das Anwachsen des städtischen Proletariats führten zu sich überlagernden Konflikten und einer permanenten innenpolitischen Krise.

In diesen unterentwickelten Agrarländern führten die Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre, Grenzstreitigkeiten,

Gebietsansprüche und Nationalitätenfragen, zu politischen Spannungen. Die Teile der Bevölkerung, die gerade Wahlrecht erhalten hatten, insbesondere die politisch noch unerfahrene Bauernschaft, boten Demagogen neue Mobilisierungschancen – und Raum für Manipulationen. Unter der Oberfläche, kaum verborgen, lauerte der Autoritarismus.

Nicht weniger gravierend waren die Probleme in Spanien, dessen Wirtschaft, trotz der Neutralität des Landes, vom Krieg stark angeschlagen war. Erschüttert von Streikwellen, die sich auch gegen die

Staatsgewalt richteten, sah es so aus, als stünde Spanien kurz vor einer Revolution. Wäre es kriegführende Macht gewesen, so hätte der Krieg das Land tatsächlich in eine Revolution stürzen können. So jedoch hielt sich die 1876 gegründete konstitutionelle Monarchie, die sich lange Zeit auf eine Oligarchie liberaler und konservativer Eliten gestützt hatte, als ein System mit einem extrem unrepräsentativen Parlamentarismus. Die rasch wachsende sozialistische Bewegung konnte ihre Mitgliederzahl nach Kriegsende mehr als verdoppeln, das diskriminierende Wahlrecht ließ ihr

gleichwohl nur eine Handvoll Parlamentssitze. Die führenden Eliten verloren dennoch an Einfluss und Macht, ihre liberal-konservative politische Basis zersplitterte. 33 Regierungswechsel zwischen 1902 und 1923 trugen dazu bei, dass das kraftlose und ineffektive parlamentarische System verachtet wurde. Die herrschende Klasse erkannte, dass der Staat zu schwach war, um ihre Interessen zu wahren; die Gegner dieses Staates wiederum, vorwiegend Arbeiter, waren zu schwach, das System zu stürzen. Stillstand war das Resultat.

Immer lauter wurden die Rufe,

die die »Schwäche des Liberalismus« geißelten und eine »Zivildiktatur« für Spanien forderten: zur Abwehr der »bolschewistischen Anarchie«. Im Verlangen nach einer starken Regierung, der Wiederherstellung der Ordnung und in der Angst vor einer Revolution fand sich eine Interessenkoalition, die im September 1923 bereit war, einen Staatsstreich zu unterstützen und General Miguel Primo de Rivera zur Macht zu verhelfen. Gestützt von Armee, katholischer Kirche, den Grundbesitzern, dem Großkapital und den Mittelschichten traf der Putsch auf den Widerstand der

Arbeiterklasse. Demoralisiert und gespalten wie sie war, scheiterte der Versuch eines Generalstreiks kläglich. Kriegsrecht und Pressezensur wurden verhängt, ein Einparteiensystem mit einer Partei nationaler Einheit sowie eine korporative Arbeitsverfassung eingeführt, die anarchosyndikalistische Gewerkschaft (sehr zur Freude ihres sozialistischen Rivalen) verboten, einige führende Oppositionelle inhaftiert. Doch Primos Diktatur war relativ mild und weckte durch ein Programm öffentlicher Arbeiten für kurze Zeit sogar den Eindruck

wachsender Prosperität in Spanien. Vor allem gelang es Primo, und darauf kam es den meisten Spaniern an, die Ordnung zumindest zeitweilig wiederherzustellen. Nur wenige trauerten dem hinterher, was nur eine Scheindemokratie gewesen war; den meisten Menschen war sie gleichgültig. Fürs Erste hatte sich die Konterrevolution durchgesetzt.

In den Nachfolgestaaten der Vielvölkerreiche war die parlamentarische Demokratie ein zartes Gewächs, in einen alles andere als fruchtbaren Boden gepflanzt. Von Anfang an wurde sie von mächtigen gesellschaftlichen Gruppen und

populistischen (in der Regel nationalistischen) Kräften herausgefordert. Sie überlebte jedoch die Nachkriegskrise, dauerhaft etablieren freilich konnte sie sich nur in Finnland und der Tschechoslowakei.

Finnlands Unabhängigkeit konnte 1918 erst nach fünf Monaten eines erbitterten Bürgerkriegs zwischen Roten und Weißen (mit rund 36 000 Toten) ausgerufen werden, und in der Verfassung von 1919 wurde eine parlamentarische Demokratie verankert. Trotz der Instabilität der Regierung (worin sich ideologische Differenzen zwischen

Konservativen, Sozialdemokraten, Politikern der Bauernpartei und schwedischen Nationalisten spiegelten), befestigte die Entschlossenheit, die finnische Unabhängigkeit vor der Bedrohung durch die benachbarte Sowjetunion zu schützen, die Legitimität des neuen Staates. Der finnische Präsident (in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Kaarlo Juho Ståhlberg), ein Staatsoberhaupt mit weitgehender Exekutivgewalt, spielte insofern eine maßgebliche Rolle, als er das noch nicht konsolidierte parlamentarische System stützte.

Dasselbe galt, in den ersten Nachkriegsjahren, in noch stärkerem Maß für die Tschechoslowakei. Deren Präsident (und eigentlicher Staatsgründer) Tomáš Masaryk war ein überzeugter Demokrat. Gestützt wurde er von einer loyalen Armee, einer aus dem Habsburgerreich übernommenen effizienten Bürokratie und einer Wirtschaft mit tragfähigem industriellem Fundament, die sich von der Nachkriegsrezession erholen konnte. Masaryk war es, der ein demokratisches System zusammenhielt, das Gefahr lief, durch Interessengegensätze verschiedener Klassen und

Nationalitäten, die in über 20 politischen Parteien organisiert waren, unterminiert zu werden. Im Dezember 1918 und in den ersten Tagen des Jahres 1919 setzte Masaryk tschechische Soldaten in Marsch, um zu verhindern, dass sich die Slowakei als unabhängige Republik abspaltete. Im Mai und Juni 1919 rief er den Ausnahmezustand aus, nahm die Hilfe der Alliierten in Anspruch und setzte neu aufgestellte, von französischen Offizieren geführte Armeeeinheiten ein, um den Einmarsch bolschewistischer Streitkräfte aus Ungarn zurückzuschlagen, die die Slowakei

für Ungarn zurückerobern wollten. Geschick bewies er in diesem Sommer auch, indem er, um eine Welle schwerer Unruhen in den Griff zu bekommen, ein Kabinett aus Fachleuten ernannte, die von den Parteien und ihren Kontroversen unabhängig waren. Im November und Dezember 1920 verhängte die Regierung das Kriegsrecht, um einer Welle von Streiks entgegenzutreten, die vom prosovjjetischen Flügel der sozialistischen Partei entfacht worden waren.

Das brachte die entscheidende Wende. Etwas wacklig zunächst, aber mit wachsender Autorität

funktionierte das parlamentarische System von nun an. Da die meisten Menschen Frieden und Ordnung wollten, geriet die revolutionäre Linke ins Abseits. Es wurde ein breiter Mittelweg gefunden zwischen den agrarischen Interessen und denen des Industrieproletariats, das in den tschechischen Ländern zahlreicher war als in irgendeinem anderen Nachfolgestaat, in seiner Mehrheit jedoch die parlamentarische Demokratie unterstützte und nicht den Kommunismus. Zudem gelang es, sowohl die Slowaken als auch die ziemlich große deutsche Minderheit (die ihren Groll über verschiedene

Formen der Diskriminierung fürs Erste herunterschluckte) politisch zu integrieren und separatistische Tendenzen auf diese Weise einzudämmen. Allmählich stabilisierte sich die Demokratie – wenngleich die unterschwelligen Spannungen eher in Schach gehalten als aufgelöst wurden.

In den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen waren die neu gewonnene Unabhängigkeit und eine weitverbreitete Feindseligkeit gegenüber dem Bolschewismus im benachbarten Sowjetstaat so bedeutsam, dass die parlamentarische Demokratie ihren Rückhalt behielt,

trotz instabiler Regierungen, die maßgeblich die Interessen der großen Agrarlobbys vertraten, während sie die kommunistischen Parteien kleinhielten. Die Demokratie aber blieb fragil, und die jeweiligen Regierungen waren abhängig von ihrer (wie sich zeigen sollte, nicht lange währenden) Duldung durch die Militärführung und nationalistisch-paramilitärische Organisationen.

Im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen war das parlamentarische System unter der serbischen Monarchie in der Verfassung von 1921 verankert, große Chancen aber hatte es nicht.

Zwar entsprang es einem knappen Sieg des Zentralismus über den Föderalismus, separatistische Tendenzen jedoch torpedierten weiterhin alle Bemühungen des Staates, in einem Land mit etwa 20 ethnischen Minderheiten und deutlichen Gegensätzen zwischen den drei Hauptgruppen – Serben, Kroaten, Slowenen – ein jugoslawisches Identitätsgefühl herauszubilden. In Mazedonien musste sich der neue Staat gegen starke probulgarische paramilitärische Kräfte wehren, ebenso gegen das Drängen mazedonischer Separatisten; im

Kosovo leisteten bewaffnete albanische Rebellen Widerstand. Am bedrohlichsten für den neuen Staat aber war die Verbitterung der Kroaten über die serbische Vorherrschaft. Es war unmöglich, eine einende Identität zu schaffen, doch konnten die separatistischen Tendenzen der Kroaten in Schach gehalten werden, wenn auch unter Schwierigkeiten. Die Slowenen wiederum sahen ihre eigene Sprache und Kultur im jugoslawischen Staat am besten geschützt; die anderen nationalen Minderheiten waren schwach und gespalten. Die italienischen

Expansionsbestrebungen schließlich sorgten entlang der Adriaküste dann doch für eine projugoslawische Stimmung.

So akut die ethnischen Spaltungen in Jugoslawien waren, im überwiegend agrarischen Land gab es kein nennenswertes Industrie-proletariat, entsprechend bedeutungslos blieb denn auch die kommunistische Partei, die seit 1921 verboten war und verfolgt wurde. Die vielfältigen, korrupten Interessengruppen, die häufig von der Umverteilung des Landes profitieren konnten, hatten mehr davon, wenn sie den neuen Staat

unterstützten, statt ihn zu untergraben. Ein parlamentarisches System, dessen Verhältniswahlrecht 45 Parteien hervorbrachte, die vor allem ethnische und regionale Partikularinteressen vertraten und dafür sorgten, dass in acht Jahren 24 Regierungen einander ablösten, förderte mit seiner strukturellen Schwäche faktisch die Dominanz des Königshofs und seiner korrupten Klientel, des Militärs (und paramilitärischer Unterstützerorganisationen) sowie der Sicherheitsbehörden. So konnte, zumindest zunächst, fortbestehen, was realiter auf eine

Scheindemokratie hinauslief.

Im Gegensatz zu Jugoslawiens künstlichem, entsprechend schwach ausgeprägtem Identitätsgefühl hatte das polnische Nationalbewusstsein während des 19. Jahrhunderts an Stärke gewonnen. 1918, 123 Jahre nach seiner Aufteilung zwischen Russland, Preußen und Österreich, war Polen als Staat wiedererstanden, führte bereits ein Jahr später Krieg gegen die Sowjetunion, einen von sechs Grenzkriegen, die der neue polnische Staat zwischen 1918 und 1921 zu bestehen hatte – all das stiftete ein erstes Gefühl nationaler Einheit. Verkörpert wurde es von

Marschall Józef Piłsudski, der weithin als Retter Polens betrachtet wurde, und durch einen Nationalismus, der verstärkt wurde durch Antipathien der polnischen Mehrheit gegen die großen ethnischen Minderheiten des Landes. Doch die anfängliche Einigkeit wich schnell tiefen und bitteren Verwerfungen in diesem armen Land, das von Kriegen und den ruinösen Auswirkungen einer Hyperinflation zerstört war.

Die Gegensätze in Polen folgten zum Teil den ethnischen Grenzen. Ethnische Minderheiten bildeten nahezu ein Drittel der Bevölkerung

(in manchen Gebieten sogar die Mehrheit) – unter anderen 14 Prozent Ukrainer, neun Prozent Juden, drei Prozent Weißrussen, etwas mehr als zwei Prozent Deutsche. Deren jeweilige nationalistische Ziele kollidierten und verursachten unvermeidlich Spannungen mit dem ausgeprägten Nationalismus der polnischen Mehrheit. Politisch womöglich noch polarisierender wirkten Klassengegensätze. In einem Land mit einer großen bäuerlichen Bevölkerung musste eine Gruppe von Parteien der nichtkommunistischen Linken die Bodenreform zu ihrer Sache machen, und 1925 wurden

denn auch Schritte zu einer substantziellen Neuverteilung des Bodens unternommen (mit Entschädigung der Großgrundbesitzer). Die Bodenreform allerdings wurde heftig bekämpft: von einem Block rechter Parteien, die antraten, um die Privilegien der besitzenden Klassen zu verteidigen.

Die 1921 in Polen verabschiedete demokratische Verfassung hat sich vor allem die dritte Französische Republik zum Vorbild genommen; das führte in Polen, wie in Frankreich, zu einer schwachen - Regierung und zu einem

zersplitterten, schwerfälligen Unterhaus (dem Sejm) in einem Zweikammerparlament. Eine Fülle von Parteien – der Bauern, der Arbeiter, der ethnischen Minderheiten – stritt um Einfluss. Die wichtigsten waren der Block der Nationalen Minderheiten (wobei sich die Belange der verschiedenen Nationalitäten häufig als unvereinbar erwiesen), die konservativen Nationaldemokraten (die Interessen von Grundbesitzern, Industriellen und einer Mittelschicht vertraten, die Schutz suchte vor »fremdem«, vor allem jüdischem Einfluss), die Bauernpartei (die in erster Linie eine

Umverteilung von Ländereien der großen Güter anstrebte) und die Sozialisten (bedacht darauf, die bedeutenden Errungenschaften zu bewahren, die sie in den beinahe - revolutionären Verhältnissen gegen Kriegsende erzielt hatten – darunter die Einführung des Achtstundentags). Häufige Regierungswechsel brachten weder Stabilität noch eine klare politische Ausrichtung. Weiten Teilen der Bevölkerung erschien die demokratische Regierungsweise zunehmend ungeeignet, da unfähig, mit einem Parlament aus zankenden Politikern, die ihre Parteiinteressen

über die der Nation stellten, die enormen Probleme des Landes zu lösen.

Die Probleme verschärften sich, als drastische Sparmaßnahmen ergriffen wurden, zunächst um die Hyperinflation zu stoppen (die im November 1923 bei 1,65 Millionen Polnische Mark für den Dollar angelangt war) und dann noch einmal 1925, als der Złoty, die gerade eingeführte neue Währung, unter Druck geriet. Die Maßnahmen führten 1925 zum Sturz der Regierung. Die traumatischen Nachkriegsjahre hatte die Demokratie in Polen überlebt, wenn auch unter

Schwierigkeiten, doch hatte sie sich nicht stabilisiert und zu einem allgemein akzeptierten Regierungssystem gefestigt. Bisweilen sah es eher so aus, als stünde Polen am Rande eines Bürgerkriegs oder eines Militärputsches. Die demokratischen Verfahren hatten die Polen ernüchtert: Was man hörte, war eher der Wunsch nach einer »eisernen Hand, die uns aus diesem Abgrund herausführt«. 1926 erklärte der Nationalheld Piłsudski, er sei bereit, gegen die Beherrschung Polens durch politische Parteien zu kämpfen, deren Vertreter nichts anderes im Sinn

hätten als die finanziellen Vorteile eines Amtes und persönliche Bereicherung – das war der Auftakt zu dem Putsch, den Piłsudski im Mai 1926 anführte, zugleich der Beginn der autoritären Herrschaft in Polen.

Die meisten Österreicher, die nun nicht mehr in einem Riesenreich, sondern in einem winzigen deutschsprachigen Nationalstaat lebten, setzten ihre Hoffnungen zunächst auf eine Vereinigung mit Deutschland, ein Wunsch, der von den Alliierten schon bald zunichtegemacht wurde. Danach gab es kaum eine Grundlage für politische Einigkeit. Tiefe Risse taten sich auf,

eine Dreiteilung der politischen Landschaft zwischen Sozialisten und den beiden großen antisozialistischen Parteien: den Christlichsozialen (der größten und der katholischen Hierarchie nahestehenden Partei, die in ihrem österreichischen Nationalismus immer vehementer wurde) und den weniger zahlreichen, dafür lautstarken Deutschnationalen (die eine Vereinigung mit Deutschland forderten). Große bewaffnete Milizen, meist unter der Landbevölkerung rekrutiert und aufgestellt für die Aufgabe, die gefährdeten und umstrittenen Grenzen Österreichs zu verteidigen,

insbesondere gegen Überfälle aus Slowenien im Süden, waren nicht nur nationalistisch, zutiefst katholisch und ausgesprochen antisemitisch gefärbt, sondern auch erbitterte Gegner der in ihren Augen sozialistischen Herrschaft des »Roten Wien«.

Der Sozialismus war auch in Wien weiten Teilen der Mittelschicht fremd, ebenso der (noch sehr im alten Habsburgerreich verwurzelten) Staatsbürokratie und der katholischen Kirchenhierarchie; außerhalb Wiens hatten die Sozialisten ohnehin einen schweren Stand. Die neue Alpenrepublik war

größtenteils bäuerlich, konservativ, patriotisch österreichisch, leidenschaftlich katholisch – und inbrünstig antisozialistisch. Nach der ersten revolutionären Phase sollten diese inhärent autoritären Kräfte an Stärke gewinnen. Ab 1920 spielten die Sozialisten, die wichtigste Antriebskraft hinter dem Aufbau der Demokratie, keine Rolle mehr in Österreichs Regierung. Die Demokratie, die in erster Linie mit Sozialismus assoziiert wurde, geriet zusehends in die Defensive.

Das einzige Land außerhalb Russlands, in dem es, wenngleich nur für kurze Zeit, gelang, eine

Sowjetrepublik zu errichten, war Ungarn. (Die Räterepublik, die im April 1919 in München an die Macht kam, kam nie über die Stadtgrenze hinaus, bevor sie von der Armee und rechten Paramilitärs niedergeschlagen wurde.) In Ungarn erwies sich eine schwache Koalitionsregierung aus zwei kleinen liberalen Parteien und den Sozialdemokraten (die wiederum nur mit Unterstützung eines Teils der relativ kleinen Arbeiterklasse rechnen konnten) unfähig, die notwendigen Sozialreformen durchzusetzen oder mit der Umverteilung des Bodens zu

beginnen. Das war eine drängende Frage, denn in Ungarn hatte der Magyarenadel enorme Privilegien behalten und bewirtschaftete mit einer fast noch untertänigen Bauernschaft weiterhin ausgedehnte Ländereien. Massendemonstrationen in den Städten forderten einen radikalen Wandel; die kommunistische Propaganda fand offene Ohren; die moderaten Sozialdemokraten verloren an Einfluss. Zunehmend forderten Arbeiter- und Soldatenräte die Regierungsmacht heraus. Landarbeiter besetzten einige ehemals königliche Güter. Das Fass

zum Überlaufen brachten die Alliierten, als sie ultimativ den Rückzug ungarischer Streitkräfte forderten, die sich rumänischen Truppen entgegengestellt hatten, was große Gebietsverluste für Ungarn bedeuten würde. Am 21. März 1919 trat Ungarns liberale Regierung, die das Ultimatum nicht annehmen wollte, zurück. Es entstand ein Machtvakuum. Die Kommunisten konnten die Macht übernehmen und die Räterepublik Ungarn und eine »Diktatur des Proletariats« ausrufen.

Die vier Monate dieses Regimes wurden zum Desaster. Hastige und drakonische Maßnahmen zur

Verstaatlichung der Wirtschaft und der Einzug von Bankeinlagen wurden begleitet von der Beschlagnahme von Lebensmitteln, der Verfolgung der Kirche und, im Rahmen zunehmenden Staatsterrors, der willkürlichen Verhaftung von einigen Hundert Grundeigentümern. Manche von ihnen wurden gegen Bezahlung hoher Lösegelder freigelassen, andere erschossen. Hunderte Ungarn fielen dem »Roten Terror« zum Opfer. Und während das Land in Anarchie abglitt, marschierten rumänische, tschechoslowakische und jugoslawische Streitkräfte in Ungarn ein. Anfang August 1919 steckte das

Regime in schwerer Bedrängnis. Es hatte alle gegen sich aufgebracht, Mittelschicht, Bauernschaft, sogar einen Großteil der Arbeiter. Die Tatsache, dass Béla Kun, der Kopf des Regimes, und die meisten der für den »Roten Terror« verantwortlichen Kommissare Juden waren, gab dem Antisemitismus neue Nahrung. Helfen können hätte dem kommunistischen Regime allein Unterstützung durch die Sowjetunion; wahrscheinlich auch das nur zeitweilig. Doch wie hätte Sowjetrußland, das selbst in einem Bürgerkrieg um sein Überleben kämpfte, Ungarn militärische Hilfe

schicken können? Dass es misslang, den Kommunismus nach Ungarn zu exportieren, war das deutlichste Vorzeichen dafür, dass die Vorstellung, das strahlende Beispiel Russlands werde die Weltrevolution auslösen, aufgegeben werden musste.

Béla Kuns glücklose Regierung musste am 1. August 1919 kapitulieren, kurz bevor rumänische Truppen, die mittlerweile den Großteil Ungarns besetzt hatten, in Budapest einmarschierten und plünderten. Kun floh über Österreich in die Sowjetunion, wo er, eines von vielen Opfern der stalinistischen Säuberungen, sein Leben verlieren

sollte. Innerhalb von Monaten hatten die konservativen Rechtsnationalen ihre Herrschaft in Ungarn wiederhergestellt. Die Landreform wurde gedrosselt, Gutsbesitzer konnten ihr Eigentum, auch ihre Macht behalten. Militär, Bürokratie, Wirtschaftsführer und die besser gestellten Teile der Bauernschaft – alle von Kuns Regime abgestoßen – begrüßten, was sie für die Wiederherstellung der Ordnung durch konservativen Autoritarismus hielten. Infolgedessen konnte der Kriegsheld Admiral Miklós Horthy ab 1920 als »Reichsverweser«, das heißt als faktisches Staatsoberhaupt, fast

ein Vierteljahrhundert die Politik einander ablösender autoritärer Regierungen bestimmen. Die unmittelbare Antwort auf den »Roten Terror« von Kuns Regime war die Entfesselung eines weit umfassenderen »Weißen Terrors«. Er forderte, geschätzt, etwa 5000 Todesopfer; viele Tausend Ungarn kamen in Haft. Die Urheber dieser Welle der Grausamkeit, die sich vornehmlich gegen Kommunisten, Sozialisten und Juden richtete, waren Einheiten der ungarischen Armee unter der Führung rechter Offiziere.

Wie in Spanien bildete das

Geschehen in Ungarn eine Ausnahme von den Entwicklungstendenzen der ersten Nachkriegsjahre. Überall sonst nämlich konnte die Demokratie, wenn auch manchmal nur knapp, die enormen Umbrüche dieser turbulenten Zeit überstehen, nicht zuletzt, weil sie in ganz Europa auf idealistischen, enthusiastischen Rückhalt zählen konnte, hauptsächlich durch die sozialistische und die liberale Linke. Beide Strömungen hatten lange und leidenschaftlich versucht, die Fesseln der traditionellen, elitär-autoritären Herrschaft abzuschütteln, und auf eine gerechtere, wohlhabendere

Gesellschaft in einer demokratischen Zukunft hingearbeitet. Die alte Ordnung, das war entscheidend, hatte am Ende des Krieges eine vernichtende Niederlage erfahren. Die alten Kräfte waren zu schwach, den Aufbau der Demokratie zu verhindern, und sie konnten das neue Regierungssystem nicht stürzen, das auf weitreichenden, wenn auch labilen Rückhalt im Volk zählen konnte; auf einen Rückhalt, der sich aus der Verbindung von sozialen und politischen Interessen ergab. Wegen ihrer Schwäche und in ihrer paranoiden Angst vor dem Bolschewismus waren die Eliten

bereit, eine pluralistische Demokratie zwar nicht zu unterstützen, aber zu tolerieren, zumal sie diese häufig zum eigenen Vorteil manipulieren konnten. Dies gelang in der Regel dann, wenn sie sich des populistischen Nationalismus bedienten, der sich in hitzigen Auseinandersetzungen über Grenzen und verlorene Territorien aufpeitschen ließ. Doch waren die nationalistischen Parteien und Bewegungen größtenteils selbst gespalten. Wegen der fehlenden Einigkeit sowohl unter Nationalisten wie in den rechten Eliten kam es während der ersten Nachkriegsjahre

kaum zu ernsthaften Herausforderungen der Demokratie.

In gewisser Weise hatte die Schwäche der einst herrschenden Klassen ihr Spiegelbild in der Schwäche und den Fraktionierungen der Linken. Fast überall außerhalb Russlands bildeten die Anhänger von Revolution und Bolschewismus nur eine Minderheit unter den Sozialisten, die in ihrer großen Mehrheit die parlamentarische Demokratie befürworteten. So war weder die konterrevolutionäre Rechte noch die revolutionäre Linke stark genug, die neu geschaffene Demokratie zu stürzen, so dass diese

vorher überlebte. Von diesem Muster aber wich nicht nur Primos Staatsstreich und Machtübernahme in Spanien ab, sondern auch Italien: das erste Land – und das einzige während der Nachkriegskrise –, in dem die liberale Demokratie zusammenbrach und durch den Faschismus abgelöst wurde.

Siegreicher Faschismus

Seit der nationalstaatlichen Einigung von 1861 hatte es in Italien ein pluralistisches parlamentarisches

Regierungssystem gegeben. Es jedoch als demokratisch zu bezeichnen, hieße den Begriff zu überdehnen. Das Wahlrecht war extrem eingeschränkt, das politische - Geschehen zudem bestimmt von zerstrittenen Parteien und von Korruption, es dominierte eine kleine Oligarchie liberaler Honoratioren. Die Wahlrechtsreform von 1912 vergrößerte die Wählerschaft auf nahezu das Dreifache – von weniger als drei auf über acht Millionen Stimmberechtigte (von denen die meisten nach wie vor Analphabeten waren). Am Regierungssystem änderte sich dadurch kaum etwas.

Dann kam der polarisierende und traumatische Krieg, in den Italien, nach einigem Hin und Her und allerhand Geheimverhandlungen, 1915 aufseiten der Alliierten eintrat. Direkt nach Kriegsende, im Dezember 1918, erhielten alle erwachsenen italienischen Männer das Stimmrecht – eine Anerkennung für die Soldaten –, und im Jahr darauf führte ein neues Wahlgesetz das Verhältniswahlrecht ein: in der Hoffnung, der Regierung stärkeren Rückhalt zu verschaffen. Es war eine Reform, die allerdings heftig nach hinten losging.

In den Umbrüchen der

Nachkriegszeit kehrte die nun wahlberechtigte Bevölkerung der alten, liberalen Politik den Rücken und stimmte in großer Zahl für die neu gegründete italienische Volkspartei (Partito Popolare Italiano), die die Interessen der Katholiken vertrat, beziehungsweise für die sozialistische Partei (Partito Socialista Italiano, PSI), die »die gewaltsame Übernahme der politischen Macht im Namen der Arbeiter« und die Errichtung einer »Diktatur des Proletariats« zu ihrem Ziel erklärte. Die Sozialisten bekundeten ihre Verbundenheit mit der Kommunistischen Internationale

(Komintern), die Lenin im März 1919 in Moskau gegründet hatte. Bei der Wahl im November dieses Jahres konnte die PSI ihre Sitze in der Abgeordnetenversammlung verdreifachen, die Volkspartei ihre fast vervierfachen. Die breiteste Unterstützung fand das liberale Establishment im größtenteils landwirtschaftlich geprägten Süditalien, den Regionen der traditionellen Klientelpolitik; im Parlament allerdings gerieten die Liberalen und ihre Anhänger in die Minderheit. Die Parteienlandschaft zersplitterte; die Regierung wurde destabilisiert – zwischen 1919 und

1922 kam es zu sechs
Regierungswechseln — und
zunehmend paralysiert. Italien stand,
so schien es, am Rande einer roten
Revolution.

1919 und 1920, in den *biennio rosso*, den zwei roten Jahren, wurde
Italien fast kontinuierlich von
sozialen und politischen Konflikten
erschüttert. In den Industriestädten
kam es zu zahllosen Streiks (über
1500 jedes Jahr), zu
Fabrikbesetzungen und
Arbeiterdemonstrationen. Voller
Zorn über die steigenden Preise
plünderten Menschen vielerorts
Geschäfte. In Teilen des ländlichen

Italien besetzten aus dem Krieg heimgekehrte Bauern große Güter, und über eine Million Landarbeiter schlossen sich Streiks an. Als das Durcheinander immer bedrohlicher wurde und die Regierung sich unfähig zeigte, die Ordnung wiederherzustellen, als die Ängste der Besitzenden vor einer Revolution und vor dem Sozialismus wuchsen und da die fragmentierte Parteipolitik keinen Ausweg aus der verworrenen Lage fand, öffnete sich Raum für eine neue politische Kraft. Es waren die Faschisten, die ihn ausfüllen sollten.

In der politisch chaotischen Zeit schlossen sich in Gemeinden und

Städten Nord- und Mittelitaliens kleine paramilitärische Trupps zusammen, die sich selbst knapp und trocken Fasci nannten – wörtlich Bündel, abgeleitet von *fascis*, dem lateinischen Wort für die Rutenbündel, dem Insignium von Macht und Ordnung im alten Rom. Vor allem ehemalige Soldaten aus der unteren Mittelschicht (insbesondere demobilisierte Offiziere) und viele Studenten fühlten sich angesprochen. Eine zentrale Organisation gab es nicht. Gemeinsam hatten die diversen Bewegungen aber eine vergleichsweise junge Anhängerschaft, deren militanten

Ultranationalismus,
Kriegsverherrlichung und
Gewaltbereitschaft sowie tiefe
Abneigung gegen das liberale
Establishment, das sich mit seiner
Uneinigkeit stiftenden, schwachen
und korrupten Parteipolitik in ihren
Augen völlig diskreditiert hatte. Die
politische Klasse habe Italiens
heldenhafte Kriegsanstrengungen
zunichte gemacht, hieß es; niemals
könne Italien unter der Führung der
alten Amtsträger zu seiner
wirklichen Größe finden, die alte
Elite müsse davongejagt werden. Was
die faschistischen Kämpfer zu bieten
hatten, war die radikale Aktion; sie

sollte Italien erneuern. Das war implizit revolutionär, denn es war darauf gerichtet, den bestehenden Staat mit Gewalt und fundamental zu verändern. Was genau an dessen Stelle treten sollte, blieb indessen unklar.

Unter den unzähligen Fasci war eine, die im März 1919 von Benito Mussolini gegründet worden war, dem ehemaligen Chefredakteur von *Avanti*, der Parteizeitung der Sozialisten. 1915 hatte er vehement für Italiens Eintritt in den Krieg plädiert und war prompt aus der Partei ausgeschlossen worden. Den Krieg, in dem er gekämpft hatte und

verwundet worden war, sah Mussolini als eine heroische Periode in seiner eigenen und in der Vergangenheit Italiens. Das bei der Gründung seiner Fasci Italiani di Combattimento 1919 vorgelegte Programm, im Ton ausdrücklich revolutionär, unterschied sich kaum von denen der anderen Fasci. Und viele seiner Programmpunkte hätten auch von der Linken vorgebracht werden können: allgemeines Wahlrecht, Aufhebung sämtlicher Adelstitel, Meinungsfreiheit, ein für alle zugängliches Bildungssystem, Maßnahmen zur Verbesserung der Volksgesundheit, die Beendigung der

Finanzspekulation, Einführung des Achtstundentags, die Organisation von Arbeiten in Genossenschaften, in denen Betriebsgewinne gerecht geteilt werden sollten, die Abschaffung der politischen Polizei, von Senat und Monarchie, die Gründung einer neuen italienischen Republik, aufgebaut auf autonomen Regionalverwaltungen und einer dezentralen Exekutive. Ziel war die »radikale Transformation der politischen und ökonomischen Grundlagen des kollektiven Lebens«.

Später allerdings sollte Mussolini leugnen, was hier noch ganz konkret an gesellschaftlichen und politischen

Zielen formuliert worden war. Diese seien nicht Ausdruck irgendeiner Doktrin gewesen, sondern lediglich Bestrebungen, die mit der Zeit hätten präzisiert werden müssen. Der Faschismus, erklärte er nun, sei »nicht der Säugling einer im Vorhinein ausführlich ausgearbeiteten Doktrin; er wurde aus einem Handlungsbedarf geboren und war von Anfang an eher praktisch als theoretisch«. Das war, fast zwei Jahrzehnte nach den Anfängen der Bewegung, eine Rationalisierung des radikalen Wandels, den diese in nicht einmal zwei Jahren durchlaufen hatte. Für

den hoch opportunistischen Mussolini war das in Mailand verkündete Programm da, um ignoriert, übergangen oder angepasst zu werden, ganz so, wie es die politischen Notwendigkeiten verlangten. Stets blieb der »Sozialismus« seiner Bewegung dem Ziel einer nationalen Wiedergeburt untergeordnet, einer vagen, aber machtvollen Vorstellung, die zumindest oberflächlich imstande war, ziemlich disparate Interessen zu vereinigen. Prinzipien bedeuteten Mussolini nichts, Macht hingegen alles. Und so wandte sich seine Bewegung von der Revolution ab, hin

zur Konterrevolution. Mit der anfänglichen Unterstützung von Arbeiterstreiks war ab Herbst 1920 Schluss. Nun marschierten die faschistischen paramilitärischen *squadristi* auf, um Streiks im Interesse von Grundbesitzern und Industriellen zu brechen. Im Laufe der folgenden Monate steigerten seine Trupps die Gewalt immer weiter: Mussolini konnte, wie er erkannt hatte, Sozialismus und Kommunismus nicht besiegen, solange er versuchte, um die gleiche Anhängerschaft zu werben. Wollte er die Macht erringen, musste er Rückhalt finden bei denen, die über

Geld und Einfluss verfügten. Er musste das konservative Establishment und die Mittelschicht für sich gewinnen, nicht nur unzufriedene Exsoldaten und brutale Schläger.

Anfangs war er nur einer von zahlreichen Faschistenführern und regionalen Häuptlingen; dass es ihm gelang, sich an die Spitze der jungen faschistischen Bewegung zu setzen, war weniger seiner energischen und dynamischen Persönlichkeit geschuldet – alle Faschistenführer mussten irgendwie starke Persönlichkeiten sein – als dem Gebrauch, den er von der Presse zu

machen wusste, und den Verbindungen, die er zu Industriellen knüpfte, um seine Zeitung *Popolo d'Italia* über Wasser zu halten. Mussolinis Spielart des Radikalismus – die Betonung der nationalen Einheit, von Autorität und Ordnung, die Bereitschaft, Ordnung zu schaffen durch Gewalt gegen jene, die ihr im Wege standen (die sozialistische Linke, Revolutionäre, streikende Arbeiter) – war nicht nur mit den Interessen der konservativen herrschenden Klasse kompatibel, sondern war dieser direkt dienlich. Da der liberale Staat nicht in der Lage war, die zusammenbrechende

Ordnung wiederherzustellen, wurden die Faschisten zu einem immer nützlicheren Vehikel für Italiens politische und wirtschaftliche Eliten.

Ab Mitte 1921 unterstützte die Regierung die Faschisten mit Geld und Waffen, damit diese das wachsende Chaos bekämpften. Die Polizei erhielt Weisung, nicht zu intervenieren. Zu den Maiwahlen nahm der liberale Ministerpräsident Giovanni Giolitti die Faschisten in den »nationalen Block« von Nationalisten, Liberalen und Bauernpartei auf, in der Hoffnung, sie bändigen zu können und die Opposition aus sozialistischer Partei

und Volkspartei zu schwächen. Der nationale Block erhielt die meisten Stimmen (die Faschisten selbst allerdings nur 35 von 535 Sitzen). Doch damit waren sozialistische Partei und Volkspartei noch nicht hinreichend geschwächt; an der chronischen Instabilität der Regierung änderte sich nichts. Und parlamentarisch getragen wurde das bestehende Staatssystem lediglich von einer Minderheit. Dem Wahlergebnis nach waren die Faschisten noch Wenige, gleichwohl waren sie eine wachsende Kraft. Von nur 870 Mitgliedern Ende 1919 war ihre Zahl inzwischen auf 200 000

gestiegen.

Der Durchbruch erfolgte nicht im wirtschaftlich rückständigen, überwiegend landwirtschaftlichen Süden, auch nicht in Mailand und anderen Städten des Nordens, wo Mussolinis Bewegung ihren Anfang genommen hatte. Es waren die wirtschaftlich entwickelteren ländlichen Gegenden Mittelitaliens, Emilia-Romagna, Toskana, Po-Ebene und Umbrien, wo die Faschisten an Stärke zulegten. Weil sie sich bedrängt fühlten von sozialistischen Gewerkschaften, landwirtschaftlichen Kooperativen und der Dominanz der Sozialisten

und der Volkspartei in den Gemeinderäten, bezahlten Grundherren und Pächter Lastwagenladungen faschistischer Schläger, die oft aus den Städten in der Umgebung herangekarrt wurden, um ihre Widersacher zu verprügeln, ihnen Rizinusöl einzuflößen, sie aus ihren Ämtern zu vertreiben, ihr Eigentum zu zerstören und sie anderweitig zu terrorisieren – die Polizei sah dem untätig zu. Innerhalb von Wochen wurden ehemals »rote« Provinzen zu faschistischen Hochburgen gemacht. Arbeiter und Bauern wurden durch angedrohten Terror »ermutigt«, aus den

sozialistischen Gewerkschaften
auszutreten und sich eigens
gegründeten faschistischen
»Syndikaten« anzuschließen. Bereits
im Juni 1922 hatten diese Syndikate
eine halbe Million Mitglieder,
vorwiegend Bauern. Renitente
Agitation wurde, zur Freude von
Grundeigentümern und Industriellen,
umgewandelt in gefügige Will-
fährigkeit.

Gelenkt wurden die *squadristi* –
paramilitärische Schlägerbanden,
meist Trupps von etwa zwölf Mann –
von mächtigen regionalen
Faschistenbossen. Mussolini war der
wichtigste der faschistischen Führer,

aber noch weit davon entfernt, die Bewegung zu beherrschen. Lokale Faschistenbosse rebellierten vielmehr, als er 1921 versuchte, die antisozialistische Gewalt zu bremsen, weil er sich der regierenden Elite als patriotischer »Gemäßigter« beweisen und sich als der Mann andienen wollte, der gewillt war, konstruktiv an der nationalen Einheit zu arbeiten. Zu diesem Zweck war er sogar bereit, sich mit den sozialistischen Gewerkschaften zu arrangieren. Mussolini musste als Führer zurücktreten und errang diese Rolle erst wieder, als er den Radikalen nachgegeben und jeder Idee

abgeschworen hatte, die Sozialisten irgendwie einzubinden. Sein nationales Ansehen, seine Kontrolle der faschistischen Presse, seine Verbindungen zu Industriellen und anderen Mächtigen brachten die untereinander zerstrittenen, einander misstrauenden regionalen Bosse dazu, ihn wieder an die Spitze zu hieven. Er revanchierte sich durch demonstrative Unterstützung der *squadristi*, die während der folgenden Monate die Kontrolle auch über zahlreiche Städte im Norden errangen. Im Oktober 1921 schließlich gab er der faschistischen Bewegung mit Gründung des Partito

Nationale Fascista einen formellen politischen Rahmen.

Die Organisation wurde während der folgenden Monate auf 2300 lokale Sektionen erweitert (von denen jede um Parteimitglieder warb), was Mussolini eine breitere politische Basis verschaffte. Von der schwachen liberalen Regierung zunehmend enttäuscht, liefen die Mittelschichten der Partei zu, die im Mai 1922 über 300 000 Mitglieder zählte – ein Zuwachs von 50 Prozent in weniger als sechs Monaten. Eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Grundeigentümern, Ladenbesitzern, Büroangestellten und vor allem von

Studenten ließ die sozial disparate Bewegung anschwellen, die im Allgemeinen die Sympathie örtlicher Eliten, von Polizei und Richtern genoss.

Bis Herbst 1922 hatte der Faschismus das gesellschaftliche und politische Establishment durchdrungen und auch im Volk eine starke Unterstützerbasis gewonnen. Im August war ein von den sozialistischen Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik kläglich gescheitert, hatte die Angst der Mittelschichten gleichwohl nochmals geschürt. Die Linke war schwach, und im Kontrast dazu erschien die

große Massenversammlung von 40 000 Faschisten in Neapel am 24. Oktober als Manifestation der Stärke. Nun war Mussolini bereit, eine weitere der ursprünglichen Forderungen seiner Bewegung zu opfern – die Ausrufung der Republik. Er wolle die Monarchie nicht abschaffen, so ließ er wissen. Er sei bereit, Macht zu übernehmen, und forderte eine neue Regierung mit mindestens sechs faschistischen Ministern.

Tatsächlich war der legendäre »Marsch auf Rom« vom 28. Oktober nichts dergleichen, eher eine Fehlinformation: Man hatte dem

König, der konfrontiert war mit dem Rücktritt der Regierung, gesagt, 100 000 faschistische Milizionäre marschierten unaufhaltsam gen Rom. Tatsächlich unterwegs waren nicht mehr als 20 000 kläglich bewaffnete »Schwarzhemden«, die, wenn die Armee nur gewollt hätte, ohne weiteres hätten zurückgeschlagen werden können. Als ein letzter Versuch, eine liberale Regierung zu bilden, fehlschlug, bot der König Mussolini das Amt des Ministerpräsidenten an. Dieser, statt den triumphalen Marsch der Faschisten auf Rom anzuführen, hatte es vorgezogen, mit dem Zug nach

Rom zu reisen, wohl in schwarzem Hemd und schwarzer Hose, aber mit Melone. Seine Berufung zum Ministerpräsidenten erfolgte nach den Bestimmungen der Verfassung, und die Regierung, die er führte, war eine breite Koalition; um den Kabinettstisch saßen Minister der Liberalen, der Nationalisten, der Demokraten und der Volkspartei sowie Mussolini selbst mit drei weiteren Faschisten. Mitte November erhielt die neue Regierung ein überwältigendes Vertrauensvotum vom Parlament. Nur wenige freilich erwarteten, angesichts der chronischen Instabilität der

Regierungen in den Vorjahren, dass nun ausgerechnet diese lange bestehen würde.

Da hatte man sich getäuscht. Denn nun beeilten sich Karrieristen, der faschistischen Partei beizutreten: Bis Ende 1923 schwoll sie auf 783 000 Mitglieder an – das waren mehr als doppelt so viele wie zum Zeitpunkt des »Marschs auf Rom«. Der Faschismus institutionalisierte sich. Sein ursprünglicher harter Kern, die *squadristi*, die brutalen Schläger und fanatischen Glaubensgenossen, wurde aufgeweicht durch die Aufnahme von Opportunisten, die einen Job suchten oder

gesellschaftlichen Aufstieg – darunter auch ehemalige Rivalen aus dem nationalistischen Lager, von denen viele Monarchisten und Konservative waren. Noch hatte Mussolini keine klaren Pläne für eine Einparteiendiktatur. Doch er gewann Vertrauen und gab, verglichen mit der traditionellen Gerontokratie der Parteihonoratioren, bereits eine dynamischere Figur ab. Im November 1923 führte er eine grundlegende Änderung des Wahlsystems herbei, die der stärksten Partei bei einer Wahl, sofern sie mehr als ein Viertel der Stimmen erhalten hatte, zu zwei Dritteln der Parlamentssitze verhalf.

Begründet wurde dies als Versuch, stabile Regierungen zu gewährleisten. In der Praxis stellte es sicher, dass Liberale und Konservative, wenn sie an der Macht beteiligt bleiben wollten, seine Regierung würden unterstützen müssen. In der im April 1924, mit dem neuen Verteilungsschlüssel durchgeführten Wahl gewann der nationale Block, inzwischen überwiegend Faschisten, ohnehin zwei Drittel der Stimmen – und damit 375 von 535 Sitzen; ein Sieg, der nicht zuletzt einer gewalttätigen Kampagne gegen Gegner des Blocks zu verdanken war. Noch waren die

Oppositionsparteien nicht verboten, doch Sozialisten und die Volkspartei hatten viel von ihrer früheren Stärke eingebüßt. Sieht man von den Arbeitern ab, waren die meisten Italiener – mit mehr oder weniger Begeisterung – bereit, Mussolinis Führerschaft anzuerkennen.

Zu einer gefährlichen Krisensituation kam es im Juni 1924, als der Sozialistenführer Giacomo Matteotti, der das Wahlergebnis als Betrug angeprangert hatte, verschwand und später tot aufgefunden wurde – ermordet von Faschisten, wie alle zu Recht annahmen, höchstwahrscheinlich auf

Befehl Mussolinis oder führender Mitglieder seiner Entourage. Das löste eine politische Krise ersten Ranges aus. Aus Protest zogen sich die Sozialisten aus dem Parlament zurück – ein Schachzug, der lediglich die Position der Regierung stärkte. Die Opposition blieb gespalten und machtlos. Mussolini indessen spielte den Gemäßigten, machte Zugeständnisse, um einigen Nationalisten, Monarchisten und rechten Liberalen zu Regierungsposten zu verhelfen, und gliederte die faschistische Miliz den Streitkräften ein. Die »großen Bataillone«, nämlich König, Kirche,

Armee und Großindustrielle, unterstützten Mussolini in ihrer Angst vor jedweder Wiederbelebung des Sozialismus. Die faschistischen Provinzbosse jedoch machten ihre Unterstützung davon abhängig, dass ihr Führer auf ein rein faschistisches Regime hinarbeitete; eine Forderung, der sie mit einer neuen Welle der Gewalt Nachdruck verliehen.

Wie während seines gesamten Aufstiegs zur Macht wandte sich Mussolini in zwei Richtungen und manövrierte zwischen den Konservativen, die gebraucht wurden, um die politische Kontrolle zu erringen, und seinen radikalen

Faschisten, die auf jeden Schritt der Mäßigung ungehalten reagierten, hin und her. Gezwungen, den Parteibossen entgegenzukommen, stritt Mussolini in einer Parlamentsrede im Januar 1925 zwar jede Beteiligung an der Ermordung Matteottis hartnäckig ab, übernahm aber in der Öffentlichkeit die volle Verantwortung für das Geschehene. Um die Radikalen zu beschwichtigen, erklärte er: »Wenn zwei Elemente unversöhnlich miteinander ringen, liegt die Lösung bei der Gewalt.« Dieses Prinzip wurde in die Praxis umgesetzt. Politische Gegner wurden verhaftet, Oppositionsparteien

verboten, die Pressefreiheit abgeschafft und die Regierung fast vollständig von Faschisten übernommen. Die »Grundlagen des totalitären Staates« waren gelegt, wie Mussolini später schrieb. Die Matteotti-Krise hätte Mussolinis Ende sein können, sie endete mit seiner Stärkung. Die Macht der Faschisten war gesichert.

Warum setzte sich der Faschismus in Italien durch, während der Nachkriegskrise aber nirgendwo sonst? Ausschlaggebend für Mussolinis Erfolg waren die bereits existierende, sich rasch zuspitzende Legitimationskrise des liberalen

Staates, die Folgen des Krieges sowie die von vielen wahrgenommene Revolutionsgefahr. Nirgendwo sonst, von Spanien abgesehen, war die Legitimationskrise in den Jahren direkt nach dem Krieg so tiefgreifend. Und Spanien hatte am Krieg nicht teilgenommen. Die Auswirkungen des Krieges auf Italien hingegen sind kaum zu überschätzen.

Der italienische Staat hatte seine vollständige Vereinigung erst 1870 erreicht und war wirtschaftlich in weiten Teilen noch immer rückständig und tief gespalten. Vor dem Krieg wurde er nur von einer schmalen Oligarchie getragen. Nach

dem Krieg ließ sich das nicht länger aufrechterhalten. Durch den Kriegseintritt waren die starken gesellschaftlichen und ideologischen Differenzen offenkundig geworden, die sich durch die verhängnisvollen Verluste während der Kämpfe noch vergrößert hatten. Einige Millionen Italiener waren einberufen worden und in den Krieg gezogen. Nach dem Krieg waren viele bereit, sich politisch mobilisieren zu lassen. Abertausende Exsoldaten und auch viele andere waren überzeugt, dass der Sieg »verstümmelt«, dass Italien um den versprochenen nationalen Ruhm und seine imperialistische

Expansion betrogen worden sei – die Opfer des Krieges also hätten sich nicht gelohnt. Aus dieser Überzeugung wuchs die hasserfüllte Ablehnung des bestehenden Staates und seiner Repräsentanten.

Das Gefühl, Italiens herrschende Oligarchie habe die heldenhaften Kriegsveteranen betrogen, war der Ausgangspunkt des harten Kerns der Faschisten. In diesem Klima des Unmuts, der Uneinigkeit, der Unordnung und der sozialistisch-revolutionären Bedrohung ließen sich viele Italiener ansprechen vom emotionalen Appell an nationale Pflichten, zur nationalen

Wiedergeburt, zum Sturz des schwachen und dekadenten liberalen Staats. Mit den großen Wahlerfolgen der sozialistischen Partei, die die Notwendigkeit einer gewaltsamen Machtergreifung durch die Arbeiter predigte, mehr noch mit dem raschen Zuwachs der kommunistischen Partei gleich nach deren Gründung 1921 erschien die Gefahr einer Revolution – so kurz nach der bolschewistischen Machtübernahme in Russland – auch in Italien sehr real.

Die direkt nach dem Krieg durchgeführten Wahlrechtsreformen hatten Italien nahezu unregierbar

gemacht. Die Fragmentierung der politischen Mitte und der konservativen Rechten, dazu die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung, die Gefahr zu bekämpfen, die in den Augen der Besitzenden von den immer stärker werdenden Sozialisten ausging, öffneten den politischen Raum, in dem der Faschismus Rückhalt und Unterstützung gewinnen konnte. Extreme Gewalt gegen jene, die als innere Feinde wahrgenommen wurden, ließ diese Unterstützung wachsen, vor allem in den wirtschaftlich entwickelten ländlichen Gegenden Nord- und

Mittelitaliens.

Trotz all seiner Radikalität, ohne Unterstützung der herrschenden Eliten, die sich mit Mussolinis Bewegung zusammentaten, hätte der Faschismus die Vorherrschaft nicht erlangen können. Mussolini hat die Macht nicht »ergriffen«, er wurde eingeladen, sie zu übernehmen. Danach waren die konservativen, monarchistischen, militärischen und kirchlichen Eliten, in ihrer Angst vor dem Sozialismus, gerne bereit, die Methoden der Einschüchterung und Manipulation zu decken, mit denen sich der Faschismus bis 1925 praktisch die Alleinherrschaft im

Staat verschaffen konnte.

Das europäische Land, in dem die Verhältnisse jenen am ähnlichsten waren, die den Aufstieg des Faschismus in Italien begünstigten, war Deutschland. Warum also überlebte die Demokratie, wenn sie im »siegreichen« Italien zusammenbrach, im besiegten Deutschland die Nachkriegskrise?

Die Demokratie in Deutschland überlebt

Mussolinis »Marsch auf Rom« hatte

nördlich der Alpen, in der immer
aufgewühlteren politischen
Landschaft Deutschlands einen
direkten Effekt auf die extreme
Rechte. Seit 1920 sorgte ein
rassistisch-nationalistischer Hitzkopf
mit bemerkenswerten demagogischen
Talenten in Münchens Bierhallen,
und eigentlich fast nur dort, für
Aufsehen: Adolf Hitler. 1921 bereits
wurde er Parteiführer der
Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei (NSDAP), die in
mancherlei Hinsicht Mussolinis
früher faschistischer Partei glich, den
Aufbau eines gewaltbereiten
paramilitärischen Arms

eingeschlossen. Die Nazi-Partei (wie die NSDAP genannt werden sollte) unterschied sich nur wenig von anderen deutschen Bewegungen ähnlich extremer rassistisch-nationalistischer Ausrichtung. Hitler aber verstand es wie kein zweiter Redner, die Massen anzuziehen. Seine Partei, zunächst nicht mehr als eine Splitterpartei, hatte sich rasch eine Gefolgschaft aufgebaut – hauptsächlich in Bayern. Der Freistaat, wie er sich bezeichnete, besaß innerhalb des deutschen föderalistischen Systems beträchtliche regionale Autonomie und war seit 1920 die Bastion der

nationalistischen Opposition gegen das, was als »sozialistische« Demokratie in Preußen, dem mit Abstand größten deutschen Staat, dargestellt wurde.

Zwischen Anfang 1921 und Herbst 1922 war Hitlers Bewegung von etwa 2000 auf 20 000 Mitglieder angewachsen. Und als einer seiner wichtigsten Gefolgsleute ein paar Tage nach dem »Marsch auf Rom« unter brüllendem Jubel einer großen Bierhallen-Zuhörerschaft verkündete: »Den Mussolini Italiens haben auch wir. Er heißt Adolf Hitler«, verlieh das dem bereits aufkeimenden Personenkult um den Führer der

Nazis erheblichen Auftrieb. Als Deutschland 1923 nach der französischen Ruhrbesetzung in eine wirtschaftliche und politische Krise geriet, war Hitlers Macht, die militanten regierungsfeindlichen Nationalisten zu mobilisieren, ausreichend, um ihn im Strudel der paramilitärischen Bewegung in Bayern in eine Führungsposition zu befördern – eine Bewegung, die sich zu einer Kraft entwickelte, die bereit war und gewappnet für den Kampf gegen die gewählte Reichsregierung in Berlin. Die Demokratie geriet in ernste Gefahr.

Tatsächlich hatte sich die

antidemokratische nationalistische Rechte – die konservative wie die radikale – bemerkenswert schnell vom Schrecken der Niederlage und der Revolution im November 1918 erholen können. Aus der (wie sich zeigen sollte, übertriebenen) Angst vor einer – nach bolschewistischem Beispiel radikalisierten – Revolution hatte die sozialdemokratische Übergangsregierung in Berlin noch vor dem Waffenstillstand mit der Führung der besiegten Armee eine Vereinbarung, den Ebert-Groener-Pakt, abgeschlossen, der dem Offizierskorps eine zweite Chance gab – eine verhängnisvolle

Vereinbarung, denn als
Gegenleistung für dessen
Rückendeckung bei der Bekämpfung
des Bolschewismus sagte die
Revolutionsregierung dem
Offizierskorps Unterstützung zu. Die
Spaltung der Linken – in jene, die für
die parlamentarische Demokratie
eintraten, und eine Minderheit, die
mit Blick nach Moskau die
Kommunistische Partei Deutschlands
gegründet hatte und eine radikale
Revolution nach sowjetischem
Vorbild anstrebte – sollte sich als
dauerhafte Belastung für die 1919
gegründete Demokratie erweisen. Die
wirkliche Bedrohung der Demokratie

jedoch kam von rechts; nur kurzzeitig hatten Niederlage und Revolution die Rechte erschüttert, sie war gebändigt, aber nicht erledigt. Schon im Frühjahr 1919 hatte die Wiederbelebung der antisozialistischen, antidemokratischen Rechten eingesetzt. Kräftige Unterstützung fand sie im Mittelstand und unter landbesitzenden Bauern, deren tiefe Abscheu vor dem Sozialismus und deren Angst vor dem Bolschewismus noch verstärkt wurde durch den kurzen Versuch vom April 1919, aus Bayern eine Räterepublik nach sowjetischem Vorbild zu machen.

Eine radikale Gruppe aus Kreisen rechter Militärs um Wolfgang Kapp, ein Gründungsmitglied der Deutschen Vaterlandspartei, die in den letzten Kriegsjahren für einen »Siegfrieden« und für Annexionen geworben hatte, sowie um General Walther von Lüttwitz, den Spiritus Rector der paramilitärischen Freikorps, fühlte sich im März 1920 stark genug für einen Versuch, die Regierung zu stürzen. Ihr Marsch ins Berliner Regierungsviertel allerdings wurde zum Fiasko, in einer Woche war der Spuk vorüber. Kapp, Lüttwitz und ihre wichtigsten Leute flohen ins Ausland.

Bezeichnenderweise hatte die Armee jedoch nichts unternommen, um den Aufstand zu unterdrücken. Den Putschversuch vereitelt hatten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik, außerdem hatte sich die Beamtenschaft geweigert, Kapps Befehle auszuführen. Noch also war die Linke imstande, die Demokratie zu verteidigen.

Im Nachklang des Kapp-Putsches kam es in Sachsen, Thüringen und insbesondere im Ruhrgebiet (wo Arbeiter die »Rote Ruhrarmee« gegründet hatten) zu schweren Zusammenstößen zwischen bewaffneten sozialistischen und

kommunistischen
Selbstverteidigungseinheiten, den
Proletarischen Hundertschaften,
einerseits und staatlich unterstützten
Freikorpstrupps andererseits. Die
sozialdemokratisch geführte
Regierung ließ die Reichswehr
marschieren und die Ordnung auf
deren brutale Weise
wiederherstellen. So zweifelhaft ihre
Loyalität gegenüber der neuen
Demokratie auch war, die Armee
hatte sich als deren unentbehrliche
Stütze erwiesen. Die
Rechtsextremisten suchten Zuflucht
in Bayern. In der Zeit dieser Wirren
schwand die Akzeptanz der jungen

Demokratie; Sozialdemokraten, das katholische Zentrum und die Linksliberalen, die Parteien der Weimarer Koalition, verloren Wähler. Zwischen Januar 1919 und Juni 1920 schrumpfte ihr Anteil an den Sitzen im Reichstag um nahezu die Hälfte: von fast 80 auf nur 44 Prozent. Die eigentlichen Stützen der jungen Demokratie hatten ihre Mehrheit verloren; nur einmal noch, bei den Reichstagswahlen von 1928, konnten sie diese auf nationaler Ebene annähernd zurückgewinnen. Deutschland war nun, wie es zwar unzutreffend, aber mit verständlicher Übertreibung hieß, eine Demokratie

ohne Demokraten.

Mehr als alles andere sorgte die Frage der Reparationen dafür, dass die politische Lage 1921/22 hoch angespannt blieb; für die nationalistische Rechte war dieses Thema belebend wie Sauerstoff. Stets lauerte politische Gewalt. 352 politische Morde verübten Rechtsterroristen zwischen 1919 und 1922. Die parlamentarische Demokratie wurde attackiert, von links ebenso wie von rechts. Im Frühjahr 1921 führte ein kommunistischer Aufstand in Sachsens Industriegebiet zu erbitterten Kämpfen, die ein paar

Tage währten, bevor preußische Polizei den Aufstand niederschlug. Diesen Kampf hatten die Kommunisten verloren, dennoch konnten sie ihre Anhängerschaft in Industriegebieten weiterhin vergrößern. In Bayern dagegen, wo die Landesregierung die Anwendung des »Gesetzes zum Schutz der Republik« ablehnte, das der Reichstag 1922 verabschiedet hatte, um politischen Extremismus und politische Gewalt zu bekämpfen, gewann die extrem nationalistische Rechte neuen Rückhalt.

1923, als die Hyperinflation die Währung – und mit dieser die

Ersparnisse der deutschen Mittelschicht – aufzehrte, polarisierte sich die Politik. Erneut ging das Schreckgespenst einer kommunistischen Revolution um. Die Armee wurde losgeschickt, um eine kommunistische »Oktoberrevolution« in Sachsen und Thüringen zu unterdrücken, in einem Fall schossen Reichswehrsoldaten tatsächlich auf Demonstranten. Auch ein kommunistischer Aufstand in Hamburg brach nach Zusammenstößen mit der Polizei rasch zusammen und hinterließ über 40 Tote. Aber die Gefahr von links ging schnell vorüber. Gefährlicher

war die Gewalt der Rechten, und diese konzentrierte sich in Bayern. Die großen, mittlerweile zu regelrechten Armeen zusammengeschlossenen paramilitärischen Verbände bildeten eine Kraft, mit der man rechnen musste. Zu ihrer Symbolfigur war kein Geringerer als General Ludendorff geworden, Hitler zu ihrem politischen Wortführer. Doch selbst wenn die Paramilitärs in der bayerischen Politik eine Rolle spielten, hatten sie nur geringe Chancen, ohne Unterstützung der Reichswehr die Regierung in Berlin zu stürzen.

Die Reichswehrführung hatte seit Gründung der Republik eine zwiespältige Haltung eingenommen; sie unterstützte den Staat aus Prinzip und Pflicht, auch wenn sie mit der neuen Demokratie wenig anfangen konnte und diese allenfalls tolerierte. Die Signale, die Generaloberst Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung der Reichswehr aussandte, waren unklar. Ein Eingreifen zur Wiederherstellung der Ordnung in Bayern lehnte er ab, andererseits warnte er, als die Putschgerüchte stärker wurden, Bayerns politische Führer davor, das immer lauter und schriller werdende nationalistische

Aufbegehren der rechtsextremistischen Paramilitärs zu unterstützen. Die bayerische Reichswehrführung hatte sich für einen Marsch auf Berlin ausgesprochen, wo eine nationale Diktatur ausgerufen werden sollte – ein Echo auf Mussolinis Heldentaten in Italien. Doch von Seeckt lehnte diese Idee ab: Er werde mit der Reichswehr nicht gegen die rechtmäßige Regierung in Berlin vorgehen, woraufhin auch die bayerischen Regimenter von einer Unterstützung eines Staatsstreichs absahen.

Nun fühlte sich Hitler in die Enge

getrieben und glaubte, handeln zu müssen, wenn er seine Unterstützer nicht verlieren wollte. Der Putsch, den Hitler am 8. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller mit theatralischer Geste einleitete, brach am nächsten Morgen im Stadtzentrum im Kugelhagel der Polizei schmachvoll zusammen. Damit war die Bedrohung von rechts, wie auch die von links, eingedämmt. Mit dem Scheitern des Bürgerbräuputsches wurde ein Geschwür im Staatswesen aufgeschnitten. Die Putschisten wurden verhaftet, die Rädelsführer, auch Hitler, ein paar Monate später vor Gericht gestellt

und zu – unverhältnismäßig milden – Freiheitsstrafen verurteilt. Die extreme Rechte spaltete sich. Die Krise ebte ab. Wenig später konnte die Währung stabilisiert werden, und es wurde ein flexibleres Verfahren für die Reparationszahlungen ausgehandelt. Die Demokratie hatte überlebt – mit Ach und Krach.

Krieg, Niederlage, Revolution, der Friedensvertrag und seine Bedingungen hatten die Deutschen traumatisiert und polarisiert. Die Regierungen waren instabil. Die Mittelschichten fürchteten und hassten den Sozialismus, nährten die schrille nationalistische Agitation,

außerdem die brutale paramilitärische Gewalt der antidemokratischen Rechten. In all dem zeigten sich Ähnlichkeiten zu Nachkriegsitalien. Anders jedoch als dort behielt die Demokratie einen starken, gut organisierten Rückhalt nicht nur durch die große sozialdemokratische Partei, sondern auch durch das katholische Zentrum und die Linksliberalen. Wenn auch nicht die parlamentarische Demokratie, so konnte doch immerhin der politische Pluralismus auf eine lange Geschichte zurückblicken. Die politische Mitsprache war fest verankert, seit

einem halben Jahrhundert hatten die Männer das allgemeine Wahlrecht. Außerdem war Deutschland, anders als Italien, ein föderales System. Selbst wenn sich mit der SPD die bedeutendste demokratische Partei auf Reichsebene in die Opposition zurückgezogen hatte, wenn sich Bayern zu einer Hochburg der antidemokratischen, nationalistischen Rechten entwickelte – Preußen, der bei weitem größte Staat, blieb unter der Regierung verlässlich demokratischer Parteien. Das allein aber hätte nicht genügt, um die Demokratie zu retten, wenn ihr die Machteliten – bei denen die neue

Republik bestenfalls lauwarme Unterstützung fand – den Rücken gekehrt hätten.

Ganz entscheidend war, dass die Armeeführung, trotz ihrer von Anfang an zwiespältigen Haltung zur parlamentarischen Demokratie, den Staat 1923 auf dem Höhepunkt der Krise stützte, wohingegen Mussolinis Bewegung allein darum nach der Macht greifen konnte, weil sie den Rückhalt der italienischen Armee besaß – ein ganz wesentlicher Unterschied. Nur darum konnte die Demokratie die Nachkriegskrise in Deutschland überstehen, während sie in Italien zusammenbrach.

Offensichtlich hegte die deutsche Militärführung ernsthafte Zweifel an den Erfolgchancen der Putschisten – die Erinnerungen an das schmachliche Scheitern des Kapp-Putsches von 1920 waren noch frisch. Darüber hinaus zeigte sich im Widerwillen, einen Putsch mitzutragen, auch der Zweifel der Militärs an ihrer Fähigkeit, die beängstigenden Probleme zu meistern, denen sie gegenüberstehen würden, im Inneren wie nach außen, sollten sie gezwungen sein, die politische Verantwortung in Deutschland zu übernehmen.

Das lähmende wirtschaftliche

Elend des Landes und seine Schwäche auf dem internationalen Parkett wären an sich schon hinreichende Gründe gewesen, einem dilettantischen Versuch, die gewählte Regierung zu stürzen, die Rückendeckung zu verweigern. Wäre ein solcher Putsch erfolgreich gewesen, die damit installierte rechte Diktatur hätte sich von Anfang an militärisch und ökonomisch in einer prekären Lage befunden. Einen klar erkennbaren Weg aus der Wirtschaftskrise gab es nicht. Höchst fraglich ist zudem, ob die Amerikaner einem vom deutschen Militär geführten Regime finanzielle

Hilfe angeboten hätten. Und ein weiterer Verzug der Reparationszahlungen unter einer aggressiven nationalistischen Regierung hätte zum erneuten Eingreifen der Franzosen und damit zum Verlust des Rheinlands führen können. Durch die Bedingungen des Friedensvertrags stark geschwächt, wäre die Reichswehr nicht in der Lage gewesen, bewaffneten Widerstand zu leisten. Kurz, die Zeit, eine autoritäre Lösung des »Problems Demokratie« zu unterstützen, war in den Augen der Reichswehrführung noch nicht gekommen.

Die Lockerung der Fesseln von

Versailles, auch der Wiederaufbau der Reichswehr würden warten müssen, bis die Reparationszahlungen beendet werden könnten (wenngleich eine geheime Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nach Abschluss des Vertrags von Rapallo 1922 eine gewisse Zusammenarbeit in der Offiziersausbildung ermöglichte, unter Umgehung der von Versailles verhängten Auflagen). Ohne Unterstützung der Reichswehr hatte die extrem nationalistische Rechte in Deutschland 1923 keine Chance, dem Aufstieg des Faschismus an die Macht nachzueifern, wie er im Jahr zuvor in Italien stattgefunden hatte. Die

Demokratie war aus der Gefahrenzone. Nun konnten neue und bessere Zeiten anbrechen. Doch die Gefahr hatte lediglich nachgelassen, verschwunden war sie nicht.

1924 war die Nachkriegskrise vorbei. Es folgten ruhigere Zeiten, unter der Oberfläche freilich hatten der Ausgang des Ersten Weltkriegs und die Friedensverträge eine schwelende Unruhe hinterlassen. Die größte Gefahr erwuchs einem dauerhaften Frieden in Europa aus der unheiligen Kombination von Hypernationalismus und Imperialismus. Eine Welt aus Nationalstaaten war im Entstehen

begriffen; das war ein wesentliches Ergebnis des Krieges in Europa, eine Neuordnung, die auf Nationalstaaten gründete, von denen viele instabil waren. Doch noch immer waren die imperialen Träume der europäischen Großmächte sehr lebendig. Die alliierten Siegermächte Großbritannien und Frankreich glaubten, ihr künftiger Wohlstand und ihr Ansehen seien weiterhin von ihren Imperien abhängig. Sie waren die großen Gewinner der Nachkriegsordnung und dehnten ihre imperialen Besitzungen außerhalb Europas erheblich aus, indem sie ihre Besitzungen um die früheren

deutschen, in der ganzen Welt verstreuten Kolonien vergrößerten und dazu noch die Territorien des untergegangenen Osmanischen Reiches im Nahen Osten übernahmen.

Ein geheimes, 1916 zwischen Sir Mark Sykes und François Georges-Picot getroffenes Abkommen hatte einen Großteil des arabischen Nahen Ostens zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Insgesamt fügte Großbritannien seinem Empire rund 2,5 Millionen Quadratkilometer hinzu, Frankreich etwa 600 000. Die neu geschaffenen Staaten Syrien und Libanon wurden Frankreich überlassen, die Mandate für Palästina

(einschließlich des Ostjordanlands) und Irak gingen an Großbritannien (das den Nahen Osten damit zu einem künftigen Eckpfeiler seiner imperialen Verteidigung machte).

1917 hatte der britische Außenminister Arthur Balfour, der die Ziele der noch kleinen zionistischen Bewegung unterstützte, verkündet, die britische Regierung befürworte den Aufbau einer »Heimstatt« für das jüdische Volk in Palästina. Die Erklärung zielte zum Teil darauf ab, die Juden in den Vereinigten Staaten zu bewegen, für den Kriegseintritt der USA einzutreten. Zudem sollte

sichergestellt werden, dass das strategisch wichtige Palästina später nicht, wie vorgesehen, an die Franzosen übergeben werden müsste. Sowohl das Sykes-Picot-Abkommen wie auch die Balfour-Deklaration sollten Folgen haben, die insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – und darüber hinaus – nicht nur in Europa nachhallten, sondern in der ganzen Welt.

Aber auch Deutschland und Italien, die einstige tatsächliche Großmacht und die Mächteergroßmacht, hegten weiterhin imperialistische

Ambitionen. Gedemütigt durch den Verlust kolonialer Besitzungen beziehungsweise durch das Scheitern beim Versuch, sie zu erlangen, fühlten sie sich ausgebremst, als »Habenichts«-Nationen. Fürs Erste konnten sie nichts tun, das Fundament allerdings für künftige Konflikte war gelegt. Es gab keine durchgehende Nabelschnur, die einen zweiten großen Weltenbrand an den ersten gebunden hätte. Die Dinge hätten sich anders entwickeln können. Gleichwohl machte das Erbe des Ersten Weltkriegs einen weiteren großen Krieg in Europa eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich.

Unterdessen begannen sich die Europäer, in der Annahme, sie hätten das Schlimmste hinter sich, realistische Hoffnungen zu machen auf künftigen Frieden und Wohlstand.

VIER

TANZ AUF DEM VULKAN

Wollte man [die proletarische Jugend] nach dem Sinn des Lebens fragen, so könnte sie nur antworten: Was es eigentlich soll, das wissen wir nicht, und es interessiert uns auch nicht, es zu erfahren. Da wir aber nun einmal

leben, so wollen wir auch vom
Leben so viel haben wie nur
irgend möglich.

Ein protestantischer Geistlicher über die
»proletarische Jugend« in deutschen
Städten (1929)

1924 schienen die Aussichten für
Europa so hell wie seit über zehn
Jahren nicht mehr. Die
Volkswirtschaften erholten sich;
zusehends verbesserten sich die
Lebensumstände der Menschen.
Selbst der internationale Frieden war
weniger gefährdet als zu irgendeinem
anderen Zeitpunkt seit 1914. Die
gewaltsamen Unruhen auf dem

Kontinent waren abgeebbt. Im kulturellen Leben blühten Kreativität und Innovationen. Die Schrecken des Krieges verblassten allmählich, und es war, als erwache der Kontinent zu neuem Leben – Frühling nach einem langen kalten Winter. Vor allem der Jugend kam es vor, als sei ein neues, ein unbeschwerteres Zeitalter angebrochen. Jazz, Charleston, der Flapper: Für viele Zeitgenossen, wie auch für folgende Generationen noch, standen die Importe aus den Vereinigten Staaten für Europas Aufbruch in eine neue Zeit, in die »Roaring Twenties«; andere sprachen von den »Goldenen Zwanzigern«.

Endlich konnte man wieder hoffnungsvoll und optimistisch in die Zukunft blicken. Das Schlimmste war überstanden. So jedenfalls sah es aus.

Nur fünf Jahre später jedoch löste der Börsenkrach in New York eine weltweite, in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Krise des Kapitalismus aus. Sie fegte durch Europa, stürzte den Kontinent in eine Spirale wirtschaftlicher Depression ohnegleichen, begrub in ihrem Sog alle Hoffnungen auf Frieden und Wohlstand, erschütterte Demokratien und bahnte den Weg in einen neuen Krieg. Und der sollte noch schrecklicher werden als der

vorangegangene.

War Europa, bevor das wirtschaftliche Chaos der Depression einer gewaltigen, unvorhersehbaren und unausweichlichen Kraft gleich über den Kontinent hereinbrach, tatsächlich im Begriff, sich in vielversprechender Weise aus der Katastrophe herauszuwinden, entwickelte es tatsächlich Aussichten auf Frieden und Wohlstand? Oder kaschierte die Nachkriegserholung nur die verhängnisvolleren Züge in der Entwicklung Europas, die latent vorhanden waren, in vollem Umfang aber erst sichtbar wurden, als die Wirtschaftskrise den Kontinent

verschlang?

1928, auf dem Höhepunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs, warnte der deutsche Außenminister Gustav Stresemann scharf vor übersteigertem Optimismus. Zwar habe die für Europas Erholung entscheidende deutsche Wirtschaft seit den dunklen Tagen der Hyperinflation einen Wandel durchlaufen, gleichwohl befinde sie sich, wie Stresemann bemerkte, immer noch in einer prekären Lage: »Tatsächlich tanzt Deutschland auf einem Vulkan.« Eine nicht nur im Hinblick auf Deutschland treffende Metapher für die Jahre, in denen

weite Teile der europäischen Bevölkerung Charleston tanzten, in fröhlicher Unkenntnis des Desasters, das bald ausbrechen und den Kontinent in eine lange, sich zuspitzende Krise stürzen würde.

Aufschwung

Man muss kein Schüler von Karl Marx sein, um zu erkennen, in welchem Ausmaß die Wirtschaft die Nachkriegsentwicklungen in Europa bestimmte. Verstanden allerdings wurden die wirtschaftlichen Kräfte,

wenn überhaupt, nur von wenigen Ökonomen und von so gut wie keinem der führenden Politiker, geschweige denn von der Masse einfacher Menschen, deren Leben sie bestimmten. Noch heute sind sich Ökonomen uneins über die genauen Ursachen der Weltwirtschaftskrise, uneins darüber, warum sie so umfassend war, so tiefgreifend, warum sie so lange anhielt. Das Wesentliche indes scheint klar: Die direkte Ursache des Börsenkrachs war die starke Überhitzung der amerikanischen Wirtschaft während des Aufschwungs in den »Roaring Twenties«. Diese Überhitzung hatte

ihre Ursache in billigem Geld, das in Konsumausgaben floss – allem voran in den Kauf von Autos und elektrischen Geräten – und schließlich in Aktien und Wertpapiere, die sich, so jedenfalls sah es aus, in einem schier endlosen Aufwärtstrend befanden. Als die Blase 1929 platzte, zeigten sich in den Auswirkungen auf Europa die strukturellen Schwächen seiner Wirtschaft, die den Kontinent extrem verwundbar gemacht hatten. Insbesondere die seit Kriegsende gewachsene wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten steckte hinter den schweren

Störungen in der Weltwirtschaft, in der die Kontrollmechanismen der Vorkriegszeit nicht mehr griffen.

Vor dem Zusammenbruch hatte es deutliche Zeichen gegeben, dass Europas Wirtschaft dabei war, sich von den gewaltigen Umbrüchen der frühen Nachkriegskrise zu erholen. In nicht geringem Maße hing der wirtschaftliche Wiederaufschwung vom Wiederaufbau des beschädigten, gleichwohl starken deutschen Industriepotenzials ab. Tatsächlich gab es einen beachtlichen Aufschwung, als sich Deutschland vom Trauma der Hyperinflation von 1923 erholte. Durch die Inflation war

die Verschuldung der Industrie größtenteils getilgt worden. Das industrielle Kapital aber, Maschinen und Anlagen, war weitgehend veraltet. Die Industrie reagierte mit rigorosen Modernisierungs- und Rationalisierungsprogrammen. Das führte zu beeindruckenden technischen Fortschritten in der Produktion und zu substantziellen Produktionssteigerungen. Eine Erfolgsgeschichte, aber bei weitem keine uneingeschränkte. Denn zugleich traten einige der grundlegenden Strukturschwächen der europäischen Wirtschaft zutage, und diese machten, als es in Amerika

1929 zum Börsenkrach kam, gerade Deutschland extrem anfällig.

Eine für den deutschen Aufschwung unerlässliche Basis war die Stabilisierung der von der Hyperinflation ruinierten Währung gewesen. Damit eng verknüpft war das schwierige Thema der Reparationsregelung, in dem schon die wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen von 1922/23 größtenteils gewurzelt hatten.

Der entscheidende Schritt, die vollkommen entwertete Währung zu ersetzen, war mit Einführung der neuen Rentenmark auf dem Höhepunkt der ersten Krise im

November 1923 bereits getan worden. Die durch Vermögenswerte wie Grundbesitz, Immobilien und Industriekapital gedeckte Übergangswährung gewann rasch das Vertrauen der Öffentlichkeit und erhielt im Jahr darauf, durch ein großes amerikanisches Darlehen gestützt, ein sicheres Fundament, konnte dem Goldstandard beitreten und wurde in Reichsmark umbenannt (mit einem auf die alte Mark bezogenen Kurs von einer Billion zu eins). Zudem hatte sich ebenfalls im Herbst 1923 ein internationales Expertenkomitee unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles G.

Dawes mit der Überprüfung der Reparationen befasst und konnte im April 1924 Empfehlungen vorlegen. Dank der im Dawes-Plan vorgesehenen stufenweise ansteigenden Raten wurden die Reparationszahlungen deutlich praktikabler. Der Plan war als Übergangsregelung gedacht. Sobald Deutschlands Volkswirtschaft wieder voll florierte, sollten die Reparationen ihren Stachel verlieren – so zumindest die Annahme.

Das Geld für die Zahlung der Reparationen stammte vor allem aus Auslandskrediten, die nach der

Währungsreform nach Deutschland flossen, vorwiegend aus den USA – und darin lag das Problem. In einer boomenden deutschen Wirtschaft, so hofften amerikanische Investoren, lasse sich reiche Beute machen. Große amerikanische Unternehmen wie General Motors, Ford und General Electric planten den Bau von Fabriken in Deutschland. Bis 1930 betrug das Volumen der Auslandsdarlehen, die nach Deutschland gelangt waren, rund fünf Milliarden Dollar. Hauptnutznießer war zunächst die deutsche Industrie. Bald jedoch klagte die Wirtschaft darüber, dass ein zu großer Teil der Investitionen

in deutsche Kommunen floss: in die Anlage von Parks, den Bau von Schwimmbädern, Theatern und Museen oder in die Sanierung öffentlicher Plätze und Gebäude. Für die Lebensqualität in deutschen Klein- und Großstädten war das ohne Zweifel gut, doch finanziert wurden diese langfristigen Investitionen mit kurzfristigen Krediten – in der Hoffnung auf eine anhaltend gute Konjunktur. Was aber würde geschehen, wenn die kurzlaufenden Kredite aus den Vereinigten Staaten gekündigt, wenn das Anleihegeschäft überhaupt zurückgefahren würde? Bis 1929 war das offenbar kein

Thema.

Der Dawes-Plan war das offenkundigste Zeichen dafür, dass die weltwirtschaftliche Vormachtstellung in der Nachkriegszeit unwiderruflich an die Vereinigten Staaten übergegangen war. Sie hatten den mit Abstand größten Gewinn aus der gewaltigen Störung gezogen, den die Weltwirtschaft durch den Krieg erlitten hatte. Auch Japan, im Fernen Osten, hatte sich zu einem Kraftzentrum entwickelt. Die Zeit der globalen wirtschaftlichen Dominanz Großbritanniens war jedenfalls vorüber. Die Zahl der Länder,

Währungen und Zollschranken innerhalb Europas hatte zugenommen, was protektionistische Tendenzen verstärkte, da Einfuhrzölle verhängt wurden. So - entwickelte sich geradezu wirtschaftspolitischer Nationalismus. Die vor dem Krieg florierenden Länder, allen voran Großbritannien, glaubten, als der Krieg zu Ende war, sie könnten die Uhr zurückdrehen. Vor 1914 war der »Goldstandard« das Kennzeichen wirtschaftlicher Stabilität – das hieß: feste Wechselkurse, gekoppelt an den international vereinbarten Goldpreis, über die die Bank of England wachte.

Während des Ersten Weltkriegs war der Goldstandard außer Kraft gesetzt worden, und nun, in den 1920er Jahren, sollte er nach und nach wieder hergestellt werden. Dies aber geschah in einem ökonomisch wie politisch völlig veränderten Klima.

Denn die Verhältnisse waren höchst instabil, die Vereinigten Staaten inzwischen zur führenden Wirtschaftsmacht geworden, und New York und Paris forderten das einst dominierende Finanzzentrum London heraus. Aber 1925 unternahm Großbritannien den bedeutenden Schritt der Rückkehr zum Goldstandard. Drei Jahre später, als

bereits alle anderen wichtigen europäischen Volkswirtschaften ebenfalls zum Goldstandard zurückgekehrt waren, folgte auch Frankreich. Aus Prestigegründen bestand Großbritannien (worin ihm eine Reihe anderer Länder folgte) auf der Rückkehr zum Dollar-Wechselkurs der Vorkriegszeit. Man hielt dies für eine »Rückkehr zur Normalität« – zur wirtschaftlichen Sicherheit der Vorkriegsära. Und übersah, dass sich die Welt verändert hatte. Ein System fester Wechselkurse, in dem Großbritannien die zentrale Stellung einnahm, inzwischen ein Land mit

schweren wirtschaftlichen Problemen, erwies sich nun als eine Quelle der Schwäche, nicht der Stärke. So wurden die festen Wechselkurse zu einer Belastung für die Zukunft.

Diese Probleme allerdings wurden Mitte der 1920er Jahre, als sich die europäische Wirtschaft deutlich erholte, von den Zeitgenossen nicht vorhergesehen. Zwischen 1925 und 1929 legte die Industrieproduktion um über 20 Prozent zu. Deutschland, Belgien, Frankreich, Schweden, Finnland, die Niederlande, Luxemburg, die Tschechoslowakei – sie alle verzeichneten ein

überdurchschnittliches Wachstum, auch Ungarn, Rumänien, Polen und Lettland, wenngleich von einer bescheidenen Ausgangsbasis. Das Wachstum in Frankreich und Belgien wurde befördert durch Abwertung der jeweiligen Währung, wobei Frankreichs Wachstum auf einer außergewöhnlich raschen wirtschaftlichen Erholung Anfang der 1920er Jahre aufbaute. Die Industrieproduktion stieg zwischen 1925 und 1929 um mehr als ein Viertel, das Pro-Kopf-Einkommen um nahezu ein Fünftel. Die französischen Exporte wuchsen und lagen kurz vor der Weltwirtschaftskrise rund

50 Prozent über denen der Vorkriegszeit. Auch Belgien erlebte einen erstaunlichen Anstieg seiner Industrieproduktion – um rund ein Drittel – und große Exportzuwächse. Am bemerkenswertesten aber, nach den Katastrophen des Bürgerkriegs, war das Wachstum in der Sowjetunion, und dabei waren die Marktkräfte der internationalen Wirtschaft hier gar nicht im Spiel.

Im Vereinigten Königreich dagegen, in Italien, Spanien, Dänemark, Norwegen, Griechenland und Österreich setzte das ökonomische Wachstum nur schleppend wieder ein. Das

faschistische Italien litt unter einer erheblichen Überbewertung der Lira, die Mussolini aus Prestigegründen durchgesetzt hatte. Das führte zu Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen, die durch öffentliche Arbeiten und Agrarsubventionen nur zum Teil ausgeglichen werden konnten. Auch Primo de Riveras Diktatur in Spanien schuf sich ihre Probleme selbst: Hohe Schutzzölle, mit denen sich Spanien von den internationalen Märkten weitgehend abschnitt, und die überbewertete Peseta brachten Spanien bis 1929 in immer größere Schwierigkeiten. Dänemark und Norwegen litten ebenfalls unter

überbewerteten Währungen. Die britische Ökonomie verzeichnete 1928/29 einen Wachstumsschub. Neuere Branchen wie Automobilbau, Chemie- und Elektroindustrie hatten zwar zugelegt, die traditionellen Kernsektoren der Industrie dagegen – Kohle, Stahl, Textilien, Schiffsbau – blieben während der 1920er Jahre kontinuierlich notleidend. Dennoch erholte sich Europa insgesamt bis 1929 von der Zerrüttung der unmittelbaren Nachkriegszeit und lieferte somit eine Erfolgsgeschichte. Der internationale Handel hatte, angetrieben vor allem vom amerikanischen Boom, um über

20 Prozent zugelegt.

Am schnellsten war der Wandel in den stärker industrialisierten und urbanisierten Regionen Nord- und Westeuropas. In ärmeren, weniger entwickelten ländlichen Gebieten – wie sie in Ost- und Südeuropa die Regel waren – kam der Wandel deutlich langsamer in Gang und nur begrenzt voran. Ein wichtiger Treiber von wirtschaftlichem Aufschwung und sozialem Wandel war die Automobilproduktion. Autos, die Henry Ford in den USA erstmals am Fließband produzierte, waren vor dem Krieg ein Luxusgut gewesen – und blieben für die

meisten Menschen weiterhin unerschwinglich. Noch Anfang der 1930er Jahre kamen in Europa nur sieben Privatautos auf 1000 Menschen, in Amerika waren es bereits 183. Aber auch in Europa begann sich die Autoproduktion auf einen Massenmarkt auszurichten. Wegweisend war der in Großbritannien erstmals 1922 hergestellte Austin Seven. Bald produzierten Fiat in Italien, in Frankreich Citroën, dann Renault und Peugeot ebenfalls kleinere, preisgünstigere Autos. In Deutschland tat Opel (das Werk wurde 1929 vom amerikanischen

Großkonzern General Motors übernommen) es ihnen nach. Doch auch während des Booms in den 1920er Jahren wurden in ganz Europa kaum Fortschritte bei der Entwicklung eines Autos erzielt, das sich weniger wohlhabende Menschen ebenfalls hätten leisten können.

Dennoch waren in Europas Städten Autos und Motorräder inzwischen kein seltener Anblick mehr. Bis Mitte des Jahrzehnts waren auf den Straßen Großbritanniens rund eine Million Automobile unterwegs, eine halbe Million in Frankreich und eine Viertelmillion in Deutschland. Italien baute Mitte der

1920er Jahre die erste Autobahn und verfügte binnen weniger Jahre über ein ausgebautes Straßennetz von knapp 5000 Kilometern. Das ließ in anderen Ländern auf sich warten, doch bis Ende der 1920er Jahre waren in West- und Mitteleuropa die meisten Straßen für Kraftfahrzeuge geeignet. Nicht nur in den großen, auch in kleineren Städten Europas wurden Lieferfahrzeuge, Busse und Taxen nicht mehr von Pferden gezogen. Das Straßenbild veränderte sich schnell. Europas Motorisierung hatte begonnen.

Das elektrische Licht veränderte das Stadtbild ebenfalls. Bald konnten

ganze Stadtviertel von einem Elektrizitätswerk aus per Knopfdruck erleuchtet werden. Nicht lange, und die Gaslampen wurden samt den Männern, die durch die Straßen gingen, um sie anzuzünden und zu löschen, nicht mehr gebraucht. Mit der Elektrifizierung waren auch moderne Haushaltsgeräte, die in den USA bereits zum Alltag gehörten, auf dem Vormarsch. Allmählich verfügten immer mehr Haushalte der Mittelschicht in Europa über Staubsauger; Waschmaschinen, Kühlschränke, Elektroherde dagegen blieben selten, und in Arbeiterhaushalten war die

Hausarbeit weiterhin reine Plackerei. Die Arbeit in den Büros veränderte sich mit der Verbreitung des Telefons. Eine halbe Million Telefonanschlüsse gab es in Berlin, täglich 1,25 Millionen Gespräche sollen dort geführt worden sein. Von den Privatwohnungen waren allerdings nur wenige an das Telefonnetz angeschlossen. Mit — Ende der 1920er Jahre — 83 Telefonapparaten pro 1000 Einwohner war Schweden führend, in Deutschland waren es 50, in Italien sogar nur sieben. Dank der Elektrifizierung wurde zugleich die erste Revolution in der

Fernmeldetechnik möglich: der Aufbau nationaler Rundfunknetze. In Großbritannien hatte die BBC 1924, nur zwei Jahre nach dem Start der Radioprogramme, bereits eine Million registrierte Zuhörer. Bei der Geschwindigkeit, mit der sich das Radio verbreitete, lag Deutschland knapp dahinter; zwischen 1924 und 1932 stieg die Zahl der deutschen Radiohörer von 10 000 auf vier Millionen – das heißt, einer von vier Haushalten verfügte 1932 über ein Radiogerät.

Viele Menschen sahen Europa auf dem Weg zu anhaltendem Wohlstand – eine trügerische

Hoffnung, wie sich zeigen sollte. Viele Europäer jedoch werden wahrscheinlich gar nicht das Gefühl gehabt haben, einen Aufschwung mitzuerleben. Für die meisten von ihnen ging es, wie zuvor, darum, über die Runden zu kommen, und nicht darum, reich zu werden. Selbst wenn die Armut nicht mehr so vollkommen zermürend war, wie sie einmal gewesen war, so war sie doch noch immer beinahe allgegenwärtig. Weiterhin lebten große Teile der Bevölkerung in einfachsten Verhältnissen auf dem Land oder in grauenhaften Unterkünften in chronisch überfüllten großen

Städten und Industriegebieten. Häufig mussten sich ganze Familien ein einziges Zimmer teilen, in einem Elendsquartier mit primitiven sanitären Einrichtungen. Neue und bessere Unterkünfte wurden dringend benötigt. Gewiss gab es Verbesserungen – mitunter in beeindruckendem Umfang, vor allem, wenn der Staat intervenierte. So baute das demokratische Deutschland bis Ende der 1920er Jahre jährlich über 300 000 neue Wohnungen, viele davon mithilfe öffentlicher Förderprogramme. In Berlin und in Frankfurt am Main entstanden große neue für die Arbeiterklasse

vorgesehene Wohnsiedlungen. Während des Kaiserreichs hatten die öffentlichen Ausgaben für Wohnungsbau praktisch bei null gelegen. 1929 war Wohnungsbau der Bereich staatlicher Ausgaben, der gegenüber 1913 den größten Anstieg verzeichnete. Zwischen 1924 und 1930 wurden in Deutschland rund 2,5 Millionen Wohnungen errichtet; damit war dort eine von sieben Wohnungen neu, wovon über sieben Millionen Menschen profitierten. Beeindruckende Fortschritte gelangen der sozialdemokratischen Stadtverwaltung des »Roten Wien«: 180 000 Menschen konnten eine

Neubauwohnung des Wiener Gemeindebaus beziehen. Dessen spektakulärstes Projekt war der riesige, 1930 fertiggestellte Karl-Marx-Hof mit 1382 Wohnungen für die ärmere Stadtbevölkerung.

In diesem Umfang jedoch waren Stadtentwicklung und Wohnungsbau die Ausnahme, die Anstrengungen waren längst nicht ausreichend. 1927, noch immer herrschte chronische Wohnungsnot, war eine Million deutscher Familien ohne eigene Bleibe. Auch in Schweden half die während der 1920er Jahre zunehmende Zahl der neugebauten Häuser wenig, um die beträchtliche

Überbevölkerung in städtischen Regionen zu bewältigen. In den Vororten von Paris und anderen französischen Städten nahmen ungeplante Neubauzonen mit hochverdichtetem Siedlungsbau und ungesunden Wohnverhältnissen Migranten auf, die vom Land oder über die Grenzen nach Frankreich kamen – in der Hoffnung, in den wachsenden Industriebranchen Arbeit zu finden. Auch in Großbritannien blieb Wohnungsnot ein Riesenproblem, insbesondere in Industriegebieten. Unmittelbar nach dem Krieg war der Wohnungsbedarf auf 800 000 Einheiten geschätzt

worden. Doch das nach dem Krieg gestartete Wohnbauprogramm, das 213 000 neue Wohnungen hervorbrachte, lief 1920/21 aus, als die Kapitalkosten stark anstiegen. 1923 favorisierte die konservative Regierung die Subventionierung privater Bauvorhaben. Die meisten der 362 000 Häuser, die in den folgenden sechs Jahren von der Privatwirtschaft gebaut wurden, waren für arme Arbeiterfamilien allerdings unerschwinglich und gingen im Allgemeinen an Käufer der unteren Mittelschicht. Die neue Labour-Regierung führte 1924 das erste Programm des sozialen

Wohnungsbaus ein, durch Bezuschussung regulierter Mieten für Wohnungen, die von den Gemeinden gebaut wurden. Der Bau von *council houses*, von Sozialwohnungen also, wurde forciert, bis 1933 entstanden 521 000 Wohnungen, vorwiegend für Arbeiter. Ein Anfang immerhin, kaum mehr: Noch immer nämlich lebten Millionen Menschen unter entsetzlichen Bedingungen. In den Städten Süd- und Osteuropas waren katastrophale Wohnverhältnisse die Regel, verschärft durch den Zustrom von Menschen aus armen ländlichen Gebieten, in denen die meisten Häuser und Katen primitiv blieben.

Die Gewerkschaften – deren Mitgliederzahlen stark gestiegen waren und die ihre im Krieg gesteigerte Verhandlungsmacht nun nutzen konnten – hatten trotz des Widerstands der Arbeitgeber erfolgreich auf den Achtstundentag gedrängt, der zunächst in Frankreich, Deutschland und Italien, dann in weiteren Ländern zur Norm wurde. Die langen Arbeitstage waren damit verkürzt. In der Praxis freilich wurden Überstunden verlangt, und eine wöchentliche Arbeitszeit von weit über 48 Stunden war immer noch die Regel. Löhne, insbesondere die der Facharbeiter, stiegen, wenn

auch in einem Maß, das in den meisten Fällen dem Anstieg der Unternehmensprofite deutlich hinterherhinkte. Doch gab es bemerkenswerte Unterschiede. Denjenigen, die in den neuen, expandierenden Branchen arbeiteten, ging es tatsächlich besser. So stiegen die Reallöhne in den riesigen Renault-Werken in Frankreich, die Tausende von Arbeitern einstellten, um die wachsende Kfz-Produktion zu bewältigen, im Lauf der 1920er Jahre um 40 Prozent. Auch wenn die Löhne stiegen, die Arbeit selbst war größtenteils absolut monoton – mit eiserner Fabrikdisziplin

durchgesetzte repetitive
Fließbandarbeit, ausgeführt zumeist
von Einwanderern. 1931 waren es
nahezu drei Millionen Menschen
(sieben Prozent der Bevölkerung
Frankreichs), die erhebliche
Diskriminierung und schlechte
Behandlung zu erdulden hatten. In
den 1920er Jahren nahm Frankreich
400 000 russische Flüchtlinge auf,
über viermal mehr als jedes andere
Land, zahlreiche andere Emigranten
kamen aus Polen, Italien, Armenien
und Algerien.

In den älteren Branchen lag das
Lohnniveau deutlich tiefer. Der mit
Abstand größte Streik Mitte der

1920er Jahre, ein Generalstreik, der Großbritannien vom 3. bis zum 13. Mai 1926 lähmte, war die Antwort auf den (wie sich zeigen sollte, gleichwohl erfolgreichen) Versuch der Arbeitgeber, die Löhne in den Kohlezechen, die an erheblicher Überkapazität litten, zu senken. Über 1,5 Millionen Arbeiter aus der Transportbranche und anderen Industrien streikten zur Unterstützung von etwa 800 000 Kumpeln, die von ihren Arbeitgebern ausgesperrt worden waren. Die Versuche, den Streik zu brechen, gewannen an Schwung, und nach zehn Tagen brach der Trades

Union Congress (TUC) den Streik ab und akzeptierte die Bedingungen der Regierung, die fast schon demütigend waren. Die Bergarbeiter setzten ihren Widerstand fort, mussten aber schließlich nach sechs Monaten an die Arbeitsplätze zurückkehren – verarmt, geschlagen und gezwungen, die längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Löhne zu akzeptieren, die ihnen die Minenbesitzer aufdrückten. Ähnlich aggressiv agierten deutsche Arbeitgeber im November 1928, als sie die gesamte Belegschaft der Hüttenwerke im Ruhrgebiet – rund 220 000 Arbeiter – aussperrten, um gegen einen nationalen Schiedsspruch

eigene Tarife zu erzwingen. Diese großen Arbeitskämpfe waren die deutlichsten Anzeichen für die schwächer werdende Position der Industriearbeiter (insbesondere jener in den älteren Schwerindustrien) und ihrer Gewerkschaften, und sie zeigten die entsprechend gewachsene Verhandlungsmacht und Militanz aufseiten der Arbeitgeber in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit – und das noch vor der Weltwirtschaftskrise.

Wie Deutschland gehörte Frankreich ebenfalls zu den Ländern, deren Großindustrie an der Spitze derer stand, die nicht nur die modernen Managementmethoden

übernahmen, die Frederick Winslow Taylor kurz nach der Jahrhundertwende in den USA entwickelt hatte, sondern auch die von Henry Ford 1913 im Automobilbau eingeführte Massenproduktionstechnik. Eine Folge der weitreichenden Rationalisierungen der industriellen Produktion in Deutschland war, dass sich die Arbeitslosigkeit, die Anfang der 1920er Jahre niedrig geblieben war, 1925/26 mehr als verdreifachte – auf über zwei Millionen oder zehn Prozent der Arbeitskräfte. Ähnliche Arbeitslosenquoten gab es auch anderswo in Europa. In Ländern, in

denen die Wirtschaft nur langsam wuchs, in Dänemark und Norwegen etwa, erreichte die Arbeitslosigkeit 17, 18 Prozent. Hoch war sie außerdem in den älteren Wirtschaftszweigen der Schwer- und der Textilindustrie, die mit verstärktem Wettbewerb auf den Weltmärkten konfrontiert waren und in denen die rasche Expansion zu Überkapazitäten geführt hatte. In Großbritannien etwa sank die Zahl der Arbeitslosen schon vor der Weltwirtschaftskrise nie unter eine Million.

Die Arbeitslosenversicherung, in Großbritannien mit dem National

Insurance Act von 1911 eingeführt, wurde nach dem Krieg ausgebaut, so dass rund zwölf Millionen britische Arbeiter (das waren allerdings nur 60 Prozent der Arbeitskräfte) abgesichert waren. Auch Frauen wurden einbezogen, doch war das Arbeitslosengeld, das ihnen wöchentlich gezahlt wurde, niedriger als das der Männer. Weiterhin nicht versichert blieben Hausangestellte, Landarbeiter und Beamte. Diese Sozialversicherung wendete das Schlimmste ab, war allerdings nur auf die Absicherung kurzzeitiger, nicht auf die struktureller Langzeitarbeitslosigkeit angelegt.

Der Versicherungsfonds erwies sich als unzureichend, der Staat musste aus Steuermitteln zuschießen. In Deutschland lag das Problem ähnlich, war aber gravierender. Das Sicherheitsnetz der 1927 eingeführten Arbeitslosenversicherung (eine beachtliche Ergänzung des in den 1880er Jahren unter Bismarck eingeführten Sozialversicherungssystems, das gegen Krankheit und Unfall absicherte sowie eine Altersrente garantierte) war bereits strapaziert, bevor die Depression die Wirtschaft heimsuchte; danach war es

überfordert. Überhaupt hatte nur weniger als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Auch andere Teile Europas waren Großbritanniens frühem Beispiel gefolgt und hatten Unterstützungssysteme eingeführt, doch der Anteil der Arbeitskräfte, die von ihnen abgedeckt waren, war dort noch kleiner.

Schon in den industrialisierten Teilen Europas war der Aufschwung in seiner Wirkung begrenzt und uneinheitlich, aber der Großteil der europäischen Bevölkerung lebte noch immer auf dem Land, und dort

werden viele Bauern, die mit ihren Kleinbetrieben ein karges Auskommen hatten, kaum bemerkt haben, dass es überhaupt einen Aufschwung gab. Viele Bauern hatten vom Krieg profitiert, vielen ermöglichte die Nachkriegsinflation, ihre Schulden zu tilgen. Da die Bodenpreise am Ende des Krieges gefallen waren, konnten diejenigen, die es sich leisten konnten, ihren Besitz erweitern. Doch bald brachen für die Landwirtschaft härtere Zeiten an. Eine erhöhte Produktion in Europa traf, als die Nachkriegserholung Fahrt aufgenommen hatte, auf Märkte, die

bereits übersättigt waren mit Erzeugnissen aus außereuropäischen Ländern, die ihre Produktionsleistung während des Krieges gesteigert hatten, um Versorgungslücken zu schließen und Engpässe auszugleichen. Gegen Ende der 1920er Jahre trug die sowjetische Politik, Getreide zu exportieren, um dringend benötigte Industrieausrüstung importieren zu können, zur Übersättigung des Agrarmarkts bei. Sinkende Preise für landwirtschaftliche Produkte waren die Folge, international fielen sie, verglichen mit den Jahren 1923 –25, bis 1929 um über ein Drittel.

Besonders schwer betroffen waren die von ihrer Agrarproduktion stark abhängigen Länder in Ost- und Südeuropa.

Zur Mechanisierung der Landwirtschaft kam es kaum. Durch die Bodenreformen der Nachkriegszeit waren viele große Güter aufgeteilt worden, auf diese Weise aber entstand eine große Zahl kleiner, wenig produktiver und zersplitterter Betriebe. In der Tschechoslowakei und anderswo trugen Agrarsubventionen zu Verbesserungen bei, in den baltischen Ländern ermöglichte die Verlagerung auf Milchprodukte und

tierische Erzeugnisse eine Exportsteigerung. Die meisten Menschen aber, die ihren Unterhalt in der Landwirtschaft verdienten, gerieten lange vor der Wirtschaftskrise in Bedrängnis. Die Verschuldung von Bauernhöfen erreichte alarmierende Höhen. Schon bevor die Depression sie vollends ruinierte, standen viele Erzeuger vor dem Aus. Die Flucht vom Land in die elenden Lebensverhältnisse überfüllter Städte nahm zu, je größer die Kluft zwischen den städtischen und den ländlichen Einkommen wurde und je weniger Zukunftschancen junge Leute auf dem

Land für sich sahen. Den meisten von ihnen blieb der Ausweg verwehrt, den frühere Generationen gesucht hatten: die Emigration in die Vereinigten Staaten, denn dort waren Anfang der 1920er Jahre die Einwanderungsbestimmungen deutlich verschärft worden. So kam es verstärkt zur Binnenmigration. Allein in Frankreich verließen zwischen 1921 und 1931 rund 600 000 Menschen ihre kleinen Höfe und suchten ihr Glück in den Werkstätten und Fabriken der Städte.

Denen, die auf dem Land blieben, brachten die späten 1920er Jahre schwerlich einen Boom. Die

Wirtschaftskrise traf überall in Europa Regionen, die ohnehin schon ruiniert waren. Die »Krise vor der Krise« hinterließ eine ländliche Bevölkerung, die bereits vor der Rezession anfällig für politische Radikalisierung war. Für viele landlose Arbeiter wurde der Kommunismus attraktiv. Für Landbesitzende Bauern hingegen hatten die sich sammelnden Kräfte der autoritären Rechten mehr Zugkraft.

So hatte sich die Wirtschaft in einem Großteil Europas in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zwar kräftig erholt, die grundlegenden Probleme jedoch waren geblieben

und sie mussten den Kontinent in massive Schwierigkeiten stürzen, sollte es zu einem Abschwung kommen. Nur wenige Zeitgenossen sahen diese Probleme. Immerhin hatten sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen verbessert, und selbst wo das nur in bescheidenem Maß geschah, war es, im Vergleich mit dem Jahrzehnt zuvor, allemal eine Verbesserung. Viele, vielleicht die meisten Menschen hatten das Gefühl, sie könnten einer noch besseren Zukunft entgegensehen. Die optimistischen Stimmen, manche vorsichtig, andere vollmundiger, übertönten die Schwarzseher.

Zwischen dem 24. und dem 29. Oktober 1929 brach die New Yorker Börse zusammen, und als die drastischen Auswirkungen Europa erfassten, war es, praktisch über Nacht, vorbei mit dem Optimismus.

Die Alternative

Bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise gab es Stimmen, die das sichere, unmittelbar bevorstehende Ende des Kapitalismus prophezeiten, und es gab ein Land, dem sie sich voller Bewunderung und

Wissbegier zuwenden konnten: die Sowjetunion. Abgeschirmt gegen die Unwägbarkeiten der internationalen Wirtschaft, erschien sie vielen als Vorbild und utopische Zukunftshoffnung – ein Staatssozialismus, der dem Kommunismus, der höchsten Stufe gesellschaftlicher Entwicklung, den Boden bereiten sollte, einer Gesellschaft ohne Privateigentum, frei von Klassenunterschieden und Ungleichheit. Es gab, wie die Sowjetunion zu zeigen schien, eine attraktive Alternative zur Marktwirtschaft, ein besseres Gesellschaftsmodell als das höchst

ungerechte, ökonomisch überholte und unterlegene kapitalistische System. Eine staatliche Planwirtschaft, gegründet auf Gemeinbesitz der Produktionsmittel, und Autarkie, also ökonomische Unabhängigkeit – beide Ideen erschienen wegweisend und fanden Anhänger in ganz Europa.

In der Tat hatte die Sowjetunion ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum hingelegt, wenn auch – bedingt durch die Umwälzungen von Erstem Weltkrieg, Revolution und darauf folgendem, verheerendem Bürgerkrieg – von einem niedrigen Ausgangspunkt aus.

Bemerkenswert rasch hatte das Land sich erholt. Bis 1927/28 hatten Industrie und Landwirtschaft eine Produktionsleistung erreicht, die der von 1913 vergleichbar war. Die Neue Ökonomische Politik, das zwischen 1921 und 1928 gültige Konzept der Sowjetwirtschaft, das den Bauern Anreize zum Anbau gab und ihnen begrenzte Möglichkeiten bot, von der Vermarktung ihrer Erzeugnisse zu profitieren, hatte sich als erfolgreich erwiesen. 1927 jedoch zeigten sich die Probleme dieser Politik. Und mit ihrem industriellen Sektor lag die Sowjetunion noch immer weit hinter den fortgeschrittenen Ländern

Westeuropas zurück.

Die Frage, wie das Problem der wirtschaftlichen Rückständigkeit zu bewältigen sei, blieb Gegenstand hitziger Debatten innerhalb der Sowjetführung. Diese enorme Schwäche musste überwunden werden, anders schien es unmöglich, die Bedrohung durch raubgierige imperialistische Mächte abzuwehren und den Lebensstandard zu verbessern, unmöglich also, dem Sozialismus in der Sowjetunion eine sichere Zukunft zu verschaffen. Irgendwann, daran zweifelte in der Sowjetführung niemand, würden die Imperialisten das Land in einen Krieg

verwickeln. »Entweder bringen wir das zustande, oder wir werden zermalmt«, erklärte Stalin im Zentralkomitee der KPdSU im November 1928, einem für die Sowjetunion wirtschaftlich und politisch entscheidenden Wendepunkt. Der Weg dahin war alles andere als geradlinig gewesen. Nach Lenins Tod im Januar 1924 war die Wirtschaftspolitik zusehends zum zentralen Thema geworden in innerparteilichen Auseinandersetzungen, die in Stalins totaler Herrschaft und in einem so gewaltigen wie verhängnisvollen Richtungswechsel der sowjetischen

Wirtschaftspolitik endeten.

Um die Neue Ökonomische Politik war seit ihrer Einführung 1921 gestritten worden. Einige prominente Bolschewiki, allen voran Trotzki, sahen darin allenfalls eine Notlösung, erforderlich, um das Schlimmste zu überwinden, und drängten schon bald auf verstärkte staatliche Wirtschaftsplanung und auf raschere Industrialisierung. Die aber konnte nur auf Kosten der Bauern gelingen. Zudem beharrte Trotzki weiter auf der Notwendigkeit, den Bolschewismus zu exportieren und die Weltrevolution voranzutreiben. Stalin dagegen hatte im Dezember

1924 den »Sozialismus in einem Land« zum Ziel der Partei erklärt. Zu diesem Zeitpunkt schwand Trotzki's Einfluss bereits schnell. So kraftvoll seine Argumente waren, so bemerkenswert seine Persönlichkeit, er hatte sich einfach zu viele Feinde gemacht. Sein Zugriff auf die entscheidenden Hebel der innerparteilichen Macht war schwach. Von anderen führenden Kommunisten – Grigori Sinowjew, Lew Kamenew und Nikolai Bucharin, dem »Liebling der Partei« (wie Lenin ihn nannte) – unterstützt, gelang es Stalin, Trotzki auszumanövrieren. 1925 legte Trotzki

sein Amt als Kriegskommissar nieder, 1926 wurde er aus dem Politbüro ausgeschlossen, 1927 zusammen mit seinen Gefolgsleuten wegen »ketzerischer« Ansichten auch aus der Partei und im Jahr darauf ins Exil verbannt, 3000 Kilometer von - Moskau entfernt. Noch auf dem Sterbebett hatte Lenin gewarnt, Stalin habe nicht die Statur und geeignete Persönlichkeit, um den Posten des Generalsekretärs der KPdSU auszufüllen, den er seit 1922 innehatte. Doch Stalin hatte dafür gesorgt, dass diese Warnung nicht in Umlauf kam, und er nutzte seine Schlüsselposition im Zentrum der

Parteioorganisation, um seine Vormachtstellung auszubauen. Nicht zuletzt Sinowjew und Kamenew hatten ihm das leichter gemacht, indem sie 1926 ihren einstigen Standpunkt revidierten und sich Trotzki's Opposition gegen die Wirtschaftspolitik anschlossen, die in ihren Augen die Bauernschaft zu sehr begünstigte.

Tatsächlich waren bereits erste Schritte in Richtung einer umfassenden Planwirtschaft unternommen worden, bis dahin allerdings ohne offizielle Revision der Neuen Ökonomischen Politik. Stalin, in dieser Phase energisch unterstützt

von Bucharin, dem führenden Verfechter dieser Politik, gelang es, die Machtpositionen Sinowjews und Kamenews zu untergraben und sie ebenfalls zu verdrängen. 1927 wurden auch sie aus der Partei ausgeschlossen, im Jahr darauf allerdings wieder aufgenommen: Sie hatten, zerknirscht und gedemütigt, ihre Opposition widerrufen und sich der Verdammung Trotzki's angeschlossen. Jetzt war es allein Bucharin, der Stalin im Weg stand.

Dieser drängte nun auf umfangreiche Konfiskation von Lebensmitteln durch den Staat, also auf einen härteren Kurs gegenüber

den Bauern, und geriet so in immer größeren Gegensatz zu seinem früheren Verbündeten Bucharin, der nachdrücklich dafür eintrat, an der Neuen Ökonomischen Politik festzuhalten. Mitte des Jahres 1928 waren die beiden zu unversöhnlichen politischen Feinden geworden. Produktion in kleinem Maßstab, daran hielt Stalin unbeirrbar fest, sei ein unüberwindbares Hindernis für das wirtschaftliche Wachstum. Die Lebensmittelversorgung der immer zahlreicheren Industriearbeiterschaft müsse unbedingt sichergestellt werden, und das wiederum, so Stalin, lasse sich nur durch vom Staat

gelenkte Massenproduktion erreichen. Stalin taktierte geschickt, um sich in der Partei Rückhalt zu verschaffen für seinen ambitionierten Plan, das Wachstum der Industrie maximal zu beschleunigen – zu Lasten derer, die auf dem Land lebten. Als er den Parteiapparat auf seine Seite gebracht hatte, verunglimpfte er Bucharin als »Abweichler«. Schon 1929 war Bucharin erledigt, ein Mann der Vergangenheit. Stalin hatte die Machtkämpfe gewonnen, war unangefochtener Führer der Sowjetunion und Erbe von Lenins Führungsrolle.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Neue Ökonomische Politik zwar nicht öffentlich revidiert, aber doch praktisch abgeschafft worden. Im Winter 1927/28 horteten die Bauern ihr Getreide lieber, als es zu den vom Staat gedrückten Preisen zu verkaufen. Die Folge waren schmerzliche Versorgungsengpässe – just zu dem Zeitpunkt, als industrielle Großprojekte in Gang gesetzt wurden. Mittelsmänner – Wucherer, die diese Engpässe auszunutzen wussten – kauften landwirtschaftliche Produkte auf und verkauften sie zu Schwarzmarktpreisen. Stalin, der

selbsternannte »Mann aus Stahl« – geboren wurde er als Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili –, machte seinem Kampfnamen alle Ehre und reagierte auf für ihn charakteristische Weise: mit brutalem Zwang. Im Januar 1928 reiste er in den Ural und nach Sibirien, um Getreidevorräte zu beschlagnahmen, so wie dies auch während des Bürgerkriegs geschehen war. Mit allen, die Widerstand gegen die sogenannte »ural-sibirische Methode« leisteten, wurde kurzer Prozess gemacht. Vergeblich versuchte Bucharin, die Ausweitung der Getreidekonfiszierungen zu

verhindern und Stalins Griff nach der Macht doch noch abzuwenden.

Mitte 1928 hatte Stalin die Auseinandersetzung über die künftige Wirtschaftspolitik für sich entschieden: Noch 1928 wurde ein Programmentwurf zur raschen Industrialisierung vorgelegt und im April 1929 vom Parteitag der KPdSU als erster »Fünfjahresplan« verabschiedet. Tatsächlich war vieles an diesem Plan unausgegoren, führte bei der Umsetzung zu entsprechend chaotischen Verhältnissen. Auch die angestrebten außerordentlichen Produktionssteigerungen standen nur auf dem Papier: als offizielle, aber

fingierte Produktionsziffern. Dennoch, die Fortschritte waren beeindruckend – und sie waren umso beeindruckender, als das übrige industrialisierte Europa nun in die Agonie einer massiven Wirtschaftskrise fiel. In der Sowjetunion wurden riesige neue Industriekomplexe aus dem Boden gestampft. Am Unterlauf des Dnjepr entstand ein gigantisches Wasserkraftwerk, in Magnitogorsk am Ural und im sibirischen Kusnezsk wurden ausgedehnte Hüttenwerke gebaut, in Stalingrad und Charkow expandierten große Traktorenwerke. Scharenweise verließen die Bauern

das Land, um sich der immer größer werdenden Masse der Industriearbeiter anzuschließen, deren Zahl sich in nur vier Jahren verdoppelte. Selbst nach kritischen Schätzungen wuchs die Industrieproduktion um über zehn Prozent jährlich; bis 1932 verdoppelten sich zudem Förderung und Produktion von Kohle, Öl, Eisenerz und Roheisen.

Der Preis, der den Menschen dafür abverlangt wurde, war horrend – ein Preis, den kein Staat im übrigen Europa auch nur für eine Sekunde hätte in Betracht ziehen können. Die Arbeitsbedingungen, Löhne und der Lebensstandard von

Industriearbeitern waren haarsträubend. In den Fabriken herrschte eine drakonische Zucht, mit harten Strafen für »Faulenzer«. Noch weit schlimmere Konsequenzen hatte der Fünfjahresplan für die Landbevölkerung. Das Regime hatte von Anfang an erkannt, dass sich das Industrialisierungsprogramm nur auf dem Rücken der Bauern realisieren ließ. Als sich 1929 zeigte, dass sich mit Beschlagnahme allein bei den Bauern nicht genügend Getreide eintreiben ließ, um Engpässe und die Rationierung von Brot in den Städten zu vermeiden, wurde das Programm zur Zwangskollektivierung der

Landwirtschaft beschlossen. Binnen zwei Jahren sollte ein Viertel der Anbaufläche von Kollektiven bewirtschaftet werden – von großen Agrarfabriken, betrieben von enteigneten Bauern, von Bauern ohne Landbesitz, einem ländlichen Proletariat also. Tatsächlich ging die Kollektivierung schneller vonstatten als geplant. Bereits im März 1930 waren nahezu 60 Prozent der 25 Millionen bäuerlichen Haushalte kollektiviert.

Doch die Bauern fügten sich nicht widerstandslos. Fast eine Dreiviertelmillion Bauern beteiligte sich an Revolten, die in

verschiedenen Teilen der Sowjetunion ausbrachen. »Es gab bei uns Konfiskationen von Getreide und Kartoffeln, und sie nahmen sie uns unter Zwang, sowohl von den armen als auch von den mittleren Bauern. Es war, schlicht und einfach, Raub«, so ein Kleinbauer, der darum bat, die Kollektivierung aufzuheben, man müsse den Bauern »Freiheit« geben, »dann werden wir dem Staat gerne helfen«. Zeitweilig erkannte das Regime das Problem, man sprach von Exzessen, und die Schuld daran schob Stalin lokalen Funktionären zu, sie seien »trunken vom Erfolg«. Der Anteil der kollektivierten Bauern

ging stark zurück, auf 23 Prozent. Es war eine kurze Ruhepause. Rasch setzte der Druck wieder ein. Zur Erntezeit 1931 war mehr als die Hälfte der Bauern aufs Neue in Kollektive gezwungen worden, die fast das gesamte sowjetische Getreide produzierten. Drei Jahre später hatte sich die Kollektivierung fast überall durchgesetzt.

Für die rücksichtslosen Zwangsmaßnahmen wurden in den Städten Brigaden von Parteizeloten rekrutiert und aufs Land geschickt. Die »Entkulakisierung« – die »Liquidierung der Klasse der Kulaken« – wurde als politische Linie

angerufen, um die Übergriffe auf vermeintlich bessergestellte Bauern zu legitimieren, die man als ländliche Kapitalisten hinstellte. Wer ein »Kulak« war, das dekretierten die Parteiaktivisten nach Gutdünken. Jeder, der sich der Kollektivierung widersetzte, konnte so bezeichnet und darum inhaftiert, in ein entlegenes Arbeitslager deportiert oder einfach erschossen werden. Allein aus der Ukraine wurden in den ersten Monaten des Jahres 1930 nicht weniger als 113 637 »Kulaken« zwangsverschleppt. Wer sich gegen die Zwangskollektivierung wandte, aber offenkundig zu arm war, um als

»Kulak« gelten zu können, wurde »Unterkulak« genannt und ebenso behandelt. Viele »Kulaken« flohen, verkauften, wenn sie konnten, ihr Eigentum oder ließen es einfach zurück. Manche töteten ihre Frauen und Kinder und nahmen sich dann selbst das Leben.

Der Plan sah eine Verdopplung der Getreideproduktion vor. Tatsächlich sank sie – zwar nicht dramatisch, doch die ländliche Bevölkerung blieb hoffnungslos unterversorgt, da der Staat seine Getreidekonfiskationen mehr als verdoppelte. Als die Bauern in Kollektive gezwungen wurden,

schlachteten sie ihr Vieh oder ließen es eher verhungern, als es dem Staat zu überlassen. Die Zahl der Rinder und Schweine sank auf die Hälfte, die der Schafe und Ziegen auf ein Drittel, Fleisch und Milch wurden zur Mangelware. Kollektive, die die geforderten Ablieferungsquoten nicht erreichten, konnten keine Produkte aus anderen Teilen der Sowjetunion beziehen, wurden zudem genötigt, ihr Saatgut zu übergeben – womit die nächste Erntekatastrophe programmiert war.

Hunger, schlimmer als der von 1921/22 und nun eine direkte Folge der sowjetischen

Landwirtschaftspolitik, war im Schreckensjahr 1932/33 weit verbreitet. Kasachstan und der Nordkaukasus gehörten zu den am übelsten betroffenen Gebieten; am verheerendsten aber waren die Auswirkungen auf die Ukraine, die eine Kornkammer hätte sein sollen. Einem Parteifunktionär, der in ein Dorf kam, wurde gesagt: »Wir haben alles gegessen, was wir in die Finger bekamen – Katzen, Hunde, Feldmäuse, Vögel«, selbst Baumrinde. Über 2000 Menschen wurden in jenem Jahr wegen Kannibalismus bestraft. Wie viele Todesopfer die Hungersnot in der Ukraine forderte,

kann nicht genau beziffert werden. Nach den verlässlichsten Schätzungen sind rund 3,3 Millionen Menschen den Hungertod oder durch hungerbedingte Krankheiten gestorben. Betrachtet man die Sowjetunion insgesamt, muss die Zahl annähernd verdoppelt werden.

Manche Nachrichten über diese Schrecken drangen nach außen. Doch die Bewunderer der Sowjetunion spielten sie herunter oder hielten sie für antikommunistische Propaganda. Die meisten Menschen in Westeuropa wussten nichts von der Hungersnot. Nur wenige ausländische Beobachter kamen in die Lage, das Desaster zu

bezeugen. Einer von ihnen, der britische Journalist Malcolm Muggeridge, beschrieb es als »eines der größten Verbrechen der Geschichte, so schrecklich, dass die Menschen in Zukunft kaum fähig sein werden zu glauben, dass es geschah«. Er sollte Recht behalten. Die Menschen am östlichen Rand des Kontinents haben mehr gelitten als die meisten anderen Europäer; das Leiden hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnen, setzte sich fort in den Nachkriegswirren und im Russischen Bürgerkrieg und nun unter dem Sowjetregime. Das Tal der Tränen war bereits tief. Die wahre

Tiefe des Abgrunds aber sollte erst noch ausgelotet werden.

Im Spiegel der Kultur

Welchen Sinn gaben die Menschen in Europa der Welt, in der sie lebten, welchen den Kräften, die ihr Dasein unerbittlich prägten? Eine allgemeine Antwort darauf lässt sich natürlich nicht geben. Die Lebensmuster und die Reflexionen, die sie auslösten, hingen von vielen Variablen ab – von Zufälligkeiten wie der geographischen Lage oder dem

jeweiligen familiären Hintergrund, der sozialen Klasse, der politischen Kultur oder den Launen der historischen Entwicklung. Tiefgreifende Einsichten jedenfalls waren im Allgemeinen unweigerlich gut ausgebildeten Eliten vorbehalten – Menschen mit Zugang zu höherer Bildung, wie sie der überwältigenden Mehrheit der Europäer versagt war. Die innovativsten Talente im Bereich der schöpferischen Künste spiegelten wider – und prägten zugleich –, was man im weitesten Sinn als Zeitgeist beschreiben könnte. Für jene, die es gewohnt waren, die Produkte dieser

»Hochkultur« aufzunehmen – vorwiegend Angehörige der Oberschichten und des gebildeten Bürgertums –, konnten sich wichtige Grundzüge gesellschaftstheoretischen Denkens und künstlerischer Kreativität als extrem einflussreich erweisen, und sei es auf indirektem Weg. Für den Großteil der Bevölkerung jedoch war diese »Hochkultur« unzugänglich; sie lag jenseits der Parameter normalen Lebens.

Was den meisten Menschen am Ende eines Arbeitstags oder einer Woche blieb, waren die Boulevards der Populärkultur:

Unterhaltungsfilme, Tanzlokale und nicht zuletzt (jedenfalls für Männer) Besuche in Kneipen oder Bars. Das waren keine Orte der Reflexion über die Welt, eher Orte der Flucht, flüchtiger Erregung oder Ablenkung, vorübergehender Befreiung aus dem eintönigen, oft deprimierenden Alltag. Am besten gelangen solche Fluchten mit einem Gang ins Kino. Überall in Europas kleineren und größeren Städten schossen neue »Filmpaläste« aus dem Boden, vor allem in Deutschland, wo es mehr Kinos als irgendwo sonst gab: 1930 waren es über 5000 mit insgesamt zwei Millionen Sitzen, doppelt so

viele wie ein Jahrzehnt zuvor. Die Kinobesucher wurden noch zahlreicher, als gegen Ende der 1920er Jahre Tonfilme den Stummfilm abzulösen begannen. Die Kinos boten, was das Publikum begehrte: Komödien, Dramen, Abenteuer- oder Liebesfilme. Profisport – insbesondere Fußball – war die andere große Fluchtmöglichkeit für berufstätige Männer, allerdings kaum für Frauen. Die Popularität des Fußballs hatte sich lange vor dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien aus auf andere europäische Länder übertragen. Unter anderem in Deutschland,

Italien, Spanien waren große Ligen gegründet worden, deren Spiele regelmäßig Zuschauermassen anzogen. Das erste Finale des englischen Wembley-Cups, im Jahr 1923, mit dem 2:0-Sieg der Bolton Wanderers über West Ham United, hatte nach offiziellen Angaben 126 000 Zuschauer angelockt, meist aber geht man von der doppelten Zahl aus.*

»Hoch-« und »Populärkultur« fanden selten zusammen. Doch waren beide, auf unterschiedliche Weise, zentral für Europas Zeitgeist zwischen den Kriegen. Und dabei ging es nicht nur um zwei alternative

Formen kultureller Praxis. Die Höhepunkte kultureller Kreativität und künstlerischer Innovation, die in der ersten Nachkriegsdekade erreicht wurden, entsprachen zwangsläufig dem Geschmack einer nur kleinen Minderheit. Die Ausdrucksformen der Avantgarde – zu vielfältig, als dass sie sich ohne weiteres zusammenfassen ließen – waren nicht nur weit entfernt vom Leben der meisten Menschen, sie stießen auch auf feindselige Ablehnung derjenigen, die sie zu Recht als Angriff auf die traditionelle Kultur und ihre Werte wahrnahmen.

Wer zur Avantgarde gehörte,

fühlte sich mit den künstlerischen Idealen, Formen und Ausdrucksweisen der kulturellen Moderne verbunden. Etwa seit Beginn des 20. Jahrhunderts – obgleich die grundlegenden Ideen zwei Jahrzehnte zuvor entwickelt worden waren – wandten sich so gut wie alle Zweige kulturellen Schaffens von den älteren Ausdrucksformen von Klassik, Realismus und Romantik ab und wandten sich bewusst dem »Modernismus« zu. Dieses eher diffuse ästhetische Konzept umfasste eine riesige Bandbreite diverser künstlerischer Ausdrucksweisen. Was die »Modernen« einte, war die

Revolte gegen frühere Darstellungsformen, die sie als überholt, oberflächlich und bar jeder inneren Bedeutung betrachteten. Das 1906 präsentierte Manifest der Dresdener Gruppe expressionistischer Künstler, die sich selbst »Brücke« nannte – der Name sollte auf den Übergang in eine neue künstlerische Ära verweisen –, verkündete: »Als Jugend, die die Zukunft trägt, wollen wir uns Arm- und Lebensfreiheit verschaffen gegenüber den wohlangesessenen, älteren Kräften.« Alles Konventionelle oder »Bürgerliche« wurde abgelehnt, an seine Stelle trat

uneingeschränktes ästhetisches Experimentieren mit dem Neuen, dem Modernen. Alles lief auf revolutionäre Zerstörung des Alten hinaus, zugunsten eines Neubeginns auf anderen, bis dahin unerhörten Wegen, allein der künstlerischen Imagination und Kreativität verpflichtet. Die einstigen Ideale von Schönheit, Harmonie und Vernunft wurden von den Modernen radikal fallengelassen. Fragmentierung, das Zerrissene, Chaos wurden zu neuen Leitmotiven – eine bemerkenswerte Vorwegnahme des politischen und ökonomischen Bruches, den der Erste Weltkrieg hinterlassen sollte, in

ästhetischen Formen.

Wie vor 1914 war Paris auch nach dem Krieg noch Magnet für kulturelle Energie und Kreativität, ein vitales Zentrum der Moderne. Dort hatte sich Pablo Picasso, bereits berühmt als die schöpferische Kraft hinter dem Kubismus, einer neuen Form dreidimensionaler abstrakter Darstellung, vor dem Krieg niedergelassen; er war der funkelndste Stern am Firmament. Künstler aus ganz Europa und darüber hinaus fühlten sich von Schwung und Leuchtkraft der französischen Hauptstadt angezogen. Das galt auch für die Schriftsteller

der Moderne, für James Joyce, Ernest Hemingway, Ezra Pound und viele andere. An der *Rive gauche*, am linken Seineufer, blühte die künstlerische Erfindungskraft. Die beiden allerneuesten, revolutionärsten Kunstformen, der Dadaismus (1916 in Zürich aus der Taufe gehoben) und der eng mit ihm verwandte Surrealismus (der im Jahr darauf in Frankreich aufkam), gediehen in Paris der 1920er Jahre. Entwickelt hatten sie sich vor allem als Reaktion auf die bürgerliche Gesellschaft, die den Schrecken des Ersten Weltkriegs verursacht hatte. Beide Strömungen griffen von den bildenden Künsten

über auf Literatur, Theater, Film und Musik. Beide betonten, Vernunft und Logik verwerfend, das Absurde, Unsinnige, das Unlogische und Irrationale, folgten in Darstellung und Ausdruck irritierenden Sprüngen der Imagination. Direkte oder indirekte Anregungen kamen aus Sigmund Freuds und C. G. Jungs Einsichten in die Funktionsweisen der menschlichen Psyche, die Triebstruktur des Unbewussten. Hinter der oberflächlichen Ordnung der Welt lag, das wollte die experimentelle Kunst zeigen, ein unerklärliches Chaos. Jenseits scheinbar logischer Zusammenhänge

zeigten sich Absurdität und die bizarren Hirngespinnste der verborgenen Psyche. Die Intention war, das Empfinden zu erschüttern, die Suche nach unbekannten Möglichkeiten des Sinns zu stimulieren.

Die kulturelle Moderne kannte höchst unterschiedliche Formen und Spielarten, diese Strömung durchquerte den Kontinent während der 1920er Jahre auf verschiedenen, sich aber häufig überschneidenden Wegen. Der russische Konstruktivismus und die holländische Bewegung De Stijl betonten die geometrische

Abstraktion. Der italienische Futurismus, dessen Vorkriegsblütezeit nun vorüber war, setzte Mittel abstrakter Malerei ein, um Geschwindigkeit, Dynamismus, den Triumph der Technik einzufangen. Auch in der Literatur suchte die selbstbewusste Moderne ihren Ausdruck, in James Joyces *Ulysses*, in der Dichtung T. S. Eliots (vor allem in seinem epischen Werk *The Waste Land*/*Das wüste Land* von 1922), in den Romanen von Virginia Woolf, einer Schlüsselfigur der Londoner »Bloomsbury Group«. Die »Zweite Wiener Schule« stand für die experimentelle, atonale Musik von

Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern, die mit den fließenden Variationen der Zwölftontechnik aus der klassischen Harmonie ausbrachen.

Welche Formen immer die Moderne annahm, geprägt war sie durch die Absage an konventionellen künstlerischen Realismus. Fragmentierung, Irrationalität, Fragilität und Dissonanz gehörten zu ihren Hauptkennzeichen – und diese wiederum passten zu einer Nachkriegswelt, in der sich alle Gewissheiten verflüchtigt hatten. Albert Einsteins revolutionärer Entwicklung der Relativitätstheorie

von 1905 folgend hatte selbst die Physik ihre Gewissheiten verloren. Mit seiner 1927 in die Quantenmechanik eingeführten »Unschärferelation« legte Werner Heisenberg dar, dass Ort und Impuls atomarer Teilchen nicht gleichzeitig präzise zu bestimmen sind – und schien damit die Auffassung zu untermauern, dass die Welt mit Rationalität nicht zu erklären sei.

Alles, was die Moderne ausmachte, war in der Avantgarde der Vorkriegszeit bereits angelegt gewesen, die Schrecken der Jahre 1914 bis 1918 aber ließen den künstlerischen Angriff auf die

Rationalität noch schärfer hervortreten. War die Moderne vor dem Krieg noch eine Bewegung von Außenseitern gewesen, rückte sie nun in Europas kulturellen Mainstream – die Frage ihrer allgemeinen Akzeptanz freilich stand auf einem anderen Blatt.

Nirgends, auch in Paris nicht, erreichten die sprachlichen und -kulturellen Innovationen eine derart »moderne« Brillanz wie in Deutschland. Es wäre, angesichts ihrer bleibenden Bedeutung, ein Leichtes, jedoch eine Übertreibung, die Weimarer Kultur (unter diesem Etikett wurde die bemerkenswerte

kulturelle Avantgarde dieser Ära bekannt) als repräsentativ für die damalige Zeit zu bezeichnen. Selbst in der Weimarer Republik blieben die kulturellen Ausdrucksweisen insgesamt eher konservativ und konventionell. (Der Name »Weimarer Republik« geht ja auf die thüringische Stadt zurück, die vor allem mit Goethe und Schiller verknüpft ist und traditionell als ein Zentrum deutscher Kultur gilt, was einer der Gründe dafür war, dass Weimar als Tagungsort für die verfassungsgebende Versammlung von 1919 gewählt wurde.) Nur fünf Prozent der annähernd 3000 Exponate

der Deutschen Kunstausstellung München von 1930 waren Werke der Moderne. Dennoch erlebten die Weimarer Republik und insbesondere deren Brennpunkt Berlin in den wenigen Jahren ihres Bestehens und bei allen politischen Widrigkeiten eine Blüte avantgardistisch-kultureller und intellektueller Kreativität, wie sie in der Geschichte nur selten ihresgleichen findet. Zudem, und vielleicht mehr als irgendwo sonst, trafen Kunst und Gesellschaftstheorie in Deutschland den Stimmungsumschwung der Epoche, als der kreative Höhenflug der 1920er Jahre in seiner

gewaltsamen Unterdrückung in den 1930ern endete.

Der Krieg hatte keinen Bruch in der kulturellen Avantgarde Deutschlands gebracht. Der Expressionismus mit seinen bewusst verzerrten Formen und verblüffenden, eindrucksvollen Farbkombinationen, die über das oberflächlich Sichtbare hinausführen und die dahinter verborgenen Empfindungen und Ängste freilegen sollten, war im Jahrzehnt vor dem Krieg die sprühendste und bedeutendste künstlerische Stilrichtung gewesen. Einige seiner führenden Vertreter hatten, von

utopischen Träumen erfüllt, den Krieg sogar als kathartische Erfahrung begrüßt, die die alte bürgerliche Ordnung vernichten würde. Die ersten Erfahrungen der Kämpfe verstärkten dieses Hochgefühl noch. »Ich möchte, ich könnte dieses Geräusch malen«, hatte Max Beckmann 1914 geschrieben. Die Euphorie verflog. Bis zum Ende des Krieges waren Beckmann, Ernst Ludwig Kirchner und Oskar Kokoschka, die sich alle drei freiwillig zum Militärdienst gemeldet hatten, aufgrund physischer oder psychischer Zusammenbrüche aus der Armee entlassen worden; August

Macke und Franz Marc waren gefallen. Der Expressionismus aber hatte den Krieg überdauert, selbst wenn er bereits überholt wurde: vom Dadaismus, einer offeneren Form des sozialen und kulturellen Protests, und von einem neuen Realismus, der Kriegshorror und revolutionäre Gewalt ungeschminkt, »veristisch« darstellte.

Der idealistische Überschwang des Vorkriegs-Expressionismus verwandelte sich, mit Blick auf die menschliche Natur, in düsteren Pessimismus. Im März 1919 vollendete Max Beckmann sein großformatiges Gemälde *Die Nacht*,

die beängstigende Darstellung einer Szene, in der Straßengewalt und politisches Chaos über ein Haus hereinbrechen. Otto Dix, 1914 zunächst enthusiastischer Kriegsfreiwilliger, skizzierte verkrüppelte Kriegsoffer und fasste sie, vom Dadaismus beeinflusst, in Collagen aus Wirklichkeitsfragmenten wie Zeitungsausschnitten und Geldscheinen. Am deutlichsten politisiert erscheint der Protest gegen den Krieg in George Grosz' grotesken Kompositionen mit entstellten toten Soldaten, Kriegsinvaliden, hungernden Bettlern, Prostituierten,

die sich an schäbigen Straßenecken anbieten, mit feixenden Kriegsprofiteuren, feisten Industriellen und selbstgefälligen Militärs.

Mitte der 1920er Jahre schien der vorherrschende kulturelle Trend die stabileren Verhältnisse widerzuspiegeln, die sich in Deutschland durchgesetzt hatten. Die Beschäftigung mit Innenleben und Psyche, mit Emotionen und Idealen, wie sie kennzeichnend war für den Expressionismus und verwandte Ausdrucksformen, wich einer Suche nach Klarheit und Ordnung in ästhetischer Form, nach einer neuen

Objektivität oder Neuen Sachlichkeit – eine Bezeichnung, die auf eine 1925 in Mannheim gezeigte, gleichnamige Kunstaussstellung zurückgeht. Nun waren es angewandte Künste, Design, Architektur, Fotografie, Musik und Theater, die sich die Moderne aneigneten. In Weimar, später in Dessau, brachte das von Walter Gropius 1919 gegründete Bauhaus Künstler, Bildhauer, Architekten und Grafiker zusammen, um einen neuartigen, von Rationalität und Funktionalität geprägten Stil zu kreieren. Zu den bekannten Künstlern, die mit dem Bauhaus

verbunden waren, gehörte auch Wassily Kandinsky, vor dem Krieg eine Schlüsselfigur in der Münchner Expressionistengruppe Der Blaue Reiter. Aus Russland zurückgekehrt, hatte er sich nun satt leuchtenden, eher winkeligen, abstrakt-geometrischen Kompositionen zugewandt. Das Bauhaus verfolgte künstlerisch ein ebenso praktisches wie idealistisches Ziel. Gropius war davon überzeugt, dass sich Technik und rationelle Planung nutzen ließen, um zu Wohnverhältnissen zu gelangen, in denen soziales Elend und Klassenunterschiede überwunden würden. Klarheit, Bequemlichkeit,

effiziente Raumnutzung gehörten zu den Markenzeichen der Bauhaus-Architektur. In seiner utopischen Vision waren Einfachheit des Stils und Schönheit nicht voneinander zu trennen: »Neue Sachlichkeit« in ihrer praktischsten und gesellschaftlich wertvollsten Form.

Eines der herausragenden Beispiele innovativer Architektur war die 1927 anlässlich einer Ausstellung in Stuttgart erbaute Weißenhofsiedlung. Die 60 Gebäude, unter der Leitung Ludwig Mies van der Rohes von einem Team hervorragender Architekten (unter ihnen Le Corbusier) entworfen,

verkörperten den neuen modernen Stil, der sich durch geometrische Linien, ornamentlose Fassaden, Flachdächer und offene Innenräume auszeichnete. Durch den Einsatz von Stahl, Glas und Beton fanden Maschinenzeitalter, moderne Technik und Massenproduktion Eingang in die künstlerische Gestaltung. »Form ohne Ornament« lautete die Maxime. Sie stieß keineswegs überall auf Wohlgefallen. Entschiedene Gegner verunglimpften den neuen Stil als »Kulturbolschewismus«. Tatsächlich konnten avantgardistische Architektur und Stadtplanung nur wenig an der Wohnungsnot in

deutschen Städten während der 1920er Jahre ändern, selbst wenn moderne Architekten beauftragt wurden, in Berlin, Frankfurt am Main und andernorts große Wohnsiedlungen zu entwerfen. Allerdings fanden viele Elemente des modernen Designs (wie des verwandten Art déco, das in den 1920er Jahren in Frankreich aufkam) schrittweise Eingang in eine Vielfalt alltäglicher Gebrauchsgegenstände, in Deutschland und weit darüber hinaus.

Der literarische und sozialphilosophische Reichtum der deutschen Kultur fiel nicht

vollständig oder exakt mit Neoexpressionismus und Neuer Sachlichkeit zusammen, wie weit man diese Bezeichnungen auch immer fasst. Der vielleicht einflussreichste deutsche Roman der Zwischenkriegsjahre gehörte zu den schönsten Werken, die einer der angesehensten Autoren Deutschlands geschaffen hat: Thomas Mann, den sein Konservatismus allmählich zu einem rationalen, wenngleich nicht instinktiven oder emotionalen Bekenntnis zur neuen deutschen Demokratie geführt hatte. 1924 erschien sein Roman *Der Zauberberg* und fand große Beachtung. Mit der

Arbeit an diesem Werk hatte Mann bereits vor 1914 begonnen, sie während des Krieges unterbrochen und sie ein Jahrzehnt nach den ersten Anfängen vollendet, unter dem Eindruck der menschlichen Fähigkeit zur Selbstzerstörung im großen Weltenbrand, so dass die endgültige Form kaum mehr Ähnlichkeiten mit der ursprünglichen Konzeption aufweist. Das hochkomplexe Werk ist reich an Symbolik, sein Hauptaugenmerk gilt der Krankheit der bürgerlichen Gesellschaft. Der exklusive Schauplatz, ein Tuberkulose-Sanatorium in den Schweizer Alpen, dient als Metapher

für eine kranke, im Niedergang begriffene Welt. Zwei der Hauptcharaktere, Settembrini und Naphta, verkörpern den Konflikt zwischen Vernunft und beängstigender Irrationalität. Hans Castorp, der zwischen beiden Polen zerrissene Dritte, scheint schließlich für die Werte der Aufklärung einzutreten, um gegen Ende des Romans doch in einer doppeldeutigen Bemerkung zu erklären, er habe sich »dem Prinzip der Unvernunft, dem genialen Prinzip der Krankheit unterstellt, dem ich freilich wohl von langer Hand und jeher schon unterstand«.

Unvernunft, in diesem Fall eine
klaustrophobische, bedrohliche
Unerklärlichkeit der Wirkmächte, die
das Individuum in einem eisernen
Käfig gefangen halten und die es
nicht zu bekämpfen vermag, stand im
Zentrum der mysteriösen, offenbar
prophetischen Werke Franz Kafkas –
Werke, die in den 1920er Jahren
weniger bekannt waren als lange
nach dem Tod des Autors im Jahr
1924. Die bemerkenswerte
Originalität des ausgemergelt
wirkenden, hohläugigen und seelisch
zerrissenen Kafka ist umso
erstaunlicher, wenn man bedenkt,
wie abgeschieden er von den

wichtigsten Literaten der deutschen Avantgarde lebte und schrieb (mit deren Arbeiten er allerdings sehr vertraut war). Kafka konnte die Zukunft nicht besser vorhersagen als alle anderen auch. Sein Schreiben aber – Literatur der Moderne in ihrer düstersten Ausprägung – war offenbar imstande, die Hilflosigkeit, die totale, verwirrte Entfremdung des Individuums angesichts der modernen sozialen und bürokratischen Mechanismen von Macht und Repression einzufangen. Der brillante deutsche Soziologe Max Weber hatte die Herrschaft der Bürokratie als das eigentliche Wesen

der Moderne betrachtet und von der »Entzauberung der Welt« in einer rationalisierten Gesellschaft geschrieben, einer Gesellschaft allerdings, in der die disziplinierte Vernunft die Freiheit aufrechterhalte. In Kafkas Auslegung dagegen gab es keinen Raum für solchen unausgesprochenen Optimismus.

In der Begegnung mit einer Wirklichkeit jenseits der scheinbar geordneten Fassade der Alltagsroutine beschreibt Kafka eine unergründliche Welt bürokratischer Regeln, von Anordnungen, Gesetzen und Verfolgung, ein Labyrinth, in dem alle Versuche, sich einen Weg zu

bahnen, vor verschlossenen Türen enden und niemals herausführen aus dem Chaos, hin zum ersehnten fernen Ziel der Erlösung.

In *Der Prozess*, erst 1925 nach Kafkas Tod veröffentlicht, wird Josef K., ohne dass die Gründe seiner Anklage je erklärt werden, verhaftet und mit einem bedrohlichen, scheinbar allgegenwärtigen, unentrinnbaren Gericht konfrontiert, das niemals sichtbar wird. Wenn er seine Unschuld beteuert, sagt man ihm: »So pflegen die Schuldigen zu reden.« Sein langwieriger Prozess zwingt ihn, obwohl keine formellen Gerichtsverhandlungen stattfinden,

zur schrittweisen Anerkennung seiner Schuld, zur endgültigen Unterwerfung, schließlich zur Einwilligung in seine barbarische Exekution durch zwei schweigende Henker in einem verlassenen öden Steinbruch. Im 1926 veröffentlichten Roman *Das Schloss* trifft ein Landvermesser im vermeintlichen Auftrag eines sich niemals zeigenden Schlossbesitzers in einem abgelegenen Dorf ein, wo er der unaufhörlichen Feindseligkeit einer geschlossenen Gesellschaft ausgesetzt ist, die der ungreifbaren (in der Vorstellung der Leute jedoch realen) Herrschaft des nebulösen Schlosses

untertan sind. Der Außenseiter, immer obsessiver, zuletzt selbstzerstörerisch mit der Schlossherrschaft beschäftigt, verfängt sich im dichten Netzwerk sozialer Kontrolle. Daran scheitert auch der Versuch, sich einem vielleicht nur imaginierten hohen Beamten zu nähern, um herauszufinden, warum er, der Landvermesser, zum für ihn stets unerreichbaren Schloss gerufen wurde. Die in Kafkas Werk präsente, bereitwillige Unterwerfung unter unverständliche Verfügungen bietet gleichsam einen Ausblick auf die totalitären Gesellschaften der

folgenden Jahrzehnte – wobei die außergewöhnlich komplexen Texte natürlich für verschiedene Auslegungen offen sind.

So erstaunlich die Produktion der »Hochkultur« in vielen verschiedenen Bereichen und zahlreichen europäischen Ländern während der 1920er Jahre auch war, das Leben der meisten Normalbürger berührte sie kaum je direkt. Ein Paradebeispiel dafür ist das deutsche Theater. Dessen Aufblühen in den 1920er Jahren selbst in kleineren Städten (zu einem erheblichen Teil dank großzügiger öffentlicher Förderung, die vor allem durch die

kurzfristigen Kredite aus den USA ermöglicht wurde) war ein zentrales Element der außergewöhnlichen Weimarer Kultur. Mit am bekanntesten sind Bertolt Brechts Experimente mit neuartigen Formen theatralischer Darstellung. Er nutzte die Montage, spärliche Kulissen, die lose Szenenfolge, um einen Verfremdungseffekt zu erzielen und die Zuschauer daran zu hindern, sich mit Personen und Handlung zu identifizieren. Damit wollte er das Publikum anregen, sich kritisch mit der kapitalistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Die Mehrheit der deutschen Theaterbesucher

jedoch mied Brechts experimentelle
Arbeiten und andere
Avantgardewerke. Das

experimentelle Theater nahm nicht
mehr als fünf Prozent der für die
1920er typischen Repertoires ein. In
der Regel war das Theater
konservativ. Außerdem wollten die
meisten Zuschauer Operetten sehen,
Komödien, Schwänke, leichte
Unterhaltung eben. Zudem: die
regelmäßigen Theaterbesucher und
Abonnenten waren in der
Bevölkerung selbst nur eine kleine
Minderheit und gehörten wegen der
Eintrittspreise größtenteils der
Mittelschicht an. Die meisten

deutschen Arbeiter gingen, wie eine Umfrage von 1934 ergab, niemals ins Theater.

Auch andere Medien zeigen eine solche Trennung zwischen hoher und populärer Kultur. Die Verbreitung von Grammophonen und mehr noch von Radioapparaten brachte es mit sich, dass die Menschen noch nicht einmal die Wohnung verlassen mussten, um sich unterhalten zu lassen – auf meist leichte Weise. Vor allem junge Leute hörten eher Ragtime, Jazz, Tanzmusik oder populäre Lieder, die den Weg über den Atlantik gefunden hatten, als Beethoven oder Wagner, geschweige

denn Schönberg oder Webern.

Auch wenn man die Lesegewohnheiten betrachtet, so wurden die Werke ausgespart, die inzwischen zu Klassikern der Moderne geworden sind. Bücher waren weiterhin so teuer, dass vor allem Bessergestellte sie kauften. Zwar wurde das Netz öffentlicher Bibliotheken damals vergrößert, inwieweit dies jedoch der Arbeiterklasse zugutekam, lässt sich kaum sagen. Das Bildungsbürgertum, ein relativ großer Anteil der deutschen Bevölkerung, mag sich beeilt haben, Thomas Manns *Zauberberg* zu lesen (oder zumindest

wissend darüber zu sprechen), die deutschen Arbeiter dagegen scheinen in ihrer Mehrheit kaum etwas anderes gelesen zu haben als Zeitungen und Zeitschriften. Britische Leser verschlangen eher die Krimis von Edgar Wallace und Agatha Christie oder suchten ihren Spaß in den Wortgefechten zwischen Bertie Wooster und seinem Kammerdiener Jeeves, den populären Romanfiguren von P. G. Wodehouse, als sich auf die Komplexität der modernen Romantexte Virginia Woolfs einzulassen. Mochte sich die Pariser Intelligenz für André Bretons 1924 veröffentlichtes *Manifeste du*

Surréalisme begeistern, für die jüngsten Werke Marc Chagalls oder Picassos, für Marcel Prousts (nicht zuletzt wegen seines Umfangs von sieben Bänden) außergewöhnlichen Roman *À la recherche du temps perdu* (*Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*) –, dass Bauern in der tiefen französischen Provinz oder Arbeiter, die in den großen Fabriken Nordfrankreichs malochten, diese Passion teilten, ist eher unwahrscheinlich. Selbst wohlwollende Kritiker fanden die dystopische Vision menschlicher Versklavung durch Maschinen, die Fritz Lang 1927 in seinem brillanten,

futuristischen Stummfilm *Metropolis* gezeigt hat, misslungen, »weil sie einfach nicht ist wie das Leben, weder wie das von gestern noch wie das von morgen«. Auch das Gros des rasch wachsenden Kinopublikums wollte lieber über Charlie Chaplins Stummfilm-Slapsticks lachen als in nachdenklichen, artistisch-avantgardistischen Meisterwerken über das Leben und seinen Sinn nachgrübeln.

Nur selten überschritten oder deckten sich die beiden Sphären von Hoch- und Populärkultur, von Kunst und Unterhaltung. Für die meisten Europäer wird die moderne

Avantgardekultur ohne Bedeutung gewesen sein, etwas, mit dem sie nichts zu tun hatten und das auch mit ihnen nichts zu tun hatte, das ohne Auswirkung auf ihr tägliches Leben blieb. Und doch hatte sie enorme Bedeutung. Dies sollte sich, nur ein paar Jahre später, auf denkbar brutalste Weise zeigen: 1933 mit der Verbrennung von Büchern, die vom NS-Regime aufgrund seiner Kultur- und Rassenideologie geächtet wurden, und im Frontalangriff auf die von ihm als »entartet« diffamierte Kunst der Moderne.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits die Weltwirtschaftskrise

Anfang der 1930er Jahre als kultureller Wendepunkt erwiesen. Unter deren Einfluss wuchs die Kritik an allem, was neu, bedrohlich und modern schien, und der Angriff auf »entartete« Kulturformen wurde zur wirkungsvollen Waffe im Arsenal des Faschismus. Am extremsten geschah dies in Deutschland, nicht zuletzt weil die künstlerischen Experimente dort während der 1920er Jahre so radikal gewesen waren. Die kulturelle Anziehungskraft der faschistischen Rechten freilich lag, und das nicht nur in Deutschland, keineswegs im Versuch, die Uhren in irgendeine mythische Vergangenheit

zurückzudrehen, sondern darin, dass die Faschisten Vorstellungen traditioneller kultureller – in der Praxis oft stark verzerrter – Werte für die Vision einer alternativen, utopischen Zukunft einspannten. Auf ihre Weise war diese Vision selbst »modern«, in jedem Fall insofern, als sie technische Fortschritte für politische Zwecke nutzbar machte. Zur faschistischen Version von »Modernität« gehörte allerdings die vollständige Ablehnung aller Ideen des liberalen Pluralismus, des Individualismus, von Demokratie und Freiheit, wie sie sich seit der Französischen Revolution 1789 in

ganz Europa verbreitet hatten. Im Mittelpunkt der utopischen Vision des Faschismus stand die nationale Wiedergeburt durch Erlösung von den »dekadenten«, den »krankhaften« Formen der Modernität. Und das brach sich Bahn in der bedenkenlosen Auslöschung der avantgardistisch-künstlerischen Kreativität einer pluralistischen Gesellschaft.

Die Trennung zwischen Avantgarde und Populärkultur ist den meisten Gesellschaften gemeinsam. Bedenklicher war der – besonders in Deutschlands breitem Bildungsbürgertum ausgeprägte,

wenn auch gewiss nicht auf
Deutschland beschränkte –
Kulturpessimismus, der beides,
Avantgarde wie Populärkultur, als
Ausdruck einer dekadenten,
zersetzenden Moderne, als Symptom
nationalen Niedergangs verdammt.
Moderne Kunstformen boten eine
Fülle von Angriffsflächen, auf welche
Konservative das Feuer richten
konnten. Zugleich bot sich der
Hedonismus der Berliner Gesellschaft
biederer Mittelschichtsfamilien,
kleinstädtischen
Kaffeehausgesprächen oder den
Stammtischen ländlicher Wirtshäuser
als Ziel aggressiver Anfeindungen an.

Solche »Dekadenz« erschien vielen als Gefahr für das moralische und kulturelle Gewebe der Nation.

»Amerikanismus« wurde zum Kürzel für sämtliche Krankheiten der Moderne, mit denen sich die deutsche Mittelschicht konfrontiert glaubte und die sie ablehnte. Jazz, als »Negermusik« verschrien, galt als Produkt einer Zivilisation, die einer Kultur unterlegen sei, die Bach und Beethoven hervorgebracht hatte. Und natürlich galten die erotisierenden Rhythmen »amerikanischer« Tänze als eine Gefahr für die Sexualmoral junger Mädchen. Deren amerikanisch kurzgeschnittener Bubikopf, sagte

ein Geistlicher, sei »wahrlich metaphysikfrei«. Als kultureller Tiefpunkt erschien Josephine Baker, die afroamerikanische Sängerin und Tänzerin aus St. Louis, Missouri, die im Bananenröckchen spärlich bekleidet mit ihren exotischen (und erotischen) Shows zunächst Paris, dann auch Berlin im Sturm eroberte. Vom Hollywoodfilm, der bis Ende der 1920er Jahre ein Millionenpublikum anzog, hieß es: »Er verschlingt nicht Einzelindividuen. Er verschlingt Völkerindividuen.« Industriewaren aus industrieller Massenproduktion galten als Bedrohung für das

traditionelle deutsche Handwerk. Im übersteigerten Konsumverhalten, versinnbildlicht in den großen Warenhäusern, die kleinen Geschäften den Rang abliefen, sah man weitere Manifestationen des »Amerikanismus« und seines Angriffs auf die kulturelle Substanz der Nation.

Die Front gegen die kulturelle Dekadenz in Deutschland zielte nicht nur auf den »Amerikanismus«, auch Sozialismus, Marxismus, Bolschewismus, Liberalismus und Demokratie ließen sich einschließen in die Kritik an der modernen Gesellschaft. Zudem hatte das Ganze

eine unmissverständlich rassistische Dimension. So prominent, wie sie vertreten waren im kulturellen Leben und in den Massenmedien, ließen sich Juden ohne weiteres als Hauptlieferanten der modernen, großstädtischen »Asphaltekultur« darstellen, dieser Antithese zur »wahren«, in »Blut und Boden« verankerten deutschen Kultur.

Aber auch die Hoffnung auf eine neue Elite konnte inmitten dieses Kulturpessimismus wachsen, denn der bereitete fruchtbaren Boden für Ideen nationaler Erneuerung durch Eugenik und »Rassenhygiene«. Der Erste Weltkrieg und die dramatischen

Veränderungen, die er ausgelöst hatte, hatten Gefühle von Werteverlust und kulturellem Niedergang deutlich verstärkt. Die im Krieg erlittenen Verluste verschärften insbesondere die Sorgen über sinkende Geburtenraten; über sie wurde viel geschrieben, galten sie doch als Gefahr für die Familie und die Werte, die diese repräsentierte, und insofern auch als Gefahr für die Kraft der Nation. Machten die Kriegsinvaliden, denen Gliedmaßen fehlten, die jungen Witwen, die um ihre gefallenen Ehemänner trauerten, die demographischen Gefahren für die Zukunft der Nation nicht

unübersehbar? Doch nicht nur rückläufige Geburtenraten, auch die Qualität der Bevölkerung beschäftigte einflussreiche Vertreter der Medizin und gab den Ideen der Eugenik Auftrieb.

Solche Überlegungen waren beileibe keine deutsche Eigenart. In Großbritannien etwa gewann die 1926 gegründete Eugenics Society rasch rund 800 Mitglieder, überwiegend aus den Eliten von Wissenschaft, Kultur und Politik; auch sie waren besessen von der Idee biologischer Optimierung der Bevölkerung, wobei ihr Einfluss größer war, als die Mitgliederzahl

vermuten lässt. In Skandinavien, Spanien, der Sowjetunion und andernorts gab es ebenfalls Gesellschaften, die eugenische Praktiken propagierten. Auch jenseits deutscher Grenzen wurde über die Sterilisation Geisteskranker diskutiert, man empfahl sie als Mittel, die Erbeigenschaften der Bevölkerung zu verbessern, außerdem ließen sich so soziale Kosten einsparen. In diesem Sinn wurde beispielsweise 1922 in Uppsala das schwedische Institut für Rassenbiologie gegründet. Nirgendwo allerdings war man von der Idee der Rasse und ihrer Qualität

derart besessen wie in Deutschland. Bereits 1920 hatten Karl Binding, ein Strafrechtler, und Alfred Hoche, ein Psychiater, erörtert, was damals noch der extremen Ansicht einer kleinen Minderheit entsprach; die beiden veröffentlichten ihre Ideen in der Streitschrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens*. 1925 hieß es in einem Referat vor dem Deutschen Verein für Psychiatrie: »Die Betonung der *Qualität* statt der *Quantität* im Aufbau unseres Volkkörpers hat psychologisch nahe Beziehungen zur Verkleinerung unseres Nahrungsmittelspielraumes« – und

damit wurde die Bevölkerungspolitik mit einem Mangel an (wie es in der NS-Ideologie hieß) »Lebensraum« verknüpft. Zwei Jahre später wurde der Geburtenrückgang in Deutschland beschrieben als »das furchtbarste unter den vielen Symbolen des Niedergangs unserer Kultur«, herbeigeführt durch den »Sieg der Weltstadt über das Bauerntum« sowie durch die Emanzipation der Frauen: Zwangsläufig werde das irgendwann zum »Niedergang der weißen Rasse« führen.

Kräftig befördert wurde der Kulturpessimismus durch Oswald

Spenglers *Der Untergang des Abendlandes*, dessen erster Band kurz vor Kriegsende 1918 erschienen war, der zweite vier Jahre später. Spenglers aufwendig entwickelter Vergleich historischer Kulturen argumentiert mit Lebenszyklen, nutzt also eine Analogie aus der Biologie, um in etwas mystischer Begrifflichkeit darzulegen, dass die abendländische Kultur unter dem Einfluss des Materialismus zum Untergang verdammt sei, abzuwenden allein durch die Macht eines starken, in den Händen einer Elite geeinten Staates. Bis 1926 hatten die deutschen Mittelschichten

100 000 Exemplare des
verschwurbelten Werkes gekauft.
Eine leichtere Lektüre bot Hans
Grimms 1926 publizierter Roman
Volk ohne Raum, der ebenfalls den
Kulturpessimismus förderte und von
der politischen Rechten entsprechend
aufgegriffen wurde. Die Ursache für
Deutschlands wirtschaftliche Misere
sah Grimm in der Übervölkerung, die
nur überwunden werden könne
durch »Kampf ums Dasein«, den
Kampf um territoriale Expansion (als
deren Ziel er, in kolonialer Nostalgie,
Afrika im Sinn hatte). Der Roman
fand zwischen 1926 und 1933 über
200 000 Käufer, darunter

zweifelsohne viele Anhänger der wachsenden NS-Bewegung.

Nur eine relativ kleine Minderheit unter den 60 Millionen Deutschen waren begeisterte Spengler- oder Grimm-Leser. Der Einfluss von Autoren freilich, die solche und ähnliche Ansichten in Zeitungen oder anderen Publikationen darlegten, oder von Geistlichen und Lehrern, die als Multiplikatoren dienten, sollte nicht unterschätzt werden, auch nicht ihre Möglichkeiten, Haltungen zu prägen, die später vom Faschismus popularisiert werden konnten.

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung war alt genug, um

sich – häufig verzerrt und wehmütig – an eine Zeit zu erinnern, die mit den Jahren immer mehr als wunderbare Ära des Friedens, des Wohlstands und der Kultur erschien, zerstört durch den Krieg mit verheerenden, chaotischen Nachwirkungen. Vom einstigen Glanz aber war aus Sicht der Kulturpessimisten nur ein Schatten geblieben. Und das, was an europäischer Kultur und Werten des »christlichen Abendlands« noch übrig war, schien ihnen gefährdet: nicht nur durch die Dekadenz im Inneren, sondern auch durch Einführung fremder moralischer und

politischer »Krankheiten«. Über die Ursache ihrer alles übertönenden Angst bestehen kaum Zweifel: die existenzielle Gefahr durch die potenzielle Verbreitung des Bolschewismus in ganz Europa und, vor allem, seine zersetzende Wirkung auf Deutschland selbst.

Der Kulturpessimismus war in Deutschland weiter verbreitet, auch akuter als irgendwo sonst in Europa. Derart zerfressen von der Sorge vor nationalem Niedergang war kein anderes Land – Frankreich kam dem allerdings nahe; ganz frei von Kulturpessimismus waren, wenn überhaupt, nur wenige Länder. Seine

Manifestationen in Deutschland zeigen an, dass im bedeutendsten und fortgeschrittensten Land Mitteleuropas selbst während der »Goldenen Zwanziger« Ideen artikuliert wurden, die in einem drastisch veränderten politischen und ideologischen Klima eine mächtige Wirkung entfalten konnten. Noch war diese Zeit nicht gekommen, noch waren der Kulturpessimismus und seine Nebenströmungen eine Sache von Minderheiten. Mit Einbruch der Weltwirtschaftskrise sollte sich das ändern.

Gute Aussichten?

Die Verabschiedung des Dawes-Plans 1924 eröffnete die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen, und das bildete den Kern aller Hoffnungen auf dauerhafte Sicherheit in Europa. Der neue britische Außenminister Austen Chamberlain – dessen reserviertes, nüchternes Auftreten, formvollendet mit Cut, Zylinder, Nelke und Monokel, ihn, wenn auch nicht ganz fair, wie eine bloße Karikatur auf die britische »upper class« erscheinen

ließ – äußerte im Januar 1925 die Hoffnung, nun könne »auf den Fundamenten, die den Nationen der Alten Welt Frieden und Sicherheit geben mögen«, ein »neues Europa« aufgebaut werden. Diese Hoffnung erschien damals realistisch. Man musste, das war entscheidend für die Stabilisierung des Kontinents, die Blockade überwinden, die sich ergab aus der Unvereinbarkeit zwischen den deutschen Forderungen nach Revision des Versailler Vertrages einerseits und dem Beharren der Franzosen auf unbedingter Sicherheit vor weiteren Angriffen ihres Nachbarn östlich des Rheins

andererseits.

Als es 1925/26 darum ging, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, wurde Chamberlain zu einem wichtigen Vermittler. Es lag in Großbritanniens global ausgerichteten Interessen, die zum Schutz der überseeischen Besitzungen hohe Verteidigungsausgaben (insbesondere für die britische Marine) mit sich brachten, dass die europäischen Spannungen entschärft würden, was auf die Herstellung eines gewissen Gleichgewichts zwischen Frankreich und Deutschland hinauslief. Die beiden

Hauptakteure in der Neuordnung der Beziehungen jedoch waren Chamberlains Amtskollegen in den beiden Ländern, die Außenminister Aristide Briand und Gustav Stresemann.

Briand – eloquent, charmant, unter seinem buschigen Schnurrbart stets eine Zigarette zwischen den Lippen – war das Urbild eines französischen Diplomaten, zugleich ein Staatsmann mit Weitblick, der schon zu diesem frühen Zeitpunkt über eine zukünftige, von Amerika unabhängige föderale europäische Union nachdachte. Briand erkannte, dass es im Interesse Frankreichs lag,

sein unabdingbares Sicherheitsbedürfnis mit einer Annäherung zu verbinden, die das Fundament für dauerhaften Frieden und Wohlstand sowohl für Frankreich als auch für Deutschland bilden könnte. Er musste, und darin bestand seine Schwierigkeit, die französische Öffentlichkeit davon überzeugen, dass eine Annäherung an den alten Feind die nationale Sicherheit nicht gefährden würde.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann – eine Gestalt von kräftiger Statur, sein Gesicht fleischig mit Basedow-Augen, schütterem Oberlippenbart und fast

kahlköpfig, eine energische, ehrgeizige, imposante Persönlichkeit – erwies sich in seinem Bestreben, die Fundamente für einen anhaltenden Frieden in Europa zu sichern, als gleichermaßen weitsichtig. Er war leidenschaftlicher Monarchist gewesen, während des Krieges auch ausgesprochener Annexionist. Doch der Waffengang, Deutschlands Nachkriegserfahrung und das traumatische Jahr 1923 (in dem er kurze Zeit Reichskanzler gewesen war) hatten Stresemann von der Notwendigkeit überzeugt, die Beziehungen mit Frankreich von Grund auf neu aufzubauen, wenn sein

erklärtes Ziel, »ein friedvolles Deutschland inmitten eines friedvollen Europa«, wahr werden sollte. »Für mich steht das eine fest«, erklärte er 1926 auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei, »dass das neue Deutschland und sein Wiederaufstieg ... nur auf dem Frieden basiert sein kann«. Doch ein solcher Friede werde nicht möglich sein, »wenn ihm nicht vorangeht oder wenn er nicht begründet ist auf der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich!«

Stresemann war beides: ein scharfsinniger Pragmatiker und ein unbeirrbarer Nationalist. Das war

kein Widerspruch. Denn für ihn war entscheidend, Deutschlands Vorherrschaft in Europa wiederherzustellen. Wenn nun Deutschland diplomatisch isoliert war und militärisch schwach, dann lasse sich Deutschlands erneuter Aufstieg nur ermöglichen, wenn es seinen Status als eine mit Großbritannien und Frankreich gleichrangige Großmacht zurückgewänne, was wiederum zu einer Revision des Versailler Vertrags und zur Lösung der Reparationsfrage führen würde. Das konnte, wie er die Dinge sah, nur friedlich, durch Verhandlungen erreicht werden,

durch Annäherung an Frankreich. Wie Briand in Frankreich hatte auch Stresemann alle Hände voll zu tun, die erheblichen und aggressiv kritischen Teile der nationalistischen Rechten in Schach zu halten, die auf einer forscheren Außenpolitik bestanden. Fünf Jahre immerhin ist ihm das gelungen.

Der entscheidende Schritt in Richtung auf die deutsch-französische Entspannung waren die am 16. Oktober 1925 ausgehandelten Verträge von Locarno. Die Konditionen waren von Stresemann, Briand und Chamberlain während einer fünfstündigen Schiffsfahrt an

Bord der »Orangenblüte« auf dem Lago Maggiore ausgehandelt worden. Deutschland, Frankreich und Belgien verpflichteten sich vertraglich, einander nicht anzugreifen; als Garantiemächte fungierten Großbritannien und Italien. Zentraler Bestandteil des Vertrags war, dass alle fünf Mächte die Westgrenzen Deutschlands sowie das entmilitarisierte Rheinland garantierten. Der Vertrag ebnete den Weg zu Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, der 1926 erfolgte. Die im »Geist von Locarno« verbesserten internationalen Beziehungen gaben den Westeuropäern die Hoffnung auf

einen dauerhaften Frieden. Die Franzosen waren glücklich, dass Großbritannien ihre Sicherheit nun formell garantierte; Briand sah darin den für sein Land entscheidenden Gewinn. Großbritannien begrüßte die politische Entspannung und die Begrenzung seiner künftigen Verantwortlichkeiten in Europa auf die Rheingrenze. Für Stresemann war Locarno ein notwendiger Schritt in Richtung seines langfristigen Ziels eines deutschen Wiederaufstiegs. Mit dem Ende der diplomatischen Isolation verbesserten sich die Aussichten, einen vorzeitigen Rückzug der alliierten Truppen aus

dem entmilitarisierten Rheinland
erwirken zu können (vorgesehen war
das Jahr 1935). Darüber hinaus
erschien es nun möglich, Eupen-
Malmedy von Belgien
zurückzuerhalten, das Saarland
wiederzubekommen, die
Reparationszahlungen zu erleichtern
und die militärische Kontrolle
Deutschlands durch die Alliierten zu
beenden. Der Verlust von Elsass-
Lothringen freilich musste
hingenommen werden, aber dies sei,
wie Stresemann hervorhob, eine
unvermeidbare Folge der
militärischen Schwäche
Deutschlands. In der Frage der

deutschen Ostgrenzen hatte er allerdings keinerlei Zugeständnisse gemacht.

Jede der westeuropäischen Mächte hatte Gründe, mit den Ergebnissen von Locarno zufrieden zu sein. Für Osteuropa galt das nicht. Insbesondere Polen fühlte sich von den Westmächten im Stich gelassen, vor allem von seinem Verbündeten Frankreich. Polens Position war durch die Verträge erheblich geschwächt, das Land isolierter als zuvor, gefährlich eingeklemmt zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Zu einem »Locarno für den Osten« war es nicht gekommen,

denn ausdrücklich hatte Deutschland jede Garantie für die Grenzen Polens ausgeschlossen. Weder für Großbritannien, das in Osteuropa keine Verpflichtung eingehen wollte, noch für Frankreich gab es Gründe, die stark genug waren, um auf einer solchen Garantie zu bestehen – trotz der Bündnisse, die Frankreich 1921 mit Polen und mit der »Kleinen Entente« aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien geschlossen hatte. Es überwog Englands und Frankreichs Interesse daran, Deutschland enger an den Westen zu binden, um auszuschließen, dass es seine

Beziehungen mit der Sowjetunion ausbauen würde. Dafür nämlich plädierten manche Stimmen in Deutschland mit Blick auf die Vorzüge des Vertrags von Rapallo (1922), der florierende Handelsbeziehungen (sowie eine verdeckte militärische Zusammenarbeit) zwischen Deutschland und der UdSSR begründet hatte, was beiden Seiten erhebliche Vorteile brachte. Unglücklich mit den Ergebnissen von Locarno waren außerdem, wie nicht anders zu erwarten, Deutschlands schrille Nationalisten. Stresemann hatte seine rechten Kritiker

beschwichtigen wollen, indem er die Frage einer »Korrektur« der Ostgrenzen offenließ, so dass die Aussicht blieb, Danzig, den polnischen Korridor und Oberschlesien irgendwann wieder an Deutschland anschließen zu können. Allerdings versicherte er zugleich, eine gewaltsame Revision von Versailles komme für Deutschland nicht infrage. Auch geduldige Diplomatie, so seine Annahme, würde dies mit der Zeit bewirken können.

Am 10. September 1926 wurde Deutschland als ständiges Ratsmitglied in den Völkerbund

aufgenommen. Stresemann sprach davon, dass Deutschland nun einen Platz an der Seite seiner ehemaligen Feinde habe, womit sich die Möglichkeit eines neuen Weges für die Menschheit eröffne. Chamberlain betrachtete Deutschlands Beitritt als das Ende des Kriegskapitels, als neuen Anfang für Europa. Den enthusiastischen Part übernahm Briand: »Fort mit den Gewehren, den Maschinengewehren, den Kanonen! Freie Bahn für die Versöhnung, die Schiedsgerichtsbarkeit und den Frieden!« (Zwei Jahre später sollte Briand, ungebrochen in seinem Idealismus, gemeinsam mit dem

amerikanischen Außenminister Frank B. Kellogg den Briand-Kellogg-Pakt auf den Wege bringen, der dem Krieg als Instrument nationaler Politik und als Mittel zur Entscheidung internationaler Streitfälle abschwor – bloßes Papier und totes Recht schon im Moment seiner Unterzeichnung.)

Der berauschende »Geist von Locarno« wich rasch neuer Nüchternheit. Die große Kluft zwischen den französischen und den deutschen Interessen wurde wieder sichtbar, sobald die Euphorie verklungen war. Es war einfach schwer, die französischen Sicherheitsbedenken auszuräumen.

Entsprechend rasch verflogen auch die deutschen Hoffnungen auf ein vorzeitiges Ende der ausländischen Besetzung des gesamten Rheinlands. (Dass alliierte Besatzungstruppen die Kölner Zone schon im Februar 1926 räumten, änderte daran nichts.) Ein 1926 unterbreiteter Vorschlag, die Rheinlandräumung dadurch zu erkaufen, dass man Eisenbahn-Obligationen vermarktete, die bei der Reparationskommission hinterlegt und 1,5 Millionen Goldmark wert waren, führte zu nichts. Deutschland hatte auf die komplette Räumung des Rheinlands gedrängt (wo 60 000 alliierte Soldaten stationiert waren),

auf die Rückgabe des Saarlands und Eupen-Malmedys sowie auf den Abzug der Interalliierten Militär-Kontrollkommission. Die Franzosen aber sahen in dem deutschen Vorschlag wenig oder keinen Gewinn im Gegenzug für ein größeres Sicherheitsrisiko (dabei ging die alliierte Überwachung der deutschen Abrüstung 1927 ohnehin auf den Völkerbund über). Zudem lehnten amerikanische Banker die Vermarktung von Obligationen nach dem Dawes-Plan ab. Zwei Jahre später, während der Tagung des Völkerbunds im September 1928, forderte Deutschland formell die

Räumung des Rheinlands, diesmal, ohne Gegenleistungen anzubieten. Frankreich und Großbritannien zeigten sich, wie vorherzusehen, unbeeindruckt und beharrten darauf, die Rheinlandfrage mit der endgültigen Lösung der Reparationsfrage zu verbinden.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die Reparationen erneut zu einem wichtigen Problem, denn nach dem Dawes-Plan sollten die deutschen Rückzahlungsraten 1928/29 angehoben werden, eine nochmals steigende Belastung der deutschen Wirtschaft. Im Januar 1929 nahm ein neues Reparationskomitee, geleitet

vom amerikanischen Geschäftsmann Owen D. Young, die Arbeit an einer revidierten Rahmenvereinbarung auf. Die fünf Monate später vorgelegten Empfehlungen wurden im August von den beteiligten Regierungen angenommen. Dem Young-Plan zufolge sollte Deutschland – vor allem in den ersten Jahren – erheblich weniger zahlen müssen als nach dem Dawes-Plan. Dafür würde die Last länger zu tragen sein, die letzte Rate erst 1988 fällig werden. Die aufgebrachte nationalistische Rechte in Deutschland organisierte ein Volksbegehren zur Ablehnung des Young-Plans und erzwang einen

Volksentscheid. Das Referendum wurde im Dezember 1929 abgehalten, es stimmte jedoch nur jeder Siebte der Abstimmungsberechtigten für die Annahme des Gesetzes gegen den Young-Plan. Stresemann, der den Volksentscheid nicht mehr erlebte, hatte den Young-Plan befürwortet, schließlich konnte damit eines seiner unmittelbaren Ziele verwirklicht werden: Die Alliierten hatten sich, sofern die Deutschen den Plan akzeptierten, verpflichtet, das Rheinland zu räumen. Im März 1930 ratifizierte der Deutsche Reichstag den Young-Plan; am 30. Juni zogen die Alliierten ihre Truppen aus dem

Rheinland zurück, fünf Jahre früher als im Versailler Vertrag vorgesehen.

Inzwischen war Stresemann, der Architekt des friedlichen Revisionismus, gestorben. Er hatte in kurzer Zeit viel erreicht, lebte allerdings nicht lang genug, um alle Früchte seiner Bemühungen zu sehen: das Ende der Ruhrbesetzung, das Ende der Überwachung durch die Alliierte Militär-Kontrollkommission, die Stabilisierung der Wirtschaft, die Regulierung der Reparationen, die vorzeitige Räumung des Rheinlands, nicht zu reden von seinen früheren Erfolgen, dem Vertrag von Locarno und dem deutschen Beitritt zum

Völkerbund. Doch schon lange hatte er unter schweren gesundheitlichen Problemen gelitten, und durch seine anstrengenden diplomatischen Bemühungen hatte sich sein Zustand noch verschlechtert. Da nun dunkle Wolken über Deutschland aufzogen, die Wirtschaftskrise bald durch Europa fegen sollte, war Stresemanns Tod ein herber Schlag: Immer schwerer ließ sich der von ihm vorbereitete Weg weiter verfolgen – der Weg gütlicher Einigung, der Vorsicht, einer ausgehandelten Wiederherstellung deutscher Stärke. Noch drückender wurde dieser Verlust, weil auch Briands Einfluss

schwand, denn angesichts der beschleunigten Räumung des Rheinlands warfen ihm viele Franzosen Verhandlungsschwäche und unzureichende Verteidigung der französischen Sicherheitsinteressen vor. Briand war kaum glaubliche elf Mal französischer Ministerpräsident gewesen. In seiner letzten Amtsperiode (die er, zugleich als Außenminister fungierend, erst im Juli angetreten hatte) legte er nur einen Monat nach Stresemanns Tod sein Amt nieder.

Die Haager Konferenz vom August 1929, die stattgefunden hatte, um eine Einigung über die

Reparationen und die Räumung des Rheinlands zu erzielen, trug den Titel »Generalliquidierung des Krieges«. Es klang nach dem Beginn einer neuen, lichten Zukunft. Tatsächlich erwies sich das Jahr 1929 exakt als die Mitte zwischen den zwei großen Katastrophen, die Europas Zeitgeschichte prägten.

Wankende Demokratien

Die Beruhigung der internationalen Beziehungen ab Mitte der 1920er Jahre hatten demokratische

Regierungen zustande gebracht. Solange sie sich halten konnten, blieben die Aussichten auf Frieden in Europa weiterhin gut. Doch die wirtschaftliche Erholung Mitte und Ende der 1920er Jahre führte nicht zu einer allgemeinen Stärkung der Demokratie in ganz Europa. Schon wichen einige Demokratien autoritären Regimen. Am ehesten geschah dies in rückständigen Agrargesellschaften ohne wirklich demokratische Wurzeln, die tiefe ideologische Risse zeigten oder vor großen Problemen der nationalen Integration standen. Stark blieb die Demokratie nur in Nord- und

Westeuropa; insgesamt zeigte der Kontinent ein durchwachsenes Bild.

Zunächst Mitteleuropa: In Ungarn existierte die Demokratie lediglich als Fassade, Österreich stand vor gravierenden innenpolitischen Schwierigkeiten, in der Tschechoslowakei wiederum hielt sich die Demokratie gut. Noch gab es in Ungarn politische Parteien, es gab Wahlen (mit stark eingeschränktem Wahlrecht, außerhalb der Stadtgebiete ohne die Möglichkeit geheimer Stimmabgabe) und ein parlamentarisches System. Pluralistisch allerdings war das System dem Anschein und nicht

seinem Wesen nach. Gesteuert wurde es von oben, durch eine starke Exekutive, unterstützt von einer unangefochtenen, vorwiegend die Interessen der Eliten vertretenden Regierungspartei und begünstigt von der Gleichgültigkeit vieler Bürger sowie von einer politisch kraftlosen Arbeiterklasse.

Österreichs Demokratie blieb intakt, doch sie stand auf wackligen Füßen und vor beängstigenden Problemen. Es gab kaum eine gemeinsame Basis zwischen Sozialdemokraten und den regierenden Christlichsozialen, die, meist von den rechtsgerichteten

Großdeutschen unterstützt, während der gesamten 1920er Jahre stärkste Fraktion im Nationalrat waren (wenn auch nicht stärkste Partei in der Hauptstadt Wien). Die unüberbrückbare ideologische Kluft wurde in den Jahren der Stabilisierung eher größer als kleiner. Zu einem kritischen Moment kam es, als im Januar 1927 bei einer Konfrontation zwischen dem sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund und der rechtsgerichteten Frontkämpfervereinigung zwei Menschen aus dem sozialdemokratischen

Demonstrationszug von Frontkämpfern erschossen, die Täter aber vor Gericht freigesprochen wurden (im sogenannten Schattendorfer Urteil vom Juli 1927). Daraufhin stürmten aufgebrachte Arbeiter den Wiener Justizpalast und legten Feuer. Die Polizei feuerte auf Steine werfende Demonstranten, erschoss 85 von ihnen, auch vier Wachleute und Polizisten starben; insgesamt mehr als tausend Polizisten und Demonstranten wurden verletzt. Nach diesem Ereignis kehrte eine gespannte Ruhe ein, die Profiteure des Justizpalastbrands aber waren die rechten Heimwehren: Sie gewannen

neue Anhänger und erhielten immer mehr finanzielle Unterstützung von Industriellen. Unheilverheißend war auch, dass die deutschen Nationalisten ebenfalls an Unterstützung gewannen. Die politischen Fronten verhärteten sich. Als die Weltwirtschaftskrise 1930 einschlug, traf sie eine Demokratie, die bereits nachhaltig erschüttert war.

Anders in der Tschechoslowakei: Dort konnten ethnische Gegensätze und parteipolitische Zersplitterung überwunden werden, und die demokratische Ordnung hielt sich entgegen dem allgemeinen Trend

ohne ernsthafte Gefährdung. Die tschechischen (wiewohl nicht die slowakischen) Gebiete waren industriell gut entwickelt. Dort lebte ein zahlreiches, gut ausgebildetes Bürgertum, zudem gab es eine erfahrene Verwaltung. Die kommunistische Bedrohung – die kommunistische Partei gewann in der Wahl von 1925 (an der 27 Parteien teilnahmen) fast 14 Prozent der Stimmen und mehr Sitze als jede andere Partei – war ein Faktor, der das übrige politische Spektrum einte. Was immer sie trennte, die größten Parteien unterstützten (mit Ausnahme der Kommunisten) die

Demokratie. Es gelang, regierungsfähige Koalitionen zu bilden, deren gemeinsames Interesse an einer funktionierenden demokratischen Regierung von 1923 an durch ein starkes Wirtschaftswachstum und den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit gestützt wurde. Die mühsam errungene, weiterhin fragile nationale Einheit der Tschechoslowakei brauchte unbedingt innere Stabilität, auch das förderte die Bereitschaft der politischen Parteien, das demokratische System aufrechtzuhalten. Gleichzeitig kamen

von der Regierung in Prag versöhnliche Signale, die auf mehr Autonomie für die große deutsche Minderheit und die Slowaken hoffen ließen, was wiederum den potenziellen Widerstand in diesen Wählergruppen beruhigte.

Insofern erlebte die Tschechoslowakei eine außergewöhnliche Erfolgsgeschichte. In einem Großteil Osteuropas dagegen, auf dem Balkan und in Südeuropa, in den Ländern entlang des Mittelmeers bis zum Atlantik, war die Demokratie schon vor Beginn der Weltwirtschaftskrise zusammengebrochen, war im

Zusammenbruch begriffen oder stark gefährdet.

In Polen verlor Marschall Piłsudski, der Held der polnischen Unabhängigkeit, die Geduld mit den einander ablösenden Regierungen, die es nicht fertig brachten, dem mit gewaltigen Problemen konfrontierten Land Stabilität zu verschaffen: Vom 12. bis 15. Mai 1926 putschte er und führte Polen in den folgenden Jahren sukzessive in ein autoritäres Regierungssystem. Hier sollte ein Land rasch zusammenwachsen, das sechs verschiedene Währungen gehabt hatte, drei Rechtsordnungen, zwei verschiedene Eisenbahn-

Spurweiten, darüber hinaus eine Vielzahl politischer Parteien, erhebliche ethnische Minderheiten (von denen jede schweren Diskriminierungen ausgesetzt war) – das war im Grunde unmöglich. Immerhin, nach der Hyperinflation von 1922/23 erholte sich die Wirtschaft – ein großer Schritt vorwärts gelang 1924 mit der Einführung des Złoty als einheitlicher Währung –, doch das Land stand auch weiterhin vor ernsthaften (durch einen Zollkrieg mit Deutschland noch verschärften) Schwierigkeiten, die wegen der permanenten politischen Krise noch

schwerer zu überwinden waren. Politischer Hauptstreitpunkt war die Bodenreform. Regierungen waren in rascher Folge gekommen und gegangen.

1926, als weder politisch noch wirtschaftlich Besserung in Sicht war und die Regierung durch unlösbare parlamentarische Konflikte praktisch lahmgelegt, hatte Piłsudski genug. Er mobilisierte ihm ergebene Teile der Armee und erzwang, nach kurzen Kämpfen in Warschau, den Rücktritt der Regierung. Die Insignien einer verfassungsgemäßen Regierung blieben erhalten, demokratische Freiheiten aber wurden weiter

eingeschränkt, der Autoritarismus ausgeweitet, ebenso die Unterdrückung politischer Gegner.

Verhältnisse wie jene, die in Polen zum Autoritarismus führten – gravierende Probleme in einer überwiegend landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft, Spannungen wegen der Bodenfrage, unüberbrückbare parteipolitische Gräben, große ethnische Minderheiten, keine Aussicht auf nationale Integration, ein mächtiges Militär –, machten es auch in weiten Teilen des übrigen Osteuropa schier unmöglich, zu stabilen demokratischen Zuständen zu

gelangen. In Litauen etwa ließ der Absturz in den Autoritarismus nicht lange auf sich warten. Das litauische Militär, das 1920 von Piłsudskis Armee besiegt worden war, sich nun jedoch von dessen Staatsstreich im benachbarten Polen inspirieren ließ, zettelte im Dezember 1926 einen Putsch an, der zur ein Jahrzehnt dauernden Suspendierung des Parlaments und entsprechender Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten führte. Im übrigen Baltikum, in Lettland und Estland sowie in Finnland konnten die parlamentarischen Systeme trotz innenpolitischer Instabilität und

autoritären Drucks von links wie von rechts erhalten werden – dauerhaft stabile Verhältnisse erreichte nur Finnland.

In den Balkanstaaten gingen – hinter der Fassade einer repräsentativen Regierungsform – Klientelismus und rohe Gewalt Hand in Hand. Korruption war weit verbreitet. Und in den überwiegend armen Agrarländern mit einem hohen Anteil an Analphabeten spiegelten die politischen Rivalitäten häufig Clanfehden wider. Auch Grenz- und Nationalitätenfragen trugen zur chronischen Instabilität bei. In der Regel spielte das Militär eine

entscheidende Rolle.

Griechenland taumelte ab 1923 von der Monarchie in eine Republik, aus dieser in eine Militärdiktatur und 1927 wieder zurück in eine Republik, womit binnen drei Jahren die dritte Verfassung eingeführt wurde. Danach folgten vier Jahre relativer Stabilität – bis mit Einsetzen der Wirtschaftskrise die Drachme drei Viertel ihres Wertes verlor und Griechenland erneut in eine Spirale verheerender Unregierbarkeit stürzte. 1936 schließlich brach die demokratische Fassade endgültig zusammen und wich einem autoritären Regierungssystem.

Das gesetzlose, von Gewalt beherrschte Albanien konnte kaum den Anspruch erheben, als ein Staat betrachtet zu werden. Hier ergriff der paranoide und brutale Ahmet Zogu, Sieger zahlreicher Blutfehden, mit einem Militärputsch im Dezember 1924 die Macht. Vier Jahre später ernannte er sich selbst zum König, regierte, gestützt auf Vetternwirtschaft und die Armee, als Zogu I. immerhin 14 Jahre lang; bis 1939 währte seine Diktatur.

Auch in Bulgarien war extreme politische Gewalt weit verbreitet. Ministerpräsident Aleksandar Stambolijski wurde 1923 von einer –

von König Boris III. unterstützten – Gruppe von Offizieren ermordet, sein Körper zerstückelt und sein Kopf in einer Dose nach Sofia geschickt. Der Putsch löste einen kommunistischen Aufstand aus, der blutig, mit einigen Tausend Opfern niedergeschlagen wurde. Zu einer weiteren Welle entsetzlichen »weißen Terrors« kam es 1925, nach einer Bombenexplosion in der Kathedrale von Sofia, die 160 Tote und einige Hundert Schwerverletzte forderte (der König und seine Minister aber blieben unversehrt). Auf Repression gestützt, konnte eine nur dem Schein nach parlamentarische Herrschaft unter

einer dominanten Regierungspartei gefestigt werden; sie bestand bis zu den Depressionsjahren.

Die tiefen Spannungen in Rumänien entwickelten sich rund um die Bodenfrage – Kleinbauern bildeten einen Großteil der überwiegend ländlichen Bevölkerung – und um die Frage nationaler Identität. Bedroht fühlte sich die Nation zum einen durch die Ungarn, die hofften, die Territorien zurückgewinnen zu können, die ihnen mit dem Vertrag von Trianon aberkannt worden waren, zum anderen durch den Bolschewismus (obwohl die winzige, seit 1924

verbotene kommunistische Partei eine allenfalls schattenhafte Gefahr darstellte), schließlich durch ethnische Minderheiten, allen voran durch die Juden. Während der 1920er Jahre blieben die Spannungen beherrschbar. Die neue Verfassung von 1923 stärkte die Exekutivgewalt der Regierung. Mit Wahlmanipulationen erreichte die mächtige Familie Brătianu quasi ein Machtmonopol, das sich auf die parlamentarische Dominanz der von diesem Clan geführten nationalliberalen Partei stützte. Doch der Tod König Ferdinands im Jahr 1927, nach 14-jähriger Regentschaft,

erschütterte die Machtstellung der Brătianus und leitete eine Ära politischer Instabilität ein. Bei den Wahlen von 1928 unterlagen die Nationalliberalen wegen zunehmender Probleme in der Agrarwirtschaft der Nationalen Bauernpartei. Doch auch diese konnte die wirtschaftlichen Probleme nicht meistern und büßte ihren Rückhalt bald wieder ein. 1930 nahm Carol II., der 1925 wegen seiner Geliebten, die partiell jüdischer Herkunft war, zum Thronverzicht gezwungen worden war, seine Verzichtserklärung zurück und bestieg nach einem unblutigen Staatsstreich den Thron. Vor dem

Hintergrund schwerer wirtschaftlicher Probleme stieg in den folgenden Jahren eine gewalttätige, extrem antisemitische faschistische Bewegung auf, die permanente Krise mündete schließlich in eine Diktatur.

Im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, einem von Anfang an instabilen Staatsgebilde, blieben die (mit Entschädigung verbundene) Enteignung der Großgrundbesitzer und die Umverteilung des Bodens an die Bauernschaft Quelle heftiger Spannungen. Zudem sah sich das Land ringsum mit Grenzstreitigkeiten

konfrontiert – mit Italien, Griechenland, Ungarn und Albanien. Dass die unregierbare Demokratie schließlich in Autoritarismus abkippte, lag am unlösbaren Grundproblem, die gegensätzlichen Interessen der katholischen Kroaten und der größten Bevölkerungsgruppe der orthodoxen Serben miteinander in Einklang zu bringen. 1928 ermordete ein vor Wut rasender Serbe im Parlament drei kroatische Abgeordnete und setzte damit eine Entwicklung in Gang, die König Alexander I. im Januar darauf dazu brachte, das Parlament aufzulösen und die Verfassung außer Kraft zu

setzen. Die Pressefreiheit wurde abgeschafft, politische Parteien wurden verboten, die Staatsführung zentralisiert. (Um das Land zu einigen, erfolgte im Oktober 1929 seine Umbenennung in »Jugoslawien« – »Land der Südslawen«.) Alle diese Maßnahmen wurden in der neuen, autoritären Verfassung vom September 1931 festgeschrieben.

In den Mittelmeerländern befand sich die pluralistisch-parlamentarische Regierungsform schon länger in der Defensive oder war bereits zusammengebrochen. Mit den Lateranverträgen von 1929, die

die Souveränität des Vatikanstaats anerkannten, die Beziehungen zum Papsttum regelten und den Katholizismus zur Staatsreligion Italiens erklärten, konsolidierte Mussolini seine Macht über den italienischen Staat: Er hatte nun jeden potenziellen Widerstand der katholischen Kirche gegen sein Regime ausgeschaltet und den letzten relativ autonomen Machtfaktor im faschistischen Staat neutralisiert. In Spanien führte Primo de Rivera die vergleichsweise milde Diktatur fort, die er 1923 errichtet hatte, wobei es auch ihm, mit Beginn der Weltwirtschaftskrise, immer

schwerer fiel, sein schwaches Regime zusammenzuhalten.

1926 folgte Portugal diesen Mittelmeerländern auf dem Weg in eine autoritäre Herrschaft. Bereits der Erste Weltkrieg hatte Portugals alte oligarchische Machtstruktur destabilisiert; chronische Regierungsinstabilität führte zu 45 Regierungen verschiedenen Zuschnitts zwischen 1910 und 1926. 1915 übernahm eine Militärregierung für ein paar Monate die Macht; 1917/18 folgte eine weitere kurze Militärdiktatur mit protofaschistischen Tendenzen. Anfang der 1920er Jahre wurde

politische Gewalt, stets nah an der Oberfläche portugiesischer Politik, endemisch. Das Militär war gespalten, doch insofern eine potenziell rebellische Kraft, als es kein dysfunktionales pluralistisches System tolerierte. 1925 konnte ein schlecht organisierter Putsch noch einmal vereitelt werden; im Jahr darauf überwandten die Militärs ihre Differenzen, und die Zivilregierung, der wirklicher Rückhalt seitens einer gleichgültigen Öffentlichkeit fehlte, setzte dem von General Gomes da Costa angeführten Putsch, der von konservativen Eliten und katholischer Kirche begrüßt wurde,

keinerlei Widerstand entgegen. Die Linke war zu klein und zu schwach, als dass sie irgendetwas hätte ausrichten können. Schon bald wurde da Costa abgelöst von General António Carmona, der seine Herrschaft ebenfalls auf das Militär stützte, 1928 zum Präsidenten wurde und dies bis zu seinem Tod 1951 blieb. Zur zentralen Figur aber wurde schon bald António de Oliveira Salazar, Professor für Ökonomie an der Universität von Coimbra, im April 1928 zum Finanzminister, 1932 zum Ministerpräsidenten ernannt; schon als Minister hatte er mit weitgehenden Sondervollmachten

agiert. 40 Jahre lang war er die entscheidende Stimme in Portugals autoritärem Regime.

Nur in Nord- und Westeuropa waren Ende der 1920er Jahre demokratische Verhältnisse noch gesichert. Bedingungen, wie sie im Süden und Osten entscheidend zur Aushöhlung der Demokratie beitrugen, gab es in den wirtschaftlich fortgeschrittensten Teilen des Kontinents nicht. Entweder war die Demokratie bereits fest etabliert oder sie befand sich in den Jahren starken Wirtschaftswachstums vor der Weltwirtschaftskrise auf dem Weg

verlässlicher Konsolidierung. Der Staat stützte sich auf einen weitgehenden Konsens sowohl innerhalb der Eliten wie im Volk; die Parteien der extremen Linken und Rechten wurden an den Rand gedrängt. Eine Reihe allgemeiner Faktoren trug in verschiedenen Variationen dazu bei, dass demokratische Verhältnisse Akzeptanz und Legitimation behielten: der Fortbestand politischer und sozialer Institutionen trotz der Turbulenzen von Krieg und Nachkrieg; Regierungsformen, die in der Lage waren, die Interessen breiter Bevölkerungsschichten einzubeziehen

und die Politik pragmatisch anzupassen; territoriale Integrität und kulturelle Homogenität; die Schwäche kommunistischer Parteien, die wiederum die Sozialdemokratie stärkte und zur Hauptrepräsentantin der Arbeiterklasse machte. Die nationale Integration in diesen Ländern war ein zumeist ziemlich langwieriger, schrittweise vonstatten gehender Prozess gewesen, so in Großbritannien, Frankreich, Skandinavien, den Niederlanden und der Schweiz. Der neue Irische Freistaat, der den größeren, südlichen Teil Irlands umfasste, bildete insofern eine Ausnahme, als

er erst nach sechs schwierigen Jahren des Kampfes um Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft entstanden war. Dennoch war es bald auch in Südirland möglich, den neuen Nationalstaat und eine funktionierende Zweiparteiendemokratie zu konsolidieren, was sich nicht zuletzt einer homogenen Kultur verdankte, dem tief verwurzelten Katholizismus und einer weitverbreiteten Feindseligkeit gegen Großbritannien

Dass die Demokratie in weiten Teilen Europas gescheitert war, hatte Konsequenzen für die Bevölkerung der betroffenen Länder, manchmal

auch für deren unmittelbare Nachbarn. Doch das allein hätte den Frieden in Europa wahrscheinlich nicht gefährdet. Bedrohlich würde die Lage erst werden, wenn die demokratischen Institutionen einer oder mehrerer Großmächte zusammenbrächen; in den Ländern nämlich, deren Stabilität wesentlich war für die Aufrechterhaltung des fragilen Gleichgewichts nach dem Krieg – in Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Die britische Wirtschaft steckte während der 1920er Jahre die meiste Zeit über in einer Flaute, gleichwohl erwies sich Großbritannien im

Vergleich zu so gut wie jedem anderen Land in Europa als Muster politischer Stabilität. Und zwar ungeachtet der Tatsache, dass auch das dort herrschende Mehrheitswahlrecht, das der Zersplitterung der Parteienlandschaft und der Bildung von Koalitionsregierungen entgegenwirkte, nicht verhinderte, dass zwischen 1922 und 1924 drei Regierungswechsel stattfanden. Ramsay MacDonald, der Sohn eines schottischen Farmarbeiters und eines Hausmädchens, hatte, dem gesellschaftlichen Handicap seiner unehelichen Geburt zum Trotz, die

Führung der Labour Party
übernommen. In der ersten seiner
beiden Amtsperioden als
Premierminister führte er eine
Minderheitsregierung, die nur kurz,
von Januar bis November 1924, im
Amt war. Danach lag die Regierung
fünf Jahre lang bei den
Konservativen. Der neue
Premierminister, Stanley Baldwin,
Sohn einer wohlhabenden
Stahlindustriellenfamilie aus den
Midlands, gab eine solide,
vertrauenerweckende Figur ab. Doch
seine Regierung hatte mit sozialen
Spannungen und politischen Unruhen
zu kämpfen, die den Generalstreik

von 1926 begleiteten und den Rückhalt der Konservativen schwinden ließen. In Großbritannien gelang es aber, die Krise durch eine Anpassung innerhalb des Systems zu bewältigen. Der von weniger als einem Prozent der Wähler unterstützte Kommunismus und die winzigen faschistischen Gruppierungen, die von sich reden machten, aber vorwiegend von Sonderlingen und Exzentrikern getragen wurden, hatten keinen Einfluss auf die etablierte Politik. Auch wenn Großbritanniens sozioökonomische Probleme in den 1920er Jahren beträchtlich waren,

änderte das nichts an der Akzeptanz der Demokratie. Selbst als die Weltwirtschaftskrise die Minderheitsregierung der Labour Party unter Ramsay MacDonald 1930/31 vor riesige Probleme stellte, führte das nicht zu einer Staatskrise.

Unsicherer stand es um die Stabilität in Frankreich, wenngleich die Demokratie bis zu den Jahren der Depression kaum ernsthaft erschüttert wurde. Die rasch aufeinanderfolgenden Kabinettswechsel – sechs verschiedene Regierungen inmitten der Währungskrise zwischen April 1925 und Juli 1926 – stellten die

Akzeptanz der Dritten Republik nicht infrage. Während Raymond Poincarés Amtszeit als Ministerpräsident von 1926 bis 1929 kehrte wieder Stabilität ein, und sie schien gefestigt, als sich bei den Wahlen von 1928 die Gewichte hin zur konservativen Rechten verschoben. Oberflächlich betrachtet schien alles in Ordnung zu sein.

Anders als in Großbritannien jedoch blieb das politische System in Frankreich nicht unangefochten. Ein noch immer kleiner, aber einflussreicher Teil der französischen Gesellschaft hatte die Republik nie akzeptiert oder lediglich widerwillig

geduldet. Die Kommunisten hatten eigentlich viel von ihrem Rückhalt eingebüßt. Aber am 23. November 1924 nahmen sie Seite an Seite mit den Sozialisten an einem riesigen Trauerzug in Paris teil, mit dem die Asche des 1914 ermordeten sozialistischen Helden Jean Jaurès ins Panthéon überführt wurde. Es war ein »Wald von roten Fahnen«. Und der beschwor, zu einer Zeit, als in Frankreich eine linke Regierung an der Macht war und das Land sich in einer Finanzkrise befand, das Schreckgespenst einer bolschewistischen Revolution herauf. Die Rechte sprach von der

»Beerdigung des Bürgertums«: Jetzt werde »jedem die Revolutionsgefahr klar«. Innerhalb von Tagen schossen diverse »patriotische Bewegungen« aus dem Boden, die sich selbst als »Ligen« bezeichneten und fast über Nacht Zehntausende vorwiegend junger Franzosen rekrutierten. Eine von ihnen war Le Faisceau, die mit ihrem vom italienischen Faschismus geborgten Namen ihre Ausrichtung zu erkennen gab.

Nicht alle diese Ligen waren faschistisch, manche lehnten diese Verbindung rundheraus ab. Auch wurden nicht alle französischen Rechtsextremisten von den Ligen

angezogen; wie anderswo waren die Grenzen zwischen der extremen und der konservativen Rechten fließend. Der Moment ging vorüber. Poincarés stabilisierende Hand und der Umstand, dass sich Besitzende wieder sicherer fühlten, entschärften die Krise. Die Ligen verloren ihren Rückhalt – fürs Erste jedenfalls. Das Gefühl, man brauche eine extreme Rechte, wurde mit der Dominanz des Konservatismus geringer, verschwand aber nicht völlig. Sobald eine erneute Krise aufbrechen sollte – langwieriger, destabilisierender und gefährlicher als zuvor –, drohte die extreme Rechte mit erneuerter Kraft

wiederzukehren und die französische Republik zu erschüttern.

Waren Großbritannien und im Grunde auch Frankreich zuverlässig stabil, so waren die Verhältnisse in Deutschland problematischer. Es passte weder ins Muster relativ fest etablierter Demokratien im ökonomisch fortgeschrittenen Nordwesteuropa noch in das der neu geschaffenen, fragilen Demokratien Osteuropas. Deutschland war, in vieler Hinsicht, ein Zwittergebilde, wirkte westlich und östlich zugleich. Wie in Großbritannien und Frankreich gab es in Deutschland ein breites Industrieproletariat, aber

auch, insbesondere in den östlichen Gebieten, eine zahlreiche Landbevölkerung mit bodenständigen Wertvorstellungen. Deutschland konnte auf eine lange Tradition des demokratischen Idealismus und pluralistischer Parteienpolitik zurückblicken, es besaß eine hochentwickelte Bürokratie, eine moderne Industrie und Wirtschaft sowie eine gut ausgebildete, kulturell fortschrittliche Bevölkerung.

Sein demokratisches System aber war neu. Aus dem Trauma von Kriegsniederlage und Revolution hervorgegangen, war es von Anfang

an vehement umstritten.
Deutschlands nationalstaatliche
Einigung war kaum mehr als ein
halbes Jahrhundert alt, überlagert
wurde sie durch ein viel älteres
kulturelles Identitätsgefühl, das weit
über die Grenzen des Nationalstaats
hinausreichte. Anders als in
Großbritannien, Frankreich und den
anderen Ländern Nordwesteuropas
war die deutsche Staatsbürgerschaft
ethnisch definiert, nicht territorial.
Deutschlands intellektuelle Eliten, so
unterschiedlich ihre Ansichten im
Einzelnen waren, lehnten die Werte
dessen, was sie als »westliche«
Demokratie bezeichneten,

weitgehend ab – ob nun die französischen Traditionen, die auf die Revolution von 1789 zurückgingen, oder den Freihandelskapitalismus und Liberalismus, die Großbritanniens Entwicklung geprägt hatten. Der deutsche Staat galt ihnen als Sinnbild deutscher Kulturwerte, wurde darum nicht nur als etwas anderes angesehen als die Errungenschaften westlicher Zivilisation, sondern galt diesen auch als überlegen. Deutschlands nationale Demütigung durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs, seine ökonomische und militärische Schwäche nach dem Krieg, der Verlust seines

Großmachtstatus, die Zerrissenheit der Parteien im Parlament sah die deutsche Geisteselite als ein vorübergehendes Unheil, nicht als Dauerzustand.

Dabei betraf Deutschlands politische Stabilität nicht allein seine Bürger; sie war Voraussetzung für eine friedvolle Zukunft des europäischen Kontinents. Deutschlands geographische Lage, die Europa von West nach Ost überspannte, sein wirtschaftliches und militärisches Potenzial sowie seine revisionistischen Bestrebungen in Osteuropa machten das Überleben der deutschen Demokratie – und

damit die Fortsetzung von
Stresemanns Politik der
internationalen Zusammenarbeit –
zur unverzichtbaren Voraussetzung
für die Erhaltung des
Kräftegleichgewichts auf dem
europäischen Kontinent.

Während der späten, der
»goldenen« zwanziger Jahre schien es
in Deutschland keinen Grund zu
übermäßiger Sorge zu geben. Die
Wirtschaft befand sich in einem
ausgeprägten Aufschwung, die
Lebensverhältnisse besserten sich.
Deutschland war jetzt Mitglied des
Völkerbunds, seine Westgrenzen
waren in Locarno festgeschrieben

worden. Nach dem großen Aufruhr zu Beginn der 1920er Jahre konnten auch die vier Regierungswechsel zwischen 1925 und 1927 dem Eindruck nichts anhaben, dass die Demokratie nun Fuß fasse in Deutschland. Die Extreme am rechten und linken politischen Rand hatten Zulauf verloren. Nur noch neun Prozent der Stimmen konnten die Kommunisten 1924 auf sich vereinen, entsprechend erhöht hatten sich die Stimmenanteile der moderaten Sozialdemokraten. Nach Hitlers Putschversuch im November 1923 war die extreme Rechte zersplittert. Auch wenn er, sobald er Ende 1924

aus der Haft entlassen wurde, die NSDAP neu aufbaute, blieb diese politisch eine Randerscheinung; sie war, so ein vertraulicher Bericht des Reichsinnenministers 1927, kaum mehr als eine »zahlenmäßig unbedeutende ... radikal-revolutionäre Minderheitsgruppe, die auf die großen Massen der Bevölkerung und den Gang der politischen Ereignisse keinen merklichen Einfluss auszuüben vermag«.

Die Reichstagswahl von 1928 spiegelte ruhigere Zeiten wider. Die konservative Rechte, in weiten Teilen bestenfalls halbherzig demokratisch,

verlor deutlich an Stimmen. Dass die Nationalsozialisten als politische Kraft ausgespielt hatten, schien durch ihr miserables Ergebnis von nur 2,6 Prozent der Wählerstimmen bewiesen, die ihnen lediglich zwölf Sitze im Parlament eintrugen. Hauptgewinner waren die Sozialdemokraten, mit knapp 30 Prozent der Stimmen die bei weitem größte Partei in der großen Koalition mit den beiden katholischen und zwei liberalen Parteien. Mit Hermann Müller stellten die Sozialdemokraten erstmals seit 1920 wieder den Reichskanzler. Wie es aussah, hatte die Demokratie in

Deutschland gute Perspektiven.

Auf den zweiten Blick freilich war die Situation weniger rosig. Müllers Koalition war von Anfang an wacklig, schon bald traten die tiefen Gräben zwischen den Sozialdemokraten und ihren ungleichen Koalitionspartnern zutage, vor allem zu Stresemanns Deutscher Volkspartei, die das Großkapital repräsentierte. Das erste Thema, über das die Parteien in Clinch gerieten, war der Bau eines großen Kriegsschiffs. Die Sozialdemokraten hatten vor der Wahl mit dem Slogan »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer«

geworben und waren entsprechend aufgebracht, als Minister des Zentrums und der Deutschen Volkspartei den Bau eines Kreuzers durchsetzten. Zum nächsten Riss zwischen den Koalitionspartnern kam es, als die Ruhrindustriellen fast eine Viertelmillion Eisen- und Stahlarbeiter aussperrten. Vollends zeigte sich die Unvereinbarkeit der Koalitionspartner im langwierigen, unversöhnlich geführten Streit über den Vorschlag, den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung geringfügig anzuheben – das Thema, das die schwerfällige Koalition im

März 1930 schließlich zu Fall brachte.

Inzwischen nahmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hatte im Januar 1929 den Stand von drei Millionen erreicht, gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um eine Million; 14 Prozent der Erwerbsbevölkerung waren inzwischen betroffen. Die Kommunisten, die ihren Stimmenanteil bei der Wahl von 1928 auf über zehn Prozent vergrößert hatten, fanden bei vielen Arbeitslosen bereitwillige Unterstützung. Der neuen, von der Komintern vorgegebenen

stalinistischen Marschrichtung folgend, richteten sie ihre Attacken gegen die Sozialdemokraten, die sie nun groteskerweise als »Sozialfaschisten« verunglimpften. Auf dem Land sorgte die Agrarkrise für große politische Unruhe.

Ein wenig zu ihrer eigenen Überraschung, jedenfalls ohne beständig darum geworben zu haben, registrierten die Nationalsozialisten die erhebliche Zustimmung, die sie in den ländlichen Gebieten Nord- und Ostdeutschlands fanden. Die Zahl der Parteimitglieder, inzwischen über 100 000, war selbst während der Jahre der politischen Isolation der

NSDAP gestiegen – eine gute Aktivistenbasis, mit der sich die wachsenden Unruhen nutzen ließen. Dienlich war ihnen auch die positive Resonanz, die sie in der konservativen Presse für ihre schrille Kampagne gegen den Young-Plan, das revidierte Reparationsprogramm, erhielten. 1929 vergrößerten die Nationalsozialisten ihre Stimmanteile in einer Reihe von Landtagswahlen, obwohl sie sich noch gar nicht als eine »normale« Partei etabliert hatten. Im Juni 1930, die Wirtschaftskrise machte sich inzwischen deutlich bemerkbar, gewann Hitlers Partei bei den

Landtagswahlen in Sachsen über 14 Prozent der Stimmen – fast sechsmal so viele wie bei der Reichstagswahl 1928.

Wenig später löste Heinrich Brüning, ein Politiker der Zentrumspartei und Müllers Nachfolger im Amt des Reichskanzlers, den Reichstag auf, der Brünings Vorschläge, die öffentlichen Ausgaben drastisch zu kürzen, abgelehnt hatte. Der Reichskanzler hatte gar nicht erst versucht, eine demokratische Lösung für die finanziellen Schwierigkeiten zu finden, stattdessen wollte er seine deflationären Maßnahmen per

Präsidialerlass durchsetzen. Das Amt des Reichspräsidenten, das mit entscheidender Machtbefugnis ausgestattet war, besetzte seit 1925 Feldmarschall von Hindenburg, »Sieger von Tannenberg« und populärer Kriegsheld. Er hatte als Amtseid geschworen, die demokratische Republik zu verteidigen, aber er war eine Säule des alten monarchistischen Regimes, kein Demokrat, und er sah sich eher als eine Art Ersatzkaiser. Schon Monate vor dem Regierungswechsel waren Pläne erarbeitet worden, wie sich der sozialdemokratische Kanzler Müller durch Brüning ersetzen ließ,

der, wie man aus Sondierungen wusste, geneigt war, mit dem Mittel präsidialer Notverordnungen zu regieren, ein Schritt im Rahmen der Strategie, die Sozialdemokratie auszubooten und zu einer vom Parlament unabhängigen Regierung zu kommen. Hindenburg, Brüning sowie die konservativen Eliten, die ihre Schachzüge unterstützten, zogen keinen Moment lang eine von der NSDAP geführte Regierung in Betracht – man hielt die Nationalsozialisten für primitive, vulgäre und großmäulige Populisten, nicht für Leute, denen man die Führung des deutschen Staates

anvertrauen wollte. Im Grunde wollten die Eliten schlicht die Uhren zurückdrehen; wollten, ob mit oder ohne Monarchie, zu einer Art bismarckschem Verfassungsarrangement zurückkehren, zu einer Regierung, die jenseits parlamentarischer Kontrolle – und vor allem ohne Kontrolle der verhassten Sozialdemokraten – agierte. Das Ziel, das Hindenburg, Brüning und die konservativen Eliten verfolgten, war eine Art antidemokratischer Semiautoritarismus unter ihrer Führung.

Mit Brünings Übernahme des

Kanzleramts und Hindenburgs Bereitschaft, das Parlament zu umgehen, war dem demokratischen Staat in Deutschland bereits vor dem Abrutschen in die Wirtschaftskrise ein schwerer Schlag versetzt worden. Der nächste folgte mit der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Brüning's Entscheidung, Neuwahlen auszuschreiben, erwies sich als spektakulärer Fehlschlag. Hitlers Partei erzielte einen erstaunlichen Durchbruch: Mit 18,3 Prozent der Stimmen erhielt sie 107 Sitze im neuen Reichstag. Unversehens waren die Nationalsozialisten ein politischer

Machtfaktor, als nun zweitstärkste Partei im deutschen Parlament. Eine Wahlstimme für die Nationalsozialisten war kein an eine unbedeutende Splitterpartei verlorener Stimmzettel mehr. Die Massenunterstützung wuchs schnell, brachte einen Zufluss finanzieller Mittel für weitere radikale Agitation. Der Stein kam ins Rollen. Noch schien die Wahrscheinlichkeit einer Kanzlerschaft Hitlers gering. Mit der verhängnisvollen Entscheidung jedoch, zur Regierung per präsidentialer Notverordnung überzugehen, und mit dem Wahlerfolg der NSDAP von 1930 begannen für die deutsche

Demokratie die Totenglocken zu läuten. Unweigerlich wuchs damit auch die Unsicherheit für ganz Europa. Das fragile Gleichgewicht der vergangenen Jahre geriet in Gefahr.

Natürlich ist die Zukunft immer offen, niemals ein klar vorgezeichneter Pfad entlang einer Einbahnstraße. Womöglich hätte Europa ohne die aus den Vereinigten Staaten übergreifende Wirtschaftskrise weiter voranschreiten können auf dem Weg eines ungestörten Wirtschaftswachstums, der liberalen Freiheit und demokratischen

Ordnung, hin zu den sonnenbeschienenen Höhen des internationalen Friedens und der Harmonie. Doch hätte ein Wetter darauf keine großen Summen gesetzt. Die sich in den folgenden Jahren - vertiefende Krise war weder unausweichlich noch vorherbestimmt, kam aber auch nicht von ungefähr. Europas »goldene Zwanziger« waren, unter der glitzernden Oberfläche, eine getrübe, eine schwierige Zeit.

Gravierende ökonomische Schwächen im Umfeld einer instabilen und unausgewogenen Weltwirtschaft, Schwächen, die

verstärkt wurden durch nationalistischen Protektionismus und glorifiziertes Eigeninteresse, boten nicht den festen Grund, die Schockwellen abzufangen, die über den Atlantik herüberrollten. Zudem schürten kulturelle Differenzen zahlreiche Vorurteile und Giftigkeiten, die sich leicht nutzen ließen, sobald sich das gesellschaftliche und intellektuelle Klima eintrübte. Überall waren demokratische, liberale Ideen in der Defensive. Schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise war ein Großteil der Staaten Europas in den Autoritarismus abgerutscht oder

stand auf der Kippe dazu.

Kein Land war für Europas Schicksal von so entscheidender Bedeutung wie Deutschland; auf ihm ruhten die Hoffnungen für eine bessere Zukunft des Kontinents. Und gerade in diesem Land gab es schon vor dem Crash an der Wall Street Anlass zur Sorge. Der Wirtschaftsaufschwung hatte die wachsenden Probleme nur verdeckt. Deutschlands kulturelle Zerrissenheit war akuter als irgendwo sonst. Auch die politischen Warnzeichen waren bereits vor dem Sturz in die alles erfassende Krise sichtbar. Der beste Schutz für Europas künftigen Frieden

und Stabilität war das Überleben der deutschen Demokratie. Was würde passieren, sollte die Demokratie in Europas zentralem Land zusammenbrechen? Die Folgen der Weltwirtschaftskrise erwiesen sich in den folgenden Jahren als entscheidend, nicht nur für Deutschland, sondern für den gesamten Kontinent.

Während der anscheinend so sorgenfreien Charleston-Jahre hatte Europa auf dem Vulkan getanzt. Der stand jetzt unmittelbar vor seinem Ausbruch.

FÜNF DÜSTERE WOLKEN AM HORIZONT

... ausgerutscht, versunken,
erledigt. Ordnung und Sauber-
keit: es war einmal. Arbeit und
sicheres Brot: es war einmal.
Vorwärtskommen und Hoffen: es
war einmal.

Hans Fallada, *Kleiner Mann, was nun?* (1932)

Die Weltwirtschaftskrise, die sich von 1930 an verschärfte, war für Europa nichts weniger als eine Katastrophe; allerdings traf sie nicht alle Länder gleichermaßen. Einige konnten, aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Strukturen, den Folgen der Krise relativ leicht entgehen. Auch waren in den einzelnen Ländern nicht alle Regionen in gleicher Weise betroffen, manche verzeichneten Wachstum trotz einer insgesamt schwer angeschlagenen Volkswirtschaft. Der Schaden, den die Krise anrichtete, lässt sich gleichwohl kaum überschätzen. Er machte sich überall

bemerkbar, und zwar heftig. Kein Land blieb völlig verschont.

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise öffneten sich politische Bruchlinien in Europa. Der Kontinent war im Großen und Ganzen in zwei Teile gespalten. Außer in Finnland, der Tschechoslowakei und Spanien (und auch in den beiden letztgenannten Ländern nicht lange) überlebte die Demokratie nur in Nordwesteuropa. Überall sonst setzte sich die eine oder andere Form des Autoritarismus durch. Düstere Wolken zogen über einem wirtschaftlich wie politisch gebrochenen Kontinent auf.

Der Einbruch

Mit dem großen Aufschwung in Amerika, der zu immer riskanteren Investitionen in langlebige Verbrauchsgüter, Autos, in die Stahlproduktion sowie in den Häuserbau geführt hatte, war ab dem Tag Schluss, an dem die Spekulationsblase platzte: am 24. Oktober 1929. »Der Markt schien wie ein fühlloses Ding, das wild und gnadenlos Rache nahm an denjenigen, die gedacht hatten, sie könnten ihn beherrschen«, so ein Beobachter.

Panische Aktienverkäufe

erschütterten die Wall Street, die Kurse stürzten in den Keller. Tausende von Spekulanten standen vor dem Ruin; das Geschäftsklima verschlechterte sich drastisch. Die Industrieproduktion und die Importe gingen massiv zurück. Die Warenpreise verfielen. Die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe. Schon vor dem Crash hatte die Vergabe von Auslandskrediten nachgelassen. Zuvor gewährte kurzlaufende Kredite, von denen europäische Länder, und da vor allem Deutschland, profitiert hatten, wurden gekündigt.

In einer unausgeglichene

internationalen Wirtschaft, die bereits mit stark deflationären Tendenzen zu kämpfen hatte, steuerte Europa unweigerlich auf eine sich rasch ausweitende wirtschaftliche Katastrophe zu. Die Krankheit breitete sich aus. Schon 1930 war die Produktion in Europa stark gesunken; nun griff auch die Massenarbeitslosigkeit von Amerika auf Europa über. Im Frühsommer 1930 zählte man allein in Deutschland bereits 1,9 Millionen Arbeitslose, eine Entwicklung, die die Arbeitslosenversicherung überforderte. Im ganzen Land fiel das durchschnittliche Pro-Kopf-

Einkommen; bezogen auf 1929 sank es bis 1932 um ein Drittel. Eine Deflationsspirale erfasste den Kontinent. Die Nachfrage sank, also fielen die Preise. Die Menschen kauften weniger, sparten selbst am unbedingt Notwendigen. Löhne und Gehälter wurden gekürzt; gleichwohl konnte, wer noch Arbeit hatte, wegen der fallenden Preise mit seinem Lohn mehr kaufen als zuvor. Tatsächlich stiegen die »Reallöhne« häufig. Aber das Steueraufkommen sank, die Staatseinnahmen gerieten immer mehr unter Druck.

Versuche, auch die Staatsausgaben zu senken und so die

öffentlichen Haushalte auszugleichen, verschlimmerten die trostlose Lage. Nur ein Versuch wurde unternommen, eine international koordinierte Reaktion zustande zu bringen: die Weltwirtschaftskonferenz von 1933 in London, um die viel Aufhebungs gemacht wurde. Sie scheiterte kläglich. Jede Regierung versuchte in der Krise, die Wirtschaft im eigenen Land zu schützen. Bereits im Sommer 1930 waren die USA mit Nachdruck zum Protektionismus übergegangen. Andere Länder revanchierten sich ihrerseits mit Schutzzollpolitik. In Frankreich zum Beispiel wurden die

durchschnittlichen Zölle auf importierte Waren 1931 auf 38, in der Tschechoslowakei auf 50 Prozent erhöht. Mit seiner Freihandelstradition brechend, erhob Großbritannien im März 1932 einen allgemeinen Zoll von zehn Prozent; vier Monate später schloss es mit seinen Dominions ein Abkommen über die bevorzugte Einfuhr britischer Waren. Mit den drastisch sinkenden Exporten erlitt der ohnehin bereits angeschlagene internationale Handel weiteren Schaden.

Es sollte noch schlimmer kommen. In einer Reihe europäischer

Länder geriet das Bankensystem zunehmend unter Druck. Im Mai 1931 sandte der Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt, Österreichs größter Bank, zu dem es kam, als die Anleger den Verlust ihrer Ersparnisse fürchteten und ihre Geldanlagen abzogen, Schockwellen in das gesamte europäische Finanzsystem. Die zweitgrößte deutsche Bank, die Darmstädter und Nationalbank, wurde in den Strudel gezogen, auch sie ging zwei Monate später im Gefolge panischer Kontokündigungen bankrott. Als kontinentale Banken Pfund Sterling verkauften, um ihre Goldreserven aufzupolstern, setzten

Panikverkäufe des Pfunds ein. Vergeblich versuchte Großbritannien, den Wechselkurs zu halten, und verlor damit in der zweiten Julihälfte täglich 2,5 Millionen Pfund. Die zwischen Mitte Juli und Mitte September in London zurückgerufenen Guthaben beliefen sich auf insgesamt 200 Millionen Pfund, womit die Reserven der Bank of England auf einen gefährlich niedrigen Stand fielen; am 21. September musste Großbritannien den Goldstandard aufgeben. Unmittelbar danach verlor das Pfund gegenüber ausländischen Währungen ein Viertel seines

Wertes.

Ihren Höhepunkt erreichte die Wirtschaftskrise in Europa 1932 – ein beispielloser Kollaps des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das Bruttosozialprodukt sank praktisch überall, wobei die Raten je nach der Wirtschaftsstruktur der Länder und dem Grad ihrer Abhängigkeit von den amerikanischen Finanzmärkten variierten – sie lagen in Großbritannien, Schweden und Italien unter sieben, in Belgien etwas über zehn, in Deutschland und Jugoslawien jedoch über 17, in Polen bei fast 25 Prozent. Frankreich, eine

der größten Volkswirtschaften in Europa, war zunächst kaum betroffen, was zum Teil daran lag, dass der Franc vor 1931 unterbewertet war. Ein großer Agrarsektor mit einem verhältnismäßig hohen Anteil bäuerlicher Subsistenzwirtschaft in vielen Kleinbetrieben, eine ebenso weitverbreitete handwerkliche Produktion, jeweils eingebunden in die lokale und regionale Wirtschaft, halfen zunächst, die dramatischen Auswirkungen des Crashes an der Wall Street von Frankreich fernzuhalten. Die 1929 zum Schutz der Agrarpreise getroffenen

Maßnahmen hielten die einheimischen Märkte stabil und stärkten zunächst auch die Widerstandsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Ihre »Politik der Prosperität«, so verkündete die Regierung stolz, werde fortgesetzt, andere Länder dagegen stünden vor dem wirtschaftlichen Ruin: »Was auch immer der Grund für die weltweite Depression sein mag, Frankreich kann ihr relativ gelassen entgegensehen«, schrieb eine führende französische Tageszeitung, »die glückliche Ausgewogenheit der Wirtschaft und die Tugenden des

französischen Volkes haben Frankreich zu einer Säule der Weltwirtschaft gemacht.«

Auf die Hybris folgte bald die Nemesis. Noch 1931 lag die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich bei nur 55 000, dann jedoch gab es kein Halten mehr, und auch Frankreich wurde in die internationale Rezession hineingezogen. 1931 setzte die Depression ein und dauerte länger als in den meisten anderen großen Volkswirtschaften. Ein Jahrzehnt lang erreichte die Produktion den Stand von 1929 nicht wieder. 1936 betrugen die französischen Exporte nur mehr die Hälfte jener des Jahres

1928. Die Zahl der Firmenpleiten stieg 1932 dramatisch und nahm anschließend noch weiter zu. Die Arbeitslosigkeit erreichte nach offiziellen Angaben 1935 einen Höhepunkt mit etwa einer Million Erwerbslosen; faktisch waren es viel mehr. Die langsame Erholung verzögerte sich weiter, weil Frankreich aus Prestigegründen den Franc nicht abwerten wollte. Seitdem das Pfund und der Dollar abgewertet worden waren, hatten die französischen Exporte ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Für immer ist die Weltwirtschaftskrise mit dem Bild

der Massenarbeitslosigkeit in den Industriestädten verbunden. Unter den wirtschaftlichen Turbulenzen aber hatten auch all jene schwer zu leiden, die ihren Lebensunterhalt auf dem Land als Landwirte, Bauern oder Landarbeiter verdienten. Das galt vor allem für das stark von der Landwirtschaft abhängige Osteuropa. Dort waren äußerste Armut und tiefes soziales Elend weit verbreitet. Am schlimmsten erging es Polen, einer stark agrarisch geprägten Volkswirtschaft mit einem kleinen industriellen Sektor, wobei die polnische Regierung die ernststen Probleme noch verschlimmerte,

indem sie die Staatsausgaben drastisch kürzte und viel zu lange an der Überbewertung der Währung festhielt. Ein zeitgenössischer Beobachter fasste die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Polen so zusammen: »Im Sommer ist es einfacher, aber im Winter sieht man in Hütten aneinandergedrängte, bis zum Hals in mit Spreu gefüllten Säcken steckende Kinder, die ohne diese wärmende Hülle in der kalten, ungeheizten Behausung erfrieren würden ... Das Leben ist für alle so jämmerlich geworden.«

Als die Agrarpreise kollabierten, versiegte die Kreditvergabe und die

Zinsen blieben hoch; darauf stürzten viele über ihre Verschuldung ins Elend. Landwirtschaftliche Betriebe wurden verkauft oder versteigert. Von 1931 bis 1932 nahmen beispielsweise in Bayern die Zwangsverkäufe landwirtschaftlicher Betriebe um über 50 Prozent zu. Viele Landarbeiter fanden keine Arbeit mehr, Kleinbauern lebten von dem, was sie selbst anbauten, und in manchen Fällen reichte das kaum zum Leben. In einem armen Dorf in Südfrankreich lebten Familien, die sich nur eine Mahlzeit am Tag leisten konnten; sie bestand aus Esskastanien, Oliven, Radieschen und

etwas Gartengemüse, das sie nicht verkaufen konnten. Wie zu erwarten, wuchs die Wut, die sich gegen alle richtete, in denen die Bauern die Urheber ihres Unglücks sahen – gegen den Staat, die Bürokraten, die Städter, die Geldverleiher und Ausbeuter, Ausländer, Juden. Und nicht nur im ländlichen Frankreich, auch in vielen anderen Teilen Europas wurde diese Wut immer größer: der Nährboden der extremen Rechten.

Noch stärker war die Verödung des wirtschaftlichen Lebens in den Industriegebieten zu spüren. Österreichs industrielle Produktion fiel zwischen 1929 und 1932 um

39 Prozent, gleichzeitig verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit beinahe; die Industrieproduktion Polens war 1932 gegenüber 1929 um 30 Prozent gesunken, auch hier hatte sich die Arbeitslosigkeit verdoppelt. Im gleichen Zeitraum erlebte die deutsche Volkswirtschaft, die größte auf dem Kontinent, einen Rückgang der Industrieproduktion auf fast die Hälfte. Fabriken und Werkstätten schlossen ihre Tore, Millionen von Menschen standen auf der Straße. Die Arbeitslosigkeit nahm schwindelerregende Dimensionen an. Über ein Fünftel der Arbeitskräfte in Großbritannien, Schweden und

Belgien war Ende 1932 ohne Job; in Deutschland war fast ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung beschäftigungslos – nach offiziellen Zahlen sechs Millionen. Rechnet man Teilzeitarbeiter und versteckte Arbeitslosigkeit hinzu, kommt man auf über acht Millionen Arbeitslose: Nahezu die Hälfte aller Erwerbsfähigen war ganz oder teilweise ohne Arbeit. Schon die nackten Zahlen klingen schrecklich, doch dahinter verbirgt sich das eigentliche Elend, das Leid der Menschen.

Die Arbeitslosen mussten damit zurechtkommen, was sie an mageren

Leistungen aus der staatlichen Arbeitslosenunterstützung erhielten, und die war wegen der ungeheuren Zahlen völlig überfordert. Um zehn Prozent kürzte die britische Regierung 1931 die Arbeitslosenunterstützung. Viele Langzeitarbeitslose hatten ohnehin - keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Sie mussten von der Armenfürsorge leben, und die wurde nur nach dem strengen und verhassten »Means Test« gewährt. Diese Feststellung des Einkommens, so sagte man damals, könne nur einen Effekt haben: Die Armen würden damit noch ärmer.

Denn die Arbeitslosenunterstützung für einen Familienangehörigen verminderte sich, wenn ein anderes Familienmitglied Arbeit hatte. Dem arbeitslosen Vater einer vierköpfigen Familie in Wigan etwa wurde seine Arbeitslosenunterstützung von 23 auf zehn Shilling pro Woche gekürzt, weil seine beiden Söhne zusammen 31 Shilling verdienten. Eine ganze Familie aus Blackburn, in einer von Textilindustrie geprägten Region Lancashires, die von der Krise heftig betroffen war und wo die Baumwollspinnereien die meisten ihrer Arbeiter entlassen hatten, lebte 1932 allein von der

Arbeitslosenunterstützung eines einzigen Familienmitglieds. Als dieses eine Arbeit im über 400 Kilometer entfernten Cornwall ablehnte, wurde ihm die Unterstützung kurzerhand gestrichen, und die Familie verlor ihre einzige Einkommensquelle. Kein Wunder, dass Erinnerungen an den verhassten »Means Test« für den Rest des 20. Jahrhunderts und darüber hinaus einen Schatten auf die britische Sozialpolitik warfen.

Die Armut vernichtete die Seele, zerstörte das Leben ungezählter Familien, ließ nur Hoffnungslosigkeit zurück. Im Frühjahr 1936 hielt sich

George Orwell, einer der einflussreichsten englischen Schriftsteller und Gesellschaftskritiker seiner Zeit, eine Weile in Wigan im nordwestlichen England auf, um die Lebensbedingungen in einem Industriegebiet, das tief in der Rezession steckte, mit eigenen Augen kennenzulernen.**

Als er wenige Wochen später Wigan verließ, mit dem Zug »durch die abscheuliche Gegend von Schlackebbergen, Kaminen, Schrotthaufen, stinkigen Kanälen, Pfaden im Ascheschlamm kreuz und quer von Holzschuhabdrücken

gezeichnet« fuhr, sah er »das gewöhnliche, erschöpfte Gesicht eines fünfundzwanzigjährigen Slum-Mädchens, das durch Fehlgeburten und Plackerei aussieht wie vierzig, und es hatte, in der Sekunde, da ich es sah, den verlassenen, hoffnungslosesten Ausdruck, den ich je gesehen habe.« Ein oder zwei Jahre zuvor hatte Orwell bereits in Paris schreckliche Armut beobachtet. »Man entdeckt, was es bedeutet, Hunger zu haben. Den Magen mit Brot und Margarine zugestopft, geht man auf Schaufensterbummel ... Man entdeckt die mit der Armut untrennbar verbundene Langeweile;

die Zeiten, in denen man nichts zu tun hat und in denen man, weil man unterernährt ist, für nichts Interesse hat.«

Nur 15 Prozent der deutschen Arbeitslosen bekamen 1932 den vollen Satz der ohnehin kärglichen Arbeitslosenunterstützung. Weitere 25 Prozent lebten von der Krisenfürsorge, 40 Prozent von der Wohlfahrt, die restlichen 20 Prozent gingen leer aus. »Das ganze Land lebt im Elend, die staatlichen Maßnahmen bewirken gar nichts, und die Menschen verbringen ihre Tage unter wahrhaft höllischen, unwürdigen, bedrückenden und krankmachenden

Umständen«, schrieb ein Beobachter, der sich in den Armenvierteln umgesehen hatte. Tausende Obdachlose strömten während der Wintermonate in geheizte große improvisierte Säle und Hallen in Berlin und anderen Städten, bekamen etwas zu essen und konnten dort die Nacht verbringen. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zehrten an den Kräften der ganzen Familie. »Mein Vater ist seit drei Jahren arbeitslos«, schrieb ein 14-jähriges deutsches Mädchen im Dezember 1932, »wir glaubten, er würde eines Tages wieder Arbeit finden, inzwischen haben auch wir

Kinder alle Hoffnung verloren«. Langzeitarbeitslosigkeit führte zu Apathie, Resignation und abgrundtiefer Verzweiflung, wie in der klassisch gewordenen soziographischen Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* belegt wurde. In diesem 40 Kilometer südlich von Wien gelegenen Ort hatten drei Viertel der Bevölkerung unter der Schließung der Textilfabrik zu leiden, des einzigen größeren Arbeitgebers am Ort. »Er hat gar keine Hoffnung mehr und lebt von Tag zu Tag dahin und weiß nicht, warum«, heißt es von einem Arbeitslosen, der in seiner Armut

weder ein noch aus weiß. Der Mann, Mitte 30, verheiratet, zwei unterernährte Kinder, sagt dem Interviewer: »Man hat schon keine Widerstandskraft mehr.«

Die Auswirkungen auf das Familienleben waren häufig verheerend, auch ein Bericht über die Lage in Polen zeigt das: »Viele Menschen in einem einzelnen Raum, in dem es bald nicht genug Möbel gibt, um sich hinzusetzen oder sich schlafen zu legen, wo es immer weniger Lebensmittel zu verteilen gibt, wo die Atmosphäre immer hoffnungsloser wird und bedrückender – so etwas kann nur zu

ständigen Streitereien führen ... Nicht lange, und das Familienleben bricht auseinander, und einem Leben auf der Landstraße oder in Prostitution stehen Tür und Tor offen.« Ein entsetzlicher Indikator für das in Polen herrschende Elend war die abrupt wachsende Zahl von Selbstmorden, verursacht durch Arbeitslosigkeit.

Am schlimmsten waren die Beschäftigten in der Schwerindustrie betroffen – im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie und verwandten Wirtschaftszweigen wie dem Schiffsbau. Auch Regionen der Textilindustrie (wie Marienthal), in

denen sich die Baumwollverarbeitung schon länger im Niedergang befand, gingen zugrunde. Aber die Auswirkungen der Wirtschaftskrise waren nicht überall gleich. In ganz Deutschland vervierfachte sich die Arbeitslosenquote zwischen 1928 und 1932, wohingegen sie sich im überwiegend agrarischen Ostpreußen nur verdoppelte (die Notlage der Landwirtschaft hatte gleichwohl massenhaftes Elend zur Folge), im industrialisierten Sachsen dagegen auf mehr als das Siebenfache stieg. In Großbritanniens Norden war die Arbeitslosigkeit 1932 doppelt so hoch wie in London. Das sind

Durchschnittswerte, hinter denen sich wiederum große Unterschiede verbargen. In Bishop Auckland und Jarrow im Nordosten Englands hatte mehr als die Hälfte der Arbeiter keinen Job mehr: »Wo immer wir hinkamen, lungerten dort Männer herum, nicht dutzende, sondern hunderte, tausende«, berichtet ein schockierter J. B. Priestley in seiner *Englischen Reise* (1933). Über zwei Drittel der Arbeiter in Merthyr Tydfil im südwalisischen Industriegebiet waren erwerbslos; nördlich von London dagegen, in St Albans, betrug die Arbeitslosigkeit nur knapp vier

Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Es gab auch Gebiete mit bemerkenswertem Wachstum, selbst während dieser so umfassenden Krise. Der relative Wohlstand in der Südhälfte des Vereinigten Königreichs zog immer mehr Arbeitsuchende aus den stark betroffenen Landesteilen an, das wiederum erhöhte die Nachfrage, führte zu Wachstum. Die Bauwirtschaft florierte, um den Bedarf an neuen Häusern, Schulen, Läden, Kinos und anderen Einrichtungen zu befriedigen. In wachsenden Vororten mussten neue

Straßen gebaut werden, die Bautätigkeit gab dann Anstoß zu weiterem Wachstum. Die Elektroindustrie, die hauptsächlich im Süden Englands ansässig war, expandierte weiter, als mehr Haushaltsgeräte in Gebrauch kamen. In der Zwischenkriegszeit stieg der Stromverbrauch um fast das Zehnfache, und das zeigt, selbst während der Krise bestand eine Nachfrage nach elektrischen Geräten. Auch konnten sich mehr Menschen, vor allem aus Ober- und Mittelschicht, ein Auto leisten. Trotz der Rezession wuchs der Markt für motorisierte Fahrzeuge, und so

blieben die Midlands, wo die meisten britischen Autohersteller saßen, von den schlimmsten Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs verschont; diese trafen Nordengland, Wales und Schottland, die Standorte der alten Industrien. Auf diese Weise vergrößerte sich das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle, wuchs die Kluft zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Vielen Mittelschichtfamilien aus dem prosperierenden Süden erschien die Massenarbeitslosigkeit der am härtesten betroffenen Regionen als fernes Problem. Tatsächlich konnten sich die Arbeiter in den

expandierenden Industrien und die Konsumenten, die sich deren Produkte leisten konnten, glücklich schätzen.

Die Wirtschaftskrise schürte ohnehin vorhandene Wut und Feindseligkeiten, vertiefte Sorgen und Ängste vor der Zukunft; machte Gesellschaften aggressiver, intoleranter. Ein Anzeichen waren die in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wachsenden Vorurteile gegen arbeitende Frauen, die »Männer-Jobs« besetzten. In Deutschland zogen »Doppelverdiener«, als die Arbeitslosigkeit sprunghaft zunahm,

in der Öffentlichkeit viel Kritik auf sich. Auch in Frankreich verstärkte die Rezession Vorurteile gegen Frauen. Ihr Platz sei im Haus oder auf dem Hof, als Ehefrauen und Mütter, allenfalls »Frauenarbeit« sollten sie tun, als Fürsorgerinnen oder Pflegerinnen. Als sich die Krise verschärfte, wurden viele Frauen gezwungen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, Karrieremöglichkeiten verschlossen sich, an den Universitäten waren sie nicht willkommen. Auf fast allen Ebenen wurden Frauen diskriminiert (nicht zuletzt auch in der französischen Politik: bis 1944 wurde ihnen das

Wahlrecht verweigert). Fanden Frauen Arbeit – als Ladengehilfinnen, Sekretärinnen oder für sonstige Bürotätigkeiten –, dann wurden sie selbstverständlich schlechter bezahlt als Männer in vergleichbaren Positionen. Nur die skandinavischen Länder folgten dem allgemeinen europäischen Trend der zunehmenden Diskriminierung erwerbstätiger Frauen nicht. In Schweden wurde 1939 tatsächlich ein Gesetz erlassen, wonach Heirat kein Hindernis mehr für eine Beschäftigung sein durfte.

Der ungewöhnliche Weg, den die skandinavischen Länder im Hinblick

auf die Erwerbstätigkeit von Frauen einschlugen, gehörte zu einem insgesamt offeneren Denken in der Sozial- und Bevölkerungspolitik. Aber auch im Norden gab es die Sorge um Bevölkerungsrückgang und das, was als unvermeidliche Folge der Verschlechterung der Bevölkerungsqualität betrachtet wurde; solche Debatten fügten sich in größere europäische Denkströmungen, die durch das Klima der Wirtschaftskrise begünstigt wurden. Die Sorge um den Bevölkerungsrückgang – seit dem Krieg in fast ganz Europa verbreitet, besonders ausgeprägt in Frankreich

und Deutschland – führte zu einer Gegenreaktion gegen die Empfängnisverhütung, die in den 1920er Jahren zunehmend beworben worden war. Der reaktionäre Trend war weit verbreitet und populär, fand, wegen der unablässigen und vehementen Opposition der Kirche gegen Geburtenkontrolle, vor allem in katholischen Ländern besonders starke Resonanz. Abtreibung war im größten Teil Europas bereits verboten worden, aber auch in dieser Frage verhärteten sich die Einstellungen. Großbritannien machte die Abtreibung 1929 zu einem Straftatbestand. Wer der »vorsätz-

lichen Tötung eines ungeborenen lebensfähigen Kindes« (definiert als Schwangerschaft von 28 Wochen oder mehr) für schuldig befunden wurde, musste mit lebenslanger Haft im Zuchthaus bestraft werden. Hunderttausende Frauen in Großbritannien und im übrigen Europa, verheiratete wie unverheiratete, ließen trotzdem abtreiben, riskierten damit nicht nur hohe Strafen, sondern durch illegale Eingriffe auch ernsthafte Verletzungen und den Tod.

Als Marie Stopes, eine englische Botanikerin, in den 1920er Jahren für die Geburtenkontrolle warb, geschah

dies im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der Bevölkerungsqualität. Unter europäischen Intellektuellen waren Vererbung und Genetik, der Verfall der Rasse, der dringende Bedarf an überlegener Menschengenetik zu seit dem Krieg obsessiv verfolgten Themen geworden. Eugenik oder ihr unheilvoller klingendes Äquivalent »Rassenhygiene« – Wegzüchten der »Geistesgestörten«, Steigerung der »nationalen Leistungsfähigkeit« durch rassische Verbesserung – fand immer mehr Anhänger, als im Gefolge der Krise immer mehr Zweifel an der »Volksgesundheit«

aufkamen. Außerdem wurden die Kosten für die Versorgung »unproduktiver« Mitglieder der Gesellschaft deutlicher wahrgenommen, als die Staaten in der Rezession ihre Ausgaben herunterfuhren. In Großbritannien unterstützten nicht nur berühmte Wissenschaftler, Psychologen und Ärzte die eugenische Bewegung, auch führende Intellektuelle wie der Ökonom John Maynard Keynes oder der Dramatiker George Bernard Shaw. Aldous Huxley hat in seinem 1932 veröffentlichten dystopischen Roman *Brave New World* (*Schöne neue Welt*) eine Gesellschaft beschrieben,

deren Stabilität auf Biotechniken und geistig-seelischer Konditionierung beruht, mit denen ein Maximum an sozialem und ökonomischem Nutzen erreicht werden soll; kurz zuvor noch, in einem Rundfunkgespräch, hatte er die Eugenik als Mittel politischer Kontrolle bezeichnet und angedeutet, dass er Maßnahmen durchaus billige, die der »rapiden Verschlechterung ... des gesamten westeuropäischen Erbmaterials« entgegenwirkten. Extremere Eugeniker glaubten, die britische »Rasse« sehe einer unvermeidlichen Degeneration, schließlich dem Verlust ihrer biologischen Qualität

entgegen, wenn denn nicht drastische Maßnahmen zur rassistischen Säuberung ergriffen würden; sie zogen sogar die schmerzlose Ausrottung »Unerwünschter«, und wenn das nicht möglich sein sollte, zumindest die Zwangssterilisation in Betracht. Selbst wenn derartige Vorstellungen auf eine Minderheit von Eugenikern beschränkt waren, in Großbritannien auch nicht weitergetrieben wurden, sie zeigen, woher während der Weltwirtschaftskrise der Wind wehte, selbst in einer Demokratie.

In Deutschland wurde 1932, kurz vor der Machtergreifung der

Nationalsozialisten, eine Gesetzesvorlage eingebracht, um die *freiwillige* Sterilisierung von Personen mit Erbschäden zu regeln; Ärzte unterstützten dieses Vorhaben. Hitlers Regierung ging sofort viel weiter. Und sie konnte mit der Unterstützung der Bevölkerung rechnen, als das Gesetz am 14. Juli 1933 verkündet wurde: Es verlangte die *Zwangssterilisation* bei einer langen Reihe von Erbkrankheiten, ernsten körperlichen Deformationen und chronischem Alkoholismus; etwa 400 000 Menschen fielen dem Gesetz in den nächsten Jahren zum Opfer. (»Todeskammern« zur Vernichtung

von Geisteskranken in Deutschland mussten noch sechs Jahre warten.) Doch nicht nur eine inhumane Diktatur griff zum Mittel der Zwangssterilisierung: Auch die demokratischen Staaten Skandinaviens erließen 1934, mit breiter öffentlicher Zustimmung, Gesetze zur Einführung der Zwangssterilisierung für bestimmte Bürger, auch hier wurden Zehntausende zu Opfern. Und die gesetzliche Sterilisierung war keineswegs auf den »dunklen Kontinent« Europa beschränkt. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs waren in dreißig

amerikanischen Bundesstaaten
42 000 Bürger auf Grund von
»Schwachsinn« oder »Wahnsinn«
sterilisiert worden, die meisten
zwangsweise. In Europa (und der
gesamten westlichen Welt) waren
staatliche Eingriffe ins Leben der
Bürger in einem Ausmaß akzeptabel
geworden, das vor 1914 undenkbar
war.

Nicht nur das gesellschaftliche
Denken ließ die katastrophale
Verslechterung der
wirtschaftlichen Situation überall in
Europa radikaler werden, auch das
politische Handeln. Mit Zuspitzung
der Klassengegensätze polarisierte

sich die Politik. Die Linke, in den meisten Ländern gespalten in die sich heftig befehdenen eher gemäßigten Sozialisten und die moskautreuen kommunistischen Parteien, suchte drastische Einschnitte in den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu verhindern, meist vergeblich. Die Militanz der Linken war aber in nicht geringem Maß auch eine Reaktion auf die ansteigende Welle extremer antisozialistischer Bewegungen auf der Rechten. In praktisch jedem Land außerhalb der Sowjetunion bescherte die Weltwirtschaftskrise den faschistischen Bewegungen wachsenden Zulauf – den

Bewegungen, die die Linke ausschalten und die Gesellschaft durch fingierte und erzwungene nationale Einheit neuordnen wollten. Je weiter die Krise um sich griff, desto wahrscheinlicher wurde es, dass die extreme Rechte große Teile der Bevölkerung würde mobilisieren können. In Deutschland war die Krise am umfassendsten, kein Wunder also, wenn dort die Reaktion extremer ausfiel als irgendwo sonst in Europa.

Die am schlimmsten betroffene Volkswirtschaft war zugleich die bedeutendste auf dem Kontinent. Deutschland war ein Land mit einer labilen Demokratie, die Deutschen

fühlten ihre Kultur bedroht, waren ideologisch und politisch zutiefst gespalten; die tiefen Narben, die der Krieg hinterlassen hatte, schmerzten noch. Als die Wirtschaft zusammenbrach, wuchs das soziale Elend, und das demokratische System implodierte unter politischer Polarisierung und zunehmender Gewalt. Als die Krise durchschlug, war die Demokratie, ohnehin umstritten und umkämpft, zu schwach, um zu überleben. Ein Wechsel zu einer autoritären Regierungsform wurde unvermeidlich. Einige Demokratien in Europa waren bereits

zusammengebrochen, andere sollten bald folgen; aber Deutschland war die bei weitem wichtigste unter ihnen. Nicht allein seine Größe, seine mächtige industrielle Basis (wenn auch durch die Rezession vorübergehend schwer geschädigt) sowie seine geographische Lage mitten in Europa, sondern auch die weitreichenden Bestrebungen, die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu revidieren, machten das Land zu einem Sonderfall – und zur potenziellen Bedrohung für den Frieden in Europa, sollte eine autoritäre Regierung eine aggressive Außenpolitik verfolgen.

Als der Würgegriff der Krise immer enger wurde, zerbrach das Gesellschaftsgefüge, und die ideologische Kluft vertiefte sich zum Abgrund. Das Gefühl, dass die Existenz einer ehemals großen Nation, jetzt von der Krise geschüttelt, in Gefahr war, gedemütigt, ohnmächtig und hoffnungslos in sich gespalten – dieses Gefühl überdeckte alles andere, gewann enorm an Stärke und wurde zum ungeheuren Druck, unter dem die Strukturen der parlamentarischen Demokratie nachgaben. Politischer Raum öffnete sich: Eine immer größere Zahl von

Deutschen sah nur eine Hoffnung, nur eine politische Kraft, die nationale Rettung versprach: Hitlers NSDAP.

Das Ergebnis war der 30. Januar 1933, Hitlers Machtübernahme in Deutschland, ein Datum, das zum katastrophalen Wendepunkt in der Geschichte Europas werden sollte. Auf vielerlei Weise veränderte die Weltwirtschaftskrise die gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Europa. Was in Deutschland geschah, sollte sich als die verhängnisvollste dieser Veränderungen erweisen – nicht nur für die Menschen in Deutschland,

sondern für den gesamten europäischen Kontinent, schließlich auch für einen großen Teil der Welt.

Die denkbar schlechteste Entwicklung

Deutschlands Krise war nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie wirtschaftlicher Natur, sondern steigerte sich zur alles erfassenden Krise von Staat und Gesellschaft. Die wirtschaftliche Katastrophe in den Vereinigten Staaten war akut, aber sie führte nicht zu einer Staatskrise.

Ein nicht ganz so heftiger, dennoch gravierender wirtschaftlicher Niedergang brachte in Großbritannien eine bedeutende Stärkung des konservativen Establishments. In Amerika wie auch in Großbritannien sahen die herrschenden Eliten ihre Interessen durch das bestehende politische System gewahrt, und auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte die bestehenden politischen Strukturen und die ihnen zugrunde liegenden Werte. In Frankreich, wo dieser Konsens nicht ganz so gefestigt war, erlitt der Staat Erschütterungen, hielt

aber stand. In Schweden wiederum stärkte die Wirtschaftskrise tatsächlich die sozialdemokratischen Fundamente des Staates.

In Deutschland dagegen riss die Depression die schwärenden Wunden auf, die seit 1918 nur oberflächlich verbunden worden waren. Die halbherzige Akzeptanz der Demokratie durch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten trat nun grell zutage. Und wenn eine wachsende Mehrheit die Demokratie für Deutschlands Misere verantwortlich machte, schwand, als die Krise noch schmerzhafter wurde, der Glaube der Massen an sie immer

mehr. Von den Eliten untergraben, mit rasch nachlassendem Rückhalt in der breiten Bevölkerung, wurde die deutsche Demokratie schon seit 1930 nur noch künstlich beatmet. Als sich die politische Landschaft immer weiter polarisierte und die extremen Parteien davon profitierten, war Hitler zur Stelle als der ultimative Profiteur.

Heinrich Brüning, Reichskanzler auf dem Höhepunkt der Krise, hatte seine politische Strategie ausschließlich darauf gerichtet, die Reparationszahlungen zu beseitigen; er wollte nachweisen, dass Deutschland, durch die sich immer

weiter verschlimmernde Rezession in größter Not, zahlungsunfähig war. Das wachsende soziale Elend im Land war der Preis, den man in seinen Augen zahlen musste, um Deutschland von der Last der Reparationen zu befreien. Im Juni 1931 kam sein Ziel in greifbare Nähe: Gegen den Widerstand der Franzosen setzte der amerikanische Präsident Herbert Hoover ein einjähriges Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen durch. Nach Ablauf dieser Frist gelangte ein Ausschuss, der nach den Bedingungen des Young-Plans eingesetzt worden war, um

Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu begutachten, zu dem Schluss, das Land werde auch nach Ablauf des Moratoriums nicht zahlungsfähig sein. Der Ausschuss schlug vor, die deutschen Reparationszahlungen zu annullieren, ebenso die Kriegsschulden zwischen den Alliierten. Auf der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 wurde der Vorschlag angenommen. Deutschland erklärte sich bereit, eine kleine letzte Rate zu zahlen (tatsächlich wurde sie nie geleistet). Damit waren die Reparationen abgeschrieben, seit 1919 ein eher politischer als ein im eigentlichen Sinne wirtschaftlicher

Mühlstein um Deutschlands Hals. Brüning allerdings war nicht mehr in der Position, dass er Anerkennung für seine Politik hätte bekommen können. Er hatte das Vertrauen von Reichspräsident Hindenburg verloren, der ihn kurz vor der Konferenz von Lausanne seines Postens enthoben hatte. Brüning hatte Hindenburgs Zwecken gedient, nun wurde er nicht mehr gebraucht.

Mit dem Ende der Reparationszahlungen konnten die Revisionisten beginnen, sich realistischere Gedanken darüber zu machen, wie sich die Ketten von Versailles sprengen ließen: Die

Reichswehr wollte ihren Wiederaufbau zu voller Stärke, die antidemokratischen Eliten eine stärker autoritäre Regierung. Hindenburg bekannte nun Farbe. Unter den rasch aufeinanderfolgenden Kanzlern Franz von Papen (Juni bis November 1932) und General Kurt von Schleicher (Dezember 1932 bis Januar 1933) bewegte sich die deutsche Regierung weiter nach rechts. In der Bevölkerung allerdings hatten diese beiden Reichskanzler kaum Rückhalt, keiner von beiden war auch nur entfernt in der Lage, die sich zuspitzende Krise zu lösen, die ja

nicht nur eine der Wirtschaft war, sondern auch eine des deutschen Staates. Ihr Problem bestand darin, dass es ohne Hitler keine Lösung gab.

Die zwischen 1930 und 1933 zunehmende Zersplitterung des politischen Systems schuf ein enormes Vakuum; die Nationalsozialisten füllten es. In der Bevölkerung hatte das bestehende politische System fast jeden Rückhalt verloren, eine Welle der Unzufriedenheit spülte die Wähler der Bewegung Hitlers in die Arme. Immer mehr wurde er zum Magneten für die wütenden und verängstigten Massen. Die hinter ihm agierende

Propagandamaschinerie konnte ein Bild fabrizieren, das nicht nur die Wut in der Bevölkerung über die Zustände in Deutschland zum Ausdruck brachte, sondern auch deren Hoffnungen und Träume von einer besseren Zukunft. Die Menschen projizierten ihre eigenen Überzeugungen, Wünsche und Sehnsüchte auf Hitler, der sie in seine Vision einer vollständigen nationalen Wiedergeburt aufnahm.

Keineswegs alle erlagen seiner Anziehungskraft. Die Linke hielt bis 1933 über 30 Prozent der Stimmen. Weitere 15 Prozent der Wähler standen wie gewohnt fest zu den

beiden katholischen Parteien. Aber der tiefe, erbitterte Hass zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten (die KPD war fast ausschließlich eine Partei der Arbeitslosen) verhinderte eine Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten. Die verhängnisvolle Spaltung trug zur heraufziehenden Katastrophe der deutschen Linken bei, war aber nicht deren Ursache. Die Parteien der Linken hatten keinen Zugang zur Macht. Das eigentliche Problem lag nicht bei der Linken, sondern bei der bürgerlichen Rechten. Die Autorität der Regierung und die öffentliche Ordnung zerfielen. Immer häufiger

kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den paramilitärischen Organisationen von Nazis und Kommunisten. Angesichts des Zustroms zu den Kommunisten (der größtenteils auf Kosten der Sozialdemokraten ging) und der maßlos übertriebenen Aussicht auf eine kommunistische Revolution packte die Mittelschichten panische Angst. Die »bürgerlichen« Parteien der Mitte und der Rechten kollabierten denn auch, ebenso die über 30 kleinen regionalen oder Interessenparteien (die von einem uneingeschränkten Verhältniswahlssystem profitierten).

Von der schwindenden Attraktivität dieser Parteien profitierten vor allem die Nationalsozialisten.

Deren Agitation, die sich auf unterschiedlichste Ressentiments und Vorurteile bezog, schürte die elementare Wut und den Hass weiter. Dabei war die Ansprache jedoch nicht nur negativ. Denn die NS-Propaganda verknüpfte die Dämonisierung der politischen und rassistischen Feinde mit einem vage gehaltenen, aber außerordentlich wirksamen emotionalen Ruf nach nationaler Erneuerung und nationaler Einheit. Sie erinnerte an die nationale Einheit, die 1914 (kurz) bestanden

hatte, die
»Schützengrabengemeinschaft« der
Frontsoldaten im Krieg – all das mit
dem erklärten Ziel, eine
»Volksgemeinschaft« ethnischer
Deutscher zu schmieden, die alle
inneren Spaltungen überwinden
werde. Es war eine Symbolik, die ihre
Wirkung nicht verfehlte.

Ein 18-jähriger Angestellter, der
1929 in die NSDAP eingetreten war,
nachdem er Versammlungen anderer
Parteien besucht hatte, fand die
mitreißende Rede eines
Nationalsozialisten begeisternd und
brachte die Attraktivität der Nazis
auf seine Weise zum Ausdruck:

Ich war nicht nur hingerissen von seiner leidenschaftlichen Rede, sondern auch von seiner aufrichtigen Hingabe an das deutsche Volk als Ganzes, dessen größtes Unglück seine Zersplitterung in so viele Parteien und Klassen war. Endlich ein praktischer Vorschlag für die Erneuerung des Volkes! Zerschlagt die Parteien! Weg mit den Klassen! Eine wirkliche Volksgemeinschaft! Das waren die Ziele, für die ich mich rückhaltlos einsetzen konnte. An demselben Abend wurde

mir klar, wo ich hingehörte:
zu der neuen Bewegung. Sie
allein gab die Hoffnung auf
Rettung des deutschen
Vaterlands.

Wie dieser Mann strömten zwischen
1930 und 1933 Hunderttausende, aus
allen möglichen, individuellen
Motiven, in die NS-Bewegung. Fast
850 000 Mitglieder zählte die Partei
am Vorabend von Hitlers
Machtübernahme – über vier Fünftel
von ihnen waren nach Beginn der
Weltwirtschaftskrise eingetreten.
Allein die paramilitärische
Sturmabteilung (SA) verzeichnete

rund 400 000 Mitglieder, von denen viele der Partei gar nicht angehörten.

Die meisten Wähler suchten kein zusammenhängendes Programm, verlangten nicht nach bestimmten Reformen des Staates. Die Anziehungskraft von Hitlers Partei entsprang ihrem Versprechen eines radikalen Neuanfangs: Aufgeräumt werde mit dem alten System, und zwar komplett. Was die Nationalsozialisten als todgeweiht und verfault darstellten, sollte nicht verbessert werden, sie wollten es, so erklärten sie, restlos ausmerzen und aus den Trümmern ein neues Deutschland aufbauen. Sie

versprochen nicht, ihre Gegner zu schlagen, sie wollten sie vollständig vernichten. Eben weil sie dermaßen radikal war, war diese Botschaft attraktiv. Achtbare deutsche Bürger des Mittelstands, die die Erwartung von »Ruhe und Ordnung« mit der Muttermilch aufgesogen hatten, waren plötzlich bereit, die Gewalt der Nationalsozialisten zu tolerieren – solange sie sich nur gegen die verabscheuten Sozialisten und Kommunisten oder gegen die - Juden richtete (die viele, nicht nur glühende Nazis, als zu mächtig, als schädlich für Deutschland betrachteten). Die Mittelschichten

sahen die Gewalt als Nebenwirkung auf dem Weg zu einem insgesamt positiven Ziel: der nationalen Erneuerung. Dass der Appell an den nationalen Einheitssinn, der Ruf, die Zersplitterung des Landes zu überwinden, Intoleranz und Gewalt miteinschlossen, schreckte sie nicht ab. Als Hitler in einer Wahlkampfrede im Sommer 1932 die Intoleranz zur Tugend erklärte – »Wir sind intolerant. Ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich die dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!« –, brüllten 40 000 Zuhörer ihre Zustimmung.

Das lose Amalgam aus Phobien

und nationalistischer Phrasendrescherei, das hinter der Gewaltrhetorik stand, brachte viele Kritiker dazu, die Nationalsozialisten als Protestbewegung mit unausgegorenen Vorstellungen abzutun: Sie werde zerfallen, sobald sich die Lage verbessert habe oder wenn sie jemals Regierungsverantwortung übernehmen müsste. Die Nationalsozialisten *waren* tatsächlich eine große, schwer zu steuernde Protestbewegung mit vielen Fraktionen. Und doch war da mehr als Protest und Propaganda. Ihre Führer, Hitler allen voran, waren

nicht nur begabte Demagogen und Propagandisten, sie waren entschlossene, engagierte und völlig rücksichtslose Ideologen.

Hitler hatte keinen Hehl aus seinen Absichten gemacht. Sein zwischen 1924 und 1926 geschriebenes Buch *Mein Kampf* (dessen erster Teil während seiner Haft in der Festung Landsberg entstand) hatte seine antijüdische Paranoia klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, hatte zudem seine Auffassung ausgebreitet, Deutschlands Zukunft könne einzig gesichert werden, indem es sich auf Kosten der Sowjetunion territorial

vergrößere. Doch hatten von dieser wirren Dystopie eines gescheiterten Putschisten vom politischen Rand, abgesehen von den Anhängern der Nationalsozialisten, nur wenige Notiz genommen.

Hitlers persönliche Ideologie trug zu Beginn der 1930er Jahre auch nur wenig dazu bei, die Massen für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Als die Wähler Anfang der 1930er Jahre in Scharen zu den Nationalsozialisten überliefen, stand der Antisemitismus, für Hitlers Denken von zentraler Bedeutung, in der NS-Propaganda weniger im Vordergrund als Anfang der 1920er

Jahre, als sich noch kaum jemand vom Nationalsozialismus überzeugen ließ. Natürlich dienten die Juden als Sündenbock für alle Übel, von denen Deutschland befallen war. Angesichts der Weltwirtschaftskrise war für die Wähler jedoch das Versprechen entscheidend, dass die Misere endlich ein Ende finde; die Misere, die in ihren Augen auf das Konto der Weimarer Demokratie ging. Darum sollten diejenigen weggefegt werden, die für Deutschlands Not verantwortlich waren, dann könne eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen werden, getragen von einer nationalen

»Volksgemeinschaft«, und die werde Deutschland wieder mächtig machen, stolz und wohlhabend. Mit raffinierten Mitteln entwarf die Propaganda das Bild von Hitler als dem einzigen Mann, der dazu imstande sei; er, die »Hoffnung von Millionen«, so eine Wahlkampfparole der NSDAP von 1932. Hitler war die Verkörperung der NS-Ideologie, personifizierte die Sehnsucht nach nationaler Rettung.

Mit seinem außergewöhnlichen demagogischen Talent, das mit ideologischer Unerschütterlichkeit bei gleichzeitig taktischer Flexibilität verbunden war, hatte Hitler seine

absolute Machtstellung in der NS-Bewegung festigen können. Seine ideologischen Vorstellungen waren breit genug, dass sie die unterschiedlichen Strömungen rechtsradikalen Denkens aufnehmen konnten oder potenziell spaltende Interessen, die der eine oder andere seiner untergeordneten Führer, die alle ihren speziellen Fetisch hatten, leidenschaftlich (wenn auch realitätsfern) verfolgen mochten. Da gab es die, die mit einer »nationalen« Spielart des Sozialismus vor allem darauf aus waren, Arbeiter zu gewinnen, andere, die auf »Blut und Boden« setzten, um bei den Bauern

anzukommen; alle jedoch fanden ihre jeweiligen programmatischen Ziele aufgehoben im nebulösen, gleichwohl wirkungsvollen Appell an die nationale Einheit; und wo es Klagen gab über besondere soziale Missstände, konnten sie in antijüdische Rhetorik umgelenkt werden. Auf diese Weise wurde der »Führer« zur Verkörperung der »Idee«. Gleichzeitig diente der um Hitler inszenierte Führerkult als Abwehrmittel gegen die Tendenz aller faschistischen Bewegungen, in Fraktionen zu zerfallen, die sich gegenseitig bekämpften, so wie es in ihren Gründungsjahren nur zu

offensichtlich auch in der NSDAP zugegangen war.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise gelang es der NSDAP immer besser, die wankenden Reste der Weimarer Demokratie weiter zu demontieren. Im Jahr 1932 hielten nur mehr das Fünftel der Wähler, die immer noch für die SPD stimmten, dazu die wenigen verbliebenen Liberalen und einige Anhänger der katholischen Zentrumspartei am demokratischen System fest. Die Demokratie war tot. Darüber freilich, was an deren Stelle treten sollte, gingen die Meinungen weit auseinander. Ungefähr drei

Viertel der Deutschen wollten eine autoritäre Regierungsform, allerdings existierten unterschiedliche Vorstellungen darüber, ob Diktatur des Proletariats, Militärdiktatur oder Hitlerdiktatur. Trotz allen Wirbels und Geschreis, trotz ihrer unablässigen Agitation, im Sommer 1932 hatten die Nationalsozialisten die Grenze ihrer Wahlerfolge erreicht – etwas über ein Drittel der Wählerstimmen. Mehr war in einer freien Wahl nicht drin. Und als Hitler im August 1932 (kurz nachdem die NSDAP mit 37,4 Prozent der Wählerstimmen mühelos zur stärksten Kraft im Reichstag

geworden war) forderte, mit der Regierungsbildung beauftragt und zum Reichskanzler ernannt zu werden, ließ ihn Reichspräsident Hindenburg abblitzen. In der Spielart des Autoritarismus, die Hindenburg präferierte – so etwas wie eine Rückkehr zum System des Kaiserreichs –, war für einen Reichskanzler Hitler kein Platz. Binnen fünf Monaten jedoch hatte Hindenburg seine Meinung geändert – zu einer Zeit, als der Stimmenanteil der NSDAP sank, statt weiter zu steigen.

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler schließlich am 30.

Januar 1933 folgte auf eine Wahlniederlage. Bei den Novemberwahlen 1932 hatte die NSDAP Stimmenverluste hinnehmen müssen, zum ersten Mal seit dem Beginn ihres plötzlichen Aufstiegs im Jahr 1929. Es sah aus, als sei, im Wirbel einer internen Krise der Parteiführung, diese Blase geplatzt. Die Wahl im November 1932 – die zweite Reichstagswahl in diesem Jahr, die Wähler hatten bereits zwei Urnengänge für die Wahl des Reichspräsidenten und eine Reihe von Landtagswahlen hinter sich – war wegen der andauernden, sich vertiefenden Staatskrise notwendig

geworden. Die in deutschen Städten zunehmende Gewalt, die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ließen befürchten, das Land rutsche in einen Bürgerkrieg; in einen solchen Konflikt wollte die Reichswehr partout nicht hineingezogen werden. Die einander ablösenden Regierungen der konservativen Rechten waren zu schwach, um einen Ausweg zu finden. Die Lage war verfahren. Ohne die Unterstützung der Massen konnten die nationalkonservativen Eliten nicht regieren, die Massen aber wurden von den Nationalsozialisten

beherrscht. Und die wiederum waren nur dann bereit, in eine Regierung einzutreten, wenn Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Hinter den Kulissen wurden im Umfeld des Reichspräsidenten Intrigen gesponnen, die der Pattsituation schließlich ein Ende machten. Es gelang, Hindenburg davon zu überzeugen, dass es wirklich nur diesen Ausweg gab, nämlich Hitler zum Kanzler zu machen, ihn zugleich aber durch ein mehrheitlich konservatives Kabinett einzuhegen. Ein verhängnisvoller Handel, der Hitler schließlich die Macht verschaffte, auf die er aus war.

Er wusste sie zu nutzen. Drei Jahre hatte Mussolini gebraucht, um den italienischen Staat vollständig unter seine Kontrolle zu bringen; Hitler schaffte das in sechs Monaten. Danach hatte er seine totale Herrschaft über Deutschland aufgebaut. Sein Hauptmittel war offener Terror gegen Widersacher, begleitet von einem ungeheuren Druck, sich dem neuen Regime zu fügen. Zehntausende Kommunisten und Sozialisten – 25 000 allein in Preußen – wurden in den ersten Wochen von Hitlers Regierung verhaftet, in Gefängnisse und provisorische Lager geworfen und

schwer misshandelt;
Notverordnungen legitimierten
unbegrenzte Polizeigewalt. Das
Ermächtigungsgesetz, am 23. März
1933 in einer bedrohlichen
Atmosphäre vom Reichstag
verabschiedet, entband die Regierung
von jeder parlamentarischen
Kontrolle. Die deutsche Gesellschaft,
in Teilen eingeschüchtert, in Teilen
begeistert, passte sich an. In Scharen
traten die Leute in die NSDAP ein;
rasch nazifizierten sich die
unzähligen sozialen und kulturellen
Organisationen, Clubs und Vereine,
die auf nationaler, regionaler und
lokaler Ebene existierten, selbst.

Über die etwa 30 Prozent der Deutschen, die Anhänger der Linken waren (und über die bereits verfolgte, kleine jüdische Minderheit, die nur 0,76 Prozent der Bevölkerung ausmachte), hinaus gab es viele, die die NSDAP ebenfalls nicht gewählt hatten, allerdings aber auch nicht unempfindlich für die Versprechen waren, die diese im Verlauf der, wie es nun hieß, »nationalen Erhebung« machte. Wem an der Partei partout nichts gefallen wollte, war gut beraten, seine Meinung für sich zu behalten. Einschüchterung war die ständige Begleiterscheinung der erregenden

Atmosphäre nationaler Erneuerung.

Systematisch wurde jede potenziell organisierte Opposition gegen die NS-Herrschaft eliminiert. Gnadenlos wurden die dem System weiterhin trotzen den Kommunisten zermalmt; die SPD – die älteste und größte Arbeiterbewegung in Europa – wurde verboten. Mit ihrem Untergang und der Zwangsliquidierung auch der mächtigen Gewerkschaftsbewegung Anfang Mai war Deutschlands Demokratie – die zwar von bloß 14-jähriger Dauer gewesen war, aber an sehr viel ältere demokratische Ideale angeknüpft hatte – so gut wie

erledigt. Was blieb, waren flackernde Überreste, Gruppen, die unter großer Gefahr als Opposition im Untergrund fortbestanden. Auch die »bürgerlichen« und die katholischen Parteien wurden verboten oder lösten sich selbst auf. Am 14. Juli wurde die NSDAP offiziell zur einzigen gesetzlich erlaubten Partei erklärt.

Zu Beginn seiner Herrschaft musste Hitler nicht nur an seine große Anhängerschaft denken, sondern auch noch an die Säulen des konservativen Establishments, dessen Repräsentant die verehrte Figur des Reichspräsidenten Hindenburg war. Am 21. März 1933, dem »Tag von

Potsdam«, zog Hitler mit einer spektakulären Inszenierung der Einigkeit die Konservativen auf seine Seite. Die nationale Erneuerung, so sein Versprechen, gründe in einer Verbindung zwischen dem alten und dem neuen Deutschland; symbolisch spannte er den preußischen, in die glorreichen Zeiten Friedrichs des Großen zurückreichenden Militarismus in eine Vision künftiger nationaler Größe ein. Viele Zweifler waren beeindruckt. Hitler erschien staatsmännischer als in seiner Agitationszeit. Er war dabei, sein Bild von dem des Parteiführers in das eines nationalen Führers von Format

zu verwandeln.

Zu einer ernsten Krise kam es im Frühjahr 1934. Ernst Röhm, der Führer der SA, versuchte die nationalsozialistische Revolution weiter zu radikalisieren und die Reichswehr dem paramilitärischen Flügel der Partei zu unterstellen. Damit sahen die etablierten Eliten des Staates ihre Stellung mit Grund bedroht, und Hitler sah sich gezwungen zu handeln. Er tat es auf brutale Weise, er autorisierte am 30. Juni ein Massaker, die »Nacht der langen Messer«. Röhm und die meisten Führer der SA wurden erschossen, und es wurden bei dieser

Gelegenheit auch andere ermordet, die Hitler zu irgendeinem Zeitpunkt im Weg gestanden hatten, Gregor Strasser etwa (der wegen seiner Opposition im Herbst 1932 als Verräter galt) oder der frühere Reichskanzler General Kurt von Schleicher (der angeblich weiter gegen das Regime intrigierte). Die Zahl der Ermordeten wird auf insgesamt 150 bis 200 Personen geschätzt.

Ausgerechnet mit einem Massenmord »zur Verteidigung des Staates« konnte Hitler seine Stellung enorm stärken. Einfache Leute sahen jetzt, dieser Mann macht Ernst, er

säubert die Augiasställe einer anmaßenden und korrupten Gruppierung, er beseitigt ein »Geschwür« am politischen Körper. Auch die Reichswehr wurde mit dieser »Säuberungsaktion« befriedigt, denn diese hatte eine ernste Bedrohung ihrer Macht entfernt und ihre Unentbehrlichkeit für den Staat bestätigt. An alle, die möglicherweise daran gedacht hatten, sie könnten seinem Regime den Kampf ansagen, sandte Hitler eine massive Warnung. Er, das hatte er gezeigt, war bereit, auch gegen diejenigen, die über große Macht verfügten, mit äußerster Härte

vorzugehen. Jetzt war Hitlers Stellung unangefochten. Als Hindenburg im August 1934 starb, übernahm Hitler selbst zusätzlich das Amt des Staatsoberhauptes. Und mit diesem Schritt war seine totale Macht über Deutschland endgültig zementiert: Die Staatsmacht und die Macht des »Führers« waren identisch.

Flankiert wurde die Konsolidierung der Diktatur von einer Wiederbelebung der Wirtschaft und raschen Schritten zur Wiederaufrüstung – und das zu genau dem Zeitpunkt, zu dem die westlichen Demokratien, durch die

Weltwirtschaftskrise schwer
gebeutelt, ihre Schwächen und ihre
innere Zerrissenheit offenbarten.
Während die europäischen Länder
versuchten, sich aus der
Wirtschaftskrise herauszukämpfen,
geriet die Demokratie fast überall in
die Defensive, während
Autoritarismus der einen oder
anderen Art an Boden gewann – eine
für den Frieden in Europa zutiefst
beunruhigende Entwicklung.

Wege zum wirtschaftlichen
Wiederaufschwung

1933 hatte die Weltwirtschaftskrise in fast ganz Europa die Talsohle erreicht, hier und da ließen sich erste schwache Zeichen einer Wiederbelebung ausmachen. Für das bloße Auge waren in vielen der am schwersten betroffenen Industriegebiete die Ansätze zur Besserung – wenn es überhaupt welche gab – kaum wahrnehmbar. Frankreich rutschte tiefer in die Depression, gerade als die anderen großen europäischen Volkswirtschaften die Kurve gekriegt hatten. Im Sommer dieses Jahres setzte der neu gewählte amerikanische Präsident Franklin

Delano Roosevelt der
Weltwirtschaftskonferenz ein Ende,
die zum Ziel gehabt hatte, die
Währungen zu stabilisieren und
Zollkriege zu beenden. Die Konferenz
war der einzige Versuch gewesen,
internationale Vereinbarungen über
Maßnahmen für einen
Wiederaufschwung zu erreichen.
Was niemanden überraschte: Für
Roosevelt hatten die amerikanischen
Interessen, die Ankurbelung der US-
Wirtschaft, absoluten Vorrang.
Unverzüglich wertete er den Dollar
gegenüber dem Pfund ab. Damit
wurde das bereits bestehende Muster,
mit der Krise umzugehen,

festgeschrieben. Alle Länder mussten nun einen eigenen Ausweg aus der Krise finden, und sie taten das auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Tempo. Das Versagen, sich nicht auf ein internationales Handelssystem zu verständigen, verlängerte diesen Prozess. Die Demokratien stolperten einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung entgegen. Die Wirtschaft, räumte John Maynard Keynes ein, befinde sich »in einem schrecklichen Durcheinander«, das auch Fachleute kaum durchschauten. Kein Wunder, wenn auch die Regierungsspitzen selten eine klare

Vorstellung davon hatten, wohin die Reise ging.

1933 begann sich die britische Wirtschaft – nach der amerikanischen die zweitgrößte weltweit – aus der Krise herauszuarbeiten. Ein Jahr später war Großbritannien das erste Land, in dem die industrielle Produktion das Niveau von 1929 übertraf – was zu großen Teilen allerdings ein Reflex des langsamen Wachstums in den 1920er Jahren war. Eine sinkende Arbeitslosenquote war ein weiteres Anzeichen dafür, dass das Schlimmste überstanden war. 1933 fiel die Arbeitslosigkeit von drei auf

2,5 Millionen; die Arbeitslosenquote aber blieb hartnäckig auf hohem Niveau und sank nur langsam von 17,6 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung auf zwölf bis 13 Prozent im Jahr 1935. Doch sie lag in den krisengeschütteltsten Regionen noch immer bei über 50 Prozent. Den »Hungermärschen« Tausender Arbeitsloser aus Schottland, Wales und Nordengland 1932, die von der kommunistischen Partei unterstützt wurden, trat das von Ramsay MacDonald geführte National Government, die 1931 zur Bewältigung der Krise gebildete Mehrparteienregierung, aggressiv

entgegen. Es kam zu Unruhen und gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei. Eine Petition zur Abschaffung des »Means Test«, die breite Unterstützung gefunden hatte, wurde von der Polizei kassiert: Sie sollte das Parlament nicht erreichen. 1936 marschierten 200 verarmte, beschäftigungslose Arbeiter aus der ruinierten Werftstadt Jarrow in Nordostengland ins knapp 500 Kilometer entfernte London. Der Marsch stieß auf größere Sympathie in der Öffentlichkeit, die Regierung weigerte sich gleichwohl, die von 11 000 Einwohnern von Jarrow unterzeichnete Petition

entgegenzunehmen, mit der sie aufgefordert wurde, der tief ins Elend geratenen Stadt zu Hilfe zu kommen.

Die Regierung beharrte auf der finanzpolitischen Orthodoxie, und die verlangte einen ausgeglichenen Haushalt. Noch steckten Theorien über unorthodoxe Maßnahmen gegen die Rezession, die Defizitfinanzierung etwa, in ihren Kinderschuhen. Keynes, der, peinlich genug, kurz nach dem Crash an der Wall Street vorausgesagt hatte, das werde für London keine ernsthaften Konsequenzen haben, die Aussichten seien vielmehr entschieden positiv, hatte seine Theorie antizyklischer

Wirtschaftspolitik noch nicht abgeschlossen. Als die Krise einsetzte, war es Oswald Mosley, der das ambitionierteste Modell einer geplanten Wirtschaft vorlegte; er wollte Wachstum durch Kreditaufnahme finanzieren. Seinen unbestreitbaren Fähigkeiten entsprachen seine Ambitionen, seine Ungeduld und politische Heimatlosigkeit. Seiner aristokratischen Herkunft gemäß war er ursprünglich ein Konservativer gewesen. Aus Enttäuschung verließ er Anfang der 1920er Jahre die konservative Partei, gehörte den Houses of Parliament weiterhin als

Unabhängiger an, trat schließlich in die Labour Party ein; in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen vertrat er eine eindeutig linke Position. Als seine Vorstellung, die Wirtschaft durch Defizitfinanzierung anzukurbeln, auch in der Labour Party kurzerhand abgelehnt wurde, organisierte er eine Sezession und gründete die New Party. Als diese dann bei den Wahlen von 1931 keinen nennenswerten Erfolg hatte, wechselte er zur äußersten Rechten, gab seiner Bewunderung für Mussolini offenen Ausdruck, gründete 1932 die British Union of Fascists – und geriet so politisch bald

in Vergessenheit.

Zum National Government, der Mehrparteienregierung, die während der Finanzkrise im Sommer 1931 gebildet worden war, gehörten in einem kleinen, zehnköpfigen Kabinett Minister aus den drei großen Parteien, von Labour, den Konservativen und den Liberalen. Bald waren es der frühere konservative Premierminister Stanley Baldwin und Neville Chamberlain, die den Ton angaben; Letzterer war der Sohn des früheren prominenten liberalen Politikers Joseph Chamberlain, zugleich der Halbbruder von Austen, dem

britischen Außenminister, der 1925 am Zustandekommen des Vertrags von Locarno mitgewirkt hatte. Ramsay MacDonald, Premier der von 1929 bis 1931 amtierenden Labour-Regierung, behielt sein Amt, auch Philip Snowden blieb zunächst Schatzkanzler. Dass MacDonald und Snowden in die Nationale Regierung eingetreten waren, führte zur Spaltung der Labour Party; beide wurden unter erbitterten Auseinandersetzungen und Verratsvorwürfen ausgeschlossen und zur Gründung einer neuen Partei getrieben, die sie »National Labour« nannten.

Snowdens Nothaushalt, bestimmt von den Imperativen gesunder Staatsfinanzen, erregte erwartungsgemäß den Zorn seiner alten Partei. Doch auf eine riesige Mehrheit im Unterhaus gestützt konnte das die Nationale Regierung Ausgabenkürzungen, die Erhöhung der Einkommenssteuer sowie Kürzungen von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst und der Arbeitslosenunterstützung durchdrücken. Als dieses Programm zum ersten Mal vorgeschlagen worden war, hatte das umgehend zum Sturz der Labour-Regierung geführt, denn viele Kürzungen

belasteten die untersten Einkommensschichten unverhältnismäßig stark. Das Hauptmotiv für die Maßnahmen war, das Vertrauen in das schwächelnde Pfund wiederherzustellen. Im Ergebnis allerdings führten sie zu einem Nachfragerückgang und zu Deflation. Was Großbritannien allmählich aus der Krise herausholte, war vor allem das billige Geld, ein Resultat der gesunkenen Kosten kurzfristiger Kredite. Das nämlich schuf Anreize für eine gewaltige Steigerung der Bautätigkeit, und die wiederum kurbelte die Nachfrage nach Baumaterial,

Haushaltseinrichtungen,
Elektrogeräten und ähnlichen
Produkten an. Selbst 1930, im
schlimmsten Jahr der Krise, wurden
200 000 neue Häuser gebaut.
Zwischen 1934 und 1938 lag der
Durchschnitt bei 360 000 Häusern,
die jährlich neu errichtet wurden.

In den Jahren 1934 bis 1939 legte
die Regierung ein
Förderungsprogramm für den Abriss
einer Viertelmillion unbewohnbar
gewordener Häuser in den
Elendsvierteln und für sozialen
Wohnungsbau auf. In Schottland
waren es vor allem die Gemeinden,
die Abriss und Neubau von

Wohnungen durchführten. Dort wurden zwischen den Kriegen über 300 000 Arbeiterwohnungen gebaut; gleichwohl galten 1939 noch immer 66 000 Häuser als unbewohnbar, 200 000 weitere Häuser wurden benötigt, um die herrschende Überbelegung zu lindern. Fortschrittliche Stadtverwaltungen legten auch in England und Wales große Wohnungsbau-Förderprogramme auf. Weit mehr Wohnungen – rund zwei von insgesamt 2,7 Millionen – entstanden in den 1930er Jahren jedoch ohne staatliche Zuschüsse, drei Viertel davon finanziert durch

Bausparkassen, die günstige Hypotheken anboten und deren Kapital seit dem Krieg beträchtlich gewachsen war. Vor allem in den südenglischen Vorortgebieten florierte der private Wohnungsbau. Baugrund stand reichlich zur Verfügung, die Baukosten waren niedrig, die Häuser damit erschwinglich und die Hypothekendarlehen für Käufer bezahlbar. In Schwung kam die Wirtschaft auch durch die steigende Inlandsnachfrage nach Produkten der neuen elektrochemischen und der Automobilindustrie sowie durch deren Exporte. Der Regierung

verschaffte die zunehmende Motorisierung durch die Kraftfahrzeugsteuer willkommene Zusatzeinnahmen; das Steueraufkommen aus dieser Quelle betrug 1939 das Fünffache dessen von 1921.

Wie Großbritannien versuchte auch Frankreich, seine notleidende Wirtschaft durch herkömmliche Sparprogramme zu sanieren: durch empfindliche Kürzungen der Staatsausgaben. Das traf vor allem den Bau von Schulen, Arbeiterwohnungen und andere Bauvorhaben. Die aufgeblähte Bürokratie wurde zu einem einfachen

und populären Angriffsziel. Doch als die Kürzungen, die per Regierungserlass unter Umgehung des Parlaments verfügt wurden, Gehälter, Renten und Vergünstigungen für alle Staatsbediensteten trafen, was zu steigender Arbeitslosigkeit führte und allmählich auch Kriegsveteranen und weitere Teile der Öffentlichkeit in Mitleidenschaft zog, da wuchs der Unmut schnell, und es kam vermehrt zu politischen Unruhen. Der Ausweg einer Währungsabwertung, den andere Länder gewählt hatten, um den Export zu beleben, blieb aus politischen Gründen ausgeschlossen.

Als Belgien, das wie Frankreich in der geschrumpften Gruppe von Ländern verblieben war, die am Goldstandard festhielten, diese Bindung im März 1935 schließlich doch aufgab und seine Währung um 28 Prozent abwertete, erholten sich Produktion und Exporte schnell; auch die Arbeitslosigkeit ging stark zurück. Frankreich dagegen wollte den Franc noch immer nicht abwerten; erst im September 1936 wurde dieser Schritt unumgänglich. Die linke Volksfrontregierung hatte zwar versprochen, den Franc zu verteidigen, doch sie musste abwerten, denn sie sah sich zu hohen

Rüstungsausgaben gezwungen. Ein zweiter Abwertungsschritt erfolgte im Juni 1937, ein dritter 1938. Damit hatte der Franc in weniger als drei Jahren ein Drittel seines Werts verloren. Nun erst setzte ein nennenswertes Wirtschaftswachstum ein.

Praktisch ganz Europa dachte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise nicht über die finanzpolitische Orthodoxie des klassischen Liberalismus hinaus; alle Länder setzten auf die Selbstanpassung der Märkte; sie sollten neues Wachstum generieren. Die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und

Norwegen allerdings gingen einen anderen Weg. Auch sie waren von der Krise schwer betroffen, litten unter hoher Arbeitslosigkeit – über 30 Prozent in Dänemark und Norwegen, mehr als 20 Prozent in Schweden. Besonders Dänemark hatte unter den sinkenden Agrarpreisen und dem Exportrückgang zu leiden. Seine Regierungen waren seit Kriegsende nicht sonderlich stabil gewesen; auch hier drohten Zersplitterung und das Erstarken der politischen Extreme. Stattdessen kam es 1933 in Dänemark, bald darauf auch in Schweden und Norwegen zu einer politischen Annäherung

zwischen den Parteien; eine gemeinsame Plattform ermöglichte einen weitgehenden Konsens über einen wirtschaftspolitischen Kurs, der die beginnende Erholung sehr verstärken sollte.

Den Weg wies Dänemark im Januar 1933. Die Notwendigkeit, die dänische Krone abzuwerten, führte zu einer Abmachung zwischen den Parteien: Die Sozialdemokraten unterstützten protektionistische Maßnahmen zugunsten der Bauern. Im Gegenzug wirkte die Bauernpartei an Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sozialpolitik mit. Zu ähnlichen Vereinbarungen

kam es in Schweden und Norwegen. In Schweden vor allem ermöglichte der neue pragmatische Konsens den Übergang zu einer antizyklischen Wirtschaftspolitik: Die Arbeitslosigkeit sollte durch staatliche Ausgaben für öffentliche Arbeiten bekämpft werden. Welche Bedeutung derartige Maßnahmen für die Gesundung der Wirtschaft tatsächlich hatten, lässt sich nicht sicher ausmachen. Zu Beginn des Wiederaufschwungs war das Deficit-Spending niedrig; zudem hatte die Erholung begonnen, bevor diese Programme schrittweise anliefen, verstärkt durch Abwertung und

steigende Exporte. Die Vereinbarungen, die als Ausweg aus der Krise erreicht wurden, hatten jedoch bleibende Bedeutung über den Augenblick hinaus, insofern sie Grundlagen für eine Sozialpolitik schufen, die auf politischer Stabilität und öffentlicher Akzeptanz beruhte. Die Ähnlichkeit der politischen Strategien, die in den skandinavischen Ländern eingesetzt wurden, ließen eine neue Ebene der gesellschaftlichen Zusammenarbeit erkennen, und das hatte seinen Grund nicht nur in der Notwendigkeit, innenpolitische Spannungen aufzulösen, sondern auch in den

wachsenden Befürchtungen über die internationale Lage, vor allem über die Entwicklungen in Deutschland.

Diktaturen hatten ihre eigenen Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung. Die Existenz eines faschistischen Regimes in Italien an sich war kein Bollwerk gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Schon bevor die Auswirkungen des Crashes an der Wall Street spürbar wurden, hatte die 1927 eingeführte Deflationspolitik die italienische Wirtschaft geschwächt. Den deflationären Maßnahmen ging die Aufwertung der Währung voraus, die auf einen

überhöhten Wechselkurs von 90 Lire zu einem Pfund festgesetzt wurde: Mussolini nämlich empfand die seiner Meinung unterbewertete Lira (150 zu einem Pfund) als Beleidigung für Italiens nationales Prestige. Die Aufwertung sollte Stärke und politische Willenskraft beweisen. Für die Wirtschaft aber hatte sie schädliche Folgen, denn zwischen 1929 und 1932 sank die Industrieproduktion um fast 20 Prozent, gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit um das Dreifache. Auch die Löhne und Gehälter sanken, wobei dieser Rückgang zwischen 1932 und 1934 durch stark fallende

Preise und die Einführung von Familienbeihilfen mehr als ausgeglichen wurde. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde 1934 auf 40 Stunden gesenkt, vor allem um die Arbeitslosigkeit zu vermindern; eine Anpassung der Stundenlöhne zum Ausgleich des damit gesunkenen Einkommens fand allerdings nicht statt. Von 1935 an sanken die Reallöhne erneut und hatten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs ihren Stand von 1923 noch nicht wieder erreicht.

Mussolinis Regierung reagierte auf die Rezession mit zunehmender staatlicher Intervention ins

Wirtschaftsgeschehen, zum Beispiel durch massiv erhöhte Ausgaben für öffentliche Arbeiten. An sich war die staatliche Finanzierung von Projekten zur Neulandgewinnung in Italien nichts Neues, ihr Umfang aber war in der Vergangenheit geringer gewesen. So beliefen sich die Kosten zwischen 1870 und 1920 auf 307 Millionen Goldlire (zu Preisen von 1927); zwischen 1921 und 1936 aber schossen sie in die Höhe: auf 8697 Millionen Goldlire. Damit ließen sich zwar Arbeitslosenzahlen senken, aber weder die Kosten niedrig halten, noch förderte das Produktivität oder technischen

Fortschritt. Auch der angestrebten Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wurde eine hohe Priorität eingeräumt. Die von hohen Schutzzöllen für Agrarprodukte begleitete »Getreideschlacht« steigerte die Weizenproduktion, verbesserte die Ernteerträge und drückte die Weizeneinfuhr bis 1937 auf ein Viertel der Menge, die Ende der 1920er Jahre importiert worden war. Eine Folge waren freilich steigende Lebensmittelpreise und ein Rückgang des Durchschnittsverbrauchs der meisten Grundnahrungsmittel.

Während

der

Weltwirtschaftskrise unternahm das faschistische Regime, allerdings verspätet, Schritte, um den geplanten korporativen Staatsaufbau praktisch voranzutreiben, was 1934 in der Gründung von 22 Korporationen kulminierte, die jeweils einen besonderen Produktionssektor repräsentierten und zusammen zu einer ganzheitlichen Planwirtschaft führen sollten. Ziele und Wirklichkeit freilich blieben zweierlei. Der korporative Staat erwies sich als ein schwerfälliges, überbürokratisiertes Gebilde, das unternehmerische Initiativen eher erstickte denn förderte. Die eigentliche

wirtschaftliche Macht blieb, hinter dieser Fassade verborgen, in der Hand der Großindustrie. Bereits 1926 hatten die Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit verloren, darum gerieten die Arbeitsbeziehungen unter die Kontrolle der Industriellen, die in der Confindustria (-Confederazione Generale dell'Industria Italiana) organisiert waren. Kartelle in den wichtigsten Branchen sorgten dafür, dass die Interessen der Unternehmen gewahrt blieben. Die Großindustrie war auch der Nutznießer der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Weltwirtschaftskrise. Nach

außen indes sah es so aus, als bringe das Regime die Wirtschaft rigoros unter staatliche Kontrolle. 1931 gründete das Regime eine staatliche Körperschaft zum Aufkauf der Anteile von angeschlagenen Banken, was zu einer verstärkten Kontrolle des Bankensektors und 1936 zur Verstaatlichung der Bank von Italien führte. Eine weitere staatliche Körperschaft (das Istituto per la ricostruzione industriale) wurde 1933 gegründet, um erfolglose Industrien zu stimulieren. Schritt für Schritt erweiterte der Staat seine direkten Beteiligungen an wichtigen Wirtschaftszweigen wie Schiffbau,

Maschinenbau und
Rüstungsproduktion.

Die Ende der 1930er Jahre verstärkten Schritte hin zu wirtschaftlicher Autarkie hatten mehr Staatsinterventionen zur Folge und entfernten Italien immer weiter vom Ideal einer liberalen Wirtschaftspolitik. Staatliche Regelungen setzten der Handlungsfreiheit von Unternehmensleitungen Grenzen und unterwarfen sie stärkeren bürokratischen Kontrollen. Doch erfüllten sich die anfänglichen Befürchtungen der Industriellen, ihre Macht an den Staat zu verlieren, nur

teilweise. Auch wenn es zwischen dem faschistischen Staat und den großen Unternehmen zu Reibungen kam, gab es genug gemeinsame Interessen – ganz zu schweigen von den sprunghaft steigenden Gewinnen, die die Industrie aus der Rüstungsproduktion zog –, um ihre enge Zusammenarbeit bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein sicherzustellen.

Im Jahrzehnt nach Beginn der Weltwirtschaftskrise stagnierte die italienische Wirtschaft weitgehend, das Wirtschaftswachstum lag weit niedriger als zwischen 1901 und 1925, das Wirtschaftsleben wurde

durch staatliche Restriktionen gelähmt, durch die Sorgen der Menschen um den Verlust ihrer Arbeitsplätze und durch mögliche Repressalien für jegliches politisch nicht konformes Verhalten. Der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung sank und hatte sich zu Kriegsbeginn nur leicht verbessert. Dasselbe galt für die Industrieproduktion. Insofern erwies sich der von Italien gesteuerte Weg aus der Krise, trotz der harten Hand des repressiven Staates, als mühseliger und weniger effektiv als der Weg der europäischen Demokratien. Er war zudem weitaus

gefährlicher, zusätzlich belastet von Mussolinis Streben nach imperialem Ruhm, das im Oktober 1935 zum Überfall auf Äthiopien führte. Die eigentlichen Motive der kolonialen Eroberungspolitik waren ideologischer Natur; doch prominente Faschisten waren wohl der Meinung, koloniale Expansion nach Afrika könne dem Regime in Zeiten großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten neuen Schwung verleihen. Die Faschisten betrachteten den wirtschaftlichen Wiederaufschwung als Teil eines umfassenderen Programms.

Das war in Deutschland noch

offensichtlicher der Fall. Hier gelang eine bemerkenswert schnelle wirtschaftliche Erholung in eben dem Land, in dem die Rezession am schlimmsten gewesen war. Der rasante Wiederaufschwung erstaunte und beeindruckte die Zeitgenossen, innerhalb wie außerhalb Deutschlands, und trug dazu bei, dass sich der Rückhalt für Hitlers Diktatur konsolidierte; es ging die Rede von einem NS-»Wirtschaftswunder«. Dabei hatten die Nationalsozialisten die Macht ohne ein klar formuliertes Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung erobert. In seiner ersten Rede als Reichskanzler, am 1.

Februar 1933, versprach Hitler zwei große »Vierjahrespläne«; sie sollten die deutschen Bauern retten und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Wie dies gelingen sollte, sagte er nicht, wusste es auch nicht. Wirtschaft war für ihn keine Angelegenheit technischer Finessen, sondern – wie alles andere auch – eine Sache des Willens. In seinem krud deterministischen Denken war politische Macht das Entscheidende, nicht wirtschaftliche Fragen.

In den ersten Monaten ihrer Herrschaft taten Hitler und sein Regime genau das, was er den Eliten der Großindustrie vor der

Machtergreifung versprochen hatte: Sie ordneten die politischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft neu. Die Ausschaltung der linken Parteien und Gewerkschaften war ganz im Sinne der Industriellen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde umgekrempelt, so dass die Arbeitgeber an den Arbeitsplätzen frei schalten konnten; gestützt wurde diese neue Unternehmerfreiheit durch staatliche Repression. Die Löhne konnten niedrig gehalten, Profite maximiert werden. Im Gegenzug freilich wurden die Industriellen nicht im Zweifel

darüber gelassen, dass in Zukunft nicht die freie Marktwirtschaft die Unternehmertätigkeit bestimmen würde, sondern die Interessen des Staates. Hitler war zufrieden, wenn Finanzexperten in der staatlichen Bürokratie und Wirtschaftsführer Pläne ausarbeiteten, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Ihm lag vor allem daran, ein *Bild* von Dynamik und Wiederbelebung zu erzeugen. Indem er den Menschen das Vertrauen einflößte, dass der Wiederaufschwung begonnen habe, leistete er seinen ganz persönlichen Beitrag dazu, dass dieser tatsächlich

stattfand.

Die Machtergreifung fiel mit der Talsohle der Krise zusammen, in diesem Punkt hatten die Nationalsozialisten Glück: Zu einer gewissen zyklischen Wiederbelebung der Wirtschaft wäre es unter jeder Regierung gekommen. Tempo und Größenordnung des deutschen Aufschwungs jedoch – er verlief schneller als in der Weltwirtschaft allgemein – übertrafen den normalen Prozess einer Erholung von einer Rezession. Die anfängliche Wiederbelebung profitierte von den Ideen, die bereits entwickelt und hier und da auch umgesetzt worden

waren, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen; nun wurden sie aufgegriffen und stark erweitert. Die ersten

Arbeitsbeschaffungsprogramme waren 1932 eingeführt worden. Doch sie waren bedeutungslos und nicht dazu geeignet, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen. Gerade 167 Millionen Reichsmark hatte die Regierung Papen 1932 zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufgewandt; die Nationalsozialisten stellten dagegen bis 1935 fünf Milliarden Reichsmark bereit. Dieser Betrag allein entsprach nur einem Prozent des Bruttosozialprodukts,

nicht annähernd genug, um die Wirtschaft wirklich in Schwung zu bringen. Doch die Propagandawirkung war weit größer, als der begrenzte Betrag implizierte. Denn Deutschland, so wirkte es nun, funktionierte wieder.

Es tat sich was: Straßenbau, Anlegen von Gräben, Landgewinnung und dergleichen, das konnte jeder sehen, gleich welchen tatsächlichen wirtschaftlichen Wert diese

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hatten. Kolonnen Freiwilliger, die Arbeitsdienst leisteten (der 1935 zur Pflicht wurde), trugen zu dem

Eindruck bei, dass es mit Deutschland wieder aufwärts ging. Die Löhne waren erbärmlich, doch wer keine Lust auf Knochenarbeit gegen minimale Bezahlung hatte, landete in einem Konzentrationslager und wurde gnadenlos dazu gebracht, über sein Verhältnis zur Arbeit nachzudenken. Alle, die im Rahmen dieser Notstandsmaßnahmen arbeiteten, wurden aus der - Arbeitslosenstatistik gestrichen. So sank die Quote rasch – und sie sank tatsächlich, wenn auch nicht in dem Maß, das die Statistik suggerierte –, und das flößte wieder Vertrauen in dieses Land ein, das seine Wirtschaft

durch Energie und Dynamik wiederbelebte.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, beträchtliche Ausgaben für Bauprojekte, Steuerbegünstigungen für die Autoindustrie, weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Agrarpreise und zugunsten der Bauern (deren Einkünfte in den folgenden fünf Jahren dreimal schneller als die Wochenlöhne stiegen) – alles in allem gelang dem NS-Regime ein großer Schritt zur Stimulierung der Wirtschaft. Und dies lange bevor die hohen Ausgaben für die Wiederaufrüstung von Mitte der 1930er Jahre an den Aufschwung

auf ein neues Niveau hoben, was zur vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einem Arbeitskräftemangel führte. Hitlers Instinkt für wirkungsvolle Propaganda gab der Automobilindustrie Auftrieb. Er stellte ihr gleich zu Beginn seiner Regierung Steuererleichterungen in Aussicht, dazu ein umfangreiches Straßenbauprogramm und die Produktion eines billigen »Volkswagens«. (Kaufen allerdings konnte ihn die Zivilbevölkerung erst nach dem Krieg.) Bereits 1934 lag die Autoproduktion um 50 Prozent höher als 1929, im Spitzenjahr vor der

Krise. Der Straßenbau – dazu gehörte auch der Beginn des Autobahnbaus, ein großer Propagandaerfolg – wurde spektakulär erweitert. Die Aufwendungen betrugen 1934 das Doppelte dessen, was zu irgendeinem Zeitpunkt in den 1920er Jahren in den Straßenbau investiert worden war. Staatliche Investitionen in die Bauwirtschaft belebten auch den privaten Wohnungsbau und sorgten für steigende Umsätze bei den unzähligen kleinen Betrieben, die für Baufirmen und für Konsumenten, die ihre Häuser und Wohnungen einrichten wollten, Waren produzierten und Dienstleistungen

erbrachten.

Die politischen Maßnahmen zur Belebung der Binnenwirtschaft hatten für den Außenhandel deutliche Folgen. Denn allein mit den Ressourcen der deutschen Wirtschaft ließ sich die Nachfrage nicht befriedigen. Da eine Abwertung der Reichsmark schon aus Prestige Gründen nicht infrage kam, aber auch wegen der bitteren Erinnerungen an die Hyperinflation von 1923, als das Geld überhaupt nichts mehr wert war, blieben Einfuhren teuer, und Deutschland entwickelte eine negative Handelsbilanz. Infolgedessen suchte

man nicht nach Wiedereingliederung in den Welthandel, sondern schlug den entgegengesetzten Weg ein, schloss bilaterale Handelsverträge und strebte verstärkt nach wirtschaftlicher Autarkie. Unter Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und seit 1934 auch Wirtschaftsminister, wurden Maßnahmen, die nach dem Bankencrash von 1931 ergriffen worden waren, um Devisen zu kontrollieren und die Schuldentrückzahlung zu regulieren, beträchtlich erweitert. Ab 1934 konzentrierte man sich, weil der Devisenmangel bedenklich wurde

und die Währungsreserven dramatisch schrumpften, auf bilaterale Handelsabkommen, besonders mit südosteuropäischen Ländern, die Rohstoffe auf Kredit im Austausch gegen deutsche Endprodukte (die regelmäßig verspätet ankamen) lieferten. Diese Strategie ergab sich pragmatisch aus der Schwäche der deutschen Wirtschaft und entsprang nicht Kalkülen zur Erlangung einer deutschen Vorherrschaft in Mittel- und Südosteuropa. Jedenfalls trug der Handel mit Deutschland zur wirtschaftlichen Erholung in diesen Teilen des Kontinents bei. Mit der

Zeit freilich, dem Erstarken der deutschen Wirtschaft folgend, wurden diese Regionen wirtschaftlich immer abhängiger und gerieten zunehmend in Deutschlands Einflussphäre.

Die wirtschaftliche Erholung war in Deutschland kein Selbstzweck, vielmehr einem politischen Programm untergeordnet, das auf eine schnelle Wiederbewaffnung, letztlich auf Expansion mit militärischen Mitteln zielte. 1936 waren die Staatsausgaben fast doppelt so hoch wie in den Jahren vor der NS-Herrschaft und sollten sich in den zwei folgenden Jahren

erneut verdoppeln. Der größte Teil der öffentlichen Ausgaben – 1936 über ein Drittel, 1938 fast die Hälfte – floss nun in die Wiederaufrüstung; sie war zum Motor der Wirtschaft geworden. Zunächst hatte sich die Reichswehr gar nicht in der Lage gesehen, das Geld vollständig auszugeben, das Hitler zur Verfügung stellen wollte. Doch der Vorrang der Wiederbewaffnung war von Anfang an offenkundig. Ab 1934, gestützt auf die gewaltigen verdeckten Finanzmittel, die Schacht durch »kreative Buchhaltung« außerhalb des Staatshaushalts zur Verfügung

stellte, kam der Aufbau einer starken Militärmacht schnell in Fahrt. Die Ausgaben für Investitionsgüter und Rohstoffe, die von der expandierenden Rüstungsindustrie begierig aufgesogen wurden, übertrafen das Wachstum der Verbrauchsgüterindustrie beträchtlich.

1935 jedoch zeichnete sich ein bedrohliches Problem ab. Das Reich musste einerseits für genügend Lebensmitteleinfuhren sorgen, wollte andererseits den rasant wachsenden Anforderungen der Wiederbewaffnung gerecht werden, beides zugleich aber war in einer

Situation des Devisenmangels und schmelzender Währungsreserven unmöglich. Eine schlechte Ernte im Jahr 1934 und dazu die Ineffizienz des überbürokratisierten Reichsnährstands (die 1933 gegründete korporative Organisation der Agrarwirtschaft, die die landwirtschaftliche Produktion voranbringen und das Ansehen der Bauern heben sollte) führten im Herbst 1935 zu einer ernsten Lebensmittelknappheit. Über die wachsende Unruhe war das Regime so besorgt, dass sich Hitler gezwungen sah, einzugreifen und sicherzustellen, dass die Devisen für

Nahrungsmiteleinführen verwendet wurden und nicht für die Rohstoffe, nach denen die Rüstungsindustrie dringend verlangte.

Im Frühjahr 1936 war das Regime ökonomisch in eine Sackgasse geraten, eine unausweichliche Konsequenz des Weges aus der Rezession, den das NS-Regime eingeschlagen hatte. Zwei Möglichkeiten boten sich an, um aus dieser Sackgasse herauszukommen: Entweder man drosselte die Aufrüstung und versuchte doch, in die Weltwirtschaft zurückzukehren, oder man trieb die Wiederbewaffnung weiter mit

Hochdruck voran, was eine Entwicklung in Richtung Autarkie bedeutete, die ohne territoriale Expansion nur teilweise zu erreichen war. Territoriale Expansion aber würde früher oder später zum Krieg führen. 1936 musste sich Hitler entscheiden. Es war klar, welchen dieser beiden Wege er wählen würde. Was seit Beginn des NS-Regimes unausgesprochen feststand, wurde nun durch Kurswechsel bestätigt: Die Ideologie hatte Vorrang vor der Wirtschaft. Ab 1936 tickte die Uhr für einen neuen europäischen Krieg.

Rechtsruck in Europa

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise vollzog sich auf dem Kontinent ein scharfer politischer Rechtsruck. Das Erstaunliche daran: Der Kapitalismus machte eine Krise durch, die viele Zeitgenossen für seine letzte hielten, es herrschten Massenarbeitslosigkeit und weit verbreitet soziales Elend, und dennoch verlor die Linke praktisch überall an Boden. Selbst in Spanien, wo im April 1931, mit den Sozialisten als treibender Kraft, die Zweite Republik gegründet worden war, geriet der Sozialismus ab 1933

zunehmend in die Defensive; auch die von den Sozialisten geführte Volksfrontregierung in Frankreich, 1936 an die Macht gekommen, konnte sich nur für kurze Zeit halten. Der Erfolg der Sozialdemokratie in Skandinavien war eine Ausnahme. Überall sonst war die Rechte auf dem Vormarsch – oft ganz buchstäblich. Warum? Was entschied darüber, ob eine Demokratie überlebte oder zusammenbrach? Wie weit reichte die Anziehungskraft des Faschismus? Warum wandte sich Europa überwiegend der politischen Rechten zu, nicht der Linken? Inwieweit war die Wirtschaftskrise verantwortlich

für diese verhängnisvolle Entwicklung? Bisweilen stärkte der Rechtsruck das konservative Lager, ob in relativ gutartiger Form in den westeuropäischen Demokratien oder in Form der reaktionär-autoritären Regimes in Ost- und Südosteuropa, in denen antidemokratische Eliten den Ton angaben. Doch schuf die Wirtschaftskrise auch Bedingungen, unter denen populistische Bewegungen der radikalen Rechten Unterstützung gewinnen, in einigen Fällen ohnehin schwache politische Systeme auch weiter destabilisieren konnten.

Die Anziehungskraft des Faschismus

Einige Bewegungen der extremen, radikalen Rechten übernahmen ausdrücklich Methoden, Symbole und Sprache der Anhänger von Mussolini und Hitler, nannten sich stolz »Faschisten« oder »Nationalsozialisten«. Andere wiederum lehnten die Bezeichnungen für die eigene Bewegung ab, auch wenn sie sich ansonsten einige oder sogar die meisten Ideen von offen faschistischen Bewegungen zu eigen machten. Im Grunde ist es eine Definitionsfrage – und »Faschismus« zu definieren hat etwas vom Versuch,

einen Pudding an die Wand zu nageln. Jede der unzähligen Bewegungen der äußersten Rechten hatte eigene Merkmale und Schwerpunkte. Weil alle den Anspruch erhoben, die eigene Nation auf »wirkliche«, »reale« oder »essenzielle« Weise zu repräsentieren, ihren hypernationalistischen Appell zudem auf die behauptete Einzigartigkeit dieser Nation gründeten, konnte keine wirklich internationale Organisation entstehen, die die radikale Rechte so repräsentiert hätte wie die Kommunistische Internationale (Komintern) die

radikale Linke. Zwar trafen sich im Dezember 1934 Vertreter der extremen Rechten aus 13 Ländern (Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Rumänien, Spanien und der Schweiz) am Genfer See, um einen Rahmen für ihre Zusammenarbeit zu schaffen; NS-Deutschland allerdings, das wichtigste Land, boykottierte die Konferenz, die sich zudem als unfähig erwies, Einigkeit auch nur über die Grundlagen einer gemeinsamen Doktrin herzustellen.

Einiges hatten die Ideologien der

extremen Rechten aber doch
gemeinsam, gleichgültig ob sich eine
Bewegung »faschistisch« nannte oder
nicht: die hypernationalistische
Betonung der Einheit eines Volkes,
das seine Identität durch die
»Säuberung« von denjenigen
gewann, die als nicht zugehörig
betrachtet wurden – Ausländer,
ethnische Minderheiten,
»Unerwünschte«; rassistische
Exklusivität (wenn auch nicht
unbedingt in Form eines biologischen
Rassismus wie bei den
Nationalsozialisten), die durch das
Beharren auf den »besonderen«,
»einzigartigen« und »überlegenen«

Eigenschaften des Volkes zum Ausdruck gebracht wurde; den extremen, so radikalen wie gewaltsamen Einsatz für die vollständige Vernichtung politischer Gegner – besonders der Marxisten, aber auch von Liberalen, Demokraten und »Reaktionären«; die Betonung von Disziplin, »Männlichkeit« und Militarismus (der gewöhnlich auch in paramilitärischen Organisationen Niederschlag fand); schließlich den Glauben an autoritäre Führung.

Für die Ideologie einer spezifischen Bewegung konnten weitere Merkmale manchmal von zentraler Bedeutung sein, sie waren

aber nicht in jeder Bewegung zu finden. Manche richteten ihren Nationalismus auf irredentistische oder imperialistische Ziele, mit verheerenden Folgen, nicht alle dieser Bewegungen waren jedoch grundsätzlich expansionistisch. Einige waren ausgeprägt antikapitalistisch orientiert, machten sich häufig stark für eine »korporatistische« Neuorganisation der Wirtschaft, wollten unabhängige Gewerkschaften abschaffen und die Wirtschaft lenken durch staatlich kontrollierte, korporative Interessenvertretungen.

Dieses Ideengemisch mit

variierenden Schwerpunkten war in der Regel darauf abgestimmt, einem autoritären, im Grunde reaktionären und nichtrevolutionären Regime breite Zustimmung der Massen zu sichern. Einige der radikal rechten Bewegungen gingen weiter, und zwar diejenigen, die erklärtermaßen faschistisch waren. Sie wollten nicht nur das bestehende Staatswesen stürzen oder demontieren und es durch ein nationalistisches, autoritäres Regime ersetzen. Sie forderten totale Hingabe an den kollektiven Willen eines vereinten Volkes und beanspruchten tatsächlich Leib und Seele der Menschen. Ihr Ziel

war es, den »neuen Menschen« zu schaffen, eine neue Gesellschaft, ein nationales Utopia. Letzten Endes und mehr als alles andere war es dieser totale Anspruch, der die revolutionäre Qualität des Faschismus ausmachte und ihn von verwandten rechten Strömungen absetzte, die zwar autoritär und nationalistisch waren, die bestehende gesellschaftliche Ordnung im Großen und Ganzen jedoch erhalten wollten. Der Faschismus wollte eine Revolution, aber nicht wie die Marxisten den Umsturz der Klassengesellschaft, vielmehr eine Revolution der Mentalitäten, der

Werte und des Willens.

Wer unter der extremen Rechten zu leiden hatte, dem wird wissenschaftlich-terminologische Genauigkeit höchst gleichgültig gewesen sein, ebenso denjenigen Linken, die entschlossenen Widerstand gegen Bewegungen mobilisierten, die sie, ohne zu zögern, »faschistisch« nannten. Tatsächlich sollten definitorische Feinheiten nicht den Rechtsruck – mit seinen verschiedenen Erscheinungsformen – überdecken, der zur Zeit der Weltwirtschaftskrise stattfand.

Wohin dieser Umschwung auch

ging, ob zu den Konservativen oder zur radikalen Rechten, propagandistisch begründet wurde er als unabdingbar für den Schutz und die Erneuerung des Volkes. Als sich die Klassenkonflikte verschärften – inzwischen nicht mehr in erster Linie wirtschaftlicher, sondern offen politischer und ideologischer Natur –, wurde die nationale Einheit als wichtigstes Bollwerk gegen die sozialistische Gefahr ins Feld geführt. Wurde diese, wie in Großbritannien, als gering, schwach oder weit entfernt betrachtet, behielten die Konservativen – mit ihrem Ziel, die bestehende politische und

gesellschaftliche Ordnung zu
bewahren – die Oberhand, und es gab
so gut wie keinen Raum für einen
Durchbruch der radikalen Rechten.
Wurde, im entgegengesetzten Fall,
die »rote Gefahr«, wie in
Deutschland, als real und ernst
betrachtet, zersplitterte das
konservative Lager – das selbst die
bestehende politische und
gesellschaftliche Ordnung umstürzen
wollte –, und sein Wählerpotenzial
wurde zu großen Teilen von der
faschistischen Rechten aufgesogen.
Andere Länder lagen irgendwo
zwischen diesen beiden Polen.

Zu keiner Zeit war die

Anziehungskraft des Faschismus größer. Seine Botschaft der nationalen Erneuerung, die Furcht und Hoffnung machtvoll verband, war so breit gefächert, dass sie soziale Gräben überwand. Sie umgab den Appell an die eigennützigen Interessen ganz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit einem Gifthauch pathetischer Rhetorik zur Zukunft des Volkes. Sie nahm sich der Belange derjenigen an, die sich durch die Kräfte der Modernisierung und des gesellschaftlichen Wandels bedroht fühlten. Sie mobilisierte Menschen, die angesichts der gefühlten Gefahr durch innere Feinde

und besonders durch den Vormarsch des Sozialismus und dessen Versprechen einer sozialen Revolution glaubten, dass sie etwas zu verlieren hätten – Status, Eigentum, Macht, kulturelle Traditionen. Doch sie fasste all diese Belange zur Vision einer neuen Gesellschaft zusammen, die die Starken, die Gesunden, die Leistungsträger belohnte – jene, die (in ihren eigenen Augen) einen Anspruch darauf hatten.

Die Anziehungskraft des Faschismus entsprang dem bewussten Versuch, herkömmliche sektorale Grenzen der Interessenpolitik (die

schärfer wurden, da unter den Krisenbedingungen die politische Fragmentierung zunahm) zu überschreiten, darum ist es auch kaum erstaunlich, dass die soziale Basis der faschistischen Bewegungen sehr heterogen war. Natürlich waren bestimmte gesellschaftliche Schichten für die Verlockungen des Faschismus empfänglicher als andere. Die emotionale, die verklärende und idealistische Seite des Faschismus, sein Aktivismus, draufgängerisch und gewaltbereit, übten auf junge Männer, die in den Jugendbewegungen der Mittelschicht mit solchen Werten groß geworden

waren, eine unverhältnismäßig starke Wirkung aus – sofern diese jungen Männer nicht bereits an linke oder katholische Jugendorganisationen gebunden waren. Die »Generationenrevolte« gegen das Establishment ließ sich leicht auf den faschistischen Hypernationalismus ausrichten und in paramilitärische, gegen Linke oder »fremdes Blut« gerichtete Gewalt umlenken. Die Mitglieder der faschistischen Parteien waren überwiegend männlich; in Deutschland allerdings, wo entsprechende Zahlen vorliegen, gingen, als sich die NSDAP der Schwelle der Macht näherte,

zunehmend auch Frauen dazu über, sie zu wählen, wahrscheinlich aus denselben Gründen wie die Männer.

Angehörige der unzufriedenen Mittelschichten neigten dem Faschismus überproportional stark zu. Angestellte, Geschäftsleute, die freien Berufe, ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, Beamte, Ladenbesitzer, Handwerker, Inhaber kleiner Werkstätten, Bauern und Studenten (die gewöhnlich aus der Mittelschicht kamen) waren an der Basis der faschistischen Bewegungen in der Regel überrepräsentiert. Dennoch kann der Faschismus, auch wenn unter den Parteifunktionären

und in Führungspositionen Angehörige der Mittelschicht überwogen, nicht (wie es geschehen ist) als Mittelschichtbewegung definiert werden, er entzieht sich eindeutigen Klassenbegriffen. Unter den Anhängern des Faschismus waren Arbeiter, gelernte wie ungelernte, und zwar in weitaus größerem Maß als bislang angenommen: Rund 40 Prozent der zwischen 1925 und 1932 eingetretenen Parteimitglieder der NSDAP kamen aus der Arbeiterklasse. Über ein Viertel der NSDAP-Wähler waren Arbeiter – möglicherweise gar 30 bis 40 Prozent,

wenn man die Arbeiterhaushalte als ganze mitrechnet –, und 1932 stimmten wahrscheinlich mehr Arbeiter für die NSDAP als für Sozialdemokraten oder Kommunisten. In der paramilitärischen SA, einer männerbündlerischen Organisation von Straßenkämpfern, stellten junge Arbeiter die Mehrheit, zwischen 1925 und 1932 weit über die Hälfte der Mitglieder, und ihr Anteil stieg noch einmal, nachdem die NSDAP an die Macht gelangt war.

Nicht viele dieser Arbeiter waren frühere Anhänger von SPD oder KPD. Auch wenn einige tatsächlich die Seite gewechselt hatten, die große

Mehrheit hatte nie dem institutionalisierten Arbeitermilieu der linken Parteien angehört. Allein ihrer Größe wegen war die NSDAP (Anfang 1933 zählte sie über dreimal so viele Mitglieder wie die faschistische Partei Italiens vor Mussolinis »Marsch auf Rom« 1922) in vielen Aspekten atypisch für die radikale Rechte insgesamt. Die Anhängerschaft kleinerer faschistischer Bewegungen war jedoch oft sehr ähnlich zusammengesetzt: ein Kern aus der Mittelschicht, dazu ein beträchtlicher Anteil von Arbeitern, die zuvor nicht aufseiten der linken Parteien gewesen

waren. Das galt zum Beispiel in Frankreich, Spanien, Österreich, der Schweiz und Großbritannien (vor Mussolinis »Machtergreifung« auch für Italien).

Eine direkte Korrelation zwischen der Krise und den Erfolgchancen der radikalen Rechten gab es nicht. Natürlich hat die tiefe Rezession zu Hitlers Triumph geführt, doch Mussolini war fast zehn Jahre vor Ausbruch der Krise in Italien an die Macht gekommen, in einigen Ländern entwickelten sich faschistische Bewegungen erst, als die Krise abflaute. Wieder andere Länder (insbesondere Großbritannien und,

außerhalb Europas, die Vereinigten Staaten), die ebenfalls schwer unter der Krise zu leiden hatten, brachten dennoch keine bedeutende faschistische Bewegung hervor. Nur dort, wo die von der Krise verursachten sozialen und politischen Spannungen mit anderen Faktoren zusammenwirkten, mit Verbitterung über Gebietsverluste etwa, mit paranoider Angst vor der Linken, mit tiefsitzender Abneigung gegen Juden und andere »Außenseiter« und Ausgegrenzte, mit Misstrauen gegenüber der Parteipolitik, der man wegen ihrer Zersplitterung nicht zutraute, »die Dinge ins Lot zu

bringen« – nur dort kam es zu einem Systemkollaps, der dem Faschismus den Weg ebnete.

Italien und Deutschland blieben tatsächlich die einzigen Länder, deren faschistische Bewegungen so stark wurden, dass sie – mit Hilfe schwacher konservativer Eliten an die Macht gelangt – den Staat nach ihren Vorstellungen umbilden konnten. In der Regel wurden faschistische Bewegungen (wie in Osteuropa) durch repressive autoritäre Regimes in Schach gehalten oder sie störten (wie in Nordwesteuropa) mit ihrer Gewalttätigkeit die öffentliche

Ordnung, ohne aber die Autorität des Staates ernsthaft gefährden zu können.

Der Faschismus triumphierte dort, wo die staatliche Autorität vollkommen diskreditiert war; wo die politischen Eliten zu schwach waren, um sicherzustellen, dass das System nach ihren Interessen funktionierte; wo die Parteienlandschaft zersplittert war; wo Spielraum genug bestand, eine Bewegung aufzubauen, die eine radikale Alternative versprach. Im Nachkriegsitalien waren diese Bedingungen zwischen 1919 und 1922 gegeben, im von der

Weltwirtschaftskrise gebeutelten Deutschland zwischen 1930 und 1933. Anderswo herrschten nicht annähernd solche Bedingungen; Spanien ausgenommen, wo die zunehmend gewaltsame Konfrontation zwischen dem linken und dem rechten Lager (die in sich wiederum vielfach gespalten waren) 1936 schließlich zum Bürgerkrieg führte, auf den 1939 eine Militärdiktatur folgte, aber keine faschistische »Machtergreifung«. Wo hingegen ein demokratischer Staat sich die Loyalität der herrschenden Eliten und der breiten Bevölkerung erhalten konnte wie in

Nordwesteuropa oder wo autoritäre Eliten ein staatliches System, das in ihrem Sinne funktionierte, das Freiheitsrechte und Organisationsmöglichkeiten beschränkte, nachhaltig kontrollieren konnten wie in vielen Ländern Ost- und Südeuropas, dort waren die faschistischen Bewegungen nicht stark genug, die Macht zu erringen.

Die Rechte in Westeuropa: widerstandsfähige Demokratie

Das eindeutigste Beispiel für einen Staat, dessen politisches System

keinen Spielraum ließ für einen durchschlagenden Erfolg der radikalen Rechten, bietet Großbritannien. Die dominierenden gesellschaftlichen und politischen Werte – ihre Grundlagen waren die Monarchie, die Nation und das Empire, parlamentarisches System und Rechtsstaatlichkeit – wurden weithin akzeptiert. Das staatliche System, eine konstitutionelle Monarchie, gestützt auf eine parlamentarische Demokratie, blieb auch dann so gut wie unangefochten, als aus der ökonomischen Krise ein Dauerzustand wurde. Es gab keine große marxistische Partei, die zu

einer wirklichen oder eingebildeten Bedrohung für die politische Ordnung hätte werden können. Die Labour Party war in den 1920er Jahren, die Liberale Partei ablösend, zur stärksten Opposition gegen die Konservativen geworden, aber sie war reformistisch eingestellt, nicht revolutionär, so wie die Gewerkschaften auch, die ihr Rückgrat bildeten. Die Konservative Partei hatte – anders als die Konservativen in einigen anderen europäischen Ländern – ein ureigenes Interesse daran, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Als die Bankenkrise 1931 zum Sturz der

Labour-Regierung führte, errangen die Konservativen bei den Neuwahlen am 27. Oktober den größten Sieg in der britischen Parlamentsgeschichte. Auf die Parteien des National Government waren über 60 Prozent der Stimmen entfallen, sie verfügten im Parlament über 521 Sitze, von denen die Konservativen 470 gewonnen hatten. Obwohl die Bezeichnung »National Government« überparteiliche Einheit suggerierte, war es faktisch eine Regierung der Konservativen. Mitten in der Wirtschaftskrise hatte das parlamentarische System Großbritanniens nicht einfach nur

standgehalten, sondern war womöglich noch stärker geworden. Es gab keine Staatskrise. Von der Linken drohte keine Gefahr. Labour war in der Opposition, agierte aber staatstragend. Die politischen Extreme waren marginalisiert. Während der gesamten Krisenzeit saßen kein einziger Kommunist und auch kein Faschist im Parlament.

Die Stärke der Konservativen ließ der extremen Rechten keinen Spielraum. Zu keiner Zeit hatte die von Oswald Mosley 1932 gegründete British Union of Fascists (BUF) eine Chance zum Durchbruch. Sie zählte zu ihren besten Zeiten rund

50 000 Mitglieder, eine
buntgewürfelte Klientel aus
unzufriedenen Teilen der
Mittelschicht, ehemaligen
Armeeangehörigen, kleinen
Geschäftsleuten, Ladenbesitzern,
Angestellten und ungelernten
Arbeitern aus den von der Krise
besonders betroffenen Gebieten
Großbritanniens und dem armen
Londoner East End (einem
traditionellen Einwandererquartier,
in dem ein Drittel der britischen
Juden lebte). Ihrem Auftreten nach
wirkte die BUF immer wie ein
ungehobelter Import. Die
faschistischen Uniformen mit den

Schwarzhemden, Märsche, politischer Stil und Symbolik, nicht zuletzt die abscheuliche öffentliche Gewalt gegen Juden und politische Gegner passten nicht zur politischen Kultur Großbritanniens. Die Zusammenstöße mit der antifaschistischen Linken störten zunehmend die öffentliche Ordnung. Die Unterstützung für die Partei – auch die von Lord Rothermere, dem Eigentümer der viel gelesenen Zeitung *The Daily Mail* – ging schlagartig zurück, nachdem es im Juni 1934 während einer großen Kundgebung in London zu widerwärtigen Übergriffen gegen

Mosley-Gegner gekommen war, die sich zu Hunderten unter die 15 000 Teilnehmer gemischt hatten. Mosley war sich sicher, dass seine Partei eine demütigende Schlappe erleiden würde, daher trat die BUF bei den Wahlen von 1935 erst gar nicht an. Im Oktober 1935 war die Zahl ihrer Mitglieder auf 5000 gesunken. Sie stieg bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs nur langsam wieder auf 22 500. Bei Kriegsausbruch wurden Mosley und andere Führer der BUF interniert, die Partei aufgelöst. Die British Union of Fascists war eine Gefahr für diejenigen, die sie für ihre rassistischen oder politischen Feinde

hielt, zudem ein nicht unerheblicher Störfaktor für die öffentliche Ordnung. Ihr Einfluss auf die britische Politik aber war äußerst gering.

Auch anderswo in Nordwesteuropa, in Ländern, die im Ersten Weltkrieg zu den Siegern gehört hatten oder neutral geblieben waren, wo es also kaum Gefühle nationaler Demütigung, auch keine irredentistischen Ambitionen gab, fand die radikale Rechte den Weg zur Macht versperrt: Die bestehenden politischen Strukturen waren stabil und hielten stand. In Dänemark, Island, Schweden und Norwegen

konnten faschistische Bewegungen nur lächerlich wenige Anhänger gewinnen. In Finnland waren sie etwas zahlreicher, doch über 8,3 Prozent der Stimmen, wie bei der Wahl von 1936, kamen sie nicht hinaus. In einigen deutschsprachigen Schweizer Kantonen gewann die faschistische Nationale Front zwischen 1933 und 1936 bis zu 27 Prozent der Stimmen, die danach aber schnell weniger wurden. In der übrigen Schweiz fand der Faschismus kaum Unterstützung und traf auf entschiedenen Widerstand.

Die irischen Blauhemden – offiziell Army Comrades Association,

1933 in National Guard umbenannt – waren eine flüchtige Erscheinung. Sie formierten sich 1932, und nach seiner Entlassung als irischer Polizeipräsident übernahm Eoin O’Duffy ihre Führung, ein ehemaliger Stabschef der IRA und unberechenbarer politischer Extremist. 1934 hatten sie nach eigenen Angaben rund 50 000 Mitglieder, hauptsächlich aus dem wirtschaftlich schwer getroffenen Südwesten. Doch nach einem Verbot durch die Regierung und dem Ende eines Handelsstreits mit Großbritannien, der die irische Landwirtschaft empfindlich getroffen

hatte, verlor sich die Anhängerschaft auch rasch wieder. Die Blauhemden gaben ihre faschistische Identität und Radikalität auf und verschmolzen mit Fine Gael, einer neuen Partei des politischen Mainstreams. 1935 war die Bewegung am Ende. O'Duffy, inzwischen aus der Fine Gael ausgetreten, weil seine Mitgliedschaft die Partei zunehmend in Verlegenheit brachte, führte später eine irische Brigade, die kurze Zeit im Spanischen Bürgerkrieg für General Franco kämpfte.

In den Niederlanden lag die Arbeitslosigkeit 1936 bei 35 Prozent, dennoch konnte die radikale Rechte

die politischen Strukturen kaum erschüttern: zu eng blieben sie mit den protestantischen, katholischen und sozialdemokratischen Milieus verbunden. Die Regierungen kamen und gingen, aber es gab eine starke personelle Kontinuität, die regierenden Parteien agierten pragmatisch und handelten Kompromisse aus. Zudem trug die wachsende Angst vor Nazi-Deutschland zu einem Gefühl nationaler Einheit bei, was das bestehende parlamentarische System stärkte. Der Faschismus wurde als »fremd« betrachtet, als nationale Gefahr. Die in den Niederlanden

führende faschistische Bewegung, die Nationaal Socialistische Beweging, erlebte ihren Höhepunkt 1935, als sie fast acht Prozent der Stimmen gewann; doch in nur zwei Jahren fiel ihr Stimmenanteil auf vier Prozent, und in den restlichen Vorkriegsjahren blieb die Unterstützung für die extreme Rechte gering.

In Belgien fand eine katholische, autoritär korporatistische Bewegung, die dem Faschismus zumindest nahekam, für kurze Zeit große Unterstützung: die Rexisten. (Der Name leitete sich ab vom katholischen Verlag Christus Rex, der

sich damit auf das kurz zuvor eingeführte Christkönigsfest bezog.) Sie gewannen 1936 11,5 Prozent der Stimmen – es war vor allem eine Protestwahl der Französisch sprechenden Mittelschichten in den industrialisierten Regionen Südostbelgiens, gerichtet gegen die angebliche Korruption in den etablierten Parteien. Der Stimmenanteil schrumpfte jedoch bald wieder zusammen, es blieb nur eine kleine Kernanhängerschaft. Trotz des flämisch-wallonischen Gegensatzes erwiesen sich die bestehenden sozialen und politischen Milieus in Belgien, das katholische,

das sozialistische und das liberale, wie in den Niederlanden als stark genug, so dass Bewegungen der extremen Rechten kaum Spielraum fanden. Gerade der Gegensatz beider Sprachgruppen verhinderte die Entwicklung eines *belgischen* Nationalismus; in Flandern, wo eigene nationalistische und protofaschistische Bewegungen agierten (aber ebenfalls wenig Anklang fanden), konnten die Rexisten relativ wenig Anhänger gewinnen.

Ernsthafter schien Frankreichs Dritte Republik zeitweilig von der extremen Rechten bedroht. Im

politischen System Frankreichs waren nicht nur häufige Regierungswechsel (die oft nichts weiter waren als eine Reise nach Jerusalem um den Kabinettstisch, gespielt von den immer gleichen Personen) an der Tagesordnung, sondern auch pragmatisch wechselnde Parteienkoalitionen. An diesen war häufig der Parti radical (Radikale Partei) beteiligt, die linksbürgerliche Kernpartei der Republik. Sie war antiklerikal, verfocht eine liberale Wirtschaftspolitik, stützte sich stark auf die Mittelschichten und ging mal mit der gemäßigten Linken, mal mit der Rechten ein Abkommen ein, um

an der Macht zu bleiben (was ihr im Allgemeinen gelang). Die Wahlen von 1932, die Rezession hatte gerade eingesetzt, brachten der sozialistischen Partei und den Radikalen beträchtliche Gewinne, sie bildeten eine unsichere Koalition der gemäßigten Linken. In einem Klima zunehmender Fremdenfeindlichkeit, eines schrillen Nationalismus, von Antisemitismus und Antifeminismus sowie von Ängsten vor der »roten Gefahr« (dabei war es den Kommunisten lediglich gelungen, zwölf von 605 Sitzen in der Abgeordnetenversammlung zu gewinnen) löste die Niederlage des rechten

Blocks der konservativen Parteien eine übertriebene Reaktion in der Rechten aus. Durch die Dramatik der Ereignisse auf der anderen Rheinseite spitzte sich die fiebrige Atmosphäre noch zu. Die außerparlamentarischen, paramilitärischen Ligen der nationalistischen Rechten, zu denen große Veteranenverbände gehörten, manche von ihnen mit zumindest teilweise faschistischen Zügen, bekamen wieder Aufwind; zuvor war, während der finanzpolitischen Stabilisierung unter Poincarés Regierung, ihre Anhängerschaft kräftig geschrumpft.

Im zunehmend angespannten

Klima ließ die mehrheitlich rechte Pariser Presse keine Gelegenheit aus, die Regierung mit hemmungsloser Gehässigkeit zu beschimpfen. Die politische Szene in Frankreich war notorisch bestechlich und korrupt, ein Skandal aber, der Ende 1933 ans Licht kam, wurde von der Presse besonders genüsslich ausgeschlachtet und enthielt Zutaten, die sich zu einer Gefahr nicht nur für die Regierung, sondern für die Republik selbst hochkochen ließen. Es war ein Korruptionsskandal, der sich aus Betrugereien mit öffentlichen Geldern entwickelte. Organisiert hatte diese Alexandre Stavisky, eine

zweielichtige Gestalt und ein Veruntreuer, der noch dazu osteuropäischer Jude war – der passende Mann für die Rechten und ihre Vorurteilsstrukturen. In den Skandal waren hochrangige Politiker verwickelt, die meisten davon Mitglieder des Parti radical, nicht weniger als 132 Politiker stünden, so hieß es nach manchen Gerüchten, auf Staviskys Schmiergeldliste. Als der Betrüger unter mysteriösen Umständen angeblich Selbstmord begangen hatte, kochten die Gerüchte erst richtig hoch. Juden und Freimaurer seien Drahtzieher von Vertuschungsmanövern gewesen, mit

denen Stavisky habe zum Schweigen gebracht werden sollen. Sein Tod führte zu wachsenden Straßenunruhen in Paris. Am 6. Februar 1934 veranstalteten Anhänger der nationalistischen und rassistischen außerparlamentarischen Organisationen der Rechten – nach Schätzungen bis zu 30 000 Personen – einen Marsch auf Paris. Er gipfelte in einer Nacht der Gewalt, die Zusammenstöße zwischen der Polizei und Tausenden von Demonstranten endeten mit 15 Toten und über 1400 Verletzten.

Die organisierte Gewalt – die schlimmste, die Paris seit der

Commune von 1871 erlebt hatte – war ein großer Schock für das politische Establishment. Die Regierung (erst seit ein paar Tagen im Amt) wurde gestürzt –, letzten Endes durch die Gewalt der Straße und die paramilitärischen Kampfverbände. Die nachfolgenden politischen Unruhen verschärften die Konfrontation zwischen Rechten und Linken, die das politische Geschehen in Frankreich für den Rest der 1930er Jahre bestimmte. Dass der Staat aber ernsthaft bedroht sei, erwies sich als Trugbild. Tatsächlich war die Existenz der französischen Republik nie in ernster Gefahr – auch wenn das

um 1934 anders aussah. Die Ligen, ideologisch allesamt extrem nationalistisch, antikommunistisch und autoritär (viele forderten eine Art korporativen Ständestaat), waren in der Führungsfrage und in ihren Zielen uneinig. Die größte, Croix de Feu (Feuerkreuzler) mit Anfang 1934 vielleicht 40 000 Mitgliedern, hielt sich während der Februarunruhen an eine gewisse Disziplin, jedenfalls im Vergleich mit der Gewalttätigkeit der Action Française und anderer rechtsextremer Organisationen und ihrer Anhänger – was dem Croix de Feu Beifall seitens der konservativen Presse einbrachte. Ihr Führer, Oberst

François de la Rocque, distanzierte sich später vom Antisemitismus mancher seiner Anhänger.

Doch die Ereignisse vom 6. Februar 1934 hatten noch eine andere Folge: Im Kampf gegen den Faschismus einigten sich die gespaltenen französischen Linken. Wäre es dazu nicht gekommen, die Gefahr für die Republik wäre wohl viel größer gewesen. Jedenfalls reagierte die Linke prompt und mit Gegengewalt. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger bereits am 9. Februar mobilisiert. Zusammenstöße mit der paramilitärischen Rechten forderten neun Todesopfer und

Hunderte von Verletzten. Drei Tage später brachten über eine Million Gewerkschafter das Leben in Paris mit einem eintägigen Generalstreik zum Erliegen. In den folgenden zwei Jahren fanden über tausend Demonstrationen der einen oder anderen Art statt, hauptsächlich linke gegen die Gefahr des Faschismus. 1934, just zu dem Zeitpunkt, als Hitlers Triumph in Deutschland Stalin endlich dazu gebracht hatte, die absurden Angriffe abzublasen, mit denen die Komintern die sozialdemokratischen Parteien als »Sozialfaschisten« gebrandmarkt hatte, und eine Einheitsfront der

Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu fordern, einigte die gewaltsame Konfrontation in Frankreich die Gemüter und ebnete den Weg für die Volksfrontregierung, die 1936 zustande kam. Zum ersten Mal nach den Ereignissen vom Februar 1934 stand eine vereinte Linke der gespaltenen Rechten gegenüber.

Manche der im Juni 1936 von der Volksfrontregierung verbotenen Ligen reformierten sich zu parlamentarischen Parteien. Croix de Feu wurde zum Parti Social Français und konnte seine Anhängerschaft stark vergrößern. 1937 hatte die Partei rund eine Dreiviertelmillion

Mitglieder, mehr als Sozialisten und Kommunisten zusammen. Im Laufe der Zeit jedoch gab sie die Massenmobilisierung im faschistischen Stil auf und bewegte sich in Richtung eines konservativen Autoritarismus. Eine wirklich faschistische Partei, der Parti Populaire Français, entstand im Juni 1936 unter Führung des kommunistischen Renegaten Jacques Doriot. Die wachsende Bedrohung durch NS-Deutschland, der Zusammenbruch der Volksfrontregierung 1938 – womit die Linke nicht länger als innenpolitische Bedrohung galt –, die

mit steigender Kriegsgefahr zunehmende Betonung nationaler Solidarität, all das schwächte Dorlots Partei, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf Talfahrt befand. Dennoch hatte sich die französische Rechte in ihren zahllosen Formen – manche offen faschistisch, andere hart an der Grenze zum Faschismus – eine Massenbasis geschaffen. Ohne sie wäre die bereitwillige Unterstützung des Vichy-Regimes nach 1940 undenkbar gewesen.

Trotz aller Mühen verfügte der Republikanismus in Frankreich über eine breite, seit langem bestehende Basis in der Bevölkerung. Ganz

anders die Lage in Spanien, wo die Kräfte viel mächtiger waren, die einer demokratischen Republik feindlich gegenüberstanden. Gleichwohl schienen zunächst die Aussichten für die autoritäre Rechte eher zu schwinden als zu steigen, als zunehmende wirtschaftliche Probleme ein Land bedrängten, das wegen seiner tiefen sozialen und politischen Spaltungen immer am Rande einer Krise stand.

Was immer sie bis dahin am Leben gehalten hatte, im Frühjahr 1930 ging der seit 1923 bestehenden Militärdiktatur unter Primo de Rivera die Luft aus. Die Unzufriedenheit

wuchs und die Autorität schwand, als der wirtschaftliche Aufschwung, dem er seinen Anfangserfolg zu verdanken hatte, zum Erliegen kam. Primo musste zurücktreten, ging nach Paris ins Exil und starb bald darauf. Innerhalb von einigen Monaten ging auch König Alfonso XIII. ins Exil, und aus den Wahlen im April 1931 ging eine neue demokratische Republik hervor. In einem kritischen Augenblick, in dem sich viele von Europas Demokratien den Rechten zuwandten, ging Spanien in die entgegengesetzte Richtung – fürs Erste zumindest. Der überwältigende Sieg der Linken bei

den Wahlen von 1931 war jedoch trügerisch. Obwohl viele von Primo und der Monarchie enttäuschte Spanier bereit waren, der Republik eine Chance zu geben, unterstützten sie diese oft nur halbherzig, zögernd und unter Vorbehalten. Jedenfalls fehlte der Republik eine zuverlässige Massenbasis, die über die Industriearbeiterschaft hinausging, einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung, der sich in einigen großen Industriestädten und in bestimmten Regionen, insbesondere in Katalonien, dem Baskenland, Asturien, konzentrierte. Zudem bestanden zwischen den

republikanischen Parteien ernsthafte Spaltungen. Die Linke selbst war unheilbar gespalten zwischen den Sozialisten, die die Stütze der Republik bildeten, und den Anarchosyndikalisten (die auf dem Land, vor allem in Südspanien, besonders stark waren). Sie sahen in der Republik nicht mehr als das erste Stadium eines kontinuierlichen, von den Gewerkschaften angeführten gewaltsamen Kampfes gegen jede staatliche Autorität. Auch die fest verwurzelten regionalen Identitäten und die feindselige Haltung gegenüber Madrid vor allem in Katalonien und im Baskenland

verhinderten, dass sich eine vereinte Linke entwickeln konnte. Die Rechte war nach den Wahlen von 1931 geschlagen, desorganisiert und in Auflösung begriffen. Doch täuschte ihre Wahlniederlage über die eigentliche Stärke und Widerstandsfähigkeit der zutiefst konservativen, antirepublikanischen Kräfte hinweg. Die Etablierung der Republik fachte die ideologischen Feuer wieder an, die unter Primos Diktatur nur vorübergehend und nie ganz erloschen waren.

Von Anfang an war die neue Demokratie heftig umstritten. Innerhalb von zwei Jahren führten

die von der Koalitionsregierung aus Sozialisten und Liberalen verabschiedeten Gesetze zur Agrarreform, zum Schutz der Arbeiter, zur Einschränkung der Macht der katholischen Kirche zu immer schrilleren Reaktionen seitens einer breiten, wenn auch zersplitterten, militant antisozialistischen und entschieden katholischen autoritären Rechten. Grundbesitzer, Arbeitgeber, die katholische Kirche und das Militär waren unversöhnlich in ihrer Opposition gegen die Republik, auf der anderen Seite zeitigten die Sozialreformen nur langsame,

begrenzte Fortschritte, das wiederum enttäuschte und verprellte viele Anhänger der Republik. Bei der Wahl im November 1933 musste die Linke eine schwere Niederlage hinnehmen. Die rechten Parteien dagegen errangen einen glänzenden Sieg, und weil die Macht erneut den Grundbesitzern und Arbeitgebern zufiel, wurden die Reformen der frühen Republik in den nächsten zwei Jahren rückgängig gemacht oder blockiert. Der Keim des Bürgerkriegs war gelegt.

Die spanische Rechte hatte keineswegs gemeinsame Ziele. Manche Fraktionen waren offen

reaktionär – sie wollten eine restaurierte Monarchie und einen autoritären, vom Militär gestützten Ständestaat. Ein viel größerer Teil der Rechten – faktisch die größte Partei in Spanien mit angeblich 735 000 Mitgliedern – schloss sich 1933 zusammen, um die CEDA (Confederación Española de Derechas Autónomas), die Spanische Konföderation der Autonomen Rechten, zu gründen, ein riesiges Konglomerat des populistischen katholischen Konservatismus. Die CEDA behauptete, sie schütze das Christentum vor dem Marxismus, nannte Parteichef Gil Robles »Führer«

und übernahm weitere Formen des Faschismus, wie Aufmärsche, Uniformen, einen faschistischen Gruß, den Stil der Massenmobilisierung und die Organisation einer zunehmend faschistischen Jugendbewegung. Vom radikalen Faschismus unterschied sie sich durch ihre Ablehnung paramilitärischer Organisationen; zumindest der Form nach hielt sie an bestehenden staatlichen Institutionen und legalen parlamentarischen Methoden fest. Praktisch jedoch unterstützte die CEDA immer häufiger antirepublikanische Gewalt und

tendierte zur Einführung einer korporatistischen, autoritären Staatsform. Ihre demokratische Glaubwürdigkeit war bestenfalls ambivalent. »Wenn die Zeit kommt, wird sich das Parlament entweder uns unterwerfen oder wir werden es beseitigen«, erklärte Robles.

In dieser großen, aber zersplitterten Anhängerschaft der autoritären Rechten, ideologisch im Großen und Ganzen ein konservativer Autoritarismus mit faschistischen Obertönen, vermochte ein genuin radikaler Faschismus kaum Fuß zu fassen. Die 1933 von José Antonio Primo de Rivera, dem

Sohn des früheren Diktators, gegründete, bald bedeutendste faschistische Bewegung, die Falange Española (Spanische Phalanx), griff die bürgerliche Rechte ebenso an wie die marxistische Linke. Wie zu erwarten, kam José Antonio kaum voran. In einem Land von 25 Millionen Einwohnern brachte es seine Falange auf nicht mehr als 10 000 Mitglieder, errang bei den Wahlen von 1936 nur 44 000 Stimmen (0,7 Prozent der abgegebenen Stimmen). Im gleichen Jahr wurde sie verboten, ihre Führer wanderten ins Gefängnis. José Antonio wurde zum Tode verurteilt und im November

hingerichtet. Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatte in Marokko, unter Führung von General Francisco Franco, der Aufstand gegen die Republik begonnen. Erst im April 1937, als Franco die Führung der Falange übernahm und sie zumindest dem Namen nach zum Eckpfeiler des Konglomerats aus rechten nationalistischen Kräften machte, die seinen Aufstand unterstützten, wurde der Faschismus in Spanien zur Massenbewegung – nach dem Bürgerkrieg wurde die Falange schließlich zur Staatspartei einer Militärdiktatur, der sie diente, die sie aber nicht kontrollierte.

Vor dem Bürgerkrieg stand sie in Konkurrenz zu vielen anderen Gruppierungen gleicher Couleur. Hinzu kam, dass sie mit ihrer sozialrevolutionären Botschaft große Teile der Mittelschichten und das katholische Establishment verprellte. Unter den Bedingungen der pluralistischen Demokratie in der Zeit vor dem Bürgerkrieg blieben die Versuche erfolglos, in Spanien eine in vollem Umfang faschistische Massenbewegung aufzubauen. Spielte das eine Rolle? In den Augen ihrer erbitterten Gegner in den verschiedenen Gruppen der Linken bestanden kaum Unterschiede

zwischen der kleinen Falange und der Masse rechter Parteigänger. Worin immer die feinen definitorischen Unterschiede bestehen mochten, die CEDA erschien ihnen nicht weniger faschistisch als die Falange. Hatten sie Unrecht? Aus der Perspektive derer, die vor, während und nach dem Bürgerkrieg unter der Rechten grässlich zu leiden hatten, verfügte der Faschismus in Spanien über eine sehr breite Basis und war nicht auf die kleine Zahl derer begrenzt, die die Falangisten unterstützten.

In Italien und in Deutschland hatte sich ein politischer Spielraum geöffnet, sobald die etablierten

Parteien der konservativen und liberalen Rechten auseinanderfielen und es den großen populistischen faschistischen Massenparteien überließen, das Vakuum zu füllen und eine neue Rechte zu vereinen: um ein Programm nationaler Erneuerung, des Kampfs gegen die Gefahr von links. In Spanien dagegen existierte kein solches Vakuum. Der politische Raum dort war voller konservativ-autoritärer Bewegungen unterschiedlicher Stärke, einige von ihnen mit deutlich faschistischen Obertönen, allen voran die CEDA. Die antidemokratische Rechte in Spanien war weitgefächert und zahlreich;

gerade die Stärke der konservativen Reaktion aber war ein Hemmnis für die Erfolgsaussichten des radikalen Faschismus. Im Juli 1936, zu Beginn von Francos Aufstand, hatte sich die Krise der spanischen Demokratie verschärft. Aber die spanische Linke war bereit zu kämpfen. Es brauchte drei Jahre, einen bitteren Bürgerkrieg, um die Demokratie in Spanien vollends zu vernichten.

Fruchtbarer Boden für die Rechte:
Mittel- und Osteuropa

Spanien war ein Ausnahmefall in

Westeuropa. In Mittel- und Osteuropa dagegen war der Rechtsruck das Übliche. Die größten faschistischen Bewegungen entstanden in Österreich, Rumänien und Ungarn. Im Fall Österreichs spielte Hitlers Aufstieg zur Macht im benachbarten Deutschland eine entscheidende Rolle. Eine Hauptvoraussetzung für den Aufstieg des Faschismus in Rumänien und Ungarn war die andauernde Unruhe wegen der territorialen Neuordnung nach dem Krieg.

Große Teile der nichtsozialistischen Wählerschaft in Österreich waren schon während der

Weltwirtschaftskrise

protofaschistisch. Der Bankencrash von 1931 und die rasant steigende Arbeitslosigkeit ruinierten die Wirtschaft des Landes und die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung. Durch die Rezession vertiefte sich die Spaltung Österreichs in drei politische Lager und radikalisierte sich zusehends. Zwei große faschistische Bewegungen, die österreichische Heimwehr und die schnell wachsende »NSDAP (Hitlerbewegung)«, Letztere von den Ereignissen jenseits der deutschen Grenze beflügelt, standen einer großen sozialistischen Partei

gegenüber, die nach wie vor auf zuverlässige Unterstützung durch die Industriearbeiter rechnen konnte. Noch 1930 war die Anhängerschaft der Heimwehr doppelt so groß wie die der österreichischen Nationalsozialisten, die von vielen als ausländischer Import betrachtet wurden. Die Nationalsozialisten gewannen aber rasch an Boden; bei den Regional- und Kommunalwahlen im Jahr 1932 errangen sie bereits über 16 Prozent der Stimmen.

Nachdem Hitler im Januar 1933 in Deutschland die Macht ergriffen hatte, war die nationalsozialistische Bedrohung in Österreich nicht mehr

von der Hand zu weisen. Der klein gewachsene, aber energische 39-jährige Kanzler Engelbert Dollfuß reagierte darauf, indem er das parlamentarische System beseitigte und einen »sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung« schuf. Das Regime Dollfuß', das von den meisten nichtsozialistischen Parteien, von Heimwehr und katholischem Establishment getragen wurde, schränkte die bürgerlichen Freiheiten ein und unterdrückte die Opposition. Im Februar 1934 ließ es einen von ihm provozierten bewaffneten

Aufstand der Sozialisten blutig niederwerfen und verbot die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die linken Kräfte hatten es mit denen der Rechten nicht aufnehmen können, obwohl die österreichische Linke, anders als in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern, nicht in rivalisierende Sozialdemokraten und Kommunisten zerfallen war. Die Maiverfassung ersetzte das parlamentarische System durch einen Ständestaat, eine hierarchische Struktur aus »Körperschaften« und Beiräten, die von oben eingesetzt wurden. Das Ganze stützte sich auf eine einzige politische Organisation,

die staatstragende Vaterländische Front; die Macht im autoritären Staat lag beim Kanzler. Dollfuß allerdings wurde im Juli 1934 von Nationalsozialisten ermordet. Das autoritäre Regime war repressiv, dabei eher konservativ-reaktionär als faschistisch, oder zumindest verkörperte es einen relativ milden, partiellen Faschismus im Vergleich zu dem, was kommen sollte. Es konnte sich unter Dollfuß' Nachfolger Kurt von Schuschnigg halten, obwohl es von den Nationalsozialisten immer heftiger unter Druck gesetzt wurde. Von Schuschnigg versuchte, mit Hilfe einer auf den 13. März 1938

angesetzten Volksabstimmung Österreichs Unabhängigkeit zu erhalten. Das jedoch vereitelten der deutsche Einmarsch und die Annexion Österreichs (der »Anschluss«) am 12./13. März 1938.

Rumänien hatte am Ende des Ersten Weltkriegs sehr gut abgeschnitten, konnte sein Territorium (vor allem auf Kosten Ungarns, aber auch mit Zugewinnen von russischen, bulgarischen und österreichischen Territorien) mehr als verdoppeln. Insofern ist nicht auf Anhieb verständlich, warum der Faschismus auch dort Anziehungskraft besaß. Der Grund

war eine sich hinziehende, lähmende Krise der Landwirtschaft, in deren Verlauf die Bauern beinahe 60 Prozent ihres Einkommens einbüßten. Und mit den auf dem Land wachsenden wirtschaftlichen Problemen richteten sich Unzufriedenheit und Wut verstärkt auf ethnische Minderheiten, die Industrie, Handel und Finanzwesen beherrschten – auf Magyaren, Deutsche, vor allem aber auf Juden. Rund 30 Prozent der Bevölkerung im größer gewordenen Rumänien waren nicht rumänischer Abstammung. Schon seit langem gehörte Rumänien, wo die Juden bis 1918 keine

Bürgerrechte gehabt hatten, zu den antisemitischsten Ländern Europas. Insofern war es nicht schwer, die wirtschaftliche Not mit Vorurteilen und Hass gegen Minderheiten zu verknüpfen und eine nationalistische Vorstellungswelt zu schaffen, in der die »wahren« Rumänen von Fremden bedroht wurden.

Die (selbst nach faschistischen Standards) äußerst gewalttätige, ultraantisemitische faschistische Eiserne Garde – auch »Legion des Erzengels Michael« genannt – unter Führung des charismatischen Corneliu Zelea Codreanu, eines früheren Jurastudenten, wuchs bis

1937 auf 272 000 Mitglieder an, gewann bei den Wahlen im gleichen Jahr 15,8 Prozent der Stimmen und war damit drittstärkste Partei in Rumänien. Codreanu gewann seine Anhänger mit dem berausenden Gebräu eines extremen und romantisierten, ethnisch-rassistischen Nationalismus. Fermentiert war es mit einer Lehre von der reinigenden Gewalt, der Säuberung des Volkes von allen fremden Elementen (vor allem von Juden, die in Zusammenhang gebracht wurden sowohl mit einer vermeintlichen Bedrohung der rumänischen Grenzen durch das bolschewistische Russland

als auch mit einem räuberischen Kapitalismus). Zuletzt wurde dies Gebräu noch mit der Beschwörung der »wahren« Werte des rumänischen Volkes versetzt, verwurzelt in christlicher Reinheit und bäuerlichem Boden, der »spirituellen Revolution« des »Nationalchristlichen Sozialismus«, die den »neuen Menschen« hervorbringen werde. Den harten Kern der Anhängerschaft bildeten Lehrer, Beamte, Rechtsanwälte, orthodoxe Kleriker, ehemalige Offiziere, Journalisten, Studenten, Intellektuelle und natürlich die Bauern. Diese wurden nicht durch die Romantisierung des

Landes, das irrationale »Zurück-zur-Scholle«, allein gewonnen, sondern durch die Art, in der dieser emotionale Appell mit ihrer wirtschaftlichen Unzufriedenheit verbunden wurde, die sich weiter steigerte, je länger die Krise dauerte, sowie mit dem Versprechen von Land, das sich durch Enteignung von jüdischem Besitz gewinnen lasse.

Doch selbst wenn in Rumänien die Anziehungskraft des Faschismus in den 1930er Jahren wuchs, blieb er eine Oppositionsbewegung, es gelang ihm nicht, die Staatsmacht zu erobern. Der Erfolg von Codreanus Bewegung bei den Wahlen von 1937

alarmierte den Monarchen und die herrschende Klasse. König Carol II. stützte sich auf Armee, Bürokratie und große Teile der Nationalliberalen Partei, die das Establishment repräsentierte; im Frühjahr 1938, als er das Parlament auflöste und eine Königsdiktatur errichtete, kam ihm auch die Uneinigkeit unter den anderen Parteien zupass. Die Eiserne Garde wurde verboten, Codreanu verhaftet und im Gefängnis ermordet. Allerdings übernahm das monarchistische Regime viele der faschistischen Vorstellungen – auch den extremen Antisemitismus. Es war ein Pyrrhussieg: Die faschistische

Eiserne Garde wurde zwar in den Untergrund gedrängt, einige Hundert ihrer Anhänger hingerichtet, im Zweiten Weltkrieg jedoch erstarkte sie erneut und war kurze Zeit an der Regierung beteiligt, nun allerdings unter ganz anderen Bedingungen.

Ungarn hatte 1920 mit dem Friedensvertrag von Trianon große Teile seines Staatsgebiets verloren, und der irredentistische Groll blieb eine schwärende Wunde. Die Wirtschaftskrise, die einen drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und in der Industrie eine Arbeitslosenrate von über 30 Prozent zur Folge hatte,

verschärfte die sozialen und politischen Spannungen beträchtlich. Vor allem während der Regierungszeit von Gyula Gömbös, Ministerpräsident von 1932 bis 1936, der mit seiner eigenen extrem rechten Haltung die kleinen faschistischen Kräfte spaltete und zeitweise entwaffnete, konnten die herrschenden Eliten, die in der konservativen Restauration der 1920er Jahre wieder erstarkt waren, ihre Dominanz über das kontrollierte Parlament nutzen und zu einem Krisenmanagement finden, mit der Folge, dass bis 1937 keine große faschistische Partei in Erscheinung

trat. Die sozialistische Linke war 1919, nach dem Zusammenbruch von Béla Kuns Regime, zerschlagen worden und hatte sich seither nicht wieder erholt. Diese Schwäche der Linken sowie die Fassadendemokratie von Miklós Horthys autoritärem Regime, die den Massen begrenzte Partizipation gewährte, trugen dazu bei, die Chancen einer faschistischen Mobilisierung zu mindern. Erst ab 1937, unter dem Einfluss der Ereignisse in Deutschland und der sich rasch ändernden Konstellationen der internationalen Politik, entstand eine große faschistische Bewegung. Aus der Partei des Nationalen

Willens, die der ehemalige Stabsoffizier Ferenc Szálasi 1935 gegründet hatte, ging die Ungarische Nationalsozialistische Partei hervor – ein Amalgam aus acht extrem nationalistischen Gruppierungen –, aus dieser 1939 schließlich die Pfeilkreuzler-Partei. Mit Nachdruck begannen die Faschisten, unter Akademikern im öffentlichen Dienst, Offizieren und in der Arbeiterschaft der Budapester Industriegebiete Anhänger zu sammeln; 1939/40 zählten sie bereits 250 000 Mitglieder. Der kurze Augenblick des Triumphs der Pfeilkreuzler – eine Schreckenszeit

für ihre Opfer – kam erst gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als Ungarn unter deutscher Herrschaft stand und die Niederlage drohte.

Überall sonst in Ost- und Südosteuropa erwies sich die Kontrolle des Staates durch reaktionär-konservative autoritäre Eliten und nicht zuletzt das Militär, die jede populistische Mobilisierung als Gefahr für ihre Dominanz betrachteten, als das größte Hindernis für einen Durchbruch faschistischer Bewegungen. Die wurden bisweilen sogar unterdrückt, obwohl ihre Ziele und Ideen in der Regel von den herrschenden

ultranationalistischen, häufig
böartig rassistischen autoritären
Regimes gestohlen wurden. Als die
Regierungen einen autoritären Kurs
zu steuern begannen (1934 in Estland
und Lettland, im gleichen Jahr in
Bulgarien, 1936 in Griechenland) oder
dort, wo die Macht der
staatstragenden Eliten bestehende
autoritäre Regimes stärkte, war der
Organisations- und
Mobilisierungsspielraum für die
Faschisten eng begrenzt, im Grunde
brauchte es keine faschistische
Bewegung.

Am Vorabend des Zweiten

Weltkriegs waren nur noch elf Länder im Nordwesten Europas Demokratien: Großbritannien, Irland, Frankreich, die Schweiz, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und das winzige Island. Alle hatten sie im Ersten Weltkrieg auf der Siegerseite gekämpft oder waren neutral geblieben. Etwa drei Fünftel der Europäer (wenn wir die Sowjetunion für einen Moment beiseitelassen) lebten in 16 Staaten unter einer wie auch immer gearteten Form eines repressiven autoritären Regimes, in Ländern, in denen die Bürgerrechte stark beschnitten waren und

Minderheiten diskriminiert und verfolgt wurden: Italien, Deutschland (zu dem jetzt auch Österreich gehörte), Spanien, Portugal, Ungarn, die Slowakei, die tschechischen Länder (jetzt unter deutscher Herrschaft das Protektorat Böhmen und Mähren), Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Litauen, Lettland und Estland. Von den Demokratien, die nach dem Ersten Weltkrieg als Nachfolgestaaten des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs geschaffen worden waren, hatte nur die Tschechoslowakei überlebt – bis zu ihrer Zerstörung durch den deutschen

Einmarsch im März 1939. Das Scheitern der Demokratien in den Nachfolgestaaten des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs war das deutlichste Zeichen für den Bankrott der Nachkriegsordnung.

Italien und Deutschland, die beiden Länder, die faschistische Parteien hervorbrachten, die stark genug waren, die Macht im Staat zu übernehmen und diktatorische Regimes aufzubauen, bildeten auch unter den autoritären Regimes in Europa eine Ausnahme, nicht nur im Hinblick auf Charakter und Ausmaß ihrer Herrschaft im Innern, sondern auch auf ihre expansionistischen

Ziele. Was allerdings die Gefährdung des Friedens in Europa angeht, bestand zwischen beiden ein großes Ungleichgewicht. Italien wollte die Kontrolle über das Mittelmeer und, mit einiger Verspätung, ein Kolonialreich in Afrika – eine Gefahr, die hätte gebannt werden können. Für sich genommen jedenfalls hätte sie kaum einen allgemeinen europäischen Krieg verursachen können. Anders verhielt es sich mit Hitlerdeutschland, dem größeren, dynamischeren, brutaleren und ideologisch radikaleren Regime der beiden. Es zielte mit seinem Expansionsdrang auf das Herz

Europas. Das bedeutete eine Gefahr für den ganzen Kontinent. Durch eine drohende deutsche Hegemonie geriet das prekäre Machtgleichgewicht in tödliche Gefahr. Von jetzt an lebte der Frieden in Europa von geborgter Zeit.

SECHS

GEFAHRENZONE

»Die Erfahrung lehrt«, sagte Gletkin, »dass man den Massen für schwierige und komplizierte Prozesse einfache und handgreifliche Erklärungen geben muss. Soweit mir die Geschichte bekannt ist, sehe ich, dass die Menschheit niemals ohne

Sündenböcke auskam.«

Arthur Koestler, *Sonnenfinsternis* (1940)

Um 1934, als das Schlimmste der Wirtschaftskrise überstanden war, hatte sich Europa verändert – auf bedrohliche Weise. Die Nachkriegsordnung war im Zusammenbruch begriffen. Der dreiseitige ideologische Konflikt zwischen Faschismus, Bolschewismus und liberaler Demokratie verschärfte sich. Die faschistischen Regimes brachten ihre Stärke zur Geltung, die Demokratien offenbarten ihre Schwäche. Diktatoren gewannen die

Oberhand und bestimmten die Tagesordnung. Aus den Ruinen einer weltweiten Wirtschaftskrise drohte eine globale Katastrophe.

Die internationale Ordnung zerfällt

Von Anfang an war die Nachkriegsordnung in Europa ein wackliges Gebäude, auf höchst schwankendem Fundament errichtet. Schon immer drohten nationale Egoismen, ethnische Spannungen und nationalistische Ressentiments, die

durch die Nachkriegsvereinbarungen angefacht wurden, eben deren Einsturz auszulösen. Besonders gefährlich wirkten diese Kräfte in der östlichen Hälfte Europas. Im Westen hatte der »Geist von Locarno« in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Hoffnung auf Stabilität und Versöhnung geweckt. Doch nur für kurze Zeit, denn im Klima der Wirtschaftskrise war diese Hoffnung völlig geschwunden. Die Konsolidierung der faschistischen Eroberung des italienischen Staates und zuletzt Hitlers Machtergreifung in Deutschland stellten das übrige Europa vor höchst beunruhigende

Fragen. Nach einem Jahrzehnt faschistischer Herrschaft war Italien nicht mehr das schwache, zersplitterte Land, das es vor dem Ersten Weltkrieg gewesen war, fasste vielmehr die Möglichkeiten ins Auge, sich ein Kolonialreich zu verschaffen und sich zur dominierenden Macht im Mittelmeerraum und Nordafrika aufzuschwingen. Das

besorgniserregendste Gebilde aber, das aus der Wirtschaftskrise hervorgegangen war, mit einem enormen Potenzial, die internationale Ordnung auf den Kopf zu stellen, war das wieder zu Kräften gelangte, selbstbewusste und überaus

durchsetzungsfähige Deutsche Reich
unter nationalsozialistischer
Führung.

Diese neuen Kräfte sollten die
nach dem Ersten Weltkrieg erheblich
veränderte Konstellation der
»Großmächte« umgestalten: Das Ende
des österreichisch-ungarischen
Kaiserreichs hatte in Mittel- und
Osteuropa einen Gürtel instabiler
Staaten entstehen lassen,
Großbritannien und Frankreich
wiederum, die Demokratien im
Westen, waren beträchtlich
geschwächt, die Sowjetunion noch
schwer beschäftigt mit ihrem
gewaltsamen inneren Umbau. Die

internationale Arena sollte jetzt fast völlig vom sich verändernden Gleichgewicht in den Beziehungen zwischen den großen und mächtigen Ländern beherrscht werden, während die kleineren Staaten zunehmend in deren Sog gerieten. Das nationale Auftrumpfen der faschistischen Länder, Italiens und vor allem Deutschlands, war der neue dynamische Faktor, der die internationale Ordnung bedrohte. Die anderen Mächte, die Sowjetunion eingeschlossen, deren oberste Priorität es war, ihr Abwehrkräfte gegen das zu stärken, was sie als Gefahr einer westlichen

kapitalistisch-imperialistischen Aggression betrachtete, mussten auf Kräfte reagieren, die sie nicht ganz verstehen konnten. Zudem waren sie mit ihren konkurrierenden Interessen, mit ihrem Misstrauen untereinander zu uneins, um diesen Kräften wirkungsvoll entgegenzutreten.

Auch der Völkerbund, eigentlich als Institution geschaffen, die über nationalen Interessen stehen sollte, erwies sich als zu schwach, um auf die zentrifugalen Elemente in der europäischen Staatenordnung effektiv zu reagieren. Ohne aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten

war der Völkerbund von Anfang an beeinträchtigt. Allerdings konnte er in den 1920er Jahren bei der Versorgung der vielen Zehntausend Flüchtlinge mitwirken, die durch Osteuropa strömten. Auch war er daran beteiligt gewesen, in Österreich und Ungarn einen Staatsbankrott abzuwenden, hatte umfangreiche Darlehen an diese Staaten vergeben, um die in der Hyperinflation ruinierten Währungen zu stabilisieren. Selbst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und danach setzte er seine Arbeit auf verschiedenen Gebieten fort, bekämpfte Seuchen und

Menschenhandel, suchte nach Wegen, die Bedingungen für den Welthandel zu verbessern. All das ging über nationale Grenzen hinweg und trug zu positiven Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Im Hinblick auf sein wichtigstes Ziel jedoch, nämlich den Frieden zu erhalten und, wenn nötig, zu erzwingen (wozu ihm jedoch jegliche internationalen militärischen Mittel fehlten), sollte der Völkerbund völlig versagen. Er konnte nichts gegen das räuberische nationale Auftrumpfen Italiens und Deutschlands ausrichten und auch die spaltende, kontraproduktive nationale

Interessenpolitik der westlichen Demokratien nicht überwinden.

Zur ersten Störung der internationalen Ordnung kam es jedoch weitab von Europa, als Japan im September 1931 in die Mandschurei einmarschierte. Als China die Weltöffentlichkeit aufforderte, diesen Gewaltakt zu verurteilen, setzte der Völkerbund mit einiger Verzögerung eine Kommission ein, um den Hintergrund des Konflikts zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Fast ein Jahr brauchte die Kommission für ihren Bericht. Sie verurteilte schließlich Japans

Vorgehen, zugleich aber drängte sie China, die nach ihrer Auffassung legitimen Interessen Japans in der Mandschurei anzuerkennen. So vorsichtig dieses Urteil gehalten war, es kam, als es endlich veröffentlicht wurde, zu spät. Denn 1932 hatten die Japaner in der in Mandschukuo umbenannten Mandschurei, einer großen, wirtschaftlich starken Region, bereits einen Marionettenstaat geschaffen. Dem Völkerbund fehlten die Machtmittel, Japan zur Aufgabe seines eroberten Gebiets zu zwingen, und China war zu schwach, zu zerrissen, um an bewaffnete Rückeroberung auch nur

denken zu können. Dass die japanische Aggression von der Weltöffentlichkeit verurteilt wurde, nützte wenig, sondern bewirkte lediglich, dass Japan in Reaktion auf die internationale Verurteilung im Februar 1933 aus dem Völkerbund austrat. Die diplomatische Isolation des Landes aber begünstigte die Entstehung eines schrillen Nationalismus. Japan begab sich geradewegs in die Herrschaft einer expansionistisch gesinnten Militär-oligarchie. Die Mandschurei-Krise hatte die Kraftlosigkeit des Völkerbunds bloßgelegt, und das offenbarte die Schwäche

Großbritanniens und Frankreichs, der beiden dominierenden Länder im Völkerbund. Dass Großbritannien seine Seemacht im Fernen Osten aufrechterhalten musste, belastete seine ohnehin überstrapazierten militärischen Mittel zusätzlich. Das war ein Anreiz für eine Beschwichtigungspolitik (*appeasement*), sowohl im Fernen Osten als auch in Europa.

Das Hauptanliegen des Völkerbunds, internationalen Konflikten durch ein System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage eines Abrüstungsabkommens

vorzubeugen, war inzwischen völlig gescheitert. Die großen Hoffnungen und Ideale, die bei der Gründung des Völkerbunds im Januar 1920 bekundet worden waren, hatten im ersten Jahrzehnt seines Bestehens zu wenigen bis gar keinen Ergebnissen geführt. Das lag nicht daran, dass Abrüstung – dort, wo diese Forderung frei geäußert werden konnte – in weiten Teilen der öffentlichen Meinung unpopulär gewesen wäre. Zehn Jahre nach dem Waffenstillstand, der den Ersten Weltkrieg beendet hatte, verschmolzen ein wieder auflebendes Interesse an der Katastrophe und

Erinnerungen an die Kriegsschrecken mit zunehmenden Ängsten vor dem apokalyptischen Unheil, das ein neuer Weltkrieg bringen würde. In westeuropäischen Ländern wie Großbritannien, Frankreich und Dänemark fanden pazifistische Bewegungen wachsenden Zulauf, auch wenn sie ausnahmslos nur einen kleinen Teil der Bevölkerung erfassten. Sehr viel größer war die Gruppe derjenigen, die zwar keine Pazifisten waren, aber sich dennoch für Frieden und Abrüstung engagierten. Sozialisten, Gewerkschafter, Intellektuelle, Liberale und Geistliche prägten die

Bewegung, Frauen waren überdurchschnittlich vertreten. Ende der 1920er Jahre war auch auf der politischen Linken in Deutschland die Antikriegsstimmung stark gewesen. Erich Maria Remarques Antikriegsroman *Im Westen nichts Neues* wurde, kaum war er 1929 erschienen, zum Bestseller, der sich in Deutschland über eine Million Mal verkaufte.

Der Antikriegshaltung der deutschen Linken stand ein ungebremster Militarismus, die Verherrlichung des Krieges durch die extreme Rechte gegenüber. Die Resonanz, die Ernst Jüngers den

Krieg glorifizierende Erinnerungen *In Stahlgewittern* während der 1920er Jahre in Deutschland gefunden hatten, ließ klar erkennen, wie gespalten die deutsche Bevölkerung in ihren Ansichten über den Ersten Weltkrieg war. Kaum erstaunlich, dass die Veröffentlichung von *Im Westen nichts Neues* bei der Rechten und zumal bei deren aufkommendem Bannerträger NSDAP auf Wut und Empörung stieß. Die amerikanische Verfilmung des Romans, die im Dezember 1930 in deutsche Kinos kam, entfesselte bei den von den Nationalsozialisten angeführten Rechten, die den Film als Beleidigung

der deutschen Ehre empfanden, solche Proteststürme, dass öffentliche Vorführungen wegen »Gefährdung des deutschen Ansehens in der Welt« und »Verunglimpfung der deutschen Armee« verboten wurden.

Erst mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten jedoch triumphierte die militaristische Deutung des Krieges – eines ruhmreichen Kampfes, dem der Sieg allein durch den »Dolchstoß« marxistischer Revolutionäre in der Heimat verwehrt worden sei – über alle Antikriegsgefühle. In den 1920er Jahren war der größte militaristische Veteranenverband, der Stahlhelm,

der die Fronterfahrung glorifizierte, viel kleiner gewesen als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der antimilitaristische Kriegsteilnehmerverband der Sozialdemokraten. Noch 1932, nur ein Jahr vor Hitlers Machtergreifung, organisierten deutsche Sozialisten Friedensdemonstrationen, an denen über 600 000 Menschen teilnahmen. Und selbst nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, hatten viele Deutsche, besonders diejenigen, die den Ersten Weltkrieg erlebt hatten, weiterhin eine geradezu pathologische Angst vor einem neuen Krieg. Es war wirklich ein

Geniestreich Hitlers, sie jahrelang glauben zu machen, er kämpfe für den Frieden und nicht für den Krieg; die Wiederaufrüstung sei der beste Weg, Deutschland zu verteidigen, er wolle, was die militärische Stärke betreffe, nichts weiter als die »Gleichberechtigung« mit den Westmächten. Sofern diese nicht abrüsteten, müsse es Deutschland gestattet sein, seine 1919 durch den Versailler Vertrag auf ein kümmerliches Maß reduzierten Streitkräfte in ähnlichem Umfang wiederaufzubauen wie die Westmächte. Nicht nur recht und billig sei das, sondern auch eine

Forderung des Stolzes und des Ansehens eines großen Volkes – ein für viele, nicht nur in NS-Kreisen, zwingendes Argument.

Und als am 2. Februar 1932, nach jahrelanger Vorbereitung, die Abrüstungskonferenz in Genf begann, wurde die deutsche Wiederbewaffnung zur entscheidenden Frage, die alle Ansätze zunichtemachte, zu einer internationalen Vereinbarung zu kommen. Der Versuch, den weltweiten Waffenhandel zu regulieren, die Rüstungsausgaben der Staaten zu begrenzen und sie dazu zu bewegen, ihr Vertrauen auf

Sicherheit durch Abrüstung zu setzen, warf natürlich viele schwer zu überwindende technische Probleme auf. Als weitaus größeres Hindernis aber erwies sich, dass einige große Länder – darunter Japan, die Sowjetunion, Italien und Deutschland – schlicht nicht abrüsten wollten. Eine weitere Schwierigkeit beunruhigte besonders Frankreich und Großbritannien: Wie weit durfte Deutschland aufrüsten? Verständlicherweise hatten die Franzosen, denen die zweimalige Invasion über den Rhein in den zurückliegenden Jahrzehnten in lebhafter Erinnerung war, ein

vorrangiges Interesse an ihrer nationalen Sicherheit. Jedwede Abrüstung, die diese schmälerte, war inakzeptabel. Großbritannien wiederum, Hauptantriebskraft hinter den Abrüstungsvorschlägen, nahm den stärker idealistischen Standpunkt ein, demzufolge gerade eine allgemeine Abrüstung für Sicherheit sorgen werde. Die Franzosen überzeugte das nicht, und solange sich die Briten weigerten, verbindlich zu erklären, Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs militärisch zur Seite zu stehen, sahen sie keinen Grund, ihre Haltung zu ändern.

Diese grundsätzliche

Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden großen Westmächten kam Hitler gerade recht. Ermöglichte sie ihm doch, die prinzipielle Ungleichbehandlung anzuprangern, die hinter der hochgestimmten Rhetorik der Abrüstungskonferenz stehe: Die westlichen Demokratien seien weder bereit, ihr Rüstungsniveau so weit zu senken, dass es dem entspräche, das sie Deutschland aufgezwungen hatten, noch den Deutschen zu gestatten, in jenem Maß aufzurüsten, das sie selbst als Voraussetzung für die eigene nationale Sicherheit beanspruchten. Unverhandelbare nationale

Interessen (auch aufseiten kleinerer Staaten) und das Beharren jedes Landes auf Sicherheitsgarantien, die nicht gegeben werden konnten, machten jede Hoffnung auf eine Rahmenvereinbarung zunichte.

Die Abrüstungskonferenz war schon dabei, durch ihren endlosen Streit in Vergessenheit zu geraten, als Hitler am 14. Oktober 1933, in voller Übereinstimmung mit den Wünschen von Reichswehrführung und Auswärtigem Amt, die Gelegenheit ergriff, Deutschlands Rückzug aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund zu erklären. Mit seinem zielsicheren Instinkt für

Propagandacoups versäumte er nicht, sich den Austritt durch eine Volksabstimmung bestätigen zu lassen, die nach offiziellen Angaben 95 Prozent Zustimmung brachte und sein Ansehen in der Bevölkerung massiv steigerte. Mit dem deutschen Rückzug war die Abrüstung gestorben, die kraftlose Konferenz aber tagte weiter, bis ihrer Misere im Juni 1934 ein Ende gemacht wurde. Hitler triumphierte. Der Völkerbund hatte eine mächtige Schlappe erlitten. Die Chancen für Abrüstung waren gleich null. Europa bereitete sich auf einen neuen Rüstungswettlauf vor.

Im März 1935 hatte Hitler

genügend Selbstvertrauen, um den Aufbau einer neuen und großen Wehrmacht mit 36 Divisionen (etwa 550 000 Mann) und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht anzukündigen. Auch dass Deutschland über eine Luftwaffe verfüge – sie sei, so Hitler mit deutlicher Übertreibung, bereits so groß wie die britische –, ließ er wissen. Beide Schritte waren eine offene Verletzung des Versailler Vertrags. Die westlichen Demokratien protestierten, aber das war alles. Dabei hatte sie Hitlers Schritt durchaus nervös gemacht. Sie erhöhten nun ihrerseits die

Rüstungsausgaben drastisch.

Im April 1935 verständigten sich die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, durch die deutsche Wiederaufrüstung beunruhigt, in einer Konferenz im norditalienischen Stresa darauf, am Vertrag von Locarno aus dem Jahr 1925 festzuhalten. Aber nach kaum zwei Monaten war es auch mit diesem Feigenblatt internationaler Solidarität vorbei: Großbritannien unterzeichnete einen von Deutschland vorgeschlagenen bilateralen Flottenvertrag, der die relative Größe der Seestreitkräfte beider Länder begrenzen sollte. Die

Briten meinten, damit einer umfassenderen Regulierung und Drosselung der deutschen Wiederaufrüstung einen Schritt näherkommen zu können – eine vergebliche Hoffnung. Tatsächlich war der Flottenvertrag ein weiterer Sargnagel für Versailles, dieses Mal mit Beteiligung einer der Großmächte, auf die die Nachkriegsordnung zurückging. Deutschland jubelte. Vor allem Frankreich war dagegen verärgert über Großbritannien, das im Alleingang und ganz ohne Not Hitlers Ansehen nochmals vermehrt hatte.

Als Deutschland derart gestärkt aus der Isolation wiederauftauchte und die europäische Nachkriegsordnung zusehends zerfiel, drängten die Staaten nach neuen Bündnissen, um ihre Sicherheit zu erhöhen. Als erster Staat (nach dem Vatikan, der bereits kurz nach Hitlers Machtergreifung ein Konkordat mit Deutschland geschlossen hatte) hatte Polen eine neue Grundlage der Beziehungen mit dem erwachenden Riesen in Mitteleuropa gesucht. Hitler entsprach dem im Januar 1934 mit der Vereinbarung eines auf zehn Jahre befristeten Nichtangriffspakts.

Dieser Vertrag diente dem Interesse beider Länder, ihre gegenseitigen Beziehungen zu stabilisieren. Polen gewann Sicherheit nach Westen, und Deutschland konnte auf diese Weise potenzielle Schwierigkeiten im Osten abblocken, zu einem Zeitpunkt, als sich aufgrund des militanten Antibolschewismus der Nationalsozialisten die Beziehungen zur Sowjetunion drastisch verschlechterten.

Zu Beginn der 1930er Jahre war die Sowjetunion vollauf mit inneren Unruhen beschäftigt gewesen. Nachdem aber Hitler die Macht in Deutschland übernommen hatte,

sahen die Sowjetführer, die sich der neuen Gefahr sehr bewusst waren, die möglicherweise auf sie zukam, die Notwendigkeit, mit den westlichen Demokratien zusammenzuarbeiten, um ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen. 1933 nahm die Sowjetunion mit Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen auf und trat im September 1934 dem Völkerbund bei – den sie zuvor als »imperialistische Verschwörung« bezeichnet hatte. Neue Bündnisse waren zu schmieden. Im Jahr darauf unterzeichnete die Sowjetunion einen »Vertrag über den gegenseitigen

Beistand« mit Frankreich und, nach dem gleichen Muster, einen Pakt mit der Tschechoslowakei, die bereits ein Verteidigungsbündnis mit Frankreich abgeschlossen hatte. Hitler allerdings ließ sich durch die neuen Verträge keineswegs abschrecken, im Gegenteil, er löste sich umso entschlossener aus allen Verpflichtungen, die seine Ambitionen einschränkten.

Doch nicht Ereignisse in Mitteleuropa, sondern weit im Süden unterminierten die internationale Ordnung, versetzten dem Völkerbund den tödlichen Stoß, öffneten schließlich den Weg für

engere Beziehungen zwischen Italien und Deutschland. Am 3. Oktober 1935 marschierte Italien in Abessinien ein (später allgemein Äthiopien genannt): altmodischer Imperialismus mit modernen Methoden. Dieser Kriegszug ging auf Mussolini zurück, der nicht zuletzt das Ziel verfolgte, sein eigenes Ansehen zu heben. Ein Sieg wäre die Rache für die demütigende Niederlage, die italienische Streitkräfte gegen die Abessinier bei Adua 1896 hatten einstecken müssen. Und den Westmächten sollte er demonstrieren, dass Italien nicht länger das schwache Land war, dem

1919, obwohl es doch, wie viele Italiener dachten, zu den Siegermächten gehört hatte, sein »gerechter« Anteil an afrikanischen Kolonien vorenthalten worden war. Militärische Eroberungen würden beweisen, dass Italien eine dynamische imperiale Macht war, und das zu einer Zeit, da Großbritanniens und Frankreichs Kolonialmacht zu schwinden schien. Nicht zuletzt wäre Äthiopien ein Sprungbrett für den Aufbau eines modernen Römischen Reichs, dessen Macht sich auf Italiens Herrschaft über das Mittelmeer, über die Adria und Dalmatien, die Ägäis und

Griechenland sowie über Nord- und Ostafrika gründen würde.

Der Abessinienkrieg war barbarisch. Italienische Bomber terrorisierten die Bevölkerung mit großflächigem Einsatz von Giftgas. Dennoch hielten die Äthiopier den weit überlegenen italienischen Streitkräften monatelang stand. Im Mai 1936 endete der Krieg mit der Flucht des äthiopischen Kaisers Haile Selassie und dem Einmarsch italienischer Truppen in Addis Abeba, doch es dauerte weitere sieben Monate und kostete einen immensen Preis, bis die Italiener Äthiopien für »befriedet« erklären

konnten. Der italienische König wurde zum abessinischen Kaiser ausgerufen, und Mussolini konnte sich in den Lobgesängen der italienischen Öffentlichkeit sonnen. Seine Popularität war noch nie so hoch gewesen, noch sollte sie es je wieder sein. Für den Augenblick war sie überwältigend.

International läutete mit dem Abessinienkrieg die Totenglocke für den Völkerbund, er hatte als Instrument für Frieden und Sicherheit in Europa ausgedient. Zwar verhängte er Wirtschaftssanktionen gegen Italien, doch waren diese ziemlich begrenzt.

So wurde beispielsweise der Export von Gänsestopfleber nach Italien verboten, der von Eisen, Stahl, Kohle und Erdöl dagegen nicht. Dann sickerte die Nachricht durch, Samuel Hoare und Pierre Laval, die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, planten, Mussolini für seine Aggression zu belohnen, indem sie Italien zwei Drittel von Äthiopien überließen. Vor allem in Großbritannien führte das zu einem enormen Aufschrei: Die beiden wichtigsten Mitglieder des Völkerbunds erklärten sich mit der Zerstückelung eines anderen Mitgliedsstaats einverstanden, der

von einem weiteren Mitgliedsstaat in einem nicht provozierten kriegerischen Akt überfallen worden war.

Das Verhältnis zwischen Großbritannien und Frankreich war vorübergehend angespannt, jedoch war der Schaden größer, den das Ansehen des Völkerbunds erlitt. Die kleineren europäischen Länder sahen, wie machtlos er war, überdachten ihr Engagement in dem Bund und suchten nach anderen Wegen zu mehr Sicherheit. Die Schweiz bekräftigte ihre Neutralität, setzte tatsächlich aber auf Italien als Gegengewicht gegen den Einfluss Frankreichs und

Deutschlands. Polen, Rumänien und Jugoslawien verloren das Vertrauen in Frankreichs Zuverlässigkeit. Die skandinavischen Länder wiederum, gemeinsam mit Spanien, der Schweiz und den Niederlanden, sahen keinen Nutzen darin, für ein Sanktionsregime einzutreten, wenn die Hauptakteure des Völkerbunds eine Aggression mit territorialen Gewinnen belohnen wollten. Kurz, nach dem Abessinienkrieg war der Völkerbund zu idealistischer Irrelevanz verurteilt. Als Instrument, das den Frieden in Europa erhalten sollte, war er tot – wenngleich, bizarr genug, seine letzte Publikation unter

dem Titel »Abrüstung« im Juni 1940 erscheinen sollte, zu eben dem Zeitpunkt, als die deutsche Wehrmacht dabei war, Frankreich zu überrollen.

Der eigentliche Profiteur des Abessinienkriegs war Deutschland. Bis dahin hatte sich Mussolini Hitler gegenüber ausgesprochen kühl verhalten. Wegen dessen expansionistischer Ziele war der italienische Duce nicht weniger misstrauisch gegen Deutschland als die Westmächte; und das galt vor allem mit Blick auf Österreich. 1934, nach dem Mord am österreichischen Kanzler Engelbert Dollfuß, hatte er

sogar italienische Truppen an den Brenner verlegen lassen als Warnung an Hitler. Noch im April 1935 hatte sich Italien in der sogenannten Stresafront den westlichen Demokratien angeschlossen, in einem Pakt, der helfen sollte, die deutschen Expansionsbestrebungen nach Westen und insbesondere alle Aktionen mit dem Ziel einer deutschen Dominanz über Österreich einzudämmen. Doch im - Abessinienkrieg fand sich Italien weitgehend ohne Freunde wieder, war Sanktionen ausgesetzt und kam militärisch nur langsam voran. Hitler verordnete Deutschland in dieser

Angelegenheit einen Neutralitätskurs, bot aber auch dem Völkerbund keinerlei Unterstützung an. Nun war Mussolini auf Freunde angewiesen, und Hitler konnte ebenfalls welche gebrauchen. Im Januar 1936 vollzog Mussolini einen Richtungswechsel. Stresa, so ließ er wissen, sei tot, er jedenfalls werde sich einer deutschen Herrschaft über Österreich nicht widersetzen; auch Frankreich und Großbritannien werde er nicht zu Hilfe kommen, sollte Hitler auf die in Paris bevorstehende Ratifizierung des Beistandspakts mit der Sowjetunion reagieren. Hitler registrierte das

aufmerksam. Und erkannte, dass er einen frühen Schritt zur Remilitarisierung des Rheinlands ins Auge fassen konnte – ein für die deutsche Verteidigung nach Westen und für die Wiederaufrüstung wichtiger Schritt, zugleich aber eine flagrante Verletzung des Vertrags von Locarno von 1925, der die Nachkriegsordnung in Westeuropa garantiert hatte.

Früher oder später hätte jede nationalistische deutsche Regierung versucht, rückgängig zu machen, was in Locarno noch einmal ausdrücklich bestätigt worden war: die Nachkriegsvereinbarung zur

Entmilitarisierung der linksrheinischen Gebiete Deutschlands und eines fünfzig Kilometer breiten Streifens entlang des rechten Rheinufers. Die meisten Deutschen, und nicht nur fanatische Nationalisten, sahen diese Auflage als unerträgliche Einschränkung deutscher Souveränität an, als bleibendes Stigma des »Diktatfriedens« von 1919. Mit geduldiger Diplomatie hätte sich in den nächsten paar Jahren wahrscheinlich ein Ende der Entmilitarisierung aushandeln lassen. Hitler hatte das Jahr 1937 anvisiert, geduldige Diplomatie allerdings war

nicht seine Sache. Er sah die Vorteile, die ein dramatischer Coup für sein Prestige im Inland wie auch auf internationaler Ebene hätte. Die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Pakts lieferte ihm den Vorwand. Die Verwirrung der westlichen Demokratien wegen Abessinien, die verlorene Glaubwürdigkeit des Völkerbunds und das grüne Licht, das Mussolini signalisiert hatte, machten die Gelegenheit. Der Augenblick war zu nutzen. Hitler plagten Zweifel, er war nervös bis zur letzten Minute, lange zögerte er allerdings nicht. Am 7. März 1936 rückte die Wehrmacht mit

22 000 Soldaten in die entmilitarisierte Zone ein. 30 000 Mann insgesamt hatte Hitler aufgeboten, doch nur 3000 davon erhielten den Befehl, von Polizeieinheiten unterstützt den Rhein zu überqueren und ins westliche Rheinland vorzudringen. Es kam zu keiner militärischen Konfrontation. Wie von Hitler vorausgesehen, protestierten die westlichen Demokratien – und beließen es dabei. Er war durchgekommen: sein bis dahin größter Triumph.

Wie sich zeigen sollte, wäre das die letzte Chance der westlichen

Demokratien gewesen, Hitler unterhalb der Schwelle eines Krieges Einhalt zu gebieten. Warum taten sie das nicht? Immerhin war nur eine kleine deutsche Streitmacht ins Rheinland einmarschiert, die zudem Befehl hatte, sich zurückzuziehen, sollte sie von der größten Armee in Westeuropa herausgefordert werden. Hätten die Franzosen die vorrückenden Truppen durch eine Demonstration militärischer Stärke zum Halten gebracht, wäre Hitlers Ansehen bei den deutschen Militärs und in der Öffentlichkeit bedeutend geschwächt worden. Welche Folgen das gehabt hätte, kann man nicht

wissen. Doch es ist vorstellbar, dass Hitler, wäre er mit dem Versuch, das Rheinland 1936 zu remilitarisieren, schmählich gescheitert, seine weiteren Schritte nicht hätte durchsetzen können, die von einflussreichen Mitgliedern des militärischen Führungsstabs als leichtsinnig und gefährlich betrachtet wurden. Es war jedoch, wie Hitler durch Geheimdienstinformationen aus Paris wusste, sehr unwahrscheinlich, dass Frankreich der deutschen Aktion militärisch Einhalt gebieten würde. Schon vor Hitlers Schritt hatten französische Politiker so gut wie ausgeschlossen,

deutsche Truppen mit Gewalt wieder aus dem Rheinland zu vertreiben. Bei Kosten von 30 Millionen Francs pro Tag wäre eine Mobilmachung finanziell und politisch verheerend gewesen; selbst unter den gegebenen Umständen konnte eine Panik an den Pariser Finanzmärkten nur knapp abgewendet werden. Außerdem war Frankreichs Armee nicht sofort einsatzbereit. Für eine Mobilmachung benötigte sie 16 Tage und sie wäre nach dieser Zeit auch nur in der Lage gewesen, die französischen Grenzen zu verteidigen, nicht aber kampfbereit für einen Vorstoß bis zum Rhein. Auch die öffentliche

Meinung in Frankreich war gegen militärische Vergeltung. Selbst wer Hitler gern bestraft gesehen hätte, glaubte nicht, dass es sich lohne, um das Rheinland zu kämpfen.

Von all dem abgesehen waren die Franzosen nicht bereit, ohne britische Unterstützung zu handeln. Da aber bestand keine Chance: Großbritannien hätte eine militärische Aktion wegen des Rheinlands keinesfalls unterstützt. Seine führenden Politiker wussten genau – und ließen die Franzosen das auch wissen –, dass ihr Land nicht in der Lage war, im Falle eines Bruches des Vertrags von Locarno militärisch

gegen Deutschland vorzugehen. Zudem hätte auch die öffentliche Meinung eine solche Aktion mit Sicherheit nicht gutgeheißen. Nach der Abessinienkrise war die Stimmung in Großbritannien im Zweifelsfall eher antifranzösisch als antideutsch. Niemand wollte sich mit Hitler anlegen, im Grunde genommen hatte er ja, in den Augen vieler Leute, auch nicht mehr getan, als den eigenen Hinterhof zu betreten. Im Gegensatz zu den öffentlichen Reaktionen auf den italienischen Einmarsch in Abessinien gab es diesmal in Großbritannien keine Protestmärsche und

Demonstrationen, keine Forderungen nach Sanktionen gegen Deutschland.

Weder Großbritannien noch Frankreich taten mehr, als möglichst zu vertuschen, dass sie durchaus uneinig waren über das weitere Vorgehen, mit den Schultern zu zucken und an den Völkerbundrat zu appellieren – was Hitler sicherlich schlaflose Nächte bereitet haben muss. So blieb es zuletzt bei halbherzigen diplomatischen Vorschlägen für eine Lösung der Rheinlandfrage, die Hitler ohne Schwierigkeiten ablehnen konnte, denn er hatte die Angelegenheit ja bereits auf seine Weise geklärt.

Anthony Eden, der neue britische Außenminister, erklärte vor dem Unterhaus, seine Absicht sei gewesen, eine friedliche, auf Vereinbarungen beruhende Lösung zu finden: »Appeasement für ganz Europa, das ist es, was wir ständig vor Augen haben.« »Appeasement« (Beschwichtigungspolitik) war ein Begriff, der bald wieder auftauchen und die britische Regierung verfolgen sollte.

Ende März 1936 inszenierte Hitler eine Volksabstimmung, um sich die Rheinlandaktion bestätigen zu lassen. Sie brachte ihm die 99 Prozent Jastimmen, die Diktatoren so am

Herzen liegen. Natürlich war das Ergebnis gefälscht. Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung Hitlers Schritt begeistert begrüßte – zumindest, sobald klar war, dass er nicht zum Krieg führte. Die Popularität des Diktators schnellte im Land in neue Höhen. Und das wiederum festigte seine Dominanz über die alten deutschen Eliten. Seine Kühnheit hatte sich ausgezahlt, ihre Zweifel dagegen hatten sich als falsch erwiesen. Vor allem die Wehrmacht fühlte sich dem Führer nun noch tiefer verpflichtet. Und dessen

Egomanie kannte keine Grenzen mehr; er hielt sich praktisch für unfehlbar, und für diejenigen, die in den angespannten Tagen vor dem Einmarsch ins Rheinland gezögert hatten, hatte er nichts als Verachtung.

Damit war Deutschlands militärische Stärke fraglos zum Hauptfaktor in der europäischen Machtkonstellation geworden – eine erstaunliche Wendung der Dinge, wenn man daran denkt, dass nur vier Jahre zuvor, als das Land am Boden lag, die Westmächte de facto dem Ende der Reparationen zugestimmt hatten. Die Remilitarisierung des

Rheinlands versetzte den Verträgen von Versailles und Locarno den Gnadestoß. Jede Hoffnung auf eine dauerhafte Grundlage für die Sicherheit an der französisch-deutschen Grenze war damit zunichte. Eine Konfrontation zwischen den westlichen Demokratien und Hitlerdeutschland schien früher oder später immer wahrscheinlicher. Drei Jahre lang hatte Hitler immer wieder die Initiative ergriffen, während die Westmächte sich schwach zeigten und zauderten.

Während Großbritannien und Frankreich weiterhin versuchten, mit

diplomatischen Partnern zu ringen, die sich nicht an die Regeln hielten, rückten die Diktatoren Deutschlands und Italiens enger zusammen. Noch Anfang 1936 war beider Verhältnis alles andere als herzlich gewesen. Im Herbst aber wurde geschmiedet, was Mussolini am 1. November als »Achse Rom–Berlin« verkündete. Er wechselte, was ihm selbst allerdings noch entging, aus der Rolle des Seniordiktators in die des Juniorpartners. Die beiden expansionistischen Mächte, von unberechenbaren Führern regiert, die in ihren Ländern mit fast absoluter Macht walteten, wurden zunehmend

zur Doppelbedrohung für den europäischen Frieden. Die Wiener Regierung, von Italien nicht länger unterstützt, hatte im Juli Bedingungen zugestimmt, die den deutschen Einfluss auf Österreich kräftig erhöhten. Und die Achse wurde, noch bevor sie sich formell konstituiert hatte, in Spanien aktiv. Hitler und Mussolini hatten beide bereits entschieden, den nationalistischen Aufstand General Francisco Francos militärisch zu unterstützen.

Ein wichtiger Faktor für die Annäherung der Diktatoren war der Antibolschewismus. Die eindeutig

treibende Kraft war Hitler, für Mussolini war der Antibolschewismus hauptsächlich eine innenpolitische Propagandawaffe gewesen, da Russland für ihn nur geringe strategische Bedeutung hatte. Hitlers Antibolschewismus war radikaler. Die in seiner Vorstellungswelt bestehende intrinsische Verbindung zwischen Juden und Bolschewismus war seit den 1920er Jahren eine persönliche Obsession. Doch die Sowjetunion hatte seit der Machtübernahme bei seinen außenpolitischen Schritten allenfalls eine untergeordnete Bedeutung

gehabt. Das änderte sich 1936. Die Idee einer bevorstehenden, entscheidenden Kraftprobe mit dem ideologischen Hauptfeind, etwas, das ihn stets umgetrieben hatte, verdichtete sich; die Bedrohung durch den Bolschewismus trat von nun an ins Zentrum von Hitlers Denken. Er sah eine reale Gefahr, die Deutschland aus einer kommunistischen Herrschaft in Frankreich und Spanien erwachsen könnte. Die großen Fortschritte, die die Industrialisierung in der Sowjetunion gemacht hatte, sowie die sowjetischen Pläne für eine umfangreiche Aufrüstung waren ihm

nicht entgangen. Wenn Europa in zwei unversöhnliche Lager geteilt war und wenn, wie er es sah, die Zeit gegen Deutschland arbeitete, dann war dieser Gefahr innerhalb der nächsten Jahre zu begegnen, bevor es zu spät war.

Ende August 1936 hatte Hitler ein umfangreiches Memorandum fertiggestellt, mit dem er festsetzte, in welche Richtung sich die deutsche Wirtschaft in den nächsten vier Jahren zu entwickeln habe; das damit festlegte Programm zielte auf die Maximierung der einheimischen Produktion, um die Wiederaufrüstung rapide zu

beschleunigen. Hintergrund war der wirtschaftliche Druck in Deutschland, der in den vorangegangenen Monaten zugenommen hatte. Er musste den Lebensmitteleinfuhren vorerhand Vorrang geben vor den Rohstoffimporten für die Aufrüstung. Prominente Stimmen drängten die Führung zu Rüstungskürzungen und einer wirtschaftlichen Neuorientierung. Eine Entscheidung war fällig.

Und Hitler traf die Entscheidung: Kanonen statt Butter. Er dachte politisch, nicht ökonomisch. Sein Memorandum zum »Vierjahresplan«

begann mit der Feststellung, der Bolschewismus werde im Mittelpunkt eines neuen weltweiten Konflikts stehen. Auch wenn niemand wisse, wann es dazu kommen werde, sei eine Kraftprobe mit der Sowjetunion unausweichlich, erklärte er. Und das Memorandum schloss mit einer doppelten Aufgabenstellung: »I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.« Das war noch kein Zeitplan für einen Krieg. Doch von nun an konnte Deutschland das Gleis nicht mehr wechseln. Ohne Hitler von der Macht zu entfernen, war eine

Rückkehr zu einer auf Außenhandel basierenden Friedenswirtschaft undenkbar. Die Entscheidung war gefallen, das Programm lautete: wirtschaftliche Autarkie um jeden Preis, Aufbau einer Wehrmacht, die bereit für den Kampf ist. Die Weichen waren gestellt. Das Gleis führte zum Krieg. Die Diktatoren begannen, Europas Schicksal zu formen.

Diktatur

Reaktionäre Regimes

Die 1930er Jahre waren das Jahrzehnt der Diktatoren. Einige Diktaturen hatten sich bereits in den 1920er Jahren gebildet; andere folgten als Besatzungsregimes in den 1940er Jahren. Die 1930er Jahre aber waren das Jahrzehnt, in dem die Diktaturen blühten und gediehen. Tatsächlich lebten 1939 mehr Europäer in Diktaturen als in Demokratien.

Alle diese Diktaturen hatten einiges gemeinsam – die Beseitigung (oder starke Einschränkung) pluralistischer Formen der politischen Repräsentation, Begrenzung (oder Abschaffung) der persönlichen Freiheiten, Kontrolle

über die Massenmedien, Abschaffung (oder strikte Begrenzung) der Unabhängigkeit der Justiz, unbarmherzige Unterdrückung politischer Gegner durch umfassende Polizeigewalt. Und alle Diktaturen griffen auf irgendeine Form von Pseudorepräsentation zurück. Von der Sowjetunion abgesehen, wo die »Diktatur des Proletariats« ihren Legitimitätsanspruch auf die Klasse gründete, behaupteten alle diktatorischen Regimes, sie repräsentierten »die Nation« oder »das Volk«, verkörperten die Volkssouveränität und handelten im nationalen Interesse. Fast überall

wurde irgendeine Form von Nationalversammlung oder Parlament beibehalten, so kontrolliert oder manipuliert sie sein mochte. Die tatsächliche Macht lag jedoch überall bei einem »starken Mann«, dessen Autorität auf der Unterstützung von Militär und Sicherheitskräften beruhte. In allen Diktaturen war die Rolle des Militärs entscheidend. Und das Militär war – die Rote Armee ausgenommen – ideologisch nationalkonservativ und vehement antisozialistisch. Den meisten Diktaturen genügten im Wesentlichen negative Ziele, wie Niederschlagung innerer Unruhen,

Wiederherstellung der »Ordnung«, Machterhalt der Eliten. Sie stellten keine internationale Gefahr dar.

So hatte beispielsweise das autoritäre Regime Estlands, das 1934 vom Ministerpräsidenten Konstantin Päts errichtet wurde, dem ehemaligen Führer des Bundes der Landwirte, zum erklärten Ziel, inmitten schwerer politischer Unruhen und einer Parlamentskrise die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten. Für die wachsende politische Unordnung wurde der Verband der estnischen Freiheitskämpfer (Eesti Vabadussõjalaste Liit, im Volksmund Vapsid genannt) — eine

rechtsradikale, populistische, quasifaschistische Bewegung – verantwortlich gemacht. Er wurde verboten, die auf seine Abgeordneten entfallenen Stimmen annulliert, führende Mitglieder verhaftet, politische Demonstrationen untersagt, einige Zeitungen zum Schweigen gebracht. Dann löste Päts das Parlament auf, ließ oppositionelle Aktivitäten verbieten und mit Hilfe staatlicher Propaganda für die nationale Einheit werben. Aber es gab keine politische Verfolgung in großem Maßstab, keine Konzentrationslager, keine Einschränkung der Freiheit von Kunst

und Literatur (solange diese nicht »aufwiegelten«) und auch nur seltene Einflussnahmen auf die Justiz. Päs nannte sein System »gelenkte Demokratie«. Eine Demokratie war es gewiss nicht, aber eben auch keine dynamische Diktatur; nach dem anfangs scharfen Vorgehen erwies es sich vor allem im Vergleich zu den meisten autoritären Regimes dieser Zeit als relativ liberal.

Eine (zumindest in den ersten Jahren) vergleichsweise milde Form des Autoritarismus bestand auch in Polen. Äußerlich blieben demokratische Formen auch nach dem Staatsstreich Marschall

Piłsudskis im Mai 1926 intakt; Parlament (der Sejm), pluralistische Parteien und Gewerkschaften bestanden weiter. Auch die Presse blieb einigermaßen frei. Allerdings wurden die Befugnisse der Exekutive stark erweitert. Der »starke Mann« war Piłsudski, der aus seiner formalen Position als Kriegsminister heraus die Regierung kontrollierte. 1930 wurden über 5000 politische Gegner verhaftet, einige der führenden unter ihnen auch schwer misshandelt. Doch von dieser bedeutsamen Ausnahme abgesehen, hielt sich die Repression in dieser Phase noch in Grenzen.

Im März 1933, als Polen unter der Wirtschaftskrise litt, erteilte der Sejm der Regierung die Vollmacht, per Dekret zu regieren. Die wirkliche Macht hinter Piłsudski lag bei den Militärs. Die sogenannten Obristen, durchweg treue Anhänger Piłsudskis, besetzten wichtige Regierungsämter. Nun verschärfte sich die Repression; auf Erlass des Präsidenten wurde 1934 in Berza Kartuska ein Konzentrationslager errichtet. Eine Internierung für bis zu drei Monate (gegebenenfalls für drei weitere) erforderte keinen Gerichtsbeschluss. Die ersten Häftlinge, die im Juli 1934 in das Lager kamen, waren polnische

Faschisten. Bis 1939 jedoch waren die meisten Internierten Kommunisten. Insgesamt rund 3000 Personen wurden in den Vorkriegsjahren in das Lager geschickt; etwa ein Dutzend von ihnen kam ums Leben – schlimm genug, aber verglichen mit den Opfern anderer autoritärer Regimes eine kleine Zahl. Mit der neuen Verfassung vom April 1935 wurde der autoritäre Charakter des Staates festgeschrieben, der Präsident erhielt als Staatsoberhaupt weitgehende Vollmachten und die Unabhängigkeit des Parlaments wurde weitgehend beseitigt.

Auch nach Piłsudskis Tod im Mai

1935 änderte sich nicht viel. Das Land blieb politisch gespalten und uneins, zugleich war man sich der wachsenden Gefahr bewusst, die von NS-Deutschland ausging. Darum wurde 1937 das »Lager der nationalen Einheit« geschaffen, eine große staatstragende Organisation und eine Sammlungsbewegung von Anhängern von General Edward Śmigły-Rydz, der gegen Ende der 1930er Jahre die beherrschende Figur und »Führer der Nation« war. Polen wurde erheblich nationalistischer, worunter ethnische Minderheiten zu leiden hatten, und deutlich antisemitischer. Die Ideologie freilich

blieb im Wesentlichen auf das vage Ziel nationaler Einheit beschränkt. Eine bedeutende faschistische Bewegung gab es nicht. Die polnische Form des Autoritarismus hatte nichts Dynamisches; es kam zu keinem größeren Versuch, die Bevölkerung zu mobilisieren. Das Regime begnügte sich damit, die Gesellschaft zu kontrollieren; ausgeprägten Ehrgeiz, diese zu verändern, hatte es nicht. Es reichte ihm, die Ordnung aufrechtzuerhalten und in erster Linie den Interessen der konservativen Eliten zu dienen, die von jeher die polnische Gesellschaft beherrschten.

In den meisten autoritären

Diktaturen blieb die Massenmobilisierung ein nur begrenzt eingesetztes Mittel. Der ausgesprochen uncharismatische General Ioannis Metaxas in Griechenland etwa verfügte über keine Massenorganisation. Er kam im April 1936 an die Macht, zuvor belief sich seine Anhängerschaft auf gerade einmal vier Prozent des Wahlvolks. Schwere politische Unruhen und erbitterte Machtkämpfe erschütterten das Land, im Parlament herrschte eine Pattsituation, und so konnte sich Metaxas, unterstützt von König Georg II. (die Monarchie war 1935 restauriert worden) und vom Militär,

im August 1936 zum Diktator aufschwngen. Erklärtes Ziel war, eine Regierung frei von Parteien und Fraktionen einzusetzen, die Griechenland vor dem Kommunismus bewahren sollte. Das Parlament wurde aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt, das Kriegsrecht verhängt, Parteien und oppositionelle Organisationen unterdrückt, die politischen Freiheitsrechte beschnitten, Militär und Polizei verstärkt und mehrere Tausend Gefangene in brutalen Lagern eingesperrt. Im Versuch, faschistische Methoden nachzuahmen, gründete Metaxas eine

ationale Jugendorganisation im faschistischen Stil und inszenierte große Paraden, die ihm als Führer huldigten. Aber bevor Metaxas an die Macht kam, war der faschistische Einfluss in Griechenland gering gewesen, und als er nun versuchte, eine Massenbasis nach dem Vorbild der italienischen Faschisten zu mobilisieren – offenkundig um eine persönliche Machtbasis zu schmieden –, wurde dies zum Fehlschlag. Nicht zuletzt fehlte so etwas wie eine kohärente Ideologie. Metaxas konnte sich bis zu seinem Tod im Jahr 1941 an der Macht halten, allerdings völlig abhängig

von König und Militär. Auch seine Diktatur war eine Variante des repressiven Autoritarismus, der mit Zwangsmitteln herrschte, doch weder die Gesellschaft mobilisierte noch ideologische Dynamik entwickelte.

Die meisten anderen Diktaturen in der Zwischenkriegszeit zeigten ähnliche Züge, angepasst an die jeweiligen nationalen Bedingungen. Miklós Horthys autoritäres Regime in Ungarn geriet in den 1930er Jahren zunehmend unter deutschen Einfluss, behielt aber das äußere Dekor eines pluralistischen Systems bei, war praktisch jedoch mehr denn je von Armee und Großgrundbesitzern

abhängig, jedenfalls nicht von mobilisierten Massen. Die faschistische Massenpartei galt vielmehr als Gefahr, nicht als Rückendeckung für das Regime. Deren Führer Ferenc Szálasi wurde inhaftiert und seine Bewegung, die Partei des nationalen Willens, verboten. Sie wurde im März 1939 als Pfeilkreuzler-Partei (oder Ungarische Nationalsozialistische Partei) neu gegründet und errang bei den Wahlen im Mai dieses Jahres ein Viertel der Stimmen. Doch trotz des wachsenden faschistischen Einflusses und seiner immer extremer nationalistischen und antijüdischen

Einfärbung blieb Horthys Regime wenig dynamisch – es war reaktionär, nicht revolutionär.

Am anderen Ende Europas, in Portugal, herrschte António Salazars Regime, möglicherweise die am wenigsten dynamische Diktatur in ganz Europa. Salazars 1933 gegründeter »Neuer Staat« (Estado Novo) beruhte auf einer korporativen Verfassung, die die Werte eines reaktionären Katholizismus verkörperte. Diese und das Ziel, die portugiesischen Kolonien in Übersee zu erhalten, waren fast schon alles, was die vage Sammlungsideologie des Regimes zu bieten hatte. Das

Wahlrecht war eingeschränkt, die Presse zensiert, Streiks und Aussperrungen verboten, und es gab den üblichen Repressionsapparat – eine politische Polizei und Sondergerichte, weit verbreitete Denunziationen und ein Netzwerk von Informanten. Eine Staatspartei, die Nationale Union, eine Jugendbewegung und eine paramilitärische Organisation (die den faschistischen Gruß benutzte) verschafften dem Regime einen Rückhalt in der Bevölkerung. Aber Salazar wollte sich keineswegs von einer faschistischen Massenbewegung abhängig machen

und unterdrückte die
Nationalsyndikalisten — die
faschistischen »Blauhemden«. Dieser
Diktator, der matteste unter ihnen
allen, wollte keinen Führerkult,
keinen aggressiven Militarismus und
keinen imperialistischen
Expansionismus. Seine Spielart eines
konservativen Autoritarismus stand
im schärfsten Kontrast zu den
dynamischen Diktaturen Europas.

Dynamische Diktatur: Ideologie und Massenmobilisierung

Selbst Zeitgenossen konnten ohne

weiteres erkennen, dass sich drei Diktaturen – die der Sowjetunion, Italiens und Deutschlands – von allen anderen deutlich abhoben. Mitte der 1930er Jahre verhärtete sich ihre ideologische Konfrontation untereinander zusehends – sowjetischer Bolschewismus gegen italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus; eine Konfrontation, die, wie die führenden Politiker der westlichen Demokratien klar erkannten, Europa inzwischen in eine Gefahrenzone führte. Die Warnlichter, die auf die Gefahr eines immer wahrscheinlicher werdenden Krieges in Europa hinwiesen,

begannen zu blinken. Keines der gewöhnlichen autoritären Regimes stellte eine Bedrohung für den Frieden dar. Die drei außergewöhnlichen, dynamischen Diktaturen indes, vor allem Stalins Russland und Hitlers Deutschland, wurden von den westlichen Demokratien mit zunehmender Besorgnis beobachtet. Viele unter den konservativen Rechten fürchteten den Kommunismus mehr als Faschismus oder Nationalsozialismus. Und schon in den 1920er Jahren begannen sie damit, alle drei Regimes in einen Topf zu werfen: Man nannte sie »totalitär«, um sie von bloß

»autoritären« Herrschaftsformen zu unterscheiden. Für die meisten Linken, nicht nur für Kommunisten, war es ein grober Fehler, den Sowjetkommunismus mit den Regimes in Italien und Deutschland gleichzusetzen, die man als Varianten eines Übels ansehen müsse – des Faschismus.

Die drei dynamischen Diktaturen aber waren sich, das lässt sich nicht bestreiten, trotz aller ideologischer Differenzen, in ihren Herrschaftsmethoden ähnlich – in der vollständigen Reglementierung der Gesellschaft, im Terror gegen Oppositionelle und Minderheiten, in

der Vergötterung eines Führers und der unablässigen Mobilisierung durch eine Monopolpartei. Es handelte sich um verschiedene Formen eines völlig neuen, modernen Typs der Diktatur – die völlige Antithese zur liberalen Demokratie. Alle drei waren revolutionär, wenn wir unter diesem Begriff eine große politische Umwälzung verstehen, die vom utopischen Ziel einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaft bestimmt ist. Dementsprechend erhoben alle drei im Prinzip einen »totalen Anspruch« auf das Individuum, doch variierte die jeweilige Praxis. Sie begnügten

sich nicht damit, Repression als Mittel der Kontrolle einzusetzen, sie wollten, unter Berufung auf eine exklusive Ideologie, die Massen mobilisieren und zu überzeugten Gläubigen »erziehen«, sie erhoben Anspruch nicht nur auf die Körper, sondern auch auf die Seelen der Menschen. Darum entwickelte jedes dieser Regime eine Dynamik, die der »konventionelle« Autoritarismus nicht besaß. Doch wie ähnlich waren sich diese Diktaturen in der Praxis?

Stalinismus: Idealismus, Terror und
Angst

Mitte der 1930er Jahre war das bolschewistische Herrschaftssystem zum Stalinismus geworden. Die kollektive Führung, ein in der Anfangszeit des Sowjetsystems nicht gänzlich fiktiver Anspruch, war seit Lenins Tod im Jahr 1924 verschwunden. Aus den Fraktionskämpfen, die die letzte Phase der Neuen Ökonomischen Politik begleitet hatten, und aus der Einführung des ersten Fünfjahresplans im Jahr 1928 ging ein klarer Sieger hervor. Die selbsternannte »Diktatur des Proletariats« verwandelte sich in die Diktatur des Josef Stalin.

1936 wurde eine neue sowjetische Verfassung beschlossen (sie ersetzte die erste von 1924). Stalin verkündete sie als »demokratischste aller Verfassungen der Welt«. Sie versprach das allgemeine Wahlrecht, Bürgerrechte, Freiheit der Gedanken, der Presse und der Religion, versprach Koalitionsfreiheit, das Versammlungsrecht und gab Beschäftigungsgarantien – alles »im Einklang mit den Interessen der arbeitenden Menschen und zum Zweck der Stärkung des sozialistischen Systems«. Selten hat eine Verfassung so ungeheuer gelogen. In Wahrheit war die

Sowjetunion zu dieser Zeit eine gnadenlose, auf Angst, Servilität und Karrierismus beruhende Diktatur. Freiheit gab es nicht – nicht einmal in den Grenzen der leninschen Neuen Ökonomischen Politik. Ebenso wenig bot das Recht einen Schutz. Sowjetbürger waren unbegrenzter staatlicher Willkür ausgesetzt. Das war vor allem das Ergebnis der rasanten, eilig und gewaltsam durchgesetzten Industrialisierung, der erzwungenen Modernisierung eines rückständigen Landes. Dazu kamen die zunehmende Angst vor einem Krieg und nicht zuletzt die extrem autokratischen,

erbarmungslos brutalen und völlig paranoiden Neigungen des Herrschers Stalin.

Was zwischen 1928 und 1932 geschah, während des Ersten Fünfjahresplans, dessen Kernstück die Zwangskollektivierung der Bauern war, bezeichnete Stalin als Revolution von oben. Ende 1932 wurde der Plan als erfüllt erklärt, zum Triumph. Tatsächlich war viel erreicht worden, selbst wenn die Statistiken oft gefälscht waren. Der Plan aber war unter äußerstem Zwang durchgepeitscht worden und zudem völlig unpopulär, besonders unter den Bauern. Die

landwirtschaftlichen Gebiete – der größte Teil des riesigen Landes – waren verarmt. Auch in den Städten herrschte große Unzufriedenheit. Lebensmittel waren knapp, es herrschte schwerer Wohnungsmangel, die Preise stiegen. Auf jeder Ebene machte sich Unzufriedenheit bemerkbar – auch und nicht zuletzt in der bolschewistischen Partei und auf den Führungsebenen von Partei und Staat. Nicht alle Führer der Bolschewiki, viele von ihnen Veteranen aus alten leninistischen Zeiten, waren einverstanden mit dem, was Stalin tat oder wie er es tat. Und

viele erinnerten sich an den Stalin aus Lenins Tagen, an einen bloß beflissenen Anhänger des großen Mannes, der keineswegs als dessen beliebtester oder fähigster Mitarbeiter gelten konnte. Sie kannten den Mann, bevor er zu etwas erhöht wurde, das dem Status eines Halbgotts nahekam. Für Stalin war solches Wissen alles andere als komfortabel.

Das, was in dieser Zeit geschah, stieß jedoch nicht nur auf Ablehnung und Opposition, viele waren auch mit Idealismus und Engagement dabei. Millionen Sowjetbürger im ganzen Land ließen sich von dem enormen,

in rasantem Tempo durchgeführten Industrialisierungsprogramm mobilisieren. Unermüdlich verbreiteten zahllose Parteimitglieder und junge Kommunisten, die in der Jugendbewegung, dem Komsomol, zu Parteiaktivismus herangezogen wurden (der Komsomol war zu der Zeit noch ein elitärer Verband, nicht die Massenorganisation, zu der er in den späten 1930er Jahren wurde), die Vision eines kommenden sozialistischen Utopias. Natürlich war das Bild eines vereinten Volkes, das für ein solches zukünftiges Paradies kämpft, etwas Künstliches; es konnte der riesigen Mehrheit der

Bevölkerung, die sich unter dem Joch tagtäglicher Ängste, materieller Entbehrungen und allgegenwärtiger Unterdrückung abrackerte, kaum spürbar Entschädigung oder Trost bieten. Dennoch fehlte es nicht an Enthusiasten.

Vor allem unter jungen städtischen Arbeitern, Intellektuellen und Juden (die sich in ganz Europa überproportional vom Sozialismus angezogen fühlten, den sie als Weg zur Befreiung von Diskriminierung und Verfolgung sahen) war die Vision einer schönen neuen, im Aufbau begriffenen Welt verbreitet. Die enormen Bauprojekte –

Staudämme, Kraftwerke, die Moskauer U-Bahn, sogar völlig neue Städte wie Magnitogorsk im Ural – wurden sehr positiv als sichtbare Zeichen einer erstaunlichen Veränderung betrachtet, die sich vor ihren Augen abspielte, als greifbarer Indikator des Fortschritts und der Produktivkraft der sowjetischen Gesellschaft. Der Idealismus, den die Mitwirkung am Aufbau des neuen Utopias erzeugte, war kein bloßes Phantasma.

Das Gefühl, am Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuwirken, war an reale, materielle, auf das Hier und Jetzt bezogene Erwartungen

gekoppelt, nicht nur an ferne utopische Vorteile, die ein Engagement für das Regime einbringen könnte. Das Industrialisierungsprogramm erforderte eine ungeheure Mobilisierung, verlangte sehr viele Aktivisten. Wer mitwirkte, konnte eine Karriere aufbauen, seinen Lebensstandard verbessern und nicht zuletzt beträchtliche Macht ausüben im Kampf, das System in Gang zu bringen und zu halten. 500 000 neue Parteimitglieder wurden zwischen 1934 und 1939 rekrutiert. Die meisten von ihnen hatten kaum Schulbildung und keine Erfahrung. Doch in großer

Zahl besetzten diese Neuzugänge die unteren Ränge der Verwaltungsbürokratien – und liebten den Geschmack der Macht, fanden Gefallen an Status und Privilegien, die sie ihnen verschaffte. In den Betrieben wurden Kontrolleure, Vorarbeiter und Manager gebraucht, nicht nur Arbeiter. (Fast 30 Millionen Bauern strömten in den 1930er Jahren in die Städte, sie hofften auf höhere Einkommen, wussten aber nicht, welch brutalem Reglement sie sich dafür unterwerfen mussten.) Der häufig ungezügelte Ehrgeiz der unteren Verwaltungsbeamten konnte

sich auszahlen, wenn diese ihrerseits dem Regime nützlich waren. Ihr rücksichtsloser Dienst an der Sache spiegelte nur wider, was in den Rängen über ihnen vorging. Despotische Manager konnten ihre Mitarbeiter behandeln wie Dreck und taten das auch, weil sie wussten, dass ihr Handeln keine Sanktionen nach sich ziehen, vielmehr willkommen sein würde, sofern nur das jeweilige Soll erfüllt wurde. Und ihre Karrieren waren abhängig davon, dass Plan und Soll erfüllt wurden. Ein Misserfolg, so willkürlich er auch definiert sein mochte, war ein zu grauenvoller Gedanke. Das war der Kern eines

Systems, das auf Millionen »kleiner Stalins« angewiesen war, die dafür sorgten, dass das Regime an der Basis funktionierte. Die Regierung vor Ort arbeitete aber nur in einer Richtung: durch Befehl von oben und Verantwortlichkeit unten.

Die Kontrolle, die Stalin als Generalsekretär über den Parteiapparat hatte, garantierte eine rigorose Zentralisierung der Befehlsgewalt. Alle wichtigen Hebel der Macht und der Organisation lagen in seinen Händen. Ein gewaltiger bürokratischer Apparat – der mehr und mehr seinen willkürlichen Launen, seinem

zunehmenden Despotismus ausgesetzt war, der aber trotz der unbürokratischen Eingriffe in seine Tätigkeit immer noch wuchs – war in der Lage, alles, auch die kleinsten Angelegenheiten vom Zentrum aus zu regeln. Stalins Telegramme beschäftigten sich oft mit trivialen Dingen, es kam vor, dass er jemandem in einer Partei- oder Verwaltungsstelle am anderen Ende des riesigen Landes befahl, dringend benötigte Nägel an einen Bauplatz zu liefern. Die Partei beherrschte den Sowjetstaat, und Stalin beherrschte die Partei. Ja sein autokratischer Stil höhlte den institutionellen Rahmen

kollektiver Entscheidungen an der Parteispitze völlig aus.

Nur zweimal fand in den 1930er Jahren ein Parteitag statt – 1934 und 1939. Das Zentralkomitee der Partei, in der Theorie deren oberstes Gremium, war in den 1930er Jahren zum gefügigen Instrument für Stalins Willen geworden. Das Politbüro, das wichtigste Entscheidungsorgan der Partei, das unter Lenin wöchentlich getagt hatte, traf sich in den 1930er Jahren immer seltener. Einst hatte es 15 Mitglieder gehabt, jetzt bestand es nur noch aus einer Handvoll von Stalins engsten Kumpanen, der wichtigste unter ihnen war sein

treuer Schoßhund Wjatscheslaw Molotow (der als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare so etwas wie ein Ministerpräsident war). Diese Gruppe loyaler Stellvertreter – ihre Ergebenheit gegenüber dem Diktator war durch ihr Gefühl der Unsicherheit und die Anreize und Belohnungen gesichert, die ihre Machtposition mit sich brachte – spielte eine wichtige Rolle bei der Übermittlung und Durchführung von Befehlen in den verschiedenen Sphären von Stalins Herrschaft. Ihre Sitzungen waren oft informell, manchmal ein Essen in Stalins Datscha oder ein Besuch in seiner

Ferienresidenz am Schwarzen Meer. Entscheidungen wurden abgesegnet, abgestimmt wurde nicht. Oft folgte eine Entscheidung einem Vorschlag, den Molotow an Stalin geschickt hatte, der dann mit Veränderungen zurückging und schließlich als Befehl an Parteibüros oder auch an den Rat der Volkskommissare (Sownarkom) geschickt wurde, an das angeblich unabhängige oberste Staatsorgan.

An der Basis führte Stalins autokratische Herrschaft zu einer gewaltigen Umschichtung der Parteimitgliedschaft. Eine Armee neuer Parteifunktionäre ersetzte die alten Kader. Ihre Posten verdankten

sie den Möglichkeiten, die sich mit den drastischen Veränderungen durch Stalins »Revolution von oben« ergaben. Dies wiederum förderte eine servile Akzeptanz seiner Autorität, die nicht mehr hinterfragt und seit Anfang der 1930er Jahre noch verstärkt wurde durch den Aufbau eines »heroischen« Personenkults um den Führer.

Ein Stalinkult musste tatsächlich sorgfältig installiert werden. Nicht nur, weil dieser Mann körperlich unansehnlich war (er war klein und untersetzt und hatte ein von einem großen Schnauzbart beherrschtes, pockennarbiges Gesicht), und auch

nicht nur, weil er ein geheimnistuerischer, ungemein verschlossener Mensch war, der mit einer ruhigen, zurückhaltenden Stimme sprach, in einem Russisch mit starkem georgischen Akzent, den er lebenslang beibehielt. Nein, Stalins eigentliches Problem war Lenins Riesenschatten. Unvorstellbar, dass sich Stalin des legendären Bildes des großen bolschewistischen Helden und Anführers der Revolution hätte bemächtigen können. Also trat er zunächst vorsichtig auf. Die Feierlichkeiten zu seinem 50. Geburtstag im Dezember 1929 brachten öffentliche Elogen. Noch

aber steckte der Kult in seinen Anfängen. Stalin demonstrierte Bescheidenheit, trat öffentlich Versuchen entgegen, ihn auf eine Stufe mit Lenin zu stellen, wollte von Ergebniseitsadressen nichts wissen, die seiner Person galten. Alles Fassade, denn stillschweigend ermöglichte er – unter anderem durch völlige Verfälschung seiner Rolle in der Revolution, die in Wirklichkeit eher gering gewesen war –, dass er erhoben wurde, zunächst in einer Art Doppelkult auf die gleiche Ebene wie Lenin, schließlich zu absoluter Suprematie.

Zahllose

Günstlinge,

Opportunisten und Schmeichler beeilten sich, das heroische Bild eines »Führers des Volkes« auf jede denkbare Weise auszuschnücken. 1933 waren im Stadtzentrum Moskaus mehr als doppelt so viele Büsten und Bilder von Stalin zu sehen wie von Lenin. Und nun wurde Stalin, kein sonderlich bemerkenswerter Philosoph des Marxismus, auch zu dessen hervorragendstem Theoretiker erhoben, seine Werke erschienen in weit größeren Auflagen als die von Marx und Engels, übertrafen selbst die Lenins. Als Stalin 1935 auf einem Kongress in Moskau persönlich

erschien (was selten vorkam), wie immer in seinem farblosen Parteikittel, dauerte der frenetische Beifall der über 2000 Delegierten 15 Minuten. Als er sich endlich legte, rief eine Frau, »Stalin sei Ruhm und Ehre«, und alles ging von vorn los.

Natürlich war dieser Kult größtenteils Propagandawerk. Doch gab es auch echte Resonanz in der Bevölkerung. Zahllose ganz gewöhnliche Russen verehrten ihn. »Das russische Volk braucht einen Zaren«, soll Stalin 1934 ausgerufen haben. Ein populistisches »Väterchen Zar« beschwor für viele Sowjetbürger, besonders für die

Bauern, die noch in Glauben und Ritus verwurzelt waren, das Bild eines strengen Familienpatriarchen herauf, des Garanten der Ordnung und des Wohlergehens, das diesem zu verdanken war – ein zweifellos bedeutsames Element des alles beherrschenden Stalinkults. Das Bild einer starken, entschlossenen Führung entsprach genau dem, wonach sich Millionen von Sowjetbürgern nach den turbulenten Jahren voller Aufruhr und Umbrüchen sehnten. Offiziell war die Sowjetunion eine atheistische Gesellschaft, gleichwohl verstärkten die tief in der Volksreligion

verwurzelten Traditionen – 57 Prozent der Sowjetbürger gaben in der später unterdrückten Volkszählung von 1937 an, religiös gläubig zu sein – die quasisakralen Elemente des Stalinkults: Man glaubte an ihn als Propheten, Retter oder Erlöser.

Der Kult lieferte Stalin zweifelsohne eine Basis echter Popularität, selbst wenn sich diese nicht quantifizieren lässt. Nicht zu bestreiten ist die Bedeutung des Stalinkults für die Festigung seiner Herrschaft. Ein anderer Faktor war jedoch weitaus wirksamer: Angst. Stalins persönliche Herrschaft

beruhte vor allem auf der Unsicherheit aller untergeordneten Autoritäten, die seinen willkürlichen Entscheidungen über Leben und Tod zunehmend ausgeliefert waren. Auf diese alles durchdringende Unsicherheit vor allem, die die gesamte sowjetische Gesellschaft durchzog, stützte sich das Regime. Sie erreichte während des »Großen Terrors«, der die Säuberungen der Jahre 1937/38 begleitete, völlig neue Dimensionen.

Schon während des Ersten Fünfjahresplans hatte die staatliche Gewalt ein unerhörtes Niveau erreicht, und es war zu

Massenverhaftungen gekommen. Bereits 1933 befanden sich über eine Million »antisowjetischer Elemente« in Lagern und Gefängnissen. Stalins großer Unmut über lokale Widerstände gegen das drastische Tempo der wirtschaftlichen Umwälzungen – und er witterte diese Opposition überall – hatte 1933 den Ausschluss von über 850 000 Parteimitgliedern zur Folge. Spannungen gab es auch bis hinauf in die oberste Führung. Einige Parteiführer wollten den Druck auf die Wirtschaft verringern. Einiges deutete darauf hin, dass sich Stalin nicht länger auf die vorbehaltlose

Unterstützung der höchsten Parteiebenen verlassen konnte. Manche setzten ihre Hoffnung auf Sergei Kirow, Leningrads populären Parteichef und Mitglied des Politbüros. Im Dezember 1934 wurde Kirow vor seinem Büro in Leningrad erschossen.

Der junge Mörder Leonid Nikolajew hatte einst mit Grigori Sinowjew in Verbindung gestanden. Stalin hatte nicht vergessen, dass Sinowjew früher in einem Zweckbündnis mit Lew Kamenew und Trotzki (der inzwischen zum dämonisierten Erzfeind geworden war) seinen Machtambitionen Einhalt

gebieten wollte. Nikolajews Motive mögen persönlicher, nicht politischer Natur gewesen sein, denn Kirow hatte sich an Nikolajews Frau herangemacht. Aber Stalin lauerte geradezu auf politische Komplotte. Der Mörder wurde kurz verhört, dann erschossen. Da Stalin das Attentat schnell zu seinem Vorteil wendete, wurde immer wieder der Verdacht geäußert, er sei am Mord an Kirow beteiligt gewesen, was aber nie bewiesen werden konnte. Jedenfalls erteilte er der geheimen Staatspolizei (NKWD) die Vollmacht, nach Belieben zu verhaften, zu verurteilen und hinzurichten.

Sinowjew und Kamenew wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Über 30 000 tatsächliche oder vermeintliche Stalin-Gegner aus Leningrad wurden nach Sibirien oder in andere entlegene Gebiete deportiert, fast 300 000 Mitglieder in den folgenden fünf Monaten aus der Partei ausgestoßen. Stalins sich steigernde Paranoia ließ sicher nicht nach, wenn er die Polizeiberichte bald nach Kirows Ermordung gelesen hat. »Sie töteten Kirow. Wir töten Stalin«, lautete ein Satz, der die Runde machte, zusammen mit anderen Bekundungen des Wunsches, Stalin loszuwerden.

Nun kannten die Verdächtigungen des Diktators keine Grenzen mehr. Vom NKWD erhielt er 1936 die Nachricht, Trotzki stehe vom Ausland aus in Verbindung mit Anhängern Sinowjews, Kamenews und Nikolai Bucharins, eines weiteren früheren Gegners. Stalin ließ Sinowjew und Kamenew aus dem Gefängnis holen und wegen angeblicher »terroristischer Aktivitäten« und Mordanschläge, als deren nächstes Opfer nach Kirow Stalin selbst auf der Liste stehe, erneut vor Gericht stellen – der erste Schauprozess. Sinowjew und Kamenew wurden zum Tode

verurteilt und im August 1936 erschossen. Sie waren die ersten aus der alten bolschewistischen Garde, ehemalige Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, die der Säuberung zum Opfer fielen – aber keineswegs die letzten. Bucharins Schauprozess und seine unvermeidliche Hinrichtung folgten 1938. Nun lebten auch die Mitglieder des Zentralkomitees in Angst und Schrecken – aus gutem Grund, denn von 139 Mitgliedern wurden nicht weniger als 110 als »unzuverlässig« erachtet und verhaftet – ein Schritt, der gewöhnlich die Hinrichtung oder ein wenig beneidenswertes Schicksal

im Gulag zur Folge hatte. Auch Angehörige der Partei- und Staatsführungen in praktisch allen Sowjetrepubliken wurden verhaftet. 1966 Delegierte hatten am Parteitag von 1934 teilgenommen, 1108 von ihnen wurden von der Polizei abgeholt. Stalin machte sich daran, die kommunistische Partei als unabhängige Machtbasis zu vernichten. Den Säuberungen fielen aber auch Betriebsleiter, Wissenschaftler und Ingenieure in großer Zahl zum Opfer – ein Grund, warum das Wirtschaftswachstum nach 1937 stagnierte.

Einmal in Gang gesetzt,

entwickelten die Säuberungen eine Eigendynamik. 1937 nannte der NKWD dem Politbüro das Ziel von über einer Viertelmillion Personen, die zu verhaften seien. Über 70 000 Verhaftete wurden erschossen, der Rest zu langer Haft in Gefängnissen oder Arbeitslagern verurteilt. Als die Säuberungen Ende 1938 nachließen (möglicherweise weil die enormen Störungen der Industrieproduktion schadeten), war das gesetzte Ziel weit überschritten. Auf bis zu 1,5 Millionen war die Zahl der Verhafteten gestiegen, etwa 700 000 Menschen wurden erschossen. Selbst Chefsäuberer

Nikolai Jeschow, genannt der »Eisenigel«, Stalins Polizeichef seit 1936, wurde 1939 verhaftet und im darauffolgenden Jahr hingerichtet. 1939 lag die Zahl der Gefangenen in Haftanstalten, Arbeitslagern und – kolonien, wo die Lebensbedingungen dem Tod näher waren als dem Leben, bei fast drei Millionen. Die Sterberate aufgrund von Hunger, Überarbeitung und willkürlichen Exekutionen war riesig.

Stalin war ein zutiefst rachsüchtiger Mensch, kalt und grausam. (Sogar seinen Papagei »säuberte« er, schlug ihm die Pfeife auf den Kopf, weil ihm auf die

Nerven ging, dass der Vogel seine vulgäre Spuckerei nachahmte.) Er neigte auch zu paranoiden Phantasien. Die allerdings nährten sich auch aus realen Entwicklungen, die ihm durchaus rationale Gründe lieferten, an seiner persönlichen Sicherheit zu zweifeln. Die Orgie des Terrors, die in den 1930er Jahren die Sowjetunion erfasste, war jedoch nicht allein ein Ausfluss von Stalins Verfolgungsphantasien. Millionen ehrgeiziger Apparatschiks und serviler Bürger ließen den Terror auf allen Ebenen der Gesellschaft wirksam werden. Denn für jedes Terroropfer gab es Gewinner, solche,

die persönlich vom treuen Dienst für das Regime profitierten. Ohne Zweifel war der Glaube weit verbreitet, die Sowjetunion sei verseucht mit »Schädlingen«, »Saboteuren«, »Nationalisten«, »Kulaken«, mit Spionen und feindlichen Agenten; ein Glaube, den das Regime förderte. Insofern wurde Terror, der »Oppositionelle« unschädlich machte, von vielen begrüßt, er stärkte ihre Identifikation mit der gewaltigen Aufgabe, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, untermauerte ihren Glauben an Stalin. Selbst unter denen, die verfolgt und diskriminiert

wurden, waren viele, die verzweifelt dazugehören wollten, die sich zu den sowjetischen Werten bekannten.

Zu Denunziationen wurde auf allen Ebenen ermuntert. Die kleinste »abweichlerische« Bemerkung konnte das gefürchtete nächtliche Klopfen an der Tür nach sich ziehen: »Ich wache morgens auf und denke mechanisch: Gott sei Dank, heute Nacht haben sie mich nicht verhaftet«, schrieb eine Frau aus Leningrad im November 1937 in ihr Tagebuch, »tagsüber verhaften sie nicht, und was in der nächsten Nacht sein wird, weiß man nicht.« Ein anderer Leningrader Bürger, ein Fabrikarbeiter, lag nachts

schlaflos im Bett, voller Angst, jeden Moment ein Motorengeräusch zu hören. »Sie kommen mich holen!«, sagte er, wann immer er nachts ein Auto in der Nähe hörte. Er war, wie sich sein Sohn erinnerte, »überzeugt, wegen irgendetwas, was er geäußert hatte, verhaftet zu werden – manchmal verfluchte er die Bolschewiki.« Das Auftauchen der Polizei war furchtbar: »Plötzlich fuhren dann mehrere Autos in den Hof«, erinnerte sich der Sohn von Ossip Pjatnizky, einem alten Bolschewiken und vertrauten Genossen Lenins, in seinem Bericht über die Verhaftung seines Vaters.

»Männer in Uniform und Zivil sprangen aus den Autos heraus und schritten auf Hauseingänge zu ... In jenen Tagen erwarteten viele, verhaftet zu werden, doch keiner wusste, wann er an der Reihe war.« Die Angst vor Denunziationen führte zu einer schweigenden Gesellschaft. »Die Leute reden nur im Verborgenen, hinter vorgehaltener Hand und privat. Die einzigen, die offen ihre Meinung sagen, sind die Trinker«, vertraute ein Mann 1937 seinem Tagebuch an.

Die Denunziationen mussten nicht unbedingt politische Gründe haben, auch Karrierevorteile oder eine

direkte materielle Belohnung konnten Motive abgeben. Wenn man persönliche Rechnungen zu begleichen hatte – einen Konflikt mit Nachbarn, einen Streit am Arbeitsplatz, die Beendigung einer intimen Beziehung –, konnten sie geradezu ein Geschenk des Himmels sein. Eine Armee von Informanten – die bezahlt, bestochen, zur Mitarbeit gepresst wurden, häufig auch freiwillig kollaborierten – zeigte ihre Mitbürger bei der Polizei an, die daraufhin unweigerlich ins Gefängnis, in die Verbannung oder ein Arbeitslager kamen, wenn sie nicht hingerichtet wurden. Die

Insassen der Gefängnisse – viele wussten gar nicht, welches »Verbrechen« ihnen zur Last gelegt wurde – repräsentierten einen Querschnitt durch die Gesellschaft. In den Jahren 1937/38 war in der Sowjetgesellschaft niemand ungefährdet, ein einfacher Bauer so wenig wie ein Mitglied des Zentralkomitees. Gerade die Parteielite lebte gefährlich; nicht einmal Stalinenthusiasten konnten sicher sein, dass irgendwann das nächtliche Hämmern an der Tür nicht ihnen galt.

Es ist möglich, dass Stalins zunehmende Angst vor einer der

Sowjetunion drohenden Gefahr hinter dieser totalen Explosion des Terrors während der großen Säuberungen stand. Überall im Land sah er »faschistische Spione und Feinde« am Werk, eine ungeheure »fünfte Kolonne«, und er ließ keinen Stein auf dem anderen, damit jede innere Opposition vernichtet war, bevor es zum Krieg kam. Ethnische Minderheiten, die entlang der sowjetischen Grenzen lebten, wurden massenhaft deportiert und liquidiert; besonders gefährdet waren Polen (auch viele argwöhnisch beobachtete Weißrussen und Ukrainer) in den westlichen Gebieten der

Sowjetunion. Weil er fürchtete, Polen könnte sich mit Hitlerdeutschland zusammentun, um die Sowjetunion anzugreifen, befahl Stalin im August 1937 die Festnahme von 140 000 sowjetischen Polen, die in den folgenden Monaten entweder erschossen oder in Arbeitslager geschickt wurden.

Nicht einmal die Rote Armee verschonte Stalin. Angesichts der Bedrohung von Westen und vom Fernen Osten – Hitlerdeutschland und Japan hatten im November 1936 den Antikominternpakt unterzeichnet – war jegliche Störung beim Ausbau der Roten Armee das

letzte, was er brauchte (so hätte man denken können). Tatsächlich aber zerschlug Stalin in den Jahren 1937/38 praktisch das gesamte militärische Oberkommando. Michail Tuchatschewski, der beste Stratege, der Stalin früher mehr als einmal verärgert hatte, wurde verhaftet, zum Bekenntnis gezwungen, an Verschwörungen zum Sturz der Sowjetregierung beteiligt zu sein, und hingerichtet. Insgesamt über 30 000 Offiziere fielen den Säuberungen zum Opfer, mindestens 20 000 wurden erschossen. Je höher der Rang, desto größer die Wahrscheinlichkeit, in die

Säuberungsmühlen zu geraten. Derart »enthauptet«, war die Rote Armee unter dem Kommando von Kliment Woroschilow, einem unfähigen Günstling Stalins, völlig geschwächt und nicht in der Lage, an einen großen Krieg auch nur zu denken.

Weil man um den alarmierenden Rückstand wusste, wurden die sowjetischen Verteidigungsausgaben in den fünf Jahren zwischen 1934 und 1939 in wahnwitzigem Tempo erhöht, von 9,7 auf 25,6 Prozent des Staatshaushalts (von knapp 5,4 auf 39,2 Milliarden Rubel). Das wiederum hatte zur Folge, dass sich die Lebensbedingungen der

Sowjetbürger, die sich während des Zweiten Fünfjahresplans von 1933 bis 1937 leicht gebessert hatten, erneut beträchtlich verschlechterten. Maßnahmen zur Steigerung von Lieferquoten landwirtschaftlicher Produkte, Steuererhöhungen und die Intensivierung der Arbeit auf den Kolchosen waren auf dem Land äußerst unbeliebt; in den Städten empörten sich die Arbeiter über die 1938 eingeführten restriktiven Arbeitsgesetze.

Der Stalinismus war keine populäre Diktatur. Gewiss gab es viele überzeugte Idealisten und ideologische Eiferer. Die Bevölkerung

insgesamt jedoch – von echten oder heuchelnden Stalinanbetern und Regimeenthusiasten abgesehen – wurde in eine trotzige Ruhe gezwungen. Zu größeren Tumulten oder Unruhen kam es nicht. Soweit wir wissen, versuchte auch niemand, Stalin umzubringen. Er wurde von vielen geliebt, weit mehr jedoch gefürchtet. Der Terror, das charakteristische Merkmal von Stalins Herrschaft, hat seine Wirkung getan. Niemals zuvor hatte eine Regierung so viele Menschen aus dem eigenen Volk derart willkürlich und kaltherzig drangsaliert.

Mussolinis Italien: Der »totalitäre« Traum

Im Juni 1925 rühmte Mussolini »den wilden totalitären Willen« (*feroce volontà totalitaria*) der faschistischen Bewegung. Das war, wie vieles, was er von sich gab, nichts als Schwulst. Er wusste genau, dass »Willen« allein, so »wild« und »totalitär« er sich gerieren mochte, keine solide Machtbasis schaffen konnte. Mit Aktivismus und Schlägertum, denn darauf lief jener Willen in der Praxis hinaus, ließen sich Gegner entwaffnen, aber nichts aufbauen. Trotz seiner eigenen radikalen

Instinkte war Mussolini klug genug einzusehen, dass er, wie bei seiner »Machtergreifung«, Unterstützung von Kräften brauchte, die über seine undisziplinierten Straßenkämpfer hinausreichten: Er brauchte den Rückhalt der alteingesessenen Eliten. Die Partei konnte keine solide Machtgrundlage sein, so viel war ihm klar. Als solche brauchte er den Staat.

Entweder war er clever genug oder hatte einfach nur Glück, im Februar 1925 jedenfalls, als er sich immer noch an die Extremisten in seiner Bewegung anbot, fiel ihm ein, wie er sein Problem mit den ungebärdigen, radikalen Parteibossen

lösen konnte. Er machte Roberto Farinacci, den radikalsten im Kreis der Provinzbosse, *Ras* genannt, zum nationalen Sekretär der faschistischen Partei. Farinacci, ein übler, äußerst rücksichtsloser Kerl, hatte wenig politisches Gespür. Zwar zog er einige der radikalsten Unruhestifter aus dem Verkehr und half damit Mussolini. Aber die Gewalt der Straße, die Farinacci duldete, sogar direkt begünstigte, führte zu einer Gegenreaktion, so dass Mussolini Farinacci 1926 entlassen und sich von den unpopulären Aktionen der Partei distanzieren konnte. In den folgenden Jahren wuchs die faschistische Partei

unter weniger radikalen, aber in administrativer Hinsicht fähigeren Parteisekretären beträchtlich (1933 hatte sie, bei einer Bevölkerung von 42 Millionen, fast 1,5 Millionen Mitglieder), verlor zugleich jedoch jede Ähnlichkeit mit einem »wilden totalitären Willen«, hatte ihren revolutionären Elan abgelegt und war zu einer Partei des Establishments geworden.

Freilich gab es Leute in der Partei, darunter am prominentesten Mussolini selbst und einige regionale Parteibosse, die noch immer revolutionäre Ambitionen hegten. Sie waren die Garantie dafür, dass es

keinen Rückzug in einen bloß konventionellen Autoritarismus gab. In ihrem Wesen hatte sich die Partei jedoch gewandelt, war nun nicht viel mehr als ein Propagandainstrument, ein Vehikel, um die Verherrlichung Mussolinis zu inszenieren, ein Apparat der sozialen Kontrolle und eine Organisation zur Aufrechterhaltung der Staatsmacht. Denn in Mussolinis Italien war, im Unterschied zum Sowjetregime, die Monopolpartei – nach 1928 waren keine anderen Parteien mehr erlaubt – Dienerin des Staates, nicht dessen Herrin.

»Alles im Staate, nichts außerhalb

des Staates, nichts gegen den Staat«. Das waren Mussolinis Worte im Oktober 1925 gewesen. Die im Ersten Weltkrieg von allen kriegführenden Ländern etablierten sozialen und wirtschaftlichen Kontrollen hatten nicht nur in Italien den Glauben genährt, dass sich nationale Stärke allein durch die totale staatliche Kontrolle der Gesellschaft erreichen lasse. Die offenkundige Schwäche der liberalen politischen Systeme nach dem Krieg, die kaum in der Lage waren, die immensen Probleme, das Erbe der großen Katastrophe, zu bewältigen, hatte diese Auffassung verstärkt. Mussolinis prominentester

Theoretiker Giovanni Gentile, Philosophieprofessor in Rom und seit 1923 Erziehungsminister des Regimes, sprach nicht vom »totalitären Willen« der faschistischen Bewegung, sondern vom »totalitären Staat«. Über den Staat hinaus hatte für Gentile nichts Bedeutung; dieser umfasste alle Facetten der Gesellschaft, er verkörperte den nationalen Willen. »Totalitär« sei der italienische Faschismus nicht mit Blick auf politische Organisation und Richtung, nicht darin, dass er »alles im Staat beschlossen« sieht. Der faschistische Staat sei vielmehr

»Synthese und Einheit aller Werte«, als solcher »deutet, entwickelt und steigert [er] das ganze Leben des Volkes«. Mochte diese Idee vage sein und letztlich unrealisierbar, sie war zu dieser Zeit etwas Neues.

Der Aufbau dieses »totalitären Staates« vollzog sich nicht über Nacht, sondern schrittweise in den späten 1920er Jahren. Er beruhte unvermeidlich auf der Ausschaltung der politischen Opposition, die bis Anfang 1925 erledigt war. Wobei nicht mehr allzu viel zu tun blieb, denn die meisten Gegner waren zuvor bereits eingeschüchtert worden. Nur etwa 100 Personen wurden verhaftet.

Die meisten führenden Oppositionspolitiker setzten sich ins Ausland ab. Im gleichen Jahr wurde die Presse zügig unter die Kontrolle der Regierung gebracht und eine strikte Zensur verhängt. Viel Protest wurde nicht laut, auch wenn der Senat, der sich eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt hatte, das Pressegesetz noch einige Zeit aufhalten konnte. 1926 wurden alle Oppositionsparteien verboten: Den Vorwand hatten vier gescheiterte Attentate auf Mussolini geliefert, sie hatten für eine Stimmung gesorgt, die danach verlangte, für Ordnung zu sorgen. Auch Streiks und

Aussperrungen wurden verboten. Für einige Jahre konnten die Kommunisten ihre Untergrundorganisationen noch aufrechterhalten, verloren allerdings zusehends Mitglieder; 1934 waren es nur mehr einige Hundert Personen. Bereits 1929 wurde die Kirche durch die Lateranverträge besänftigt; vom Klerus waren also keine Schwierigkeiten zu erwarten. Als Zeichen des neuen Einverständnisses rühmte Papst Pius XI. Mussolini als einen Mann, der von der »Vorsehung« geschickt sei, um sein Land von der falschen Lehre des Liberalismus zu befreien.

Der italienische faschistische Staat wurde durch die Gewalt der paramilitärischen bewaffneten Einheiten ermöglicht, der *squadristi*; die systematische Unterdrückung jedoch, die notwendig war, um potenzielle Gegner in Schach zu halten, blieb Aufgabe von Polizei und Justiz – und die lagen beide nicht in den Händen von radikalen Faschisten oder Parteiaktivisten. Ältere Formen staatlicher Unterdrückung wurden eher erweitert und verschärft, als dass sie revolutioniert wurden. Die politische Polizei, die praktisch ohne Kontrolle durch die Justiz arbeitete, wurde zentralisiert und ein

umfangreiches Netz von Agenten und Informanten (darunter viele Freiwillige) aufgebaut. Wo sich Dissens zeigte, griffen neue Maßnahmen strenger Überwachung. Denunziationen, die für gewöhnlich anonym erfolgten, waren an der Tagesordnung; ebenso unzählige Polizeiaktionen, häufig durch Denunziation kleiner, wenn nicht gar fiktiver »Vergehen« ausgelöst. »Subversive« konnten durch lange Gefängnisaufenthalte oder durch Verbannung in entlegene Provinzen Süditaliens oder auf küstennahe Inseln bestraft werden. Das traf vor allem die Kommunisten. (Der frühere

kommunistische Parteiführer Antonio Gramsci schrieb seine *Gefängnishefte*, die einige seiner bedeutendsten theoretischen Überlegungen zum Marxismus enthalten, während der Verbüßung einer 20-jährigen Haftstrafe, in deren Verlauf er starb.) Für Anschläge auf Mussolini oder auf Angehörige der königlichen Familie wurde die Todesstrafe eingeführt, 1927 ein »Sondergericht zur Verteidigung des Staates« eingesetzt, das nach dem Kriegsrecht verfuhr, jenseits normaler gesetzlicher Einschränkungen. Vor diesem Gericht wurden in den folgenden Jahren über 5000 Fälle verhandelt.

Das alles war sicher repressiv genug, um jeden ernst zu nehmenden Widerstand im Inneren gegen das Regime aussichtslos zu machen. Verglichen mit anderen autoritären Regimes jedoch – nicht nur mit NS-Deutschland oder mit der stalinistischen Sowjetunion – war die Repression im Inland eher mild. Francos Spanien zum Beispiel sollte sich schon bald als weitaus blutrünstiger erweisen. Weniger als ein Fünftel der vor dem italienischen Sondergericht verhandelten Fälle endete mit einer Verurteilung. Betroffen waren zumeist Kommunisten, auch Freimaurer

gerieten verschärft ins Visier. Vor dem Krieg wurde nur neunmal die Todesstrafe vollzogen, in acht weiteren Fällen wurde sie in eine Haftstrafe umgewandelt. Etwa 14 000 Antifaschisten wurden – oft einfach nur auf Anordnung der Polizei – mit Exil (*confino*) bestraft, manchmal für lange Zeit; doch wurden Exilierte häufig auch vorzeitig amnestiert.

Große Teile der Bevölkerung zeigten weniger Begeisterung für das Regime, als dass sie sich gezwungenermaßen anpassten; oft, weil anders weder Arbeitsstellen noch Sozialleistungen zu bekommen waren.

Unvermeidliche

Begleiterscheinungen waren Korruption und Beamtenbestechung. Wer eine kritische Einstellung hatte, behielt seine Meinung besser für sich. Aber Italiener, die sich fügten, mussten kein nächtliches Klopfen an ihrer Tür fürchten. Die Repression war nicht willkürlich und grenzenlos, sondern richtete sich in der Hauptsache gegen Antifaschisten. Das genügte im Großen und Ganzen, um abweichende Meinungen einzudämmen und die Opposition zu neutralisieren: Unter den Italienern herrschten weitgehend Apathie und dumpfe ergebenheit in das, was nicht zu ändern war. Jedoch war das

faschistische Italien keine terrorisierte Gesellschaft wie die Sowjetunion unter Stalin. Der schlimmste Terror wurde exportiert, nicht gegen die italienische Mehrheitsbevölkerung gerichtet, sondern gegen die vorgeblich rassistisch Minderwertigen in den afrikanischen Kolonien.

Die traditionellen Stützen der italienischen Staatsmacht wurden in den Dienst des Faschismus gestellt. Mussolini hatte versprochen, die staatliche Bürokratie zu verkleinern, in Wirklichkeit erweiterte er sie. Bis 1929 hatte der Diktator acht Ministerien persönlich übernommen,

brauchte also Karrierebeamte, die sie für ihn leiteten. Natürlich traten diese in die Partei ein, dennoch waren die meisten von ihnen zuerst Beamte und dann Faschisten. Auch in den Provinzen hatten nicht die lokalen faschistischen Parteiführer, sondern die staatlichen Präfekten das Sagen – und die hatten auf die faschistischen Aktivisten ebenso ein Auge wie auf potenzielle »Subversive«. Meistens, vor allem im Süden, lag die Macht weiterhin bei Honoratioren aus der traditionell herrschenden Klasse, die zumeist nur auf dem Papier Faschisten waren.

Auch die Armee musste bei Laune

gehalten werden. Zwar gab es 1925 Pläne, sie zu verkleinern, doch wurden die rasch aufgegeben und der Kriegsminister, der entsprechende Vorschläge gemacht hatte, entlassen. Mussolini selbst übernahm das Ressort (kurz darauf auch das Marine- und das Luftwaffenministerium). Das lief in der Praxis darauf hinaus, dass sich die Teilstreitkräfte selbst führten – mit minimaler Koordination und Effizienz. Mussolini konnte wenig tun, um daran etwas zu ändern. Das Offizierskorps blieb größtenteils konservativ, von treuer Ergebenheit gegenüber dem Faschismus konnte kaum die Rede

sein. Die Loyalität konservativer Offiziere, die keine innerliche Bindung an Mussolini hatten, galt der Monarchie. Die Generäle und Admirale, ganz besonders eingefleischte Nationalkonservative, waren jedenfalls nur zu gern bereit, die Durchsetzung der faschistischen »Ordnung« zu akzeptieren, die Unterdrückung der Linken, die Herstellung der nationalen Einheit – solange dies keine Einmischung in militärische Angelegenheiten bedeutete.

Anfang der 1930er Jahre hatte das faschistische Regime seine Macht vollständig konsolidiert. Eine

nennenswerte Opposition gab es nicht mehr, und die Unterstützung durch die Machteliten – Monarchie, Militär, Kirche, Industriekapitäne, Großgrundbesitzer – war gesichert. Die Idee einer totalen Verschmelzung von Staat und Gesellschaft wurde in der Praxis nie auch nur annähernd realisiert. Der Faschismus konnte große Teile der Gesellschaft nicht auf seine Seite ziehen, nicht zuletzt die alten sozialistischen Milieus in den Großstädten oder größere Teile der ländlichen Provinzen im Süden. Doch auch wenn die innere Bindung fehlte, herrschte Ruhe. Die Menschen arrangierten sich mit dem Regime.

Anfangs kamen die meisten Anhänger des Faschismus aus den Mittelschichten, eine Unterstützerbasis, die sich in den 1930er Jahren noch vergrößerte, als die Angst vor der Linken schwand, die innere Ordnung gesichert war, Erwartungen auf eine bessere Finanz- und Wirtschaftslage geweckt wurden und sich Aussichten auf erneuerte nationale Größe eröffneten. Die faschistische Partei war eine Partei der Mittelschicht, und das verstärkte sich noch, als es gelang, in großer Zahl Beamte, Angestellte und Führungskräfte zu rekrutieren. Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst

wurde die Parteimitgliedschaft 1933 zur Pflicht.

Was immer die Menschen vom Faschismus hielten, die Eigenschaft, durch die sich der italienische Faschismus von anderen eher konventionellen autoritären Regimes unterschied und die ihm viele Bewunderer einbrachte, selbst in den westlichen Demokratien, waren weniger Repression und Zwang – die zu einem gewissen Grad von allen Diktaturen ausgeübt wurden – als die unablässige Mobilisierung der Bevölkerung, seine Vitalität und Dynamik. Dies fand Ausdruck in einer neuen Ästhetik der Macht, im

Versuch, Kunst, Literatur und nicht zuletzt monumentale Architektur in Dienst zu nehmen. Mancher außenstehende Beobachter gewann den Eindruck, als sei der Faschismus das moderne Gesicht des Staates, eine rationale Organisation der Gesellschaft. Es sah so aus, als könne er Ordnung und sozialstaatliche Ziele miteinander verbinden.

Der Idee nach sollte der »totalitäre Staat« alle Aspekte des Lebens umfassen, von der Wiege bis zur Bahre. Ein »neuer Mann« sollte geschaffen werden, der den Geist des italienischen Faschismus verkörperte, Seite an Seite mit der »neuen

italienischen Frau«, die ihre Pflicht gegenüber dem Volk treu erfüllte, und das hieß vor allem, sie sollte für häusliches Glück sorgen und Kinder gebären. »Die Gedanken und Wünsche des Duce müssen die Gedanken und Wünsche der Massen werden«, sagte Gentile. Die faschistische Partei streckte ihre Tentakel in fast alle Bereiche des täglichen Lebens aus, wobei die Mobilisierung viel weiter reichte als die direkten Aktivitäten der Partei. Fast jeder zweite Italiener war 1939 Mitglied in irgendeiner faschistischen Vereinigung. Es entstanden

Wohlfahrtsorganisationen, die sich um schwangere Frauen und Neugeborene kümmerten, für Bedürftige Lebensmittel, Kleidung und Notunterkünfte bereitstellten. Eine 1926 gegründete und 1936 über fünf Millionen Mitglieder starke Jugendorganisation mit zahlreichen Unterabteilungen indoktrinierte junge Italiener im Sinne der verlangten soldatischen Werte. Neben der vormilitärischen Ausbildung betrieb die Organisation beliebte Jugendclubs, es gab dadurch mehr Gelegenheiten und besser ausgestattete Anlagen für sportliche Betätigung als früher. Auch

Jugendherbergen wurden gebaut. Eine halbe Million Kinder, viele von ihnen aus ärmeren Familien, konnten allein im Jahr 1935 ihre Ferien in Zeltlagern verbringen. Schulen und Universitäten verstärkten die Indoktrination nach dem neuen Wertesystem. Am eindrucksvollsten fanden viele Italiener (und ausländische Beobachter) die 1925 gegründete Opera Nazionale Dopolavoro. Dieses »Nationale Freizeitwerk« bot Arbeitern und Angestellten in Fabriken – rund 4,5 Millionen waren es im Jahr 1939, was etwa 40 Prozent der Industriearbeiter entsprach –

Möglichkeiten, Sport zu treiben und sich zu unterhalten, auch Reisen wurden organisiert – Dinge, in deren Genuss Arbeiter und Angestellte früher nicht gekommen waren. Viele dieser Angebote waren sehr beliebt, was sich aber nicht ohne weiteres in größere Beliebtheit des Regimes, geschweige denn der faschistischen Partei übersetzte.

Besonders populär war der Sport, aus dem das Regime eine Sache des nationalen Stolzes und Ansehens machte. Rad- und Skifahren wurden, vom Regime gefördert, zu populären Massensportarten. Italo Balbo, einer der prominentesten Faschistenführer,

demonstrierte öffentlichkeitswirksam Mut und Geschick als Flieger, indem er den Atlantik überquerte. Primo Carnera hielt von 1933 bis 1935 den Titel des Boxweltmeisters im Schwergewicht. Berühmte Firmen wie Maserati, Bugatti und Alfa Romeo sponserten Autorennen, und die Massen ließen sich von Tempo und starken Motoren begeistern. Allem voran jedoch war der Fußball auf dem besten Weg, zur größten Sportleidenschaft der Italiener zu werden; und natürlich war auch der Fußball Propaganda, Schaufenster für das Regime, als Italien 1934 und erneut 1938 Weltmeister wurde. Die

Wochenschauen priesen Italiens sportliches Können, wie überhaupt Filme und Kinobesuche zur beliebtesten Form populärer Unterhaltung wurden, mit denen sich einem großen Publikum, mal subtil, mal ganz offen, die Werte des Faschismus nahebringen ließen. Ein ähnlicher Segen für den Faschismus war die Verbreitung des Rundfunks. Für alle, die keinen eigenen Radioapparat besaßen – und das waren 1939 noch die meisten italienischen Familien –, wurden auf öffentlichen Plätzen Tausende von Lautsprechern installiert: Die Partei sorgte dafür, dass niemand eine Rede

Mussolinis verpasste.

Mussolini war der größte Aktivposten des Regimes. Ausländer bewunderten ihn nicht zuletzt als Bollwerk gegen den Kommunismus. Als Personifikation des römischen Genius pries ihn 1933 kein Geringerer als Winston Churchill. Dabei war der Kult um den Duce ein sorgfältig konstruiertes Produkt. Erst seit Mitte der 1920er Jahre, nachdem die Opposition mundtot gemacht worden war und die Medien im Dienst des Regimes die Massen mobilisierten, konnte die Propaganda das schier übermenschliche Bild eines neuen Cäsaren voll zur Geltung

bringen. Mitte der 1930er Jahre war Mussolinis Popularität unter den Italienern deutlich höher als die des Regimes im Allgemeinen und der faschistischen Partei im Besonderen.

Der Duce wurde von vielen vergöttert, die den Faschismus insgeheim kritisierten und die anmaßenden, oft korrupten örtlichen Parteiführer und Funktionäre verachteten – doch auch sein Bild litt unter der zunehmenden politischen Apathie und der Enttäuschung über den Faschismus, die sich in den späten 1930er Jahren breit machten. Was in weiten Teilen der Bevölkerung an Vergötterung

Mussolinis grenzte, konnte auf Formen eines naiven religiösen Volksglaubens bauen. »Wenn du um dich siehst und nicht weißt, an wen du dich noch wenden sollst, erinnerst du dich, dass Er da ist. Wer außer Ihm kann dir helfen?« Das intonierte 1936 der *Corriere della Sera* – und die führende Tageszeitung sprach nicht von Gott, sondern von Mussolini. Wann, so fragte der Artikel, solle man an den Duce schreiben, und wusste auch gleich Antwort: »Praktisch bei jeder Gelegenheit, in einer schwierigen Zeit in deinem Leben.« Denn: »Der Duce weiß, dass es aus echtem Kummer oder

wirklicher Not geschieht, wenn du ihm schreibst. Er ist unser aller Vertrauter und wird, soweit er kann, jedem helfen.« Viele Italiener glaubten das. Rund 1500 Briefe täglich bekam ihr Duce von ihnen. »Ich wende mich an Sie, der Sie alles tun und alles tun können.« Oder: »Für uns Italiener sind Sie unser Gott auf Erden, deshalb wenden wir uns vertrauensvoll an Sie und sind sicher, gehört zu werden.« Und: »Duce, ich verehere Sie, wie die Heiligen verehrt werden sollten.« Das sind einige Ergüsse von Bauern aus einer Provinz, die einst eine Hochburg der Sozialisten gewesen war.

Ein Kennzeichen des Regimes war von Anfang an das Streben nach imperialem Ruhm. Die Propagandafanfare, mit der 1935 der Überfall auf Abessinien begrüßt wurde, und die Darstellung Italiens als eines vom Völkerbund ungerecht behandelten Landes gaben der patriotischen Begeisterung Auftrieb. Kein Wunder, dass Mussolinis Beliebtheit 1936 nach dem Sieg in Abessinien ins Unermessliche stieg. Von allen Seiten wurde er mit Ehrungen überhäuft, mit Attributen wie »göttlich«, »unfehlbar«, »Genie«, »Cäsar« beschrieben, als »Stifter einer Religion« bezeichnet, deren Name

Italien sei. Damit aber war der Höhepunkt seiner Popularität erreicht. Denn in den letzten Jahren vor dem Krieg, so meldeten interne Polizeiberichte, ließ diese nach. Stattdessen wuchs die Kluft zwischen Propaganda und Realitätserfahrung. Da sie sich bedrängt sahen von materiellen Problemen des Alltags, sich über die Aussicht auf einen neuen Krieg sorgten, in dem, so die Befürchtung vieler, Italien möglicherweise gar nicht bestehen könnte, und die wachsende Abhängigkeit von Deutschland ablehnten, verloren viele zu dieser Zeit ihren Glauben an den -

Faschismus.

Um die sichtlich nachlassende Dynamik zu beleben und zu zeigen, dass der Faschismus in seiner Radikalität nicht hinter dem Nationalsozialismus zurückblieb, intensivierte das Regime gegen Ende der 1930er Jahre seinen ideologischen Eifer. Der faschistische Gruß mit ausgestrecktem Arm wurde für jede Art der Begrüßung zur Pflicht gemacht, Beamte mussten Uniform tragen, die Armee den Stechschritt übernehmen. Das sichtbarste Zeichen der neuen Radikalität war die Einführung infamer antijüdischer Gesetze im Jahr 1938. Dieser Schritt

erfolgte nicht auf Druck Deutschlands, Vorbild war es wohl. Einst hatten die Nationalsozialisten auf das faschistische Italien als Vorbild geblickt, jetzt war es umgekehrt. Mussolini wollte nicht als Gefolgsmann Hitlers gelten, sondern vielmehr beweisen, dass er ebenso radikal wie der deutsche Diktator war. Außerdem dachte er, wenn er wie Deutschland die Ausgrenzung der Juden als eines »inneren Feindes« betreibe, festige dies die nationale Einheit. Rassismus hatte sich in Italien eigentlich immer gegen Schwarzafrikaner gerichtet, nicht gegen die winzige jüdische

Bevölkerung von weniger als 50 000 Menschen (kaum 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung). Doch in der faschistischen Bewegung hatte es Antisemitismus stets gegeben, wenn auch nicht als zentrales Merkmal. Er gewann an Bedeutung, seit sich Italien in der »Achse« mit Deutschland verbündet hatte, und erreichte seinen Höhepunkt mit den Rassegesetzen von 1938, die auf der Voraussetzung beruhten, dass »die Juden nicht zur italienischen Rasse gehören«. Nennenswerter Protest erhob sich nicht. Zwar teilte die Mehrheit der Bevölkerung den antijüdischen Eifer nicht, doch nur

wenige hatten verschiedene Ansichten zu dieser Frage; sicher ließen sich auch einige durch antijüdische Propaganda gewinnen. Insgesamt aber fiel diese in der Bevölkerung nicht auf besonders fruchtbaren Boden; das Regime konnte aber, wie bei anderen Seiten der faschistischen Herrschaft auch, auf die Passivität und Konformität der Massen zählen.

Was die Diktatoren in ihren Ländern veranstalteten, so abscheulich es auch sein mochte, hielt man seitens der westlichen Demokratien für deren Sache. Außenpolitisch jedoch galten

Mussolini und Hitler diesen demokratischen Staaten inzwischen als »Verrückte«, die den Frieden in Europa bedrohten. Vor dem Einmarsch in Abessinien hatte man im italienischen Faschismus keine große Gefahr gesehen; das änderte sich, als er 1936 Achsenpartner NS-Deutschlands wurde. Die wirkliche Bedrohung allerdings ging ganz offensichtlich vom revitalisierten, geeinten und erstarkten Deutschen Reich aus.

Hitlerdeutschland: Die Rassengemeinschaft

Der Aufstieg zur Macht, der dem italienischen Faschismus gelang, und vor allem die Figur Mussolini, diese Verkörperung des starken, autoritären Führers, der den Marxismus vernichtet, sein Land durch Willenskraft geeint hatte, war schon lange vor Hitlers Machtergreifung 1933 ein Faszinosum für deutsche Nationalisten. Mussolini war auch einer der wenigen, die Hitlers Bewunderung erregten. Zwischen führenden Nationalsozialisten und italienischen Faschisten entstanden persönliche Beziehungen. Der innerhalb der NSDAP seit 1926

vorgeschriebene »Deutsche Gruß« wurde vom faschistischen Römischen Gruß (*Saluto romano*) übernommen. Die Übereinkunft zwischen der NS-Führung und den herrschenden nationalkonservativen Eliten, die Hitler zur Macht verhalf, erinnerte an den vergleichbaren Pakt, der elf Jahre zuvor Mussolinis Machtübernahme in Italien besiegelt hatte. Und lange bevor Mussolini und Hitler die Schicksale ihrer Länder in der »Achse Berlin–Rom« aneinander banden, war die Verwandtschaft zwischen italienischem Faschismus und dem deutschem Nationalsozialismus deutlich zu

sehen.

Kraft durch Freude, die große NS-Organisation, eine Unterabteilung der Deutschen Arbeitsfront (des staatlich gelenkten Ersatzes für die zerschlagenen Gewerkschaften), die Kultur- und Freizeitaktivitäten für Arbeiter anbot, hatte das 1925 in Italien gegründete Dopolavoro zum Vorbild. Die »Autobahn«, die bald als das Wahrzeichen des Wirtschaftsaufschwungs und der Modernisierung Deutschlands galt, war von der in Italien zwischen 1924 und 1926 gebauten *autostrada* inspiriert. Der deutsche Kult um die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, das

soldatische Ethos, das der Bevölkerung eingepflegt wurde, die Inszenierung großer Kundgebungen und Aufmärsche, mit denen eine neue Ästhetik der Massenmobilisierung geschaffen werden sollte, die Gründung einer Jugendbewegung, um eine Generation heranzuziehen, die von frühester Kindheit an die NS-Werte aufnahm, eine Vielzahl von Wohlfahrtsorganisationen, nicht zu vergessen die Herrschaft einer großen Monopolpartei, die zusammengehalten wurde durch das Band unverbrüchlicher Treue zum Führer – all das hatte Parallelen im faschistischen Italien. Beiden Regimes

waren überdies die Unterdrückung der Linken und der Antibolschewismus gemeinsam. Das Gleiche galt (im Unterschied zum radikalen Staatssozialismus in der Sowjetunion) für die Förderung der Großindustrie, solange diese den Interessen und Zielen des Regimes diene. Auch waren beide Diktaturen nicht nur entschieden nationalistisch und militaristisch, sondern auch durch und durch imperialistisch. Gleichwohl bestanden allen Parallelen zum Trotz zwischen den Regimes mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten. Das NS-Regime war radikaler, dynamischer, aggressiver

bei allem, was es tat, auch ideologischer als das italienische, und eben daran lassen sich entscheidende Strukturen der deutschen Diktatur erkennen, die nur oberflächliche Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus aufwiesen.

Was das NS-Regime von anderen unterschied, waren nicht zuletzt die ideologischen Hoffnungen, Erwartungen und Möglichkeiten, die sich in Hitlers absoluter und unanfechtbarer Position als Deutschlands »Führer« verkörperten. Der Kult, der Hitler mit »heroischen«, fast übermenschlichen Eigenschaften ausstattete und den

einstigen Bierhallen-Demagogen zum Objekt einer fast göttlichen Verehrung machte, war ein Kunstprodukt, nicht anders als der Duce-Kult in Italien, der Stalin-Kult in der Sowjetunion oder die Führerkulte anderer Länder. Hitler allerdings musste sich nicht über eine ältere Quelle der ideologischen Legitimität hinwegsetzen wie Stalin durch seine nominelle Treue zu Lenins Erbe und den Grundsätzen des Marxismus. Auch musste Hitler seinen Führerkult nicht wie Mussolini erst Jahre nach seiner Machtergreifung aufbauen. Die Wurzeln des deutschen Führerkults

reichten tiefer, waren älter, und sie hatten größeren Einfluss auf die ideologische Dynamik der Diktatur.

Schon Mitte der 1920er Jahre hatte Hitler seine Führungsrolle in der NS-Bewegung unanfechtbar gemacht. Als er zum Reichskanzler ernannt wurde, verkörperte er längst die utopische Vision nationaler Erneuerung und künftiger Größe, die seiner Partei Millionen von Anhängern verschafft hatte. Nicht umsonst nannte man den Nationalsozialismus auch »Hitlerbewegung«. 1933 konnte er seine Dominanz in der Partei auf die Mechanismen eines modernen,

fortgeschrittenen Staates übertragen.

Von 1934 an verfügte Hitler schließlich über die totale Macht in diesem Staat, anders als Mussolini, der zumindest nominell dem König untergeordnet blieb. Die Fixpunkte von Hitlers Vision konnten jetzt, auch wenn sie noch ferne und vage Ziele sein mochten, den Staat in all seinen Teilen durchdringen, vorangetrieben von der unbeirrbaren Loyalität der unzähligen NS-Gliederungen, vom wirkungsvollen Unterdrückungsapparat der Polizei und Geheimdienste und im großen Ganzen mitgetragen von den nationalkonservativen Eliten und

Millionen gewöhnlicher Deutscher. Hitlers persönliche Vision – die auf Krieg baute als Mittel, die Schmach der Kapitulation von 1918 zu tilgen und nationale Erlösung zu erlangen, und auf Vernichtung derjenigen zielte, die Hitler für diese Schmach verantwortlich machte, die Juden – bot eine »Handlungsanleitung«, die nun in staatliche Politik umgesetzt werden konnte.

Der Doppelaspekt »Entfernung der Juden« (eine Idee, die für unterschiedliche Leute zu unterschiedlichen Zeiten Verschiedenes bedeutete) und »Lebensraum«, was verbunden war

mit der Vorbereitung auf einen militärischen Konflikt in absehbarer Zukunft, um Deutschlands zukünftige wirtschaftliche Lebensgrundlage und seine Vorherrschaft in Europa zu sichern (auch dies ein Gedanke, der unterschiedliche Vorstellungen von Deutschlands Expansion umfassen konnte), dieser Doppelaspekt hielt eine unablässige ideologische Dynamik in Gang. Dieser ideologische Schwung hatte in Mussolinis Italien keinerlei Entsprechung und auch nichts mit dem zu tun, was die manischen Umwälzungen in der Sowjetunion begründete. Er folgte keinem

zusammenhängenden Plan, keinem zeitlich festgelegten Programm. Die Richtung allerdings und die unaufhaltsame Radikalisierungsdynamik waren spezifisch für das NS-System.

Im Zentrum der Radikalisierung stand rassische Säuberung. Der Rassismus hatte im italienischen Faschismus auch nach Einführung der antijüdischen Gesetze im Jahr 1938 weder die zentrale Bedeutung noch die Intensität der Mobilisierungskampagne mit dem Ziel, Rassereinheit durchzusetzen, die das gesamte NS-Regime durchzog. Dieser Rassismus ging weit über

Antisemitismus hinaus. Der Hass gegen die Juden stand jedoch im Mittelpunkt, die Juden hatten einen einzigartigen Platz unter den vielfältigen Phobien der Nationalsozialisten. Juden waren für Hitler und viele seiner glühenden Anhänger eine überall lauende Gefahr, sie bedrohten Deutschlands Existenz, vergifteten seine Kultur, zersetzten seine Werte, verdarben seine rassische Reinheit. Im Weltmaßstab galten sie den Nationalsozialisten als böartige internationale Macht, weil sie angeblich sowohl den plutokratischen Kapitalismus als auch

den Bolschewismus beherrschten. Diese imaginierte Macht und den Einfluss der Juden zu beseitigen, darum drehte sich die utopische Vision nationaler Erneuerung; sie sollte auf rassischer Reinheit gründen.

Diese pathologischen Wahnvorstellungen konnten ab 1933 in praktische Staatspolitik überführt werden. Ein landesweiter Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 und darauf folgende erste Gesetze, mit denen Juden vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen und jüdische Juristen und Ärzte diskriminiert wurden, ließen viele Juden gleich zu

Beginn des Regimes erkennen, dass sie in Deutschland keine Zukunft mehr hatten. Eine zweite große Verfolgungswelle erreichte ihren Höhepunkt in den Nürnberger Gesetzen vom September 1935, die die Eheschließung zwischen Juden und Personen »deutschen Bluts« verboten und Juden die politischen Bürgerrechte aberkannten – die Grundlage für immer weitere Diskriminierungen in den folgenden Jahren. Eine dritte Verfolgungswelle – die schlimmste – kam 1938, ihr explosiver Höhepunkt waren die landesweiten Pogrome vom 9. und 10. November (wegen des in

jüdischen Geschäften und Wohnungen zerschlagenen Glases zynisch als »Reichskristallnacht« bezeichnet). Erneut flohen Zehntausende von Juden aus Deutschland. Zuvor schon waren Juden zunehmend aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen, ihres Lebensunterhalts beraubt und als Parias an den Rand der proklamierten »Volksgemeinschaft« gedrängt worden, die auf rassistischer Diskriminierung und Verfolgung aufbaute und die ihre Identität durch Ausschluss derjenigen gewann, die als ungeeignet galten, ihr anzugehören.

Wie die Juden wurden auch andere Gruppen von »Außenseitern« – Zigeuner, Homosexuelle, Geisteskranke, Alkoholiker, Bettler, »Arbeitsscheue«, »Gewohnheitsverbrecher«, »Asoziale« verschiedener Art – aus der »arischen« Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Mediziner, Wohlfahrtsexperten und Strafverfolgungsbehörden mussten von der NSDAP nicht eigens aufgefordert werden, ihren Teil zur Durchführung des Ausschlussprogramms beizutragen. Soziale und geburtenfördernde

Maßnahmen für die
Mehrheitsbevölkerung –
Ehestandsdarlehen, Mütterhilfe,
Kinderbeihilfe, sogar die
Sterilisierung von »Degenerierten«
(die schon 1933 begann) – gab es auch
in anderen europäischen Ländern.
Nirgendwo sonst jedoch waren
derartige Maßnahmen so radikal und
umfassend bestimmt von den
Grundsätzen der »Rassenhygiene«,
vom Ziel, eine »rassenreine«,
genetisch gestärkte Gesellschaft zu
schaffen – eine Gesellschaft, die (was
allerdings nicht laut gesagt wurde)
kriegsbereit war.

Für die enorme, hydragleiche NS-

Bewegung war das rassistische Ethos der Volksgemeinschaft von axiomatischer Bedeutung. Die NSDAP selbst, die weder dem Staat untergeordnet war wie in Italien noch über ihm stand wie in der Sowjetunion, sondern neben dem Staat existierte und sich mit diesem in einem spannungsgeladenen Dualismus überschneidet, sorgte dafür, dass der Druck, Juden und »Minderwertige« aus der Volksgemeinschaft auszuschließen, nie zu lange nachließ. Die entscheidende, institutionelle Kraft hinter der Rassenpolitik hatte jedoch weder in Italien noch in der

Sowjetunion eine unmittelbare Parallele, nämlich die SS (Schutzstaffel), die Eliteorganisation der NS-Bewegung und ihr ideologisch dynamischster Zweig, der sich besonders für die »rassische Säuberung« einsetzte, um die »politische Gesundheit des Volkes« zu heben und um die Grundlage für Deutschlands künftige Herrschaft über Europa zu schaffen.

Die SS, die bereits die Konzentrationslager betrieb (die einen völlig rechtsfreien Raum bildeten), übernahm 1936 die Führung der Gestapo sowie der Kriminalpolizei und baute ein riesiges

Überwachungsnetz auf sowie schließlich auch einen militärischen Arm (die Waffen-SS). Mitte der 1930er Jahre hatte die brutale Unterdrückung jeder wirksamen Opposition gegen das Regime ihr Ziel erreicht. Anfang 1935 war die Zahl der Häftlinge in den Konzentrationslagern, noch immer zumeist Anhänger der verbotenen linken Parteien, mit etwa 3000 Personen auf den niedrigsten Stand während der ganzen NS-Zeit gesunken. Die Lager hatten ihren anfänglichen Zweck erfüllt und hätten zu diesem Zeitpunkt aufgelöst werden können. Das freilich hätte

Hitler und der SS-Führung nicht gepasst. Die Mission des vereinigten SS- und Polizeiapparats war eine endlose Aufwärtsspirale der Überwachung, der Vernichtung der »Volksfeinde im Inneren«, der rassistischen Säuberung der Volksgemeinschaft. Ein klares Indiz dafür ist, dass genau zu diesem Zeitpunkt die Pläne für die Expansion der Lager geschmiedet wurden. Der Ausschluss von Personengruppen, die als »volksschädigend« galten, aus der Volksgemeinschaft wurde fortgesetzt, innerhalb von vier Jahren stieg die Zahl der KZ-Insassen auf das Siebenfache und erreichte vor

Kriegsbeginn den Stand von 21 000 Häftlingen.

Für rastloses Tempo sorgte nicht nur die Rassenpolitik, auch der Drang, die Wehrmacht schlagkräftig aufzurüsten, die Volksgemeinschaft wehrhaft zu machen und die Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umzustellen. Das Tempo durfte nicht nachlassen, ja es wurde von 1936 an enorm gesteigert. Wie sein Memorandum zum Vierjahresplan gezeigt hatte, war Hitler nicht abgewichen von der Vorstellung eines rassistischen Imperialismus, die er zehn Jahre zuvor in *Mein Kampf* dargelegt hatte – der Prämisse, dass

irgendwann ein Krieg für mehr »Lebensraum« notwendig sei. Nicht im kolonialen Afrika oder sonst wo in Übersee, in Europa selbst sei dieses Imperium zu schaffen.

Noch war dies nicht mehr als eine Idee, eine unbestimmte Vorstellung in den Köpfen Hitlers und einiger anderer NS-Führer. Noch bestand in der Frage, was »Lebensraum« eigentlich heißen solle, keine einhellige Meinung, über den Charakter der diskutierten Expansion existierten verschiedene Annahmen. Einige Generäle dachten an eine starke Armee zur Abschreckung, um die Verteidigung Deutschlands zu

sichern. Andere fassten irgendwann in der Zukunft einen Krieg ins Auge, um eine deutsche Hegemonie in Mittel- und Osteuropa zu etablieren. Wenn überhaupt, dann dachten 1936 nur wenige an einen Krieg gegen Frankreich und Großbritannien oder an eine Invasion der Sowjetunion in naher Zukunft. Doch selbst wenn man sich nur wenig konkrete Gedanken machte über mögliche Szenarien eines kommenden Krieges, eine große Armee wie die Wehrmacht wurde gewiss nicht dafür aufgebaut, auf ewig in den Kasernen zu bleiben. Und im Unterschied zur wenig schlagkräftigen italienischen Armee,

die schließlich einen imperialistischen Feldzug in Abessinien gewinnen konnte, viel mehr aber nicht zustande brachte, waren Deutschlands führende Militärs tüchtig, erfahren, qualifiziert und entschlossen.

Sie hatten eine Kultur verinnerlicht, in der ein starkes Heer, nationale Ausdehnung und imperiale Macht als selbstverständliche - Attribute einer Großmacht galten. Sie hatten zwischen 1914 und 1918 einen Krieg erlebt, europäische Territorien erobert und besetzt, mussten dann die bittere Pille der Niederlage, der nationalen

Demütigung und des niederschmetternden Verlusts des Großmachtstatus schlucken. Sie hatten über einen großen Krieg nachgedacht und bereits Mitte der 1920er Jahre die moderne Maschinerie von Tod und Zerstörung antizipiert, sobald erst eine neue, starke Armee aufgebaut werden konnte. Hitlers Ziele und Erfolge auf dem Weg zu einem wieder erstarkten Deutschland, bei der Annullierung des Versailler Vertrags, bei der Investition ungezählter Millionen in die Wiederaufrüstung, konnten in den Kreisen dieser Militärs nur auf geneigte Aufnahme stoßen. 1935 und

1936, nach der Verletzung der Verträge von Versailles und Locarno, hatten die westlichen Demokratien ihre Schwäche und Zerstrittenheit gezeigt, damit wurde eine deutsche Expansion immer wahrscheinlicher. Nun rückte neben der »Entfernung« der Juden auch der zweite Strang von Hitlers Ideologie ins Zentrum, die Expansion zum Erwerb von »Lebensraum«.

Mitte der 1930er Jahre sprachen alle Anzeichen dafür, dass das NS-Regime mit breitem Rückhalt in der Bevölkerung rechnen konnte. Wie in anderen Diktaturen, die oppositionelle Ansichten brutal

unterdrückten und die Massenmedien für Regimepropaganda monopolisierten, lässt sich auch im Fall des NS-Regimes nicht in Zahlen ausdrücken, wie groß sein Rückhalt in der Bevölkerung tatsächlich war. Der wirtschaftliche Aufschwung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der politischen »Ordnung«, die Erneuerung nationaler Einheit und Stärke, vor allem die patriotischen Triumphe, besonders die Herausforderung der Westmächte durch die Remilitarisierung des Rheinlands – all das wurde in der Bevölkerung zweifellos lebhaft begrüßt. Hitlers

Popularität war immens, selbst unter vielen, die weder die Partei noch ihre lokalen Vertreter mochten oder die sich abgestoßen fühlten durch die Angriffe radikaler Parteigenossen auf Gebote, Institutionen und Klerus der großen christlichen Kirchen, der katholischen wie der evangelischen. Selbst erbitterten Regimegegnern blieb angesichts der weit verbreiteten Bewunderung für Hitler nur die bedrückende Anerkennung des Faktischen. Der Einmarsch ins Rheinland trieb Hitlers Vergötterung auf neue Höhen: »Aber ein Kerl ist er doch, dieser Hitler, er hat den Mut, etwas zu wagen.« Selbst unter

Arbeitern in Industriegebieten waren solche Sätze zu hören, die sonst nichts Gutes über das Regime zu sagen hatten, aber seinen Aktionen, die dazu dienten, den verhassten Versailler Vertrag zu zerreißen, vollauf zustimmten. Man sah in Hitler das Symbol von Deutschlands neuem Ansehen in der Welt. Es herrschte eine »einfach wunderbare« Zuversicht, dass es ihm gelingen werde, »alles zu einem guten Ende für Deutschland zu führen«.

Die Propaganda konnte sich auf pseudoreligiöse Gefühle, auf eine naive Volksfrömmigkeit, auf den Glauben an patriarchale, Disziplin

und Ordnung verbürgende Werte stützen. Jedes Jahr erhielt Hitler Briefe von über 12 000 Deutschen aus allen Schichten, Briefe voller Lob und unterwürfiger Verehrung, die an Anbetung grenzte. Überdurchschnittlich viele jüngere, selbst in den früheren kommunistischen oder sozialdemokratischen Milieus aufgewachsene Deutsche beiderlei Geschlechts konnte das Regime für sich gewinnen; begierig nahmen sie die von den Nationalsozialisten propagierten Werte auf, die ihnen in der Hitlerjugend (der Eintritt in die staatliche Jugendorganisation wurde

1936 nahezu obligatorisch) vermittelt wurden. Viele fanden dort Anregung, Abenteuer und ein Gemeinschaftsgefühl, das alle Klassenschränken überwand. Die begeisterten Jugendlichen erlebten eine Welt neuer und verlockender Möglichkeiten und Erfahrungen, die sie erwarteten, und entwickelten ein Anspruchsdenken als Angehörige eines besonderen und überlegenen Volkes. »Ich dachte, es war eine gute Zeit. Mir gefiel sie«, gab eine ältere Frau viele Jahre später im Rückblick auf ihre Jugendjahre zu. Sie stand nicht allein da: Viele Deutsche, die seit dem Krieg von 1914 –18 eine

rasende Inflation, dann Massenarbeitslosigkeit und die tiefe politische Zerrissenheit der Weimarer Zeit erlebt hatten, behielten die 1930er Jahre als eine »gute Zeit« in Erinnerung.

Bei den anderen hatte der Terror Wirkung gezeigt. 1935 war die letzte noch glimmende Glut der linken Opposition völlig ausgetreten. Sozialistische Gegner, die nicht ins Exil gegangen waren, taten, was sie konnten, um heimlich miteinander in Kontakt zu bleiben, aber darüber hinaus unternahmen sie wenig oder nichts, um das Regime zu stören. Kommunistische Zellen wurden

immer wieder neu aufgebaut,
irgendwann infiltriert, zuletzt
zerschlagen – dieser Zyklus eines
mutigen, aber vergeblichen
Widerstands wiederholte sich bis
zum Ende des »Dritten Reichs«. Doch
jenseits der winzigen gefährvollen
Welt des Widerstands im
Untergrund, jenseits dieser kleinen
engagierten Minderheiten mussten
die meisten Deutschen, ob sie wollten
oder nicht, Wege finden, um mit der
Diktatur zurechtzukommen, und sich
mehr oder weniger begeistert mit den
Forderungen des Regimes
arrangieren. Überwachung,
Schnüffelei, Denunziation, alle

Requisiten einer streng überwachten Gesellschaft waren allgegenwärtig. Es war unklug, sich von der Masse abzuheben, sich etwa zu weigern, den »deutschen« Gruß mit »Heil Hitler!« zu erwidern. Die Menschen waren ständig auf der Hut. Der Konformitätsdruck ließ nicht nach. Wer sich ihm beugte, hatte in der Regel keinen Ärger mit der Gestapo zu befürchten. Jenseits der Minderheiten, die als »Volksfeinde« galten – Juden, die wachsende Gruppe der sozialen Außenseiter (»Gemeinschaftsfremde«, wie sie zunehmend genannt wurden), politische Gegner –, spielte der

Terror in den 1930er Jahren insgesamt eine viel geringere Rolle als in der Sowjetunion unter Stalin.

Die meisten ließen sich gern daran erinnern, zu einer einigen Volksgemeinschaft zu gehören, mit der Aussicht auf eine wunderbare Zukunft, die sie ihrer rassistischen Exklusivität und Überlegenheit zu verdanken haben würden. Die meisten vergossen keine Tränen über die »Außenseiter«, über die aus der »Gemeinschaft« Ausgeschlossenen, am wenigsten über die Juden. Deren ständige Verunglimpfung und Dämonisierung durch unablässige Propaganda verfehlte ihre Wirkung

nicht. »Ganz allgemein kann man feststellen, daß es die Nationalsozialisten tatsächlich fertiggebracht haben, die Kluft zwischen dem Volk und den Juden zu vertiefen«, meldete ein Agent der sozialdemokratischen Exilführung in einem Bericht aus Berlin vom Januar 1936: »Das Empfinden dafür, daß die Juden eine andere Rasse sind, ist heute allgemein.« Es wurde weithin akzeptiert, dass Juden keinen Platz in der deutschen Volksgemeinschaft hatten und Deutschland verlassen sollten, freiwillig oder gezwungen. Und es gab keinen Mangel an »Volksgenossen« (wie gewöhnliche

Deutsche jetzt genannt wurden), die nur darauf warteten, sich jüdische Geschäfte zu Spottpreisen unter den Nagel reißen, jüdisches Eigentum ergattern, verlassene jüdische Wohnungen übernehmen zu können.

Dass ethnische Deutsche aus anderen Teilen Europas der Volksgemeinschaft beitreten sollten, traf auf Zustimmung. Doch nur wenige wollten dafür einen Krieg riskieren. Fürs Erste unterdrückten sie ihre Ängste und steckten den Kopf in den Sand. Nur zu bald sollten sie erkennen, dass sie sich bereits mitten in der Gefahrenzone befanden.

Dynamische Diktaturen im Vergleich

Stalins Sowjetunion, Mussolinis Italien und Hitlerdeutschland – die drei dynamischen Diktaturen waren in ihrer Praxis ganz verschiedene Herrschaftsformen, auch wenn sie eine Reihe struktureller Merkmale gemeinsam hatten. Stalins Regime hob sich deutlich von den beiden anderen ab, die einander ähnlicher waren (auch wegen einiger »Anleihen« NS-Deutschlands beim faschistischen Italien), aber auch entscheidende Unterschiede

aufwiesen. Alle drei erhoben einen »totalen Anspruch« auf ihre Bürger. Allerdings wurde dieser praktisch nicht durchgesetzt, am wenigsten im faschistischen Italien – paradoxerweise, denn es war das einzige der drei Regimes, das ausdrücklich erklärt hatte, einen »totalitären Staat« aufbauen zu wollen. Der »totale Anspruch« hatte jedoch fraglos gewaltige Konsequenzen für das Verhalten der Bürger in solchen durchorganisierten, stark kontrollierten Gesellschaften. Im Vergleich mit anderen Diktaturen dieser Zeit, geschweige denn mit den liberalen Demokratien, gab es keinen

»politischen Raum«, keine Formen organisierter gesellschaftlicher Aktivität jenseits dessen, was offiziell erlaubt und vom Regime selbst organisiert war. Unablässig versuchte jedes der drei Regimes, Einstellungen und Verhalten nach seinen exklusiven ideologischen Grundsätzen zu formen. Einverständnis mit dem Regime und Zugehörigkeit wurden untermauert und verstärkt, indem man den »inneren Feind« herausstellte, die »Außenseiter«, deren bloße Existenz der Gemeinschaft derer ihre Form gab, die »drinnen« waren, die »dazugehörten«.

Die Durchdringung der Gesellschaft mit den Werten des Regimes war in Italien am geringsten, am stärksten wohl in Deutschland. Der Erfolg der Indoktrination schwankte, war aber in allen drei Regimes bei der Jugend am sichtbarsten. Mit beachtlichem Erfolg wiederum konnten alle drei Regimes Idealisten mobilisieren und sich starken Rückhalt in der Bevölkerung verschaffen. Quantifizieren lässt sich dieser jedoch nicht, wegen der Unterdrückung der Opposition, auf der alle Regimes beruhten, und weil es keine freie Meinungsäußerung gab. Nach den ungenauen

Indikatoren, die wir haben, fand NS-Deutschland bei seiner Bevölkerung die stärkste Unterstützung, mit einigem Abstand gefolgt von Italien; die Sowjetunion wiederum war das Land, dessen Bevölkerung unter dem massivsten Zwang leben musste, sie zeigte wohl den geringsten Grad wirklicher Unterstützung.

In allen drei Regimes regierte die harte Hand des Terrors. Denjenigen, die vom Polizeistaat terrorisiert wurden, konnten die ideologischen oder strukturellen Differenzen zwischen den Regimes völlig gleichgültig sein. Dennoch waren sie von Bedeutung. Die Sowjetunion übte

einen ungeheuren Terror gegen ihre eigenen Bürger aus, weit mehr als die beiden anderen Regimes, in denen es keine derart willkürliche, unberechenbare Abschreckung gab. Der NS-Terror konzentrierte sich auf die Zerschlagung der politischen Opposition und ihrer Organisationen, anschließend immer stärker auf kleine und schwache Minderheiten – besonders auf die Juden und andere rassische oder soziale »Außenseiter«. Der schlimmste faschistische Terror war für Italiens afrikanische Kolonien reserviert. Nachdem die anfängliche Straßengewalt mit Rizinusöl und Knüppeln nachgelassen hatte, kam es

in Italien kaum noch zu systematischem Terror, jedenfalls im Vergleich mit den beiden anderen Regimes. Die Faschisten konzentrierten sich darauf, bekannte Oppositionelle zu eliminieren, begnügten sich im Übrigen mit einer Strategie der Eindämmung.

Am schwächsten war das faschistische Italien auch, was die ideologische Dynamik und die Militarisierung betrifft. Die Mobilisierung der Gesellschaft war zumeist kaum mehr als oberflächlich; und nach einem Jahrzehnt faschistischer Herrschaft wurde die Kluft zwischen Rhetorik und Realität

unübersehbar. Das Ziel der totalen Einheit von Staat und Gesellschaft blieb eine Illusion. Hinter dem Regime standen nur wenige treibende Ziele. Auch der Kolonialkrieg und der Sieg in Abessinien, wenngleich der Triumph populär war, konnten das Denken der Italiener nur oberflächlich fesseln und die Bevölkerung nur für kurze Zeit mobilisieren. So kriegslüstern Mussolini und die anderen faschistischen Führer sein mochten, die Italiener gaben nicht viel auf Krieg, militärischen Ruhm und waren kaum erpicht darauf, kriegsbedingte Entbehrungen und Leiden zu

ertragen. Die italienischen Streitkräfte waren bestenfalls zu kurzen Feldzügen gegen unterlegene Gegner fähig, keinesfalls aber zu einem großen Krieg. Zudem konnte die technologisch rückständige Rüstungsindustrie Italiens mit dem Tempo der Aufrüstung in anderen Ländern nicht mithalten.

Anders als in Italien war die ideologische Antriebskraft in der Sowjetunion extrem stark. Enorme Fortschritte waren dabei gemacht worden, die staatlich gelenkte Wirtschaft in Schwung zu bringen, die landwirtschaftliche Produktion neu zu organisieren und die Indus-

trialisierung in halsbrecherischem Tempo voranzutreiben, mit gigantischen Kosten für die Menschen. Hinter dem immensen staatlichen Druck stand die Annahme, dass es in nicht allzu ferner Zukunft zum Krieg kommen werde. Im Unterschied zu Deutschland und auch zu Italien sollten Wirtschaft und Gesellschaft jedoch auf die militärische Verteidigung der Sowjetunion vorbereitet werden, nicht auf einen Angriff auf ein anderes Land (auch wenn die Besetzung der baltischen Staaten und auch Ostpolens in die Verteidigungspläne durchaus

einbezogen wurde). Wie Stalin nur zu genau wusste, hatte die Wiederaufrüstung gerade erst begonnen. Die Sowjetunion war nicht annähernd auf einen größeren Konflikt vorbereitet, zudem fügte Stalin selbst dem Offizierskorps der Roten Armee durch die großen Säuberungen schweren Schaden zu.

Die ideologische Dynamik des Hitlerregimes hebt sich von den beiden anderen ab, weil sie auf die sich intensivierende Verfolgung »-innerer« Feinde, insbesondere der Juden ausgerichtet war, und durch die überhitzten Vorbereitungen auf einen kriegerischen Konflikt in

absehbarer Zukunft –
Vorbereitungen, die eindeutig auf
Angriff, nicht auf Verteidigung
angelegt waren. Deutschland hatte
die fortgeschrittenste Wirtschaft auf
dem europäischen Kontinent, und
diese wurde nun zunehmend und mit
hohem Tempo auf Krieg getrimmt.
Zudem verfügte es über die fähigste
Militärführung.

Obwohl alle drei Diktaturen
zusammengenommen in den
folgenden Jahren eine
unverhältnismäßig große Rolle bei
der Gestaltung des Geschehens auf
dem europäischen Kontinent spielen
sollten, sahen die politischen

Führungen der westlichen Demokratien die überwältigende Bedrohung von Deutschland ausgehen, nicht überraschend und zu Recht. Stalin galt in diesem Stadium als Gefahr vor allem für sein eigenes Volk, so wie Mussolini in erster Linie eine Gefahr für die unterworfenen Völker in Italiens Kolonialgebieten in Afrika war und ein unberechenbarer Faktor im Mittelmeerraum. Hitler war eine Gefahr für die deutschen Juden – aber aus internationaler Perspektive vor allem eine enorme und wachsende Gefahr für den Frieden in Europa.

Unter den westlichen

Demokratien war besonders die britische Regierung der Sowjetunion gegenüber misstrauisch und feindselig eingestellt. Sie verabscheute deren gesellschaftliches System und konnte sich Stalins Säuberungen nicht erklären. Italien galt den Briten als beherrschbares Problem im Mittelmeerraum; auch wenn es sich gegenüber den westlichen Interessen zunehmend feindselig verhielt, war es für sich allein genommen keine große Gefahr. Die ständig wachsende Hauptsorge war Deutschland, ein einiges Volk unter der Führung eines rücksichtslos entschlossenen Diktators, das schnell

und mit Macht seine Armee aufrüstete, die schon jetzt nahe daran war, die deutsche Militärmacht im Ersten Weltkrieg zu überbieten. 1914 war Großbritannien in erster Linie mit dem Ziel in den Krieg gezogen, eine deutsche Vorherrschaft in Europa zu verhindern und das Empire vor deutschen Ansprüchen auf einen Weltmachtstatus zu schützen. Es sah immer mehr danach aus, als würde es schon sehr bald zu einer Wiederholung kommen.

Unterdessen bot sich eine Gelegenheit für einen frühen Zusammenstoß der mächtigsten Diktaturen in einem Konflikt, in dem

viele bald den Vorboten eines größeren Entscheidungskampfs sahen. Im Juli 1936 begann General Franco seinen Aufstand gegen die spanische Republik. Nach kurzer Zeit erhielt er militärische Hilfe von Hitler und Mussolini, während Stalin die republikanischen Truppen militärisch unterstützte. Die Diktatoren, die sich im Spanischen Bürgerkrieg als Gegner gegenüberstanden, ließen ihre Muskeln spielen. Und wieder sollten die westlichen Demokratien zeigen, wie schwach sie waren. Die Verwicklung der Großmächte in den Bürgerkrieg war, über die nationale

Tragödie des spanischen Volkes hinaus, das deutlichste Zeichen, dass die internationale Ordnung Europas im Zusammenbruch begriffen war. Die Gefahr, dass der Kontinent in eine neuerliche Katastrophe geriet, wuchs immer weiter.

SIEBEN

DER HÖLLE ENTGEGEN

Es darf nicht der Grundsatz gelten, sich durch Anpassung an die Umstände einer Lösung der Probleme zu entziehen. Es heißt vielmehr die Umstände den Forderungen anpassen. Ohne Einbruch in fremde Staaten oder

Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich.

Adolf Hitler, Ansprache vor der
militärischen Führungsspitze,
Reichskanzlei, 23. Mai 1939

Wieder Krieg, nur eine Generation, nachdem Millionen auf den Schlachtfeldern des Großen Krieges von 1914 –18 verblutet waren – das war für die meisten Europäer eine furchterregende Aussicht. Kaum ein Zeitgenosse, der gegen Ende der 1930er Jahre nicht sah, wie alles immer rasanter auf einen neuen Krieg zusteuerte. Dieses Mal konnte niemand sagen, die führenden

Politiker und Militärs hätten sich wie »Schlafwandler« verhalten, seien in eine Katastrophe »hineingeschlittert«, die sie nur vage ahnten. Dieses Mal gab es eine eindeutig aggressive Macht, deren Handeln allmählich alle Optionen ausschloss außer der einen: Krieg – wenn man nicht hinnehmen wollte, dass Europa unter die tyrannische Herrschaft NS-Deutschlands geriet. »Der Weg zur Hölle«, sagt das Sprichwort, »ist mit guten Vorsätzen gepflastert.« Freundlicher lässt sich nicht bewerten, wie die westlichen Demokratien versuchten, mit Hitler umzugehen. Ihre fehlgeleiteten

Versuche, Deutschlands
expansionistischem Drang
entgegentreten, verschafften Hitler
die Möglichkeit, Ereignisse zu
diktieren, auf die sie nur kraftlos
reagieren konnten. Auf ihre
Zugeständnisse antwortete er wie ein
Erpresser, er verlangte mehr. Das
übrige Europa schaute immer
ängstlicher zu. Überall wurden
Vorbereitungen auf einen Krieg
getroffen, der sehr gefürchtet, doch
zunehmend erwartet wurde.

Die Niederlage der Linken

Nun offenbarte sich die Niederlage der deutschen Linken in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und ihrer Zerschlagung nach Hitlers Machtergreifung 1933. Wenngleich von ganz verschiedenen ideologischen Positionen aus, hatten beide linken deutschen Parteien, Sozialdemokraten wie Kommunisten, den Militarismus der Rechten bekämpft, von dem sie zutreffend annahmen, dass er zum Krieg führen werde. Wäre die Linke nach Hitlers Machtergreifung nicht zerschlagen worden und hätte die Demokratie, deren Stütze die Sozialdemokratische Partei gewesen war, in Deutschland

überlebt, ein erneuter europäischer Krieg wäre sehr viel unwahrscheinlicher gewesen. So aber war der Weg für eine aggressive Außenpolitik frei: befürwortet von den nationalkonservativen Machteliten und getragen von schrill populistischem Nationalismus, Hitlers immer riskanteren Hasardspielen ausgeliefert.

Der tragische Untergang der Linken in Deutschland war nur ein Teilaspekt ihrer viel umfassenderen Niederlage in großen Teilen Europas. 1935 war die Linke außerhalb der Sowjetunion fast überall machtlos. In den skandinavischen Ländern waren

die Sozialdemokraten noch an den Regierungen beteiligt, aber diese Staaten hatten keinen großen Einfluss auf die internationale Machtkonstellation. Ansonsten erwiesen sich die Kräfte der Rechten, die durchweg von Militär, Polizei und Geheimdiensten unterstützt wurden, als viel zu stark. Mitte der 1930er Jahre befand sich der größte Teil Europas unter der Herrschaft repressiv nationalistischer Regimes verschiedener Formen, ob reaktionär oder offen faschistisch; sie hatten die Linken entmachtet und dem Zugriff wild entschlossener Verfolgungsorgane überlassen. Auch

Großbritannien und Frankreich, die mächtigsten westlichen Demokratien, hatten in den Jahren der Depression konservativ dominierte Regierungen; auch dort war der politische Einfluss der Linken stark zurückgegangen.

Die Niederlage der Linken war ein den ganzen Kontinent betreffendes Phänomen, trug sich jedoch jeweils unter besonderen nationalen Bedingungen zu. Lähmende Spaltungen, vor allem zwischen ihrem sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel, waren ein Grund für diese Niederlage. (In Österreich allerdings konnte auch die Einheit der Linken ihre Niederlage

nicht verhindern.) Hinzu kam, dass die kommunistische Linke in sich uneins war, manchmal in rivalisierende Fraktionen gespalten, und in ihrer wichtigsten Organisation gaben die sowjetischen Interessen den Ausschlag. Nicht zuletzt lässt sich die Niederlage der Linken auch auf die tief sitzende Abscheu gegen die sozialistische Ideologie und die große Angst vor dem Kommunismus in den Ober- und Mittelschichten, bei Bauern und auch in Teilen der Arbeiterklasse zurückführen. Während Nationalisten jeglicher Couleur Anhänger in allen gesellschaftlichen Bereichen zu

gewinnen suchten, hatte die sozialdemokratische wie die kommunistische Linke in erster Linie die Interessen einer besonderen gesellschaftlichen Gruppe im Auge, die der Industriearbeiter. Verständlich, dass die Klassenpolitik des Sozialismus, geschweige denn das kommunistische Ziel einer »Diktatur des Proletariats«, nur begrenzten Reiz für alle diejenigen hatten – die Mehrheit der Bevölkerung –, die sich, sollte die Linke den Sieg davontragen, als sichere Verlierer sahen.

Die Angst vor der Linken, zumal vor dem Bolschewismus, stand fast

überall in Europa in krassem
Missverhältnis zu deren
tatsächlicher, selbst zu deren
potenzieller Macht. Doch angesichts
der hasserfüllten
Klassenkampfparolen seitens der
extremen Linken dort in Europa, wo
sie noch eine Stimme hatte,
angesichts auch der
Horror geschichten, die aus der
Sowjetunion drangen, angesichts
schließlich der fast überall gegebenen
Dominanz einer rechtsgerichteten, -
antisozialistischen Presse kann es
kaum erstaunen, dass so viele
Europäer ihr Vertrauen in diejenigen
setzten, von denen sie glaubten, sie

würden die »Ordnung«
aufrechterhalten, dabei nationale
Interessen vertreten und nicht die
einer besonderen Klasse.

Trügerische Morgenröte in Frankreich

Als sich die Aussichten der Linken in
Europa immer weiter verdüsterten,
sorgte eine wichtige Parlamentswahl
für einen Hoffnungsschimmer. Die
Wahlen in Frankreich von 1936
endeten mit einem Ergebnis, das wie
ein triumphaler Sieg des
Antifaschismus aussah; endlich, so

schien es, war der jahrelange europaweite Trend zur militanten, extremen Rechten gestoppt und umgekehrt worden. Als die Stimmen des zweiten Wahlgangs (der erste Wahlgang hatte eine Woche früher stattgefunden) ausgezählt waren, am 3. Mai 1936, konnte die Volksfront aus Sozialisten, Kommunisten und Radikalen einen erstaunlichen Sieg feiern, mit 376 zu 222 Sitzen hatte sie die rechte Nationale Front deutlich geschlagen. Die Euphorie unter den Anhängern der Linken – Arbeitern, aber auch den meisten Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern – kannte keine Grenzen.

Manès Sperber, ein 1905 in Galizien geborener jüdischer Schriftsteller, seit einer kurzen Erfahrung mit deutschen Gefängnissen 1933 im Exil in Paris und ein zunehmend kritisches Mitglied der kommunistischen Partei (aus der er 1937 austreten sollte), beschrieb rückblickend die Begeisterung, als das Wahlergebnis bekannt wurde. Für ihn und viele andere sei das mehr gewesen als ein Wahlsieg: »Man fühlte sich belebt wie von einem Mistral, der den fauligen Föhn verjagt.« Ein lange Zeit für fast unerreichbar gehaltenes Ziel sei in greifbare Nähe gerückt: »Niemals

hatte man sich der Brüderlichkeit so nahe gefühlt wie in den Maitagen von 1936.« Denn »über alle Avenuen zogen Männer, Frauen, Kinder zu den Plätzen der Bastille und der Nation, ihre Rufe und Lieder drangen in die Nebenstraßen, und wurden von jedem gehört: Alle sollten mitmachen, um mehr Gerechtigkeit, das unverbrüchliche Recht für alle zu erringen« – und alles war ohne revolutionäre Gewalt möglich geworden. Sperbers Hoffnungen für die Menschen erwiesen sich bald als grenzenlos optimistischer Traum.

Frankreich blieb ein völlig gespaltenes Land. Der Hass der

nationalistischen Rechten auf die Volksfront ging weit über normale politische Opposition hinaus. Über ihren führenden Kopf Léon Blum, einen jüdischen Intellektuellen, der ein früher Unterstützer von Dreyfus gewesen war, ergossen sich die boshaftesten Bemerkungen. Im Februar 1936 war Blum von einem nationalistischen Mob tödlich angegriffen worden. Schon im Frühjahr zuvor hatte ihn Charles Maurras, der Führer der rechtsextremen Action Française, in schockierender Weise denunziert als »einen Mann, der erschossen gehört – in den Rücken«. Der Wahlsieg der

Linken minderte die ideologische Polarisierung in Frankreich nicht. Und so triumphal, wie er auf den ersten Blick aussah, war er auch tatsächlich nicht. Der Anteil der Stimmen für die Linke, 37,3 Prozent, lag nur unwesentlich über den 35,9 Prozent der Rechten. Die größte Veränderung hatte innerhalb der Linken selbst stattgefunden – was den Hass der Rechten freilich noch mehr schürte. Die Radikalen, die zentristische Stütze der Republik, hatten an Boden verloren, von 157 Sitzen im Jahr 1932 waren sie im Jahr 1936 auf 106 Sitze abgerutscht. Die Sozialisten, die stärkste Partei in

der Volksfront, hatten deutlich zugelegt, von 131 auf 147 Sitze. Verschiedene kleine linke Parteien hatten zusammen 51 Sitze gewonnen, 14 mehr als 1932. Und, besonders beunruhigend für die Rechten, den größten Sprung hatten die Kommunisten geschafft: von 10 auf 72 Sitze.

Der Sieg war möglich geworden, nachdem Stalin im Juni 1934 mit einer Plötzlichkeit, die einem »Szenenwechsel im Theater« (wie Blum sagte) gleichkam, von der Komintern-Strategie abgerückt war, Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten« zu diffamieren,

eine völlige Kehrtwende der kommunistischen Strategie in ganz Europa, die angesichts der zunehmenden Stärke Hitlerdeutschlands notwendig geworden war. Zu der revidierten Strategie gehörte, im Interesse der kollektiven Sicherheit mit den früher verschrienen »bourgeoisien« Staaten zusammenzuarbeiten. Stalin forderte jetzt aktive Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten auf nationaler Ebene, ja selbst mit »bürgerlichen« Parteien, um »Volksfronten« zu bilden und die wachsende Bedrohung durch den Faschismus zu bekämpfen. Dieser

Schritt wurde im Sommer 1935 auf dem Siebenten Kongress der Kommunistischen Internationale bestätigt.

In Frankreich war das Drängen auf eine »Volksfront« gegen den Faschismus von unten gekommen, von der Basis, wurde zuerst in den Gewerkschaften artikuliert, dann von der kommunistischen Partei aufgenommen. Im Verlauf des Jahres 1935 steigerte sich dieser Druck. Im Herbst erklärten sich die Radikalen zur Zusammenarbeit mit Sozialisten und Kommunisten bereit: Die Volksfront stand.

Zu deren Wahlversprechen

zählten ein öffentliches Beschäftigungsprogramm – das markierte das Ende der deflationären Wirtschaftspolitik –, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Altersrenten und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Im Sinn der starken antifaschistischen Stimmung sollten paramilitärische Organisationen verboten werden. Radikale Maßnahmen jedoch, wie sie die Mittelschichten hätten erschrecken können, wurden vermieden. Die soziale Revolution musste warten. Die Sozialisten sprachen nicht mehr von Verstaatlichung der Wirtschaft, die

Kommunisten nicht über Sowjets oder Kolchosen. Die Leitung der Banque de France sollte erweitert werden, um ihre Kontrolle durch eine kleine Oligarchie von Aktionären zu beenden, verstaatlicht aber wurde die Bank nicht. Der Wert des Franc sollte weiterhin stabil gehalten werden – eine Beruhigung für die Mittelschicht, die unter der vorherigen linken Koalition Ersparnisse verloren hatte –, dieses Entgegenkommen erwies sich jedoch bald als unklug. Das Recht der Frauen auf Arbeit wurde garantiert; aus Angst, eine Debatte über Verfassungsänderungen (wie sie

große Teile der Rechtsextremen wollten) zu eröffnen, wurde das Wahlrecht für Frauen jedoch nicht erwähnt.

Blum, Frankreichs erster sozialistischer und erster jüdischer Ministerpräsident, führte eine Regierung von Ministern – darunter drei Frauen – aus der sozialistischen und der radikalen Partei. Die Kommunisten (und eine Reihe kleinerer Parteien) tolerierten die Regierung, wollten sich jedoch nicht an ihr beteiligen. Noch bevor die neue Regierung im Amt war, wurde das Land von der größten Streikwelle erfasst, die Frankreich jemals erlebt

hatte – gestreikt wurde häufig spontan, in ausgelassener Stimmung und einer karnevalesken, festlichen Atmosphäre. Fast zwei Millionen Arbeiter, darunter viele gewerkschaftlich nicht Organisierte und viele schlecht bezahlte Frauen, beteiligten sich an Tausenden von Streikaktionen, Fabrikbesetzungen und Sit-ins, überwiegend in der Privatwirtschaft. Restaurants und Cafés schlossen ihre Türen, Hotelgäste mussten ohne Zimmerservice auskommen, in den großen Pariser Kaufhäusern wurden die Kunden nicht mehr bedient, Tankstellen hatten geschlossen, so

dass die Autofahrer ihre Wagen stehen lassen mussten. Das Hochgefühl der Streikenden und ihrer Unterstützer war die eine Seite der Medaille. Die andere war, dass Angehörige der Mittelschichten, die Klientel der Rechten, die sozialen Unruhen als mögliches Einfallstor für den Kommunismus fürchteten und ablehnten. Die politische Polarisierung verschärfte sich.

Die gewaltige Streikwelle brachte die Arbeitgeber zum Nachdenken. Am 7. Juni, binnen eines Nachmittags, akzeptierten sie in einer Verhandlung in der Residenz des Ministerpräsidenten im Hôtel

Matignon die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften. Von einem Tag auf den anderen veränderten sich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vereinbart wurden das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, Tarifverhandlungen, die Anerkennung der Vertrauensleute, das Verbot von Strafkaktionen gegen streikende Arbeiter sowie Lohnerhöhungen von rund 15 Prozent. Innerhalb von Tagen wurden die Vierzigstundenwoche und zwei Wochen bezahlter Urlaub im Jahr gesetzlich festgeschrieben. (Damit

begann, auch gefördert durch niedrige Bahnpreise, der sommerliche Exodus aus Paris und anderen Städten, der zum bleibenden Merkmal der französischen Gesellschaft wurde.) Allmählich ebhte die Streikwelle ab. Die Flut neuer Gesetze hielt an: Am 18. Juni wurden paramilitärische Verbände verboten, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und die Gewalt auf der Straße zu beenden (was allerdings Teile der extremen Rechten in den Untergrund trieb); weitere Gesetze betrafen die Reform der Banque de France, die Erhöhung der Pflichtschulzeit bis zum Alter

von 14 Jahren, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, eine deutliche Erhöhung der staatlich festgelegten Getreidepreise, um die Bauern zu beruhigen. Ein neues Ministerium für Sport und Freizeit sollte den Zugang zu Aktivitäten im Freien demokratisieren (und damit der Militarisierung der Freizeit in faschistischen Organisationen entgegenwirken), attraktive Erholungsmöglichkeiten für Arbeiter schaffen und die öffentliche Gesundheitsvorsorge verbessern. Daraufhin erlebten Radfahren, Wandern, der Volkstourismus samt Jugendherbergsbewegung einen

Aufschwung, die Sportstätten wurden besser, und das allgemeine Interesse, auch die aktive Teilnahme an sportlichen Betätigungen nahmen zu. Alles in allem war bemerkenswert, was die Volksfrontregierung in so kurzer Zeit zustande brachte.

Erstaunlich war auch die euphorische Stimmung der französischen Linken. Eric Hobsbawm, später einer der bedeutendsten europäischen Historiker, erlebte als 19-jähriger Revolutionär die außergewöhnliche Atmosphäre in Paris am 14. Juli 1936, dem Jahrestag des Sturms auf die

Bastille von 1789, und beschrieb die Stimmung später: »Die roten Fahnen und Trikoloren, die Führer, die Abgeordneten der siegreichen streikenden Arbeiter ... die dichtgedrängten Massen auf den Gehsteigen, die Fenster voller Menschen, die freundlich winkenden Caféhausbesitzer, Kellner und Gäste, die noch freundlichere Begeisterung der versammelten und applaudierenden Bordellbesatzungen.«

Die Euphorie des Sommers war bald verflogen, die Karnevalsstimmung verging, Kummer und Sorgen des Alltags

kehrten zurück. Die Regierung geriet rasch in Schwierigkeiten. Blums begrenztes sozialistisches Experiment stieß rasch auf heftigen Gegenwind, die Kräfte des Weltmarkts. Die Weigerung, den Franc abzuwerten, erwies sich als Fehler, denn sie beschränkte den Spielraum der Regierung. Große Konzerne zogen ihre Investitionen aus Frankreich ab. Die mit der Vierzigstundenwoche gestiegenen Kosten wurden über Preissteigerungen weitergegeben, einsetzende inflationäre Tendenzen konnten nicht durch höhere Produktivität aufgefangen werden. So wuchs der Druck auf Franc und

Goldreserven. Im September 1936 sah sich die Regierung gezwungen, ihren Fehler zuzugeben und den Franc um rund ein Drittel abzuwerten. Dennoch ließ der Druck auf die Währung nicht nach. Die Inflation zehrte die Löhne der Arbeiter und die Ersparnisse der Mittelschichten auf. Die Regierung verlor ihren Rückhalt. Im Juni 1937 weigerte sich der konservative Senat, der Regierung Notstandsvollmachten zu erteilen, um die finanzpolitischen Probleme anzupacken, Blum trat zurück und Camille Chautemps von der Radikalen Partei trat an seine Stelle. Die sozialistischen Minister (auch Blum)

blieben in der Regierung, der sozialistische Impetus jedoch war gebrochen. Von nun an dominierte die Radikale Partei die Regierungsgeschäfte und betrieb eine konservativere, rechtere Politik.

Chautemps, der vom Parlament ermächtigt wurde, Gesetze per Dekret zu erlassen (was Blum verweigert worden war), erhöhte die Steuern und beendete die sozialen Reformen. Viele der Probleme, die zum Sturz der Regierung Blum geführt hatten, blieben unverändert. Die Preise stiegen weiter, auch die Staatsverschuldung. Noch immer verlor der Franc an Wert (woraufhin

eine erneute Abwertung fällig wurde). Die Produktivität stagnierte weiterhin. Die Unruhe gärte weiter. Die Volksfront zerfiel zusehends – geplagt von nicht zu bewältigenden wirtschaftlichen Problemen und konfrontiert mit unerbittlicher Opposition seitens der konservativen und faschistischen Rechten sowie mit wachsenden internationalen Gefahren.

Im März 1938 wurde Blum erneut Ministerpräsident, aber in einem international mittlerweile drastisch veränderten Klima: Das Deutsche Reich hatte sich Österreich einverleibt. Jetzt drängten

außenpolitische Probleme, und niemand in Frankreich brachte mehr Geduld für soziale und wirtschaftspolitische Experimente auf. Rasch musste Blum die Hoffnung aufgeben, mit neuen Ansätzen zu staatlich gelenkten Investitionen, mit Devisenbewirtschaftung und einer Vermögenssteuer voranzukommen. Steigende Rüstungsausgaben zwangen zur Verringerung der Staatsausgaben für zivile Zwecke, Kapitalflucht und stark fallende Goldreserven erzwangen weitere Einschnitte in den öffentlichen Ausgaben und schließlich eine dritte Abwertung des Franc. Blums erste

Amtszeit hatte 382 Tage gedauert, seine zweite endete nach 26 Tagen. Nachdem er zum zweiten Mal zurücktreten musste, ging die Regierungspolitik an die konservative Rechte über, neuer Ministerpräsident wurde der Radikale Édouard Daladier. Er galt als ein Mann, der Sicherheit versprach, verkörperte die kleinstädtische französische Provinz, fand Unterstützung beim kleinen und großen Kapital und wurde von der Rechten gelobt, weil er Blums Sozialgesetzgebung größtenteils rückgängig machte und damit die »Revolution vom Juni 1936«

beendete.

Die Errichtung einer Volksfront, die Sozialisten, Kommunisten und die von der Radikalen Partei repräsentierte politische Mitte im Versuch zusammenbrachte, dem Faschismus in Frankreich entgegenzutreten und ihn zu besiegen, war eine rationale und sinnvolle Strategie. Zumindest der Bedrohung der Republik durch die paramilitärische Rechte bot sie Einhalt. Doch so notwendig die Volksfront war, klar ist auch, dass ihr Scheitern von Anfang an beinahe sicher war. Ein revolutionäres soziales Programm, eines, das den

Kommunisten gefallen hätte, hatte bei einer Unterstützung von nur 15 Prozent der Bevölkerung keine Chance verwirklicht zu werden. Die Mittelschichtklientel der Radikalen Partei wäre entsetzt über jede Bedrohung ihres Eigentums gewesen. Und die Sozialisten mussten sorgfältig darauf achten, weder links noch rechts Anhänger ihrer Politik zu verprellen. Aber schrittweise angegangene soziale Reformen, die gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung eingeführt und dem Großkapital abgenötigt werden mussten, die im Widerspruch zu den Kräften des Weltmarkts standen,

hatten wenig Aussicht auf Erfolg.

Die Volksfront ließ sich nur durch einen Kompromiss erreichen, der einer Zwangsheirat zwischen ideologisch unvereinbaren Partnern gleichkam. Angesichts eines gemeinsamen Feindes konnte dieser Kompromiss die tiefen Meinungsverschiedenheiten für begrenzte Zeit verdecken. Aber es war eine labile Konstruktion, deren Fundamente von den beängstigenden Problemen unterminiert wurden, die auf die Regierung zukamen. Selbst das Verhältnis zwischen den beiden linken Parteien hatte eine schwere Probe zu bestehen. Die Antipathie

der Sozialisten gegen die Kommunisten nahm zu, als negative Berichte über die Lebensbedingungen in der Sowjetunion und die stalinistischen Schauprozesse weit verbreitet wurden. Die Kommunisten ihrerseits betrachteten Blum als »Arbeitermörder«, nachdem die Polizei bei einer Demonstration in Clichy, einem Pariser Arbeiterbezirk, im März 1937 auf Kommunisten geschossen, sechs Demonstranten getötet und 200 verletzt hatte.

Der spanische Hexenkessel

Die Mühen der Volksfrontregierung, das Scheitern der Linken in Frankreich wurden im öffentlichen Bewusstsein von den Ereignissen jenseits der spanischen Grenze, der sehr viel größeren Tragödie der Linken in Spanien in den Schatten gerückt. Dort war die Linke, die über einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und über die Mittel des Staates verfügte, bereit, für den Erhalt der Republik zu kämpfen. Zugleich aber war sie ernsthaft geschwächt durch erbitterte fraktionelle Spaltungen, zerstörerische Konflikte und ideologische Zerwürfnisse, die noch

von regionalen separatistischen Affekten überlagert wurden, die stärker als irgendwo sonst waren in Westeuropa (besonders im ökonomisch relativ fortgeschrittenen Katalonien und im Baskenland) . Noch schädlicher für die Linke war die althergebrachte tiefe Polarisierung der spanischen Gesellschaft. Die ideologischen Gruppierungen der Linken und Rechten waren durch einen Abgrund voneinander getrennt, der noch tiefer als in Frankreich war; zudem waren republikanische Loyalitäten nicht so tief verwurzelt wie in Frankreich, es fehlte ihnen auch der Bezugspunkt

eines epochalen, symbolischen Ereignisses in der nationalen Geschichte, das der Französischen Revolution gleichgekommen wäre.

Spaniens Zweite Republik war erst kurz zuvor konstituiert worden, im April 1931. Die Linke hatte sie gegründet, darum wurde sie von der sich zunehmend radikalisierenden Rechten grundsätzlich abgelehnt, deren instinktiver Antisozialismus tief reichte. Die weit verbreitete Aversion gegen alles Linke ließ sich ohne weiteres ins Gewebe erkatholischer Werte einfügen, die große Teile des provinziellen Spaniens beherrschten und von der

Rechten in ihr Bild der spanischen Nation gewoben wurden. Natürlich schürten die traditionellen Machteliten, die durch eine sozialistische Regierung am meisten zu verlieren hatten – Landbesitzer, führende Industrielle, der katholische Klerus, und am wichtigsten bedeutende Teile des Offizierskorps –, solche Aversionen noch. Ihre Macht schwand, war aber noch nicht gebrochen. Der gewaltsame Umsturz der Republik war durchaus eine Option für sie. Immerhin war Primo de Riveras Diktatur erst wenige Jahre zuvor, im Januar 1930, zu Ende gegangen, und

der *pronunciamiento* (Militärputsch) hatte in der spanischen Politik Tradition. Im März 1936 verschworen sich spanische Generäle erneut gegen eine gewählte Regierung.

Der Triumph der sozialistischen und republikanischen Linken bei den Wahlen von 1931 war, wie wir in Kapitel fünf sahen, nur von kurzer Dauer. Im November 1933 wurde erneut gewählt. Die Rechte hatte sich erholt, nun musste die Linke eine schwere Niederlage einstecken. Es siegte die Koalition aus der CEDA und den Radikalen unter Führung von Alejandro Lerroux, der auch Ministerpräsident wurde. In den

folgenden zwei Jahren wurden die bescheidenen sozialen Fortschritte nicht weitergetrieben, die seit Gründung der Republik errungen worden waren, oftmals auch einfach gekippt. *Bienio negro* nannten die Linken diese Zeit, die »zwei schwarzen Jahre« zunehmender faschistischer Gefahr und schwerer Repression. In der nördlichen Region Asturien traten im Oktober 1934 Bergarbeiter in den Ausstand; sie bewaffneten sich mit allem, was ihnen in die Hände fiel, und gingen auf die Polizei los; ihr Streik wurde blutig niedergeschlagen durch äußerst brutale Soldaten, die eigens

aus Marokko herbeigeschafft und von niemandem anderen als dem späteren Diktator General Francisco Franco angeführt wurden. Die Repression war grausam, oft barbarisch. 2000 Zivilisten wurden getötet, 4000 verletzt, 30 000 verhaftet und viele in der Haft gefoltert. Spanien stand bereits an der Schwelle zum Bürgerkrieg.

Die rechte Regierungskoalition fiel wegen Finanzskandalen und politischer Streitigkeiten auseinander, schon im Februar 1936 wurde erneut gewählt. Inzwischen hatte die Linke eine Volksfront gebildet, ein Wahlbündnis zwischen

Republikanern (deren Anhänger vor allem aus den Mittelschichten kamen) und Sozialisten – den beiden stärksten Kräften –, die mit gewiss unterschiedlichem Enthusiasmus von Kommunisten, katalanischen Separatisten sowie sozialistischen und anarchistischen Gewerkschaften unterstützt wurden. Bei der Wahl stand diesem Bündnis ein nationaler Block rechter Gruppierungen gegenüber. Der Riss ging mitten durchs Land, das radikalisiert war denn je. Die Wahl wurde als Kampf ums Ganze, um Spaniens Zukunft dargestellt; für die Rechte ging es um die Wahl zwischen Gut und Böse,

zwischen Katholizismus und Kommunismus, »dem Spanien der alten Traditionen« und »dem Antispanien der Zerstörung, der brennenden Kirchen und der Revolution«. Man werde, tönte es dagegen aus dem linken Lager, »in Spanien das tun, was in Russland getan worden ist«. Nach Auszählung der Stimmen hatte die Volksfront einen historischen Sieg errungen – knapp nach der Zahl der abgegebenen Stimmen (4 654 111 zu 4 503 524), überwältigend jedoch nach Zahl der Sitze im Parlament (278 zu 124).

Doch die Volksfront hielt nicht länger als bis zur Wahl. Die

Regierung war von Anfang an schwach, im Kabinett saßen nur Republikaner, die untereinander zerstrittenen Sozialisten lehnten eine Beteiligung ab. Die Partei war gespalten zwischen dem reformistischen Flügel unter Führung des gemäßigten Indalecio Prieto und der zunehmend revolutionären Unión General de Trabajadores (UGT) unter Führung von Francisco Largo Caballero, der sich gern als »spanischer Lenin« feiern ließ, ein Titel, der ihm von der Sowjetpresse verliehen worden war. Auch der sozialistischen Jugendorganisation schwebte wie der Gewerkschaft eine

umfassende Revolution und nicht schrittweise Reformen vor. Die Anziehungskräfte der noch kleinen, doch schnell wachsenden kommunistischen Partei waren nicht zu übersehen.

Als Erstes setzte die Regierung die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen von 1931 –33 wieder in Kraft, ließ politische Gefangene frei, enteignete Großgrundbesitz und gab Katalonien seine Autonomie zurück (und versprach den Basken ebenfalls Autonomie). Doch sie hatte das Land kaum unter Kontrolle. Im Süden besetzten arme Bauern und Landarbeiter große Güter. In den

städtischen Zentren kam es zu Streiks. Es wurden mehr Kirchen – Symbole der Unterdrückung durch den mächtigen Katholizismus – niedergebrannt als 1931, ein Propagandageschenk für die Rechten. Zahlreiche Morde wurden sowohl von der Linken als auch von der Rechten verübt; beide Seiten radikalisierten sich weiter. Plötzlich bekam die Falange, eine zuvor kleine Fraktion der Rechten, Zulauf, besonders von Mitgliedern der Jugendorganisation der Spanischen Konföderation der Autonomen Rechten (CEDA), die der Republik noch aggressiver gegenüberstanden als viele ältere

Anhänger der Partei. Unterdessen braute sich, von der Regierung unbemerkt, die Verschwörung zusammen.

Führende Militärs, darunter Franco, hatten unmittelbar nach der Wahl einen Putsch erwogen. Doch die Zeit war noch nicht reif. Die Generäle warteten ab. Die Regierung hatte Auseinandersetzungen mit dem Militär zuvorkommen wollen, Franco musste seinen Posten als Generalstabschef räumen und wurde auf die Kanarischen Inseln versetzt. Auch General Emilio Mola, bekannt für seine erbitterte Feindschaft gegen die Republik (und die treibende Kraft

des geplanten Putsches), wurde degradiert. Erstaunlicherweise aber wurde er von einem Kommando in Spanisch-Marokko zurückbeordert und zum Militärgouverneur von Pamplona in Nordspanien ernannt – ein Posten, der sich hervorragend eignete, um Beziehungen zu heimlich arbeitenden Verschwörern zu knüpfen. Einige Falangisten wurden verhaftet, konnten aber noch aus dem Gefängnis heraus weiter konspirieren. Ansonsten aber tat die schwache Regierung kaum etwas, um Unruhen zuvorzukommen.

Am 17. Juli 1936 begann der Aufstand in Spanisch-Marokko und

auf den Kanarischen Inseln, griff in den nächsten zwei Tagen aufs Festland über. Die Verschwörer hatten einen schnellen Staatsstreich und die Machtübernahme durch das Militär erwartet. Doch wie sich bald zeigte, geschah das nicht. In einigen Provinzen auf dem Festland unterstützten Garnisonen und auch viele Zivilisten die Aufständischen. Drei Ministerpräsidenten innerhalb von zwei Tagen: ein deutliches Zeichen für die Panik, die die Regierung ergriffen hatte. Mola fühlte sich stark genug, um ein Angebot zu einem Kompromiss-Waffenstillstand abzulehnen.

Anderswo standen Armee und Polizei loyal zur Republik, selbst wenn sie häufig nicht alles auf eine Karte setzten. Arbeiter in Madrid, Barcelona und im baskischen San Sebastián griffen zu den Waffen. Nun war es eine Sache von Tagen, dass Spanien vollständig gespalten war, ähnlich wie bei der Februarwahl.

Der Osten und der Süden des Landes standen im Großen und Ganzen zur Republik. Im Südwesten, im Westen und in Zentralspanien jedoch kamen die Aufständischen rasch voran. Militärisch hielten sich die Kräfte der Republik und der Aufständischen in etwa die Waage,

noch befanden sich die wichtigsten Industriegebiete in den Händen der Regierung. Bis in die Dörfer nahm die Bevölkerung für die eine oder andere Seite Partei, für die Linke oder die Rechte, für Republik oder Faschismus. Die Gewalt eskalierte. Schon in den ersten Tagen wurden auf beiden Seiten schwere Gräueltaten begangen. In Gebieten, die sie erobern konnten, töteten die Aufständischen viele Menschen, es kam zu summarischen Exekutionen. Die genaue Zahl der Todesopfer lässt sich nicht ermitteln, aber sie ging mit Sicherheit in die Tausende. Auch auf republikanischer Seite kam es zu

Racheaktionen gegen Anhänger des Aufstands oder Klassenfeinde, alte Rechnungen wurden beglichen. Die »revolutionäre Gerechtigkeit« führte, vor improvisierten Gerichten, zu zahlreichen Todesurteilen. Entsetzliche Gewaltakte wurden gegen den Klerus verübt. Über 6000 Kirchenleute – Priester, Mönche, Nonnen – wurden ermordet, Gotteshäuser niedergebrannt, religiöse Bilder zerstört. Der Konflikt entwickelte sich bereits zum ausgewachsenen Bürgerkrieg. Wer die Oberhand gewinnen würde, war nicht zu erkennen.

Zu einer bedeutenden

Verschiebung im Gleichgewicht der militärischen Kräfte kam es ab Ende Juli, als Hitler und Mussolini – die verhindern wollten, dass die Kommunisten auf der Iberischen Halbinsel Fuß fassten – Flugzeuge für den Transport von Francos Elitetruppen bereitstellten. So konnten über 30 000 abgehärtete, erfahrene Kämpfer aus Marokko aufs spanische Festland gebracht werden – der Anfang von wachsender Unterstützung für Francos Truppen aus Deutschland und Italien. Letzten Endes hofften Hitler und Mussolini auf die Unterstützung eines nationalistischen Spaniens, und bis es

so weit war, konnten sie, weit weg von zu Hause, ihre Feuerkraft erproben. Auch Salazar in Portugal, der einen Sieg des Bolschewismus vor seiner Haustür fürchtete, lieferte den Aufständischen Soldaten und Nachschub.

Damit gewannen die nationalistischen Rebellen einen deutlichen Vorteil. Das hätte mehr als aufgewogen werden können, wenn die westlichen Demokratien einer anderen Demokratie Waffen geliefert hätten. Im August jedoch wurde auf Initiative Großbritanniens, der sich Frankreich umgehend anschloss (Blum machte es viel Kopfzerbrechen

und ein schlechtes Gewissen, den spanischen Sozialisten Hilfe zu versagen), ein internationales Abkommen erreicht, kein Kriegsmaterial nach Spanien zu liefern. Die beiden Mächte wollten unbedingt vermeiden, dass der eskalierende Konflikt sich zu einem umfassenden europäischen Krieg entwickelte. Mit dieser Entscheidung jedoch wuchs die Wahrscheinlichkeit eines nationalistischen Siegs im spanischen Bürgerkrieg erheblich. Stalin reagierte im Herbst auf eine Bitte der republikanischen Regierung um Militärhilfe, es blieb jedoch auch dann beim Ungleichgewicht im

Waffennachschub. 24 Länder unterzeichneten schließlich den Nichtinterventionspakt, darunter auch Deutschland, Italien und die Sowjetunion; zynischerweise leisteten sie ein Lippenbekenntnis zur Nichtintervention – und lieferten weiterhin in großen Mengen Waffen.

Trotz der offiziellen Politik der Nichtintervention reisten ab Herbst 1936 mindestens 30 000 Freiwillige (darunter viele Juden) aus verschiedenen europäischen Ländern nach Spanien – zumeist Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter, die von der Komintern zu Internationalen Brigaden organisiert

wurden; sie wollten am Versuch mitwirken, die Republik zu retten. Die meisten waren Idealisten der einen oder anderen Art, sahen sich als Kämpfer in einem Klassenkampf und einem Krieg gegen den Faschismus. Tausende verloren bei diesem Unternehmen ihr Leben. Ihr militärischer Beitrag wurde von der sowjetischen Propaganda schon damals übertrieben und wurde es auch seither noch oft. Aber die Brigaden spielten gewiss in einigen der großen Schlachten eine Rolle, angefangen beim Kampf zur Rettung Madrids vor den aufständischen Truppen. Nach dem Urteil des

britischen Journalisten Henry Buckley, der die Brigaden in Aktion erlebte, waren sie »insgesamt Helden in der Art, wie sie kämpften. Sie hatten schlechte Waffen, es war schwierig, Disziplin herzustellen, und sie sprachen ein Dutzend verschiedene Sprachen, nur wenige konnten Spanisch. Sie wirkten Wunder aus schierem Heroismus.« Anfangs war der Spanische Bürgerkrieg für die europäische Linke eine Quelle der Begeisterung; Schritt für Schritt wandelte er sich dann zu einer Quelle der Demoralisierung.

Nachdem es Francos Truppen, die

nordwärts gegen Madrid zogen, nicht gelungen war, die spanische Hauptstadt nach einer längeren Belagerung im November 1936 einzunehmen, ging der Bürgerkrieg in einen langen Zermübungskrieg über, der mit grenzenloser Grausamkeit geführt wurde. Es entwickelte sich ein Muster: Die - Nationalisten rückten langsam, aber unablässig vor, während sich die Republikaner, denen nur mehr kurzfristig erfolgreiche Gegenoffensiven gelangen, zu einer zähen, aber zunehmend verzweifelten Gegenwehr gezwungen sahen. Im Frühjahr und Sommer 1937 erzielten

die nationalistischen Truppen größere Fortschritte im Norden, brachten im Herbst die Nordküste einschließlich des Baskenlands in ihre Hand (womit Franco Zugang zu wichtigen Rohstoffen und einer bedeutenden Industrieregion erhielt); die republikanische Regierung kontrollierte nun nur noch ein großes zusammenhängendes Gebiet, das sich südöstlich von Madrid bis zur Küste und im Norden kaum über Katalonien hinaus erstreckte.

Der Bürgerkrieg verschaffte den Deutschen die Gelegenheit, Bomber und Bomben zu erproben, »ohne Verantwortung von unserer Seite«, so

Wolfram Freiherr von Richthofen, Stabschef der deutschen Bomberflotte, genannt »Legion Condor«. Auf die Bombardierung einer Anzahl von südspanischen Städten folgten Angriffe auf Madrid. Richthofen fand die Resultate »sehr gut«. Auch die Italiener flogen im Frühjahr 1938 Luftangriffe, bombardierten während der Nordoffensive der Nationalisten spanische Städte und Dörfer; die Deutschen verstärkten zu deren Unterstützung ihre Angriffe, warfen über Bilbao 660 Tonnen Bomben ab. Der furchtbare Luftangriff auf die baskische Stadt Guernica durch etwa

30 deutsche und drei italienische Bomber am Nachmittag des 26. April 1937, der die Welt erschütterte und mit Entsetzen erfüllte, war kein Einzelfall. Am Morgen des gleichen Tages hatten deutsche Bomber bei einem Angriff auf das acht Kilometer entfernte Guernicaiz »kein Haus unzerstört« gelassen. Der ausgedehnte Angriff auf Guernica selbst, der drei Stunden dauerte und die Basken demoralisieren sollte – in deutschen Augen »ein vollständiger technischer Erfolg« –, machte aus der Kleinstadt eine schwelende Ruine mit 300 Toten. Ein Priester, der gerade rechtzeitig angekommen war, um die

Verwüstung mit eigenen Augen zu erleben, beschrieb sehr eindringlich die Schreie der Menschen, die in Angst und Schrecken vom Marktplatz und aus der brennenden Stadt zu entkommen suchten. Mit einer einprägsamen Darstellung der Barbarei des modernen Krieges machte Pablo Picassos berühmtes Gemälde, das auf der Pariser Weltausstellung 1937 im spanischen Pavillon gezeigt wurde, Guernica und seine Zerstörung unsterblich. Trotz weltweiter Verurteilung ging das schwere deutsche Bombardement in Spanien weiter. Gegen Ende der Kämpfe in Asturien in diesem Herbst

beschloss das Kommando der Legion Condor, »die Geschwader rücksichtslos gegen sämtliche Ortschaften und Verkehrsmittel im eng gewordenen roten Lebensraum einzusetzen«.

Im Herbst 1937 war der Krieg noch lange nicht zu Ende. Doch hatte er einen unaufhaltsamen Verlauf genommen. Spaniens Eroberung durch die Nationalisten ging langsam, aber stetig voran. Das langsame Tempo wurde teilweise von der starken republikanischen Verteidigung bestimmt, mehr noch aber von Francos Kriegsführung. Er sah in diesem Krieg einen Kreuzzug

zur Wiederherstellung der Größe des katholischen Spaniens. Darum durften die »inneren Feinde Spaniens« nicht bloß besiegt, sie mussten vernichtet werden. An einem schnellen, aber nur oberflächlichen Sieg war ihm nicht gelegen.

Francisco Franco, geboren 1892, hatte seine prägenden Jahre in der Armee verbracht. Erstklassige Qualitäten als Militärkommandeur, brennender Ehrgeiz und unerschütterliche Entschlossenheit hatten ihn an die Spitze der Armee geführt. Obwohl er sich der Verschwörung erst spät anschloss,

war sein Kommando über die spanische Armee in Afrika entscheidend für deren Erfolg. Ende September 1936 einigten sich die Nationalisten darauf, ihn zum Oberkommandierenden und zugleich zum Staatsoberhaupt zu machen. Im April 1937 vereinigte er die verschiedenen Fraktionen der Rechten zu einer einzigen Partei, deren Name ein solcher Zungenbrecher war, Falange Española Tradicionalista y de las JONS (Spanische Traditionalistische Phalanx der Vereinigungen der Nationalsyndikalistischen Offensive), dass er so gut wie nie benutzt und zu

FET abgekürzt wurde.

Franco hatte nichts vom populistischen Charisma eines Hitler oder Mussolini. Er war durch und durch ein Militär. Seine führende - Stellung hatte er nicht durch Hetzreden und politische Manöver erreicht, sondern durch die Ränge der Armee und durch sein unbestrittenes militärisches Talent. Seine Erscheinung war wenig beeindruckend – er war von kleiner Statur und sprach mit schriller, hoher Stimme. Seinen Feinden gegenüber war er von eiskalter Rücksichtslosigkeit – und Feinde gab es in seinen Augen viele: Freimaurer,

Kommunisten und Separatisten, sie waren die Bösen, die seit dem Goldenen Zeitalter im 16. Jahrhundert Spanien Dekadenz, Korruption und Verfall gebracht hatten. Seine Umsicht als Militärkommandeur war untrennbar verbunden mit seiner Entschlossenheit, Spaniens Eroberung durch die Nationalisten zu festigen durch vollständige und dauerhafte Eliminierung aller, die dem im Weg standen. Er ließ es sich nicht nehmen, die Todesurteile, die nach Massenprozessen gegen seine Gegner verhängt wurden, zu lesen und persönlich zu unterzeichnen.

Insgesamt exekutierten seine Soldaten rund 200 000 Menschen; eine Million Gefangene wurden in Francos Gefängnisse und Arbeitslager gepfercht – eine unvergessliche Lektion sollte das für die Linke und seine anderen Feinde sein.

Dass die Republikaner Francos Truppen so lange Widerstand leisten konnten, ist bemerkenswert, denkt man an die Spaltungen, die Richtungs- und Machtkämpfe, die Ranküne und ideologischen Unvereinbarkeiten, unter denen die Regierungsseite zu leiden hatte. Sozialisten (ihrerseits heftig zerstritten), Anarchisten,

sozialistische und anarchistische Gewerkschaften, Kommunisten, die Stalins Linie folgten, kommunistische Fraktionen, die Stalins Linie ablehnten, die katalanische Linke mit eigener Agenda – sie alle wurden nur vom Willen zusammengehalten, den Faschismus zu schlagen. (Puristische Definitionsunterschiede in der Frage, ob die nationalistischen Kräfte wirklich faschistisch waren oder nicht, sind bedeutungslos. Für die Republikaner waren sie Faschisten. Wer wollte sagen, dass sie Unrecht hatten?) Der Antifaschismus war die mächtigste einigende Kraft. Jenseits dessen herrschten Spaltung und

Fraktionskämpfe.

In den ersten Kriegsmonaten sah es so aus, als würde die Republik auseinanderfallen. Die Regierung verließ das belagerte Madrid im November 1936 und verlegte ihren Sitz nach Valencia (um sich im Oktober des folgenden Jahres weiter zurückzuziehen, bis ins katalanische Barcelona). Inzwischen war die staatliche Autorität häufig durch antifaschistische Komitees ersetzt worden, die nach dem nationalistischen Aufstand aus dem Boden geschossen waren und in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Exekutive übernommen hatten.

Baskische Nationalisten riefen eine autonome baskische Republik aus; auch Katalonien ging seinen eigenen Weg, ebenso Aragon. Die anarchistischen und sozialistischen Gewerkschaften setzten Veränderungen durch, die einer sozialen Revolution gleichkamen: Sie verwandelten große Ländereien, Industriebetriebe und Wirtschaftsunternehmen in Kollektive, bauten örtliche Milizen auf, und lokale Revolutionsräte übernahmen die Regierungsgeschäfte. Dabei ging es häufig ziemlich chaotisch zu, aber es funktionierte halbwegs – zumindest

für eine Weile.

Von George Orwell haben wir eine Beschreibung der Lage in Barcelona, wo er der Miliz einer kleinen, nicht moskauhörigen kommunistischen Organisation, dem Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM), beigetreten war:

Die Arbeiter hatten sich praktisch jedes größeren Gebäudes bemächtigt und es mit roten Fahnen oder der rot und schwarzen Fahne der Anarchisten behängt. Auf jede Wand hatte man Hammer und Sichel oder die

Anfangsbuchstaben der
Revolutionsparteien
gekritzelt. Fast jede Kirche
hatte man ausgeräumt und
ihre Bilder verbrannt ... Jeder
Laden und jedes Café trugen
eine Inschrift, daß sie
kollektiviert worden seien. ...
Praktisch trug jeder grobe
Arbeiterkleidung, blaue
Overalls oder irgendein der
Milizuniform ähnliches
Kleidungsstück.

Unwahrscheinlich, dass die soziale
Revolution jenseits engagierter
Marxisten auf Gegenliebe stieß, aber

es gab kaum eine Alternative, man musste sich der neuen Ordnung fügen.

Was die Milizen betrifft, so waren sie unzureichend bewaffnet und schlecht organisiert – »nach normalen Begriffen ein vollkommen undisziplinierter Haufen«, wie Orwell bemerkte. Es war schwer zu glauben, dass solche Kräfte einen Krieg gegen Francos gut bewaffnete, disziplinierte Truppen gewinnen konnten. Die Zentralregierung musste sich anpassen, und zwar schnell. Sozialisten und Kommunisten traten im September einer wirklichen Volksfrontregierung unter der

Führung von Largo Caballero bei, der jetzt (vorübergehend) als einigende und nicht als spaltende Figur galt. Die an der Regierung Beteiligten waren sich darin einig, dass die soziale Revolution noch eine Weile warten musste. Bis dahin kam es vor allem darauf an, die Milizen durch eine gut organisierte Armee zu ersetzen. Allmählich konnte sich die Zentralgewalt durchsetzen. Eine einheitliche Armee, gestützt durch Zentralisierung der Wirtschaft, Wehrpflicht, Rationierung und einen organisierten Zivilschutz, formierte sich.

Manches davon geschah unter

zunehmendem sowjetischem Einfluss. Als Waffen aus der Sowjetunion eintrafen, wuchs der Einfluss der Kommunisten in der Regierung – und den Kommunisten ging es im Grunde nicht um die »bürgerliche« Republik, sie wollten diese nur vor dem Faschismus retten, damit sie später die »wahre« Revolution anführen konnten; und bis es so weit war, sollten sämtliche Rivalen im linksradikalen Lager eliminiert werden: Trotzlisten und Anarchisten zuerst.

Im Mai 1937 wurde Largo Caballero zum Rücktritt gezwungen und durch Juan Negrín ersetzt, einen

klugen Politiker und kompetenten Verwaltungsfachmann (er war früher Finanzminister gewesen), der eine dominantere Rolle der Kommunisten als annehmbaren Preis und die beste Möglichkeit betrachtete, Franco zu schlagen. In Katalonien und Aragon wurde die soziale Revolution beendet und der POUM in einer rücksichtslosen Säuberungsaktion zerschlagen. Die Republik konnte weiterkämpfen, doch der gestiegene Einfluss der Kommunisten war vielen Menschen in der republikanischen Zone alles andere als geheuer und trug zu sinkender Moral bei.

1938 näherte sich die Republik

ihrem Ende. Ihre letzte große Offensive am Unterlauf des Ebro in Ostspanien scheiterte. Die Moral verschlechterte sich rapide, Kriegsmüdigkeit machte sich breit, Nachschub an Lebensmitteln kam nur schleppend. Anfang 1939 fiel Katalonien. Zahllose Kämpfer gerieten in Gefangenschaft, den Nationalisten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Eine halbe Million Menschen flüchtete nach Frankreich und in eine unsichere, oft miserable Zukunft. Die letzten Reste der republikanischen Regierung brachen im März zusammen. Am 26. März zogen die Nationalisten schließlich in Madrid

ein, Ende des Monats war das restliche republikanische Gebiet in ihrer Hand. Am 1. April erklärte Franco den Krieg für beendet. Über 200 000 Menschen hatten ihr Leben auf dem Schlachtfeld verloren. Über eine Million (bei einer Bevölkerung von 25 Millionen) war umgekommen, gefangen genommen oder gefoltert worden. Noch viel mehr flohen ins Exil.

Franco und seine Anhänger ließen nach ihrem Sieg keine Gnade walten. Typisch für den Geist einer reinigenden Erlösung Spaniens war der Mann, der zum Vorsitzenden des nationalen Tribunal de

Responsabilidades Políticas, des
Gerichts der politischen
Zuständigkeiten, ernannt wurde:
Enrique Suñer Ordóñez, ein
ehemaliger Professor für
Kinderheilkunde in Madrid, der die
Republikaner 1938 als »teuflisch ...
Sadisten und Wahnsinnige ...
Ungeheuer« bezeichnet hatte. Hinter
ihnen stünden Freimaurer,
Sozialisten, Anarchisten und von der
Sowjetunion unterstützte Juden, die
ihre in den *Protokollen der Weisen von
Zion* dargelegten Pläne verwirklichen
würden. In seinem verquerten Hirn
hatte der Krieg den Zweck, »die Rasse
zu stärken« und die »totale

Auslöschung unserer Feinde herbeizuführen«. Einstellungen wie diese waren für die rachsüchtige Haltung gegenüber einer dämonisierten Linken kennzeichnend. Ungefähr 20 000 Anhänger der Republik wurden hingerichtet, nachdem die Nationalisten den Krieg gewonnen hatten. Tausende mehr starben in Gefängnissen, Lagern und in Zwangsarbeiterbataillonen. Das Töten setzte sich bis weit in die 1940er Jahre hinein fort.

Schweigen senkte sich über die Hälfte Spaniens, die die Republik gegen Francos nationalistische

Rebellen verteidigt hatte. Diskriminierungen, Elend, Leid, dazu die bittere Anpassung an die neue, repressive Diktatur, das war alles, was diesen Menschen blieb. Über 35 Jahre währte dieses Schweigen, bis Francos Tod im Jahr 1975 einen Neubeginn für Spanien brachte.

Hätte sich der Bürgerkrieg vermeiden lassen? Wahrscheinlich nicht. Die Chancen dafür standen 1936 schlecht. Das Land war völlig gespalten, und die Regierung verlor in den ersten Monaten nach der Februarwahl rasch die Kontrolle. Die vermutlich letzte Gelegenheit, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, war

verspielt, als Prieto im Mai aufgefordert wurde, eine Regierung zu bilden, und ihn sein linker Rivale Largo Caballero blockierte. Vielleicht hätte eine starke, aber gemäßigt sozialistische Regierung zu diesem Zeitpunkt bewirken können, dass sich zumindest Teile der Mittelschichten nicht aus Angst vor der extremen Linken nach rechts wandten und die Nationalisten unterstützten. Tatsächlich sorgte Largo Caballero dafür, dass die Regierung schwach und die Linke gespalten blieb, die Mittelschichten wiederum setzten in ihrer Mehrheit auf die Aufständischen und nicht auf die

Republik. Prietos Pläne, die Macht der Polizei zu begrenzen, die faschistischen Terrrorschwadronen zu entwaffnen und einen vertrauenswürdigen Chef der Staatssicherheit zu berufen, wurden nicht umgesetzt. Doch wenn man bedenkt, welch geringes Vertrauen viele Linke zu diesem Zeitpunkt noch in eine »gemäßigte« Lösung setzten, wie entschlossen dagegen die Rechte war, die Republik zu stürzen, ist stark zu bezweifeln, dass Prieto in der Lage gewesen wäre, Reformen in Gang zu setzen, die die Lage entschärft hätten. Ebenso fraglich ist, ob er oder ein anderer führender

Republikaner Macht genug gehabt hätte, um Anführer der Rechten zu verhaften oder wichtige Militärs zu entlassen, an deren Loyalität zur Republik zu zweifeln war. Jedenfalls wurde kein Versuch dazu unternommen. Vielmehr wurde jenen, die der Republik nur das Schlechteste wünschten, der Spielraum eingeräumt, einen Putsch zu ihrem Sturz zu planen.

Hätte die Republik den Bürgerkrieg gewinnen können? Nachdem der Aufstand losgebrochen war, lehnte Mola einen Waffenstillstand ab, Franco brachte die Afrika-Armee aus Marokko nach

Spanien, und die Nationalisten konsolidierten ihre beträchtlichen frühen territorialen Gewinne; ein Sieg der Republikaner wurde damit immer unwahrscheinlicher, Mitte 1937 war er so gut wie unmöglich geworden. Die Spaltung der Linken, ihre Fraktionierungen und Konflikte waren für die Sache der Republik alles andere als förderlich, waren aber auch nicht die Ursache für ihr Scheitern. Die Regierungstruppen gewannen nach und nach die Fähigkeit, einen langwierigen Verteidigungskrieg zu führen, auch wenn sie nie sehr effizient waren. Zu keinem Zeitpunkt aber wirkten sie,

als könnten sie einen endgültigen Sieg erringen. Vielleicht wäre ihnen das möglich gewesen, hätte nicht die einseitige Intervention ausländischer Mächte, durch die der Konflikt rasch den Charakter eines ideologischen Stellvertreterkriegs zwischen den internationalen Kräften des Faschismus und des Kommunismus annahm, den Nationalisten einen deutlichen Vorteil verschafft. Mit der sowjetischen Hilfe konnten die republikanischen Truppen den Krieg zwar verlängern, zu mehr aber reichte es nicht. Dagegen spielten die Waffen, die das faschistische Italien und das nationalsozialistische

Deutschland den aufständischen nationalistischen Truppen lieferten, eine entscheidende Rolle für deren militärischen Erfolg. Von zentraler Bedeutung war auch, dass die Nichtinterventionspolitik der westlichen Demokratien – und die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, strikte Neutralität zu wahren – zur Folge hatte, dass die Republikaner, von der sowjetischen Hilfe abgesehen, mit Brotkrümeln abgespeist wurden, während die Nationalisten von den faschistischen Mächten regelmäßige Waffenlieferungen erhielten. Dieses Ungleichgewicht machte einen

republikanischen Sieg praktisch unmöglich, Francos letztendlicher Triumph stand im Grunde fest.

Der Krieg hinterließ ein Spanien, das seine Toten betrauerte (wobei viele seiner bittersten Wunden über Generationen verborgen blieben); die Gesellschaft war noch immer total zerrissen, selbst wenn die tiefen Gräben jetzt von einem dünnen Firnis einer deklarierten nationalen Einheit verdeckt wurden; Spaniens Wirtschaft war ruiniert, die Aussicht auf die dringend nötige Modernisierung für viele Jahre vertagt. Für die spanische Linke war der Krieg ein Verhängnis, das

Jahrzehnte weiterwirkte, eine katastrophale Niederlage, deren Ausmaß kaum zu überschätzen ist. Aber hatte die Tragödie der Menschen in Spanien politische Konsequenzen für Europa? Wie, wenn überhaupt, hat die Niederlage der Linken den Verlauf der europäischen Geschichte beeinflusst? Hätte ein Sieg der Linken im Spanischen Bürgerkrieg, so unwahrscheinlich er auch war, irgendetwas dazu beigetragen, einen neuen allgemeinen europäischen Krieg zu verhindern?

Wohl kaum. Was unter einer republikanischen Regierung nach

einem Sieg über Francos nationalistische Truppen aus Spanien geworden wäre, lässt sich nicht einschätzen. Vorstellbar ist allerdings, dass die Kommunisten zu den eigentlichen Nutznießern hätten werden können und Spanien geradewegs in eine linke Diktatur geführt hätten. Hätte die gemäßigte Linke gesiegt, wohl das weniger wahrscheinliche Ergebnis, hätte dies den Sozialisten in Westeuropa Auftrieb gegeben, dem Westen einen potenziellen Verbündeten in einem kommenden Krieg verschafft. Möglicherweise hätten sich die Aussichten auf die diskutierte

internationale »große Koalition« verbessert, die, unter Einschluss der Sowjetunion, Hitler abschrecken sollte. Mindestens genauso wahrscheinlich ist jedoch, dass ein Sieg der Linken in Spanien (und Frankreich) Hitler – die größte Gefahr für den Frieden in Europa – eher provoziert als abgeschreckt hätte. Vielleicht wäre Spanien zu einem späteren Zeitpunkt sogar zum Ziel eines deutschen Überfalls geworden. Das sind spekulative Szenarios. Doch so, wie die Dinge lagen, waren die Sozialisten nach den Ereignissen in Spanien demoralisiert: Zehntausende aus über 50 Ländern,

die meisten Kommunisten, die sich aus idealistischer Begeisterung den Internationalen Brigaden angeschlossen und für die Republik gekämpft hatten, waren über das Verhalten der westlichen Demokratien verbittert, das sie als Verrat betrachteten. Aber durch Spanien wurde der Linken viel klarer, dass der fortbestehende Glaube an Pazifismus und Abrüstung nicht aufrechtzuerhalten war. Nur Waffengewalt konnte den Faschismus schlagen.

Der Bürgerkrieg, so hatten viele befürchtet, sei der Vorläufer für die Kraftprobe zwischen Faschismus und

Bolschewismus in einem neuen europäischen Krieg. Doch so verlief die Geschichte nicht. Deutschland, Italien und die Sowjetunion engagierten sich zwar in Spanien in einem Stellvertreterkrieg, aber für einen großen europäischen Krieg waren sie nicht bereit (auch wenn Deutschland schon Schritte unternahm, die einen Krieg unvermeidlich machten). Besonders die Deutschen nahmen aus ihrem Kriegseinsatz in Spanien wichtige taktische Lektionen mit, zum einen im Hinblick auf Luftschläge zur Unterstützung von Bodentruppen, zum anderen hinsichtlich der

Notwendigkeit, ihre Panzer zu verbessern. Sie und die Italiener hatten gesehen, was ihre Bomber der städtischen Zivilbevölkerung antun konnten; den Sowjets wiederum war klar geworden, dass sie sich zur Verteidigung gegen die wachsende Bedrohung durch den Faschismus nicht auf die »bürgerlichen« Westmächte verlassen konnten. Die westlichen Demokratien ihrerseits fühlten sich darin bestätigt, dass sie sich nicht in den Krieg hatten hineinziehen lassen. Auch wenn das Ergebnis ein nationalistisches Spanien war, das noch engere Beziehungen mit den faschistischen

Diktaturen entwickeln könnte, erschien das in ihren Augen immer noch besser als ein Sieg des Bolschewismus in ihrer Nachbarschaft.

Drei grauenvolle Jahre dauerte der Bürgerkrieg und hinterließ ein zerstörtes Land, das Jahrzehnte brauchte, um sich zu erholen. Mit den großen Entwicklungen aber, die den Kontinent formen sollten, hatte der Krieg nicht viel zu tun. Spanien hatte sich vor dem Bürgerkrieg am Rand Europas befunden. Für eine kurze, traumatische Periode wurden die katastrophalen Ereignisse in Spanien in ganz Europa aufmerksam

verfolgt. Nach 1939 sank Spanien wieder zu einer abgelegenen europäischen Provinz herab – es wurde strategisch wichtig, sobald schließlich ein viel größerer Krieg ausgebrochen war, doch abgesehen davon verlor sich das Interesse Europas, bis die völlig veränderten Bedingungen des Kalten Krieges Franco zu einem wichtigen Partner für den Westen machten.

Die Ereignisse, die Europa direkt zu einem neuen großen kontinentalen Flächenbrand führten, hatten wenig mit Spanien zu tun. Sie trugen sich in der Hauptgefahrenzone in Mitteleuropa zu. Und was geschah,

wurde bestimmt durch eine Kraft, auf die der furchtbare Bürgerkrieg in Spanien keinen bedeutenden Einfluss hatte: Deutschlands unablässiges Expansionsstreben.

Rüstungswettlauf

Am späten Nachmittag des 5. November 1937, einem dunklen und öden Tag in Berlin, machten sich die Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, der Luftwaffe und Kriegsmarine – General Werner von Fritsch, General Hermann Göring

(der auch Beauftragter für den Vierjahresplan war) und Admiral Erich Raeder – auf den Weg zur Reichskanzlei, um zu erfahren, wie sich Hitler in der Frage der Stahlzuteilungen für die drei Teilstreitkräfte entschieden hatte. Das zumindest erwarteten sie.

Hitler sprach zwei Stunden zu ihnen, allerdings nicht über Stahlzuteilungen. Zunächst gab es nicht viel Neues. Schon oft hatten sie zu hören bekommen, dass Deutschlands künftige wirtschaftliche Sicherheit nicht durch die Abhängigkeit von den Wechselfällen der Weltmärkte zu

gewährleisten sei, sondern nur durch die Beschaffung von »Lebensraum«. Der Gedanke als solcher, eine Variante der imperialistischen Ideologie, die im Ersten Weltkrieg durch die über Deutschland verhängte Wirtschaftsblockade bekräftigt wurde und seit Mitte der 1920er Jahre zu einer von Hitlers Obsessionen geworden war, setzte natürlich voraus, dass Deutschland expandierte, und barg so das Risiko, wenn nicht die Unausweichlichkeit eines bewaffneten Konflikts. Das allein bekümmerte weder die Generäle noch die anderen Anwesenden, Kriegsminister Werner

von Blomberg, Außenminister
Konstantin von Neurath und Hitlers
Wehrmachtsadjutant Oberst
Friedrich Hoßbach. Was
»Lebensraum« praktisch hieß, war
bislang allerdings offen geblieben.
Der Begriff konnte, mit Blick auf
künftige Gebietserweiterungen,
verschiedene Bedeutungen haben.
Keine implizierte notwendigerweise
einen Krieg in naher Zukunft. Doch
an diesem Tag erklärte Hitler, dass er
genau diese Möglichkeit ins Auge
fasste. Deutschland habe keine Zeit zu
verlieren. Der gegenwärtige
Rüstungsvorsprung werde nicht ewig
erhalten bleiben. Er sei entschlossen,

spätestens 1943/44 zu handeln, unter bestimmten Bedingungen auch viel früher.

Hitler erwog die Möglichkeit eines Angriffs auf Österreich und die Tschechoslowakei schon im kommenden Jahr, 1938. Dem allerdings sah der kleine Kreis seiner Zuhörer mit großer Sorge entgegen. Nicht, dass sie etwas dagegen hatten, wenn Deutschland eine Vormachtstellung in Mitteleuropa oder eine wirtschaftliche Dominanz über die Donauregion durchsetzte (sie lag vor allem Göring am Herzen). Was die Männer aufschreckte, war die Aussicht auf einen Krieg

zwischen Deutschland und den Westmächten. Deutschland war in keiner Hinsicht auch nur annähernd auf einen großen Krieg vorbereitet, und sie wussten das. Blomberg, Neurath und vor allem Fritsch erschranken und wurden nervös, als sie das hörten. Drei Monate später waren die Skeptiker weg. Hitler hatte alle drei ihres Amtes enthoben.

Der Rüstungswettlauf zwischen den mächtigsten Ländern Europas war Ende 1937 ein zunehmend wichtiger, bestimmender Faktor des Regierungshandelns. Bei Hitlers Treffen mit seiner militärischen Führung sollte es vorgeblich um die

Stahlzuteilung gehen; sie stellte das deutsche Aufrüstungsprogramm tatsächlich vor große Schwierigkeiten. Sie war viel zu niedrig für die Nachfrage der Wehrmacht, insbesondere die Produktion von Flugzeugen musste drastisch eingeschränkt werden, auch der Bau von Kriegsschiffen blieb weit hinter den Zielvorstellungen der Kriegsmarine zurück. Die sich verschärfende Stahlkrise hatte in den letzten Monaten des Jahres 1937 zur Entlassung des Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht geführt, von dem die Pläne für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung nach 1933

stammten und der zuletzt gewichtige Einwände erhoben hatte gegen Militärausgaben, die außer Kontrolle gerieten. Damit war Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan – das entscheidende, im Herbst 1936 beschlossene

Aufrüstungsprogramm –, für die Wirtschaft zuständig. Ihn interessierte Wirtschaftsplanung nur insoweit, als sie die Rüstungsproduktion betraf und Deutschland auf schnellstem Wege kriegsbereit machte, koste es, was es wolle. Als sich die Ruhrbarone angesichts der Kosten der Verarbeitung von minderwertigem

Eisenerz sträubten, Görings Zielvorgaben für die einheimische Produktion nachzukommen, beauftragte er drei staatseigene Stahlwerke damit, genau das zu tun.

Die deutschen Wirtschaftsführer, die vor der Machtübernahme nicht durchweg begeistert gewesen waren von Hitler, ließen sich danach schnell eines Besseren belehren, sahen sie doch, welch riesige Gewinne bei einer wirtschaftlichen Wiederbelebung, einem Rüstungsboom und Deutschlands zu erwartender Vorherrschaft über Ost- und Südosteuropa winkten. So widerstrebend sich die Ruhrbarone

zeigten, als sie in minderwertiges Eisenerz investieren sollten, so waren sie doch die größten Nutznießer der enormen staatlichen Rüstungsausgaben. Die Gewinne eines großen Konzerns wie des Chemieriesen IG Farben waren schon aufgrund der Nachfrage des Vierjahresplans in die Höhe geschossen, und als Beute deutscher Eroberungen eröffneten sich ungeahnte Perspektiven für die Konzernlenker. Sie waren zweifelsohne für eine Expansion in Richtung Österreich und Tschechoslowakei, denn diese ließ in naher Zukunft hohe wirtschaftliche

Gewinne erwarten, nicht zuletzt durch Zugang zu Rohstoffen und zusätzlichen Industriekapazitäten. Beides wurde immer dringender benötigt, um die Rüstungsvorhaben trotz des starken Drucks fortzuführen, unter dem die Wirtschaft stand.

Lieferengpässe und ein akuter Arbeitskräftemangel machten sich bereits bemerkbar; die Probleme verschärften sich in den folgenden Monaten und drohten zuletzt, einen Zusammenbruch der Reichsfinanzen herbeizuführen. Jede »normale« Regierung hätte sich verpflichtet gefühlt, auf solche Schwierigkeiten

zu reagieren, hätte die Ausgaben gedrosselt, um eine wirtschaftliche Katastrophe zu verhindern. Aber das NS-Regime war eben nicht »normal«. Hitlers unveränderte Meinung war, und sie wurde in wichtigen Bereichen des militärisch-industriellen Komplexes zunehmend geteilt, dass nur ein Krieg – und die Beschaffung neuer wirtschaftlicher Ressourcen – Deutschlands Probleme lösen würde. Deutschlands wachsende wirtschaftliche Probleme vermochten Hitlers Drängen auf Krieg keineswegs zu bremsen, bestärkten ihn nur in seiner Überzeugung, dass ein Krieg dringend notwendig sei.

Das andere europäische Land, das mit aggressiven Absichten aufrüstete, war Deutschlands Achsenpartner Italien. Zwischen dessen Tempo der Aufrüstung und dem in Deutschland bestand jedoch ein krasser Unterschied. Wie in Deutschland setzte die Stahlproduktion der Rüstung klare Grenzen, ebenso die schwindenden Währungsreserven. Die italienischen Industriellen waren hochzufrieden, wenn sie ihre Gewinne mit der Herstellung von Waffen steigern konnten, waren aber nicht bereit, langfristige Investitionen für kurzfristige Gewinne zu riskieren.

Ein schlechtes Management und grundlegende Fehler bei der Auftragsvergabe für Rüstungsgüter führten zu Mängeln in Technik und Ausführung. Und viele von Italiens knappen Ressourcen wurden durch die Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg vergeudet, der viel länger dauerte, als der schnell zur Unterstützung Francos bereite Mussolini angenommen hatte. Ende 1937 musste die Rüstungsproduktion wegen Italiens wirtschaftlicher Probleme zurückgefahren werden. Der Staat verfügte weder über die industriellen Kapazitäten noch über die Finanzkraft, um ein schnelles

Wachstum der Rüstungsproduktion zu erzwingen. Tatsächlich gingen Italiens Militärausgaben 1937/38 im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent zurück, während andere Länder ihre Rüstungsproduktion gerade aufstockten. Mussolini rechnete mit einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren, bis Italien auf einen Krieg vorbereitet sei, doch selbst diese Rechnung war optimistisch.

Immer allergischer reagierte die sowjetische Führung ab 1936 auf die drohende Gefahr aus Deutschland, das, wie man annahm, sehr wahrscheinlich mit anderen »faschistischen« und

»imperialistischen« Mächten
verbündet war. Da in einer
geschlossenen Wirtschaft die gesamte
Industrie unter staatlicher Kontrolle
stand, zudem unter einer brutalen
Diktatur, gab es für ein umfassendes
Aufrüstungsprogramm keine
Beschränkungen. Die Produktion
wurde gleichwohl durch Ineffizienz
beeinträchtigt, durch
Kompetenzgerangel zwischen der
Industrie und dem Militär und durch
strukturelle Probleme bei der
Umstellung von ziviler Produktion
auf Rüstung. Dazu kamen die
verheerenden Säuberungen – die
zumindest teilweise auf Stalins

paranoide Reaktionen auf »innere Feinde« zurückzuführen waren, die angeblich die sowjetischen Verteidigungsanstrengungen bedrohten. Ausländische Kreml-Beobachter hielten es darum für ausgemacht, dass die Sowjetunion schwer geschwächt, für die nächste Zukunft jedenfalls keine Macht war, mit der man würde rechnen müssen. Trotz massiver eigener Rüstungsfortschritte glaubte die Sowjetführung aufgrund von Geheimdienstberichten, dass der Abstand zu Deutschland, vor allem im kritischen Bereich der Qualität der Luftrüstung, größer und nicht

kleiner wurde – ein beunruhigender Gedanke.

Für die westlichen Demokratien war die Aufrüstung ein notwendiges Übel, eine Reaktion auf die wachsende Gefahr, die von Italien und besonders von Deutschland (im Fernen Osten auch von Japan) ausging. Ihren internationalen Finanz-, Handels- und Geschäftsbeziehungen konnten ein Krieg und massive Störungen des Wirtschaftslebens auf dem Kontinent, gar global nur schaden. Sie waren daran interessiert, dass der Frieden erhalten blieb. Diese Priorität gewann in Großbritannien

zusätzliche Bedeutung durch die zunehmenden wie kostspieligen Probleme, die es hatte, die Kontrolle über einige seiner Besitzungen in Übersee aufrechtzuerhalten. Das Hauptproblem blieb Indien, wo die Briten mit nicht nachlassenden Unabhängigkeitsbestrebungen zu kämpfen hatten. Außerdem führten sie seit 1936 (und für drei volle Jahre) einen brutalen Krieg in ihrem Mandatsgebiet in Palästina, um die große arabische Revolte gegen die Kolonialherrschaft und die jüdische Besiedlung niederzuschlagen.

Es war nicht so, dass die Mittel, die für die Verteidigung des

Vereinigten Königreichs gebraucht wurden, in großem Umfang zugunsten des Empire umgelenkt worden wären; noch stärker waren die Ressourcen, die den Franzosen zur Verteidigung ihrer Kolonien verfügbar waren, den drückenden Erfordernissen unterworfen, die Landesverteidigung gegen die Bedrohung von jenseits des Rheins auszubauen. Gleichwohl mussten auch Mittel und Truppen für die Verteidigung der Kolonialreiche bereitgestellt werden. Der politischen und militärischen Führung Großbritanniens war klar, dass die weltweiten Verteidigungsaufgaben

das Land völlig überforderten. Ein Krieg auf drei Schauplätzen zugleich, gegen Italien, gegen Deutschland und gegen Japan, war ein Alptraum. Das waren die düsteren Aussichten, die hinter dem Appeasement standen, der Beschwichtigungspolitik, die mögliche Feinde friedlich stimmen sollte und in der die Briten vorangingen und die Franzosen folgten.

Die Sorge war, ob Großbritannien würde Schritt halten können mit Deutschlands sich beschleunigender Aufrüstung. Vor allem der Zustand der Luftabwehr war beängstigend. Stanley Baldwin, die beherrschende

Figur im National Government und seit Juni 1935 zum dritten Mal Premierminister, hatte drei Jahre zuvor gesagt: »Der Bomber wird immer durchkommen«, womit er die Ängste der Bevölkerung vor Luftangriffen im Falle eines neuen Krieges nicht verringert hatte. Das war 1932 gewesen, als man noch die Hoffnung hegte, Großbritannien könne in den internationalen Abrüstungsverhandlungen eine Führungsrolle übernehmen und ein Verbot des Bombenkriegs durchsetzen. Schon im Herbst 1934, als sich derartige Hoffnungen in Luft auflösten und die breit angelegte

deutsche Wiederaufrüstung als unheildrohendes Faktum nicht mehr zu übersehen war, wurden Befürchtungen laut, die britische Verteidigung sei vernachlässigt worden und nicht in der Lage, mit der wachsenden Ungleichheit der Waffenstärke, vor allem mit Blick auf einen möglichen Luftkrieg, fertigzuwerden. Im März 1935 erklärte Hitler (dem mehr an Wirkung lag als an Genauigkeit) dem britischen Außenminister Sir John Simon und Anthony Eden, damals Lordsiegelbewahrer (ein Minister ohne Portefeuille), bei einem Treffen in Berlin, die deutschen

Luftstreitkräfte seien bereits ebenso stark wie die britischen. In London schrillten die Alarmglocken. Von nun an gerieten die verbliebenen Befürworter der Abrüstung, darunter die meisten Liberalen und Anhänger der Labour Party, ins Hintertreffen. 1935 ersetzte Baldwin den ineffektiven Luftwaffenminister Lord Londonderry durch den energischeren Sir Philip Cunliffe-Lister. Erweiterung und Modernisierung der Luftwaffe bekamen neues Gewicht im Rahmen eines allgemeinen (und immer beträchtlicheren) Ausbaus der britischen Rüstung.

In ihrer Einschätzung des deutschen Rüstungsvorsprungs blickten britische Militärplaner auf 1939, das sie als Jahr der höchsten Gefahr ansahen; 1939 müsse Großbritannien militärisch für eine Konfrontation mit Deutschland gewappnet sein; ein Zeitplan, den manche für illusorisch hielten. Aus Kreisen der Militärs – obwohl sie an höheren Rüstungsausgaben überaus interessiert waren – und den oberen Rängen des Außenministeriums kamen düstere Warnungen: Bis dahin werde Großbritannien gar nicht in der Lage sein, die deutsche Gefahr einzudämmen. Man verwies auf die

zu-, nicht abnehmende Disparität des
Waffenpotenzials, besonders in der
Luft. Auch wurden Befürchtungen
laut, eine zu schnelle Umstellung der
Wirtschaft auf Rüstungsproduktion
führe zwangsläufig zu
Steuererhöhungen und steigenden
Lebenshaltungskosten, und das
wiederum könne die soziale
Sicherheit gefährden, vielleicht sogar
einer staatlich gelenkten,
militarisierten Ökonomie im
sozialistischen Stil Tür und Tor
öffnen. Wie ernst war die deutsche
Gefahr zu nehmen? Wann würde die
Gefahr am größten sein? Mit welcher
Intensität sollte man sich darum

bemühen, den Rüstungsrückstand aufzuholen? In solchen Fragen gingen die Meinungen führender Politiker und Militärs weit auseinander. Man müsse, so die vorherrschende Ansicht, Zeit gewinnen, einen vorzeitigen Krieg verhindern und durch kluge Diplomatie – und ein wenig Glück – einen Krieg überhaupt zu vermeiden suchen. Zumindest implizit hieß das zweifellos, man müsse eine Einigung mit Deutschland erreichen. Die in dieser Sache vorgebrachten ökonomischen und militärischen Argumente deuteten überwiegend in die gleiche Richtung – auf Appeasement.

Noch attraktiver waren die wirtschaftlichen Argumente für eine solche Politik der Beschwichtigung für die französischen Minister, die nach dem Sturz von Blums Volksfrontregierung 1937 ins Amt kamen. Die Sparpolitik, die eingeführt wurde, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren, ließ sich mit einem erweiterten Rüstungsprogramm nicht vereinbaren. Kanonen und Butter, so Finanzminister Georges Bonnet, seien unmöglich zugleich zu beschaffen. Man müsse die großen Rüstungsprogramme kürzen. Frankreichs liberale Ökonomie,

meinte er, könne mit Deutschlands unbegrenzten Rüstungsausgaben einfach nicht mithalten. So wurden bereits die Verteidigungsausgaben für 1938 reduziert; die Klagen der Armeeführung blieben vergeblich.

Besonders beunruhigend empfanden auch die Franzosen die Bedrohung aus der Luft, sie galt in Frankreich, wie überall, als größte Gefahr in einem künftigen Krieg. Aus der Umstrukturierung der französischen, vor kurzem verstaatlichten Flugzeugindustrie folgten Produktionsprobleme, sie kamen zu den finanziellen Zwängen hinzu. 1937 wurden in Frankreich

nur 370 Flugzeuge gebaut, in Deutschland dagegen 5606. Luftfahrtminister Pierre Cot, der weithin als Linksradikaler galt und unbeliebt war, weil er für eine enge Allianz mit der Sowjetunion eintrat, erklärte, sein Budget müsse um 60 Prozent erhöht werden, wenn die Flugzeugproduktion auf Touren kommen solle – ein Ding der Unmöglichkeit angesichts der herrschenden Finanzknappheit. Kein Wunder, wenn die Führung der französischen Luftwaffe mit Blick auf einen kommenden Krieg schwarz sah. Die französische Luftwaffe, so deren Chef Anfang 1938, werde »innerhalb

von ein paar Tagen vernichtet«, sollte es noch in diesem Jahr zum Krieg kommen. Die Politiker, die sich über Frankreichs wirtschaftliche und militärische Schwäche keine Illusionen machten, waren auf die in London favorisierte Politik des Zeitgewinns eingestimmt; man müsse einen Weg finden, sich mit Hitlerdeutschland zu arrangieren.

Ende 1937 bekam der von Deutschland ausgelöste Rüstungswettlauf eine Eigendynamik, die den politischen Optionen aller Großmächte enge Grenzen setzte. Die Umrisse des außergewöhnlichen Dramas, das sich

in den nächsten beiden Jahren abspielen würde, nahmen Gestalt an. Und in diesem Drama sollte sich, als der politische Spielraum objektiv schrumpfte, die Rolle einiger weniger Schlüsselfiguren als ausschlaggebend erweisen.

Falken und Tauben

Im November 1937, etwa um die Zeit, als das erwähnte Treffen in der Berliner Reichskanzlei stattfand, bereitete sich in London Lord Halifax, Führer des Oberhauses und

demnächst britischer Außenminister, auf seinen Besuch bei Hitler vor. Er hoffte, mit dem deutschen Diktator zu einer Einigung über Mitteleuropa zu kommen. Es war der erste Schritt einer eher aktiven Beschwichtigungspolitik, die auf die Initiative des neuen Premierministers Neville Chamberlain zurückging, der Baldwin am 28. Mai abgelöst hatte.

Baldwin, so könnte man denken, legte das Amt des Premierministers zu einem günstigen Zeitpunkt nieder. Im Dezember zuvor hatte er sich in der Abdankungskrise geschickt verhalten, zu der es gekommen war, weil König Edward VIII. zugunsten

seines Bruders George VI. auf den Thron verzichtet hatte, um Mrs. Wallis Simpson, eine geschiedene Amerikanerin, heiraten zu können. Die Krönung des neuen Königs, die zwei Wochen vor Baldwins Rücktritt stattfand, hatte dem Land, das sich gerade von der Wirtschaftskrise erholte und das vom politischen Extremismus, der große Teile Europas befallen hatte, frei geblieben war, einen Augenblick patriotischer Einheit beschert. Und Baldwin trat zurück, zunehmend besorgt über die Aussicht auf einen Krieg, bevor er mit der schweren und anhaltenden internationalen Krise hätte ringen

müssen, die Europa nun in den Griff nahm.

Bei seiner Begegnung mit Hitler am 19. November gab Halifax zu verstehen, dass sich die britische Regierung im Rahmen einer »friedlichen Entwicklung« eine Veränderung des Status von Österreich, der Tschechoslowakei und Danzigs vorstellen könne, zugleich aber sehr daran interessiert sei, dass dies nicht auf eine Weise geschehe, »die wahrscheinlich Ärger auslösen« würde – Musik in Hitlers Ohren. Er wünsche, so erklärte er Halifax, »Österreich nicht zu annektieren oder in politische

Abhängigkeit zu bringen« – und arbeitete hinter den Kulissen fortgesetzt genau darauf hin. Halifax aber notierte in seinem Tagebuch, Hitler habe »sehr aufrichtig« auf ihn gewirkt, der Mann wolle freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien. Der kultivierte britische Aristokrat war schlicht überfordert von einem politischen Führer, der als Lösung der Probleme, vor denen Großbritannien in Indien stand, ausdrücklich vorschlug, Gandhi und mehrere Hundert Mitglieder der Kongresspartei zu erschießen, bis die Ordnung wiederhergestellt sei. In seinem

Bericht vor dem Kabinett versicherte er den Ministern, Hitler habe kein »sofortiges Abenteuer« im Sinn, und schlug vor, man solle ihm ein paar Kolonialgebiete überlassen, um ihn in Europa zugänglicher zu machen.

Chamberlain hielt Halifax' Besuch für einen »großen Erfolg«. In einem privaten Brief an seine Schwester schrieb er, zwar wollten die Deutschen Osteuropa beherrschen, aber er sehe nicht, warum es nicht zu einer Vereinbarung kommen könne, solange Deutschland gegenüber den Österreichern und den Tschechoslowaken keine Gewalt anwende und Großbritannien

seinerseits versichere, es werde eine mit friedlichen Mitteln vollzogene Veränderung nicht verhindern. Außenminister Anthony Eden, derjenige im Kabinett, der sich dieser neuen, aktiveren Form des Appeasement – der Suche nach einer Einigung mit Deutschland durch bilaterale Beziehungen und territoriale Zugeständnisse in Mitteleuropa – am vehementesten widersetzt hatte, war seit Januar 1938 krank und erholte sich in Südfrankreich. Während seiner Abwesenheit bestimmte Chamberlain allein die Richtlinien der Außenpolitik. Erschöpft und in

ständigem Konflikt mit Chamberlain, trat Eden am 20. Februar 1938 von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde Lord Halifax, ein entschiedener Befürworter des Appeasement.

Eine britische Regierung, die sich der Schwachstellen ihrer Verteidigung, auch der Überlastung durch weltweite Verpflichtungen nur zu bewusst war, die darum aktiv nach einem Arrangement mit Hitler suchte, war inzwischen zum Haupthindernis für die deutsche Expansion in Europa geworden: kein ermutigender Gedanke. Als Ministerpräsident Chautemps und

sein Außenminister Yvon Delbos im November 1937 nach London reisten, um sich über Halifax' Besuch bei Hitler zu informieren, war man sich in Paris bereits bewusst, wie stark die französische Außenpolitik von der britischen abhängig war. Auf die Frage der Franzosen, ob ihr Verbündeter, die Tschechoslowakei, mit britischer wie französischer Hilfe rechnen könne, falls das Land zum Opfer von Aggression würde, vermied Chamberlain eine bindende Zusage, meinte nur, die Tschechoslowakei sei »weit weg« und ein Land, »mit dem wir nicht viel gemeinsam haben«. Insgeheim ging

Chautemps davon aus, dass ein auf Kosten Österreichs und der Tschechoslowakei vergrößerter Einfluss Deutschlands in Mitteleuropa ohnehin nicht zu verhindern sei, und war nicht unglücklich, Großbritannien in Sachen Appeasement die Führung zu überlassen.

In Rom konnte derweil Benito Mussolini im November 1937 darüber sinnieren, wie er sich von seinem Staatsbesuch in Deutschland einige Wochen zuvor hatte blenden lassen; nichts hatte Hitler unversucht gelassen, um seinen Achsenpartner zu beeindrucken. Anfang des Monats

hatte Italien den Antikominternpakt unterzeichnet, war damit dem im Herbst des Vorjahrs zwischen Deutschland und Japan geschlossenen Abkommen beigetreten. Vordergründig richtete sich dieses Abkommen gegen die Sowjetunion. In Verhandlungen, die Joachim von Ribbentrop, Hitlers außenpolitischer Emissär und damaliger Botschafter in London, mit den Italienern vor deren Beitritt geführt hatte, hatte er auch angedeutet, was tatsächlich hinter diesem Schritt stand. Die Briten, erklärte er, hätten Angebote zu einer Annäherung zwischen Großbritannien und Deutschland

zurückgewiesen. (In der Hoffnung eben darauf hatte Hitler Ribbentrop als seinen Botschafter nach London geschickt.) Der Pakt, setzte Ribbentrop Mussolini und dessen Außenminister Graf Galeazzo Ciano auseinander, sei »in Wirklichkeit antibritisch«, die vorläufige Grundlage engerer militärischer Bindungen zwischen Deutschland, Italien und Japan. So geriet Italien immer mehr in die eiserne Umarmung Deutschlands. Im Januar 1938 erhielt die italienische Armee eine Direktive, in der zum ersten Mal ein Zusammenschluss zwischen Italien und Deutschland gegen

Großbritannien und Frankreich angedeutet wurde. Die italienischen Militärs, die genau wussten, wie unzureichend ihr Rüstungsprogramm war, konnten nur hoffen, dass es so bald keinen Krieg geben würde.

In Moskau hatte Stalin einen großen Teil des Jahres 1937 darauf verwendet, mit seinen großen Säuberungen die Führung der Roten Armee zu zerschlagen – für Beobachter von außen der helle Wahnsinn. Auch Hitler sah das so. »Muss ausgerottet werden«, sagte er ominös zu seinem Propagandaminister Joseph Goebbels im Dezember. Noch aber stand die

Sowjetunion nicht auf seiner unmittelbaren Agenda und kam auch in den Szenarios nicht vor, die er seinen Militärführern einen Monat zuvor präsentiert hatte. In der sowjetischen Führung wurde ein Krieg gegen die kapitalistischen Mächte – zu denen Deutschland und Italien schon darum zählten, weil der Faschismus den Kommunisten als die extremste und aggressivste Form des Kapitalismus galt – als unvermeidlich betrachtet. In Moskau wuchs die Überzeugung, dass die westlichen Demokratien Hitler ermutigten, sich nach Osten zu wenden und für sie den Krieg gegen den Kommunismus

zu führen. Auch seine Grenzen im Fernen Osten machten Stalin Sorgen. Im unruhigen Grenzgebiet zwischen Mandschukuo (der japanisch besetzten Mandschurei) und der Sowjetunion wurde der japanische Militarismus allmählich zu einer ernststen Gefahr. Die einzige Frage, die sich stellte, war nur mehr, wann es zum Krieg kommen würde: Je länger er sich hinausschieben ließ, desto besser für die Sowjetunion. Sie hatte noch einen langen Weg vor sich, bis ihre Militärmaschinerie bereit war.

Währenddessen schrumpften Stalins Optionen. Angesichts der offenkundigen Schwäche der

westlichen Demokratien und ihrer Bereitschaft, sich eventuell mit Hitler zu einigen, verlor die von seinem Außenminister Maxim Litwinow vertretene Politik der kollektiven Sicherheit an Attraktivität. Eine Alternative bestand im Versuch, sich Deutschland wieder anzunähern, und eben das gewann allmählich an Bedeutung. Die in den 1920er Jahren getroffene Vereinbarung, die auf den Vertrag von Rapallo folgte und wechselseitige wirtschaftliche Vorteile als Hebel benutzte, bot sich als Präzedenzfall an. Aber Hitlers tief sitzender Antibolschewismus, den er gerade auf dem Parteitag der NSDAP

im September 1937 demonstriert hatte, ließ sich selbst mit nur indirekten Annäherungsversuchen nicht vereinbaren. Als dritte Möglichkeit blieb Stalin lediglich, die sowjetische Isolation hinzunehmen und das Aufrüstungstempo weiter zu steigern in der Hoffnung, nicht zu früh in einen Krieg hineingezogen zu werden. Ein anderer Weg stand ihm nicht offen.

In den Hauptstädten der mittel- und osteuropäischen Länder war es den führenden Politikern im Spätherbst 1937 klar, dass sich das Machtgleichgewicht und damit ihre jeweiligen beschränkten Optionen

drastisch veränderten. Ihre Abhängigkeit von den großen europäischen Mächten, auf die sie keinen Einfluss hatten, lag auf der Hand. Kollektive Sicherheit durch den Völkerbund, das hatte Abessinien gezeigt, gab es längst nicht mehr. Frankreich, einst die Macht, die mit ihrem Bündnisnetz einen gewissen Schutz garantierte, war stark geschwächt, seine innere Zerrissenheit, seine wirtschaftlichen Probleme waren unübersehbar. Großbritannien hatte offenbar wiederum kein großes Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo in Mitteleuropa. Dafür füllte

Deutschland mit seinem politischen und wirtschaftlichen Einfluss das Vakuum. Nationale Interessen, gegenseitiges Misstrauen und Feindschaft setzten der militärischen Zusammenarbeit Grenzen. Die Deutschen unterdessen wurden immer stärker, und ihre expansionistischen Bestrebungen richteten sich unübersehbar auf Mitteleuropa. Nervosität und Beklemmung machten sich breit. Vor allem Wien und Prag hatten Grund zur Sorge. Weder Österreicher noch Tschechoslowaken hatten viele Freunde; die Franzosen, die ihre Außenpolitik stark an die britische

banden, waren also den Tschechen keine so zuverlässigen Verbündeten mehr wie früher. Österreich hatte Italiens Schutz verloren und würde wohl Hitlers erstes Ziel sein. Entsprechende Schritte waren bald zu erwarten.

Auch weit entfernt von Europa kam es zu folgenschweren Entwicklungen, die eines Tages große Rückwirkungen auf den Kontinent haben sollten. Seit Juli 1937 führte das zunehmend militarisierte, aggressive Japan einen erbitterten Krieg in China. Die Gräueltaten, die begangen wurden, darunter das entsetzliche Massaker an

chinesischen Zivilisten, das marodierende japanische Soldaten im Dezember in Nanking verübten, schockierten die Welt. Nicht zuletzt deswegen gerieten die Isolationisten in den Vereinigten Staaten allmählich in die Defensive. Bereits drei Monate zuvor hatte Präsident Roosevelt von der Notwendigkeit gesprochen, die aggressiven Mächte, die den Weltfrieden bedrohten, unter »Quarantäne« zu stellen. Dem aber folgten keine Taten, zur Enttäuschung der Briten (deren Interessen in Fernost von der japanischen Aggression unmittelbar betroffen waren). Allerdings kam

bahnte sich 1937 die erste Konfrontation zwischen Japan und den Vereinigten Staaten im Pazifik an, die beide Länder schließlich in einen globalen Konflikt stürzten. Und ebenfalls in diesem Jahr wurde sich Roosevelt der Notwendigkeit bewusst, die öffentliche Meinung in Amerika davon zu überzeugen, dass eine deutsche Aggression in Europa auch für die Vereinigten Staaten nicht folgenlos bliebe.

Unerwartet wurden in Berlin am 4. Februar 1938 dramatische Veränderungen in der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reichs bekanntgegeben.

Blomberg, der Reichskriegsminister, und Fritsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, waren entlassen worden. Das Reichskriegsministerium wurde in das umstrukturierte Oberkommando der Wehrmacht eingegliedert, dessen Führung Hitler persönlich übernahm. Damit war seine Vormacht auch in der Wehrmacht gesichert, die Stellung der militärischen Führung bedeutend geschwächt. Diejenigen, die davor warnten, sich in einen Krieg gegen die Westmächte zu stürzen, waren nun gegenüber Hitlers Gefolgsleuten in der Minderheit; diese hatten sich mit den gewaltigen

Rüstungsausgaben, mit Deutschlands wiederhergestelltem Prestige und gestiegenem Ansehen in der Welt ködern lassen. Wirtschaftsführer und hochrangige Beamte, deren Hoffnung auf eine wieder auflebende deutsche Führungsrolle nie geschwunden war, standen überwiegend zu Hitlers Regime. Die selbstbewusste Außenpolitik, mit der er die Schwäche und Uneinigkeit der westlichen Demokratien zu nutzen verstand, hatte ihn zu einem ungemein populären Diktator gemacht. Die plebiszitäre Unterstützung der Massen stärkte sein Ansehen im In- und Ausland

enorm. Eine gewaltige, vielschichtige NS-Bewegung lieferte die organisatorische Grundlage für seine Herrschaft, den Apparat, der für die ständige Mobilisierung von Unterstützung durch die Massen sorgte. Die Diktatur war stark, sicher und von nennenswerten Gegenbewegungen nicht bedroht. Alle Kräfte eines organisierten Widerstands waren längst unschädlich gemacht worden. Allenfalls ein Staatsstreich des Militärs hätte Hitlers Herrschaft infrage stellen können. Dafür gab es jedoch bislang keinerlei Anzeichen.

Als die Führung des Regimes

Anfang Februar 1938 umstrukturiert wurde, musste neben Blomberg und Fritsch auch der konservative Neurath seinen Sessel als Außenminister räumen; er wurde in diesem kritischen Moment durch den Falken Ribbentrop ersetzt. Der war bekanntermaßen Sprachrohr und Echo Hitlers und seit dem Misserfolg, den er als Botschafter in London erlebt hatte, zugleich ein erbitterter Feind der Briten. Zu weiteren umfangreichen Umbesetzungen kam es in den oberen Rängen des Offiziers- und des diplomatischen Korps. Anschließend hatte Hitler Leute in Schlüsselpositionen, die auf

seine hochriskante Außenpolitik eingestimmt waren. Bei keiner seiner Entscheidungen musste er noch mit nennenswerten Hemmnissen rechnen. In Hitlers Umgebung vermutete man, sehr bald werde ein kühner Schritt erfolgen. Ein hochrangiger Offizier aus Hitlers Entourage notierte in seinem Tagebuch, der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg solle »zittern«.

Etwas über einen Monat später kapitulierte die österreichische Regierung unter dem Druck aus Berlin, deutsche Truppen überquerten die Grenze, und in aller Eile wurden die gesetzlichen

Grundlagen für die Einverleibung Österreichs in ein »Großdeutschland« geschaffen. Am 15. März verkündete Hitler einer riesigen ekstatischen Menschenmenge auf dem Wiener Heldenplatz »den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich«. Wie er vorausgesehen hatte, kamen von den westlichen Demokratien außer lahmen Protesten keine weiteren Reaktionen. Auch die anschließende, äußerst brutale Verfolgung der österreichischen Juden und politischer Gegner rief in Paris oder London keinerlei Reaktion hervor, tat auch Neville Chamberlains Hoffnung keinen Abbruch, es könne »eines

Tages« möglich sein, »dass wir wieder Friedensverhandlungen mit den Deutschen aufnehmen«.

Die Tschechoslowakei, deren Grenzen nun ungeschützt waren, musste damit rechnen, zu Hitlers nächstem Ziel zu werden. Großbritannien und Frankreich hatten Österreich praktisch abgeschrieben, lange bevor es an die Deutschen fiel. Mit der Tschechoslowakei verhielt sich das anders: Sie war ihrer geographischen Lage wegen von zentraler Bedeutung, hatte zudem mit Frankreich ein Bündnis geschlossen, ein weiteres mit der Sowjetunion. Frankreich

wiederum war mit Großbritannien verbündet. Insofern konnte ein Angriff auf die Tschechoslowakei sehr wohl einen europäischen Krieg auslösen. Aus deutscher Sicht stellte sich mit den Verbindungen, die die Tschechoslowakei aus ihrer Schlüsselposition in Mitteleuropa heraus nach Westen und nach Osten unterhielt, ein möglicherweise ernstes strategisches Problem. Rohstoffe und Rüstungsgüter des Landes waren ohne Zweifel wertvoll für die deutschen Kriegsvorbereitungen, ein Angriff auf die Tschechoslowakei aber blieb ein äußerst riskantes Unternehmen.

Er konnte Deutschland in einen Krieg gegen die westlichen Demokratien ziehen – in einen Krieg, den Deutschland nach Auffassung einiger führender Militärs, nicht zuletzt des Generalstabschefs des Heeres General Ludwig Beck, nicht gewinnen konnte.

Mächtige Freunde hatte die Tschechoslowakei jedoch nicht. Selbst als Deutschland Österreich schluckte, sagte der französische Verteidigungsminister Édouard Daladier seiner Regierung, Frankreich könne seinem tschechoslowakischen Verbündeten keine direkte militärische Hilfe

anbieten. Gleichzeitig schloss die französische Militärführung aus, dass die Rote Armee der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen würde. Wenige Wochen später erfuhr die französische Regierung, dass Großbritannien keine militärische Intervention garantieren könne, falls Deutschland die Tschechoslowakei angreife. Damit stand die Haltung der Westmächte im Sommer 1938 fest. So lauthals Frankreich auch verkündete, hinter seinem tschechischen Verbündeten zu stehen, ohne Großbritannien würde es nicht handeln. Und von dort war nicht zu hören, dass man militärisch

eingreifen werde. Die Tschechen standen allein.

Deren kaum beneidenswerte Zwangslage verschärfte sich noch, durch innere Unruhen, ähnlich wie zuvor in Österreich. Konrad Henlein, der Führer der zunehmend nazifizierten deutschen Minderheit im Sudetenland (die von der tschechischen Mehrheit schlecht behandelt wurde, freilich bei weitem nicht so schlecht, wie die deutsche Propaganda behauptete), wurde von Hitler instruiert, Autonomieforderungen zu stellen, die Prag nicht würde erfüllen können. Einige dieser Forderungen

erschienen den Westmächten nachvollziehbar. Und als Hitler behauptete, er wolle nur verfolgte Deutsche »heim ins Reich« holen, erschien er wieder einmal als ein zwar extremer, äußerst unnachgiebiger nationalistischer Politiker, aber auch als einer, der doch nur das begrenzte Ziel verfolgte, einen weiteren deutschen Bevölkerungsblock dem Reich einzuverleiben. Dass Hitlers Motive falsch verstanden wurden, war ein entscheidender Grund dafür, dass sich die tschechoslowakische Tragödie derart zuspitzen konnte. Das rücksichtslose Vorgehen der

Deutschen, die Hilflosigkeit der Tschechen, die Schwäche der Briten und Franzosen – all das trug zu dem Drama bei, das Europa an den Rand eines neuerlichen Krieges brachte.

In diesem Sommer der Täuschungen, riskanter Manöver und einer unerträglichen Spannung war Hitler bereit, einen Krieg gegen die Westmächte zu riskieren, um die Tschechoslowakei zu zerschlagen. Ein Angriff wurde vorbereitet, spätestens für den 1. Oktober. In der Öffentlichkeit erhöhte Hitler die Lautstärke seiner rasenden Wortattacken auf die tschechische Regierung, verkündete zugleich, über

die Lösung der Sudetenfrage hinaus habe er keine weiteren territorialen Forderungen in Europa.

Neville Chamberlain glaubte tatsächlich, Hitler wolle die Eingliederung des Sudetenlands in das Deutsche Reich und nichts weiter, flog darum Mitte September zweimal nach Deutschland, um mit Hitler zu sprechen. Am 15. September kehrte er von seinem ersten Besuch voller Optimismus zurück: Eine Vereinbarung sei in Reichweite. Diese lief darauf hinaus, dass die Tschechen nachgeben würden, das Sudetenland an Deutschland fallen, Hitler darum auf

den Einsatz von Gewalt verzichten werde. Privat äußerte Chamberlain die Ansicht, Hitler sei ein harter und rücksichtsloser Mann, aber einer, »auf dessen Wort man sich verlassen kann«. Nicht lange, und der britische Premierminister musste sich im Hinblick auf Hitlers gute Absichten eines Besseren belehren lassen. In der Zwischenzeit hatten Großbritannien und Frankreich starken Druck auf die unglücklichen Tschechen ausgeübt, um sie zu territorialen Zugeständnissen zu bewegen, und klargestellt, dass sie sich im Falle eines Krieges nicht auf britische oder französische Hilfe verlassen konnten.

Am 21. September gaben die Tschechen dem Diktat der Briten und Franzosen nach, widerwillig und mit dem schmerzlichen Gefühl, verraten worden zu sein. Aber das reichte Hitler nicht. Bei seiner zweiten Begegnung mit Chamberlain am 22. September leugnete er, was der Premierminister nur eine Woche zuvor als eine von beiden Seiten getroffene Vereinbarung betrachtet hatte. Nun verlangte er, die deutsche Besetzung des Sudetenlands bis 1. Oktober zu akzeptieren, andernfalls werde er Gewalt einsetzen. Großbritanniens Warnungen, dieser Schritt könne Krieg gegen die

Westmächte bedeuten, seien ihm gleichgültig.

In seinem inneren Kreis allerdings rückte Hitler von seiner Intention ab, Waffengewalt zu gebrauchen, um die Tschechoslowakei insgesamt zu zerschlagen. Immerhin zwängen Briten und Franzosen die Tschechen doch, ihm zu geben, was er öffentlich gefordert habe. Nachdem die Tschechen so weit eingeschüchtert waren, dass sie die Verstümmelung ihres Landes hinnahmen, waren die Bereiche, in denen es Meinungsverschiedenheiten mit den Westmächten gab, relativ klein. »Man kann nicht evtl. einen

Weltkrieg um Modalitäten führen« – so Propagandaminister Goebbels' knapper Kommentar in seinem Tagebuch.

Beinahe freilich wäre es doch zum Krieg gekommen. Für einige Mitglieder von Chamberlains Kabinett hatte es Hitler zu weit getrieben, auch für Außenminister Lord Halifax. Am 25. September sprachen sie sich dagegen aus, Hitlers Ultimatum zu akzeptieren. So kamen Franzosen und Briten überein, einen Emissär nach Berlin zu schicken, um Hitler zu warnen: Ein Angriff auf die Tschechoslowakei bedeute Krieg. Die Franzosen begannen mit ihrer

Mobilmachung. Die Briten mobilisierten ihre Flotte. Auch die Sowjets machten mobil. Krieg wurde immer wahrscheinlicher. Hektische Anstrengungen wurden unternommen, eine Konferenz einzuberufen, um eine Einigung zu erzielen. Der Durchbruch kam, als Mussolini mit dem Angebot intervenierte, eine Viermächtekonferenz zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien zu vermitteln. (Die Sowjetunion, der von allen Seiten misstraut wurde, ließ man außen vor.) Damit war der Weg frei für den Höhepunkt des Dramas, das

Münchener Abkommen, das am 30. September 1938 unterzeichnet wurde. Die Tschechen waren in der Versammlung der großen Mächte, die sich daran machten, ihr Land aufzuteilen, nicht vertreten. Die beiden westlichen Demokratien hatten eine andere Demokratie gezwungen, sich einem tyrannischen Diktator zu unterwerfen.

»Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik«, hieß es in der offiziellen Bekanntmachung der Kapitulation, protestiere »vor der ganzen Welt gegen die Beschlüsse von München, die einseitig und in Abwesenheit der

Tschechoslowakei gefasst wurden.«
Der deutsche humanistische
Schriftsteller und Publizist Frederic
W. Nielsen, der im Oktober 1933 aus
Abscheu über ein inhumanes Regime,
das er schon damals auf einen Krieg
zusteuern sah, nach Prag ins Exil
gegangen war (er musste später nach
Großbritannien und weiter in die
USA auswandern), brachte die
Verbitterung der tschechischen
Bevölkerung seiner Wahlheimat in
offenen Briefen an Chamberlain und
Daladier zweifellos treffend zum
Ausdruck. »Doch täuschen Sie sich
nicht«, schrieb er an den britischen
Premierminister, »dieselben

Stimmen, die heute noch Ihren Namen preisen, werden Ihnen in nicht zu ferner Zukunft fluchen, wenn sichtbar wird, welches Gift von dem Samen dieser ›Friedenstat‹ entspringt.« Nicht weniger beißend seine Verurteilung Daladiers: »Die Größe Frankreichs, gegründet im Bastillesturm, ward nun durch Ihre Unterschrift zum Spott der Welt.«

Hitler hatte bekommen, was er, zumindest nach außen hin, gefordert hatte. Das Sudetenland konnte sofort besetzt werden, die restliche Tschechoslowakei würde zweifellos später folgen. Der Frieden blieb erhalten – aber um welchen Preis?

Zurück in London und Paris wurden Chamberlain und Daladier wie im Freudentaumel empfangen. Nur allmählich erkannte man, dass die Kapitulation vor dem deutschen Tyrannen auf Kosten der Tschechen eine Schande war. Aber hätte es eine Alternative gegeben? Darüber gingen die Meinungen damals auseinander, und sie tun es bis heute. In diesem Spiel mit hohem Einsatz hielt Hitler die Asse, Chamberlain dagegen hatte schlechte Karten, darüber besteht weitgehend Einigkeit. Aber wie schlecht spielte er seine schlechten Karten?

Deren schwächste war der Stand

der britischen Aufrüstung. Noch schlimmer war die Lage für Daladier, auf der anderen Seite des Kanals. In beiden Ländern hatte die militärische Führung unmissverständlich erklärt, die Streitkräfte seien für einen Krieg gegen Deutschland nicht gerüstet. Doch Franzosen wie Briten übertrieben beide die militärische Stärke der Deutschen. Ihre Vorstellung, insbesondere in der Luft militärisch deutlich unterlegen zu sein, basierte auf zeitgenössischen Geheimdiensterkenntnissen, nicht auf späterem Wissen. (Zu den so gefürchteten strategischen Bombardements war Deutschland

1938/39 noch gar nicht fähig.)
Geheimdienstberichte, die
Deutschlands Rohstoffmangel und
entsprechend verzögerte
Kriegsvorbereitungen hervorhoben,
wurden ignoriert oder
heruntergespielt. Für die führenden
Militärs hatte Zeitgewinn absolute
Priorität, sie wollten weiter aufrüsten
können.

Auf dem Höhepunkt der Krise
teilte General Maurice Gamelin, der
französische Oberkommandierende,
der französischen und der britischen
Regierung am 26. September mit, das
militärische Potenzial beider Länder
plus das der Tschechen sei größer als

das der Deutschen. Sollte eine Offensive nötig werden, um deutsche Kräfte von der Tschechoslowakei abzuziehen, stünden an Frankreichs Grenze 23 Divisionen bereit, auf deutscher Seite ihnen gegenüber nur acht. Für den Fall, dass Italien eingreife, schlug Gamelin vor, im Süden, mit einem Vorstoß über die Alpengrenze in die Poebene, anzugreifen, die Italiener zu schlagen, dann nach Wien zu marschieren und weiter nordwärts, um die Tschechen zu unterstützen. Weniger beruhigend war Gamelins Andeutung, die französischen Truppen sollten, wenn sie den

Deutschen gegenüberstanden, vorstoßen, bis sie auf ernsthaften Widerstand trafen, um sich dann zur Maginotlinie zurückzuziehen. Die französischen Militärs litten nicht anders als die britischen an einem gegenüber den Deutschen unangebrachten

Unterlegenheitskomplex. Das eigentliche Problem war jedoch politischer, nicht militärischer Natur.

Begonnen hatte das schon lange vor 1938. Bei zahlreichen Gelegenheiten in den zurückliegenden fünf Jahren hatten Briten und Franzosen ihre Schwächen erkennen lassen und ebenso die

Probleme, die sie damit hatten, Hitlers Ziele zu begreifen und mit ihm umzugehen; am deutlichsten war dies 1936 während der Remilitarisierung des Rheinlands gewesen. Sie hatten nichts unternommen, um Hitlerdeutschland daran zu hindern, wieder zur Militärmacht zu werden. Als Chamberlain im Mai 1937 Premierminister wurde, musste er sich damit auseinandersetzen, und mit der Erbschaft der Jahre, in denen Großbritannien eher ab- als aufrüsten wollte, sowie dem Balanceakt, die Streitkräfte in Zeiten schmerzhafter wirtschaftlicher Einschränkungen auf

ihre Aufgaben in Fernost, im Mittelmeer und in heimatlichen Gewässern aufzuteilen. Angesichts des inneren Aufruhrs und der wirtschaftlichen Probleme Frankreichs wurde Chamberlain unschwer zur dominierenden Figur in den westlichen Demokratien. Zudem war er nicht nur der aktivere Teil im Versuch, den expansionistischen Forderungen Deutschlands entgegenzukommen, sondern er war auch von einem völlig unangebrachten Selbstvertrauen, wenn er zu wissen behauptete, was Hitler wolle, wie dieser zu behandeln sei und wie er ihn zu einer friedlichen

Lösung der europäischen Probleme überreden könne.

Diese Überzeugung ließ Chamberlain in der Art erkennen, wie er, manchmal gegen den Rat erfahrener Mitarbeiter im Außenministerium, persönlich Einfluss auf die britische Außenpolitik nahm. Auch dass er bei seinem ersten Deutschlandbesuch Mitte September allein, unter vier Augen mit Hitler verhandelte, sprach für dieses Selbstvertrauen; Außenminister Lord Halifax begleitete ihn noch nicht einmal auf dieser Reise. In späteren Zeiten wäre sicher ein internationales Heer von

Diplomaten aufgeboten worden, um die Lage zu entschärfen. Doch die Zeit transkontinentaler Pendeldiplomatie war noch nicht angebrochen. Da der Völkerbund mehr oder weniger tot war, gab es kein internationales Gremium, das hätte eingreifen können. Die Dominions, die schon einmal für einen europäischen Krieg geblutet hatten, zeigten kein Interesse an einem neuen Krieg und unterstützten die Appeasement-Politik. Die Vereinigten Staaten, noch nicht aus ihrem Isolationismus aufgetaucht, begnügten sich mit der Rolle eines fernen Beobachters. Im Sommer 1938 meldete sich Roosevelt

mit einem Friedensappell, mehr war von ihm nicht zu hören. Chamberlain, der seine antiamerikanischen Gefühle nicht immer verbergen konnte, hielt nichts von der Aussicht, dass sich die Vereinigten Staaten einschalten sollten. Militärisch jedenfalls waren die Amerikaner so schwach, dass sie gar nicht hätten intervenieren können, selbst wenn sie gewollt hätten. So schickte Roosevelt ein Telegramm an Chamberlain mit den Worten: »Guter Mann!«, als er hörte, dass dieser an der Münchner Konferenz teilnehmen würde. Der Präsident verglich, etwas unlogisch, anschließend deren Ergebnis, das

vollkommen vorhersehbar gewesen war, mit Judas' Verrat an Jesus.

Im Mittelpunkt des Dramas stand also der persönliche Zweikampf zwischen Hitler und Chamberlain – eine Fehlbesetzung, ein historisches Missverhältnis, das größer nicht hätte sein können. Chamberlains Überzeugung, er könne mit Hitler eine friedliche Lösung aushandeln, war nur ins Wanken geraten, als er nach seiner Rückkehr von seinem zweiten Besuch in Deutschland auf den Widerstand des loyalen Halifax und anderer Mitglieder seines Kabinetts gestoßen war. Zur Zeit der Münchner Konferenz war er seiner

Sache wieder sicher, so sehr, dass er tatsächlich glaubte, er habe, wenn er nur mit Hitlers Unterschrift auf einem wertlosen Stück Papier nach England zurückkehren und damit gebührend Aufhebens machen konnte, den »Frieden in unserer Zeit« erreicht. Später bedauerte er seinen Überschwang, den er unter dem Eindruck der begeisterten Menschenmengen in London zum Ausdruck gebracht hatte, und war realistisch genug sich vorzustellen, dass er den Krieg nur aufgeschoben, nicht verhindert hatte. Bis zu seinem Tod 1940 blieb er dabei, dass es viel schlimmer gewesen wäre, den Krieg

schon 1938 zu beginnen, als ihn zu verschieben wenn nicht gar abzuwenden. Großbritannien sei noch nicht so weit gewesen, er habe Zeit gewinnen müssen.

Ob es, trotz der Warnungen der Militärs, besser gewesen wäre, hätten Großbritannien und Frankreich es bereits 1938 auf einen Krieg ankommen lassen, anstatt noch ein Jahr zu warten, darüber ist endlos diskutiert worden. Tatsächlich erreichten die britischen und französischen Militärausgaben erst 1939 annähernd das Niveau der deutschen; erst jetzt begannen beide Demokratien, sich ernsthaft auf einen

Krieg vorzubereiten. Aber auch Deutschland rüstete in diesem Jahr weiter stark auf, zusätzlich zu den schon intensiv zur Rüstung genutzten vier Jahren zuvor, war also ebenfalls weit besser auf den Krieg vorbereitet als 1938. Dazu hatten auch die Zerschlagung der tschechischen Militärmacht und die Übernahme neuer Rohstoffquellen und Rüstungsgüter aus der ehemaligen Tschechoslowakei beigetragen. 1939 hatte sich das Gleichgewicht der Kräfte in mancher Hinsicht tatsächlich etwas zugunsten Deutschlands verschoben.

Auch darüber, ob das Münchner

Debakel zu vermeiden gewesen wäre, wurde seitdem heftig diskutiert. Winston Churchill, der nie viel von Appeasement hielt, damit aber mehr oder weniger allein stand, hatte sich 1938 am deutlichsten dafür ausgesprochen, eine »große Allianz« mit der Sowjetunion und osteuropäischen Ländern einzugehen, um Hitler abzuschrecken. Später war er entschieden der Ansicht, es hätte nicht unbedingt zum Krieg kommen müssen, wäre Abschreckung die Strategie gewesen und nicht Appeasement. Die Labour Party und viele andere Linke unterstützten die Idee einer »großen Allianz«.

Allerdings hatten das starke Misstrauen sowie der tief verwurzelte, durch die grauenvollen Berichte von Stalins Säuberungen noch zusätzlich genährte Abscheu vor der Sowjetunion zur Folge, dass eine derartige Strategie in den Überlegungen der britischen oder französischen Regierung nie eine Chance hatte.

Dabei wäre die Aussicht einer »großen Allianz« die in der Tat beste Option gewesen, um Hitler abzuschrecken. Ob sie sich hätte umsetzen lassen, ist eine andere Frage. Sie werde, so die Position der Sowjetunion, ihre vertraglichen

Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen, wenn die Franzosen die ihren erfüllten – und das eben war sehr unwahrscheinlich. Und selbst wenn die Sowjetunion gehandelt hätte, Rumänien und Polen hätten sowjetischen Truppen niemals gestattet, ihre Territorien zu durchqueren. Immerhin hatten die Rumänen angedeutet, sie könnten sowjetischen Flugzeugen erlauben, ihr Land zu überfliegen. Die sowjetische Luftwaffe stand bereit, der Tschechoslowakei beizustehen, hätten sich die Franzosen aufgerafft, zu deren Verteidigung einzugreifen, eine Teilmobilisierung der Roten

Armee wurde tatsächlich befohlen. Aber Stalin blieb während der ganzen Krise vorsichtig, wartete ab, wie sich die Dinge entwickelten, und hütete sich, in einen Zusammenstoß zwischen »imperialistischen Mächten« hineingezogen zu werden. Die aus dem Westen und aus dem Osten drohende Gefahr, die eine »große Allianz« für Deutschland bedeutet hätte, materialisierte sich nicht.

Möglicherweise hätte Abschreckung durch eine »große Allianz« der entstehenden Opposition in Deutschland Auftrieb verschafft. Angehörige der militärischen

Führung und hohe Beamte im Außenministerium wollten Hitler verhaften lassen, sollte dieser den Befehl zum Angriff auf die Tschechoslowakei geben, ein Plan, der im Verlauf des Sommers Gestalt angenommen hatte. Aber mit dem Münchner Abkommen hatte die geplante Verschwörung keine Chance mehr, hätte höchstwahrscheinlich ohnehin keinen Erfolg gehabt. Gleichwohl ist zumindest vorstellbar, dass Hitler, wenn er – entgegen dem gewichtigen Rat seiner Militärs – gegen die Tschechoslowakei losgeschlagen und damit den von vielen gefürchteten Zweifrontenkrieg

ausgelöst hätte, einen erheblichen Machtverlust hätte hinnehmen müssen und vielleicht sogar gestürzt worden wäre.

Ob das einen allgemeinen Krieg auf lange Sicht verhindert hätte, lässt sich unmöglich sagen. Wahrscheinlicher ist, dass der Konflikt irgendwann unvermeidbar gewesen wäre. Trotzdem, wäre Hitler 1938 gestoppt oder gar gestürzt worden, wäre es ein anderer Krieg geworden, ein Krieg unter anderen Umständen. So wie die Dinge lagen, war nach München der Weg zu dem Krieg, der tatsächlich kam, nur kurz.

Sterbesakramente für den Frieden

Hitler war eher irritiert als erfreut über den Ertrag, den ihm sein aggressives Auftreten vor und in München eingebracht hatte. Er war gezwungen, Abstand zu nehmen von dem, was er wollte, musste dem Druck nachgeben und einer Verhandlungslösung für das Sudetenland zu einem Zeitpunkt zustimmen, als er eigentlich bereits entschlossen war, die Tschechoslowakei mit Waffengewalt zu vernichten. »Dieser Kerl

[Chamberlain] hat mir meinen Einzug in Prag versiebt«, soll er nach seiner Rückkehr aus München ausgerufen haben. Die jubelnden Massen in Deutschland feierten weniger einen unter hohem Kriegsrisiko errungenen territorialen Zugewinn als die Bewahrung des Friedens (was viele Chamberlain zugutehielten). Am 10. November, einige Wochen nach dem Münchner Abkommen, räumte Hitler in einer (nicht zur Veröffentlichung gedachten) Rede vor deutschen Journalisten und Verlegern ein, das ihm jahrelang aufgezwungene Reden über Deutschlands friedliche Ziele habe das deutsche Volk ungenügend

auf den Einsatz von Waffengewalt vorbereitet.

Einen Tag vor diesem offenherzigen Eingeständnis wurde Deutschland von einer furchtbaren Nacht der Gewalt (der »Reichskristallnacht«) erschüttert. In abscheulichen Pogromen wurden nach regierungsamtlichen, wahrscheinlich zu niedrig angesetzten Zahlen fast hundert Juden ermordet und viele andere vom tobenden Nazimob, der im ganzen Land Synagogen niederbrannte und jüdisches Eigentum zerstörte, aufs schlimmste angepöbelt und drangsaliert. Die Ereignisse der

Nacht vom 9. auf den 10. November waren der Höhepunkt einer schrecklichen Spirale der Gewalt gegen Juden – die über die Verfolgungswellen von 1933 und 1935 hinausging –, die auf die Machtübernahme in Österreich im März folgte und während der im Sommer wachsenden Spannung an Dynamik gewann. Hitler, der nach München für die Schwäche seiner ausländischen Gegner nur Verachtung übrig hatte, billigte die von seinem Propagandaminister Joseph Goebbels veranlasste Entfesselung der Nazihorden.

Die Pogrome sollten das Tempo

der jüdischen Emigration erhöhen. Das erreichten sie. Eine halbe Million Juden, die meisten von ihnen völlig assimiliert, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, waren trotz des schrecklichen Klimas zunehmender Verfolgung in Deutschland geblieben. Jetzt strömten Zehntausende von ihnen über die Grenzen, um Schutz in Westeuropa zu suchen, über den Kanal nach England, weiter über den Atlantik in die sicheren Vereinigten Staaten. Trotz der unverändert restriktiven Einwanderungspolitik flohen rund 7000 Juden in die Niederlande, 40 000 ins Vereinigte

Königreich, rund 85 000 in die USA. Einige Tage nach den Pogromen initiierte die britische Regierung die als »Kindertransport« bekannt gewordene Flüchtlingsaktion, mit der rund 10 000 Kinder nach Großbritannien gelangten.

In den folgenden Jahrzehnten trugen die jüdischen Immigranten viel zum wissenschaftlichen und kulturellen Leben ihrer Aufnahmeländer bei. Für Deutschland war der Verlust, den es sich selbst zufügte, unermesslich. Zehntausende von Juden jedoch, denen die Einreise in europäische Länder, die USA und nach Palästina

(das noch britisches Mandatsgebiet war) verweigert wurde, hatten weniger Glück. Viele blieben in der Gewalt der Deutschen, und es sollten weitaus mehr werden, die den Deutschen mit Kriegsbeginn in die Fänge geraten würden. Keine drei Monate nach den Pogromen ließ Hitler eine unheilvolle Warnung an die Welt ergehen – er nannte es eine »Prophezeiung«: Ein erneuter Krieg werde die Vernichtung der europäischen Juden zur Folge haben.

Nicht nur Deutschland profitierte von der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Die Polen hatten nicht viel für ihre Nachbarn übrig

und waren mit genauem Blick dafür, welche territorialen Gewinne für sie aus der Zerschlagung der Tschechoslowakei herauspringen könnten, während der Sommerkrise 1938 neutral geblieben. Nach München nun verloren sie keine Zeit und annektierten das alte Herzogtum Teschen, ein Gebiet im südöstlichen Zipfel Schlesiens mit einer gemischten Bevölkerung, das nach dem Ersten Weltkrieg von Polen wie der Tschechoslowakei beansprucht, 1920 aber den Tschechen zugesprochen worden war. Doch schon bald mussten die Polen die Erfahrung machen, dass der 1934 auf

zehn Jahre abgeschlossene Nichtangriffspakt nichts bedeutete, wenn sie Hitler im Weg standen.

Zu ersten Unstimmigkeiten kam es, als sich Polen im Herbst 1938 weigerte, deutschen Vorschlägen zuzustimmen, Danzig (seit 1920 eine freie Stadt unter der Ägide des Völkerbunds mit einer fast ausschließlich deutschen Bevölkerung) ins Deutsche Reich zurückkehren zu lassen und eine Landverbindung durch den polnischen »Korridor« einzurichten, der Ostpreußen vom Reich trennte. Auch 1939 blieben die Polen hartnäckig. Zunächst unterdrückte

Hitler seinen Ärger; er konnte warten. Erst im Frühjahr 1939 begann er, seine Aufmerksamkeit auf Polen zu richten.

Das geschah nach dem 15. März, als deutsche Truppen vollendet hatten, was er sich bereits im Sommer zuvor vorgenommen hatte – die Invasion in der restlichen Tschechoslowakei. Das »Protektorat Böhmen und Mähren« wurde geschaffen, die Slowaken erhielten einen eigenen autonomen Staat. Die Tschechoslowakei, die erfolgreichste der Demokratien, die nach dem Ende des Kaiserreichs Österreich-Ungarn neu entstanden waren, verschwand

von der Landkarte. Nach dem deutschen Einmarsch konnte sich niemand mehr der Illusion hingeben, Hitler sei nur ein nationalistischer Politiker, der ethnische Deutsche in ein vergrößertes Reich heimholen wolle. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei war eine eindeutig imperialistische Annexion. Nun endlich nahmen die westlichen Demokratien Hitler als das wahr, was er wirklich war. Das Appeasement war gescheitert. Jedem, der sich nicht blind stellte, musste klar sein, dass Hitler vor nichts Halt machte. Doch war nun auch klar, dass er das nächste Mal, und dazu würde es mit

Sicherheit kommen, auf bewaffneten Widerstand stoßen würde. Dann würde es Krieg geben.

Chamberlain, der sich durch die deutsche Besetzung der restlichen Tschechoslowakei schwer getäuscht fühlte, gab Polen, dem wahrscheinlich nächsten Opfer Deutschlands, am 31. März 1939 eine Garantie: Sollte das Land angegriffen werden, werde Großbritannien militärisch Hilfe leisten. Die Franzosen, in der Außenpolitik praktisch ohne eigene Linie, schlossen sich dem britischen Schritt an. Die Sowjetunion galt noch immer nicht als passender Verbündeter für

einen Versuch, Hitler mit der Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs zu konfrontieren. Nur Stunden vor der offiziellen Erklärung unterrichtet, war die sowjetische Führung verärgert und mehr denn je überzeugt, dass Chamberlain ein Spieltrieb, an dessen Ende er bekommen würde, was er wollte: einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Die Absicht, die hinter der britischen Garantieerklärung stand, war in erster Linie Abschreckung. Chamberlain hatte sich endlich entschlossen, Hitler von weiteren aggressiven Handlungen abzuhalten.

Er hoffte, Hitler werde doch noch Vernunft annehmen und seine territorialen Forderungen ohne Waffengewalt regeln. Gleichwohl stand die Erklärung auf schwachen Füßen, und nicht nur das: Mit dieser Garantie hatte Chamberlain eine schlechte Ausgangsstellung gewählt und Großbritannien die Möglichkeit genommen, selbst aktiv zu werden. Natürlich war ihm klar, dass Großbritannien mit militärischen Mitteln nicht würde verhindern können, dass die Deutschen Polen vollständig überrannten, und dies, wie ihm seine Berater sagten, womöglich innerhalb von drei

Monaten. Noch im Sommer zuvor hatte sich Chamberlain geweigert, einer Demokratie, die zum Kampf bereit gewesen wäre und die mit Frankreich und der Sowjetunion verbündet war, eine ähnliche Garantie zu geben – nun hatte er Großbritannien an das Schicksal Polens gebunden, an das Land, das sich vor kaum sechs Monaten »mit Hyänenhunger«, so Churchills Worte, an der Plünderung und Zerschlagung des tschechoslowakischen Staats beteiligt hatte. Polen war geographisch zu exponiert und militärisch zu schlecht gerüstet, als dass es einem deutschen Angriff

würde standhalten können. Doch war von nun an die Entscheidung, ob Großbritannien in einen neuen Krieg eintreten würde oder nicht, abhängig vom Verhalten Deutschlands und Polens.

Die britische Garantieerklärung konnte Hitler von Anfang an nicht abschrecken. Im Gegenteil, sie provozierte ihn. Er wütete gegen die Engländer und versprach, ihnen »einen Teufelstrank zu brauen«. Anfang April hatte er die Weisung zur Ausarbeitung eines Angriffsplans zur Zerschlagung Polens irgendwann nach dem 1. September 1939 unterzeichnet (»Fall Weiß«). Polens

Hartnäckigkeit im Hinblick auf Danzig und den Korridor tat ihr Übriges. Die Umrisse der Krise, die ihren Höhepunkt im Hochsommer 1939 erreichen sollte, lagen damit fest.

Währenddessen führte Mussolini, der sich durch Hitlers Coup in Prag in den Hintergrund gedrängt fühlte und der bei der Landnahme nicht leer ausgehen wollte, stolz vor, was die bewaffnete Macht Italiens zu leisten imstande war, indem er im April Albanien annektierte. Großbritannien und Frankreich reagierten mit der Ausdehnung ihrer Garantie auf Rumänien und

Griechenland. So schlecht der italienische Angriff auf Albanien ausgeführt war, er wurde als großer Sieg gefeiert, der, wie Dino Grandi, ein führender Faschist, sagte, »die antiken Straßen der römischen Eroberungen im Osten für Mussolinis Italien öffnen« würde. Die Straßen, die die Italiener im kleinen, sehr armen Albanien zu bauen begannen, führten Richtung Griechenland. Würde es zum Krieg kommen, sollten die Briten aus dem Mittelmeerraum vertrieben werden. Auch die Spannungen im Süden Europas traten in eine heiße Phase ein.

Die einfachen Menschen in

Europa konnten nur ängstlich zuschauen, wie führende Politiker der mächtigsten Länder ihr Schicksal bestimmten, als bewegten sie Figuren auf einem Schachbrett. Die allgemeine Stimmung im Sommer 1939 war anders als die im Sommer des Vorjahrs. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise hatte die Angst spürbar um sich gegriffen, dass Europa, am Rande des Abgrunds taumelnd, dabei war, in einen Krieg zu stürzen. Die Euphorie, mit der Chamberlain, Daladier, Mussolini und Hitler nach ihrer Rückkehr von der Münchner Konferenz begrüßt wurden, zeigte nur eines:

Erleichterung, dass der Krieg abgewendet war. Die moralischen Implikationen dessen, was man getan hatte, um den Frieden zu erhalten, drangen erst später ins Bewusstsein, wenn überhaupt. Während der Polenkrise 1939 war die Stimmung resignierter, merkwürdigerweise aber auch weniger ängstlich.

Von der »Kriegspsychose«, wie sie interne Berichte im Vorjahr diagnostiziert hatten, war in Deutschland 1939 wenig zu spüren. Man beruhigte sich mit der Überlegung, dass die Westmächte, wenn sie nicht bereit gewesen waren, wegen der Tschechoslowakei einen

Krieg zu riskieren, dies wegen Danzig (dem offiziellen Ziel Deutschlands in der Polenkrise) noch weniger sein würden. »Die Leute haben einen fast rührenden Glauben an Hitlers Fähigkeiten, dass er es schon irgendwie hinbiegen werde, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen ist.« Das berichtete William Shirer, ein in Berlin arbeitender amerikanischer Journalist und Rundfunkreporter, Ende August. »Es wird wohl wieder klappen«, so fasste Viktor Klemperer, ein jüdischer Wissenschaftler, der sich unter großer Gefahr in Dresden versteckt hielt und die ihm feindliche

Umgebung scharfsichtig beobachtete, die allgemeine Stimmung zusammen. Auch als sich die Krise rasch zuspitzte, hoffte man weiterhin, der Krieg werde sich noch einmal abwenden lassen, zugleich aber, für den Fall, dass Großbritannien und Frankreich Deutschland einen Krieg aufzwingen sollten (die Botschaft, die der deutschen Bevölkerung von der Propaganda eingehämmert wurde), ließ man eine resignierte Kampfbereitschaft erkennen. Viele wollten, dass der Streit um Danzig und den Korridor im deutschen Interesse beigelegt werde; aber viele, wahrscheinlich die meisten, waren

auch der Meinung, dass diese Sache keinen Krieg lohne. Schon damals wurde registriert, wie anders die Stimmung im Vergleich zu 1914 war. Von Begeisterung konnte diesmal nirgendwo die Rede sein.

Auch in Frankreich hatte sich die Stimmung geändert. Die Angst vor dem, was ein Krieg bringen würde, vor allem die Angst vor Bombardierung, hatte nicht nachgelassen. Aber die Franzosen zeigten sich seit Hitlers Einmarsch in Prag entschiedener und schienen entschlossener, einer weiteren deutschen Aggression nicht tatenlos zuzusehen – ein Gefühl, dass es nun

aber genug sei, breitete sich aus. In einer landesweiten Umfrage vom Juli 1939 gaben drei Viertel der Befragten an, sie seien bereit, Danzig auch mit militärischer Gewalt zu verteidigen. Es herrschte eine Art trügerischer Normalität, Kinos, Cafés, Restaurants florierten, die Menschen »nutzten den Tag«, dachten nicht an das, was möglicherweise auf sie zukam. Schwarzmaler fanden sich vor allem in intellektuellen Kreisen. Einen Monat später leerten sich die Großstädte, die Menschen reisten in Scharen an die Küste oder aufs Land, und viele hatte den neuesten Bestseller im Gepäck, Margaret

Mitchells *Vom Winde verweht*; man wollte den bezahlten Urlaub im herrlichen Sommerwetter genießen – vielleicht die für einige Zeit letzte Gelegenheit, die man keineswegs verpassen durfte.

Nicht viel anders in Großbritannien: Auch hier hatte die deutsche Besetzung der restlichen Tschechoslowakei die Haltung der Öffentlichkeit verändert. »In der Einstellung des Landes zum Pazifismus und zum Wehrdienst war ein grundlegender Wandel eingetreten«, erinnerte sich William Woodruff später, damals ein junger Mann aus einer Arbeiterfamilie im

Norden Englands, der es geschafft hatte, einen Studienplatz in Oxford zu bekommen. Die Studenten hätten darüber debattiert, »ob sie dieses Jahr in den Krieg müssten oder erst im nächsten. Aufrüstung war kein schmutziges Wort mehr.« In einer im Juli in Großbritannien durchgeführten Meinungsumfrage sagte ein mit dem französischen Umfrageergebnis fast identischer Anteil der Befragten – etwa drei Viertel –, Großbritannien solle sein Versprechen halten und an der Seite Polens kämpfen, wenn der Konflikt um Danzig zum Krieg führe. Wie in Frankreich klammerten sich die

Menschen an eine illusionäre Normalität, stellten sich taub für das unheilvolle Schlagen der Kriegstrommeln. Tanzsäle und Kinos prosperierten, der sportbegeisterten Bevölkerung schien nichts wichtiger als die Testspiele zwischen der englischen und der auf Reise befindlichen westindischen Cricketmannschaft (das dritte Spiel fand im London Oval gut eine Woche vor Kriegsbeginn statt), wie jedes Jahr kam es in den »wakes weeks« in den Industriestädten Nordenglands zum Exodus ans Meer. Im ländlichen England, im lieblichen Sommer 1939 besonders friedlich und schön,

schiene die Schrecken des Krieges weit weg. Viele jedenfalls glaubten, Hitler blühe in der Danzigfrage und werde, wenn dies Krieg gegen Großbritannien bedeute, am Ende zurückrudern und Polen nicht angreifen.

In Polen hatte die Garantieerklärung die Einstellung in der Bevölkerung verändert: Plötzlich verspürte man starke Sympathien für Briten und Franzosen; die Feindseligkeit gegen Deutschland war nicht zu übersehen. Es würde Krieg geben, diese Gewissheit griff um sich, überschattete alles, die Unruhe der Menschen wuchs

zusehends. Die Schriftstellerin Maria Dąbrowska, eine Berühmtheit, seit ihre Familiensaga *Nächte und Tage* 1935 den angesehensten polnischen Literaturpreis gewonnen hatte, erholte sich im Juli von einer Operation auf einem Landsitz in Südpolen, genoss dessen Schönheit und fragte sich, ob sie nicht besser nach Warschau zurückkehren solle, wollte im Grunde aber gar nicht abreisen. »Das Wetter ist so herrlich, die Aussichten auf einen Krieg so nahe, vielleicht ist dies die letzte Idylle im Leben«, dachte sie. Die Menschen lebten im Gefühl, dass Zeit kostbar war. Anfang August, kaum

zurück in Warschau, ließ sie sich von einem Kollegen überreden, in ein Heilbad im nordwestlichen Polen zu gehen. »Überlegen Sie nicht zu lange«, riet er ihr, »es ist die letzte Möglichkeit, die letzte Gelegenheit. Was gibt es da noch zu reden? Spätestens in einigen Wochen ist Krieg.« In den letzten Tagen des Monats erfolgte die hastige Mobilmachung von Männern, Wagen und Pferden. In aller Eile legten die Haushalte Vorräte an. Man machte Jagd auf Gasmasken, die die Behörden nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stellen konnten. Manche versiegelten ihre

Räume, verklebten die Fenster mit Papierstreifen, um sie gassicher zu machen. Alle in Polen wussten, dass der Frieden an einem dünnen Faden hing. »Polen stand vor einer furchtbaren Katastrophe.«

Die Bombe platzte am späten Abend des 21. August. Deutschland und die Sowjetunion, Erzfeinde bislang, standen kurz davor, einen außergewöhnlichen Handel abzuschließen. Jahrelang war den Sowjetbürgern eingetrichtert worden, dass der Faschismus das größte Übel sei, nun, zu ihrer Überraschung, erfuhren sie, dass Hitler zum Freund geworden war.

Dies, so sagte eine Russin später, die damals in Moskau lebte, sei gewesen, als sei »die Welt auf den Kopf gestellt« worden. Nicht weniger überrascht von dieser unglaublichen Kehrtwendung waren die Deutschen, die sich jahrelang die Tiraden über den teuflischen Bolschewismus hatten anhören müssen. Doch vor allem waren sie erleichtert: Das »gefürchtete Gespenst einer Umzingelung« war damit gebannt.

Ausgegangen war alles von Deutschland, es hatte mehrere Monate zuvor die Fühler ausgestreckt, um diese bemerkenswerte Annäherung

zustande zu bringen. Am 3. Mai hatte Stalin Maxim Litwinow, den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, der als Befürworter kollektiver Sicherheit galt, überraschend entlassen und durch Wjatscheslaw Molotow ersetzt; das galt als Zeichen für ein Umdenken im Kreml. Ribbentrop erkannte die Chance, vielleicht zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen, die jedes denkbare gegen Deutschland gerichtete Bündnis mit den westlichen Demokratien (das auch in London und Paris wieder erwogen wurde, freilich ohne wirkliche Überzeugung)

ausschließen und zugleich Polen mit einem tödlichen Schlag völlig isolieren würde. Wochenlang kam es nur zu zögernden Schritten in Richtung eines Handelsabkommens. Dann ermutigten indirekte Zeichen aus Moskau Ribbentrop, auf eine politische Verständigung zu drängen, die wechselseitige territoriale Interessen berührte.

Hitlers Zeitplan für einen Angriff auf Polen – Ende August, bevor Herbstregen einsetzte – sorgte für zusätzlichen Druck. Am 19. August endlich signalisierte Stalin seine Bereitschaft zu einem Abkommen mit Deutschland. Unverzüglich ließ

Hitler eine Reise Ribbentrops nach Moskau vorbereiten. Und vier Tage später setzten Molotow und Ribbentrop ihre Unterschriften unter einen Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. In einem Geheimprotokoll wurden Interessensphären im Baltikum, Rumänien und Polen »für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung« in diesen Regionen skizziert. Einen zynischeren Handel kann man sich kaum vorstellen. Den beiden Vertragsparteien freilich brachte er Vorteile. Deutschland hatte seine Ostfront abgesichert; die Sowjetunion kostbare Zeit gewonnen,

ihre Verteidigung zu verstärken.

Damit stand einem baldigen deutschen Einmarsch in Polen nichts mehr im Weg. Noch immer hegte Hitler die schwache Hoffnung, Großbritannien und Frankreich würden von ihrer Verpflichtung gegenüber Polen abrücken. Aber er war bereit, seinen Weg zu verfolgen, selbst wenn das auf einen Krieg mit den westlichen Demokratien hinauslief. Die Ereignisse im letzten Sommer hatten ihn in seiner Verachtung seiner Gegner bestärkt: Sie sind »kleine Würmchen«, erklärte er seinen Generälen, »ich sah sie in München«. Seine Hauptsorge war,

eine Intervention in letzter Minute zu vermeiden, die in einem »zweiten München« enden und die Zerschlagung Polens verhindern könnte.

Als Hitlers hochriskante Politik im Vorjahr zu einem Krieg mit den Westmächten zu führen drohte, hatte sich unter hochrangigen Militärs und Angehörigen des Auswärtigen Amtes eine zaghafte Widerstandshaltung herausgebildet. Mit der Münchner Konferenz waren die Erfolgschancen zerstoßen, die diese Opposition vielleicht hätte haben können. Ein Jahr später sahen die Gegner von Hitlers überstürzten

Kriegsvorbereitungen keine Möglichkeit mehr, ihm in den Arm zu fallen, auch wenn dieser Krieg ihrer Meinung nach in einer totalen Katastrophe enden würde. Die Spitzen der Wehrmacht, die 1938 noch geteilter Meinung über einen Krieg gewesen waren, sagten und taten nichts, wenn sie denn überhaupt Zweifel hegten. Fatalistisch, teilweise begeistert hielten sie zu Hitler. Das war von zentraler Bedeutung. In Deutschland selbst stand Hitlers Entschlossenheit, Krieg zu führen, nichts im Weg.

Seit dem 22. August hatte Sir Neville Henderson, der britische

Botschafter in Berlin, eine Reihe äußerst angespannter Treffen in der Reichskanzlei, bei denen Hitler so tat, als hoffe er auf eine friedliche Beilegung der Krise, während er insgeheim den Überfall auf Polen vorbereiten ließ. Zusätzlich hatte Göring einen persönlichen Botschafter, den schwedischen Industriellen Birger Dahlerus, dreimal mit Angeboten nach London geschickt, die Deutschlands gute Absichten zeigen sollten. Doch von deutscher Seite waren solche Verhandlungen pure Farce. Deutschland hatte nicht die leiseste Absicht, vom geplanten Angriff auf

Polen abzusehen; er war auf den 26. August festgesetzt. Den Marschbefehl hatte Hitler am Nachmittag des 25. August gegeben, musste ihn ein paar Stunden später allerdings wieder aufheben: Mussolini hatte seinem Achsenpartner mitgeteilt, Italien sei gegenwärtig nicht in der Lage, an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten. Für Mussolini mag die Absage peinlich gewesen sein, für Hitler war sie nicht mehr als ein vorübergehender Rückschlag. Schnell legte er einen neuen Termin für den Angriff fest. Am frühen Morgen des 1. September 1939 überquerten

deutsche Truppen die polnische Grenze.

Bis zum letzten Moment hatten die Briten gehofft, Hitler werde doch noch verhandeln, der Angriff überraschte sie völlig. Es folgten zwei Tage des Zögerns, an denen Großbritannien und Frankreich nicht im Einklang agierten, während sich Hitlers Truppen daran machten, Polen zu verschlingen. Mussolini bot an, mit Hitler zu vermitteln, um für den 5. September eine Konferenz einzuberufen. Die Franzosen waren geneigter als die Briten, den Vorschlag zu unterstützen. Bei Hitler stieß er, wie zu erwarten, auf eisige

Ablehnung. Der französische Außenminister Georges Bonnet, den Churchill und andere in London für die »Quintessenz des Defätismus« hielten, gab konfuse diplomatische Signale von sich; er wollte Zeit gewinnen und zögerte, sich auf den letzten, gefürchteten Schritt einzulassen. Noch am Nachmittag des 2. Septembers waren auch Chamberlain und Halifax bereit, eine Konferenz in Betracht zu ziehen, wenn sich die deutschen Truppen aus Polen zurückzögen. Während der Parlamentssitzung am gleichen Abend musste Chamberlain jedoch einsehen, dass seine Regierung über

eine Fortsetzung der Verhandlungspolitik stürzen würde. Angesichts einer drohenden Rebellion im Kabinett erklärte er sich bereit, mit einem Ultimatum von Deutschland zu fordern, seine Truppen umgehend aus Polen zurückzuziehen; am nächsten Morgen um 9 Uhr sollte es in Berlin überreicht werden. Zwei Stunden gaben die Briten Hitler Zeit für seine Antwort.

Am Vormittag des 3. September 1939 um 11 Uhr 15 saßen die Briten am Radio, um Chamberlain zu hören, der ihnen mit traurig-monotoner Stimme mitteilte, das Ultimatum sei

unbeantwortet geblieben: »Darum befindet sich dieses Land im Krieg mit Deutschland«. Luftschuttsirenen heulten auf, wie sich später herausstellte, ein Fehlalarm; er gab jedoch einen Vorgeschmack auf das, was kommen sollte. Vor allem Bonnets Zögern war es zuzuschreiben, dass die Kriegserklärung aus Paris nicht gleichzeitig erfolgte, vielmehr dauerte es noch sechs Stunden, bis fünf Uhr nachmittags, bevor die Franzosen nachzogen.

Vielfach gewunden war der Weg gewesen, der in die Hölle eines neuen Krieges führte, zudem »gepflastert

mit guten Vorsätzen« der Appeasement-Befürworter. Vor dem Unterhaus erklärte Chamberlain am 3. September: »Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich erhofft habe, alles, woran ich in meinem politischen Leben geglaubt habe, liegt in Trümmern.« Die Appeasement-Politik war von den besten Motiven geleitet, aber dennoch, wie Churchill sagte, »die traurige Geschichte verfehlter Urteile, die sich wohlmeinende und fähige Leute bildeten«. Sie habe schließlich »in einen Krieg größten Ausmaßes und unter den allerschlimmsten Umständen«

geführt. Die Befürworter des Appeasement waren zweifellos »wohlmeinend«; mit ihrer Erziehung jedoch, ihrer Erfahrung und politischen Schulung waren sie auf den Umgang mit einem Gangster auf der internationalen Bühne völlig unvorbereitet. Sie waren Hitler einfach nicht gewachsen. *Sie* dachten, sie könnten ein Friedensabkommen aushandeln, selbst um den Preis eines weiteren Landes, das sie den Wölfen zum Fraß vorwarfen. *Er* war immer nur auf Krieg aus. Eroberung, das war es, was Deutschland brauchte, ganz im Sinn der Weltsicht, die er fast zwei Jahrzehnte mit sich

herumgetragen hatte. So stand am Ende des Weges das wahrscheinlichste Ergebnis: ein erneuter Krieg in Europa.

»Irgendwie herrscht Erleichterung, die Zweifel sind erledigt«, so die lapidare Reaktion von Sir Alexander Cadogan, Staatssekretär im britischen Außenministerium. William Woodruff, der Oxford-Student aus der Arbeiterklasse, gab an diesem Tag seine pazifistische Überzeugung auf: »Zu kämpfen war das geringere Übel. Ich regelte meine Angelegenheiten in Oxford und machte mich bereit, Soldat zu

werden.« Unzählige junge Männer meldeten sich unverzüglich als Freiwillige. Woodruff brachte wahrscheinlich zutreffend auf den Punkt, dass die meisten Menschen in Großbritannien dachten, der Krieg sei unvermeidlich geworden, Hitler müsse bekämpft werden: »Sie waren froh, dass der Betrug aufgehört und der Kampf auf Leben und Tod begonnen hatte.«

Der jüdische Schriftsteller Manès Sperber reihte sich in die langen Schlangen von Freiwilligen in Paris ein, er hatte Angst vor dem, was ihn erwartete, war aber erleichtert, dass seine Eltern und Brüder in England

sicher waren. »Keine wilde Begeisterung. Es gibt etwas zu tun, das ist alles«, schrieb Pierre Lazareff, der Herausgeber des *Paris Soir*, in sein Tagebuch. Die französischen Soldaten – es waren bald 4,5 Millionen aus Frankreich und seinen Kolonien – hatten das Blutbad vor Augen, das vor einer Generation auf französischem Boden stattgefunden hatte, und fügten sich, wie Berichte aus den Präfekturen zeigten, in den Kriegsdienst, ohne Anzeichen der Begeisterung freilich, die 1914 zu sehen gewesen waren.

Das war auch in Deutschland so. William Shirer hat die Atmosphäre in

Berlin am 3. September festgehalten:

In den Gesichtern der
Menschen Erstaunen,
Depression ... Ich glaube,
1914 war die Begeisterung in
Berlin am ersten Kriegstag
ungeheuer. Heute: keine
Begeisterung, kein
Hurrageschrei, keine
Hochrufe, kein
Blumenstreuen, kein
Kriegsfieber, keine
Kriegshysterie.

Ganz anders, so die Erinnerung des

späteren Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki, die Menschen in Warschau: Sie konnten, als sie hörten, dass Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg erklärt hatten, ihr Glück kaum fassen. Vor der britischen Botschaft rief eine Menschenmenge außer sich vor Freude: »Lang lebe Großbritannien!« und »Lang lebe der Freiheitskampf!« Später sangen sie vor der französischen Botschaft die Marseillaise. Sie glaubten, Hilfe sei unterwegs. Als bald darauf deutsche Bomben auf polnische Städte regneten und ihr Martyrium begann, wurde ihnen klar, dass keine Hilfe

kommen würde.

Was auch immer die Menschen überall auf dem Kontinent an jenem 3. September 1939 fühlen mochten, alle wussten, dass sich ihr Leben drastisch verändern würde. Was genau der Krieg bringen würde, wusste niemand; Gründe genug gab es, den kommenden Jahren voller Angst entgegenzusehen. Viele Menschen ahnten, dass ihnen ein weiteres Höllenfeuer bevorstand. Doch nur wenige werden eine Vorahnung solcher Tiefe gehabt haben, wie sie der österreichisch-jüdische, im englischen Exil lebende Schriftsteller Stefan Zweig hatte, der

seinem Tagebuch (in holprigem Englisch) am 3. September 1939 anvertraute: Der neue Krieg werde wohl »tausendmal schlimmer werden als 1914 ... Und wir haben auch keine Vorstellung davon, welche *neuen* Schrecken von Vergiftung und aufgepeitschten Emotionen dieser Krieg mit sich bringen wird; ich bin bei diesen Kriminellen auf alles gefaßt. Was für ein Zusammenbruch der Zivilisation.«

ACHT HÖLLE AUF ERDEN

Es war, als erlebten wir einen absoluten Bruch in der Evolution der Menschheit, den völligen Untergang des Menschen als vernunftbegabtes Wesen.

Heda Margolius Kovály, *Eine Jüdin in Prag.
Unter dem Schatten
von Hitler und Stalin* (1986)

Für Millionen Europäer kam der Zweite Weltkrieg einer Hölle auf Erden gleich, mehr noch als der Erste. Schon die Zahl der Opfer – über 40 Millionen Menschen allein in Europa, mehr als viermal so viele wie im Ersten Weltkrieg – vermittelt ein Gefühl für das Ausmaß des Horrors; die Verluste übersteigen jede Vorstellungskraft. Allein die Sowjetunion hatte über 25 Millionen Todesopfer zu beklagen, Deutschland sieben, Polen sechs Millionen. Doch nüchterne Zahlen sagen nichts über die Leiden, nichts über das Elend ungezählter Familien und vermitteln auch keinen Eindruck von der

geographischen Verteilung der immensen Opfer.

Westeuropa kam relativ glimpflich davon. Großbritannien und Frankreich zählten viel weniger Tote als im Ersten Weltkrieg. Insgesamt kamen etwa 14 Millionen alliierte Soldaten im Zweiten Weltkrieg ums Leben. Auf Großbritannien (und seine Gebiete in Übersee) entfielen 5,5 Prozent der Todesopfer, auf Frankreich (mit seinen Kolonien) drei, auf die Sowjetunion ungefähr 70 Prozent. Rechnet man den Krieg gegen Japan nicht mit, ist der sowjetische Anteil sogar noch höher. In Großbritannien

waren knapp 70 000 tote Zivilisten zu beklagen, die meisten als Opfer der Bombenangriffe. Im Epizentrum des Gemetzels – Polen, Ukraine, Weißrussland, Baltikum und westliche Sowjetunion – waren es zehn Millionen.

Anders als im Ersten Weltkrieg ging die Zahl der zivilen Todesopfer im Zweiten weit über die der kämpfenden Truppen hinaus. Dieser Konflikt erfasste in weitaus größerem Maß als der erste ganze Gesellschaften. Die hohe Todesrate in der Zivilbevölkerung war nicht zuletzt eine Folge des genozidalen Charakters des Zweiten Weltkriegs.

Denn anders als im Krieg von 1914 bis 1918 stand der Völkermord im Zentrum dieses erneuten großen Flächenbrands. Dieser Krieg war ein historisch beispielloser Angriff auf die Menschlichkeit. Er war ein Abstieg in den Abgrund, eine Zerstörung aller kulturellen Ideale, die die Aufklärung hervorgebracht hatte, ein Absturz, wie es ihn bis dahin nicht gegeben hatte. Dieser Krieg hatte apokalyptische Dimensionen, war Europas Armageddon.

Ergeben hatte sich dieser zweite Krieg innerhalb einer Generation aus dem, was im ersten unerledigt

geblieben war. Denn der erste große Krieg hatte nicht nur Millionen Menschen hinterlassen, die über verlorene Angehörige trauerten, sondern einen ganzen Kontinent in Aufruhr versetzt. Ein ungeheures Knäuel aus nationalistischem, ethnischem und Klassenhass hatte ein Klima extremer politischer Gewalt geschaffen und eine politische Polarisierung hervorgebracht, aus der Hitlers Regime aufstieg und den Frieden in Europa bedrohte. Der erste Krieg hatte Deutschland mehr ungelöste Probleme hinterlassen als allen anderen Ländern. Doch der Griff nach der Herrschaft über den

Kontinent, am Ende gar über die Welt durch einen neuen Krieg war ein ungeheuer riskantes Spiel und eines, in dem Deutschlands Gewinnchancen äußerst gering waren angesichts der Ressourcen, über die es verfügte. Andere rasch aufrüstende Länder taten, was sie konnten, um eine deutsche Hegemonie zu verhindern, und ihnen standen, sobald diese Kräfte aufgeboten waren, mehr Ressourcen zur Verfügung. Das Zeitfenster, das Deutschland zur Verfügung stand, um den Sieg zu erringen, bevor die Feinde es stoppen würden, war nur klein.

Für Hitler selbst und andere

führende Nationalsozialisten war ein weiterer Krieg stark psychologisch motiviert. Denn mit ihm sollte das Ergebnis des ersten Krieges rückgängig gemacht, die Schmach der Niederlage, die Demütigung von Versailles getilgt und die Erbschaft der »Novemberverbrecher« (der Führer der Linken, die in Hitlers Augen die Revolution von 1918 herbeigeführt hatten) ausradiert werden. Und es sollte, wie Hitler in seiner Rede vom Januar 1939 »prophezeit« hatte, nicht zuletzt ein Krieg sein, um die, so wie er das sah, unheilvolle Macht der Juden in Europa zu vernichten. Mit einem

Wort: Ein neuer Krieg sollte die Geschichte neu schreiben.

Großbritannien und Frankreich, die westlichen Demokratien, deren Schwäche Hitler so deutlich vorgeführt hatte, waren bereit, die Erweiterung der deutschen Einflussphäre in Mitteleuropa – und die Verstümmelung der Tschechoslowakei – als Preis für den Frieden hinzunehmen. Schon allein damit ließen sie eine bedeutende Verschiebung im europäischen Machtgleichgewicht zu. Eine ganz andere Sache war die Perspektive unbegrenzter deutscher Eroberungen. Das drohte nicht nur das

Machtgleichgewicht in Europa durcheinander zu bringen und überdies die britischen und französischen Besitzungen in Übersee zu destabilisieren, Frankreich und sogar Großbritannien sahen sich damit auch der Gefahr ausgesetzt, von Deutschland erobert zu werden. Ein von Hitler und seinem unmenschlichen Regime beherrschtes Europa war eine unendlich viel schlimmere Vorstellung als ein Europa unter dem deutschen Kaiser. Darum war für Briten und Franzosen die Zeit gekommen, Widerstand zu leisten gegen die Ausdehnung der deutschen Machtsphäre. Weder in

Großbritannien noch in Frankreich wollte man einen erneuten Krieg. Die Wunden von 1914 –18 waren noch nicht verheilt, die Armeen nicht bereit für einen großen Konflikt; die Volkswirtschaften, die sich gerade von der Weltwirtschaftskrise erholten, nicht in der Lage, einen Krieg zu finanzieren. Die Londoner City und das Großkapital in beiden Ländern konnten kaum wollen, dass sich ein wirtschaftliches Erdbeben wie im Gefolge des ersten Krieges wiederholte. Die Menschen, die das ungeheure Blutvergießen des vorigen noch in Erinnerung hatten, wollten gewiss keinen neuen Krieg. Aber

daran war nicht zu deuteln: Dieser Krieg musste ausgefochten werden. Nationale Interessen und moralische Gründe ergänzten sich. Wenn es jemals einen gerechten Krieg gab, dann diesen. Hitler musste besiegt werden, wenn Europa Frieden haben sollte.

Wenn der erste große Krieg die Urkatastrophe war, dann war der zweite deren Höhepunkt – der völlige Zusammenbruch der europäischen Zivilisation. Was ihn prägte, war der äußerste Zusammenprall aller ideologischen, politischen, ökonomischen, militärischen Kräfte, die sich im ersten Krieg

herausgebildet und die Instabilität und die Spannungen auf dem Kontinent während der folgenden 20 Jahre verursacht hatten. Er wurde zu dem Ereignis, das den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts bestimmen sollte. Mit dem Zweiten Weltkrieg kam das Europa an ein Ende, das Erbe des Ersten war. Fast hätte der Kontinent sich selbst zerstört. Aber er hat überlebt. Was folgte, war ein radikal verändertes Europa.

Ein Kontinent in Flammen

Der Krieg, der schließlich zu einem Weltkrieg wurde, als zum Konflikt in Europa der im Pazifik hinzukam, hatte drei Hauptphasen und zog den europäischen Kontinent in unterschiedlicher Stärke und in verschiedenen kritischen Momenten in Mitleidenschaft. Schweden, die Schweiz, Spanien, Portugal, die Türkei und Irland blieben offiziell neutral. Sie beteiligten sich nicht an den Kämpfen, gleichwohl waren auch sie indirekt in die Feindseligkeiten verwickelt. Alle anderen europäischen Länder wurden auf die eine oder andere Art in den Krieg gezogen.

In der ersten Phase breitete er sich von Polen zum Baltikum hin aus, erfasste dann Skandinavien, zog über Westeuropa und den Balkan bis nach Nordafrika. Er folgte dem Weg, den die Aggression nahm, die von Deutschland und Italien ausging, aber auch dem der sowjetischen Expansion nach Polen und in die baltischen Länder, eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs, gedacht, um der Sowjetunion eine Pufferzone nach Westen zu sichern. Mitte September 1939 wurde der östliche Teil Polens von der Sowjetunion besetzt, wie mit Deutschland vereinbart. Die

baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurden im April 1940 zwangsweise zu Sowjetrepubliken gemacht, im Juli folgte die Annexion Bessarabiens und der nördlichen Bukowina, die bis dahin zu Rumänien gehört hatten. Finnland hatte sich in den Wintermonaten 1939/40 tapfer gegen die Rote Armee verteidigt, musste schließlich aber einen Teil seines Territoriums an die Sowjetunion abtreten, die so ihren Verteidigungsgürtel entlang der Ostsee arrondierte.

Im Herbst 1939 wurde Polen in kurzer Zeit vernichtet. Im Frühjahr 1940 überrannten deutsche Truppen

die neutralen Staaten Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Luxemburg und Belgien. Dann kapitulierte, fast unglaublich, Frankreich (das die größte Armee in Europa besaß), nach einem Feldzug, der kaum länger als fünf Wochen dauerte. Über 1,5 Millionen französische Soldaten wurden nach Deutschland gebracht, wo die meisten von ihnen vier Jahre lang in Kriegsgefangenschaft blieben. Im Frühjahr darauf ergaben sich Jugoslawien und Griechenland rasch der bewaffneten Macht Deutschlands.

Etwas freilich fehlte im Katalog der deutschen Siege. Großbritannien,

mit seinem Weltreich im Rücken, blieb unbesetzt. Das war zum großen Teil Winston Churchill zu verdanken, der seit dem 10. Mai 1940 Premierminister war und sich gegen Ende des Monats, als die britische Armee bei Dünkirchen gescheitert war und alle Nerven blank lagen, standhaft weigerte, dem Vorschlag seines Außenministers Lord Halifax zu folgen, Großbritannien sollte erwägen, die Bedingungen für ein Friedensabkommen zu eruieren. (Die königliche Familie und viele Mitglieder der Konservativen Partei hätten lieber Halifax als Churchill an der Spitze des Landes gesehen.) Wenn

Großbritannien entschlossen war weiterzukämpfen, dann ergab sich die für Deutschland beunruhigende Aussicht, dass die Briten von amerikanischer Wirtschafts-, vielleicht sogar Militärhilfe profitieren könnten. Das Ende des Krieges im Westen war für Hitler die Voraussetzung, um sich in dem Krieg, den er sich seit fast 20 Jahren vorgenommen hatte, der Sowjetunion zuzuwenden. Aber er konnte Großbritannien nicht in die Knie zwingen, den Sieg in Westeuropa nicht vollenden. 1940 wurde eine kurze Zeit lang eine Invasion des Inselstaats in Erwägung gezogen; die

logistischen Probleme waren jedoch entmutigend. Eine Invasion wurde nie zur wirklichen Option, der Gedanke bald aufgegeben. Großbritannien in die Unterwerfung zu zwingen, ging weit über die Möglichkeiten der deutschen Luftwaffe hinaus, trotz der beträchtlichen Schäden, die deutsche Luftangriffe 1940 und Anfang 1941 in britischen Städten anrichteten und trotz der mehreren Zehntausend Leben, die sie gefordert haben.

Im Frühjahr 1941 hatte die erstaunliche Serie der deutschen Blitzkriege, die neuartige, zerstörerische Verbindung von

Luftangriffen und schnell vorrückenden Panzerverbänden – eine Taktik, mit der die Wehrmacht ihre beängstigende Überlegenheit demonstrierte – von Norwegen bis Kreta zur deutschen Vorherrschaft geführt. Weniger gut erging es Italien. Es war im Juni 1940, zum Zeitpunkt der deutschen Besetzung Frankreichs, in den Krieg eingetreten, ließ aber in Griechenland und Nordafrika rasch peinliche militärische Schwächen erkennen, was die Deutschen zwang, militärisch zu intervenieren und ihrem kämpfenden Achsenpartner Waffenhilfe zu leisten.

Getrieben vom Gefühl, dass Deutschland bei seiner besten Erfolgchance im Spiel um die Herrschaft über Europa und dann die Welt die Zeit davonraste, stellte Hitler seine anfänglichen Überlegungen auf den Kopf. Um Großbritannien zu besiegen, so setzte er seinen Generälen nun auseinander, müsse zuerst die Sowjetunion geschlagen werden. Eine groteske Unterschätzung der Sowjetunion und ihrer militärischen Kapazitäten, die durch den mühsamen Sieg der Roten Armee über die kleinen finnischen Streitkräfte im »Winterkrieg« von 1939/40 bestärkt wurde, verleitete

die deutschen Generäle, sich ihrem Oberbefehlshaber in dem Glauben zu fügen, dass der Sieg in einem Feldzug nach Osten eine Sache von Wochen sei. Im Dezember 1940 erging die Weisung für eine Invasion der Sowjetunion im folgenden Frühjahr. Ein Sieg in diesem Feldzug würde Deutschland den »Lebensraum« verschaffen, den es nach Hitlers Ansicht brauchte. Zugleich könnte er das zweite Ziel erreichen, das ihn seit zwei Jahrzehnten beschäftigte: Der Krieg im Osten würde ihm die Möglichkeit zu einer »Endlösung der Judenfrage« verschaffen, von der er und die NS-Führung von Anfang an

besessen waren.

Die zweite Phase des Krieges begann am frühen Morgen des 22. Juni 1941 damit, dass deutsche Truppen ohne Kriegserklärung die Sowjetunion überfielen. Mehr als drei Millionen deutsche Soldaten überschritten die Grenzen. In der westlichen Sowjetunion standen ihnen fast ebenso viele Soldaten der Roten Armee gegenüber. So begann der größte bewaffnete Kampf der Geschichte – und er forderte, wie sich zeigen sollte, auch die meisten Todesopfer.

Sollte sich in diesem gigantischen Unternehmen ein schneller

vollständiger Sieg erreichen lassen, winkte ein hoher Gewinn. Wenn Deutschland die totale Herrschaft über den Kontinent erreichen wollte, brauchte es unbedingt die reichen Ressourcen der Sowjetunion. Nur unter dieser Voraussetzung ließe sich auch der Bedrohung aus dem Westen ein Ende setzen, wo sich Großbritannien immer weiter auf ein umfassendes Kriegsbündnis mit den Vereinigten Staaten zubewegte. 1942 werde Amerika zum Kriegseintritt an der Seite Großbritanniens bereit sein, so sah Hitler vorraus. Vorher musste Deutschland, so sein fester Wille, die Herrschaft über den Kontinent

errungen haben. Etwaige Bedenken zerstreuten sich wohl kaum, als der amerikanische Kongress im März 1941 das Leih- und Pachtgesetz (*Lend-Lease Act*) verabschiedete, das Instrument, mit dem die Hilfe für Großbritannien massiv erhöht wurde. Noch wagte Präsident Roosevelt nicht, dem Kongress den Kriegseintritt Amerikas vorzuschlagen. Zwar hatte der Isolationismus an Rückhalt verloren, sein Einfluss aber war weiterhin beträchtlich. Allerdings setzte das Leih- und Pachtgesetz ein deutliches Zeichen dafür, dass die Vereinigten Staaten von nun an gewillt waren,

mit ihrer gewaltigen Wirtschaftskraft zum Sieg über die Achsenmächte beizutragen. Für Deutschland begann damit ein Wettlauf gegen die Zeit, es musste die Sowjetunion schlagen, bevor Amerika mit seiner wirtschaftlichen – und höchstwahrscheinlich bald militärischen – Macht den Kriegsverlauf entscheidend beeinflussen konnte.

Die drei deutschen Angriffsspitzen, die den Angriff auf die Sowjetunion – das »Unternehmen Barbarossa« – vorantrugen, rückten anfangs mit verblüffendem Tempo nach Norden, in der Mitte und im

Süden vor, und das über die gesamte etwa 1800 Kilometer lange Ostfront. Unseligerweise hatte Stalin die vielen, oft präzisen Warnungen vor einer bevorstehenden Invasion ignoriert und sie als gezielte Desinformationen betrachtet. Viele Einheiten der Roten Armee blieben in exponierten, vorausgelagerten Stellungen und wurden zur leichten Beute der schnellen Panzerangriffe, die zu riesigen Kesseln führten, in denen Hunderttausende Rotarmisten zu Kriegsgefangenen wurden. Binnen zwei Monaten jedoch zeichnete sich ab, dass sich die außerordentlich ehrgeizigen Ziele des »Unternehmens

Barbarossa« vor Einbruch des Winters nicht verwirklichen ließen, und für den Winter war schlecht vorgesorgt. Der Feind war grob fahrlässig unterschätzt worden, und die Logistik für eine Eroberung eines so großen Landes war zu umfangreich. Zwar konnte das reiche Ackerland der Ukraine erobert werden, aber es erwies sich als unmöglich, bis zu den Ölfeldern des Kaukasus vorzustoßen oder im Norden Leningrad zu zerstören. Der Vormarsch auf Moskau begann spät, erst Anfang Oktober. Stalin wäre zu Gebietsabtretungen bereit gewesen, um ein Friedensabkommen mit Hitler

zu erreichen. Der deutsche Diktator lehnte ab: Er sah Deutschland kurz vor dem Sieg. Mitte Oktober, als sich die Deutschen näherten, geriet Moskaus Bevölkerung in Panik.

Stalin dachte daran, die Stadt zu verlassen, änderte dann seine Meinung. Die schwer erschütterte Moral der Sowjets erholte sich. Derweil blieb der deutsche Vormarsch in Herbstregen und Schlamm, dann in Schnee und Eis stecken; mit dem Wintereinbruch fielen die Temperaturen auf minus 30 Grad. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zwei Fünftel der Bevölkerung der UdSSR und fast die Hälfte ihrer

materiellen Ressourcen unter deutscher Herrschaft. Ungefähr drei Millionen Rotarmisten waren in deutsche Gefangenschaft geraten. Aber die deutschen Verluste waren alarmierend gestiegen. Knapp eine Dreiviertelmillion Soldaten – fast ein Viertel der Armee im Osten – waren seit dem Beginn des »Unternehmens Barbarossa« tot, verwundet oder vermisst gemeldet worden. Schon wurden die Reservekräfte knapp. Stalin dagegen verfügte offenbar über unerschöpflichen Nachschub. Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische Gegenoffensive – die Deutschen standen bereits 50

Kilometer vor Moskau – und entwickelte sich für die Deutschen zur ersten großen Krise in diesem Krieg. Die Hoffnung auf einen schnellen Sieg musste der Einsicht weichen, dass Deutschland einen langen erbitterten Krieg vor sich hatte.

Der japanische Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die amerikanische Kriegserklärung am Tag darauf machten den Krieg zu einem globalen Konflikt. Hitler sah darin eine strategische Chance. Ein Krieg gegen die Japaner würde die Amerikaner im Pazifik binden. Zudem konnten die deutschen U-

Boote, die seit Monaten zurückgehalten worden waren, als die Vereinigten Staaten einen »unerklärten Krieg« im Atlantik zu führen begonnen hatten, nun auf amerikanische Schiffe losgelassen werden; sie sollten die Nabelschnur nach Großbritannien zerreißen und den Krieg zur See für Deutschland gewinnen. Mit derart hoffnungsvollen Vorstellungen zog Hitler am 11. Dezember 1941 Deutschland in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten. Was immer er sich gedacht haben mochte, jetzt sprach alles gegen einen deutschen Sieg im Krieg in Europa.

Tatsächlich hat Hitler die Militärmacht Japans stark überschätzt. Pearl Harbor war ein Schock für die Vereinigten Staaten, aber bei weitem kein Schlag, der sie zu Boden warf. Die zunächst erfolgreiche japanische Expansion stieß schon in der ersten Hälfte des Jahres 1942 an ihre Grenzen; der große amerikanische Sieg in der Seeschlacht vor den Midway-Inseln im Juni 1942 markierte den Wendepunkt des Pazifikkriegs.

Im Atlantik wechselte das Kriegsglück ein Jahr später. Auch die Zerstörungskapazität seiner U-Boote hatte Hitler überschätzt. Ihr Erfolg

von 1942 ließ sich nicht fortsetzen, schon deshalb nicht, weil es dem britischen Geheimdienst nach langwierigem Bemühen schließlich gelang, die mit der Enigma-Maschine codierten deutschen Funksprüche zu entschlüsseln und die Positionen der U-Boote zu lokalisieren. Die bessere Verteidigung gegen deutsche U-Boote hatte zur Folge, dass der alliierte Nachschub den Ozean sicherer überqueren konnte. 1943 ging die Schlacht im Atlantik für Hitler verloren.

Währenddessen hatte Deutschland auch die Grenzen seiner Expansion zu Land erreicht. Mit der

Schlacht um El Alamein im Oktober/November 1942, die über drei Wochen dauerte, endete der deutsche Vorstoß in Nordafrika; nun war der Weg frei für den vollständigen Sieg der Alliierten auf diesem Schauplatz im folgenden Jahr. In der Sowjetunion sollte eine zweite deutsche Großoffensive (mit im Vergleich zu 1941 reduzierter Truppenstärke) im Sommer 1942 die Ölfelder des Kaukasus erobern, doch der Vorstoß führte in die Katastrophe von Stalingrad – einer fünfmonatigen Zermürbungsschlacht im tiefen russischen Winter, die im Februar 1943 mit der völligen Vernichtung

der deutschen Sechsten Armee und dem Verlust von 200 000 Mann (und 300 000 ihrer Verbündeten) endete. Unwiderruflich hatte sich 1942 das Kriegsglück gewendet. Es war noch ein weiter Weg, von nun an jedoch waren die Alliierten ihres Sieges sicher. Als sich Roosevelt und Churchill im Januar 1943 zur Konferenz von Casablanca trafen, vereinbarten sie, dass einem Sieg die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte vorausgehen müsse.

Die Landungen der Alliierten in Nordafrika im November 1942 hatten den Weg für die Kapitulation der Achsenmächte an dieser Front

geeignet, die im Mai 1943 erfolgte. Im Juli setzten die Alliierten nach Sizilien über – ein Schritt, der noch im gleichen Monat den Sturz Mussolinis auslöste, herbeigeführt von seiner eigenen faschistischen Führungsriege. Dem folgte im September ein Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten, auf den deutsche Truppen mit der Besetzung eines Großteils des Landes antworteten. So mussten sich die Alliierten den Vorstoß nach Norden mühsam erkämpfen. Es war eine zweite Front – allerdings nicht die, die Stalin sich gewünscht hatte. Auch der Bombenkrieg gegen deutsche

Städte und Industrieanlagen, der 1943 an Zerstörungskraft zunahm, war nicht diese Front. Die britische Politik der »Flächenbombardements«, eine Idee von Arthur Harris, Luftmarschall der Royal Air Force, der die Deutschen demoralisieren und so den Krieg gewinnen wollte, hatte im Jahr zuvor begonnen. Im Mai 1942 wurde Köln durch einen massiven Luftangriff zerstört; weitere Städte in Nord- und Westdeutschland wurden angegriffen. Keiner dieser Angriffe jedoch kam in seiner Zerstörungskraft der Verwüstung von Hamburg gleich; durch die Luftangriffe Ende Juli 1943 wurden mindestens

34 000 Zivilisten getötet – eine Zahl, die mehr als der Hälfte aller britischen Opfer der Luftangriffe während des gesamten Krieges entspricht. Und auch das war noch nicht der Höhepunkt des Bombenkriegs, der im letzten Kriegsjahr nochmals enorm gesteigert wurde, als die Alliierten praktisch totale Lufthoheit über Deutschland hatten.

Die letzte deutsche Großoffensive an der Ostfront hatte sich im Juli 1943 nach etwas mehr als einer Woche festgefahren. Der Ausgang der gigantischen Panzerschlacht bei Kursk – insgesamt waren über

5000 Panzer beteiligt – zwang dazu, das »Unternehmen Zitadelle« abzublasen. Die enormen sowjetischen Verluste übertrafen die der Deutschen bei weitem, doch wurden deutsche Truppen in Süditalien gebraucht, um nach der alliierten Landung in Sizilien die Verteidigungslinien dort zu verstärken. Mit dem Scheitern des »Unternehmens Zitadelle« ging die Initiative endgültig an die Sowjets über. Der Juli 1943 war ein für Deutschland katastrophaler Monat. Zwar zeigten sich die deutschen Truppen außerordentlich widerstandsfähig, es kam auch nicht

zum Zusammenbruch, doch die deutsche Strategie lief von nun an allein darauf hinaus, ein sich hinziehendes zähes Rückzugsgefecht gegen enorm überlegene alliierte Streitkräfte zu führen und darauf zu hoffen, dass die »Große Allianz« der kapitalistischen Länder Großbritannien und Amerika mit der kommunistischen Sowjetunion zerfallen würde. Das Ressourcengefälle zwischen den Deutschen und den Alliierten vergrößerte sich unerbittlich, und das Menetekel erschien an der Wand. Das Blatt hatte sich gewendet, das Zeichen dafür war die Rückeroberung

Kiew durch die Sowjets im November. Im gleichen Monat, während der Konferenz von Teheran, einigten sich die Alliierten darauf, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten im folgenden Jahr mit einer Landeoperation das von Deutschland besetzte Westeuropa angreifen würden.

Mit der erfolgreichen Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 (dem D-Day) und der zerstörerischen Operation »Bagration«, dem Durchbruch der Roten Armee zwei Wochen darauf, begann die dritte und letzte Phase des Krieges in Europa, die mit der

deutschen Kapitulation endete – die blutigste der drei Phasen. Ein Viertel aller europäischen Kriegstoten, die gleiche Zahl wie die aller Gefallenen im Ersten Weltkrieg, war in diesen Monaten zu verzeichnen. Die Mehrzahl der britischen und amerikanischen Kriegstoten, ein hoher Anteil der sowjetischen Toten, die Hälfte aller deutschen Gefallenen im gesamten Krieg und die meisten zivilen Todesopfer entfielen auf die letzten elf Monate des Krieges. Viele Tote in der Zivilbevölkerung waren Opfer der alliierten Luftangriffe, die, in den letzten Kriegsmonaten zu einem Crescendo der Vernichtung

gesteigert, deutsche Städte in Schutt und Asche legten. Der Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945, der die Innenstadt dem Erdboden gleichmachte und 25 000 mehrheitlich zivile Todesopfer forderte, stand symbolisch für den Terror aus der Luft, mit dem deutsche Städte überzogen wurden, nachdem die Luftverteidigung zusammengebrochen war. Allein im März 1945 warfen britische Flugzeuge mehr Bomben ab als in den ersten drei Kriegsjahren zusammen.

Die deutschen Verluste im Osten während und nach der Operation »Bagration« stellten die von

Stalingrad ebenso wie die in allen anderen Schlachten weit in den Schatten; sie waren nicht mehr auszugleichen. Doch Deutschland kämpfte weiter, bis zum absoluten Ende. Die Angst vor einer sowjetischen Eroberung (die durch das Wissen um die Gräueltaten genährt wurde, die deutsche Soldaten auf sowjetischem Boden verübt hatten); die intensiviertete Repression gegen jeglichen Widerstand im Inneren; die umfassende Kontrolle durch das NS-Regime und seine Behörden; die Unmöglichkeit, nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 weiteren Widerstand zu

organisieren; die Einsicht aufseiten der NS-Granden, dass sie mit Hitler standen oder fielen; der im Militär und bei zivilen Entscheidungsträgern anhaltende Glaube an den Diktator – alles das trug zum sinnlosen Weiterkämpfen und Durchhalten bei, als längst alles für die Kapitulation sprach.

Die aber war nun nur noch eine Frage der Zeit. Als im September 1944 die Ostfront zusammenbrach, wandten sich Finnland, Rumänien und Bulgarien gegen Deutschland. Rumänien und Bulgarien wurden von den Sowjets besetzt. Polen, dessen Hauptstadt Warschau nach dem

Aufstand vom August 1944 von den Deutschen in ein Trümmerfeld verwandelt worden war, fiel Ende Januar 1945 den Sowjets in die Hände. Im März 1945 besetzten die Sowjets nach längeren Kämpfen auch Ungarn. Inzwischen hatten die Westalliierten bereits den Übergang über den Rhein erzwungen, stießen von dort aus nach Norddeutschland vor, nahmen das wichtige Ruhrgebiet ein und rückten unaufhaltsam nach Süddeutschland vor. Auch die sowjetische Dampfwalze im Osten war nicht mehr aufzuhalten, sie rollte zur Ostseeküste und zur Oder, bereit für den finalen Sturm auf Berlin. Der

begann am 16. April 1945. Der sowjetische Vormarsch auf deutsches Territorium, dann die Eroberung der Reichshauptstadt waren von fürchterlichen Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung begleitet, wobei die Vergewaltigungen zahlloser Frauen eines der hervorstechendsten Merkmale der brutalen Rache für die unsäglichen Grausamkeiten war, die deutsche Besatzer auf sowjetischem Gebiet begangen hatten.

Am 25. April trafen die großen, von Osten und Westen in Deutschland vorstoßenden Truppenverbände an der Elbe

zusammen. Sowjetische und amerikanische Soldaten schüttelten einander die Hände. Das Reich war in zwei Hälften geteilt. Am gleichen Tag hatte die Rote Armee Berlin eingekesselt; am 2. Mai endete auch die Schlacht um Berlin. Zwei Tage zuvor hatte sich Hitler in seinem Bunker das Leben genommen. Ein kurzes, gleichwohl blutiges Nachspiel folgte, bis sich Großadmiral von Dönitz, von Hitler zu seinem Nachfolger bestimmt, endlich ins Unvermeidliche ergab. Am 8. Mai 1945 wurde vor Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der

Sowjetunion die vollständige deutsche Kapitulation an allen Fronten unterzeichnet. Der schrecklichste aller Kriege der europäischen Geschichte war vorbei. Die Kosten – materielle und an Menschenleben – waren noch zu berechnen. Die politischen und moralischen Folgen prägten die kommenden Jahrzehnte.

Der bodenlose Abgrund der Unmenschlichkeit

Alle Kriege sind unmenschlich, für

moderne Kriege gilt das in besonderem Maß. Die moderne Waffentechnik hat das Töten im Krieg unpersönlich und maßlos gemacht, zunehmend wurde die Zivilbevölkerung in das Gemetzel hineingezogen. Bereits der Erste Weltkrieg hatte diese Merkmale eines modernen Krieges aufgezeigt. Doch so schrecklich dieser Krieg war, er reichte doch nicht an den Zweiten Weltkrieg und den bodenlosen Abgrund der Unmenschlichkeit heran, in den dieser die Menschheit stürzte.

Der beispiellose Absturz hatte seine Vorgeschichte in einem Europa,

das vom Hass zwischen ethnischen Gruppen und gesellschaftlichen Klassen, von paranoidem Antisemitismus und fanatischem Nationalismus zerrissen war. Krieg zu führen aus Hass und dem Bestreben, den Feind nicht nur zu besiegen, sondern auszulöschen, war das Rezept, das zum Zusammenbruch aller grundlegenden Werte und Maßstäbe der Menschlichkeit führte. Das war unter den Soldaten im Osten weithin verbreitet, deutlich seltener geschah dies in Westeuropa. Der totale Krieg war die Zutat, die notwendig war, damit sich diese tödlichen Gegensätze in ein Blutbad

kaum vorstellbaren Ausmaßes verwandelten.

In allen Kriegen entwickelt das Töten auf den Schlachtfeldern seine eigene Dynamik, und in dieser Hinsicht war der Zweite Weltkrieg keine Ausnahme. Die Feldzüge in Westeuropa und Nordafrika verliefen in einigermaßen gewohnten Bahnen. In Osteuropa war das anders. Die Grausamkeit dort, die Härte und pure Verachtung von Menschenleben übersteigen jede Vorstellung. Die Kämpfe dort waren Teil eines Rassenkriegs, der direkt aus der Absicht der nationalsozialistischen Führung Deutschlands folgte,

Eroberung im Stil des Kolonialismus mit rassischer Säuberung zu verbinden.

Diese Kombination führte zur Hölle auf Erden, nicht nur für die kämpfende Truppe, auch für die Zivilbevölkerung, und sie war im Wesentlichen ein Produkt der Ideologie. Denn sie entschied in erster Linie darüber, wer leben sollte und wer nicht. Von Anfang an war das zu beobachten, schon am Terror und den Massakern, mit denen die Zivilbevölkerung in Polen überzogen wurde. Der deutlichste Beweis für diesen Vorrang der Ideologie war das Aussondern der Juden unter den

zahllosen Opfern extremer
Gewaltanwendung, die damit rasch
zum umfassenden Völkermord
wurde.

Gleichwohl ging die Ideologie
auch mit ökonomischen Imperativen
Hand in Hand. Das zeigte sich
zunächst in Deutschland selbst,
nämlich an der »Euthanasie-Aktion«,
die 1939 begann und bei der es in der
Hauptsache um die Beseitigung
»rassisch Degenerierter« ging, einem
Grundsatz der Eugenik folgend.
Schon zuvor hatte Hitler verlauten
lassen, eine solche Aktion müsse
warten, bis der Krieg begonnen habe.
Im Oktober 1939 datierte er die von

ihm unterzeichnete, geheime Anweisung für die »Euthanasie-Aktion« auf den 1. September zurück, ein klares Zeichen, dass er den Beginn des Krieges als passenden Zeitpunkt betrachtete, um einen dermaßen fundamentalen Bruch eines grundlegenden humanitären Prinzips, des Rechts auf Leben, zu wagen. Die »Aktion« wurde, ebenfalls stillschweigend, im August 1941 abgebrochen, nachdem sie bekannt geworden und vom Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen öffentlich verurteilt worden war. Etwa 70 000 Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten waren ihr bis

dahin zum Opfer gefallen. Diese Zahl ging über die hinaus, die die Ärzte für die »Euthanasie-Aktion« empfohlen hatten. Der »Stoppbefehl« vom August 1941 war jedoch keineswegs das Ende der Vernichtung »nutzloser« Geisteskranker und »unwerten Lebens«. Diese Morde wurden fortgesetzt, nun in der Abgeschiedenheit der Konzentrationslager. Die Gesamtzahl der »Euthanasie«-Opfer wird auf über 200 000 geschätzt. Ärzte und Pflegekräfte waren an der bewussten Tötung ihrer Patienten massiv beteiligt. Die Tötung von

Geisteskranken war ideologisch motiviert, sollte aber auch einen wirtschaftlichen Nutzen haben, insofern Kosten eingespart wurden, wenn »lebensunwertes Leben ausgemerzt« wurde. Die einzusparenden Kosten wurden sogar statistisch genau berechnet. »Die Geisteskranken sind eine Last für den Staat«, erklärte der Chef der Anstalt in Hartheim bei Linz in Österreich.

Auch die Schritte, die zum Völkermord an den Juden führten, hatten eine bedeutsame wirtschaftliche Komponente. Als sich herausstellte, dass sich die massenhafte »Säuberung« in den

besetzten Gebieten nicht so schnell durchführen ließ, wie zunächst angenommen, wurden die in Polen errichteten Ghettos zu gewinnträchtigen Unternehmen für die deutschen Besatzer. Daher wehrten sich manche Verwaltungschefs der Ghettos gegen deren Schließung, als Juden später in die Todeslager deportiert werden sollten. Was aber sollte mit arbeitsunfähigen Juden geschehen? Bereits im Juli 1941 regte der Chef des deutschen Sicherheitsdiensts (SD) in Posen – in dem von Deutschland annektierten Teil Westpolens – an, »wenn die Juden nicht mehr sämtlich

ernährt werden können ... ernsthaft zu erwägen, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnell wirkendes Mittel zu erledigen«. Fünf Monate später erklärte Hans Frank, der Chef des deutsch besetzten mittleren Teils Polens, des sogenannten Generalgouvernements, seinen Untergebenen die Dringlichkeit der Vernichtung von 3,5 Millionen Juden in seinem Herrschaftsbereich und sagte bei dieser Gelegenheit: »Die Juden sind für uns außerordentlich schädliche Fresser.« Später, als die Juden zu Millionen ermordet wurden, verband das in einem

anderen Teil Polens, im
oberschlesischen Auschwitz,
gelegene größte Konzentrationslager
Vernichtung mit industriellem Profit.
Zum riesigen Lagerkomplex gehörten
28 Nebenlager – Industrieanlagen,
die von 40 000 zwangsarbeitenden
Häftlingen betrieben wurden und
dem deutschen Staat Gewinne von
insgesamt 30 Millionen Mark
einbrachten. Sobald die Häftlinge
nicht mehr arbeitsfähig waren,
wurden sie in die Gaskammern
geschickt.

Auch in der Weise, in der die
deutsche Führung ihre Eroberungs-
und Besatzungspolitik betrachtete,

wirkten ideologische und wirtschaftliche Gründe eng verflochten zusammen. Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln war oberstes Gebot. Der »Kohlrübenwinter« von 1916/17 hatte nachhaltig dazu beigetragen, die Moral im Ersten Weltkrieg zu brechen; das sollte nicht noch einmal passieren. Ob das übrige Europa verhungerte, war unerheblich. In einer Aktennotiz zu einer Besprechung von Staatssekretären und höheren Wehrmachtsoffizieren am 2. Mai 1941 heißt es: »Hierbei [beim »Unternehmen Barbarossa«]

werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.« Kein Deutscher, so erklärte Göring vor NS-Führern aus besetzten Gebieten, dürfe wegen Hungers zusammenbrechen. So kam es zu Fällen von Kannibalismus unter verzweifelten sowjetischen Kriegsgefangenen, die manchmal so eng zusammengepfercht wurden, dass sie sich kaum bewegen konnten, auch nicht um sich zu erleichtern; täglich starben bis zu 6000 von ihnen. Von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in

deutscher Hand erlitten 3,3 Millionen einen schrecklichen Tod durch Verhungern, durch Krankheiten aufgrund von Unterernährung, durch Erfrieren. Zur gleichen Zeit holte sich Deutschland 20 Prozent seines Getreides, 25 Prozent seiner Fette und fast 30 Prozent seines Fleisches aus dem besetzten Europa.

Später wurden doch erbärmliche Rationen an die sowjetischen Gefangenen ausgegeben, weil den NS-Führern langsam dämmerte, wie absurd es war, Gefangene in den Lagern verhungern zu lassen, wenn zugleich immer mehr Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft gebraucht

wurden. Gleichwohl überlebten die meisten sowjetischen Häftlinge die Kriegsgefangenschaft nicht. Ein offensichtlicher Widerspruch in der Judenpolitik bestand darin, dass man Juden durch halb Europa in den Tod beförderte, während gleichzeitig akuter Arbeitskräftemangel herrschte. In dieser Frage behielt die Ideologie ihr eindeutiges Primat.

Seit Beginn der deutschen Besatzung war Polen ein ideologisches Experimentierfeld. Die westlichen Teile des besetzten Landes – Westpreußen, die Provinz Posen (nach dem Fluss, der die Region durchquert, umbenannt in

»Reichsgau Wartheland« oder kurz »Warthegau«) und Oberschlesien – wurden dem Reich angegliedert, wobei die Gebiete, die vor dem Ersten Weltkrieg zu Preußen gehört hatten, nicht nur wiederhergestellt, sondern beträchtlich erweitert wurden. Diese Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung wurden nun rücksichtslos »germanisiert«. Zentral- und Südpolen, die am dichtesten bevölkerten polnischen Gebiete unter deutscher Besatzung, erhielten den Namen »Generalgouvernement« – umgangssprachlich abschätzig als »Restpolen« bezeichnet – und galten

als Abladeplatz für »rassisch Unerwünschte« aus den annektierten Gebieten. Wie immer gab Hitler den Ton vor. Es stehe, so erklärte er, ein »harter Rassenkampf« bevor, in dem es keine gesetzlichen Einschränkungen geben könne. Dies alles summierte sich zu einer unglaublichen Elends- und Leidensgeschichte für die unterjochte polnische Bevölkerung und machte diese Gebiete für die Untersten der Unteren in dieser Bevölkerung, die Juden, zum Wartezimmer für den - Völkermord.

Verachtung für die Polen war in Deutschland weit verbreitet; sie

seien, wie Hitler Goebbels erklärte, »mehr Tiere als Menschen«, und er war keineswegs der einzige Deutsche, der so dachte. Die deutschen Soldaten in Polen hatten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts einzuwenden gegen das lizenzierte Töten, die gnadenlose Verfolgung, die groß angelegte wirtschaftliche Ausplünderung des Landes, deren Zeuge sie wurden oder an der sie beteiligt waren. Die Polen wurden wie Untermenschen behandelt und waren ohne jeglichen rechtlichen Schutz, ihnen wurden alle Bildungsmöglichkeiten genommen und sie konnten ins Gefängnis

geworfen oder willkürlich erschossen werden – sie waren also letztlich nichts weiter als ein Vorrat an Sklavenarbeitern. Die Lebensmittelzuteilungen, die sie bekamen, lieferten sie fast dem Hungertod aus. Die polnische Kultur, jede Erinnerung an Polens Eigenstaatlichkeit sollten ausgelöscht werden, weshalb die polnischen Intellektuellen, die Übermittler von Kultur und Eigenstaatlichkeit, liquidiert oder in deutsche Konzentrationslager geschickt wurden. Lange bevor es ein Vernichtungslager für Juden wurde, war Auschwitz ein Ort des äußersten

Terrors gegen Polen. In den annektierten Gebieten Westpolens wurden katholische Kirchen geschlossen, viele Geistliche verhaftet oder getötet. Öffentliche Hinrichtungen waren an der Tagesordnung, häufig blieben die Opfer zur Abschreckung tagelang hängen.

Der Widerstand im Untergrund aber wurde nie völlig zerschlagen. Im Gegenteil, er wuchs, trotz der entsetzlichen Repression, trotz drakonischer Unterdrückung, zu einer außerordentlich mutigen illegalen Bewegung, die den Besatzern zunehmend Probleme

bereitete. Auf individuelle Widerstandshandlungen folgte oft kollektive Vergeltung. Eine auf höchst unvollständigen Unterlagen beruhende Schätzung zählt 769 Vergeltungsaktionen, die fast 20 000 Polen das Leben kosteten. Etwa 300 Dörfer wurden während der deutschen Besatzung zerstört. Der Terror nahm im Lauf der Besatzungszeit noch zu, als nämlich das Kriegsglück wechselte, die deutsche Machtstellung im Land prekärer und der Widerstand noch mutiger wurde. »Es gab keinen Augenblick«, so erinnerte sich eine Polin, »in dem wir uns nicht bedroht

fühlten. Jedes Mal, wenn wir das Haus verließen, wussten wir nicht, ob wir uns je wiedersehen würden.« Alle fürchteten die Razzien für die Deportationen nach Deutschland zur Zwangsarbeit. 1943 arbeitete eine Million Polen für die deutsche Kriegswirtschaft. Ihre Angehörigen wussten oft nicht, wo sie sich befanden. Viele sahen ihre Heimat nie wieder.

Die Annahme, die Zwangsumsiedlung von Juden aus den annektierten Gebieten könne schnell vonstattengehen, erwies sich als voreilig. Letztendlich bestand die Absicht, die Juden auch aus dem

Generalgouvernement zu entfernen. Zwischen 1939 und 1941 jedoch wurden sie *in* das Generalgouvernement deportiert, nicht aus ihm heraus. Mitten im tiefen Winter 1939/40 bekamen über 100 000 christliche und jüdische Polen einige Minuten Zeit, ein paar Sachen zu packen, dann wurden sie in ungeheizte Viehwaggons getrieben und im Generalgouvernement abgeladen. Hunderttausende folgten im Jahr 1940. Bis März 1941 waren über 400 000 Menschen deportiert und etwa genauso viele zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt worden. Zur Deportation

weiterer 831 000 Menschen kam es nur deshalb nicht, weil die Vorbereitungen für das »Unternehmen Barbarossa« Vorrang hatten.

Deportationen sollten Platz für die Ansiedlung von »Volksdeutschen« aus dem Baltikum und anderen Gebieten schaffen. Die Juden sollten in ein riesiges Reservat im Distrikt Lublin in Südostpolen gesperrt werden; so zumindest der ursprüngliche Plan. Aber die Deutschen hatten die damit verbundenen logistischen Schwierigkeiten unterschätzt. Hans Frank weigerte sich bald, weitere

Juden im Generalgouvernement aufzunehmen; andere NS-Führer drängten auf Deportation der Juden aus ihren Gebieten, aber niemand wusste, wohin mit ihnen. Zudem befanden sich seit der Besetzung Polens Millionen weitere Juden in deutscher Gewalt, die Suche nach einer Alternative zur Zusammenlegung im Generalgouvernement wurde mithin immer dringender. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich im Jahr 1940 wurde für kurze Zeit die französische Kolonie Madagaskar als Bestimmungsort für die Juden Europas erwogen; auch das erwies

sich bald als nicht durchführbar. Im Verlauf der Planungen für das »Unternehmen Barbarossa« tauchte schließlich noch die Möglichkeit auf, sie in die eisigen Steppen der Sowjetunion zu deportieren.

Polen war, nach nur 20 Jahren Unabhängigkeit, im September 1939 ein weiteres Mal aufgeteilt worden. Östlich der zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbarten Demarkationslinie war die polnische Bevölkerung einer anderen Art des ideologisch determinierten Horrors ausgesetzt; das Ziel hier war Sowjetisierung, nicht Germanisierung. Ostpolen wurde

bald eine soziale Revolution
aufgezwungen, die Landwirtschaft
1940 kollektiviert, die
Landeigentümer gewaltsam
vertrieben. Dazu wurden Banken
verstaatlicht, Sparguthaben
eingezogen, zahlreiche
Industrieanlagen abgebaut und in die
Sowjetunion gebracht. Private und
kirchliche Schulen wurden
geschlossen, der Religions- und
Geschichtsunterricht verboten und
der Katechismus nach Marx und
Engels eingeführt. Der polnische
Nationalismus sollte von Grund auf
eliminiert und jeder ausgeschaltet
werden, von dem man glaubte, er sei

eine Bedrohung für die sowjetischen Interessen. Gefährdet war auch hier vor allem die polnische Elite.

Stalin und andere Mitglieder des Politbüros unterzeichneten persönlich die Anweisung vom 5. März 1940, in Ostpolen über 20 000 Angehörige der polnischen Elite zu töten. Unter den designierten Opfern befanden sich 15 000 polnische Offiziere, die im Mai desselben Jahres verschwanden. Die Leichen von 4000 von ihnen entdeckten Deutsche im April 1943 im Wald bei Katyn nahe Smolensk. Wer sie umgebracht hatte, war lange umstritten; mittlerweile steht fest,

dass sie von der sowjetischen Geheimpolizei, dem NKWD, erschossen wurden. Die übrigen 11 000 werden höchstwahrscheinlich ein ähnliches Schicksal erlitten haben, als Teil der auf Stalins Befehl hingerichteten 21 857 Personen.

Auf die sowjetische Besetzung folgten Verhaftungswellen. Über 100 000 polnische Bürger wurden festgenommen, die meisten zu jahrelanger Zwangsarbeit im Gulag und über 8500 zum Tode verurteilt. Besonders gefährdet waren Polen, die nahe der ehemaligen sowjetischen Grenze wohnten. An manchen Orten wurden dort ansässige Ukrainer und

Weißrussen aufgehetzt, polnisches Eigentum zu plündern oder ihre polnischen Nachbarn gar zu ermorden. Lokale Milizen führten die Gewalttaten an. Polen, die als besonders bedrohlich für die Sowjetunion galten, meist aus reiner Einbildung, wurden zusammengetrieben und deportiert; die Massendeportationen erfolgten mit äußerster Brutalität. Fast 400 000 Polen – nach einigen Schätzungen viel mehr – wurden im Winter in versiegelten, ungeheizten, fensterlosen Zugwaggons bis zu 10 000 Kilometer weit in Konzentrationslager in der Wildnis

von Sibirien oder Kasachstan gebracht. Während der Transporte starben rund 5000 der Deportierten, weitere 11 000 im darauffolgenden Sommer an Hunger und Krankheiten.

Ein NKWD-Mann, der an den Razzien beteiligt war – »verantwortlich für die Deportation von ein oder zwei Dörfern«, wie er berichtet –, gibt einen Einblick in seine Mentalität zu dieser Zeit:

Heute denke ich, es ist wirklich hart, die Kinder wegzuholen, wenn sie so klein sind ... Natürlich wusste ich, das waren unsere Feinde,

Feinde der Sowjetunion, und sie mussten »wiederaufbereitet« werden ... Jetzt bedaure ich das, aber damals war das anders ... Stalin war wie ein Gott für uns alle. Und jedes seiner Worte war das letzte Wort zu jeder Sache. Man konnte noch nicht einmal denken, dass es nicht richtig war. Man hatte keine Zweifel in dieser Zeit. Jede Entscheidung, die getroffen wurde, war korrekt. Das war nicht nur meine Meinung – wir dachten alle so. Wir bauten den Kommunismus auf.

Wir gehorchten Befehlen. Wir glaubten.

Denkt man an die heftige Verfolgung, der sie durch die Deutschen ausgesetzt waren, erstaunt nicht, dass viele Juden die sowjetische Besetzung Ostpolens begrüßten. Auch im Vorkriegspolen hatten sie häufig Diskriminierungen erlebt. Sie glaubten, die Ankunft der Roten Armee bedeute Befreiung, manche hissten zur Begrüßung rote Fahnen. Nicht selten arbeiteten sie für die Verwaltung der sowjetischen Besatzer, und diese Bereitschaft zur Kollaboration trug ihnen viel

Feindseligkeit vonseiten katholischer Polen ein. Als dann nach ihrem Überfall auf die Sowjetunion die Deutschen einmarschierten und im Juni 1941 auch diesen Teil Polens besetzten und in Gefängnissen Ostpolens Tausende Leichen entdeckten, Opfer des NKWD und seiner Gräueltaten, da hatten sie keine Schwierigkeiten, Hass nicht nur gegen die Bolschewiki, sondern auch gegen die Juden aufzupeitschen, die weithin als deren Helfershelfer galten. Dabei hatten die meisten Juden schnell erkannt, was sowjetische Besatzung bedeutete – nämlich keinesfalls Befreiung. Vielen

war ihr Eigentum geraubt worden, zahlreiche Intellektuelle und Akademiker waren verhaftet worden; ein Drittel der von den Sowjets Deportierten waren Juden.

Die Brutalität der Sowjetisierung Ostpolens hatte Parallelen in Estland, Lettland und Litauen nach deren Annexion durch die UdSSR. Die Barbarei der deutschen Besetzung Polens wiederum fand nicht im Entferntesten eine Entsprechung im Verhalten der deutschen Besatzer in Westeuropa.

In Kroatien, einem nach der deutschen Invasion Jugoslawiens im April 1941 neu gegründeten Staat

(der auch Bosnien und die Herzegowina umfasste), fanden die Deutschen andere, die die schmutzige Arbeit für sie erledigten. Das von den Deutschen installierte Regime Ante Pavelićs, des Führers der Ustaša-Faschisten, installierte eine Terrorherrschaft, die sich jeder Beschreibung entzieht. Der Mann war, bevor er an die Macht kam, Führer einer fanatischen Bewegung mit wahrscheinlich nicht mehr als 5000 Anhängern, aber er war wild entschlossen, das Land von allen »Nichtkroaten« zu »säubern« – das war fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung von sechseinhalb

Millionen. Knapp zwei Millionen Serben lebten in Kroatien, und Pavelić wollte das »serbische Problem« lösen, indem er ein Drittel von ihnen zwang, zum Katholizismus überzutreten, ein Drittel vertreiben und ein Drittel umbringen ließ – ein tödlicher Wahnsinn.

Dass Pavelić voll zurechnungsfähig war – angeblich hatte er einen Korb voller Menschengenossen als Andenken auf seinem Schreibtisch stehen –, lässt sich vielleicht bezweifeln. Das gilt aber nicht für den Geisteszustand der meisten seiner Anhänger. Die von seinen Todesschwadronen

begangenen Massaker jedoch waren der Gipfel des Sadismus; ganze Gemeinden von Serben, Juden und Zigeunern fielen ihnen zum Opfer, stets in der Absicht, jeden nichtkroatischen Einfluss zu beseitigen. In einer Kleinstadt bei Zagreb etwa wurden rund 500 serbische Männer, Frauen und Kinder erschossen. Als sich 250 Menschen aus nahe gelegenen Dörfern versammelten und anboten, zum Katholizismus überzutreten, um nicht umgebracht zu werden, wurden sie von sechs Mitgliedern der Ustaša in eine serbisch-orthodoxe Kirche gesperrt und der Reihe nach mit

Keulen erschlagen, die mit Nägeln und Eisenspitzen versehen waren. Bei anderen Mordorgien kam es zu obszönen Demütigungen und Folter. Selbst in einer Region, in der politische Gewalt seit langem endemisch war, hatte es eine solche menschliche Katastrophe bislang nicht gegeben. Bis 1943 gingen etwa 400 000 Morde aufs Konto der Ustaša.

Gewiss konnte die Ustaša, als sie in Kroatien die Macht übernahm, die ethnischen Gegensätze im früheren Jugoslawien ausnutzen. Mit ihrer Barbarei jedoch brachte sie viel mehr, viel tieferen ethnischen Hass hervor, als er vor dem Krieg jemals

geherrscht hatte; für die Deutschen, deren ausdrückliche Unterstützung die Ustaša hatte, war sie kontraproduktiv. (Anders in Rumänien: Die Gewaltorgien der faschistischen und antisemitischen Eisernen Garde brachten die Deutschen dort dazu, den rumänischen Regierungschef General Antonescu in seinen Repressionsmaßnahmen zu unterstützen, denn sie brauchten wegen der Bedeutung des rumänischen Öls stabile Verhältnisse.) Die Gräueltaten der Ustaša erzeugten eine Stimmung, die sich gegen die Achsenmächte richtete

und Josip Broz Titos entstehender kommunistischer Partisanenbewegung zugutekam.

Während Ost- und Südeuropa bereits immer tiefer in unmenschlichen Zuständen versanken, begann mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 ein völlig neues Kapitel. Der Krieg im Osten unterschied sich grundsätzlich von allen vorherigen Feldzügen, auch wenn die unbeschreibliche Brutalität der Deutschen während ihrer Besetzung Polens seit September 1939 einen Vorgeschmack auf den Sturz in die grenzenlose Unmenschlichkeit

gebieten hatte, die den Feldzug gegen die Sowjetunion auszeichnete, gegen den, wie die Nationalsozialisten meinten, Nährboden des »jüdischen Bolschewismus«. Dazu war Hitler unerlässlich, er förderte diese Barbarei, er autorisierte sie, war insofern ihre treibende Kraft und ihr radikaler Sprecher, nicht jedoch ihre primäre Ursache.

Persönlich erklärte er der Wehrmachtsführung, der Krieg in der Sowjetunion solle ein »Vernichtungskrieg« sein. Kommunistische Soldaten seien nicht als ehrenhafte Gegner zu betrachten. Die Wehrmachtsführung war an den

Befehlen zur Liquidierung gefangener sowjetischer Politkommissare ohne Gerichtsverfahren beteiligt, ebenso daran, dass Jagd auf die sowjetische Zivilbevölkerung gemacht werden konnte. Bedenkt man die Aufforderung, gnadenlos gegen einen Feind vorzugehen, der immer wieder als »bestialisch« oder »verbrecherisch« hingestellt wurde, und dies in einem Krieg, den auch die Wehrmachtsführung als Kampf »Rasse gegen Rasse« bezeichnete, dann kann die extreme Barbarei kaum verwundern, die den Krieg gegen die Sowjetunion von Anfang an weithin prägte. Rasch galt dies als typisches

Verhalten deutscher Soldaten, das die sowjetischen Verteidiger zu ebenso brutalen Vergeltungsmaßnahmen einlud, und so entwickelte sich binnen kurzer Zeit auf beiden Seiten eine Spirale grenzenloser Unmenschlichkeit. Vergleichbares gab es während der Feldzüge im Westen nicht, dort erfolgten Invasion und Besetzung so zügig, dass die Zahl der Toten und Verwundeten, auch aufseiten der Besiegten, relativ niedrig war und die Bevölkerung bei weitem nicht so brutal behandelt wurde wie im Osten. Während des Angriffs auf die Sowjetunion wurden von Beginn an ungeheuer viele

Menschenleben vernichtet. Und anders als im Westen, wurden in den Kampfhandlungen auch sehr viele Zivilisten niedergemetzelt.

Der Krieg im Osten war unverhohlener Völkermord. Monate vor Beginn des »Unternehmens Barbarossa« und mit ausdrücklicher Zustimmung Hitlers hatten Heinrich Himmler, der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, sowie Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, die Ansicht vertreten, dass die »Endlösung der Judenfrage« zu erreichen sei, wenn alle in deutscher Gewalt lebenden Juden – geschätzte 5,8 Millionen – in

die zu besetzenden Gebiete der Sowjetunion deportiert würden. Dort würden sie durch Verhungern, Überarbeitung, Krankheiten oder die arktische Kälte umkommen. Da Deutschland den Krieg nicht zu einem schnellen, siegreichen Ende bringen konnte, ließ sich die Politik der Deportation in die Sowjetunion nicht verwirklichen. Die Ermordung sowjetischer Juden war gleichwohl ein Bestandteil des deutschen Eroberungszugs. Kurz vor Beginn der Invasion erhielten vier große »Einsatzgruppen«, gebildet aus Angehörigen der Sicherheitspolizei, den Auftrag, das Heer zu begleiten

und alle »subversiven Elemente« zu eliminieren. Und das hieß: vor allem Juden.

Als die deutsche Armee zu Beginn des »Unternehmens Barbarossa« in die baltischen Länder einfiel, hatte sie keine Schwierigkeiten, unter litauischen, lettischen und estnischen Nationalisten willige Helfer zu finden, die die Deutschen als Befreier vom Joch der Sowjetherrschaft begrüßten. Zehntausende Bürger waren in den Gulag geschickt worden, nachdem die Sowjets 1940 ihre Länder annektiert hatten. Die sowjetische Unterdrückung richtete sich gegen ganze

Bevölkerungsgruppen. Juden waren in der sowjetischen Verwaltung und Polizei prominent vertreten. Und so waren viele Menschen in den baltischen Ländern bereit zu glauben, dass kein Unterschied zwischen Juden und Bolschewiki zu machen sei, dass die Juden für ihre Leiden unter der sowjetischen Besatzung verantwortlich seien.

Problemlos konnten die Deutschen, ihre Kollaborateure und Helfershelfer unter extremen Nationalisten Hass gegen die Juden schüren. Kaum waren deutsche Einheiten in Litauen eingerückt, wenige Tage nach Beginn des

»Unternehmens Barbarossa« am 22. Juni 1941, kam es zu Pogromen, und der Mob ermordete rund 2500 Juden. Litauische Einheiten unterstützten die Einsatzgruppen bei ihren grauenvollen Einsätzen, die in den ersten Monaten der Besatzung im Baltikum selbst nach NS-Maßstäben außerordentlich mörderisch waren. Nicht viel anders war es in Lettland, dort brachten die Deutschen mit lettischer Hilfe bis Ende 1941 fast 70 000 der 80 000 Juden um. In Estland, wo nur wenige Juden lebten, ermordeten lokale Einheiten unter deutschem Befehl alle 963 Personen, derer sie habhaft werden konnten,

dazu, wegen angeblicher Kollaboration mit den Sowjets, etwa 5000 nichtjüdische Esten. Die Einsatzgruppen führten über ihre Morde genau Buch. Ende des Jahres konnte die im Baltikum operierende Einsatzgruppe stolz, mit bürokratischer Genauigkeit, die Zahl von 229 052 getöteten Juden (und etwa 11 000 anderen Opfern) zu Protokoll geben.

Auch weit im Süden, in der Ukraine, wurden Juden in großer Zahl ermordet. Im Unterschied zum Baltikum jedoch wurden auch nichtjüdische Ukrainer von den deutschen Besatzern schonungslos

behandelt, sie galten als »minderwertige« Slawen. Zunächst hatten auch die Ukrainer, wie die Balten, die Deutschen mit offenen Armen, begrüßt. »Wir waren so glücklich, sie zu sehen«, erinnerte sich eine Frau, »sie kamen, um uns vor den Kommunisten zu retten, die uns alles genommen hatten und uns verhungern ließen.« Die schreckliche Hungersnot von 1932 war noch in schmerzlicher Erinnerung; und die harte stalinistische Unterdrückung hatte seitdem nicht nachgelassen. Als die Deutschen einmarschierten, desertierten viele Ukrainer aus der Roten Armee oder tauchten unter, um

nicht eingezogen zu werden. Als sich die Sowjets zurückzogen, um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen, leerte der NKWD die Gefängnisse und ließ Tausende ukrainische Häftlinge erschießen. Zahllose Ukrainer blieben sich selbst überlassen, nachdem die Sowjets, im Zuge ihrer Politik der verbrannten Erde, Viehbestände und Maschinen in Industriebetrieben vernichtet und zerstört hatten. Am 19. September 1941 waren die Deutschen in Kiew eingezogen, einige Tage später wurde die Innenstadt von Explosionen erschüttert: Minen, die die Sowjets vor ihrem Rückzug gelegt hatten,

waren hochgegangen und lösten einen großen Brand aus, der viele Tote forderte und 20 000 Menschen obdachlos machte. Die Ukrainer hatten also gute Gründe für ihren tiefen Hass auf die Sowjets, auch hier war es kein Wunder, wenn die Deutschen als Befreier begrüßt wurden. Nur ausgemachte Idiotie konnte diesen Hass auf die Sowjets in noch größeren Hass auf die Deutschen umwandeln. Die deutschen Eroberer erreichten genau das.

Selbst einige glühende NS-Ideologen plädierten dafür, die Ukrainer zu Verbündeten zu machen

und ihr Land in einen Ring von Satellitenstaaten einzufügen, der die deutsche Herrschaft im Osten auf Dauer sichern solle. Hitler jedoch betrachtete die Ukrainer als »nihilistisch asiatisch«, nicht anders als die »Großrussen«. Die Herrschaft über die Ukraine müsse vollkommen rücksichtslos sein, und sein Vertreter dort, der außergewöhnlich brutale Reichskommissar Erich Koch, setzte Hitlers Vorstellungen in die Tat um. Auch Himmler war der Auffassung, die Ukraine sei für künftige deutsche Ansiedlungen zu »säubern«. Das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung sollte nach dem

»Generalplan Ost« geregelt werden, der für die nächsten 25 Jahre die »Entfernung« von 31 Millionen Menschen, überwiegend Slawen, aus den besetzten Ostgebieten vorsah.

Dieser viel umfangreichere Völkermord konnte nicht durchgeführt werden, weil sich das Kriegsgeschehen gegen Deutschland wandte. Doch schon die Besatzung, die grausame Unterdrückungspolitik der Deutschen, die von ukrainischen, lettischen und litauischen Polizeieinheiten und anderen Kollaborateuren unterstützt wurde, war so gnadenlos, dass sie die gesamte Bevölkerung in Angst und

Schrecken versetzte. Immer wieder sah man Tote auf der Straße liegen, die von den Besatzern willkürlich erschossen worden waren. Opfer öffentlicher Hinrichtungen blieben, wie in Polen, tagelang zur Abschreckung aufgeknüpft hängen. Sabotage wurde mit Hinrichtungen vergolten, die in die Hunderte gingen. Ganze Dörfer wurden niedergebrannt, weil sie angeforderte Lebensmittel nicht geliefert oder angeblich Partisanen unterstützt hatten. »Immer wenn wir einen Trupp von Deutschen sahen, haben wir uns sofort versteckt«, erinnerte sich ein Einwohner von Kiew.

Seit 1942 brauchte Deutschland dringend Arbeitskräfte für seine Kriegswirtschaft, und so ging die Angst um, verhaftet und ins Reich verschleppt zu werden. Die Deportation galt als gleichbedeutend mit einer Todesstrafe. Bis Juni 1943 schwoll die Zahl der Deportierten auf eine Million an, fast jede Familie war betroffen. Die Deportationen und die Brutalität, mit der sie durchgeführt wurden, machten den Partisanen die Rekrutierung neuer Kämpfer leicht. Aus einer Bevölkerung, die die Deutschen zunächst willkommen heißen hatte, war durch die Besatzung ein Volk von Feinden

geworden. Als Feinde sahen die Ukrainer aber auch die Sowjets. Nicht nur mit den Deutschen, auch mit sowjetischen Partisanen standen die ukrainisch-nationalistischen Widerstandskämpfer im Kampf. Was das bedeutete, erzählte ein ukrainischer Partisan später: »Die Deutschen haben uns einfach erschossen, die Bestialitäten der roten Partisanen waren ganz anders ... Sie haben diese asiatische Art« – so drückte er sich aus – »die Leute zu foltern – sie schneiden dir Ohren und Zunge ab. ... Aber klar, auch wir waren ziemlich grausam ... haben keine Gefangenen gemacht und sie

auch nicht, so brachten wir uns gegenseitig um. Das war ganz natürlich.«

Die ukrainischen Juden (etwa 1,5 Millionen, ein Anteil von fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung, in Kiew allerdings rund ein Viertel der Einwohner) hatten im Unterschied zu den Nichtjuden in der Ukraine schon im voraus große Angst vor der deutschen Besatzung. Doch selbst in ihren schlimmsten Alpträumen hätten sie sich nicht vorstellen können, welches Schicksal sie erwartete.

Ein oft gewalttätiger Antisemitismus war in der Ukraine

schon lange vor Ankunft der Deutschen weit verbreitet. Mit Beginn der Besatzung bekamen die ukrainischen Juden zu spüren, dass sie in einer Gesellschaft lebten, in der sie keine Freunde hatten und völlig schutzlos den Mordabsichten der Besatzer ausgeliefert waren. Nur eine kleine Minderheit von Ukrainern half ihren jüdischen Nachbarn. Eine weitaus größere Minderheit war bereit, Juden bei den deutschen Besatzern zu denunzieren oder sich an Massakern zu beteiligen. Die allermeisten sahen zu und verhielten sich passiv. Der Neid auf den Reichtum der Juden, auf ihr

Eigentum und ihre Stellung spielte im ukrainischen Antisemitismus eine große Rolle, ebenso (wie in anderen Teilen des Ostens) die Überzeugung, vor allem Juden hätten an der sowjetischen Unterdrückungspolitik mitgewirkt. So war, als die Rote Armee die Ukraine 1943 zurückeroberte, oft zu hören: »Diese Juden sind wieder da.«

Zu dem Zeitpunkt, als die Deutschen in die Ukraine einfielen, wurden überall im Osten nicht nur jüdische Männer, sondern auch Frauen und Kinder umgebracht. In der Schlucht von Babi Jar am Stadtrand von Kiew starben am 29.

und 30. September 1941 in einem ungeheuerlichen zweitägigen Massaker 33 771 jüdische Männer, Frauen und Kinder in den Salven deutscher Maschinengewehre. Weitere Zehntausende wurden in der Ukraine, in Weißrussland und anderen ehemals sowjetischen Gebieten ermordet, als die deutschen Besatzer im Herbst und Winter weiter vorrückten. Der Völkermord im Osten war in vollem Gange. Er wurde bald zu einem Programm des totalen Völkermords im gesamten deutsch besetzten Europa erweitert.

Im Januar 1942 wurde die Zahl der in der »Endlösung« zu

vernichtenden Juden auf elf Millionen beziffert (wobei die Schätzungen der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen europäischen Ländern manchmal sehr ungenau waren). Eingeschlossen waren hierbei auch die Juden in England, Finnland, Irland, Portugal, Schweden, der Schweiz, Spanien und der Türkei – aus Gebieten, die nicht unter deutscher Kontrolle standen, von denen man aber annahm, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt in die »Endlösung« einbezogen würden. Dieses Ziel ließ sich nicht erreichen. Dennoch waren, als der Kriegsverlauf dem Töten ein Ende setzte, rund 5,5

Millionen Juden ermordet worden.

Angesichts der Ungeheuerlichkeit des Gemetzels unter Zivilisten im Zweiten Weltkrieg sollte es keine Hierarchie der Opfer geben. Ob jemand verhungerte oder an Entkräftung durch Arbeit starb, ob er erschossen oder vergast wurde, ob von Hitlers oder Stalins Schergen, ob die Toten »Kulaken« waren oder Juden, Homosexuelle oder »Zigeuner« (von denen die Deutschen eine halbe Million ermordet haben) – alle diese Opfer waren Menschen mit Angehörigen, mit Menschen, die sie liebten. Niemand von ihnen war durch Unglück oder Zufall Opfer des

Krieges geworden; alle wurden gezielt getötet. Kein Opfer, keine Gruppe sollte in einer Rangfolge höher oder niedriger platziert werden. Dennoch gab es Unterschiede in den Motiven, die hinter dem Morden standen, Unterschiede im grundlegenden Charakter der Mordprogramme. Keine anderen sozialen oder ethnischen Gruppen, nur die Juden waren lange vor Kriegsbeginn von einer Ideologie erfasst und als kosmischer, mit teuflischer Macht ausgestatteter Feind dargestellt worden, der auszurotten sei. Nur Juden waren sorgfältig für die totale

Vernichtung durch die Maschinerie einer akribischen Bürokratie ausgesucht worden. Kein anderes Volk – auch Sinti und Roma nicht (die abschätzig »Zigeuner« genannt wurden) – hatte das Schicksal, so erbarmungslos, nach einem systematischen Programm ausgelöscht zu werden, nicht nur durch Massenerschießungen, sondern zunehmend durch ein industrielles System der Massenvernichtung.

Im gesamten Katalog von Zerstörung, Verwüstung und Elend, die den Zweiten Weltkrieg ausmachten, bezeichnet der Mord an den europäischen Juden den tiefsten

Punkt des Abstiegs der Menschheit in den Abgrund der Unmenschlichkeit. Die Flammen der Krematorien in den Todeslagern waren buchstäblich die physische Manifestation der Hölle auf Erden.

Im Herbst 1941 begannen die unter einem weit gefassten Mandat aus Berlin operierenden regionalen NS-Führer, die Juden in voneinander unabhängigen Mordaktionen in verschiedenen Regionen Osteuropas umbringen zu lassen, angespornt durch Hitlers Bestreben, die radikalste »Lösung« der »Judenfrage« herbeizuführen. Die Aktionen in Osteuropa

beschleunigten die Entwicklung hin zum totalen Völkermord. Dieser nahm im Herbst Fahrt auf, als der Plan aufgegeben werden musste, die Juden in russische Territorien, in denen der Völkermord bereits wütete, zu deportieren, weil sich der erwartete schnelle Sieg in der Sowjetunion nicht einstellte. Der Druck stieg, weil die NS-Führer seit Monaten das Ziel verfolgten, ihre jeweiligen Provinzen für »judenfrei« erklären zu können, darum musste ein anderer Weg gefunden werden für die »Endlösung der Judenfrage«.

Anfang 1942 entwickelte sich ein Programm der Massendeportationen

zu Mordstätten in Polen. Statt der bis dahin üblichen Massenerschießungen wurden nun mobile und stationäre Gaskammern als Tötungsmethode eingesetzt. Die Gaswagen, die im Dezember 1941 im westpolnischen Chelmno zum Einsatz kamen, ähnelten Möbelwagen, waren aber so umgebaut, dass sich Kohlenmonoxid in den luftdicht verschlossenen Laderaum leiten ließ. Als ihr Betrieb eingestellt wurde, waren mit diesen Wagen etwa 150 000 Juden umgebracht worden. Im März und April 1942 wurden polnische Juden in den stationären Gaskammern von Belzec und Sobibor, in Ostpolen, in

den Tod geschickt. Im Juni folgte Treblinka bei Warschau, das letzte der drei Vernichtungslager, die im Sommer 1942 im Rahmen der »Aktion Reinhard« in Betrieb waren, mit der alle polnischen Juden ausgelöscht werden sollten.

Für Zwangsarbeit waren diese Lager nicht vorgesehen. Auch »Lager« ist in diesem Zusammenhang eine missverständliche Bezeichnung, denn dort gab es keine fest untergebrachten Häftlinge, nur Wachpersonal und einige Gefangene, die zeitweise als »Sonderkommandos« zurückgehalten wurden; sie hatten die schauerliche

Arbeit mit den Leichen in Gaskammern und Krematorien zu verrichten. Die »Lager« der »Aktion Reinhard« dienten nur einem Zweck: die Juden zu töten, die dorthin geschickt wurden. Nur wenige überlebten dort die ersten Stunden nach ihrer Ankunft. Die meisten der ungefähr 2,7 Millionen Juden, die 1942 ermordet wurden – etwa die Hälfte all derer, die im Krieg ihr Leben verloren –, starben in den »Reinhard«-Lagern. Bis zur ihrer Schließung im Herbst 1943 wurden dort rund 1,75 Millionen Juden getötet, vor allem aus Polen.

In den Jahren 1943/44 war das

eigentliche Mordzentrum Auschwitz. Im Unterschied zu den Lagern der »Aktion Reinhard« wurden die Juden nach Auschwitz gebracht, um Zwangsarbeit zu verrichten, nicht nur um zu sterben. Und im Unterschied zu den »Reinhard«-Lagern kam die große Mehrheit der seit 1942 nach Auschwitz geschickten Juden nicht aus Polen. Auschwitz war bereits ein riesiges Konzentrations- und Arbeitslager – anfangs für polnische Häftlinge –, als im März 1942 die Deportationen von Juden aus ganz Europa begannen, zunächst aus der Slowakei und Frankreich, dann aus Belgien, den

Niederlanden und bald auch aus anderen Ländern.

Die Deportierten wurden zumeist nach Birkenau geschickt, in das etwa drei Kilometer vom Stammlager in Auschwitz entfernte, jedoch viel größere Nebenlager. Ab Mai 1942 wurden die arbeitsunfähigen von den für die Arbeit tauglichen Juden getrennt und direkt in die Gaskammern geschickt, deren Tötungskapazität 1943 mit dem Bau neuer Krematorien enorm erweitert wurde. (Etwa 5000 Leichen pro Tag konnten dort verbrannt werden.) Zu diesem Zeitpunkt hatte das Völkermordprogramm seine

Fangarme bis in die entferntesten Winkel des nationalsozialistisch besetzten Europas ausgestreckt. Selbst vom westlichen Außenposten der Kanalinseln, den einzigen Besitzungen der britischen Krone, die unter deutsche Herrschaft gefallen waren, wurden drei jüdische Frauen (zwei aus Österreich, eine aus Polen) deportiert, erst nach Frankreich, dann weiter nach Auschwitz. Ihr späteres Schicksal ist unbekannt, aber keine hat den Krieg überlebt.

Die umfangreichsten Deportationen nach Auschwitz waren die letzten: die der ungarischen Juden im Frühjahr und Sommer 1944,

die auf die deutsche Besetzung Ungarns folgten. Die Deutschen brauchten die Arbeitskraft und den Reichtum der ungarischen Juden. Doch die wirtschaftlichen Beweggründe waren mit dem ideologischen Auftrag der Vernichtung verbunden. Hitler sagte vor seinen Militärführern im Mai 1944, der ganze ungarische Staat sei »zersetzt und zerfressen, überall Juden und wieder Juden ... der ganze Staat von einem ... lückenlosen Netz von Agenten und Spionen überzogen«. Ihre Vernichtung sei von größter Bedeutung für den deutschen Sieg. Die militärischen Befehlshaber

reagierten mit stürmischem Applaus, als er erklärte, er habe eingegriffen, »und auch dieses Problem wird nun gelöst werden«, nur um eines gehe es, »um die Erhaltung unserer Rasse«. Was diesem Prinzip diene, sei richtig. Also auch die Massendeportation der ungarischen Juden nach Auschwitz. Bis Juli 1944 kamen 437 402 von ihnen in den Gaskammern ums Leben.

Ungefähr 1,1 Millionen Menschen wurden in Auschwitz ermordet – etwa eine Million von ihnen waren Juden, 70 000 polnische politische Häftlinge, über 20 000 Sinti und Roma, 10 000 sowjetische

Kriegsgefangene, dazu einige Hundert Zeugen Jehovas und Homosexuelle. Im Januar 1945 wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit. Schon im Juli 1944 hatten selbst abgehärtete sowjetische Soldaten entsetzt reagiert, als sie auf das auch als Vernichtungslager genutzte KZ Lublin-Majdanek trafen, unter dessen geschätzten 200 000 Opfern sich etwa 80 000 Juden befanden. Was sie in Auschwitz entdeckten, war noch schlimmer. Aber selbst jetzt war die Qual der Juden noch nicht vorbei. Ungefähr eine Viertelmillion Häftlinge, überwiegend Juden,

starben in den letzten Kriegsmonaten auf Todesmärschen, als angesichts des näher rückenden Feinds die verbliebenen Lager aufgelöst wurden, zunächst in Polen, zuletzt auch in Deutschland selbst.

Jede und jeder, die nach Auschwitz oder in ein anderes Todeslager kamen, hatte einmal einen Namen. Die Bürokratie des Massenmords machte Zahlen aus allen. Für die Mörder waren die Opfer anonym. Es war eine sehr moderne Art des Tötens. Primo Levi, ein italienisch-jüdischer Chemiker, der von einer faschistischen Miliz aufgegriffen wurde und im Februar

1944 ins Arbeitslager Auschwitz-Monowitz kam, erinnert daran, was es hieß, seiner Identität beraubt zu sein. Es geht um

dies Vernichten eines Menschen ... Wir sind in der Tiefe angekommen. Noch tiefer geht es nicht; ein noch erbärmlicheres

Menschendasein gibt es nicht, ist nicht mehr denkbar. Nichts ist mehr unser: Man hat uns die Kleidung, die Schuhe und selbst die Haare genommen; werden wir reden, so wird man uns nicht anhören ...

Auch den Namen wird man
uns nehmen.

So geschah es, bald hatte er zu lernen,
dass er Häftling Nr. 174 517 war, die
Nummer, die auf seinen rechten Arm
tätowiert wurde. »Dies ist die Hölle.
Heute, in unserer Zeit muß so die
Hölle beschaffen sein.«

Einige jedoch bewahrten sich eine
Identität jenseits der Konzen-
trationslagernummer, behielten ihre
Würde, noch als sie zu den
Gaskammern geführt wurden. Von
Chaim Hermann ist ein
beeindruckender letzter Brief an seine
Frau und Tochter überliefert, in der

Tat eine Stimme aus den Gaskammern: Er wurde im Februar 1945 unter menschlicher Asche neben einem Krematorium in Auschwitz gefunden. Zum Leben im Lager schrieb er, das sei »eine völlig andere Welt, die reine Hölle, wenn man so will. Dantes Inferno ist geradezu lächerlich, verglichen mit der wirklichen hier.« Er versichert seiner Familie, »dass ich innerlich ruhig und vielleicht auch tapfer von dieser Welt scheide (Letzteres wird von den Umständen abhängen)«. Eine stoische Haltung, zu der nicht alle fanden. Ein auf Tschechisch geschriebenes Gedicht, das den Tod seines Autors in

Auschwitz überlebte, gibt die tiefe Wut auf die Verantwortlichen dieses Horrors wieder, die innere Rebellion gegen Erniedrigung und Tod, das gewiss von vielen Opfern geteilte Gefühl, dass der Tag der Abrechnung kommen wird:

Wir werden immer mehr. Und
immer schneller
quell'n unsre Leiber, wachsen
unentwegt,
bläh'n Eure Felder, füllen Eure
Keller,
bis unsre Last durch Eure Erde
schlägt.

Dann steigen wir in düstern
Reihen hinan,
Schädel an Schädel, Bein an
Bein,
und allen Völkern schreien
wir ins Gesicht:
Wir, die Toten, klagen an.

Die vielen Bedeutungen der Hölle auf Erden

Für den anonymen tschechischen
Dichter und zahllose andere war es
schwierig, im Abschlachten so vieler
unschuldiger Opfer irgendeinen Sinn

zu finden. Viele Juden fragten nach Gott: Wo war er während des grenzenlosen Leidens und Sterbens? Wenn es einen Gott gab, warum erlaubte er einen solchen Horror? Auch Christen, die in vielen Teilen Europas unvorstellbarem Elend ausgesetzt waren, stellten häufig diese Frage. Andere dagegen hielten an ihrem Glauben fest. Er war alles, so schien es oft, was ihnen geblieben war. Ob die vielen Hunderttausend Sinti und Roma, die zu Opfern wurden, Beistand im Glauben finden konnten oder angesichts ihrer Verfolgung und Ermordung nicht allein Hoffnungslosigkeit und

Sinnlosigkeit empfanden, lässt sich kaum herausfinden. Sie hatten keine Dichter in ihrer Mitte; die meisten konnten weder lesen noch schreiben, sie hinterließen der Nachwelt keine Mitteilungen über ihr Leiden – zahllose Menschenleben wurden gezielt ausgelöscht, Menschen, die über Erinnerung und mündliche Tradition hinaus kaum Spuren hinterließen.

Zu der Bedeutung, die die deutsche Führung, die das Heer ihrer Untergebenen in Militär, Polizei und Verwaltung, das die Rassenpolitik umzusetzen suchte, diesem Krieg gaben, gehörten ganz wesentlich

Völkermord und »rassische Säuberung« in ungeheuerlichem Umfang. Den Millionen ihrer Opfer blieb zumeist nicht mehr als blankes Unverständnis. Angesichts ihrer Leiden wären düsterster Pessimismus, Zweifel an der Menschheit eine ganz natürliche Reaktion gewesen, und so war es auch oft. Umso erstaunlicher, dass es noch etwas gab, das über Nihilismus hinausging. Selbst in Auschwitz wurde Beethovens »Ode an die Freude« gesungen. Sogar in dieser von Menschen gemachten Hölle gab es noch Menschlichkeit, ein Empfinden von etwas

Transzendente, das, wenn nicht die Religion, so doch die Musik hervorrufen konnte.

Die Menschen fanden einen Sinn für sich oder kamen zu dem Schluss, dass es keinen gibt. Lässt sich überhaupt davon sprechen, dass dieser Krieg einen Sinn gehabt habe für die Millionen, die in diesem titanischen Konflikt lebten, kämpften, starben? Was haben sie aus dem Strudel der Ereignisse gemacht, der durch ihr Leben toste, oft hoch traumatischer Ereignisse, die sie für immer veränderten? Natürlich erlebte jeder Einzelne den Krieg auf ganz eigene Weise. Und dieser hatte viele

Bedeutungen, häufig auch gar keine. Es waren die Umstände, sehr unterschiedliche Umstände, die Erlebnisse und Erfahrungen diktierten, sowie manchmal auch ein Gefühl dafür, welchen Sinn dieser Krieg haben mochte. Die Erfahrungen waren nicht nur individuell. Viele wurden geteilt, waren gemeinsame Erfahrungen, häufig vom Zufall der Nationalität bestimmt, andere reichten über Nationalität und Nationales hinaus, selbst dann, wenn sie national bedingt waren und durch eine nationale Brille wahrgenommen wurden.

Millionen Menschen dienten an

ganz verschiedenen Fronten, zur See oder in der Luft, manche bei den Besatzungstruppen, andere im schattenhaften Guerillakrieg des nationalen Widerstands. In großer Zahl taten Frauen Dienst bei der Armee, zu Hunderttausenden verrichteten sie wichtige Hilfsdienste, spielten eine bedeutende Rolle in Widerstandsbewegungen, kämpften in der Roten Armee und bei den jugoslawischen Partisanen auch an der Front. Die Zivilbevölkerung, die wie nie zuvor in die Falle des Krieges geraten war, lebte in permanenter Angst um ihre Angehörigen an der

Front. Im überwiegenden Teil Europas mussten sich die Menschen an feindliche Besatzungen anpassen, hatten unter schweren materiellen Entbehrungen zu leiden, mussten Bombenterror und das Trauma der Zwangsräumung ihrer Wohnung verkraften.

Die Art der Besatzung prägte die jeweiligen Kriegserfahrungen entscheidend. Das makaber-absurde Ausmaß der Unmenschlichkeit in Osteuropa hatte keine direkte Parallele im Westen. Doch auch dort hatten die Besatzungsjahre, so unterschiedlich sie von Land zu Land waren, einschneidende

Auswirkungen auf die Mentalitäten. Überall war das Leben unsicherer, als es zuvor gewesen war. Für Millionen ging es in diesem Krieg eigentlich nur noch ums Überleben. Insbesondere für die zahllosen Frontsoldaten aller Nationalitäten wird es in erster Linie darum gegangen sein.

Kampftruppen

In Momenten höchster Gefahr dachten Soldaten, ob im Heer, bei der Marine oder Luftwaffe, wohl vor allem ans Überleben. In der Hitze des Gefechts war kein Platz für

Reflexion. Wenn das Feuer begann, herrschten Angst und Beklemmung. Gedanken an die Lieben zu Hause, an die Aufgabe, sie zu schützen, am Leben zu bleiben, um sie wiederzusehen, waren starke motivierende Faktoren, ebenso das Bedürfnis, Rache für das zu nehmen, was der Feind den Angehörigen angetan hatte. Eine weitere treibende Kraft neben dem Kampf ums eigene Überleben war das Gefühl der Verbundenheit mit den Kameraden. Wenn aber das Sterben, die Verluste an Menschenleben Dimensionen erreichten wie an der Ostfront, wenn wiederholt große Truppenverbände

völlig aufgerieben und daraufhin wieder neu zusammengestellt wurden, konnte die »Gruppenloyalität« nicht die Bedeutung haben, die sie beispielsweise für die *pals battalions* hatte, die »Kumpelbataillone«, die aus britischen Industriegebieten in den Ersten Weltkrieg gezogen waren. Doch selbst dann war das eigene Überleben in hohem Maß vom Verhalten der Kameraden abhängig. Der Kampf ums eigene Überleben musste auch ein Kampf ums Überleben derjenigen sein, die neben einem kämpften. Auch die Angst vor den Konsequenzen, die drohten,

wenn man *nicht* kämpfte, hat wohl eine Rolle gespielt. Vor allem sowjetische und deutsche Soldaten konnten von ihren eigenen Leuten keine Gnade erwarten, wenn sie sich weigerten zu kämpfen oder desertierten.

Abseits des Schlachtfelds und der Hitze des Gefechts gaben Soldaten, selbst solche, die nicht sehr reflektiert waren, oft zumindest Hinweise, etwa in Heimatbriefen, manche auch in Tagebüchern, aus denen hervorgeht, wofür sie über ihr persönliches Überleben hinaus zu kämpfen meinten. Geprägt durch Ausbildung, Erziehung, Herkunft

und lang eingepflichtete, mit anderen geteilte kulturelle Werte, überlagerte ein unterschwelliges Gefühl von Sinn und Bedeutung die unmittelbar persönlichen Gründe für das Kämpfen.

Als sie im Juni 1941 über die sowjetischen Grenzen strömten, bestimmte zweifellos der Glaube, an einem Kreuzzug zur Verteidigung Deutschlands gegen die dunkle Bedrohung durch den Bolschewismus teilzunehmen, das Handeln der meisten Wehrmachtsoldaten. Das wird ihnen auch eine irgendwie einleuchtende Rechtfertigung für die darauf folgende barbarische

Kriegführung gegen die Rote Armee wie gegen die Zivilbevölkerung und auch für die Massaker an den Juden gegeben haben. Als er sowjetischen Boden betrat, schrieb ein gebildeter deutscher Soldat an seine Freundin zu Hause, man habe ihn dorthin geschickt, »wo Europa schon zuende war«. Die Deutschen, so überlegte er, seien dort, um die kultivierte christliche Welt des Westens gegen den abstoßenden atheistischen Vandalismus der Bolschewisten zu verteidigen. Dieser Soldat war kein ideologischer Antisemit, aber durchdrungen von der NS-Propaganda über den »jüdischen

Bolschewismus«. Er machte keinen Hehl aus seinem Abscheu vor der jüdischen Bevölkerung in einigen Dörfern, durch die seine Einheit marschierte. Ein anderer, ein deutscher Polizeireservist, im Zivilleben ein kleiner Geschäftsmann, schrieb im August 1941 an seine Frau über die Erschießung von 150 Juden, Männern, Frauen und Kindern: »Die Juden werden gänzlich ausgerottet«, und setzte hinzu: »Liebe H., mache dir keine Gedanken darüber. Es muss sein.« Viele Soldaten sahen den Massenhinrichtungen teilnahmslos zu, manche fotografierten. »Wir haben uns das Schauspiel angesehen

und sind wieder an die Arbeit gegangen«, berichtete einer seiner Frau und fügte die übliche Rechtfertigung hinzu: »Partisanen sind eben Feinde und Lumpen zugleich und müssen verschwinden.« Dieser Gedanke beruhigte das Gewissen, das erst aufgewühlt war, sich dann aber an das anpasste, was verlangt war, wenn als Vergeltung für tatsächliche oder angebliche Partisanenaktivität Hunderte von - Dörfern niedergebrannt und die Bewohner abgeschlachtet (oder verbrannt) wurden, 600 Dörfer allein in Weißrussland.

Natürlich verhielten sich nicht

alle derart unmenschlich. Die mutigen Offiziere, die das Rückgrat des deutschen Widerstands bildeten, der in den Jahren 1943 und 1944 bei mehreren Gelegenheiten versuchte, Hitler umzubringen, waren zu ihrer Verschwörung aufgerüttelt worden, weil sie von den ungeheuren Gräueltaten gegen Juden und andere im Osten wussten. Es waren vor allem unglückliche Umstände, die ihre Bemühungen vereitelten. Aber die Namen von Generalmajor Henning von Tresckow und Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg stehen stellvertretend für viele andere, die von der Unmenschlichkeit

Hitlerdeutschlands angewidert waren.

Auch manche einfachen Soldaten fühlten sich von Anfang an unwohl bei dem, was geschah. Einige sträubten sich aufgrund religiöser Überzeugungen gegen die Barbarei, manche halfen den Juden sogar. Wilm Hosenfeld, ein ehemaliges Mitglied der NSDAP und SA-Mann, der Hitler bewunderte und an Deutschlands gerechte Sache im Krieg geglaubt hatte, war so entsetzt über das, was er als untergeordneter Offizier in Warschau sah und hörte, dass er es, veranlasst durch seinen starken katholischen Glauben, auf

sich nahm, Juden zu helfen, wo er konnte. Einer, dem er zur Rettung verhalf, war der polnisch-jüdische Musiker Władysław Szpilman, dessen Geschichte durch Roman Polanskis Film *Der Pianist* bekannt wurde. In einem Brief an seine Frau vom Juli 1942 berichtete Hosenfeld, dass Juden zu Tausenden ermordet würden, und fragte: »Ist es wirklich so, dass der Teufel Menschengestalt angenommen hat? Ich zweifle nicht daran«, antwortet er sich selbst. »Die Geschichte weiß ähnliches kaum zu berichten ... das ist eine so entsetzliche Blutschuld, daß man vor Scham in den Boden sinken möchte.«

Die Zahl derer, die sich so nobel verhielten, wird auf vielleicht hundert geschätzt. Vielleicht waren es mehr, Menschen, von deren Taten wir nichts wissen. Gleichwohl ist ihre Zahl klein verglichen mit den 18 Millionen, die in der Wehrmacht dienten.

Die meisten Wehrmachtsoldaten akzeptierten mehr oder weniger, was ihnen über den Zweck des Krieges gesagt wurde. Alles deutet darauf hin, dass die ungeschminkte Sichtweise des Generalfeldmarschalls Walter von Reichenau, eines hundertprozentigen Nationalsozialisten und einer von

Hitlers Favoriten unter den Generälen, zumindest in gewissem Umfang bis zu den einfachen Soldaten durchsickerte. In einer Anweisung des Feldmarschalls, dem sogenannten Reichenau-Befehl vom 10. Oktober 1941, heißt es zum »Verhalten der Truppe im Ostraum«:

Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch

entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden.

Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum

volles Verständnis haben.

Wofür deutsche Soldaten zu kämpfen glaubten, war wohl eine diffuse Vorstellung eines künftigen Utopias, einer »neuen Ordnung«, in der die rassische Überlegenheit und die Herrschaft der Deutschen über geschlagene Feinde deutschen Familien und ihren Nachkommen Frieden und Wohlstand garantieren würden. Diese vagen Hoffnungen hatten sich 1944/45 in Luft aufgelöst. Der Krieg aber hatte noch immer einen Sinn. Bis zum Ende wurde er mit äußerster Zähigkeit geführt, und das beruhte in erster Linie auf einem

anderen ideologischen Imperativ:
Nun ging es um die
»Reichsverteidigung« – eine Parole,
die nicht einfach auf ein abstraktes
politisches oder geographisches
Gebilde verwies, sondern auf die
Verteidigung von Familie und
Heimat, von Eigentum und
kulturellen Wurzeln. Und da die
Soldaten wussten, welche Verbrechen
sie und ihre Kameraden begangen
hatten, im Osten zumal, hatte das
Weiterkämpfen auch den Sinn, gegen
die Rote Armee durchzuhalten, koste
es was es wolle, weil deren Sieg
gewiss rachedurstig alles zerstören
würde, was den Soldaten teuer war.

Nicht nur Disziplin, Ausbildung und eine gute Führung, sondern auch die ideologischen Sinnzuschreibungen dieses Krieges halfen, die erstaunlich hohe Kampfmoral in der Wehrmacht praktisch bis zum Ende zu erhalten.

Für Deutschlands militärische Verbündete waren Sinn und Bedeutung des Krieges weit weniger offensichtlich, die Kampfmoral darum auch weit schwerer aufrechtzuerhalten. Rund 690 000 nichtdeutsche Soldaten, in der Mehrzahl Rumänen, waren 1941 am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. An der Offensive, die bei Stalingrad ihr katastrophales Ende

fand, nahmen Rumänen, Ungarn, Kroaten, Slowaken und Italiener teil. Fast 300 000 nichtdeutsche Soldaten der Achsenmächte gerieten während der sowjetischen Gegenoffensive in Gefangenschaft. Für ihren mangelnden Kampfgeist hatte Hitler nur Wut und Verachtung übrig. Tatsächlich blieb dieser Kampfgeist aus verständlichen Gründen weit hinter dem der Deutschen zurück. Hass auf die Sowjetunion war weit verbreitet, der allein aber genügte nicht, dass auch Deutschlands Verbündete einen ähnlich motivierenden Sinn in diesem Krieg sahen wie die Deutschen. Die

Soldaten der verbündeten Nationen hatten keine klaren Vorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft oder einer Regierungsform, für die es sich ihrer Meinung nach zu kämpfen und dabei vielleicht das Leben zu verlieren lohnte. Fahnenflucht war an der Tagesordnung, Kampfmoral so gut wie gar nicht vorhanden und die militärische Führung miserabel. Die rumänischen Offiziere behandelten ihre schlecht ausgerüsteten und unterbesetzten Truppeneinheiten wie Hunde. Kein Wunder, dass viele von ihnen nur unter Zwang kämpften. »Die Rumänen hatten kein wirkliches Ziel vor Augen und wussten nicht,

wofür sie eigentlich kämpften«, so ein ehemaliger Rotarmist, der ihnen gegenübergestanden hatte und Zeuge ihrer schwachen Kampfkraft wurde. Auch die italienischen Soldaten, die am Don eingesetzt waren, fragten sich, was sie dort eigentlich taten: weit weg von zu Hause, unter entsetzlichen Umständen, in einem Krieg, der ihnen wenig bedeutete. Kaum erstaunlich, dass es auch ihnen an Kampfmoral fehlte. Als ein italienischer Feldwebel von einem sowjetischen Dolmetscher gefragt wurde, warum sich sein Bataillon ergeben habe, ohne einen Schuss abzufeuern, antwortete er: »Wir

schossen nicht zurück, weil wir dachten, dies würde ein Fehler sein.«

Die meisten Italiener wollten ohnehin nicht kämpfen, und in ihnen wuchs das Gefühl, Mussolini habe sie in einen Krieg gezogen, der nur den verhassten Deutschen nütze. Ohne eine klare oder durchdringende Ideologie hatte der Krieg nichts, was sie irgend hätte motivieren können. Es war vollkommen vernünftig, dass sie sich lieber ergeben und überleben wollten, als weiter für eine verlorene Sache zu kämpfen. Als ihr Land jedoch besetzt war, im Norden von den Deutschen und im Süden von den Alliierten, da zeigten die Italiener,

dass sie zu einem zähen Kampf bereit waren – gegen die Besatzer und gegeneinander, für ein ideologisches Ziel, das sie selbst, ihre Familien und ihre Heimat direkt betraf: Was für ein Land sollte Italien nach dem Krieg werden, wieder faschistisch oder sozialistisch?

Eine ganz andere Bedeutung hatte der Krieg für die Soldaten der Roten Armee, diesen riesigen multiethnischen Kampfverband. Die meisten von ihnen hatten kaum Schulbildung und stammten aus einfachsten Verhältnissen. Drei Viertel der Infanteristen waren Bauern. Manche jungen Soldaten aus

abgelegenen Dörfern hatten, bis sie zur Armee kamen, kein elektrisches Licht erlebt. Überlegungen über einen tieferen Sinn des Krieges, in dem sie kämpften, werden die meisten von ihnen kaum angestellt haben; viele kämpften schlicht, weil sie mussten, sie hatten keine Wahl, wer sich verweigerte, musste mit dem Tod rechnen. Angst allein hätte jedoch die erstaunliche Kampfkraft und Moral der Rotarmisten vom katastrophalen Anfang von 1941 bis zum vollständigen Sieg vier Jahre später nicht aufrechterhalten können.

Tatsächlich war die Moral in der Roten Armee fast völlig

zusammengebrochen, als die Deutschen auf ihrem Vormarsch im Sommer 1941 unaufhaltsam von Sieg zu Sieg stürmten. Die Zahl der Desertionen war hoch und ebenso die Rate der mörderischen Vergeltung an Fahnenflüchtigen. Aber ein pausenloses Propagandasperrefeuer, endlose Geschichten über das Gemetzel, das die Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten veranstalteten, und zuletzt die Heldengeschichte des Triumphs der Roten Armee vor den Toren Moskaus machte dem Niedergang der Moral ein Ende. Wie die Soldaten der Wehrmacht sahen auch die

Rotarmisten einen Sinn im Krieg, selbst wenn sie ihn nicht artikulieren konnten. Die Rolle zu unterschätzen, die die Ideologie für ihre Motivation spielte, wäre ein Fehler. Aber es war auch nicht unbedingt die offizielle Ideologie des Regimes, die hier wirkte, auch wenn sich diese nun auf Patriotismus einstimme. Als sich Stalin am 19. November 1942, dem Morgen der großen Offensive der Roten Armee am Don, die im Sieg bei Stalingrad kulminieren sollte, an die Soldaten der Roten Armee wandte, tat er es mit patriotischen Worten: »Liebe Generäle und Soldaten, ich spreche zu euch, meine Brüder. Heute

beginnt ihr mit einer Offensive, und euer Handeln wird über das Schicksal eures Landes entscheiden – ob es ein unabhängiges Land bleibt oder zugrunde geht.« Ein Zeuge erinnerte sich an seine Gefühle an diesem Tag: »Diese Worte berührten mich wirklich ... Ich war den Tränen nahe ... Ich fühlte ein Aufwallen, ein spirituelles Aufwallen in mir.«

Doch es war auch nicht nur Patriotismus. Dieser und die marxistisch-leninistische Ideologie verstärkten sich gegenseitig. Die Soldaten waren in der Lehre des Bolschewismus geschult worden. Wer vor Moskau, bei Stalingrad, bei

Kursk kämpfte, kannte nichts anderes. Seit ihrer Kindheit hatten die Soldaten Bilder einer neuen, einer für alle besseren Gesellschaft in sich aufgesogen. Ein Veteran der Roten Armee, der zugab, von Stalin geträumt zu haben »wie von einem Vater«, der geglaubt hatte, »die Stimme Gottes« zu hören, wenn dieser sprach, sagte, dieser Mann habe, trotz aller Unterdrückung, »die Zukunft verkörpert, wir alle glaubten das«. Und jetzt war das künftige Utopia des kommunistischen Mutterlands bitter bedroht; noch konnte es Wirklichkeit werden – aber nur wenn Hitlers Faschisten

vernichtet werden konnten, die über sie kamen wie Hyänen, um die sowjetische Heimat zu verheeren, ihre Bürger ums Leben zu bringen, ihre Städte und Dörfer in Schutt und Asche zu legen. Es war eine mächtige Botschaft, und sie gewann an Macht durch das zusätzliche Ingrediens der Rache, als das Blatt sich gewendet und die Rote Armee die Reichsgrenzen vor Augen hatte. Für die Soldaten der Roten Armee war dieser Krieg ein Verteidigungskrieg, ein gerechter Krieg – er musste geführt und gewonnen werden, wie hoch die menschlichen Kosten sein mochten. Das war eine starke

Motivation. Der Krieg hatte wirklich einen Sinn.

Für die kämpfenden Truppen der westeuropäischen Alliierten ließ sich dieser Krieg nicht auf eine einzige Bedeutung reduzieren. Zu den Alliierten der ersten Stunde, zu Großbritannien, Frankreich und Polen kamen nach Kriegsausbruch rasch die britischen Dominions hinzu. Die britischen und französischen Kolonien stellten sehr viele Soldaten, allein Indien 2,5 Millionen Mann, von denen die meisten im Kampf gegen die Japaner eingesetzt wurden. Das koloniale Nordafrika wiederum lieferte die Grundlage für die

Wiederherstellung der französischen Militärmacht nach 1942. Tschechen, Belgier, Holländer und Norweger waren unter den vielen Europäern, die mit Polen und Franzosen seit den ersten Kriegstagen an der Seite der Briten kämpften. Die Vereinigten Staaten und viele andere Länder traten erst später aufseiten der Alliierten in den Krieg ein; 1942 bildeten 26 Staaten, die sich die »Vereinten Nationen« nannten, eine Allianz gegen die Achsenmächte. Der Krieg musste ganz unterschiedliche Bedeutungen für die Männer und Frauen in einer so disparaten Streitmacht haben, die nicht nur in

Europa im Einsatz war, sondern zur See und in der Luft auch im Fernen Osten kämpft, nachdem die Japaner in den Krieg eingetreten waren. Auch die alliierten Soldaten konnten nicht besser oder genauer als andere zum Ausdruck bringen, wofür sie zu kämpfen glaubten. Ihre Heimatbriefe handelten gewöhnlich von banalen Aspekten des Soldatenlebens, ersparten den Angehörigen zumeist das ganze Leid, die Schmerzen, Ängste und Traumata, mit denen die Soldaten fertigwerden mussten. Kameradschaft war sehr wichtig, alle hatten Sehnsucht nach ihrem Zuhause und ihrer Familie, und zuletzt zählte

schlicht das persönliche Überleben. Doch spürbar werden, zumeist unausgesprochen, auch kulturelle Werte und unterschwellig motivierende Überzeugungen, die die Moral stützten und diesen Krieg zu einem Krieg machten, den zu kämpfen sich lohnte.

Für die Exilpolen und die Freien Franzosen in Großbritannien, ebenso für Bürger anderer europäischer Länder, die sich den alliierten Streitkräften anschlossen, war klar, worum es ging: um die Befreiung ihrer Heimatländer von der deutschen Besatzung. Dennoch sprach General de Gaulle, der Führer

der France libre, des Freien Frankreichs, lange Zeit nicht für die Mehrheit der französischen Bürger. Für sie, ob sie im Land oder im Ausland lebten, hatte der Krieg nicht nur eine einzige Bedeutung. Das galt auch für die Exilpolen, auch sie wollten nicht nur die Befreiung vom deutschen Joch, sondern auch, was ihnen im Verlauf des Krieges immer wichtiger wurde, dass Polen nach dem Krieg nicht unter sowjetische Herrschaft geraten würde, dass nicht bloß eine Form der Knechtschaft gegen eine andere ausgetauscht würde.

19 000 polnische Soldaten und

Flieger waren 1940 unter General Władysław Sikorski, dem Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte und Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, von Frankreich nach Großbritannien evakuiert worden; drei Viertel der auf französischem Boden kämpfenden Polen waren allerdings entweder getötet worden oder in Gefangenschaft geraten. Die polnischen Piloten leisteten anschließend einen unverhältnismäßig großen Beitrag zur Schlacht um England. Weniger bekannt ist, dass polnische Kryptographen mit Briten und

Franzosen zusammenarbeiteten, um den Enigma-Code zu knacken – sie hatten in den 1930er Jahren bereits eine frühere Enigma-Version entschlüsselt; weil das gelang, konnten die Alliierten deutsche Meldungen lesen, was entscheidend für den Sieg in der Atlantikschlacht war.

Nachdem Stalin ab 1942 einige Zehntausend polnische Häftlinge aus dem Gulag freigelassen und wieder diplomatische Beziehungen zu Exilpolen aufgenommen hatte, kämpften etwa 40 000 polnische Soldaten unter General Władysław Anders an der Seite der Briten in

Nordafrika, später zusammen mit den Alliierten in Italien. Anders war in sowjetischer Gefangenschaft schwer gefoltert worden. Kein Wunder, dass er nach seiner Freilassung ein entschiedener Gegner der Sowjets blieb. Die grauenvollen Entdeckungen bei Katyn im April 1943 waren für die Exilpolen die deutlichste Warnung vor den Schrecken nicht nur der deutschen, sondern auch der sowjetischen Besatzung. Mit der Niederschlagung des Warschauer Aufstands im August 1944 zerstoben jedoch auch die Hoffnungen auf ein unabhängiges Polen. Die von Briten und

Amerikanern auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 getroffene Vereinbarung, dass Polen nach dem Krieg mit neuen Grenzen der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen werden sollte, gab den Polen vollends das Gefühl, verraten worden zu sein. Für nichtkommunistische Polen, und das war die weitgehende Mehrheit der Bevölkerung sowohl in Polen selbst als auch im Exil, begann der Krieg mit einer nationalen Katastrophe und endete ebenso.

Charles de Gaulle war vor 1940 ein wenig bekannter Oberst der französischen Armee. Der

Generalsrang wurde ihm während der deutschen Invasion in Belgien verliehen, und bald darauf wurde er zum Staatssekretär für Verteidigung in der französischen Regierung ernannt, im Sommer 1940 dann übernahm er, von den Briten unterstützt, die Führung des exilierten Freien Frankreichs, einer winzigen Streitmacht von rund 2000 Mann und 140 Offizieren. In einer Folge eindringlicher Radioansprachen an das französische Volk über den Londoner Sender der BBC erklärte de Gaulle das Freie Frankreich zum Repräsentanten des wahren Frankreichs. Sich selbst

präsentierte er als Personifizierung des Widerstands, nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen das Regime von Vichy (seit der Niederlage von 1940 die Regierung der nicht besetzten Zone Frankreichs), dem er jede Legitimation absprach. Bis zur Mitte des Krieges hatte er wenig Erfolg. In Frankreich galt er unter dem Einfluss der Vichy-Presse weithin als Verräter.

Die Versenkung der französischen Flotte im algerischen Mers-el-Kébir am 3. Juli 1940 – auf Anweisung Churchills, der verhindern wollte, dass sie den Deutschen in die Hände

fiel – war nicht dazu angetan, der Sache der Alliierten in Frankreich und seinen Kolonien größeren Rückhalt zu verschaffen. Wie die Kolonialbehörden verhielten sich auch die französischen Truppen in den Kolonien – sie waren denen in Frankreich zahlenmäßig weit überlegen – dem Vichy-Regime gegenüber zunächst loyal; im September 1940 schlugen sie eine versuchte Landung des Freien Frankreichs bei Dakar zurück. Nur allmählich, als sich das Kriegsglück gegen Deutschland wandte und Vichy an Popularität verlor, kam aus den Kolonien Unterstützung für das

Freie Frankreich. Gründe dafür, dass es auch nach den alliierten Landungen in Nordafrika im November 1942 noch einige Zeit dauerte, bis eine stabile Opposition gegen Vichy entstand, lagen zum einen in de Gaulles schwieriger Beziehung zu Churchill und Roosevelt, zum anderen in den Führungsquerelen beim Freien Frankreich. Dessen Streitkräfte zählten zu dieser Zeit noch immer nicht mehr als 50 000 Mann, denen 230 000 Mann entgegenstanden, die bis dahin, zumindest nominell, dem Vichy-Regime die Treue hielten. Erst im Sommer 1943, nachdem er sein

Hauptquartier nach Algier verlegt und durch seine Unterstützung der wachsenden Widerstandsbewegung in Frankreich an Ansehen gewonnen hatte, wurde de Gaulle als Oberhaupt einer Regierung in Wartestellung anerkannt. So repräsentierte er mit wachsendem Rückhalt eine Gegenmacht zum Vichy-Regime, das sich ab November 1942, als die Deutschen die vorher nicht besetzte Zone übernahmen, mehr denn je als Marionette der immer verhassteren deutschen Besatzer erwies.

Die britischen Soldaten waren die einzigen unter ihren europäischen Alliierten, die nicht kämpften, um ihr

Land von der Besetzung durch eine ausländische Macht zu befreien. Der Sinn, den der Krieg für sie hatte, das, wofür sie kämpften, war in dieser Hinsicht abstrakter, weniger offensichtlich. Fast alle Soldaten standen hinter Churchill als ihrem Kriegsherren. Doch teilten, von den im Offizierskorps vertretenen Eliten abgesehen, nicht viele Churchills Glauben an den Sinn des Krieges, denn Churchill war überzeugt, dass mit diesem Kampf nicht nur Frieden und Demokratie, sondern auch die Größe des britischen Empire erhalten werden müsse. Viele Soldaten aus den Kolonien hofften genau aufs

Gegenteil, auf Unabhängigkeit ihrer Heimatländer von der Kolonialherrschaft. Auch Soldaten aus Großbritannien selbst, die einige Tausend Kilometer entfernt von ihrer Heimat gegen einen brutalen und schonungslosen japanischen Feind kämpften, hatten wenig Verständnis dafür, dass sie dort waren, um den britischen Imperialismus zu erhalten. Für die meisten zählte einzig, die Dschungelhölle ebenso wie die Sturmangriffe der Japaner und allzu oft auch die unbeschreiblichen Schrecken einer barbarischen Behandlung in der Kriegsgefangenschaft zu überleben.

In ihren Heimatbriefen sprachen nur wenige Soldaten davon, dass sie in diesem Krieg noch einen anderen Sinn sahen, als lebend aus ihm herauszukommen. Einer von ihnen, ein britischer Offizier, ließ, kurz bevor er in Nordafrika getötet wurde, in einem Brief an seine Eltern die vagen Ideale erkennen, die trotz allem wohl weit verbreitet waren. Er sei bereit zu sterben, schrieb er, für die »tief empfundene Sehnsucht aller ›kleinen Leute‹ nach etwas Besserem – einer Welt, die ihrer Kinder würdiger ist«.

Die Vorstellung, dass der Krieg seinen Sinn darin habe, den Weg für

eine bessere Zukunft zu ebnen, war, wenn auch oft unausgesprochen, in den britischen Streitkräften häufig anzutreffen; sie fand auch in der Heimat eine Stimme, als im November 1942 der Bericht des Liberalen William Beveridge veröffentlicht wurde, der den Rahmen für ein Sozialversicherungssystem vorstellte, das allen britischen Bürgern von der Wiege bis zu Bahre sozialstaatliche Leistungen bieten sollte. Der Beveridge-Report wurde unter den Soldaten in Übersee breit diskutiert, ein Zeichen dafür, dass sie den Krieg wohl auch als Tor zu einer neuen

Gesellschaft betrachteten. Die weit verbreitete Vorstellung, dass es im Krieg nicht nur darum ging, über die Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu siegen, sie zu vernichten – was freilich das naheliegende und wichtigste Ziel war –, sondern auch darum, mit der alten Welt zu Hause zu brechen, sobald die Hauptarbeit getan war – diese Vorstellung gab den britischen Soldaten Orientierung, ein Ziel und half, die Kampfmoral aufrechtzuerhalten. Diese Vorstellung fand denn auch in den britischen Wahlen des Jahres 1945 Ausdruck, als der Krieg gegen

Deutschland gewonnen war und der gegen Japan noch wütete: Jetzt bekam der Kriegsheld Churchill eine Abfuhr von Millionen Soldaten, denn für sie repräsentierte er das alte Klassensystem von Privilegien, Vermögen und Rang, das endlich durch eine gerechtere Gesellschaft ersetzt werden sollte. Utopische Hoffnungen ebenso wie der Kampf gegen Hitlerdeutschland gaben den Kriegsanstrengungen der Briten einen Sinn.

Für manche, die in der Armee gedient hatten und mit großen Hoffnungen in den Krieg gezogen waren, hatte dieser jedoch zu

Enttäuschungen geführt – über die Politik, die Aussichten auf eine bessere Zukunft oder die Menschheit überhaupt. Der aus einer Arbeiterfamilie in Lancashire stammende William Woodruff war während der großen Wirtschaftskrise an die Universität Oxford gegangen, ein pazifistischer Sozialist, der sich zur Notwendigkeit des Kampfes gegen den Nationalsozialismus bekehrt hatte, um eine bessere, veränderte Gesellschaft aufzubauen. Doch er kam verändert aus dem Krieg zurück, sein Optimismus war auf dem Schlachtfeld geblieben. »Vor dem Krieg«, schrieb er später, »hatte ich

vom Aufbau einer neuen Zivilisation gesprochen. An seinem Ende wusste ich, wie fragil die Zivilisation ist ... Es hat eine lange Zeit gedauert, bis die Erinnerung an den Tod anderer Männer verblasst ist.« Viele andere aus dem Krieg heimgekehrte Soldaten werden wohl ähnlich gedacht haben.

Heimatfronten

Die Kluft zwischen Schlachtfeld und Heimatfront war im Zweiten Weltkrieg weniger tief als in den Kriegen bisher. Häufig ließen sich beide gar nicht unterscheiden, gingen

mehr oder weniger ineinander über. In Osteuropa löschten das Wüten des Krieges, das abwechselnde Vorstoßen und Zurückweichen der Armeen Hitlers und Stalins sowie die Ausweitung der Partisanenaktivität die Unterschiede zwischen der Kriegs- und der Heimatfront weitgehend aus. In anderen Teilen Europas blieben sie deutlicher. In unterschiedlicher Form hatten aber alle kriegführenden Länder eine Hölle auf Erden zu erdulden, die meisten unter den Knobelbechern der deutschen Besatzer.

Nur den sechs neutralen Ländern – der Schweiz, Schweden,

Spanien, Portugal, der Türkei und Irland (bis 1937 der Irische Freistaat) – gelang es, einigermaßen ungeschoren davonzukommen, so auch den Kleinststaaten Liechtenstein, Andorra und dem Vatikan. Unberührt vom Krieg blieben auch sie nicht. Überall litten die Menschen wegen wirtschaftlicher Einbrüche oder direkter Blockaden unter Entbehrungen, waren durch fehlgeleitete alliierte Bombardements gelegentlichen Luftangriffen ausgesetzt (wie zum Beispiel die Schweizer Städte Schaffhausen, Basel und Zürich), die Tote und Verwundete in der Zivilbevölkerung

zur Folge hatten. Dennoch blieb den neutralen Ländern das Schlimmste erspart. Den Weg der Neutralität fanden sie auf unterschiedliche Weise, ideologische Neigungen spielten nur zum Teil eine Rolle. Zumeist war Neutralität eine Konsequenz strategischer Notwendigkeiten und wirtschaftlicher Vorteile.

Unvermeidlich wurde die zu drei Vierteln deutschsprachige, über die Aussicht einer deutschen Invasion besorgte, zuletzt an allen ihren Grenzen mit den Achsenmächten konfrontierte Schweiz indirekt in den Krieg hineingezogen. Sowohl die

Deutschen als auch später die Alliierten verletzten wiederholt den Schweizer Luftraum. Und beide Parteien nutzten die Schweizer Banken. Weil sie auf Importe von Lebensmitteln und Brennstoffen angewiesen war, konnte die Schweiz ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland nicht kappen, umgekehrt kam der Export von Präzisionsinstrumenten den deutschen Kriegsanstrengungen zugute. Schweizer Banken hielten große Mengen deutsches, zum Teil in den besetzten Ländern geraubtes Gold, das benutzt wurde, um in anderen neutralen Ländern

kriegswichtige Rohstoffe einzukaufen. Und trotz des alliierten Drucks gingen Lieferungen von Kohle, Eisen, Baumaterial, zu Beginn des Krieges auch von Waffen und militärischer Ausrüstung von Deutschland aus durch die Schweiz nach Italien. Auf der anderen Seite war die Schweiz wegen ihrer Nähe zu Deutschland ein Ziel, das sich für Flüchtlinge und entkommene Kriegsgefangene anbot. Wenn auch nicht immer bereitwillig, nahm die Eidgenossenschaft einige Hunderttausend militärische und zivile Flüchtlinge auf, wies viele andere jedoch ab, darunter über ein

Drittel der jüdischen Flüchtlinge, die in der Schweiz Rettung vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten suchten.

Wie im Fall der Schweiz wurde auch die Neutralität Schwedens schwer beeinträchtigt. Die britische Blockade traf den schwedischen Handelsverkehr. Das wiederum trug in der ersten Kriegsphase zu einer beachtlichen Steigerung des Handels mit Deutschland bei – dem ohnehin größten Handelspartner des Landes. Die Einfuhr von hochwertigem Eisenerz aus Schweden war für die deutsche Stahlproduktion von großer Bedeutung. Auch in Schweden

gefertigte Kugellager waren für die deutsche Kriegswirtschaft wichtig (unter Umgehung der Blockade allerdings auch für die Briten). Die in Schweden dringend benötigte Kohle wurde in großen Mengen aus Deutschland importiert. Regelrecht gebrochen wurde die Neutralität, als Schweden den Transport von Truppen und Waffen durch sein Territorium genehmigte, beispielsweise vor dem Angriff auf die Sowjetunion im Jahr 1941 die Beförderung von Truppen nach Finnland. Insgesamt über zwei Millionen deutsche Soldaten wurden zwischen Norwegen und Deutschland

durch Schweden hin- und hertransportiert, Tausende von Güterwagen mit Waffen und militärischer Ausrüstung rollten durch Schweden nach Finnland und Norwegen. Vor allem im späteren Verlauf des Krieges jedoch nahm Schweden auch Tausende von Flüchtlingen auf (darunter aus Dänemark und Norwegen geflohene Juden). Und wie die Schweiz versorgte auch Schweden die Alliierten mit wichtigen nachrichtendienstlichen Informationen.

Die iberischen Länder Spanien und Portugal waren zwar beide

offiziell neutral, doch war ihr Verhalten zu den kriegführenden Mächten sehr unterschiedlich. Das neutrale Portugal, Großbritanniens ältester Verbündeter, bevorzugte die Alliierten vor den Deutschen, vor allem als sich der Krieg unerbittlich gegen Deutschland zu wenden begann. Wichtig war die 1943 zögernd erteilte Genehmigung, Luftwaffenstützpunkte auf den Azoren zu benutzen, denn das ermöglichte den Alliierten, ihre Konvois besser zu schützen, die den Atlantik überquerten. Franco dagegen, der später behauptete, seine kluge Führung habe Spanien aus dem

Krieg herausgehalten, war in Wirklichkeit erpicht darauf gewesen, an der Seite der Achsenmächte in ihn einzutreten. Der geforderte Preis allerdings war zu hoch, denn er erwartete – auf Kosten der Franzosen – nicht nur territoriale Gewinne in Nordafrika, sondern verlangte auch so viel Nahrungsmittel und Waffen, dass Deutschland dem nicht nachgeben konnte. An Francos ideologischer Sympathie für die Achsenmächte änderte das nichts. Deutschland erhielt umfangreiche Rohstofflieferungen, deutsche U-Boote durften in Spanien auftanken,

und fast 20 000 Landsleute Francos kämpften an der Ostfront als Freiwillige für Deutschland. Als dessen Niederlage jedoch zur Gewissheit wurde und die alliierte Blockade dringend benötigter Nahrungsmittel- und anderer Einfuhren die Gemüter bewegte, änderte Franco seine Tonart allmählich und nutzte Spaniens Neutralität im Interesse der Alliierten.

Dass sich die Türkei neutral verhielt, hatte einerseits mit der Angst zu tun, erneut in einen ruinösen Krieg hineingezogen zu werden, andererseits mit ihrer

geographischen Lage, die sie dem sich ausweitenden Mittelmeerkrieg aussetzte. Zu Kriegsbeginn neigte die türkische Regierung eher den Alliierten zu, von denen sie Darlehen und Kredite in Höhe von über 40 Millionen Pfund für den Kauf militärischer Ausrüstung erhalten hatte, ließ sich aber nicht bewegen, in den Krieg einzutreten. Doch wie im Fall des neutralen Spanien war die Haltung der Türkei indirekt hilfreich für die alliierten Kriegsanstrengungen im Mittelmeer und in Nordafrika. Als jedoch die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs 1941 die türkischen

Grenzen erreichte, schloss die Türkei einen Freundschaftsvertrag mit Deutschland – eine notwendige Risikoversicherung, falls Deutschland den Krieg gewinnen sollte. 1943 setzte Deutschland die Türkei schwer unter Druck, um höhere Lieferungen von Chromit zu erzwingen, das für die Kriegswirtschaft benötigt wurde. Trotzdem hielt die Türkei an ihrer Neutralität fest, blieb trotz erneuten Drucks seitens der Alliierten auch dabei, als sich der Kriegsverlauf gegen Deutschland zu wenden begann. Dass die Türkei am 23. Februar 1945 Deutschland schließlich doch noch den Krieg erklärte, blieb

rein symbolisch, denn die Türken vermieden weiterhin jedes Eingreifen in die Kämpfe.

Irlands Neutralität wiederum hatte, trotz der antibritischen Gefühle der irischen Nationalisten, eine heftige Schlagseite zugunsten der Alliierten. Zwar konnte Großbritannien die – erst 1938 an Irland übergebenen – Häfen nicht nutzen, die die Schiffsrouten in die Vereinigten Staaten verkürzt hätten. Aber die Briten konnten Schiffe in irischen Werften reparieren lassen und den irischen Luftraum für ihre Küstenpatrouillen benutzen. In Irland notgelandete
alliierte

Flugzeugbesatzungen wurden zurückgeschickt, Deutsche dagegen interniert. Außerdem arbeiteten die irische und britische Regierung eng zusammen bei der Verteidigung der irischen Insel, die in beider Interesse lag. Schließlich hatten, was immer als offizielle Position vertreten wurde, viele irische Familien enge verwandtschaftliche Bande nach Großbritannien. Trotz Neutralität dienten etwa 42 000 irische - Freiwillige in britischer Uniform im Krieg (von denen mehrere Tausend ihr Leben verloren), und rund 200 000 Iren überquerten die Irische See, um in der britischen

Kriegswirtschaft zu arbeiten. Zuletzt trieb Irlands Neutralität seltsame Blüten: Gut 14 Tage, nachdem er den Vereinigten Staaten zum Tode Präsident Roosevelts das Beileid der Iren ausgesprochen hatte, schloss sich Éamon de Valera, irischer Ministerpräsident (*Taoiseach*) und Veteran des Unabhängigkeitskampfes, einer sehr kleinen Gruppe von Leuten an, die Deutschland ihre förmliche Anteilnahme am Tod Hitlers bekundete.

Im Vergleich aller kriegführenden Länder Europas kam die britische Zivilbevölkerung am besten weg. Die Bürger des Londoner East End freilich

werden diesen Eindruck nicht gehabt haben, ebenso wenig wie die anderer britischer Städte (Coventry, Southampton, Bristol, Cardiff, Manchester, Liverpool, Sheffield, Hull, Glasgow und Belfast in Nordirland), die 1940 und 1941 unter deutschen Luftangriffen zu leiden hatten – und dann noch einmal 1944/45 unter den Angriffen mit V1-»Flügelbomben« und V2-Raketen. Wie die Menschen in anderen Ländern hatten auch die Briten weniger zu essen und mussten länger arbeiten, auch sie sorgten sich und hatten Angst um ihre Lieben an der Front, mussten in ausgebombten

Stadtteilen Obdachlosigkeit ertragen, mussten mit Trauer und Verlustgefühlen fertigwerden, wenn es an der Tür klopfte und das gefürchtete Telegramm mit der Nachricht kam, dass der Mann, der Sohn, der Vater oder der Bruder gefallen oder vermisst war. Insbesondere Frauen trugen die Hauptlast der neuen materiellen Notlage, mussten, als die Männer weg waren, mit der strengen Rationierung der Grundnahrungsmittel zurechtkommen, sich um die Kinder kümmern und ihre familiären Verpflichtungen oft mit langen

Arbeitszeiten in Einklang bringen. Frauen, die bis dahin nicht erwerbstätig oder die Hausfrauen gewesen waren, stellten 80 Prozent der zusätzlichen Arbeitskräfte, deren Gesamtzahl zwischen 1939 und 1943 um eine halbe Million wuchs.

Die Belastungen für das zivile Leben in Großbritannien waren erheblich, hatten jedoch lange nicht so einschneidende Wirkungen wie in praktisch allen anderen Ländern Europas, zumal Großbritannien nicht besetzt war. Seine Wirtschaft wurde von deutschen Besatzern nicht rücksichtslos zur Ader gelassen, kein Brite als Zwangsarbeiter in eine

unsichere Zukunft getrieben, um für die deutsche Industrie zu arbeiten. Außerhalb der großen Städte wurde wenig zerstört, und selbst in den Städten waren die – allerdings schweren – Schäden auf relativ kleine Quartiere begrenzt. Tausende wurden obdachlos, aber das war nichts im Vergleich zur Flut von Flüchtlingen und Evakuierten auf dem Kontinent. Lebensmittelrationierung drückte deutlich auf den Lebensstandard, glich aber nicht im entferntesten dem an Hungersnot grenzenden Nahrungsmangel, den die deutschen Besatzer (auch als Folge der alliierten Blockade) etwa den Griechen

auferlegten, oder der Blockade von Lebensmittellieferungen, die die Deutschen kurz vor Kriegsende gegen die Niederlande verfügten; vom entsetzlichen Hunger in Leningrad gar nicht zu reden. Der Schwarzmarkt blühte, allerdings nicht derart exzessiv wie in anderen Ländern, wo die materielle Knappheit größer war. Und da Großbritannien nicht besetzt war, musste sich niemand den Forderungen der Besatzer fügen, keine Kluft konnte zwischen denen entstehen, die (auf vielen Ebenen) kollaborierten, und anderen, die sich (in unterschiedlicher Weise) für den

Widerstand entschieden.

Möglicherweise war die britische Gesellschaft im Krieg eine, die enger zusammenhielt als jemals zuvor und auch danach. Die schwindende Minderheit (vor allem Angehörige der Oberschicht), die mit Hitlerdeutschland Frieden schließen wollte, behielt ihre Ansichten bald für sich oder wurde wie Sir Oswald Mosley und andere prominente Faschisten interniert. Die Mehrheitsmeinung war nicht vorgefertigt oder erzwungen wie in autoritären Unterdrückungssystemen. Die Briten standen tatsächlich mit breitem

Konsens hinter den
Kriegsanstrengungen. Natürlich
schwankte die Moral, kannte je nach
Kriegsverlauf Höhen und Tiefen und
war bestimmt von materiellen
Sorgen, etwa um die Verfügbarkeit
von Lebensmitteln. Auch die
Luftangriffe erschütterten die Moral
(im Gegensatz zur späteren
Legendenbildung), zerstörten sie aber
nicht. Rund 300 000 Menschen
wurden im Laufe des Krieges
(hauptsächlich 1940/41 und 1944/45)
durch Bomben verwundet, über
60 000 verloren ihr Leben –
entsetzlich hohe Zahlen natürlich,
aber weit niedriger, als vorher

erwartet worden war, und nicht so hoch, dass sie die Moral der Bevölkerung zersetzt hätten.

Es gab die üblichen Beschwerden und Verstimmungen im Alltagsleben, sogar mehr Konflikte in den Betrieben, mehr Streiks mit über 2000 Arbeitsniederlegungen und einem Produktionsausfall von mehr als drei Millionen Tagen im Jahr 1944. Aber die Streiks, die der Regierung natürlich nicht gefielen, waren zumeist von kurzer Dauer, und es ging zumeist um Löhne und Arbeitsbedingungen: Sie waren kein Protest gegen den Krieg. Bei allem Auf und Ab der Moral herrschte in

der britischen Zivilbevölkerung wie auch in der kämpfenden Truppe das Gefühl, dass der Krieg gerecht sei und ausgefochten werden müsse. Natürlich tat die Propaganda das Ihre, um dieses Gefühl zu stärken. Erfolg aber hatte sie nur, weil sie auf einem Konsens aufbauen konnte, der ohnehin bestand. Churchill, über den es wegen seiner reaktionären Vorkriegspolitik sehr geteilte Meinungen gab, verkörperte den Konsens und konnte sich bisweilen in Zustimmungsraten von über 90 Prozent sonnen. Möglicherweise haben seine mitreißenden Reden nicht die entscheidende Rolle für die

Stärkung der Moral gespielt, die ihnen oft zugeschrieben wurde, in entscheidenden Momenten aber (wie beispielsweise beim Rückzug aus Dünkirchen im Mai und Juni 1940) belebten sie zweifellos den Mut, stärkten den Sinn dafür, welche Bedeutung der Krieg für das Überleben von Freiheit und Demokratie hatte. Was Churchill tatsächlich bewirkte, lässt sich leicht ermessen, wenn man sich vorstellt, welches Schicksal Großbritannien erlitten hätte, wäre Lord Halifax, wie beinahe geschehen, zum obersten Kriegsherr geworden.

Auch im riesigen Hinterland der

Sowjetunion, das unbesetzt und für die Wehrmacht unerreichbar blieb, hatte der Krieg einen einigenden Effekt. Der Schwenk, den die stalinistische Propaganda vollzog, indem sie die Verteidigung des Vaterlands ins Zentrum rückte und damit vor allem an das russische Nationalgefühl appellierte – sogar ein Konkordat mit der russisch-orthodoxen Kirche wurde verkündet –, blieb nicht ohne Wirkung, stärkte die Bereitschaft, unermessliche Leiden auf sich zu nehmen, um diesen so brutalen, gnadenlosen Feind zu vertreiben. Die Mobilisierung der Zivilbevölkerung

während des Krieges war unvermeidlich von Zwang und Repression begleitet (obwohl die Zahl der in Arbeitslagern Internierten zurückging). Bestanden an der Loyalität der Bevölkerung irgendwelche Zweifel, kam es zu drakonischen Maßnahmen. Wenn, wie in einigen nationalen Minderheiten – unter Wolgadeutschen, Krimtataren, Kalmücken, Tschetschenen –, eine Minorität die Invasoren favorisierte, zögerte Stalin nicht, die gesamte ethnische Gruppe unter entsetzlichem Leid und mit hohen Verlusten an Menschenleben in die unwirtlichen

Wüsteneien der entlegensten Teile
des Sowjetreichs deportieren zu
lassen. Doch Terror und Repression
allein vermögen die
außerordentlichen
Kriegsanstrengungen der
sowjetrussischen Zivilbevölkerung
nicht zu erklären.

Die Leiden, die die Sowjetbürger
zu erdulden hatten, das Ausmaß der
Schwierigkeiten, die bewältigt
werden mussten, sind
unbeschreiblich. Rund 25 Millionen
Bürger verloren durch den deutschen
Überfall von 1941 ihre Heimat.
Nahrungsmittel, ausgenommen
Kartoffeln, wurden drastisch

rationiert, fast die gesamte Zivilbevölkerung musste mit akutem Mangel an Lebensmitteln zurechtkommen. Allein in Leningrad verhungerten über eine Million Menschen; auch in der übrigen Sowjetunion lebte die städtische Bevölkerung nahe am Hungertod. Der Schwarzmarkt für inoffizielle Überschüsse der Bauern, die trotz schwerster Strafen der strikten staatlichen Beschlagnahme entzogen wurden, war für das Überleben von zentraler Bedeutung. Doch ungeachtet des fast ständigen Hungers brach die Moral nicht zusammen. Arbeitszeiten wurden

verlängert, Vergehen am Arbeitsplatz hart bestraft; viele neue Arbeitskräfte – Hausfrauen, Studenten, Rentner – arbeiteten aber auch freiwillig. Das galt besonders für Frauen, die 1943 57 Prozent der Industriearbeiter und 80 Prozent der Arbeitskräfte in den Kolchosen stellten, so viel wie noch nie.

Neue Produktionsnormen wurden vereinbart, manchmal auf das Doppelte oder Dreifache älterer Normen heraufgesetzt. Es dauerte fast zwei Jahre, bis sich die sowjetische Produktion von der Katastrophe von 1941 erholte. Als das aber erreicht war, war die Grundlage

für einen militärischen Sieg gegeben. Die Menschen akzeptierten die bitteren Entbehrungen, weil sie sahen, dass Ehemänner, Väter oder Söhne für das Überleben des Landes kämpften. Seit langem schon waren hohe Sterberaten nichts Ungewöhnliches für diese Kultur, der Krieg aber setzte neue Maßstäbe. Kaum eine Familie traf es nicht. In einer Gesellschaft, die weniger an Not und Tod gewöhnt war, hätten die materiellen und menschlichen Opfer die Moral vielleicht untergraben. Aber so ließ die Gefahr, der alle ausgesetzt wären, würde der Krieg verloren gehen, ein neues

Gemeinschaftsgefühl entstehen, das zu enormem Durchhaltevermögen und zu einer Willenskraft befähigte, die selbst heftiger Zwang allein nicht hätte hervorbringen können.

Die Erfahrungen mit deutschen Besatzern unterschieden sich von Land zu Land. Die tschechischen Länder befanden sich – zum »Protektorat Böhmen und Mähren« erklärt – seit März 1939 unter deutscher Herrschaft, und fast bis Kriegsende kam es auf tschechischem Boden nicht zu Kampfhandlungen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Protektorats und die Abhängigkeit von tschechischen Arbeitskräften

waren so hoch, dass sich die Deutschen gezwungen sahen, auf die von den »Rasseexperten« der SS geforderten radikalen Lösungen – Vertreibung, gar Vernichtung der slawischen Bevölkerung – zu verzichten und zumindest vorerst von einem zu harten Regime gegen die unterworfenen Bevölkerung abzusehen. Das Klima verschlechterte sich erst, als Reinhard Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei, im Herbst 1941 zum Reichsprotektor ernannt wurde, um sich vermehrende Unruhe und Widerstand zu unterdrücken. Die Repression wurde erheblich verstärkt und erreichte einen

Höhepunkt, nachdem tschechische Patrioten, die von der British Special Operations Executive (SOE) eingeflogen wurden, Heydrich am 27. Mai 1942 bei einem Attentatsversuch in Prag tödlich verwundeten. Auf seinen Tod am 4. Juni folgten heftigste Vergeltungsmaßnahmen. Heydrichs Mörder entkamen durch Selbstmord; doch 1300 Tschechen, darunter 200 Frauen, wurden als Vergeltung für das Attentat hingerichtet. Das Dorf Lidice – der Name war bei einem tschechischen Agenten gefunden worden – wurde völlig zerstört. Hitler drohte, er werde Tschechen in großer Zahl in

den Osten deportieren lassen, wenn es weiterhin Ärger gebe. Im Protektorat blieb es danach verhältnismäßig ruhig, bis zum Kriegsende, als die Rote Armee vor der Tür stand und Prag offen rebellierte.

Ungarn geriet, anders als das früh besetzte Protektorat, erst im März 1944 unter deutsche Besatzung. Als die Rote Armee im Oktober desselben Jahres nach Ungarn vorrückte, erklärte Admiral Horthy (der nur auf Geheiß der Deutschen weiterhin als Staatsoberhaupt amtierte), Ungarn werde das Bündnis mit Deutschland aufkündigen und einen separaten

Frieden mit der Sowjetunion schließen. Daraufhin ließ ihn Hitler umgehend absetzen und durch eine andere Marionette ersetzen – durch Ferenc Szálasi, den fanatischen Führer der faschistischen Pfeilkreuzler. Dessen Regime hielt sich, bis Ungarn sich nach wochenlangen wilden Straßenkämpfen in Budapest im Februar 1945 der Roten Armee ergab. Diese kurze Zeit aber war tödlich für die ungarischen Juden, denn Szálasis brutale Pfeilkreuzler setzten sie einer Terrorherrschaft aus, die einen entsetzlichen Abschluss des Martyriums bildete, das sie unter den

Deutschen erlitten hatten.

Nicht in allen Gebieten Europas schweißte der Krieg die unterworfenen Bevölkerung zusammen, führte vielmehr zu erbitterten Spaltungen. In Südeuropa wurden sie so heftig, dass es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam, die sich mit dem Krieg gegen die Besatzer überlagerten.

Die Brutalität der deutschen Besatzung in Jugoslawien, deren Massaker und Vergeltungsmaßnahmen, dazu die abscheulichen Grausamkeiten der unsäglichen Ustaša ließen zwei getrennte große

Partisanenbewegungen entstehen: die Tschetniks unter der Führung von nationalistischen Offizieren, die eine Erneuerung Großserbiens unter einer wiederhergestellten jugoslawischen Monarchie wollten, und den kommunistischen Widerstand, der vom Kroaten Josip Broz Tito angeführt wurde. Die Partisanen kämpften sowohl gegeneinander als auch gegen die Deutschen, gegen die Ustaša, gegen bosnische Muslime sowie gegen montenegrinische und albanische Separatisten. Erst als der Krieg in seine letzte Phase eintrat, beherrschten Titos kommunistische Partisanen, denen die Briten

mittlerweile Munition und Waffen lieferten, den Widerstand und schufen die Grundlage für ihre führende Rolle in einem neuen jugoslawischen Staat nach dem Krieg, dem einzigen Land, in dem Partisanen schließlich (nicht ohne Hilfe der Roten Armee) die Macht übernehmen und eine Regierung bilden konnten.

In Griechenland führten unverhohlene Ausplünderung, die Ruinierung der Währung sowie die umfangreichen materiellen Abgaben, die die deutschen und italienischen Besatzer einstrichen, rasch zu einer Hungersnot. Die drastische Lebensmittelknappheit verschärfte

sich erheblich, weil
Nahrungsmittelexporte aus
Ostmazedonien und Thrakien
verboten wurden, die seit dem
deutschen Einmarsch von den
Bulgaren kontrolliert wurden und wo
zuvor fast ein Drittel des
griechischen Getreides gewachsen
war. Für die meisten Griechen
bedeutete der Krieg einen täglichen
Kampf ums Überleben. Der
verheerende Mangel, dazu die
Schonungslosigkeit, mit der die
Deutschen Sabotageakte
beantworteten, förderten wie in
Jugoslawien die Guerillaaktivitäten
der schnell wachsenden, aber tief

gespaltenen Partisanenbewegungen. Ab 1943 wurde die kommunistische Widerstandsbewegung, die größte in Europa, heftig von nichtkommunistischen, nationalistischen Republikanern bekämpft, die schließlich Unterstützung bei den Briten fanden. Damit war die Grundlage für den nach Kriegsende ausbrechenden, verheerenden Bürgerkrieg geschaffen.

Im Juli 1943 brach Mussolinis Regime zusammen, der Norden Italiens wurde daraufhin von den Deutschen, der Süden von den gutartigeren Alliierten besetzt, und

damit entstanden auch in Italien Verhältnisse, die einem Bürgerkrieg im Krieg nahekamen. Die Herrschaft der Faschisten hatte die tiefen Risse in der italienischen Gesellschaft nur verdeckt. Der von Beginn an unpopuläre Krieg hatte zur Unzufriedenheit im Innern geführt und die Italiener demoralisiert. Dazu kamen akute Lebensmittelknappheit (begleitet von explodierenden Preisen und einem blühenden Schwarzmarkt), später die Luftangriffe der Alliierten, die, weit entfernt, die Bevölkerung hinter der Regierung zu vereinen, deren Wut auf die faschistische Führung, die das

Volk dem Bombenkrieg ausgesetzt hatte, noch wachsen ließen.

Die Spaltung des Landes vertiefte sich im September, nachdem die Deutschen Mussolini zum Chef eines Marionettenregimes mit Sitz in Salò am Gardasee gemacht hatten. Verzweifelte Anhänger Mussolinis, fanatische Hardliner und Idealisten, die die faschistische Revolution vollenden wollten, stellten brutale Todesschwadronen auf, die Partisanen sowie alle anderen, die ihnen in die Quere kamen, aufhängten oder erschossen. Zugleich ermordeten die verschiedenen Partisanenorganisationen, oft alte

Rechnungen begleichend, jeden Monat einige Hundert Faschisten, wo immer sie diese fanden, verübten ferner Sabotageakte gegen die deutschen Besatzer. Diese Mischung aus regulärem Krieg und faktischem Bürgerkrieg machte die Monate von Mussolinis Republik von Salò für die Menschen in Norditalien zur bittersten und gewaltträchtigsten Zeit im ganzen Krieg. Über 40 000 Partisanen sollen in den Kämpfen ums Leben gekommen sein, weitere 10 000 Antifaschisten wurden bei Vergeltungsmaßnahmen umgebracht und rund 12 000 Faschisten und Kollaborateure

fielen den »Säuberungs«-Aktionen zum Opfer. Im April 1945 konnte der antifaschistische Widerstand, der von den Kommunisten dominiert wurde, aber auch Mitkämpfer anderer politischer Richtung hatte, auf etwa eine Viertelmillion Aktive zählen.

Anders als in Jugoslawien und Griechenland jedoch gelang es den Partisanen, sich in einem Krieg, den sie alle als nationalen Befreiungskrieg betrachteten, gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen und den Aufstand gegen die abziehenden deutschen Truppen so weit voranzutreiben, dass sie, noch bevor die Alliierten eintrafen, viele

Städte unter ihre Kontrolle brachten. In den letzten Apriltagen brachten sie sogar Mussolini in ihre Gewalt. Er wurde erschossen und seine Leiche in der Innenstadt von Mailand aufgehängt. Im Süden des Landes, der seit September 1943 von den Alliierten besetzt war, entstanden keine bürgerkriegsähnlichen Zustände wie im Norden. Stattdessen kam es zu einer schnellen Rückkehr zum uralten Klientelismus der süditalienischen Gesellschaft – unter dem Deckmantel des politischen Pluralismus, der in Rom allmählich wieder auflebte, nachdem die Alliierten im Juni 1944 in die Stadt

eingezogen waren. So hatte der Krieg an der Spaltung zwischen dem Norden und dem Süden Italiens nichts geändert, sie war am Ende des Krieges ebenso groß wie zu dessen Beginn.

In Nord- und Westeuropa führte die deutsche Besatzung nicht zu solch bürgerkriegsähnlichen Zuständen wie mancherorts im Süden. Die Besatzung dort verlief, verglichen mit Ost- und Südeuropa, relativ mild, zumindest in den ersten Phasen des Krieges. Dennoch mussten die Menschen mit den Realitäten eines Lebens in einem besetzten Land fertig werden. Überall stießen die Deutschen in den

staatlichen Bürokratien auf Kooperationsbereitschaft, ebenso bei Minderheiten, die aus politischer Überzeugung kollaborierten. Sobald jedoch absehbar wurde, dass die Tage der deutschen Besatzung gezählt waren, fand in demselben Maß die andere Minderheit Zulauf, die sich, wenn auch unter großem Risiko, dem aktiven Widerstand anschloss. Die meisten Menschen in diesen Ländern waren aber weder regelrechte Kollaborateure noch Widerstandskämpfer. Sie wollten Freiheit für ihr Land, doch wusste eben niemand, wie lange die Besatzung andauern würde, und so

ließ es sich kaum vermeiden, dass sie sich dem neuen Regime in dieser oder jener Form fügten. Der jeweilige Grad, in dem sich die Menschen in Nordwesteuropa anpassten, hatte nicht nur Einfluss darauf, welche Bedeutung der Krieg für sie annahm, sondern hinterließ auch ein bleibendes Erbe. Wie die Menschen in den einzelnen Ländern auf die Herrschaft der Deutschen reagierten, hing weitgehend vom Charakter der Besatzungspolitik ab, von der vorherrschenden politischen Kultur des besetzten Landes (die das Verhalten sowohl der Eliten als auch der Masse der Bevölkerung

bestimmte), zuletzt auch davon, wie und wann die Deutschen von ihrer anfangs verhältnismäßig freundlichen Verwaltung zu härteren Maßnahmen übergingen, auch zu solchen, die der Bevölkerung erhebliche materielle Entbehrungen diktierten.

Holländer, Belgier, Norweger und Dänen machten im Krieg jeweils eigene Erfahrungen, obwohl der Verlauf der Besatzung häufig relativ ähnlich war. Die Deutschen waren zunächst daran interessiert, dass in Nord- und Westeuropa Ruhe herrschte. Sie wollten Zusammenarbeit, kein rebellisches

Verhalten. Die militärische Eroberung sollte die Unterworfenen nicht wie in Osteuropa zu Heloten machen, zumal es ja vage Vorstellungen davon gab, die »germanischen Völker« der Niederlande und Skandinaviens in einer fernerer Zukunft ins Reich einzugliedern. In allen diesen Ländern lebte eine Minderheit einheimischer Faschisten oder Nationalsozialisten, die die Machtübernahme der Deutschen begrüßte. Der Ministerpräsident der norwegischen Marionettenregierung Vidkun Quisling musste sogar seinen Namen für das Schimpfwort

»Quislinge« hergeben, das unter Westalliierten zur Bezeichnung von Kollaborateuren üblich wurde. Kleinere Kontingente von Fanatikern aus allen vier Ländern schlossen sich den Fremdenlegionen der Waffen-SS an: etwa 50 000 Holländer und 40 000 Belgier (Flamen wie französischsprachige Wallonen), 6000 Dänen und 4000 Norweger. Da die ideologisch engagierten, hundertprozentigen Kollaborateure in der jeweiligen Bevölkerung zumeist verabscheut wurden, galten sie bei den Besatzern oft als eher störend. Andererseits war die bereitwillige Mitarbeit von Verwaltungsbeamten

und Polizisten nicht unwesentlich für die Effektivität der Besatzungspolitik.

Als nach 1942 immer deutlicher absehbar wurde, dass die Besatzung bald ein Ende haben würde, die Deutschen zudem immer mehr Lebensmittel, andere Versorgungsgüter und Arbeitskräfte verlangten, nahm der Widerstand in vielen Formen deutlich zu. Gleichwohl war der Druck, der von der Besatzung ausging, selbst in den Ländern Westeuropas recht unterschiedlich.

In Dänemark zum Beispiel war die deutsche Herrschaft fast den ganzen

Krieg über weit weniger repressiv als in den anderen nordwesteuropäischen Ländern. Das zeigte sich in der relativ geringen Zahl der Todesopfer während der Besatzung – etwa 1100 Menschen insgesamt. Dänemark hatte im April 1940 unmittelbar nach dem Einmarsch kapituliert. König Christian X. blieb im Land und die Regierung ging ihren Aufgaben weiter nach, allerdings unter einem deutschen Reichsbevollmächtigten. Zunächst klappte die Zusammenarbeit. Die Lebensmittelzuteilungen waren besser (obwohl die Dänen Deutschland mit großen Mengen

Nahrungsmitteln belieferten), es gab keine Zwangsarbeit, das Land wurde nicht direkt ausgeplündert. Die jährlichen Kosten für die Besatzung beliefen sich auf nur 22 Prozent des Nationaleinkommens; in Norwegen waren es 67, in Belgien 52 Prozent. Nach einem Aufstand gegen die Kollaboration, der die dänische Regierung zum Rücktritt zwang, änderte sich ab August 1943 die Besatzungspolitik. Die Deutschen verschärften ihre Gangart, ihre Polizei trat entschiedener auf, Repressalien nahmen zu, umgekehrt mehrten sich die Zeichen für Kooperationsverweigerung und

direkten Widerstand. Aus Kooperation wurde nun häufig Aufsässigkeit, die wiederum einer Widerstandsbewegung zugutekam, deren Aktivitäten in den Jahren 1944/45 ihren Höhepunkt erlebten.

Hatte man sich in allen nordwestlichen Ländern zunächst mit der deutschen Herrschaft arrangiert, so sorgten die Deutschen mit ihrer Art der Besatzungspolitik zuletzt doch für unversöhnliche Unzufriedenheit. In den Niederlanden beispielsweise hatten einschneidende Rationierungen, die bereits 1940 begannen, zu ernsthafter Lebensmittelknappheit geführt,

besonders für Stadtbewohner,
begleitet von explodierenden Preisen
und einem wuchernden
Schwarzmarkt, während
Ausgangssperren und
Verkehrsrestriktionen das öffentliche
Leben auf ein Minimum reduzierten.
Gesetzestreue Bürger waren praktisch
gezwungen, das Recht zu brechen,
wenn sie genug zu essen und es warm
haben wollten. Das Durchkämmen
der Bevölkerung nach Arbeitskräften,
die gezwungen wurden, in
Deutschland für die Kriegswirtschaft
zu arbeiten, als sich der
Arbeitskräftemangel dort
verschärfte, wurde schnell zu einer

weiteren Quelle von massenhafter Unzufriedenheit und Unruhen.

Doch wie in den anderen Ländern schlossen sich auch in den Niederlanden nur wenige dem Untergrund an. Widerstand war eine hochgefährliche Sache, ständig von Verrat bedroht, im Fall der Verhaftung mit schrecklichen Gefahren für die Familien verbunden, mit fürchterlicher Folter und Tod der Verhafteten. Die unmittelbar im Widerstand Aktiven lassen sich für die Niederlande vor dem Herbst 1944 auf etwa 25 000 beziffern, später kamen vielleicht noch 10 000 Aktive hinzu. Die Zermürbung und

Verlustrate waren hoch. Ein Drittel der holländischen Widerständler wurde verhaftet, fast ein Viertel von ihnen hat den Krieg nicht überlebt.

Ein etwas größerer Anteil der rund drei Millionen Norweger beteiligte sich aktiv am Widerstand in ihrem Land. Die häufig im britischen Exil ausgebildeten Widerstandskämpfer verübten Sabotageanschläge auf deutsche Schiffe, Brennstofflieferungen und Industrieanlagen, später auch auf den Zugverkehr, um Truppenbewegungen zu verhindern. Sie bauten enge Beziehungen zum britischen Geheimdienst auf und

hielten ihre Aktivitäten zum Teil durch den *Shetland Bus* aufrecht – mit Booten, die zwischen Bergen und den Shetland-Inseln pendelten. Am Ende des Krieges waren ungefähr 40 000 Norweger im Widerstand aktiv. Nach Sabotageakten oder Angriffen auf Angehörige der Besatzungstruppen mussten ganze Gemeinden mit brutalen Repressalien rechnen. Das kleine norwegische Fischerdorf Telavåg etwa wurde vollständig zerstört und seine männlichen Bewohner in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin geschickt (wo 31 von ihnen starben), weil es

Widerstandskämpfern, die zwei Gestapoleute getötet hatten, Schutz geboten hatte.

Alle, die sich in Ländern unter deutscher Besatzung am aktiven Widerstand beteiligten, einte nur der Wunsch, für deren Ende zu sorgen; ideologisch dagegen bestanden zwischen konservativen Nationalisten, Sozialisten und Kommunisten scharfe Trennlinien. Trotz aller Gefahren gewann der Widerstand breitere Unterstützung, je mehr sich der Krieg seinem Ende näherte. Je härter die deutsche Besatzung wurde, desto mehr trugen antideutsche Ressentiments dazu bei,

das Gefühl nationaler Einheit und den Wunsch nach Befreiung zu bestärken. Häufig hatte die jeweilige Bevölkerung extrem unter deutschen Strafmaßnahmen zu leiden. Als holländische Widerstandsgruppen im September 1944 den Zugverkehr zum Erliegen brachten, um die alliierte Luftlandeoperation bei Arnheim zu unterstützen, übten die Deutschen Vergeltung: Im eiskalten »Hungerwinter« 1944/45 ließen sie die ganze Bevölkerung hungern und frieren, indem sie Lebensmittellieferungen blockierten und die Zuteilung von Heizmaterial drastisch reduzierten. Die Lage

besserte sich erst, als die Alliierten in den letzten Kriegstagen Versorgungsgüter aus der Luft abwarfen. Für die Holländer war der Krieg vor allem mit den traumatisierenden Leiden der letzten Kriegsmonate verbunden.

Mochte die Besatzung in den nordwesteuropäischen Ländern unter den Betroffenen für große Solidarität sorgen, auf die – im Vergleich mit Osteuropa – meist kleinen jüdischen Gemeinden erstreckte sie sich kaum. Der Grund dafür musste nicht in weit verbreitetem, böartigem Antisemitismus liegen. Allerdings wurden Juden gewöhnlich als

»Außenseiter« betrachtet, und das galt nun umso mehr, als sie den »gelben Stern« tragen mussten. Die resolute Entschlossenheit der deutschen Besatzer, Juden zusammenzutreiben und zu deportieren, und die Angst der Nichtjuden, dass Hilfsaktionen für Juden zu rigorosen Vergeltungsmaßnahmen führen konnten, hatten zur Folge, dass der Teil der Gesellschaft, dem die größte Gefahr drohte, am wenigsten geschützt und am exponiertesten war.

Dennoch verhielt sich die nichtjüdische Bevölkerung nicht

durchweg passiv oder feindselig. Im Februar 1941 lösten die ersten Versuche, Amsterdamer Juden für die Deportation zusammenzutreiben, sogar einen kurzen Massenstreik aus. Allerdings ging diese Aktion eher nach hinten los, da sie die holländische Verwaltung und Polizei womöglich zu einer bereitwilligeren Zusammenarbeit mit den Besatzern bewog. Diese ging gelegentlich so weit, dass vermutete Wünsche der Deutschen vauseilend erfüllt wurden, und führte dazu, dass im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern aus den Niederlanden verhältnismäßig mehr

Juden – etwa 107 000 der 140 000, die von den Nationalsozialisten als »Volljuden« eingestuft worden waren – deportiert wurden, die meisten in den Tod.

Es gab aber auch Menschen, die aus christlichen Grundsätzen und einer Vielzahl anderer Motive bereit waren, Risiken auf sich zu nehmen, um Juden zu helfen. Ungefähr 25 000 holländische Juden – darunter auch Halbjuden und in Mischehe lebende, die einen gewissen Schutz vor den summarischen Deportationen hatten – profitierten von individueller Hilfe oder Rettungsnetzwerken, konnten der

Festnahme entgehen und in eine prekäre illegale Untergrundexistenz abtauchen – 8000 von ihnen wurden gleichwohl in ihren Verstecken gefasst. Die belgischen Hilfsnetze für Juden, die den Fängen der Besatzer entrinnen wollten, waren weit entwickelt, insbesondere die illegalen Organisationen der Juden selbst. Etwa 24 000 Juden aus Belgien wurden nach Auschwitz deportiert. Weitere 30 000 jedoch, ganz überwiegend noch nicht lange im Land lebende Immigranten in Brüssel und Antwerpen, die in den 1920er Jahren vor Armut und Pogromen in Osteuropa, in den 1930er Jahren dann

aus Deutschland geflüchtet waren, fanden eine Zuflucht und schafften es, die Besatzung zu überleben. Einige Hundert norwegische Juden, mehr als die Hälfte der dortigen kleinen jüdischen Gemeinde, fanden Hilfe und konnten ins neutrale Schweden entkommen; von denen allerdings, die blieben, kamen die meisten um. In Dänemark warnten Nichtjuden 1943 ihre jüdischen Nachbarn – die Juden stellten einen sehr kleinen Anteil der Gesamtbevölkerung und waren gut assimiliert – vor bevorstehenden Razzien, die von den deutschen Besatzern geplant waren, und

verhalfen ihnen zur Flucht. Auf diese Weise konnte sich die große Mehrheit der zur Deportation in den Tod bestimmten Juden über den Sund in den sicheren Hafen Schweden absetzen. Auch wenn Juden in Westeuropa bessere Überlebenschancen hatten als im Osten, so fiel doch eine hohe Zahl von ihnen dem unablässigen deutschen Drang zum Opfer, die »Endlösung der Judenfrage« herbeizuführen.

Die Bevölkerung Frankreichs, des deutlich größten der besetzten Länder in Nordwesteuropa, teilte einige Erfahrungen mit seinen nördlichen Nachbarn. Es gab jedoch

signifikante Unterschiede. Manche resultierten aus der Teilung Frankreichs in zwei Zonen: eine besetzte Zone, die ungefähr zwei Drittel des Landes (Nordfrankreich mit Paris sowie einem Streifen entlang der Atlantikküste) umfasste, und eine nicht besetzte, quasiautonome Zone mit der Hauptstadt Vichy, einem in Zentralfrankreich gelegenen Kurort. Was der Krieg für die Franzosen bedeutete, veränderte sich in seinem Verlauf und unterschied sich je nach geographischer Lage – Unterschiede bestanden nicht nur zwischen Vichy-Frankreich und der besetzten Zone,

sondern auch zwischen einzelnen Regionen und Ortschaften – sowie nach ideologischen Neigungen und persönlichen Erfahrungen.

Diesmal gab es kein Gefühl, zu einer *Union sacrée* zu gehören, die Staatspräsident Poincaré 1914 mit Erfolg beschworen hatte. Die katastrophale Niederlage im Frühjahr 1940, nach der drei Viertel der Bewohner von Städten im Norden in panischer Angst vor den heranrückenden deutschen Truppen nach Süden geflohen waren, hatte die Franzosen gespalten und gedemütigt. Die französische Rechte, die sich bei aller Fraktionierung zumindest in

ihrem Abscheu gegen die Dritte Republik enig war, begrüßte die Niederlage als Chance, nun für die nationale Wiedergeburt sorgen zu können.

Es gab hochrangige Kollaborateure aus ideologischen Gründen, so den ehemaligen Sozialisten Marcel Déat, der Arbeitsminister wurde und verantwortlich war für die Zwangsverpflichtung französischer Arbeiter zum Arbeitsdienst in Deutschland, oder den führenden Faschisten Jacques Doriot, der später mit 4000 anderen französischen Freiwilligen im »Kreuzzug gegen den

Bolschewismus« an der Ostfront kämpfte. Eines der prominentesten Gesichter der Kollaboration war Pierre Laval, stellvertretender Ministerpräsident des Vichy-Regimes, ein geschickter Pragmatiker und politischer Strippenzieher, der öffentlich erklärte, er wünsche sich einen deutschen Sieg, »weil sich der Bolschewismus sonst überall durchsetzt«. Eine derart offene Kollaboration war untypisch für die Masse der Franzosen; ebenso wenig allerdings auch der aktive Widerstand, jedenfalls in den ersten Jahren der Besatzung. Die meisten Menschen mussten wie in den

anderen besetzten Ländern Westeuropas Mittel und Wege finden, um mit der Besatzung zurechtzukommen (was in den allermeisten Fällen ohne Begeisterung geschah) – sie arbeiteten mit den neuen Herren zusammen, wenn es sich nicht vermeiden ließ, hielten ansonsten Abstand, warteten ab und verbargen ihren Abscheu immer weniger, als die Besatzungspolitik härter wurde und die baldige Befreiung absehbar.

Wie anderswo in Westeuropa auch war die deutsche Besatzung zunächst relativ mild, wurde aber härter, sobald sie auf Ablehnung oder

Widerstand stieß. Die wirtschaftlichen Forderungen der Deutschen waren massiv – 55 Prozent der Staatseinnahmen zur Deckung der Besatzungskosten, 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion für die deutschen Kriegsanstrengungen, 15 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte dafür, dass die Deutschen Essen auf dem Tisch hatten, und ab 1943 die Einberufung von 600 000 Männern zum Arbeitsdienst in Deutschland. Die meisten Familien in den Städten erlebten den Krieg wie überall in Westeuropa als ständigen Kampf um Nahrungsmittel, häufig über den Schwarzmarkt.

Schwere Entbehrungen und materielle Not betrafen beide Zonen. Dennoch hatte die Demarkationslinie zwischen beiden reale Bedeutung. Im südlichen Drittel Frankreichs regierten Franzosen, nicht Deutsche. Sie trugen die Narben der Niederlage, materiell und psychologisch, doch in der nicht besetzten Zone bestimmten sie ihr Schicksal immerhin selbst. Mit »Vichy« aber erhielt der Krieg für Millionen von Franzosen noch eine andere Bedeutung: die Ablehnung der Republik nämlich, die bei vielen lange vor der militärischen Niederlage als korrupt und dekadent in Misskredit geraten war, und die

Restauration »traditioneller«
französischer Werte von: »Arbeit,
Familie, Land«. Der »Französische
Staat«, wie sich das autoritäre Regime
von Vichy unter Marschall Pétain
nach der Niederlage nannte, erfreute
sich zunächst großer Beliebtheit (die
allerdings nach dem ersten Jahr
bereits merklich abnahm). Etwa
1,2 Millionen Veteranen beeilten
sich, der Légion Française des
Combattants beizutreten, einer
Organisation, die in etwa den
faschistischen Akklamationsorganen
ähnelte. Sie schworen dem Marschall
Treue und begründeten den um
Pétain blühenden Personenkult. Als

Repräsentant der patriarchalen Autorität und des Christentums, als Speerspitze der Reaktion gegen Atheismus, Sozialismus und Säkularisierung fand Pétain auch bei der katholischen Kirche Unterstützung.

Der über 80-jährige Marschall war gewiss keine Verkörperung des in faschistischen Bewegungen üblichen Jugendkults. Gleichwohl hatte sein Regime faschistische Züge, insofern es eine mythische Vergangenheit beschwor, das ländliche Leben und die »Rückkehr zum Land« verherrlichte, das Ideal einer organischen Gesellschaft

verfocht, Jugend und Mutterschaft besonders betonte, für eine geburtenfreundliche Politik zur »Erneuerung« der Bevölkerung eintrat – und nicht zuletzt »innere Feinde« verfolgte. Schon in der ersten Zeit des Regimes wurden linke Bürgermeister ihres Amtes enthoben, Freimaurer aus dem öffentlichen Dienst entfernt, die Gewerkschaften aufgelöst. Dutzende von Internierungslagern wurden errichtet: für Ausländer, für politische Gefangene und sozial »Unerwünschte«, für Roma und Juden. Die Vichy-Behörden dehnten das Programm der »Arisierung« der

besetzten Zone aus, um einige Tausend jüdische Firmen zu enteignen, die von französischen Unternehmen zu Dumpingpreisen gekauft wurden. Das Regime erließ antijüdische Gesetze, die Juden vom Arbeitsmarkt ausschlossen. 1942 und danach wirkten Vichy-Verwaltung und Polizei eifrig mit am Zusammentreiben ausländischer Juden (rund der Hälfte der gesamten, 300 000 Menschen umfassenden jüdischen Bevölkerung in Frankreich), um sie den Deportationen aus der besetzten Zone zuzuführen. Unter den 75 721 aus Frankreich in die Todeslager Polens

deportierten Juden (von denen nur 2567 überlebten), befanden sich 56 000 ausländische Juden.

Auch Nichtjuden hatten mit zunehmender Repression zu kämpfen. Bereits im Herbst 1941 führten die ersten Morde an deutschem Personal zur Exekution von bis zu 50 Geiseln. Vergeltungsmaßnahmen durch Massenerschießungen folgten, wobei sich die Maßnahmen in Ausmaß und Opferzahlen verschärften, nachdem die Alliierten im Juni 1944 in der Normandie gelandet waren. In der berüchtigtsten Aktion der Waffen-SS wurde das nordwestlich von Limoges gelegene Dorf Oradour-sur-Glane

dem Erdboden gleich gemacht, weil Bewohner fälschlicherweise verdächtigt wurden, ein Waffenlager der Résistance zu verstecken. 642 Menschen wurden erschossen oder verbrannt. Die Milice, eine 1943 in der Vichy-Zone gegründete paramilitärische Polizei in Schwarzhemden, war als Organ der Unterdrückung und des Terrors gefürchtet wie die Gestapo. Die Repressionen hatten nicht nur hier, sondern auch anderswo gegenteilige Wirkung, als klar wurde, dass die Tage der deutschen Herrschaft gezählt waren. Sie trugen viel dazu bei, Einheit zu schaffen, wo vorher

keine gewesen war – Einheit im Hinblick auf das Ziel der Befreiung.

Bis zu einer halben Million französische Bürger kämpften in zahlreichen Widerstandsgruppen gegen den gemeinsamen Feind. Ihre unterschiedliche politische Ausrichtung machte es jedoch vor der Mitte des Krieges schwierig, eine einheitliche Bewegung zu gründen. Als besonders heikel erwies sich die Zusammenarbeit zwischen konservativen Gruppen und dem kommunistischen Widerstand, der nach dem deutschen Einfall in die Sowjetunion wieder aufgelebt war. 1943 gelang es jedoch de Gaulles

Abgesandten Jean Moulin, dem charismatischsten und dynamischsten unter den Widerstandsführern, der wenig später verraten und von der Gestapo zu Tode gefoltert wurde, die getrennt agierenden Netzwerke im Conseil National de la Résistance zu vereinen. De Gaulle wurde damit praktisch Führer aller Widerstandsgruppen, die immer mehr Zulauf erhielten, obwohl jedem, der verhaftet wurde, furchtbare Vergeltung drohte. Die meisten Franzosen scheuten die aktive Teilnahme und zogen es auch jetzt noch vor, abzuwarten und zuzusehen, wie sich die Dinge entwickelten;

gleichwohl fanden die aktiven Widerstandskämpfer zunehmend Unterstützung. Kaum etwas förderte das Klima zivilen Ungehorsams so sehr wie das am 16. Februar 1943 vom Vichy-Regime erlassene, von Ministerpräsident Laval unterzeichnete Gesetz, das die Einziehung zur Zwangsarbeit in Deutschland erlaubte. Viele Betroffene tauchten unter, verschwanden in den Bergen oder in abgelegenen ländlichen Regionen, wo sie bei Einheimischen Unterschlupf fanden und sich häufig dem Widerstand anschlossen, der mit der alliierten Landung in der Normandie

im Juni 1944 weiter Auftrieb erhielt.

Nach dem Krieg wurde die Résistance mehr als alles andere zum Symbol dessen, was der Krieg für die Franzosen bedeutet hatte. Sie sollte – und das gelang recht lange – einen Schleier über die weniger angenehme Seite der französischen Erfahrungen breiten, die in den »dunklen Jahren« nach der Niederlage vor allem in der von den Franzosen zumindest anfangs noch selbst kontrollierten Vichy-Zone gemacht wurden. Es sollte viele Jahre dauern, bis die Franzosen so weit waren, dass sie sich dem »Vichy-Syndrom« stellen konnten.

Für die »Heimatfront« in

Deutschland erhielt der Krieg Bedeutungen wie in keinem anderen Land. Was der amerikanische Journalist William Shirer, der die Kriegszeit von Beginn an bis in den Dezember 1941 vor Ort in Berlin miterlebte, etwas zynisch als Grundreaktion auf den kurzen Feldzug gegen Polen festhielt, galt ganz generell: »Solange die Deutschen erfolgreich bleiben und nicht zuviel Verluste erleiden, wird dies kein unpopulärer Krieg sein.« Erst ab Herbst 1941 machten sich in der Bevölkerung allmählich Ängste breit: Im Winter 1941/42 wurde, trotz der Plünderung von

Lebensmitteln und anderen Ressourcen in fast ganz Europa, der Mangel im Land immer spürbarer, die Lebensmittelrationen wurden deutlich gekürzt und die Zivilbevölkerung musste den Gürtel enger schnallen. Die Zustimmung zum Krieg – und damit die Popularität des Regimes, das Deutschland in diesen Krieg gezogen hatte –, sank dramatisch.

Die drastische Verschlechterung der militärischen Lage, für die kein anderes Ereignis solche Symbolkraft erlangte wie die Niederlage von Stalingrad im Februar 1943, führte den Deutschen immer deutlicher vor

Augen, dass der Krieg durchaus verloren gehen konnte. Unausweichlich stellte sich die Frage, was das bedeuten würde. Ängste wuchsen, was sich die Propaganda zunutze machte: Nicht nur drohe die militärische Niederlage, sondern die völlige Zerstörung Deutschlands, die Vernichtung des deutschen Volkes, sollte die unheilige Koalition der Feinde des Reiches – die Westalliierten und die gefürchteten »Bolschewiken« – den Sieg davontragen.

Selbst wenn sie das, ob bewusst oder unbewusst, in einer Verschwörung des Schweigens

unterdrückten, wussten viele, dass Deutsche im besetzten Osten schreckliche Verbrechen verübt hatten, besonders gegen Juden. Selbst wenn nur wenige die Einzelheiten kannten, sprechen zahlreiche Hinweise dafür, dass viele Deutsche vom Schicksal der Juden wussten. Und wenn sie ihre Angst vor der »Rache der Juden« im Falle einer Niederlage zum Ausdruck brachten, ließen viele erkennen, welchen Erfolg die antisemitische Propaganda gehabt hatte. Sie wussten auch, dass sie von der Roten Armee keine Gnade zu erwarten hatten, sollte diese in Deutschland einfallen.

So trug Angst vor den Folgen einer Niederlage viel dazu bei, die Bereitschaft der Bevölkerung zum Durchhalten zu stärken, trotz der sich rasch verschlechternden militärischen Lage.

In den letzten beiden Kriegsjahren kam der Horror, mit dem die Nationalsozialisten Europa überzogen hatten, zu den Deutschen zurück. Für die deutsche Zivilbevölkerung wurde die letzte Kriegsphase zu ihrer Hölle auf Erden. Millionen waren traumatisiert von der Angst vor den alliierten Bomben. Goebbels sprach von »Terrorangriffen«, und in diesem Fall log die Propaganda nicht. Der

Bombenkrieg sollte die Bevölkerung terrorisieren, und das tat er auch; als ihre Städte ausgelöscht wurden, waren die Menschen schutzlos. Durch Luftangriffe wurden über 400 000 Menschen getötet, 800 000 verwundet; durch Angriffe, die aus militärischer Perspektive immer sinnloser wurden. Rund 1,8 Millionen Wohnungen wurden zerstört, fast fünf Millionen Menschen wurden obdachlos.

Einer ganz anderen Art Terror war die dem Luftkrieg weniger ausgesetzte Zivilbevölkerung in Deutschlands östlichen Provinzen ausgesetzt. Die Menschen mussten

bei eisigen Temperaturen von minus 20 Grad aus ihrer Heimat fliehen. Sie schlossen sich dem Flüchtlingsstrom an, der sich voller Angst und Schrecken nach Westen schob, als die Rote Armee ins Reich einbrach. Fast eine halbe Million Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, starben auf ihrer verzweifelten Flucht aus dem zum Untergang verurteilten deutschen Osten. Für viele deutsche Frauen entlang des Wegs der Roten Armee bedeutete die letzte Phase des Krieges Gewalt gegen ihren Körper; schätzungsweise wurde jede fünfte von ihnen von sowjetischen Soldaten vergewaltigt. Währenddessen kamen

jeden Tag in den letzten Kriegsmonaten durchschnittlich 10 000 deutsche Soldaten ums Leben.

So wie der Blutzoll von Bevölkerung und Soldaten in astronomische Höhen stieg, bekam der Krieg für die Deutschen eine neue Bedeutung. Sie begannen sich als Opfer zu sehen. Für die Katastrophe machten sie Hitler und die NS-Führung verantwortlich, die Alliierten für die Verwüstung ihres Landes und noch einmal – im Kreis verstockter Antisemiten – sogar die Juden, die nämlich den Krieg herbeigeführt hätten. »Wir selbst glauben, dass wir getäuscht, in die

Irre geführt, missbraucht wurden«, sagte ein ehemaliger General kurz nach dem Krieg und brachte damit ein weit verbreitetes Gefühl zum Ausdruck. Die traumatisierten Deutschen nahmen sich als Opfer wahr, suchten nach Sündenböcken – und übersahen, dass sie selbst zu Millionen Hitler zugejubelt hatten, als dieser noch erfolgreich war, dass sie selbst dann noch über die Siege der Wehrmacht hocherfreut waren, als zahllose Europäer unter dem NS-Joch Elend und Sklaverei, Tod und Vernichtung erlitten. Auch wenn es Jahre brauchte, bis die moralische Katastrophe in ihrer ganzen

Dimension erkannt wurde, war diesmal wenigstens, im Vergleich zu 1918, die Niederlage total, absolut und endgültig.

Was bleibt?

Die Menschen hatten eine Hölle auf Erden durchlitten. Und es waren die direkten Erfahrungen, in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, die darüber bestimmten, welche Bedeutung der Krieg für sie bekam. Spätere Generationen sind in der Lage, dessen bleibende Bedeutung

etwas klarer zu sehen und zu erkennen, welche einschneidende Zäsur er in der Geschichte des 20. Jahrhunderts markiert.

Das definitive Ende des Faschismus war eine offensichtliche Konsequenz; er war keine bedeutende politische Kraft mehr. Aus dem Ersten Weltkrieg war eine Trias konkurrierender Ideologien und Machtkonstellationen hervorgegangen – liberale Demokratie, Kommunismus, Faschismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben nur die beiden ersten in Gestalt rivalisierender politischer Systeme übrig. Die totale

militärische Niederlage und die zunehmende Enthüllung der beispiellosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Faschisten begangen hatten, hatten deren Ideologie, sieht man von der schwindenden Zahl politisch weitgehend machtloser Bewunderer ab, völlig in Misskredit gebracht.

Eine wesentliche Folge des Zweiten Weltkriegs war die Neuordnung der geopolitischen Struktur Europas. Der Erste Weltkrieg war zu Ende gegangen mit dem revolutionären Aufruhr in Russland (das bald zur Sowjetunion wurde) samt anschließendem

Bürgerkrieg und außerdem damit, dass die USA von Europa abrückten, sich weigerten, in den Völkerbund einzutreten und sich in den Isolationismus zurückzogen. Der Zweite Weltkrieg endete damit, dass die Grenzen der sowjetischen Einflussphäre, die im Großen und Ganzen auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 festgelegt worden waren, weit nach Westen verschoben wurden, bis hinein nach Deutschland. Die Sowjetunion war, mit ihrem militärischen Sieg im Rücken, auf dem besten Weg, zur Supermacht zu werden. Die Vereinigten Staaten, die gestützt auf ihren mächtigen

militärisch-industriellen Komplex (seinerseits ein Produkt des Krieges) bereits während des Kriegs zur Supermacht geworden waren, hatten ihre eigene Herrschaft in Westeuropa begründet und sollten, anders als 1918, für lange Zeit präsent bleiben. Der Erste Weltkrieg hatte Reiche zerstört und durch krisengeschüttelte Nationalstaaten ersetzt. Der Zweite brachte ein Europa hervor, das in der Mitte zwischen den beiden von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten geführten Blöcken geteilt war. Von nun an wurden nationale Interessen den geopolitischen Belangen der beiden entstehenden

Supermächte untergeordnet.

Für die Völker Osteuropas, die unter dem sechsjährigen Weltenbrand am meisten gelitten hatten, blieb von diesem Krieg, dass eine Tyrannei durch eine andere ersetzt wurde. Die Länder des Ostens, die die Rote Armee als ihren Retter vor dem NS-Terror gesehen hatten, gerieten nun in eine jahrzehntelange Unterdrückung durch die Sowjetunion. Stalin gab nicht wieder auf, was mit so viel Blutvergießen gewonnen worden war. Daran war nichts zu ändern, und die Westalliierten stimmten dieser neuen Teilung Europas zu. Eine andere

Wahl hatten sie nicht, es sei denn, sie hätten sich gegen ihren ehemaligen Verbündeten gerichtet und einen weiteren Krieg geführt. Dazu waren sie weder militärisch noch wirtschaftlich noch psychologisch in der Lage – für die Völker Osteuropas ein schwacher Trost.

Den Nationen Westeuropas brachte der Krieg einen Neuanfang, den man zunächst schwerlich wahrnahm, wenn man 1945 über die Ruinen der Städte blickte. Noch während die Bomben ihr Zerstörungswerk verrichteten, waren Planungen für den Wiederaufbau Europas im Gange, wobei die Fehler

vermieden werden sollten, die den Kontinent nach 1918 heimgesucht hatten. Während Osteuropa sich unter der Sowjetherrschaft und unter den Vorzeichen der staatssozialistischen Wirtschaft abschottete, brachte der Wiederaufbau Westeuropas dem kapitalistischen Unternehmertum eine Blütezeit. Der Krieg hatte Europa nicht nur politisch, er hatte es auch wirtschaftlich geteilt.

Im Prozess der Neuordnung Europas war die fundamentale Schwäche der drei »Großmächte« Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die den Kontinent einst

beherrscht hatten, nicht mehr zu übersehen. Großbritannien hatte sich mit diesem Krieg wirtschaftlich ruiniert, sein Großmachtstatus war empfindlich angeschlagen. Während des Krieges wurde es noch von seinem Weltreich unterstützt. Die Schwäche des Empire aber blieb den Völkern in den Kolonien nicht verborgen, zunehmend suchten sie nun ihre Unabhängigkeit. So bröckelten die ohnehin schwankenden Fundamente der Kolonialherrschaft mehr denn je. Frankreichs Nationalstolz hatte in der Niederlage von 1940 einen gewaltigen Schlag erlitten, einen

Schlag, der auch durch das mutige Handeln der Résistance kaum auszugleichen war, so viel Aufhebens im Nachhinein darum auch gemacht wurde. Die französischen Kolonien richteten ihren Blick ebenfalls auf die Unabhängigkeit und waren nicht mehr willens, sich auf unabsehbare Zeit von Paris regieren zu lassen.

Deutschland, das 1918 besiegt, aber nicht zerstört worden war und einen schwelenden Hass in sich trug, der später den Weg für Hitlers Aufstieg zur Macht bereitete, war dieses Mal restlos vernichtet. Nach den Vereinbarungen von Jalta wurde Deutschland in vier

Besatzungszonen aufgeteilt – eine britische, eine amerikanische und eine sowjetische Zone, zu der später eine französische hinzukam – und war ein völlig ruiniertes Land, wirtschaftlich und politisch zerschlagen und ohne nationale Souveränität. Dies markierte das Ende der »deutschen Frage«, die europäische Politiker seit Bismarck beschäftigt hatte. Nach der Niederlage wurden der preußische Staat, die beherrschende Macht im Reich, aufgelöst, ebenso die deutsche Wehrmacht (die Gefahr, dass der deutsche Militarismus noch einmal sein Haupt hob, sollte gebannt

werden). Die Industrie, die das wirtschaftliche Rückgrat von Deutschlands Herrschaft gebildet hatte, kam unter alliierte Kontrolle. Die großen Güter im Osten, die Heimat eines Großteils der deutschen Aristokratie, waren auf immer verloren, da die Grenzen nach Westen verschoben wurden. Deutschland, einst von aller Welt für seine Kultur und Wissenschaft bewundert, war moralisch auf einen Pariastatus reduziert, wobei die Abrechnung mit der deutschen Führung in den Kriegsverbrecherprozessen, die die siegreichen Alliierten abhielten, erst

noch kommen sollte.

Bis der immense Zivilisationsbruch wirklich erkannt wurde und die gebührende zentrale Stellung im Verständnis des Zweiten Weltkriegs und seines Erbes bekam, sollte es Jahre dauern. Die deutsche Politik des Völkermords hatte die ethnischen Siedlungsmuster insbesondere in Osteuropa weitgehend verändert. Mit der Vernichtung der Juden war eine reiche, Jahrhunderte alte Kultur ausgelöscht worden. Auch die von den Deutschen und ihren Verbündeten ergriffenen Maßnahmen zur »ethnischen Säuberung« hatten

bleibende Wirkung – und haben mancherorts, wie in Jugoslawien, ein Erbe von Feindseligkeit und Groll hinterlassen, das selbst Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft nicht tilgen konnten. Die in Osteuropa ansässigen Deutschen waren vertrieben worden, erst durch Stalins brutales Vorgehen, dann in den Jahren direkt nach dem Krieg durch die wilden »Säuberungs«-Aktionen von Polen, Tschechen, Ungarn und Rumänen. Zum Zivilisationsbruch hatten aber vor allem die Deutschen mit ihrem Versuch beigetragen, allein aus rassistischen Gründen die Juden Europas physisch zu vernichten. Dass

im Mittelpunkt dieses gewaltigen Krieges ein rassenpolitisches Projekt stand, ein Völkermord, sollte mit der Zeit als dessen definierendes Merkmal betrachtet werden.

Die moralische Frage, wie diese Katastrophe möglich war, wie Europa in diesen Abgrund der Unmenschlichkeit stürzen konnte, sollte den Kontinent für Generationen beschäftigen. Deutlicher als alle Ereignisse zuvor hatte dieser Krieg gezeigt, wozu Menschen fähig sind, wenn alle rechtlichen Grenzen des Handelns beseitigt sind oder für inhumane Zwecke verbogen werden. Deutlicher als alles andere

symbolisierten die Konzentrationslager den Alptraum einer Welt, in der die menschliche Existenz nichts zählt und allein Willkür über Leben und Tod entscheidet. In Europa war für unzählige seiner Bürger eine Hölle auf Erden geschaffen worden, und immer deutlicher setzte sich die Einsicht durch, dass Europa damit nahe daran gewesen war, sich selbst zu zerstören. Wenn aber klar war, dass sich der Kontinent auf dem Weg zur Selbstzerstörung befunden hatte, dann war ein ganz neuer Anfang nötig.

Mit der deutschen Kapitulation

am 8. Mai 1945 war der europäische Krieg zu Ende gegangen, doch kämpften europäische Soldaten drei weitere Monate im Fernen Osten, bis sich auch die Japaner bedingungslos ergaben. Erst mit Japans totaler Niederlage war der Weltkrieg wirklich zu Ende. Dieses Ende wurde durch ein Ereignis beschleunigt, das in den kommenden Jahrzehnten mehr als jedes andere die Zukunft Europas und der übrigen Welt bestimmte: der Abwurf einer Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima am 6. August, worauf drei Tage später der ähnlich verheerende Angriff auf Nagasaki folgte. Um die Atombombe

herzustellen, hatten die Amerikaner vier Jahre lang gewaltige Mittel aufgebracht und die bahnbrechenden Forschungen von Atomphysikern genutzt. Zum Glück waren die Deutschen bei ihren Forschungsanstrengungen weit zurückgeblieben. Der Abwurf der Atombombe veränderte die Grundlagen der politischen und der militärischen Macht, damit zugleich die Art und Weise, in der man sich Kriege vorstellen konnte.

Künftig würde es unmöglich sein, Krieg durch Abnutzung und Massengemetzel zu führen, so wie im Ersten Weltkrieg an der Somme, so

wie im Zweiten bei Stalingrad. Ein künftiger Krieg in Europa würde Zerstörung bringen in einer Größenordnung, die selbst im Zweiten Weltkrieg nicht annähernd erreicht wurde. Wer die Atombombe besitzt, hat eine furchtbare Waffe in der Hand – eine Waffe, die es mit immer wirkungsvollerer nuklearer Vernichtungstechnik erlaubt, ein ganzes Land auf Knopfdruck zu vernichten. So waren Europa und die übrige Welt – und damit sind wir beim eigentlichen Vermächtnis dieses Krieges – der permanenten Bedrohung durch Waffen beispielloser Zerstörungskraft

ausgesetzt. Von jetzt an mussten die Europäer lernen, im Schatten der Bombe zu leben und sich mit der Gefahr nuklearer Vernichtung auseinanderzusetzen. Die atomare Pilzwolke wurde zum Symbol eines neuen Zeitalters. Es war ein Wendepunkt für die ganze Welt.

NEUN

LAUTLOSE
ÜBERGÄNGE
IN DUNKLEN
JAHRZEHNTE

Die Geschichte wehrt sich gegen
ein Ende, ebenso wie die Natur
ein Vakuum scheut; die
Erzählung unserer Tage ist ein

Satz, der überläuft, jeder Punkt
ein embryonales Komma.

Mark Slouka, *Essays from the Nick of Time.
Reflections and Refutations* (2010)

Die 30 Jahre, in denen Europa wild
entschlossen schien, sich selbst zu
zerstören, waren so verheerend, so
sehr von massiven Ein- und
Umbrüchen bestimmt, dass
Kontinuitäten langfristiger
sozioökonomischer Wertesysteme,
auch kulturelle Entwicklungslinien
kaum auszumachen sind. Unter der
Oberfläche von Europas dunklem
Zeitalter jedoch ging das Leben der

Menschen weiter, veränderte sich in lautlosen Übergängen oder nahm neue Formen an, ungebrochen, wenn auch nicht unberührt von den Erschütterungen.

Jenseits der unpersönlichen langfristigen Determinanten des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels lagen die Werte und Überzeugungen, mit denen die Menschen ihr Leben führten und die noch immer und überwiegend die Domäne der christlichen Kirchen waren. Ein Großteil der für das damalige politische und gesellschaftliche Denken wesentlichen Strömungen entzog sich

jedoch dem Einfluss der Kirchen, stand sogar im Gegensatz zu diesen. Wie reagierten Europas intellektuelle Eliten auf das, was sie als Krise der - Zivilisation wahrnahmen? Waren Arbeit, Reflexion und (manchmal) Gebete getan und verrichtet, blieb ein vierter Bereich übrig: Freizeit und Vergnügen, die von dem sich rasch wandelnden Gebiet der populären Unterhaltung bedient wurden. Diese vier Bereiche – wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel, die Rolle der christlichen Kirchen, die Reaktion der Intellektuellen und die »Kulturindustrie« – weisen jeweils Kontinuitäten und Übergänge auf, die

auf die Welt der Nachkriegszeit bedeutende Auswirkungen hatten.

Wirtschaft und Gesellschaft: Die Dynamik des Wandels

Durch all den Schrecken hindurch, der Europa zwischen 1914 und 1945 heimsuchte, wurden sich Wirtschaft und Gesellschaft der europäischen Länder doch ein wenig ähnlicher. Natürlich bestanden weiterhin große Unterschiede, besonders nationaler, ethnischer, regionaler und (oft die anderen überlagernd) religiöser Art.

Sie vor allem bestimmten das Identitätsgefühl, mehr jedenfalls als Klassen- oder Schichtzugehörigkeit. Nur sehr wenige Europäer – nimmt man den Militärdienst aus – hatten die Gelegenheit, andere Länder zu sehen, was das Nationalbewusstsein (und die Vorurteile, die es begleiteten) steigerte. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der zersplitterte Kontinent noch stärker als zuvor von den Nationalstaaten beherrscht (die zum Teil von extremem Nationalismus getrieben waren). Hinzu kam, dass sich – am auffälligsten in Russland, Italien und in Deutschland – Herrschaftssysteme

mit ganz unterschiedlichen und unvereinbaren Wirtschaftsmodellen herausbildeten. Dies alles trieb die Länder eher auseinander, als sie einander näher zu bringen. Auch brachten die beiden Weltkriege, das versteht sich von selbst, ganz eigene Verwerfungen und Divergenzen mit sich.

Und doch lagen den Ereignissen wesentliche Entwicklungsmuster zugrunde, die über die politischen Besonderheiten und Spaltungen hinausgingen (oder von diesen allenfalls vorübergehend außer Kraft gesetzt wurden). Die entscheidende dynamische Kraft waren die

langfristigen Auswirkungen der Industrialisierung, die Europas verschiedene Regionen in unterschiedlichem Umfang und Tempo erfassten. Die daraus folgenden Veränderungen zogen praktisch den ganzen Kontinent in Mitleidenschaft, machten jedenfalls an nationalen Grenzen nicht Halt. Selbst die am wenigsten entwickelten Länder bekamen diese Veränderungen in der einen oder anderen Art zu spüren – indem sie Neuerungen, die anderswo bereits im Gange waren, importierten, kopierten oder assimilierten. Die Kluft zwischen den reicheren,

wirtschaftlich fortgeschritteneren
Teilen West- und Nordeuropas und
dem ärmeren Süden und Osten
verringerte sich in der ersten Hälfte
des 20. Jahrhunderts kaum. Die
Entwicklungstendenzen aber – in
Demographie, Urbanisierung,
Industrialisierung,
Beschäftigungsformen, sozialer
Sicherheit, Bildung und sozialer
Mobilität – waren im Großen und
Ganzen ähnlich.

Bevölkerung

Trotz zweier Weltkriege, zahlreicher

Bürgerkriege, politisch verursachter Hungersnöte, wirtschaftlicher Rezession und »ethnischen Säuberungen« in großem Maßstab nahm die Bevölkerung Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiterhin beträchtlich zu (allerdings nicht ganz so schnell wie im halben Jahrhundert zuvor). 1913 lebten fast 500 Millionen Menschen in Europa; 1950 waren es knapp 600 Millionen. Dieses Wachstum verlief natürlich nicht überall gleich. Politische und militärische Faktoren hatten offensichtlichen Einfluss auf einige Teile des Kontinents. 1946 zählte die Sowjetunion 26 Millionen weniger

Einwohner als 1941. Auch die deutschen Bevölkerungsstatistiken lassen die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise deutlich erkennen. In beiden Ländern zeigte sich aber auch, dass der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend war, selbst wenn über Jahre ein beträchtlicher - Frauenüberschuss bestand. Wirtschaftliche Rückständigkeit beeinflusste ebenfalls demographische Muster. Die irische Bevölkerung zum Beispiel schrumpfte, als viele junge Leute ihre Heimat verließen, um Arbeit zu

finden, die meisten in Großbritannien.

Generell jedoch stiegen die Bevölkerungszahlen. Das lag vor allem an stark sinkenden Sterberaten, ein Trend, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte und sich in der ersten Hälfte des 20. beschleunigte. Auch die Geburtenraten sanken, aber langsamer als die Sterberaten. 1910 betrug die Lebenserwartung in Nordwesteuropa rund 55, in Russland 37 und in der Türkei weniger als 35 Jahre. 40 Jahre später konnten die meisten Menschen auf dem Kontinent mit einer Lebenserwartung von 65

oder mehr Jahren rechnen. Zu Beginn des Jahrhunderts waren die Geburts- und Sterberaten in Ost- und Südeuropa am höchsten. Um 1950 war der Abstand zu Nord- und Westeuropa erheblich kleiner geworden. Trotz der Schrecken, die das Land zu ertragen hatte, sank die Sterberate sogar in Russland beträchtlich, von 28 pro 1000 Einwohner zur Zarenzeit auf 11 pro 1000 im Jahr 1948.

Der Rückgang der Sterberate ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass der öffentlichen Hygiene, den Wohnverhältnissen, der Gesundheitserziehung und – fürsorge

für Mütter (was erheblich zum Rückgang der Kindersterblichkeit beitrug) mehr Aufmerksamkeit - geschenkt wurde. Im Allgemeinen erfreuten sich die Menschen in Europa im Lauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer deutlich besseren Gesundheit, gleichwohl war auch das abhängig vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder. Der in den 1920er Jahren sprunghaft gestiegene, oft staatlich geförderte Wohnungsbau (von dem in Kapitel vier die Rede war) linderte Verwahrlosung und Überfüllung, brachte Verbesserungen in Kanalisation, Wasserversorgung und

Hygiene. Auch die bescheiden steigenden Reallöhne und bessere Ernährung (mehr Fleisch im Verhältnis zu Getreideprodukten) ließen die Sterberate sinken. Die Aufmerksamkeit, die man in den relativ fortgeschrittenen Ländern Nordwesteuropas dem öffentlichen Gesundheitswesen widmete, wurde auch im Osten und Süden des Kontinents übernommen. Dort aber, wo zur Verbesserung rückständiger sanitärer Verhältnisse, der mangelhaften persönlichen Hygiene und medizinischen Versorgung wenig getan wurde, in Albanien, - Mazedonien, Süditalien und der

Türkei, blieben die Sterberaten unverhältnismäßig hoch.

Die Fortschritte der Medizin und in der medizinischen Versorgung trugen zu sinkenden Sterberaten bei, indem sie die Gefahr eines frühzeitigen Todes durch ansteckende Krankheiten stark verminderten. Die medizinischen Fortschritte bestanden weniger in verbesserten chirurgischen Techniken (obwohl die Wiederherstellungschirurgie im Ersten Weltkrieg ein gutes Stück vorankam) als in der Behandlung von Wunden und der Entwicklung von Arzneimitteln zur Bekämpfung von

tödlichen Krankheiten wie Tuberkulose und Grippe. Die Grippeepidemie am Ende des Ersten Weltkriegs forderte mehr Todesopfer als das Gemetzel auf den Schlachtfeldern. Vor allem Kinder waren anfällig für Magen- und Darmerkrankungen, die Sterblichkeit von Neugeborenen blieb hoch. Dann aber kamen Sulfonamide in Gebrauch, um Infektionskrankheiten zu bekämpfen, es gab Schutzimpfungen gegen Tetanus und Diphtherie, Medikamente gegen Malaria. Penicillin (zunächst entwickelt, um Wundinfektionen vorzubeugen) wurde gegen Ende des

Zweiten Weltkriegs allgemein verfügbar, allerdings nur für die Westalliierten. Nach dem Krieg fanden Schutzimpfungen eine weite Verbreitung. In ländlichen Gebieten Südeuropas, wo die Staaten wenig zur Verbesserung der Lebensbedingungen und des Gesundheitswesens unternommen hatten, blieb die Malaria weiterhin ein großes Problem, mancherorts bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch selbst hier bekam man Infektionskrankheiten allmählich unter Kontrolle. Zum Beispiel sanken in Italien die Malariafälle von 234 000 im Jahr 1922 auf unter 50 000 im Jahr

1945; um 1950 war die Krankheit fast gänzlich besiegt.

In den ärmeren, weniger entwickelten Regionen des Kontinents blieb entgegen dem allgemeinen Trend die Zahl der Nachkommen weiterhin hoch. Erst in den 1920er Jahren begann die Geburtenrate auch in Russland, Spanien und Portugal zu sinken, in Süditalien und der Türkei sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Türkei lag die Geburtenhäufigkeit zwischen den Kriegen bei fünf Kindern pro Mutter, während sie in den meisten Regionen Europas in dieser Zeit auf etwa zweieinhalb

Geburten gesunken war, in einigen Ländern sogar unter zwei (das heißt, die Geburtenrate reichte zur Reproduktion der Bevölkerung nicht mehr aus; nur durch Einwanderer ließen sich Bevölkerungszahlen stabil halten). Sinkende Geburtenraten ließen Ängste vor dem Niedergang der Nation aufflammen, vor allem in Frankreich (wo die Geburtenrate schon früh zu sinken begonnen hatte), in den skandinavischen Ländern und nicht zuletzt in Italien und Deutschland, wo solche Ängste der faschistischen Ideologie in die Hände spielten. Die Verbreitung von Geburtenkontrolle und die Erziehung

zur Familienplanung (zu der auch höhere Bildungsstandards beitrugen) spielten für den Rückgang der Fertilitätsraten eine große Rolle. In Westeuropa wurden rund 90 Prozent der Kinder ehelich geboren (noch waren uneheliche Geburten sozial geächtet), und die Heiratshäufigkeit blieb ziemlich stabil (abgesehen von einem kurzfristigen Boom in den späten 1930er Jahren). Der entscheidende Faktor war schlicht, dass sich die Ehepaare entschlossen, weniger Kinder zu haben – eine Tendenz, zu der auch die zunehmende Berufstätigkeit junger Frauen beitrug. In katholischen

Regionen und ärmeren ländlichen Gebieten in Ost- und Südeuropa setzte sich das allgemeine Muster abnehmender Geburtenraten nur allmählich durch – in Westeuropa bildete die relative Größe der ländlichen Bevölkerung Irlands eine Ausnahme vom generellen Trend –, doch die Richtung war die gleiche, und die Angleichung vollzog sich rascher, sobald die Modernisierung der Wirtschaft voranschritt.

Der Krieg beförderte wesentliche Veränderungen in Europas Gesellschaften und seiner Wirtschaft, wenn er sie nicht sogar direkt auslöste. Landflucht in

industrialisierte Gebiete und aus Süd- und Osteuropa in den Westen des Kontinents waren ein Merkmal – eine langfristige Entwicklung, die durch die Zwänge des Krieges enorm verstärkt wurde. Die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen durch Krieg und »ethnische Säuberungen« waren kurzfristige Folgen politischer Umwälzungen, hatten aber langfristige Konsequenzen.

Vor dem Ersten Weltkrieg war die Auswanderung in die Vereinigten Staaten ein Ausweg aus der zermürbenden Armut der ärmsten Gegenden Europas gewesen. Als die Vereinigten Staaten jedoch Anfang

der 1920er Jahre strenge Einwanderungsquoten einführten, wurde der Exodus zu einem Rinnsal. Die Menschen, die ein besseres Leben suchten oder flohen, weil sie verfolgt wurden, mussten sich nun innerhalb Europas eine neue Heimat suchen. Das trieb Wirtschaftsmigranten und Arbeitssuchende in die aufblühenden Industrieregionen. Während der Weltwirtschaftskrise nahm die Landflucht, ein bedeutsames Kennzeichen der wiedererstarkenden Wirtschaft in den 1920er Jahren, ab, verebbte aber nicht völlig.

Die Landbevölkerung schrumpfte überall. Hatte die Landwirtschaft

1910, bezogen auf ganz Europa, noch einen Anteil von 55 Prozent an der allgemeinen Wirtschaftsleistung, so fiel dieser um 1950 auf 40 Prozent. Die größte Veränderung von der Agrar- zur industriellen Produktion fand in Russland statt, sie verursachte die Hälfte des relativen Gesamtrückgangs der Landwirtschaft. Die ländliche Bevölkerung jedoch schrumpfte in allen Ländern. Das industrialisierte Böhmen holte sich Arbeiter aus der ländlichen Slowakei; Mailand und Turin zogen Migranten aus Süditalien an, und Polen übersiedelten aus dem Süden und Osten des Landes in die

sich rascher industrialisierenden westlichen Regionen. Und viele Ost- und Südeuropäer fanden feste Arbeitsplätze in den wachsenden Industrien Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande. Frankreich, dessen Bevölkerungszahl stagnierte (bis in den Zweiten Weltkrieg, dann stieg sie wieder steil an), hatte in der Zwischenkriegszeit den größten Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. 1931 waren etwa acht Prozent der französischen Bevölkerung Einwanderer, rund 3,3 Millionen Menschen, die kurz zuvor ins Land gekommen waren.

Die langfristigen

Verschiebungen – von ländlichen in städtische Gebiete, von der Landwirtschaft zur Industrie, vom Süden und Osten in den Norden und Westen – wurden durch den Zweiten Weltkrieg erheblich verstärkt. In Deutschland, wo Vollbeschäftigung herrschte, gab es 1939 trotz der fremdenfeindlichen Ideologie des Staates fast eine halbe Million ausländische Arbeitskräfte. Etwa die Hälfte von ihnen – Polen, Italiener, Jugoslawen, Ungarn, Bulgaren und Holländer – arbeiteten, häufig saisonweise, auf dem Land (wo der Arbeitskräftemangel besonders groß war), aber auch die Industrie nahm

viele ausländische Arbeiter auf, vor allem aus der Tschechoslowakei. Während des Krieges erhöhte sich die Zahl der Ausländer wegen der immer dringenderen Nachfrage nach Arbeitskräften beträchtlich (ein Drittel von ihnen waren Frauen), insbesondere ab 1942. Die meisten allerdings waren zu besonders harter Arbeit zwangsverpflichtet. Mitte 1944 stellten die 7 651 970 Ausländer (davon 1 930 087 Kriegsgefangene) über ein Viertel aller Arbeitskräfte in Deutschland.

Deutschland konnte für seinen Arbeitskräftebedarf ein Reich ausbeuten, das sich über fast den

gesamten Kontinent erstreckte (und es machte davon auf äußerst rücksichtslose Art und Weise Gebrauch). Eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften bestand aber in allen kriegführenden Ländern. Viele der Jobs, die zuvor von Männern verrichtet worden waren, die nun zur Front mussten, wurden von Frauen übernommen. Das war auch im Ersten Weltkrieg so gewesen, doch der Wandel hatte nur für kurze Zeit gehalten. Sobald die Männer aus den Kämpfen zurückgekehrt waren, wurden die Frauen wieder vom Arbeitsmarkt verdrängt. Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde diese

Veränderung dauerhafter. In Großbritannien war die Arbeitslosigkeit verschwunden, die in der Zwischenkriegszeit endemisch schien. Hausfrauen und zuvor nicht berufstätige Frauen (oder Frauen, die ihre Jobs als Hausangestellte aufgegeben hatten) stellten über drei Viertel der zusätzlichen Arbeitskräfte. In der Sowjetunion, wo viele Frauen bereits vor dem Krieg berufstätig gewesen waren, stellten sie 1942 über die Hälfte aller Arbeitskräfte.

Die unerwartetsten und heftigsten internen Bevölkerungsverschiebungen im

Europa der ersten Jahrhunderthälfte waren natürlich nicht einfach Folgen langfristiger Arbeitsmarkttendenzen, selbst wenn diese durch die Nachfrage der Kriegswirtschaft verstärkt wurden. Viel drastischer waren die politisch und militärisch bedingten Umwälzungen der Bevölkerungsstruktur, besonders in Osteuropa, obwohl auch der Spanische Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1938 zwei Millionen Flüchtlinge zur Folge hatte. In der östlichen Hälfte des Kontinents wurden während des Ersten Weltkriegs beziehungsweise unmittelbar danach fast acht Millionen Menschen

vertrieben, zumeist aufgrund von Gebietsverlusten, Grenzverschiebungen und ethnischen »Anpassungen« neu entstehender Staaten. Bis zu einer oder gar anderthalb Millionen Armenier haben die Türken 1915 im Zuge der grauenhaften Deportationen vertrieben, die meisten von ihnen kamen um. Fast eine Million Griechen und Türken mussten wegen des Bevölkerungsaustauschs von 1923 gewaltsam ihre jeweilige Heimat verlassen und umsiedeln. In Russland, das von dem Bürgerkrieg verwüstet war, der direkt auf Krieg und Revolution folgte, wird die Zahl

der Toten und der zur Flucht gezwungenen Menschen auf über zehn Millionen geschätzt. Weitere Millionen kamen während der Zeit der stalinistischen Kollektivierung und der Säuberungen in den 1930er Jahren um oder wurden vertrieben; 1941 dann waren es erneut einige Millionen, die vor der Wehrmacht nach Osten flohen. Zu weiteren Abwanderungen kam es, als Stalin 1941 Massendeportationen von denjenigen durchführen ließ, die er zum Sicherheitsrisiko erklärt hatte, zum Beispiel von 400 000 Wolgadeutschen in die sowjetischen Ödflächen Zentralasiens und Sibiriens

(später kam es zu Massendeportationen von Krimtartaren sowie Kalmücken, Inguschen, Karatschaiern, Balkaren und Tschetschenen aus dem Kaukasus – insgesamt etwa eine Million Menschen).

Ende 1941 eskalierte der Mord an den europäischen Juden. Hunderttausende Flüchtlinge aus NS-Deutschland, die meisten von ihnen Juden, hatten vor dem Krieg Hilfe in anderen Ländern gesucht (die sie nur widerstrebend aufnahmen). Etwa die Hälfte von ihnen fand einen Weg ins Ausland, die meisten in die Vereinigten Staaten oder nach

Palästina. Der Krieg jedoch hat diese Fluchtwege blockiert. Ungefähr 5,5 Millionen Juden kamen im Zuge der anschließenden deutschen Vernichtungspolitik um. Nach dem Zweiten Weltkrieg führten Grenzverschiebung und Vertreibung nochmals zu großen Bevölkerungsbewegungen. Ein Drittel der Bevölkerung der neuen Bundesrepublik Deutschland von 1950 zum Beispiel war nicht auf deren Gebiet geboren. Dieser Bevölkerungszustrom leistete einen wichtigen Beitrag zum westdeutschen Aufschwung nach dem Krieg.

Die nüchternen Statistiken der Bevölkerungsverschiebung sind, wie alle makroökonomischen Daten, gänzlich unpersönlich. Sie sagen nichts über Tod, Zerstörung, Leid und Elend, die sich hinter ihnen verbergen. Dennoch sind solche Zahlen bedeutsam, insofern sie den Wandel bezeichnen, der Europas Charakter im 20. Jahrhundert veränderte. Ebenso unpersönlich sind die Daten, die nach verschiedenen Kriterien zeigen, dass in der katastrophalen ersten Jahrhunderthälfte die Lebensstandards in Europa tatsächlich stiegen – zumindest für

die Mehrheit derjenigen, deren Leben nicht durch Kämpfe, Luftangriffe, Plünderungen oder bewusst mörderische Politik beendet oder zerstört wurde. Neben der steigenden Lebenserwartung und den um mehr als 25 Prozent gewachsenen Pro-Kopf-Einkommen verfügte die Mehrheit über mehr Kaufkraft, die durchschnittliche Körpergröße nahm um rund vier Zentimeter zu (ein Indikator für bessere Ernährung und höheres Einkommen) und das allgemeine Bildungsniveau stieg. Obwohl solche Trends natürlich beachtliche, durch Krieg und Not verursachte Unterschiede verbergen,

galten sie dennoch mehr oder weniger für ganz Europa. Die vor dem Ersten Weltkrieg gering entwickelten Regionen Süd- und Osteuropas zeigten vor dem Zweiten Weltkrieg deutliche Zeichen der Annäherung an die fortgeschritteneren westlichen Regionen des Kontinents.

Krieg und Ökonomie: Lektionen aus der Vergangenheit

Die beiden Weltkriege waren katastrophale, aber vergleichsweise kurze Unterbrechungen der

langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die durchschnittlichen Wachstumsraten der meisten europäischen Staaten fielen in der verheerenden Zeit von 1914 –45 niedriger aus als vor dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Um sich zu erholen, brauchten die im Ersten Weltkrieg besiegten Länder ungefähr ein Jahrzehnt. Aber sie erholten sich, und das Wachstum setzte sich fort, wenn auch langsamer als vor dem Krieg. Hätte sich das Wachstum der Zeit vor 1914 ungebrochen fortgesetzt, dann wäre, so schätzt man, der Stand der weltweiten Produktion im Jahr 1929

an Nahrungsmitteln bereits 1923, an Industriegütern 1924 und an Rohstoffen 1927 erreicht worden. Selbst wenn bei solchen Extrapolationen – die hier für die weltweite, nicht bloß die europäische Produktion stehen – Vorsicht geboten ist, zeigen sie doch, dass der Krieg das Wachstum nur vorübergehend bremste, nicht langfristig umkehrte.

Die vor 1914 erreichte Globalisierung erlitt Unterbrechungen und Rückschläge, zunächst durch den Krieg, dann, während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, durch Protektionismus und wirtschaftlichen

Nationalismus. Während des Zweiten Weltkriegs sank die europäische Wirtschaftsleistung noch einmal, und große Teile der Produktion mussten natürlich auf die Waffen- und Munitionsherstellung umgestellt werden. Dieses Mal jedoch setzte die Erholung schnell ein; nach Kriegsende nahm die Produktion rasch Fahrt auf, das Wachstum vollzog sich schneller als nach dem Ersten Weltkrieg und die Ergebnisse waren dauerhafter. Man hatte gelernt, es gab die Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit, die in der Zwischenkriegszeit so sehr gefehlt hatte, jetzt aber als

wesentlich für den Wiederaufschwung akzeptiert wurde. In ganz neuen Dimensionen sollten staatliche Eingriffe für Stabilität sorgen und die Wirtschaft regulieren. Der entscheidende Faktor war die unangefochtene Vorherrschaft der US-Wirtschaft und ihres äußerst wichtigen Exports von Ideen, Technologie und Kapital. Der Grund für dieses beispiellose Wachstum in den folgenden drei Jahrzehnten wurde jedoch in Europa gelegt, in den dunkelsten Jahren des Kontinents. Denn in strikt ökonomischen Begriffen war die Bilanz von Kriegen, selbst in der

Größenordnung von 1914 –18 und von 1939 –45, nicht nur negativ. Sie hatten auch positive Folgen von bleibender Bedeutung.

So gaben die Kriegsbedingungen einen starken Impuls für wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt. Nicht nur die Diktaturen, sondern auch demokratische Staaten waren gezwungen, massiv in die Wirtschaft einzugreifen, um die enorm erweiterte Produktion der Kriegswirtschaft zu steuern. Das erforderte staatliche Investitionen in den Bausektor, in Investitionsgüter und in die Ausbildung von

Arbeitskräften, denn der Krieg schuf neue Nachfrage (die in vielen Fällen darüber hinaus anhielt), zum Beispiel nach Aluminium, das während des Zweiten Weltkriegs für die Flugzeugproduktion benötigt wurde. Schon im Ersten Weltkrieg machte die Massenproduktion von Waffen wirkungsvollere Methoden der Betriebsorganisation, des Managements und eine intensivere Mechanisierung erforderlich.

Von fortschreitender Mechanisierung zur Ertragssteigerung profitierte auch die Landwirtschaft, als den Betrieben nämlich Arbeitskräfte fehlten.

Beispielsweise wurden den britischen Bauern im ersten Jahr des Zweiten Weltkriegs rund 3000 neue Traktoren zur Verfügung gestellt, die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen aller Art kräftig erhöht. In Deutschland dagegen, wo die immer dringlichere Nachfrage nach Panzern, Kanonen und Flugzeugen wenig Produktionskapazität für Traktoren ließ, mussten die Bauern mit Familienangehörigen, ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auskommen. Hier wie in anderen Teilen des Kontinents, wo die Modernisierung der Landwirtschaft während des Krieges

noch wenig Fortschritte gemacht hatte, begannen Mechanisierung und Produktionssteigerung in der Landwirtschaft erst mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg – in der Kriegszeit selbst gab es einfach keinen Weg, die langfristig und unaufhaltsam sinkende Zahl verfügbarer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte auszugleichen.

In beiden Kriegen waren die in Wissenschaft und Technik erreichten Neuerungen beeindruckend, im zweiten mehr noch als im ersten, und das hatte langfristige Folgen. Dabei brachte der Krieg nicht notwendigerweise völlig neue

Entdeckungen hervor. Aber selbst dort, wo ein Durchbruch bereits zu Friedenszeiten gelungen war, führte die Dringlichkeit der Kriegsproduktion oft zu raschen - Fortschritten. Die Flugzeugtechnik hatte sich im Ersten Weltkrieg deutlich verbessert, auch weil der Luftkrieg als entscheidend für alle zukünftigen Kriege galt, und die Neuerungen kamen in den 1920er und 1930er Jahren dem sich ausweitenden zivilen Luftverkehr zugute. Das Düsentriebwerk, das in den 1930er Jahren zeitgleich von Frank Whittle, einem Ingenieur der britischen Royal Air Force, und dem

deutschen Ingenieur Hans von Ohain entwickelt wurde, das aber erst 1944 in Deutschland für den Jäger Me 262 in Massenfertigung ging, revolutionierte den Luftverkehr nach dem Zweiten Weltkrieg. Später baute die Raumfahrt auf der Raketentechnik auf, die Wernher von Braun und andere deutsche Wissenschaftler für die Einführung der V2-Raketen entwickelt hatten. Die Fähigkeiten von Brauns, NSDAP-Mitglied und SS-Sturmbannführer, wurden von den Amerikanern schnell erkannt, und nachdem er in die USA gebracht worden war, spielte er bei der Entwicklung des amerikanischen

Raumfahrtprogramms eine wesentliche Rolle. Die Entdeckung der Kernspaltung kurz vor dem Krieg, die zum amerikanischen Atombombenprogramm im Krieg führte, ebnete danach den Weg für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Viele weitere Innovationen der Kriegszeit oder beschleunigter Fortschritt in bereits bestehenden Techniken – etwa Radioübertragung, Radar, Kunststoffe, Computertechnik – hatten große Auswirkungen auf die Nachkriegszeit. Die Fortschritte, die zum Teil auf Pioniere der Vorkriegszeit zurückgingen, wären

zweifellos auch ohne den Krieg gemacht worden; ihre Entwicklung aber wäre aller Wahrscheinlichkeit nach viel langsamer verlaufen.

Der Zweite Weltkrieg war in weit größerem Maß als der Erste ein »totaler Krieg«, und das nicht nur für die Gesellschaften unter diktatorischer Herrschaft. Um ihre Kriegswirtschaften zu steuern, zogen führende Politiker wichtige Lektionen aus dem vorangegangenen Krieg. Sie agierten viel effizienter als ihre Vorgänger, zum Beispiel um die Inflation einzudämmen, die nicht noch einmal die destruktive Dynamik entwickeln sollte wie in einigen

kriegführenden Ländern während des Ersten Weltkriegs. In Großbritannien wurden die Steuern deutlicher erhöht als im ersten Krieg, wodurch sich der Bedarf an teuren kurzlaufenden Krediten verringerte, die Regierung stattdessen langlaufende Kredite mit niedrigeren Zinsen nutzen konnte. In Deutschland, wo noch immer eine paranoide Angst vor einer erneuten Hyperinflation fortbestand, ließen sich die Steuern gleichwohl niedriger halten als in Großbritannien, weil die schwindelerregenden Kriegskosten zum Großteil aus den besetzten Gebieten finanziert wurden.

Auch wo es um die staatliche

Regelung der
Lebensmittelversorgung der
Bevölkerung ging, rangierten
Deutschland und Großbritannien an
den entgegengesetzten Enden des
Spektrums. Die unaufhaltsam
wachsende Unzufriedenheit in
Deutschland während des Ersten
Weltkriegs, als der Lebensstandard
fiel und akuter Mangel herrschte,
war tief im politischen Bewusstsein
der NS-Führer verankert. Umso
rücksichtsloser beuteten sie
Nahrungsmittel und andere
Ressourcen des Kontinents aus, damit
sich eine solche Unzufriedenheit
nicht noch einmal entwickelte. Die

erste bedeutende Verringerung der Lebensmittelrationen nach der Winterkrise von 1941/42 war unpopulär, zu wirklich drastischen Kürzungen aber kam es erst in der letzten Kriegsphase. Den Preis hatten die besetzten Länder zu zahlen. In der Ukraine und in Griechenland nahm der Lebensmittelmangel die Dimension von Hungersnöten an, im »Hungerwinter« 1944/45 auch in Holland. Zwar wurden Lebensmittelpreise offiziell kontrolliert und Zuteilungen rationiert, doch breiteten sich unvermeidlich überall Schwarzmärkte aus. In

Großbritannien sorgten staatliche Zuschüsse und strenge Rationierungen dafür, dass die Lebensmittelpreise langsamer als die Einkommen der Bauern stiegen. Die Rationierung aller Grundnahrungsmittel außer Kartoffeln und Brot gab Anlass zu Unmutsäußerungen, wurde von der Bevölkerung jedoch im Großen und Ganzen akzeptiert und half, den sozialen Frieden zu wahren. Bei vielen Menschen war sie sogar der Gesundheit förderlich, allerdings um den Preis einer eintönigen Ernährung.

Mehr noch als im Ersten wurden

im Zweiten Weltkrieg führende Vertreter aus Wirtschaft und Industrie zur Mitarbeit in der Regierungspolitik herangezogen. Die Industriellen hatten nicht nur die Kriegsproduktion im Auge, sondern auch Planungen für die Nachkriegszeit. Selbst in Deutschland, wo das NS-Regime wie alle anderen Bereiche auch die Wirtschaft immer weiter seiner Kontrolle unterwarf und wo die alliierten Luftangriffe das Land zunehmend verwüsteten, verbanden die Industriellen ihre intensive Kollaboration im Krieg mit geheimen Planungen für den Wiederaufbau. Sie

wollten vermeiden, in den letzten Kriegsmonaten, während des Todeskampfes des NS-Regimes, in dessen sinnlose Selbstzerstörung hineingezogen zu werden, und taten sich darum mit Albert Speer zusammen, dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition, um die Zerstörung von Industrieanlagen gemäß Hitlers »Nerobefehl« vom 19. März 1945 abzuwenden. Tatsächlich war die Zerstörung der Industrie nirgends auch nur annähernd so groß wie die kriegsbedingte Verwüstung des Landes insgesamt, und die Industriellen konnten – im eigenen Interesse – ihre intensive

Mitwirkung bei Maßnahmen zur Stimulierung des Wiederaufbaus fortsetzen. Das galt mehr oder weniger auch für die anderen großen Volkswirtschaften. Die Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg hatte gewaltige wirtschaftliche Kapazitäten geschaffen, die oft schwer beschädigt, aber nicht zerstört worden waren, und es stand ein riesiges Heer von Arbeitskräften zur Verfügung, die nun nicht mehr für die Herstellung von Waffen gebraucht wurden, also dem Wiederaufbau nach dem Krieg zur Verfügung stehen würden. Das Potenzial dafür schlummerte in den

Ruinen.

Nicht nur die Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen für den Krieg, auch der Wiederaufschwung brauchte den Staat. Dieser konnte sich, beim Ausmaß der materiellen Zerstörungen in Europa, unmöglich aus der Organisation der Wirtschaft zurückziehen. Der Glaube, die Volkswirtschaften könnten sich allein durch die Kräfte des Marktes erholen, war durch den wirtschaftlichen Nationalismus der Zwischenkriegszeit erschüttert worden. Nur der Staat, darin waren sich französische und britische Planer einig, konnte das

Investitionsvolumen aufbringen, das für die gewaltigen infrastrukturellen Projekte zum Wiederankurbeln der Wirtschaft nötig war. Unter diesen Umständen konnten auch amerikanische Politiker, die eigentlich den freien Markt favorisierten, kaum Einwände erheben. In der Sowjetunion dagegen übte der Staat natürlich schon lange eine strikte Lenkung aus. Große Wohnungsbauprogramme waren zu organisieren. Die Lebensmittelknappheit erforderte ständige staatliche Kontrollen und Zuteilungen; nicht umsonst blieb die Rationierung in Großbritannien etwa

bis in die 1950er Jahre hinein in Kraft.

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaft in Europa von Staatsausgaben und staatlicher Kontrolle geprägt, wie sie in diesem Umfang in den 1920er und 1930er Jahren nie in Erwägung gezogen worden waren. Unter amerikanischem Einfluss folgte Westdeutschland jedoch nicht dem eher dirigistischen Modell, das Großbritannien und Frankreich anwandten (obgleich in Ostdeutschland die Entwicklung unter der sowjetischen Herrschaft

natürlich völlig anders verlief.) Die Erfahrungen mit strikter staatlicher Kontrolle in den zwölf Jahren NS-Herrschaft waren ein Ansporn, Einschränkungen auf dem freien Markt möglichst rasch loszuwerden, bürokratische Strukturen abzubauen und Industriekartelle zu zerschlagen. Die anfangs weitreichende staatliche Intervention und Lenkung wurde in den meisten Ländern bald zurückgefahren, da jedoch war die wirtschaftliche Erholung bereits in vollem Gang.

Folgen totaler Kriege für die

Gesellschaft

Als der Krieg zu Ende war, nötigten die Erwartungen, dass Regierungen mehr tun sollten, um die Lebensbedingungen in ihren Gesellschaften zu verbessern, ebenfalls zu staatlichen Interventionen. Ähnliche

Erwartungen waren natürlich auch im Ersten Weltkrieg geweckt, danach allerdings zumeist heftig enttäuscht worden. Nur auf einem bedeutsamen Gebiet war ein beachtlicher Fortschritt zu verzeichnen gewesen. In der Zwischenkriegszeit erweiterten die meisten der

wirtschaftlich fortgeschritteneren Länder Europas unter dem Druck der Arbeiterparteien die begrenzten Sozialversicherungssysteme, die einige von ihnen, namentlich Deutschland und Großbritannien, bereits vor 1914 eingeführt hatten. Diese Systeme waren keineswegs einheitlich, ihre Leistungen noch sehr unterschiedlich; doch sie entwickelten sich in die gleiche Richtung. Jetzt, nach einem zweiten großen Krieg, konnte kein Land den Aufbau eines umfassenden Sozialsystems verweigern. Die Erwartungen waren gestiegen, die Staaten mussten sich ihnen stellen.

Politiker aller Couleur, liberale und konservative ebenso wie Vertreter der Arbeiterbewegung, drängten, wenn auch mit unterschiedlichen Vorstellungen, auf eine Erweiterung des sozialen Netzes. Selbst unter den faschistischen Regimes hatte die Massenmobilisierung die Erwartung einer besseren Zukunft verstärkt, staatliche Sozialleistungen eingeschlossen. Nicht zuletzt die Verheißung eines höheren Lebensstandards, einer neuen Wohnung, einer umfassenden Sozialversicherung, erweiterter Freizeitangebote, ja eines Autos für jede Familie, des »Volkswagens«,

hatte einen Teil der Anziehungskraft der Nationalsozialisten ausgemacht, ähnlich wie in Mussolinis Italien.

Die Verheißungen blieben vor dem Absturz in einen verheerenden Krieg freilich weitgehend unerfüllt. Gleichwohl überlebte die Erwartung, dass der Staat einen Rahmen für materiellen Wohlstand und bessere Sozialleistungen bieten werde, den Untergang des Faschismus und wurde von den Nachkriegsregierungen aufgenommen. In Großbritannien herrschte ganz allgemein das Gefühl, die Opfer, die die Menschen im »totalen Krieg« gebracht hatten, müssten dieses Mal vom Staat

honoriert werden, indem die Vollbeschäftigung, die der Krieg gebracht hatte, weiter gesichert werden müsse, indem soziale und medizinische Vorsorge für alle da sein sollten und mit der Armut und Not der 1930er Jahre ein für alle Mal Schluss sei. 1944 verpflichtete sich die britische Regierung zu einem Programm der Vollbeschäftigung, das der Beveridge-Report zwei Jahre zuvor als Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialversicherung vorgeschlagen hatte. Die Sozialpolitik sollte, das war nicht zu übersehen, auf der Agenda der Nachkriegsregierung einen hohen

Stellenwert bekommen.

Doch sollte man den Umfang des sozialen Wandels, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa stattfand, nicht überschätzen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Frauenbewegung, vor allem ihr Kampf für das Wahlrecht, in Skandinavien und Großbritannien (wo Kampagnen der Suffragetten die Öffentlichkeit auf diese Frage aufmerksam machten) relativ stark. In den katholischen Ländern Europas waren die Frauenrechtsbewegungen jedoch viel schwächer, besonders im

Osten und Süden des Kontinents, wo liberale Formen verfassungsmäßiger Regierung kaum entwickelt waren. Im deutschsprachigen Mitteleuropa hatten feministische Bewegungen vor allem bei Mittelschichtsfrauen Anhängerinnen gefunden. Doch erreicht hatten sie nicht viel, denn sie waren eingekeilt zwischen den männlichen Domänen des reaktionären Konservatismus und des Sozialismus (der den Kampf für die Emanzipation der Frau als Nebenaspekt im umfassenden Kampf für die Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtete).

In Sachen Frauenwahlrecht

zumindest hatte bereits der Erste Weltkrieg in vielen Ländern den Durchbruch gebracht. Der wichtige Beitrag, den Frauen zu den Kriegsanstrengungen geleistet hatten, verlangte Anerkennung, weshalb sich die Einstellung zum Frauenwahlrecht änderte: In den meisten Ländern Europas durften die Frauen nach 1918 wählen. In Frankreich allerdings wurde das Frauenwahlrecht erst 1944 eingeführt, in Italien, Rumänien und Jugoslawien 1946 und in Belgien 1948. Noch später, nämlich 1952, folgte Griechenland, nach dem Ende des Bürgerkriegs dort. In der neu-

tralen Schweiz erhielten die Frauen das Wahlrecht auf Bundesebene erst 1971 (in einzelnen Kantonen sukzessive ab 1958), im kleinen Liechtenstein erst 1984.

Doch abgesehen vom Wahlrecht änderte sich am Status der Frauen in Ehe und Familie sowie am Arbeitsplatz wenig. Noch war die Gesellschaft vollständig von Männern beherrscht. Auch der Beveridge-Report änderte nichts an der Abhängigkeit britischer Ehefrauen von den Sozialversicherungsbeiträgen und –leistungen ihrer Ehemänner. Noch immer betonte die französische

Verfassung von 1946 die Mutterrolle der Frau. Auch auf dem Arbeitsmarkt blieben Frauen diskriminiert – insbesondere verheiratete Frauen, die weiterhin in erster Linie als Hausfrauen und Gebärerinnen betrachtet wurden. Die oberen Ränge der qualifizierten Berufe blieben ihnen weitgehend verschlossen. Bezahlte Arbeit fanden sie nach wie vor in klassischen Frauenberufen – als Kranken- und Altenpflegerin, Sozialarbeiterin, Grundschullehrerin, Sekretärin oder Verkäuferin.

Auch in Bildung und Ausbildung waren Frauen deutlich benachteiligt. Zwar stieg in Europa zwischen 1900

und 1940 die Zahl der Frauen, die ein Universitätsstudium absolvierten. Zugleich aber verdoppelten sich die (noch geringen) Studentenzahlen, und zu diesem Wachstum wiederum trugen die Frauen nur wenig bei. Vor dem Zweiten Weltkrieg betrug der durchschnittliche Anteil von Studentinnen an Westeuropas Universitäten weniger als ein Fünftel – höher lag er in Frankreich, Großbritannien und Irland mit mehr als einem Viertel, am höchsten, mit fast einem Drittel, in Finnland; in Spanien und Griechenland dagegen waren nur sieben bis acht Prozent der Studierenden Frauen. Dann aber

wurden viele junge Männer zu den Waffen gerufen, so dass im Zweiten Weltkrieg die Zahl der Frauen an den Universitäten zunahm. Was aber die Stellung der Frauen im Allgemeinen angeht, kamen die wirklich substanziellen Veränderungen erst Jahrzehnte später.

Auch die soziale Mobilität war bei weitem nicht so groß, wie manchmal angenommen. Da waren die ungeheure Zerstörung, die massive Unterbrechung der Weltwirtschaft, politische Umwälzungen, die sich durch das Zeitalter beider Weltkriege zogen, dazwischen noch die große Wirtschaftskrise, und all das hatte

Folgen, vor allem für den Reichtum der großen Gutsherren und Landbesitzer. Die Enteignung des Grundbesitzes war, wie sollte es anders sein, ein Prüfstein der bolschewistischen Revolution. Trotz des großen Widerstands der Landbesitzer kam es aber auch anderswo zur substantziellen Neuverteilung von Land: in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Bulgarien. Die Kriegsära insgesamt war eine massive Unterbrechung der langfristigen Trends der Akkumulation von Kapital und des wachsenden Reichtums. Doch wer vor dem Krieg Vermögen

und gesellschaftliche Stellung besessen hatte, behielt beides in der Regel auch nach Kriegsende, ausgenommen die Regionen Osteuropas, die unter die Herrschaft der Sowjetunion kamen.

In Großbritannien, das keine feindliche Besetzung erlebt hatte, waren institutionelle und soziale Kontinuität offensichtlicher als anderswo in Europa. Die gesellschaftlichen Eliten mussten allerdings durch höhere Steuern, Beschlagnahme ihres Eigentums für militärische Zwecke oder durch Vermögensverluste aufgrund von Erbschaftssteuern erhebliche

Eingriffe in ihren Besitz hinnehmen; das galt vor allem für adlige Großgrundbesitzer, den kleinen Landadel und private Eigentümer großer Kapitalvermögen. Dazu häuften sich Klagen der Reichen, dass sie kaum noch Personal und Hausangestellte fänden: Die jungen Frauen waren für die ewige Plackerei in den Haushalten der Oberschicht nicht mehr zu haben. Der adlige Lebensstil der Vorkriegszeit ging weitgehend unter. Doch der Statusverlust war wiederum nicht allzu groß; 1946/47 besaß nur ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung in England und Wales

noch immer die Hälfte aller Kapitalbeteiligungen.

In Frankreich gab es einige Veränderungen in den politischen und wirtschaftlichen Eliten. Neue Männer – Frauen blieben auch hier eine Ausnahme –, die durch ihre Rolle im Widerstand zu Ansehen gelangt waren, lösten die häufig in Verruf geratenen Politiker der Dritten Republik und die Kollaborateure des Vichy-Regimes ab. Auf lokaler Ebene jedoch herrschte Kontinuität, sobald man die schlimmsten Kollaborateure losgeworden war. Auch in Italien änderte sich an der politischen Klasse

nicht mehr viel, nachdem die Säuberungen von engagierten Faschisten direkt nach dem Krieg vorbei und die Kommunisten aus der neuen Regierung gedrängt waren. Als sich der Staub gelegt hatte, waren es die gleichen Familien wie vor dem Krieg, die die Wirtschaft kontrollierten; auch die großen *latifundia*, der Großgrundbesitz im Süden, blieb mehr oder weniger in den gleichen Händen. Wie in Frankreich jedoch und anderswo gewann auch in der italienischen Industrie eine neue, eher technokratische, unternehmerisch orientierte Klasse an Boden, während

in großen Konzernen wie Pirelli und Fiat mächtige Gewerkschaften für ein neues Betriebsklima sorgten. Leicht wird unterschätzt, wie viel sich nach dem Ende des Faschismus in der staatlichen Bürokratie und der Justiz, in der Zentralregierung wie in den Provinzen veränderte – vor allem dort, wo die Linke die Macht hatte, wie in vielen Städten Norditaliens.

Angehörige der deutschen Oberschicht hatten im Widerstand und der Verschwörung zum Attentat auf Hitler im Juli 1944 eine wichtige Rolle gespielt. Ansonsten aber hatte die Oberschicht, in der Wehrmachtsführung ebenso

überrepräsentiert wie in den Führungsrängen der SS, furchtbare Gräueltaten zu verantworten. Viele Wirtschaftsführer beteiligten sich direkt an Enteignung und rücksichtsloser Ausbeutung der besetzten Länder, profitierten von Zwangsarbeit und der Ökonomie des Völkermords. In einigen der schlimmsten Fälle wurden schließlich Strafen in den alliierten Nachkriegsprozessen verhängt. Insgesamt aber blieb über den Zusammenbruch von 1945 hinaus die Kontinuität in den westdeutschen Eliten weitgehend erhalten, sieht man von denen ab, die ihr Land durch

Krieg, Besatzung und Vertreibung verloren, eben die Grundbesitzer aus den östlichen Provinzen.

Aufs Ganze gesehen, konnten sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts halten. Erst in der zweiten Jahrhunderthälfte kam es zu größeren Veränderungen. Aufstiegsbewegungen in die Eliten blieben Ausnahmen. Deutschland freilich war ein Sonderfall unter den großen kriegführenden Mächten, hier hatten die NSDAP und ihre vielfältigen Gliederungen gewisse soziale Aufstiegschancen geboten. Ähnliches war im faschistischen

Italien zu beobachten. Doch wird der Grad sozialer Durchlässigkeit in diesen Ländern oft überschätzt; zu größeren Veränderungen kam es erst in der Nachkriegszeit. Manchmal wird auch behauptet, die Bomben hätten keine sozialen Unterschiede gekannt, hätten Reiche und Arme gleichermaßen getroffen. Am schlimmsten aber trafen die Luftangriffe die ärmeren Teile der Bevölkerung, die zusammengedrängt in überbelegten Wohnungen und Elendsquartieren der Industriestädte lebten. Die gesünderen Mittelschichtvororte und die stattlichen Häuser auf den

Landgütern hatten viel größere Chancen, unzerstört davonzukommen.

Was später »Deprivationszyklus« genannt wurde, war für die meisten vorherrschende Realität. Die Frontheimkehrer nahmen dieselben Beschäftigungen wieder auf, die sie bei ihrer Einberufung hatten aufgeben müssen. Ihre soziale Schicht verließen sie in der Regel nicht, ebenso wenig die Milieus, die ihr Leben prägten. Aufgrund der langfristigen Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt war die Zahl der Industriearbeiter gewachsen, die gewöhnlich in ärmlichen Wohnungen

nahe dem Stadtzentrum unterkamen und kaum Chancen hatten, in die Mittelschichten und qualifizierten Berufe aufzusteigen. Als sich jedoch in ganz Europa, wenn auch unterschiedlich schnell, der Dienstleistungssektor ausdehnte, wuchsen auch die Chancen, in untere und mittlere Angestellten- oder Verwaltungstätigkeiten aufzusteigen. Weiterhin sehr begrenzt blieben die Ausbildungsmöglichkeiten für sozial Schwache. In ländlichen Gebieten waren der Bevölkerungsrückgang, die Abwanderung junger Leute aus den Dörfern und das Schrumpfen der Landarbeiterschaft Zeichen für einen

langfristigen Wandel, den die Anforderungen der Kriegswirtschaft dann noch verstärkten. Auf den Höfen in Europas abgelegeneren Regionen, die vom Krieg verschont geblieben waren und wo Mechanisierung und moderne Transportmittel noch kaum verbreitet waren, wären die alltäglichen Routinen auch einer 50 Jahre älteren Generation noch vertraut gewesen. Für das tägliche Leben der Fabrikarbeiter galt das nicht weniger – selbst wenn die Arbeit nicht mehr so zermürend war wie vor dem Ersten Weltkrieg, die Arbeitszeiten kürzer. Arbeit und

Leben unterschieden sich nicht wesentlich von den Erfahrungen früherer Generationen.

In den Gebieten Europas, die im Zweiten Weltkrieg am meisten verwüstet worden waren – den Gebieten vor allem, die sich von Deutschland über Ost- und Südeuropa bis in die westlichen Regionen der Sowjetunion erstreckten –, war wenig von einer Vorkriegsnormalität geblieben, zu der man hätte zurückkehren können. Riesige Gebiete der Ukraine, Weißrusslands und Polens waren dem Erdboden gleich gemacht worden, durch Krieg und

Völkermord – die hier schlimmer als irgendwo sonst in Europa wüteten –, dann durch die Strategie der »verbrannten Erde«, mit der die Deutschen sich zurückzogen. In Deutschland selbst hatte die Weigerung zu kapitulieren ungeheure Zerstörungen zur Folge, so dass bei Kriegsende zwei Drittel der Bevölkerung auf die eine oder andere Art heimatlos geworden waren. Millionen von Soldaten befanden sich in Kriegsgefangenschaft. (Die meisten von ihnen, fast drei Millionen, die sich den Westalliierten ergeben hatten, wurden bis 1948 nach und nach freigelassen, die letzten der drei

Millionen, die sich in sowjetischer Hand befanden, kehrten erst 1955/56 zurück.) Die Zivilbevölkerung, die durch den gewaltigen Zustrom von Flüchtlingen aus den östlichen Provinzen angeschwollen war, zwängte sich in überfüllte Unterkünfte – die Hälfte der Wohnungen in den Großstädten war zerstört worden. Durch die totale Niederlage verängstigt, sah sie einer ungewissen Zukunft entgegen. Jeder, dem es gelang zurückzufinden, war froh, dass sein Heimatgebiet bei Kriegsende von den Westalliierten und nicht von den gefürchteten und verabscheuten Sowjets besetzt war.

Denn nicht die unermesslich vielen Toten, nicht die Zerstörung der Wirtschaft, sondern die politische Herrschaftsform zählte mehr als alles andere. Wie sich das Leben im geteilten Deutschland unmittelbar nach dem Krieg entwickelte, wurde weitgehend von den Interessen der Besatzer bestimmt – im Westen von Amerikanern, Briten und Franzosen, im Osten von den Sowjets.

Für die Bevölkerung der Sowjetunion waren das Gefühl des Triumphes angesichts des großen Sieges und zweifellos auch die Erleichterung, überlebt zu haben, die eine Seite der Medaille. Die andere

waren die Trauer um Millionen Angehörige, Nachbarn, Freunde, die ihr Leben verloren hatten, und der Versuch, das Leben in den vom Feind ausgelöschten Städten und Dörfern wieder aufzubauen. Nach Kriegsende funktionierte das stalinistische System fast unverändert weiter, durch den Kriegsruhm allerdings gestärkt und legitimiert. Es gab weiterhin Enteignungen, drückende Liefer- und Leistungsquoten, die Willkür des Polizeistaats, dazu die unmenschliche Behandlung der Millionen Kriegsgefangenen, allerer, die als »unzuverlässig« galten, und der Dienstverpflichteten, die

Straßen und Eisenbahnstrecken instand setzen mussten. Dieses System wurde nun fast ganz Osteuropa aufgezwungen, wo schon vor dem Ersten Weltkrieg die ärmsten Teile des Kontinents gelegen hatten. Nicht nur hatten sie die immensen Leiden, die Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg zu erdulden, diese Länder wurden nun zusätzlich vom ökonomischen Schub, den Anreizen abgeschnitten, die Westeuropa bald neues Leben einhauchten.

Perspektiven des wirtschaftlichen

Wiederaufschwungs

In der Weltwirtschaft verstärkte der Zweite Weltkrieg die langfristige Tendenz, die sich bereits nach dem Ersten abgezeichnet hatte: Europas Anteil an der weltweiten Produktion und am Handel sank. Zugleich fiel Großbritannien als weltweit führende Wirtschaftsmacht endgültig hinter die Vereinigten Staaten zurück – eine Entwicklung, die sich seit dem Ersten Weltkrieg abgezeichnet hatte und die jetzt durch die Erfordernisse der Finanzierung des Zweiten verfestigt wurde. Die Briten mussten dafür

Schulden machen, und als diese in die Höhe schossen, geriet Großbritannien in drückende wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die als der Industriegigant der Welt aus dem Krieg hervorgingen. Bei Kriegsende lag Großbritannien finanziell am Boden, die Vereinigten Staaten dagegen blühten – als eindeutige Gewinner des Zweiten Weltkriegs. Die Industrieproduktion dort war während des Krieges größer als jemals zuvor in seiner Geschichte. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag bei 15 Prozent (gegenüber sieben Prozent im Ersten Weltkrieg); die

Produktionskapazität der Wirtschaft wuchs schätzungsweise um 50 Prozent. Nicht weniger als 40 Prozent der Rüstungsgüter weltweit wurden 1944 in den Vereinigten Staaten hergestellt. Als die britischen Exporte schrumpften, stiegen die amerikanischen steil an – 1944 lagen sie um zwei Drittel höher als 1939.

Ihre wirtschaftliche Stärke versetzte die Vereinigten Staaten in die Lage, einen großen Beitrag zur Finanzierung der alliierten Kriegsanstrengungen zu leisten, und zwar nach dem Leih- und Pachtgesetz, einem Geistesblitz von

Präsident Roosevelt, dem der Kongress im Frühjahr 1941 zustimmte. Damit konnten die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten kriegswichtiges Material »leihen«, die überlasteten Länder erhielten Nachschub, mussten diesen aber nicht bezahlen. Bei Kriegsende betrug der Gesamtwert der amerikanischen Exporte nach dem Leih- und Pachtgesetz über 32 Milliarden Dollar, von denen fast 14 Milliarden an Großbritannien gegangen waren, neun Milliarden an die Sowjetunion (die mit Nahrungsmitteln, Werkzeugmaschinen,

Lastkraftwagen, Panzern, Flugzeugen, Eisenbahnschienen und Lokomotiven versorgt wurde). Die Vereinigten Staaten waren der Zahlmeister des Krieges. Bald sollten sie auch Zahlmeister des Friedens werden.

Ihre wirtschaftliche Vormachtstellung verschaffte den Vereinigten Staaten schon vor Kriegsende die führende Rolle, als institutionelle Regelungen für die Organisation der Nachkriegswirtschaft in der Hälfte Europas getroffen wurden, die nach 1945 nicht unter sowjetische Herrschaft fallen sollte, obgleich die

Folgen dieser Entscheidungen erst in späteren Jahrzehnten zu spüren waren. Für den größten Teil des Juli 1944, einen Monat nach der Landung der alliierten Truppen in der Normandie, versammelten sich 700 Delegierte aus den 44 alliierten Ländern, die zusammen die Vereinten Nationen bildeten, zu einer Konferenz in Bretton Woods, New Hampshire (die etwas ungemütlich war, da sie in einem zu kleinen, renovierungsbedürftigen Hotel stattfand). Sie wollten die Prinzipien einer globalen Wirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit ausarbeiten; einer Wirtschaftsordnung, in der sich

auf Dauer die Katastrophen
verhindern ließen, die zu
wirtschaftlichem Nationalismus, der
Weltwirtschaftskrise und in den
1930er Jahren zum Triumph des
Faschismus geführt hatten. Die
wichtigsten Delegationen waren die
britische und die amerikanische.
Aber es war klar, wer jetzt das Sagen
hatte. Einige der zentralen Ideen, die
hinter der am letzten Konferenztag
erreichten Vereinbarung standen,
waren von John Maynard Keynes,
dem Leiter der britischen Delegation
vorgetragen worden; er hatte
erkannt, welche Gefahren die
wirtschaftswissenschaftliche

Orthodoxie barg, die während der Weltwirtschaftskrise tonangebend gewesen war. Keynes schlug antizyklische staatliche Interventionen und Defizitfinanzierung vor, um Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Während des Krieges hatten Keynes' theoretische Überlegungen tatsächlich an Einfluss gewonnen. Doch wo Briten und Amerikaner verschiedener Ansicht waren, setzten die Vereinigten Staaten ihre Interessen durch, die von Harry Dexter White, dem Leiter der US-Delegation, formuliert wurden.

Die Konferenz von Bretton Woods

schuf die Grundlagen für eine neue Währungsordnung (inspiriert vor allem von Keynes): Der bis dahin gültige, jedoch in Misskredit geratene Goldstandard sollte von frei konvertierbaren Währungen abgelöst werden, deren Wechselkurse an den US-Dollar gebunden würden. (Der erste große Test dieser »Konvertibilität« scheiterte jedoch kläglich: Im Sommer 1947 führte mitten in einer Finanzkrise eine starke Nachfrage, Pfund in Dollar zu tauschen, zu einem ernsthaften Schwund der Dollarbestände, und Großbritannien musste die Konvertibilität des Pfunds außer

Kraft setzen.) Zwei Vorschläge von White nahmen schließlich als bedeutende Nachkriegsinstitutionen Gestalt an: ein Internationaler Stabilisierungsfonds (ein Vorläufer des Internationalen Währungsfonds), der zur Lösung von Haushaltsproblemen einzelner Staaten beitragen und gleichzeitig die Stabilität des Systems erhalten sollte, und eine Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die spätere Weltbank), die das für den Wiederaufbau benötigte Kapital bereitstellen sollte, wobei die Kredite anfangs, am Bedarf gemessen, recht klein waren. Die Teilnehmer der

Konferenz sahen auch die Notwendigkeit, eine weitere Institution zu schaffen, die Regeln für einen liberalisierten Welthandel aufstellen sollte. Diese Institution aber kam nicht zustande; geregelt wurden die internationalen Handelsbeziehungen stattdessen durch das 1947 abgeschlossene und zunächst von 23 Staaten unterzeichnete Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Schier unüberwindbare politische Hindernisse standen dem Erfolg von Bretton Woods zunächst entgegen, dennoch setzte diese Konferenz ein Zeichen für die Entschlossenheit, es

nicht noch einmal zu den Katastrophen der Zwischenkriegszeit kommen zu lassen. Wollte man einen erneuten Zusammenbruch des internationalen Handels- und Finanzsystems verhindern, mussten die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft reformiert werden, darüber war man sich einig. Klar war auch, dass der US-Dollar das geschwächte Pfund als internationale Leitwährung ablösen musste. Die Amerikaner waren darüber hoch erfreut, ebenso über die Zustimmung zur Liberalisierung des Handels. Auch die Europäer akzeptierten diese Vereinbarungen als Grundlage einer

ökonomischen Nachkriegsordnung, gewichteten sie aber anders. Denn Briten und Franzosen sahen in Staatsinterventionen in vor dem Krieg undenkbar Umfang nicht nur die Voraussetzung für den Wiederaufbau, sondern auch ein unverzichtbares Mittel zur Abwehr der Launen einer uneingeschränkten kapitalistischen Wirtschaft, ein Mittel, eine Wiederholung der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Der Kompromiss von Bretton Woods – der für den Sowjetblock natürlich nicht galt – mischte Freihandel und staatliche Lenkung. Der Kapitalismus wurde

überall in gewissem Umfang reformiert, aber weder radikal verändert noch grundsätzlich infrage gestellt – sieht man ab von Anhängern der kommunistischen Parteien, die jedoch rasch weniger wurden. (Sie mussten um Unterstützung kämpfen, als der Kalte Krieg deutlicher Gestalt annahm.) Im zerstörten Europa von 1945 freilich ließ sich nicht absehen, dass die Mischung von Wirtschaftsliberalismus und sozialer Demokratie – was die Deutschen später »soziale Marktwirtschaft« nannten – einmal unerhörten Wohlstand schaffen würde und

Westeuropa für die nächsten 30 Jahre politisch sehr gut fahren ließ.

Dass sich nach 1945 diese Verbindung als so erfolgreich erwies, hatte eine wesentliche Voraussetzung, die nach dem Ersten Weltkrieg gefehlt hatte: Die Westalliierten machten noch nicht einmal den Versuch, Reparationen aufzuerlegen, wie sie es 1919 mit Deutschland und anderen besiegten Nationen mit so unheilvollen Konsequenzen getan hatten. Auf die deutsche Ostzone freilich traf das nicht zu. Für kurze Zeit wurde 1944 der Morgenthau-Plan ernsthaft in Erwägung gezogen, der Vorschlag,

Nachkriegsdeutschland auf den Status einer vorindustriellen Wirtschaft zu reduzieren (ein Propagandageschenk für die Nationalsozialisten). Zwar waren sich Roosevelt und Churchill einig, dass die künftige deutsche Industrieproduktion spürbar reduziert werden müsse, doch wurde, zumal als der Kalte Krieg einsetzte, bald klar, dass es unsinnig wäre, 70 Millionen Menschen permanent in Armut zu halten und so den entscheidenden Faktor für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas zu lähmen.

Indirekt wurde der Eiserne

Vorhang zu einem Vorteil für die westliche Hälfte des Kontinents, während er den östlichen Teil hingegen zu einem kaum beneidenswerten Schicksal verurteilte. Für die Völker, die dahinter in der Falle saßen, wurde er zu einer gewaltigen menschlichen Tragödie. Was diese Freiheitsberaubung, die über vier Jahrzehnte andauerte, die Menschen gekostet hat, lässt sich nicht beziffern. Nun gerieten aber gerade die Teile Europas, die nach dem Ersten Weltkrieg von ethnischen Konflikten, nationalistischer Gewalt und Grenzstreitigkeiten geplagt

gewesen waren, unter das repressive Sowjetregime – auch das kam dem ohnehin reicheren Westeuropa zugute. Die westlichen Länder konnten, anders als die des entstehenden Sowjetblocks, beim Wiederaufbau ihrer ruinierten Volkswirtschaften von der amerikanischen Hilfe profitieren.

Zwischen 1914 und 1945 waren die Europäer offensichtlich erpicht gewesen, ihre ökonomischen Grundlagen zu zerstören. Die daran anschließenden 30 Jahre, in erstaunlichem Kontrast dazu und in den Ruinen von 1945 schlicht unvorstellbar, brachten vielen

Menschen im Westen einen anhaltenden, beispiellosen Wohlstand. Er hielt an und veränderte den Lebensstandard in Westeuropa. Auch in Osteuropa stieg der Lebensstandard, trotz der so anderen Bedingungen, und für die Masse der Bevölkerung dort lag er weit über dem Niveau der unruhigen Zwischenkriegszeit. Allein hätten die europäischen Länder diese Veränderungen niemals zustande gebracht. In den getrennten Hälften des Kontinents waren sie für ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau, der in diametral entgegengesetzter Weise vonstattenging, stark abhängig von

den beiden neuen Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Wirtschaftlich wie politisch sollten die beiden Hälften Europas nach 1945 getrennte Wege gehen.

Die christlichen Kirchen: Herausforderung und Kontinuität

Wie die Menschen ihr Leben führten, jenseits der prekären Aufgabe, ihren Lebensunterhalt zu sichern, war noch immer vor allem von Moral und

Werten der christlichen Kirchen beeinflusst. Westlich der offiziell atheistischen Sowjetunion und nordwestlich der Türkei (eines weltlichen Staats mit muslimischer Bevölkerung) blieb Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein christlicher Kontinent. Gesellschaftlich wie ideologisch übten die Kirchen noch immer eine enorme Macht aus, vor allem über die ländliche Bevölkerung und die Mittelschichten. Und die Kirchen nutzten diese Macht, als sie in die politischen Umwälzungen hineingezogen wurden, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg

erschütterten.

»Gott ist tot« – hatte bekanntlich der deutsche Philosoph Friedrich Nietzsche bereits 1882 verkündet: ein verfrühter Nachruf. Ganz sicher werden sich die christlichen Kirchen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesichts der Bedrohung, die von der modernen Gesellschaft ausging, in der Defensive gesehen haben, ganz zu schweigen vom »atheistischen Bolschewismus«. Die Menschen wandten sich an den Staat, an politische Bewegungen, an andere öffentliche Institutionen, damit diese auf ihre Bedürfnisse eingingen;

offensichtlich hatten, in den Augen immer größerer Teile der Bevölkerung, die Kirchen nichts zu bieten. »Die neue Religion ist der Nationalismus. Die Völker gehen nicht mehr in die Kirchen. Sie gehen in nationale Vereine«, sagt Graf Chojnicki, eine Figur aus Joseph Roths Roman *Der Radetzkymarsch* (1932), einem aufrüttelnden, düsteren Blick auf die Moderne. Der Soziologe Max Weber wollte mit seiner Rede von der »Entzauberung der Welt« zum Ausdruck bringen, dass der mystische Glaube an sakramentale Rituale, an Seelenheil, Erlösung und ewige Glückseligkeit in einem Leben

nach dem Tod seine Überzeugungskraft immer mehr verlor. Während Krieg und Völkermord in Europa tobten, wirkten Nietzsches Angriff auf den Glauben durch Rationalität und Wahrheit und seine Ablehnung einer im religiösen Glauben verwurzelten Moral alles andere als verfehlt. Die Kirchen konnten aus einer Zeit wie dieser nicht unberührt hervorgehen. Und doch sollte man weder das Schwinden des Glaubens noch die abnehmende Zahl der Anhänger der großen christlichen Konfessionen übertreiben oder zu früh datieren. Auch nach zwei Weltkriegen blieb

ihr Einfluss groß. Sie hatten ihre Schwierigkeiten, dennoch überlebten die christlichen Kirchen die katastrophale erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erstaunlich intakt. Ihre eigentlichen Probleme kamen später.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs hatte dem Christentum Auftrieb verliehen. Gott war, so schien es, als der Krieg ausbrach, auf jedermanns Seite. In allen kriegführenden Staaten jedenfalls behaupteten die christlichen Kirchen, Gott unterstütze die jeweils nationale Sache. »Gott mit uns«, sagten die Deutschen, mit »Dieu est de notre côté« (Gott ist auf unserer Seite) riefen die Franzosen die

Union sacrée (heilige Einheit) aus, das innere Bündnis zur Verteidigung ihres Landes. Auch andere Länder waren schnell dabei, Patriotismus und Christentum zu verquicken. Bereitwillig sah der Klerus den Krieg als nationalen Kreuzzug, gar als »heiligen Krieg« der Zivilisation gegen die Barbarei, des Guten gegen das Böse. Manche Geistliche waren zweifellos Pazifisten, die große Mehrheit des Klerus aber unterstützte den Krieg ihres Landes. Geistliche segneten vor der Schlacht Soldaten und die Waffen, mit denen diese kämpften, und beteten bei bevorstehenden Angriffen für den

Sieg. Überall verschlang der Nationalismus die christlichen Grundsätze. Für vorgebliche Männer des Friedens konnte die Kriegsbereitschaft des Klerus gewaltig sein. So mahnte Arthur Winnington-Ingram, der anglikanische Bischof von London, im Advent 1915 in seiner Predigt die britischen Soldaten, »die Guten und die Bösen zu töten, die jungen Männer wie die alten« – was sein Premierminister Herbert Asquith allerdings für wirres Gerede eines ausnehmend dummen Bischofs hielt. Wenigstens ein führender Kirchenmann erklärte konsequent

seine Neutralität und ermahnte die Völker, einen gerechten Frieden zu schließen: Papst Benedikt XV., der im September 1914 gewählt worden war. Er legte 1917 einen Friedensplan vor und plädierte darin für eine internationale Schlichtung, für die Räumung besetzter Gebiete, für den Verzicht auf Kriegsentschädigungen und für Abrüstung. Für seine Bemühungen wurde er umgehend als geheimer Parteigänger der je anderen Seite, als Heuchler verleumdet, der seine Präferenzen nicht zugebe. Die Franzosen nannten ihn den »Boche-Papst«, die Deutschen den »französischen Papst«.

Dem Klerus eröffnete der Krieg die Aussicht auf eine Wiederbelebung des Christentums, die in dem sichtbar wurde, was Beobachter gelegentlich »Rückkehr zu den Altären« nannten. Für England ist nicht klar, ob das mehr als eine vorübergehende Zunahme der Kirchenbesuche war, die bereits 1916 niedriger waren als vor dem Krieg (bedingt natürlich auch durch die vielen abwesenden Männer). Der Glaube aber an die Wirksamkeit des Spiritualismus – an die angebliche Fähigkeit von Lebenden, mit den Toten zu kommunizieren – nahm deutlich zu, als die Zahl der

Hinterbliebenen in der Heimat anstieg. Es war in einer Zeit großer Ängste keine Überraschung, wenn wieder mehr gebetet wurde. Soldaten beteten häufig vor der Schlacht, und die eine Schlacht unversehrt überstanden hatten, verrichteten Dankgebete. Religion mischte sich mit Aberglauben. Auch trugen viele Soldaten an der Front religiöse Symbole, Kreuz, Rosenkranz oder eine Taschenbibel als Talisman. Wenn das Schlimmste geschah, waren Feldkapläne zur Stelle, um die Kameraden der toten Soldaten an die christliche Symbolik vom Tod als Opfer zu erinnern, was durch

provisorische Holzkreuze
unterstrichen wurde, die auf die
Gräber der Gefallenen gesteckt
wurden.

Es muss aber auch diejenigen
gegeben haben, die sich fragten, wie
man denn nach Verdun oder der
Somme-Schlacht überhaupt noch
glauben könne. Wie viele Soldaten im
Gemetzel der Schlachten ihren
christlichen Glauben verloren, wissen
wir nicht. Im Bericht eines deutschen
Feldgeistlichen hieß es: »Die
scheinbare Erfolglosigkeit des
Gebetes, die lange Dauer und
Grausamkeit des Krieges haben bei
vielen Zweifel an Gottes

Gerechtigkeit und Allwissenheit und religiöse Gleichgültigkeit hervorgerufen.« Doch nicht anders als ihre Familien zu Hause bewahrten auch die meisten Soldaten, als sie nach Kriegsende in eine veränderte Welt zurückkehrten, eine zumindest nominelle Loyalität zu der einen oder anderen Form des Christentums. Auch wer nicht zum Gottesdienst ging, wandte sich für Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen an die Kirchen. Von militant oder radikal antireligiösen Gefühlen war wenig zu bemerken (obwohl sich in einigen Teilen Südeuropas ein vehementer Antiklerikalismus äußerte). Wo die

religiösen Bindungen jedoch bereits schwach waren, am offensichtlichsten in der städtischen Bevölkerung, wurden sie auch durch den Krieg nicht mehr dauerhaft gefestigt. Die langfristige, bei Männern stärker als bei Frauen zu beobachtende Tendenz, sich vom christlichen Glauben und kirchlichen Bindungen zu lösen, setzte sich fort.

In dieser Hinsicht erging es dem Protestantismus schlechter als dem Katholizismus. In der Schweiz, den baltischen Ländern, in Skandinavien und den Niederlanden nahmen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Mitgliederzahlen

der protestantischen Kirchen stetig ab, obwohl das kirchliche Leben selbst noch von ungebrochener Vitalität zu sein schien. Die Zahl der Osterkommunionen in der Church of England ging von den frühen 1920er Jahren bis in die 1950er Jahre ständig zurück. In Deutschland wiederum sank die Teilnahme am Abendmahl zwischen 1920 und 1930 um elf Prozent, die Zahl der Konfirmanden im gleichen Zeitraum sogar um 45 Prozent.

Die katholische Kirche zeigte größeres Geschick, ihre Gemeinden zusammenzuhalten; sie konnte an die Wiederbelebung des katholischen

Glaubens anknüpfen, die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte. Sie konnte auch ihre Wirkung auf die Bevölkerung vergrößern, während sie sich zugleich durch doktrinäre Strenge und Zentralisierung ihrer Organisation, beides verkörpert in der Person des Papstes, als Bollwerk gegen die Gefährdungen der modernen Welt präsentierte, insbesondere gegen Liberalismus und Sozialismus. Die Wiederbelebung des Marienkults, die auf das 1854 durch Papst Pius IX. verkündete Dogma der Unbefleckten Empfängnis folgte, hatte die Volksfrömmigkeit angeregt. Verstärkt wurde der Kult durch

angebliche Marienerscheinungen:
1858 in Lourdes in den Pyrenäen
(einem Ort, der bereits ein Jahr vor
dem Ersten Weltkrieg über eine
Million Pilger verzeichnen konnte),
1879 im westirischen Knock, 1917 das
Sonnenwunder von Fátima in
Portugal. Auch die Verehrung
volkstümlicher Heiliger wurde
gefördert. Kaum zwei Jahre nach
Ende des Ersten Weltkriegs, der den
Franzosen so unermessliches Leid
gebracht hatte, schien die Zeit
gekommen, die Nationalheldin
Jeanne d'Arc zu kanonisieren,
obwohl es doch die Kirche gewesen
war, die sie 500 Jahre zuvor

(aufgrund von Vorwürfen, von denen sie später entlastet wurde) exkommuniziert und wegen Ketzerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt hatte. Die Heiligsprechung suchte den Glauben in einem Land zu stärken, dessen Staat säkulare Werte vertrat und in dem ausgeprägter Antiklerikalismus herrschte. Es folgten weitere bedeutende Heiligsprechungen – 1925 der jungen französischen Karmeliternonne Thérèse von Lisieux (»Die kleine Blume«), die zum Vorbild katholisch-spirituellen Lebens werden sollte, und 1933 von Bernadette Soubirous, der Kultfigur von Lourdes. Einen

weiteren Anstoß erhielt die Volksfrömmigkeit 1925, als Papst Pius XI. das Christkönigsfest proklamierte – ein Aufruf an die Katholiken, die christliche Moral in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu stellen, die Antwort der Kirche auf Nationalismus und Säkularismus.

Auch soziale und karitative Einrichtungen, die Laien einbezogen, trugen dazu bei, die Bevölkerung an die Kirche zu binden. Die Katholische Aktion, Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet, versuchte mit einigem Erfolg, die Beteiligung von Laien am katholischen Leben zu wecken und

christliche Werte in Arbeiter- und Bauernbewegungen einfließen zu lassen. In manchen Gegenden der Bretagne gaben Priester lokale Zeitungen heraus und organisierten landwirtschaftliche Kooperativen, in denen Bauern Düngemittel kaufen konnten. Auch in Niederösterreich und ländlichen Gebieten Nordspaniens trugen die aktive Beteiligung an Kreditbanken und andere Maßnahmen zur Unterstützung von Bauern und Pächtern dazu bei, den Rückhalt der Kirche und die Stellung des Klerus zu stärken.

Erfolg hatte der Katholizismus

besonders dort, wo er die Treue zur Kirche mit einem starken Gefühl nationaler Identität verbinden konnte oder wo er eine benachteiligte Minderheit repräsentierte. Sowohl in Polen als auch im Irischen Freistaat, beides neue Staaten, die aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen waren, wurde der Katholizismus zu so etwas wie dem Ausdruck nationaler Identität. Als in den 1930er Jahren in Polen die politischen und sozialen Spannungen wuchsen, ging die Kirche eine enge Verbindung mit konservativen Kräften ein, die sich für die nationale Einheit einsetzten, und vertrat zudem einen

Nationalismus, der die Differenzen zwischen katholischen Polen und den ukrainischen, weißrussischen, deutschen und nicht zuletzt jüdischen Minderheiten im Land betonte. Im überwiegend protestantischen Nordirland gewannen die Katholiken ihre Identität aus ihrer Diskriminierung – die ihre Wohnsituation, Arbeitsplätze und praktisch alle gesellschaftlichen und politischen Lebensbereiche betraf. Darauf bauten sie eine eigene Subkultur, die sich mit nationalistischen Hoffnungen auf Vereinigung mit dem größeren, katholischen, gerade unabhängig

gewordenen südlichen Teil Irlands verband.

In Großbritannien begünstigte ein jahrhundertealtes Vorurteil ein starkes katholisches Identitätsgefühl und eine dezidierte Treue zur Kirche, nicht zuletzt unter den vielen Iren, die nach der Hungersnot von 1845 ins nordwestliche Großbritannien ausgewandert waren. Die eng verschworenen katholischen Gemeinden wurden von der protestantischen Mehrheit feindselig betrachtet und diskriminiert, sogar im Sport. Kein Katholik durfte für die Glasgow Rangers Fußball spielen, kein Protestant für seinen

benachbarten Rivalen Celtic. Auch in den Niederlanden bildete die Subkultur einer Minderheit die Basis für einen blühenden Katholizismus, während im Baskenland die Kirche mit der Erhaltung einer benachteiligten Sprachgemeinschaft identifiziert werden konnte. Und in Deutschland hatte Bismarcks »Kulturkampf« gegen den Katholizismus (der fast ein Drittel der Bevölkerung des Deutschen Reiches repräsentierte) in den 1870er Jahren eine starke katholische Subkultur entstehen lassen; katholische Einrichtungen und Glaubensüberzeugungen florierten

bis zu Hitlers Machtergreifung. Diese aber stellte Katholiken wie Protestanten vor eine radikal neue Entscheidung.

Sowohl der Protestantismus in seinen diversen Ausprägungen als auch der einheitlichere Katholizismus sahen im Kampf gegen den Bolschewismus, und allgemein im Kampf gegen die politische Linke, ein wesentliches Element zur Verteidigung des Christentums in der modernen Welt. Die »Moderne« insgesamt galt als eine Bedrohung, die abzuwenden war. Beide großen Konfessionen standen damit quasiautomatisch an der Seite der

politischen Rechten, favorisierten konservative Bastionen des Staates und die gesellschaftliche Macht, die sie ausübten, als Bollwerk gegen alles Linke. Unausweichlich also waren die Kirchen und ihre Anhänger in die erbitterten Konflikte der Zwischenkriegszeit verwickelt.

Darum aber waren die Kirchen nicht unbedingt antidemokratisch. So wirkte die katholische Zentrumspartei, eine der großen politischen Kräfte, die 1919 die Weimarer Republik begründet hatten, in den 1920er Jahren als Stütze der neuen Demokratie in Deutschland. Der 1919 gegründete

Partito Popolare Italiano (Italienische Volkspartei) war für seine überwiegend ländliche Klientel das ausdrücklich katholische Sprachrohr im pluralistischen politischen System Italiens, bis die Partei 1926 von Mussolini verboten wurde. Im demokratischen Großbritannien, dessen politisches System nicht bedroht war, stellte die anglikanische Kirche eine Säule des Establishments dar – »die konservative Partei im Gebet« wurde sie häufig genannt. Oft sehr viel kritischer gegen die Regierung, aber keineswegs antidemokratisch verhielten sich die verschiedenen nonkonformistischen

Kirchen, die in Großbritannien eine beträchtliche Anhängerschaft hatten. Ließ allerdings die Linke bedrohliche Töne hören, waren die Kirchen beider großen Konfessionen stets zur Stelle, um die Autorität des Staates zu stützen; je extremer die Bedrohung erschien, desto extremer reagierten sie.

Und in diesem Punkt fielen die kirchlichen Reaktionen nirgendwo extremer aus als in Deutschland. Dort hatte die protestantische Kirche – die nach Lehre und Regionen gespalten war, in ihren verschiedenen Ausprägungen aber nominell mehr als zwei Drittel der deutschen

Bevölkerung umfasste – seit Martin Luthers Zeiten stets eine enge Verbindung zur staatlichen Autorität gesucht. Die Revolution von 1918, die Absetzung des Kaisers und die Demokratie, die an die Stelle der Monarchie trat, lösten in Kirchenkreisen blankes Entsetzen aus. Die wahrgenommene »Glaubenskrise« förderte Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der Monarchie oder auf eine neue Form der Staatsführung, die Deutschlands moralische, politische und wirtschaftliche Misere überwinden würde. Ein wirklicher Führer werde gebraucht, dachten viele

evangelische Kirchenmänner. Dieser müsse, wie ein protestantischer Theologe 1932 schrieb, ein »wahrer Staatsmann« sein (im Unterschied zu den bloßen »Politikern« der Weimarer Republik), er wäge »Krieg und Frieden in seiner Hand und hält Zwiesprache mit Gott«. Ganz in diesem Sinn betrachteten protestantische Kirchenkreise Hitlers Machtergreifung von 1933 als den Beginn eines nationalen Erwachens, das auch zur Wiederbelebung des Glaubens führen werde. Es gab sogar einen nationalsozialistischen Flügel der evangelischen Kirche: Diese »Deutschen Christen« lehnten das

Alte Testament als jüdisch ab und verstanden sich stolz als »SA Jesu Christi«. Solche Extreme, die auf eine Minderheit unter den Geistlichen beschränkt waren (in einigen Regionen allerdings beträchtliche Unterstützung fanden), wurden von den meisten Protestanten abgelehnt, deren Vorstellungen von einer Wiederbelebung des Glaubens, von Lehre und Organisation eher konservativ waren.

Zunächst sah es so aus, als würden sich die Deutschen Christen durchsetzen, doch trafen ihre Forderungen rasch auf Widerstand. Das anfängliche Ziel der

Nationalsozialisten, die 28 autonomen Landeskirchen zu einer einzigen »Reichskirche« zu vereinigen, führte zu Unmut und Verbitterung und musste darum aufgegeben werden. 1934, während eines Treffens in Barmen, trat eine Gruppe von Kirchenvertretern öffentlich nicht nur der »Häresie« der Deutschen Christen und der politischen Einmischung entgegen, mit der die Zentralisierung der Kirche erzwungen werden sollte, sondern jeder Unterordnung der Kirche unter den Staat: Das sei eine »falsche Lehre«. Die sogenannte Barmer Theologische Erklärung beschränkte

sich (unter dem Einfluss des Schweizer Theologen Karl Barth) jedoch auf Fragen der Reinheit der Lehre und enthielt sich jeder direkten politischen Opposition. Dennoch vertrat die Bekennende Kirche (wie sich die Initiatoren der Barmer Erklärung nannten) nur eine Minderheit von Pastoren; deren Mehrheit unterstützte weiterhin das Regime. Einige Theologen lieferten vermeintliche Gründe für Antisemitismus, Rassenideale und NS-Herrschaft. Öffentlich protestierte die evangelische Kirche nicht gegen die Behandlung der Juden, nicht gegen die Pogrome vom

November 1938 und später auch nicht gegen die Deportationen in die Todeslager. Nur wenige Protestanten erhoben Einwände gegen die nationalistische Außenpolitik, gegen kriegерische Eroberungen und gegen den Versuch, das verabscheute bolschewistische Regime Sowjetrusslands zu vernichten.

Die politische Haltung der katholischen Kirche wiederum war überwiegend bestimmt von ihrer Ablehnung des Sozialismus und ihrer Verurteilung des Kommunismus als dessen extremster Variante. In der Enzyklika »Quadragesimo Anno« von 1931 setzte sich Papst Pius XI.

kritisch mit den Ungerechtigkeiten von Kapitalismus und internationalem Finanzsystem auseinander, doch seine Verurteilung des Kommunismus fiel deshalb nicht weniger scharf aus: Die materialistischen Grundsätze des Sozialismus seien mit der Kirchenlehre unvereinbar. Die Kirche trat für eine gesellschaftliche Ordnung ein, die auf Solidarität und nicht auf Kampf beruht, für eine Wirtschaftsordnung, deren Grundlage die Kooperation von Unternehmern, Arbeitern und Regierung bildet – eine Soziallehre, die von einem »korporativen Staat«

ohne weiteres übernommen werden konnte, von den italienischen Faschisten ebenso wie von den quasifaschistischen Regimes in Österreich, Portugal und Spanien. »Solidarität« wurde hier vom Staat durchgesetzt, sie begünstigte die Unternehmer und wurde durch Zwang aufrechterhalten.

In Italien schloss die Kirche mit Mussolini eine etwas unbehagliche Waffenruhe, besiegelt im Lateranvertrag von 1929. Als Gegenleistung für die Gründung des Vatikanstaats — der frühere Kirchenstaat hatte nach Abschluss der Einigung Italiens im Jahr 1870

aufgehört zu existieren – und im Gegenzug für die Anerkennung des Katholizismus als Italiens einziger Staatsreligion verpflichtete sich die Kirche ihrerseits zu politischer Passivität, dazu, die Herrschaft des Faschismus in Italien zu tolerieren. Sie schwieg zu den faschistischen Schlägern, begrüßte den Sieg in Äthiopien und erhob keine Einwände gegen die Einführung von Rassegesetzen. Der italienische Faschismus mochte ein peinlicher Bettgenosse sein, der Kirche war er gleichwohl unendlich viel lieber als der Kommunismus. In Angelegenheiten allerdings, die die

Kirche direkt betrafen, baute das Papsttum eine robuste, wirksame Verteidigung auf und widersetzte sich in diesem Punkt dem »totalen Anspruch« des Staates auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Vom Standpunkt der Kirche aus betrachtet war diese Politik erfolgreich. Das religiöse Leben nahm einen leichten Aufschwung; auch die Zahlen der Kleriker, der kirchlichen Eheschließungen, der Schüler an kirchlichen Schulen zeigten eine steigende Tendenz. Pius XI. kümmerte sich vor allem um das Bildungswesen und um die Katholische Aktion. Er musste in

diesen Bereichen Beschränkungen hinnehmen, immerhin versuchte der Staat nicht länger, die Katholische Aktion zu verbieten und aufzulösen.

In Frankreich hielt die katholische Kirche wiederum lange feindseligen Abstand zur Dritten Republik. Diese hatte schließlich Antiklerikalismus und Säkularismus, die weltlichen Werte der modernen Gesellschaft gefördert, vor allem den kirchlichen Einfluss auf das Bildungssystem stark zurückgedrängt. In der Zwischenkriegszeit ließ die Kirche der reaktionären (manchmal auch der extremen) Rechten beträchtliche Unterstützung zukommen, fand

später warme Worte für Pétains Vichy-Regime. In Spanien hatte der vehemente Antisozialismus der Kirche Tradition, stand fraglos hinter ihrer kompromisslosen Unterstützung Francos im Bürgerkrieg. Bereits 1916 hatte die meistgelesene religiöse Zeitschrift Spaniens »die Alarmglocke gegen die Dreistigkeiten des Sozialismus« und die »Seuchen des Modernismus« geläutet. Spanien, so erklärte das Blatt wiederholt, sei groß gewesen, als es wahrhaft katholisch gewesen sei; der Niedergang der Nation wurde als Folge des Niedergangs der Religion hingestellt. Bald darauf rief

die Redaktion zum »Kreuzzug« auf, der Spanien wieder ganz katholisch machen sollte. Kein Wunder also, wenn die Kirche auf der Iberischen Halbinsel als Bollwerk gegen die »gottlose« Lehre des Marxismus diente und nach dem Krieg das ideologische Rückgrat sowohl für Francos Herrschaft in Spanien wie für das Salazar-Regime in Portugal bildete.

Die katholischen Bischöfe in Deutschland, die vor 1933 vor der antichristlichen Haltung der NS-Bewegung gewarnt hatten, vollzogen wenige Wochen nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eine

Kehrtwende, sobald dieser nämlich versprochen hatte, Rechte und Einrichtungen der Kirche zu erhalten. Sie forderten die Katholiken auf, den neuen Staat zu unterstützen. Ein Reichskonkordat mit dem Papst wurde ratifiziert (eines von 40 Konkordaten, die der Vatikan in den Zwischenkriegsjahren mit verschiedenen Staaten abschloss) – trotz der von Anfang an sichtbaren Feindseligkeit des NS-Regimes gegen katholische Gebräuche, Organisationen und Institutionen. Das Konkordat war von Anbeginn Makulatur, eine einseitige Vereinbarung und vorteilhaft allein

für das Image von Hitlers Regime, in einer Zeit, als es sich etablierte. Aber es bewirkte nichts, um die katholische Kirche in Deutschland zu schützen.

Die Angriffe auf kirchliche Einrichtungen begannen bereits vor Abschluss des Konkordats. Rasch wurden die Zentrumspartei aufgelöst, die große katholische Jugendbewegung verboten, kirchliche Publikationen unterdrückt, Priester bedroht und verhaftet. Nicht nur wurden Prozessionen eingeschränkt, das Regime erdachte immer neue Schikanen. Zwischen 1933 und 1937

legte der Vatikan über siebzigmal Protest gegen Verletzungen des Konkordats ein, stets vergeblich. Zum Hauptschauplatz des Zermürbungskriegs zwischen Kirche und NS-Staat wurde der Schlüsselbereich des Bildungswesens. Das NS-Regime setzte sich sukzessive durch, indem es, trotz des verbreiteten Unmuts, trotz Unzufriedenheit und einigen offenen Protesten, mit Unterdrückungsmaßnahmen reagierte. Die Haltung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus war grundsätzlich feindselig: Der

antichristliche Kern der NS-Ideologie und der totale Anspruch des Regimes auf seine Bürger seien mit dem katholischen Glauben unvereinbar. So energisch sich die Kirche gegen Angriffe des Regimes verteidigte, so nachgiebig verhielt sie sich in anderen Bereichen der Regierungspolitik, um einen Generalangriff zu vermeiden. Das Regime konnte sich der Unterstützung der Kirche für seinen Antibolschewismus und seinen nationalistischen außenpolitischen Kurs sicher sein.

Die katholische Kirche in Deutschland verurteilte die

zunehmende Verfolgung der Juden nicht offiziell, auch nicht nach den Pogromen vom 9./10. November 1938. Schon im April 1933 hatte der Erzbischof von München und Freising, der standhafte Kardinal Michael Faulhaber, dem päpstlichen Staatssekretär und ehemaligen Nuntius in Deutschland, Kardinal Eugenio Pacelli (dem späteren Papst Pius XII.) erklärt, die katholische Kirche in Deutschland könne »derzeit nicht für die Juden eintreten, weil der Kampf gegen die Juden zugleich ein Kampf gegen die Katholiken werden würde«. Dies war eine Erklärung, die die insgesamt passive

Haltung der Kirche gegenüber den Juden in NS-Deutschland auf den Punkt brachte.

Zwar verurteilte Pius XI. in der Enzyklika »Mit brennender Sorge« (1937) den Rassismus. Doch die von Kardinal Faulhaber entworfene, von Pacelli bearbeitete Enzyklika war weniger deutlich als ein früherer, allerdings dann nicht veröffentlichter Entwurf des Vatikans. Vor allem vermied sie eine ausdrückliche Verurteilung des Nationalsozialismus und erwähnte auch die Judenverfolgung nicht direkt. Außerdem kam sie zu spät. Und obwohl sie die Nationalsozialisten

verärgerte, und diese mit weiteren Schikanen gegen den Klerus antworteten, zeitigte sie in Deutschland nur verhaltene Wirkung. Als das Heilige Offizium im Sommer und Herbst 1937 eine neue Verlautbarung vorbereitete, die »konkrete Tatsachen« zur Verurteilung der NS-Theorien, den Antisemitismus eingeschlossen, darlegen sollte, riet Kardinal Faulhaber von der Veröffentlichung ab: Der Text könne die Kirche in Deutschland in Gefahr bringen.

Damit war der Weg der fortgesetzten Untätigkeit vorgezeichnet, den die deutsche

Kirche ging, auch als sie immer stärker unter Druck geriet. Während des Krieges sahen die deutschen Bischöfe keine Veranlassung, die Deportationen und die Vernichtung der Juden öffentlich anzuklagen, ganz im Gegensatz zur mutigen Haltung, die Bischof Galen von Münster 1941 gegen die »Euthanasie-Aktion« einnahm. Inzwischen zogen deutsche katholische Soldaten wie ihre protestantischen Landsleute mit voller Unterstützung ihrer Kirchen in den Krieg, im Glauben, dass sie mit dem barbarischen Überfall auf die Sowjetunion einen Kreuzzug gegen den atheistischen Bolschewismus und

zur Verteidigung christlicher Werte führten; ein Glauben, in dem sie von Pfarrern und Priestern bestärkt wurden.

In Deutschlands Satellitenstaaten spielten die christlichen Kirchen eine bestenfalls zwiespältige Rolle, wenn es darum ging, Juden und anderen Opfern der brutalen Rassenpolitik Hilfe zu leisten. Auf den abscheulichen Sadismus der Ustaša gegen Serben, Roma und Juden im katholischen Kroatien reagierte der Vatikan nicht mit einer öffentlichen Verurteilung. Ante Pavelić, dem unsäglichen kroatischen Staatschef, wurde sogar eine Audienz beim Papst

gewährt. An einigen der schlimmsten Gräueltaten der Ustaša waren Franziskaner beteiligt. Allerdings intervenierte Erzbischof Alojzije Stepinac, der ansonsten staatsloyale Primas von Kroatien, bei 34 Gelegenheiten zugunsten von Juden oder Serben. Eindeutig verurteilte er den Rassismus und rief erfolgreich dazu auf, die Verhaftung und Deportation von jüdischen Ehegatten und Kindern aus Mischehen zu verhindern.

Nahezu alle Bischöfe in der Slowakei, deren Präsident Monsignor Jozef Tiso selbst aktiver katholischer Priester war, stellten sich hinter die

antijüdische Politik der Regierung;
nur wenige Priester machten eine
mutige Ausnahme.

Erstaunlicherweise dachte der
Vatikan nicht daran, Tisos Status als
Priester aufzuheben, wahrscheinlich
weil er in seinem Land sehr beliebt
war. Auch gegen die 16 anderen
Priester, die im Staatsrat in Bratislava
saßen, unternahm die Kirche nichts.
Das verwunderte selbst Monsignor
Domenico Tardini, den Assistenten
des Kardinalstaatssekretärs, der im
Juli 1942 schrieb: »Jeder wird
verstehen, dass der Heilige Stuhl
einen Hitler nicht gefügig machen
kann. Aber wer wird verstehen, dass

wir nicht einmal einen Priester lenken können?«

Die katholische Hierarchie in Ungarn stand auf der Seite der Regierung des Admirals Horthy und erhob bis 1944 keine Einwände gegen deren antijüdische Politik. Dann intervenierten der päpstliche Nuntius und das Oberhaupt der ungarischen Kirche, um die Deportation getaufter Juden zu verhindern. Doch vergeblich: Die Deportationen wurden fortgesetzt. Erst spät, 1944, nachdem bereits fast eine halbe Million Juden nach Auschwitz geschickt worden waren, ließen die Bischöfe in einem recht milde

gehaltenen Hirtenbrief
schwächlichen Protest hören.

Der rabiate Antisemitismus in Rumänien, der unter der Regierung des Marschalls Antonescu zum Tod von einigen Hunderttausend Juden führte, ließ die orthodoxe Hierarchie bestenfalls gleichgültig, wenn sie ihn nicht sogar billigte. Möglicherweise trug ein Appell des päpstlichen Nuntius in Bukarest 1942 zum wachsenden Widerstand des Regimes bei, als die Deutschen darauf drangen, weitere 300 000 Juden zu deportieren. Dem Kriegsverlauf entsprechend hatte Antonescu die Deportationen bereits nur mehr

halbherzig verfolgt, und als die Achsenmächte endgültig ins Hintertreffen gerieten, war sein Zögern, die übrigen rumänischen Juden deportieren zu lassen, 1944 eines der Manöver, mit denen er sich die Tür für Verhandlungen mit den Alliierten offenhalten wollte.

In Bulgarien, dessen jüdische Bevölkerung nur eine recht kleine Minderheit ausmachte und wo nur ein relativ moderater Antisemitismus grassierte, nahm die orthodoxe Hierarchie eine ganz andere Haltung ein als ihre rumänischen Amtsbrüder: Ausdrücklich stellte sie sich der geplanten Deportation der Juden

entgegen. Das Stocken der Deportationen aus Bulgarien selbst (die Deportationen aus den Provinzen Mazedonien und Thrakien, die kurz zuvor an Bulgarien gefallen waren, wurden fortgesetzt) ist jedoch nicht auf Proteste seitens der Kirche zurückzuführen – für die der König nichts übrig hatte –, auch nicht auf prinzipielle Gründe, hier war Opportunismus am Werk: Die bulgarische Regierung hielt es wohl für unklug, die Deportationen anzuordnen, wo Deutschland doch dabei war, den Krieg zu verlieren.

In den deutsch besetzten Ländern Europas nahmen die Kirchen zur

Judenverfolgung sehr unterschiedliche Positionen ein, entsprechend unterschiedlich waren auch ihre Reaktionen. Der Klerus im Baltikum und in der Ukraine teilte den extremen Nationalismus der Bevölkerung im Wesentlichen, ebenso Antisemitismus und antisowjetische Einstellungen. Der Klerus schwieg zu den mörderischen Angriffen auf die Juden oder unterstützte sie direkt. Unter großem persönlichen Risiko halfen polnische Priester und Ordensleute einigen Tausend Juden; doch es gab auch nicht wenige Geistliche, die keinen Hehl aus ihren antisemitischen

Einstellungen machten, die der starken Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber den Juden entsprach. In den Niederlanden setzten sich im Juli 1942 sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche für die Juden ein. Beide verlangten ein Ende der Deportationen, die katholische Kirche allerdings nicht, ohne sich zuvor die Genehmigung des Papstes einzuholen. Am 26. Juli 1942 wurde in allen Kirchen ein Protesttelegramm an Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart verlesen, das deutliche Worte gegen die Deportationen fand. Der (im Unterschied zum nicht

öffentlichen Appell der protestantischen Kirchenleitung) öffentliche Protest blieb erfolglos, zog aber Vergeltung nach sich, ebenso die kompromisslose Haltung Johannes de Jongs, des Erzbischofs von Utrecht: Innerhalb von 14 Tagen wurden mehrere Hundert katholisch getaufte Juden nach Auschwitz verbracht. Zwar beteiligte sich der Klerus in Holland und im benachbarten Belgien an Rettungsnetzwerken für Juden, zu einer nochmaligen öffentlichen Verurteilung der Deportationen aber kam es nicht.

Dem französischen Episkopat, das

Marschall Pétain als Wiederhersteller der religiösen Werte und als Vorbote einer moralischen Erneuerung so herzlich willkommen geheißen hatte, waren die Juden eher gleichgültig. Zwischen 1940 und 1942 akzeptierten die französischen Bischöfe die antijüdische Gesetzgebung, ohne Einwände zu erheben. Das änderte sich mit Beginn der Deportationen im Sommer 1942. Auch wenn es Befürchtungen gab, öffentlicher Protest könnte Vergeltungsmaßnahmen gegen die Kirche provozieren, wandten sich einige Bischöfe in öffentlichen Erklärungen und Hirtenbriefen mit

deutlichen Worten gegen die Deportationen. Die Vichy-Regierung zeigte sich besorgt über die Proteste, die jedoch so schnell verstummten, wie sie laut geworden waren. Die Regierung wusste die Loyalität des Episkopats gegenüber Pétain zu nutzen und versüßte das Ganze mit Steuervorteilen und Zuschüssen für religiöse Vereine. Als die Deportationen im Frühjahr 1943 wieder aufgenommen wurden, blieben Proteste wie im Vorjahr aus. Einzelne Geistliche (und Laien), katholische und protestantische, auch religiöse Einrichtungen beteiligten sich an Hilfsaktionen für Juden,

Hunderte wurden versteckt, darunter viele Kinder (eines von ihnen war Saul Friedländer, der später namhafte Holocaust-Historiker). Die führenden Repräsentanten der katholischen Kirche nahmen eine weitgehend fatalistische Haltung ein; sie akzeptierten, was sie ihrer Ansicht nach nicht ändern konnten.

In dieser ganzen Zeit verurteilte Papst Pius XII. den Völkermord, von dem der Vatikan spätestens seit 1942 wusste, ohne allerdings Größenordnung und Einzelheiten genauer zu kennen, nicht ein einziges Mal, öffentlich und eindeutig. Die Motive dieses rätselhaften Papstes

werden wahrscheinlich nie ganz gelüftet werden, auch wenn die noch geschlossenen Archivalien des Vatikans aus dieser Periode einmal zugänglich gemacht werden. Anschuldigungen der Art, er sei »Hitlers Papst« gewesen, herzlos gegenüber dem Schicksal der Juden, tatenlos, weil er selbst eingefleischter Antisemit gewesen sei, sind allerdings abwegig. Insgeheim unterstützte er den deutschen Widerstand gegen Hitler im Jahr 1939, ließ den Westalliierten 1940 Informationen zum Datum des deutschen Angriffs im Westen zukommen, arrangierte

Lebensmittellieferungen für die hungernden Griechen, rief eine Organisation zur Flüchtlingshilfe ins Leben und blieb auch im Hinblick auf die Judenverfolgungen keineswegs untätig. Die Sorge jedoch, die ihm über alles ging, war der Schutz der Kirche. Wie Benedikt XV. sah er sich als Friedensstifter, als Verteidiger des Katholizismus vor allem gegen den atheistischen Kommunismus, und versuchte entsprechend, durch stille Diplomatie hinter den Kulissen zu wirken.

Eine offene Stellungnahme, das schien Pius sicher, würde die Lage nur verschlimmern – nicht nur für

die katholische Kirche und die Katholiken, für die er unmittelbar verantwortlich war, sondern auch für die Opfer deutscher Gräueltaten. Schon in den 1930er Jahren hatten die deutschen Bischöfe von einer offenen Konfrontation mit dem NS-Regime abgesehen: aus Furcht, die Lage der Kirche noch weiter zu verschlechtern. 1940 empfahlen polnische Bischöfe dem Vatikan, sich einer offenen Verurteilung der Gräuel zu enthalten, dies könne entsetzliche Repressalien bewirken. »Der einzige Grund, warum Wir schweigen«, so erklärte der Papst dem italienischen Botschafter, »ist die Einsicht, dass

dies das Los des polnischen Volkes noch schwerer machen würde.« Der gleichen Auffassung scheint er im Hinblick auf das Schicksal der Juden gewesen zu sein.

Im Herbst 1942 waren die Völkermordabsichten des Hitlerregimes unmissverständlich klar geworden; eine öffentliche Verurteilung der deutschen Politik hätte die Not der Juden zu diesem Zeitpunkt kaum noch vergrößern können. Pius wusste, wie hilflos er war: Er konnte Hitlers Regime von seinem erbarmungslosen Kurs der Vernichtung der europäischen Juden nicht abbringen. Aber er war auch

nicht bereit, eine neue Strategie auszuprobieren. Seine Hauptsorge blieb der Schutz der Kirche. Im September 1942 erfuhr der amerikanische Geschäftsträger am Vatikan von Beamten des Kirchenstaats, der Papst verurteile die Vernichtung der Juden nicht öffentlich, denn er wolle vermeiden, die Situation der Katholiken in Deutschland und den besetzten Gebieten noch schlimmer zu machen.

Am 24. Dezember 1942, in seiner Weihnachtsbotschaft an die Welt, spielte der Papst auf den Völkermord an, aber nur knapp und wortkarg sprach er von »Hunderttausenden,

die persönlich schuldlos bisweilen nur um ihrer Volkszugehörigkeit oder Abstammung willen dem Tode geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind« – das sind 21 Wörter in einem Text von 26 Seiten. Der Papst war der Meinung, die Botschaft sei »kurz« gewesen, werde aber »gut verstanden«. Sie blieb jedenfalls sein einziger öffentlicher Protest. In einem Brief an den Bischof von Berlin, Monsignor Konrad Graf von Preysing, vom 30. April 1943 bemerkte Pius zur Frage seiner Zurückhaltung, die Gefahr von Vergeltung und weiterem Druck

rechtfertige sie. Den »nicht-arischen Katholiken« – von den »Nicht-Ariern«, die keine Katholiken waren, war nicht die Rede – gelte »Unsere Vaterliebe und Vatersorge in erhöhtem Maße«, nach Lage der Dinge aber »können Wir ihnen keine andere Hilfe zukommen lassen als Unsere Gebete«.

Der Papst intervenierte mit persönlichen Protestschreiben an die Regierungen der Slowakei und Ungarns gegen die Deportationen, einer öffentlichen Verurteilung enthielt er sich aber auch in diesen Fällen. Im Oktober 1943 war er mit Deportationen von Juden

konfrontiert, die quasi vor seinen Augen stattfanden. Ein Woche zuvor waren die römischen Juden zusammengetrieben worden, um verschleppt zu werden. Ernst von Weizsäcker, der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, hatte den Vatikan über die drohende Gefahr informiert, der Papst diese Information aber nicht an die jüdische Gemeinde weitergegeben. Als die Juden dann verhaftet wurden, legte der Vatikan beim deutschen Botschafter offiziell Protest ein. Auch das geschah nicht öffentlich, denn der Vatikan war gewarnt worden, »jeder Protest des Papstes« werde zur

Folge haben, dass »die Deportationen noch energischer« betrieben würden. Vielleicht, so ist spekuliert worden, hatte der Papst auch Bedenken, dass die Vatikanstadt bombardiert oder durch sonst eine kriegerische Handlung zerstört werden könnte, wenn er Berlins Missfallen erregte – keine unwahrscheinliche Reaktion. Was auch immer sein Motiv gewesen sein mag, die Kirche unternahm dann doch praktische Schritte, um Roms Juden zu helfen, und sorgte dafür, dass 5000 Flüchtlinge in Klöstern versteckt werden konnten. Eine schriftliche Anweisung des Papstes für diese lebensrettende Maßnahme

fand sich bislang nicht, aber es ist unwahrscheinlich, dass die vielfältigen Bemühungen, Juden in kirchlichen Gebäuden zu verstecken, spontan stattfanden. Ein Augenzeuge, der Jesuitenpater Robert Leiber, sagte später, Pius habe die Oberen von kirchlichen Einrichtungen persönlich angewiesen, den Juden ihre Türen zu öffnen. Etwa 500 Juden fanden eine Zuflucht in der päpstlichen Sommerresidenz Castel Gandolfo. Das öffentliche Schweigen aber hat das Ansehen Pius' XII. unrettbar beschädigt. Seine Weihnachtsbotschaft von 1942 war

eine verpasste Gelegenheit, nicht zuletzt, da die Alliierten erst eine Woche zuvor »die bestialische Politik kaltblütiger Vernichtung« der Juden öffentlich angeprangert hatten. Hätte sich Pius entschlossen, den Völkermord deutlich anzusprechen, hätte er sich dieser Erklärung anschließen können, mit einer eigenen öffentlichen, klaren und eindeutigen Verurteilung. So aber sorgte die dunkle Sprache, die er benutzte, dafür, dass seine Botschaft kaum Wirkung zeigte. Davon abgesehen hätte zu diesem Zeitpunkt auch ein öffentlicher Protest, eine Verurteilung durch den Papst, selbst

wenn sie in aller Eindeutigkeit erfolgt wäre, wahrscheinlich nichts an der Besessenheit ändern können, mit der die Deutschen die »Endlösung der Judenfrage« betrieben.

Wie bedeutsam waren solche Fragen für gewöhnliche Kirchgänger? Die Antwort lautet wahrscheinlich: nicht besonders. Fast überall in Europa waren die Juden eine kleine, in der Regel unbeliebte Minderheit. Der Krieg hatte Millionen Menschen in einen Kampf ums eigene Überleben hineingerissen, und da dachten sicher nur wenige an das Schicksal der Juden. Bestand ihnen gegenüber keine Feindseligkeit, dann doch

verbreitet Gleichgültigkeit; die Menschen hatten andere Sorgen. Jedenfalls hatte, als der Krieg vorbei war, das Versagen beider großer Konfessionen angesichts der Vernichtung der europäischen Juden wenig Einfluss auf das Verhalten der Gläubigen, auch nicht auf ihre Treue zur Kirche.

Auch abgesehen von ihrer angreifbaren Haltung zur Judenverfolgung hatten die Probleme, mit denen sich beide Kirchen in den Zwischenkriegsjahren, dann im Zweiten Weltkrieg selbst auseinandersetzen mussten, kaum negative Auswirkungen auf

Einstellung oder Verhalten der Gläubigen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Das galt natürlich nicht für die Gebiete, die in den sowjetischen Herrschaftsbereich fielen.

Die katholische Kirche erlebte sogar eine Art Aufschwung. In den meisten Ländern hatte die Zahl der Gottesdienstbesucher während des Krieges zugenommen. Die Kirche blieb auch nach dem Krieg weiterhin stark, was vermutlich mit einem Gefühl der Sicherheit zu tun hatte, das der Katholizismus den Gläubigen nach den Traumata des Krieges bot. Parteien in Westdeutschland, den

Niederlanden, in Belgien, Italien, Frankreich und Österreich, von denen einige neu gegründet worden waren, pflegten katholische Grundsätze. In Deutschland und Österreich stilisierte sich die Kirche erfolgreich als Opfer der Nationalsozialisten, das heftigen Angriffen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen sei. Nachträglich rechnete sie sich dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu, breitete einen Schleier über die Bereiche, in denen sie dem Regime zugestimmt und mit ihm kollaboriert hatte.

Die italienische Nachkriegsverfassung bestätigte den

Lateranvertrag, den die Kirche 1929 mit Mussolini geschlossen hatte; es blieb beim Einfluss der Kirche auf das Bildungswesen und die öffentliche Moral. In Salazars Portugal und in Francos Spanien war die nationale Identität eng mit der Kirche verbunden, beiden Diktaturen verschaffte sie die ideologische Legitimität für ihren tief verwurzelten Antisozialismus. Indem sie sich vorbehaltlos hinter das Regime und dessen Pflege einer einseitigen Erinnerung an den Bürgerkrieg stellte, verschaffte sich die katholische Kirche in Spanien die Befreiung von allen Steuern sowie

Freiheit auch von allen Einmischungen und Zensurrechten des Staates. Im überwiegend katholischen Irland gedieh die Kirche wie nie zuvor, war äußerst populär – Irland war das einzige Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung regelmäßig in die Kirche ging – und hatte großen politischen Einfluss. Im Vatikan ging das Pontifikat Pius XII. unverändert weiter, sein Ansehen wuchs sogar noch; es blieb Hort der Reaktion gegen die angeblichen Übel der modernen Welt, und da natürlich vor allem gegen den atheistischen Kommunismus. Der Höhepunkt päpstlicher Monarchie war erreicht,

als der Papst 1950 die leibhaftige Aufnahme der Jungfrau Maria in den Himmel verkündete – *ex cathedra*, das heißt mit unanfechtbarer geistlicher Autorität und »unfehlbar«. In einem zunehmend säkularen, skeptischen und demokratischen Zeitalter lebte diese Form absolutistischer Monarchie von geborgter Zeit.

Der in Lehre und Organisation, aber auch national zersplitterten protestantischen Kirche fehlte die weltweite Stärke und Stabilität des Katholizismus. Im größten Teil Nordwesteuropas setzte sich die langfristige Erosion des Protestantismus fort. Die Menschen

in Großbritannien und den skandinavischen Länder blieben in ihrer Mehrheit dem Namen nach christlich, der Rückgang des Gottesdienstbesuchs aber wurde im Krieg allenfalls geringfügig gebremst; im neutralen Schweden ging er kontinuierlich weiter und war, wie überall, in den Städten ausgeprägter als auf dem Land. In Norwegen und Dänemark freilich wurde, aufgrund der Verbindung der Kirchen mit dem nationalen Widerstand, das Schwinden der Gottesdienstbesucher vorübergehend abgebremst. Auch in Holland konnte die reformierte Kirche auf ihren

Widerstand während der deutschen Besatzung bauen, vermochte darum in den unmittelbaren Nachkriegsjahren den Protestantismus wiederzubeleben. In der Schweiz, der Heimat von Karl Barth, dem bedeutendsten Theologen seiner Zeit, und Sitz zahlreicher protestantischer Organisationen, wo die protestantische Kirche eine Rolle in der Flüchtlingshilfe gespielt hatte, blieb ihre Vitalität ungebrochen, und sie konnte sich der allgemeinen Tendenz zum Säkularismus sogar einige Zeit entgegenstemmen. Der britische Protestantismus erlebte in den Nachkriegsjahren ebenfalls einen

Aufschwung; die Kirchenmitgliedschaft erreichte in den 1950er Jahren ihren Höchststand, ging dann allerdings stark zurück.

Die evangelische Kirche in Deutschland dagegen musste sich mit ihrer Haltung im »Dritten Reich« auseinandersetzen. Allein schon, dass die Geistlichkeit über das Ende der NS-Zeit hinweg im Amt blieb, war ein Zeichen dafür, dass diese Auseinandersetzung für die Dauer einer Generation oder länger unvollständig und überdies häufig apologetisch blieb, solange nämlich die Rolle der Kirche im Widerstand gegen das Regime betont, die

beträchtliche Unterstützung des Nationalsozialismus dagegen heruntergespielt wurde. Immerhin waren die protestantischen Kirchenführer anders als ihre katholischen Kollegen bereit, öffentlich zuzugeben, dass sie während der NS-Zeit schwere Fehler begangen hatten. Das – nicht ins Einzelne gehende – Stuttgarter Schuldbekenntnis der Kirche vom Oktober 1945 spaltete jedoch mehr, als es vereinte. Der Text bemühte sich, die kirchlichen Gewissensnöte zu besänftigen, vielen Menschen in Deutschland aber reichte das nicht aus; andere lehnten die in diesem

Schreiben implizierte Unterstellung einer Kollektivschuld an den NS-Verbrechen ab.

Dennoch tat die evangelische Kirche nach dem Krieg viel, um sich neu zu organisieren und sich zu revitalisieren; sie spielte auch in den Flüchtlingshilfswerken eine bedeutende Rolle. Wie in Nordwesteuropa blieb es bei nomineller Kirchenmitgliedschaft bei gleichzeitigem Rückgang der Gottesdienstbesuche, besonders in den Städten. In der sowjetisch besetzten, fast vollständig protestantischen Ostzone waren Kirche und kirchliche Organisationen

starkem staatlichen Druck ausgesetzt. Die Kirche bestand weiter, führte jedoch zunehmend eine Nischenexistenz. Nur noch eine kleine Minderheit ging in die Kirche, um ihren Glauben in einer offiziell gottlosen Gesellschaft zu bewahren.

Anders als der Katholizismus erlebte der Protestantismus in Europa keinen zweiten Frühling. In beiden Konfessionen jedoch herrschte unmittelbar nach dem Krieg Kontinuität; erst in den 1960er Jahren kam es zu bedeutsamen Veränderungen. Für Menschen, die den Kirchen nicht eng verbunden waren, auch für die

Nachdenklicheren, warfen die Schrecken des Krieges und die bald nach Kriegsende einsetzenden Enthüllungen über den wahren Umfang der Gräueltaten während des katastrophalen Weltbrandes viele Fragen auf, Fragen sowohl nach dem Verhalten der Kirchen wie auch die Frage nach einem Gott, der zugelassen hatte, dass das Böse derart hatte triumphieren können. Diese Zweifel wurden nicht weniger, sie wuchsen, als der Zweite Weltkrieg allmählich zur Geschichte wurde.

Die Intellektuellen und Europas Krise

Fast die ganze erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hindurch beschäftigten sich Europas Intellektuelle – die führenden Denker und Schriftsteller in vielen verschiedenen Disziplinen – mit einer Gesellschaft in der Krise. Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs verstärkte das Gefühl, in einer irrationalen Welt zu leben, eine Vorstellung, die in der Gesellschaftstheorie schon seit den 1890er Jahren virulent war. Die Gesellschaft, so schien es, war im

Wahnsinn versunken. Die Zivilisation erschien brüchig und labil, vielen kam sie morbide vor und krank, haarscharf von einer weiteren Katastrophe entfernt. Dieses Gefühl trug sogar zum Schwung, zur kulturellen Lebendigkeit der 1920er Jahre bei. Und für einige Jahre sah es in diesem Jahrzehnt so aus, als ließe sich die Katastrophe vermeiden. Während der dann um sich greifenden Großen Depression, einer beispiellosen Krise des Kapitalismus, die sich in der wachsenden Anziehungskraft des Faschismus äußerte, verschärfte sich bei vielen Intellektuellen das Gefühl merklich,

eine verheerende Krise der Zivilisation mitzerleben.

Die liberalen bürgerlichen Werte, die zu dieser verformten Zivilisation geführt hatten, gerieten nun von allen Seiten unter Beschuss. Schon in den 1920er Jahren wurde vielen Intellektuellen klar, dass die vornehme Abgeschiedenheit im Elfenbeinturm keine Option mehr war; den Beweis lieferte Hitlers Aufstieg in Deutschland. Die im Mai 1933 inszenierte Bücherverbrennung der Werke von Schriftstellern, die den neuen Herren nicht passten, trieb viele herausragende Gestalten der literarischen und künstlerischen

Welt, in der Mehrzahl Juden, in die Emigration — ein Schock der schlimmsten Art.

Das Gefühl, dass die Zivilisation in der Krise sei, durchdrang alles. Die liberale Demokratie verlor auch unter den Intellektuellen immer mehr Anhänger. Die meisten bezweifelten, dass die fundamentale Veränderung, die gebraucht würde, um die Krise zu überwinden, von eben dem System ausgehen könne, das in ihren Augen just für diese Krise verantwortlich war. Die ungeheure Enttäuschung über die bürgerliche Gesellschaft, der Verlust des Glaubens an das politische System, das sie

repräsentierte, polarisierte die Reaktionen der Intellektuellen. Am weitesten verbreitet war eine Bewegung nach links, zu den diversen Spielarten des Marxismus. Eine Minderheit blickte zur faschistischen Rechten. Was die beiden typischen Reaktionen, so verschieden sie waren, gemeinsam hatten, war das Gefühl, die alte Gesellschaft müsse abgeschafft und durch eine neue ersetzt werden, die auf utopischen Idealen gesellschaftlicher Erneuerung aufzubauen sei.

Intellektuelle suchten die Lösung nur selten bei der

sozialdemokratischen Linken, deren relativ moderate Haltung angesichts der Extreme, die sich gegenüberstanden, nicht mehr zeitgemäß wirkte, und für eine derart schwere Krise auch keine wirkliche Antwort zu bieten schien. (Großbritannien, das im Wesentlichen von den politischen Extremen unberührt blieb, die den europäischen Kontinent befallen hatten, und auch die skandinavischen Länder, in denen sich auf der Grundlage sozialdemokratischer Reformen ein Konsens gebildet hatte, konnten sich von der allgemeinen Tendenz relativ frei halten.) So

suchten viele die Rettung im Kommunismus, sahen die Sowjetunion in zunehmender Dunkelheit als einzigen Lichtstrahl. Im tiefen Schatten, der sich über alles Gegenwärtige gelegt hatte, weckte die Verheißung einer kommunistischen Weltrevolution Hoffnungen auf die Zukunft. Die marxistischen Lehren von klassenloser Gleichheit, vom Internationalismus, vom Sprengen der kapitalistischen Ketten hatten auf intellektuelle Idealisten enorme Anziehungskraft. Marxistische Theoretiker – wie Antonio Gramsci (der seine großen Schriften während

eines langen Gefängnisaufenthalts im faschistischen Italien verfasste), der Deutsche August Thalheimer, der im Exil lebende Leo Trotzki, der Österreicher Otto Bauer, der Ungar Georg Lukács – schrieben anspruchsvolle Werke über die Krise des Kapitalismus, ohne sich durch die Zwangsjacke der stalinistischen Orthodoxie einengen zu lassen.

Außerhalb solcher Kreise waren die Intellektuellen zwischen den Kriegen im Allgemeinen jedoch weniger durch eingehende Lektüre marxistischer Theoretiker motiviert als durch ein emotionales Engagement für den Marxismus

(freilich nicht immer in der politischen Form, den die Lehre in der Sowjetunion angenommen hatte); er schien den Rahmen für eine neue, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit beruhende Gesellschaftsordnung zu bieten. Aus ihrem Kreis sind die Franzosen Henri Barbusse, Romain Rolland, André Gide und André Malraux, die Deutschen Bertolt Brecht und Anna Seghers, der Pole Aleksander Wat, der im französischen Exil lebende Manès Sperber aus dem vormals österreichischen Galizien, der Ungar Arthur Koestler und die Briten John Strachey, Stephen Spender, W. H.

Auden und George Orwell zu nennen.

Am bedeutsamsten freilich war der Antifaschismus: Kommunismus stand für strikte Ablehnung von Rassismus, Hypernationalismus und Militarismus, des unverhohlenen menschenverachtenden Credo des Nationalsozialismus. Die linken Intellektuellen waren vor allem vom Totalangriff des Nationalsozialismus auf alle fortschrittlichen Werte und die kulturelle Freiheit abgestoßen. Was sie bis ins Mark erschütterte, war sein Angriff auf den innersten Kern humanistischer Überzeugungen, war die offene Befürwortung der Gewalt gegen diejenigen, die zu

politischen und rassistischen Feinden gestempelt wurden, eine Gewalt, die sich am offensichtlichsten in der unbarmherzigen Behandlung der Juden zeigte. Sie führte bei vielen Intellektuellen zur grundsätzlichen Überzeugung, dass ihnen nur eine Wahl blieb: Sie mussten sich für den Kommunismus entscheiden, den die Sowjetunion vertrat, die entschlossenste Kraft des Antifaschismus.

Der Brite Eric Hobsbawm, der lange nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem weltberühmten Historiker wurde und seine linken Überzeugungen nie verleugnete,

sagte einmal, die Entscheidung, die er getroffen habe, als er noch ein Jugendlicher war, eine Zeitlang in Berlin wohnte und dort den Totenkampf der Weimarer Republik miterlebte, sei zur Grundlage seines lebenslangen Eintretens für den Kommunismus und die Sowjetunion geworden. Es war ein Engagement, das in seinem Fall nicht nur die Enthüllungen der stalinistischen Verbrechen, sondern auch den sowjetischen Einmarsch 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei überlebte, Ereignisse, die viele Intellektuelle dazu trieben, sich vom

Sowjetkommunismus abzuwenden.
»Für jemanden wie mich gab es nur eine Wahl«, schrieb Hobsbawm in seinen Erinnerungen. »Was blieb für einen Jungen übrig, vor allem für einen Jungen, der sich bereits bei seiner Ankunft in Deutschland gefühlsmäßig zur Linken hingezogen fühlte?«

Illusionen über den Sowjetkommunismus hielten viele Intellektuelle gefangen, auch lange nachdem die Schrecken des Stalinismus bekannt und unwiderlegbar geworden waren. Manche ließen sich kritiklos von der sowjetischen Propaganda über die

ruhmreiche neue Gesellschaft
blenden, die im Entstehen begriffen
sei. Zwei führende Köpfe der Labour
Party, Sidney und Beatrice Webb,
veröffentlichten 1935 unter dem Titel
*Soviet Communism: A New
Civilization?* eine peinliche
Lobeshymne auf den Stalinismus. Sie
waren sich ihrer Beurteilung so
sicher, dass sie, als das Buch zwei
Jahre später, auf dem Höhepunkt der
Säuberungen, neu aufgelegt wurde,
das Fragezeichen im Titel wegließen.
Andere, wie der große deutsche
Bühnenautor Bertolt Brecht,
verschlossen schlicht permanent die
Augen vor der inhumanen Realität

der kommunistischen Diktatur, während sie zugleich an der humanen Vision einer utopischen kommunistischen Gesellschaft festhielten. Viele Intellektuelle wollten die Wahrheit über die Sowjetunion einfach nicht wissen, konnten den Traum nicht sterben lassen. Vielen war es psychisch unmöglich, ihren Glauben an den Kommunismus aufzugeben, die einzige Hoffnung, den Glauben an die Fähigkeit der Menschen, eine bessere Welt zu schaffen, auch wenn für jedermann überdeutlich zu sehen war, dass der Stalinismus noch jede Parodie dieses Glaubens übertraf.

Andere hielten das ungeheuerliche Ausmaß des stalinistischen Blutvergießens für einen bedauerlichen Nebeneffekt beim Aufbau von Utopia. Wenn einige Unschuldige zu leiden hatten, so wurde gesagt, dann handele es sich um »Kollateralschäden«, die meisten der Getöteten seien tatsächlich Feinde der Revolution gewesen. Und das extreme Ausmaß der Gewalt zeige nur, welche Macht die inneren Feinde der Revolution besäßen; das Blutvergießen sei eine bedauerliche Notwendigkeit.

Eine andere Rechtfertigung war die oft geäußerte Überzeugung, dass

Stalin nicht für die Fortsetzung der Revolution stehe, sondern für deren Negation, für eine völlige Verzerrung ihrer Ideale, für die Abweichung vom »wahren« Weg Lenins, des Gründervaters der Sowjetunion. Der polnische Dichter Antoni Słonimski zum Beispiel weigerte sich konsequent, den Marxismus oder die Revolution für die Unterdrückung in der Stalinära verantwortlich zu machen. Sein Landsmann Aleksander Wat, ein avantgardistischer Dichter und Herausgeber einer marxistischen Zeitung, der unter dem sowjetischen Regime im Zweiten Weltkrieg schwer zu leiden hatte, erklärte später, er

betrachte »Stalin als furchtbar, als jemanden, der schreckliche Dinge getan hat«, die Sowjetunion aber, »das Heimatland des Proletariats«, würde er niemals kritisieren.

Der englische Philosoph Bertrand Russell war einer der wenigen, die voller Begeisterung für die Revolution Russland (bereits 1920) besuchten, aber er verließ das Land voller Abscheu über den Terror und die rücksichtslose Eliminierung der politischen Gegner. Er wusste jedoch, dass zu dieser Zeit jede kritische Haltung zum Bolschewismus den Vorwurf zur Folge hatte, man arbeite den Reaktionären in die Hände. Auch

der berühmte französische Schriftsteller André Gide sympathisierte mit den Zielen der Revolution, änderte seine Meinung jedoch, nachdem er Mitte der 1930er Jahre von einer Reise in die Sowjetunion zurückgekehrt war. Seine Kritik am Kommunismus, die er 1936 veröffentlichte, trug ihm viele Schmähungen ein, auch den Verlust früherer Freunde aus der Linken. Manès Sperber, ein galizisch-jüdischer Schriftsteller, der in Paris – dem Ziel vieler jüdischer Emigranten – im Exil lebte und arbeitete, nachdem ihn Hitlers Machtergreifung aus Deutschland

vertrieben hatte, zweifelte bereits ab 1931 zunehmend am Sowjetkommunismus; auch er war nach Moskau gereist. Aber er schreckte davor zurück, seine Zweifel zu veröffentlichen: Das würde ihm politische, aber auch emotionale Schwierigkeiten einbringen. Er blieb in der kommunistischen Partei, vor allem weil er den Faschismus bekämpfen wollte; erst die Absurditäten der stalinistischen Schauprozesse brachten ihn dazu, 1937 aus der Partei auszutreten.

Arthur Koestler, ebenfalls jüdisch, ein in Budapest geborener, sehr produktiver Autor und

Journalist, trat 1931 in die Kommunistische Partei Deutschlands ein, war aber zunehmend enttäuscht von der sowjetischen Realität, nachdem er die Folgen der Zwangskollektivierung und den Hunger in der Ukraine gesehen hatte. Auch er vollzog den Bruch nicht sofort, sein Entschluss reifte erst im Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs. Wie viele andere Linksintellektuelle war er nach Spanien gegangen, um gegen den Faschismus zu kämpfen. Als er sah, wie die Politik der Kommunisten dort nur von den Interessen der Sowjetunion diktiert wurde, und als er von den

Schauprozessen hörte, den offensichtlich falschen Anschuldigungen gegen treue Kommunisten, löste er sich innerlich vom Stalinismus, während er in einem von Francos Gefängnissen (eine Zeitlang schwebte ein Todesurteil über ihm) litt. Um die antifaschistische Einheit nicht zu gefährden, schwieg er weiterhin, einige Monate lang, bis er 1938 schließlich doch mit dem Kommunismus brach. Sein glänzender Roman *Sonnenfinsternis* (1940) ist eine düstere Rekonstruktion des psychischen und physischen Drucks, dem diejenigen ausgesetzt

waren, die angeblicher Abweichungen von der Orthodoxie beschuldigt wurden, um die absurden »Schuldbekennnisse« gestandener Bolschewiken in den stalinistischen Schauprozessen zu erzwingen. Koestler begegnete dem entscheidenden Dilemma, dem sich in den 1930er Jahren viele Linksintellektuelle gegenüber sahen: Wie konnten sie der einzigen Macht gegenüber, die fähig war, dem Faschismus zu widerstehen und ihn zu besiegen, loyal bleiben, als sie erkannten, dass die Sowjetunion zur grotesken Karikatur der hehren Ideale geworden war, die ihr politisches

Engagement motiviert hatten?

Für eine beachtliche Minderheit unter den Intellektuellen waren die Ideale der Linken ein Gräuel – erst recht das Ausmaß der Gewalt während der Russischen Revolution, des darauf folgenden Bürgerkriegs und der stalinistischen Diktatur. Sie schauten zur Rechten, suchten dort Rettung aus der Krise Europas; einige wurden direkte Befürworter des Faschismus. Was sie einte, war der Glaube an die Notwendigkeit einer geistigen Erneuerung, sie wollten dem Absinken einer degenerierten Menschheit in Barbarei und Nihilismus ein Ende machen. Der

Faschismus der 1920er und 1930er Jahre – seine ganze Unmenschlichkeit, alles, was sich während des Zweiten Weltkriegs im Horror des Völkermords zeigte, lag noch in der Zukunft – bot ihnen ein alternatives Utopia; es verband eine weitgehend mythische Überhöhung vergangener kultureller Werte mit der Vision eines modernen, homogenen und vereinten Volks, das diese Werte verkörpere.

Der Reiz des Faschismus war nicht unbedingt atavistisch. Die Hoffnungen eines Filippo Marinetti und der Futuristen beispielsweise, die die revolutionäre Gewalt des

modernen Maschinenzeitalters glorifizierten und Mussolini huldigten, waren keine Flucht in die Vergangenheit, sondern gründeten in der utopischen Vision einer modernen Gesellschaft. Auch ein expressionistischer Dichter wie Gottfried Benn konnte sich vom Nationalsozialismus als einer revolutionären Kraft angezogen fühlen, die eine neue, moderne Ästhetik hervorbringen werde – und er wurde schnell enttäuscht. Ezra Pound, einflussreicher Dichter und Kritiker der Moderne, in den USA geboren, lebte vor dem Ersten Weltkrieg in London. Angewidert

von dem, was er als Verantwortung des internationalen Kapitalismus für den Krieg begriff, voller Verachtung für die liberale Demokratie, zog er nach Paris und weiter nach Italien und rühmte dort Mussolini und den italienischen Faschismus als Vorboten einer neuen Zivilisation. Im Unterschied zu Benn und anderen hat Pound seine Illusionen nie verloren. Er widerrief seinen Glauben an den Faschismus zumindest nie.

Der Glaube an den »neuen Menschen«, an die Erneuerung der »wahren« Kultur, an die nationale Wiedergeburt endete oft in mystischen Äußerungen, gegen die

auch intellektuelle Präzision nicht mehr ankam. Der französische politische Schriftsteller und Romancier Pierre Drieu la Rochelle war besessen von der Idee, dass Nation und Kultur in der Dekadenz versanken, und sah im Faschismus (sowie in Frankreichs Besetzung durch die Nationalsozialisten) nicht weniger als »die große Revolution des 20. Jahrhunderts«, eine »Revolution der Seele«. Robert Brasillach, auch er ein profaschistischer französischer Schriftsteller, nannte den Faschismus die »Dichtung des 20. Jahrhunderts«, Verkörperung des Geists »nationaler

Kameradschaft«.

Mit dem Glauben an geistige Erneuerung durch nationale Wiedergeburt lässt sich weitgehend erklären, welche Anziehungskraft der Faschismus für italienische Intellektuelle hatte. Immerhin 250 von ihnen unterzeichneten 1925 das »Manifest faschistischer Intellektueller«, das sich an Geistesschaffende in aller Welt richtete: Der Faschismus, heißt es darin, sei der »Glauben aller Italiener, die die Vergangenheit verachten und eine Erneuerung ersehnen«. Verfasst hatte dieses Manifest Giovanni Gentile, ein

bekannter Philosophieprofessor der Universität von Rom. Der italienische Faschismus, so Gentiles Erwartung, werde einen ethischen Staat schaffen, der an die Stelle des moralischen Willens des Individuums treten und die Dekadenz des bürgerlichen Liberalismus überwinden werde. Mitte der 1920er Jahre sprach er von der »Seele des neuen Italien, die langsam aber sicher über das alte herrschen wird«. Er ging so weit, die faschistische Barbarei »als den Ausdruck der gesunden Energien« zu feiern, sie werde »falsche und elende Idole erschüttern und dem Volk seine Gesundheit wieder zurückgeben im

Innern der Macht eines Staates, der sich seiner souveränen Rechte bewusst ist, die seine Pflichten sind«.

Noch bemerkenswerter war das Engagement des führenden deutschen Philosophen Martin Heidegger für die NS-Bewegung. Die Philosophie dieses hochkomplizierten, anspruchsvollen Denkers, dessen 1927 erschienenenes Werk *Sein und Zeit* seinen internationalen Ruf begründet hatte, machte ihn anfällig für Ideale, die er in der NS-Bewegung repräsentiert sah. Von ausschlaggebender Bedeutung für diese Philosophie war sein Glaube an den »geistigen Verfall« seiner Zeit, an

die Aushöhlung des »eigentlichen Seins« und der damit einhergehende Glaube an die besondere Bestimmung des deutschen Volkes, eine kulturelle Erneuerung zuwege zu bringen. Er war ein brillanter Kopf, in mancher Hinsicht allerdings nicht weit von einem romantischen Mystizismus entfernt. Er sah Deutschland in der »Zange zwischen ... Rußland und Amerika«, die beide metaphysisch gesehen dasselbe seien: »dieselbe trostlose Raserei der entfesselten Technik und der bodenlosen Organisation des Normalmenschen«. Und so hieß es, ebenfalls in der *Einführung in die Metaphysik* (1935),

»Europas Weg der Vernichtung« könne nur »durch die Entfaltung neuer geschichtlich *geistiger* Kräfte aus der Mitte« aufgehalten werden. Zu dieser Zeit hatte er sich schon länger für Hitlers NS-Bewegung interessiert und war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten. Drei Wochen später lobte er in seiner Antrittsrede als Rektor der Universität Freiburg das Regime, formulierte im November 1933 in einem Aufruf an die deutschen Studenten: »Der Führer selbst und allein ist die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und ihr Gesetz«, und wirkte mit bei der

Entlassung »nichtarischer«
Universitätskollegen (auch bei der
seines früheren Lehrers und Mentors
Edmund Husserl).

Der Glaube an die Notwendigkeit
einer kulturellen oder »geistigen«
Revolution ging Hand in Hand mit
einer grundsätzlichen Ablehnung der
freiheitlichen Demokratie. Beide
Tendenzen waren in Deutschland
besonders stark, es gab sie aber bei
weitem nicht nur dort. Der deutsche
Kulturhistoriker Arthur Moeller van
den Bruck machte die Parteien für
»das ganze politische Elend
Deutschlands« verantwortlich. Sein
1923 erschienenes Buch *Das Dritte*

Reich bot eine chiliastische Vision eines Deutschlands im Idealzustand, der anzustreben sei, selbst wenn er unerreichbar sein sollte. Van den Bruck erlebte nicht mehr, wie seine Parole vom NS-Staat aufgenommen wurde; hätte er es erlebt, wäre er wohl wie andere »neokonservative« Radikale, die für eine »konservative Revolution« eintraten, über Hitlers Regime enttäuscht gewesen. Edgar Jung, auch er ein Neokonservativer, der den Aufbau einer organischen deutschen Nation als Weg zu nationalem Wiederaufstieg und geistiger Erneuerung prophezeit hatte, war rasch von der Wirklichkeit

der NS-Herrschaft desillusioniert; er wurde denn auch im Juni 1934, in der berüchtigten »Nacht der langen Messer«, von Hitlers Schergen ermordet.

Leichter konnte sich der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt den Realitäten der neuen Ordnung in Deutschland anpassen. Schmitt, der sich bereits in den 1920er Jahren einen Namen gemacht hatte, lehnte Parlamentarismus und Wahlen ab: Sie seien kein Ausdruck wahrer Demokratie, weil sie »die staatliche Willensbildung zu einer Summierung geheimer und privater Einzelwillen ... herabwürdigen«. Er wollte einen

starken souveränen Staat und einen Führer, der die Einheit zwischen Regierenden und Regierten repräsentiere, entscheidende Machtbefugnisse haben und im Notfall von rechtlichen Grenzen befreit sein sollte, um dem öffentlichen Interesse zu dienen. Recht und Gesetz sollten entsprechend Regierende und Regierte nicht binden, sie leiteten sich ab aus dem »Dezisionismus« der souveränen Macht, deren Verantwortung es sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Schmitt, der im Mai 1933 in die NSDAP eintrat, trug später zur Legitimation des

»Führerstaats« bei. Dass Schmitt, nachdem Hitler die Ermordung der SA-Führung in der »Nacht der langen Messer« angeordnet hatte, einen Artikel mit dem Titel »Der Führer schützt das Recht« veröffentlichte, war keine Verirrung, sondern Konsequenz seiner Theorie vom »starken Staat«.

Komplexität und Vielfalt des intellektuellen Lebens in Europa zwischen den Kriegen lassen sich natürlich nicht in die Zwangsjacke der polaren Gegensätze von Links und Rechts, Kommunismus und Faschismus pressen. Einige der geistigen Tendenzen hatten so gut

wie nichts mit Politik zu tun. Ein Beispiel dafür ist der Logische Positivismus, der insbesondere mit dem Wiener Kreis verbunden wird und dessen philosophische Vertreter die Auffassung vertraten, dass nur empirisch verifizierbare Sätze sinnvolle Sätze sind. Auch das wirtschafts- und politikwissenschaftliche Denken ließ sich nicht unbedingt zu extremen Positionen verleiten. Zu den bedeutendsten Intellektuellen in dieser Zeit zählte mit dem bereits erwähnten John Maynard Keynes ein britischer Liberaler, der weder dem Kommunismus noch dem Faschismus

zuneigte. Als Europa immer dringender nach einem Gesellschaftsmodell suchte, das weder auf marxistischem Staatssozialismus noch auf faschistischem Autoritarismus beruhte, boten Keynes' Theorien der kapitalistischen liberalen Demokratie einen Rettungsanker, indem sie den Weg zu einem reformierten Kapitalismus in einer reformierten Demokratie wiesen. Mit seinem Werk leistete Keynes, der brillianteste Ökonom seiner Zeit, einen für die Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg unverzichtbaren Beitrag. Seine 1936 erschienene *Allgemeine*

Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes war eine Absage an die klassische wirtschaftswissenschaftliche Orthodoxie, die auf gesunde Finanzen, ausgeglichene Haushalte und den Markt setzte, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Stattdessen lieferte Keynes die theoretische Grundlage zur Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft: Höhere Staatsausgaben sollten den Markt stimulieren und Vollbeschäftigung und damit die Nachfrage für Wirtschaftswachstum schaffen. Dabei reagierte Keynes durchaus auf die

tiefgreifende Krise seiner Zeit, seine wirtschaftspolitischen Lösungen aber suchte er im Rahmen einer liberalen Demokratie; das wiederum hatte mit seiner Herkunft aus der englischen Oberschicht und auch mit den recht stabilen politischen Strukturen Großbritanniens zu tun.

Dessen Oberschicht erfreute sich weiterhin nicht nur ihres sozialen Status, sondern auch einer fast einzigartigen politischen Stabilität, weswegen wohl auch nur in Großbritannien eine so seltsame Ansicht entstehen konnte, wie sie der Romancier Evelyn Waugh vertrat. Waugh, durch und durch Snob,

politisch ein Reaktionär und als Konvertit glühender Anhänger des tridentinischen Katholizismus, war von der englischen Aristokratie fasziniert; den Rest der Gesellschaft verachtete er. Auch die Politik tat er in Bausch und Bogen ab, verstieg sich gar zur Behauptung, die Chancen, glücklich zu werden, hätten »nicht viel zu tun mit den politischen und ökonomischen Bedingungen, in denen die Menschen leben«; kein politisches System sei besser als irgendein anderes.

Derart exzentrische Ansichten lagen den meisten europäischen Intellektuellen fern, die sich mit der

Krise befassten. Ende der 1930er Jahre wuchs unter den Linken die Verzweiflung. Viele, die nach Spanien gegangen waren, um gegen den Faschismus zu kämpfen, kehrten enttäuscht zurück. Darauf folgte das tiefe Entsetzen über den Verrat an der Tschechoslowakei im Jahr 1938. Im darauffolgenden Jahr waren Francos endgültiger Sieg und der Hitler-Stalin-Pakt – ein Pakt, gar Freundschaft zwischen dem Regime, das sie als Inbegriff des politischen Bösen betrachteten, und dem Land, das so viele bewundert hatten – weitere, äußerst bittere Pillen, die sie zu schlucken hatten. Pluralismus und

Offenheit, ohne die kein intellektuelles Leben möglich ist, waren in Deutschland, Italien, der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern mittlerweile beseitigt worden. Bald darauf zog sich das »normale« intellektuelle Leben in Europa in eine Art Winterschlaf zurück, für die sechs langen Jahre des Krieges.

Viele der eindrucksvollsten Stellungnahmen antifaschistischer Intellektueller kamen jetzt von deutschen Exilanten. Zu diesen gehörten auch Mitglieder der einflussreichen Frankfurter Schule (die nach New York übergesiedelt

war), hervorragende marxistische (aber nicht leninistische) Philosophen und Sozialwissenschaftler unter der Leitung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, sowie Schriftsteller so unterschiedlicher politischer Überzeugungen wie Thomas Mann und dessen Bruder Heinrich, Alfred Döblin, Erich Maria Remarque, Lion Feuchtwanger, Anna Seghers. Als sich Hitlers Reich fast den gesamten europäischen Kontinent einverleibte, verzweifelte der ins Exil nach Brasilien geflohene Stefan Zweig an Europa, an dessen Kultur und an der Zukunft der Menschheit. Im Februar 1942 nahmen er und seine

Frau eine Überdosis Schlaftabletten, legten ihre Hände ineinander und erwarteten den Tod.

Als sich das intellektuelle Leben in Europa nach 1945 wiederbelebte, gab es mit Blick auf die Zukunft ebenso viel Grund zum Pessimismus wie zum Optimismus. Die Tiefe des Abgrunds, in dem die Zivilisation versunken war, rief – vor allem im wieder erstarkenden Christentum, das insbesondere von der Theologie Karl Barths beeinflusst war – ein Gefühl von Zukunftshoffnung wach, wenn es der Gesellschaft denn gelänge, zu den Werten und Glaubensüberzeugungen des

Christentums zurückzukehren. Selbst wenn sie erst in den 1950er Jahren wirklich Kraft gewannen, regten sich auch wieder politische Hoffnungen im Hinblick auf die freiheitliche Demokratie; sie hatte schließlich über die nationalsozialistische Bedrohung triumphiert. Der Franzose Raymond Aron, der bekannte politische Philosoph (und leidenschaftliche Antimarxist), war überzeugt, dass das »Zeitalter hyperbolischer Kriege« beendet werden könne, »ohne dass wir erneut unters Joch geraten«. Das »Entfesseln der Gewalt löst gar nichts«, diese Lektion zweier Kriege sei gelernt worden, darum habe die

»Freiheitsmission« des Westens gute Chancen.

Andere wiederum sahen mit optimistischer Hoffnung in die entgegengesetzte Richtung, setzten auf den endgültigen Sieg des Kommunismus. Die Sowjetunion hatte den Nationalsozialismus besiegt. In den Widerstandsbewegungen, die mutig gegen die NS-Besatzung kämpften, hatten Kommunisten eine unverhältnismäßig große Rolle gespielt. In Westeuropa jedoch schwand der Glaube an die Sowjetunion. Das kriegsbedingte Bündnis mit der UdSSR löste sich im

einsetzenden Kalten Krieg auf, Osteuropa geriet unter das sowjetische Joch, immer neue Schrecken des Stalinismus wurden bekannt, so dass die Hoffnung auf das sowjetische Modell des Kommunismus einem neuen Klima der Feindseligkeit wich.

Vermutlich hatte kein anderes literarisches Werk unmittelbar nach Kriegsende und im beginnenden Kalten Krieg größeren Einfluss auf die Haltung zur Sowjetunion als die beiden dystopischen Romane von George Orwell: *Farm der Tiere* und *1984*. Orwell war zutiefst abgestoßen von der stalinistischen Intoleranz

gegenüber jeder Abweichung von der rigiden Parteilinie, die er im Spanischen Bürgerkrieg erlebt hatte; noch vehementer wurde sein Antikommunismus angesichts des Hitler-Stalin-Pakts von 1939. Als derselbe Stalin nach dem deutschen Überfall von 1941 zum Verbündeten Großbritanniens wurde, konstatierte Orwell entsetzt, dass »dieser abscheuliche Mörder nun zeitweilig an unserer Seite ist und damit die Säuberungen etc. plötzlich vergessen sind«. Wegen des Kriegsbündnisses mit der UdSSR fand *Farm der Tiere*, seine bittere Satire über die Entstehung der Stalindiktatur, die er

1944 abgeschlossen hatte, zunächst keinen Verleger. Sie erschien erst ein Jahr später, als der Krieg in Europa zu Ende war, wurde dann mit großem Beifall aufgenommen; das Buch beeinflusste die neue Atmosphäre des Kalten Krieges und reflektierte sie zugleich. Noch größeren Einfluss hatte Orwells erschreckende futuristische Vision der Konsequenzen einer solchen Diktatur für die Freiheit des Individuums und die politische Toleranz, der Gegenstand seines Romans *1984* (der Titel war ein Anagramm auf 1948, das Jahr der Fertigstellung). Veröffentlicht wurde das Buch 1949,

nachdem Osteuropa im festen Griff der Sowjetherrschaft war.

Eine erstaunliche Wende im intellektuellen Klima der Nachkriegszeit war die neue Art, die Kritik am Sowjetkommunismus mit einer Strukturanalyse des Nationalsozialismus zu verknüpfen. In dieser Perspektive galten beide Systeme als unterschiedliche Erscheinungsformen ein und desselben Phänomens, und die Übeltaten des vernichteten NS-Regimes wurden auf die als lebensbedrohlich wahrgenommene Sowjetunion übertragen. Der Begriff des Totalitarismus, der bereits in den

1920er Jahren aufgekommen war, wurde nun in veränderter Form eingesetzt, um die eklatante Unmenschlichkeit beider Regimes zusammenzufassen. Bedeutsam für diesen Begriffswandel wurden Mitte der 1950er Jahre, im Klima des Kalten Krieges, die Schriften des deutsch-amerikanischen Politologen Carl Joachim Friedrich.

Schon zuvor richtungsweisend – und bald von großem Einfluss in der ganzen westlichen Welt – war das Werk Hannah Arendts, einer deutsch-jüdischen Exilantin in den USA und ironischerweise einer früheren Geliebten von Hitlers

Philosophenkönig Martin Heidegger, die inzwischen zur anerkannten politischen Theoretikerin geworden war. Ihre 1949 abgeschlossene, zwei Jahre später veröffentlichte herausragende Studie *The Origins of Totalitarianism* (auf Deutsch erstmals 1955 unter dem Titel *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*) sollte vor allem erklären, wie es zum Aufstieg der Nationalsozialisten zur Macht kommen konnte. Die ersten beiden Abschnitte sind dem Antisemitismus und dem Imperialismus gewidmet, Themen also, die für das Wesen der Sowjetmacht kaum von Belang

waren. Der vernichtende Vergleich mit der Sowjetunion ist Gegenstand des dritten, »Totalitarismus« überschriebenen Abschnitts, von dem große Teile erst in einer späteren, stark überarbeiteten Auflage erschienen sind. In diesem vergleichenden Teil malt Arendt das düstere Bild eines »radikal Bösen«, eines völlig neuen politischen Phänomens, als dessen Kern sie den »totalen Terror« sieht, der jede Grundlage des Rechts zerstöre, ebenso alle uns bekannten Normen, und der auf diese Weise ein System hervorbringe, das »Vernichtungsfabriken« zur

Grundlage habe, »in denen alle Menschen gleichermaßen überflüssig werden«.

Das Buch war ein vernichtendes Urteil über den Zusammenbruch der Zivilisation. Viele Intellektuelle waren der Ansicht, dass der Weg, den Europa seit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts in Richtung einer zivilisierten, auf Prinzipien der Rationalität und des Fortschritts gegründeten Gesellschaft eingeschlagen hatte, vollkommen zerstört, die Grundlagen der Gesellschaft ausgehöhlt waren. Das Zeitalter der Aufklärung, so der Schluss, zu dem Horkheimer und

Adorno bereits 1944 gekommen waren, hatte zum Gegenteil geführt, nicht zur Aufklärung, sondern zur »Selbstzerstörung der Vernunft«.

Horkheimers und Adornos Kritik beschränkte sich jedoch nicht auf Nationalsozialismus und Stalinismus. Sie erstreckte sich auch auf die moderne, kapitalistisch organisierte Massenkultur. Und schon bald durchdrang diese »Kulturindustrie«, wie sie sie nannten, ganz Westeuropa.

»Die Show muss

weitergehen«:

Das Geschäft mit der populären Unterhaltung

Nicht viele Angehörige der weniger gebildeten Massen in Europa konnten etwas mit den verzweifelten Versuchen Intellektueller anfangen, die Krise zu verstehen, die sie durchlebten. Zugleich büßte die Religion langsam aber sicher ihre Macht ein. Je gebildeter die Bevölkerung war, je höher der Grad der Urbanisierung, je entwickelter die industrialisierte Wirtschaft, desto intensiver mussten katholische wie

protestantische Kirche um ihre Anhänger kämpfen. Sie mussten nicht nur die Philosophien abwehren, die das Christentum ablehnten und alternative »säkulare Religionen« anboten, sondern auch gegen die unzähligen Ablenkungen des modernen Lebens in den Städten (weniger auf dem Land) konkurrieren. Die Kirchen mochten sich leeren, Bierlokale, Fußballplätze, Tanzsäle, Kinos aber platzten aus allen Nähten. Inmitten der Schlachtopfer beider Kriege, unterbrochen vom Elend der Weltwirtschaftskrise, suchten die Menschen noch immer nach etwas,

was das Leben lebenswert machte. Sie wollten sich amüsieren. So eintönig die Leben der meisten Menschen vielleicht waren, sie wurden doch nicht ausschließlich von den wirtschaftlichen Bedingungen oder den moralischen Geboten der Kirchen geprägt, sondern auch durch das, was das Leben erfreulicher machte – ein wenig Farbe im grauen Alltag, Ablenkung von der Langeweile, Entlastung von allem Widerwärtigen.

Was die Menschen vor allem suchten, war Unterhaltung. Ihnen stand der Sinn weder nach priesterlichen Predigten noch nach intellektuellen Grübeleien oder der

Erbauung durch »Hochkultur«. Schon in den 1920er Jahren hatte sich die Massenunterhaltung enorm ausgebreitet. Zum großen Geschäft war sie allerdings noch nicht geworden, was sich nun ändern sollte. Technische Errungenschaften standen hinter ihrem kometenhaften Aufstieg im nächsten Jahrzehnt, den auch das tiefe Dunkel wirtschaftlicher Depression nicht ausbremste. War Unterhaltung früher abhängig von Liveauftritten, mit denen sich bestenfalls einige Hundert Personen erreichen ließen, so war es nun aufgrund der Massenproduktion von erschwinglichen Radioapparaten

und Grammophonen (die zu »Musiktruhen« kombiniert wurden) Millionen von Menschen möglich, die beliebtesten Unterhaltungskünstler in genau demselben Moment im ganzen Land zu hören, und das in ihren vertrauten Wohnzimmern.

Die meisten Impulse und Neuerungen kamen aus den Vereinigten Staaten. Amerika stand für alles, was Millionen Menschen neu erschien, dynamisch und aufregend – besonders den jungen Leuten in Westeuropa. Die stärksten Kräfte waren die Unterhaltungsmusik und die Filme. Großbritannien, das die gleiche Sprache sprach und starke

kulturelle Bande zu den Vereinigten Staaten hatte, war offener für Einflüsse von dort als andere Länder (obwohl in den 1930er Jahren Schranken errichtet wurden, um zu verhindern, dass britische Musiker wegen importierter amerikanischer Talente ihre Jobs verloren). Die Jugend stürzte sich auf die neuen Angebote. Weniger begeistert zeigte sich das Establishment. Der erste Generaldirektor der BBC, der nüchterne und puritanische Sir John Reith, versuchte einzudämmen, was er als kulturelle Verschmutzung des britischen Rundfunks durch amerikanische Einflüsse begriff –

vergeblich, er konnte die Flut nicht aufhalten. Zum aufblühenden Konsumismus gehörte auch die schier unersättliche Nachfrage nach neuen Medien und ihren Angeboten – eine Nachfrage, die von der schnell wachsenden Unterhaltungsindustrie und dem Heer derer nur zu gerne befeuert wurde, die dort ihr Geld verdienten: Unternehmer im Showgeschäft, Verleger von Unterhaltungsmusik, Künstleragenten, Schallplattenproduzenten und vielen anderen.

Die unaufhaltsame Verbreitung populärer Unterhaltungsmusik ging

Hand in Hand mit der des Rundfunks, der führende Interpreten über Nacht zu Stars machte. Den Phonographen hatte Thomas Edison schon in den 1870er Jahren erfunden, zusammen mit dem Mikrophon. Aber bis in die 1920er Jahre blieben Tonaufnahmen noch ziemlich primitiv. Kaum ein populärer Song aus dieser Zeit oder den vorangegangenen Jahrzehnten wurde von späteren Generationen noch gehört. Das sollte sich bald ändern. Zehn Jahre später hatten sich Mikrophone und Aufnahmetechniken erheblich verbessert. Die Sänger brauchten keine kraftvollen Stimmen mehr, als bessere Verstärker auf den

Markt kamen. Sie konnten das Mikrophon »küssen«, mussten ihre Stimme nicht mehr aus einiger Entfernung darauf richten, und brachten so einen viel weicheren Ton hervor als nur wenige Jahre zuvor. Eine neue Generation trat in Erscheinung, die »Crooners«, Schnulzensänger, die schmalzige Texte mit viel »Gefühl« ins Mikrophon hauchen konnten und damit das Publikum auf der Stelle eroberten. Etwa Bing Crosby, der erste »Superstar« im »Crooning«, der mit seiner enormen Popularität in den 1930er Jahren rasch auch den Sprung über den Atlantik schaffte; ihm folgte

einige Jahre später Frank Sinatra. Beider Platten verkauften sich nicht zu Tausenden, sondern millionenfach. Allein vom süßlichem, von Irving Berlin komponierten Song »White Christmas« wurden, seit ihn Crosby 1941 zum ersten Mal gesungen hatte, über 50 Millionen Platten verkauft. Auch Jahrzehnte später ist, sobald es auf Weihnachten zugeht, in Kaufhäusern und Supermärkten dem Geriesel kaum zu entrinnen.

Auch europäische Schlagersänger fanden ihre Fans, oft nur im eigenen Land; einige jedoch, wie der in Mosambik geborene Brite Al Bowlly, dessen »The Very Thought of You«

zum großen Hit wurde, hatten auch in den Vereinigten Staaten Erfolg. Auch Sängerinnen vom Kontinent machten sich in ihren Ländern einen Namen, manchmal auch darüber hinaus. Edith Piaf etwa, »der Spatz von Paris«, begann ihre Karriere Mitte der 1930er Jahre und war schon nach wenigen Jahren Frankreichs beliebteste Unterhaltungskünstlerin (und später eine internationale Berühmtheit). Gracie Fields, ein Fabrikmädchen aus Lancashire, die es mit Gesang und Bühnenauftritten schon in den 1920er Jahren zu nationalem Ruhm gebracht hatte, erreichte mit einem Repertoire aus

komischen und sentimentalen Songs den Höhepunkt ihrer Popularität in England zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Die Rundfunkunterhaltung für Soldaten im Krieg brachte ganz eigene Stars hervor. »The Forces Sweetheart« nannte man Vera Lynn bald, die Sängerin, die mit einigen der bekanntesten britischen Tanzkapellen aufgetreten und via Funk und Schallplatte Ende der 1930er Jahre berühmt geworden war. Kaum ein britischer Soldat, der ihren großen, perfekt auf die Zeit abgestimmten Hit »We'll Meet Again« nicht kannte. Lale Andersens »Lili Marleen«, in

offiziellen NS-Kreisen nicht sonderlich beliebt, wurde gleichwohl zum großen Erfolg in der Wehrmacht – und erstaunlicherweise zum Hit auch auf der anderen Seite der Front, bei den alliierten Soldaten, die den Song in seiner englischen, von Marlene Dietrich gesungenen Version hörten.

Die führenden Popsänger der 1930er und 1940er Jahre waren Produkte der sich wandelnden Musik und ihrer Kommerzialisierung. Die frühen kleinen Hot-Jazz- und Bluesbands schwarzer Musiker, die ihre musikalischen Wurzeln in der afroamerikanischen Sklaven- sowie in

der Country-Musik hatten, wurden in den späten 1920er Jahren durch überwiegend weiße Big Bands abgelöst. Sie hießen nach ihrem Leader, stellten ihren »Star«, die Sängerin oder den Sänger, groß heraus, spielten weicher, mit gefühlvollen Orchesterarrangements, die auf das breite Radiopublikum zugeschnitten waren.

Auch der neue Big-Band-Sound kam aus Amerika; einen der ersten großen Erfolge feierte das Paul Whiteman Orchestra in den 1920er Jahren (Bing Crosby bekam dort seine erste große Chance zu singen). Gewiss leiteten auch einige schwarze

Musiker große Big Bands, zum Beispiel Fletcher Henderson; auf dem kommerziellen Musikmarkt aber wurden schwarze Musiker diskriminiert. Einige der besten Jazzmusiker wie der große Trompeter Louis Armstrong, der in den 1920er Jahren mit seiner Hot Five und seiner Hot Seven Furore gemacht hatte, passten sich dem veränderten Trend an und wurden zu Stars in den neuen Big Bands, bevor sie eigene gründeten. In den 1930er Jahren wurde Armstrongs Karriere, trotz seines schon bemerkenswerten Erfolgs, durch Rassenvorurteile behindert: Schwarze Interpreten

bekamen in den Vereinigten Staaten noch immer keine wirklich lukrativen Verträge. So war Armstrongs Popularität in Europa am größten. Als er 1932 mit seiner Band auf Europatournee ging, »wurde er mit einer so wilden Begeisterung empfangen, wie sie noch kein amerikanischer Musiker erlebt hat«. Die gleiche Erfahrung machte Duke Ellington, der vielseitigste und innovativste unter den frühen »Kings of Jazz«, als seine Band 1933 im Londoner Palladium auftrat – »der Applaus war wirklich erschreckend, es war Applaus jenseits von Applaus«, sagte er. Sechs Jahre

später, im April 1939, erlebte seine zweite Europatour ihren stürmischen Höhepunkt in Stockholm, mit großen Ovationen feierten schwedische Fans Ellingtons 40. Geburtstag.

Aber selbst Armstrong und Ellington verloren an Boden, als sich in der populären Musik neue Trends durchsetzten, der »Swing« zur Mode wurde. Hauptexponent (und Nutznießer) dieses Übergangs war Benny Goodman, dessen Vater vor dem antisemitischen Terror in Russland nach Amerika geflohen war. Der »King of Swing«, ein hervorragender Klarinettist, spielte mit seiner Band eine authentische

Version des Jazz, wobei er sich die Arrangements von Fletcher Henderson zunutze machte (der wie viele andere zuvor maßgebliche schwarze Musiker während der Weltwirtschaftskrise harte Zeiten erlebte). Goodman fand viele Nachahmer, die jedoch weniger innovativ und begabt waren und aus dem Swing eher populäre Tanzmusik machten, um von der »Tanzwut« zu profitieren, die in den 1930er Jahren große Teile Europas gepackt hatte.

Die großen Tanzsäle waren, mehr noch als in den 1920er Jahren, Drehscheiben der Live-Unterhaltungsmusik, die vor allem

die jungen Leute hören wollten, wobei die wilden Rhythmen des Charleston bald von gesetzteren Foxtrotts, Quicksteps und Walzern abgelöst wurden, bis während des Krieges mit den amerikanischen Soldaten der Jitterbug (oder Jive) nach Europa kam. Die beliebtesten Bandleader dieser neuen Tanzmusik waren Berühmtheiten. Jack Hylton beispielsweise, der Leader der erfolgreichsten britischen Tanzband, konnte mit Wochenhonoraren von 10 000 Pfund rechnen, während der Lohn für eine Woche Schufterei in einer Fabrik zwei bis drei Pfund betrug. 1938 spielte Hylton mit

seiner Band (deren Mitglieder zum Teil Juden waren) einen Monat lang vor einem begeisterten Publikum in einem Tanzsaal in Berlin, in dem eine riesige Hakenkreuzfahne prangte.

Offiziell war der Swing, wie überhaupt der Jazz, in NS-Deutschland als »Negermusik« verpönt. Während des Krieges machten junge Leute, die bewusst britische Moden und Manierismen nachahmten, aus ihrer Liebe zum Swing sogar eine Form des Jugendprotests gegen Reglementierungen des NS-Regimes und wurden darum polizeilich verfolgt. Völlig jedoch konnte sich

auch Hitlerdeutschland diesen Trends nicht verschließen; tatsächlich gab es eine »offizielle« Swingband, »Charlie and His Orchestra« genannt, die trotz des Krieges im deutschen Kurzwellensender auch in Großbritannien viel gehört wurde. Selbst wenn es als »politisch unkorrekt« galt, besuchten junge SS-Offiziere gerne Pariser Jazzclubs. Letzten Endes waren selbst die Nationalsozialisten machtlos gegen die Attraktivität der populären Musik.

Eines freilich blieb dem NS-Regime: Es konnte populäre Unterhaltungskünstler einfach aus

dem Verkehr ziehen, wenn sie den NS-Kriterien für Rassereinheit nicht entsprachen. Das geschah dem beliebten jüdischen Kabarettisten Fritz Grünbaum, der unmittelbar nach dem »Anschluss« versuchte, aus Österreich zu fliehen, an der tschechischen Grenze aber abgewiesen wurde. Er kam nach Buchenwald und anschließend nach Dachau, wo er 1941 starb. Fritz Löhner-Beda, auch er ein Jude, ursprünglich aus Böhmen stammend, der es als Kabarettist und Schlagertexter zu einiger Berühmtheit gebracht und der als Librettist unter anderen für Franz

Lehár gearbeitet hatte, wurde nach dem »Anschluss« in Wien verhaftet, nach Dachau und Buchenwald geschickt, 1942 nach Auschwitz deportiert und im Arbeitslager Monowitz zu Tode geprügelt. Ralf Erwin, ein in Schlesien geborener jüdischer Schlagerkomponist, der besonders für seinen – durch den Tenor Richard Tauber berühmt gewordenen – Hit »Ich küsse Ihre Hand, Madame« bekannt wurde, floh 1933 aus Deutschland, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Später wurde er jedoch im besetzten Frankreich verhaftet und starb 1943 in einem

französischen Internierungslager. Im Bereich populärer Unterhaltung, wie auch auf anderen Gebieten des kulturellen Lebens, sorgten die Nationalsozialisten mit ihrer absurden und schändlichen Rassenpolitik dafür, dass Deutschland grotesk verarmte.

Der Höhepunkt von Swing und Big-Band-Tanzmusik war mittlerweile überschritten. Die Tanzlokale gerieten in Schwierigkeiten, da so viele junge Männer einberufen worden waren. Auch viele Bands mussten aufhören, da ihre Mitglieder eingezogen wurden. Manche spielten nun in

Uniform, anderen gelang das nicht. Wieder andere kamen an der Front ums Leben. Glenn Miller, der berühmte Leader der 48 Mann starken Army Air Force Band, gilt seit Dezember 1944 als vermisst, weil das Flugzeug, das ihn zu einem Auftritt nach Frankreich bringen sollte, unter ungeklärten Umständen verschwand. In gewisser Weise steht sein Tod symbolisch für den Anfang vom Ende der Big Bands. Sie erlebten eine längere Periode des Niedergangs, wurden durch kleinere Bands ersetzt, die mit geringeren Kosten zu unterhalten und zu engagieren waren. Die

Kommerzialisierung der Musik jedoch wurde durch den Krieg höchstens unterbrochen. Der Prozess brach nie ab und setzte sich in den Nachkriegsjahren beschleunigt fort.

Nirgends war der Boom der Unterhaltungsindustrie so evident wie in Kino und Film. Und in keiner anderen Branche waren technische Neuerungen so bedeutend wie dort. Schon in den 1920er Jahren hatte die Zahl der Besucher, die in die Filmtheater mit ihren Stummfilmen strömten, enorm zugenommen. Mit dem Durchbruch des Tonfilms - begannen dann die glorreichen Zeiten des Kinos. Der erste abendfüllende

Film mit Ton (der allerdings nur zehn Minuten mitlief, ansonsten war der Film stumm), der 1927 in den USA gedrehte Film *The Jazz Singer*, ein sentimentales Musical mit dem zum Schwarzen geschminkten Al Jolson, wurde auf der Stelle zum Riesenerfolg. Binnen zwei Jahren wurden in Hollywood überwiegend Tonfilme produziert. Parallel zu deren rascher Verbreitung (und der zunehmenden Produktion von Spielfilmen in Farbe; die allerdings, in der Herstellung sehr teuer, zunächst nur einen kleinen Teil der Gesamtproduktion ausmachten) expandierte die Filmindustrie enorm,

und ebenso wuchs Hollywoods Einfluss auf Amerikas Kulturleben.

Bald teilten einige große Unternehmen – MGM, Warner Brothers, Paramount, RKO Pictures und 20th Century Fox – Produktion, Kinos und Verleihmarkt unter sich auf. Mitte der 1940er Jahre brachten die Studios in Hollywood jedes Jahr 400 neue Filme in die Kinos, Komödien, Musikfilme, Western, Walt Disneys Zeichentrickfilme. Viele dieser Produktionen kamen schnell über den Atlantik. Mitte der 1930er Jahre waren Micky Maus und Donald Duck in Europa ebenso bekannt wie in Amerika, und Disneys

erster abendfüllender Zeichentrickfilm, *Schneewittchen und die sieben Zwerge*, der 1937 in die Kinos kam, war sowohl in Europa als auch in Amerika eine Sensation. In Deutschland galten Einfuhrbeschränkungen für ausländische Filme, offiziell herrschte eine Aversion gegen alles Amerikanische, gegen die Produkte einer, wie es hieß, von Juden beherrschten, darum niedergehenden Kultur; doch selbst Hitler mochte Disneys Zeichentrickfilme und war hochofreut, als ihm Propagandaminister Joseph Goebbels 1937 18 Micky-Maus-Filme zu

Weihnachten schenkte.

Die in den 1920er Jahren sehr kreative deutsche Filmindustrie hatten die Nationalsozialisten zu dieser Zeit bereits fest im Griff. Zu den Produktionen in den letzten Jahren der bereits vor Hitlers Machtübernahme erschütterten Demokratie zählte der *Der blaue Engel*, der erste deutsche Tonfilm (der als *The Blue Angel* auch in einer englischen Fassung herauskam), ein Film, der 1930 in die Kinos kam und Marlene Dietrich über Nacht zum internationalen Star machte. Bald jedoch mussten Produzenten, Schauspieler und Regisseure das Land

verlassen, die meisten gingen nach Amerika. Tausende von »Nichtariern«, die in Deutschland blieben, wurden entlassen; die verbliebenen kreativen Talente wurden nun an die Arbeit für das Regime gesetzt. So bewies die junge und bezaubernde Leni Riefenstahl ihre künstlerische Begabung als Regisseurin mit Propagandafilmen, namentlich *Triumph des Willens* (1935) und *Olympia* (1938), die Hitler und das Regime verherrlichten.

Die Deutschen strömten in bis dahin ungeahnter Zahl in die Kinos – ungefähr eine Milliarde Eintrittskarten pro Jahr wurden

verkauft – und sie wollten Unterhaltung, keine Propaganda. Goebbels, der NS-Chefpropagandist, erkannte das. Die meisten in NS-Deutschland produzierten Filme waren keine – zumindest keine ausdrücklichen – Propagandafilme, sondern leichte Unterhaltung. Liebes- und Musikfilme – wie zum Beispiel *Wunschkonzert* (1941) oder *Die große Liebe* (1942) – erlaubten eine kurze Flucht aus der grauenvollen Wirklichkeit des Krieges. Welch große Bedeutung Goebbels der eskapistischen Unterhaltung (und der Stärkung der Moral durch das Medium) beimaß, zeigte seine üppige

Finanzierung von *Münchhausen*,
einem humoristisch-fantastischen
Farbfilm über die Abenteuer des
Lügenbarons, der die deutschen
Zuschauer 1943 erheiterte und von
der Katastrophe Stalingrad ablenkte.

Auch im faschistischen Italien
hatte die Filmindustrie schwer unter
Eingriffen des Regimes und Zensur zu
leiden. Wie in Deutschland war der
Import ausländischer Filme
eingeschränkt. Die meisten
italienischen Filme waren auf die eine
oder andere Art mit faschistischer
Propaganda und
Kriegsverherrlichung durchsetzt,
doch auch hier gab es leichte

Komödien und Liebesdramen. Kaum etwas davon überstand die Probe der Zeit. Zwei Geschenke an die Filmindustrie allerdings hatten Bestand: 1937 eröffnete Mussolini die Cinecittà bei Rom, das erste Filmstudio Italiens, ausgestattet mit technisch hochmodernen Produktionseinrichtungen. Fünf Jahre zuvor, 1932, war das Filmfestival von Venedig gegründet worden, bei dem (seit 1934) jedes Jahr »Mussolini-Pokale« für den besten italienischen und den besten ausländischen Film – fast immer ein deutscher – verliehen wurden.

In der Sowjetunion wurde in den

1930er Jahren, als sich die stalinistische Kontrolle des zivilen Lebens gewaltig verschärfte, auch das künstlerische Schaffen fast vollständig abgewürgt, die Filmproduktion zugleich stark bürokratisiert. Vor allem deswegen und aufgrund der strengen Zensur kamen nur halb so viele Filme in die Kinos wie im Jahrzehnt zuvor; der Import ausländischer Filme wurde fast völlig eingestellt. Die in den 1920er Jahren berühmten Experimente des Avantgardekinos wurden durch die trostlose Uniformität des »sozialistischen Realismus« ersetzt – dennoch sah

auch das sowjetische Kinopublikum, wenn die Möglichkeit bestand, lieber Komödien und leichte Musikfilme (selbst wenn auch diese Streifen von den Wertvorstellungen des Regimes durchzogen waren).

Wo in Europa keine Einschränkungen durch autoritäre Regimes spürbar waren, hatte auch die Filmproduktion größere Chancen sich zu entwickeln, auch wenn man nirgendwo mit den finanziellen Möglichkeiten, dem Glamour und den Ambitionen der Riesenunternehmen Hollywoods konkurrieren konnte. Eine besondere Schwierigkeit bestand, wenn

Sprachbarrieren das Eindringen in den englischsprachigen Markt erschwerten. In Frankreich, dem Geburtsland des Kinos, wo der Film für die künstlerische Avantgarde der 1920er Jahre eine bedeutende Rolle gespielt hatte, sorgte der Tonfilm nicht nur dafür, dass aus einer intellektuellen Kunstform ein Medium der Massenunterhaltung wurde, sondern brachte auch Finanzierungsprobleme mit sich, denn es wurde vor allem für einen nationalen Markt produziert. Die Zahl der Spielfilmproduktionen nahm zu Beginn der 1930er Jahre stark zu, aber die zersplitterte Filmindustrie

geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Drei Viertel der Filme, die 1934 in die Kinos kamen, stammten aus dem Ausland, was zu Protesten gegen die Bedrohung der französischen künstlerischen Produktion, zu geringschätzigen Äußerungen über die »amerikanische« Invasion des französischen Kinos, auch zur Forderung nach Schutzmaßnahmen führte. Die französischen Filmemacher mühten sich, wettbewerbsfähig zu sein. Finanzierungsmöglichkeiten durch große private Unternehmen, wie sie in den USA üblich waren, gab es nicht. Der Staat musste tätig werden,

und er sprang auch ein, nachdem eine Studie, die die Volksfrontregierung in Auftrag gegeben hatte, eine staatliche Finanzierung empfahl, die kurz vor dem Ende der Dritten Republik umgesetzt und vom Vichy-Regime weitergeführt wurde.

Auch für die britische Filmindustrie waren die Finanzen ein Problem, von der amerikanischen Konkurrenz abgesehen. Versuche, die britische Produktion anzukurbeln und Importe aus dem Ausland – hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten – zu beschränken, hatten jedoch nur zur Folge, dass mehr schwache Filme in die Kinos kamen.

Überhaupt war, hier wie überall, die Zahl der Filmproduktionen erstaunlich. Allein 1936 kamen fast 200 neue Filme in die Kinos – ein Höhepunkt der britischen Filmindustrie. Gleichzeitig kämpften die Produktionsfirmen ums Überleben. Von den 600 Firmen, die im Jahrzehnt zuvor existiert hatten, waren 1937 nur noch 20 übrig. Sogar große Produzenten mit beachtlichen Budgets wie der aus Ungarn eingewanderte Alexander Korda gerieten in Schwierigkeiten. Die Konzentration von Kapital war unvermeidlich, so dass gegen Ende der 1930er Jahre wenige große

Unternehmen – deren bekanntestes die 1937 von J. Arthur Rank gegründete Rank Organization war – Filmproduktion, Kinos und Vertrieb in Großbritannien kontrollierten. Schon bald gehörten der Rank Organization die großen Kinoketten, die Gaumonts und Odeons, die nun in den besten Lagen fast aller Stadtzentren in Großbritannien zu finden waren.

Diese »Traumpaläste«, häufig prächtige Bauten im Art-déco-Stil mit verschwenderischer Innenausstattung, boten oft über tausend Zuschauern Platz. Die meisten Kinos allerdings waren keine

»Paläste«, sondern manchmal geradezu schäbige »Flohkinos«. Diese Spielstätten kleinerer selbständiger Unternehmer waren von den großen Verleihfirmen abhängig und konnten Filme erst zeigen, nachdem sie in den großen Kinos gelaufen waren. 1939, als die Beliebtheit des Films neue Höhen erreichte, gab es in Großbritannien etwa 5000 Kinos; die meisten florierten, eine Kinokarte war eben billiger als ein Theaterplatz. Die Besitzer mancher Provinztheater hatten gemerkt, woher der Wind wehte, und Theatersäle in einträglichere Kinos umgewandelt. Selbst während der großen

Wirtschaftskrise waren Kinopläetze erschwinglich und boten ein paar Stunden Wärme und Flucht vor der kalten ökonomischen Wirklichkeit. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen machten es in den 1930er Jahren rund 80 Prozent der Arbeitslosen möglich, regelmäßig ins Kino zu gehen. Insgesamt besuchten 23 Millionen Briten jede Woche einmal ein Kino; im Jahr wurde fast eine Milliarde Eintrittskarten verkauft.

Kinos waren die neuen Tempel, Filmstars die neuen Götter. Die europäischen Länder brachten eigene Stars hervor, doch drang deren Ruhm selten über die Landesgrenzen

hinaus. Ein britischer Schauspieler mit internationalem Ruf war der charmante Robert Donat, der für seine Rollen in *The Ghost Goes West* (*Ein Gespenst geht nach Amerika*, 1935), Alfred Hitchcocks *The 39 Steps* (*Die 39 Stufen*, ebenfalls 1935) und *Goodbye, Mr. Chips* (*Auf Wiedersehen, Mr. Chips*, 1939) berühmt wurde. Für europäische Stars, die nicht aus dem englischen Sprachbereich kamen, war es noch schwieriger, ein internationales Publikum zu gewinnen. Hans Albers zum Beispiel, den in Deutschland jedes Kind kannte, fand im Ausland wenig Anerkennung. Wer das erreichen

wollte, musste nach Amerika gehen, so wie Marlene Dietrich und Peter Lorre (ein Jude aus dem ehemaligen Österreich-Ungarn), die in den Vereinigten Staaten zu internationalen Stars wurden. Emil Jannings und die schwedische Schauspielerin Zarah Leander dagegen verschmähten Hollywood, was ihren Kinoruhm weitgehend auf deutschsprachige Länder beschränkte. Wegen des fast hegemonialen Einflusses von Hollywood waren die meisten Stars Amerikaner. Als Europa im Krieg versank, erklomm Clark Gable in *Gone With The Wind* (Vom Winde

verweht, 1939), dem größten zeitgenössischen Kassenschlager Hollywoods, neue Höhen der Popularität, bald folgten ihm John Wayne, Humphrey Bogart, Lauren Bacall, Orson Welles und andere. Der Weg für Amerikas dauerhafte Herrschaft über die europäische Kultur war nach dem Kriegsende frei – zumindest in der Westhälfte des Kontinents.

Jenseits der Kontinuitäten und lautlosen Veränderungen des sozioökonomischen Systems, jenseits von Glaubensmustern und der institutionellen Lage der christlichen

Kirchen, von sich wandelnden geistigen Strömungen, jenseits auch der Verbreitung einer zunehmend amerikanisch dominierten, auf Konsum getrimmten Freizeitindustrie lag die unausweichliche Realität: Europa hatte sich in der katastrophalen, fast selbstmörderischen ersten Jahrhunderthälfte beinahe selbst zerfleischt. In einem vom Krieg verwüsteten Kontinent war, mit Blick auf die Zukunft, die allererste Frage, ob und wie aus den Ruinen heraus ein neues Europa nach und nach Gestalt annehmen könnte; ein Europa, das in der Lage war, die selbstmörderischen

Tendenzen des alten Kontinents zu überwinden.

Der Gedanke eines vereinten Europas war nicht neu, mitten in der europäischen Katastrophe aber machte er sich wieder bemerkbar. Ein vereintes Europa erschien als geeigneter Weg, den Nationalismus zu überwinden, der den Kontinent an den Rand der totalen Zerstörung gebracht hatte. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatte der österreichische Aristokrat Richard von Coudenhove-Kalergi (der Sohn eines österreichisch-ungarischen Diplomaten und einer japanischen Mutter) ein europäisches Zoll- und

Währungsgebiet gefordert, das von Portugal bis Polen reichen sollte. Als wesentliche Voraussetzung dieses neuen Europas sah er die Überwindung des gegenseitigen Hasses zwischen Franzosen und Deutschen. Wenige Jahre später stellte der französische Außenminister Aristide Briand 1929 die Idee einer auf politischer und wirtschaftlicher Kooperation beruhenden Föderation europäischer Nationen zur Debatte. Briands Landsmann Jean Monnet, später die Seele des Prozesses, aus dem sich die ersten Schritte hin zur europäischen Integration entwickelten, erklärte

1943 in Algier als Mitglied der Regierung des Freien Frankreichs, es könne keinen Frieden in Europa geben, bevor sich die europäischen Staaten nicht als Teile einer Föderation rekonstituierten. Auch anderswo kursierten solche Vorstellungen, in den Kreisen des deutschen Widerstands etwa.

Selbst in der dunkelsten Zeit hatten diejenigen, die sich mit enormem Mut dem Widerstand gegen Hitler angeschlossen hatten (was viele von ihnen später mit dem Leben bezahlen mussten), das Bild eines besseren Europas vor Augen, das auf Zusammenarbeit aufzubauen sei,

nicht auf Konflikten. So sprach der Theologe Dietrich Bonhoeffer 1942 in Stockholm, bei einer Begegnung mit George Bell, dem Bischof von Chichester, von der Bereitschaft einer deutschen Regierung nach Hitler, ein eng verzahntes Wirtschaftssystem der europäischen Nationen aktiv zu unterstützen, ebenso den Aufbau einer europäischen Armee. Mitglieder der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis hielten 1943 in ihren Überlegungen zu einem neuen Europa nach dem Krieg grundsätzlich fest: »Die freie und unbeschwerte Entwicklung der nationalen Kultur darf nicht mehr an die absolute

Souveränität eines einzelnen Staates gebunden werden.« In einem von dem Konservativen Carl Goerdeler verfassten Memorandum aus dem gleichen Jahr war von einer »europäischen Föderation« die Rede, die den Kontinent gegen jeden künftigen Krieg absichern, die Zollgrenzen aufheben und einen ständigen europäischen Wirtschaftsrat sowie gemeinsame politische Organisationen haben sollte – europäische Ministerien für wirtschaftliche und auswärtige Angelegenheiten und eine europäische Armee.

Diese Gedanken führten zu

nichts – damals. Wer sie in Deutschland offen zur Diskussion stellte, wurde schnell für immer zum Schweigen gebracht. Aber der Idealismus, der aus solchen Überlegungen sprach, sogar einige konkrete Vorschläge, die die Widerständler machten, verbreiteten sich, sobald auf dem Kontinent der Schutt weggeräumt wurde; die formulierten Ziele hatten etwas Vorausschauendes. So konnte, unter ganz anderen Voraussetzungen, ein neues Europa aus der Asche des alten erstehen.

ZEHN

AUFSTIEG AUS DER ASCHE

Folglich sage ich, dass es auf
dieser Erde Plagen und Opfer gibt
und dass man sich, so weit wie
möglich, weigern muss, auf
Seiten der Plage zu sein.

Albert Camus, *Die Pest* (1947)

1945 lebte Europa im Dunkel von Tod und Zerstörung. »Hier ist ein Gräberfeld. Hier ist der Tod« – so sah die polnische Schriftstellerin Janina Broniewska Warschau, als sie kurz nach der Befreiung in die Stadt, die in Trümmern lag und nicht wiederzuerkennen war, zurückkehrte. So erging es Alfred Döblin, dem berühmten Autor des 1929 erschienenen Romans *Berlin Alexanderplatz*, der nach über zwölf Jahren im Exil nach Deutschland zurückkam und erschüttert Städte sah, »von denen wenig mehr als die Namen existieren«.

Eisenbahnnetze, Kanäle, Brücken

und Straßen waren von Bomben oder Truppen auf dem Rückzug zerstört worden. In vielen Gegenden gab es kein Gas, Strom oder Wasser. Nur unter großen Schwierigkeiten waren Lebensmittel, Medikamente und, als das Jahr 1945 zu Ende ging und der Winter nahte, Heizmaterialien zu bekommen. Die landwirtschaftliche Produktion hatte sich nahezu halbiert. Viele Menschen litten an Unterernährung, wurden krank vom nagenden Hunger. Nicht weniger erdrückend war die Wohnungsnot: Wer überhaupt noch eine Wohnung hatte, musste sie häufig mit anderen, oft fremden Menschen teilen. Die

Städte waren so gründlich zerstört, dass die Obdachlosigkeit katastrophale Ausmaße annahm. In der westlichen, von den deutschen Besatzern verwüsteten Sowjetunion hatten 25 Millionen Menschen kein Dach über dem Kopf. In Deutschland selbst waren 40 Prozent des Gebäudebestands der Vorkriegszeit zerstört, zehn Millionen Wohnungen insgesamt, so dass bei Kriegsende über 50 Millionen Menschen behelfsmäßig in Trümmern und Ruinen lebten, verzweifelt auf der Suche nach Nahrung und Unterschlupf.

Dazu kamen weitere Millionen,

die aus anderen Gründen heimatlos waren – Vertriebene, ehemalige Zwangsarbeiter, Flüchtlinge, Kriegsgefangene. Das Rote Kreuz suchte unablässig Abhilfe zu schaffen. Die Vereinigten Staaten hatten bereits 1943 (zwei Jahre vor der eigentlichen Gründung der Vereinten Nationen) die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) gegründet. Mit Sitz in Washington wurde sie von über 40 Ländern unterstützt und trug, so viel sie konnte – und das war nicht wenig –, dazu bei, insgesamt 6,5 Millionen *displaced persons*, entwurzelte, durch

ihre Erlebnisse häufig traumatisierte Menschen, zu versorgen und wo möglich in ihre Heimatländer rückzuführen. Die meisten fanden schließlich, oft unter weiteren entsetzlichen Mühen, zurück zu ihren Familien. Nicht immer waren sie so willkommen, wie sie es sich gewünscht hätten. Ehepaare, die sich manchmal seit Jahren nicht gesehen hatten, waren einander fremd geworden. Kaum erstaunlich, dass die Scheidungsraten in die Höhe schossen.

Für viele gab es keine Rückkehr. Sie starben weit entfernt von ihrer Heimat, in Lagern für *displaced*

persons oder in Kriegsgefangenschaft (vor allem in der Sowjetunion, wo die harten Bedingungen über einer Million Kriegsgefangene das Leben kosteten). Manche wollten auch nicht zurückkehren. Gerade Russen und Ukrainer hatten Angst vor dem, was sie nach ihrer Rückkehr erwartete. Bis zu zwei Millionen Menschen wurden, wie mit Stalin gegen Kriegsende vereinbart, von den Westalliierten in die Sowjetunion »repatriiert«, darunter einige Zehntausend Kosaken, die auf der Seite der Achsenmächte gekämpft hatten. Sie kamen, wenn sie nicht sofort hingerichtet wurden, häufig

für viele Jahre in den Gulag oder in ein weit entferntes Exil. Juden, deren Verwandte ermordet und deren Gemeinden vernichtet waren, hatten überhaupt keine Heimat mehr, in die sie hätten zurückkehren können. Wieder andere – politische Flüchtlinge oder Kriegsverbrecher – mussten nach Ländern suchen, in denen sie bleiben konnten, sich eventuell auch eine neue Identität zulegen.

Das Ausmaß der physischen Zerstörung Europas übertraf das von 1918 bei weitem; die Verluste an Menschenleben waren mindestens viermal höher als die Zahl der

Gefallenen im Ersten Weltkrieg. Als Erbe hatte dieser erste Krieg chronischen Aufruhr hinterlassen, politisch und wirtschaftlich, und hatte damit die Saat für einen neuen Krieg gelegt. Dieses Mal aber führte eine noch schlimmere Katastrophe schließlich zu einer erstaunlichen Periode von unerwarteter Stabilität und, jedenfalls in der Westhälfte des Kontinents, zu beispiellosem Wohlstand. Wie kam es dazu?

In den Ruinen von 1945 hätte sich wohl kaum jemand eine solche Entwicklung vorstellen können. Niemand konnte die außerordentlichen Veränderungen

voraussehen, die sich in derart kurzer Zeit in Europa ereigneten. Denn in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende deutete nichts darauf hin, welcher Wandel bevorstand. Es waren Jahre der politischen Unsicherheit, des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, des sozialen Elends und einer weiterhin schrecklichen Unmenschlichkeit. Erst 1949 nahmen die Umrisse eines neuen Europas sichtbare Gestalt an – eines Kontinents, der nun geteilt war, politisch, ideologisch und wirtschaftlich.

Eine Art Katharsis

Doch bevor an eine Heilung von Europas Selbstverbrennung zu denken war, musste mit denen abgerechnet werden, die verantwortlich waren für die Schrecken der jüngsten Vergangenheit. Europa war nicht nur zerstört worden, der Kontinent war verwildert, überall herrschten Chaos und Unordnung. Nur allmählich konnten die Besatzungstruppen die Ordnung wiederherstellen. Häufig waren die lokalen Verwaltungen zusammengebrochen, mancherorts

herrschten fast anarchische Zustände. Sofern sie überhaupt existierte, war die öffentliche Verwaltung nicht in der Lage, Akte brutaler Abrechnung zu verhindern, auch dort nicht, wo sie nicht unverhohlen zu diesen ermutigte. Rache war eine Art Katharsis, unangemessen, aber verständlich nach all den erlittenen Gräueln, den extremen Misshandlungen, dem unerträglichen Schmerz, der grenzenlosen Not, die die Menschen hatten durchmachen müssen. Bei zahllosen Europäern überwog, als der Krieg vorbei war, der Durst nach Rache alles andere, selbst die Freude über die Befreiung.

So war die Gewalt der einst Besiegten gegen ihre früheren Peiniger anfänglich weit verbreitet, häufig auch schrankenlos. Bisweilen wurden Häftlinge der Konzentrationslager ermutigt, Rache zu nehmen, oder zumindest von den westalliierten Soldaten nicht zurückgehalten, so entsetzt wie diese waren über das, was sie in Dachau, Buchenwald, Natzweiler-Struthof, Bergen-Belsen und an anderen Orten unvorstellbaren Horrors gesehen hatten. In Banden plünderten *displaced persons* und ehemalige Zwangsarbeiter Geschäfte und Läden, stürzten sich auf allen Alkohol, den

sie fanden, schlugen oder töteten deutsche Zivilisten. In Deutschland selbst brachten die Besatzungsmächte solche Auswüchse schnell unter Kontrolle. In anderen Gebieten waren Deutsche dem weit stärker ausgesetzt: Die in diversen Ländern Osteuropas verstreuten deutschstämmigen Gemeinden bekamen den Sturm des Hasses zu spüren, den ihre Landsleute gesät hatten.

Die Gewalt, die in Jugoslawien direkt nach Kriegsende wie wohl nirgendwo sonst in Europa tobte, richtete sich nicht gegen Deutsche, die das Land im April 1945 verlassen

und sich nach Westen durchgekämpft hatten; sie richtete sich gegen die verhasste kroatische Ustaša und gegen slowenische Kollaborateure. Die Gewalttaten verübte auch kein zügelloser, unkontrollierter Mob, sondern organisierte Banden siegreicher Partisanen, zumeist serbische Kommunisten. Es kam zu zahlreichen Massakern, Massenerschießungen und horrenden Gräueltaten. Zu den mörderischen Racheakten für frühere Untaten trieben häufig auch ethnische Hintergründe. Die verlässlichsten Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 70 000 Menschen – Zivilisten

und kollaborierende Soldaten – solchen Racheaktionen zum Opfer fielen. Im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung Jugoslawiens waren das zehnmal so viele Rachemorde wie in Italien und zwanzigmal mehr als in Frankreich.

Auch in Westeuropa freilich wurde ungezügelt Rache genommen für das, was den Menschen angetan worden war, am schlimmsten in Italien, wo gegen Ende des Krieges schätzungsweise 12 000 Menschen umgebracht wurden, die meisten von ihnen frühere Faschisten. Wochenlang vollzogen Partisanen in norditalienischen Städten

willkürliche Hinrichtungen, denen faschistische Führer, Funktionäre, Kollaborateure, Spitzel und Denunzianten zum Opfer fielen; randalierende Horden stürmten Gefängnisse und lynchten dort eingesperrte Faschisten. In Frankreich wurden 9000 prominente Anhänger des Vichy-Regimes umgebracht, die meisten während der Befreiung im August 1944. Weder in Holland noch in Belgien kam es wirklich zum »Tag der Beile«, an dem der Mob, wie angekündigt, das Gesetz in die Hand nehmen wollte; die Zahl der Opfer in beiden Ländern zusammen blieb unter 400. Doch ganz

ohne brutale Racheakte ging es auch dort nicht ab. Nach der Befreiung Belgiens im Herbst 1944 und noch einmal im Mai 1945 wurden in Massenexekutionen etwa 100 Kollaborateure getötet – meistens kleine Fische. Der Grund waren nicht in jedem Fall politische Verbrechen, manche wurden auch wegen persönlicher Feindschaften oder geschäftlicher Rivalitäten zu Opfern willkürlicher Hinrichtungen.

Frauen, die der »horizontalen Kollaboration« bezichtigt wurden – sie sollten mit dem Feind geschlafen haben –, mussten häufig als Sündenböcke für die aufgestaute Wut

ganzer Gemeinden erhalten. Sie wurden sozial ausgegrenzt und rituell gedemütigt, so etwa in Frankreich, Italien, Dänemark, Holland und auf den Kanalinseln. Die Menge rasierte den Frauen die Köpfe kahl, riss ihnen die Kleider vom Leib, beschmierte sie manchmal mit Exkrementen. Allein in Frankreich wurden 20 000 Frauen vor großen Menschenmengen, überwiegend vor Männern, erniedrigt.

Im Rückblick ist nicht bemerkenswert, dass es zu solchen Gewaltausbrüchen kam, sondern dass sie so rasch vorübergingen, selbst im ehemaligen Vichy-Frankreich oder in

den früheren deutschen Satellitenstaaten Ungarn, Slowakei, Rumänien und Kroatien. Abgesehen von Griechenland (wo sich die Bedingungen, die zum Bürgerkrieg führten, während des Krieges zusammengebraut hatten und wo sich ein schier endloser mörderischer Konflikt mit hohen Opferzahlen entwickelte), konnten Besatzungstruppen oder neu installierte Zivilregierungen ihre Autorität erstaunlich schnell geltend machen. Ungezügelter Gewalt wurde zunehmend unter Kontrolle gebracht, es sei denn, die Behörden selbst forderten zu Vergeltungsaktionen

auf – wie bei der Vertreibung von Deutschen aus vielen Gebieten des ehemals besetzten Mittel- und Osteuropas.

Als die polnische und die tschechische Exilregierung ihre Absicht bekundet hatten, alle Deutschen aus ihren Ländern zu vertreiben, gaben die Alliierten ihren Segen. Die Vertreibungen – euphemistisch Bevölkerungstransfers genannt – waren keineswegs auf Deutsche beschränkt. In den Grenzvereinbarungen von Jalta und Potsdam war festgelegt worden, die sowjetischen (ukrainischen) Grenzen nach Westen zu verschieben, ehemals

polnisches Gebiet der Sowjetunion zuzuschlagen und die polnischen Grenzen auf Kosten deutscher Gebiete nach Westen zu verlegen – Vereinbarungen, die 1945 zur Vertreibung und Deportation von Polen, Ukrainern und Deutschen führten. Mindestens 1,2 Millionen Polen und fast eine halbe Million Ukrainer wurden, oft unter Einsatz brutaler Gewalt, aus ihren Häusern oder Wohnungen vertrieben und zu fernen Bestimmungsorten geschickt. Weitere 50 000 Ukrainer verließen die Tschechoslowakei Richtung Osten, während über 40 000 Tschechen und Slowaken in

die umgekehrte Richtung zogen (viele aus Ruthenien, das zwischen den Kriegen eine Provinz der Tschechoslowakei gewesen war, 1945 aber an die Ukraine fiel). Etwa 100 000 Ungarn wurden aus Rumänien vertrieben, fast ebenso viele aus der Slowakei nach Ungarn und auch ins Sudetenland umgesiedelt, während 70 000 Slowaken aus Ungarn in die Tschechoslowakei kamen.

Erstaunlicherweise war die Qual der Juden, die den NS-Terror überlebt hatten, 1945 noch nicht vorbei. Auch sie gehörten zum Treibgut auf den Wellen der im

Nachkriegseuropa aufbrandenden
Unmenschlichkeit. 220 000 Juden
lebten damals noch im
Nachkriegspolen, vielleicht eine
Viertelmillion in Ungarn. Bei
Gewaltausbrüchen gegen Juden in
verschiedenen polnischen,
ungarischen und slowakischen
Städten jedoch – am schlimmsten
waren die Pogrome im polnischen
Kielce im Juli 1946 und einige
Wochen später im ungarischen
Miskolc – kamen einige Hundert
Juden ums Leben, viele mehr wurden
vertrieben.

Zum Gewaltausbruch von Kielce
kam es, als der Vater eines Jungen,

der zwei Tage lang vermisst worden war und dann nach Hause zurückkehrte, Juden beschuldigte, den Sohn entführt zu haben. Schnell verbreitete sich das Gerücht, Juden hätten einen christlichen Jungen getötet. Der Ritualmordvorwurf – die ein weiteres Mal wiederbelebte uralte Verleumdung – wurde bereitwillig geglaubt. Polizei und Militärbehörden unternahmen nichts, um die versammelte Menge zu zerstreuen, die nach Blut schrie. 41 Juden verloren bei dem Pogrom das Leben. Kielce war der schlimmste, aber nicht der einzige Vorfall in Polen. Insgesamt 351 Juden

fielen den antisemitischen Gewalttaten dort zum Opfer. Trotz des Krieges, der Besatzung und des Holocaust bestanden tödliche Vorurteile gegen Juden offenbar fort. Der Angriff der Nationalsozialisten auf die polnischen Juden hatte vielen Polen Gelegenheit geboten, sich durch Plünderung jüdischen Eigentums zu bereichern. Hinter den Gewaltausbrüchen der Nachkriegszeit stand auch unausgesprochen das Gefühl, Juden seien noch immer eine Gefahr für die Gesellschaftsordnung, die zum Teil auf ihrem Ausschluss und der Enteignung jüdischen Besitzes

aufgebaut war. Überlebende aus den Todeslagern konnten bei der - Rückkehr in ihre alte Heimat – in anderen Teilen Osteuropas ebenso wie in Polen – erleben, dass die Menschen, die sie einmal für ihre Freunde gehalten hatten, jetzt keineswegs erfreut waren, diejenigen wiederzusehen, denen sie Häuser und Besitz genommen hatten. Innerhalb von drei Monaten nach dem Pogrom in Kielce suchten etwa 70 000 polnische Juden eine neue Heimat in Palästina. Viele andere folgten später, aus Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei. Sie hatten schließlich begriffen, dass

sie in Europa keine Zukunft hatten.

Für die Völker Osteuropas konnte es keine Katharsis geben, solange Deutsche unter ihnen lebten. Ethnische Deutsche, die in Städten und Dörfern zu Hause waren, in denen es seit Jahrhunderten deutsche Gemeinden gab, waren ungeheurer Brutalität ausgesetzt. Die Aussiedlungen sollten »geordnet und human« vor sich gehen, das hatten die Alliierten verlangt. In Wirklichkeit waren sie weit davon entfernt. Niemand hatte irgendeinen Sinn dafür, zu versuchen, denen Schutz zu gewähren, die man für den Horror der letzten Jahre

verantwortlich machte. Als die Deutschen endlich besiegt waren, kochte der verständliche, während der Jahre von Krieg und Besatzung angestaute Hass über und entlud sich in hemmungslosen, zunächst unkontrollierten Racheakten. Bis Ende Juli 1945 wurden Hunderttausende Deutsche – ausgeplündert, vergewaltigt, misshandelt, ohne Lebensmittel, von ärztlicher Behandlung ausgeschlossen – aus den Polen zugeschlagenen Gebieten vertrieben. Überall kam es zu brutalen Übergriffen. Die polnischen Behörden taten wenig oder gar nichts, das zu

verhindern. Die Deutschen wurden als wilde Tiere betrachtet, als Ungeziefer, das man jagen oder töten konnte, wie man wollte. Selbst die Sowjets waren über die Grausamkeit schockiert, mit der Polen Vergeltung für die Leiden übten, die ihnen Deutsche angetan hatten. »Es gibt immer mehr Fälle von grundlosen Morden an deutschen Bewohnern, unberechtigten Festnahmen und langen Inhaftierungen mit bewusster Demütigung«, so ein Bericht der Roten Armee nach Moskau vom 30. August 1945.

In der Tschechoslowakei galten Sudetendeutsche als Verräter, ob sie

mit den Nazis sympathisiert hatten oder nicht. In einer Radiosendung vom 12. Mai 1945 sprach der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš von der Notwendigkeit, das »deutsche Problem definitiv zu beseitigen«, und gab damit das Signal für die sofortige Ausweisung von über 20 000 Männern, Frauen und Kindern aus Brno (Brünn). Man ließ ihnen kaum Zeit, ein paar Habseligkeiten zu packen; nicht alle überlebten den anschließenden Gewaltmarsch zur österreichischen Grenze. Auch die Kirche beteiligte sich, der Domherr von Vyšehrad erklärte: »Nach 1000

Jahren ist die Zeit gekommen, die Rechnung mit den Deutschen zu begleichen, die böse sind und für die das Gebot der Nächstenliebe nicht gilt.«

Wie zu erwarten, hatten solche Hassausbrüche ein unglaubliches Maß an Gewalt zur Folge. Die Deutschen wurden aus ihren Häusern gejagt, ihr Eigentum geplündert. In den Internierungslagern, in denen ohnehin extrem harte Bedingungen herrschten, wurden sie grausam misshandelt. Die in Prag geborene Margarethe Schell, eine ehemals bekannte Schauspielerin, führte über ihre Erfahrungen in einem dieser

Lager Tagebuch. Männer, schrieb sie, seien beim Abendappell mit Peitschen geschlagen und gezwungen worden, in der Hocke um den Aufmarschplatz herumzugehen, bis sie zusammenbrachen, nur um dann erneut ausgepeitscht zu werden. Auch sie selbst hatte Misshandlungen und Demütigungen zu ertragen, erhielt unter anderem eine vom Lagerkommandanten persönlich ausgeführte Prügelstrafe, weil sie ohne Erlaubnis einen Brief aus dem Lager geschickt hatte.

Auch außerhalb der Lager überfielen tschechische Milizen, kommunistische Aktivisten und

andere bewaffnete Banden
willkürlich Deutsche, demütigten
und töteten sie. Einer der
schlimmsten Gräuel war das
Massaker an einigen Hundert
Deutschen am 31. Juli 1945 in Ústí
nad Labem (Aussig). Viele Deutsche
begingen Selbstmord – nach einer
tschechischen Statistik
5558 Menschen allein im Jahr 1946.
Bis zum Herbst 1947 wurden drei
Millionen Deutsche aus der
Tschechoslowakei vertrieben,
zwischen 19 000 und
30 000 Sudetendeutsche mindestens
wurden getötet. Die Gesamtzahl lag
wahrscheinlich viel höher, wenn man

Krankheiten, Unterernährung und Unterkühlung dazurechnet, die Folgen der rücksichtslosen Vertreibungen. Die wilden Deportationen und brutalen Übergriffe dauerten mehrere Wochen, dann wurde die Aussiedlung genauer geregelt, jedoch weiterhin mit aller Härte durchgeführt. Nicht nur der tschechischen Regierung, auch den Alliierten lag daran, der hemmungslosen Gewalt Einhalt zu gebieten.

Insgesamt wurden mindestens zwölf Millionen Deutsche aus Mittel- und Osteuropa in die deutschen

Besatzungszonen abgeschoben, die in der harten Nachkriegszeit auf deren Aufnahme überhaupt nicht eingestellt waren. Entsprechend war die Begrüßung, die den Vertriebenen in Deutschland zuteilwurde, alles andere als herzlich. »Wir verhungern und leiden große Pein, / Herrgott, schick das Gesindel heim. / Schick sie zurück in die Tschechoslowakei, / Herrgott, mach uns von dem Gesindel frei«, so ein gereimtes Stoßgebet aus dem ländlichen Württemberg der Jahre 1946/47. In Meinungsumfragen von 1949 bezeichneten 60 Prozent der einheimischen Bevölkerung und 96 Prozent der Vertriebenen das

beiderseitige Verhältnis als schlecht. Die Neuankömmlinge, so die ansässigen Deutschen, seien anmaßend, rückständig, unzuverlässig; diese wiederum fanden ihre Gastgeber eigennützig, gefühllos und schäbig. »Wir wissen, dass wir hier unerwünscht und nicht gerne gesehen sind«, hieß es 1948 in einem Beschwerdebrief an den Bürgermeister und den Gemeinderat von Nürtingen, »aber auch uns, Sie können es glauben, wäre es lieber, wir wären in unserer Heimat und brauchten niemand zur Last zu fallen. Wider jedes sittliche Recht aus unseren Wohnungen gejagt und der

Heimat vertrieben, jeglicher Habe beraubt, sind wir ungewollt und ungefragt, jedenfalls nicht freiwillig hier (her-)gebracht worden.«

Nach den genauesten Schätzungen verlor mindestens eine halbe Million Deutsche während der brutalen Vertreibungen auf die eine oder andere Weise ihr Leben; das Schicksal weiterer 1,5 Millionen ist unbekannt. Andere, die in uralten deutschen Gemeinden in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien gelebt hatten, wurden als »lebende Reparationen« behandelt und in sowjetische Gefangenenlager gesteckt, wo sie ein kaum beneidenswertes Schicksal erwartete.

Bis 1950 hatten sich die in Osteuropa lebenden Minderheiten, gleich welcher Größe, deutlich verringert; doch nicht alle ethnischen Minderheiten waren vertrieben worden. In den baltischen Ländern und in der Ukraine lebten größere russische Minderheiten, die allerdings nicht benachteiligt waren; ethnische Russen waren die dominierende Bevölkerungsgruppe der Sowjetunion. Auch Jugoslawien war weiterhin ein Flickenteppich unterschiedlicher ethnischer Bevölkerungsgruppen. Insgesamt jedoch waren die Bevölkerungen der osteuropäischen Länder nach 1950

ethnisch deutlich homogener als vor dem Krieg. Das alte multiethnische Osteuropa war weitgehend verschwunden; insofern hatten die rücksichtslosen Vertreibungen und die schrecklichen ethnischen Säuberungen ihren grauenvollen Zweck erfüllt.

In den ersten Wochen nach der deutschen Kapitulation hatte sich Hass in extremer und ungehemmter Gewalt Luft gemacht. Nach diesem Ausbruch jedoch wurden Forderungen nach Gerechtigkeit in staatlich kontrollierte Kanäle gelenkt. Das geschah dort schneller, wo ein gewisses Vertrauen bestand, dass die

neu gebildeten Regierungen tatsächlich gründliche Reformen durchführen würden, die Verwaltung von ehemaligen Kollaborateuren säubern, diese verhaften, vor Gericht stellen, die Schuldigen streng bestrafen würden. Dass geachtete Mitglieder des nationalen Widerstands in den neuen Regierungen mitarbeiteten, trug dazu bei, diesen Prozess zu beschleunigen. Säuberungen des Polizeiapparats, wie sie in Norwegen, Dänemark und Frankreich umgehend vorgenommen wurden, halfen, das Vertrauen in den Staat in gewissem Maß wiederherzustellen. In weiten Teilen

Europas war die Bevölkerung von den jahrelangen Kämpfen zu ausgelaugt, zu sehr auf eine Rückkehr zur »Normalität« bedacht, als dass die Menschen weiterhin Gewalt ausüben und Konflikte durchkämpfen wollten. Insofern waren sie auch bereit, sich der staatlichen Autorität zu fügen. Wo jedoch, wie in Süd- und Osteuropa, das Vertrauen in die öffentlichen Autoritäten erst langsam wiederhergestellt werden musste, hielt der Absturz in hemmungslose Gewalt länger an. Häufig blieben Waffenlager in der Hand von Milizen, Bürgerwehren und ehemaligen Partisanen, die sich

weigerten, ihre Waffen abzugeben; mit Amnestien für Rachemorde ließen sich manche dennoch dazu bringen. Zuerst aber mussten die Menschen überzeugt sein, dass ihre Regierung tatsächlich hart gegen Kriegsverbrecher und Kollaborateure durchgreifen werde, bevor die Gewalt langsam nachließ oder von den Staatsbehörden unterdrückt werden konnte.

In Ländern, die nun unter der Ägide der Sowjetunion standen, wurde die »offizielle« Säuberung von Faschisten und Anhängern der Kollaborationsregimes drastisch vollzogen, mit der Zeit allerdings

wurden diese Säuberungen zum ziemlich willkürlichen Mittel, um für Loyalität zu den neuen Machthabern zu sorgen. Denjenigen, die als die schlimmsten Verbrecher galten, wurde der Prozess gemacht, anschließend wurden sie hingerichtet, manchmal öffentlich. Eine riesige Menschenmenge (gewiss jedoch keine 100 000, wie manchmal behauptet wird) sah 1946 in Riga zu, wie sieben Deutsche gehängt wurden. Eindeutige Kollaborateure wurden zumeist erschossen, sobald die Sowjets verlorenes Gebiet wiederbesetzten, so etwa die 1700 Menschen, die im Juli und

August 1944 in Litauen hingerichtet wurden. Die häufigste Strafe allerdings war Deportation in Zwangsarbeitslager in unwirtlichen Gegenden der Sowjetunion, aus denen es gewöhnlich keine Wiederkehr gab. Dies widerfuhr zwischen 1944 und 1949 schätzungsweise mindestens einer halben Million Menschen aus Estland, Lettland und Litauen. Zwischen 140 000 und 200 000 Menschen wurden aus Ungarn in die Sowjetunion verschleppt, die meisten in den Gulag. Sehr viele, die unter dem Verdacht standen, mit den Faschisten sympathisiert oder sich an

antikommunistischen Aktionen beteiligt zu haben – was gewöhnlich als das gleiche galt –, wurden inhaftiert. In Rumänien stieg die Zahl der politischen Gefangenen bis 1948 auf 250 000 – das entsprach zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Grenzen zwischen Kollaboration und »konterrevolutionärem« Handeln designierter »Klassenfeinde« waren zu diesem Zeitpunkt längst verwischt.

In einer ungarischen Stadt wurden im Herbst 1945 der Franziskanerpater Szaléz Kiss und ungefähr 60 junge Männer, zum Teil Mitglieder einer von ihm geleiteten

Jugendgruppe, verhaftet und angeklagt, einer »faschistischen Verschwörung« anzugehören, die Morde an Sowjetsoldaten begangen habe. Die Geständnisse wurden durch Folter erpresst. Kiss und drei Jugendliche wurden hingerichtet, die anderen kamen ins Gefängnis oder wurden in die Sowjetunion deportiert. Weil nach marxistischer Theorie (und kommunistischer Praxis) der Faschismus als extremste Form der Reaktion galt, stießen die Säuberungen in Osteuropa auf Schwierigkeiten, sobald sie juristisch und systematisch durchgeführt werden sollten, denn dann hätte man

möglicherweise große Teile der nichtkommunistischen Bevölkerung belangen müssen. Also wurden die Säuberungen, wie in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, zum willkürlich angewandten Mittel, um politische Konformität zu sichern. Völlig Unschuldige konnten aus persönlichem Groll wegen der geringsten Anzeichen von politischem Nonkonformismus als »Faschisten« denunziert werden.

In Westeuropa verliefen die »offiziellen« Säuberungen im Vergleich zu den Ländern unter kommunistischer Herrschaft weniger drakonisch und streng, als dies die

Bevölkerung im Allgemeinen gewünscht hätte. Die schlimmsten Kollaborateure wurden hingerichtet – Vidkun Quisling in Norwegen, Anton Mussert in den Niederlanden, Pierre Laval in Frankreich. (Die Todesstrafe für den 89-jährigen Marschall Pétain wurde in eine lebenslange Gefängnisstrafe umgewandelt.) Die Säuberungen wurden ernst genommen, jedenfalls direkt nach dem Krieg. Hunderttausende wurden in Westeuropa verhaftet und wegen Landesverrats, Kriegsverbrechen oder Kollaboration vor Gericht gestellt – 40 000 Menschen in Dänemark, 93 000 in Norwegen, 120 000 in den

Niederlanden, in Belgien sogar 405 000. Die meisten Verurteilten hatten jedoch nur vergleichsweise geringfügige Straftaten begangen und kamen mit leichten Strafen davon; manche wurden bald schon wieder auf freien Fuß gesetzt oder kurze Zeit später amnestiert.

Nur wenige Todesurteile und auch nur wenige langjährige Gefängnisstrafen wurden verhängt. In Belgien etwa entgingen über 80 Prozent der zunächst Verhafteten der Strafverfolgung ganz, 241 wurden hingerichtet, die meisten anderen zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt. In den Niederlanden

wurden von den 44 000 (oft wegen kleinerer Vergehen) schuldig gesprochenen Personen 40 hingerichtet und 585 zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Doch Beamte und Polizisten, die in die Massenfestnahmen zur Zwangsarbeit, in die Deportationen von Juden und Vergeltungsmaßnahmen für Aktionen des Widerstands tief verstrickt waren, kamen glimpflich davon. In Frankreich dagegen wurden die Säuberungen relativ streng durchgeführt. In etwa 300 000 Fällen wurde ermittelt, was zu 125 000 Anklagen führte. Fast 7000 Todesurteile ergingen, die meisten

allerdings *in absentia*. Dennoch wurden 1500 Personen hingerichtet und 39 000 zu (oft kurzen) Gefängnisstrafen verurteilt. Die meisten Strafen wurden durch die Amnestie des Jahres 1947 aufgehoben; nur etwa 1500 der schlimmsten Kriegsverbrecher befanden sich 1951 noch im Gefängnis.

Ungefähr eine halbe Million Österreicher – rund 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung – waren Mitglieder der NSDAP gewesen, aus Österreich stammten zudem einige der schlimmsten Kriegsverbrecher. Aber Österreich konnte sich eben

auch als erstes Opfer der deutschen Aggression darstellen. So wurde Österreich, wie es damals nicht zu Unrecht hieß, zu einem der sichersten Plätze für Kollaborateure in Europa. Nur 30 Todesstrafen für Kriegsverbrechen wurden dort vollzogen; in den benachbarten tschechischen Ländern dagegen waren es 686. Viele Angehörige der Polizei und der Justiz mussten den Dienst quittieren. Die Hälfte der 270 000 Nationalsozialisten, die 1945 in Österreich beschäftigt waren, wurde bis Mitte 1946 entlassen; bald darauf aber erging eine Amnestie und viele von ihnen wurden wieder

eingestellt. Die Gerichte verhängten 13 600 meist kurze Gefängnisstrafen – eine Amnestie 1948 führte in 90 Prozent der minder schweren Fälle zur Wiedereingliederung der Täter. Mitte der 1950er Jahre folgten Amnestien für wirkliche Nationalsozialisten. Je länger der Krieg zurücklag, desto milder fielen in der Regel die Urteile aus. Von den schwersten Fällen abgesehen, hatte überall der Wiederaufbau eines funktionierenden Staatswesens Vorrang vor dem Interesse an Strafe und Vergeltung für Taten im Krieg.

In allen besetzten Ländern waren

begeisterte Kollaborateure aktiv gewesen. Doch nur selten hatten sie, wenn überhaupt, die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung gehabt; inzwischen waren sie in ihren Ländern nahezu durchweg verhasst. In Deutschland dagegen hatte sich Hitler lange Zeit großer Popularität erfreuen können. Für den militaristischen Nationalismus, der den Frieden in Europa mit Füßen trat, hatte sein Regime weitgehende Unterstützung gefunden. Millionen Deutsche waren Mitglieder der Partei und ihrer Unterorganisationen gewesen. Viele hatten die Verfolgung der Juden und andere unmenschliche

Maßnahmen in ihrem Heimatland unterstützt. Im besetzten Europa hatten sich deutsche Besatzungstruppen – oft mit stillschweigender Zustimmung der Menschen zu Hause – immer wieder an barbarischen Aktionen beteiligt. »Die Menschen dieses Landes«, schrieb Döblin schon bald nach seiner Rückkehr in das Land, in dem er geboren wurde, »scheinen in einem eigentümlich distanzierten Verhältnis zu den Vorgängen ihrer eigenen Epoche zu stehen«: unfähig, die Katastrophe zu begreifen, und gleichzeitig ausschließlich auf Alltagsbelange konzentriert. Wie und

ob Deutschland in Europa jemals wieder eine positive Rolle würde spielen können, gehörte zu den Fragen, die 1945 kaum jemand mit Sicherheit beantworten konnte. Das Land von seinen früheren Nationalsozialisten zu säubern, war naheliegend, ein erster Schritt, um Deutschland als demokratisches Land wiederaufzubauen, wie es die Alliierten 1945 auf der Potsdamer Konferenz gefordert hatten. Das aber war leichter gesagt als getan.

Einige führende Nationalsozialisten entkamen ihrem Schicksal durch Selbstmord, entweder als das »Dritte Reich« in

Trümmer fiel oder kurz danach in alliierter Gefangenschaft. Zu ihnen gehörten der Propagandaminister Joseph Goebbels, Martin Bormann, die rechte Hand Hitlers (dessen Überreste Jahrzehnte später nicht weit von Hitlers Bunker in Berlin gefunden wurden), Robert Ley, der fanatische Chef der Arbeitsfront, sowie Heinrich Himmler, der gefürchtete Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Einige Nationalsozialisten, so Rudolf Höss, der frühere Kommandant von Auschwitz, oder Arthur Greiser, der brutale Herrscher über den »Warthegau«, wurden den Polen, die

sie so barbarisch verfolgt hatten, übergeben, verurteilt und hingerichtet. Wieder andere verschwanden über Spanien nach Südamerika – der spektakulärste Fall war Adolf Eichmann, der »Organisator« der »Endlösung« –, oft, erstaunlich genug, mit Hilfe aus dem Vatikan. Immerhin gelang es den Alliierten, 21 führende Nationalsozialisten zu fassen, darunter Hermann Göring, bis kurz vor Kriegsende noch Hitlers designierter Nachfolger, Joachim von Ribbentrop, den einstigen Außenminister, Ernst Kaltenbrunner, den Chef der Sicherheitspolizei, Hans

Frank, Generalgouverneur in Polen, und Rudolf Hess, bis zu seinem merkwürdigen Flug nach Schottland im Jahr 1941 stellvertretender Chef der NSDAP. Auch hochrangige Militärs befanden sich unter den Hauptkriegsverbrechern, die bald vor Gericht gestellt wurden: Wilhelm Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Alfred Jodl (Chef des Wehrmachtführungsstabs), Erich Raeder (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bis 1943) und Karl Dönitz (Raeders Nachfolger als Chef der Marine und von Hitler vor dessen Selbstmord zum Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber der

Wehrmacht bestimmt).

Die verhafteten NS-Führer wegen ihrer Verbrechen vor Gericht zu stellen war einfach. Wollte man aber einen solchen Prozess führen, musste man sich auf ein rechtliches Minenfeld begeben, denn für das Internationale Militärtribunal (mit Richtern und Staatsanwälten der vier Besatzungsmächte), das 1945/46 ein Jahr lang in Nürnberg tagte, gab es weder einen Präzedenzfall noch eine gängige Rechtsprechung. Churchill hatte vorgeschlagen, die NS-Führer bei Gefangennahme sofort zu erschießen. Stalin hätte sie gerne vor Gericht gestellt, dann aber

erschießen lassen. Die öffentliche Meinung in Europa war für ein Schnellverfahren. Nur die Amerikaner bestanden auf einem regelrechten Prozess gegen diese Angeklagten; sie wollten, nicht zuletzt der deutschen Bevölkerung wegen, deren Schuld beweisen und diese nicht einfach nur unterstellen. Die Amerikaner setzten sich durch. Zwölf Angeklagte, darunter Göring, Ribbentrop, Frank, Bormann (in Abwesenheit), Keitel und Jodl wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. (Göring beging Selbstmord, bevor seine Strafe vollzogen werden konnte.) Die

meisten anderen, darunter auch Albert Speer, der mit besonders viel Glück dem Seil seines Henkers entging, erhielten lange Freiheitsstrafen. NSDAP, SS und Gestapo wurden zu kriminellen Vereinigungen erklärt. Zwischen 1946 und 1949 folgten ebenfalls in Nürnberg zwölf weitere Prozesse, die von den Amerikanern allein geführt wurden. Insgesamt 185 Führungskräfte aus Ministerien, Militär, Wirtschaft, Ärzteschaft und Justiz sowie aus den mörderischen »Einsatzgruppen« der Sicherheitspolizei wurden wegen ihrer Mitwirkung an abscheulichen

Verbrechen verurteilt. Diese Prozesse endeten mit 24 Todesurteilen, 20 Angeklagte wurden zu lebenslangen, 98 zu kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Damals – und seither immer wieder – wurden die Nürnberger - Prozesse als »Siegerjustiz« diffamiert, als Farce: Schließlich hätten auch die Sowjets ungeheure Kriegsverbrechen begangen, seien die alliierten Luftangriffe auf Dresden, Hamburg und andere Städte ebenfalls Kriegsverbrechen gewesen. Tatsächlich waren die Prozesse nach westlichen Standards der Rechtsprechung nicht ohne Mängel.

Doch der Verzicht darauf, die NS-Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, wäre in den Augen der zivilisierten Welt eine groteske Unterlassung gewesen. Meinungsumfragen aus dieser Zeit ergaben, dass die Fairness der Prozesse und auch die Urteile bei den Deutschen auf große Zustimmung stießen. Selbst die Verurteilung ganzer Organisationen wie SA, SS und Gestapo wurde mehrheitlich begrüßt. Etwa 70 Prozent der befragten Deutschen waren der Ansicht, weitaus mehr Menschen als die Angeklagten von Nürnberg trügen Schuld an Kriegsverbrechen;

man solle weitere Parteimitglieder, auch niederrangige Führungskräfte anklagen. Aber eben damit begannen die Probleme. Wer waren diese Leute, wie groß war ihre Schuld, nach welchen Kriterien sollten sie erfasst werden? Wie hätten die Besatzungsmächte nicht nur zwischen Schuldigen und Unschuldigen, sondern auch zwischen Abstufungen der Schuld unterscheiden sollen, wenn über acht Millionen Deutsche – zehn Prozent der Bevölkerung – Parteimitglieder gewesen waren und weitere Millionen Deutsche Mitglieder in Unterorganisationen der Partei?

Die Aufgabe, die deutsche Gesellschaft zu entnazifizieren, das wurde bald klar, war nicht nur entmutigend, sie war schlicht nicht zu verwirklichen. In den drei Westzonen drängten die Amerikaner, jedenfalls in der ersten Zeit, am entschlossensten auf Fortsetzung der Entnazifizierung. Doch schon nach kurzer Zeit mussten die Westalliierten erkennen, dass es für ihr nach Zahlen geringes, oft nicht ausgebildetes Verwaltungspersonal unmöglich zu bewältigen war, die Millionen Fragebögen zur Mitgliedschaft in NS-Organisationen zu bearbeiten. Oft waren diese

Fragebögen auch das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt waren; nicht alle Deutschen füllten sie wahrheitsgemäß aus, wie man kaum eigens erwähnen muss. Auch wenn die Internierungslager Ende 1945 aus allen Nähten platzten, zigtausend Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen worden waren – eine umfassende Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft erwies sich als unmöglich. Allein in der amerikanischen Zone wurden 1,6 Millionen Fragebögen bearbeitet, doch weitere 3,5 Millionen bekannte Nationalsozialisten warteten auf ihre

Einstufung – und dabei hatten die Amerikaner eigentlich vor, sich 1947 aus Deutschland zurückzuziehen.

Briten und Franzosen erging es nicht besser. Die Briten hatten einige der Verantwortlichen für die entsetzlichen Gräuel von Bergen-Belsen – des Lagers, dessen Befreiung durch britische Soldaten im April 1945 einen solchen Schock ausgelöst hatte – vor Gericht gestellt und hingerichtet. Sie hatten etwa 200 000 Deutsche entlassen – aus dem öffentlichen Dienst, Lehrer, Polizisten, Führungskräfte der Wirtschaft, auch Menschen, die in der Lebensmittelproduktion, bei der

Eisenbahn oder der Post arbeiteten. Doch die Kosten der Besatzung gingen weit über das hinaus, was sich das bankrotte Großbritannien leisten konnte. Angesichts dessen, was dringend für den Wiederaufbau Deutschlands getan werden musste, rückte die Entnazifizierung bald deutlich in die zweite Reihe. Und der Wiederaufbau war Sache der Deutschen. Viele von ihnen hatten eine außerordentlich düstere Vergangenheit. Dennoch mussten sie sich selbst um ihr Land kümmern. Wie die Briten waren auch die Franzosen bald zu pragmatischen Entscheidungen gezwungen. Die von

Rachegefühlen motivierten Säuberungen der ersten Zeit mussten hinter praktischen Notwendigkeiten zurückstehen. Drei Viertel der Lehrer entließen die Franzosen in den ersten Wochen ihrer Besatzungsherrschaft. Im September 1945 wurden die Schulen wieder geöffnet – und alle entlassenen Lehrer wieder eingestellt. Den Franzosen gelang es nicht, mehr als rund eine halbe Million Fragebögen zu bearbeiten. Zudem verfuhrten sie überraschend milde. Nur 18 000 Personen wurden bestraft, lediglich 13 »Hauptschuldige« gezählt; in der amerikanischen Zone waren es 1654.

Anfang 1946 mussten die Westalliierten ihr Scheitern eingestehen; sie übergaben die Verantwortung für die Entnazifizierungsverfahren an deutsche Behörden. Hunderte sogenannter Spruchkammern wurden eingerichtet, in denen unter alliierter Kontrolle deutsches Personal entschied. Die Fragebögen wurden verändert, die verschiedenen Schuldkategorien – von »Hauptschuldigen« über »Belastete« und »Mitläufer« bis zu »Entlasteten« – jedoch beibehalten. Fast jeder, der vor eine Spruchkammer zitiert wurde, konnte

einen Unverdächtigen auftreiben, der sich dafür verbürgte, dass sich der Beschuldigte in der NS-Zeit tadellos verhalten habe. Nicht umsonst wurden diese Bescheinigungen »Persilscheine« genannt – nach dem »selbsttätigen Waschmittel ... für blendend weiße Wäsche«, so die Firmenwerbung.

Der ganze Entnazifizierungsprozess wurde bald zur Farce. Über sechs Millionen Fälle wurden nominell gehört, zwei Drittel davon umgehend entlastet. Von denen, die vor die Kammern kamen, wurden mindestens neun Zehntel als geringfügig schuldig eingestuft; die

überwiegende Zahl galt als »Mitläufer« oder völlig »entlastet«. Die nicht umsonst als »Mitläuferfabriken« bezeichneten Spruchkammern hatten ihre Glaubwürdigkeit verloren und waren in der Bevölkerung weithin verhasst. 1951 schließlich wurden sie von der westdeutschen Regierung per Gesetz ganz abgeschafft. Zuvor waren (mit Ausnahme der schlimmsten Täter) Hunderttausende amnestiert worden; auch waren inzwischen die meisten der zunächst entlassenen Beamten wieder eingestellt worden. Das Scheitern der Entnazifizierung spiegelte nicht nur die zunehmende

Unbeliebtheit der Verfahren, die Ablehnung einer Kollektivschuld an den NS-Verbrechen, schließlich die pragmatische Anpassung an administrative Erfordernisse in einer sich schnell verändernden politischen Situation. Es zeigte darüber hinaus aber auch, wie man damals mehrheitlich über den Nationalsozialismus dachte: Er galt, wie aus zahlreichen Meinungsumfragen unter Deutschen hervorging, als gute Idee, die schlecht ausgeführt worden war; dem Kommunismus sei er allemal vorzuziehen.

In der sowjetisch besetzten Zone

nahm die Entnazifizierung einen anderen, viel strengeren Weg als in den Westzonen. Zehntausende verschwanden in Lagern, darunter auch ehemalige NS-Konzentrationslager, die nun von der sowjetischen Geheimpolizei geführt wurden. Andere wurden in Arbeitslager in der Sowjetunion deportiert. Mehr als eine halbe Million Deutsche wurden in der Ostzone Ende 1945 ihrer Ämter enthoben. Groß angelegte Säuberungen fanden statt unter Richtern und Rechtsanwälten, Beamten, Universitäts- und Schullehrern. Bereits im Herbst

waren über 40 000 neue Lehrer im Amt; insgesamt wurden zwischen 1945 und 1950 drei Viertel der Grundschullehrer ausgetauscht. Die neuen Lehrer und Beamten erhielten nur eine minimale Ausbildung, mit absehbaren Folgen für die Qualität ihrer Arbeit.

Aber auch in der Sowjetzone konnte man praktische Überlegungen nicht völlig ignorieren. Ärzte beispielsweise, selbst solche mit NS-Referenzen, behielten zumeist ihre Approbation, sie waren angeblich nicht so leicht zu ersetzen wie Lehrer oder Beamte. Wenn es seinen Zwecken diente, konnte das neue

Regime durchaus über ideologische Fragen hinwegsehen. Die Amerikaner hatten Hunderte von NS-Wissenschaftlern verschwinden lassen: Sie sollten nun für das US-Raketenprogramm arbeiten; das Gleiche taten die Russen mit früheren Nationalsozialisten in ihrer Zone. Auch die Sowjetzone konnte man ja nicht völlig herunterwirtschaften – obwohl die Sowjets, indem sie in großem Stil Industrieanlagen demontierten, taten, was sie konnten, um dies Ziel zu erreichen. Schließlich wurden kleinere Nationalsozialisten aufgefordert zu beweisen, dass sie ihre Irrtümer eingesehen, sich zu den

Lehren des Marxismus-Leninismus bekehrt und den Weg zu einer radikal anderen, von den Geboten des Staatssozialismus bestimmten Gesellschaftsordnung erkannt hatten. Rot war das neue Braun.

Hätten die Säuberungen anders durchgeführt werden können? Weder in Ost- noch in Westeuropa lässt sich ohne weiteres erkennen, welche anderen Wege man hätte einschlagen können. Im entstehenden Sowjetblock wurden die Säuberungen ohne Frage schonungslos betrieben, dienten sie doch, kaum verhüllt, auch dem Zweck, politische Gefolgschaft zu erzwingen. Die schnellen

drastischen Säuberungen, mit denen
»Reaktionäre«, »subversive
Elemente« und »antisowjetische
Tendenzen« ebenso beseitigt werden
sollten wie wirkliche
Kriegsverbrecher und Kollaborateure,
verfehlten ihre Wirkung nicht. Der
überwiegende Teil der Bevölkerung
war nicht kommunistisch,
geschweige prosowjetisch, und bei
freien Wahlen hätten diese Menschen
kaum für die Kommunisten gestimmt.
Aber die Säuberungen machten
deutlich, dass die neuen Machthaber
nicht gewillt waren, solche Fragen zu
stellen. Sie setzten die Menschen
unter Druck, schüchterten sie ein,

damit sie sich fügten. So rabiatierte er durchgesetzt wurde, der radikale Bruch mit der Vergangenheit funktionierte.

In Westeuropa waren die meisten Menschen mit den Säuberungen unzufrieden, die einen fanden sie zu mild, die anderen zu hart. Die Gesellschaft im Konsens wiederaufzubauen verlangte Integration, nicht Polarisierung, sich hinziehende gegenseitige Schuldzuweisungen und Rache erschienen kontraproduktiv. Das verständliche Verlangen nach Bestrafung der Verantwortlichen musste gestillt werden, damit es die

langfristigen Anstrengungen für den Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft nicht vergiftete. Hochkochende Leidenschaften waren einzudämmen. Das Gerechtigkeitsgefühl musste der Politik untergeordnet werden. So bekam der Blick in die Zukunft Vorrang vor einer gründlicheren Reinigung vom Vergangenen. Kollektiver Erinnerungsverlust öffnete den Weg nach vorn.

So konnten viele mit einer mehr als zweifelhaften Vergangenheit bis ins hohe Alter leben und im Bett sterben; sie haben eine Milde erfahren, die sie ihren Opfern nie

gezeigt hatten. Der sowjetischen Propaganda freilich kamen die Nachsicht, die der Westen gegen frühere Sympathisanten des Faschismus zeigte, und das Tempo, mit dem sie wieder in die Gesellschaft integriert wurden, gerade recht. Dabei ließ die Sowjetunion ihrerseits viele Angehörige der Roten Armee ungeschoren, die schwere Gräueltaten begangen hatten; sie wurden eben als Soldaten gesehen, die einer gerechten Sache gedient hatten. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beschlossen, die Zeit der Säuberungen zu beenden und einen

Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen; im Osten zugunsten der sozialistischen Einheit, im Rahmen eines immer schärferen Antikommunismus im Westen.

Den Opfern der Unmenschlichkeit freilich war damit nicht im entferntesten Genüge getan. Weder sahen sie die gebührenden Strafen verhängt noch das Gift vollends beseitigt. Nichts konnte kompensieren, was sie durchlitten hatten; eine vollständige Katharsis war unvorstellbar. Noch Jahrzehnte später wurden Kriegsverbrecher für ihre abscheulichen Verbrechen gesucht, aufgespürt und vor Gericht

gestellt, ein Zeichen dafür, dass diese Abrechnung unweigerlich unvollständig bleiben würde. Auch im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts wurde Europa den Gestank der unvorstellbaren Unmenschlichkeit dieser Kriegsjahre niemals völlig los.

Das Wiedererwachen der Politik: Spaltungen und Unsicherheiten

Die deutsche Besatzung hatte die

politische Kontinuität in fast allen Ländern unterbrochen, dennoch konnten sich neue Formen pluralistischer Politik erstaunlich schnell durchsetzen. Das politische Leben musste neue Gestalt annehmen. Die Grundlagen des politischen Pluralismus waren zwar lange unterdrückt gewesen, aber doch noch so weit vorhanden, dass sie sich erstaunlich schnell reaktivieren ließen. Trotz Verbots und Verfolgung hatten die Parteien, namentlich die - Linken, ihre Basis nicht nur erhalten, sondern auch erweitern können; die Diskontinuitäten für die liberalen und konservativen Parteien waren

größer. Aber auch hier erstaunt, wie rasch sie ihre frühere politische Basis wiederaufbauen konnten, allerdings hinter Parteien mit neuen Namen.

Noch aber hatte die künftige politische Landschaft nur unscharfe Konturen. Der Faschismus war, unter enormen Kosten, pulverisiert worden, eine Rückkehr zu autoritären Regimes im faschistischen Stil konnte ausgeschlossen werden. (Befürchtungen über eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus in Deutschland allerdings hielten sich noch eine Weile; Spanien und Portugal verharrten in einer Zeitschleife.) Das

Ansehen des Sowjetkommunismus dagegen war durch seinen militärischen Sieg gestiegen, er fand viele Anhänger in der Linken, die wieder erstarkt war und im Antifaschismus vereint. Noch immer oder wieder blickte die Linke nach Moskau, suchte dort Anregung und Ermutigung. Die meisten ihrer Anhänger freilich wollten ausdrücklich ein pluralistisches politisches System, akzeptierten zumindest, dass eine pluralistische Demokratie bis auf weiteres notwendig war. Jenseits der Linken, in vielen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere außerhalb der großen

städtischen Agglomerationen, war man antisozialistisch und konservativ geblieben, stand auch häufig unter dem Einfluss der Kirchen. Erst mit der Zeit zeichnete sich genauer ab, wie in den einzelnen Ländern die Fragen nach dem genauen Charakter des politischen Systems und seiner gesellschaftlichen Basis geklärt wurden.

Unmittelbar nach Kriegsende schien es, als sei endlich die Stunde der Linken gekommen, die während der großen Wirtschaftskrise demoralisiert, gespalten und besiegt, von Faschisten terrorisiert und in eine gefährliche Opposition getrieben

worden war. Die Volksfront-regierungen der 1930er Jahre hatten ihre Einigkeit im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus erreicht, sich allerdings nicht lange halten können. 1945, im Siegestaumel, der auf die Vernichtung des Todfeinds folgte, fungierte der Antifaschismus erneut als Bindemittel für die Linke. Insbesondere die Kommunisten profitierten von der Erinnerung an ihren entschlossenen Widerstand. Wie es aussah, hatten die Linken, Kommunisten und Sozialisten, wieder Wind in den Segeln.

Die Wiedergeburt der pluralistischen Politik in Westeuropa

In den ersten Wahlen nach dem Krieg errangen die kommunistischen Parteien in den meisten Ländern doppelt so viele Stimmen wie vor dem Krieg, die meisten 1945/46 in Frankreich (über 26 Prozent), Finnland (23,5 Prozent), Island (19,5 Prozent) und Italien (knapp 19 Prozent). In Belgien, Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden lagen sie zwischen 10 und 13 Prozent; in Deutschland bei einigen Länderwahlen – nationale Wahlen

finden in Westdeutschland erst ab 1949 statt – bei bis zu 14 Prozent. In Österreich und der Schweiz allerdings kamen sie nicht über 5 bis 6 Prozent hinaus, in Großbritannien betrug ihr Stimmenanteil sogar nur kümmerliche 0,4 Prozent. Die sozialistischen Parteien schnitten im Allgemeinen jedoch besser ab, kamen bei den ersten Nachkriegswahlen in Österreich, Schweden, Norwegen und bei einigen Regionalwahlen in Westdeutschland auf über 40 Prozent, errangen in Belgien und Dänemark über 30 Prozent der Stimmen, etwas weniger in den

Niederlanden. In Frankreich und Italien war der Stimmenanteil der Linken insgesamt beträchtlich – 47 Prozent in Frankreich, 39 Prozent in Italien –, entfiel aber zu etwa gleichen Teilen auf Kommunisten und Sozialisten.

Zur im Wesentlichen negativen Bindung des Antifaschismus, zur tiefsitzenden Ablehnung jener konservativen Kräfte, die sich vor dem Krieg mit der extremen Rechten zusammengetan hatten, kam der Wunsch nach einer grundsätzlichen Veränderung in Gesellschaft und Wirtschaft, wie sie nach Ansicht vieler nur die Linke herbeiführen

konnte. In den skandinavischen Ländern, in denen der Krieg weniger Zerstörungen hinterlassen hatte (Norwegen allerdings hatte 20 Prozent seiner wirtschaftlichen Infrastruktur verloren), konnte die sozialdemokratische Linke die Machtbasis, über die sie vor dem Krieg verfügt hatte, generell festigen und in der Sozialpolitik große und dauerhafte Veränderungen einleiten. Die dänischen Sozialdemokraten hatten mit ihrer Beteiligung an der Kollaborationsregierung Vertrauen verloren, konnten jedoch die Stimmen, die sie zunächst an die Kommunisten abgeben mussten,

rasch wieder zurückholen. In Norwegen ging die Sozialdemokratie gestärkt aus den Wahlen hervor, nicht zuletzt wegen ihrer Beteiligung am Widerstand; auch in Schweden blieben die Sozialdemokraten stark. Im kleinen Island, einem der wenigen europäischen Länder, dem es im Krieg gut ergangen war und das 1944 seine Unabhängigkeit von Dänemark erlangt hatte, blieben die Sozialdemokraten hinter der kommunistischen Vereinigten Volkspartei zurück. Beide Parteien beteiligten sich jedoch an einer Koalition mit der konservativen Unabhängigkeitspartei, und in dieser

Koalition gab es erstaunlich wenig grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, was die Modernisierung des Landes und die Verbesserung des Lebensstandards durch staatliche Förderung der Fischereiflotte anbelangte. So hatte der Krieg die politischen Strukturen und die wirtschaftliche und soziale Reformpolitik in Skandinavien zwar unter-, aber nicht zerbrochen.

Auch in Finnland erwies sich die Sozialdemokratie als eine starke Kraft, selbst wenn davon zunächst nicht viel zu spüren war. 1945 schien es, als würde Finnland zum Teil des sowjetischen Blocks, denn die

finnischen Kommunisten (die sich Volksdemokraten nannten) konnten zum ersten Mal seit 1929 an Wahlen teilnehmen, gewannen 23,5 Prozent der Stimmen und blieben damit nur knapp hinter den Sozialdemokraten zurück. Deren Ergebnis wiederum lag mit 25 Prozent deutlich niedriger als vor dem Krieg. Zusammen mit dem Landbund (21 Prozent) bildeten beide linken Parteien eine Koalitionsregierung, deren Programm Verstaatlichungen, Steuer- und Sozialreformen sowie eine weitreichende staatliche Lenkung der Wirtschaft vorsah; außenpolitisch achteten sie darauf, bei gleichzeitig

guten Beziehungen zum sowjetischen Nachbarland, die finnische Unabhängigkeit zu erhalten. Die Kommunisten bekamen das Innenministerium und vier weitere Ressorts; 1946 wurde mit Mauno Pekkala sogar ein Kommunist Ministerpräsident.

Zunächst sah es so aus, als würde, wie dies in den Ländern Osteuropas unter sowjetischem Einfluss geschah, eine zunehmende Infiltration durch kommunistische Netzwerke auch das Schicksal Finnlands werden. Aber die finnischen Kommunisten waren nicht nur gespalten, sie trafen auch auf heftigen Widerstand von

Sozialdemokratie und Bauernpartei. Bei den Wahlen 1948 verloren sie gegenüber beiden an Boden. Mittlerweile war der Antikommunismus stärker geworden, und die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 beschäftigte die Menschen. Die finnischen Politiker taktierten geschickt, nicht zuletzt in den Verhandlungen über ein Militärbündnis mit der Sowjetunion, die nur einen Monat später zum »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« führten, der Finnland

politische Unabhängigkeit gewährte, es aber verpflichtete, jeden Angriff auf die Sowjetunion über sein Territorium abzuwehren, im Zweifel auch die Rote Armee zu Hilfe zu rufen. Stalin war aus pragmatischen Gründen bereit – die negative internationale Reaktion auf den tschechischen Coup könnte dazu beigetragen haben –, Finnland als unabhängigen Nachbarstaat zu erhalten und ihm keinen Satellitenstatus aufzuzwingen wie anderen Ländern im sowjetischen Einflussbereich. Unter diesen Umständen konnten die Sozialdemokraten, obwohl sie von

Moskau heftig attackiert wurden, von 1948 an für einige Jahre in der Gestaltung der finnischen Politik und Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielen.

Auch die britische Labour Party gewann die erste Wahl nach Kriegsende. Labour war eine im Wesentlichen sozialdemokratische Partei, hatte allerdings seit ihrer Gründung eine ganz andere Entwicklung genommen als die sozialdemokratischen Parteien auf dem Kontinent. Vor allem war sie niemals ernsthaft durch eine kommunistische Partei herausgefordert worden. Insofern

gab es in der britischen Linken auch keine Spaltungen, keine zerstörerischen internen Konflikte. Und, nicht zu vergessen, sie hatte es auch nie mit einem faschistischen Regime zu tun, nicht mit Verfolgung, auch nicht mit einer NS-Besatzung. Unter dem National Government der Kriegszeit war die übliche Parteipolitik ausgesetzt gewesen. Als diese nach Kriegsende wieder aufgenommen wurde, waren aber die alten Strukturen noch vorhanden. Nach der Wahl von 1945 musste die Konservative Partei, die in den 30 Jahren zuvor nur für insgesamt etwa drei Jahre nicht in der

Regierung gewesen war, die Oppositionsbank beziehen und ihr politisches Programm und ihre interne Organisation überdenken. Aber sie blieb unverkennbar die gleiche Partei, und mit Churchill hatte sie einen Parteichef von weltweitem Ansehen.

Entscheidend für den Wahlausgang von 1945 waren böse Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise, die tiefe Spuren im öffentlichen Bewusstsein hinterlassen hatte. Eine derart trostlose Zeit sollte auf keinen Fall wiederkehren. Die Forderung nach durchgreifenden gesellschaftlichen

und wirtschaftlichen Reformen hatte Winston Churchill im Juli 1945 das Amt gekostet und Labour mit über 60 Prozent der Parlamentssitze an die Macht gebracht. Die neue Regierung unter Clement Attlee, dem völlig uncharismatischen, aber tatkräftigen neuen Premierminister, machte sich daran, hier und jetzt, »in Englands schönem grünem Land« das neue Jerusalem zu errichten (wie es in einem Gedicht von William Blake aus dem frühen 19. Jahrhundert heißt). Unter Attlee arbeiteten einige erfahrene und kompetente Minister. Der prominenteste war Ernest Bevin, der in den Zwischenkriegsjahren

tonangebende Gewerkschaftsführer. Bereits während des Krieges hatte er als Arbeitsminister eine wichtige Rolle gespielt, und er wurde nun Außenminister: einer der Geniestreiche Attlees. Eine weitere Schlüsselfigur war der fast namensgleiche Kollege Aneurin Bevan. Dieser, ein ehemaliger Bergarbeiter und gewaltiger Redner, der stark von der Not und dem Elend walisischer Bergarbeitergemeinden geprägt war, wurde unter Attlee Gesundheitsminister. Der asketische Sir Stafford Cripps, früher linksradikaler Parteirebell und während des Krieges britischer

Botschafter in Moskau, wo ihm die Begeisterung für Stalin vergangen war, konnte sich nun eher für Management, Effizienz und Planung im Stil des *New Deal* in einer gelenkten Wirtschaft begeistern und nahm besonderen Einfluss auf die Steuerung der britischen Nachkriegswirtschaft.

Nicht weniger als eine mit demokratischen Mitteln herbeigeführte soziale und ökonomische Revolution war Ziel der neuen Labour-Regierung. Kohlebergbau, Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie die Bank of England wurden

verstaatlicht. Dem von der Koalitionsregierung bereits 1944 eingebrachten Education Act folgend wurden die Bildungschancen für Arbeiterkinder und Mädchen erweitert. Die Rechte der Arbeiter wurden ausgebaut und ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm aufgelegt. Vor allem aber wurde der »Wohlfahrtsstaat« geschaffen, den man damals treffend als »den Glücksbringer eines besseren Großbritannien nach dem Krieg« bezeichnete, die krönende Errungenschaft der Regierung Attlee. Familienbeihilfen, direkt an die

Mütter ausbezahlt, wurden als allgemeine Sozialleistung eingeführt, und eine Flut von Sozialgesetzen (die große Teile von Lord Beveridges 1942 vorgestelltem Sozialversicherungsmodell realisierten) begann das schlimmste Elend aus der Vorkriegszeit zu lindern. Als größte Errungenschaft der Regierung Attlee sahen die meisten Menschen, damals wie in späteren Jahrzehnten, die Gründung des National Health Service, das Werk vor allem des inspirierenden Aneurin Bevan (und heftig von der Ärzteschaft bekämpft), die kostenfreie medizinische Versorgung für alle (die über Steuern

finanziert wurde). Das führte zu einer erheblichen Verbesserung der Gesundheitsfürsorge für die ärmeren Schichten; die Zahl der Todesfälle durch Lungenentzündung, Diphtherie und Tuberkulose sank. All das waren bedeutende und bleibende Fortschritte.

Doch für die Menschen, die Großbritanniens unmittelbare Nachkriegszeit miterlebten, hatte das auch eine Kehrseite: die Sparpolitik. Großbritannien hatte gesiegt, aber es war arm. Immense Schulden waren zurückzuzahlen, die Militärausgaben waren noch immer die einer großen imperialen Macht. Nun erhöhten die

dringend nötigen, auch
hochwillkommenen Sozialreformen
die Staatsausgaben noch. Damit
Großbritannien den eingeschlagenen
Weg finanzieren konnte, mussten die
Exporte gesteigert, Importe drastisch
eingeschränkt werden. Das hieß, dass
die kriegsbedingten Einschränkungen
für die Verbraucher noch lange
weiterbestanden.

Das schlimmste Elend konnte mit
den Sozialreformen beseitigt werden.
Gleichwohl blieb für die Masse der
Bevölkerung das tägliche Leben hart,
trist und ohne materielle
Annehmlichkeiten; sogar die meisten
Grundnahrungsmittel blieben

rationiert. Die Briten hatten Krieg geführt und ihn auch gewonnen, ohne das Brot zu rationieren; nun aber, 1946, nach Kriegsende, wurden Brotzuteilungen eingeführt, die zwei Jahre lang bestanden. »Ich frage mich manchmal, wer diesen Krieg gewonnen hat« – dieser Kommentar einer Hausfrau in Nordengland aus dem Jahr 1946 gibt wohl ein damals weit verbreitetes Gefühl wieder. Viel zu kaufen gab es ohnehin nicht, und wenn es hieß, es seien Lieferungen, gleich welcher Art, eingetroffen, - bildeten sich lange Schlangen. Besonders Frauen mussten oft stundenlang anstehen, und nicht

selten gingen sie leer aus.***

Die Rationierung von Lebensmitteln endete erst 1954, lange nachdem sie in anderen westeuropäischen Ländern abgeschafft worden war. Erst 1954 konnten Kinder Süßigkeiten ohne Essensmarken kaufen. Und erst seitdem das Benzin nicht mehr rationiert war, konnten Autofahrer genug tanken, um auch mal weitere Strecken zu fahren. So viel Verständnis die Briten zunächst für die Sparpolitik hatten, es ließ doch nach. Um 1950 wandten sich viele ihrer früheren Wähler von der Labour Party ab. Die Konservativen

standen kurz davor, die Macht wiederzugewinnen.

Die von Labour eingeführten Sozialreformen wurden, trotz aller parteipolitischen Kontroversen, von allen Parteien mitgetragen (im Unterschied zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie der Verstaatlichung von Industrien und zu anderen politischen Programmen). Den Konservativen war klar, dass ein Zurück zur Politik der 1930er Jahre nicht mehr möglich war. Sie akzeptierten die Notwendigkeit von Veränderungen und passten sich dem erfolgreich an. Das führte zu einem

bemerkenswerten Konsens über die wesentlichen Punkte der Sozialpolitik, der für mehr als zwei Jahrzehnte anhielt. Ab 1948 erlahmte der Reformschwung von Labour. Insgesamt nur fünf Jahre hielt sich die Partei an der Macht, doch hat sie in dieser Zeit das Land unauslöschlich verändert. Auch unter der Labour-Regierung unterschied sich Großbritanniens Weg von dem Kontinentaleuropas. Der ausgeprägte Sinn der Briten dafür, dass ihr Land etwas ganz Eigenes, ganz anders war als das Europa, das Großbritannien innerhalb einer Generation zweimal in einen Weltkrieg hineingezogen

hatte, dazu die gemeinsamen Interessen mit dem Commonwealth und dem Weltkriegsverbündeten Vereinigte Staaten, diese machtvollen Faktoren sollten die politische Kultur Großbritanniens auch in den kommenden Jahren prägen.

In den meisten Ländern Westeuropas ging die Stunde der Linken schnell vorüber. Aus drei Gründen: Erstens traten die internen Spaltungen und Fraktionen bald wieder offen zutage. Antifaschismus allein genügte nicht mehr, um das Spektrum der Linken zusammenzuhalten. Unweigerlich traten die alten Risse erneut hervor –

vor allem der zwischen den sozialistischen Parteien, die Veränderungen innerhalb eines pluralistischen demokratischen Rahmens wollten (und bereit waren, auch in einem reformierten und kontrollierten Kapitalismus zu arbeiten), und auf der anderen Seite den kommunistischen Parteien, die mit Moskau verheiratet waren, die auf den Umsturz des Kapitalismus überhaupt hinarbeiteten und die alleinige Macht im Staat anstrebten.

Der zweite Grund: Die Christdemokratie wurde zur bedeutendsten politischen Kraft der Nachkriegszeit, ein erneuerter

Konservatismus, der die pluralistische Demokratie ohne Vorbehalte unterstützte und dem es, wie sich zeigte, gelang, die Wählerbasis der alten konfessionellen Parteien zu erweitern und dabei ehemals zersplitterte soziale und politische Interessen nicht nur negativ, durch Antikommunismus, zu integrieren, sondern auch positiv, durch aktives Eintreten für Sozialreformen. Vor dem Krieg hatten die konservativen Eliten im Allgemeinen versucht, Veränderungen zu blockieren, hatten häufig gegen die Demokratie gearbeitet, die sie als Bedrohung

ihrer Interessen betrachtet hatten. Die neue, von faschistischen Verbindungen unbelastete politische Elite der Nachkriegszeit ging anders vor. Sie erkannte die Notwendigkeit, sich für gesellschaftliche Veränderungen zu öffnen, die parlamentarische Demokratie zu akzeptieren, und versuchte, diese ihren Interessen gemäß zu formen. So konnte sie für große Bereiche der Gesellschaft, in denen Sozialismus oder Kommunismus kaum Fuß gefasst hatten, wenn überhaupt, mit einer zwar konservativen, gleichwohl reformoffenen Politik attraktiv erscheinen, die sich, im Rahmen

christlicher Grundsätze,
gesellschaftlichen Veränderungen
nicht verschloss.

Der dritte und entscheidende Grund für die Schwächung des Kommunismus, für die zunehmende Spaltung der Linken und für das Erstarken christdemokratischer (und anderer konservativer) Politik war die sich vertiefende Teilung zwischen Ost- und Westeuropa, die sich allmählich zum Kalten Krieg verhärtete. Diese Teilung erwies sich als der bedeutendste Faktor überhaupt. Je deutlicher die fragwürdigen, abstoßenden Aspekte der erweiterten kommunistischen

Herrschaft in Osteuropa zu erkennen waren, desto leichter konnten die konservativen Parteien Westeuropas die althergebrachten Antipathien gegenüber der Sowjetunion und die Angst vor dem Kommunismus für ihre Zwecke nutzen.

Die politischen Bindungen großer Teile der westeuropäischen Bevölkerung verteilten sich schnell auf drei Richtungen, auf Sozialismus, Kommunismus und Christdemokratie. So wie sich die Gegensätze zwischen Westalliierten und Sowjets vertieften, verhärteten sich auch die Spaltungen der Linken, die Kommunisten verloren an Boden, die

Christdemokraten legten zu. Der Einfluss, den die Linke auf die politische Tagesordnung nehmen konnte, schwand. Das war die Entwicklung in Belgien, Luxemburg, Österreich, Italien, Frankreich und Westdeutschland. In den Niederlanden hatte die katholische Volkspartei eine konfessionelle Basis, die enger als die der neuen christdemokratischen Parteien anderer Länder war. Die charakteristischen politischen und kulturellen »Säulen«, die die holländische Gesellschaft vor dem Krieg geprägt hatten – das sozialistische, katholische und

protestantische Milieu (mit einer
losen liberalkonservativen
Gruppierung) – konstituierten sich in
kaum veränderter Form neu. Auch
das politische System Belgiens war
Ergebnis einer modifizierten
Restauration. Die dominierenden
Kräfte waren konservativ.
Mittelschichten und ländliche
Bevölkerung erwiesen sich als
Hauptnutznießer einer reformierten
kapitalistischen Wirtschaft, während
die radikale Linke in der
Industriearbeiterschaft an
Attraktivität verlor. In Österreich,
das von den vier Siegermächten
besetzt war, aber wie ein befreites

Land behandelt wurde, war die kommunistische Partei von Anfang an eine Randerscheinung, konnte aber in eine große Koalition eintreten, die von den Sozialdemokraten und der sich in neuem Stil präsentierenden christdemokratischen Österreichischen Volkspartei dominiert wurde. Das vorrangige Ziel war nationale Einheit, niemand wollte die Spaltungen der Vorkriegszeit erneuern.

Italiens Zukunft wiederum schien 1945 von der revolutionären Linken bestimmt zu sein. Aber in einer Zeit anhaltender und großer

wirtschaftlicher Schwierigkeiten waren es die Christdemokraten (Democrazia Cristiana), die sich, unter der Führung Alcide De Gasperis, eines früheren prominenten Mitglieds des katholischen Partito Popolare Italiano, als bedeutendste neue Kraft in der italienischen Politik durchsetzten. Die italienische Christdemokratie war eine Kombination aus einem stark konservativen Flügel und linken Gruppierungen wie etwa den katholischen Gewerkschaftern. De Gasperi verstand es meisterhaft, die beiden Parteiflügel zu beeinflussen und so die Führung zu behalten.

Anfangs half ihm, dass Palmiro Togliatti, der Vorsitzende der kommunistischen Partei, der die Kriegsjahre in Moskau verbracht hatte, bereit war, Kommunisten in die Regierung zu schicken. De Gasperis Kabinett — eine scheinbar unwahrscheinliche Koalition aus Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten — beendete die Säuberungen und ersetzte viele erst kürzlich ernannte Polizeichefs und regionale Präfekten durch altgediente und erfahrene Beamte. Es nahm große Unternehmen den »Kommissaren« aus der Hand, die sie bisher geleitet hatten, überführte sie wieder in

Privateigentum und begann mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Die Koalition wurde durch die Wahlen vom 2. Juni 1946 bestätigt, zugleich beseitigten die Wähler die schwer angeschlagene Monarchie und machten Italien zur Republik.

Die Dreistimmigkeit der italienischen Politik sollte fortbestehen. Zusammen hatten Sozialisten und Kommunisten die meisten Anhänger. Aber sie waren sowohl nach ihren politischen Zielen als auch in ihrer Anhängerschaft gespalten. Zudem blieb die Basis der Linken auf den industrialisierten

Norden beschränkt. Ländliche Regionen wählten überwiegend die Christdemokraten, mit über einem Drittel der Stimmen die klaren Wahlgewinner. Im Mai 1947 führte der beginnende Kalte Krieg zu unüberwindlichen Spannungen in der Regierung und schließlich zum Ausschluss der Kommunisten. Bei den Parlamentswahlen, die im April 1948 im Schatten einer »roten Gefahr« stattfanden, fiel der Stimmenanteil der Kommunisten und Sozialisten von 40 Prozent im Jahr 1946 auf nun 31 Prozent. Wer eine antichristliche Partei wähle, sei ein Verräter, das hatte Papst Pius XII. den Italienern

erklärt. Auch die antikommunistische Propaganda der Amerikaner verfehlte ihre Wirkung nicht. Die Christdemokraten konnten ihren Stimmenanteil von 35 auf 48,5 Prozent steigern und damit die Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung erringen. Die Entwicklung von der revolutionären Gewalt der Partisanen hin zu einer Regierungsmehrheit der konservativen Christdemokraten war erstaunlich. Diese konnten, trotz ihrer internen Spaltungen, aufgrund der Zersplitterung der Linken auf Jahre hinaus die Kontrolle über ein labiles politisches System behalten.

Frankreich war das einzige Land in Westeuropa, in dem die Kommunisten bei den ersten Nachkriegswahlen am 21. Oktober 1945 mit 26 Prozent einen höheren Stimmenanteil gewannen als die Sozialisten (24 Prozent). Neue politische Kraft aber war der Mouvement Républicain Populaire (MRP), die französische Variante der Christdemokratie, die bei der Wahl 25 Prozent der Stimmen errang. Nach der Wahl bildete der MRP zusammen mit Sozialisten und Kommunisten (den Hauptkräften der Résistance) ein Dreiparteienbündnis, eine Provisorische Regierung, die den

Auftrag hatte, die Verfassung für eine Vierte Republik auszuarbeiten. Charles de Gaulle, der bereits zuvor nach der Befreiung am 25. August 1944 eine Provisorische Regierung gebildet hatte, blieb weiterhin Regierungschef. Dem MRP kam zugute, dass einige seiner führenden Mitglieder, wie beispielsweise Georges Bidault, in der Résistance eine große Rolle gespielt hatten. Ihm gelang, was auch andere christdemokratische Parteien schafften, nämlich einer Linken, die in der katholischen Soziallehre verwurzelt war, ebenso attraktiv zu erscheinen wie einer eher

traditionellen, konservativen
Anhängerschaft, beide also zu
verbinden. Während der Vierten
Republik, von 1946 bis 1958, war der
MRP an den meisten Regierungen
beteiligt. Doch nahm seine
Anhängerschaft im Unterschied zu
anderen christdemokratischen
Parteien in Westeuropa innerhalb
einiger Jahre eher ab als zu. Der
Einfluss der katholischen Kirche auf
die Politik war in Frankreich viel
geringer als beispielsweise in Italien
oder Westdeutschland. Doch lag das
allmähliche Scheitern des MRP vor
allem daran, dass er ab 1947 von der
konservativen Rechten bedrängt

wurde: Die treibende Kraft war kein Geringerer als der überragende Kriegsheld Charles de Gaulle.

Zunächst aber zeigte sich der MRP tatsächlich für eine Zusammenarbeit mit Sozialisten und Kommunisten offen.

Weitreichende soziale Reformen sollten durchgesetzt werden, und er trat auch für gute Beziehungen zur Sowjetunion ein. Alle drei Parteien befürworteten einen breiten Ausbau des Sozialsystems und eine durchgreifende Verstaatlichung – Banken, Versicherungen, Kohlebergbau, Elektrizitätswerke, Raffinerien, Fluglinien und der

Autohersteller Renault standen auf der Liste. Trotz seines tief sitzenden Konservatismus erklärte sich de Gaulle einverstanden mit dem Schritt hin zu Staatseigentum und Planwirtschaft. (In Jean Monnet fand er einen erfahrenen Wirtschaftsfachmann und Vordenker, der bevollmächtigt war, die notwendigen Maßnahmen für die Modernisierung der französischen Wirtschaft und die Wiederaufnahme der Produktion zu leiten.) So nahm der französische *New Deal* mit breiter politischer Unterstützung Form an. Die Gewerkschaften (von denen viele von Kommunisten beherrscht waren),

die Kommunistische Partei Frankreichs, Sozialisten und der MRP wirkten mit, als es darum ging, die industrielle Produktivität zu steigern, die Bauern zu motivieren, ihre Lebensmittellieferungen in die Städte rasch zu steigern, - Sozialversicherungswesen, Renten, Mutterschaftsgeld und anderes zu verbessern, was für das tägliche Leben der breiten Bevölkerung bedeutsam war. Doch solche Veränderungen brauchten Zeit, um wirksam zu werden. Der Lebensstandard blieb für mindestens zwei Jahre nach der Befreiung niedrig; auf ihn drückten eine hohe

Inflation sowie Engpässe in der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen grundlegenden Verbrauchsgütern. Darum blieben politische Konflikte nicht aus, mit absehbaren Folgen für die Beliebtheit der Regierung.

Anhaltende Schwierigkeiten wie diese, wachsende politische Enttäuschung, Rückfälle in die Zerwürfnisse der Parteipolitik, wie sie in einem pluralistischen System üblich sind, passten so gar nicht zu de Gaulles erhabenen Selbstbild als der Verkörperung eines vereinten Frankreich. Im Januar 1946 trat er unerwartet von seinem Amt als Chef

der Provisorischen Regierung zurück, tauchte im Juni aber schon wieder auf und warb nun wortgewaltig für die Einführung des Amtes eines gewählten Präsidenten mit exekutiven Vollmachten. Wen er für dieses Amt im Sinn hatte, war klar. Die Wähler waren anderer Meinung, votierten – wenn auch nur mäßig begeistert, ein Drittel der Wahlberechtigten blieb den Wahlurnen fern – für eine Vierte Republik, in der die Macht des Parlaments die der Exekutive überwog. Heraus kam ein System, das viele Nachteile der Dritten Republik aus der Vorkriegszeit

reproduzierte. Die Verfassung gab dem (nach Verhältniswahlrecht gewählten) Parlament die Macht, die Regierung zu entlassen, was stets zu unsicheren Koalitionen widerstreitender politischer Interessen führt; die neue Verfassung sorgte für fortgesetzte politische Instabilität.

De Gaulle kündigte im April 1947 voller Geringschätzung für die Verfassungsregeln an, er gedenke eine neue politische Bewegung zu schaffen und zu führen, die er Rassemblement du Peuple Français (RPF) nannte. Seiner Partei, die angeblich über konventioneller

Parteipolitik stand und zu deren zentralen Programmpunkten nationale Einheit, Antikommunismus und ein Präsident mit starker Exekutivmacht zählten, gelang innerhalb eines Jahres ein massiver Einbruch in die politische Rechte. Sie gewann (mehrheitlich aus den Mittelschichten und der ländlichen Bevölkerung) eine halbe Million Mitglieder und bis zu 35 Prozent der Stimmen bei den Kommunalwahlen in Nordfrankreich, freilich blieb der Durchbruch auf nationaler Ebene eine Illusion.

Im Gebälk der Koalitionsregierung aus den drei

Parteien knirschte es jedoch. Im April 1947 organisierten die kommunistischen Gewerkschaften eine Streikwelle und zugleich opponierten die Kommunisten gegen die Gewalt, mit der die Regierung die imperialistische Herrschaft Frankreichs über Madagaskar und Indochina aufrechterhielt. Das wiederum nahm der sozialistische Ministerpräsident Paul Ramadier zum Anlass, alle kommunistischen Minister zu entlassen. Die Dreiparteienregierung zerbrach. Mehr als drei Jahrzehnte sollte es dauern, bis die Kommunisten wieder an einer Regierung beteiligt waren.

Der MRP, Sozialisten, Radikale und kleinere Parteien bildeten nun eine Reihe instabiler, etwas prätentiös als »Dritte Kraft« bezeichneter Regierungen, die vor allem durch ihre Gegnerschaft zur kommunistischen und zur gaullistischen Opposition zusammengehalten wurden. Anfang der 1950er Jahre schwand die Unterstützung für den MRP, da die konservative Rechte ihre Meinungsverschiedenheiten nicht beilegen konnte. Schwache Regierungen sollten das Markenzeichen der Vierten Republik in ihren letzten Jahren bleiben.

Die drei Westzonen des besetzten Deutschland waren der wichtigste Schauplatz des politischen Wiederwachens Europas. Erstaunlich schnell nach der Kapitulation hat der Wiederaufbau der politischen Landschaft begonnen. Schon in ihrer Gründungsbotschaft, veröffentlicht im Juni 1945 in Berlin, rief die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) die Deutschen auf, alle ihre Kräfte für den Aufbau des Heimatlands zu vereinigen. Auch die Sozialdemokraten (SPD), selbst die Kommunisten (KPD) machten, auf je unterschiedliche Weise, die nationale Einheit zum Mittelpunkt

ihrer umgehend gestarteten Versuche, Unterstützung für den Beginn des Wiederaufbaus zu gewinnen. Rechte wie Linke erkannten die Notwendigkeit, die eigene Basis zu erweitern und die lähmenden Zerwürfnisse zu überwinden, die die Politik in der Weimarer Republik vergiftet und Hitler den Weg zur Macht bereitet hatten. Auf diesem Weg hatte die NSDAP die alten »bürgerlichen«, die liberalen und die konservativen Parteien weitgehend zerstört, ausgenommen allerdings die - katholische Zentrumspartei, während Sozialdemokraten und Kommunisten

ihre verhängnisvollen internen Konflikte weiterhin ausgetragen hatten; Konflikte, in denen sie sich wechselseitig aufrieben, deren Ursprünge bis zur Revolution von 1918 und deren Auswirkungen zurückreichten. Es folgten zwölf bittere Jahre der Diktatur und der brutalen Verfolgung ihrer Gegner. Doch an den ersten Nachkriegsjahren ist nicht nur erstaunlich, wie schnell man zu einer pluralistischen Politik zurückfand, sondern auch, wie sehr dabei die Muster politischer Loyalitäten aus der Weimarer Zeit anfänglich erhalten blieben, die weiterhin nicht allein durch die

soziale Klasse bestimmt waren, sondern auch durch religiöse Bindungen.

Die Christdemokraten schufen sich in der konservativen Rechten rasch eine Unterstützerbasis und kamen auf dem Weg, die schwächenden Spaltungen der Weimarer Zeit zu überwinden, ein gutes Stück voran. Die CDU sah sich als eine Partei, die den Geist christlicher Erneuerung verkörperte und über Klassen und Konfessionen stand, die die verbrecherische NS-Vergangenheit bewältigen sowie die noch existierenden »gottlosen Kräfte in der Welt« bekämpfen wollte. Ihr

Ziel war eine Gesellschaft, die in einem gründlich reformierten Kapitalismus Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit vereinte und dabei auf christlichen Grundsätzen beruhte. Schon aus den Gemeinde- und Landtagswahlen in den Westzonen 1946/47 ging die CDU als stärkste Kraft hervor, gewann im Süden über 50 Prozent, in Norddeutschland fast überall mehr als 30 Prozent der Stimmen.

Der Mann, der zum ersten Parteivorsitzenden und fast zwei Jahrzehnte lang zur dominierenden Figur der deutschen Christdemokratie wurde, war Konrad Adenauer, zu

dieser Zeit bereits knapp 70 Jahre alt. Vor Hitlers Machtergreifung Oberbürgermeister von Köln, wurde er im »Dritten Reich« zweimal verhaftet. Er war fest im rheinischen Katholizismus verankert, ein leidenschaftlicher Antikommunist und Verfechter einer Versöhnung mit dem Westen. Als der Kalte Krieg von 1947 an zur unausweichlich bestimmenden Realität der Politik wurde, brachte er die CDU, die zunächst durchaus Neigungen gezeigt hatte, den Kapitalismus grundsätzlicher zu reformieren, auf einen Kurs in Richtung der liberalen Marktwirtschaft. Vor allem auf

Betreiben ihres Wirtschaftsgurus Ludwig Erhard öffnete sich die Partei stärker der Großindustrie, obwohl sie programmatisch daran festhielt, die Auswirkungen der schlimmsten Ungleichheiten des kapitalistischen freien Marktes durch sozialstaatliche Maßnahmen abzufedern. Durch ihren Rechtsruck fand die CDU ein Stück gemeinsamen Boden mit der entstehenden, kleineren Freien Demokratischen Partei (FDP), die auf Prinzipien wirtschaftlicher und individueller Freiheit baute, sich für die Wirtschaft stark machte und allen Verstaatlichungsideen entgegentrat. Bei der ersten Bundestagswahl 1949

errang die FDP zwölf, die CDU 31 Prozent der Stimmen, dicht gefolgt von der SPD mit 29 Prozent. Die zwölf Prozent der FDP waren insofern entscheidend, als sie es der CDU (und ihrer bayerischen Schwesterpartei, der konservativeren, noch deutlicher katholischen Christlich-Sozialen Union) ermöglichten, zur Hauptkraft einer Koalitionsregierung unter Adenauer als Bundeskanzler zu werden.

Während die konservative Rechte ihre neue Einheit entdeckte, kehrte die Linke zur Spaltung zurück. Sozialdemokraten und Kommunisten

hatten sich zunächst in den Antifas
zusammengeschlossen, den
Antifaschistischen Komitees, die 1945
im gemeinsamen Kampf gegen das
untergehende NS-Regime in
Industriestädten und Großbetrieben
entstanden waren. Aber schon kurz
nach Kriegsende lösten die
Westalliierten diese Antifas auf, weil
sie diese weniger als konstruktives
Element einer neuen Gesellschaft
betrachteten denn als Bedrohung der
Ordnung und Einfallstor für den
Kommunismus. Dies war ein erster
Hinweis darauf, wie entschlossen die
Alliierten unterbanden, was als
radikale Alternative der Rückkehr zu

einer pluralistischen liberal-konservativen Demokratie hätte im Weg stehen können. Sehr wahrscheinlich erscheint es nicht, dass die Antifas eine dauerhafte Grundlage für den politischen Wiederaufbau hätten bieten können; allerdings erhielten sie in den Westzonen auch keine Gelegenheit, das unter Beweis zu stellen. Das entsprach der mehrheitlichen Stimmung in der deutschen Bevölkerung: Man wollte - Veränderungen, aber keine revolutionären Experimente. Die KPD vermochte es nicht, über ihre ehemaligen Hochburgen in der

Industriearbeiterschaft

hinauszugelangen. Schon vor Beginn des Kalten Krieges, der ihr die Anhängerschaft fast vollends nahm, lagen die Wahlergebnisse der Kommunisten in den Westzonen unter zehn Prozent, was einem Drittel des durchschnittlichen Stimmenanteils der SPD entsprach.

Auch die SPD trat für radikale Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft ein. Ihr Vorsitzender Kurt Schumacher, dessen moralische Autorität sich unter anderem darauf gründete, dass er zehn Jahre in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten verbracht hatte,

machte sich für die baldige Wiederherstellung der deutschen Einheit stark, die auf demokratischen Grundsätzen beruhen sollte. Doch er plädierte auch für eine neue Wirtschaftsordnung, für Verstaatlichung der Großindustrie sowie für eine Landreform zu Lasten des Großgrundbesitzes. Zugleich aber war Schumacher ein vehementer Antikommunist. Nicht nur die Mittelschichten und deren Unterstützung der NSDAP, auch die Kommunisten machte er für die Katastrophe von 1933 verantwortlich. Zudem wuchs seine Besorgnis, dass die KPD als Türöffner einer

Sowjetherrschaft in Deutschland fungieren könnte. Da er gleichwohl an der Klassenkampfrhetorik festhielt, konnte er erwartungsgemäß bei den weithin konservativ eingestellten deutschen Wählern keine großen Erfolge erringen.

Zur Bundestagswahl von 1949 traten zahlreiche politische Parteien an. Noch hatte die politische Landschaft keine feste Form, doch zeichnete sich deren Kontur bereits ab: eine Dreiteilung zwischen Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten.

In Osteuropa, die deutsche Ostzone eingeschlossen, hatte die

politische Landschaft von Anfang an eine ganz andere Struktur angenommen, lange bevor die Fronten des Kalten Kriegs zementiert waren. Die Westalliierten kontrollierten genau, wie der Aufbau staatlicher Strukturen in ihren Zonen vonstattenging – zum Beispiel indem sie die Konservativen gegenüber den Sozialdemokraten begünstigten. Insgesamt aber intervenierten sie viel weniger als die Sowjets in den Ländern Europas, die unter ihrer Kontrolle standen.

Die Unterdrückung des politischen

Pluralismus in Osteuropa

Wenn die Sowjets zunächst unsicher waren, wie die langfristige Entwicklung in der ostdeutschen Besatzungszone aussehen sollte – unsicherer, als dies später den Anschein hatte –, so hörte man von ihnen zunehmend nur noch Lippenbekenntnisse zur pluralistischen Demokratie. Zunächst gab es durchaus pluralistische Erscheinungen, es wurden liberale und konservative Parteien ebenso gegründet wie eine sozialistische und die kommunistische. Aber der Druck zugunsten der kommunistischen

Partei war offenkundig und ließ nicht nach. Walter Ulbricht und andere führende Kommunisten, die die NS-Zeit im Moskauer Exil verbracht hatten, machten sich daran, dem Kommunismus eine feste Machtbasis zu verschaffen, indem sie sich rasch wichtige Positionen in der Verwaltung sicherten. Verstaatlichung der Industrie, Umverteilung von enteignetem Grundbesitz, Säuberungen unter den wirtschaftlichen, staatlichen und freiberuflichen Eliten waren denen, die weder Eigentum noch Vermögen besaßen, erwartungsgemäß willkommen. Trotzdem zeigte sich

bei den Kommunalwahlen im Winter 1945/46, dass die Kommunisten über weit weniger Anhänger verfügten als die Sozialdemokraten; demokratisch, durch freie Wahlen, konnten sie offenbar keine Mehrheit erringen.

Im Februar 1946 steigerten die Kommunisten ihren Druck, die beiden Parteien zu vereinigen. Die SPD, unter Schumachers leidenschaftlicher Führung, widersetzte sich. Die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich, lange im Widerstand gegen das Hitlerregime aktiv gewesen, nun eine tief überzeugte Anhängerin der SPD, sah die Gefahr. »Seit neun Monaten«,

notierte sie am 14. Januar 1946 in ihr Tagebuch, »heißt die Erscheinungsform des deutschen Kommunismus Befehlsempfang aus Moskau ... Stecken wir den Kopf in *diese* Schlinge, dann sind nicht nur wir selber, dann ist auch Berlin, dann ist ganz Ostdeutschland verloren. Verloren für die Demokratie. Gewonnen für nationalbolschewistischen Weltmachtanspruch.« Die Linke spaltete sich. »Menschen, die sich noch vor einem Jahr gegen den Terror der Gestapo geholfen, ihr Leben für das Leben des anderen riskiert hatten, beschimpfen sich

heute wie bitterste Feinde.« Im März wurde in den Berliner Westsektoren eine im Ostsektor verbotene Urabstimmung durchgeführt, bei der über 80 Prozent der SPD-Mitglieder die Vereinigung ablehnten. »Wider Gewalt und Bedrohung und Propaganda siegte der Wille zur Selbstbestimmung«, notierte Ruth Andreas-Friedrich.

Gleichwohl wurden in der Sowjetzone die beiden großen linken Parteien im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt. Von Anfang an stand die neue Partei unter der Vorherrschaft der

Kommunisten und galt als das wichtigste Instrument, um in der sowjetisch besetzten Zone die marxistisch-leninistische Version des »demokratischen Zentralismus« durchzusetzen. Selbst jetzt gelang es der SED nicht, trotz des Drucks, den sie ausüben konnte, in einer der Landtagswahlen vom Oktober 1946 die absolute Mehrheit zu erringen. Doch war dies die Zeit, in der die politische Gangart verschärft wurde. Was von wirklichem Pluralismus geblieben war, wurde allmählich, aber systematisch beseitigt. Wer sich der Umwandlung in eine »Volksdemokratie« widersetzte,

wurde entlassen, landete unter Umständen im Gefängnis. Der Prozess der politischen (und gesellschaftlichen) Trennung von den Westzonen setzte sich fort, war schon bald nicht mehr rückgängig zu machen. Im Januar 1949 erklärte sich die SED förmlich zur marxistisch-leninistischen Partei; die deutsche Variante der stalinistischen Diktatur war entstanden.

Die Entwicklung in der deutschen Ostzone unterschied sich nicht wesentlich davon, wie die Sowjets in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ihre Herrschaft über ganz Osteuropa ausbauten. Die Sowjetmacht war

nicht der einzige Faktor, der die politische Konstellation bestimmte. Eine Rolle spielte auch, wie sehr sich die Vorkriegseliten durch ihre Kollaboration mit den Nationalsozialisten diskreditiert hatten, auf wie viele Anhänger die einheimischen kommunistischen Parteien sich stützen konnten, welche Erwartungen bestanden, von der Umverteilung des Eigentums profitieren zu können, und wie es schließlich um das Misstrauen gegen die Westalliierten bestellt war. Die Konstante in der Gleichung, der gemeinsame Faktor und die wichtigste Determinante freilich war

die sowjetische Besatzungsmacht. Und auch das Muster war überall das gleiche wie in Ostdeutschland: Wann immer sich herausstellte, dass sich in einem demokratisch-pluralistischen System der für die Kommunisten notwendige Rückhalt nicht erreichen ließ, erhöhten sie den Druck zur Durchsetzung ihrer Vorherrschaft.

Am deutlichsten zeigte sich das in Ungarn. Eine von vielen Parteien getragene Provisorische Regierung hatte, weil sie enteigneten Großgrundbesitz an die Bauern verteilt hatte, Anklang gefunden; daraufhin gewann die Partei der Kleinlandwirte, eine

Sammlungspartei der bürgerlichen Rechten, bei den Wahlen im November 1945 57 Prozent der Stimmen, die KP Ungarns dagegen nur 17. Was aber daran nichts änderte, dass die Partei der Kleinlandwirte und alle anderen oppositionellen Gruppen durch brutale Einschüchterungstaktiken allmählich zerstört wurden: Bis 1949 hatte die KP, mit Moskau im Rücken, die Macht vollständig errungen.

In Polen hatten die Sowjets das von Moskau unterstützte »Lubliner Komitee« schon Ende 1944 offiziell als Provisorische Regierung Polens anerkannt, und die Kommunisten

konnten die Kontrolle über Polizei und Sicherheitsapparat übernehmen. Polens Nationale Regierung, die sich seit Kriegsbeginn im Londoner Exil befand und von den Westalliierten immer noch als legitime Regierung betrachtet wurde, konnte dem nichts entgegensetzen. Die Alliierten aber wollten das polnische Problem unbedingt lösen. Im Juni 1945 überredeten sie einige Mitglieder der Exilregierung, unter ihnen den Ministerpräsidenten Stanisław Mikołajczyk, mit Blick auf bald stattfindende Wahlen in eine breiter aufgestellte Provisorische Regierung der Nationalen Einheit einzutreten.

Noch vor der Potsdamer Konferenz im Juli beugten sich die Alliierten den in Polen geschaffenen Tatsachen, indem sie ihre Anerkennung der Exilregierung in London förmlich zurückzogen.

Stalin hatte in Jalta im Februar 1945 demokratische Wahlen versprochen. Nur war sein Verständnis von Demokratie eben nicht das der Westmächte. Als in Polen im Januar 1947 tatsächlich Wahlen stattfanden, geschah das im Klima heftiger sowjetischer Repressalien und Einschüchterungen. Über 100 Gegner der Kommunisten wurden ermordet, Zehntausende

inhaftiert, viele Kandidaten der Opposition nicht zugelassen. Offiziell gewann der kommunistische Block 80 Prozent der Stimmen. Wie hoch sein Stimmenanteil ausgefallen wäre, wären die Wahlen wirklich frei gewesen, lässt sich nicht sagen. Die Westmächte sahen ohnmächtig zu, ohne Möglichkeit, etwas gegen den immer stärkeren Zugriff der Sowjets unternehmen zu können. Die Polen selbst fragten sich verständlicherweise, worum es im Krieg eigentlich gegangen war. War er nicht auch geführt worden, um die polnische Unabhängigkeit zu erhalten? Nach dem gleichen Muster,

durch kommunistische Infiltration des Regierungsapparats, Einschüchterung, Inhaftierung von Oppositionspolitikern und Wahlfälschung, unterstützt von sowjetischen Militärs und Sicherheitskräften, vollzog sich die kommunistische Machtübernahme in Rumänien und Bulgarien.

Die Tschechoslowakei war eine andere Sache; was dort geschah, sandte Schockwellen in den Westen (auch wenn einige Politiker in Washington behaupteten, sie hätten es kommen sehen). In unbestritten freien Wahlen im Mai 1946 – die sowjetischen und amerikanischen

Truppen hatten sich vorher zurückgezogen – entfiel mit 38,6 Prozent der größte Stimmenanteil auf die Kommunisten, was ihnen einen gewissen Grad an demokratischer Legitimation verschaffte. Ihr Erfolg kam nicht überraschend. Im Land herrschte ungeheures soziales Elend, große Teile der Bevölkerung lebten in Armut, viele waren obdachlos, und die Wirtschaft lag am Boden. Die Jahre der deutschen Besatzung hatten, wie anderswo auch, zahlreiche Schuldzuweisungen und Feindseligkeiten zur Folge. Zu den Gründen, weshalb sich die Menschen

dem Kommunismus zuwandten, gehörte zweifellos ein vor allem unter Gebildeten verbreiteter starker Idealismus – ein leidenschaftlicher Glaube an den Kommunismus als »ewiges Ideal der Menschheit« und an einen »nationalen Weg zum Sozialismus«, der die persönlichen Interessen »dem Wohl der ganzen Gesellschaft« unterordnen würde. So jedenfalls formulierte es später Heda Margolius Kovály – eine Jüdin, die in deutschen Konzentrationslagern schrecklich gelitten hatte, und Ehefrau eines kommunistischen Ministers in der tschechischen Regierung (der 1952 aufgrund

falscher Anschuldigungen wegen
»staatsfeindlicher Umtriebe«
hingerichtet wurde).

Obwohl die Partei die größte war,
befanden sich die Anhänger der
Kommunisten in der Minderheit
(noch geringer als in den
tschechischen Ländern war ihre
Unterstützung in der Slowakei). Der
neue Ministerpräsident Klement
Gottwald, ein altgedienter Stalinist
und gerade aus dem Moskauer Exil
zurückgekehrt, stieß auf eine starke
Opposition, wobei die
nichtkommunistischen Parteien
untereinander heftige
Meinungsverschiedenheiten hatten.

1947 sank die Popularität der kommunistisch geführten Regierung deutlich: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten häuften sich; die Frage einer relativen Autonomie für die Slowakei blieb ungelöst; das Land wurde von Stalin unter Druck gesetzt, die amerikanische Wirtschaftshilfe abzulehnen, und auf diese Weise in den entstehenden Sowjetblock in Osteuropa gezwungen. Nur widerwillig stimmten die Kommunisten Neuwahlen im Mai 1948 zu; sie hatten kaum Aussichten, ihren Stimmenanteil steigern zu können. Im Februar aber machte eine Reihe

nichtkommunistischer Minister aus Protest über den Versuch der - Kommunisten, die Polizei umfassender unter ihre Kontrolle zu bekommen, den Fehler, aus der Koalitionsregierung auszutreten – der Beginn einer umfassenden politischen Krise. Die Kommunisten organisierten Massendemonstrationen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Druck auf alle Unentschlossenen wuchs. Außenminister Jan Masaryk, der Sohn des ersten tschechoslowakischen Präsidenten, wurde auf dem Pflaster unter seinem Bürofenster tot aufgefunden – nach

offizieller Darstellung ein Selbstmord; allgemein war man überzeugt, dass er von Agenten des Regimes ermordet worden war. Damit war ein regelrechter Staatsstreich der Kommunisten im Gange. Schon die Wahlen im Mai wurden völlig von den Kommunisten kontrolliert, sie dominierten das neue Parlament. Der glücklose Präsident Edvard Beneš war gezwungen, eine neue Regierung zu ernennen, wieder unter Gottwald als Ministerpräsidenten, doch nun vollständig von den Kommunisten beherrscht.

Im Juni 1948 löste Gottwald den

kränkelnden Beneš als Präsidenten ab. Die anfängliche Begeisterung, soweit es überhaupt wirkliche Begeisterung gab, war bald dahin. Innerhalb von Monaten, schrieb Heda Margolius Kovály, »wurde der Sowjetstaat zu unseren Vorbild«, und der Rechtsstaat war in Gefahr. Eine Repressionswelle traf die Opposition, Tausende verschwanden in Gefängnissen und Lagern. Im einzigen Land Mitteleuropas, in dem vor dem Krieg eine pluralistische Demokratie überlebt hatte, bis sie durch die westliche Appeasement-Politik erschüttert, dann von Hitler verschlungen worden war, herrschte

jetzt ein System nach Sowjetmuster. Das war die endgültige Bestätigung, dass nirgendwo in der sowjetischen Einflussphäre der Stalinismus mit dem Aufbau einer Demokratie nach westlichem Verständnis vereinbar war.

Nur in Jugoslawien schlugen die Versuche fehl, den sowjetischen Einfluss auszudehnen, allerdings herrschten dort auch ganz besondere Bedingungen. Titos Partisanen hatten bereits den größten Teil Jugoslawiens unter Kontrolle, als im Herbst 1944 die Rote Armee eintraf. Bei Kriegsende zogen sich die sowjetischen Truppen wieder zurück,

und Tito konnte sich in seinem Ruhm als Jugoslawiens Befreier sonnen. Unter seiner Führung waren die jugoslawischen Kommunisten ohne Moskaus Hilfe an die Macht gekommen – in keinem anderen Land Europas außer Albanien hatten Kommunisten das geschafft. Obschon Tito zuvor ein loyaler Gefolgsmann der Sowjetunion gewesen war, verfügte er über Statur und Stellung, seine Macht autonom auszuüben; er war in der Lage dem Druck Stalins standzuhalten, der ihn mit Beginn des Kalten Krieges auf Linie bringen wollte. Das herrische Auftreten des sowjetischen Diktators konnte Tito

nicht beeindrucken, er saß sicher in seiner Balkanfestung und konnte auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen; er war das Symbol der neuen nationalen Einheit, die über die traditionellen ethnischen Spaltungen hinauswies. Um daran etwas zu ändern, hätte Stalin einmarschieren müssen, und das wäre ein sehr riskantes Unternehmen geworden. Im Juni 1948 wurde mit dem Ausschluss der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform, der Nachfolgeorganisation der Komintern, das Schisma zwischen Moskau und Belgrad offiziell. Stalins Feindschaft war grenzenlos. Die

Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten verhängten einen Wirtschaftsboykott, um Jugoslawien auszuhungern und zur Unterwerfung zu zwingen. Aber es half nichts; Tito blieb weiterhin, trotz beständiger erheblicher Verunglimpfungen aus Moskau, bei seinem unabhängigen Kurs.

Die immensen Opfer durften nicht umsonst gewesen sein, vor allem darum ging es den Menschen in der Sowjetunion. Doch die allgemeine Freude über den Triumph von 1945 machte schon bald einer riesigen Enttäuschung Platz. Die Hoffnung, nach dem Sieg im »Großen

Vaterländischen Krieg« würde ein entspannteres politisches Klima einziehen, schwand rasch. Das Gegenteil geschah: Das stalinistische System zog die Schraube noch weiter an, die Unterdrückungsmaschinerie drehte nochmals auf. Die Sowjetführer, allen voran Stalin selbst, sahen große Gefahren auf sich zukommen. Viele Sowjetbürger hatten mit den NS-Besatzern kollaboriert, Millionen Neubürger mussten zu gläubigen Kommunisten gemacht werden, ausgedehnte neue Territorien waren einzugliedern und noch immer blieb der kapitalistische Imperialismus eine starke Bedrohung.

Und vor allem musste das Land wiederaufgebaut werden, kolossale materielle Verluste waren aufzuholen. Dafür bedurfte es neuer einschneidender Programme, um rasches Wachstum der Industrie zu generieren.

Der Fortschritt war eindrucksvoll. Schon 1947 war die sowjetische Industrie, so wurde behauptet, wieder auf dem Vorkriegsstand. Der Preis dafür war hoch: Der ohnehin beklagenswerte Lebensstandard sank weiter. Im Herbst 1945 kam es in den Rüstungsbetrieben im Ural und in Sibirien zu ausgedehnten Streiks und Demonstrationen. Die Geheimpolizei

registrierte über eine halbe Million Protestbriefe gegen die Lebensbedingungen. Schlechte Ernten in den Jahren 1945 und 1946 verschärften die Probleme der landwirtschaftlichen Produktion, die jahrelang hinter ihrem Stand in der Vorkriegszeit zurückblieb. Erneut brachen in der Ukraine und anderen Regionen der Sowjetunion Hungersnöte aus, die zwei Millionen Menschen das Leben kosteten. 100 Millionen Sowjetbürger litten an Unterernährung. Die Not musste ertragen werden, das stand für Stalin und die sowjetische Führung fest, anders konnte der sowjetische Staat

nicht überleben und wieder zu Kräften kommen, geschweige denn seine Verteidigung wieder aufbauen. Darum musste jedes Unruhepotenzial, jedes nur denkbare Zeichen des Widerstands gnadenlos erstickt werden. Und wieder brach eine Welle von Verhaftungen, Säuberungen, Schauprozessen über die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satelliten herein. Vor allem heimgekehrte Kriegsgefangene, verdächtige Dissidenten, Intellektuelle und ethnische Minderheiten, nicht zuletzt Juden gerieten ins Visier. Binnen kurzem saßen in den sowjetischen Lagern und Strafkolonien wieder an

die fünf Millionen Häftlinge. Weit entfernt davon, in der Sowjetunion eine neue Gesellschaft zu schaffen, hatte der Krieg nur die alte gestärkt. Die Unterdrückung war so schlimm wie zuvor; unvermindert setzte sich der Stalinismus in all seinem Horror in den unmittelbaren Nachkriegsjahren fort.

Ab 1947 wurde der Kalte Krieg eisig. Die Spaltung in zwei Blöcke – den weitgehend monolithischen sowjetischen und den Block der zunehmend besorgten, aber entschlossenen, von Amerika dominierten westlichen Länder – hatte sich bereits verfestigt. Ein Jahr

später war sie unverrückbar. Hätte Europas Teilung vermieden werden können? Hätte die Erneuerung des politischen Lebens in Westeuropa, wenn nicht gar im Osten, einen anderen Verlauf nehmen können? Beides erscheint höchst unwahrscheinlich. Letzten Endes war das gegenseitige Misstrauen – die Angst vor dem Vormarsch des Kommunismus auf der einen, die Angst vor einem aggressiven kapitalistischen Imperialismus auf der anderen Seite – zu tief, um Europa davor zu bewahren, in zwei feindliche Blöcke zu zerfallen.

Zu Beginn allerdings war die

stalinistische Politik noch gar nicht so einheitlich und entschieden, wie es im Rückblick scheinen mag. Nur eines stand von Anfang an fest: Eine Alternative zur kommunistischen Herrschaft durfte es nicht geben, Wechselfälle einer pluralistischen Politik westlicher Art konnten nicht riskiert werden. Wenn sich zeigte, dass die kommunistischen Parteien auf dem Weg wirklich freier Wahlen nicht zur Macht gelangen konnten, musste man zu anderen Mitteln greifen, dann war die Macht mit Einschüchterung, Infiltration und Druck zu sichern. Das aber konnte den Graben nur vertiefen, der die

Sowjetunion von den Teilen des Kontinents trennte, die nicht in den sowjetischen Machtbereich gefallen waren.

Nirgendwo in Westeuropa, und das ist entscheidend, waren die kommunistischen Parteien populär genug, um bei freien Wahlen auch nur annähernd die Mehrheit der Wählerstimmen zu erringen. Und als die meisten Menschen in Westeuropa fassungslos zur Kenntnis nahmen, mit welchen Methoden die kommunistischen Parteien in Osteuropa an die Macht gelangten, hatten antikommunistische Parteien und Westalliierte keinerlei

Schwierigkeiten, den Kommunismus zu verdammen. Fast überall in Westeuropa schwand hiernach die kommunistische Anhängerschaft noch weiter. Die Spaltung, die sich rasch vertiefte, war unvermeidlich. Begonnen hatte dieser Prozess 1945, als die Sowjetunion auf der Notwendigkeit bestand, sich mit einer schützenden Pufferzone aus Satellitenstaaten unter kommunistischer Herrschaft zu umgeben. Als sich der internationale Gegensatz zwischen den Großmächten verfestigte, konnte der Graben nur tiefer werden. Zementiert wurde die Teilung, als Stalin das

Angebot der Vereinigten Staaten, beim Wiederaufbau Europas mitzuhelfen, für seinen Bereich brüsk ablehnte und darauf bestand, dass Osteuropa seinen eigenen Weg gehen werde – unter sowjetischer Vormacht.

Mit Beginn des Kalten Krieges wurde der Spielraum für eine radikale Wirtschaftspolitik in Westeuropa noch geringer. Die Angst, der Kommunismus könne im Westen, eventuell gar im so wichtigen Deutschland Fuß fassen, war ein entscheidender Faktor für das Maß, in dem die westlichen Besatzungsmächte und vor allen die

Amerikaner den politischen Konservatismus und die Liberalisierung der Wirtschaft förderten. Allein deshalb hätte ein anderer politischer Kurs als der in Westeuropa eingeschlagene von Beginn an so gut wie keine Chance gehabt. Nur aus dem internationalen Kontext, in dem es Gestalt gewann, lässt sich Europas politisches Wiedererwachen nach 1945 verstehen. Es ist müßig, danach zu fragen, wer für den Ausbruch des Kalten Krieges verantwortlich war. Er war einfach nicht zu vermeiden. Die Teilung des Kontinents war eine unausweichliche Konsequenz des

Zweiten Weltkriegs und der Eroberung Europas durch die ideologisch und politisch so gegensätzlichen neuen Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion.

Der Eiserne Vorhang fällt

Das anschauliche Bild vom »Eisernen Vorhang«, der Europa teile, wird für gewöhnlich Winston Churchill zugeschrieben, der es im März 1946 in einer berühmten Rede am Westminster College in Fulton,

Missouri, verwandte. Doch schon ein Jahr früher hatte Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels öffentlich wie privat im Zusammenhang mit der sowjetischen Besetzung Rumäniens von einem »eisernen Vorhang« gesprochen. Mehrfach hatten Hitler und Goebbels in den letzten Kriegsmonaten vorausgesagt, dass die alliierte Koalition der angloamerikanischen und sowjetischen Streitkräfte zerbrechen werde. Sie wollten partout nicht sehen, dass es ein Ziel gab, welches das Kriegsbündnis zusammenhielt: die Vernichtung NS-Deutschlands. Als dieses Ziel

schließlich erreicht war, ließ sich das Auseinanderdriften eines Bündnisses nicht aufhalten, das derart antagonistische Partner umfasste. Es zerbrach nicht aus einem entscheidenden Grund, sondern sukzessive über einen Zeitraum von rund drei Jahren hinweg und durch eine Reihe wichtiger, sich addierender Schritte. Doch lief dieser Auflösungsprozess seit Sommer 1945 nur auf eines hinaus – auf die Teilung Europas.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich der amerikanische Präsident Woodrow Wilson mit den britischen und französischen Regierungschefs

zusammengetan, um die Nachkriegsordnung festzulegen. Damals spielte Russland keine Rolle, dort tobten Revolution und Bürgerkrieg, wie die Westmächte mit wachsendem Entsetzen beobachteten. Schon bald darauf entschlossen sich die Vereinigten Staaten, dem Völkerbund nicht beizutreten und sich auch aus den europäischen Angelegenheiten herauszuhalten. Völlig anders die Lage 1945. Die früheren europäischen Großmächte waren nach Ende des Zweiten Weltkriegs militärisch und wirtschaftlich zu schwach, um eine neue Ordnung durchzusetzen.

Frankreich hatte mit eigenen Problemen zu kämpfen, mit einer Wirtschaft, die durch hohe Inflationsraten, massive Kapitalflucht und geringe Produktivität schwer angeschlagen war. Der Zusammenbruch der britischen Staatsfinanzen konnte 1946 nur durch beträchtliche amerikanische und kanadische Kredite abgewendet werden. Ein Zeichen für die wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens war sein langsamer Rückzug aus dem Empire. Indien, einst als »Kronjuwel« gerühmt, wurde 1947 in die Unabhängigkeit entlassen. In einem weiteren

folgenreichen Schritt zog sich Großbritannien aus seinem problembehafteten Mandat in Palästina zurück, woraufhin es zur Gründung des Staates Israel kam. Frankreich zögerte länger, seine Besitzungen in Übersee aufzugeben, und sah sich prompt in einen erbitterten Kolonialkrieg gegen Ho Chi Minhs Truppen in Nordvietnam verwickelt, das bereits 1945 erklärt hatte, es repräsentiere die unabhängige »Demokratische Republik Vietnam«. Auch das sollte bald Folgen von großer Tragweite haben. Der Erste Weltkrieg hatte die Kolonialreiche der europäischen

Großmächte bewahrt und sogar erweitert, mit dem Zweiten Weltkrieg dagegen begann ihr Ende. Das Zeitalter imperialer Eroberungen war vorbei.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion füllten das Vakuum, das durch den Niedergang der europäischen Großmächte in Europa entstanden war – Deutschland zerschlagen, Frankreich und Großbritannien deutlich geschwächt. Die beiden verbleibenden Weltmächte waren enorm gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen, wenngleich auf unterschiedliche Weise. Die Wirtschaftsmacht der

Vereinigten Staaten übertraf nun die aller anderen Länder bei weitem, ihre militärisch-industriellen Anlagen waren Respekt einflößend. Die UdSSR, die vier Jahre lang die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte, hatte enorme wirtschaftliche Verluste erlitten, zugleich aber eine kolossale Kriegsmaschinerie aufgebaut, die mit dem großen Sieg einen unvergleichlichen Triumph erlebte und nun praktisch ganz Osteuropa im Griff hielt. Die Militärmacht der Sowjetunion übertraf die der Westalliierten bei weitem. 1947, nachdem die Kriegsstärke der Truppen bereits drastisch reduziert

worden war, verfügte die Sowjetarmee noch immer über rund 2,8 Millionen gefechtsbereite Soldaten, während die in Europa stationierten US-Streitkräfte innerhalb eines Jahres nach Kriegsende auf knapp 300 000 Mann verringert worden waren.

Die Konferenzen der »Großen Drei« während des Krieges – Großbritanniens Eitelkeit wurde geschont und es durfte dem exklusiven »Club« angehören – hatten die dominierende Rolle der entstehenden Supermächte sichtbar gemacht. Das zeigte auch die Gründung der Vereinten Nationen am

24. Oktober 1945 in San Francisco. Die UN sollte zu einem dynamischeren Gremium werden, als es der nicht mehr existierende Völkerbund gewesen war. Zunächst waren es 50 Mitgliedstaaten, die am 26. Juni die Charta unterzeichnet hatten (weniger als ein Drittel davon waren europäische Staaten). Fünf Länder – die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China – wurden ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, des wichtigsten Gremiums, und verfügten als solche bei jeder Entscheidung über ein Vetorecht. Von diesen fünf waren Großbritannien und Frankreich durch

den Krieg schwer geschwächt (und in zunehmende Probleme mit ihren Kolonialreichen verwickelt), China war durch den acht Jahre währenden Krieg gegen Japan angeschlagen, durch den anhaltenden Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Kommunisten ruiniert. So blieben als dominierende Mächte allein die USA und die UdSSR.

Sie zogen im neuen Europa die Grenzen nach ihren eigenen Vorstellungen und deuteten ihre Rolle in der Nachkriegswelt im Sinne einer höheren ideologischen Mission. Liberalisierung und Demokratisierung trafen als nach

außen gewendete Verlängerung der politischen und ökonomischen Philosophie Amerikas auf kommunistische Einparteienherrschaft und staatliche Planwirtschaft. Ein Zusammenprall zwischen diesen diametral entgegengesetzten Systemen konnte nicht lange hinausgezögert werden. Es musste zu einem nicht nur europäischen, sondern globalen Machtkampf kommen. Gleichwohl bestand ein Ungleichgewicht. Für die Vereinigten Staaten war Europa zwar sehr wichtig, aber dennoch weit weg; der Kommunismus wurde als geographisch ferne, wenngleich

wachsende Bedrohung
wahrgenommen. Für Stalin jedoch lag
Europa vor der Türschwelle, zweimal
innerhalb einer Generation war die
Existenz seines Landes von dort aus
in höchste Gefahr gebracht worden.
Zudem war der internationale
Kapitalismus unbesiegt – immer noch
ein mächtiger Feind. Stalins
vorrangige Sorge galt nicht dem
Export der Revolution, sondern dem
Erhalt der sowjetischen Sicherheit.
Insofern musste unweigerlich Europa
zum Hauptschauplatz des Kalten
Krieges werden und innerhalb
Europas ebenso unweigerlich
Deutschland zum Epizentrum des

Konflikts; entlang der Zonen-, später der deutsch-deutschen Grenze standen sich die ideologischen Gegner auf Tuchfühlung gegenüber.

Die Möglichkeit einer sowjetischen Expansion in Europa hatte das britische Außenministerium schon vor Kriegsende beunruhigt. Zu dieser Zeit waren die Amerikaner Stalin durchaus noch wohlgesonnen. Doch das Gespenst der Sowjetmacht, die Europa in den Griff bekommen wollte und selbst damit nicht zufrieden sein würde, beschäftigte alsbald auch das amerikanische Außenministerium. »Eindämmung« (*containment*) wurde zum

Schlüsselwort, insbesondere nachdem George F. Kennan, ein Diplomat in der amerikanischen Botschaft in Moskau, im berühmten »langen Telegramm« vom Februar 1946 in düsteren Worten Tönen Alarm geschlagen hatte: Die Vereinigten Staaten müssten die sowjetische Expansion verhindern, die seiner Meinung nach durch Infiltration wie politischen Druck und nicht durch direkte militärische Intervention vorangetrieben werde.

Im Rückblick mögen sich diese Ängste als übertrieben erwiesen haben, im Jahr 1946 waren sie jedoch greifbar. Die Sowjetunion hatte sich

in diesem Frühjahr verspätet und widerwillig aus dem Iran zurückgezogen (der seit 1941 von sowjetischen und britischen Truppen besetzt gewesen war). Mit Sorge blickten die Amerikaner 1946 auch auf die Türkei und den Druck, den die Sowjets dort ausübten, um Zugang zu den türkischen Meerengen (Dardanellen und Bosphorus) zu erhalten; erst im Herbst machte Stalin einen Rückzieher. Noch ernster war die Lage in Griechenland. Stalin hatte 1944/45 nach Absprache mit Churchill akzeptiert, dass Griechenland zur britischen Einflussphäre gehörte, und

dementsprechend auch die Kommunisten und deren Aufstand nicht unterstützt. Dieser brach jedoch im März 1946 erneut aus – unterstützt von Titos Jugoslawien, aber auch mit etwas Hilfe von Stalin, und dieser Vormarsch der Kommunisten wurde zum ersten Anwendungsfall der Eindämmungspolitik.

Die Gefahr, dass der griechische Bürgerkrieg der sowjetischen Expansion Tür und Tor öffnen könnte, erschien den Amerikanern real – insbesondere als Großbritannien, wie der britische Außenminister Ernest Bevin seinen

amerikanischen Amtskollegen im Februar 1947 wissen ließ, aufgrund seiner finanziellen Schwäche weder Griechenland noch der Türkei weiterhin Militär- oder Wirtschaftshilfe gewähren konnte. Ab März sprangen die Vereinigten Staaten ein und unterstützten die griechische Rechte mit Militärhilfe und – ausbilden. Das war entscheidend für den Sieg über die Linke, und es hatte Folgen: Nach den großen Verlusten im Bürgerkrieg (etwa 45 000 Tote und ungeheurer Sachschaden) und den anschließenden Repressionen bestand keine große Chance mehr, dass

Griechenland in absehbarer Zeit zu nationaler Einheit finden würde. Für die USA aber hatte sich Eindämmung als Erfolg erwiesen. Präsident Harry S. Truman hatte sogar die Unterstützung »freier Völker« gegen den »Totalitarismus«, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, zur »Doktrin« erhoben. *Containment* wurde zum Mantra des Kalten Krieges.

Währenddessen wurde Deutschland zunehmend als wichtiges Versuchsfeld betrachtet. Die Reibungen zwischen den Besatzungsmächten hatten 1946 zugenommen, denn die Sowjets

zeigten kein Interesse, wirtschaftlich zu kooperieren, und bauten Druck auf, um der kommunistischen Partei die Macht in ihrer Besatzungszone zu verschaffen. Zudem ging die Verwaltung der Ostzone zunehmend eigene Wege. Ursprünglich sollten die amerikanischen Truppen 1947 aus Europa abgezogen werden. Doch wie der amerikanische Außenminister James F. Byrnes im September 1946 in einer großen Rede angekündigt hatte, blieben sie. Die gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch den in Potsdam vereinbarten Alliierten Kontrollrat sei gescheitert. Deutschlands wirtschaftlicher

Wiederaufbau, der für ganz Westeuropa von großer Bedeutung sei, müsse darum im Rahmen der jeweiligen Besatzungszonen stattfinden. Zugleich aber deutete er die Möglichkeit einer Wirtschaftseinheit zwischen der amerikanischen und den beiden anderen Westzonen an. Und hierzu kam es bereits im Januar 1947 mit Gründung der gemeinsamen »Bizonenverwaltung« für die amerikanische und die britische Zone. Deutschlands formelle Teilung in zwei Staaten war nun nur noch eine Frage der Zeit.

Der für die Teilung Europas

entscheidende Moment kam im Juni, als der neue amerikanische Außenminister George C. Marshall einen umfassenden Wiederaufbauplan für Europa ankündigte. Der Marshallplan, wie er meist genannt wird, war ein Schritt von großer symbolischer Bedeutung – in seiner Zielsetzung zutiefst politisch, jedoch mit wirtschaftlichen Methoden realisiert – und er war psychologisch bedeutsam, denn seine Ankündigung weckte im kriegszerstörten Westeuropa neue Hoffnungen. Dass er, wie oftmals angenommen, den Wohlstand Europas nach dem Krieg

geschaffen habe, ist dem Mythos geschuldet, der aus ihm gemacht wurde. Das hätte der Marshallplan niemals bewirken können, dazu war er seinem Umfang nach viel zu begrenzt. Gleichwohl war er enorm wichtig.

Das Wirtschaftswachstum setzte bereits 1945 vor Implementierung des Marshallplans ein. Mit Ausnahme Deutschlands verzeichneten alle westeuropäischen Länder schon 1948 (dem Jahr, in dem die Mittel aus dem Marshallplan zu fließen begannen) eine höhere Kapitalbildung als 1938. Nur in Deutschland blieb das Bruttosozialprodukt weit und in

Italien marginal niedriger als ein Jahrzehnt zuvor. Den wirtschaftlichen Wiederaufschwung hat der Marshallplan aber zweifellos weiter angekurbelt. Zwischen 1948 und 1950 stieg der Index des Bruttosozialprodukts (mit 1938 gleich 100) in Westeuropa von 87 auf 102, der Beginn einer anhaltend steilen Aufwärtsbewegung war damit markiert. Das Exportvolumen legte beträchtlich zu, die Wiederbelebung der Londoner Kapitalmärkte förderte den Handel innerhalb Europas und darüber hinaus. Und nicht zuletzt profitierten vom Marshallplan die Investitionen in den Wiederaufbau

der Verkehrsnetze, die Modernisierung der Infrastruktur.

Befürworter des Hilfsprogramms auf beiden Seiten des Atlantiks behaupteten damals, beim Marshallplan gehe es um die »Rettung Europas« vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das war übertrieben, obwohl Europa 1947 tatsächlich mit heftigen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatte. Die landwirtschaftliche Produktion lag um ein Drittel unter der vor dem Krieg. Auch die industrielle Produktion hatte 1947 noch nicht wieder den Vorkriegsstand erreicht;

Wohnungsnot und
Lebensmittelmangel waren
schmerzlich spürbar. Am
schlimmsten lagen die Dinge in
Deutschland, dessen
Industrieproduktion noch schwach
war. Und so sahen die Westalliierten
immer deutlicher, dass Europa ohne
eine wirtschaftliche Erholung
Deutschlands in seiner Entwicklung
gebremst würde. Inflation trübte die
Aussichten auf einen europäischen
Aufschwung, in vielen Ländern lag
die Geldmenge über dem Wert der
Gütermenge, die für die aufgestaute
Nachfrage verfügbar war. Die
Währungen Ungarns, Rumäniens und

Griechenlands brachen zusammen. Die Preise in Frankreich waren viermal so hoch wie vor dem Krieg. Die im Umlauf befindliche Geldmenge war in Deutschland siebenmal, in Italien zwanzigmal höher als 1938. Es entstand eine Tauschwirtschaft, Zigaretten und andere Waren ersetzten das wertlos gewordene Geld. Nur langsam wurde die Inflation unter Kontrolle gebracht, einerseits durch eine strenge Sparpolitik, andererseits durch einen Währungsschnitt.

Haupthindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung Europas war 1947 jedoch die

»Dollarlücke« – der Mangel an US-Dollars, um dringend benötigte Rohstoffimporte und Investitionsgüter zu bezahlen. Dieses Ungleichgewicht durchkreuzte die sorgfältig geplanten, drei Jahre zuvor getroffenen Vereinbarungen von Bretton Woods, die ja auf eine Liberalisierung des Handels zielten, gegründet auf Währungen, die an den Dollar gekoppelt waren. Und genau dieses Hindernis für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung sollte der Marshallplan überwinden. Die europäischen Länder erhielten innerhalb von vier Jahren über zwölf Milliarden Dollar – zwei Prozent des

amerikanischen Bruttosozialprodukts. Größter Nutznießer war Großbritannien, das etwa das Doppelte der Summe erhielt, die für Westdeutschland vorgesehen war; das meiste davon verschlang die Rückzahlung britischer Schulden. Am wirksamsten erwies sich der Plan in Westdeutschland, Italien und Österreich, in den ehemaligen Feindesländern, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch symbolisch. Denn diesen Ländern und den Menschen dort wurde damit demonstriert, dass sie keine Feinde mehr waren, sondern Teil eines von - Amerika geförderten Projekts, das

die Perspektive eines langfristigen Aufschwungs und politischer Stabilität eröffnete.

Der Marshallplan war alles andere als altruistisch. Er nutzte der amerikanischen Wirtschaft ebenso wie der europäischen, denn die meisten Güter, die mit Mitteln des Plans gekauft wurden, kamen aus den USA. Doch von solchen wirtschaftlichen Überlegungen abgesehen, ließ der Plan auch eine politische Absicht erkennen. Er war als Waffe im beginnenden Kalten Krieg konzipiert. Wenn die USA Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine halfen – und innerhalb Europas

vor allem auch dem am Boden
liegenden Wirtschaftsriesen
Deutschland –, dann würde das die
Westhälfte des Kontinents an
amerikanische Interessen binden und
dem sowjetischen Expansionsdrang
die beständigste Grenze setzen.

Angeboten wurde die
Marshallplanhilfe allen europäischen
Ländern, auch der Sowjetunion. Wie
von Marshall selbst vorausgesehen
(und erhofft), lehnte die Sowjetunion
die Hilfe jedoch ab, zwang zudem die
Länder in ihrer Einflussphäre
(auch – gegen großen Widerwillen –
Polen und die Tschechoslowakei), es
ihr gleichzutun. Selbst Finnland

lehnte aus Furcht vor möglichen Reaktionen der Sowjetunion ab. Stalins Ablehnung der Marshallplanhilfe war ein entscheidender Schritt. War sie auch ein riesiger Fehler? Immerhin brachte er Osteuropa um die Vorteile, die der Anstoß durch den Marshallplan möglicherweise mit sich gebracht hätte. In den Augen von Millionen Europäern war das der Beweis für Amerikas moralische und politische Überlegenheit. Stalin dagegen sah die Sicherheit der Sowjetunion und ihrer Satelliten durch Amerikas überlegene Wirtschaftsmacht bedroht, und aus dieser Perspektive war Stalins

Ablehnung des Marshallplans ein Mittel, um zu verhindern, dass sich der Westen in die Konsolidierung der Sowjetmacht in Osteuropa einmischen konnte. Er befürchtete gewiss nicht zu Unrecht, dass die Amerikaner mit ihrer Wirtschaftshilfe die politische Dominanz der Sowjets in ihren Satellitenstaaten unterminieren würden. Stalins Entscheidung bedeutete jedenfalls die endgültige Zweiteilung Europas.

Die 16 europäischen Länder (und Vertreter der deutschen Westzonen), die nicht zum Sowjetblock gehörten, gingen einen Schritt weiter und

gründeten im April 1948 die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), um die Umsetzung des Plans zu koordinieren. Sie war der Vorbote einer dauerhaften Teilung nicht nur entlang der Grenze des Eisernen Vorhangs, sondern zwischen den westeuropäischen Ländern selbst. Die Amerikaner hatten eine wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas ins Auge gefasst, und der Marshallplan basierte auf Schritten in diese Richtung. Am Anfang sollte eine Zollunion stehen, zu der allerdings

eine supranationale Organisation gehören würde. Die Amerikaner wollten ein neues Westeuropa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten schaffen. Doch die europäischen Länder hingen noch immer an ihren nationalen Interessen, und diese sollten die amerikanischen Vorstellungen einer europäischen Integration rasch durchkreuzen. Die Europäer, so die vernichtende Kritik des US-Diplomaten George Kennan, hätten weder die politische Kraft, noch seien sie weitblickend genug, um sich eine neue europäische Ordnung vorstellen zu können. Die Skandinavier seien »pathologisch

nervös wegen der Russen«, die Briten »ernstlich krank«, die anderen Länder litten an einer ähnlichen Entschlusslosigkeit wie die Briten.

Die führenden Politiker Frankreichs sahen dessen nationale Interessen vor allem darin, sich gegen die Perspektive eines wiederaufgebauten, auch militärisch wieder gestärkten Deutschlands abzusichern, das sich erneut auf die wirtschaftliche Macht der Schwerindustrie im Ruhrgebiet stützen könnte. Und diesem alles überragenden Interesse konnte wirtschaftliche Integration auf der Basis des freien Handels am

wenigsten dienen. Was den Franzosen für Europas Wiederaufbau vorschwebte, waren eine Internationalisierung des Ruhrgebiets, ein damit gesicherter freier Zugang zu Kohle und Koks und die dauerhafte Schwächung Deutschlands. Als die Westalliierten im Juni 1948 beschlossen, aus den Westzonen einen einheitlichen Staat zu machen, musste Frankreich von diesen Vorstellungen abrücken; zukünftig sollte die Verteilung der deutschen Kohlevorkommen und der Stahlproduktion im Rahmen einer Kooperation geregelt werden. Dies war der Beginn der französisch-

deutschen Verständigung, die die Basis der späteren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildete.

Großbritannien hatte gänzlich andere nationale Interessen. Die politischen Entscheidungsträger in London erkannten in der im Marshallplan vorgesehenen europäischen Zollunion – einem offensichtlichen Ausgangspunkt für eine künftige Integration – nur Nachteile für Großbritannien. Die langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa, so hochrangige Beamte, biete keinerlei Vorteile; sie befürchteten, ein solcher Schritt werde Großbritannien letzten

Endes einem schädlichen Wirtschaftswettbewerb aussetzen, die Regierung an eigenen Maßnahmen für einen Wiederaufschwung im Inland hindern, den Abfluss von Dollars verstärken und dadurch die Abhängigkeit von amerikanischer Hilfe noch erhöhen. Im Grunde war man weiterhin überzeugt, die nationalen Interessen Großbritanniens lägen in den Bindungen an das Commonwealth und in einer Wiederbelebung des Welthandels.

Der amerikanische Diplomat William L. Clayton, eine

Schlüsselfigur hinter dem Marshallplan, traf wohl den Kern der Sache: »Das Problem mit den Briten ist, dass sie noch mit jeder Faser an die Hoffnung klammern, dass sie auf die eine oder andere Weise mit unserer Hilfe in der Lage sein werden, das Britische Empire und dessen Führung für sich zu erhalten.« Großbritannien, so George Marshall kurz und bündig, wolle zwar »von einem europäischen Programm rundum profitieren«, beharre zugleich aber darauf, »kein vollständig europäisches Land« zu sein. Eine ganz ähnliche Haltung nahmen einige kleinere europäische

Staaten ein. Das amerikanische Ziel einer wirtschaftlichen Integration Europas war daher ein Misserfolg. Als es schließlich doch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa kam, war der Ausgangspunkt nicht der Marshallplan, sondern die deutsch-französische Annäherung über Ruhrkohle und Stahl. Und daran war Großbritannien nicht beteiligt.

Der Graben, der Europa wirtschaftlich teilte, war im Herbst 1948 ebenso tief wie der politische. Mit dem erklärten Ziel, »den amerikanischen Plan zur Versklavung Europas« zu blockieren, gründete die Sowjetunion im Oktober das

Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) — die Nachfolgeorganisation der Komintern. Moskau sprach vom Auseinanderbrechen der Welt in einen imperialistischen (von Amerika beherrschten) und einen demokratischen (von der Sowjetunion beeinflussten) Block. Im Januar 1949 schuf sich der Sowjetblock seinen eigenen wirtschaftlichen Rahmen, den Comecon (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe): das Gegenstück zum von Amerika geförderten Marshallplan.

Letzterer befestigte die Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke;

zementiert wurde sie durch die Schritte zur Gründung eines westdeutschen Staates. Dies hatten die Westalliierten im Juni 1948 vereinbart. Sie leiteten eine Währungsreform ein, die die finanzielle Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung legte und die von vielen (West-)Deutschen später oft als das eigentliche Ende des Zweiten Weltkriegs für ihr Land betrachtet werden sollte. Die Einführung der D-Mark (der Deutschen Mark) und die kurz darauf erfolgte Aufhebung der Preiskontrollen für viele Produkte brachten den Schwarzmarkt rasch

zum Verschwinden, die wirtschaftliche Normalität kehrte zurück. Die Sowjets reagierten mit einer eigenen Währungsreform für die Ostzone. Weitaus bedrohlicher war ihre Blockade der Landverbindungen zwischen den Westzonen und der alten Hauptstadt Berlin (die zwar unter der Kontrolle der Vier Mächte stand, aber 150 Kilometer tief in der Ostzone lag).

Die Sowjets wollten nichts anderes, als die Westalliierten aus Berlin zu vertreiben; die Amerikaner wiederum sahen Berlin als Testfall. Den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei hatten sie

noch gut in Erinnerung. Ein Rückzug aus Berlin könnte, so fürchteten sie, zum Vorspiel einer Ausweitung des sowjetischen Würgegriffs auf Westeuropa werden. Die am 26. Juni verhängte Blockade wurde durch eine improvisierte Luftbrücke der Alliierten gebrochen. Mit 278 000 Flügen wurden insgesamt 2,3 Millionen Tonnen Versorgungsgüter für die Berliner Bevölkerung in die Westsektoren geliefert, bis Stalin seine Niederlage eingestand. Am 12. Mai 1949, nach 321 Tagen, hob er die Blockade auf. Für die Westmächte war die Luftbrücke ein klarer

Propagandasieg, ein deutliches Zeichen dafür, dass die Amerikaner entschlossen und bereit waren, in Europa zu bleiben und den Kontinent gegen eine weitere Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs zu sichern.

Mit der Verkündung des Grundgesetzes wurde am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Währenddessen hatten sich die Sowjets mit der Idee angefreundet, in ihrer Zone einen eigenen Staat zu gründen. Am 7. Oktober wurde die Teilung Deutschlands mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

(DDR) auf unbestimmte Zeit besiegelt – viele meinten für immer.

In äußerst kurzer Zeit hatte sich Deutschland in den Augen des Westens von einer Bedrohung für die künftige Sicherheit des Kontinents in ein Bollwerk gegen die sowjetische Expansion verwandelt. Noch im März 1947 hatten die Franzosen und die Briten in Dünkirchen einen Verteidigungsvertrag gegen eine mögliche deutsche Aggression geschlossen; er wurde binnen eines Jahres durch die Unterschriften der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs zum Vertrag von Brüssel erweitert. Inzwischen aber galt nicht

mehr Deutschland, sondern die Sowjetunion als die größte Bedrohung. Die Angst vor der Sowjetmacht wuchs und zugleich hatten sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, auf unbestimmte Zeit auf dem europäischen Kontinent zu bleiben. Darum mussten sie formell in die Sicherheitsabsprachen zur Verteidigung Westeuropas eingebunden werden. Die Berlinkrise, die gezeigt hatte, wie exponiert und verwundbar Westeuropa ohne die amerikanische Militärmacht war, gab für die Gründung eines atlantischen Bündnisses als Schutzwall gegen mögliche sowjetische

Expansionsversuche den Ausschlag.

Am 4. April 1949 unterzeichneten die Brüsseler Signatarstaaten zusammen mit den USA, Kanada, Italien, Portugal, Dänemark, Norwegen und Island den Vertrag von Washington, das Gründungsdokument der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO), mit dem sie sich für den Fall eines Angriffs auf ein Mitgliedsland zu gegenseitigem Beistand verpflichteten. Die NATO gab Westeuropa ein Gefühl der Sicherheit, das dessen eigene Verteidigungskräfte alleine nicht bieten konnten. Die NATO hatte vor allem symbolische Bedeutung, war

Ausdruck des gemeinsamen Engagements zur Verteidigung Westeuropas. Realistisch betrachtet war sie ein Feigenblatt. Die Sowjets hatten zwölfmal mehr Bodentruppen unter Waffen als die Westalliierten, nur zwei der 14 in Westeuropa stationierten Divisionen stellten die Vereinigten Staaten.

Schon bald musste über die europäische Sicherheit neu nachgedacht werden. Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion auf einem Versuchsgelände im heutigen Kasachstan ihre erste Atombombe – ein Schock für den Westen. Die Amerikaner waren davon

ausgegangen, dass ihr nukleares Monopol viel länger anhalten würde. Stattdessen starrten die beiden militärischen Supermächte einander über den Eisernen Vorhang hinweg finster an, der von nun an Europas große Wasserscheide bildete. Der Kalte Krieg fror die Gegenspieler, beide im Besitz eines schnell wachsenden nuklearen Arsenal, alsbald zu zwei großen feindlichen Machtblöcken ein. Und dabei sollte es die nächsten vier Jahrzehnte bleiben.

Bis 1949 wurde immer klarer, dass sich Ost- und Westeuropa – wenngleich auf sehr verschiedene

Weise – auf dem Weg zu einem Maß an Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum befanden, das man vier unruhige Jahre zuvor unmöglich hätte absehen können. Der Gegensatz zu dem langwierigen Aufruhr nach dem Ersten Weltkrieg konnte kaum größer sein. Woran lag das?

Fünf Hauptgründe wirkten zusammen und schufen die Grundlagen für den unvorhersehbaren Wandel, der sich allerdings erst in den 1950er Jahren endgültig einstellte: das Ende des deutschen Großmachtstrebens, die Auswirkungen der politischen Säuberung von Kriegsverbrechern

und Kollaborateuren, die Verfestigung der Teilung Europas, das Wirtschaftswachstum, das Ende der 1940er Jahre mit Macht einsetzte, und schließlich die neue Gefahr einer atomaren (und bald thermonuklearen) Kriegführung.

Ein entscheidender und destruktiver Faktor der Kontinuität, der sich seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis 1945 durch die europäische Geschichte gezogen und ihr tiefe Narben zugefügt hatte, war Deutschlands Ehrgeiz, zur Weltmacht zu werden – sogar zur vorherrschenden Weltmacht. Diese Ambitionen hatten zur Explosion von

1914 beigetragen, hatten nach 1918 in der unglückseligen Demokratie zwar nachgelassen, waren aber niemals ganz verschwunden. Nach 1933 waren sie schließlich mit enorm vergrößertem Aggressionspotenzial wiedergekehrt und hatten direkt in den Zweiten Weltkrieg geführt. In der totalen Niederlage von 1945 aber war dieser Ehrgeiz ein für alle Mal zerschlagen worden. Dass diese gewaltige geopolitische Turbulenz mitten in Europa beseitigt worden war, gab dem Kontinent eine neue Chance – selbst in der Spaltung des Kalten Krieges.

Die politische Säuberung von

Kollaborateuren und Schuldigen an den schlimmsten Kriegsverbrechen, so ungenügend und unbefriedigend sie vollzogen wurde, bot nicht nur den Opfern von Nationalsozialisten und Kollaborateuren ein gewisses Maß an Katharsis, sondern bedeutete auch, dass die Gewaltpolitik der extremen Rechten, anders als nach 1918, diesmal keine Chance hatte, die Gesellschaften zu vergiften. Eine entscheidende Komponente der politischen Instabilität in der Zwischenkriegszeit war damit nahezu verschwunden. Die Grenzverschiebungen und Umsiedlungen führten, auch wenn sie

unter furchtbarem Blutvergießen stattfanden, zu einem – verglichen mit der Zwischenkriegszeit – viel höheren Maß an ethnischer Homogenität. Auch das trug zur Befriedung der östlichen Hälfte des Kontinents bei, obwohl es unter der harten Hand des sowjetischen Unterdrückungssystems stattfand.

So pervers es scheinen mag, der Eiserne Vorhang, der Europa teilte, erwies sich als eine Grundlage der Stabilität – auf Kosten freilich der osteuropäischen Völker, die damit zu jahrzehntelanger Sowjetherrschaft verurteilt waren. Je mehr die Sowjetunion ihre monolithische

Herrschaft über Osteuropa durchsetzte, desto entschlossener traten die Amerikaner dieser entgegen, indem sie ihren Einfluss auf Westeuropa geltend machten. Berlin, das einzige Loch im Eisernen Vorhang, durch das Millionen von Flüchtlingen in eine Richtung strömten, wurde nach der Luftbrücke von 1948/49 zum Symbol der amerikanischen Bereitschaft, den Westen zu verteidigen. Ohne die Präsenz der Amerikaner und auch ohne das Gefühl der Sicherheit, das sie vermittelte, ist kaum ein Zustand vorstellbar, der dem Maß an Stabilität auch nur annähernd

gleichgekommen wäre, das der ideologische Mantel des Antikommunismus im Westen zu schaffen half.

Nicht, dass es sowjetische Pläne für eine militärische Expansion nach Westeuropa gegeben hätte (auch wenn dies damals gewiss befürchtet wurde). Doch ohne amerikanische Hilfe beim Wiederaufbau der westlichen Volkswirtschaften, ohne die Unterstützung fragiler politischer Systeme, ohne die Bereitstellung eines Verteidigungsschirms, ohne propagandistische Angriffe auf den Kommunismus und seine Gefahren hätten die kommunistischen Parteien

Westeuropas vielleicht mehr Anhänger gewinnen können, und die Chancen, zu stabilen pluralistischen Demokratien zu gelangen, wären womöglich geringer gewesen. Hätten sich die Amerikaner 1947 tatsächlich, wie zunächst beabsichtigt, aus Europa zurückgezogen, dann wäre durchaus zweifelhaft gewesen, ob Großbritannien und Frankreich, die ehemaligen, nun stark geschwächten Großmächte in Europa, in der Lage gewesen wären, den Wiederaufbau Westeuropas unter ihrer Leitung erfolgreich durchzuführen. Die Präsenz der Amerikaner verbürgte den Sieg des Kapitalismus in

Westeuropa, was gewiss nicht von allen Westeuropäern begrüßt wurde; vor allem der Linken missfiel das. Auch die zunehmende »Amerikanisierung« Europas, die viele Menschen kommen sahen, stieß nicht überall auf Begeisterung. Gewissen Kreisen galt sie, wie vor dem Krieg, als Zeichen für Europas kulturellen Niedergang. Welche Nachteile die dauerhafte Präsenz der Amerikaner auch brachte, so überwogen die Vorteile doch bei weitem. Unter dem Schutzschild der Vereinigten Staaten konnte Westeuropa zu eigenen Formen seiner Einheit finden und damit beginnen,

den Nationalismus der jüngsten Vergangenheit und dessen Gefahren hinter sich zu lassen.

Doch all das wäre vielleicht unmöglich gewesen, hätte nicht das Wirtschaftswachstum die Basis für einen beispiellosen Wohlstand geschaffen, der sich trotz aller Entbehrungen der Nachkriegszeit bald abzeichnete. Selbst wenn der Marshallplan gar nicht die Ursache des Wachstums war, so symbolisierte er die neuen Zukunftshoffnungen in Westeuropa. Reparationen, die in den 1920er Jahren zur Erschütterung der wirtschaftlichen Stabilität beigetragen hatten, gab es diesmal

keine, dafür amerikanische Kredite, die den Anstoß für die wirtschaftliche Entwicklung gaben. Die Marshallplanhilfe versorgte die europäischen Volkswirtschaften mit Treibstoff, verlieh ihnen, wie es in einem Bericht von 1951 hieß, »die Stärke, sich selbst wieder hochzuarbeiten«. Dazu, dass es plötzlich aufwärts ging, trugen viele Faktoren bei: die große Zahl überschüssiger Arbeitskräfte, die vorhandenen produktiven Kapazitäten, der Nachholbedarf und technische Neuerungen. Man hatte gelernt, zur Wiederherstellung der Vorkriegsbedingungen nicht alleine

den Kräften des Marktes zu vertrauen, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg die Oberhand gewonnen hatten, hatte zu keynesianischen Mitteln der Geldpolitik gegriffen, um Wachstum zu stimulieren. Auch das gab entscheidende Impulse. Zudem wurden die wirtschaftlichen Verflechtungen Westeuropas mit den technisch fortgeschrittenen, wohlhabenden Vereinigten Staaten immer dichter.

Osteuropa, das die Marshallplanhilfe zurückgewiesen hatte, blieb bald weit hinter der Westhälfte des Kontinents zurück. Doch auch Osteuropa erlebte nach

dem Krieg ein beachtliches Wirtschaftswachstum, trotz der unablässigen sowjetischen Repression, und machte beeindruckende materielle Fortschritte. Waren die verarmten und unterentwickelten Gesellschaften während der Zwischenkriegsjahre von nationalistischen, ethnischen und Klassenkonflikten zerrissen, gab es nun eine Grundlage für relativen Wohlstand und Stabilität, so sehr ihnen der Weg dorthin auch aufgezwungen war.

Schließlich bestimmten auch die Atomwaffen das Denken auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Die

Existenz von Waffen mit solcher Zerstörungskraft, die schon bald die der Bomben von Hiroshima und Nagasaki bei weitem übertraf, eröffnete derart erschreckende Perspektiven, dass sie die Wahrscheinlichkeit eines heißen Kriegs zwischen den neuen Supermächten minderte. Mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe hatten bis 1953 die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion das Potenzial für »gegenseitig garantierte Vernichtung« (*mutually assured destruction*, abgekürzt MAD) erworben, es herrschte das Gleichgewicht des Schreckens. Der

Besitz von Kernwaffen wurde bald zu einem der umstrittensten innenpolitischen Themen in Europa, besonders seit auch Großbritannien und Frankreich über die Bombe verfügten – beide darauf bedacht, ihren Platz in den oberen Rängen der großen Mächte zu behaupten. Doch diese Waffen ließen sich, einmal erfunden (und 1945 von den Amerikanern auch zweimal eingesetzt), nicht wieder aus der Welt schaffen. Ihre schiere Existenz macht verständlicherweise bis heute Angst; die Möglichkeit, dass sie eines Tages eingesetzt werden könnten, löst Horrorvorstellungen aus.

Dennoch war (auch wenn sich das nicht beweisen lässt) genau diese Möglichkeit, dass nämlich ein dritter Weltkrieg zu einer fatalen nuklearen Konfrontation zwischen den Supermächten führen würde, wahrscheinlich von höchst entscheidender Bedeutung dafür, dass das geteilte Europa nach 1945 zu stabilen Verhältnissen fand, wie sie 1918, nach dem ersten weltweiten Flächenbrand, niemals möglich gewesen waren.

Europas Zukunft, insoweit es denn eine haben würde, schien 1945 die eines Kontinents von unabhängigen Nationalstaaten zu

sein. Auch als Europa zu zwei getrennten Blöcken gefror, war es noch immer ein Kontinent von Nationalstaaten. Das aber begann sich zu ändern. In Osteuropa ließ die militärische Macht der UdSSR nur eine Möglichkeit zu: rasche Unterordnung nationaler Interessen unter die der Sowjetunion. Die Souveränität der Nationalstaaten ging verloren. Die Länder Westeuropas wiederum waren, obwohl sie zunehmend unter amerikanischen Einfluss gerieten, empfindlich gegen Übergriffe auf ihre nationale Souveränität; keiner der Staaten mehr als Großbritannien und Frankreich.

In den ersten Nachkriegsjahren war wenig von übernationalen politischen Einheiten die Rede; und wenn sich ein Winston Churchill so etwas wie »Vereinigte Staaten von Europa« vorstellte, schloss er weder Großbritannien darin ein, noch dachte er an eine Welt, die nicht mehr von den Großmächten beherrscht sein würde (und er war entschlossen, dafür zu sorgen, dass Großbritannien zu diesen Mächten gehörte). Aber der beginnende Kalte Krieg und die Notwendigkeit, die zarten Triebe des ökonomischen Wachstums nicht in nationalistischen Rivalitäten verkümmern zu lassen,

schufen einen Druck hin zu mehr Beweglichkeit, hin zu größerer Koordination und Integration sowohl der einzelnen Volkswirtschaften wie der Sicherheitspolitik Westeuropas. Die Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) im Jahr 1948, der NATO sowie des Europarats (der sich um alle Angelegenheiten des Rechtsstaats und um die Sicherung der Grundrechte kümmern sollte) im Jahr darauf waren Zeichen eines zunächst bescheidenen Anfangs. Diese Institutionen waren, von Idealismus getragen und pragmatisch

operierend, noch ziemlich kleine Schritte auf dem Weg, nationale Interessen und europäische Integration miteinander zu vereinbaren.

Die historischen Verwerfungen waren zu groß, als dass nationale Interessen rasch oder umfassend hätten überwunden werden können – besonders Großbritannien reagierte allergisch auf jede mögliche Minderung seines Status oder seiner Souveränität. Als die Franzosen 1950 mit dem Schumanplan einen Vorschlag zur gemeinsamen Überwachung der Kohle- und Stahlproduktion an der Ruhr

vorlegten, waren Fragen nationaler Sicherheit von größerem Gewicht als idealistische Visionen der europäischen Einheit. Es ging nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere darum, wie sich das deutsche Potenzial für eine Wiederbewaffnung kontrollieren lasse. Der Schumanplan war dennoch der entscheidende Schritt – der Beginn eines Weges, der zu einem »Gemeinsamen Markt« und zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit eigenen Exekutivinstitutionen führte.

Aus der Asche: Entgegen aller Wahrscheinlichkeit und mit

erstaunlichem Tempo hatte ein neues Europa eigenständige Gestalt angenommen, das zwar in sich geteilt war, dessen Teile aber bald auf solideren Fundamenten ruhten, als dies direkt nach Kriegsende vorstellbar gewesen wäre. Die Zukunft stand offen. Inmitten der bleibenden physischen und moralischen Narben, die der schrecklichste Krieg aller Zeiten hinterlassen hatte, tat sich die Möglichkeit eines Europas auf, das stabiler und prosperierender sein würde, als es sich die Menschen je hätten vorstellen können in den Jahrzehnten, in denen der Kontinent

seiner Selbstzerstörung nahekam.

DANK

Ein Buch wie dieses ist mehr als die meisten anderen auf den Rat und die Ermutigung Dritter angewiesen – manchmal, ohne dass diese sich dessen bewusst sind, wie sie geholfen haben. Aus ganz unterschiedlichen Gründen danken möchte ich: Joe Bergin, Richard Bessel, John Breuilly, Franz Brüggemeier, Chris Clark, Paul Corner, David Dilks, Christopher Duggan, Richard Evans, Detlef

Felken, Jürgen Förster, Norbert Frei, Elke Fröhlich, Mary Fulbrook, Dick Geary, Robert Gerwarth, Christian Göschel, Mike Hannah, Joe Harrison, Julia Hoffmann, Dov Kulka, Eberhard Jäckel, Margit Ketterle, Peter Liddle, Klaus A. Maier, Michael Mann, Andy Marrison, den Mitgliedern des Cambridge Modern History Seminar, Hans Mommsen, Bob Moore, Irene Nielsen, Frank O’Gorman, Peter Pulzer, Aron Rodrigue, Mary Vincent, George Wedell, Hans-Ulrich Wehler, Frieder Weitbrecht, Charlotte Woodford, Hans Woller, Jonathan Wright und Benjamin Ziemann.

Dank schulde ich Gerhard Hirschfeld, der mir die hervorragende und maßgebende *Enzyklopädie Erster Weltkrieg* zukommen ließ, die er mitherausgegeben hat. Bernt Hagtvet war so überaus freundlich, mich mit zwei extrem nützlichen und informativen Bänden zu versorgen, auf die ich bis dahin nicht gestoßen war und die es verdienen, besser bekannt zu werden: Die Aufsatzsammlung zur Krise der - Demokratie im Europa der Zwischenkriegszeit, die Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell herausgegeben haben, und der von

Stein Ugelvik Larsen edierte Band über den Übergang vom Faschismus zur Demokratie nach 1945. Zu danken habe ich auch Norman Davies, der mich auf einige Augenzeugenberichte zu den Ereignissen in Polen hinwies, nicht zuletzt die faszinierenden Erinnerungen des Dorfbürgermeisters Jan Słomka. Dank auch an Andreas Kossert für weitere Hinweise auf polnische Quellen.

Besonderen Dank schulde ich einigen Menschen für ihre kritischen Kommentare zum Text. Beverley Eaton beseitigte viele typographische Fehler. Traude Spät hatte einige ausgezeichnete Vorschläge. (Sie und

Ulrich waren zudem wie üblich generöse Gastgeber während meiner Aufenthalte in München.) Auch auf Expertenebene habe ich herzlichen Dank abzustatten, so David Cannadine (dem Herausgeber der Penguin-Reihe *History of Europe*), Laurence Rees und Nicholas Stargardt für wertvolle Punkte konstruktiver Kritik. Und als die Fahnen vorlagen, erwies sich Richard Mason als ein großartig genauer Redakteur.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten war es auch diesmal ein Vergnügen, mit dem ausgezeichneten Team von Penguin zusammenzuarbeiten. Simon Winder

war, wir stets, ein vorbildlicher Lektor. Er und Maria Bedford erwiesen sich auch als große Hilfe bei der Suche und Auswahl der Abbildungen. Richard Duguid leitete die Herstellung mit der für ihn typischen Effizienz. Meinen Dank auch an Auriol Griffith-Jones für ihre geschickte Zusammenstellung des Registers. Wie immer bin ich auch diesmal Andrew Wylie, einem Literaturagenten *sans pareil*, zu Dank verpflichtet, ebenso James Pullen und Sarah Chalfant von der Wylie Agency in London für verlässliche Hilfe und Rat.

Mein herzlichster Dank gilt

überdies allen bei der DVA, die an der deutschen Ausgabe des Buches mitgearbeitet haben, besonders Julia Hoffmann, die jeden Schritt der Fertigstellung begleitet hat. Ich bin Daniel Bussenius sehr dankbar für sein sorgfältiges Lektorat. Und nicht zuletzt möchte ich Klaus Binder, Bernd Leineweber und Britta Schröder meine Bewunderung und meinen Dank für ihre exzellente Übersetzung aussprechen.

Betty, David und Stephen waren die ganze Zeit über eine unerschöpfliche Quelle der Unterstützung und Ermutigung. Betty warf eine Reihe stichhaltiger

Detailfragen zum Text auf, und auch die Diskussionen über das Manuskript, die ich mit David im Royal Oak in Didsbury führte, waren höchst angenehm und nicht weniger konstruktiv. Schließlich sorgten unsere fünf Enkelkinder Sophie, Joe, Ella, Olivia und Henry immer wieder für wunderbare und fröhliche Ablenkungen von der unglückseligen Geschichte, die ich hier zu erzählen hatte. Hoffen wir, dass sie und ihre Generation ein zukünftiges Europa erleben, das ohne die Spaltungen, die Verbitterung und den Hass auskommt, die seine Vergangenheit verdüstert haben.

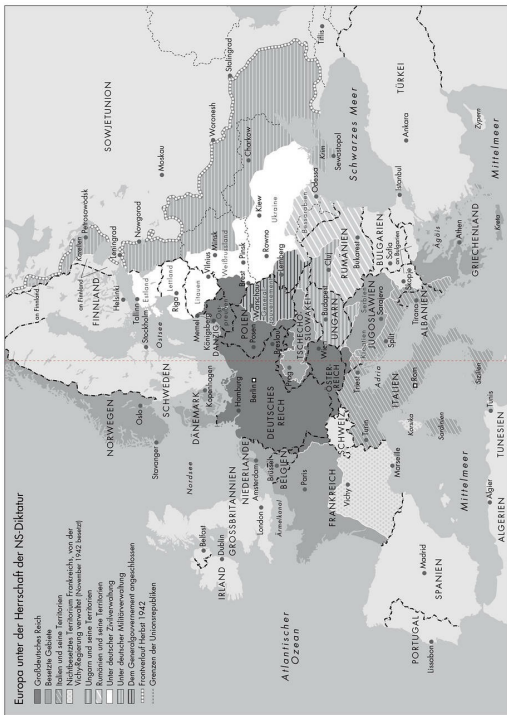
Ian Kershaw,
Manchester, Mai 2016

KARTEN

Sie können die Karten hier ansehen:

www.dva.de/kershaw

Europa 1914



Europa: Territoriale Veränderungen infolge des Zweiten Weltkriegs

Europa: Territoriale Veränderungen infolge des Zweiten Weltkriegs

- internationale Grenzen 1938
- - - Grenzen nach 1945
- Territorien, die nach dem Zweiten Weltkrieg an andere Staaten fielen



AUSGEWÄHLTE BIBLIOGRAPHIE

Die Literatur zur Geschichte Europas im 20. Jahrhundert ist völlig unübersehbar. Insofern beschränkt sich die folgende, notwendig hoch selektive Bibliographie auf Werke, die ich für die Arbeit an diesem Buch interessant und nützlich fand. Sie enthält nur wenige spezialisierte Forschungsmonographien, auch wenige Aufsätze aus Fachzeitschriften, obwohl das die Bausteine sind, aus denen das

Gebäude historischer Forschung im Wesentlichen errichtet wird. Auch fiktionale Werke habe ich nicht aufgenommen, obwohl einige von ihnen ein bedeutsames Licht auf die Epoche werfen. Konzentriert habe ich mich vor allem auf Überblickswerke, und da wiederum hauptsächlich auf englische. Viele dieser Werke enthalten ihrerseits ausführliche Bibliographien zu einzelnen Ländern oder Themen. Die Werke, denen ich kurze Zitate von Zeitgenossen entnommen habe, sind mit einem Sternchen (*) markiert.

Abelshauser, Werner; Faust, Anselm; Petzina,

Dietmar, Hg., *Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1945*, München: Beck 1985.

Adamthwaite, Anthony, *Grandeur and Misery. France's Bid for Power in Europe, 1914 – 1940*, London [u. a.]: Arnold 1995.

Addison, Paul, *The Road to 1945. British Politics and the Second World War*, London: Cape 1975.

*Aldcroft, Derek H., *Die Zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wallstreet*, übers. v. Heinrich W. Bauer, München: dtv 1978.

—, *The European Economy, 1914 – 1990*, 3. Aufl., London [u. a.]: Routledge 1993.

Alexander, Martin, Hg., *French History since Napoleon*, London: Arnold 1999.

*—; Graham, Helen, Hg., *The French and Spanish Popular Front. Comparative Perspectives*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1989.

Aly, Götz, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main: Fischer 1998.

—, *Hitlers Volksstaat*, Frankfurt am Main: Fischer 2006.

Andreas-Friedrich, Ruth, *Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1945–1948*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986.

Angelow, Jürgen, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin: Be. bra 2010.

*Annan, Noel, *Our Age. Portrait of a Generation*, London: Random House 1990.

*Applebaum, Anne, *Der eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956*, München: Siedler 2013.

*Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge des Totalitarismus*, übers. v. Hannah Arendt, München: Piper 1986.

*Aron, Raymond, *Der permanente Krieg*, übers. v. Gustav Stroh, Frankfurt am Main: Fischer 1953.

Ascherson, Neal, *The Struggles for Poland*, London: M. Joseph 1987.

Bach, Maurizio; Breuer, Stefan, *Faschismus als Bewegung und Regime. Italien und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden: VS 2010.

Bade, Klaus J. et al., Hg., *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn: Schöningh 2013.

Balderston, Theo, *The Origins and Course of the German Economic Crisis, November 1923 to May 1932*, Berlin: Haude u. Spener 1993.

—, »War Finance and Inflation in Britain and Germany, 1914–1918«, in: *Economic History Review*, 42/2 (1989).

—, Hg., *The World Economy and National*

Economies in the Interwar Slump, Basingstoke
[u. a.]: Palgrave 2003.

Banac, Ivo, *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*, Ithaca: Cornell University Press 1984.

Bankier, David, Hg., *Probing the Depths of German Antisemitism*, New York: Berghahn, Jerusalem: Yad Vashem/Leo Baeck Institute 2000.

Barber, John; Harrison, Mark, *The Soviet Home Front, 1941 –1945. A Social and Economic History of the USSR in World War II*, London: Longman 1991.

Bartov, Omer, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, übers. v. Karin Miedler und Thomas Pfeiffer, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1995.

—, *Murder in our Midst. The Holocaust, Industrial Killing, and Representation*, New York [u. a.]: Oxford University Press 1996.

—, *Mirrors of Destruction. War, Genocide, and Modern Identity*, New York [u. a.]: Oxford University Press 2000.

Barzun, Jacques, *From Dawn to Decadence. 500 Years of Western Cultural Life*, New York: HarperCollins 2001.

Bauer, Yehuda, *Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoa in historischer Sicht*, übers. v. Christian Wiese, Frankfurt am Main: Suhrkamp/Jüdischer Verlag 2001.

Becker, Jean-Jacques, *The Great War and the French People*, New York: St. Martin's Press 1986.

Beetham, David, Hg., *Marxists in Face of Fascism*, Manchester: Manchester University Press 1984.

*Beevor, Antony, *Der Spanische Bürgerkrieg*, übers. v. Michael Bayer, München: Bertelsmann 2006.

- *—, *Stalingrad*, übers. v. Klaus Kochmann, München: Pantheon 2010.
- , *D-Day. Die Schlacht um die Normandie*, übers. v. Helmut Ettinger, München: Pantheon 2011.
- , *Berlin 1945 – Das Ende*, übers. v. Frank Wolf, München: Pantheon 2012.
- , *Der Zweite Weltkrieg*, übers. v. Helmut Ettinger, München: Bertelsmann 2014.
- ; Vinogradova, Luba, Hg., *Ein Schriftsteller im Krieg. Wassili Grossman und die Rote Armee 1941–1945*, übers. v. Helmut Ettinger, München: Bertelsmann 2007.
- Bell, P. M. H., *Twelve Turning Points of the Second World War*, London: Yale University Press 2011.
- , *The Origins of the Second World War in Europe*, 3. Aufl., London [u. a.]: Routledge 2013.

Bellamy, Chris, *Absolute War: Soviet Russia in the Second World War – A Modern History*, London: Pan 2008.

Benson, Leslie, *Yugoslavia. A Concise History*, Basingstoke: Palgrave 2001.

Berger, Heinrich; Dejnega, Melanie; Fritz, Regina; Prenninger, Alexander, Hg., *Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert*, Wien: Böhlau 2011.

*Berghahn, Volker R., *Germany and the Approach of War in 1914*, London: Macmillan 1973.

—, *Modern Germany: Society, Economy and Politics in the Twentieth Century*, New York: Cambridge University Press 1982.

—, *The Americanisation of West German Industry, 1951–1973*, Leamington Spa: Berg 1986.

—, *Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa*, München: dtv 1997.

Berg-Schlosser, Dirk; Mitchell, Jeremy, Hg.,
Conditions of Democracy in Europe, 1919–39,
Basingstoke: Palgrave 2000.

—; —, Hg., *Authoritarianism and Democracy in
Europe, 1919–39. Comparative Analyses*,
Basingstoke: Palgrave 2002.

*Berkhoff, Karel C., *Harvest of Despair. Life and
Death in Ukraine under Nazi Rule*,
Cambridge, Mass.: Belknap of Harvard
University Press 2004.

Bessel, Richard, *Germany after the First World
War*, Oxford: Clarendon 1993.

—, *Germany 1945. From War to Peace*, London:
Pocket 2010.

—, Hg., *Fascist Italy and Nazi Germany.
Comparisons and Contrasts*, New York [u. a.]:
Cambridge University Press 1996.

—; Schumann, Dirk, Hg., *Life after Death.
Approaches to a Cultural and Social History of
Europe during the 1940s and 1950s*,

Cambridge: Cambridge University Press
2003.

Blanning, T. C. W., Hg., *The Oxford Illustrated History of Modern Europe*, Oxford: Oxford University Press 1996.

Blatman, Daniel, *Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords*, übers. v. Markus Lemke, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2011.

Blinkhorn, Martin, *Carlism and Crisis in Spain, 1931 – 1939*, Cambridge: Cambridge University Press 1975.

—, *Democracy and Civil War in Spain, 1931 – 1939*, London: Routledge 1988.

—, *Fascism and the Right in Europe*, Harlow [u. a.]: Longman 2000.

—, Hg., *Fascists and Conservatives. The Radical Right and the Establishment in Twentieth-Century Europe*, London: Unwin Hyman

1990.

Blom, Philipp, *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 –1914*, München: Hanser 2009.

Bloxham, Donald, *The Great Game of Genocide. Imperialism, Nationalism and the Destruction of the Ottoman Armenians*, Oxford: Oxford University Press 2005.

—, »The Armenian Genocide of 1915 –1916: Cumulative Radicalization and the Development of a Destruction Policy«, in: *Past and Present*, 181 (2003).

Bond, Brian, *War and Society in Europe, 1870 – 1970*, London: Fontana 1984.

Borodziej, Włodzimierz, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München: Beck 2010.

Bosworth, Richard J. B., *Mussolini*, London: Arnold 2002.

—, *Mussolini's Italy. Life under the Dictatorship, 1915 –1945*, London: Allan Lane 2005.

—, *The Italian Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of Mussolini and Fascism*, London: Arnold 2007.

—, Hg., *The Oxford Handbook of Fascism*, Oxford: Oxford University Press 2009.

Botz, Gerhard, *Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918*, Frankfurt am Main: Campus 1987.

*Bourke, Joanna, *An Intimate History of Killing. Face-to-Face Killing in Twentieth-Century Warfare*, London: Granta 1999.

Bracher, Karl Dietrich, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart: DVA 1984.

Brechenmacher, Thomas, »Pope Pius XI, Eugenio Pacelli, and the Persecution of the Jews in Nazi Germany, 1933 –1939: New Sources from the Vatican Archives«, in: *Bulletin of the German Historical Institute*

London, 27/2 (2005).

Brendon, Piers, *The Dark Valley. A Panorama of the 1930s*, London: Pimlico 2001.

Breuilly, John, *Nationalismus und moderner Staat. Deutschland und Europa*, übers. v. Johannes Müller, Köln: S-H Verlag 1999.

*Brittain, Vera, *Testament of Youth. An Autobiographical Study of the Years 1900 – 1925*, London: Virago 1978.

Broadberry, Stephen; Harrison, Mark, Hg., *The Economics of World War I*, Cambridge: Cambridge University Press 2005.

—; O'Rourke, Kevin H., Hg., *The Cambridge Economic History of Modern Europe. Vol. 2: 1870 to the Present*, Cambridge: Cambridge University Press 2010.

Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers*, Wiesbaden: Marix 2007.

Browning, Christopher, *Fateful Months. Essays*

on the Emergence of the Final Solution, New York: Holmes & Meier 1985.

—, *The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution*, Cambridge: Cambridge University Press 1992.

—, *Die Entfesselung der »Endlösung«*. *Nationalsozialistische Judenpolitik 1939 – 1942*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, Berlin: Propyläen 2003.

Brüggemeier, Franz-Josef, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München: Beck 2010.

*Brussilow, Alexej Alexejewitsch, *Meine Erinnerungen*, übers. v. Barbara Heitkam, Berlin: Militärverlag der DDR 1988.

Buber-Neumann, Margarete, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, Stuttgart: DVA 1958.

Buchanan, Tom, *Europe's Troubled Peace 1945 –*

2000, Oxford: Blackwell 2006.

*Buckley, Henry, *The Life and Death of the Spanish Republic. A Witness to the Spanish Civil War* (1940), London: Tauris 2013.

Bulliet, Richard W., Hg., *The Columbia History of the 20th Century*, New York: Columbia University Press 1998.

Burgdorff, Stephan; Wiegrefe, Klaus, Hg., *Der Zweite Weltkrieg. Wendepunkt der deutschen Geschichte*, München: DVA 2005.

Burleigh, Michael, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, übers. v. Udo Rennert u. Karl Heinz Siber, Frankfurt am Main: Fischer 2000.

*—, *Irdische Mächte, göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart*, übers. v. Klaus Binder u. Bernd Leineweber, München: DVA 2008.

- ; Wippermann, Wolfgang, *The Racial State. Germany 1933 –1945*, Cambridge: Cambridge University Press 1991.
- Burrin, Philippe, *La dérive fasciste*, Paris: du Seuil 1986.
- , *Living with Defeat. France under the German Occupation, 1940 –1944*, London: Arnold 1996.
- , *Fascisme, nazisme, autoritarisme*, Paris: du Seuil 2000.
- Cadogan, Alexander, *The Diaries of Alexander Cadogan, 1938 –1945*, hg. v. David Dilks, London: Cassell 1971.
- Calder, Angus, *The People's War. Britain 1939 – 1945*, London: Granada 1971.
- Calic, Marie-Janine, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München: Beck 2010.
- Cannadine, David, *The Decline and Fall of the British Aristocracy*, New Haven [u. a.]: Yale

University Press 1990.

—, *Class in Britain*, London: Penguin 2000.

Caplan, Jane, Hg., *Nazi Germany*, Oxford [u. a.]:
Oxford University Press 2008.

—; Wachsmann, Nikolaus, Hg., *Concentration
Camps in Nazi Germany. The New Histories*,
London [u. a.]: Routledge 2010.

*Carey, John, *Hass auf die Massen. Intellektuelle
1880–1939*, übers. v. Siegfried Kohlhammer,
Göttingen: Steidl 1996.

Carley, Michael Jabara, 1939. *The Alliance that
Never Was and the Coming of World War II*,
Chicago: Dee 1999.

Carr, Raymond, *Spain, 1808–1975*, Oxford:
Clarendon Press 1982.

*Carsten, Francis L., *Der Aufstieg des Faschismus
in Europa*, übers. v. Francis L. Carsten,
Frankfurt am Main: EVA 1968.

—, *Revolution in Mitteleuropa. 1918–1919*,
übers. v. Francis L. Carsten, Köln:

Kiepenheuer & Witsch 1973.

Cecil, Hugh; Liddle, Peter, Hg., *Facing Armageddon: The First World War Experienced*, London: Cooper 1996.

Cesarani, David, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, Berlin: List 2012.

–, Hg., *The Final Solution. Origins and Implementation*, London [u. a.]: Routledge 1996.

*Charman, Terry C., Hg., *Outbreak 1939. The World Goes to War*, London: Virgin 2009.

*Chickering, Roger; Förster, Stig, Hg., *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front 1914–1918*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2000.

*Churchill, Winston, *Der Zweite Weltkrieg*, übers. v. Eduard Thorsch u. a., Frankfurt: Fischer 2003.

*Ciano, Galeazzo, *Tagebücher 1939–1943*, übers.
v. Werner Johannes Guggenberg u. René
König, Bern: Scherz 1946.

Clark, Christopher, *Wilhelm II. Die Herrschaft
des letzten deutschen Kaisers*, übers. v.
Norbert Juraschitz, München: Pantheon
2009.

*—, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den ersten
Weltkrieg zog*, übers. v. Norbert Juraschitz,
München: Pantheon 2015.

Clark, Martin, *Modern Italy 1871–1982*, London,
New York: Longman 1984.

Clarke, Peter, *The Keynesian Revolution in the
Making 1924–1936*, Oxford: Clarendon Press
1988.

—, *Hope and Glory. Britain 1900–1990*, London:
Penguin 1996.

Clavin, Patricia, *The Great Depression in Europe,
1929–1939*, Basingstoke: Macmillan 2000.

—, *Securing the World Economy. The Reinvention of the League of Nations, 1919–1946*, Oxford: Oxford University Press 2013.

Clogg, Richard, *A Concise History of Greece*, 2. Aufl., Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2002.

*Clough, Shepard B.; Moodie, Thomas; Moodie, Carol, Hg., *Economic History of Europe. Twentieth Century*, New York: Harper & Row 1968.

Conquest, Robert, *Die Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933*, übers. v. Enno v. Löwenstern, München: Langen Müller 1988.

Constantine, Stephen, *Unemployment in Britain between the Wars*, London: Longman 1980.

Conway, Martin, *Catholic Politics in Europe 1918–1945*, London [u. a.]: Routledge 1997.

—, *The Sorrows of Belgium. Liberation and*

Political Reconstruction, 1944–1947, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2012.

—, »Democracy in Postwar Europe. The Triumph of a Political Model«, in: *European History Quarterly*, 32/1 (2002).

Corner, Paul, *The Fascist Party and Popular Opinion in Mussolini's Italy*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2012.

—, Hg., *Popular Opinion in Totalitarian Regimes*, Oxford: Oxford University Press 2009.

Cornwall, M., Hg., *The Last Years of Austria-Hungary. Essays in Political and Military History 1908–1918*, Exeter: University of Exeter Press 1990.

*Cornwell, John, *Hitler's Pope. The Secret History of Pius XII*, London: Viking 1999.

—, *Forschen für den Führer. Deutsche Naturwissenschaftler und der Zweite Weltkrieg*, übers. v. Andrea Kamphuis,

Bergisch Gladbach: Lübbe 2004.

Costa-Pinto, Antonio, *Salazar's Dictatorship and European Fascism – Problems of Interpretation*, New York: Columbia University Press 1995.

—, *The Blue Shirts. Portuguese Fascists and the New State*, New York: Columbia University Press 2000.

Crampton, R. J., *Eastern Europe in the Twentieth Century – and after*, 2. Aufl., London [u. a.]: Routledge 1997.

*Cross, Tim, Hg., *The Lost Voices of World War I. An International Anthology of Writers, Poets & Playwrights*, London: Bloomsbury 1988.

Cull, Nicholas; Culbert, David; Welch, David, Hg., *Propaganda and Mass Persuasion. A Historical Encyclopedia, 1500 to the Present*, Santa Barbara: ABC-Clio 2003.

*Dąbrowska, Maria, *Tagebücher 1914–1965*, hg.

v. Tadeusz Drewnowski, übers. v. Klaus Staemmler, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1989.

Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München: Piper 1965.

Davies, Norman, *God's Playground. A History of Poland, Bd. 2: 1795 to the Present*, Oxford: Clarendon 1981.

*—, *Europe. A History*, Oxford: Oxford University Press 1996.

—, *Europe at War, 1939–1945. No Simple Victory*, London: Macmillan 2006.

—; Wheatcroft, S. G., *The Years of Hunger. Soviet Agriculture 1931–1933*, rev. Ausg., New York [u. a.]: Palgrave 2009.

Davies, Sarah, *Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, Propaganda and Dissent, 1934–1941*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1997.

Dear, I. C. B.; Foot, M. R. D., Hg., *The Oxford*

Companion to the Second World War, Oxford:
Oxford University Press 1995.

De Grazia, Victoria, *How Fascism Ruled Women: Italy, 1922–1945*, Berkeley: University of California Press 1992.

Diehl, James M., *Paramilitary Politics in Weimar Germany*, Bloomington, London: Indiana University Press 1977.

Dilks, David, *Churchill and Company. Allies and Rivals in War and Peace*, London [u. a.]: Tauris 2012.

*—, Hg., *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945*, London [u. a.]: Tauris 1971.

*Döblin, Alfred, *Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis. Flucht und Exil 1940–1948*, München, Zürich: Piper 1986.

*Duggan, Christopher, *The Force of Destiny. A History of Italy since 1796*, London: Penguin 2008.

*—, *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, London: The Bodley Head 2012.

Eatwell, Roger, *Fascism. A History*, London: Vintage 1996.

Edgerton, David, *The Shock of the Old. Technology and Global History since 1900*, London: Profile 2008.

Eichengreen, Barry J., *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919 – 1939*, New York: Oxford University Press 1995.

Ekman, Stig; Åmark, Klas, et al., Hg., *Sweden's Relations with Nazism, Nazi Germany and the Holocaust*, Stockholm: Swedish Research Council 2003.

Eksteins, Modris, *Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg*, übers. v. Bernhard Schmid, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1990.

Eley, Geoff, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe 1850 –2000*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2002.

*Elger, Dietmar, *Expressionismus. Eine deutsche Kunstrevolution*, Köln: Taschen 2002.

*Englund, Peter, *Schönheit und Schrecken. Eine Geschichte des Ersten Weltkriegs, erzählt in neunzehn Schicksalen*, übers. v. Wolfgang Butt, Berlin: Rowohlt Berlin 2011.

Erdmann, Karl Dietrich, *Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*, München: dtv 1980.

Evans, Richard J., *Das Dritte Reich, Teil 1: Der Aufstieg*, übers. v. Holger Fließbach u. Udo Rennert, München: DVA 2005.

*—, *Teil 2: Diktatur*, 2 Bde., 2006.

—, *Teil 3: Krieg*, 2009.

*—; Geary, Dick, Hg., *The German Unemployed*, London: Croon Helm 1987.

Faber, David, *Munich. The 1938 Appeasement Crisis*, London, New York: Simon & Schuster 2008.

*Fainsod, Merle, *Smolensk under Soviet Rule* (1958), Boston: Unwin Hyman 1989.

Falter, Jürgen, *Hitlers Wähler*, München: Beck 1991.

Feldmann, Gerald D., *Army, Industry and Labor in Germany 1914–18*, Princeton: Princeton University Press 1966.

—, *The Great Disorder: Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York: Oxford University Press 1993.

—, Hg., *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933*, München: Oldenbourg 1985.

Ferguson, Niall, *Politik ohne Macht. Das fatale*

Vertrauen in die Wirtschaft, übers. v. Klaus Kochmann, München: DVA 2001.

*—, *Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert?*, übers. v. Klaus Binder u. Klaus-Dieter Schmidt, Berlin: Propyläen 2006.

*—, *Der falsche Krieg. Der erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, übers. v. Klaus Kochmann, 2. Aufl., München: Pantheon 2013.

Ferro, Marc, *Der große Krieg 1914–1918*, übers. v. Michael Jeismann, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988.

—, Hg., *Nazisme et Communisme. Deux régimes dans le siècle*, Paris: Hachette 1999.

*Figes, Orlando, *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924*, übers. v. Barbara Conrad, Berlin: Berlin Verlag 1998.

*—, *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*,

übers. v. Bernd Rullkötter, Berlin: Berlin Verlag 2008.

—, *Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert*, übers. v. Bernd Rullkötter, Berlin: Hanser Berlin 2015.

Finer, S. E., *Comparative Government*, Harmondsworth: Penguin 1970.

Fischer, Conan, *The Rise of the Nazis*, Manchester: Manchester University Press 1995.

—, *The Ruhr Crisis 1923–1924*, Oxford: Oxford University Press 2003.

—, Hg., *The Rise of National Socialism and the Working Classes in Weimar Germany*, Providence, Oxford: Berghahn Books 1996.

*Fischer, Fritz, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914*, Düsseldorf: Droste 1969.

—, *Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1983.

—, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf: Droste 2013.

Fisk, Robert, *In Time of War. Ireland, Ulster, and the Price of Neutrality, 1939–45*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 1983.

Fitzpatrick, Sheila, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times – Soviet Russia in the 1930s*, New York: Oxford University Press 1999.

Flood, P. J., *France 1914–18: Public Opinion and the War Effort*, Basingstoke: Macmillan 1990.

Flora, Peter et al., Hg., *State, Economy, and Society in Western Europe 1815–1975. A Data Handbook, 2 Bde.*, Frankfurt am Main: Campus 1983.

Foot, M. R. D., *Resistance: European Resistance to Nazism 1940–45*, London: Methuen 1976.

Förster, Jürgen, Hg., *Stalingrad. Ereignis, Wirkung, Symbol*, München: Piper 1992.

Foster, R. F., *Modern Ireland 1600–1972*, London: Penguin 1989.

*Fox, Robert, Hg., *We Were There. An Eyewitness History of the Twentieth Century*, London: Profile Books 2010.

Frei, Norbert, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945*, München: dtv 1987.

—, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, - München: Beck 1996.

—, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München: Beck 2005.

—, Hg., *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?*, Göttingen: Wallstein 2006.

Frevert, Ute, *Eurovisionen. Ansichten guter*

Europäer im 19. und 20. Jahrhundert,

Frankfurt am Main: Fischer 2003.

Friedländer, Saul, *Das Dritte Reich und die Juden,*

Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung*, Bd. 2: *Die Jahre der Vernichtung*, übers. v. Martin

Pfeiffer, München: Beck 1998/2006.

Friedrich, Jörg, *Der Brand. Deutschland im*

Bombenkrieg 1940–1945, Berlin: Propyläen
2002.

Fröhlich, Elke, *Der Zweite Weltkrieg. Eine kurze
Geschichte*, Stuttgart: Reclam 2013.

Fulbrook, Mary, *A History of Germany, 1918 –
2008. The Divided Nation*, Oxford: Wiley-
Blackwell 2008.

—, *Dissonant Lives. Generations and Violence
through the German Dictatorships*, Oxford [u.
a.]: Oxford University Press 2011.

—, Hg., *20th Century Germany. Politics, Culture
and Society 1918–1990*, London:

Bloomsbury 2001.

—, Hg., *Europe since 1945*, New York: Oxford University Press 2001.

Furet, François, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, übers. v. Karola Bartsch, München: Piper 1996.

Gaddis, John Lewis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, München: Siedler 2007.

Garfield, Simon, *Our Hidden Lives. The Everyday Diaries of a Forgotten Britain 1945–1948*, London: Ebury Press 2004.

Gatrell, Peter, *A Whole Empire Walking. Refugees in Russia during World War I*, Bloomington: Indiana University Press 1999.

—, *Russia's First World War: A Social and Economic History*, Harlow: Pearson/Longman 2005.

Gay, Peter, *Die Republik der Außenseiter. Geist*

und Kultur der Weimarer Zeit 1918–1933,
übers. v. Helmut Lindemann, Frankfurt am
Main: Fischer 2004.

Geary, Dick, *Arbeiterprotest und
Arbeiterbewegung in Europa 1848–1939*,
übers. v. Holger Fließbach, München: Beck
1983.

—, *European Labour Politics from 1900 to the
Depression*, Basingstoke: MacMillan 1991.

—, Hg., *Labour and Socialist Movements in
Europe before 1914*, Oxford [u. a.]: Berg 1989.

*Gedye, George Eric Rowe, *Als die Bastionen
fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und
Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten.
Eine Reportage*, übers. v. Henriette Werner,
Wien: Junis 1981.

Gehler, Michael, *Europa. Ideen, Institutionen,
Vereinigung*, München: Olzog 2005.

*Geiss, Imanuel, Hg., *Juli 1914. Die europäische*

Krise und der Ausbruch des 1. Weltkriegs,
München: dtv 1965.

Gellately, Robert, *Lenin, Stalin und Hitler. Drei Diktatoren, die Europa in den Abgrund führten*, übers. v. Heike Schlatterer u. Norbert Juraschitz, Bergisch Gladbach: Lübbe 2009.

Gentile, Emilio, *The Sacralization of Politics in Fascist Italy*, übers. v. Keith Botsford, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1996.

Gerlach, Christian, *Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert*, übers. v. Kurt Baudisch, München: DVA 2011.

—, Aly, Götz, *Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944–1945*, Frankfurt am Main: Fischer 2004.

Gerwarth, Robert, *Robert Heydrich. Biographie*, übers. v. Udo Rennert, München: Siedler

2011.

*—, »The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War«, in: *Past and Present*, 200 (2008).

—, Hg., *Twisted Paths. Europe 1914–1945*, Oxford: Oxford University Press 2008.

*—; Horne, John, »Vectors of Violence. Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923«, in: *The Journal of Modern History*, 83/3 (2011).

*—; —, Hg., *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*, übers. v. Ulrike Bischoff, Göttingen: Wallstein 2013.

Gilbert, Felix, *The End of the European Era, 1890 to the Present*, 3. Aufl., New York: Norton 1984.

Gilbert, Martin, *Recent History Atlas 1860 to 1960*, London; Weidenfeld & Nicolson 1966.

—, *First World War Atlas*, London: Weidenfeld & Nicolson 1970.

—, *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas*, Neuausg., übers. v. Nicolaus Hansen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1995.

Gildea, Robert, *Marianne in Chains. Daily Life in the Heart of France during the German Occupation*, New York: Picador 2002.

—, Wieviorka, Olivier; Warring, Anette, Hg., *Surviving Hitler and Mussolini. Daily Life in Occupied Europe*, Oxford [u. a.]: Berg 2006.

*Gisevius, Hans Bernd, *Bis zum bitteren Ende*, Hamburg: Rütten und Loening 1960.

Glenny, Misha, *The Balkans 1804–1999. Nationalism, War and the Great Powers*, London: Granta 1999.

*Goebbels, Joseph, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hg. v. Elke Fröhlich, Teil 1, Bd. 5, München: K. G. Saur 2000.

Goltz, Anna von der; Gildea, Robert, »Flawed Saviours. The Myths of Hindenburg and Petain«, in: *European History Quarterly*, 39 (2009).

Graham, Helen, *The Spanish Republic at War 1936–1939*, Cambridge: Cambridge University Press 2002.

Graml, Hermann, *Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940*, München: Oldenbourg 2010.

*—, *Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik*, München: Oldenbourg, 2012.

*Graves, Robert, *Strich drunter!*, Autobiographie, übers. v. Birgit Otte, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1990.

Gregory, Adrian, *The Last Great War. British Society and the First World War*, Cambridge: Cambridge University Press 2008.

—, »British ›War Enthusiasm‹ in 1914 – A Reassessment«, in: Gail Braybon, Hg.,

Evidence, History and the Great War: Historians and the Impact of 1914–18, New York, Oxford: Berghahn Books 2003.

Griffin, Roger, *The Nature of Fascism*, London: Routledge 1991.

—, *Modernism and Fascism. The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*, New York: Palgrave 2007.

*—, Hg., *Fascism*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 1995.

—, Hg., *International Fascism. Theories, Causes and the New Consensus*, London [u. a.]: Arnold 1998.

Gross, Jan Tomasz, *Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen*, übers. v. Friedrich Griesse, Berlin: Suhrkamp 2012.

Gruchmann, Lothar, *Der Zweite Weltkrieg*, München: dtv 1975.

Gundle, Stephen; Duggan, Christopher; Pieri,

Giuliana, Hg., *The Cult of the Duce. Mussolini and the Italians*, Manchester: Manchester University Press 2013.

*Hamann, Brigitte, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München: Piper 1998.

*—, *Der Erste Weltkrieg. Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten*, akt. Neuausg., München: Piper 2014.

Hardach, Gerd, *Der Erste Weltkrieg. 1914–1918*, München: dtv 1973.

Hardtwig, Wolfgang, Hg., *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*, München: Oldenburg 2003.

Harrison, Joseph, *An Economic History of Modern Spain*, Manchester: Manchester University Press 1978.

—, *The Spanish Economy in the Twentieth Century*, London [u. a.]: Croom Helm 1985.

Hastings, Max, *Armageddon. The Battle for*

- Germany 1944–45*, London: Macmillan 2004.
- , *Finest Years: Churchill as Warlord 1940–45*, London: Harper Press 2009.
- *—, *All Hell Let Loose. The World at War 1939–1945*, London: Harper Press 2011.
- , *Catastrophe. Europe goes to War 1914*, London: William Collins 2013.
- Hayes, Paul, Hg., *Themes in Modern European History 1890–1945*, London [u. a.]: Routledge 1992.
- Henke, Klaus-Dietmar; Woller, Hans, Hg., *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München: dtv 1991.
- *Hennessy, Peter, *Never Again: Britain 1945–1951*, London [u. a.]: Random House 1993.
- Herbert, Ulrich, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der*

Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, Neuausg.,
Bonn: Dietz 1999.

—, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*,
München: Beck 2014.

—, »Europe in High Modernity. Reflections on a
Theory of the 20th Century«, in: *Journal of
Modern European History*, 5/1 (2007).

Herf, Jeffrey, *The Jewish Enemy. Nazi
Propaganda during World War II and the
Holocaust*, Cambridge, Mass. [u. a.]: Belknap
Press of Harvard University Press 2006.

Herwig, Holger H., *The Outbreak of World War I:
Causes and Responsibilities*, Boston:
Houghton Mifflin 1997.

Hewitson, Mark, *Germany and the Causes of the
First World War*, Oxford [u. a.]: Berg 2004.

Hilberg, Raul, *Die Vernichtung der europäischen
Juden*, übers. v. Christian Seeger et al.,
3 Bde., rev. Ausgabe, Frankfurt am Main:

Fischer 1990.

Hirschfeld, Gerhard, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart: DVA 1984.

—; Krumeich, Gerd; Renz, Irena, Hg., »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ...«. *Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt am Main: Fischer 1996.

—; —; —, Hg., *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, akt. Neuausg. Paderborn [u. a.]: Schöningh 2009.

*Hitler, Adolf, *Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde. in 12 Teilbde., München [u. a.]: K. G. Saur 1992–1998.

—, *Mein Kampf. Eine kritische Edition*, hg. v. Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger, Roman Töppel, 2 Bde., Berlin, München 2016.

Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme*.

Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, übers. v.

Yvonne Badal, München: Hanser 1995.

*—, *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20.*

Jahrhundert, übers. v. Udo Rennert,
München: dtv 2006.

—, *Fractured Times. Culture and Society in the
Twentieth Century*, London: Abacus 2013.

Hoensch, Jörg K., *Geschichte Ungarns 1867 –
1983*, Stuttgart [u. a.]: Kohlhammer 1984.

Hoeres, Peter, *Die Kultur von Weimar.*

Durchbruch der Moderne, Berlin: be. bra
2008.

Hoffmann, Peter, *Widerstand, Staatsstreich,
Attentat. Der Kampf der Opposition gegen
Hitler*, rev. Neuausg., München: Piper 1985.

Hogan, Michael J., *The Marshall Plan. America,
Britain, and the Reconstruction of Western
Europe, 1947–1952*, Cambridge: Cambridge
University Press 1987.

Horne, John; Kramer, Alan, *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit*, übers. v. Udo Rennert, Hamburg: Hamburger Edition 2004.

—, Hg., *State, Society and Mobilization in Europe during the First World War*, Cambridge: Cambridge University Press 1997.

—, Hg., *A Companion to World War I*, Oxford: Wiley-Blackwell 2012.

*Hosenfeld, Wilm, »*Ich versuche, jeden zu retten*«. *Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern*, München: DVA 2004.

*Hosking, Geoffrey, *A History of the Soviet Union*, London: Fontana 1985.

—, *Russia and the Russians*, London: Allan Lane 2001.

*Höss, Rudolf, *Kommandant in Auschwitz*, München: dtv 1963.

Howard, Michael, *Der Krieg in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zu den neuen*

Kriegen der Gegenwart, rev. Neuausg., übers.
v. Karl Heinz Siber, München: Beck 2010.

—; Louis, William Roger, Hg., *The Oxford
History of the Twentieth Century*, Oxford:
Oxford University Press 1998.

*Hughes, Henry Stuart, *Consciousness and
Society. The Reorientation of European Social
Thought, 1890 – 1930*, New York: Knopf
1958.

*Huxley, Aldous, *Brave New World Revisited*,
London: Vintage 2007.

Illies, Florian, 1913. *Der Sommer des
Jahrhunderts*, Frankfurt am Main: Fischer
2012.

Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor, *Der Kalte Krieg.
Eine illustrierte Geschichte, 1945 – 1991*, übers.
v. Markus Schurr, München: Heyne 2001.

Jäckel, Eberhard, *Hitler in History (Lectures)*,
Hanover, London: University Press of New

England 1984.

—, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, rev. Neuausg., Stuttgart: DVA 1991.

*—, *Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz*, Stuttgart: DVA 1996.

*—; Kuhn, Axel, Hg., *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen. 1905 –1924*, Stuttgart: DVA 1980.

Jackson, Julian, *The Politics of Depression in France*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1985.

—, *The Popular Front in France. Defending Democracy, 1934 –1938*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1988.

—, *France. The Dark Years, 1940 –1944*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2001.

—, *The Fall of France: The Nazi Invasion of 1940*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2003.

*—, Hg., *Europe 1900 –1945*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2002.

*Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul F.; Zeisel, Hans, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit ...*, Nachdruck, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2012.

James, Harold, *The German Slump. Politics and Economics 1924 –1936*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 1986.

—, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914 –2001*, übers. v. Udo Rennert, München: Beck 2004.

Jelavich, Barbara, *History of the Balkans. Vol. 2: Twentieth Century*, Cambridge: Cambridge University Press 1983.

Jenkins, Roy, *Churchill*, London: Macmillan 2001.

Jesse, Eckhard, Hg., *Totalitarismus im 20.*

Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, 2. erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos 1999.

Joll, James, *Europe since 1870. An International History*, London: Weidenfeld & Nicolson 1973.

*—, *Die Ursprünge des Ersten Weltkriegs*, übers. v. Volkhard Matyssek, München: List 1988.

*Judt, Tony, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, übers. v. Hainer Kober u. Matthias Fienbork, München: Hanser 2006.

—, *Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen*, übers. v. Matthias Fienbork, München: Hanser 2010.

—, mit Snyder, Timothy, *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, übers. v. Matthias Fienbork, München: Hanser 2013.

* Jünger, Ernst, *Kriegstagebuch 1914–1918*, hg. v. Helmuth Kiesel, Stuttgart: Klett-Cotta

2010.

- *—, *In Stahlgewittern*, hg. v. Helmuth Kiesel, 2 Bde., 2. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta 2014.
- , *Krieg als inneres Erlebnis. Schriften zum Ersten Weltkrieg*, hg. v. Helmuth Kiesel, Stuttgart: Klett-Cotta 2016.

Kaelble, Hartmut, *Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt: WBG 1978.

—, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München: Beck 1987.

—, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*, München: Beck 2011.

*Kaes, Anton; Jay, Martin; Dimendberg, Edward, Hg., *The Weimar Republic Sourcebook*, Berkeley: University of California Press 1995.

Kann, Robert A.; Király, Béla K.; Fichtner, Paula

S., Hg., *The Habsburg Empire in World War I. Essays on the Intellectual, Military, Political and Economic Aspects of the Habsburg War Effort*, Boulder: East European Monographs 1977.

Kater, Michael H., *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919–1945*, Oxford: Blackwell 1983.

—, *Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany*, Oxford: Oxford University Press 1992.

—, *Die missbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich*, übers. v. Maurus Pacher, München [u. a.]: Europa Verlag 1998.

—, *Weimar: From Enlightenment to the Present*, New Haven: Yale University Press 2014.

*Kedward, Rod, *La vie en bleu: France and the French since 1900*, London: Penguin 2006.

Keegan, John, *Der Erste Weltkrieg. Eine*

europäische Tragödie, übers. v. Karl u. Heidi Nicolai, Reinbek bei Hamburg: Kindler 2000.

*Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, übers. v. Klaus Kochmann u. Boike Rehbein, Stuttgart: DVA 1999.

*—, *Hitler, Bd. 1: Hitler 1889–1936, Bd. 2: Hitler 1936–1945, Bd. 3: Register*, übers. v. Klaus Kochmann, Stuttgart: DVA 1998–2001.

—, *Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940–1941*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, München: DVA 2008.

—, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, übers. v. Klaus Binder, Bernd Leineweber, Martin Pfeiffer, München: DVA 2011.

—; Lewin, Moshe, Hg., *Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1997.

Kertzer, David I., *The Pope and Mussolini. The*

Secret History of Pius XI and the Rise of Fascism in Europe, Oxford: Oxford University Press 2014.

*Keynes, John Maynard, *Krieg und Frieden. Die ökonomischen Folgen des Vertrages von Versailles*, übers. v. Joachim Kulka, Berlin: Berenberg 2014.

Kielinger, Thomas, *Winston Churchill. Der späte Held. Eine Biographie*, München: Beck 2014.

Kiesel, Helmuth, *Geschichte der literarischen Moderne. Sprache, Ästhetik, Dichtung im 20. Jahrhundert*, München: Beck 2004.

Kindleberger, Charles Poor, *Die Weltwirtschaftskrise, 1929–1939*, übers. v. Michael Ledig, München: dtv 1973.

Kirk, Tim; McElligott, Anthony, Hg., *Opposing Fascism: Community, Authority and Resistance in Europe*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1999.

Kitchen, Martin, *The Coming of Austrian Fascism*,
London: Croom Helm 1980.

Kleine-Ahlbrandt, William Laird, *Twentieth-Century European History*, St. Paul, MN:
West Publications, 1993.

*Klemperer, Victor, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, 2 Bde.,
Berlin: Aufbau 1995.

Knox, MacGregor, *Mussolini Unleashed 1939–1941*, Cambridge [u. a.]: Cambridge
University Press 1986.

—, *Common Destiny: Dictatorship, Foreign Policy, and War in Fascist Italy and Nazi Germany*,
Cambridge [u. a.]: Cambridge University
Press 2000.

—, *To the Threshold of Power, 1922/33. Origins and Dynamics of the Fascist and National Socialist Dictatorships*, Bd. 1, Cambridge:
Cambridge University Press 2007.

- Koch, Stephen, *Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals*, London: HarperCollins 1995.
- Kochanski, Halik, *The Eagle Unbowed: Poland and the Poles in the Second World War*, London: Allan Lane 2012.
- Kocka, Jürgen, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, 2. rev. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1978.
- Kolb, Eberhard; Schumann, Dirk, *Die Weimarer Republik*, 8. akt. u. erw. Aufl., München [u. a.]: Oldenbourg 2013.
- Kolko, Gabriel, *Das Jahrhundert der Kriege*, gekürzte dt. Ausg., übers. v. Hans Günther Holl, Frankfurt am Main 1999.
- *Kossert, Andreas, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München: Siedler 2008.
- *Kovály, Heda Margolius, *Eine Jüdin in Prag*.

Unter dem Schatten von Hitler und Stalin,
übers. v. Hans-H. Harbort, Berlin: Rowohlt
Berlin 1992.

Kramer, Alan, *Dynamic of Destruction. Culture
and Mass Killing in the First World War*,
Oxford: Oxford University Press 2007.

Krumeich, Gerd, Hg., *Nationalsozialismus und
Erster Weltkrieg*, Essen: Klartext 2010.

Kühlwein, Klaus, *Pius XII. und die Judenrazzia in
Rom*, Berlin: epubli 2013.

*Kulka, Otto Dov, *Landschaften der Metropole des
Todes*, übers. v. Inka Arroyo Antezana,
Anne Birkenhauer, Noa Mkayton, München:
DVA 2013.

—, »History and Historical Consciousness.
Similarities and Dissimilarities in the History
of the Jews in Germany and the Czech Lands
1918 –1945«, in: *Bohemia*, 46/1 (2005).

—; Jäckel, Eberhard, Hg., *Die Juden in den*

geheimen NS-Stimmungsberichten, Düsseldorf:
Droste 2004.

—; Mendes-Flohr, Paul R., Hg., *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism* (Tagungsbericht), Jerusalem 1987.

Lamb, Richard, *The Ghosts of Peace 1935–1945*,
Salisbury: M. Russell 1987.

*Laqueur, Walter, *Europa aus der Asche. Geschichte seit 1945*, übers. v. Gertrude Goldenberg, München [u. a.]: Juncker 1970.

—, Hg., *Fascism. A Reader's Guide*, London:
Wildwood House 1976.

Larkin, Maurice, *France since the Popular Front. Government and People 1936–1996*, Oxford:
Clarendon Press 1988.

Larsen, Stein Ugelvik; Hagtvet, Bernt;
Myklebust, Jan Peter, Hg., *Who Were the - Fascists? Social Roots of European Fascism*,
Bergen [u. a.]: Universitetsforlaget 1980.

—; Hagtvet, Bernt, Hg., *Modern Europe after Fascism 1943 –1980s*, 2 Bde., New York: Columbia University Press 1998.

Latourette, Kenneth Scott, *Christianity in a Revolutionary Age. Bd. 4: The Twentieth Century in Europe*, Grand Rapids: Zondervan Publishing House 1969.

Leitz, Christian, *Nazi Germany and Neutral Europe during the Second World War*, Manchester: Manchester University Press 2000.

*Leonhard, Jörn, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, 5. erw. Aufl., München: Beck 2014.

*Levi, Primo, *Ist das ein Mensch?*, übers. v. Heinz Riedt, Frankfurt am Main: Fischer 1960.

*Levine, Joshua, Hg., *Forgotten Voices of the Somme. The Most Devastating Battle of the Great War in the Words of Those Who Survived*, London: Ebury 2008.

Lewin, Moshe, *The Making of the Soviet System*,
London: Methnen 1985.

—, *The Soviet Century*, hg. v. Gregory Elliott,
London: Verso 2005.

Liddle, Peter, Hg., *Captured Memories 1900 –
1918. Across the Threshold of War*, Barnsley:
Pen & Sword 2010.

—, Hg., *Captured Memories 1930 –1945. Across
the Threshold of War – The Thirties and the
War*, Barnsley: Pen & Sword 2011.

Lidegaard, Bo, *Die Ausnahme. Oktober 1943. Wie
die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger
der Vernichtung entkamen*, übers. v. Yvonne
Badall, München: Blessing 2013.

Lieven, D. C. B., *Russia and the Origins of the
First World War*, London: Macmillan 1983.

Linz, Juan J., *The Breakdown of Democratic
Regimes: Crisis, Breakdown and Re-
equilibration*, Baltimore [u. a.]: Johns Hopkins

University Press 1978.

—; Stepan, Alfred, Hg., *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe*, Baltimore [u. a.]: Johns Hopkins University Press 1978.

Lipset, Seymour Martin, *Soziologie der Demokratie*, übers. v. Otto Kimmenich, Neuwied: Luchterhand 1962.

*Liulevicius, Vejas Gabriel, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonialisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, übers. v. Jürgen Bauer et al., Hamburg: Hamburger Edition 2002.

*Lloyd George, David, *War Memoirs*, Bd. 1, London: Nicholson & Watson 1933.

Longerich, Peter, *Politik der Vernichtung. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, München: Pantheon 2007.

—, *Heinrich Himmler. Biographie*, München: Pantheon 2010.

*Lounguina, Lila, *Les saisons de Moscou 1933 – 1990*, Paris: Plon 1990.

Lowe, Keith, *Inferno. The Devastation of Hamburg, 1943*, London: Viking 2007.

—, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie, 1943 – 1950*, übers. v. Stephan Gebauer u. Thorsten Schmidt, Stuttgart: Klett-Cotta 2014.

Lukacs, John, *At the End of an Age*, New Haven, London: Yale University Press 2002.

Lyttelton, Adrian, *The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919 – 1929*, London: Weidenfeld & Nicolson 1973.

—, Hg., *Liberal and Fascist Italy*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2002.

Macartney, C. A., *The Habsburg Empire, 1790 – 1918*, London: Weidenfeld & Nicolson 1968.

*MacCulloch, Diarmaid, *A History of Christianity*, London: Alan Lane 2009.

- Machtan, Lothar, *Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen*, Berlin: Propyläen 2008.
- , *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*, Berlin: Suhrkamp 2013.
- Mack Smith, Denis, *Mussolini. Eine Biographie*, übers. v. Michael Grendacher u. Thomas Kolberger, München: Hanser 1983.
- MacMillan, Margaret, *Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and its Attempt to End War*, London: John Murray 2002.
- , *Paris 1919. Six Months that Changed the World*, New York: Random House 2002.
- , *The War that Ended Peace. How Europe Abandoned Peace for the First World War*, London: Profile 2013.
- Maier, Charles S., *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton: Princeton University Press 1975.
- *—, Hg., *The Cold War in Europe. Era of a*

Divided Continent, New York: Markus Wiener 1991.

*Maier, Klaus A., »Die Zerstörung Gernikas am 26. April 1937«, in: *Militärgeschichte*, 1 (2007).

Maiolo, Joe, *Cry Havoc. The Arms Race and the Second World War 1931–1941*, London: John Murray 2010.

Mak, Geert, *In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert*, übers. v. Andreas Ecke u. Gregor Seferens, München: Pantheon 2007.

Mamatey, Victor; Luža, Radomír, Hg., *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1948*, Wien: Böhlau 1980.

Mann, Michael, *Fascists*, Cambridge, New York: Cambridge University Press 2004.

—, *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2005.

—, *The Sources of Social Power, Bd. 3: Global Empires and Revolution, 1890–1945*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2012.

Marrus, Michael R., *The Nuremberg War Crimes Trial 1945–46. A Documentary History*, Boston [u. a.]: Bedford Books 1997.

Marwick, Arthur, *The Deluge: British Society and the First World War*, London: Bodley Head 1965.

—, *War and Social Change in the Twentieth Century. A Comparative Study of Britain, France, Germany, Russia, and the United States*, New York: St. Martin's Press 1974.

—, Hg., *Total War and Social Change*, London [u. a.]: Macmillan 1988.

Mason, Timothy W., *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen: Westdeutscher Verl. 1977.

—, *Nazism, Fascism and the Working Class*.

Essays by Tim Mason, hg. v. Jane Caplan,
New York, Cambridge: Cambridge University
Press 1995.

Mawdsley, Evan, *The Stalin Years: The Soviet
Union, 1929–1953*, Manchester [u. a.]:
Manchester University Press 1998.

—, *The Russian Civil War*, Edinburgh: Birlinn
2000.

Mayer, Arno J., *Adelsmacht und Bürgertum. Die
Krise der europäischen Gesellschaft, 1848 –
1914*, übers. v. Karl Heinz Siber, München:
dtv 1988.

—, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich,
Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«*,
übers. v. Karl Heinz Siber, Reinbek bei
Hamburg: Rowohlt 1988.

Mazower, Mark, *Inside Hitler's Greece. The
Experience of Occupation, 1941–44*, New
Haven [u. a.]: Yale University Press 1993.

- , *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, übers. v. Hans-Joachim Maass, - Berlin: Fest 2000.
- , *Balkan*, übers. v. Elvira Willems, Berlin: Berliner Verlag 2002.
- , *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, übers. v. Martin Richter, München: Beck 2011.
- McCauley, Martin, *The Origins of the Cold War*, London: Longman 1983.
- , *The Soviet Union, 1917–1991*, 2. Aufl., London [u. a.]: Longman 1993.
- McElligott, Anthony, *Rethinking the Weimar Republic*, London [u. a.]: Bloomsbury 2014.
- , Hg., *Weimar Germany*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2009.
- *McLeod, Hugh, *Religion and the People of Western Europe 1789–1970*, Oxford, New York: Oxford University Press 1981.

*McMeekin, Sean, *Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe*, übers. v. Franz Leipold, München [u. a.]: Europa Verlag 2014.

McMillan, Dan, *How Could This Happen? Explaining the Holocaust*, New York: Basic Books 2014.

McMillan, James F., *Twentieth-Century France: Politics and Society 1898 –1991*, London [u. a.]: E. Arnold 1992.

Meehan, Patricia, *The Unnecessary War. Whitehall and the German Resistance to Hitler*, London: Sinclair-Stevenson 1992.

*Merkel, Peter H., *Political Violence under the Swastika. 581 early Nazis*, Princeton: Princeton University Press 1975.

*Merridale, Catherine, *Night of Stone. Death and Memory in Russia*, London: Granta Books

2000.

*—, *Ivan's War. The Red Army 1939–1945*,
London: Faber & Faber 2005.

Merriman, John, *A History of Modern Europe*.
Bd. 2: From the French Revolution to the
Present, 2. Aufl., New York [u. a.]: Norton
2004.

Michaelis, Meir, *Mussolini and the Jews. German-
Italian Relations and the Jewish Question in*
Italy 1922–1945, Oxford: Clarendon 1978.

Michalka, Wolfgang, Hg., *Die*
nationalsozialistische Machtergreifung,
Paderborn [u. a.]: Schöningh 1984.

Michman, Dan, *Angst vor den »Ostjuden«*. *Die*
Entstehung der Ghettos während des
Holocaust, übers. v. Udo Rennert, Frankfurt
am Main: Fischer 2011.

—, Hg., *Belgium and the Holocaust. Jews,*
Belgians, Germans, Jerusalem: Yad Vashem
1998.

*Middlemas, Keith; Barnes, Anthony John,
Baldwin. A Biography, London: Weidenfeld
& Nicolson 1969.

Milward, Alan S., *The Economic Effects of the
World Wars on Britain*, London: Macmillan
1970.

—, *The Reconstruction of Western Europe 1945 –
51*, London: Methuen 1984.

—, *War, Economy and Society 1939 –1945*,
Harmondsworth: Pelican Books 1987.

Mitchell, B. R., Hg., *International Historical
Statistics: Europe, 1750 –1988*, Basingstoke:
Macmillan 2003.

*Möll, Marc-Pierre, *Gesellschaft und totalitäre
Ordnung. Eine theoriegeschichtliche
Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus*,
Baden-Baden: Nomos 1998.

Möller, Horst, *Europa zwischen den Weltkriegen*,
München: Oldenbourg 1998.

*Mombauer, Annika, Hg., *The Origins of the First World War. Diplomatic and Military Documents*, Manchester [u. a.]: Manchester University Press 2013.

Mommsen, Hans, *Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche*, München: Ullstein 2001.

—, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, Berlin: Ullstein 1998.

—, *Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand*, München: DVA 2010.

—, *Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa*, Göttingen: Wallstein 2014.

Mommsen, Wolfgang J., *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt am Main: Fischer 1992.

—; Kettenacker, Lothar, Hg., *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London: Allen & Unwin 1983.

Montefiore, Simon Sebag, *Stalin. Am Hof des roten Zaren*, übers. v. Hans Günter Holl, Frankfurt am Main: Fischer 2005.

Moore, Bob, *Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933 –1940*, Dordrecht [u. a.]: Nijhoff 1986.

—, *Victims and Survivors. The Nazi Persecution of the Jews in the Netherlands 1940 –1945*, London [u. a.]: Arnold 1997.

—, *Survivors. Jewish Self-Help and Rescue in Nazi Occupied Western Europe*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2010.

—, Hg., *Resistance in Western Europe*, Oxford [u. a.]: Berg 2000.

Moorhouse, Roger, *Killing Hitler. Die Attentäter, die Pläne und warum sie scheiterten*, übers. v.

Ulrich Bossier, Wiesbaden: Marix 2007.

—, *The Devil's Alliance. Hitler's Pact with Stalin 1939–1941*, New York: Basic Books 2014.

Morgan, Kenneth O., *Labour in Power 1945–1951*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 1985.

Morgan, Philip, *Italian Fascism*, London [u. a.]: Macmillan 2004.

Morris, Jeremy, *The Church in the Modern Age*, London: Tauris 2007.

Mosse, George L., *The Culture of Western Europe. The Nineteenth and Twentieth Centuries*, London: Murray 1963.

—, *Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, übers. v. Renate Becker, Königstein/Ts.: Athenäum 1979.

—, *Die Nationalisierung der Massen*, übers. v. Otto Weith, Frankfurt am Main [u. a.]: - Campus 1993.

—, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars*, New York: Oxford University Press 1990.

—, Hg., *International Fascism. New Thoughts and New Approaches*, London [u. a.]: Sage 1979.

Mowat, Charles Loch, *Britain between the Wars 1918–1940*, London: Methuen 1955.

—, Hg., *The New Cambridge Modern History. Vol. XII: The Era of Violence 1898–1945*, Cambridge: Cambridge University Press 1968.

Mühlberger, Detlef, *The Social Bases of Nazism 1919–1933*, Cambridge: Cambridge University Press 2003.

*Münkler, Herfried, *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin: Rowohlt Berlin 2013.

Naimark, Norman M., *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, übers. v. Hans-Ulrich Seebohm u. Hans-

Joachim Maass, Berlin: Propyläen 1997.

*—, *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, übers. v. Martin Richter, München: Beck 2004.

—, *Stalin und der Genozid*, übers. v. Kurt Baudisch, Berlin: Suhrkamp 2010.

—, »Stalin and Europe in the Postwar Period, 1945 –53. Issues and Problems«, in: *Journal of Modern European History*, 2/1 (2004).

Neitzel, Sönke, *Weltkrieg und Revolution 1914 – 1918/19*, Berlin: Be. bra 2008.

Newman, Karl J., *European Democracy between the Wars*, London: Allen & Unwin 1970.

*Nielsen, Frederick, *Emigrant für Deutschland in der Tschechoslowakei, in England und Kanada. Tagebuchaufzeichnungen, Aufrufe und Berichte aus den Jahren 1933 –1943*, 2 Bde., Darmstadt: Bläschke 1977.

*Niethammer, Lutz, *Die Mitläuferfabrik. Die*

Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin
[u. a.]: Dietz 1982.

*Noakes, Jeremy, »Nazism and Eugenics«, in:
Bullen, R. J.; Strandmann, H. Pogge von;
Polonsky, A. B., Hg., *Ideas into Politics:
Aspects of European History 1880 –1950*,
London: Croom Helm 1984.

—, Hg., *The Civilian in War*, Exeter: University
of Exeter Press 1992.

*—; Pridham, Geoffrey, Hg., *Nazism 1919 –1945:
A Documentary Reader*, 4 Bde., Exeter:
University of Exeter Press 1983 –1998.

Nolte, Ernst, *Der Faschismus in seiner Epoche:
Action française, italienischer Faschismus,
Nationalsozialismus*, München: Piper 1963.

Nove, Alec, *Stalinism and After*, London: Allen &
Unwin 1975.

Orth, Karin, *Das System der
nationalsozialistischen Konzentrationslager.
Eine politische Organisationsgeschichte*,

Hamburg: Hamburger Edition 1999.

Orwell, George, *Erledigt in Paris und London.*

Roman (1933), übers. v. Helga u. Alexander Schmitz, Zürich: Diogenes 2001.

*—, *Der Weg nach Wigan Pier* (1937), übers. v. Manfred Papst, Zürich: Diogenes 1982.

*—, *Mein Katalonien. Bericht über den spanischen Bürgerkrieg* (1938), übers. v. Wolfgang Rieger, Zürich: Diogenes 1975.

*—, *The Collected Essays, Journalism and Letters of George Orwell*, Bd. 2: *My Country Right or Left*, London: Secker and Warburg 1968.

Overy, Richard, *War and the Economy in the Third Reich*, Oxford: Clarendon 1994.

—, *The Nazi Economic Recovery 1932–1938*, Cambridge: Cambridge University Press 1996.

—, *Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen*, übers. v.

Jürgen Charnitzky, Stuttgart: DVA 2000.

—, *Russlands Krieg. 1941 –1945*, übers. v. Hainer Kober, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2003.

—, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland*, übers. v. Udo Rennert u. Karl Heinz Siber, München: DVA 2005.

*—, *The Morbid Age. Britain and the Crisis of Civilization, 1919 –1939*, London: Penguin 2010.

—, *Der Bombenkrieg. Europa 1939 –1945*, übers. v. Hainer Kober, Berlin: Rowohlt Berlin 2014.

Parker, R. A. C., *Struggle for Survival. The History of the Second World War*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 1990.

—, *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War*, London: Macmillan 1993.

—, *Churchill and Appeasement: Could Churchill have Prevented the Second World War?*,

London: Macmillan 2000.

Passmore, Kevin, *Fascism. A Very Short Introduction*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2002.

Paxton, Robert O., *Vichy France: Old Guard and New Order 1940–1944*, London: Barrie and Jenkins 1972.

—, *Anatomie des Faschismus*, übers. v. Dietmar Zimmer, München: DVA 2006.

Payne, Stanley G., *Falange: A History of Spanish Fascism*, Stanford: Stanford University Press 1961.

—, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, übers. v. Ewald Gramlich, Berlin: Propyläen 2001.

Petzina, Dietmar; Abelshauser, Werner; Faust, Anselm, Hg., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*, München:

Beck 1978.

*Peukert, Detlev J. K., *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987.

Phayer, Michael, *The Catholic Church and the Holocaust. 1930–1965*, Bloomington [u. a.]: Indiana University Press 2000.

Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, übers. v. Ilse Utz u. Stefan Lorenzer, München: Beck 2014.

*Pollard, Sidney; Holmes, Colin, Hg., *Documents in European Economic History, Bd. 3: The End of the Old Europe 1914–1939*, London: Edward Arnold 1973.

Polonsky, Antony, *The Little Dictators. The History of Eastern Europe since 1918*, London [u. a.]: Routledge 1975.

Pope, Stephen; Wheal, Elizabeth-Anne; Robbins, Keith, *Macmillan Dictionary of the First*

World War, London: Macmillan 1995.

—; —, *Macmillan Dictionary of the Second World War*, 2. Aufl., London: Macmillan 1995.

Preston, Paul, *Franco. A Biography*, London: HarperCollins 1993.

*—, *The Coming of the Spanish Civil War. Reform, Reaction and Revolution in the Second Republic 1931 –1936*, 2. Aufl., London [u. a.]: Routledge 1994.

—, *The Politics of Revenge. Fascism and the Military in 20th Century Spain*, London [u. a.]: Routledge 1995.

—, *Comrades! Portraits from the Spanish Civil War*, London: HarperCollins 1999.

—, *The Spanish Civil War. Reaction, Revolution and Revenge*, London: HarperCollins 2006.

*—, *The Spanish Holocaust: Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain*, London: Harper Press 2012.

—; Mackenzie, Ann L., Hg., *The Republic Besieged. Civil War in Spain 1936–1939*, Edinburgh: Edinburgh University Press 1996.

Priestland, David, *Merchant, Soldier, Sage. A New History of Power*, London: Allan Lane 2012.

Priestley, John B., *Englische Reise. Ein zwangloser, aber wahrheitsgetreuer Bericht darüber, was ein Mann auf einer Reise durch England im Herbst des Jahres 1933 sah und hörte, fühlte und dachte*, übers. v. Efraim Frisch, Berlin: Fischer 1934.

Pritchard, Gareth, *The Making of the GDR, 1945–1953. From Antifascism to Stalinism*, Manchester [u. a.]: Manchester University Press 2000.

Pugh, Martin, *We Danced All Night. A Social History of Britain between the Wars*, London: Vintage 2009.

Raphael, Lutz, *Imperiale Gewalt und mobilisierte*

Nation. Europa 1914–1945, München: Beck 2011.

*Rees, Laurence, *Hitlers Krieg im Osten*, übers. v. Cäcilie Plieninger u. Markus Schurr, München: Heyne 2000.

*—, *Die Nazis. Eine Warnung der Geschichte*, übers. v. Wolfram Ströle u. Helmut Dierlamm, München: Heyne 2001.

*—, *Auschwitz. Geschichte eines Verbrechens*, übers. v. Petra Post, Udo Rennert, Ilse Strasman, Andrea von Struve, Berlin: List 2007.

*—, *World War Two. Behind Closed Doors. Stalin, the Nazis and the West*, London: BBC Books 2008.

Reich-Ranicki, Marcel, *Mein Leben*, Stuttgart: DVA 1999.

Reynolds, David, *Shattering Empires. The Clash and Collapse of the Ottoman and Russian Empires, 1908–1918*, Cambridge [u. a.]:

Cambridge University Press 2011.

—, *The Long Shadow. The Great War and the Twentieth Century*, London [u. a.]: Simon & Schuster 2013.

—, »The Origins of the Two ›World Wars‹. Historical Discourse and International Politics«, in: *Journal of Contemporary History*, 38/1 (2003).

Rhodes, Anthony, *Der Papst und die Diktatoren. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus*, übers. v. Robert Paula, Wien [u. a.]: Böhlau 1980.

Richards, Michael, *A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936–1945*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1998.

Roberts, Andrew, *Masters and Commanders: How Roosevelt, Churchill, Marshall and Alanbrooke won the War in the West*, London: Allen Lane 2008.

Roberts, Andrew, *The Storm of War. A New History of the Second World War*, London: Harper 2009.

Roberts, J. M., *A History of Europe*, Oxford: Helicon 1996.

—, *Twentieth Century: A History of the World from 1901 to the Present*, London: Allen Lane 1999.

Robertson, Ritchie, *Kafka. A Very Short Introduction*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2004.

Rodrigue, Aron, »The Mass Destruction of Armenians and Jews in the 20th Century in Historical Perspective«, in: Kieser, Hans-Lukas; Schaller, Dominik J., Hg., *Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah*, Zürich: Chronos 2002.

Rogger, Hans; Weber, Eugen, Hg., *The European Right. A Historical Profile*, London: Weidenfeld & Nicolson 1965.

- Röhl, John C. G., *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941*, München: Beck 2008.
- Rose, Richard, *What is Europe?*, New York: HarperCollins 1996.
- Roseman, Mark, »National Socialism and the End of Modernity«, in: *American Historical Review*, 116/3 (2011).
- Rosenberg, Emily S., Hg., *Geschichte der Welt. 1870–1945: Weltmärkte und Weltkriege*, München: Beck 2012.
- Rothschild, Joseph, *East Central Europe between the Two World Wars*, Seattle: University of Washington Press 1977.
- Rousso, Henry, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris: du Seuil 1990.
- , *Les années noires. Vivre sous l'occupation*, Paris: Gallimard 1992.
- , *Vichy, L'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris: Gallimard 2001.

—, Hg., *Stalinisme et nazisme. Histoire et mémoire comparées*, Paris: Complexe 1999.

Sarti, Roland, Hg., *The Ax Within. Italian Fascism in Action*, New York: New Viewpoints 1974.

Sassoon, Donald, *The Culture of the Europeans. From 1800 to the Present*, London: Harper Press 2006.

*Schell, Margarete, *Ein Tagebuch aus Prag 1945 – 46. Aufzeichnungen*, Bonn: - Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1957.

Schoenbaum, David, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs*, übers. v. Tamara Schoenbaum-Holtermann, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1968.

Schweitzer, Arthur, *The Age of Charisma*, Chicago: Nelson Hall 1984.

Sebestyen, Victor, 1946. *The Making of the*

Modern World, London: Macmillan 2014.

Service, Robert, *The Bolshevik Party in Revolution. A Study in Organisational Change 1917–1923*, London: Macmillan 1979.

—, *The Russian Revolution 1900–1927*, London [u. a.]: Macmillan 1986.

—, *A History of Twentieth-Century Russia*, London [u. a.]: Penguin 1998.

—, *Lenin. Eine Biographie*, übers. v. Holger Fließbach, München: Beck 2000.

—, *Stalin: A Biography*, London: Macmillan 2004.

*Shapiro, Nat, Henthoff, Nat, Hg., *The Jazz-Makers*, London: Peter Davies 1957.

Sharp, Alan, *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris, 1919*, Basingstoke [u. a.]: 1991.

Sheehan, James, *The Monopoly of Violence. Why Europeans Hate Going to War*, London: Faber

& Faber 2010.

Sheffield, Gary D., *Forgotten Victory. The First World War – Myths and Realities*, London: Review 2002.

Shephard, Ben, *The Long Road Home. The Aftermath of the Second World War*, London: Bodley Head 2010.

Sherratt, Yvonne, *Hitler's Philosophers*, New Haven [u. a.]: Yale University Press 2013.

*Shirer, William L., *Berliner Tagebuch, Bd. 1: Aufzeichnungen 1934–1941*, übers. v. Jürgen Schebera, Leipzig: Kiepenheuer 1994.

*—, *This is Berlin. Rundfunkreportagen aus Deutschland 1939–1940*, hg. v. Clemens Vollnhals, Leipzig: Kiepenheuer 1999.

*Shore, Marci, *Caviar and Ashes. A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918–1968*, New Haven [u. a.]: Yale University Press 2006.

Simms, Brendan, *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, 2. Aufl., München: DVA 2014.

Sirinelli, Jean-François, Hg., *Histoire des droites en France*. Bd. 1: *Politique*, Paris: Gallimard 1992.

Skidelsky, Robert, *John Maynard Keynes, 1883 – 1946. Economist, Philosopher, Statesman*, London: Macmillan 2003.

*Słomka, Jan, *From Serfdom to Self-Government. Memoirs of a Polish Village Mayor, 1842–1927*, London: Minerva 1941.

Smith, Leonard V.; Audoin-Rouzeau, Stéphane; Becker, Annette, *France and the Great War, 1914–18*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2003.

Smith, S. A., *Red Petrograd. Revolution in the Factories 1917–1918*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1983.

*Snowden, Ethel Annakin [»Mrs. Philip«], *A Political Pilgrim in Europe*, London: Cassell 1921.

*Snyder, Timothy, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, übers. v. Martin Richter, München: Beck 2010.

Soucy, Robert, *French Fascism. The First Wave, 1924 – 1933*, New Haven: Yale University Press 1986.

—, *French Fascism: The Second Wave, 1933 – 1939*, New Haven [u. a.]: Yale University Press 1995.

*Sperber, Manès, *Bis man mir Scherben auf die Augen legt*, Wien: Europa Verlag 1977.

Stachura, Peter D., *Poland in the Twentieth Century*, London [u. a.]: Macmillan 1999.

—, *Poland 1918 – 1945. An Interpretative and Documentary History of the Second Republic*, London [u. a.]: Routledge 2004.

—, Hg., *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, Basingstoke: Palgrave 1986.

*—, Hg., *Poland between the Wars, 1918–1939*, London: Macmillan 1998.

Stargardt, Nicholas, *The German Idea of Militarism: Radical and Socialist Critics 1866–1914*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1994.

—, »*Maikäfer flieg!*« *Hitlers Krieg und die Kinder*, übers. v. Gennaro Ghiradelli, München: DVA 2006.

*—, *Der deutsche Krieg, 1939–1945*, Frankfurt am Main: Fischer 2015.

—, »*Wartime Occupation by Germany. Food and Sex*«, in: Bosworth, Richard; Maiolo, Joseph, Hg., *Cambridge History of the Second World War. Bd. 2: Politics and Ideology*, Cambridge: Cambridge University Press 2015.

Staritz, Dietrich, *Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, München: dtv 1984.

Steinberg, Jonathan, *All or Nothing. The Axis and the Holocaust 1941 –43*, London [u. a.]: Routledge 1991.

*Steiner, Zara, *The Lights that Failed. European International History 1919 –1933*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2005.

*—, *The Triumph of the Dark. European International History 1933 –1939*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2011.

Steinert, Marlis, *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmen und Haltung der deutschen Bevölkerung im 2. Weltkrieg*, Düsseldorf [u. a.]: Econ 1970.

Stern, Fritz, *Einstein's German World*, London: Allen Lane 2000.

—, *Fünf Deutschland und ein Leben*, übers. v.

Friedrich Giese, München: Beck 2007.

—, *Der Westen im 20. Jahrhundert.*

Selbstzerstörung, Wiederaufbau, Gefährdungen der Gegenwart, Göttingen: Wallstein 2008.

Sternhell, Zeev, *Ni Droite, ni Gauche. L'ideologie fasciste en France*, Paris: Complexe 1987.

Stevenson, David, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1914*, Oxford: Clarendon Press 1996.

—, *Cataclysm. The First World War as Political Tragedy*, New York: Basic Books 2004.

—; Cook, Chris, *The Slump. Society and Politics during the Depression*, London: Jonathan Cape 1977.

Stone, Dan, *Histories of the Holocaust*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2010.

Stone, Norman, *The Eastern Front 1914–1917*, London: Hodder & Stoughton 1975.

—, *World War One: A Short History*, London [u.

a.]: Allen Lane 2007.

*Strachan, Hew, *The First World War, Bd. 1: To Arms*, Oxford: Oxford University Press 2001.

—, *Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte*, übers. v. Helmut Ettinger, München: Pantheon 2006.

Sugar, Peter F., Hg., *Fascism in the Successor States 1918–1945*, Santa Barbara: ABC-Clio 1971.

Suny, Ronald Grigor, *The Soviet Experiment. Russia, the USSR, and the Successor States*, New York: Oxford University Press 1998.

*Taylor, Alan J. P., *English History 1914–1945*, Harmondsworth [u. a.]: Penguin 1970.

—, *From Sarajevo to Potsdam. The Years 1914–1945*, London: Thames & Hudson 1974.

Taylor, Frederick, *Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944–1946*, übers. v. Klaus-

- Dieter Schmidt, Berlin: Berlin Verlag 2011.
- , *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt des deutschen Traumas*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, München: Siedler 2013.
- Thamer, Hans-Ulrich, *Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 3, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Gütersloh: Bertelsmann 1987.
- Thomas, Hugh, *The Spanish Civil War*, London: Eyre & Spottiswoode 1961.
- Thränhardt, Dietrich, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986.
- Thurlow, Richard, *Fascism in Britain. A History, 1918–1985*, London [u. a.]: Blackwell 1987.
- Todorov, Tzvetan, *The Fragility of Goodness. Why Bulgaria's Jews Survived the Holocaust*, London: Weidenfeld & Nicolson 2001.

—, *Hope and Memory. Reflections on the Twentieth Century*, Princeton: Princeton University Press 2003.

*Toller, Ernst, *Eine Jugend in Deutschland*, Amsterdam: Querido 1933 (Reprint: Stuttgart: Reclam 2013).

Tomka, Bela, *A Social History of Twentieth-Century Europe*, London [u. a.]: Routledge 2013.

Tooze, Adam, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London: Allen Lane 2006.

*—, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, übers. v. Norbert Juraschitz u. Thomas Pfeiffer, München: Siedler 2015.

Traverso, Enzo, *The Origins of Nazi Violence*, New York: New Press 2003.

—, »Intellectuals and Anti-Fascism. For a Critical Historization«, in: *New Politics*, 9/4 (2004).

—, Hg., *Le Totalitarisme. Le XXe siècle en débat*, Paris: du Seuil 2001.

Trentmann, Frank; Flemming, Just, Hg., *Food and Conflict in Europe in the Age of the Two World Wars*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2006.

*Tucker, Robert C., *Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928 –1941*, New York: Norton 1990.

*Tyrell, Albrecht, *Vom Trommler zum Führer. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP*, München: Fink 1975.

*Ulrich, Bernd; Ziemann, Benjamin, Hg., *Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein historisches Lesebuch*, Essen: Klartext 2008.

Unger, Aryeh L., *The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia*, London [u. a.]: Cambridge University Press 1974.

Verhey, Jeffrey, *Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, übers. v. Jürgen Bauer u. Edith Nerke, Hamburg: Hamburger Edition 2000.

Vickers, Miranda, *The Albanians. A Modern History*, London [u. a.]: I. B. Tauris 1995.

Vincent, Mary, *Spain 1833 – 2002. People and State*, Oxford [u. a.]: Oxford University Press 2007.

Vinen, Richard, *A History in Fragments: Europe in the Twentieth Century*, London: Little Brown 2000.

Volkogonov, Dmitri A., *Stalin. Triumph und Tragödie, ein politisches Porträt*, übers. v. Vesna Jovanovska, Düsseldorf: Claassen 1989.

Wachsmann, Nikolaus, *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München: Siedler 2016.

- Waddington, Lorna, *Hitler's Crusade. Bolshevism and the Myth of the International Jewish Conspiracy*, rev. Ausg., London: Tauris 2012.
- Walker, Mark, *Nazi Science. Myth, Truth, and the German Atomic Bomb*, New York: Plenum Press 1995.
- Waller, Philip; Rowett, John; Dallek, Robert, Hg., *Chronology of the 20th Century*, Oxford: Helicon 1995.
- Wasserstein, Bernard, *Barbarism and Civilisation. A History of Europe in Our Time*, Oxford: Oxford University Press 2007.
- , *On the Eve. The Jews of Europe before the Second World War*, London: Profile Books 2012.
- Watson, Alexander, *Ring of Steel. Germany and Austria-Hungary at War, 1914–1918*, London: Allen Lane 2014.
- Watt, Donald Cameron, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War*,

1938 –1939, London: Mandarin 1990.

*Weber, Eugen, *Varieties of Fascism. Doctrines of Revolution in the Twentieth Century*, New York: Van Nostrand 1964.

*—, *The Hollow Years. France in the 1930s*, New York: Norton 1996.

Wee, Herman van der, *Prosperity and Upheaval. The World Economy 1945 –1980*, Harmondsworth: Penguin 1987.

Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten*, München: Beck 2003.

Weinberg, Gerhard L., *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, 2 Bde., Chicago [u. a.]: University of Chicago Press 1970/1980.

—, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, übers. v. Helmut Dierlamm u. a., Stuttgart: DVA 1995.

Weindling, Paul, *Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1989.

Weiss-Wendt, Anton, *Murder without Hatred. Estonians and the Holocaust*, Syracuse: Syracuse University Press 2009.

Welch, David, *Germany, Propaganda and Total War 1914–18*, London: Athlone Press 2000.

Werth, Alexander, *Russland im Krieg 1941 – 1945*, übers. v. Dieter Kiehl, München [u. a.]: Droemer Knaur 1965.

Winkler, Heinrich August, *Geschichte des Westens. Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914 – 1945*, München: Beck 2011.

—, *Geschichte des Westens. Bd. 3: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall*, München: Beck 2014.

Winstone, Martin, *The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland under the General*

Government, London [u. a.]: Tauris 2015.

Winter, Jay, *Sites of Memory, Sites of Mourning: The Great War in European Cultural History*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 1995.

—, *Dreams of Peace and Freedom. Utopian Moments in the 20th Century*, New Haven [u. a.]: Yale University Press 2006.

—; Parker, Geoffrey; Habeck, Mary R., Hg., *The Great War and the Twentieth Century*, New Haven [u. a.]: Yale University Press 2000.

—; Prost, Antoine, *The Great War in History. Debates and Controversies 1914 to the Present*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2005.

Wirsching, Andreas, »Political Violence in France and Italy after 1918«, in: *Journal of Modern European History*, 1/1 (2003).

Woller, Hans, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948*,

München: Oldenbourg 1996.

—, *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*,
München: Beck 2010.

*Woodruff, William, *The Road to Nab End. A Lancashire Childhood*, London: Eland Books 2000.

*—, *Beyond Nab End*, London: Little, Brown 2003.

Woolf, S. J., Hg., *The Nature of Fascism*, London: Weidenfeld & Nicolson 1968.

—, Hg., *Fascism in Europe*, London: Methuen 1981.

*Wright, Jonathan, *Gustav Stresemann, 1878 – 1929. Weimars größter Staatsmann*, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, München: DVA 2006.

Wrigley, Chris, Hg., *Challenges of Labour. Central and Western Europe 1917–1920*, London [u. a.]: Routledge 1993.

Wróbel, Piotr, »The Seeds of Violence. The Brutalization of an East European Region,

1917 –1921«, in: *Journal of Modern European History*, 1/1 (2003).

Ziemann, Benjamin, *Contested Commemorations: Republican War Veterans and Weimar Political Culture*, Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press 2013.

—, *Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten – Überleben – Verweigern*, Essen: Klartext 2013.

—, »Germany after the First World War – A Violent Society?«, in: *Journal of Modern European History*, 1/1 (2003).

Zimmermann, Moshe, Hg., *On Germans and Jews under the Nazi Regime (Festschrift für Otto Dov Kulka)*, Jerusalem: Hebrew University Magnes Press 2006.

Zuckmayer, Carl, *Geheimreport*, hg. v. Gunther Nickel u. Johanna Schrön, Göttingen: Wallstein 2002.

—, *Deutschlandbericht für das Kriegsministerium*

der Vereinigten Staaten von Amerika, hg. v.
Gunther Nickel, Johanna Schrön und Hans
Wagener, Göttingen: Wallstein 2004.

Zürcher, Erik J., *Turkey. A Modern History*,
London: Tauris 2004.

*Zweig, Stefan, *Die Welt von gestern* (Orig.:
Stockholm: Bermann Fischer 1942), Berlin:
Insel 2013.

*—, *Tagebücher*, hg. v. Knut Beck, Frankfurt am
Main: Fischer 1984.

SACH- UND PERSONENREGISTER

Abdülhamid II., Sultan

Abessinien *siehe* Äthiopien

Adenauer, Konrad

Adler, Victor

Adorno, Theodor W.

Albanien

Albers, Hans

Alexander Obrenović, König von Serbien

Alfonso XIII., König von Spanien

Alldeutscher Verband

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
(GATT)

Anders, Władisław

Andersen, Lale
Andreas-Friedrich, Ruth
Angell, Norman
Antifaschismus
Antisemitismus *siehe auch* Juden
Antonescu, Ion
Appeasement-Politik
Arbeitskampf
Arbeitslager
Arbeitslosigkeit
Archdéacon, Edmond
Architektur
Arendt, Hannah
Armenier
Armstrong, Louis
Aron, Raymond
Asquith, Herbert
Äthiopien/Abessinien
Atomwaffen
Attlee, Clement

Auden, W. H.

Auschwitz

Autobahnen

Automobil

Autoritarismus *siehe auch* Diktatur

Babi Jar (bei Kiew)

Bacall, Lauren

Baden, Prinz Max von

Baker, Josephine

Balbo, Italo

Baldwin, Stanley

Balfour, Arthur

Balkankriege

Bank of England

Bankwesen *siehe auch* Finanzsystem

Barbusse, Henri

Barth, Karl

Bauer, Otto

Bebel, August

Beck, Ludwig

Beckmann, Max

Belgien

Belgisch Kongo

Bell, George

Belzec

Benedikt XV., Papst

Beneš, Edvard

Benn, Gottfried

Berchtold, Leopold Graf

Berg, Alban

Bergen-Belsen

Berlin

Berlin, Irving

Bethmann Hollweg, Theobald von

Bevan, Aneurin

Beveridge, William, Lord

Bevin, Ernest

Bidault, Georges

Bilbao

Bildende Kunst

Binding, Karl

Blomberg, Werner von

Blum, Léon

Bogart, Humphrey

Bolschewismus

Bonhoeffer, Dietrich

Bonnet, Georges

Boris III., König von Bulgarien

Bormann, Martin

Bosnien-Herzegowina

Bowlly, Al

Brasillach, Robert

Braun, Wernher von

Brecht, Bertolt

Brest-Litowsk

Bretton Woods, Konferenz von

Briand, Aristide

Brittain, Vera

Broniewska, Janina

Brüning, Heinrich
Brussilow, Alexei Alexeijewitsch
Bucharin, Nikolai
Buchenwald
Buckley, Henry
Bulgarien
Bülow, Bernhard von
Bundesrepublik Deutschland
Byrnes, James f.

Cadogan, Sir Alexander
Cadorna, Luigi
Cambrai
Caporetto
Carmona, Antonio
Carnot, Sadi
Carol II., König von Rumänien
Chamberlain, Austen
Chamberlain, Joseph
Chamberlain, Neville

Chautemps, Camille

Chełmno

China

Christian X., König von Dänemark

Christlich Demokratische Union (CDU) –

Christliche Kirchen

– Church of England

– Katholische Kirche

– Orthodoxe Kirchen

– Protestantische Kirchen –

Churchill, Winston

Ciano, Galeazzo Graf

Clayton, William L.

Clemenceau, Georges

Codreanu, Corneliu Zelea

Confederación Española de Derechas Autónomas
(CEDA)

Costa, Manuel Oliveira Gomes da

Cot, Pierre

Coudenhove-Kalergi, Richard von

Cripps, Sir Stafford
Crosby, Bing –
Crowe, Sir Eyre
Cunliffe-Lister, Sir Philip

D'Annunzio, Gabriele

Dąbrowska, Maria

Dachau

Dahlerus, Birger

Daladier, Édouard

Dänemark fl,

Danzig (Gdańsk) –

Darwin, Charles

Dawes-Plan

Dawes, Charles G.

Déat, Marcel

Delbos, Yvon

Demokratie

Den Haag

Deutsche Demokratische Republik

Deutsches Reich

Deutschland *siehe* Bundesrepublik Deutschland,
Deutsche Demokratische Republik,
Deutsches Reich

Dietrich, Marlene

Diktatur

Dimitrijević, Dragutin (»Apis«)

Disney, Walt

Dix, Otto

Döblin, Alfred

Dollfuß, Engelbert

Donat, Robert

Dönitz, Karl

Doriot, Jacques

Drieu la Rochelle, Pierre

Dserschinski, Felix

Düнкirchen

Dyer, Reginald

Ebert, Friedrich

Eden, Anthony
Edison, Thomas
Edward VIII., König von England
Eichmann, Adolf
Einstein, Albert
Eisner, Kurt
El Alamein
Eliot, T. S.
Ellington, Duke
Engels, Friedrich
Erhard, Ludwig
Erster Weltkrieg
Erwin, Ralf
Erzberger, Matthias
Estland
Eugenik
Eupen-Malmédy
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Europarat

Falkenhayn, Erich von
Farinacci, Roberto
Faschismus
Fátima
Faulhaber, Michael Kardinal
Ferdinand, König von Rumänien
Feuchtwanger, Lion
Fields, Gracie
Film –
Filmindustrie –
Finanzsystem, Finanzwesen
Fine Gael, irische Partei
Finnland
Fiume (Rijeka)
Flucht/Vertreibung
Foch, Ferdinand
Ford, Henry
Franco, Francisco
Frank, Hans
Frankreich – Union sacrée

Franz Ferdinand, Erzherzog
Franz Joseph, Kaiser von Österreich
Frauen – Erwerbstätigkeit – Wahlrecht
Freud, Sigmund
Friedländer, Saul
Fritsch, Werner von

Gable, Clark
Galen, Clemens August Graf von
Galizien
Galton, Sir Francis
Gamelin, Maurice
Gandhi, Mahatma
Gasperi, Alcide De
Gaulle, Charles de –
Gentile, Giovanni
Georg I., König von Griechenland
George VI., König von England
Georgier
Gesundheitswesen

Gewerkschaften

Gide, André

Giolitti, Giovanni

Goebbels, Joseph

Goerdeler, Carl

Gömbös, Gyula

Goode, Sir William

Goodman, Benny

Göring, Hermann

Gottwald, Klement

Gramsci, Antonio

Grandi, Dino

Graves, Robert

Greiser, Arthur

Grey, Sir Edward

Griechenland

Grimm, Hans

Gropius, Walter

Großbritannien/Vereinigtes Königreich – Empire

Grosz, George

Grünbaum, Fritz

Guernica

Gulag *siehe* Arbeitslager

Haig, Sir Douglas

Haile Selassie, Kaiser von Äthiopien

Halifax, Edward, Lord

Hamburg

Handel

Harris, Arthur

Heidegger, Martin

Heisenberg, Werner

Hemingway, Ernest

Henderson, Fletcher

Henderson, Sir Nevile

Henlein, Konrad

Hermann, Chaim

Hess, Rudolf

Heydrich, Reinhard

Himmler, Heinrich

Hindenburg, Paul von

Hiroshima

Hitchcock, Alfred

Hitler, Adolf

Ho Chi Minh

Hoare, Samuel

Hobsbawm, Eric

Hoche, Alfred

Hoover, Herbert

Horkheimer, Max

Horthy, Miklós

Hosenfeld, Wilm

Höss, Rudolf

Hoßbach, Friedrich

Hötzendorf, Franz Conrad Graf von

Husserl, Edmund

Huxley, Aldous

Hylton, Jack

Indien

Indochina
Industrie
Inflation
Intellektuelle
Internationaler Währungsfonds
Irak
Irland
Island
Israel *siehe auch* Palästina
Italien

Jalta, Konferenz von
Jannings, Emil
Japan
Jaurès, Jean
Jeanne d'Arc
Jeschow, Nikolai
Jodl, Alfred
Joffre, Joseph
Jong, Johannes de

Joyce, James

Juden – Verfolgung im »Dritten Reich« – *siehe*
auch Antisemitismus

Jugoslawien

Jung, Carl G.

Jung, Edgar

Jünger, Ernst

Kafka, Franz

Kaltenbrunner, Ernst

Kalter Krieg

Kamenew, Lew

Kandinsky, Wassily

Kapitalismus

Kapp, Wolfgang

Kapp-Putsch

Karl I., Kaiser von Österreich

Karl der Große

Kasachstan

Katyn

Keitel, Wilhelm

Kellogg, Frank B.

Kemal Pascha, Mustafa (Atatürk)

Kennan, George f.

Kerenski, Alexander

Keynes, John Maynard

Kiel

Kielce

Kiew

Kirchner, Ernst Ludwig

Kirow, Sergej

Kiss, Szaléz

Klassenkonflikt

Klemperer, Viktor

Knock

Koch, Erich

Koestler, Arthur

Kokoschka, Oskar

Kollwitz, Käthe

Köln

Kolonialismus

Komintern (Kommunistische Internationale)

Kommunismus *siehe auch* Bolschewismus,
Stalinismus

Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kommunistische Partei Frankreichs

Konservative Partei (Großbritannien)

Konstantin I., König von Griechenland

Konzentrationslager *siehe auch* unter den
einzelnen Lagernamen

Korda, Alexander

Kosovo

Kovály, Heda Margolius

Kriegführung

- Giftgas

- Luftkrieg

- U-Boot-Krieg

Kriegsgefangene

Kriegsopfer

- Erster Weltkrieg f.
- Zweiter Weltkrieg

Kroatien

Kronstadt

Kun, Béla

Labour Party (Großbritannien)

Lamszus, Wilhelm

Landwirtschaft

Lang, Fritz

Largo Caballero, Francisco

Lausanne, Konferenz von

Lausanne, Vertrag von

Laval, Pierre

Lawrence, D. H.

Le Bon, Gustave

Leander, Zarah

Lehár, Franz

Leiber, Robert

Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease Act)

Lenin, Wladimir Iljitsch (Uljanow)
Leningrad *siehe auch* Petrograd
Lettland
Levi, Primo
Ley, Robert
Libanon
Libyen
Lidice
Liechtenstein
Litauen
Literatur
Litwinow, Maxim
Lloyd George, David
Locarno, Konferenz und Vertrag von
Loewenfeld-Russ, Hans
Löhner-Beda, Fritz
London
Londonderry, Charles, Lord
Lorre, Peter
Lourdes

Ludendorff, Erich
Lueger, Karl
Lüttich
Lüttwitz, Walther von
Luxemburg
Luxemburg, Rosa
Lwów
Lynn, Vera

MacDonald, Ramsay
Macke, August
Madagaskar
Majdanek
Malraux, André
Mann, Heinrich
Mann, Thomas
Marc, Franz
Marinetti, Filippo
Marokko
Marshallplan

Marshall, George C.

Marx, Karl

Marxismus

Masaryk, Jan

Masaryk, Tomáš

Matteotti, Giacomo

Maurras, Charles

Mazedonien

Mehrheitssozialdemokratische Partei
Deutschlands (MSPD)

Mers el-Kébir

Metaxas, Ioannis

Midway

Mies van der Rohe, Ludwig

Mikołajczyk, Stanisław

Miller, Glenn

Miskolc

Moeller van der Bruck, Arthur

Mola, Emilio

Molotow, Wjatschelaw

Moltke, Helmuth von

Monnet, Jean

Morgenthau-Plan

Moskau

Mosley, Oswald

Mouvement Républicain Populaire (MRP)

Muggeridge, Malcolm

Müller, Hermann

München

Münchner Abkommen

Musik –

Musil, Robert

Mussert, Anton

Mussolini, Benito

Nagasaki

Nationale Faschistische Partei (PNF, Italien) –

Nationalismus

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
(NSDAP)

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
Negrín, Juan
Neue Ökonomische Politik
Neurath, Konstantin von
Niederlande
Nielsen, Frederic W.
Nietzsche, Friedrich
Nikolajew, Leonid
Nikolaus II., Zar
Nivelle, Georges Robert
Noli, Fan
Norwegen
Nürnberger Prozesse

O'Duffy, Eoin
Odessa
Oradour-sur-Glane
Organisation für Europäische wirtschaftliche
Zusammenarbeit (OEEC)
Orlando, Vittorio

Orwell, George

Osmanisches Reich *siehe auch* Türkei

Österreich

Österreich-Ungarn

Pacelli, Eugenio Kardinal *siehe* Pius XII., Papst

Palästina *siehe auch* Israel

Papen, Franz von

Paris

Parti Populaire Français

Parti radical (Frankreich)

Parti Social Français

Parti Socialiste (Frankreich)

Partito Popolare Italiano (Volkspartei)

Partito Socialista Italiano (Italien)

Päts, Konstantin

Pavelić, Ante

Pazifismus

Pearl Harbor

Pekkala, Mauno

Pétain, Philippe

Petrograd (St. Petersburg) *siehe auch* Leningrad

Piaf, Édith

Pjatznizky, Osip

Picasso, Pablo

Picot, François-Georges

Piłsudski, Józef

Pius IX., Papst

Pius XI., Papst

Pius XII., Papst

Ploiești

Ploetz, Alfred

Poincaré, Raymond

Polen

Portugal

Posen

Potsdamer Konferenz

Pound, Ezra

Preußen

Preysing, Konrad Graf von

Priestley, J.B.

Prieto, Indalecio

Primo de Rivera, José Antonio

Primo de Rivera, Miguel

Princip, Gavril

Proust, Marcel

Quisling, Vidkun

Raeder, Erich

Ramadier, Paul

Rank, J. Arthur

Rapallo, Vertrag von

Rassismus

Rathenau, Walther

Redlich, Josef

Reichenau, Walter von

Reich-Ranicki, Marcel

Reith, Sir John

Remarque, Erich Maria

Reparationen, nach Erstem Weltkrieg

Ribbentrop, Joachim von

Richthofen, Wolfram Freiherr

Riefenstahl, Leni

Riga

Robles, Gil

Röhm, Ernst

Rolland, Romain

Rom

Roosevelt, Franklin Delano

Rocque, François de la

Roth, Joseph

Rothermere, Harold, Lord

Rumänien

Russell, Bertrand

Russland

- Bürgerkrieg

- Revolutionen

siehe auch Sowjetunion

Saarland

Salazar, Antonio de Oliveira

Sarajevo

Sasonow, Sergej

Schacht, Hjalmar

Schell, Margarethe

Schleicher, Kurt von

Schlesien

Schleswig

Schlieffen, Alfred Graf von

Schmitt, Carl

Schnitzler, Arthur

Schönberg, Arnold

Schumacher, Kurt

Schumanplan

Schuschnigg, Kurt von

Schweden

Schweiz

Seeckt, Hans von

Seghers, Anna

Selbstbestimmung

Serbien

Seyß-Inquart, Arthur

Shaw, George Bernard

Shirer, William

Sikorski, Władisław

Simon, Sir John

Sinatra, Frank

Sinowjew, Grigori

Słomka, Jan

Słonimski, Antoni

Slowakei

Śmigły-Rydz, Edward

Smyrna (Izmir)

Snowden, Ethel

Snowden, Philip

Sobibor

Sowjetunion *siehe auch* Russland

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands

(SDAPR)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Sozialdemokratische Partei Österreichs
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)
Spanien
 – Bürgerkrieg
Speer, Albert
Spender, Stephen
Spengler, Oswald
Sperber, Manes
Ståhlberg, Kaarlo Juho
Stalin, Josef
Stalingrad
Stalinismus
Stambolijski, Alexander
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von
Stavisky, Alexandre
Stepinac, Alojzije
Stopes, Marie
Strachey, John
Strasser, Gregor

Stresa, Konferenz von
Stresemann, Gustav –
Stuttgart

Suñer Ordóñez, Enrique

Sykes, Sir Mark

Sykes-Picot-Abkommen

Syrien

Szálasi, Ferenc

Szpilman, Władisław

Tannenberg

Tardini, Domenico

Tauber, Richard

Taylor, Frederick Winslow

Teheran

Thalheimer, August

Tiso, Jozef

Tisza, István Graf

Tito, Josip Broz

Togliatti, Palmiro

Totalitarismus
Treblinka
Tresckow, Henning von
Trotzki, Leon
Truman, Harry S.
Tschechoslowakei
Tuchatschewski, Michail
Türkei *siehe auch* Osmanisches Reich

Ukraine
Ulbricht, Walter
Umberto I., König von Italien
Ungarn
Ústí nad Labem (Aussig)

Valera, Éamon de
Vatikan
Venedig
Venizelos, Eleftherios
Verdun

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)
Vereinigtes Königreich *siehe* Großbritannien
Vereinte Nationen
Vernet, Madeleine
Versailles, Vertrag von
Vertreibung *siehe* Flucht/Vertreibung
Vittorio Emanuele III., König von Italien
Vietnam
Viviani, René
Völkerbund

Wahlrecht
Warschau
Wat, Aleksander
Waugh, Evelyn
Wayne, John
Webb, Beatrice
Webb, Sidney
Weber, Max
Webern, Anton

Weißrussland

Weizsäcker, Ernst von

Welles, Orson

Wells, H. G.

Weltwirtschaftskrise

White, Harry Dexter

Whittle, Frank

Wien

Wiener Kreis

Wigan, Lancs

Wilhelm II., Kaiser von Deutschland

Wilson, Woodrow

Winnington-Ingram, Arthur

Woodruff, William

Woolf, Virginia

Woroschilow, Kliment

Young, Owen D.

Young-Plan

Zentrumspartei (Deutschland)

Zogu, Ahmet, König von Albanien

Zwangsarbeit

Zweig, Stefan

Zweiter Weltkrieg

- Kollaboration
- Widerstandskämpfer

BILDTEIL



AU COURS D'UN COMBAT SOUS LES MURS DE TRIPOLI
UN SOLDAT ITALIEN S'EMPARA D'UN ÉTENDARD VERT DU PROPHÈTE

1 | 1911: Koloniale Gewalt – ein italienischer Soldat reißt bei Tripolis einem besiegten osmanischen Soldaten während der Invasion in Libyen eine muslimische Flagge aus der Hand. (akg-images)



2 | 1914: Eine deutsche Karikatur zeigt das kriegslüsterne Europa. Deutschland und Österreich-Ungarn richten ihre Waffen auf das drohende Ungeheuer Russland. Ein deutscher Stiefel macht sich daran, die Franzosen niederzutreten. England (in Gestalt eines Schotten), Italien und die Türkei schauen beunruhigt zu, während sich eine britische Bulldogge offenbar in Irland niedergelassen hat. (akg-images)



3 | September 1914: Deutsche Soldaten auf dem Weg in die Marne-Schlacht. Die lange Reihe der ihnen von der Front entgegenkommenden Ambulanzen wird sie kaum ermutigt haben. (akg-images / ullstein bild)



4 | 1916: Die »Todesschlucht« direkt unterhalb der französischen Festung Douaumont während der Schlacht um Verdun. (akg-images)



5 | Herbst 1915: Ein französisches Plakat zeigt flüchtende Serben nach der vernichtenden Niederlage gegen österreichische und bulgarische Truppen. Es ruft für den 25. Juni 1916 einen »Serbien-Tag« aus, an dem Spenden für serbische Flüchtlinge gesammelt werden sollen. (akg-images / Jean-Pierre Verney)

DER WAHRE JACOB

--- Abonnementpreis pro Jahr RM 2.80 --- Briefkasten alle vierzehn Tage. Verantwortlich für die Redaktionen: Dr. Antonius in Stuttgart.
 Einzelhefte pro 14 Tagen RM 0.20. Seite 1. 14. Teil bei Fortsetzung wertvoll. 14. Teil, ohne Fortsetzung. Druck und Verlag von J. B. Metz, Stuttgart.



Die Erde im Jahre 1916 vom Mond aus gesehen.

6 | August 1916: »Die Erde im Jahre 1916 vom Mond aus gesehen« – eine eindrucksvolle Zeichnung auf der Titelseite der Satirezeitschrift Der Wahre Jakob. (akg-images)



7 | 29. Dezember 1918: Ein Redner der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) spricht zur Menge, während der Trauerzug für aufständische Matrosen, die bei den revolutionären Unruhen von Regierungstruppen erschossen wurden, das Berliner Schloss passiert. Die USPD verließ daraufhin die Regierung aus Protest; viele

ihrer Mitglieder schlossen sich der gerade
gegründeten Kommunistischen Partei (KPD)
an. (akg-images)



8 | 1919: Ein Plakat listet auf, was die alliierten Forderungen des Versailler Vertrags angeblich für Deutschland bedeuteten: den Verlust von 20 Prozent der »Produktionsgebiete«, 10 Prozent der Bevölkerung, ein Drittel der geförderten Steinkohle, ein Viertel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, vier Fünftel der

»Eisenerzschätze«, sämtlicher Kolonien und
der Handelsflotte. (akg-images)



9 | 1919: Französische Suffragetten fordern das Wahlrecht für Frauen, noch vergeblich. Die Französinnen mussten lange warten: Erst ab 1944 durften sie wählen gehen.
(Fox Photos / Getty Images)



10 | 1921: Ein deutsches Propagandaplakat zur Volksabstimmung in Oberschlesien. Die ehemals deutsche Provinz wurde auf Vorschlag des Völkerbunds anschließend so geteilt, dass das bedeutende oberschlesische Industrierevier an Polen fiel.

(Universal History Archive / UIG via Getty
Images)



11 | Um 1920: Ein britischer Panzer in Köln,
dem Sitz des Hauptquartiers der britischen
Rheinarmee. Die Alliierten hielten
das Rheinland von 1919 bis 1930 besetzt.
(akg-images)



12 | 1925: Die Unterschriften der Unterhändler der Verträge von Locarno – darunter Briand, Streseman, Austen Chamberlain und Mussolini – eingraviert in das Pendel der Uhr des Gerichtsgebäudes von Locarno, in dem die Konferenz stattgefunden hatte. (akg-images / picture-

alliance / dpa)



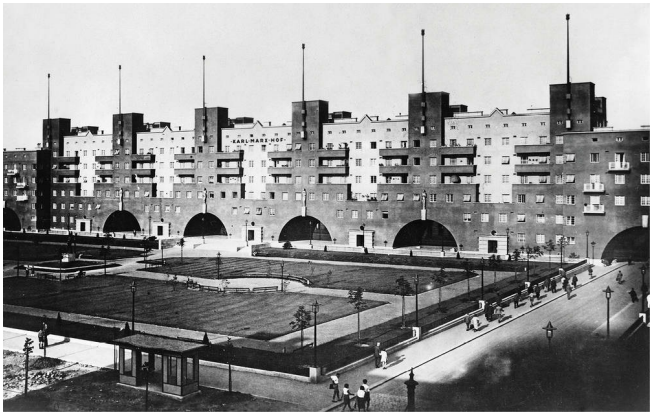
13 | Zwischen 1928 und 1937: Vertreibung einer Kulakenfamilie von ihrem Hof in der Region Odessa (Ukraine) im Zuge von Stalins brutaler Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft. (akg-images / RIA Nowosti)



14 | Um 1930: Werbeplakat für den Berliner UFA-Filmpalast, der 1919 in den »Wilhelmshallen«, den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, errichtet worden war.

Das Aufkommen des Tonfilms ließ die Besucherzahlen der Kinos in ganz Europa in den 1930er Jahren in die Höhe schnellen.

(akg-images)



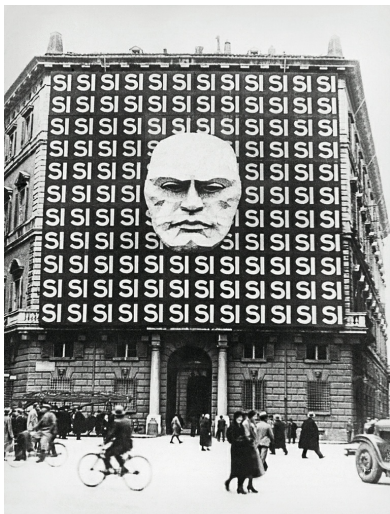
15 | 1930: Einige Stadtverwaltungen
unternahmen energische
Anstrengungen zur Verbesserung der
entsetzlichen Wohnverhältnisse. So gab die
sozialistische Regierung des »Roten Wien«
den Karl-Marx-Hof mit 1382 Wohnungen für
ärmere Wiener in Auftrag. (ullstein bild /
ullstein bild via Getty Images)



16 | 1932: Eine riesige Menschenmenge besucht eine Wahlkampfveranstaltung der NSDAP in der Festhalle in Frankfurt am Main – wahrscheinlich aus Anlass der Hitlerrede am 28. Juli 1932. Bei den Reichstagswahlen drei Tage später erreichte die NSDAP 37,4 Prozent der Stimmen – ihren größten Wahlerfolg, bevor Hitler im darauffolgenden Januar zum Reichskanzler ernannt wurde. (akg-images)



17 | In den Tagen nach dem 12. Februar 1934: Ein Posten vor dem Karl-Marx-Hof in Wien, nachdem ein sozialistischer Aufstand gegen das autoritäre Dollfuß-Regime blutig niedergeschlagen worden war. (ullstein bild / ullstein bild via Getty Images)



18 | März 1934: Faschistische Propaganda für die italienische »Wahl« am 26. März 1934 – eine plebiszitäre Farce. Ein riesiges »Big Brother«-Konterfei Mussolinis vor einer Wand endlos wiederholter »Si«. Nur eine Partei stand zur Wahl. Kein Wunder, dass der Partito Nazionale Fascista 99,84 Prozent der Stimmen holte. (Keystone-France / Gamma-Keystone via Getty Images)



19 | Anfang August 1936: Soldaten von Francos Afrika-Armee warten darauf, nach Spanien geflogen zu werden. NS-Deutschland stellte hierfür Ju-52 zur Verfügung. Die Unterstützung von Hitler und Mussolini beim Transport von nationalistischen Truppen war entscheidend für Francos frühe Erfolge im Bürgerkrieg.
(akg-images / ullstein bild)



20 | Herbst 1939: Polnische Männer unter deutscher Bewachung. Möglicherweise wurden sie zusammengetrieben, um zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert zu werden – ein angenehmes Schicksal erwartete sie in keinem Fall. (akg-images)



21 | Ende Mai 1940: Eine deutsche Propagandakompanie filmt Kriegsmaterial, das die Briten bei der hastigen Evakuierung alliierter Truppen aus Dünkirchen zurücklassen mussten. (akg-images)



22 | 7. Oktober 1940: Londoner Bürger, die während eines deutschen Luftangriffs auf die britische Hauptstadt Schutz in einer U-Bahn-Station suchen, schlafen auf Rolltreppen. (akg-images)



23 | 1941: Rekrutierungsplakat für die Freiwilligen-Legion Norwegen der Waffen-SS, wahrscheinlich aus der Zeit ihrer Gründung am 29. Juni, mit dem Slogan »gegen den gemeinsamen Feind ... gegen

Bolschewismus«. (akg-images)



24 | Anfang 1943: Eine schier endlose
Marschkolonne deutscher, italienischer und
ungarischer Soldaten, die nach der
verlorenen Schlacht um Stalingrad in
russische Kriegsgefangenschaft gerieten.
(akg-images)



25 | 1943: Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen in Österreich werden gezwungen, schwere Granitblöcke aus dem Steinbruch 186 Stufen

nach oben zu schleppen. (akg-images /
ullstein bild)



26 | 1944: Ein Plakat, das mit antibolschewistischer Propaganda für den obligatorischen Arbeitsdienst (service du travail obligatoire) wirbt: »Jede Stunde Arbeit in Deutschland ist ein Stein für den Wall, der Frankreich schützt.« Doch der Arbeitsdienst

war verhasst, viele Dienstverpflichtete flohen
in die wachsende Widerstandsbewegung.
(Art Media / Print Collector / Getty Images)



27 | 4. Juni 1944: Römer am Straßenrand sehen zu, wie amerikanische Panzer nach der Befreiung der Stadt das Kolosseum passieren. (akg-images / Universal Images Group / SeM)



28 | 1945: Ein sowjetisches Foto zeigt das zerstörte Warschau am Ende des Zweiten Weltkriegs. »Hier ist ein Gräberfeld. Hier ist der Tod« – so eine Polin beim Anblick der verwüsteten Stadt. (akg-images / Universal Images Group / Sovfoto)



29 | 6. Mai 1946: Eine erstaunlich zuversichtlich wirkende Gruppe von Sudetendeutschen bei Liberec (Reichenberg) in der Tschechoslowakei. Sie glaubten vielleicht, das Schlimmste hinter sich zu haben, als sie darauf warteten, nach Deutschland geschickt zu werden. Insgesamt wurden rund drei Millionen Deutsche bis Herbst 1947 aus der Tschechoslowakei vertrieben, oftmals in

äußerst brutaler Weise. (Sovfoto / UIG via
Getty Images)



30 | 1948: »Freie Bahn dem Marshallplan« – ein Slogan auf einem Werbeplakat für das amerikanische Hilfsprogramm, das den Weg zu neuem Wohlstand in Westeuropa symbolisierte.

Stalin lehnte den Plan für den Ostblock ab.
(Archiv Gerstenberg / ullstein bild via Getty
Images)

* Mein Großvater und seine beiden älteren Söhne waren unter der Menge, lange bevor ich geboren wurde. Die über 300 Kilometer von Oldham waren sie gemeinsam mit dem Zug gefahren, zurück kamen sie jedoch getrennt – und an verschiedenen Tagen. Onkel Jimmy wurde drei Tage nach dem Spiel schlafend auf einem Abstellgleis in Reading gefunden. Die Kershaws hatten ihren Spaß gehabt!

****** Erstaunlicherweise ließ sich dieser aufmerksame Beobachter der Arbeiterklasse die Gelegenheit entgehen, in Wigan einen archetypisch proletarischen Sport zu erleben: die Rugby League in Wigan. An seinem ersten Samstag in der Stadt, am 15. Februar 1936, ganz in der Nähe seiner Unterkunft, hätte Orwell miterleben können, wie die starke Mannschaft von Wigan in einem Heimspiel vor 15 000 Zuschauern mit 17 zu 10 Punkten von Liverpool Stanley, den Underdogs einer eher schwachen Mannschaft, gedomütigt wurde.

*** So stellte sich meine Tante Gladys einmal in einer langen Schlange in Oldham an, nachdem sie gehört hatte, es gebe Nylonstrümpfe. Als sie endlich fast an der Reihe war, erfuhr sie, dass die Leute gar nicht für Nylons anstanden, sondern für Kutteln. »Also, ich stelle mich doch nicht so lange umsonst an«, sagte sie, »dann nehme ich halt Kutteln.«

Die Originalausgabe erschien 2015 unter dem Titel *To Hell and Back. Europe 1914 –1949* bei Allen Lane, Penguin Random House UK.

Der Inhalt dieses E-Books ist urheberrechtlich geschützt und enthält technische Sicherungsmaßnahmen gegen unbefugte Nutzung. Die Entfernung dieser Sicherung sowie die Nutzung durch unbefugte Verarbeitung, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung, insbesondere in elektronischer Form, ist untersagt und kann straf- und zivilrechtliche Sanktionen nach sich ziehen.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere

Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss.
Eine Haftung des Verlags ist daher
ausgeschlossen.

Copyright © 2015 Ian Kershaw
Copyright © 2016 der deutschsprachigen
Ausgabe

Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt,
München

Umschlagmotiv: © PhotoQuest/Getty Images
(View of paratroopers as they attack through
shell bursts fired from German 88 mm artillery
during Operation Market Garden in Holland,
1945)

Lektorat: Daniel Bussenius, Berlin

Karten: Peter Palm, Berlin

Typografie: DVA/Andrea Mogwitz

ISBN: 978-3-641-18872-6

V001

www.dva.de